Senatsverwaltung
für Finanzen

BETEILIGUNGSBERICHT 2013

Band 2
- Lageberichte 2012 -
mit Erklärungen zum
Berliner Corporate Governance Kodex

BETEILIGUNGSBERICHT 2013

Band 2
- Lageberichte 2012 -
mit Erklärungen zum
Berliner Corporate Governance Kodex

Senatsverwaltung für Finanzen
- Abteilung I -
Klosterstraße 59
10179 Berlin

http://www.berlin.de/sen/finanzen

Lageberichte
Band 2 zum Beteiligungsbericht 2013 enthält die Lageberichte 2012 der Gesellschaften und Anstalten, an denen das Land Berlin am 31.12.2012 mindestens 50 v.H. der Anteile hielt oder Gewährträger war, und/oder an denen hinsichtlich ihrer Größe, Aufgabe oder wirtschaftlichen Bedeutung ein besonderes Interesse bestand.

Offenlegung der Vergütung der Mitglieder aller Unternehmensorgane
Mit dem am 01.05.2011 in Kraft getretenen Zweiten Gesetz zur Herstellung von Transparenz bei Beteiligungen des Landes Berlin an privatrechtlichen Unternehmen und in öffentlichen Unternehmen des Landes Berlin (Zweites Vergütungs- und Transparenzgesetz) vom 19.04.2011 wurde u. a. die Landeshaushaltsordnung dahingehend geändert, dass die den Mitgliedern der Unternehmensorgane der privatrechtlichen Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge - jeweils aufgegliedert in feste und variable Leistungen sowie deren Einzelbestandteile - im Anhang zum Jahresabschluss oder an anderer geeigneter Stelle angegeben werden sollen.
Soweit diese Informationen vorlagen, sind sie im Band 2 zum Beteiligungsbericht 2013 veröffentlicht.

Erklärungen zum Berliner Corporate Governance Kodex
Der Senat hat am 10. Februar 2004 beschlossen, dass bei den Beteiligungsgesellschaften, an denen Berlin die Mehrheit der Anteile hält und/oder die hinsichtlich Größe, Aufgabe und wirtschaftlicher Bedeutung - insbesondere Risikolage - von besonderem Interesse sind, Regelungen, die auf der Basis des DCGK erstellt wurden, angewendet werden sollen. Zwischenzeitlich wurde der Kodex für die Berliner Beteiligungsunternehmen angepasst und wird jetzt in Form des Berliner Corporate Governance Kodex angewendet. Daneben sind börsennotierte Aktiengesellschaften ohnehin nach § 161 Aktiengesetz verpflichtet, eine Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) abzugeben (hier nur zutreffend für Zoologischer Garten Berlin Aktiengesellschaft).

Redaktioneller Hinweis

Die Texte der Lageberichte und CGK-Erklärungen wurden von den Beteiligungsunternehmen und Anstalten als PDF- oder Word-Dateien zugeliefert und inhaltlich nicht verändert. Aus drucktechnischen Gründen kann es optische Abweichungen von der Fassung im jeweiligen Jahresabschluss geben, z.B. einen veränderten Zeilen- und Seitenumbruch.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Anstalt des öffentlichen Rechts	7
BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG	24
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH	42
BCIA Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH	54
BEHALA - Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH	69
Berliner Bäder-Betriebe (BBB) Anstalt des öffentlichen Rechts	85
Berliner Großmarkt Gesellschaft mit beschränkter Haftung	126
Berliner Stadtgüter GmbH	139
Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) Anstalt des öffentlichen Rechts	167
Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Anstalt des öffentlichen Rechts	183
BERLINER WASSERBETRIEBE (BWB) Anstalt des öffentlichen Rechts	219
Berliner Werkstätten für Behinderte Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BWB)	246
Berlinwasser Holding Aktiengesellschaft	262
BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH	293
Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH	302
BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH	321
BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG	334
degewo Aktiengesellschaft	339
Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin, GmbH	364
Deutsche Klassenlotterie Berlin rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	377
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	403
Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH	456
GESOBAU AG	483
GEWOBAG Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin	509
Grün Berlin GmbH	544
Hebbel-Theater Berlin - Gesellschaft mbH	579
HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung	599
Investitionsbank Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	620
IT-Dienstleistungszentrum Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	679
Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide - Landesmusikakademie - gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH	708
Kulturprojekte Berlin GmbH	720
Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG	727
Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG	738
Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH	745
MEAB Märkische Entsorgungsanlagen - Betriebsgesellschaft mbH	765
Messe Berlin GmbH	778
Olympiastadion Berlin GmbH	792
STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	816
Tempelhof Projekt GmbH	841
Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH	860
WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH	886
WISTA-MANAGEMENT GMBH WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSTANDORT BERLIN-ADLERSHOF	913
Zoologischer Garten Berlin Aktiengesellschaft	937

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Anstalt des öffentlichen Rechts

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Anstalt des öffentlichen Rechts, Potsdam

Lagebericht 2012

Geschäftsergebnis

Der Jahresabschluss 2012 des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg als Anstalt des öffentlichen Rechts weist einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 307 aus (Vorjahr: Jahresfehlbetrag: TEUR 2.828).

Entwicklung nach Geschäftsfeldern

Das Amt hat gemäß Staatsvertrag und Satzung die durch Gesetz den Ländern übertragenen Statistikaufgaben wahrzunehmen. Hierzu gehören als Kerngeschäft die Erhebung und Aufbereitung der EU-, Bundes- und Landesstatistiken sowie deren Auswertung, Analyse und Veröffentlichung, die methodische und technische Vorbereitung und Weiterentwicklung der Landes-, EU- und Bundesstatistiken, die Darstellung und Veröffentlichung von volkswirtschaftlichen und umweltökonomischen Gesamtrechnungen sowie anderen Gesamtsystemen statistischer Daten sowie die Führung eines statistischen Informationssystems.

Im Geschäftsfeld der amtlichen Statistik für EU und Bund sind die Einnahmen aufgrund der Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg sowie der Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin seit Gründung der Anstalt 2007 bis 2009 zunächst jährlich um EUR 1 Mio. gekürzt worden (EUR 28 Mio. 2007, EUR 27 Mio. 2008, EUR 26 Mio. in 2009). Durch umfangreiche organisatorische und personelle Maßnahmen im Zuge der Zusammenlegung der Statistiken für Berlin und Brandenburg konnten diese Kürzungen aufgefangen werden. In den zehn Jahren von 2000 bis 2009 sind insgesamt ein Drittel der Vollzeitäquivalente für dieses Geschäftsfeld abgebaut worden.

2010 wurde die Finanzierung des AfS einmalig um weitere EUR 2 Mio. gekürzt, was aufgrund des ausgelaufenen Anwendungstarifvertrages in Berlin, des neu abgeschlossenen Tarifvertrages für das AfS sowie des Auslaufens der TV-L Ostabsenkung zwangsläufig zu vergleichsweise hohen Verlusten führen musste. 2011 wurde eine Trägervergütung von EUR 26 Mio. vereinnahmt, die nachweislich nicht ausreichend war, die Anstaltslast zu decken. Zu dem gekürzten Budget waren neben den bestehenden auch neue gesetzliche Aufgaben zu bewältigen.

2012 wurde wiederum eine Grundvergütung in Höhe 26 Mio. vereinnahmt, wobei die Trägerländer pauschal und nicht verursachungsgerecht jeweils 50% des Betrages aufbringen. Hinzu kam eine im Berichtsjahr mit den Ländern Berlin und Brandenburg abgeschlossene Zusatzvereinbarung zur Servicevereinbarung zur Durchführung der amtlichen Statistik, die dem AfS eine **einmalige** Erstattung planmäßiger finanzieller Aufwendungen (u.a. Tariferhöhung) in Höhe von 539 TEUR zusi-

cherte und somit zu einer Ergebnisverbesserung beitrug. Berücksichtigt man zusätzlich die Gewinne aus anderen Servicevereinbarungen, wird deutlich, dass 26 Mio. Euro nicht ausreichend sind, um die amtliche Statistik zu finanzieren.

Eine weitere gesetzlich veranlasste Ausweitung der Leistungen im Geschäftsfeld der amtlichen Statistik ist im Bezug auf den Zensus temporärer Natur und wird bis zum Abschluss der Auswertungsphase bis 2015 andauern. Hierfür konnten getrennte kostendeckende Servicevereinbarungen mit dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg sowie der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin mit einer Laufzeit bis 2014 bzw. 2015 abgeschlossen werden.

Ein weiteres Geschäftsfeld des Amtes ist die Mitwirkung bei der Organisation und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen in der Ländern Berlin und Brandenburg. So ist die Geschäftsstelle der Berliner Landeswahlleiterin im Amt für Statistik angesiedelt. Für das Land Brandenburg leistet das Amt die Unterstützung des Brandenburger Landeswahlleiters. Aufgabenumfang und Wahrnehmung der Aufgaben unterliegen dem Weisungsrecht der Berliner Landeswahlleiterin bzw. des Brandenburger Landeswahlleiters. Die Länder tragen die Kosten auf der Grundlage von Servicevereinbarungen. In diesem Geschäftsfeld hat sich der Aufgabenumfang aufgrund der wachsenden Zahl von Volksbegehren und -entscheiden sowie von Bürgerentscheiden erheblich ausgeweitet, wobei die besondere Herausforderung darin besteht, dass diese Arbeiten häufiger ohne einen angemessenen Vorlauf zu realisieren sind. Zudem besteht das Problem der temporär erforderlichen Personalrekrutierung aufgrund des erforderlichen Qualifikationsniveaus. Im Jahr 2012 waren parallel in den beiden Ländern Berlin und Brandenburg Volksbegehren über die Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbots am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) zu organisieren bzw. zu unterstützen.

Für die Ministerien der Finanzen, des Innern, der Justiz, für Wirtschaft, der Infrastruktur und Raumordnung, für Bildung, Jugend und Sport sowie für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie sowie Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg wurden dreizehn Servicevereinbarungen bearbeitet; für das Land Berlin wurden zehn Servicevereinbarungen mit den Senatsverwaltungen für Inneres und Sport, für Finanzen, für Arbeit, Integration und Frauen, für Justiz und Verbraucherschutz, für Bildung, Jugend und Wissenschaft, für Wirtschaft, Technologie und Forschung, sowie für Gesundheit und Soziales; Stadtentwicklung und Umwelt geschlossen. Die Erträge aus diesen Verträgen betragen ca. EUR 2,3 Mio.

Schließlich kann die Anstalt gem. Staatsvertrag in ihrem Aufgabenbereich Dienstleistungen für Dritte erbringen, soweit dies die Erfüllung der Aufgaben nach Artikel 3, Absätze 1 bis 4 nicht beeinträchtigt und für diese Leistungen kein Markt besteht. Über die kostenfreie Abgabe von Standardinformationen hinaus kann jede natürliche und juristische Person weiterführende statistische Informationen und Sonderauswertungen erhalten. Für diese Leistungen werden Leistungsentgelte erhoben. Die Umsätze in diesem Geschäftsfeld sind mit TEUR 146 für das Gesamtergebnis marginal.

Wesentliche Ausgaben des Amtes sind und bleiben die Personalkosten. Die Anstalt

benötigt neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum Aufbereiten einer Vielzahl von EU-, Bundes- und Landeseinzelstatistiken im zunehmenden Maße qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die methodischen Entwicklungen, die Bewertung und Analysen. Die Zahl des Personals sank stichtagsbezogen von 659 (davon Zensus 199) auf 501 (davon Zensus: 54) Mitarbeiter.

Die Kostenstruktur für die Aufgabenerfüllung auf Grund gesetzlicher Vorgaben wird im Wesentlichen durch Personalaufwendungen sowie durch Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen bestimmt. Zur Deckung dieser Aufwendungen trägt der Ertrag aus der amtlichen Statistik den wesentlichen Teil bei. Hinzu kommen Servicevereinbarungen mit den Verwaltungen der Länder. Die Umsatzerlöse aus den Dienstleistungen für Dritte sind von untergeordneter Bedeutung.

Lage zum Bilanzstichtag

Das AfS weist für das Geschäftsjahr 2012 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 307 aus. Der in 2011 ausgewiesene nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag in Höhe von TEUR 881 verringert sich entsprechend um TEUR 307 auf TEUR 574, eine Unterdeckung des Vermögens über die Schulden bleibt jedoch bestehen. Zum Stichtag ist gegenüber dem Vorjahr eine stark abnehmende Liquidität zu verzeichnen. Der Cash Flow ist negativ.

Das Jahresergebnis ist stark durch **einmalige** Vorgänge geprägt. Dazu zählen im Berichtsjahr insbesondere Erträge aus einer abgeschlossenen Zusatzvereinbarung zur Servicevereinbarung zur Durchführung der amtlichen Statistik in den Ländern Berlin und Brandenburg in Höhe von TEUR 539, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 670 TEUR), periodenfremde Erträge (TEUR 252) sowie periodenfremde Aufwendungen (TEUR 275).

Das Anlagevermögen beträgt TEUR 2.552. Wesentlicher Bestandteil ist der im Finanzanlagevermögen ausgewiesene Sparbrief mit einem Nennwert in Höhe von EUR 2 Mio., der der Pensionssicherung der im AfS beschäftigten Beamtinnen und Beamten dient. Die Zugänge in Höhe von TEUR 186 betreffen EDV-Software (TEUR 97), sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung (TEUR 7) und geringwertige Wirtschaftsgüter (TEUR 82).

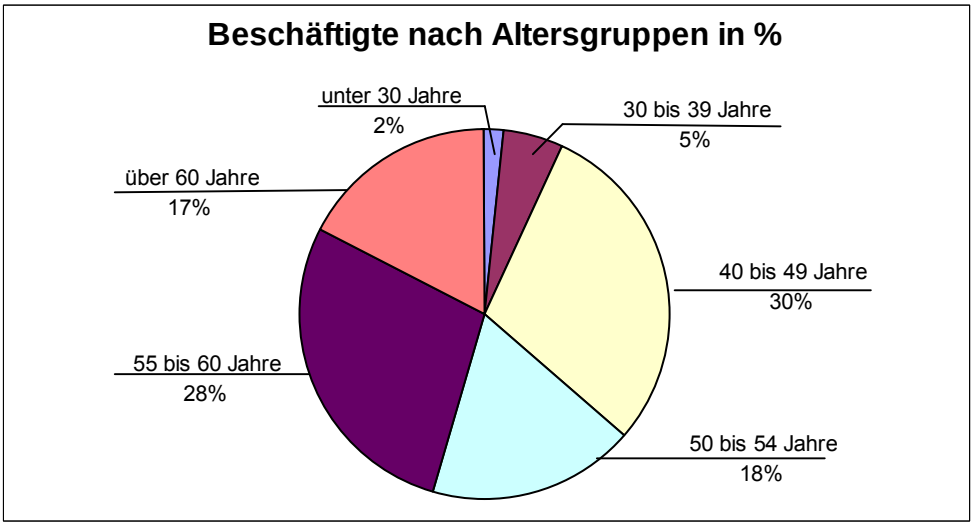
Chancen und Risiken künftiger Entwicklung

In 2010 wurden im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg die Aufgaben der Internen Revision und des Risikomanagement einer Stabsstelle übertragen, die auf der Grundlage einer Dienstanweisung und eines internen Risikomanagement-Handbuchs arbeitet. Die Planungs-, Steuerungs- und Berichtsprozesse werden durch die Stabsstelle kontinuierlich auf Effizienz überprüft und weiterentwickelt.

Der bereits in 2011 im AfS in Gang gesetzte Prozess einer internen Organisationsuntersuchung wurde im Jahr 2012 durch die Interne Revision fortgeführt. Dazu wurden die aus der Untersuchung der Pilot-Referate in 2011 gewonnenen Erkenntnisse in einem Fragebogen verarbeitet der es ermöglichte, die Produktionsprozesse

in allen fachstatistischen Bereichen unter einheitlichen Gesichtspunkten zu betrachten und Optimierungspotenzial zu identifizieren. Im Ergebnis wurden mehrere Arbeitsgruppen eingerichtet, die in ausgewählten Bereichen Vorschläge zur Prozess-Optimierung erarbeiten und deren Umsetzung vorantreiben.

Im Fokus der Untersuchungen des Risikomanagements des AfS standen im Jahr 2012 die Entwicklung des Personalbestandes der Anstalt sowie die im Zusammenhang mit der IT stehenden Aufgaben und Prozesse. Auf diese beiden Aspekte soll auch im vorliegenden Lagebericht eingegangen werden:



Die Altersstruktur der Beschäftigten im AfS lag am 31.12.2012 bei einem Durchschnittsalter von über 52 Jahren. Rund zwei Drittel der Beschäftigten des AfS gehörten im Jahr 2012 zu den Altersgruppen über 50 Jahre. Die Altersstruktur und damit einhergehend die Überalterung der Beschäftigten sowie die altersbedingten personellen Abgänge insbesondere von Fach- und Führungskräften stellen auch für das AfS Risiken im Personalbereich dar. In den nächsten fünf Jahren scheiden weitere 68 Beschäftigte aus bei quantitativer Zunahme und erheblichen qualitativen Veränderungen der amtlichen Statistiken.

Dem qualitativen Personalrisiko begegnet das AfS intern mit umfassenden Personalentwicklungsmaßnahmen, die von einem Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebot ergänzt werden, was jedoch aufgrund der bestehenden Altersstruktur schnell an seine Grenzen stößt.

Dem quantitativen Personalrisiko kann nicht begegnet werden, da aufgrund der derzeit nicht auskömmlichen Finanzierung des bestehenden Personalkörpers dem Vorstand mit Beschluss vom 07. März 2012 vom Verwaltungsrat untersagt wurde, Einstellungen vorzunehmen. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Verwaltungsrats möglich, vorrangig für Aufgaben außerhalb des Spektrums der amtlichen Statistik, wo eine auskömmliche Finanzierung von Dritten eingeworben werden konnte. Damit kann jedoch dem Risiko für die amtliche Statistik nicht begegnet werden.

Durch die Verringerung der Beschäftigtenzahl mussten schon jetzt Abstriche bei der Qualitätssicherung gemacht werden und es sind zunehmend Probleme in der Termineinhaltung zu erwarten. Dies ist besonders kritisch, da sich die Anforderungen der EU seit der Finanzkrise erheblich verschärft haben, was sich in dem Quality Assessment Framework ausdrückt, welches die Basis für die in 2014 stattfindende Auditierung im Bereich der amtlichen Statistik ist.

Das AfS ist im täglichen Produktionsprozess auf eine Vielzahl von IT-Systemen angewiesen. Die IT-Infrastruktur ist weitestgehend an den ITDZ Berlin als externen Dienstleister ausgelagert. Soweit das AfS Dienstleister, wie bei der IT-Infrastruktur, einsetz, werden vertragliche Vereinbarungen abgeschlossen, um sicherzustellen, dass die Verfügbarkeitrisiken eingeschränkt werden. Allerdings können aufgrund der Finanzlage nur Verträge und service level agreements auf mittlerem Niveau abgeschlossen werden. D.h. es müssen u.U. etwas längere Ausfallzeiten und damit ein Arbeitsstillstand in Kauf genommen werden.

Im Bereich der IT-Sicherheit werden ständig Anstrengungen unternommen um die Verfügbarkeit der Daten zu sichern, deren Authentizität und Integrität sowie den Datenschutz zu gewährleisten. Das AfS orientiert sich bzgl. der Sicherheitsanforderungen bereist jetzt am BSI-Grundschutz. Die Datenbestände erfordern durchgängig einen erhöhten Schutzbedarf. Die fortschreitende Vernetzung der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes im Zuge der gemeinsamen Datenverarbeitung und Datenhaltung erfordert eine Erhöhung der IT-Sicherheit. Diese Anforderungen werden in den nächsten Jahren mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden sein. So hat der IT-Planungsrat die Erfüllung der BSI-Standards 100-1, 100-2, 100-3 und 100-4 sowie deren Zertifizierung als Voraussetzung für die Partizipation an Bundesnetzen vorgesehen (http://www.it-planungsrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/Entscheidunggen/10._Sitzung/Leitlinie_Informationssicherheit_Hauptdokument.html? nn=1852114, S. 7).

Die genannten Risiken können sich auf die Aufgabenerledigung für die beiden Bundesländer und insbesondere auf die Position im Statistischen Verbund auswirken. Konkret bedeutet dies, dass das AfS seine Rolle als Dienstleister für andere Länder verlieren könnte und damit zu Ausgleichszahlungen für die nicht erbrachten Leistungen verpflichtet wäre.

Prognose

Die zukünftige finanzielle Lage des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg ist ausschließlich von dem Ergebnis der Verlängerung der Vereinbarung zur amtlichen Statistik und der weiteren Beauftragung mit Statistik-Dienstleistungen durch Dienststellen der Länder Berlin und Brandenburg abhängig. Rund 87% der Erträge des Amtes im Jahr 2012 (ohne Zensus) resultieren allein aus der Grundvereinbarung mit dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg über die amtliche Statistik. Die im November 2012 abgeschlossene Servicevereinbarung zur Durchführung der amtlichen Statistik mit einer Laufzeit vom 01.01.2013 – 31.12.2013 wird zu einem Ertragsbeitrag in Höhe von EUR 26 Mio. führen.

Das prognostizierte Jahresergebnis 2013 gem. Wirtschaftsplan beträgt unter Berücksichtigung der Tarifvertragserhöhungen ca.: - EUR 2,7 Mio.

Die zum 31.12.2012 ausgewiesene Unterdeckung durch Ausweis eines nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages in Höhe von TEUR 574 wird unter den gegebenen Rahmenbedingungen weiter anwachsen. Noch ist das AfS in der Lage seinen kurzfristigen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Es wird aber eine deutliche Abnahme der Liquidität zu verzeichnen sein. Unter den gegebenen Bedingungen besteht mittelfristig die Gefahr einer drohenden Illiquidität.

Die mittelfristige Finanzplanung des AfS legt eine Trägervergütung in Höhe von TEUR 26.000 als Basisfinanzierung zu Grunde. Unter diesen Rahmenbedingungen wird das AfS weiterhin Jahresfehlbeträge erwirtschaften. Nach derzeitiger Planung wird sich der ''Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag'' bis zum Jahre 2017 auf ca.: EUE 12 Mio. erhöhen.

Die aktuelle Situation zeigt auf, dass neue Mechanismen mit den Auftraggebern der SV Statistik etabliert werden müssen, die geeignet sind, die tariflichen und gesetzlichen Veränderungen abzubilden, um zu einer bedarfsorientierten Mittelzuweisung zu kommen. Die bisherigen sehr intensiven Bemühungen des AfS hatten keinerlei Erfolg. Dies kann letztendlich die Erledigung der dem AfS übertragenen hoheitlichen Aufgaben im Bereich der Amtlichen Statistik gefährden.

Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund einer veränderten Rolle der amtlichen Statistik als Garant und Kontrollinstanz für die Validität der Wirtschafts- und Haushaltszahlen der Länder.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht ereignet.

Potsdam, 13. Mai 2013

Prof. Dr. Ulrike Rockmann
Vorstand

Bericht über die Prüfung der Bezüge des Vorstands im Geschäftsjahr 2012 des Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Anstalt des öffentlichen Rechts Potsdam

INHALTSVERZEICHNIS

I. PRÜFUNGSAUFTRAG 1

II. BEZÜGE DES VORSTANDS 2

III. SCHLUSSBEMERKUNG 3

ANLAGEN

Aufwendungen für den Vorstand	Anlage I
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie Sonderbedingungen	Anlage II Seite 1 - 3

I. PRÜFUNGSAUFTRAG

Mit dem Beschluss des Verwaltungsrats des

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Anstalt des öffentlichen Rechts, Potsdam,
(im Folgenden auch „AfS" oder „Anstalt" genannt)

vom 15. November 2011 wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 gewählt. Daraufhin beauftragte uns die Vorsitzende des Verwaltungsrats am 8. Dezember 2011, den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 nach den §§ 317 ff. HGB zu prüfen.

Darüber hinaus wurden wir vom Vorstand beauftragt, einen Bericht über die Bezüge des Vorstands zu erstellen. Im Rahmen dieses Auftrags sind die Bezüge des Vorstands nach Art der Vergütung aufzuführen. Außerdem wurden wir beauftragt, festzustellen, ob die Bezüge des Vorstands den vertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen entsprachen.

Die Prüfung der Bezüge des Vorstands haben wir im April 2013 durchgeführt.

Die von der Personalbuchhaltung übernommenen Aufwendungen haben wir in Tabellenform zusammengestellt.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden bereitwillig erbracht.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002 sowie unsere Sonderbedingungen für die Erhöhung der Haftung im Rahmen der Allgemeinen Auftragsbedingungen vom 1. Januar 2002 maßgebend, die diesem Bericht als Anlage II beigefügt sind. Die Erhöhung der Haftung findet keine Anwendung, soweit für eine berufliche Leistung, insbesondere bei einer gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung, eine niedrigere Haftungssumme gesetzlich bestimmt ist. Hier muss es bei der gesetzlichen Haftungsregelung bleiben.

II. BEZÜGE DES VORSTANDS

Gemäß dem Art. 7 des Staatsvertrags besteht der Vorstand des AfS aus einer Person, die für die Dauer von fünf Jahren auf Vorschlag Berlins vom Verwaltungsrat bestellt wird.

Der Vorstand der Anstalt war im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 Frau Prof. Dr. Ulrike Rockmann.

Frau Prof. Dr. Ulrike Rockmann wurde mit dem Beschluss des Verwaltungsrats vom 4. Februar 2009 für den Zeitraum vom 1. März 2009 bis zum 28. Februar 2014 zum Vorstand des AfS bestellt.

Die Einstellung des Vorstands erfolgte als Beamtin auf Zeit gemäß §§ 145 ff. des Beamtengesetzes für das Land Brandenburg. Die Besoldung erfolgt nach der Besoldungsgruppe B3 des Besoldungsgesetzes für das Land Brandenburg.

Darüber hinaus besteht gemäß dem Beamtenversorgungsgesetz sowie dem Beamtengesetz des Landes Brandenburg eine Versorgungszusage. Dementsprechend wurde eine Pensionsrückstellung zu Gunsten von Frau Prof. Dr. Ulrike Rockmann gebildet.

Dem AfS entstanden im Geschäftsjahr 2012 insgesamt Aufwendungen für den Vorstand in Höhe von EUR 111.089,48. Außerdem erhielt er Beihilfeerstattungen gemäß § 62 LBG Brandenburg in Höhe von EUR 942,93.

Die an den Vorstand geleisteten Bezüge entsprechen den vertraglichen und gesetzlichen Regelungen.

III. SCHLUSSBEMERKUNG

Der Bericht über die Bezüge des Vorstands wurde von uns auf der Grundlage der uns zur Verfügung gestellten betrieblichen Unterlagen erstellt.

Die Bezüge des Vorstands stellen wir in der Anlage I dar.

Die im Berichtsjahr geleisteten Bezüge entsprechen den vertraglichen und gesetzlichen Regelungen.

Berlin, 13. Mai 2013

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Torsten Rehmer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Harald Willbarth
Wirtschaftsprüfer

Aufwendungen für den Vorstand

	Prof. Dr. Ulrike Rockmann EUR
Grundgehalt	79.995,48
Zuschüsse, Zuschläge, Zulagen zum Grundgehalt	0,00
Sachbezüge	0,00
Aufwendungen im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00
Zuführung zur Pensionsrückstellung	31.094,00
Gesamt	111.089,48

Außerdem erhielt Frau Professor Dr. Rockmann im Jahr 2012 Beihilfeerstattungen gemäß LBG Brandenburg in Höhe von EUR 942,93.

DokID: 1329 PYQQFR0

Allgemeine Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf - außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen - der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfasst nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlass ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlußfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlußfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

DokID: 1329 PYQQFR0

10 Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvarmerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei dann, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

SONDERBEDINGUNGEN FÜR DIE ERHÖHUNG DER HAFTUNG IM RAHMEN DER ALLGEMEINEN AUFTRAGSBEDINGUNGEN VOM 1. JANUAR 2002

An die Stelle der in Nr. 9 Abs. 2 der beiliegenden Allgemeinen Auftragsbedingungen genannten Beträge von EUR 4 Mio. bzw. EUR 5 Mio. tritt einheitlich der Betrag von EUR 5 Mio.

Falls nach Auffassung des Auftraggebers das voraussehbare Vertragsrisiko EUR 5 Mio. nicht unerheblich übersteigt, ist die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf Verlangen des Auftraggebers bereit, bei Möglichkeit einer Höherversicherung bei einem deutschen Berufshaftpflichtversicherer dem Auftraggeber eine entsprechend höhere Haftungssumme anzubieten, wobei über einen dadurch entstehenden Prämienmehraufwand noch eine gesonderte Vereinbarung zwischen dem Auftraggeber und der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu treffen wäre.

Die vorstehenden Regelungen finden keine Anwendung, soweit für eine berufliche Leistung, insbesondere bei einer gesetzlichen Prüfung, eine höhere oder niedrigere Haftungssumme gesetzlich bestimmt ist. Hier muss es bei der gesetzlichen Haftungsregelung bleiben.

Bei Zusammentreffen mehrerer Schadensursachen haftet die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Rahmen der erhöhten Haftungssumme nur in dem Maße, in dem ein Verschulden ihrerseits oder ihrer Mitarbeiter im Verhältnis zu anderen Ursachen an der Entstehung des Schadens mitgewirkt hat; dies gilt insbesondere in jedem Falle der gemeinschaftlichen Auftragsdurchführung mit anderen Berufsangehörigen. Wird im Einvernehmen mit dem Auftraggeber zur Auftragsdurchführung ein Dritter eingeschaltet, so haftet die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nur für ein Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG, Berlin

1. Allgemeines

Durch die Novellierung des Bäder-Anstaltsgesetzes (BBBG) und die in 2006 getroffene Entscheidung zur Gründung der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG (BBB Infra KG) wurden die für die Neustrukturierung der BBB (Trennung von Infrastruktur und Betrieb) erforderlichen Grundlagen geschaffen.

Das mit durchgängig erfahrenen Mitarbeitern besetzte Unternehmen ist zu einem langjährig eng kooperierenden Team zusammengewachsen. Die wirtschaftliche Entwicklung konnte im Geschäftsjahr 2012 weiter gefestigt werden.

Vorrangiges Unternehmensziel ist es auch weiterhin, durch betriebswirtschaftliche Optimierung und Entwicklung der im Eigentum befindlichen Bäderstandorte zusätzliche Erlöse zu generieren und damit einen nachhaltigen Beitrag zum Erhalt des Bäderangebotes in Berlin zu leisten.

2. Entwicklung des Unternehmens

Komplementärin des Unternehmens ist die BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH mit Sitz in Berlin. Kommanditistin ist das Land Berlin. Von der Kommanditistin wurde ein wesentlicher Anteil aus dem Bestand an 63 Hallen-, Kombi-, Sommer- und Freibädern auf die Gesellschaft übertragen. Das Land Berlin brachte als Kapital bisher 58 Bäderliegenschaften sukzessive ein und hält 100 % der Gesellschafteranteile.

Zum 31.12.2012 sind unverändert 58 von insgesamt 60 einzubringenden Liegenschaften mit notariellem Grundstücksübertragungsvertrag auf die Gesellschaft übertragen worden. Bis 31.12.2012 hatte die Gesellschaft insgesamt 58 Liegenschaften im Besitz.

Für 17 von 58 übertragenen Liegenschaften steht die grundbuchliche Eigentumsumschreibung noch aus. Davon liegt für 10 Liegenschaften der Umschreibungsantrag beim Grundbuchamt. Für 2 Liegenschaften liegen die Voraussetzungen für den Antrag auf Grundstücksübertragung vor. Die 12 Umschreibungsanträge erfolgen für 9 Liegenschaften im Ergebnis von Neu- bzw. Teilvermessungen. Für weitere 5 Liegenschaften sind nach Vermessung die für die Eigentumsumschreibung erforderlichen Katasterunterlagen noch nicht fertig.

Für 9 neu- bzw. teilvermessene Liegenschaften wurde im Jahresabschluss 2012 die Anpassung der Einbringungswerte vorgenommen. Bei um 1.643 qm verringerten Grundstücksflächen haben sich die Grundstückswerte demnach um insgesamt 577 T€ ermäßigt; in

selbiger Höhe verringert sich auch die Rücklage der durch die Kommanditistin eingebrachten Sacheinlage der Bäderliegenschaften. Nunmehr verbleiben noch 5 Liegenschaften, deren Werte im Ergebnis der Vermessung noch anzupassen sein werden.

Bei den ausstehenden noch zu übertragenden zwei Liegenschaften, handelt es sich um die Sonderfälle SSE Schwimm- und Sprunghalle im Europasportpark und das Freibad Wannsee.

Das Bädersanierungsprogramm ist seit 2008 nicht mehr als reines Instandsetzungsprogramm zur Vermeidung von Bäderschließungen fortgeführt worden. Vielmehr wurden und werden die Vorhaben konzeptionell umfassender betrachtet, um die Sanierungsziele auch mit den Zielen des Klimaschutzes und der Energieeinsparung in Übereinstimmung zu bringen.

Ergänzt wird das Bädersanierungsprogramm durch Mittel des Umweltentlastungsprogramms, die bis zu einer Höhe von 8,6 Mio. €, in Form einer Kofinanzierung für die modellhafte energetische Sanierung vorgesehen sind. Des Weiteren stehen ebenfalls für die energetische Sanierung Fördermittel aus dem Investitionspakt 2008 in Höhe von 3,1 Mio. € zur Verfügung. Aus dem Konjunkturpaket II wurden Baumaßnahmen in Höhe von 6,2 Mio. € für schwerpunktmäßig energetische Sanierung durchgeführt.

Das Bädersanierungsprogramm umfasst Maßnahmen an 39 Standorten. Davon konnten bis zum Ende des Jahres 2012 die Maßnahmen an 36 Standorten abgeschlossen werden. Derzeit befinden sich die Projekte Schwimmhalle Finckensteinallee, Kombibad Gropiusstadt und Kombibad Spandau Süd in der Projektabwicklung. Das Projekt Schwimmhalle Buch wurde zurückgesetzt. Eine Umsetzung aus dem Bädersanierungsprogramm und dem Umweltentlastungsprogramm wird nicht möglich sein.

Die Umsetzung des Konjunkturpaketes II wurde im Jahr 2011 abgeschlossen. Die Prüfung der Verwendungsnachweise ist erfolgt. Das Programm ist somit abgeschlossen.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

3.1 Ertragslage

Gegenüber dem positiven Ergebnis von 2 T€ zum Vorjahr schließt die BBB Infra im Geschäftsjahr mit einem gestiegenen Jahresgewinn von 21 T€ ab. Bei periodenfremden Erträgen in Höhe von 11 T€ (i. Vj. 14 T€) und rückläufigen periodenfremden Aufwendungen in Höhe von 8 T€ (i. Vj. 18 T€) wird das positive Jahresergebnis insbesondere aus dem operativen Gewinn von 18 T€ erwirtschaftet.

Es ist der BBB Infra insgesamt gelungen, die über Vorjahresniveau gebliebenem Geschäftsaktivitäten im Zusammenhang mit der Umsetzung der Instandhaltungsmaßnahmen vollständig über Fördermittel/Zuwendungen oder Umsatzerlöse bzw. Erträge abdecken zu können und einen insgesamt für das Jahr spürbar erhöhten Überschuss zu erreichen.

Die wesentlichsten Auswirkungen auf die Kostenstruktur infolge der weiterhin umfangreichen förderfähigen Instandhaltungsmaßnahmen zeigen sich bei den um 1.214 T€ erhöhten Instandhaltungsaufwendungen (7.909 T€; i. Vj. 6.695 T€). Darüber hinaus liegen im Vergleich zum Vorjahr um 139 T€ erhöhte Einstellungen in den Sonderposten für Investitionszuschüsse in Höhe von 1.056 T€ (i. Vj. 917 T€) vor, die korrespondierend zu aktivierungsfähigen geförderten Instandhaltungsmaßnahmen erfolgt sind. Dagegen stehen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen aus nicht verbrauchten ungewissen Verbindlichkeiten in Höhe von 189 T€ sowie Skontoerträge von 30 T€ (i. Vj. 15 T€) zu Gunsten des Verbrauchs der Zuwendungen.

Die Personalkosten sind vor allem infolge eines verringerten Personalbedarfs für das Neue Kassensystem (NKS), nicht verlängerten befristeten Arbeitsvertrags insgesamt um 18 T€ ermäßigt (i. Vj. ./.2 T€).

In 2012 bestand für die Einführung des NKS noch durchgehend ein Leiharbeitnehmerverhältnis, und ein weiteres aus dem Vorjahr fortgeführtes Leiharbeitnehmerverhältnis wurde zum 31. Juli 2012 beendet.

Dem Anstieg der Instandhaltungsaufwendungen um 1.214 T€ stehen um 1.645 T€ erhöhte vereinnahmte Fördermittel (9.010 T€; i. Vj. 7.365 T€) im Wesentlichen aus dem Bädersanierungsprogramm (BSP) gegenüber, die sich in den gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträgen widerspiegeln (10.024 T€; i. Vj. 8.444 T€).

Die um 377 T€ ermäßigten Umsätze wurden ausschließlich mit der Berliner Bäder Betriebe AöR aus dem Pachtvertrag für die im Eigentum befindlichen Liegenschaften erzielt. Diese waren ausreichend, um das laufende Geschäft betreiben zu können. Die Umsatzerlöse der BBB Infra ermäßigten sich im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen aus der Weiterberechnung der Grundstücksnebenkosten um 377 T€ auf 1.911 T€, darunter aus periodenfremden Grundsteuernachzahlungen in Höhe von 540 T€ (i. Vj. 1.167 T€) für die Jahre 2008 bis 2011. Diese Entwicklung korrespondiert mit dem Rückgang der ausgewiesenen sonstigen Steuern um 384 T€.

3.2 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich von 96.086 T€ auf 94.500 T€ und somit um 1.586 T€ (1,7 %) verringert. Die Veränderungen betreffen insbesondere verringerte Leistungsforderungen von 1.194 T€, korrespondierend mit verringerten sonstigen Verbindlichkeiten aus den Nachzahlungen von Grundsteuern 2008 bis 2011 um 1.258 T€, und um 684 T€ verringerte liquide Mittel.

Auf der Passivseite sind die durch die Kommanditistin erbrachten Rücklagen aus Sacheinlagen im Ergebnis der Vermessung angepassten Einbringungswerte um 577 T€ verringert, und aus der Verwendung des Jahresüberschusses um 3 T€ erhöht.

Im Anlagevermögen erfolgten vor allem Zugänge von Anlagen im Bau in Höhe von 973 T€. Dem gegenüber stehen Abschreibungen von 455 T€ und Wertkorrekturen aus Vermessung und Anpassung der unbebauten und baulichen Flächen in Höhe von ./.577 T€.

Die Verringerung der liquiden Mitteln korrespondiert mit den verringerten Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter von 709 T€ und beruht insbesondere auf den in 2011 noch nicht verbrauchten Zuwendungen von Investpaktmitteln.

Unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse beträgt die wirtschaftliche Eigenkapitalquote 96,8% (i. Vj. 95,2%).

3.3 Finanzlage

Die Finanzlage des Unternehmens war 2012 ausgewogen; das langfristige Vermögen der Gesellschaft (91.758 T€/i. Vj. 91.702 T€) ist mit 96,4 % (i. Vj. 95,2 %) im Wesentlichen durch Eigenmittel (88.424 T€/i. Vj. 88.899 T€) finanziert.

Ihren Zahlungsverpflichtungen kam die BBB Infra im Geschäftsjahr fristgerecht nach. Dabei wurden regelmäßig Skontoerträge geltend gemacht und zu Gunsten des Verbrauchs der Zuwendungen vereinnahmt.

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich um 2.352 T€ verringert. Dieser Rückgang beruht insbesondere auf den im Vorjahr noch nicht verbrauchten Mittelabrufen aus dem Investpakt und der Abnahme der sonstigen Rückstellungen insbesondere für ausstehende Rechnungen aus Bauleistungen.

4. Personal

Zum 31.12.2012 beschäftigte die Gesellschaft 13 Mitarbeiter. Im Jahresmittel waren rund 12 (i. Vj. 13) Beschäftigte im Unternehmen tätig. Der reduzierte Personalbedarf entsteht infolge eines für das Neue Kassensystem (NKS) nicht verlängerten befristeten Arbeitnehmerverhältnisses der im Kassen-Hardwarebereich auslaufenden Investitionsmaßnahme.

Korrespondierend zum Rückgang der Mitarbeiter haben sich auch die Personalaufwendungen ermäßigt. Zu einem spürbaren Teil wurden Personalaufwendungen über Dienstleistungsverträge im Bereich der Projektsteuerung, der Öffentlichkeitsarbeit und IT-Unterstützung an die BBB AöR weiterberechnet.

Seit 01.07.2012 wird zur Objektüberwachung sowie Früherkennung von Substanzschäden und Vandalismus an den Bäderliegenschaften ein Objektläufer im geringfügigen nichtsozialpflichtigen Beschäftigtenverhältnis eingesetzt.

5. Investitionen und Finanzierung

Investitionen erfolgten überwiegend in Anlagen im Bau und nur in geringem Umfang in Betriebs- und Geschäftsausstattung des Verwaltungsbüros am Hauptbetriebssitz sowie des nks-Büros. Das nks Büro wird zum 31.03.2013 aufgrund der vollständigen Schlussabnahmen der Kassenhardware-Investitionen (Los 2) geschlossen.

Die aktivierungsfähigen Instandsetzungen wurden durch Zuwendungen des Landes Berlin finanziert. Die ertragswirksame Vereinnahmung von erhaltenen Investitionszuschüssen wird über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes verteilt. Hierzu ist ein „Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen“ gebildet. Die jährliche Auflösung des Sonderpostens in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen und beträgt für das Jahr 420 T€ (i. Vj. 288 T€).

6. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge eingetreten, die zu einer anderen Beurteilung führen würden, als sie durch den Abschluss und den Lagebericht vermittelt werden.

7. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der Umgang mit Risiken ist ein wesentliches Prinzip der Geschäftspolitik der BBB Infra. Dabei stehen die Gewährleistung einer ausgeglichenen Ertragskraft sowie die Sicherung des Vermögens inklusive der zweckbestimmten und sparsamen Verwendung der Zuwendungen im Vordergrund. Die Geschäftsführung analysiert auf Basis des internen Berichtswesens die Ertrags- und Risikolage der BBB Infra und trifft geschäftspolitische Entscheidungen. Die Entscheidungsträger werden dabei von den Organisationseinheiten Baucontrolling und Finanzen unterstützt.

Aufsichtsrat und Geschäftsleitung der BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH messen den Grundsätzen einer verantwortungsvollen und transparenten Unternehmensführung einen hohen Stellenwert bei. Dem Rechnung tragend haben wir als Anlage eine erweiterte Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung des Landes Berlin beigefügt.

Im Ergebnis der Vermessung von 9 Liegenschaften und Anpassung der Einbringungswerte haben sich insgesamt leichte Wertminderungen der Grundstücksflächen und Korrekturen der durch die Kommanditistin erbrachten Rücklagen ergeben. Im Ergebnis der bereits erfolgten Vermessung von weiteren 5 Liegenschaften sind erst nach Vorlage der Katasterunterlagen die entsprechenden Neubewertungen der Grundstücksflächen vorzunehmen; die in diesen

Fällen ggf. möglichen Wertminderungen aber auch Werterhöhungen werden ebenfalls gering eingeschätzt.
Durch die noch ausstehende Bestandsaufnahme von bestehenden Leitungs- und Wegerechten, die teilweise --bedingt durch historische Gegebenheiten-- bisher den Grundbüchern nicht zu entnehmen waren bzw. sind, bei den einzelnen Liegenschaften zukünftig weitere Wertminderungen aber auch Werterhöhungen möglich, die jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht prognostizierbar sind. Korrekturen würden ebenfalls die durch die Kommanditistin erbrachten Rücklagen erhöhen oder vermindern. Die Risiken in weiteren daraus ggf. erforderlichen Nachbewertungen der Grundstücke werden gering eingeschätzt.

Zukünftige Risiken ergeben sich laut BSP-Zuwendungsbescheid aus dem 5 %-igen Einbehalt der Zuwendungen bis zur Vorlage eines prüffähigen Schlussverwendungsnachweises. Der daraus resultierende Vorfinanzierungsbedarf für das BSP baut sich bis zur Prüfung und Zahlung der letzten Schlussrechnung zum Ende des Programms über mehrere Monate auf. Der dadurch entstehende Vorfinanzierungsbedarf könnte im Lauf des Jahres 2014 zum Tragen kommen.

Darüber hinaus sind die Mittel im Rahmen des Umweltentlastungsprogramms II (UEP II) zu berücksichtigen. Die Förderbestimmungen sehen vor, dass die Auszahlungen der Mittel in Form von Erstattung erfolgen. Hieraus ergibt sich ein Vorfinanzierungsbedarf in der Zeit zwischen der Auslage der Kosten und deren Erstattung. Die Höhe des durchschnittlichen monatlichen Vorfinanzierungsbedarfes richtet sich nach dem durchschnittlichen Abrechnungsvolumen pro Monat. Die genaue Höhe kann derzeit noch nicht genau bestimmt werden. Mittel aus der eigenen Finanzierungskraft des Unternehmens stehen zur Vorfinanzierung nur sehr begrenzt zur Verfügung. Für den Erstattungszeitraum liegt der BBB-Infra seitens des BSP-Zuwendungsgebers die Erlaubnis zur Vorfinanzierung durch BSP-Mittel vor, solange BSP-Mittel zur Verfügung stehen. Im Anschluss an die Verfügbarkeit der BSP- Mittel wird ein weiterer Bedarf der Vorfinanzierung bestehen. Hierfür muss eine anderweitige Finanzierungsquelle erschlossen werden.

Hierzu steht die Geschäftsführung in Verhandlungen mit dem Gesellschafter, um die Vorfinanzierungsproblematik einer Lösung zu zuführen und begleitet und überwacht die Problematik eng.

Die veranschlagte Abrufhöhe für die UEPII-Mittel für die Schwimmhalle Finckensteinallee konnten im Jahr 2012 übertroffen werden.

Die bereits zum Auftakt des Jahres 2012 als schwierig gesehene Umsetzbarkeit des vorgesehenen Abrufkontingents für das Kombibad Spandau Süd hat sich im Laufe des Geschäftsjahres bewahrheitet, sodass hier nur der vom Anfang des Jahres eingeschätzte Betrag abgerufen werden konnte. Die nicht abgerufenen Mittel konnten durch die Abstimmung zwischen SenStadtUm und SenFin auf das Jahr 2013 übertragen werden.

Darüber hinaus besteht das finanzielle Risiko, dass das Land Berlin die Zusage zu bewilligten Mitteln, je nach Haushaltslage, teilweise bzw. vollständig widerrufen kann. Zurzeit bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass dieser Fall eintritt.

Des Weiteren besteht das Risiko, dass Fördermittel in den vorgesehenen / festgeschriebenen Abrufkontingenten innerhalb der festgelegten Projektförderzeit nicht ausgegeben bzw. nicht nachgewiesen werden können (z.B. noch ausstehende Abrechnungen). Dies könnte dazu führen, dass im Umfang der nicht abrufbaren bzw. nicht abgerufenen Fördermittel eine Kürzung der Förderung vorgenommen werden könnte. Sollte eine entsprechende alternative Finanzierung nicht gegeben sein, müsste das betroffene Projekt in geringerem Umfang umgesetzt oder aufgegeben werden.

8. Ausblick

Aus dem Bädersanierungsprogramm und den angeschlossenen Programmen werden derzeit noch drei Projekte durchgeführt.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Projekte Schwimmhalle Finckensteinallee innerhalb des 1. Quartals 2014, Kombibad Spandau Süd zum 2. Quartal 2014 und das Kombibad Gropiusstadt im 1. Quartal 2014 zum Abschluss geführt werden. Da alle drei Vorhaben im Jahr 2013 baulich parallel durchgeführt werden, wird in 2013 ein hoher Durchsatz der Fördermittel erwartet.

Die Übertragung der Liegenschaften konnte in 2011 für 58 Bäder abgeschlossen werden. Für zwei Liegenschaften dem Strandbad Wannsee und der Schwimm- und Sprunghalle Europapark sollte eine Übertragung erst dann erfolgen, wenn alle noch offenen Fragen endgültig geklärt sind. Die Geschäftsführung ist in laufenden Gesprächen noch in der Umsetzung und Klärung der rechtlichen Belange involviert. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 26. November 2012 zur Kenntnis genommen, dass die Eigentumsübertragung dieser Liegenschaften frühestens im Jahr 2014 erfolgen wird. Zum Sachstand ist dem Aufsichtsrat erneut zu berichten.

Der BBB Infra werden für die übertragenen Liegenschaften Grundsteuern berechnet, die diese wiederum an den Pächter weiterbelastet. Basierend auf der in 2011 erfolgten Ablehnung von Anträgen der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG auf Steuerbefreiung nach § 3 GrStG und von Erlassanträgen nach §§ 32 und 33 GrStG wurden bis Ende 2012 für alle der BBB Infra übertragenen Liegenschaften die neuen Einheitswertbescheide erlassen und aufgrund der Neuveranlagung von Grundsteuermessbeträgen in der Vielzahl der Neufestsetzungen die entsprechenden Nachzahlungen, Verrechnungen und Restguthaben in den Grundsteuerbescheiden für die Veranlagungszeiträume 2008 bis 2012 festgesetzt. Das Steuerbüro Vierhaus ist weiterhin beauftragt zur ausreichenden Planungssicherheit die Auswirkungen aus den lfd. Einsprüchen sowie der im Ergebnis der schlussabgenommenen Sanierungsmaßnahmen wegfallenden Abschläge bei der Einheitswertberechnung auf die zu

erwartende Grundsteuerbelastung zu ermitteln. Die Beibehaltung der mit Übertragung der Bäder durch Sachgutachten von den Finanzämtern anerkannten Abschläge für Baumängel und Schäden lassen sich erst mit Abschluss der grundhaften Sanierung in den Bädern abschließend beurteilen und eine ggf. erforderliche Einheitswertfortschreibung der Grundstücke erwarten. Für das Geschäftsjahr 2012 sind keine Veränderungen für den Wegfall von Baumängeln bekannt geworden. Fortschreibungszeitpunkt wäre frühestens bei einer Änderung der tatsächlichen Verhältnisse der Beginn des Kalenderjahres, das auf die Änderung folgt.

Ihre Erlöse mit dem Betreiber wird die Gesellschaft auch zukünftig gemäß Geschäftszweck aus Pachteinnahmen erzielen. Es besteht momentan ein Übergangspachtvertrag, der bis Ende 2013 verlängert wurde und nach den Planansätzen weiterhin eine insgesamt auskömmliche Bewirtschaftung sichert. Für die Folgejahre ist dies zu prüfen.

Wir erwarten für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 ein verbessertes Ergebnis auf dem Niveau von 2012. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Geschäftsgebiet der BBB Infra lassen derzeit eine deutliche Verbesserung des operativen Ergebnisses nicht zu. Diese Ergebniseinschätzung beruht auf den Annahmen, dass die Pacht weiterhin die anfallenden Kosten deckt bzw. die Höhe der Pacht der Kostensituation angepasst wird.

Auswirkungen der Finanzmarkt- und Konjunkturkrise auf das Unternehmen, die dieser Ergebniserwartung entgegenstehen könnten, sind im Moment nicht ersichtlich.

Um das Ergebnis auch künftig zu stabilisieren, werden von der Geschäftsführung kontinuierliche Kosteneinsparungspotentiale geprüft.

In Anlehnung an den Aufsichtsratsbeschluss vom 26. November 2012 werden darüber hinaus weitere Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen von der Geschäftsführung erwartet. Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird nunmehr mit der Erbringung von steuerlichen Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der angedachten Verschmelzung der Berliner Bäder Betriebe Anstalt des öffentlichen Rechts (BBB AöR) und der BBB Infra beauftragt. Demnach sind die damit verbundenen ertrag- umsatz- und grunderwerbsteuerlichen Fragestellungen für die Variante Übertragung der BBB AöR zur Aufnahme auf die BBB Infra als auch die Alternative der Übertragung der BBB Infra zur Aufnahme auf die BBB AöR zu begutachten.

Die tatsächlichen Ergebnisse können durch derart geänderte Rahmenbedingungen von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen.

Bei Erfüllung der herausfordernden Ziele für 2013 und 2014 und der genannten Maßnahmen kann das Unternehmen einen großen Schritt in der Umsetzung der politischen Ziele, das Bäderangebot des Landes Berlin zu erhalten und zu verbessern, und darüber hinaus Möglichkeiten für eine weitere Haushaltsentlastung beitragen.

Berlin, den 11. April 2013

BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG, Berlin

Dr. Klaus Lipinsky	Michael Schenk

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat		
I.1	. Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung . Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung . Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt. In den Fällen in denen die Verschwiegenheit externer bzw. Dritter von Bedeutung ist, wird diese vertraglich geregelt.
I.2	. Sitzungen des Aufsichtsrates	Der Aufsichtsrat hat zwei Sitzungen in 2012 unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten.
I.3	. Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsleitung. . Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschließlich von Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat	Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt und regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Neben den Regelungen im Gesellschaftsvertrag bestand eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrates für die Geschäftsführung.
I.4	. Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements unter Beifügung von Dokumenten mindestens zwei Wochen vor Sitzungs- und Entscheidungsterminen . Darstellung der Soll-/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen	Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für die Sitzungs- und Entscheidungstermine des Aufsichtsrates war ausreichend (2 Wochen vor der Sitzung). Soll-/Ist-Abweichungen der Unternehmensplanung für 2012 wurden vorgenommen, die Planabweichungen dem Aufsichtsrat plausibel und nachvollziehbar dargestellt und erläutert; Maßnahmen zur eventuell erforderlichen Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
I.5	. Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrates gewahrt.
	. D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat	Eine D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat besteht ohne Selbstbehalt.

II. Geschäftsleitung

II.1	. Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben	Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.
	. Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Bestimmungen	Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen.
	. Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen	Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und -controlling.

II.2	. Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung	Die Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit für die Geschäftsleitung waren in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geregelt. Ein Vorsitzender der Geschäftsleitung und eine Beschlussmehrheit wurden nicht bestimmt. Beschlüsse der Geschäftsführung werden in der Regel gemeinschaftlich in Sitzungen gefasst. Die Gesellschaft wird durch die Geschäftsführer nach außen gemeinsam vertreten. In der Kontoführung ist eine Einzelverfügungsberechtigung für die Geschäftsführer vereinbart.

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
II.3	. Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung	Die Geschäftsführung erhält ausschließlich eine Ermessens-bonuszahlung. Eine Bonuszahlung aus der Abrechnung der Ziel-vereinbarung 2011 ist in 2012 an die Geschäftsführer erfolgt. Im Rahmen der Offenlegung des Jahresabschlusses wird diese Bonuszahlung veröffentlicht.
	. Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung	Eine Zielvereinbarung für 2012 wurde abgeschlossen.

III. Aufsichtsrat

III.1	. Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäfts-anweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben entsprechend des Gesellschaftsvertrages wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf.
	. Geschäftsordnung des Aufsichtsrats	Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.

III.2	. Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung	In 2012 wurde beschlossen, aus Gründen der Transparenz, eine öffentliche Ausschreibung für die Geschäftsführungsposten vorzunehmen.
	. Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat, im Plenum nach Vorbereitung in einem Ausschuss	Die Anstellung und die Vergütungsregelungen für die Geschäftsführung wurden im Plenum, nach Vorbefassung in einem Ausschuss des Aufsichtsrates, entschieden.

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
III.3	. Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse . Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen	Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Es wurde die Unternehmensstrategie und die Geschäftsentwicklung beraten. Die Geschäftsleitung hat den Aufsichtsratsvorsitzenden über besondere Ereignisse unterrichtet. Es haben keine außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.
III.4	. Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen	Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse.
III.5	. Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern . Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen . Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates	Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von mehr als 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsfunktionen bei Wettbewerbern ausgeübt. Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung.
III.6	. Vorlage der Zielvereinbarung	Die Zielvereinbarung der Geschäftsführung wurde vor der Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat bereits inhaltlich mit dem mit dem Gesellschafter abgestimmt.
III.7 und 8.	. Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats	Der Aufsichtsrat hat in 2012 2 Sitzungen abgehalten. Die Aufsichtsratsmitglieder waren insgesamt vollständig vertreten. Die Anforderungen an eine fachgerechte Überwachungstätigkeit wurden gewahrt.

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
IV. Interessenkonflikte		
IV.1	. Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung . Vorteilsnahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung	Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert, noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsnahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
IV.2	. Wahrung des Unternehmensinteresses . Persönliche Interessen	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmens-interessen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
IV.3/4	. Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats	In 2012 sind keine Interessenkonflikte entstanden.
IV.5	. Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung . Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats	Es erfolgten in 2012 keinerlei derartige Geschäfte.
IV.6	. Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung	Ein Geschäftsführer hat die Genehmigung des Aufsichtsrates als Dozent bei der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie zu wirken. Ein weiterer Geschäftsführer hat die Genehmigung des Aufsichtsrates als Vorstandsmitglied beim Fachverband "Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e. V." zu wirken.

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
IV.7	. Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrats und an Angehörige	An die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Kredite gewährt.

V. Transparenz

V.1 und 2	Transparente Beurteilung des Branchen- und Marktumfeldes im . Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf	Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.
	. Informationen über das Unternehmen im Internet	Der Geschäftsbericht 2011 wurde auf der Homepage der BBB Infra im Internet veröffentlicht; dies gilt auch für allgemeine Informationen.

VI. Rechnungslegung

VI.1 bis 3	. Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen	Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend der anerkannten Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Aufsichtsrat und dem Gewährträger vorgestellt. Zwischenberichte wurden für die Gremien erstellt und mit dem Aufsichtsrat erörtert. Beteiligungen an anderen Unternehmen lagen nicht vor.

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
VII. Abschlussprüfung		
VII.1	. Berufliche, finanzielle und sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits . Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt . Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe	Der Abschlussprüfer hat die Erklärung abgegeben, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. In Anlehnung an den Aufsichtsratsbeschluss vom 26.11.2012, dessen Gegenstand die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit einer möglichen Verschmelzung der BBB-Infra und der BBB-AöR war, wurde die KPMG AG mit der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, insbesondere hinsichtlich steuerlicher Belange, beauftragt. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
VII.2	. Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung	Der Rechnungshof von Berlin hat auf Basis des Angebots der KPMG die Bestellung des Abschlussprüfer erklärt. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung wurde der Bestellung des Abschlussprüfers zugestimmt.
VII.3	. Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung . Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum BCGK ergeben	Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der vorgesehenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
VII.4	. Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss	Der Abschlussprüfer hat nicht an den Beratungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH

Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2012
der
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH
Berlin

1. Geschäftsverlauf im Jahr 2012

Die GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 26. September 2006 gegründet. Sie ist bis auf die Einlage ohne eigenes Vermögen. Sie ist persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG („BBB Infra KG“) und vertritt diese im Außenverhältnis.

Die Geschäftsfelder der GmbH lagen auch in 2012 rein auf Handlungen, die der gewöhnliche Geschäftsverkehr der BBB Infra KG mit sich gebracht hat.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Die alleinige Tätigkeit der Gesellschaft als Geschäftsführerin und persönlich haftende Gesellschafterin der BBB Infra KG spiegelt sich auch in der Ertragslage, die im Wesentlichen die Aufwendungen, die der Gesellschaft in Zusammenhang mit der Geschäftsführung der BBB Infra KG entstehen und deren Weiterbelastung beinhaltet, wider.

Das Unternehmen erzielte im Berichtsjahr 2012 neben der Haftungsvergütung (500,00 €) Umsätze in Höhe von 18.275,99 € (i. Vj. 20.763,73 €). Die Umsätze beziehen sich auf die vereinbarte Umlage gem. § 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages, um die entstandenen Aufwendungen in Bezug auf die Geschäftsführung der KG abzudecken.

Die um 2.487,74 € verringerten Umsatzerlöse und leicht ermäßigten sonstigen betrieblichen Erträge führten zu einer um 2.489,65 € verringerten Gesamtleistung, die mit den um 1.800,00 € verringerten Bonuszahlung der Geschäftsführung sowie den um 558,65 € verringerten übrigen sonstigen betrieblichen Aufwand korrespondiert, den gesamten betrieblichen Aufwand wegen nicht umlagefähiger Aufwendungen jedoch nicht vollständig decken.

Die nicht umlagefähigen Jahresabschlusskosten in Höhe von 1.230,00 € werden durch die Haftungsvergütung (500,00 €), die Beteiligungserträge (422,05 €) und die Zinserträge (121,63 €) nicht vollständig gedeckt und ergeben den diesjährigen Jahresfehlbetrag in Höhe von 186,32 € (i. Vj. 459,13 €). Der Jahresfehlbetrag verringerte sich vor allem aufgrund der Beteiligungserträge aus der BBB Infra KG.

2.2 Finanzlage und Vermögenlage

Die Eigenkapitalquote liegt wie im Vorjahr bei 58 %.

Die BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH verfügt am 31. Dezember 2012 über Bestände an liquiden Mitteln von 29.943,20 €. Ihren Zahlungsverpflichtungen kam die Gesellschaft jederzeit fristgerecht nach.

3. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2012 sind keine Vorgänge eingetreten, die zu einer anderen Beurteilung führen würden, als sie durch den Jahresabschluss und den Lagebericht vermittelt werden.

4. Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftsfelder der GmbH liegen weiterhin rein auf Handlungen, die der gewöhnliche Geschäftsverkehr der BBB Infra KG mit sich bringt. Hierfür erhält die GmbH neben der Haftungsvergütung eine vereinbarte Umlage gem. § 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages, um die entstandenen Aufwendungen in Bezug auf die Geschäftsführung der BBB Infra KG abzudecken.

Für die Gesellschaft sind derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken aus vergangenen oder aus künftigen Entwicklungen ersichtlich, da die Umlage für die Kostenerstattungen in regelmäßigen Abständen an die jeweiligen Kostenentwicklungen angepasst wird. Außerdem werden Maßnahmen diskutiert, wie zukünftig die nicht umlagefähigen Kosten abgedeckt werden können. Die Anpassung der Haftungsvergütung von derzeit 2 % des Stammkapitals

unter Beachtung der maßgeblichen Gewinnaufteilung aus der Kommanditgesellschaft und Ausgleich für die Übernahme der persönlichen Haftung und Entschädigung in Höhe von 2 %, höchstens jedoch in Höhe von 10 % des Stammkapitals wird für die Komplementärin gemäß §§ 8 und 14.4 des Gesellschaftsvertrages neu zu beurteilen sein. Eine positive Entwicklung des Zinsniveaus wird derzeit jedoch nicht erwartet. Andererseits könnten sich die Zinserträge bei anhaltender positiver Entwicklung der liquiden Mittel und unter der Annahme eines gleichbleibenden Zinsniveaus wieder erhöhen und könnten dann wieder vermehrt zur Kostendeckung der nicht umlagefähigen Aufwendungen beitragen.

Risiken aus der Komplementärstellung bei der BBB Infra KG sind derzeit nicht zu erkennen.

5. Prognosebericht

Das Unternehmen wird auch in 2013 und 2014 vorrangig die Vertretung der KG im Außenverhältnis als Geschäftstätigkeit haben.

Wir rechnen basierend auf der Vereinbarung mit der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG, nach der alle Aufwendungen in Bezug auf die Geschäftsführung der KG erstattet werden, der angestrebten Lösung für die Kompensation der bisher nicht umlagefähigen Kosten und auf Basis eines unveränderten Zinsniveaus im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 ab 2013 und 2014 wieder mit einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis.

Aufsichtsrat und Geschäftsführung der BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH messen den Grundsätzen einer verantwortungsvollen und transparenten Unternehmensführung einen hohen Stellenwert bei. Dem Rechnung tragend haben wir als Anlage eine erweiterte Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung des Landes Berlin beigefügt.

Berlin, 11. April 2013

_____	_____
Dr. Klaus Lipinsky Geschäftsführer	Michael Schenk Geschäftsführer

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat		
I.1	. Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung . Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung . Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt. In den Fällen in denen die Verschwiegenheit externer bzw. Dritter von Bedeutung ist, wird diese vertraglich geregelt.
I.2	. Sitzungen des Aufsichtsrates	Der Aufsichtsrat hat zwei Sitzungen in 2012 unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten.
I.3	. Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsleitung. . Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschließlich von Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat	Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt und regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Neben den Regelungen im Gesellschaftsvertrag bestand eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrates für die Geschäftsführung.
I.4	. Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements unter Beifügung von Dokumenten mindestens zwei Wochen vor Sitzungs- und Entscheidungsterminen . Darstellung der Soll-/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen	Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für die Sitzungs- und Entscheidungstermine des Aufsichtsrates war ausreichend (2 Wochen vor der Sitzung). Soll-/Ist-Abweichungen der Unternehmensplanung für 2012 wurden vorgenommen, die Planabweichungen dem Aufsichtsrat plausibel und nachvollziehbar dargestellt und erläutert; Maßnahmen zur eventuell erforderlichen Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
I.5	. Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrates gewahrt.
	. D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat	Eine D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat besteht ohne Selbstbehalt.

II. Geschäftsleitung

II.1	. Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben	Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.
	. Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Bestimmungen	Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen.
	. Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen	Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und -controlling.

II.2	. Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung	Die Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit für die Geschäftsleitung waren in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geregelt. Ein Vorsitzender der Geschäftsleitung und eine Beschlussmehrheit wurden nicht bestimmt. Beschlüsse der Geschäftsführung werden in der Regel gemeinschaftlich in Sitzungen gefasst. Die Gesellschaft wird durch die Geschäftsführer nach außen gemeinsam vertreten. In der Kontoführung ist eine Einzelverfügungsberechtigung für die Geschäftsführer vereinbart.

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
II.3	. Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung	Die Geschäftsführung erhält ausschließlich eine Ermessens-bonuszahlung. Eine Bonuszahlung aus der Abrechnung der Ziel-vereinbarung 2011 ist in 2012 an die Geschäftsführer erfolgt. Im Rahmen der Offenlegung des Jahresabschlusses wird diese Bonuszahlung veröffentlicht.
	. Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung	Eine Zielvereinbarung für 2012 wurde abgeschlossen.

III. Aufsichtsrat

III.1	. Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäfts-anweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben entsprechend des Gesellschaftsvertrages wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf.
	. Geschäftsordnung des Aufsichtsrats	Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.

III.2	. Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung	In 2012 wurde beschlossen, aus Gründen der Transparenz, eine öffentliche Ausschreibung für die Geschäftsführungsposten vorzunehmen.
	. Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat, im Plenum nach Vorbereitung in einem Ausschuss	Die Anstellung und die Vergütungsregelungen für die Geschäftsführung wurden im Plenum, nach Vorbefassung in einem Ausschuss des Aufsichtsrates, entschieden.

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
III.3	. Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse . Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen	Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Es wurde die Unternehmensstrategie und die Geschäftsentwicklung beraten. Die Geschäftsleitung hat den Aufsichtsratsvorsitzenden über besondere Ereignisse unterrichtet. Es haben keine außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.
III.4	. Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen	Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse.
III.5	. Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern . Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen . Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates	Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von mehr als 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsfunktionen bei Wettbewerbern ausgeübt. Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung.
III.6	. Vorlage der Zielvereinbarung	Die Zielvereinbarung der Geschäftsführung wurde vor der Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat bereits inhaltlich mit dem mit dem Gesellschafter abgestimmt.
III.7 und 8.	. Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats	Der Aufsichtsrat hat in 2012 2 Sitzungen abgehalten. Die Aufsichtsratsmitglieder waren insgesamt vollständig vertreten. Die Anforderungen an eine fachgerechte Überwachungstätigkeit wurden gewahrt.

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
IV. Interessenkonflikte		
IV.1	. Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung . Vorteilsnahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung	Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert, noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsnahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
IV.2	. Wahrung des Unternehmensinteresses . Persönliche Interessen	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmens-interessen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
IV.3/4	. Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats	In 2012 sind keine Interessenkonflikte entstanden.
IV.5	. Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung . Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats	Es erfolgten in 2012 keinerlei derartige Geschäfte.
IV.6	. Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung	Ein Geschäftsführer hat die Genehmigung des Aufsichtsrates als Dozent bei der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie zu wirken. Ein weiterer Geschäftsführer hat die Genehmigung des Aufsichtsrates als Vorstandsmitglied beim Fachverband "Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e. V." zu wirken.

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
IV.7	. Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrats und an Angehörige	An die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Kredite gewährt.

V. Transparenz

V.1 und 2	Transparente Beurteilung des Branchen- und Marktumfeldes im . Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf	Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.
	. Informationen über das Unternehmen im Internet	Der Geschäftsbericht 2011 wurde auf der Homepage der BBB Infra im Internet veröffentlicht; dies gilt auch für allgemeine Informationen.

VI. Rechnungslegung

VI.1 bis 3	. Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen	Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend der anerkannten Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Aufsichtsrat und dem Gewährträger vorgestellt. Zwischenberichte wurden für die Gremien erstellt und mit dem Aufsichtsrat erörtert. Beteiligungen an anderen Unternehmen lagen nicht vor.

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
VII. Abschlussprüfung		
VII.1	. Berufliche, finanzielle und sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits . Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt . Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe	Der Abschlussprüfer hat die Erklärung abgegeben, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. In Anlehnung an den Aufsichtsratsbeschluss vom 26.11.2012, dessen Gegenstand die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit einer möglichen Verschmelzung der BBB-Infra und der BBB-AöR war, wurde die KPMG AG mit der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, insbesondere hinsichtlich steuerlicher Belange, beauftragt. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
VII.2	. Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung	Der Rechnungshof von Berlin hat auf Basis des Angebots der KPMG die Bestellung des Abschlussprüfer erklärt. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung wurde der Bestellung des Abschlussprüfers zugestimmt.
VII.3	. Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung . Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum BCGK ergeben	Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der vorgesehenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Erweiterte BCGK-Erklärung 2012 (Berliner Corporate Gouvernance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
VII.4	. Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss	Der Abschlussprüfer hat nicht an den Beratungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

BCIA

Berliner Gesellschaft zum Controlling

der Immobilien-Altrisiken mbH

BCIA Berliner Gesellschaft
zum Controlling
der Immobilien-Altrisiken mbH
Berlin

L A G E B E R I C H T

für das Geschäftsjahr 2012

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2012 weiterhin ausschließlich für das Land Berlin auf Basis des in 2003 abgeschlossenen und am 18. Dezember 2007 geänderten Geschäftsbesorgungsvertrages tätig.

Folgende vier Themen bildeten in 2012 den Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft:

- Die laufende Kontrolle und Abrechnung von Geschäftsvorfällen der abgeschirmten Gesellschaften gem. Detailvereinbarung/Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
- Die Begleitung einer Schlussbewertung buchwertgarantierter Aktiva und Passiva bei der GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH gemäß Detailvereinbarung/Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
- Die fortgesetzte Begleitung und Abwicklung des Erwerbs von Fondsanteilen
- Die Erfüllung von regelmäßigen und anderweitigen Berichtspflichten

In 2012 hat die Gesellschaft 826 Einzelgeschäftsvorfälle mit einem (nicht der tatsächlichen Inanspruchnahme des Landes entsprechenden) Wertvolumen in Höhe von rund 1.334,2 Mio. € entschieden, die ihr die zum ehemaligen Konzern Bankgesellschaft Berlin AG (LBB Holding AG) gehörenden Gesellschaften entsprechend der mit dem Land abgeschlossenen Detailvereinbarung und der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung zur Ausübung der Kontrollrechte des Landes vorgelegt hatten und aus denen sich Ausgleichsansprüche gegen das Land ergeben haben.

Die Schlussbewertung der aktiven und passiven Buchwertgarantie der GfBI zum 31. Dezember 2009 konnte im Geschäftsjahr 2012 durch den Sachverständigen, eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, noch nicht abgeschlossen werden und erstreckt sich somit auch in das folgende Geschäftsjahr 2013.

Zur Minimierung der Inanspruchnahme des Landeshaushalts aus der gegenüber dem ehemaligen Konzern Bankgesellschaft übernommenen Risikoabschirmung soll auch der Ankauf von Anteilen an den Immobilienfonds beitragen. Den in 2005 begonnenen Ankauf von Anteilen von – zunächst fünfzehn – nunmehr vierundzwanzig abgeschirmten Fonds hat die Gesellschaft auch in 2012 weiterhin eng begleitet und die monatliche Finanzierung sichergestellt.

Die in der Satzung der Gesellschaft und dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Land festgelegten umfangreichen Berichtspflichten gegenüber dem Abgeordnetenhaus, dem Gesellschafter und dem Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung weiterhin wahrgenommen. Die Gesellschaft arbeitet der Senatsverwaltung für Finanzen bei allen Fragen der Risikoabschirmung und zu den abgeschirmten Gesellschaften zu.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat sich auch in 2012 in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung an allen ihren wesentlichen Entscheidungen, sowohl von zustimmungspflichtigen Einzelvorgängen als auch von Grundsatzthemen, im Rahmen intensiver Beratungen beteiligt. Hierzu ist der Aufsichtsrat in 2012 zu insgesamt vier Sitzungen zusammengetreten. Des Weiteren wurde ein Eilverfahren durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates gemäß Gesellschaftsvertrag der BCIA und Geschäftsordnung des Aufsichtsrates der BCIA entschieden, welches in der folgenden regulären Sitzung der nochmaligen Genehmigung des gesamten Aufsichtsrates bedurfte; die nachträgliche Genehmigung des gesamten Aufsichtsrats wurde erteilt. Ferner wurden vom Aufsichtsrat der Gesellschaft drei Beschlussvorlagen im schriftlichen Umlaufverfahren satzungsgemäß entschieden. Für das Geschäftsjahr 2012 gibt die Gesellschaft in Umsetzung der Beteiligungshinweise des Landes wiederum eine Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex (in der Fassung des von der Senatsverwaltung für Finanzen im Februar 2009 aktualisierten Berliner Corporate Governance Kodex) ab.

Da die Gesellschaft auf der Grundlage des Geschäftsbesorgungsvertrages vom Land Berlin eine Erstattung ihrer sämtlichen Aufwendungen sowie ein angemessenes Geschäftsbesorgungshonorar erhält, wurde in 2012 ein angemessener Jahresüberschuss erzielt, welcher an den Gesellschafter ausgeschüttet wird. Die jederzeit ausreichende Liquidität ist durch entsprechende Regelungen im Geschäftsbesorgungsvertrag in Bezug auf die Leistung von Vorschüssen bzw. Anzahlungen sichergestellt. Aufgrund des Geschäftsbesorgungsvertrages ist auch für das folgende Geschäftsjahr mit einem angemessenen Jahresüberschuss zu rech-

nen, so dass aus der derzeitigen Tätigkeit der Gesellschaft keine finanzwirtschaftlichen Risiken bestehen.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat in seiner Sitzung vom 25. Oktober 2012 der Beendigung des Gesetzes über die Ermächtigung des Senats zur Übernahme einer Landesgarantie für Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft der Bankgesellschaft Berlin AG und einiger ihrer Tochtergesellschaften vom 16. April 2002 zugestimmt. Gleichzeitig erteilte das Abgeordnetenhaus seine Zustimmung zum Abschluss einer Vereinbarung zur Neuordnung der Rechtsbeziehungen zwischen dem Land Berlin und der BIH-Gruppe (Berlinovo-Gruppe) und zur – zeitlich noch nicht näher definierten – Auflösung der Gesellschaft. Bis dahin soll sich die BCIA auf die Prüfung der Kreditgarantien konzentrieren, für die restlichen MitarbeiterInnen soll ein Personalentwicklungskonzept erstellt werden.

Mit der Unterzeichnung der Neuordnung der Rechtsbeziehungen verliert die Gesellschaft einen wesentlichen Teil ihrer Aufgaben aus der Geschäftsbesorgung für das Land Berlin. Nach Einschätzung der Geschäftsführung wird die Gesellschaft in den Geschäftsjahren 2013 und 2014 mit reduzierten Aufgaben, wie Kreditgarantie und ggf. weiteren, weiter in Geschäftsbesorgung für das Land Berlin tätig sein. Ob und inwieweit neue und erweiterte Aufgaben hinzukommen, wird derzeit von der Senatsverwaltung für Finanzen geprüft.

Berlin, den 31. Januar 2013

BCIA Berliner Gesellschaft
zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH
vertreten durch den Geschäftsführer
Christian Konstanty

Gemeinsame Erklärung von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat im Lagebericht zum Jahresabschluss 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung d. Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
I.	**Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat**	
I. 1	• Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I. 2	• Sitzungen des Aufsichtsrates.	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten. In Ausnahmefällen wurden lediglich Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten und Zielerreichungsfeststellungen ohne Teilnahme der Geschäftsleitung behandelt.
I. 3	• Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl.	Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand keine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrates für die Geschäftslei-

	Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.	tung.

I. 4	• Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens zwei Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.	Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (mindestens zwei Wochen vor der Sitzung). Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

I. 5	• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrates. • D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrates gewahrt. D&O-Versicherung ist ohne Selbstbehalt für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgeschlossen worden.

II. Geschäftsleitung

II. 1	• Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.	Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und im Rahmen der Besonderheiten der Gesellschaft gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein angemessenes Risikomanagement und über ein Risikocontrolling.

II. 2	• Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen.	Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung waren nicht geregelt, da die Geschäftsleitung aus einem Alleingeschäftsführer besteht. Daher waren keine Regelungen zur Beschlussmehrheit notwendig.

II. 3	• Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Veröffentlichung der Einzelvergütungen • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap	Die Vergütung erfolgte auf Basis des Vertrages vom 22. Dezember 2008. Diese setzt sich aus einem Fixum und einer Erfolgsbeteiligung (variabler Bestandteil) zusammen. Es wurde eine Zielvereinbarung (1. Januar bis 31. Dezember 2012 in der 39. Aufsichtsratssitzung am 16. Dezember 2011) abgeschlossen. Die Zielvereinbarung wurde nachträglich in der 42. Aufsichtsratssitzung am 28. September 2012 angepasst. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Geschäftsleitung und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen wurden andere Bezüge be-

		rücksichtigt. Die Vergütung unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung (alle zwei Jahre) durch den Aufsichtsrat. Die Gesamtvergütung wurde im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Die Regularien zum Abfindungs-Cap entfallen.

III. Aufsichtsrat

III. 1	• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrates.	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat im Geschäftsjahr 2012 keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Die Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.

III. 2	• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung.	In 2011 wurde die Wiederbestellung des bisherigen Geschäftsführers bis zum 31. März 2013 entschieden. Die Wiederbestellung wurde vorzeitig in der 39. Aufsichtsratssitzung am 16. Dezember 2011 ausgesprochen. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für den Geschäftsführer festgelegt.
	• Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.	Eine Nachfolgeregelung besteht nicht. Alle Entscheidungen des Aufsichtsrates wurden im Plenum getroffen. Es bestehen weiterhin keine Ausschüsse.

III. 3	• Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrates über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.	Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsleitung hat den Aufsichtsratsvorsitzenden mindestens im vierteljährlichen Turnus über besondere Ereignisse unterrichtet. Es fanden keine außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen statt. Außerhalb der Aufsichtsratssitzungen fand ein Eilbeschlussverfahren durch den Aufsichtsratsvorsitzenden statt. Der Aufsichtsrat hat den Beschluss in der darauffolgenden regulären Sitzung am 28. September 2012 genehmigt. Des Weiteren erfolgten außerhalb der Aufsichtsratssitzungen drei schriftliche Beschlussverfahren, wovon der Aufsichtsrat bei einem dem schriftlichen Verfahren widersprochen hat. Der Aufsichtsrat wurde über die Beschlüsse und den Widerspruch in den jeweils darauffolgenden regulären Sitzungen am 20. März 2012 und 19. Juni 2012 informiert.

III. 4	• Ausschüsse des Aufsichtsrates; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.	Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse gebildet.

III. 5	• Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates.	Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von fünf (bei gleichzeitiger Geschäftsführerfunktion) bzw. zehn Aufsichtsratsmandaten erreicht – wobei Tätigkeiten als Aufsichtsratsvorsitzender doppelt zählen. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Der Aufsichtsrat verfügt – nach eigener Einschätzung – über eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder. Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrates betrug im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2012 15,2 T€ (netto 14,8 T€). Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

III. 6	• Vorlage der Zielvereinbarung	Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsleitung beabsichtigte und vereinbarte Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.

III. 7 und 8	• Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates.	Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr 2012 mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen gemäß Prüfraster vom 11. Dezember 2007 (siehe Punkt 4 und Anlage dieser Vorlage) keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Interessenkonflikte

IV. 1	• Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung.	Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

IV. 2	• Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

IV. 3 und 4	• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrates.	Interessenkonflikte sind weder bei Mitgliedern der Geschäftsleitung noch des Aufsichtsrates entstanden.

IV. 5	• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrates.	Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahe stehende Personen oder ihnen persönlich nahe stehende Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

IV. 6	• Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung.	Der bestellte Geschäftsführer hat weder ein Aufsichtsratsmandat noch andere Nebentätigkeiten während des Geschäftsjahres außerhalb des Unternehmens ausgeübt.

IV. 7	• Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige	Mitgliedern der Geschäftsleitung und Mitgliedern des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

V. 1 und 2	• Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet.	Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Neustrukturierung der Gesellschaft erfordert zeitnah Abstimmung zwischen Eigentümer, Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat. Unternehmensinformationen (insbesondere Lagebericht) wurden auch über Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	• Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterung der Zwischenberichte	Der Jahresabschluss wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Die BCIA unterrichtet den Gesellschafter der BCIA mittels eines vierteljährlichen Überblicks über die wirtschaftliche Lage (im Rahmen der Berichterstattung an den Aufsichtsrat) und über vierteljährliche schriftliche Berichte über ihre Tätigkeit. Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden in den vorgesehenen Fristen (geprüfter Jahresabschluss 90 Tage nach Geschäftsjahresende, Zwischenberichte 45 Ta-

		ge nach Ende des Berichtszeitraumes) dem Aufsichtsrat vorgelegt. Die Zwischenberichte (wirtschaftliche Lage) wurden dem Aufsichtsrat in den Sitzungen erörtert.

VII. Abschlussprüfung

VII. 1	• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe.	Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen des Abschlussprüfers – auch nicht seiner Organe – gegenüber dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

VII. 2	• Erteilung des Prüfungsauftrags und Honorarvereinbarung	Der Aufsichtsrat hat über die Geschäftsführung dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt. Die Geschäftsleitung hat mit dem Abschlussprüfer die Honorarvereinbarung getroffen.

VII. 3	• Unterrichtung des Aufsichtsrates durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.	Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance ergeben.

VII. 4	• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss.	Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teilgenommen und hat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates			*Bezüge in 2012*
Christian Konstanty	Geschäftsführer BCIA GmbH	Grundgehalt	97.999,92 €
		Bonuszahlung für GJ 2011	41.500,00 €
		Summe Vergütung	**139.499,92 €**
		Private PKW-Nutzung und Verpflegungsmehraufwand	7.956,30 €
		Gruppenunfallversicherung	176,35 €
		Sonstige Bezüge und geldwerte Vorteile	**8.132,65 €**
		Arbeitgeberanteil gesetzliche Pflegeversicherung	166,20 €
		Arbeitgeberanteil gesetzliche Krankenversicherung	2.952,36 €
		Arbeitgeberanteil gesetzliche Rentenversicherung	5.644,80 €
		Arbeitgeberanteil Arbeitslosenversicherung	864,00 €
		Summe Sozialversicherung	**9.627,36 €**
		Direktversicherung	1.752,00 €
		Summe Altersversorgung	**1.752,00 €**
		Gesamt	**159.011,93 €**
Dr. Christian Sundermann	Staatssekretär a. D. in der Senatsverwaltung für Finanzen (Vorsitzender des Aufsichtsrates bis 01/2012)	pauschale Vergütung Aufsichtsratsmitglied	250,00 €
Dr. Reinhard Baumgarten	SenDirg a. D. in der Senatsverwaltung für Finanzen (Vorsitzender ab 03/2012)	pauschale Vergütung Aufsichtsratsmitglied	2.500,00 €
Ulrich Freise	Staatssekretär a. D. in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport (stellvertretender Vorsitzender)	pauschale Vergütung Aufsichtsratsmitglied	3.000,00 €
Renate Hinsken	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung	pauschale Vergütung Aufsichtsratsmitglied	3.000,00 €
Rolf-Dieter Schippers	Senatsverwaltung für Finanzen	pauschale Vergütung Aufsichtsratsmitglied	3.000,00 €
Detlev-W. Kalischer	Direktor der KfW, Leiter Bereich KfW Kommunalbank	pauschale Vergütung Aufsichtsratsmitglied	3.000,00 €
		Gesamt AR-Vergütung	**14.750,00 €**

Die Aufsichtsratsmitglieder haben gemäß Gesellschafterbeschluss vom 4. Dezember 2006 Anspruch auf Auslagenerstattung. In 2012 wurden seitens der Mitglieder keine Ansprüche geltend gemacht.

BEHALA

Berliner Hafen- und

Lagerhausgesellschaft mbH

BEHALA - Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

Der Geschäftsbetrieb der BEHALA umfasst den Hafenbetrieb, die Lagerei und den Umschlag von Gütern und Waren, den Betrieb von Hafenbahnen sowie die Vermietung und Verpachtung von Immobilien. Die Gesellschaft befindet sich zu 100 % im Besitz des Landes Berlin.

Die Gesellschaft hält in ihrem Eigentum Immobilien mit Hafenanlagen und Gebäuden sowie Lager- und Umschlagtechnik an den Standorten Westhafen, Hafen Neukölln, Südhafen Spandau, Nonnendammallee und Viktoriaspeicher.

Geschäftsentwicklung der Gesellschaft

Der Jahresüberschuss von T€ 6.134 liegt um T€ 4.711 über dem des Vorjahres (T€ 1.422). Wesentliche Ursache hierfür ist die Realisierung eines Immobilienverkaufs von EUR 4,8 Mio. sowie der Anstieg der Umsätze im Bereich der Immobilienvermietung. Insgesamt ergab sich ein Anstieg der Umsätze von rd. EUR 0,3 Mio. auf EUR 16,6 Mio.

Im Berichtsjahr hat die BEHALA das Schwerlast-Leichter-Shuttle-Transportkonzept für die Beförderung von Gasturbinen in Berlin erfolgreich realisiert und den Betrieb im Oktober aufgenommen.

Für einen im Südhafen Spandau ansässigen Kunden, wurde in 2012 mit den Planungsleistungen für den Neubau einer Lagerhalle begonnen. Die Bauleistungen werden bis zum Ende des dritten Quartals 2013 erbracht, um den planmäßigen Einzug zu gewährleisten.

Die Investitionen und Bautätigkeiten für die Infrastruktur im Westhafen wurden planmäßig fortgesetzt bzw. abgeschlossen. So wurden weitere Bauabschnitte der Sanierungsmaßnahmen an den Gleis- und Verkehrsanlagen im Berichtsjahr beendet. Für das Jahr 2013 ist die Beendigung der Gesamtmaßnahmen geplant.

Die städtebaulichen Maßnahmen auf dem Gelände des ehemaligen Osthafens wurden im Berichtsjahr fortgesetzt.

Ertragslage

a) Logistikgeschäft:

Das Logistikgeschäft hat sich im Berichtsjahr weiterhin stabil entwickelt und weist einen positiven Deckungsbeitrag aus. Die Umsätze von EUR 6,7 Mio. bewegten sich auf dem Niveau des Vorjahres. Sowohl der Umschlag, als auch die Bahndienstleistungen haben zu dieser Entwicklung beigetragen.

- Hafenbetrieb ohne Bahnbetrieb (Umschlag, Lagerei, sonstige Hafenleistungen):

Die Umsatzentwicklung hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert und blieb stabil bei EUR 4,6 Mio. Der Deckungsbeitrag verbesserte sich als Folge von Kosteneinsparungen im Vergleich zum Vorjahr. Der in 2007 aufgenommene Lagerbetrieb für Rohkaffee verlief auch im diesem Jahr stabil.

- Bahnleistungen:

Trotz rückläufiger Umsatzentwicklung bei den Bahnleistungen erzielte der Bereich einen positiven Deckungsbeitrag.

- Intermodalgeschäft:

Im Bereich Intermodal entwickelt sich das im November aufgenommene Geschäft von Schwerguttransporten wie geplant.

b) Vermietungsgeschäft:

Der Umsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von T€ 9.425 auf T€ 9.677. Der konstante Trend zu einem positiven Deckungsbeitrag hat sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Der Umsatzanstieg beruht auf der Neuvermietung zweier Etagen im Zollspeicher des Westhafens, auf der Fortsetzung der Vermietungsaktivitäten auf dem Areal Viktoriaspeicher sowie auf der Neuvermietung der früheren Bauschuttflächen.

c) Finanzergebnis:

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der Inanspruchnahme der im Vorjahr eingeräumten Kreditlinien um T€ 180 verschlechtert.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanz der BEHALA weist bei einer Bilanzsumme von EUR 94 Mio. einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr (EUR 85 Mio.) von rd. 11 % aus.

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände stiegen aufgrund getätigter Investitionen von rd. EUR 10,7 Mio. unter Berücksichtigung vorgenommener Abschreibungen von rd. EUR 3,8 Mio. auf EUR 74 Mio. an (i.Vj. EUR 67 Mio.).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr (EUR 1,3 Mio.) um EUR 0,1 Mio. erhöht.

Die zum Bilanzstichtag vorgehaltenen liquiden Mittel betragen EUR 3,9 Mio. (i. Vj. 0,3 Mio.).

Neben einem unveränderten Stammkapital von EUR 21 Mio. ist das Eigenkapital aufgrund des Jahresüberschusses auf EUR 28 Mio. gestiegen. Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote (Eigenkapital zuzüglich 70 % des Sonderpostens mit Rücklagenanteil zu Bilanzsumme abzüglich Sonderposten aus Zuschüssen zum Anlagevermögen) beträgt 50 %.

Den Ausgaben für einzelne Sanierungsmaßnahmen wie an den Gleis- und Verkehrsanlagen stehen Zuwendungen gegenüber. Sofern sie aktivierungspflichtige Erweiterungsinvestitionen betrafen, wurden sie in die Sonderposten für Zuwendungen zum Anlagevermögen eingestellt.

Die Rückstellungen von EUR 6,3 Mio. liegen unter dem Niveau des Vorjahres (i.Vj. 6,9 Mio.). Pensionsrückstellungen wurden nach vorliegenden versicherungsmathematischen Gutachten gebildet. Aufgrund der Fertigstellung einzelner städtebaulicher Maßnahmen, konnten nicht mehr benötigte Rückstellungen aufgelöst werden. Zugleich wurden im Zuge des erfolgten Grundstücksverkaufs für neu hinzugekommene städtebauliche Verpflichtungen Rückstellungen gebildet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen unter Berücksichtigung vorgenommener Tilgungen von EUR 2,2 Mio. und Neuaufnahmen von EUR 9,6 Mio. zum Stichtag EUR 12 Mio. Das im Laufe des Jahres von der Tochtergesellschaft, der B Plus Planungs-Aktiengesellschaft, aufgenommene Darlehen wurde im Berichtsjahr zurückgezahlt, so dass insofern keine Darlehensverbindlichkeiten bestehen.

Investitionsmaßnahmen

Die bereits in den Vorjahren begonnenen Maßnahmen zur Generalsanierung der Gleis- und Verkehrsanlagen wurden kontinuierlich fortgesetzt. Im Jahr 2012 wurden für die Erneuerung und Erweiterung der Gleisanlagen EUR 0,6 Mio., zur Verbesserung der verkehrlichen Erschließung innerhalb des Westhafens EUR 1,4 Mio. und für die Realisierung des Projektes Schwerlast-Leichter-Shuttle EUR 6,2 Mio. investiert.

Die Sanierungs- und Umbaumaßnahmen zur Umnutzung der Lagerhalle 1 als Bürogebäude sind im Wesentlichen abgeschlossen, so dass im 1. Quartal 2013 der Umzug geplant ist. Im Berichtsjahr wurden erbrachte Leistungen von rd. EUR 1,8 Mio. aktiviert.

Die Gesamthöhe der getätigten Investitionen beträgt rd. EUR 10,7 Mio.

Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die BEHALA will im Jahr 2013 ihr Kerngeschäft Logistik weiterhin stärken. Dabei liegt einer der Schwerpunkte auf dem Projekt Schwerlast-Leichter-Shuttle für den Transport von Gasturbinen. Damit verbunden ist eine langfristige Steigerung des Umsatzpotenzials in diesem Bereich.

Ein weiterer Fokus der Dienstleistungen wird auf den Bahnbereich gerichtet. Hier konnten in der Vergangenheit die Potenziale nicht ausreichend ausgelastet werden, so dass für 2013 eine Anpassung der Kapazitäten an die Marktanforderungen geplant ist. Das Augenmerk wird auf der nachhaltigen Kostendeckung liegen.

Die im Bau befindliche Halle B im Südhafen wird ab September 2013 im Bereich Immobilien zu Umsatzzuwächsen führen. Darüber hinaus werden im Südhafen auch weitere Instandsetzungs- und Ersatzinvestitionen erfolgen, um den Standort intensiver zu entwickeln und die Marktattraktivität zu steigern.

Darüber hinaus sehen wir eine Chance in der laufenden Nachfrage nach Archiv- und Lagerflächen, welche durch unsere Bestandsimmobilien im Westhafen gedeckt werden könnte.

Risiken der künftigen Entwicklung

Ein besonderes Augenmerk legt die BEHALA auf die Kontrolle bestehender Risiken. Es findet eine kontinuierliche Überwachung der Risikolage des Unternehmens statt. Bei Auftreten etwaiger Implikationen sondiert die Geschäftsführung den Sachverhalt und setzt die jeweils erforderlichen Maßnahmen zur Risikobegrenzung beziehungsweise Risikovermeidung um.

Das Risikokataster wird periodisch überprüft, aktualisiert und ggf. um weitere Positionen ergänzt. Die Ergebnisse werden im Risikobericht zusammengefasst und quartalsweise dem Aufsichtsrat vorgelegt. Der im Anlagenbereich bestehende Sanierungsbedarf wird im Rahmen der eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen fortlaufend abgetragen.

Risiken der Finanzierung werden aufgrund regelmäßig aktualisierter Liquiditätsplanungen überwacht. Die Veräußerungen im Eigentum der BEHALA stehender Immobilien im Ostha-

fen sollen die Finanzlage der BEHALA weiter verbessern und die Finanzierung von Investitionen sicherstellen.

Der Sanierungsbedarf ist bei der Bewertung der entsprechenden Immobilien sowie der Rückstellungen hinreichend berücksichtigt.

Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

Die geplanten Investitionen sollen teilweise durch Aufnahme von Fremdmitteln und durch Darlehensaufnahme bei der Tochtergesellschaft finanziert werden.

Das Aufsichtsgremium wurde durch die Geschäftsführung über wichtige Vorgänge und Maßnahmen, welche die Geschäftstätigkeit der BEHALA betrafen, laufend und umfassend informiert.

Nachtragsbericht

Wesentliche Geschäftsvorfälle nach dem Bilanzstichtag, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von Bedeutung wären, sind bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes nicht eingetreten.

Ausblick / Prognosebericht

Mit Beschluss vom 05. Dezember 2012 stimmte der Aufsichtsrat der BEHALA dem Wirtschaftsplan für das kommende Wirtschaftsjahr zu.

Die Geschäftsführung plant für das Geschäftsjahr 2013 ohne Berücksichtigung von Immobilienverkäufen ein positives Jahresergebnis von rd. EUR 0,7 Mio. Die kontinuierliche stabile Entwicklung soll auch in den Folgejahren beibehalten werden. Die Geschäftsführung rechnet daher ebenfalls für das Jahr 2014 mit einem positiven Ergebnis.

Zur nachhaltigen Sicherung der positiven Deckungsbeiträge im Bereich Logistik, insbesondere bei den Bahnleistungen, wird eine Verstärkung und Ausweitung des bereits etablierten Umschlags von Massengütern und Containern angestrebt.
Ebenso werden die Leistungen der BEHALA im Bereich Immobilien auf die Steigerung des Umsatzes unter Beibehaltung der anteiligen Deckungsbeiträge gerichtet sein.

Das übergeordnete Ziel besteht darin, die Kostenstruktur und die Ertragslage weiterhin nachhaltig zu verbessern.

Sonstiges

Diesem Lagebericht ist als Anlage die Entsprechenserklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex beigefügt.

Berlin, den 22. Februar 2013

Peter Stäblein

Geschäftsführer

Anlage DCGK für Unternehmen, an denen das Land Berlin beteiligt ist

Entsprechenserklärung für das Jahr 2012 für die BEHALA – Herr Stäblein

Verweis	Gegenstand	Erklärung d. Geschäftsleitung/Aufsichtsrat	Abweichungen
I.	**Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat**		
I.1	• Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden vom Geschäftsführer auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.	
I.2	• Sitzungen des Aufsichtsrats.	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten. In der Regel wurden lediglich Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten ohne Teilnahme der Geschäftsführung behandelt.	
I.3	• Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsleitung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.	Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt	

I.4	• Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.	Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend. Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.	

I.5	• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen. Sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt. Eine D&O-Versicherung mit Selbstbehalt wurde abgeschlossen.	

II. Geschäftsleitung

II.1	• Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.	Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet. Das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling.	
II.2	• Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Geschäftsführungsbeschlüssen	Da nur ein Geschäftsführer bestellt wurde, sind eine Geschäftsverteilung und eine Festlegung der Beschlussmehrheit bei Geschäftsführungsbeschlüssen entbehrlich.	
II.3	• Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Veröffentlichung der Einzelvergütung • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap	Die Gesamtvergütung der Geschäftsführung setzt sich aus einem Jahresgehalt (Fixum) und einer variablen Erfolgsvergütung zusammen. Die variable Vergütung erfolgte auf Basis einer Zielvereinbarung zwischen dem Personalausschuss des Aufsichtsrats und dem Geschäftsführer. Diese wurden nicht nachträglich geändert. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Geschäftsführung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens festgelegt. Bei der Festlegung der Vergütungen wurden andere Bezüge nicht berücksichtigt. Die Gesamtvergütung wird im Anhang zum Jahresabschluss aufgeteilt nach fixen und variablen Bestandteilen ausgewiesen und beträgt insgesamt 167.576,73 EUR. Abfindungen wurden nicht gezahlt.	

III. Aufsichtsrat

III.1	• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats.	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.	

III.2	• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.	Der Aufsichtsrat hat einen Wirtschafts- und Personalausschuss gebildet. Der Personalausschuss befindet abschließend über die dienstvertraglichen Angelegenheiten der Geschäftsführung. In allen übrigen Angelegenheiten haben die Ausschüsse lediglich empfehlende Befugnisse. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für Geschäftsführer festgelegt. Eine Nachfolgeplanung erfolgte wegen der Restlaufzeit des aktuellen Vertrages des amtierenden Geschäftsführers nicht. Es wurde eine Wiederbestellung ausgesprochen.	

IV.3 5.2 DCGK	• Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.	Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftleitung hat ein regelmäßiger Kontakt statt gefunden. Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine wichtigen Ereignisse, über die er unterrichtet wurde. Es haben keine außerordentlichen Aufsichtsratsitzungen statt gefunden.	

III.4	• Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.	Der Aufsichtsrat hat einen Wirtschafts- und Personalausschuss. Der Personalausschuss beschließt die Anstellungsverträge und Zielvereinbarungen der Geschäftsführung. Das Plenum des Aufsichtsrats wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet. Der/Die Aufsichtsratsvorsitzende war nicht Vorsitzende des Prüfungsausschusses und kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung.	

III.5	• Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates.	Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Die Vergütung wurde nicht in ein Fixum und in einen variablen Teil unterteilt. Die Gesamtvergütungen ergaben sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.	

III.6	• Vorlage der Zielvereinbarung	Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsführung vereinbarte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschaftervertreter im Aufsichtsrat zur Beurteilung vorgelegt.	

III.7 und 8.	• Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats.	Kein Mitglied hat an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Die Effizienzprüfung wurde im Jahr 2012 vorgenommen.	

IV. Interessenkonflikte

IV.1	• Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung.	Die Geschäftsführung hat die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie hat weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.	

IV.2	• Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.	

IV.3 und 4	• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats.	Es lagen keine Interessenskonflikte vor.	

IV.5	• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats.	Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsführung oder ihr nahestehenden Personen oder ihr persönlich nahestehenden Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden; der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.	
IV.6	• Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung.	Der Aufsichtsratsvorsitzenden sind keine neuen Nebentätigkeiten zur Zustimmung vorgelegt worden.	
IV.7 3.9 DCGK	• Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates.	Mitgliedern der Geschäftsleitung und Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.	

V. Transparenz

V. 1 und 2	• Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet.	Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Unternehmensinformationen werden über das Internet veröffentlicht.	

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	• Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterte Zwischenberichte	Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Der Jahresabschluss wurde in den vorgesehenen Fristen (geprüfter Jahresabschluss 90 Tage nach Geschäftsjahresende) an den Gesellschafter übermittelt. Die Zwischenberichte wurden innerhalb von 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums vorgelegt. Die Zwischenberichte wurden vom Aufsichtsrat bzw. Prüfungsausschuss erörtert. Der Jahresabschluss Zwischenbericht führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf.	

VII. Abschlussprüfung

VII.1	• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe.	Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer wird bei Vorlage des Jahresabschlusses aufgefordert, der Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat in 2012 keine Befangenheitsgründe vorgetragen.	
VII.2	• Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung	Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.	
VII. 3	• Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.	Der Abschlussprüfer hat in 2012 den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Für das Geschäftsjahr 2012 wurden vom Abschlussprüfer keine diesbezüglichen Tatsachen vom Abschlussprüfer vorgetragen.	

VII.4	• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss.	Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss 2012 teilnehmen. Er wird über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.	

19.02.2013
Datum

Peter Stäblein

Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft GmbH

Berichtszeitraum vom 01. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

Bezüge des Geschäftsführers Herrn Peter Stäblein

Vergütungsbestandteil	**Betrag in Euro**
Geschäftsführervergütung	92.249,97
Erfolgsabhängige Vergütung	51.840,00
Summe	**144.089,97**
Geldwerter Vorteil Pkw	9.684,29
Risiko-Lebensversicherung	1.752,00
Pausch.-Steuer	369,67
Gesamtbezüge 2012	**155.895,93**

Berliner Bäder-Betriebe

Anstalt des öffentlichen Rechts

Berliner Bäder-Betriebe (BBB)
Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

1. Geschäftsverlauf

Die BBB sind gemäß Gesetz über die Anstalt öffentlichen Rechts Berliner Bäder-Betriebe (Bäder-Anstaltsgesetz – BBBG) mit dem Betrieb, der Unterhaltung und Verwaltung von Schwimmbädern des Landes Berlin betraut. Die Durchführung der Aufgaben erfolgt auf der Grundlage des BBBG mit dem Ziel einer kostengünstigen, benutzer- und umweltfreundlichen Leistungserbringung entsprechend der gesetzlichen Vorgaben.

Insbesondere werden die Schwimmhallen, Sommer- und Freibäder zur sportlichen Betätigung und Erholung für die Bevölkerung angeboten, die unentgeltliche Nutzung durch Schulen, Kindertagesstätten und förderungswürdige Sportorganisationen sichergestellt und Angebote für den Hochleistungssport gewährleistet.

Die Betriebspflicht lag zum 31.12.2012 bei 63 Bädern.

Neben den Hallen-, Kombi- und Sommerbädern wurden das Strandbad Wannsee und das Freibad Tegeler See von den BBB betrieben. Das ehemalige Freibad Wernersee soll aus der Betriebspflicht entlassen werden, da es seit Jahren nicht mehr für den Badebetrieb nutzbar ist und ein Verkauf der Liegenschaft durch die Eigentümerin, die BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG vorgesehen ist. Das im Geschäftsjahr 2011 hierzu eingeleitete Verfahren zur Nutzungsaufgabe als öffentliche Sportanlage wird voraussichtlich in 2013 mit einer Entscheidung des Abgeordnetenhauses gem. § 7 Abs. 2 Sportfördergesetz abgeschlossen.

Die anderen Freibäder (Naturbäder) sind verpachtet. Neben den von den BBB selbst betriebenen Sommerbädern wird damit in Berlin während der Sommersaison ein breites Angebot zum Schwimmen, Baden und zur Freizeitgestaltung sichergestellt.

Auf Grund der erst Mitte 2012 abgeschlossenen parlamentarischen Haushaltsberatungen unterlag die BBB in der ersten Jahreshälfte 2012 der vorläufigen Haushaltswirtschaft und arbeitete zunächst auf der Grundlage eines vorläufigen Wirtschaftsplanes. Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr konnte nach Erteilung des Zuschussbescheides abschließend aufgestellt werden und wurde durch den Aufsichtsrat am 16.07.2012 beschlossen.

Mit der Abstimmung über den Doppelhaushalt 2012/2013 hat das Abgeordnetenhaus den Zuschuss für die BBB deutlich erhöht. Pro Jahr erhält die Anstalt nunmehr einen Gesamtzuschuss von Mio. € 50, davon stehen Mio. € 45 für konsumtive Zwecke und Mio. € 5 für investive Zwecke, insbesondere für die bauliche Instandhaltung der Schwimmbäder zur Verfügung. Damit können weitere, dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten und Sanierungsmaßnahmen, z. B. in der seit 2011 wegen gravierender baulicher und technischer Mängel geschlossenen Schwimmhalle Thomas-Mann-Straße, aber auch im Strandbad Tegel durchgeführt und die Bäder vor einer drohenden Schließung bewahrt werden.

Gemeinsam mit der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG wurde das Bädersanierungsprogramm auch im

Jahr 2012 erfolgreich fortgeführt. So konnte nach längerer Schließzeit das vollständig sanierte und besonders beliebte Stadtbad Schöneberg im Januar 2012 wieder eröffnet werden, kurze Zeit später die Schwimmhalle Sewanstraße. Im Sommerbad Wilmersdorf wurde das marode große Nichtschwimmerbecken durch einen Neubau ersetzt und ist nun für die Kundinnen und Kunden wieder uneingeschränkt nutzbar. Auch im Kombibad an der Seestraße in Stadtbezirk Wedding konnten die Außenbecken saniert und mit einer Edelstahlauskleidung versehen werden. Die sehr umfangreichen Sanierungsarbeiten in den Schwimmhallen Gropiusstadt und Fincken-
steinallee wurden erfolgreich fortgesetzt mit dem Ziel, die Bäder 2013 bzw. Anfang 2014 wieder zu eröffnen. Die Sanierung des Kombibades Spandau Süd wurde begonnen.

Bei der Sanierung der Bäder wird weiterhin besonderer Wert auf eine langfristige Verbesserung der energetischen Bilanz gelegt. Durch die Maßnahmen ist der Anstieg der Medienkosten im Geschäftsjahr 2012 begrenzt worden. Das in 2011 erreichte Niveau an CO_2-Minderungen konnte im Wesentlichen gehalten werden.

Nachdem im Jahr 2011 ein neues Kassensystem in den Hallenbädern in Betrieb genommen wurde, sind im Geschäftsjahr auch die Sommerbäder und das Strandbad Wannsee mit dem neuen Kassensystem ausgerüstet worden.

Medien- und Personalkosten machen einen erheblichen Anteil der Betriebskosten der BBB aus. Seit 2002 haben die BBB dennoch die Entgelte für die Nutzung ihrer Einrichtungen unverändert beibehalten. Wegen der stetig steigenden Medien- und Personalkosten auf Grund von Preis- und Tariferhöhungen wird es jedoch notwendig, die Entgelte für Leistungen der BBB sozialverträglich zu erhöhen. Zu Beginn des 2. Halbjahr 2012 wurden deshalb die Kursgebühren moderat erhöht.

Trotz durchwachsener Witterung konnten die BBB die Sommersaison mit einem befriedigenden und deutlich verbesserten Ergebnis gegenüber dem Vorjahr abschließen. Im Vergleich zum Vorjahr besuchten rd. 27 % mehr Gäste die Sommerbäder. Der Umsatz stieg auf rd. 31 % gegenüber der Sommersaison 2011.

Das Geschäftsjahr 2012 schließt erneut mit einem positiven Jahresergebnis ab.

Der für die 17. Legislaturperiode neu gebildete Aufsichtsrat hat sich in seiner ersten Sitzung am 21.06.2012 konstituiert und die Mitglieder seiner Ausschüsse benannt.

Die Aufsichtsgremien der BBB wurden im Geschäftsjahr durch den Vorstand laufend und umfassend über wichtige Vorgänge und Maßnahmen, welche die Geschäftstätigkeit der BBB betrafen, informiert.

2. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2012 verlief für die BBB erneut positiv. Der Jahresüberschuss beträgt T€ 125 (Vj: T€ 232).

Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Jahresergebnis vor Steuern) von T€ 235 auf T€ 129.

Die Einflussfaktoren auf das Jahresergebnis unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

	2012		2011		Veränderung	
Angaben in	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse (ohne Eigenverbrauch)	14.672	20,2	12.724	17,3	1.948	15,3
Eigenverbrauch	6.574	9,1	6.407	8,7	167	2,6
Umsatzerlöse	**21.246**	**29,3**	**19.131**	**26,0**	**2.115**	**11,1**
Zuschüsse	44.966	62,1	45.043	61,4	-77	-0,2
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüssen	1.382	1,9	1.172	1,6	210	17,9
übrige Erträge	4.821	6,7	8.023	11,0	-3.202	-39,9
sonstige betriebliche Erträge	**51.169**	**70,7**	**54.238**	**74,0**	**-3.069**	**-5,7**
Betriebserträge	**72.415**	**100,0**	**73.369**	**100,0**	**-954**	**-1,3**
Materialaufwendungen	14.078	19,5	13.284	18,2	794	6,0
Personalaufwendungen	32.399	44,9	30.232	41,4	2.167	7,2
Abschreibungen	1.349	1,9	1.269	1,7	80	6,3
Eigenverbrauch (incl. Umsatzsteuer)	7.036	9,8	6.855	9,4	181	2,6
Instandhaltungsaufwendungen	7.818	10,8	10.359	14,2	-2.541	-24,5
Bewirtschaftungsaufwendungen	5.851	8,1	5.063	6,9	788	15,6
Verwaltungsaufwendungen	1.776	2,5	1.753	2,4	23	1,3
Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüssen	618	0,9	2.634	3,6	-2.016	-76,5
übrige Aufwendungen *	1.220	1,7	1.601	2,2	-381	-23,8
Betriebsaufwendungen	**72.145**	**100,0**	**73.050**	**100,0**	**-905**	**-1,2**
Betriebsergebnis	**270**	**0,4**	**319**	**0,4**	**-49**	**-15,4**
Zinsergebnis	**-145**	**-0,2**	**-87**	**-0,1**	**-58**	**66,7**
Jahresergebnis	**125**	**0,2**	**232**	**0,3**	**-107**	**-46,1**

* einschließlich sonstige Steuern T€ 4 (Vj: T€ 4)

Zur Vergleichbarkeit ist der Ausweis der Aufwendungen aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse des Vorjahres angepasst worden.

Dem deutlichen Anstieg der entgeltpflichtigen Umsatzerlöse von Mio. € 1,9 stehen geringere sonstige betriebliche Erträge von Mio. € 3,1 gegenüber.

Der Rückgang der Erträge aus Zuschüssen resultiert mehrheitlich aus dem geringeren Zuschuss zu den laufenden Aufwendungen 2012 von T€ 389 sowie den im Vorjahr erhaltenen Zuschüssen zur Förderung des Spitzensports und aus dem Investitionspakt von T€ 323. Dem gegenüber wurden T€ 690 aus dem vereinnahmten investiven Zuschuss ertragswirksam.

Die rückläufigen übrigen Erträge sind im Wesentlichen mit der im Vorjahr einmalig aktivierten Forderung an den Gewährträger aus Grundsteuererstattung (T€ 1.052), den Erträgen aus der Auflösung aus Abgrenzungen nicht in Anspruch genommener Mehrfachkarten aus Schwimmbad- und Saunanutzung der Vorjahre (T€ 1.406) sowie geringeren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 469) zu erklären.

Höhere Aufwendungen für Material, Personal sowie für die sonstige Bewirtschaftung der Bäder wurden durch geringere Instandhaltungsaufwendungen sowie Investitionen in das Anlagevermögen kompensiert.

Das Betriebsergebnis wird erheblich von den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 1.804) bestimmt. In den Betriebserträgen und -aufwendungen sind periodenfremde / neutrale Posten enthalten, die nicht der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind. Nach Eliminierung dieser Posten schließen die BBB mit
einem bereinigten operativen Betriebsergebnis von T€ - 1.374 ab. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies
einer Ergebnisverbesserung um T€ 2.357.

2.1. Umsatzerlöse und Besucher

Insgesamt wurden in 2012 Umsatzerlöse von T€ 21.246 erzielt. Der Wert liegt um T€ 2.115 (11,1 %) über dem Vorjahresumsatz von T€ 19.131.

Die BBB erzielen ihre Umsatzerlöse vor allem durch Entgelte in den Segmenten Schwimmbadnutzung, Saunanutzung sowie durch das umfangreiche Kursprogramm, in dem von Aquafitness über Babyschwimmen bis Technikkursen eine breite Palette angeboten wird. Darüber hinaus stehen rund 50 % der Wasserfläche für die unentgeltliche Nutzung durch Schulen, Kindertagesstätten und Vereine zur Verfügung.

Die Entwicklung der wesentlichen Umsatzgrößen stellt sich im 5-Jahres-Vergleich wie folgt dar:

Angaben in T€	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**	**2012**
Schwimmbadnutzung	10.553	10.059	9.994	8.876	10.823
	4,9%	-4,7%	-0,6%	-11,2%	21,9%
Saunanutzung	2.028	1.770	1.873	2.081	1.929
	-7,1%	-12,7%	5,8%	11,1%	-7,3%
Kursen	959	984	960	1.049	1.189
	0,2%	2,6%	-2,4%	9,3%	13,3%
Eigenverbrauch für die unentgeltliche Überlassung	7.078	6.367	6.509	6.407	6.574
	-0,6%	-10,0%	2,2%	-1,6%	2,6%

Die Tarifsatzung, die Nutzungssatzung sowie die Entgeltrichtlinie über die sonstigen Leistungen der Berliner Bäder-Betriebe wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht geändert. Die Kursgebühren wurden durch Beschluss des Vorstandes mit Wirkung zum 2. Halbjahr 2012 erhöht.

Der deutliche Anstieg der Umsatzerlöse aus Schwimmbadnutzung um T€ 1.947 steht im Einklang mit dem erweiterten Angebot durch Wiedereröffnung von Bäderstandorten nach der sanierungsbedingten Schließung. Insbesondere das beliebte und besucherstarke Stadtbad Schöneberg ging wieder in Betrieb. Durch diese attraktive Erweiterung konnten zusätzliche Besucher- / Nutzergruppen erschlossen werden. Darüber hinaus trug
eine deutlich positivere Sommerbadsaison zu dieser Entwicklung bei. Trotz des vergleichsweisen schlechten Sommers wie 2011 konnte der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um über T€ 700 oder 31 % auf rund T€ 3.060 gesteigert werden. Der Trend der Vorjahre wurde gestoppt. Mit diesem Ergebnis ist das hohe Niveau des Jahres 2008 sogar übertroffen worden.

Geringeren Umsatzerlösen aus der Saunabenutzung stehen weiter steigende Umsatzerlöse für Schwimm- und Aquafitnesskurse gegenüber. Die anhaltend steigende Nachfrage in diesem Segment spiegelt die bei der BBB seit einigen Jahren erzielte positive Umsatzentwicklung und den damit verbundenen verstärkten Fokus auf dieses Marktsegment wider.

Der größere Zuspruch an das Angebot der BBB wird auch aus der Entwicklung der Besucher deutlich. Bei den zahlenden Besuchern in den Schwimmbädern ist ein deutlicher Anstieg um Tsd. 531 (16 %) gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen gewesen. Neben der positiveren Sommerbadsaison beeinflusste auch die Entscheidung, einige Schwimmhallen während der Sommersaison zu öffnen, um den Kunden trotz schlechten Wetters oder in den späten Abendstunden einen Besuch in unseren Bädern zu ermöglichen, diese Entwicklung.

Die Entwicklung der wesentlichen Besucher- / Nutzergruppen stellt sich im 5-Jahres-Vergleich wie folgt dar:

Angaben in Tsd.	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**	**2012**
Schwimmbadnutzung	3.851	3.782	3.724	3.329	3.860
	5,5%	-1,8%	-1,5%	-10,6%	16,0%
Saunanutzung	220	191	197	220	210
	-9,1%	-13,2%	3,1%	11,7%	-4,5%
Eigenverbrauch für die unentgeltliche Überlassung	2.262	2.032	2.066	2.041	2.042
	-1,0%	-10,2%	1,7%	-1,2%	0,0%

Das hohe Niveau des Vorjahres bei den Besuchern / Nutzern der Saunen konnte nicht wieder erreicht werden. Hier ist ein leichter Rückgang um Tsd. 10 festzustellen.

Die Anzahl der entgeltfreien Besucher blieb nahezu unverändert.

Das durchschnittlich erzielte Eintrittsentgelt je Schwimmbadbesuch entwickelte sich im Geschäftsjahr positiv. So stieg 2012 dieses Eintrittsentgelt von € 2,67 im Jahr 2011 um 4,9 % auf € 2,80.

Bei einem durchschnittlichen Bevölkerungsstand von 3,52 Mio. für 2012 besuchten die Berlinerinnen und Berliner im Durchschnitt 1,7 Mal pro Jahr eines unserer Bäder (Vj: 1,6).

2.2. Medienkosten

Die Aufwendungen für Energie (Heizung / Strom / Gas) und Wasser / Abwasser, die im Materialaufwand enthalten sind, betragen in 2012 T€ 13.436 (im Vorjahr T€ 12.703).

Die Zusammensetzung der Medienkosten ist aus nachfolgender Tabelle ersichtlich:

Angaben in T€	**31.12.2012**	**31.12.2011**
Wasser / Abwasser	4.063	4.206
Strom	4.590	4.231
Heizung	3.735	3.180
Gas	1.048	1.086
Medienkosten	**13.436**	**12.703**

Die Aufwendungen für Wasser / Abwasser (inklusive Niederschlagswasser) sanken um 3,4 %. Der Verbrauch stieg um 5,5 %. Der Verbrauchsanstieg ist im Wesentlichen auf die Wiederinbetriebnahme des Stadtbades Schöneberg sowie des Sommerbades Wilmersdorf zurückzuführen. Der bereinigte Verbrauch sank geringfügig um 0,8 %. Die trotz des Anstieges des Verbrauches verringerten Aufwendungen sind auf die rückwirkende Senkung des Trinkwasserpreises um 14 % zurückzuführen, die in 2013 für das Vorjahr erfolgten Gutschriften wurden vollständig aufwandsmindernd berücksichtigt.

Die Kosten für Strom stiegen um 8,5 %, der Verbrauch um 7,9 %. Die Durchschnittspreise blieben konstant. Die um 5,8 % geringeren Lieferpreise wurden durch Steigerungen sowohl bei den Netzentgelten als auch beim EEG-Entgelt kompensiert. Neben den nutzungsbedingten Mehrverbräuchen trugen erhöhte Hygieneanforderungen bei den Lüftungsanlagen zum Mehrverbrauch bei. Der bereinigte Mehrverbrauch betrug 3,9 %.

Durch die Betreibung eigener Anlagen wurden 257 MWh (im Vorjahr 292 MWh) Elektroenergie erzeugt und damit der entsprechende Eigenbedarf gedeckt.

Die Aufwendungen für Heizung (Fernwärme) stiegen um 17,5 %. Der Verbrauch erhöhte sich um 11,1 %, die Durchschnittspreise um 9,3 %. Der Anstieg des Verbrauches ist größtenteils auf die Wiederinbetriebnahme mehrerer Standorte sowie auf witterungsbedingte Effekte zurückzuführen. Der bereinigte Verbrauch sank um 2,2 %.

Die Aufwendungen für Erdgas verminderten sich um 3,5 %. Der Verbrauch sank um 3 %. Dem standen gestiegene Bezugspreise (+ 2,2 %) gegenüber.

Verbrauchszahlen auf einen Blick

BBB gesamt inklusive Verwaltung		**2012**	**2011**	**Veränderung in %**
Wasserverbrauch	1000 m³	874	829	5,5
Heizung	MWh	59.431	53.476	11,1
Stromverbrauch	MWh	32.491	30.101	7,9
Gas- / Ölverbrauch	MWh	22.761	23.464	- 3,0

2.3. Investition und Instandhaltung

Die BBB investierten im Geschäftsjahr 2012 in den Erhalt der Bäder insgesamt T€ 8.436 (Vj: T€ 12.993).
Insgesamt wurden T€ 618 (im Vorjahr T€ 2.634) im Anlagevermögen aktiviert. Die Zugänge betreffen im Wesentlichen Soft- und Hardware. Der Buchwert des Anlagevermögens beträgt zum 31.12.2012 T€ 8.575. Das sind T€ 862 weniger als im Vorjahr.

Im Rahmen der baulichen Instandhaltung und Unterhaltung sind T€ 7.818 (Vj: T€ 10.359) aufwandswirksam geworden.

Laufende Geschäftstätigkeit

Zur Sicherstellung der Betreibung der Bäder wurden T€ 6.185 aufgewendet. Gegenüber 2011 sinken diese Aufwendungen um T€ 1.371. Neben der Instandhaltung von technischen Anlagen sowie für Gebäude und Räume einschließlich Wartung (T€ 4.267) sind Aufwendungen zur Unterhaltung der Grünanlagen T€ 479 sowie für Contractingleistungen von T€ 1.439 wirksam geworden.

Im Rahmen des Contractingvertrages werden in 2012 die vertraglich vereinbarten Einsparziele (33,54 %) für die betroffenen 11 Bäder erneut erreicht. Nach Bereinigung durch Witterungseinflüsse und Nutzungsänderungen liegt die Energiekostensenkung gegenüber dem Baselinezeitraum 1999 / 2000 voraussichtlich bei > 35 %. Der Einspargarantievertrag endete nach einer Laufzeit von 10 Jahren am 31.12.2012 (Kombibad Seestraße und Schwimmhalle Baumschulenweg bereits 2010).

Das durch die BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG seit 2008 umgesetzte Bädersanierungsprogramm wurde mit der Sanierung der drei Standorte Kombibad Gropiusstadt, Schwimmhalle Finckensteinallee und Kombibad Spandau Süd fortgeführt. Die Maßnahmen werden zum Teil noch bis ins Geschäftsjahr 2014 andauern.

Neben diversen kleineren Modernisierungsmaßnahmen haben die BBB 2012 geplante Instandsetzungsprojekte in einem Gesamtumfang von T€ 1.012 realisiert. Zu nennen sind:

- die Fertigstellung der Erneuerung des Außenbeckens im Kombibad Seestraße,
- die Erneuerung der Wärmeversorgungsanlage im Sommerbad Kreuzberg,
- die Medientrennung und Errichtung einer eigenen Wärmeversorgungsanlage im Sommerbad Staaken und
- die Sanierung eines Teils der Trinkwasserversorgungsanlage im Stadtbad Neukölln.

Die Migration der Gebäudeleittechnik und Anpassung an die neue IT-Infrastruktur wurde fortgeführt.

Instandsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen - Investiver Zuschuss

Im Rahmen des in 2012 gewährten investiven Zuschusses aus Investitionsmitteln des Landes Berlin von insgesamt Mio. € 5 werden insgesamt 26 Einzelmaßnahmen finanziert, die zum Teil als jahresübergreifende Maßnahmen im Zeitraum 2012 - 2014 projektiert sind. Wichtigste Einzelmaßnahme ist die Sanierung der derzeit geschlossenen Schwimmhalle Thomas-Mann-Straße. Weitere betreffen die Erneuerung des Außenbeckens mit Edelstahl im Kombibad Gropiusstadt, die Erneuerung der Lüftungsanlage in der Schwimmhalle Buch, die Sanierung des Leitungssystems im Freibad Tegel. Darüber hinaus sind verschiedene Sanierungsmaßnahmen in der SSE (u.a. Beschallung, Gebäudeabdichtung und MSR-Technik) berücksichtigt. Mit dem für 2012 erhaltenen investiven

Zuschuss wurden 17 Maßnahmen begonnen, davon waren Ende 2012 vier Maßnahmen abgeschlossen. Die begonnenen Maßnahmen werden in 2013 fortgeführt und abgeschlossen.

Im Rahmen der Umsetzung der Maßnahmen wurden T€ 686 aufwandswirksam. Aus der vollständigen Vereinnahmung des investiven Zuschusses ist ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von T€ 4.310 gebildet worden. Die ertragswirksame Auflösung erfolgt entsprechend der Realisierung der Maßnahmen in 2013.

2.4. Personal

Am 31.12.2012 waren bei den BBB insgesamt 790 Beschäftigte - inklusive Auszubildende - tätig (Vj: 770), davon 318 Frauen (Vj: 314). Für insgesamt 22 Beschäftigte bestand ein befristetes Arbeitsverhältnis bis zum 31.12.2012.

Der gegenüber dem Vorjahr erhöhte Beschäftigtendurchschnitt auf 805 Beschäftigte (Vj: 766) beruht vorrangig auf der erhöhten Personalbesetzung im Zusammenhang mit der Sommersaison.

Von den Beschäftigten werden 518 (Vj: 484) nach dem TV-L und 233 (Vj: 243) nach dem TVöD vergütet.

Per 31.12.2012 befanden sich 39 Auszubildende (Vj:40) in der Berufsausbildung zum / zur Fachangestellten für Bäderbetriebe.

Der Altersdurchschnitt der Beschäftigten entwickelt sich durch die Übernahme von Auszubildenden und Ergänzungseinstellung in dem Beruf der Fachangestellten leicht positiv. Gegenüber Ende 2011 sank der Gesamtdurchschnitt geringfügig von 45,62 auf jetzt 45,44 Jahre. Die ersten Auswirkungen der Maßnahmen zum Entgegenwirken der demographischen Entwicklung werden bei der Betrachtung des Altersdurchschnittes noch nicht sichtbar. Betrachtet man die Altersgruppen, wird die Entwicklung deutlicher:

Altersgruppe	**31.12.2012**	**31.12.2011**
bis 40 Jahre	250	221
bis 57 Jahre	391	404
über 57 Jahre	149	145

Zum 31.12.2012 befanden sich 40 Beschäftigte (Vj: 44) in der Altersteilzeit, davon 29 in der Freiphase der Altersteilzeit. 16 Beschäftigte sind im Berichtsjahr aus der Freiphase der Altersteilzeit ausgeschieden.

Die BBB legen besonderen Wert auf die Ausbildung von Nachwuchskräften. Seit 2011 hat sie die Anzahl der Auszubildenden auf jährlich 14 erhöht. Nach erfolgreicher Abschlussprüfung wurden in 2012 12 Auszubildende in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Dadurch konnte der bestehende Fachkräftebedarf überwiegend unternehmensintern gedeckt werden.

Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber 2011 um T€ 2.167 (7,2%) auf T€ 32.399. Neben dem erhöhten Personalbestand (u.a. im Zusammenhang mit der Sommersaison) beruhen die Personalkostensteigerungen auch auf der ab 01.03.2012 wirksam gewordenen Tariferhöhung im Bereich des TVöD von 3,5 %.

Zur Erhaltung der Qualifikation auf dem aktuellen Stand wurden im Berichtsjahr in die Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten und Führungskräfte T€ 89 (Vj: T€ 47) investiert.

3. Vermögenslage

Zur Darstellung der Vermögenslage wurden Aktiva (Kassenbestand und Forderungen) mit zugehörigen Passiva (Rechnungsabgrenzungsposten, Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen und Rückstellungen) im Zusammenhang mit dem investiven Zuschuss in Höhe von T€ 4.471 sowie Treuhandvermögen mit Treuhandverbindlichkeiten aus Kautionen in Höhe von T€ 108 saldiert.

	31.12.2012		**31.12.2011**		**Veränderung**	
Angaben in	T€	%	T€	%	T€	%
AKTIVA						
Langfristiger Bereich						
Anlagevermögen	**8.575**	**46,2**	**9.437**	**40,5**	**-862**	**-9,1**
Mittel- und kurzfristiger Bereich						
Vorräte	198	1,1	161	0,7	37	23,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	447	2,4	279	1,2	168	60,2
Forderungen gegen Gewährträger	0	0,0	1.052	4,5	-1.052	-100,0
sonstige Vermögensgegenstände	1.185	6,4	1.252	5,4	-67	-5,4
liquide Mittel	2.480	13,4	5.297	22,8	-2.817	-53,2
Rechnungsabgrenzungsposten	60	0,3	42	0,2	18	42,9
	4.370	**23,6**	**8.083**	**34,8**	**-3.713**	**-45,9**
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	**5.615**	**30,2**	**5.740**	**24,7**	**-125**	**-2,2**
Bilanzvolumen	**18.560**	**100,0**	**23.260**	**100,0**	**-4.700**	**-20,2**
PASSIVA						
Langfristiger Bereich						
Sonderposten für Investitionszuschüsse	7.831	42,2	8.595	37,0	-764	-8,9
Pensionsrückstellungen	28	0,2	144	0,6	-116	-80,6
sonstige Rückstellungen	205	1,1	0	0,0	205	100,0
	8.064	**43,5**	**8.739**	**37,6**	**-675**	**-7,7**
Mittel- und kurzfristiger Bereich						
Pensionsrückstellungen	124	0,7	0	0,0	124	100,0
sonstige Rückstellungen	6.792	36,6	11.068	47,5	-4.276	-38,6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.411	7,6	1.666	7,2	-255	-15,3
Verbindlichkeiten gegenüber Gewährträger	7	0,0	39	0,2	-32	-82,1
sonstige Verbindlichkeiten	27	0,1	75	0,3	-48	-64,0
Rechnungsabgrenzungsposten	2.135	11,5	1.673	7,2	462	27,6
	10.496	**56,5**	**14.521**	**62,4**	**-4.025**	**-27,7**
Bilanzvolumen	**18.560**	**100,0**	**23.260**	**100,0**	**-4.700**	**-20,2**

Die Bilanzsumme laut Vermögenslage verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt T€ -4.700 auf T€ 18.560.

Dies ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf den Rückgang der Forderungen gegen den Gewährträger (T€ - 1.052) und der Verminderung der flüssigen Mittel (T€ - 2.817) zurückzuführen. Das

Anlagevermögen reduzierte sich um T€ 862. Den Investitionen von T€ 618 stehen Abschreibungen von T€ 1.349 sowie Nettoabgänge in Höhe von T€ 131 gegenüber.

Auf der Passivseite reduzierten sich die sonstigen Rückstellungen um T€ - 4.071 sowie der Sonderposten für Investitionszuschüsse mit T€ - 764. Der Anstieg der Rechnungsabgrenzungsposten (T€ 462) betrifft im Wesentlichen die gegenüber dem Vorjahr höhere Abgrenzung für zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommene Mehrfachkarten aus Schwimmbad- und Saunanutzung, Schwimmkurskarten und für Aqua- Fitnesskurse.

Die langfristigen Vermögensgegenstände sind mit 94,0 % (Vj: 92,6 %) durch langfristige Mittel gedeckt.

Zur Finanzierung der mittel- und kurzfristigen Verbindlichkeiten von T€ 10.496 stehen mittel- und kurzfristigen Vermögensgegenstände in Höhe von T€ 4.370 zur Verfügung. Die Finanzierungsquote beträgt 41,6 % (Vj: 55,7 %).

Bei einem Stammkapital von T€ 26 beträgt der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag T€ 5.615 (Vj: T€ 5.740). In diesem Zusammenhang verweisen wir auf § 4 des Bäderanstaltsgesetzes.

4. Finanzlage

Die Berliner Bäder-Betriebe konnten ihre Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

Zusammenfassend stellt sich die Entwicklung der Liquidität im Berichtsjahr wie folgt dar:

Angaben in T€	**2012**	**2011**	**Veränderung**
Periodenergebnis	125	232	-107
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.349	1.269	80
Abnahme der Rückstellungen	-3.919	-3.497	-422
Zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-1.382	-1.172	-210
Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	116	1	115
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	880	-1.179	2.059
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	4.573	-1.134	5.707
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	**1.742**	**-5.480**	**7.222**
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-206	-198	-8
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlage-vermögen	-412	-2.436	2.024
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	16	0	16
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	**-602**	**-2.634**	**2.032**
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	618	2.634	-2.016
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	**618**	**2.634**	**-2.016**
Veränderung des Finanzmittelbestandes	1.758	-5.480	7.238
Stand Finanzmittelfonds zum 01.01	5.297	10.777	-5.480
Stand Finanzmittelfonds zum 31.12.	**7.055**	**5.297**	**1.758**
davon Finanzmittelfonds laufende Geschäftstätigkeit	2.584	5.297	-2.713
davon Finanzmittelfonds investiver Zuschuss	4.471	0	4.471

Der Finanzmittelbestand der BBB zum Stichtag beinhaltet die Kassenbestände der einzelnen Bäder und Guthaben bei Kreditinstituten. Darin enthalten sind gebundene Mittel aus dem den vereinnahmten jedoch noch nicht liquiditätswirksamen, maßnahmebezogenen, investiven Zuschuss (T€ 4.471) und treuhänderischen Guthaben im Zusammenhang mit vereinnahmten Kautionen (T€ 108). Nach Abzug dieser gebundenen Mittel reduzierten sich die liquiden Mittel im Vergleich zum 01.01.2012 um T€ -2.821 auf T€ 2.476.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt T€ 1.742. Wesentlichen Auszahlungen zu Lasten von Rückstellungen für Grundsteuern der Vorjahre (T€ 1.575), für Altersteilzeit (T€ 997) und für Instandhaltung in Ausübung des Beibehaltungswahlrechts gemäß Art. 67 Absatz 3 Satz 1 EGHGB (T€

938) stehen Einzahlungen aus der Forderung gegen den Gewährträger aus Grundsteuererstattung (T€ 1.052) gegenüber. Darüber hinaus wirkt sich der vollständig vereinnahmte, jedoch noch nicht verbrauchte Zuschuss für investive Maßnahmen und Projekt von insgesamt T€ 4.310 liquiditätsentlastend aus.

Im Cashflow aus der Investitionstätigkeit (T€ - 602) werden die Auszahlungen für aktivierte Investitionen sowie die Einnahmen aus Vermögensabgängen ausgewiesen.

Dem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (T€ 618) ist der Anteil des Zuschusses zugeordnet, der zur Finanzierung der aktivierten Investitionen verwendet wurde.

5. Umwelt, Qualitätssicherung und Hygiene

Die Energieverbräuche, insbesondere der Strom- und Fernwärmebedarf stiegen an. Neben dem erhöhten Bedarf auf Grund von Wiederinbetriebnahmen nach Beendigung vorhergehender Sanierung und ungünstigeren Witterungsverhältnissen, trugen im Bereich der Elektroenergie hygienebedingte Verbesserungen der Filterstufen zur Erhöhung der Verbräuche bei. Die Gradtagszahlen lagen im Geschäftsjahr 2012 um rund 10 % über den entsprechenden Vorjahreswerten.

In 2009 wurde zwischen der BBB, der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG sowie der Senatsverwaltung für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und der Senatsverwaltung für Inneres und Sport eine Klimaschutzvereinbarung abgeschlossen. Hierin wurden bis 2012 CO_2-Minderungen in Höhe von 5.709 t (kumuliert) gegenüber dem Referenzjahr 2007 vereinbart. Bezogen auf den Vergleichswert 2007 in Höhe von 32.393 t (ohne SSE) wurde bis 31.12.2012 eine Verminderung von 20.862 t (Vj: 21.055 t) erreicht. Hierbei ist der Ökostromanteil aus dem Lieferkontingent 2010 - 2012 berücksichtigt.

Die Qualität der Hygienehilfsparameter und damit die Badewasserqualität konnte weiter insbesondere im Hinblick auf die Desinfektionsnebenprodukte auf hohem Niveau gehalten werden.

Die Anstrengungen zur Verbesserung der Legionellenprophylaxe wurden fortgeführt. Hierzu wurde in einer Schwimmhalle mit dem Test eines neuartigen Verfahrens begonnen. In fünf Standorten wurden die Spülabwasseraufbereitungsanlagen entsprechend den aktuellen Anforderungen der DIN 19645 umgerüstet. In Kooperation mit den Berliner Wasserbetrieben ist in der Sport- und Lehrschwimmhalle Schöneberg eine Anlage zur Wärmerückgewinnung aus dem Abwasserkanal in Betrieb genommen worden.

6. Risikobericht

Die BBB verfügen über ein Risikomanagementsystem, das den Berichtspflichten des Vorstandes gegenüber dem Aufsichtsrat und dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) entspricht.

Mit Hilfe des Risikomanagements wird sichergestellt, dass Risiken für die BBB umfassend und zeitnah erkannt und Maßnahmen zur Risikominimierung frühzeitig eingeleitet werden können. Zu jedem identifizierten Einzelrisiko werden die jeweiligen Überwachungsverantwortlichen, Eintrittswahrscheinlichkeit und möglichen Risikofolgen qualifiziert und hinsichtlich ihrer potenziellen Schadenshöhe quantifiziert. Durch die Festlegung von Abstell-, Verhütungs- und Prüfmaßnahmen wird fortlaufend darauf hingewirkt, Risiken abzustellen bzw. zu minimieren. Die BBB haben hierzu durch die Funktion eines Risikomanagers und die Installation einer Arbeitsgruppe Risikomanagement entsprechende organisatorische Voraussetzungen geschaffen. Dem Vorstand wird regelmäßig berichtet.

Folgende wesentlichen Risikofelder wurden identifiziert:

Personalrisiken ergeben sich insbesondere aus der demografischen Entwicklung von Beschäftigten in Schlüsselpositionen. Betroffen sind hier vor allem Führungsfunktionen in den Regionalleitungen sowie in der Abteilung Bau/Technik. Es ist notwendig, im Verlaufe der Jahre 2013 und 2014 die personellen Voraussetzungen für einen reibungslosen Führungswechsel und den Erhalt von Erfahrungswissen zu schaffen. Gleiches gilt für die Mitarbeiterebene der Regionalleitungen, da mehrere in diesem Aufgabenbereich langjährig tätige Beschäftigte aus Altersgründen etwa zeitgleich ausscheiden.

Auf Grund der Altersstruktur ergibt sich Handlungsbedarf auch auf der Führungs- und Fachkräfteebene der Bäder. Da wegen der speziellen Qualifikationsanforderungen diese auf dem Arbeitsmarkt nur begrenzt zu gewinnen sind, besteht künftig eine besondere Herausforderung darin, eigene Mitarbeiter/innen für die Aufgaben zu qualifizieren bzw. auszubilden. Gelingt dies nicht in einem ausreichenden Maß, können sich Auswirkungen auf die operative Betriebsführung ergeben.

Die Kostenrisiken ergeben sich vorrangig aus Steigerungen der Personalkosten, der Medienkosten und Baupreise.

Im Ergebnis der Tarifverhandlungen 2013 wird mit vergleichbaren Personalkostensteigerungen wie in den Vorjahren gerechnet. Der in den Planungen mittelfristig berücksichtigte Personalaufwand wird ansteigen und kann langfristig nur durch eine Personalreduzierung und Optimierung des Personaleinsatzes gehalten oder gesenkt werden.

Die Maßnahmen zur energetischen Ertüchtigung von Bädern zeigen Erfolge durch Senkung von Verbrauchsmengen und werden fortgeführt. Trotz dieser Einsparungen ist jedoch insgesamt mit einer Steigerung bei den Medienkosten zu rechnen, die aus Preiserhöhungen, z. B bei den Strompreisen, resultiert. Ungewiss ist, ob es eine dauerhafte Reduzierung der Wasserpreise geben wird, wie sie zunächst für 2012 erfolgen soll.

Nach Jahren der Entspannung zeigt auch die Entwicklung der Baupreise wieder deutlich nach oben. Bei der Durchführung von Baumaßnahmen zur Instandsetzung und Sanierung von Bädern ist deshalb auch bei gleichbleibendem Leistungsumfang mit erhöhten Kosten zu rechnen.

Finanzrisiken bestehen nach wie vor aus der Abhängigkeit der Berliner Bäder-Betriebe von Zuschüssen des Landes Berlin. Des Weiteren wird die Finanzlage des Unternehmens von einem Umsatzrisiko in der Sommersaison beeinflusst, da das Kundenverhalten und damit die Erlössituation stark von der Witterung abhängig sind.

Die Höhe der liquiden Mittel hat sich in 2012 weiter reduziert. Zur Finanzierung der Anstalt stehen künftig keine nennenswerten Reserven aus Vorjahren mehr zur Verfügung. Maßnahmen zur Gegensteuerung, z. B. Erhöhung der Tarife, verbesserte Budgetkontrolle, sind eingeleitet und müssen umgesetzt werden. Sie sind durch eine konsequente Kosten- und Ausgabenkontrolle zu flankieren.

Ein beachtliches Einzelrisiko stellen die Verpflichtungen aus Altersteilzeit dar. Für die Verpflichtungen aus Altersteilzeit sind Rückstellungen gebildet, die nicht mit Liquidität untersetzt und aus dem laufenden Personalkostenetat zu finanzieren sind. Bis einschließlich 2016 sind diese Verpflichtungen mit über Mio. € 3 deshalb aus der Erfolgsrechnung zu bedienen (2013 etwa mit Mio. € 1,1). Sollte sich der konsumtive Zuschuss des Landes Berlin künftig nicht in der Höhe wie in den Jahren 2012/2013 bewegen oder der geplante Umsatz nicht erreicht werden, kann dies zu unmittelbaren Auswirkungen auf die Finanzierung des Personalaufwandes führen. Die Verpflichtungen aus Alterszeit müssen in diesem Fall ggf. aus Einsparungen innerhalb des Personaletats oder durch pauschale Mittelkürzungen finanziert werden.

Instandhaltungsstau

Obwohl das Bädersanierungsprogramm gemeinsam mit BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG gezielt und erfolgreich umgesetzt wird, zeichnet sich ab, dass der Sanierungsstau nach Beendigung der Maßnahmen aus dem Bädersanierungsprogramm Ende 2013 / Beginn 2014 nicht vollständig abgebaut sein wird. Der Umfang weiterer baulicher Maßnahmen ist abhängig von den jeweiligen Wirtschaftsplänen und der vom Land tatsächlich zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln.

Der investive Zuschuss von Mio. € 5 pro Jahr reicht nicht aus, um den weiterhin bestehenden Instandhaltungsstau dauerhaft abzubauen. Der bestehende Instandhaltungsstau Stand Ende 2012 in Höhe von ca. Mio. € 64 (vorläufiger Stand Oktober 2012) würde zwar bis 2016 bei - finanziell noch nicht abschließend gesicherten - gleich bleibenden investiven Mitteln reduziert werden können, im gleichen Zeitraum aber durch neu hinzukommende bauliche Erfordernisse weiter anwachsen, da die Mittel zur Vermeidung eines erneuten Anstieges nicht im benötigten Maße vorhanden sind.

Neben der kontinuierlichen grundhaften Erneuerung von Standorten sollte ein zukunftsfähiges Konzept zum Abbau des Sanierungsstaus daher auch die Umsetzung vorbeugender Instandhaltung zum Inhalt haben, die einen (Wieder-)Anstieg des Instandhaltungsstaus vermeidet und gleichzeitig sukzessive ergänzende betriebstechnische und öffentlichkeitswirksame Modernisierungen zur Senkung der Betriebskosten und Erhöhung der Besucherzahlen einschließt. Dies erscheint jedoch vor dem Hintergrund der angestrebten Haushaltskonsolidierung des Landes Berlin derzeit nicht absehbar, so dass Maßnahmen aus den vorhandenen Haushaltsmitteln und vorrangig zur Standortsicherung und energetischen Optimierung von Bädern geplant werden müssen.

Um möglichen Risiken vorzubeugen respektive abzumildern, wird mit externer Unterstützung ein globales Sicherheitskonzept entwickelt. Unter anderem sollen allgemeingültige Schnittstellen zu den behördlichen Partnern wie z. B. Polizei, Feuerwehr usw. und eine objektive Sicherheit- und Risikoklassifizierung der einzelnen Badbetriebsteile definiert und mit einem Maßnahmenplan konkretisiert werden. Im Zuge dieses Projektes werden auch die bereits implementierten und umgesetzten Lösungen und Strategien bewertet und ggf. mit einem Stresstest auf Ihre Wirksamkeit überprüft.

7. Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Berliner Bäder-Betriebe messen den Grundsätzen einer verantwortungsvollen und transparenten Unternehmensführung einen hohen Stellenwert bei. Die gemeinsame erweiterte Entsprechenserklärung (siehe Anlage) wird in der Bilanzaufsichtsratssitzung am 29.04.2013 beschlossen.

8. Prognosebericht

Der steigende Kostendruck erfordert nach wie vor zur Zukunftssicherung auch in den nächsten Jahren weitergehende organisatorische Maßnahmen sowie strukturelle Optimierung in allen Bereichen. Die auf der Basis der Aufsichtsratsbeschlüsse geschaffenen Rahmenbedingungen, sich auf die Kernkompetenzen zu konzentrieren, sind weiter auszuprägen.

Die Umsetzung der Veränderung der Organisation und der Abläufe in der Verwaltung beinhaltet die Kompetenzen und Verantwortungsbereiche. Hierzu gehört insbesondere auch die Schaffung des Zentralen Einkaufs.

Die verstärkte Verzahnung mit der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG im Bereich des Personalwesens ist zwischenzeitlich umgesetzt. Die weiterführenden Fragen in der Einkaufspolitik, der IT sowie der Baubereiche werden darüber hinaus auch in Zukunft dazu beitragen.

Die Umsetzung der offenen Installationen in den Sommerbädern für das Neue Kassensystem ist erfolgt.

Die Tariferhöhung auf Basis von Standardtarifen wird ab 01.05.2013 eingeführt; erst nach einer weitergehenden Testphase sind anschließend individuelle Regelungen und Angebote (zeitabhängige Tarife) möglich.

Die automatische Übernahme der Daten in das Buchführungssystems SAP R/3 wird noch im Jahre 2013 nach der noch zu erfolgenden Abnahme der Software des Systems nach einer genügenden Liveanwendungsphase durchgeführt.

Zur Verbesserung der Einnahmesituation ist die Bahnbelegungssoftware in der Testphase und soll im Laufe des zweiten Halbjahres eingeführt werden, um eine bessere Übersicht über die Auslastung der Wasserflächen in Hallen mit dem Ziel der Optimierung zu ermöglichen.

Parallel dazu sind die Produktpolitik sowie eine überarbeitete Marketingstrategie umzusetzen.

Die Wiederinbetriebnahmen der Standorte Schwimmhalle Finckensteinallee, Kombibad Gropiusstadt und Kombibad Spandau Süd werden nach Abschluss der Bauarbeiten ebenfalls zur Verbesserung der erzielbaren Umsätze beitragen.

Der Wirtschaftsplan für 2013 wurde im Januar 2013 vom Aufsichtsrat bestätigt. Der Vorstand geht für 2013 von einem positiven Jahresverlauf aus und plant bei einem ausgeglichenen Wirtschaftsplan mit einem handelsrechtlichen Überschuss in Höhe von T€ 442.

Die aktuelle mittelfristige Wirtschaftsplanung bis 2016 geht von durchweg positiven Jahresergebnissen aus.

Auf Grund von nicht vorhersehbaren Risiken und zeitlichen Verzögerungen bei der zeitlichen Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen können sich Abweichungen bei den Prognosen ergeben; dies gilt auch für bisher nicht erkennbare, zusätzliche, gesetzliche Anforderungen im Einzelfall.

Berlin, 14. März 2013

_____	_____
Dr. Klaus Lipinsky	Michael Schenk
Vorstandsvorsitzender	Vorstand

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Erweiterte Entsprechenserklärung BCGK

Verweis	Gegenstand	Erklärung Vorstand/Aufsichtsrat
I. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat		
I.1	• Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch den Vorstand. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.	Vorstand und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vom Vorstand offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	• Sitzungen des Aufsichtsrats.	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung des Vorstands abgehalten. Es wurden lediglich Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten des Vorstands ohne dessen Teilnahme behandelt.
I.3	• Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Bericht erstattung durch den Vorstand. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.	Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; der Vorstand hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen im Bäder-Anstaltsgesetz (BBBG) und in der Satzung bestand eine Geschäftsordnung für den Vorstand.
I.4	• Bericht des Vorstands an den Aufsichtsrat über alle relevanten	Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher

	Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.	Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (mindestens 2 Wochen vor der Sitzung). Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

I.5	• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstands und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Vorstand und Aufsichtsrat.	Vorstand und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstands bzw. Aufsichtsrats gewahrt. Eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt ist für Vorstand und Aufsichtsrat abgeschlossen worden, da der Aufsichtsrat keine Vergütung erhält.

II. Vorstand

II.1	• Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.	Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.

II.2	• Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen.	Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand waren in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Es wurde ein Vorsitzender des Vorstands bestimmt. Es ist keine Beschlussmehrheit festgelegt. Beschlüsse gelten dann als zugestimmt, wenn beide Vorstandsmitglieder diesem zugestimmt ha ben. Sofern eine Einigung nicht zustande kommt, entscheidet der Vorstandsvorsitzende.

II.3	• Vergütungsregelungen für die Mitglieder des Vorstands. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder des Vorstands. • Veröffentlichung der Einzelvergütung. • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap.	Die Vergütung erfolgt auf Basis befristeter Anstellungsverträge und von Zielvereinbarungen, die im Juli 2012 abgeschlossen wurden. Sie wurden nicht nachträglich geändert. Die Vergütungen bestehen aus einem Fixum und aus einer Ermessensbonuszahlung (variabler Bestandteil einmalig). Die Vergütungen wurden unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder des Vorstands, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen wurden andere Bezüge nicht berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden; sie unterlagen einer regelmäßigen Überprüfung. Die Einzelvergütungen wurden im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Es wurde kein Vertrag vorzeitig aufgelöst. Abfindungen fielen nicht an.

III. Aufsichtsrat

III.1	• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsordnung für den Vorstand; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats.	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Bäder-Anstaltsgesetz (BBBG), der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.

III.2	• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstands Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: im Plenum nach Vorbereitung in einem Ausschuss.	Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats nach Vorbefassung in einem Ausschuss entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für den Vorstand festgelegt. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht. Es erfolgte keine Erstbestellung. Eine Wiederbestellung wurde nicht vorzeitig ausgesprochen.

III.3	• Zusammenarbeit Vorstand/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.	Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Der Vorstand hat den Aufsichtsratsvorsitzenden im Einzelfall über besondere Ereignisse unterrichtet. Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen kein wichtiges Ereignis über das er unterrichtet wurde. Es haben keine außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.

III.4	• Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.	Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse: 1. Personalausschuss 2. Wirtschaftsausschuss Der Aufsichtsratsvorsitzende war kein ehemaliges Mitglied des Vorstands der Anstalt. Bewertungsfragen von Immobilien wurden nicht beraten. Kein Ausschuss hat Entscheidungskompetenzen vom Aufsichtsrat übertragen bekommen. Das Plenum des Aufsichtsrats wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.

III.5	• Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates.	Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Anzahl von mehr als 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung.

III.6	• Vorlage der Zielvereinbarung.	Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und dem Vorstand beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung auf Grund der bestehenden Regularien nicht dem Eigentümer zur Beurteilung vorgelegt.

III.7 und 8	• Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats.	Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Interessenkonflikte

IV.1	• Wettbewerbsverbot für Mitglieder des Vorstands. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung des Vorstands.	Die Mitglieder des Vorstands haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist ein Fall der Vorteilsannahme und -gewährung bei einem Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden. Der Vorstand hat das Arbeitsverhältnis mit dem Beschäftigten durch Kündigung aufgelöst.

IV.2	• Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen.	Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

IV.3 und 4	• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Vorstands oder des Aufsichtsrats.	Es bestanden keine Interessenkonflikte.

IV.5	• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene des Vorstands. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats.	Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder des Vorstands oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

IV.6	• Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Vorstands.	Ein Mitglied des Vorstands hat die Genehmigung des Aufsichtsrats, als Dozent bei der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie zu wirken. Ein Mitglied des Vorstands hat die Genehmigung des Aufsichtsrates als Vorstandsmitglied beim Fachverband „Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e.V.“ zu wirken.

IV.7	• Gewährung von Krediten an Mitglieder des Vorstands und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige.	Es wurden keine Kredite gewährt.

V. Transparenz

V. 1 und 2	• Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet.	Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind bis auf den Abbau des Instandhaltungsstaus nicht bekannt geworden. Der Geschäftsbericht 2011 wurde auf der Homepage der BBB im Internet veröffentlicht; dies gilt auch für allgemeine Informationen.

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	• Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterung der Zwischenberichte.	Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Aufsichtsrat und dem Gewährträger vorgelegt. Zwischenberichte wurden für die Gremien erstellt und mit dem Aufsichtsrat erörtert. Beteiligungen an anderen Unternehmen lagen nicht vor.

VII. Abschlussprüfung

VII.1	• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschluss-prüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe.	Der Abschlussprüfer hat die Erklärung abgegeben, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

VII.2	• Erteilung des Prüfauftrags und Honorarvereinbarung.	Der Rechnungshof von Berlin hat auf Basis des Beschlusses der Gewährträgerversammlung dem Abschlussprüfer den Prüfauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

VII. 3	• Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.	Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der vorgesehenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

VII.4	• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss.	Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrats teilgenommen/teilnehmen und wird über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet/berichten.

Berliner Bäder-Betriebe (BBB)
Anstalt des öffentlichen Rechts
Berlin

B E R I C H T
über die Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates sowie der Bezüge des Vorstandes im Geschäftsjahr 2012

COMMERZIAL TREUHAND
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

10117 Berlin
Friedrichstraße 94

Telefon (030) 522925-0
Telefax (030) 5252313

Inhaltsverzeichnis

		Seite
A.	Auftrag und Auftragsdurchführung	1
B.	Die Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates	1
C.	Die Bezüge des Vorstands	2 - 6
	I. Vorstandsvorsitzender – Dr. Klaus Lipinsky	2 - 4
	II. Vorstand – Michael Schenk	4 - 6
D.	Zusammenfassung	6

Anlagen

Bezüge des Vorstandes im Geschäftsjahr 2012	Anlage 1
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002	Anlage 2

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von ± einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

Bericht

A. Auftrag und Auftragsdurchführung

Mit Schreiben vom 6. November 2012 erteilte uns der Rechnungshof von Berlin den Auftrag, im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2012 der

Berliner Bäder-Betriebe (BBB), Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin,
(im Folgenden kurz „BBB" oder „Anstalt" genannt)

einen vertraulichen Bericht über die Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes einschließlich Angaben zu bestehenden D&O-Versicherungen der BBB im Geschäftsjahr 2012 zu erstellen.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht beigefügten "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der Fassung vom 1. Januar 2002 vereinbart.

Der Bezügebericht wurde von uns im März 2013 im Rahmen der Jahresabschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2012 erstellt.

Wir haben in unserem Bericht, für jede Person gesondert, die gesamten Bezüge, die freiwilligen Leistungen und die sonstigen Regelungen, die Vorteile bewirken, einbezogen.

Als Unterlagen standen uns zur Ermittlung der Bezüge sämtliche Abrechnungen zur Verfügung, die den genannten Personenkreis betrafen. Erbetene Auskünfte und Nachweise wurden uns bereitwillig erteilt.

B. Die Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates

Gemäß § 7 Abs. 9 BBBG (Berliner Bäderbetriebe Gesetz) ist die Tätigkeit des Aufsichtsrates ehrenamtlich.

Über den Versicherer Hiscox AG wurde eine D&O Versicherung abgeschlossen, die für alle ehemaligen und derzeitig bestellten Mitglieder des Aufsichtsrates gilt.

Die Versicherung besteht seit dem 31. Mai 2001 und hat eine Laufzeit bis 1. April 2012. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn er nicht von einer der Parteien mit einer Frist von zwei Monaten zum Ende der laufenden Versicherungsperiode gekündigt wird. Derzeit ist keine Kündigung erfolgt. Die Versicherungssumme beträgt 5 Mio. €. Ein Selbstbehalt ist nicht vereinbart. Der Versicherer gewährt allen ehemaligen und derzeitig bestellten Mitgliedern des Aufsichtsrates Versicherungsschutz, wenn sie wegen einer versicherten Tätigkeit aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen für einen Vermögensschaden verantwortlich gemacht werden.

Der Versicherungsbeitrag belief sich im Jahr 2012 auf T€ 6.

C. Die Bezüge des Vorstands

I. Vorstandsvorsitzender – Dr. Klaus Lipinsky

Vorstandsvorsitzender der Anstalt war im Geschäftsjahr 2012 Herr Dr. Klaus Lipinsky.

Eine tabellarische Übersicht über die Bezüge des Vorstandsvorsitzenden enthält Anlage 1 zu diesem Bericht.

Aufgrund seiner erneuten Bestellung als Vorstandsvorsitzender durch den Aufsichtsrat der BBB in der Sitzung vom 3. Mai 2005 wurde ein neuer Anstellungsvertrag für Herrn Dr. Klaus Lipinsky am gleichen Tag für den Bestellungszeitraum 1. Mai 2006 bis 30. April 2012 geschlossen. Danach hat Herr Dr. Lipinsky für seine Tätigkeit im Berichtsjahr eine Jahresvergütung von € 130.000,00 p.a. (entspricht € 10.833,33 monatlich) erhalten. Eine Überprüfung der Vergütungshöhe erfolgt durch den Aufsichtsrat spätestens alle zwei Jahre unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Bestellung der Mitglieder des Vorstandes erfolgt gemäß § 9 Abs. 4 BBBG für höchstens fünf Jahre, wobei eine erneute Bestellung zulässig ist. Der bisherige Anstellungsvertrag hat eine Laufzeit vom 1. Mai 2006 bis 30. April 2012. In seiner 13. Sitzung am 10. Juni 2010 hat der Aufsichtsrat die weitere Bestellung von Herrn Dr. Lipinsky als Vorstandsvorsitzenden der BBB für die Zeit vom 1. Mai 2012 bis 30. April 2013 beschlossen, mit gleichem Datum wurde ein neuer Anstellungsvertrag geschlossen.

Neben der Jahresvergütung kann der Vorstand eine Ermessensbonuszahlung erhalten, die unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Ergebnisses des Geschäftsjahres sowie der persönlichen Leistung im Zuge der Feststellung des Jahresabschlusses auf Grundlage einer Zielvereinbarung durch den Aufsichtsrat festgesetzt wird. Für Herrn Dr. Lipinsky ergab sich für das Jahr 2011 ein Betrag von € 16.950,00, der im Juli 2012 ausbezahlt wurde.

Auf Empfehlung des Wirtschaftsausschusses erfolgte die Festsetzung des Ermessensbonus für 2011 durch den Aufsichtsrat gemäß Zielvereinbarung vom 15. März 2011 mit der BBB in der Sitzung des Aufsichtsrates am 14. Juni 2012.

Herrn Dr. Lipinsky steht das Recht zu, den Vertrag mit einer Frist von einem Jahr zum Ende des Bestellungszeitraumes zu kündigen. Über eine erneute Bestellung sowie eine Anstellungsverlängerung entscheidet gemäß § 10 des Vertrages der Aufsichtsrat spätestens ein Jahr vor Ende der maßgeblichen Frist. Der Vertrag endet im Falle der vorzeitigen Abberufung durch den Aufsichtsrat zeitgleich, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf.

Herr Dr. Lipinsky hat gemäß § 3 des Anstellungsvertrages seine ganze Arbeitskraft und alle seine fachlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Anstalt zu widmen. Die Übernahme von Nebentätigkeiten bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates. Vergütungen, die Herr Dr. Lipinsky auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung der Anstalt für übernommene Nebentätigkeiten erhält, dürfen ihm bis zu einem Betrag von € 15.500,00 p.a. belassen werden. Darüber hinausgehende Beträge sind an die Anstalt abzuführen.

Herrn Dr. Lipinsky steht zur dienstlichen und privaten Nutzung ein Dienstwagen der gehobenen Mittelklasse zur Verfügung. Für die private Nutzung wurde im Berichtsjahr ein geldwerter Vorteil in Höhe von € 11.935,14 in der laufenden Bezügeberechnung berücksichtigt.

Für eine angemessene Krankenversicherung erhält Herr Dr. Lipinsky gemäß § 5 Abs. 3 des Anstellungsvertrages einen monatlichen Zuschuss in Höhe der Hälfte der dafür aufgewendeten Beiträge. Im Berichtsjahr wurden Arbeitgeberanteile zur Krankenversicherung von € 5.277,00 sowie zur Pflegeversicherung von € 203,16 gezahlt. Die Zahlung des Zuschusses zur Pflegeversicherung erfolgte im Rahmen der Regelung zur Krankenversicherung.

Bei einer vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit des Vorstandsvorsitzenden, die durch Krankheit oder aus einem anderen nicht zu vertretenden Grund eintritt, werden gemäß § 6 Abs. 1 des Anstellungsvertrages die Bezüge bis zur Dauer von sechs Monaten, längstens jedoch bis zum Ende der Vertragslaufzeit, weitergezahlt.

Im Sterbefall während des Anstellungsverhältnisses werden gemäß § 6 Abs. 2 des Anstellungsvertrages die Vergütung des laufenden Monats sowie für die drei darauf folgenden Monate gezahlt. Etwaige Bonuszahlungen sind zeitanteilig bis zum Ende des Sterbemonats zu gewähren.

Zugunsten von Herrn Dr. Lipinsky bzw. dessen Hinterbliebenen wurde entsprechend § 6 Abs. 3 des Anstellungsvertrages eine Unfallversicherung zur Abdeckung der Risiken Tod (T€ 51) und Invalidität (T€ 256) abgeschlossen. Die Prämie für diese Versicherung (€ 119,27 jährlich) wird durch die BBB getragen. Der durch die BBB gezahlte Versicherungsbeitrag wird von Herrn Dr. Lipinsky als geldwerter Vorteil versteuert.

Aus dem alten Anstellungsvertrag vom 2. April 2001 resultiert eine Versorgungsregelung für Herrn Dr. Lipinsky. Danach wird nach Ablauf des Anstellungsverhältnisses und ab dem Rentenalter eine jährliche Rente von 10 % der zuletzt gezahlten Vergütung gezahlt. Endet das Anstellungsverhältnis mit Dr. Lipinsky infolge von Erwerbsunfähigkeit oder durch Abberufung, so wird die vereinbarte Rente gezahlt. Im Falle der Abberufung durch den Aufsichtsrat erfolgt keine Rentenzahlung, wenn ein verschuldeter, wichtiger Grund die Ursache für die Abberufung ist. Im Sterbefall erhalten die Hinterbliebenen von Dr. Lipinsky eine Hinterbliebenenversorgung in Form einer Einmalzahlung. Diese Einmalzahlung beträgt 60 % des gemäß obiger Versorgungszusage erforderlichen Kapitalbetrages für den Erwerb des Rentenanspruches, wobei eine einmalige Beitragszahlung an eine Lebensversicherung zu Beginn der Laufzeit des Dienstvertrages bei einer unterstellten fünfjährigen Wartezeit bis zum Beginn der Rentenzahlung zugrunde gelegt wird. Mit dem neuen Anstellungsvertrag wurde die Versorgungszusage mit Wirkung ab 1. Mai 2006 neu geregelt.

Die BBB haben zur Absicherung der bisherigen Versorgungszusage an Herrn Dr. Lipinsky eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen durch die MERCER Human Resource Consulting GmbH ermittelte Pensionsrückstellung unter Verwendung der „Richttafeln 2005G" von der Prof. Dr. Klaus Heubeck AG gebildet. Die Rückstellung beträgt am 31. Dezember 2012 € 152.134,00 (Vorjahr € 144.298,00). Der Wert entspricht den nach BilMoG geänderten Bewertungsvorschriften.

Der Anstellungsvertrag mit Herrn Dr. Lipinsky vom 3. Mai 2005 bzw. 10. Juni 2010 beinhaltet nachfolgende Versorgungsregelung: ab dem 1. Mai 2006 erbringt die BBB eine betriebliche Altersversorgung mit einem monatlichen Versicherungsbeitrag von € 2.000,00. Diese Altersversorgung wird durch Einzahlung in eine Rentenversicherung bei der Allianz Lebensversicherungs-AG durch die BBB erbracht.

Über den Versicherer Hiscox AG wurde eine D&O Versicherung abgeschlossen, die auch für Herrn Dr. Lipinsky als derzeitiger Vorstandsvorsitzender gilt.

Die Versicherung besteht seit dem 31. Mai 2001 und hat eine Laufzeit bis 1. April 2012. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn er nicht von einer der Parteien mit einer Frist von zwei Monaten zum Ende der laufenden Versicherungsperiode gekündigt wird. Derzeit ist keine Kündigung erfolgt. Die Versicherungssumme beträgt 5 Mio. €. Ein Selbstbehalt ist nicht vereinbart. Der Versicherer gewährt Herrn Dr. Lipinsky Versicherungsschutz, wenn er wegen einer versicherten Tätigkeit aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen für einen Vermögensschaden verantwortlich gemacht wird.

Der Versicherungsbeitrag belief sich im Jahr 2012 auf T€ 6.

II. Vorstand – Michael Schenk

Mitglied des Vorstandes war neben dem Vorstandsvorsitzenden im Berichtsjahr Herr Michael Schenk.

Eine tabellarische Übersicht über die Bezüge des Vorstandsmitgliedes enthält Anlage 1 zu diesem Bericht.

Aufgrund seiner erneuten Bestellung als Mitglied des Vorstandes durch den Aufsichtsrat der BBB in der Sitzung vom 8. Februar 2006 wurde der neue Anstellungsvertrag von Herrn Michael Schenk am gleichen Tag für den Bestellungszeitraum 1. Mai 2007 bis 30. April 2012 beschlossen. Hiernach erhält er eine Jahresvergütung von € 112.000,00 p. a. (entspricht € 9.333,33 monatlich). Eine Überprüfung der Vergütungshöhe erfolgt durch den Aufsichtsrat spätestens alle zwei Jahre unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Bestellung der Mitglieder des Vorstandes erfolgt gemäß § 9 Abs. 4 BBBG für höchstens fünf Jahre, wobei eine erneute Bestellung zulässig ist. Der Anstellungsvertrag hat eine Laufzeit vom 1. Mai 2007 bis 30. April 2012. Herrn Schenk steht das Recht zu, den Vertrag mit einer Frist von einem Jahr zu kündigen. Über eine erneute Bestellung sowie eine Anstellungsverlängerung entscheidet gemäß § 10 des Vertrages der Aufsichtsrat spätestens ein Jahr vor Ende der maßgeblichen Frist. Der Vertrag endet im Falle der vorzeitigen Abberufung durch den Aufsichtsrat zeitgleich, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf.

Mit Beschluss des Aufsichtsrates auf seiner Sitzung am 18. März 2012 wurde ein neuer Anstellungsvertrag mit Herrn Michael Schenk mit Datum vom 13. April 2012 beschlossen. Die vereinbarte Jahresvergütung bleibt unverändert. Die Bestellung als Mitglied des Vorstandes läuft vom 1. Mai 2012 bis 30. April 2013.

Neben der Jahresvergütung kann der Vorstand eine Ermessensbonuszahlung erhalten, die unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Ergebnisses des Geschäftsjahres sowie der persönlichen Leistung im Zuge der Feststellung des Jahresabschlusses auf Grundlage einer Zielvereinbarung durch den Aufsichtsrat festgesetzt wird. Im Jahr 2012 erfolgte eine Ermessensbonuszahlung für 2010 auf Basis einer entsprechenden Zielvereinbarung. Für Herrn Schenk ergab sich ein Betrag von € 16.950,00, der im Juli 2012 ausbezahlt wurde.

Auf Empfehlung des Wirtschaftsausschusses erfolgte die Festsetzung durch den Aufsichtsrat für den Ermessensbonus gemäß Zielvereinbarung vom 15. März 2011 mit der BBB in der Sitzung des Aufsichtsrates am 14. Juni 2012.

Herr Schenk hat gemäß § 3 des Anstellungsvertrages seine ganze Arbeitskraft und alle seine fachlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Anstalt zu widmen. Die Übernahme von Nebentätigkeiten bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates. Vergütungen, die Herr Schenk auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung der Anstalt für übernommene Nebentätigkeiten erhält, dürfen ihm bis zu einem Betrag von € 15.500,00 p. a. belassen werden. Darüber hinausgehende Beträge sind an die Anstalt abzuführen.

Herrn Schenk steht zur dienstlichen und privaten Nutzung ein Dienstwagen der gehobenen Mittelklasse zur Verfügung. Für die private Nutzung wurde im Berichtsjahr ein geldwerter Vorteil in Höhe von € 10.574,40 in der laufenden Bezügeberechnung berücksichtigt.

Für eine angemessene Krankenversicherung erhält Herr Schenk gemäß § 5 Abs. 3 des Anstellungsvertrages einen monatlichen Zuschuss in Höhe der Hälfte der dafür aufgewendeten Beiträge. Im Berichtsjahr wurden Arbeitgeberanteile zur Krankenversicherung von € 3.350,76 sowie zur Pflegeversicherung von € 447,48 gezahlt. Die Zahlung des Zuschusses zur Pflegeversicherung erfolgte im Rahmen der Regelung zur Krankenversicherung.

Bei einer vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit des Vorstandsmitglieds, die durch Krankheit oder aus einem anderen nicht zu vertretbaren Grund eintritt, werden gemäß § 6 Abs. 1 des Anstellungsvertrages (in der Fassung des 2. Nachtrages vom 24. Mai 2007) die Bezüge bis zur Dauer von sechs Monaten, längstens jedoch bis zum Ende der Vertragslaufzeit, weitergezahlt.

Im Sterbefall während des Anstellungsverhältnisses werden gemäß § 6 Abs. 2 des Anstellungsvertrages die Vergütung des laufenden Monats sowie für die drei darauf folgenden Monate gezahlt. Etwaige Bonuszahlungen sind zeitanteilig bis zum Ende des Sterbemonats zu gewähren.

Zugunsten von Herrn Schenk bzw. dessen Hinterbliebenen wurde entsprechend § 6 Abs. 3 des Anstellungsvertrages eine Unfallversicherung zur Abdeckung der Risiken Tod (T€ 51) und Invalidität (T€ 256) abgeschlossen. Die Prämie für diese Versicherung (€ 119,36) wird durch die BBB getragen. Der durch die BBB gezahlte Versicherungsbeitrag wird von Herrn Schenk als geldwerter Vorteil versteuert.

Der Anstellungsvertrag enthält in § 15 eine Versorgungsregelung. Danach erhält Herr Schenk zum zweckgebundenen Aufbau einer Altersversorgung einen monatlichen Zuschuss von € 990,98 (brutto). Der vorbezeichnete Betrag wird durch die BBB in drei zugunsten von Herrn Schenk abgeschlossene Versicherungen eingezahlt. Eine bei der HHG Unterstützungskasse geschlossene Versicherung wird mit einer monatlichen Prämie von € 852,00 bedient. Darüber hinaus bestehen zwei Direktversicherungen. Eine Lebensversicherung bei der Zürich Lebensversicherung AG (Deutschland) wird jährlich mit einem Beitrag von € 1.505,98 (entspricht ca. € 125,50 pro Monat) bedient. Eine Rentenversicherung bei der SIGNAL Krankenversicherung a.G. wird jährlich mit einem Betrag von € 161,76 (entspricht ca. € 13,48 pro Monat) bedient.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr für die gegenüber Herrn Schenk zugesagte Altersversorgung Beiträge an Versicherungen in Höhe von € 11.891,74 von den BBB entrichtet.

Über den Versicherer Hiscox AG wurde eine D&O Versicherung abgeschlossen, die auch für Herrn Schenk als derzeitiges Vorstandsmitglied gilt.

Die Versicherung besteht seit dem 31. Mai 2001 und hat eine Laufzeit bis 1. April 2012. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn er nicht von einer der Parteien mit einer Frist von zwei Monaten zum Ende der laufenden Versicherungsperiode gekündigt wird. Derzeit ist keine Kündigung erfolgt. Die Versicherungssumme beträgt 5 Mio. €. Ein Selbstbehalt ist nicht vereinbart. Der Versicherer gewährt Herrn Schenk Versicherungsschutz, wenn er wegen einer versicherten Tätigkeit aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen für einen Vermögensschaden verantwortlich gemacht wird.

Der Versicherungsbeitrag belief sich im Jahr 2012 auf T€ 6.

D. Zusammenfassung

Der vorgenannte Bericht über die gesamten Bezüge (einschließlich der freiwilligen Leistungen und sonstigen geldwerten Vorteile)

- der Mitglieder des Aufsichtsrates sowie
- des Vorstandes

einschließlich der Angaben zu bestehenden D&O-Versicherungen wurde von uns auf Grundlage der zur Verfügung gestellten betrieblichen Unterlagen und erteilten Auskünfte erstellt.

Die Bezüge des Vorstandsvorsitzenden und des Vorstandsmitgliedes sind entsprechend den dienstvertraglichen Regelungen gewährt worden.

Berlin, den 11. März 2013

COMMERZIAL TREUHAND
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

(Dipl.-Kfm. Norbert Klamt)
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

ppa.

(Dipl.-Kffr. Pamela Blüher)
Wirtschaftsprüferin
Steuerberaterin

Anlagen

Berliner Bäder-Betriebe (BBB), Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin

Bezüge des Vorstandes im Geschäftsjahr 2012

Namen	Funktion	Grund-vergütung	Ermessens-bonus-zahlung	Arbeitgeber-anteil zur RV	Zuschuss freiwillige KV	Zuschuss freiwillige PV	Arbeitgeber-anteil zur AV	Zuschuss zusätzliche Altersver-sorgung	Geld-werter Vorteil	Insgesamt
		€	€	€	€	€	€	€	€	€
Dr. Klaus Lipinsky	Vorstands-vorsitzender	130.000,00	16.950,00	6.585,60	5.277,00	203,16	1.008,00	24.000,00	12.054,41	196.078,17
Michael Schenk	Vorstand	112.000,00	16.950,00	6.585,60	3.350,76	447,48	1.008,00	11.891,74	10.693,76	162.927,34
		242.000,00	33.900,00	13.171,20	8.627,76	650,64	2.016,00	35.891,74	22.748,17	359.005,51

D&O Versicherung 2012

Beitrag zur D&O Versicherung 2012	T€ 6

Anlage 1

Allgemeine Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit; Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlußfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlußfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

© IDW-Verlag GmbH · Postfach 32 05 80 · 40420 Düsseldorf · Telefax 02 11/45 61-206

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel sieben Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

© IDW-Verlag GmbH · Postfach 32 05 80 · 40420 Düsseldorf · Telefax 02 11/45 61-206

Berliner Großmarkt

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Berliner Großmarkt Gesellschaft mit beschränkter Haftung

L a g e b e r i c h t
für das Geschäftsjahr 2012

1. Allgemeines

Die Berliner Großmarkt Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BGM) hat auch 2012 unverändert ihre Groß- und Einzelhandelsmärkte mit einem Grundbesitz von insgesamt 343.040 m² verwaltet. Als Eigentümerin der Großmärkte für Obst und Gemüse, Fleisch- und Wurstwaren sowie für Blumen und Pflanzen sorgt die Gesellschaft für die jederzeitige Betriebsbereitschaft der Marktanlagen zur zweckentsprechenden Nutzung durch private Großhandelsfirmen. Dies gilt analog für die zum Vermögen der Gesellschaft gehörenden zwei Einzelhandelsmarkthallen.

Während an der Beusselstraße der Obst- und Gemüse-, der Fleischgroßmarkt sowie der Blumengroßmarkt für die jeweiligen Großhändler betrieben werden, nutzen Einzelhändler die zwei Einzelhandelsmarkthallen für die Nahversorgung der im jeweiligen Einzugsgebiet wohnenden Endverbraucher.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2012

a) Ertragslage

Das Kerngeschäft der Gesellschaft ist die Vermietung und Verpachtung der in ihrem Eigentum befindlichen Flächen und Gebäude. In unmittelbarer Vermarktung der Gesellschaft befinden sich vor allem die Fleisch- sowie die Blumengroßmarkthallen auf dem Großmarktgelände an der Beusselstraße und die Einzelhandelsmarkthallen in Berlin Kreuzberg.

Neben dem Betrieb des Großmarktes und der Einzelhandelsmarkthallen wurde das Geschäftsjahr 2012 von der Vermarktung der noch im Bestand der Gesellschaft befindlichen Flächen des ehemaligen Blumengroßmarktes in der Friedrichstraße, der Errichtung einer modernen Entsorgungsstation und dem Verkauf der Eisenbahn-Markthalle geprägt.

Jahresergebnis [in T€]	2012	2011	2010
Betriebserträge	11.494	11.027	10.749
Betriebsaufwendungen	-8.725	-8.339	- 8.957
Betriebsergebnis	2.769	2.688	1.792
Finanzergebnis	-317	-365	- 113
Neutrales Ergebnis	2.011	-147	281
Ertragsteuern	-1.280	-579	-567
Gesamtergebnis	3.183	1.597	1.393

Die Erhöhung der Betriebserträge ist vorrangig auf gestiegene Erlöse aus Mietnebenkosten zurückzuführen. Vertragsgemäß sind die Weiterberechnungen von Mietnebenkosten auch 2012 angepasst worden.

Die Betriebsaufwendungen enthalten u. a. Aufwendungen für Betriebskosten. Diese wurden auch 2012 vertragskonform an die Mieter weiterberechnet.

Das Finanzergebnis 2012 liegt leicht über dem des Vorjahres. Dies liegt u. a. an den gestiegenen Zinserträgen und an dem durch Tilgung geringeren Zinsaufwand für langfristige Verbindlichkeiten. Auch 2012 ist das Finanzergebnis durch Zinszahlungen an die HSH Nordbank und die Berliner Volksbank geprägt.

Nach den Projekten der vergangenen Jahre und unter Berücksichtigung der ergebniswirksamen Sondereffekte 2012 stabilisiert sich das Jahresergebnis erwartungsgemäß. Der Jahresüberschuss 2012 liegt mit T€ 3.183 deutlich über dem Niveau des Vorjahres (T€ 1.597). Ausschlaggebend hierfür sind vor allem der Verkauf einer Teilfläche des alten Blumengroßmarktgeländes an die Ärztekammer Berlin (T€ 1.431) sowie der Verkauf der Eisenbahn-Markthalle (T€ 1.090).

Das neutrale Ergebnis enthält neben den Erträgen aus den vorgenannten Anlagenverkäufen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 35), Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (T€ 39), erhaltene Versicherungsentschädigungen (T€ 30) sowie Rückstellungen für zu erwartende Rückerstattungen aus Insolvenzen (T€ 119), Aufwendungen der Einstellung in die Wertberichtigung (T€ 234) und Vermarktungsaufwendungen für den Verkauf der Eisenbahn-Markthalle (T€ 105).

Die Betriebserträge des Unternehmens setzen sich vor allem aus Miet- und Pachterlösen zusammen. Die nachfolgende Aufstellung zeigt deren Entwicklung:

Betriebserträge [in T€]	2012	2011	2010
Mieterlöse	8.197	8.309	7.754
Erlöse aus Erbbauzinsen	759	775	739
sonstige betriebliche Erträge	2.538	1.943	2.256
	11.494	11.027	10.749

Im Unterschied zum Vorjahr fallen die Mieterlöse 2012 geringer aus. Ausschlaggebend hierfür ist der Abschluss von neuen Mietverträgen, die bei geringerer Nettokaltmiete eine Abrechnung der anfallenden Betriebskosten erlauben. Sowohl diese Neuverträge als auch die vertragskonforme Anpassung der Betriebskostenabrechnungen führen zu einem Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge. Die Erträge aus Erbpachten sind im Vorjahresvergleich aufgrund der Zwangsversteigerung eines Erbbaurechtes und des damit verbundenen niedrigeren Erbbauzinses gesunken.

Die Betriebsaufwendungen in Höhe von T€ 8.725 liegen über dem Vorjahresniveau (T€ 8.339). Die gegenüber dem Vorjahr erhöhten Abschreibungen sind auf die Fertigstellung der neuen Entsorgungsstation sowie den abgeschlossenen Umbau der eigenen Werkstatt zurückzuführen. Der Aufwand für Betriebskosten unterliegt den jeweiligen Witterungsbedingungen sowie den marktüblichen Preiserhöhungen.

Betriebsaufwendungen [in T€]	2012	2011	2010
Aufwand für Instandhaltung	784	814	892
Aufwand für Betriebskosten	2.658	2.501	2.732
Personalaufwand	1.430	1.391	1.431
Abschreibungen	2.238	2.165	2.110
sonstiger betrieblicher Aufwand	821	754	1.005
Steuern	794	714	787
	8.725	8.339	8.957

Wesentliche Einzelmaßnahmen der Instandhaltung 2012 waren die Weiterführung der Dachsanierungen beim Fleischgroßmarkt, der Obst- und Gemüsehalle und der eigenen Werkstatt (T€ 250). Darüber hinaus wirkten sich der Austausch von zwei Trinkwasser-Absperrschiebern (T€ 91) sowie notwendige Reparaturen an Straßen- und Gehwegflächen (T€ 43) aufwandserhöhend aus.

b) Vermögens- und Finanzlage

Die einzelnen Bilanzposten spiegeln die Großprojekte der vergangenen Jahre wider. Im Jahr 2012 bestimmen u. a. der Zugang der neu errichteten Entsorgungsstation auf dem Gelände an der Beusselstraße, der Umbau der eigenen Werkstatt sowie die Anlagenabgänge aus den Verkäufen von Teilflächen des Blumengroßmarktgeländes und der Eisenbahn-Markthalle das Anlagevermögen der Gesellschaft.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten liegen unter Vorjahresniveau, da auch 2012 planmäßig die Darlehen der HSH Nordbank AG und der Berliner Volksbank eG getilgt wurden.

Das Stammkapital der Gesellschaft wurde im Jahr 2010 geglättet und beträgt seit dem 21. Juni 2010 T€ 24.800. Der Jahresüberschuss 2011 wurde vollständig an den Gesellschafter ausgeschüttet.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist insgesamt zufriedenstellend.

3. Ausblick

a) Strategische Unternehmensentwicklung

Mit der Inbetriebnahme der neuen Entsorgungsstation machte der Berliner Großmarkt auch 2012 einen weiteren, wichtigen Schritt auf seinem Weg zu einer modernen und effizienten Großhandelsfläche für Frischeprodukte aller Art und zu einem Frischezentrum im Herzen der Hauptstadt. Das Ziel, das Gelände an der Beusselstraße zu einem One-Stop-Shopping-Standort für Gewerbetreibende aus dem Frische- und Floristikbereich zu entwickeln, ist damit erreicht. Mittel- bis langfristig konnten die Attraktivität des Standortes erheblich gesteigert und ein hohes Maß an Effizienz und Wirtschaftlichkeit, vor allem für die angesiedelten Betriebe, erreicht werden.

Damit einhergehend verfolgt die Gesellschaft nun das Ziel, die Energieeffizienz des Standortes nachhaltig zu verbessern. Richtungsweisend wurden 2012 zusammen mit der Berliner Energieagentur GmbH auf ausgewählten Dächern des Berliner Großmarktes Solaranlagen installiert, die bei entsprechender Preisentwicklung den Eigenverbrauch des erzeugten Stroms zulassen. Weiterhin ist in diesem Zusammenhang geplant, im Jahr 2013 ein allumfassendes Energiekonzept für den Berliner Großmarkt zu erstellen. Mit der Umsetzung erster Maßnahmen, z. B. der Neubau einer Hackschnitzelheizanlage oder die Errichtung einer hochmodernen Gewerbekälteanlage mit Wärmerückgewinnung, wird bereits 2013 begonnen, den Berliner Großmarkt auch in umweltpolitischer Hinsicht zu modernisieren und so Standortvorteile auszubauen.

b) Geschäftsentwicklung 2013

Der allgemeine Geschäftsverlauf wird auch 2013 stabil bleiben. Bedingt durch den Verkauf der Eisenbahn-Markthalle wird das Betriebsergebnis leicht zurückgehen. Das Gesamtergebnis der Gesellschaft wird maßgeblich durch die Verkäufe der Restflächen des alten Blumengroßmarktgeländes in der Friedrichstraße geprägt sein.

Des Weiteren werden erste Maßnahmen des ganzheitlichen Energiekonzeptes, wie z. B. der Neubau einer Hackschnitzelheizanlage und die Errichtung einer Gewerbekälteanlage mit Wärmerückgewinnung, das Geschäftsjahr 2013 bestimmen.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich bis zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

5. Chancen- und Risikoberichterstattung

Das Risikomanagement wurde im Jahr 2000 institutionalisiert, in einem Risikohandbuch dokumentiert und in den Folgejahren fortgeschrieben. Die momentane Risikolage des Unternehmens kann grundsätzlich als normal bezeichnet werden. Unternehmensgefährdende Sachverhalte sind nicht bekannt.

Mit der schrittweisen Umsetzung der skizzierten Unternehmensstrategie ist von einer nachhaltigen Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und einer langfristigen Sicherung des Unternehmens auszugehen.

Insgesamt sieht die Geschäftsführung die Chancen und Risiken als ausgewogen an.

6. Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex

Die Geschäftsführung erklärt, dass dem Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) entsprochen wird.

Berlin, 24. April 2013

Berliner Großmarkt Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Andreas Foidl

Bericht der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates über die Beachtung des Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) für das Geschäftsjahr 2012

In seiner Sitzung am 20. Juli 2004 hat der Aufsichtsrat dem Wunsch des Gesellschafters folgend den Beschluss zur Übertragung des Deutschen Corporate Governance Kodex auf das Unternehmen herbeigeführt. Mit Datum vom 17. Februar 2009 hat das Land Berlin die Beteiligungshinweise neu aufgelegt und in diesem Zusammenhang auch eine Anpassung des DCGK – seitdem der BCGK (Berliner Corporate Governance Kodex) – vorgenommen. Die Gesellschaft befolgt den BCGK in vollem Umfang mit den dort niedergelegten Verpflichtungen.

I. Zusammenwirkung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat

I.1 BCGK
Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet.
Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse, die einer sachgemäßen Beurteilung über den Gang der Geschäfte dienen, wurden von der Geschäftsführung offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

I.2 BCGK
Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.

I.2 BCGK
Die strategische Unternehmensplanung wurde mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.
Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrates für die Geschäftsleitung.

I.4 BCGK
Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (mindestens 2 Wochen vor der Sitzung).
Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventueller Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

I.5 BCGK
Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt.
Eine D & O-Versicherungen ist ohne Selbstbehalt für die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat abgeschlossen worden.

II. Geschäftsführung

II.1 BCGK
Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.

II.2 BCGK
Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung waren in der Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung geregelt. Da die Gesellschaft nur von einem Geschäftsführer geführt wurde, waren weitere interne Regelungen zur Geschäftsverteilung entbehrlich. Damit einhergehend besteht laut Satzung Alleinvertretungsberechtigung.

II.3 BCGK
Die Vergütung der Geschäftsführung ist überwiegend als Fixum vereinbart. Eine Zielvereinbarung wurde geschlossen und nicht nachträglich geändert; sie dient unter anderem der Ermittlung der Erfolgsbeteiligung, die vom Wirtschaftsprüfer durchgeführt wird. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Geschäftsführung der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt.

Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Geschäftsleitung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen wurden andere Bezüge berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden. Die Gesamtvergütung 2012 wird in einem gesonderten, vertraulichen Bezügebericht des Wirtschaftsprüfers ausgewiesen.

III. Aufsichtsrat

III.1 DCGK
Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Bei der Vorbereitung und Umsetzung des Vergabeverfahrens zum Verkauf des ehemaligen Blumengroßmarktgeländes erfolgte eine enge Einbindung des Gesellschafters. Der Aufsichtsrat hat außerhalb der Satzung und der Geschäftsordnung keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.

III.2 BCGK
Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden, sofern satzungsgemäß erforderlich, im Plenum des Aufsichtsrates entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Bei der Folgebestellung des seit dem 01.01.2005 bestellten Geschäftsführers wurde die maximal mögliche Bestelldauer von 5 Jahren ausgeschöpft. Der Dienstvertrag wurde zudem am 06. Oktober 2011 vorfristig um ein weiteres Jahr - bis zum 31. Dezember 2013 - verlängert.

III.3 BCGK
Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden; es wurden die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsleitung hat, über für das Unternehmen wichtige Ereignisse, im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen berichtet. Es haben in 2012 vier ordentliche und keine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden.

III.4 BCGK
Der Aufsichtsrat hat einen Prüfungsausschuss gebildet. Der Aufsichtsratsvorsitzende war nicht Vorsitzender des Prüfungsausschusses. Bewertungsfragen von Immobilien wurden nicht beraten. Der Ausschuss hat gewisse Entscheidungskompetenzen vom Aufsichtsrat übertragen bekommen. Das Plenum des Aufsichtsrates wurde von dem Vorsitzenden des Ausschusses über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.

III.5 BCGK
Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Die Gesamtvergütungen ergeben sich aus dem Bezügebericht 2012 des Wirtschaftsprüfers. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

III.6 BCGK
Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsleitung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.

III.7 und III.8 BCGK
Kein Aufsichtsratsmitglied hat weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Interessenkonflikte

IV.1 BCGK
Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

IV.2 BCGK
Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

IV.3 und IV.4 BCGK
Interessenkonflikte bei Geschäftsleitung oder Aufsichtsrat sind nicht entstanden.

IV.5 BCGK
Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen bestanden nicht. Der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht.
Berater-, Dienstleistungs- und Werk- oder sonstige Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern bestanden nicht.

Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

IV.6 BCGK
Der zum 01. Januar 2005 bestellte Geschäftsführer hat eine ehrenamtliche Nebentätigkeit als Vorstandsmitglied der Gemeinschaft zur Förderung der Interessen der deutschen Frischemärkte e. V. (GFI) ausgeübt. Dem Aufsichtsrat wurde die Ausübung der Nebentätigkeit zur Zustimmung vorgelegt.

IV.7 BDCGK
Den Mitgliedern der Geschäftsleitung und den Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

V.1 und V.2 BCGK
Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten sind nicht bekannt geworden. Allgemeine Informationen über das Unternehmen sind im Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

V.1 bis V.3 BCGK
Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und werden in den vorgesehenen Fristen dem Gesellschafter vorgelegt. Die Zwischenberichte wurden vom Aufsichtsrat/Prüfungsausschuss mit der Geschäftsleitung erörtert. Unternehmensbeteiligungen liegen nicht vor.

VII. Abschlussprüfung

VII.1 BCGK
Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen oder Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers und seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei vorliegenden möglichen Befangenheitsgründen unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

VII.2 BCGK
Gemäß der Geschäftsordnung hat der Prüfungsausschuss den Abschlussprüfer beauftragt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

VII.3 BCGK
Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärungen zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) ergeben.

Berlin, den 27.06.2013

Berliner Großmarkt GmbH

Heidrun Rhode-Mühlenhoff
Aufsichtsratsvorsitzende

Abris Lelbach
Vorsitzender des Prüfungsausschusses

Andreas Foidl
Geschäftsführer

Berliner Großmarkt GmbH

Berichtszeitraum vom 01. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

Bezüge des Geschäftsführers Herrn Andreas Foidl

Vergütungsbestandteil	Betrag in Euro
Geschäftsführervergütung	110.000,04
Zielorientierter Bonus	37.000,00
Summe	147.000,04
Geldwerter Vorteil	335,70
Gesamtbezüge 2012	**147.335,74**

Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates der BGM

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre Tätigkeit Sitzungsgeld:

Mitglied des Aufsichtsrates	Betrag in Euro
Herr Staatssekretär Christoph von Knobeldorff (AR-Vorsitzender)	600,00
Frau Heidrun Rhode-Mühlenhoff (AR-Vorsitzende)	300,00
Herr Albris Lelbach (stellv. AR-Vorsitzender)	750,00
Herr Henner Bunde (AR-Mitglied)	600,00
Frau Karin Genrich (AR-Mitglied)	450,00
Frau Dr. Angelika Bläschke (AR-Mitglied)	600,00

Berliner Stadtgüter GmbH

Berliner Stadtgüter GmbH, Berlin
Lagebericht für 2012

I. Zur Gesellschaft

Nach der Besitzeinweisung Berlins in die ehemals volkseigenen Stadtgutflächen und nach Übernahme der ehemaligen volkseigenen Güter/Betriebe im Jahr 1992 wurde die Betriebsgesellschaft Stadtgüter Berlin mbH gegründet. Die im Jahr 2001 abgespaltene Liegenschaftsgesellschaft wurde nach der Privatisierung der landwirtschaftlichen Betriebe im Jahr 2008 auf die Betriebsgesellschaft mit gleichzeitiger Umfirmierung in Berliner Stadtgüter GmbH verschmolzen.

Alleiniger Gesellschafter ist das Land Berlin.

Der gesellschaftseigene Grundstücksbestand der Gesellschaft belief sich zum 31. Dezember 2012 auf ca. 16.643 ha.

Auf Grund eines Geschäftsbesorgungsvertrages wurden für das Land Berlin Grundstücke mit einer Fläche von ca. 6,0 ha (31. Dezember 2012) bewirtschaftet.

Die Geschäftsfelder der Gesellschaft umfassen:

- die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken mit und ohne Gebäude zur gewerblichen, privaten und insbesondere landwirtschaftlichen Nutzung,
- die Erzeugung regenerativer Energien,
- die Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen,
- die Beseitigung von Altlasten in Verbindung mit gezielten Investitionen sowie Risikovorsorge unter Berücksichtigung geeigneter ökologischer Maßnahmen die dem Ziel dienen, die Wirtschaftlichkeit zu verbessern,

- Risikomanagement und -begrenzung für belastete Rieselfelder.

Die Berliner Stadtgüter GmbH ist eine gewerblich tätige Gesellschaft mit einer über den üblichen Aufgabenhorizont einer Immobiliengesellschaft hinausgehenden Aufgabenvielfalt.

Das operative Geschäft betrifft im Wesentlichen die Steuerung von 13.395 ha landwirtschaftlicher Fläche, die Bestellung von Erbbaurechten für Flächen mit vorwiegend gewerblich genutzten Gebäuden (104 ha) und das Flächenmanagement im Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg. Neben Landwirtschafts- und Gewerbeflächen werden auch Freizeit- und Erholungsgrundstücke sowie Jagd- und Fischereigebiete verpachtet.

Die Nutzung von Flächen für das Betreiben von Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien und nachwachsender Rohstoffe hat sich zu einem weiteren Schwerpunkt entwickelt.

Als eigenständiges operatives Geschäftsfeld erfolgt die Durchführung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen auf gesellschaftseigenen Grundstücken.

Um dem strategischen Ziel der Optimierung des Verpachtungs- und Vermietungsstandes gerecht zu werden, sind investive Maßnahmen, die zu einer Aufwertung von Grundstücken und Gebäuden beitragen, eine wesentliche Aufgabe der Gesellschaft.

Im Berichtsjahr hat die Berliner Stadtgüter GmbH einen Jahresüberschuss in Höhe von 3.908 T€ (Vorjahr 1.368 T€) erwirtschaftet, das ordentliche Betriebsergebnis betrug T€ 2.824, (Vorjahr T€ 823). Im Wesentlichen wird das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr durch Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen (T€ 3.087) vermindert um die Erlösauskehr an das Land Berlin (T€ 1.588) in Höhe von T€ 1.499 geprägt. Eine Zunahme der Erträge aus der Vermietung und Verpachtung T€ 4.148 (Vorjahr T€ 3.876) sowie eine Steigerung der Erträge aus Ersatzaufforstungen und Ausgleichs- und Er-

satzmaßnahmen (T€ 719, Vorjahr T€ 605) trugen ebenfalls zum Jahresüberschuss bei.
Die Aufwendungen für Instandsetzung für die durch das Land Berlin eingebrachte alte Gebäudesubstanz betrugen T€ 295 (Vorjahr T€ 487).
Die erhöhten Aufwendungen im Geschäftsfeld Ersatzaufforstungen und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen T€ 609 (Vorjahr T€ 334) sind auf Pflegemaßnahmen (T€ 113) und Zuführungen zu Rückstellungen für die Unterhaltungspflege nach der Abnahme (T€ 155) zurückzuführen.
Die Erträge zu Gunsten des Landes Berlin aus Verkäufen eigener Grundstücke betrugen T€ 1.588 (Vorjahr T€ 852).

Das Jahresergebnis 2012 ist zudem geprägt durch periodenfremde und neutrale Ergebniseffekte, die aufgrund der Struktur der Berliner Stadtgüter GmbH weder unerwartet noch zufällig sind, deren Zeitpunkt des Eintritts allerdings nicht einschätzbar ist (T€ 364, Vorjahr T€ 541). Desweiteren ist ein außerordentliches Ergebnis von T€ 972 zu verzeichnen.

Die Ertragsquellen sind marktorientiert; sie sind mittel- und langfristig weitgehend ertragsstabil ausgerichtet. Sie unterliegen den Risiken des Immobiliensektors und den Entwicklungen im landwirtschaftlichen Bereich. Die operativen Erträge ermöglichen die laufenden Instandhaltungen und Instandsetzungen sowie Beräumungen, die Altlastensicherung auf Rieselfeldern und Entsorgungen und Sanierungen auf den gesellschaftseigenen Grundstücken. Diese Maßnahmen tragen zur Grundstücksaufwertung bei.

Die Berliner Stadtgüter GmbH erhält keine Zuschüsse des Landes Berlin. Es ist weiterhin mit Jahresüberschüssen zu rechnen.

II. Geschäftsverlauf

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2012 in Höhe von 5.296 T€ sind gegenüber dem Vorjahresniveau (4.894 T€) gestiegen.
Die überwiegend langfristig abgeschlossenen Verträge im Geschäftsfeld der Vermietung und Verpachtung von Flächen und Gebäuden für gewerbliche und private Nutzungen sowie für landwirtschaftliche Bewirtschaftung zeigen eine relativ gleichbleibende, stabile Entwicklung.

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
• Miet- und Pachterlöse	4.148
• Ersatzaufforstungen, Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen	719
• Jagdpachten und Sonstige	129
• Erträge aus Fotovoltaikanlagen	300

Als wesentliche Ertragsquelle für die Berliner Stadtgüter GmbH stellen sich die Einnahmen aus dem Kerngeschäft der Vermietung und Verpachtung dar. Am 31. Dezember 2012 bestanden insgesamt 2.497 verschiedene Verträge (im Vorjahr 2.412).

Erneuerbare Energien

Für die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, wie Windkraftanlagen, Freiflächenfotovoltaikanlagen und Anlagen zur Biomasseerzeugung werden Investoren Pachtflächen zur Verfügung gestellt. Auf gesellschaftseigenen, geeigneten Dachflächen sind darüber hinaus bisher 15 Fotovoltaikanlagen mit einer Leistung von 998,83 kWp installiert worden. Im Jahr 2012 wurden 833.000 kWh Strom erzeugt und ins öffentliche Energieversorgungsnetz eingespeist, die daraus erzielte Einspeisevergütung beläuft sich auf T€ 300.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Die Umsetzung von Ersatzaufforstungsmaßnahmen nach dem Landeswaldgesetz Brandenburg umfasst die Neuanlage von Waldflächen, die Fortführung der Kulturpflege und die Nachpflanzungen von Wachstumsausfällen.

Von den Berliner Stadtgütern werden Aufforstungsmaßnahmen auch in Vorleistung erbracht. Kompensationspflichtigen werden diese Flächen entgeltlich für die Anrechnung zur Verfügung gestellt. Derzeit sind 15,7 ha Vorleistungsfläche vertraglich gebunden und 7,7 ha für Kompensationspflichtige zum zeitnahen Abruf bereitgestellt. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr acht Verträge für Vorleistungsflächen abgeschlossen.

Zum 31. Dezember 2012 wurden Aufforstungsflächen mit einer Gesamtfläche von ca. 212 ha bewirtschaftet.

Bei den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Geltungsbereich der Naturschutzgesetze (Bundesnaturschutzgesetz und Naturschutzgesetz Brandenburg) sind die Pflanz- und Pflegearbeiten der letzten Jahre fortgesetzt und neue Verträge abgeschlossen worden. Mit dem Neuabschluss von neun Verträgen über 419 ha erhöhte sich die Anzahl der Verträge auf 56. Hervorzuheben sind darunter Vertragsabschlüsse im Zusammenhang mit bedeutenden Infrastrukturprojekten, wie die Erweiterung des Güterverkehrszentrums Großbeeren, den Standort für die Internationale Luftfahrt Ausstellung in Selchow, sowie dem Stadtentwicklungsprojekt Tempelhofer Freiheit auf dem ehemaligen Flughafen Tempelhof.

Bei sechs Verträgen über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen konnten behördliche Teil- bzw. Endabnahmen über 19 ha erreicht werden. Für diese Flächen übernimmt die Gesellschaft die entgeltliche Unterhaltungspflege. Die zu bearbeitende Vertragsfläche, inklusive der Unterhaltungspflege, beläuft sich auf ca. 500 ha.

Um vertragsgemäß die fachkundige Unterhaltungspflege der Flächen nach der Abnahme gewährleisten zu können, werden für den Zeitraum der Vertragsdauer (je nach Kultur bis zu 22 Jahre) Rückstellungen gebildet.

Für in Planung befindliche Bauvorhaben bieten die Berliner Stadtgüter Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an. Nach Eintritt der Rechts-

kraft entsprechender Beschlüsse können die in Aussicht stehenden Verträge abgeschlossen werden.

Jagd und Fischerei

Die Gesellschaft bewirtschaftet 37 Eigenjagdbezirke mit einer Fläche von ca. 15.500 ha. Weiterhin werden 11 Fischereipachten mit einer Fläche von ca. 147 ha betreut.

Personal

Im Geschäftsjahr 2012 wurden im Jahresdurchschnitt 38 Mitarbeiter/innen und neun Auszubildende beschäftigt. Für die Qualifizierung der Arbeitnehmer/innen sind 17 T€ aufgewendet worden.

Der zum 7. September 2011 abgeschlossene für zwei Jahre geltende Entgelttarifvertrag beinhaltet eine im Geschäftsjahr 2012 wirksam gewordene Einkommenserhöhung von 2,2 % ab dem 1. Oktober 2012 und eine Einmalzahlungen in Höhe von 400 € (März 2013).

Für die Überwachung und Kontrolle der Immobilien vor Ort sind im Jahresdurchschnitt drei Aushilfskräfte geringfügig beschäftigt worden.

Ausbildung

Es wurden zum Ende des Kalenderjahres 2012 zehn Auszubildende für die Ausbildungsberufe Immobilienkaufmann/-frau und Kauffrau für Bürokommunikation sowie Fachinformatiker für Systemintegration im Unternehmen ausgebildet. Eine weitere ehemalige Auszubildende hat im Oktober ein duales Studium in der Fachrichtung Steuern und Prüfungswesen aufgenommen. Die Berliner Stadtgüter GmbH ist Einsatzstelle für das Freiwillige Ökologische Jahr und bietet Plätze für Schülerpraktika an.

III. Zur Lage

Ertragslage

Im Bereich der Vermietung und Verpachtung war eine leichte Nachfragebelebung im Berichtsjahr zu verzeichnen. Die Ertragslage stellte sich auch unter Berücksichtigung der feststellbaren, angespannten wirtschaftlichen Situation einiger Pächter und Mieter auf Grund der verschiedenartigen Vertragsgegenstände als weitgehend stabil dar.

Auf die Gesamterträge in Höhe von 10,624 Mio. € entfallen auf die Umsatzerlöse 5,296 Mio. €, auf sonstige betriebliche Erträge 4,019 Mio. €, auf Zinsen und ähnliche Erträge 0,175 Mio. €, auf Bestandsveränderungen aus unfertigen Leistungen 0,162 Mio. € und auf außerordentliche Erträge 0,972 Mio. €.

Diesen Erträgen stehen Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 1,033 Mio. € gegenüber. Neben den Personalkosten, die sich auf 1,858 Mio. € beliefen, weist die Gewinn- und Verlustrechnung für die vorgenommenen Abschreibungen einen Wert von 0,537 Mio. € aus. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen 2,731 Mio. €. Der Betrag für Zinsen und ähnliche Aufwendungen belief sich auf 0,042 Mio. €. Die Aufwendungen für Steuern betrugen im abgelaufenen Geschäftsjahr 0,515 Mio. €.

Im Jahr 2012 wurde ein Überschuss von 3,908 Mio. € erwirtschaftet.

Eine abgestimmte kurz- und mittelfristige Wirtschaftsplanung (bestehend aus Erfolgs-, Investitions-, Personal-, Finanz- und Liquiditätsplanung) sieht auch künftig positive Jahresergebnisse vor.

Vermögenslage

Durch das realisierte Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2012 konnte das Eigenkapital der Berliner Stadtgüter GmbH gesteigert werden.

Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr gesichert und ist auch für das Jahr 2013 als ausreichend zu bezeichnen. Zum Bilanzstichtag waren flüssige Mittel in Höhe von 21,847 Mio. € vorhanden, die zur Deckung der Verbindlichkeiten, Pensionsrückstellungen sowie der sonstigen Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten kurz- und mittelfristig notwendig sind. Durch die vorhandenen liquiden Mittel wird im erforderlichen Umfang die Finanzierung des Verbrauchs der immobilienbezogenen Rückstellungen sichergestellt. Die Liquiditätsausstattung der Gesellschaft beinhaltet insbesondere auch vertraglich vereinbarte finanzielle Vorleistungen (Anzahlungen) in Höhe von 4,287 Mio. € für noch durchzuführende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und Pflegeleistungen.

IV. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung und Ausblick

1. Risiken

Marktrisiken

Die teilweise angespannte wirtschaftliche Situation einiger Pächter und Mieter, die der allgemeinen wirtschaftlichen Krise der vorangegangenen Jahre geschuldet ist, beeinflusst aufgrund der verschiedenartigen Verträge die Ertragssituation der Gesellschaft nicht wesentlich. Durch geeignete ertragssteigernde Maßnahmen konnten drohende negative Auswirkungen vermieden werden. Die Marktrisiken ergeben sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen Lage sowie möglicher Änderungen der Agrarpolitik auf europäischer Ebene (Agrarsubventionen) für die Pächter.

Die Berliner Stadtgüter GmbH trägt insbesondere durch gezielte Investitionen, die sich ertragserhöhend auswirken, und durch die Intensivierung der Verpachtungs- und Vermietungsaktivitäten sowie durch Maßnahmen die sich aufwandsreduzierend auswirken, zu einer nachhaltigen Ertragsstabilisierung bei.

Altlasten

Der erhebliche Anteil von durch Kontaminationen belasteten gesellschaftseigenen Grundstücken birgt ein hohes Kostenrisiko.

Risiken ergeben sich vor allem aus den besonders belasteten Rieselfeldflächen. Für notwendige Bodenuntersuchungen und Sanierungen der Einlassbereiche und Schlammtrockenplätze ergibt sich ein Finanzbedarf von ca. 2,977 Mio. €.

Im Jahr 2012 wurde eine Kalkung von ehemaligen Rieselfeldern (zur Schwermetallbindung) vorgenommen. Ziel ist es durch eine pH-Wert Stabilisierung die Schwermetallbindung im Boden zu gewährleisten und um Auswaschungen und dadurch Eintragungen in das Grundwasser zu vermeiden. Bisher nicht passivierte Risiken für die Gesellschaft könnten sich auf Grund der geplanten europäischen Richtlinie zur Einrichtung eines Altlastenkatasters oder aus Änderungen zum Bodenschutzgesetz ergeben.

Weitere erhebliche finanzielle Mittel erfordert der bauliche Zustand des Gebäudebestandes. Für den Austausch von kontaminierten Baustoffen und der unter Umständen erforderlichen Abriss von Gebäuden und baulichen Anlagen werden entsprechende finanzielle Mittel vorgehalten.

Der Austausch kontaminierter Baustoffe am Gebäudebestand der Berliner Stadtgüter wurde im Berichtsjahr planmäßig fortgesetzt, im Wesentlichen wurden asbesthaltige Dachbaustoffe entsorgt und ersetzt. An den Standorten in Heinersdorf und Siethen wurden auf insgesamt fünf Gebäuden im Zusammenhang mit der Dachsanierung Fotovoltaikanlagen installiert.

Die Aufwertung von Grundstücken durch den Rückbau von nicht mehr nutzbaren baulichen Anlagen, die Beseitigung von Abfallablagerungen und Sukzession wurde fortgesetzt.

Die Gesellschaft widmet sich dem Erhalt und der Sicherung des Gebäudebestandes, der ein Durchschnittsalter von über 70 Jahren aufweist.

Durch nachfrageorientierte Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen soll die Ertragssituation stabilisiert und nicht genutzte Gebäude in einen vermietbaren Zustand gebracht werden.

Die Altlastenbeseitigung, die ein konkretisierbares Risiko darstellt, ist durch bereits gebildete Rückstellungen abgesichert. Liquide Eigenmittel werden darüber hinaus zur Gefahrenabwehr genutzt werden müssen.

Insolvenzen

Insolvenzen und deren Folgen sind meist lang andauernde juristische Verfahren zur Erlangung des vereinbarten Miet- oder Pachtzinses oder - was wichtiger ist -, wieder in den Besitz der Grundstücke zu gelangen. Häufig fallen Vollstreckungs- und Räumungskosten an, die verauslagten Kosten der Rechtsverfolgung sind teilweise nicht einbringbar.

Liquidität

Die Gesellschaft verfügt über ausreichende Mittel, um den absehbaren Zahlungsverpflichtungen aus eigener Kraft nachkommen zu können. Mit Liquiditätsabflüssen aus der Finanzierung der Rückstellungsverbräuche und der geplanten Investitionen in die Gebäudesubstanz muss weiterhin gerechnet werden. Weitere Liquiditätsabflüsse sind aufgrund der Zahlungsverpflichtungen für Grundstücke zu erwarten, für die bisher keine Anschlussgebühren erhoben wurden (Altanschließerproblematik). Soweit es gesellschaftseigene Grundstücke betrifft, sind die Beiträge aktvierbar. Hinsichtlich der Beitragsbescheide, die die rückübertragenen Grundstücke an das Land Berlin betreffen, sind entsprechende Aufwendungen zu buchen. Auf Grund der noch nicht erfolgten grundbuchlichen Umschreibung belastet dies die Gesellschaft vorläufig unmittelbar als Forderungsschuldner. Die zukünftige Liquiditätsbelastung beläuft sich nach einer vorläufigen Berechnung auf rund 1,6 Mio. €. In begründeten Fällen werden Einsprüche gegen die Bescheide eingelegt. Aufgrund der Verschmelzung der Gesellschaften sind noch Grunderwerbsteuerbescheide in Höhe von ca. 1,2 Mio. € zu erwarten.

2. Chancen

Erweiterung der Vermietungs- und Verpachtungstätigkeit

Es ist davon auszugehen, dass sich die Nachfrage nach gewerblichen und landwirtschaftlichen Immobilien auch unter Berücksichtigung der nachwir-

kenden Effekte der allgemeinen Wirtschaftskrise, mittelfristig, weiterhin positiv entwickelt. Eine spürbare Nachfrage für Flächen, insbesondere zur Nutzung für die Erzeugung regenerativerer Energien ist weiterhin feststellbar.

Risiken ergeben sich für den Bereich der landwirtschaftlichen Nutzung im Hinblick auf die zu erwarteten Neuregelungen für die europäischen Agrar-Subventionen für die Landwirtschaftsbetriebe und der prognostizierten klimatischen Veränderungen. Erkennbare Veränderungen sind bei zukünftigen Ertragsentwicklungen zu beachten.

Im Zusammenhang mit dem Bau des Flughafens „Berlin Brandenburg International" ist eine erhöhte Nachfrage nach gewerblichen Immobilien im Umfeld des Flughafens festzustellen. Die nachgefragten Flächen werden eine werthaltige Aufwertung erfahren.

Mittel- und langfristig wird von einer stabilen wirtschaftlichen Lage im Grundstücksbereich ausgegangen.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Weiterhin anhaltende Planungen bzw. Inanspruchnahmen von landwirtschaftlich genutzten Flächen, Natur- und Waldflächen für infrastrukturelle und andere Baumaßnahmen insbesondere südlich von Berlin haben einen entsprechenden Bedarf an Kompensationsflächen zur Folge. Wesentliche Potentiale liegen in der Flächenbereitstellung und Durchführung von Kompensationsmaßnahmen für innerstädtische Eingriffe, die innerhalb der Stadtgrenzen Berlins nicht ausgeglichen werden können.

Der vorhandene Auftragsbestand ist über einen längeren Zeitraum abzuarbeiten und durch Neuabschlüsse zu ergänzen.

Der Bereich der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wird sich auch weiterhin ertragsstabilisierend auswirken.

Die Bundesregierung hat eine neue Verordnung über die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft beschlossen. Die Auswirkungen auf das Geschäftsfeld der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind noch nicht absehbar.

Erneuerbare Energien

Die Berliner Stadtgüter weiten die Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien aus. Zukünftig sollen weitere Flächen der Berliner Stadtgüter für den Betrieb von Windkraftanlagen, die Errichtung von Flächenfotovoltaikanlagen und zur Gewinnung energetisch verwertbaren Biomasse genutzt werden. Eine sinnvolle, wirtschaftliche, die Wertschöpfung steigernde Nutzung bzw. Nachnutzung der Eigentumsflächen, insbesondere der ehemaligen Rieselfelder ist Ziel dieser Strategie. Die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen gestaltet sich trotz der Energiestrategien der Länder Brandenburg und Berlin kompliziert und langwierig.

Die Berliner Stadtgüter haben die Errichtung von Anlagen zur Biomasseerzeugung fortgesetzt. Als Kooperationspartner konnte ein kommunaler Heizkraftwerksbetreiber gewonnen werden. Insbesondere mit dem Erhalt der behördlichen Genehmigung in 2012 nach einem mehrjährigem Antragsverfahren zur bedarfsgerechten Bewässerung einer neu angelegten Kurzumtriebsplantage auf Rieselfeldern konnte ein innovatives Projekt gestartet werden. Die Nutzung von Flächen für die Förderung und den Ausbau regenerativer Energien bedeutet eine ökologische und ökonomische Weiterentwicklung der Gesellschaft mit einem erheblichen Ertragspotential. Verschiedene Entwürfe von Regional- und Flächennutzungsplänen sehen einen weiteren Ausbau regenerativer Energien auch auf Flächen der Berliner Stadtgüter vor.

V. Besondere Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres auf Grund von Gesellschafterbeschlüssen des Landes Berlin eingetreten.

Zur Verwendung des Jahresergebnisses 2011 folgt der Gesellschafter der Empfehlung des Aufsichtsrates. Es wird eine Ausschüttung in Höhe von 368.272,77 € vorgenommen.

Von dem Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2012 wird ein Betrag in Höhe von 1.631.727,23 € vorabausgeschüttet.

VI. Risikomanagement und Methoden

Das Risikomanagement der Berliner Stadtgüter GmbH beinhaltet die Risikoerfassung, die Risikobewertung, die Maßnahmenplanung und das Risikocontrolling. In den in der Regel wöchentlich stattfindenden Bereichsleitersitzungen wird gegebenenfalls über Risiken gegenüber der Geschäftsführung berichtet. Ein effektives Risikomanagement wird gewährleistet. Die Risiken werden erfasst und in ihrer Höhe nach, unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeit, bewertet. Auf Grundlage einer Risikomatrix werden sie eingeordnet und nach den Prioritäten der Risikobewältigung und der Dringlichkeit der Gegenmaßnahmen klassifiziert. Die Meldung an die Geschäftsführung erfolgt sofort und im Rahmen der regelmäßigen Quartalsberichterstattung an den Aufsichtsrat.

VII. Berliner Corporate Governance Kodex

Der „Berliner Corporate Governance Kodex" (kurz: BCGK) ist in den Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin anzuwenden, an denen Berlin die Mehrheit der Anteile hält und hinsichtlich der Aufgabe sowie wirtschaftlicher Bedeutung von Interesse sind.
Auf der Grundlage der Vorgaben des Gesellschafters und des Beschlusses des Aufsichtsrates wurde am 18. März 2013 eine Entsprechenserklärung zum BCGK abgegeben, die als Anlage dem Lagebericht beiliegt.

Berlin, 30. April 2013

Berliner Stadtgüter GmbH

Hecktor

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats der Berliner Stadtgüter GmbH zur Anwendung des Berliner Corporate Governance Kodex unter sinngemäßer Anwendung des § 161 Aktiengesetz

Der Senat von Berlin hat beschlossen, den „Berliner Corporate Governance Kodex" bei den Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin anzuwenden, an denen Berlin die Mehrheit der Anteile hält und die hinsichtlich Aufgabe und wirtschaftlicher Bedeutung von Interesse sind.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Berliner Stadtgüter GmbH erklären, dass den vom Senat von Berlin am 17. Februar 2009 beschlossenen Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex freiwillig und in sinngemäßer Weise entsprochen wird und in der Vergangenheit entsprochen wurde.

Diese Entsprechenserklärung ist dem Gesellschafter Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Finanzen, durch Schreiben vom 18.03.2013 zugänglich gemacht worden.

Abweichungen von den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex:

- Punkt I.5: bei der D&O-Versicherung ist für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat kein Selbstbehalt vorgesehen.
  (Begründung: Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten nur eine Aufwandsentschädigung. Die Versicherung ist ohne Selbstbehalt abgeschlossen worden, da es zu diesem Zeitpunkt kein günstigeres Angebot mit Selbstbehalt gegeben hat.)

- Punkt II.2: die Geschäftsführung besteht nur aus einem Geschäftsführer.
  (Begründung: Aufgrund der Größe der Gesellschaft ist ein zweiter Geschäftsführer nicht erforderlich.)

- Punkt III.2: für Mitglieder der Geschäftsführung wurde keine Altersgrenze festgelegt.
  (Begründung: der Geschäftsführervertrag sieht eine Laufzeit von 5 Jahren vor. Eine Wiederbestellung seit dem 15. März 2010 wurde durch den Aufsichtsrat beschlossen; zum Zeitpunkt des Ablaufs dieser Frist ist der Geschäftsführer noch unter 65 Jahre alt.)

- Punkt III.4: der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse gebildet.
  (Begründung: Der Aufsichtsrat besteht nur aus fünf vom Gesellschafter bestellten Mitgliedern.)

- Punkt III. 5: die Vergütungen des Aufsichtsrats (Aufwandsentschädigungen) enthalten keine variablen Vergütungsbestandteile.
  (Begründung: Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten nur eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 150,00 € pro Sitzung.)

Berlin, den 18. März 2013

Für den Aufsichtsrat

Henner Bunde

Geschäftsführung

Peter Hecktor

Anlage zum Lagebericht der Berliner Stadtgüter GmbH zur Anwendung des Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung/des Aufsichtsrates
I.	**Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat**	
I.1	• Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.	Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle wesentlichen Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	• Sitzungen des Aufsichtsrats.	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsführung, mit Ausnahme derjenigen Tagesordnungspunkte, welche die Geschäftsführung betrafen, abgehalten.
I.3	• Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsführung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.	Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrats für die Geschäftsführung.

I.4	• Bericht der Geschäftsführung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll-Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.	Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; insgesamt war der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine ausreichend. Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

I.5	• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsführung und Aufsichtsrat.	Geschäftsführung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers bzw. Aufsichtsrats gewahrt. Eine D&O-Versicherung ist ohne Selbstbehalt für Geschäftsführung und Aufsichtsrat abgeschlossen worden. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten nur eine Aufwandsentschädigung. Die Versicherung ist ohne Selbstbehalt abgeschlossen worden, da es zu diesem Zeitpunkt kein günstigeres Angebot mit Selbstbehalt gegeben hat.

II. Geschäftsführung

II.1	• Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien.. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.	Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und ein Risikocontrolling.

II.2	• Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsführung.	Es gibt eine Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung. Die Geschäftsführung besteht aus nur einem Geschäftsführer.

II.3	• Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsführung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsführung. • Veröffentlichung der Einzelvergütung. • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap.	Die Vergütung erfolgte auf Basis einer Zielvereinbarung; sie wurde nicht nachträglich geändert. Sie hat sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung (variabler wiederkehrender Bestandteil) zusammengesetzt. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen des Geschäftsführers, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütung wurden andere Bezüge nicht berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden; sie unterlag einer regelmäßigen Überprüfung. Die Vergütung und deren Zusammensetzung wird im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Der Geschäftsführervertrag sieht keine Abfindungsregelungen vor.

III. Aufsichtsrat

III.1	• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats.	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung sowie der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen. Er hat weitere Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.

III.2	• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsführung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.	Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats ohne Vorbefassung in einem Ausschuss entschieden, da keine Ausschüsse gebildet wurden (siehe III.4). Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für den Geschäftsführer festgelegt. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht. Bei der Erstbestellung wurde die maximal mögliche Bestelldauer nicht ausgeschöpft. Eine Wiederbestellung seit dem 15. März 2010 wurde durch den Aufsichtsrat beschlossen. Der Geschäftsführervertrag sieht eine Laufzeit von 5 Jahren vor; zum Zeitpunkt des Ablaufs seiner Frist ist der Geschäftsführer noch unter 65 Jahre alt.
III.3	• Zusammenarbeit Geschäftsführung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.	Zwischen Aufsichtsratsvorsitzenden und Geschäftsführung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Aufsichtsrat ist auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen über wichtige Ereignisse unterrichtet worden. Es hat keine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden.
III.4	• Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.	Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse.
III.5	• Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates.	Hinsichtlich der Anzahl der Aufsichtsratsmandate und der Übernahme von Funktionen bei Wettbewerbern sind keine von den Empfehlungen des Kodex abweichenden Aufgabenwahrnehmungen bekannt geworden. Die Vergütung (Aufwandsentschädigung) wird im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.
III.6	• Vorlage der Zielvereinbarung.	Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsführung beabsichtigte Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Begutachtung vorgelegt.

III.7 und 8.	• Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats.	Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2012 mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen. In mehreren Sitzungen wurden Schwerpunktthemen behandelt.

IV. Interessenkonflikte

IV.1	• Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsführung. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsführung.	Die Geschäftsführung hat die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie hat weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

IV.2	• Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen.	Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interassen verfolgt.

IV.3 und 4	• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrats.	Es gab keine Interessenkonflikte.

IV.5	• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsführung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats.	Es bestanden keine Geschäfte mit dem Unternehmen durch den Geschäftsführer oder ihm nahestehenden Personen oder ihm persönlich nahe stehenden Unternehmen. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs-, und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

IV.6	• Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsführung.	Der Geschäftsführer hat keine Nebentätigkeiten ausgeübt.

IV.7	• Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsführung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige.	Der Geschäftsführung und den Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

V. 1 und 2	• Tatsachen etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet.	Risiken im Tätigkeitsbereich des Unternehmens aufgrund der allgemeinen Wirtschaftskriese und die Lage der landwirtschaftlichen Unternehmen, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind erkannt worden. Allgemeine Unternehmensinformationen wurden auch über das Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	• Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterung der Zwischenberichte	Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Der Jahresabschluss wurde in der vorgesehenen Frist von 90 Tagen nach Geschäftsjahresende dem Gesellschafter vorgelegt. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet. Die Quartalsberichte wurden jeweils zeitnah vor den entsprechenden Aufsichtsratssitzungen vorgelegt und in den Sitzungen erörtert.

VII. Abschlussprüfung

VII.1	• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe.	Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer vor Beauftragung die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen, persönlichen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

VII. 2	• Erteilung des Prüfungsauftrags und Honorarvereinbarung	Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

VII. 3	• Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.	Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

VII.4	• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss.	Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss 2011 teilgenommen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Eine Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen zum Jahresabschluss 2012 ist vorgesehen.

Prüfung

der

Bezüge des Geschäftsführers

und der leitenden Angestellten

sowie der Vergütungen an den Aufsichtsrat

der Berliner Stadtgüter GmbH für das

Geschäftsjahr 2012

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Prüfungsauftrag	1
B. Die Bezüge des Geschäftsführers	1
C. Die Bezüge der leitenden Angestellten	2
D. Aufsichtsratsvergütungen	4
E. Zusammengefasstes Prüfungsergebnis	4

Anlagen

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (Stand: 01. Januar 2002)

A. Prüfungsauftrag

Mit dem Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012 der Berliner Stadtgüter GmbH, Berlin, (im Folgenden kurz: „BS") wurden wir auch beauftragt, die Bezüge des Geschäftsführers und der leitenden Angestellten sowie die Vergütungen des Aufsichtsrats zu prüfen und hierüber einen gesonderten Bericht zu erstellen.

Für diesen Auftrag gelten, auch im Verhältnis zu Dritten, unsere als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2002.

B. Die Bezüge des Geschäftsführers

Herr Peter Hecktor ist Geschäftsführer der Berliner Stadtgüter GmbH. Im Berichtsjahr galt der Dienstvertrag in der Fassung vom 15./23. Dezember 2009. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 14. März 2015.

Gemäß § 5 des aktuellen Dienstvertrages erhält Herr Hecktor für seine Tätigkeit ein Grundgehalt von € 125.000,00 und eine erfolgs- und leistungsabhängige Tantieme bis zur Höhe von jährlich € 25.000,00. Für das Geschäftsjahr 2011 bestand eine individuelle Tantiemevereinbarung vom 26. Januar/03. Februar 2011 über maximal € 25.000,00.

Im Geschäftsjahr 2012 erhielt Herr Hecktor Gesamtbruttobezüge in Höhe von € 156.393,94 (Vj. € 148.240,84), die sich wie folgt zusammensetzen:

Bestandteile	€
Grundgehalt (11 x € 10.416,67)	114.583,37
Grundgehalt (1 x € 10.416,63)	10.416,63
Geldwerter Vorteil Pkw-Nutzung	6.316,20
Erstattungen für Auswärtstätigkeit	77,74
Tantieme für das Geschäftsjahr 2011	25.000,00
	156.393,94

Das Grundgehalt wurde in zutreffender Höhe nach § 5 Nr. 1 des Dienstvertrages gezahlt.

Auf der Grundlage von § 5 Nr. 2 des Dienstvertrages erhält Herr Hecktor einen zusätzlichen variablen Vergütungsbestandteil in Form eines zielorientierten Bonus. Die Ziel- und Tantiemevereinbarung für das Geschäftsjahr 2011 wurde mit Datum 26. Januar/03. Februar 2011 vereinbart.

Die Erfolgsvergütung basiert auf unterschiedlich gewichteten Faktoren (Unternehmenszielvorgaben und individuellen Zielvorgaben). Die erfolgsabhängige Vergütung ist gemäß § 5 Nr. 2 des Dienstvertrages auf € 25.000,00 begrenzt. Der Aufsichtsrat der BS stellte mit dem Beschluss vom 22. Mai 2012 fest, dass Herr Hecktor für das Geschäftsjahr 2011 € 25.000,00 als variable Vergütung erhält. Die Auszahlung der Erfolgsvergütung erfolgte mit der Gehaltsabrechnung für Juni 2012.

C. Die Bezüge der leitenden Angestellten

Hans-Ulrich Schuldt

Mit Wirkung zum 01. September 2005 wurde Herr Hans-Ulrich Schuldt zum Handlungsbevollmächtigten gemäß § 54 HGB bestellt. Die zunächst auf T€ 25 eingeschränkte Gesamtvertretungsmacht von Herrn Schuldt wurde mit Wirkung zum 01. Januar 2007 in eine unbeschränkte Einzelvertretungsvollmacht erweitert. Herr Schuldt hat jedoch weiterhin alle Entscheidungen, die grundlegende Strukturen oder den Bestand des Unternehmens betreffen, vorher mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates abzustimmen. Die Handlungsvollmacht ist im Rahmen der Verschmelzung der Vorgängergesellschaften auf die BS übergegangen.

Herr Schuldt erhielt im Geschäftsjahr 2012 Bezüge von der BS in Höhe von € 41.592,61 (Vj. € 75.085,39), die sich wie folgt zusammensetzen:

	€	€
bis zum 30. Juni 2012		
Grundgehalt	31.616,88	
Persönliche Zulage (Handlungsvollmacht)	3.600,00	
Weihnachtsgeld	1.976,06	
Überstundenvergütung	763,06	
Betriebliche Altersversorgung	210,00	
Vermögenswirksame Leistungen	39,90	38.205,90
ab 01. Juli 2012		
Vergütung nach Stunden	2.196,58	
Fahrtkostenerstattungen	1.190,13	3.386,71
		41.592,61

Herr Schuldt war von Januar 2012 bis Juni 2012 mit einem monatlichen Grundgehalt von € 5.269,48 in der Vergütungsgruppe GG XI und einer monatlichen persönliche Zulage für die Handlungsvollmacht von € 600,00 eingruppiert. Zum 30. Juni 2012 endete das Beschäftigungsverhältnis durch Vollendung des 65. Lebensjahres.

Ab dem 01. Juli 2012 wurde Herr Schuldt geringfügig beschäftigt.

Gemäß der Betriebsvereinbarung „Betriebliche Altersversorgung" vom 16. Juli 2003 erhielt Herr Schuldt bis zum 30. Juni 2012 einen Arbeitgeberzuschuss in Höhe von monatlich € 35,00.

Dr. Torsten Reimers

Mit Vertrag vom 03./09. Januar 2012 wurde Dr. Torsten Reimers als Nachfolger für den aus Altersgründen ausscheidenden Herrn Schuldt zum 01. Mai 2012 als Bereichsleiter Vertragswesen angestellt. Mit Wirkung zum 01. November 2012 wurde Herr Dr. Reimers zum alleinvertretungsberechtigten Handlungsbevollmächtigten gemäß § 54 HGB bestellt.

Herr Dr. Reimers erhielt im Geschäftsjahr 2012 Bezüge von der BS in Höhe von € 53.250,02, die sich wie folgt zusammensetzen:

	€
Grundgehalt	51.250,02
Persönliche Zulage (Handlungsvollmacht)	2.000,00
	53.250,02

Herr Dr. Reimers war im Mai in Teilzeit – 50 % - und ab Juni in Vollzeit angestellt. Seine Vergütung ist außertariflich, fix mit einem Jahresgrundgehalt in Höhe von € 82.000,00 vereinbart. Damit sind vertraglich sämtliche Vergütungsansprüche abgegolten. Für das Jahr 2012 erhält er eine zeitanteilige Vergütung. Beginnend ab November 2012 erhält er neben dem Grundgehalt eine monatliche persönliche Zulage für die Handlungsvollmacht in Höhe von € 1.000,00.

Die BS zahlt daneben den gesetzlich zustehenden Zuschuss zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung an Herrn Dr. Reimers aus, für 2012 waren das insgesamt € 2.300,99.

D. Aufsichtsratsvergütungen

Für die Aufsichtsratssitzungen der BS am 14. März 2012 (fünf Mitglieder), am 22. Mai 2012 (fünf Mitglieder), am 14. September 2012 (vier Mitglieder) und am 18. Dezember 2012 (vier Mitglieder) wurden Sitzungsgelder je anwesendem Aufsichtsratsmitglied von € 150,00 gezahlt. Die Bemessung der Sitzungsgelder erfolgte aufgrund des Beschlusses des Aufsichtsrats der BS vom 12. März 2008. Danach erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates für die Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen eine einheitliche Vergütung von € 150,00.

Im Geschäftsjahr 2012 erhielten die Aufsichtsratsmitglieder insgesamt Sitzungsgelder in Höhe von € 2.700,00.

E. Zusammengefasstes Prüfungsergebnis

Die im Geschäftsjahr 2012 an Herrn Peter Hecktor, Herrn Hans-Ulrich Schuldt und Herrn Dr. Torsten Reimer gezahlten Vergütungen entsprechen nach unseren Feststellungen den Regelungen im Dienstvertrag (Herr Hecktor) bzw. Arbeitsvertrag in Verbindung mit den gültigen Tarifverträgen und den Betriebsvereinbarungen (Herr Schuldt und Herr Dr. Reimers).

Die im Geschäftsjahr 2012 an die Mitglieder der Aufsichtsräte gezahlten Aufsichtsratsvergütungen entsprechen nach unserer Feststellung den Empfehlungen des Gesellschafters vom 28. Januar 2008.

Berlin, 07. Mai 2013

BPG Beratungs- und Prüfungsgesellschaft mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Uwe Braun
Wirtschaftsprüfer

Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR)

Anstalt des öffentlichen Rechts

Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR)
Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin
Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2012

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Das Geschäft, der Geschäftsverlauf sowie die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des BSR-Konzerns werden ganz überwiegend durch die Verhältnisse des Mutterunternehmens, den Berliner Stadtreinigungsbetrieben (BSR), Anstalt des öffentlichen Rechts, – im Folgenden BSR genannt – bestimmt. Das Land Berlin hat mit dem Berliner Betriebe-Gesetz (BerlBG) insbesondere folgende **hoheitliche Aufgaben** auf die BSR übertragen:

- Abfallentsorgung gemäß § 5 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz Berlin,
- Straßenreinigung für Berlin sowie die
- Wahrnehmung sonstiger Aufgaben, die insbesondere der Sauberhaltung des Stadtgebietes sowie der Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht dienen.

Im Rahmen der Abfall- und Wertstoffwirtschaft und des Umweltschutzes können daneben weitere Geschäfte und Tätigkeiten aller Art übernommen werden. Die hoheitlichen Leistungen finanzieren die BSR gemäß BerlBG über Tarifentgelte. Die Tarife werden für eine zweijährige Tarifperiode kostendeckend kalkuliert.

Neben der hoheitlichen Aufgabenerfüllung erbringt der BSR-Konzern weitere gewerbliche Leistungen, deren Schwerpunkte auf der Sammlung, Sortierung und Verwertung wertstoffhaltiger Abfälle, insbesondere von Papier, Glas, Bio- und Elektroabfällen sowie der Bodenreinigung liegen.

Der für den BSR-Konzern relevante **Entsorgungsmarkt** war im Jahr 2012 insbesondere durch die Auswirkungen des novellierten Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der Konzeption einer einheitlichen Wertstofftonne zur gemeinsamen Erfassung von Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen in Berlin geprägt.

Mit **Inkrafttreten des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) am 1. Juni 2012** gilt eine fünfstufige Abfallhierarchie mit dem Vorrang von Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling vor der Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Nach der Neufassung des Gesetzes werden gemischte Siedlungsabfälle in Verbrennungsanlagen, deren Zweck in der Behandlung fester Siedlungsabfälle besteht und die die festgelegten Heizwertkriterien erfüllen, energetisch verwertet. Da das Müllheizkraftwerk Berlin-Ruhleben diese Kriterien erfüllt, ist die Behandlung gemischter Siedlungsabfälle in dieser Anlage durch die BSR als Verwertungsverfahren einzuordnen.

Bezüglich einer **einheitlichen Wertstofftonne zur gemeinsamen Erfassung von Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen** ist vom Bundesministerium ein Thesenpapier zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Wertstofferfassung veröffentlicht worden, welches im Jahr 2012 kontrovers diskutiert worden ist. Wie der Weg zu einer einheitlichen Wertstofftonne beschritten werden soll, bleibt auch nach der Veröffentlichung des Thesenpapiers weitgehend offen, da bisher ungeklärt ist, wer zukünftig die Zuständigkeit für die einheitliche Sammlung haben soll und wie diese finanziert werden wird. Die BSR setzen sich im Einvernehmen mit den übrigen kommunalen Unternehmen für eine Ausweitung der kommunalen Zuständigkeit auch für den Bereich der Verkaufsverpackungen ein.

Da nach Einschätzung der BSR eine zeitnahe Regelung durch den Bundesgesetzgeber nicht zu erwarten ist, können Lösungen zur Vereinheitlichung der Sammlung gegenwärtig nur auf

Basis der geltenden, gesetzlichen Zuständigkeiten gefunden werden. Vor diesem Hintergrund haben die BSR im Jahr 2012 intensive Gespräche mit den Dualen Systemen und dem Land Berlin geführt und dabei gemeinsam ein **Modell einer einheitlichen Wertstofferfassung für Berlin** entwickelt. Danach wird in Abhängigkeit der jeweils verantworteten Mengenäquivalente eine Logistikaufteilung im gesamten Stadtgebiet erfolgen, die eine Flächendeckung beider einbezogener Systeme (Sammelsysteme der Dualen Systeme gemäß Verpackungsverordnung und des Wertstoffsammelsystems der BSR „Orange Box") gewährleistet. Die BSR werden in diesem Modell gemäß ihrem Mengenanteil die Verantwortung für die Erbringung der anteiligen Logistik und für die Verwertung tragen, d.h. die erforderliche Sortierleistung beauftragen und die entsprechenden Wertstofferlöse aus der Vermarktung erhalten. Je nach Entwicklung der Sammelmengen an stoffgleichen Nichtverpackungen kann sich der Anteil der BSR im Laufe der nächsten Jahre verändern. Nach Zustimmung des Bundeskartellamtes konnte das Modell in der Abstimmungsvereinbarung für das Land Berlin zwischen den zehn Dualen Systemen, den BSR und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt verbindlich festgelegt werden. Die einheitliche Wertstofftonne wurde zum 1. Januar 2013 praktisch umgesetzt.

Mit Beschluss des Aufsichtsrates vom 17. Oktober 2012 wurden die Tarife für die Tarifperiode 2013/2014 gemäß § 17 BerlBG festgesetzt. Die Tarife wurden durch die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz genehmigt und traten am 1. Januar 2013 in Kraft. Im Geltungszeitraum der Tarife wird mit der entgeltfreien Wertstofftonne zur gemeinsamen Erfassung von Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen sowie der höherwertigen Verwertung der Bioabfälle in der BSR-eigenen Vergärungsanlage das Entsorgungssystem der BSR weiter ausgebaut. Im Ergebnis bleibt die Tariferhöhung mit durchschnittlich 3,8% bei der Abfallwirtschaft und 3,7% bei der Straßenreinigung für zwei Jahre im Rahmen der prognostizierten Teuerungsrate.

Am 18. Dezember 2012 wurde auf Vorlage der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung vom Senat beschlossen, dass das betriebsnotwendige Kapital der BSR im Jahr 2012 mit 4,9% und im Jahr 2013 mit 4,5% zu verzinsen ist. Die sich aus diesem Beschluss ergebenden Auswirkungen auf die Tarife werden im Rahmen der Nachkalkulation für die Tarifperiode 2013/2014 berücksichtigt.

2. Strategie und Effizienzsteigerungsprogramme

Die übergeordnete Strategie der BSR besteht darin, sich **als kommunales Vorzeigeunternehmen den Leistungsauftrag langfristig zu sichern**. Zur Umsetzung verfolgen die BSR unterschiedliche, aufeinander abgestimmte strategische Ziele.

An erster Stelle steht dabei, dass die BSR bei der Erfüllung der hoheitlichen Kernaufgaben – Sammlung, Verwertung und Entsorgung von Siedlungsabfällen, stadtweite Straßenreinigung und Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht – für ihre Kunden langfristig stabile, im nationalen Vergleich niedrige Tarifentgelte sowie im Zeitverlauf stetige Tarife gewährleisten. Ergänzende Ziele sind die Sicherstellung einer hohen Leistungsqualität, Erfüllung der sozialen Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BSR und dem Land Berlin sowie der Ausbau des ökologischen Profils. Durch die Umsetzung dieser Ziele soll eine Weiterentwicklung der BSR nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit erreicht werden und der Mehrwert des kommunalen Unternehmens deutlich gemacht werden.

Die **Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung** sind seit Jahren Gegenstand der mit dem Aufsichtsrat abgestimmten Unternehmensstrategie. Nach Auffassung der BSR ist das Engagement in sozialen und ökologischen Belangen auch für das nachhaltige Erreichen der wirtschaftlichen Ziele von zentraler Bedeutung.

Die nachhaltige Unternehmenssteuerung der BSR verfolgt das Ziel, die Auswirkungen des unternehmerischen Handelns nicht nur unter ökonomischen Aspekten zu beurteilen, sondern darüber hinaus auch soziale und ökologische Komponenten in die Bewertung und Entscheidungsfindung mit einfließen zu lassen. Die BSR haben daher im Jahr 2011 mit der Konzeption eines Systems zur nachhaltigen Unternehmenssteuerung begonnen und im Rahmen eines umfangreichen Pilotprojekts die Praktikabilität geprüft. Die dabei gesammelten positiven Erfahrungen sollen in 2013 sukzessive in die Unternehmenssteuerung einfließen. Sowohl bei den bedeutenden Investitionen der BSR als auch bei relevanten Beschlussvorlagen des Vorstands sollen neben der Wirtschaftlichkeit zukünftig auch verstärkt die ökologischen und sozialen Auswirkungen systematisch analysiert und bewertet und bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Aktuell werden dazu die relevanten Dokumente weiterentwickelt.

Effizienzsteigerungsprogramme sind ein wichtiges Instrument der BSR, um über Kostensenkungen langfristig stabile Tarife zu gewährleisten. Im Rahmen der Zielvereinbarung mit dem Land Berlin haben sich die BSR für den Zeitraum 2000 bis 2015 zur Entwicklung und Umsetzung von fünf Effizienzsteigerungsprogrammen verpflichtet.

In bisher drei abgeschlossenen Effizienzsteigerungsprogrammen (2000 bis 2009) konnten Sach- und Personalkosten in Höhe von insgesamt 161,9 Mio. EUR eingespart werden. Die Umsetzung des vierten Effizienzsteigerungsprogramms wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. Die BSR gehen davon aus, dass die für die Jahre 2010 bis 2012 geplanten Kosteneinsparungen von 18,1 Mio. EUR mit den umgesetzten Maßnahmen erreicht wurden. Die Zielerreichung wird in 2013 durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft werden.

Im Hinblick auf das Effizienzsteigerungsprogramm für die Jahre 2013 bis 2015 wurden vereinbarungsgemäß Benchmarking-Studien durchgeführt. Die Ergebnisse des Benchmarking sind bei der Ableitung der Maßnahmen zur Erfüllung des insgesamt fünften Effizienzsteigerungsprogramms berücksichtigt worden. In der Aufsichtsratssitzung im Dezember 2012 wurden die Ergebnisse des Benchmarking vorgestellt und die Maßnahmen zur Umsetzung des Effizienzsteigerungsprogramms für die Jahre 2013 bis 2015 beschlossen.

3. Geschäftsentwicklung

Die BSR haben im Jahr 2012 insgesamt rd. 1.195,8 TMg Siedlungsabfälle angenommen (im Vorjahr 1.271 TMg), davon rd. 330,3 TMg getrennt erfasste Fraktionen (im Vorjahr 370,1 TMg) und rd. 865,5 TMg Restabfälle (im Vorjahr 901,0 TMg).

Nach dem **Abfallwirtschaftsplan des Landes Berlin** für den Planungszeitraum 2011 bis 2020 sollen mit dem Auslaufen der derzeitigen Drittbeauftragungen zur Behandlung überlassungspflichtiger Berliner Siedlungsabfälle zum 31. Dezember 2015 rd. 520 TMg/a überlassungspflichtige Siedlungsabfälle im Müllheizkraftwerk Berlin-Ruhleben thermisch und rd. 320 TMg/a überlassungspflichtige Siedlungsabfälle in zwei MPS-Anlagen (Mechanisch-Physikalische Stabilisierungsanlagen) zu Ersatzbrennstoffen verwertet werden.

Im **Müllheizkraftwerk Berlin-Ruhleben (MHKW)** wurden in 2012 insgesamt rd. 475,0 TMg Restabfälle (im Vorjahr 523,2 TMg) thermisch behandelt. Im Berichtsjahr wurden die im Rahmen des Projekts „Ersatzinvestition" (ERIN) im Jahr 2009 begonnenen Bauarbeiten zum Neubau einer Kessellinie am Standort des MHKW abgeschlossen. Die neue Kessellinie ersetzt vier von insgesamt acht vorhandenen Kessellinien. Zum Neubauvolumen zählten zudem Müllbunker, Kessel und Rauchgasreinigung sowie eine umfassende Erneuerung der Infrastruktur am Standort Berlin-Ruhleben. Nach erfolgreichem Abschluss des Probebetriebs wurde die neue Kessellinie im September durch die BSR abgenommen. Durch die moderne

mehrstufige Abgasreinigungsanlage ist sichergestellt, dass auch künftig die Emissionen deutlich unter den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerten liegen. Gleichzeitig wurde der Gesamtwirkungsgrad des MHKW und somit dessen Beitrag zum Klimaschutz weiter verbessert.

Die **Mechanisch-physikalischen Stabilisierungsanlagen (MPS-Anlagen)**, die in Berlin-Pankow und Berlin-Reinickendorf gelegen sind, wurden in 2005 bzw. 2006 in Betrieb genommen. Die BSR sind alleinige Eigentümerin der Anlage in Berlin-Pankow. Bei der MPS-Anlage in Berlin-Reinickendorf betragen die Eigentumsanteile der BSR 43,75%. Die Betriebsführung der beiden MPS-Anlagen erfolgt durch eine gemeinsame PPP-Gesellschaft (Public-Private-Partnership) der BSR und der ALBA 2 Energy GmbH. Nach dem Konsortialvertrag haben sich die Partner verpflichtet, sich im Jahr 2012 über die Fortsetzung der Zusammenarbeit ab 1. Januar 2016 zu verständigen. Die Konsortialpartner haben im Dezember 2012 die grundsätzliche Bereitschaft zur Fortsetzung der Zusammenarbeit erklärt.

Bis zur gesetzlichen Schließung Ende Mai 2005 betrieben die BSR auf drei eigenen Standorten (Schwanebeck, Schöneicher Plan und Wernsdorf) **Deponien** für die Ablagerung von Hausmüll und hausmüllähnlichen Abfällen. Die Anforderungen an die Stilllegung und Nachsorge dieser Deponien werden durch die Deponieverordnung vom 27. April 2009 geregelt. Auf der Deponie Wernsdorf wurde in 2012 der vierte von insgesamt fünf Bauabschnitten der Oberflächenabdichtung fertig gestellt. Damit sind jetzt etwa 17 ha von insgesamt 22 ha Deponieoberfläche endgültig abgedichtet. Für die Abdichtung der Deponie Schwanebeck wurde nach EU-weiter Ausschreibung der Bauauftrag für die ersten beiden Bauabschnitte vergeben. Für die Deponie Schöneicher Plan wurde im November 2012 die Abschlussplanung genehmigt.

Die Überwachung und die gegebenenfalls erforderliche Sanierung der 38 Berliner **Standorte mit Altablagerungen** sind durch das Bodenschutzrecht geregelt. Der mit der zuständigen Behörde, der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, vereinbarte Umfang an Erkundungsarbeiten für das Jahr 2012 wurde umgesetzt. Daneben wurden auch in 2012 wieder dringliche Maßnahmen an einzelnen Standorten durchgeführt. Außerdem wurde ein Bewertungsmodell für die Einstufung von Bodenbelastungen in Kleingärten entwickelt, auf dessen Basis die Senatsverwaltung zukünftig über die Erforderlichkeit von Sanierungsmaßnahmen entscheiden will.

Im Geschäftsjahr 2012 haben die BSR insgesamt rd. 1,51 Mio. Kilometer **Fahrbahnen und Gehwege** (im Vorjahr 1,55 Mio.) gereinigt und rd. 5,7 Mio. Papierkorbentleerungen (im Vorjahr 5,8 Mio.) durchgeführt. Dabei wurden rd. 55,2 TMg Kehricht (im Vorjahr 88,1 TMg), rd. 6,4 TMg Papierkorbabfälle (im Vorjahr 6,8 TMg) und rd. 101.950 m^3 Laub (im Vorjahr 115.700 m^3) eingesammelt und sachgerecht verwertet bzw. entsorgt. Zusätzlich erfolgten rd. 209.200 Gullyreinigungen (im Vorjahr 212.400).

Im Vergleich zu den Vorjahren war in der Winterperiode 2011/2012 (Oktober 2011 bis März 2012) grundsätzlich eine milde Witterung zu verzeichnen. Wegen des Dauerfrostes ab Mitte Januar 2012 mussten zwar wegen überfrierender Nässe verstärkt Winterdiensteinsätze gefahren werden, die Verfügbarkeit von Personal, Winterdiensttechnik und Streumitteln war aber jederzeit gewährleistet. Die Vorgaben für den Winterdienst aus dem zum 1. November 2011 geänderten Straßenreinigungsgesetz wurden bei der Tourenplanung und der Beauftragung von Fremdfirmen für den Winterdienst für Flächen ohne Anlieger, auf Radwegen und vor gehwegseitigen Haltestellen der Berliner Verkehrsbetriebe entsprechend berücksichtigt und umgesetzt.

4. Gewerbliches Geschäft

Trotz schwierigen Marktumfeldes konnte sich die BR Berlin Recycling GmbH (BR GmbH) im Geschäftsfeld **Altpapier- und Altglassammlung** gegenüber Wettbewerbern behaupten und mit den erzielten Vermarktungserlösen für Papier erneut zum Konzernerfolg beitragen. Bei gesunkenen Papiermengen und leicht gestiegener Entleerungszahl liegt das Ergebnis insbesondere aufgrund der geringen Vermarktungspreise unter dem des Vorjahres.

Die GBAV Gesellschaft für Boden- und Abfallverwertung mbH (GBAV GmbH) konnte in ihrem Kerngeschäft **„Bodenreinigung"** trotz verschärften Wettbewerbs eine hohe Auslastung ihrer Bodenwaschanlage verzeichnen. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2012 liegt über dem des Vorjahres.

Im Geschäftsfeld **Verwertung von Elektroschrott und anderen Reststoffen** musste sich die BRAL Reststoff-Bearbeitungs GmbH (BRAL GmbH) auch im Berichtsjahr mit einem enormen Verfall der Preise, die mit den Elektroschrott-Systemanbietern ausgehandelt werden, auseinandersetzen. Dies führte zu einem auf Vorjahresniveau liegenden Ergebnis.

Geschäftszweck der SpreeUrban-Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG (SpreeUrban KG) ist die Entwicklung und **Verwertung von Grundstücken**. Mit Vertrag vom 2. Oktober 2012 hat die Gesellschaft ihr (einziges) Grundstück Berlin, Holzmarktstraße 19-30 veräußert. Nutzen und Lasten für das Grundstück gehen nach dem Abschluss der Arbeiten zur Boden- und Uferwand- sowie Grundwassersanierung auf den Käufer über. Die Sanierungsarbeiten sollen im zweiten Quartal 2013 abgeschlossen werden. Aufgrund des Verkaufspreises war eine Zuschreibung des Bilanzansatzes für das Grundstück zum 31. Dezember 2012 geboten. Das Ergebnis der SpreeUrban KG für das Jahr 2012 beträgt rd. 1,3 Mio. EUR.

Die Geschäftstätigkeit der FBS Fuhrpark Business Service GmbH (FBS GmbH) beschränkt sich seit dem Jahr 2008 im Wesentlichen auf die **Altfahrzeugvermarktung und -vermietung** für die BSR sowie das Fuhrparkmanagement für zwei Schwestergesellschaften. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2012 liegt auf Vorjahresniveau.

Von den BSR selber werden lediglich solche gewerblichen Tätigkeiten ausgeübt, die das hoheitliche Kerngeschäft unmittelbar ergänzen und unterstützen. Dazu zählen unter anderem die **Entsorgung von Abfällen aus Gewerbebetrieben** und Sonderabfällen, die Vermarktung von Elektroschrott (nur Haushaltsgroßgeräte) und bestimmten, auf den Recyclinghöfen gesammelten Abfallfraktionen, der Betrieb von unternehmenseigenen Kantinen sowie die Erbringung von technischen und kaufmännischen Dienstleistungen, insbesondere für Tochtergesellschaften.

5. Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt 2012 beschäftigte der BSR-Konzern 5.525 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Auszubildende und Praktikanten). Gegenüber 5.616 Beschäftigten im Vorjahr verminderte sich der Personalbestand des BSR-Konzerns um 91 Personen.

Im März 2012 einigten sich die Verhandlungsführer des Bundes, der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften auf einen neuen **Tarifvertrag mit einer 2-jährigen Laufzeit** (1. März 2012 bis 28. Februar 2014). Die Entgelte des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst erhöhen sich danach linear um 3 Stufen: 3,5% ab 1. März 2012 sowie je 1,4% ab 1. Januar und 1. August 2013.

Wegen der absehbaren Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Unternehmen haben die BSR im Jahr 2010 das „Programm zur Sicherung der betrieblichen Leistungsfähigkeit und Tarifstetigkeit im Rahmen der strategischen Ziele des Unternehmens" (**sog. Betriebssicherungsprogramm**) eingeführt. Nach den Regelungen im Zusatztarifvertrag, der zur Umsetzung des Betriebssicherungsprogramms abgeschlossen wurde, sind von der Entgelterhöhung zum 1. März 2012 0,4% und der Entgelterhöhung zum 1. Januar 2013 0,5% als Solidarbeitrag der Beschäftigten einzubehalten. Mit diesen Abzugsbeträgen ist der im Zusatztarifvertrag vorgesehene **Solidarbeitrag der Beschäftigten in Höhe von insgesamt 1,5%** erreicht.

In den Tarifverhandlungen wurde zudem der **Urlaubsanspruch** neu geregelt. Künftig erhalten alle Beschäftigten bis zum 55. Lebensjahr jährlich 29 Tage Urlaub sowie ab dem vollendeten 55. Lebensjahr 30 Tage. Beschäftigte mit einem bereits erworbenen Urlaubsanspruch von 30 Tagen fallen unter eine Besitzstandsregelung.

Im Rahmen ihrer **Ausbildungsverantwortung** bildeten die BSR zum 31. Dezember 2012 insgesamt 226 Auszubildende aus. Im Berichtsjahr haben 60 Auszubildende sowie 10 dual Studierende ihre Ausbildung bei den BSR begonnen.

6. Umwelt- und gesellschaftspolitische Verantwortung

Ein wesentliches strategisches Ziel der BSR ist die kontinuierliche Verbesserung des Umweltschutzes. Die BSR waren 2007 das erste landeseigene Unternehmen, das mit dem Land Berlin eine Klimaschutzvereinbarung abgeschlossen hat. In einer **zweiten Klimaschutzvereinbarung** haben sich die BSR im September 2011 gegenüber dem Land Berlin verpflichtet, im Zeitraum **2011 bis 2015** die CO_2-Emissionen um 113.500 Tonnen jährlich zu reduzieren. Die BSR haben einen Monitoringprozess für die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen etabliert. In 2013 wird auf dieser Basis ein Statusbericht über die Umsetzung der Klimaschutzvereinbarung erstellt werden.

Die BSR haben im März 2012 als eines von insgesamt 38 Unternehmen eine **Entsprechenserklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex** veröffentlicht. Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex beschreibt in 20 Kriterien mit je bis zu zwei Leistungsindikatoren Aspekte der Ökologie, Sozialem und der Unternehmensführung (Environmental, Social and Corporate Governance). Er macht Nachhaltigkeitsleistungen der Unternehmen in einer Datenbank sichtbar und mit einer höheren Verbindlichkeit transparent und vergleichbar.

Im April 2012 haben die BSR ihren **2. Nachhaltigkeitsbericht** unter dem Titel **„Verantwortung für die Zukunft"** veröffentlicht. Mit diesem Bericht wird für den Zeitraum 1. Januar 2009 bis 30. September 2011 dokumentiert, wie die BSR seit dem ersten Nachhaltigkeitsbericht im Jahr 2008 ihre ökologische und soziale Verantwortung weiter gestärkt und diese Verantwortung mit wirtschaftlicher Leistungserbringung und weiterhin niedrigen Tarifen verknüpft haben.

Im November 2012 wurden die BSR als eines von 23 europäischen Unternehmen erneut vom Europäischen Verband der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen (CEEP) für ihr vorbildliches Engagement bei der Umsetzung von Corporate Social Responsibility-Standards (CSR) mit der Verleihung des „**CEEP CSR-Label**" ausgezeichnet. Das Label wird an Unternehmen verliehen, die nachweislich ein hohes Fachwissen hinsichtlich der CSR-Prinzipien und der Richtlinien der Europäischen Union, der Vereinten Nationen und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aufweisen.

Für ihr Konzept „Sammlung und Verwertung von BIOGUT" wurden die BSR als eines von drei Unternehmen im Dezember 2012 in der Kategorie „Deutschlands nachhaltigste Initiative"

mit dem **Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2012** ausgezeichnet. Mit dem Preis wird im Rahmen eines Wettbewerbs die Arbeit von Unternehmen gewürdigt, die vorbildlich wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Verantwortung und Schonung der Umwelt verbinden.

Mit ihrem **gesellschaftlichen Engagement** fördern die BSR das Zusammenleben im sozialen Raum „Stadt". Dabei stehen bürgerschaftliches Engagement, Kinder und Jugendliche sowie deren Bewusstsein für den Umweltschutz und die Sauberkeit in der Stadt im Fokus. Um im Dienste einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung für Berlin etwas zu bewegen, haben die BSR im März 2009 gemeinsam mit anderen ganz bzw. teilweise in Landesbesitz befindlichen Unternehmen die **Initiative „mehrwert Berlin"** ins Leben gerufen. Trotz unterschiedlicher Kompetenzen und verschiedener Branchenzugehörigkeit eint diese Unternehmen das bewusste Engagement für die Stadt Berlin. Von den 15 Partnern der Initiative „mehrwert Berlin" werden auch künftig Aktivitäten wie Stadtteil- und Quartiersmanagement, Gewässerschutz, Luftreinhaltung, Lärmschutz, positive Marktbeeinflussung durch günstige Preise für sozial schwächere Bevölkerungsschichten, umfangreiche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie sonstige soziale Projekte unterstützt.

7. Ertragslage

Der Konzernjahresüberschuss 2012 beträgt 6,6 Mio. EUR und liegt damit um 15,1 Mio. EUR unter dem Ergebnis des Vorjahres. Das Ergebnis entfällt in Höhe von -4,1 Mio. EUR bzw. -62,1% auf die hoheitlichen (im Vorjahr 11,0 Mio. EUR bzw. 50,7%) und in Höhe von 10,7 Mio. EUR bzw. 162,1% auf die gewerblichen Aktivitäten des BSR-Konzerns (im Vorjahr 10,7 Mio. EUR bzw. 49,3%).

Die folgende Tabelle zeigt die zusammengefasste Gewinn- und Verlustrechnung:

in Mio. EUR	2012	2011	Veränderung	
Umsatzerlöse	542,0	552,1	-10,1	-1,8%
Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	0,8	1,1	-0,3	-27,3%
Gesamtleistung	**542,8**	**553,2**	**-10,4**	**-1,9%**
Sonstige betriebliche Erträge	55,1	55,2	-0,1	-0,2%
Materialaufwand	-116,0	-125,9	9,9	-7,9%
Personalaufwand	-298,5	-287,2	-11,3	3,9%
Abschreibungen	-65,0	-58,7	-6,3	10,7%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-90,3	-83,9	-6,4	7,6%
Betriebliches Ergebnis	**28,1**	**52,7**	**-24,6**	**-46,7%**
Beteiligungsergebnis	0,1	0,0	0,1	0,0%
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	5,3	6,2	-0,9	-14,5%
Zinsergebnis	-8,9	-7,3	-1,6	-21,9%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**24,6**	**51,6**	**-27,0**	**-52,3%**
Außerordentliches Ergebnis	0,6	-11,4	12,0	-105,3%
Ertragsteuern	-3,6	-4,2	0,6	-14,3%
Aufwand aus Kapitalverzinsung	-15,0	-14,3	-0,7	4,9%
Jahresüberschuss	**6,6**	**21,7**	**-15,1**	**-69,6%**

Die **Umsatzerlöse** des BSR-Konzerns sind insgesamt um 10,1 Mio. EUR bzw. 1,8% gesunken. Im Segment Abfall- und Altstoffverwertung verringerten sich die Umsatzerlöse um 15,6 Mio. EUR. Der Erlösrückgang resultiert im Wesentlichen aus rückläufigen Sammelmen-

gen von Papier/Pappe/Karton (PPK) bei gleichzeitigem Preisverfall für Altpapier (6,3 Mio. EUR), rückläufigen Anlieferungsmengen von Restmüll zur Aufbereitung (4,1 Mio. EUR) sowie dem geringeren Verkauf von Dampf und Strom aufgrund des Stillstands des MHKW Ruhleben im Zuge des Umschlusses auf die neu errichtete Kessellinie A (3,2 Mio. EUR). Im Segment Abfalleinsammlung und -beseitigung hat die Umstellung auf die entgeltfreie Wertstofftonne in Verbindung mit einem verstärkten Abfallmanagement der Wohnungswirtschaft zu einem Erlösrückgang von 3,4 Mio. EUR geführt. Die Erlösminderungen konnten nur teilweise durch gestiegene Erlöse bei der Straßenreinigung (5,7 Mio. EUR) sowie bei der Bodenreinigung und den sonstigen Dienstleistungen (3,2 Mio. EUR) kompensiert werden.

in Mio. EUR	2012	2011	Veränderung	
Abfalleinsammlung und -beseitigung	258,2	261,6	-3,4	-1,3%
Straßenreinigung	214,3	208,6	5,7	2,7%
Abfall- und Altstoffverwertung	51,9	67,5	-15,6	-23,1%
Bodenreinigung	9,3	7,8	1,5	19,2%
Sonstige Dienst- und Reparaturleistungen	8,3	6,6	1,7	25,8%
	542,0	552,1	-10,1	-1,8%

Insgesamt sind die Umsätze aus den gewerblichen Aktivitäten, mit denen sich der BSR-Konzern in Konkurrenz zu privaten Anbietern befindet, gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Ihr Anteil am Gesamtumsatz beträgt 13,2% (im Vorjahr 14,5%).

Der Rückgang der **Materialaufwendungen** um 7,9% bzw. 9,9 Mio. EUR ist vor allem auf die gesunkenen Kosten für die externe Entsorgung von Hausmüll (um 43,8% bzw. 9,7 Mio. EUR) zurückzuführen. Bei insgesamt rückläufigen Abfallmengen lagen die extern zu entsorgenden Mengen um rd. ein Drittel unter dem Vorjahresniveau und konnten zudem zu günstigeren Konditionen an die Vertragspartner abgegeben werden. Bei den Aufwendungen für die winterliche Gehwegreinigung ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 29,2% bzw. 2,6 Mio. EUR zu verzeichnen, der auf die Zunahme der Winterdiensttage gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen ist.

Die **Personalaufwendungen** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3,9% bzw. 11,3 Mio. EUR. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus der Tariferhöhung für die tariflich Beschäftigten ab dem 1. März 2012 und der Anpassung der Personalrückstellungen (z.B. für Freizeitansprüche). Gegenläufig wirkte sich unter anderem der geringere Personalbestand aus.

Der Anstieg der **Abschreibungen** um 10,7% bzw. 6,3 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr entfällt im Wesentlichen auf höhere planmäßige Abschreibungen, die sich aufgrund der Fertigstellung der neuen Kessellinie A ergeben haben. Nach der Stilllegung der vier alten Kessellinien des MHKW Ruhleben waren zudem außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen, die über denen des Vorjahres lagen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind gegenüber dem Vorjahr um 7,6% bzw. 6,4 Mio. EUR gestiegen. Ende 2012 wurde durch Rechtsverordnung des Senats festgelegt, dass die gemäß BerlBG jährlich vorzunehmende Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals für 2012 mit 4,9% zu erfolgen hat. Da die Vorkalkulation für 2012 mit einer Verzinsung von 7,29% berechnet war, musste für die sich daraus ergebenden Rückführungsansprüche der Gebührenzahler ein Betrag in Höhe von 11,2 Mio. EUR berücksichtigt werden, der das Konzernergebnis deutlich beeinflusst hat.

Das **Zinsergebnis** liegt im Berichtsjahr um 1,6 Mio. EUR unter dem Vorjahresergebnis. Die Verminderung resultiert in Höhe von 1,2 Mio. EUR aus den Erträgen und Aufwendungen aus

der Abzinsung von Rückstellungen. Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen, deren Veränderungen im außerordentlichen Ergebnis enthalten sind, werden erstmalig eben dort ausgewiesen. Zur Vergleichbarkeit wurde der Vorjahresausweis entsprechend angepasst.

Der Saldo aus **außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen** führte in 2012 zu einem positiven Ergebnis von 0,6 Mio. EUR (Vj. -11,4 Mio. EUR). Das gegenüber dem Vorjahr um 12,0 Mio. EUR bessere außerordentliche Ergebnis entfällt in Höhe von 3,9 Mio. EUR auf die Aktualisierung der Rückstellung für das Betriebssicherungsprogramm. Entsprechend der bisherigen Erfahrungen wurde die angenommene Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme für diese Rückstellung von bisher 70% auf 65% abgesenkt. Zusätzlich erfolgte im Vorjahr die vollständige Zuführung der bisher nicht passivierten Beträge der Pensionsrückstellungen in Höhe von 3,4 Mio. EUR. Die Veränderungen der Altersteilzeitrückstellungen führten ebenfalls zu einer Ergebnisverbesserung in Höhe von 3,2 Mio. EUR.

8. Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung wurde entsprechend dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2 (DRS 2) des Deutschen Standardisierungsrates erstellt und zeigt die Zahlungsströme aus Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit.

Der **Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 11,5 Mio. EUR auf 73,8 Mio. EUR verringert. Im Berichtsjahr betrug der Zahlungszufluss aus der Veränderung der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten 3,6 Mio. EUR, während im Vorjahr durch Begleichung von Forderungen insgesamt ein Zahlungszufluss von 9,5 Mio. EUR zu verzeichnen war.

Im Rahmen der **Investitionstätigkeit** sind im Jahr 2012 Mittel in Höhe von 97,0 Mio. EUR abgeflossen. Für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen, Sachanlagen und Finanzanlagen wurde im Berichtsjahr ein Betrag von 109,0 Mio. EUR (im Vorjahr 91,9 Mio. EUR) aufgewendet. Diesen Ausgaben standen Einnahmen aus dem Verkauf von Sach- und Finanzanlagen in Höhe von 12,0 Mio. EUR (im Vorjahr 12,9 Mio. EUR) gegenüber. Der negative Cashflow aus der Investitionstätigkeit wird durch den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit des Geschäftsjahres nur teilweise gedeckt.

Aus der **Finanzierungstätigkeit** sind 5,0 Mio. EUR (im Vorjahr 5,0 Mio. EUR für die Tilgung abgeflossen. Dem standen keine Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (im Vorjahr 13,8 Mio. EUR) gegenüber.

9. Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur des BSR-Konzerns stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2012		31.12.2011	
Anlagevermögen	905,3	83,0%	871,6	79,6%
Umlaufvermögen	134,8	12,4%	157,8	14,4%
Rechnungsabgrenzungsposten	50,7	4,6%	65,5	6,0%
Gesamtvermögen	**1.090,8**	**100,0%**	**1.094,9**	**100,0%**
Eigenkapital	96,2	8,8%	90,5	8,3%
Mittel- und langfristige Kredite und Rückstellungen	754,6	69,2%	913,8	83,4%
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen (einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten)	240,0	22,0%	90,6	8,3%
Gesamtkapital	**1.090,8**	**100,0%**	**1.094,9**	**100,0%**

Die Bilanzsumme des Konzerns ist im Vergleich zum Vorjahresstichtag geringfügig um 0,4% bzw. 4,1 Mio. EUR gesunken. Dabei hat sich das **Anlagevermögen** (ohne Finanzanlagen) bei einem Nettozugang von 107,0 Mio. EUR und 65,0 Mio. EUR Abschreibungen um 42,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die sich aus dem Verhältnis der Nettoinvestitionen (ohne Finanzanlagen) zu den Abschreibungen ergebende **Substanzerhaltungsquote** beträgt im Berichtsjahr 164,5% (im Vorjahr 153,5%). Der Anlagendeckungsgrad II (Eigenkapital + mittel- und langfristiges Fremdkapital / Anlagevermögen) beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 94,0% (im Vorjahr 115,2%).

Die Bruttoinvestitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände betrugen insgesamt 107,9 Mio. EUR (im Vorjahr 92,3 Mio. EUR). Den größten Anteil an diesen Investitionen hatten mit 44,8 Mio. EUR die Ausgaben für das Projekt „Ersatzinvestitionen" (ERIN) beim MHKW Ruhleben sowie für die Ertüchtigung des Müllbunkers. In die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen (einschließlich Anlagen im Bau) wurden 18,4 Mio. EUR investiert. Weitere Zugänge der in Bau befindlichen Anlagen entfallen im Wesentlichen auf den Neubau der Biogasanlage (24,1 Mio. EUR) und die Errichtung einer Papiersortieranlage (3,8 Mio. EUR).

Durch den Jahresüberschuss in Höhe von 6,6 Mio. EUR ist die **Eigenkapitalquote** von 8,3% auf 8,8% angestiegen.

Unter den **mittel- und langfristigen Krediten und Rückstellungen** sind die Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr, die Rückstellungen für Deponiesanierung und die langfristigen Personalrückstellungen zusammengefasst. Aufgrund der durch Zeitablauf bedingten Verschiebung zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen, die die Verpflichtungen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr umfassen, verringerte sich der Posten im Geschäftsjahr 2012 um 17,4% bzw. 159,2 Mio. EUR. Die **kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen** sind insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 164,9% bzw. 149,4 Mio. EUR auf 240,0 Mio. EUR gestiegen. Davon entfallen 209,5 Mio. EUR auf kurzfristig fällige Verbindlichkeiten und 30,5 Mio. EUR auf Rückstellungen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr.

10. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der BSR-Konzern verfügt über ein umfassendes **Risikomanagementsystem**, das den Berichtspflichten des Vorstandes an den Aufsichtsrat und dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) entspricht. Durch das Risikomanagementsys-

tem soll sichergestellt werden, dass Risiken umfassend und zeitnah erkannt werden und somit frühzeitig Gegenmaßnahmen zur Risikominimierung eingeleitet werden können. Ziel ist dabei nicht die Vermeidung aller potentiellen Risiken, sondern der bewusste und verantwortungsvolle Umgang mit denselben aufgrund einer umfassenden Kenntnis der Risiken und der zugrunde liegenden Risikozusammenhänge.

Das Risikomanagement umfasst sämtliche Organisationseinheiten der BSR. Darüber hinaus werden alle Beteiligungen der BSR erfasst. Im Rahmen eines unterjährigen Controllingprozesses werden sowohl die wesentlichen Risiken als auch die eingeleiteten Gegenmaßnahmen überwacht. Die konzerneinheitliche Berichterstattung ist verbindlich geregelt.

Für den BSR-Konzern sind derzeit keine Risiken erkennbar, die bestandsgefährdend sein könnten. Aufgrund des Abfallmanagements Dritter u.a. in Folge der Ausschreibung von Abfallmanagement-Dienstleistungen und der verstärkten Nutzung von Wertstofftrennsystemen durch Wohnungsunternehmen könnten sich im Zeitraum 2013 bis 2015 allerdings Beeinträchtigungen in Hinblick auf zukünftige Umsatzerlöse ergeben. Weitere Risiken z.B. im Zusammenhang mit der Ausgestaltung und Verabschiedung eines Wertstoffgesetzes werden derzeit nicht als bestandsgefährdend oder als wesentliche Beeinträchtigung in Hinblick auf die zukünftige Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage betrachtet.

Ziele des **Finanzmanagements** der BSR sind die Sicherung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie eine unter Risiko- und Aufwandsgesichtspunkten optimale Finanzierung von Investitionen und des laufenden Betriebs der BSR. Die den BSR gewährten Möglichkeiten und Konditionen der kurz- und langfristigen Kreditaufnahme beruhen im Wesentlichen auf der gesetzlichen Gewährträgerhaftung des Landes Berlin für die Verbindlichkeiten der BSR. Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der BSR wird zusätzlich durch Kreditlinien bei Banken sichergestellt. Das Kreditportfolio der BSR besteht überwiegend aus Darlehen mit fester Verzinsung. Bei Darlehen mit variabler Verzinsung werden zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente wie Zinsswaps und Zinsoptionen eingesetzt.

Bei der Anlage von finanziellen Mitteln für die Sanierung der BSR-Deponien, die bereits in Vorjahren über die Tarife vereinnahmt wurden, verfolgen die BSR einen konservativen, risikominimierten Ansatz. Zur Reduzierung der Risiken sind die in Wertpapieren angelegten Finanzmittel auf verschiedene Anlageklassen verteilt. Innerhalb des von einer Kapitalanlagegesellschaft geführten Spezialfonds ist zur Optimierung der Risikosteuerung zudem ein sog. Risiko-Overlay-Management implementiert. Im Ergebnis der konservativen Anlagestrategie und taktischen Maßnahmen bestand bei den BSR zu keinem Zeitpunkt des Geschäftsjahres die Notwendigkeit, Wertpapiere abzuwerten. Schuldscheindarlehen sowie Tages- und Termingeldanlagen, die von den BSR selbst verwaltet werden, sind zu 100% über den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. oder über die Sicherungssysteme der deutschen Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken gesichert.

Die Gefahr von schwerwiegenden Schäden an Boden, Luft und Wasser durch die drei **BSR-Deponien** wird durch die bestehenden Maßnahmen in der Betriebsorganisation und im Umwelt- und Qualitätsmanagement als sehr gering eingeschätzt. Als Betreiberin der Deponien haben die BSR zudem eine kumulierte Umwelthaftpflicht- und Umweltschadensversicherung abgeschlossen.

Als kommunal geprägter Konzern erbringen insbesondere die BSR ihre Dienstleistungen überwiegend im öffentlichen Auftrag und sind dabei nicht gewinnorientiert, sondern orientieren sich am öffentlichen Gemeinwohl. Themen wie **Klima- und Ressourcenschutz** werden als **Selbstverpflichtung** gegenüber der Umwelt und den Bewohnerinnen und Bewohnern der Hauptstadt wahrgenommen. Die BSR werden auch künftig einen Beitrag zur Stabilisie-

rung der lokalen Wirtschaft leisten und Beschäftigung sowie Investitionen in der Region sichern.

Wesentliche Aufgabe der BSR ist es, allen Berliner Bürgerinnen und Bürgern **die tägliche Abfallentsorgung und Stadtreinigung mit bestmöglichem Service, hohem ökologischen Niveau und zu sozialverträglichen Tarifen** zu garantieren. Kostensenkungen, die die BSR insbesondere durch die Umsetzung von Effizienzsteigerungsprogrammen erzielt haben und erzielen werden sowie Erlöse aus dem Verkauf von Wertstoffen, schlagen sich unmittelbar in den Tarifen der Reinigung und Abfallentsorgung nieder und kommen damit direkt den Tarifzahlern zu Gute. Um die genannten Ziele zu erreichen, ist für die BSR im Bereich der Abfallwirtschaft die konsequente Umsetzung der eigenen Verwertungsstrategie von zentraler Bedeutung.

Durch den Einsatz von innovativen Sammelsystemen, wie beispielsweise der einheitlichen Wertstofferfassung von Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen in Berlin, sollen Wertstoffe gewonnen werden. Neben den Sammelsystemen soll im Rahmen der Verwertungsstrategie die ökonomische und ökologisch optimale Verwertung aller Abfälle ausgebaut werden. Zur hochwertigen Verwertung der Bioabfälle errichten die BSR die bundesweit modernste Vergärungsanlage und werden das entstehende Biogas zur Betankung von bis zu 150 gasbetriebenen Müllfahrzeugen nutzen.

Die BSR bieten den Berlinerinnen und Berlinern ein umfangreiches Entsorgungssystem für alle Abfälle aus privaten Haushaltungen. Das **Tarifsystem der Abfallwirtschaft** der BSR ist so gestaltet, dass den Kunden Anreize zur Getrenntsammlung von Abfällen gegeben werden. Diese ökologische Lenkungswirkung wird erreicht, indem die Tarife der einzelnen Produkte der BSR günstiger gestaltet werden, je höher der ökologische Effekt der Getrenntsammlung ist. Diese entgeltbefreiten bzw. entgeltreduzierten Leistungen werden durch die Restfinanzierung im Tarif der Grauen Hausmülltonne gedeckt. Der zunehmende Erfolg der Getrenntsammlung von Abfällen führt im Rahmen des bestehenden Tarifsystems dazu, dass die Entleerungen im Bereich der Hausmülltonne sinken und damit die Finanzierungsbasis kleiner wird. Dagegen steigt der Restfinanzierungsbedarf durch die wachsende Nutzung der entgeltbefreiten bzw. entgeltreduzierten Leistungen. Durch diese Entwicklung entsteht eine immer größer werdende Diskrepanz zwischen dem Tarifvolumen in der Abfallwirtschaft und der Preisentwicklung der Grauen Hausmülltonne. In der Folge sinkt die Transparenz des Tarifsystems und die Tarifstetigkeit als wesentliches strategisches Ziel der BSR gerät in Gefahr. Die BSR werden sich deshalb mit Möglichkeiten für ein alternatives Tarifmodell in der Abfallwirtschaft auseinander setzen, um den ökologischen Ausbau der Abfallwirtschaft weiter vorantreiben zu können und langfristig niedrige und stetige Tarife für die Abfallwirtschaft in Berlin sicherzustellen.

11. Nachtragsbericht

Geschäftsvorfälle von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

12. Prognosebericht

Für das Jahr 2013, dem ersten Jahr der Tarifperiode 2013/2014, erwartet der BSR-Konzern ein handelsrechtliches Ergebnis von ca. 10,5 Mio. EUR. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2012 wird sich das handelsrechtliche Ergebnis um ca. 3,9 Mio. EUR erhöhen. Ein Vergleich der handelsrechtlichen Ergebnisse im Zeitablauf ist nur eingeschränkt möglich, weil sich insbesondere Ergebniseffekte der Tarifkalkulation in mehreren Geschäftsjahren auswirken. Die Erhöhung des Ergebnisses in 2013 ist auf das um 9,1 Mio. EUR höhere Tarifergebnis zu-

rückzuführen. Ergebnismindernd wirkt sich in 2013 vor allem das um 3,2 Mio. EUR geringere gewerbliche Ergebnis aus.

Im Jahr 2013 sind bei der Konzernmutter insgesamt Investitionen von 64,0 Mio. EUR geplant. Der größte Teil der Investitionen entfällt mit 37,0 Mio. EUR auf Bauinvestitionen und technische Anlagen. Das größte Einzelvorhaben in 2013 mit einer Investitionssumme von 18,0 Mio. EUR ist die Weiterführung des Neubaus der Biogasanlage in Berlin-Ruhleben. Die Regelinbetriebnahme der Biogasanlage ist für Anfang 2014 vorgesehen. Ferner sollen in 2013 für den Erwerb von Fahrzeugen 20,0 Mio. EUR investiert werden.

Das gewerbliche Geschäft der BSR und ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften dient, bei angemessenem Chancen-/Risikoverhältnis, der Mehrung des Vermögens der Anstalt öffentlichen Rechts und der Unterstützung des hoheitlichen Geschäfts. Die Geschäftstätigkeit der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften wird sich wie bisher auf Berlin und das Berliner Umland erstrecken. Trotz der verschärften Wettbewerbslage und dem weiter zunehmenden Margendruck gehen die Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in ihren Planungen davon aus, dass sie auch in 2013 positive Ergebnisse erzielen werden.

Berlin, den 27. Februar 2013

Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR)
Anstalt des öffentlichen Rechts

Der Vorstand

Vera Gäde-Butzlaff | Michael Theis | Andreas Scholz-Fleischmann

Gemeinsame Erklärung
des Aufsichtsrates und des Vorstandes
der Berliner Stadtreinigungsbetriebe Anstalt des öffentlichen Rechts
zu den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex der BSR

1. Der Aufsichtsrat und der Vorstand der Berliner Stadtreinigungsbetriebe Anstalt des öffentlichen Rechts erklären, dass den Empfehlungen des von ihnen beschlossenen Corporate Governance Kodex der Berliner Stadtreinigungsbetriebe Anstalt öffentlichen Rechts in der Fassung vom 06. April 2011 mit Ausnahme der unter Punkt 2 genannten Abweichung entsprochen wurde und in Zukunft entsprochen werden soll.
2. Die Abweichung vom Kodex ist im Folgenden vollständig benannt:
   Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten gemäß Beschluss der Gewährträgerversammlung der BSR ausschließlich eine feste Vergütung, deren Höhe im Jahresabschluss aufgeführt ist. Eine gesonderte Vergütung der Ausschusstätigkeit wurde nicht vorgenommen (Kodex Ziffer 5.4.4).

Berlin, den 17.05.2013

Für den Aufsichtsrat

Dr. Ulrich Nußbaum
Vorsitzender des Aufsichtsrates der
Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) AöR

Für den Vorstand

Vera Gäde-Butzlaff

Michael Theis

Andreas Scholz-Fleischmann

Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR), Jahresabschluss 31. Dezember 2012
Anhangsangabe nach § 285 Nr. 9 HGB: Bezüge des Vorstands (in EUR)

	Gehalt (erfolgsun-abhängig)	Erfolgs-bezogene Vergütung	Neben-leistungen jeder Art	2012 Gesamt	2011 Gesamt
Vera Gäde-Butzlaff	264.064	64.119	207	328.390	313.460
Michael Theis	69.877	0	3	69.880	0
Dr. Lothar Kramm	31.560	3.332	16	34.908	309.345
Andreas Scholz-Fleischmann	210.000	59.355	42	269.397	274.149
	575.501	126.806	268	702.575	896.954

Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)

Anstalt des öffentlichen Rechts

Lagebericht 2012 –
BVG AöR und BVG-Konzern

Lagebericht der BVG AöR und des BVG-Konzerns 2012 2
Geschäft und Rahmenbedingungen 2
Gesamtwirtschaft und Branchenentwicklung 2
Wesentliche Vorgänge im Geschäftsjahr 2012 4
Verkehrsleistungen 7
Investitionen in den Betrieb und die Infrastruktur 9
Mitarbeiter 10
Geschäftsverlauf der Tochterunternehmen 12
BVG Beteiligungsholding GmbH & Co. KG (BBH) 12
BVG Beteiligungsholding Verwaltungsgesellschaft mbH (BBV) 12
BT Berlin Transport GmbH (BT) 13
URBANIS GmbH (URBANIS) 14
IOB Internationale Omnibusbahnhof-Betreibergesellschaft mbH (IOB) 14
Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der BVG AöR und des BVG-Konzerns 15
Ertragslage 15
Finanzlage 18
Vermögenslage 18
Nachtragsbericht 19
Chancen- und Risikobericht 20
Chancen- und Risikomanagementsystem sowie Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess 20
Chancen und Risiken 20
Verwendung von Finanzinstrumenten 21
Prognosebericht 22
Erklärung zum Corporate Governance Kodex der BVG AöR 23

In den Tabellen enthaltene Differenzen von +/- 0,1 resultieren aus Rundungen der Nachkommastellen von präzise hinterlegten Werten.

Lagebericht der BVG AöR und des BVG-Konzerns 2012

Geschäft und Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaft und Branchenentwicklung

Im Jahr 2012 standen insbesondere die europäische Schuldenkrise und deren Lösungsmöglichkeiten im Mittelpunkt der politischen Akteure sowie der internationalen Finanzmärkte. Die daraus resultierenden Unsicherheiten führten zu Kursschwankungen sowie einer Abkühlung des wirtschaftlichen Wachstums bis hin zu einer Rezession in den südlichen Ländern der Europäischen Union.

Die Bundesrepublik Deutschland konnte trotz dieser negativen und belastenden konjunkturellen Entwicklungen insbesondere im Euro-Raum im Jahr 2012 ein moderates Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Vorjahr von 0,7% erzielen. Die bundesweite Arbeitslosenzahl lag im Jahresdurchschnitt unter der Drei-Millionen-Grenze. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag bei 6,8% und damit 0,3 Prozentpunkte niedriger als im Jahr 2011. Die Verbraucherpreise in Deutschland legten gegenüber dem Vorjahr um 2,0% zu. Wesentliche Treiber waren, wenn auch in abgeschwächter Form, die Energiepreise. So legten Kraftstoffe um 5,7% im Vergleich zum Vorjahr 2011 erneut zu. Im Land Berlin sind die Verbraucherpreise durchschnittlich um 2,4% gegenüber dem Jahr 2011 gestiegen.

Im Land Berlin sank die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote um rd. einen Prozentpunkt auf 12,3%. Die Zahl der Erwerbstätigen (rd. 1,8 Mio. Personen) hat sich im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 2,5% erhöht. Damit liegt der Beschäftigungszuwachs Berlins mit großem Abstand an erster Stelle im Bundesländervergleich und deutlich über dem Bundesdurchschnitt von rd. 1,0%.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Deutschland entwickelte sich auch im Jahr 2012 zusammengefasst positiv. Allerdings verläuft diese positive Entwicklung weiterhin divergierend. Insbesondere in ländlichen Regionen ist ein Nachfragerückgang, in attraktiven Metropolregionen dagegen ein stetiger, zum Teil beträchtlicher Zuwachs bis an die Kapazitätsgrenzen der angebotenen Leistung festzustellen. Nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamt nutzten rd. 10,9 Mrd. Fahrgäste den Öffentlichen Personenverkehr [bestehend aus dem Liniennahverkehr mit a) S- und Regionalbahnen, b) Straßenbahnen (inkl. U-Bahnen) sowie c) Omnibussen] in Deutschland. Dies sind insgesamt rd. 0,5% Fahrgäste mehr als im Vorjahr 2011. Insbesondere die Regionalbahnen einschließlich S-Bahnen konnten um 2,6% zulegen. Die Fahrgastzahlen mit Straßenbahnen (einschließlich U-Bahnen) legten um 0,1% zu. Im Busverkehr gab es dagegen insgesamt eine negative Entwicklung von rd. -0,2%, die in allererster Linie auf die deutlich abnehmenden Fahrgastfahrten in der „Fläche“ bzw. kleineren Städten zurückzuführen ist. In den großstädtischen Ballungsgebieten bzw. Metropolregionen ist dagegen weiterhin eine steigende Nachfrage zu verzeichnen, jedoch geringer als bei den Bahnen (Straßenbahn, U-Bahn, S-Bahn und Regionalbahn).

Nach vorläufigen Erhebungen des Verbands der Deutschen Verkehrsunternehmen (VDV), konnten die Mitgliedsunternehmen des VDV im Jahr 2012 eine Fahrgeldertragssteigerung von rd. 4,0% gegenüber dem Vorjahr 2011 erzielen. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf Tarifanpassungen zurückzuführen.

Positiv ist weiterhin hervorzuheben, dass das seit Jahren offene Gesetzgebungsverfahren zur Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) durch eine gemeinsame Initiative aller Parteien im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages bei weitgehend positiver Begleitung durch alle wesentlichen Branchenvertretungen beendet worden ist. Mit Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt am 19. Dezember 2012 ist das neue PBefG am 1. Janu-

ar 2013 in Kraft getreten. Für den ÖPNV ist wesentlich, dass damit die Direktvergabe von ÖPNV-Leistungen inklusive der sogenannten „eigenwirtschaftlicher Verkehre“ an kommunale Unternehmen analog der maßgeblichen europäischen Verordnung (EU-VO 1370/2007) rechtssicher verankert wurde. Mit der Novellierung des PBefG wurde unter anderem auch der nationale Busfernverkehr freigegeben.

Die Bewältigung maßgeblicher Herausforderungen sowie die Angebotsverbesserung des ÖPNV, die zum Teil die Erhaltung der Betriebsfähigkeit des Gesamtsystems betreffen, hängen letztlich von einer geklärten und gesicherten öffentlichen Finanzierung ab.

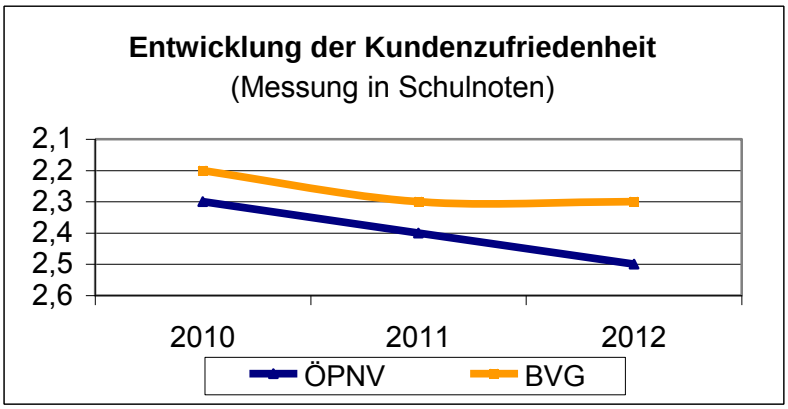
Dies betrifft unter anderem folgende wichtige ausgewählte Handlungsfelder:

- Konkurrenz um die Verteilung der begrenzten öffentlichen Zuschüsse für den ÖPNV bzw. Regionalverkehr zwischen (wachsenden) Städten und dem (schrumpfenden) Land (demografische Veränderungen: Bevölkerungsabnahme, Überalterung, etc.),
- Sicherstellung der Finanzierung des erheblichen (Re-)Investitionsbedarfes insbesondere von bestehenden Fahrwegeinfrastrukturen in den Metropolregionen, die durch die betreibenden Kommunen allein nicht geleistet werden können,
- Nachhaltiges Handeln auch im ÖPNV: unter anderem durch weitere Verbesserung der Energieeffizienz sowie der Umweltentlastung durch Nutzung regenerativ erzeugter Energien und innovativer Antriebssysteme (insbesondere beim Omnibus),
- Fortsetzung bzw. Intensivierung von kundenorientierten Angebotsverbesserungen: z. B. durch die Bevorrechtigung sowie Beschleunigung des straßengebundenen ÖPNV gegenüber anderen, insbesondere individuell genutzten Fahrzeugen.

Um die nötige Planungssicherheit der Akteure im ÖPNV zur Umsetzung der genannten Herausforderungen zu erhöhen, sind die Finanzierungsgrundlagen des deutschen ÖPNV vor dem Hintergrund des auf das Jahr 2019 limitierten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) sowie des Entflechtungsgesetzes (EntflechtG) grundlegend bundesweit zu klären. Hierzu hat sich der VDV, dem auch die BVG AöR angehört, sowie zahlreiche andere Branchenverbände, kommunale Interessenvertretungen und Gewerkschaften in den letzten Jahren nachhaltig positioniert, ohne bislang allerdings eine erfolgreiche politische Klärung herbei geführt haben zu können.
Die Klärung wird umso dringlicher, da der kommunale Finanzierungsspielraum aufgrund der restriktiven Anforderungen zur Einhaltung der sog. „Schuldenbremse“ stark abnimmt bzw. gegebenenfalls nicht mehr ausreichend vorhanden ist.

Wesentliche Vorgänge im Geschäftsjahr 2012

Die im Jahr 2012 für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) AöR gemessene Kundenzufriedenheit ergab wie auch im Vorjahr 2011 ein Ergebnis von 2,3. Damit liegt die BVG in der Spitzengruppe der Berliner Dienstleister. Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Kundenzufriedenheit im Vergleich mit den Berliner ÖPNV-Unternehmen.



Gegenüber dem Vorjahr konnte die Zuverlässigkeit der nach den Regelungen des Verkehrsvertrags mit dem Land Berlin zu erbringenden Leistungen beim Bus verbessert und stabilisiert werden. Dazu trugen die Ende des Jahres 2010 eingeleiteten Maßnahmen und die konsequente Umsetzung sowie weitere Verbesserungen in den Jahren 2011 und 2012 erheblich bei. Der Omnibus hat die Zuverlässigkeitsquote im Jahr 2012 noch einmal um 0,2% Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr auf 99,7% (2011: 99,5%) verbessert. Die Straßenbahn erreichte mit 99,5% den gleichen Wert wie im Jahr 2011. Die U-Bahn konnte das hohe Vorjahresniveau von 99,8% mit 99,7% im Jahr 2012 nahezu halten.

Die umfangreichen Maßnahmen beim Bus zur Stabilisierung der Pünktlichkeit zeigten - trotz der nach wie vor kritischen Baustellen- und Verkehrssituation im Netz - eine deutliche Wirkung. Eine weitere Erhöhung der Pünktlichkeit erfordert gemeinsame Maßnahmen mit dem Land Berlin. Die Pünktlichkeit beim Bus verbesserte sich von 84,9% (2011) auf 85,7% im Jahr 2012. Die U-Bahn konnte die Pünktlichkeit auf dem sehr hohen Vorjahresniveau von 97,7% halten. Auch die Straßenbahn erreichte mit 91,4% bei der Pünktlichkeit ein sehr gutes Ergebnis (2011: 91,6%).

Die DB-Regio AG und die S-Bahn Berlin GmbH haben den trilateralen Einnahmenaufteilungsvertrag für den Tarifbereich Berlin ABC mit dem Hinweis auf das Auslaufen des Verkehrsvertrags der DB-Regio AG zum 15. Dezember 2012 außerordentlich gekündigt. Die BVG AöR bezweifelt das Recht auf eine außerordentliche Kündigung und hat hierzu eine entsprechende Feststellungsklage beim Landgericht Berlin eingereicht.

Im August 2012 wurden erste Verhandlungen zu der Revision des Verkehrsvertrags mit dem Land Berlin aufgenommen. Ein Abschluss der Verhandlungen soll im ersten Quartal 2013 erfolgen.

Am 31. Juli 2012 wurde durch die Gewährträgerversammlung der BVG AöR die Wiederbestellung von Frau Dr. Sigrid Evelyn Nikutta als Vorsitzende des Vorstandes/Vorstand Betrieb sowie die Wiederbestellung von Herrn Henrik Falk als Vorstand Finanzen/Vertrieb ab dem 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2017 beschlossen.

Die BVG AöR hat die periodengerechten Fahrgelderträge gegenüber dem Vorjahr 2011 (547,9 Mio. EUR) um 4,1% auf 570,1 Mio. EUR gesteigert. Dies ist unter anderem auf die ab dem 1. August 2012 durchgeführte Tarifanpassung innerhalb des Verkehrsverbunds Berlin-

Brandenburg (VBB) von durchschnittlich 2,8% sowie auf die erfolgreich fortgeführte Umsetzung der Unternehmensstrategie zurückzuführen.

Am 29. Februar 2012 wurden die Tarifverhandlungen des zum 31. Dezember 2011 gekündigten Tarifvertrags Nr. 2 zur Entgeltanpassung des TV-N Berlin mit einer Einigung beendet. Im Rahmen der Verhandlungen kam es am 18. Februar 2012 zu einem Warnstreik. Der Tarifabschluss beinhaltet eine Erhöhung der Tabellenentgelte ab dem 1. Januar 2012 um 2,6% bei der BVG AöR sowie der BT Berlin Transport GmbH (BT). Daneben wird ab 2012 mit dem 24. Dezember ein zusätzlicher freier Tag gewährt. Für die neubeschäftigten Fahrerinnen und Fahrer wird die monatliche Verkehrsdienstzulage zum 1. Januar 2013 von 75,00 EUR auf 100,00 EUR erhöht. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2013.

Weiterhin wurde der Urlaubsanspruch für das Jahr 2012 für alle Arbeitnehmer der BVG AöR sowie der BT aufgrund eines Urteils des Bundesarbeitsgerichts vom 20. März 2012 auf 30 Tage festgelegt.

Ende September 2012 wurde außerdem von der Gewerkschaftsseite der Manteltarifvertrag zum TV-N zum 31. Dezember 2012 gekündigt. Im Dezember kam es daraufhin zu ersten Sondierungsgesprächen.

Die BVG AöR stellt als Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs mit Schienenbahnen einen Antrag zur besonderen Ausgleichsregelung gemäß §§ 40 ff. EEG. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat entschieden, dass der BVG AöR für das Jahr 2012 einmalig nicht die besonderen Leistungen entsprechend der Ausgleichsregelungen zustehen. Hierzu ist ein Rechtsstreit vor dem zuständigen Verwaltungsgericht anhängig. Der Streitwert beläuft sich auf rd. 11,0 Mio. EUR und wurde als außerordentlicher Aufwand erfasst.

Im Rahmen des Lückenschlusses der U5 wurde im Frühjahr 2012 die Vergabe der Rohbauarbeiten durchgeführt und mit den Bauarbeiten begonnen. Im Mai wurde das zur Anlieferung der Baumaterialien sowie den Abtransport des Aushubs notwendige temporäre Hafenbecken fertig gestellt. Im Juli wurden die Bauarbeiten im Kreuzungsbereich „Unter den Linden / Friedrichstraße“ begonnen. Für das Jahr 2013 ist die Vergabe des Bauauftrags „Rohbau Los 2“ und anschließend der Baubeginn auf der Baustelle „Berliner Rathaus“ geplant. Im Sommer soll dann mit dem Schildvortrieb begonnen werden.

Im Jahr 2012 wurde außerdem ein Projekt zum Vertragsmanagement und -controlling initiiert. Die geplante Softwareanwendung soll die Verträge der BVG und ihrer Töchter im gesamten Lebenszyklus eines Vertrages, von der Vorbereitung über das laufende Management bis hin zur Archivierung begleiten. Außerdem sollen effiziente Prozesse sowie die Einhaltung von Gesetzen und Richtlinien konzernweit unterstützt werden. Die Implementierungsphase soll im Frühjahr 2013 starten. Bis zum Ende des Jahres 2013 soll die systemunterstützte Erstellung und Einbindung der Mehrheit der Vertragsarten erfolgen. Darüber hinaus ist eine Schnittstelle zum Projekt e³ - Einführung elektronischer Einkaufsprozesse geplant. Der voraussichtliche Abschluss des Projekts liegt im zweiten Quartal 2014. Danach sollen alle neuen Verträge, die den festgelegten Voraussetzungen unterliegen, in die Anwendung aufgenommen werden.

Im Projekt e³ erfolgte im Dezember 2012 erfolgreich die Warengruppenumstellung in den bereits vorhandenen Systemen. Im Teilprojekt eKataloge wurden unter Berücksichtigung der Anforderungen der betroffenen Bereiche Fachkonzepte erarbeitet, um die Beschaffungsprozesse zu beschleunigen. Zum Jahresende 2012 begann die Realisierungsphase mit den Funktions- und Abnahmetests. Im Teilprojekt eVergabe wurden die Anforderungen der Unternehmensbereiche ebenfalls aufgenommen. Deren Umsetzung soll dann nach dem GoLive des Teilprojektes eKatalog im zweiten Quartal 2013 erfolgen.

Die im September 2011 begonnene Auslieferung der FLEXITY-Serienfahrzeuge wurde im Jahr 2012 fortgeführt. Insgesamt erhielt die BVG AöR im Geschäftsjahr 29 FLEXITY-Straßenbahnfahrzeuge.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden zur Einführung elektronischer Fahrscheine (EFS) für Vertragskunden die technischen und organisatorischen Grundlagen für Elektronisches Ticketing in Verbindung mit einem zentralen Hintergrundsystem der Verkehrsunternehmen in der Region Berlin-Brandenburg geschaffen. Bedeutend hierbei war die erfolgreiche technische Integration des deutschlandweiten zentralen Kontroll- und Sperrlistenservices. Dies ist ein wesentlicher Schritt zur Interoperabilität des Systems, da hierdurch eine bundesweite Gültigkeitsprüfung elektronischer Fahrscheine erfolgen kann. Mit dem Test des Gesamtsystems unter Realbedingungen wurde ein weiterer wichtiger Meilenstein erreicht. Hierzu wurden insgesamt rd. 3.000 Chipkarten mit EFS unter dem Namen *fahr*Card an die BVG-Abonnenten ausgegeben. Ab Dezember 2012 erfolgte der Beginn der Ausgabe der *fahr*Card zur regulären Nutzung ab Januar 2013 an die Abonnementkunden. Dieser Prozess soll im Dezember 2013 abgeschlossen sein.

Die Kooperation mit der DB Rent GmbH bezüglich der Nutzung einer gemeinsamen Kundenkarte für den ÖPNV und das Fahrradverleihsystem „Call a Bike“ wurde erfolgreich fortgesetzt. Außerdem testet die BVG in Pilotprojekten intermodale Kooperationen mit Carsharern wie zum Beispiel car2go, DriveNow, Greenwheels sowie Multicity, um entsprechend zugeschnittene Angebote für die individuellen Bedürfnisse sowie das veränderte Mobilitätsverhalten der Kunden zu entwickeln.

Das von der BVG im Juli 2011 eingeführte Handyticket „Touch&Travel“ für die Tarifteilbereiche Berlin AB und Potsdam AB hat sich wie erwartet entwickelt. Die Umsatzprognose von rd. 0,5 Mio. EUR für das Jahr 2012 wurde leicht übertroffen. Nach Abschluss der Pilotphase wurde an den VBB ein offizieller Tarifantrag gestellt. Eine Ausdehnung des Gültigkeitsbereichs auf den Berliner Tarifbereich C soll bis zum Ende des Jahres 2013 erfolgen. Als nächster Schritt ist die Einbindung des Schienenpersonennahverkehrs im Land Brandenburg sowie der kreisfreien Städten geplant.

Zur Stärkung des Serviceangebots wurden im Jahr 2012 drei weitere Kundenzentren am Alexanderplatz, am Zoologischen Garten sowie im Stadtteil Marzahn neu eröffnet. Die Ladenflächen am Alexanderplatz und am Zoologischen Garten werden gemeinschaftlich mit der Valora Retail Deutschland genutzt. Diese betreibt dort zwei Filialen unter der Marke „K Presse+Buch“. Dadurch können auch Fahrausweise erworben werden, wenn die Schalter der BVG geschlossen sind. So wird eine Kombination von Aboservice, klassischem Fahrausweisverkauf, Beratung sowie dem jeweiligen Angebot des Partners erreicht. Ein weiteres Kundenzentrum soll im zweiten Quartal 2013 am S-Bahnhof Köpenick eröffnet werden.

Im Rahmen des neuen Servicekonzepts sollen ab Januar 2013 ausgewählte Bahnhöfe in der Zeit zwischen 7:00 und 23:00 Uhr dauerhaft mit Personal besetzt sein. Diese Maßnahme soll zum einen die Dienstleistungsqualität der BVG erhöhen und zum anderen zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens beitragen. Weitere Ziele des neuen Servicekonzepts sind die Steigerung der Kundenzufriedenheit, die gezielte Fahrgastlenkung und -information sowie die Erfüllung der Kundenwünsche nach mehr Personalpräsenz. So werden an den Flughäfen Tegel und Schönefeld verstärkt Servicemitarbeiter eingesetzt, um Berlin-Besucher auch im Namen der BVG willkommen zu heißen. Die Mitarbeiter entlasten zudem die Betriebslage des Omnibusses, in dem sie unter anderem Tickets bereits vor Betreten des Busses verkaufen oder Hilfestellung an den Fahrausweisautomaten leisten.

Das im Jahr 2011 verabschiedete Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr wurde im Jahr 2012 fortgeführt. Im Jahr 2012 wurden 58 neue Beschäftigte im Sicherheitsdienst eingestellt. Außerdem wurde die BVG-Sicherheitsleitstelle personell und technisch aufgestockt. Neben der stärkeren Sichtbarkeit durch die neu einge-

führten Sicherheitsblousons sieht das Maßnahmenpaket auch den Ausbau der Videotechnik auf den Bahnhöfen vor. Hierzu wurde die Videoaufzeichnung für 48 Stunden eingeführt und ausgewählte Bahnhöfe zusätzlich mit moderner Videotechnik ausgestattet. Darüber hinaus wurde seitens der BVG die Sensibilisierungskampagne für das Thema Sicherheit in der Öffentlichkeit fortgeführt. Im Jahr 2013 sollen weitere Bahnhöfe mit zusätzlichen Videoanlagen ausgestattet sowie die Einsatzkonzepte an den Kundenbedürfnissen ausgerichtet werden.

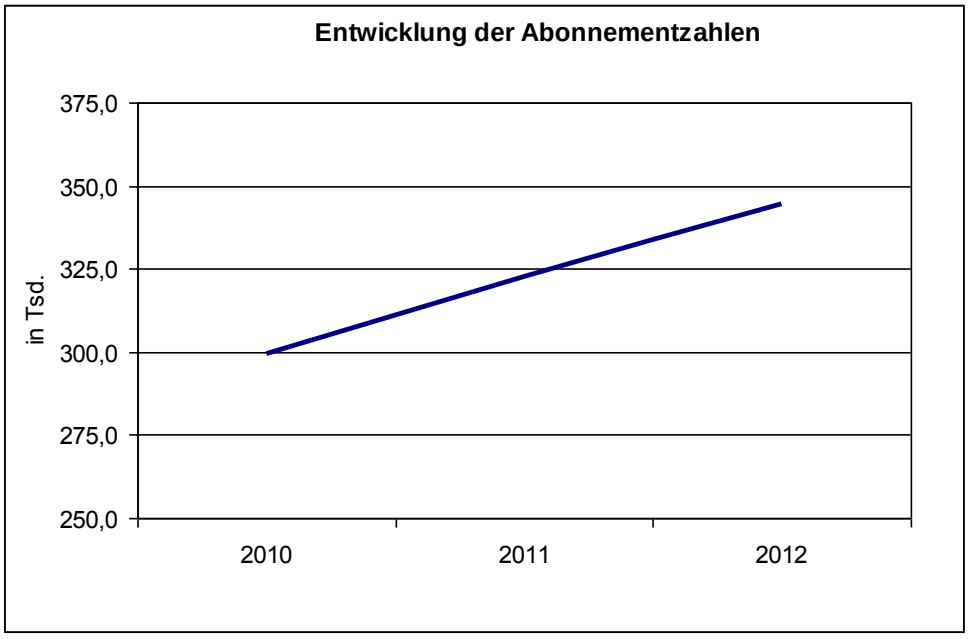
Verkehrsleistungen

Die BVG-Fahrgastfahrten (unternehmensbezogene Fahrgastfahrten UBF) konnten trotz eines Warnstreiktags und der im Vergleich zum Vorjahr geringeren Fahrgastverlagerung von der S-Bahn zur BVG im Berichtsjahr 2012 um 0,9 Mio. UBF auf rd. 937,4 Mio. UBF gesteigert werden. Mit dazu beigetragen haben gezielte Angebotsmaßnahmen sowie vielfältige Kundenwerbungs- und Kundenbindungsaktivitäten.

	2012	2011	2010
Fahrgastfahrten (in Mio.)	937,4 **	936,5 **	922,0 *

* hochgerechnet auf Basis der im Jahr 2010 festgestellten Ergebnisse der VBB-Verkehrserhebung 2007 (ab April 2010; Jan - Mrz. auf Basis VBB Verkehrserhebung 2005)
** hochgerechnet auf Basis der Ergebnisse der VBB-Verkehrserhebung 2007

Auch im Jahr 2012 konnte die Anzahl der Abonnenten nachhaltig auf insgesamt rd. 344,7 Tsd. bzw. um 6,9% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Dies konnte aufgrund der Tarifstrategie sowie einer zielgerichteten Abonnementkampagne (Kunden werben Abonnenten) erreicht werden. So konnte zum Beispiel im Oktober der 50 tausendste Abonnent des Abo 65plus im Kundenzentrum Alexanderplatz begrüßt werden.



Bezogen auf die einzelnen Bereiche ergibt sich folgende Leistungserbringung:

Personenkilometer

Personenkilometer (in Mio.)	**2012 *****	**2011**	**2010**
U-Bahn	2.347,6	2.338,1	2.335,8
Straßenbahn	537,2	536,9	519,3
Omnibus	1.254,8	1.258,3	1.265,7
Gesamt	**4.139,6 ****	**4.133,3 ****	**4.120,8 ***

* hochgerechnet auf Basis der im Jahr 2010 festgestellten Ergebnisse der VBB-Verkehrserhebung 2007 (ab Apr 2010; Jan-Mrz auf Basis der VBB-Verkehrserhebung 2005) sowie Zuschätzungen zur Reiseweite auf Grund der S-Bahn-Problematik (Monate Jan - Mrz)
** hochgerechnet auf Basis der Ergebnisse der VBB-Verkehrserhebung 2007
*** beeinflusst durch einen Warnstreik bei der BVG

Nutzkilometer

Nutzkilometer * (in Mio.)	**2012****	**2011**	**2010**
U-Bahn	21,0	20,9	20,6
Straßenbahn	19,2	19,2	19,1
Omnibus	87,8	87,8	87,3

* U-/Straßenbahn Nutzzugkilometer, Omnibus Nutzwagenkilometer
** beeinflusst durch einen Warnstreik bei der BVG

Gesamtauslastung

Die Gesamtauslastung des Linienverkehrs lag im Jahr 2012 bei 17,4%.

Auslastung * (in %)	**2012 ****	**2011**	**2010**
Gesamt	**17,4**	**17,2**	**17,3**

* Personenkilometer zu Platzkilometer
** beeinflusst durch einen Warnstreik bei der BVG

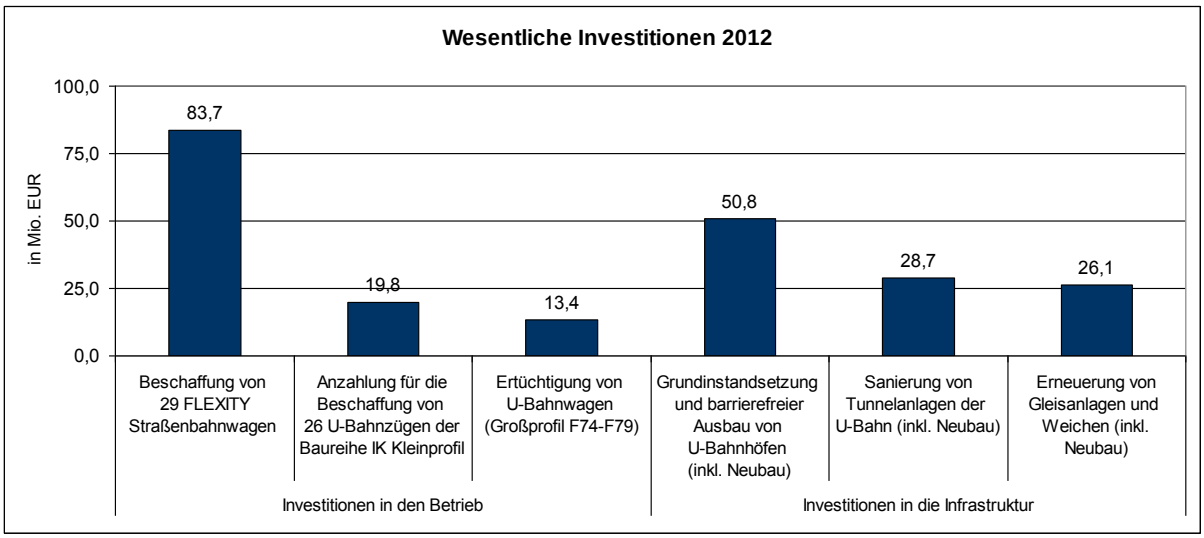
Investitionen in den Betrieb und die Infrastruktur

Im Jahr 2012 wurden konzernweit Investitionen in Höhe von 313,7 Mio. EUR getätigt. 43,3% (Vorjahr 42,7%) der Konzerninvestitionen flossen in die Betriebsbereiche U-Bahn, Straßenbahn sowie Omnibus. So wurden rd. 83,7 Mio. EUR in die Beschaffung von Straßenbahnwagen des Typs FLEXITY sowie 19,8 Mio. EUR in die Beschaffung von 26 U-Bahnzügen der Baureihe IK im Kleinprofil investiert.

Insgesamt wurden 158,9 Mio. EUR (50,7%) der Gesamtinvestitionen in die Infrastruktur des BVG-Konzerns investiert. Den Großteil der Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 125,1 Mio. EUR vereinigt der Bereich der U-Bahn auf sich.

Investitionen inkl. Zuschreibungen	**Investitionen** (in Mio. EUR)		**Abschreibungen** (in Mio. EUR)	
	2012	**2011**	**2012**	**2011**
Betrieb	**135,8**	**109,9**	**84,1**	**85,0**
U-Bahn	43,9	24,7	27,8	29,1
Straßenbahn	87,6	67,6	17,9	17,9
Omnibus	4,3	17,6	38,4	38,0
Infrastruktur	**158,9**	**132,9**	**114,0**	**110,8**
davon U-Bahn	*125,1*	*101,5*	*75,1*	*71,2*
davon Straßenbahn	*30,8*	*23,8*	*34,8*	*34,9*
Sonstige	**18,0**	**13,7**	**9,9**	**7,0**
BVG AöR	**312,7**	**256,5**	**208,0**	**202,8**
Tochterunternehmen	**1,0**	**0,7**	**1,0**	**0,8**
BVG-Konzern	**313,7**	**257,2**	**209,0**	**203,6**
davon sonderfinanziert durch Bundes- und Landesmittel	225,1	156,6	74,6	70,8

Die nächste Abbildung stellt die wesentlichen Investitionen, getrennt nach Betrieb und Infrastruktur, dar:



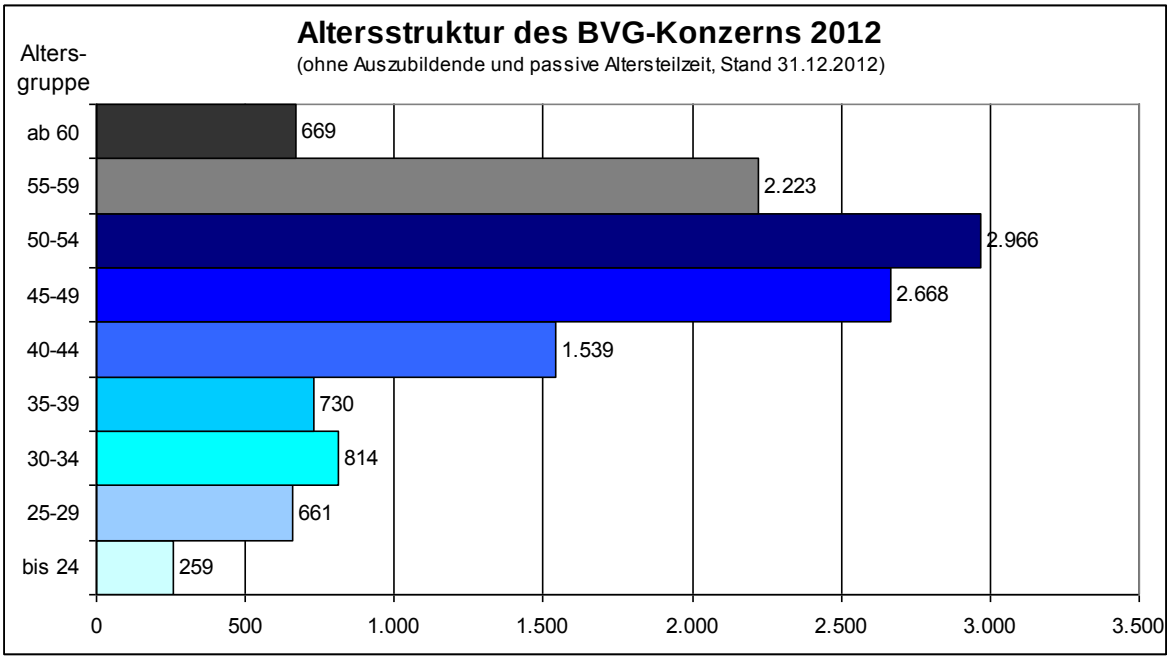
Mitarbeiter

Der Konzern-Personalbestand ist gegenüber dem Vorjahr 2011 um 130 Beschäftigte gestiegen. Die BVG AöR hat ihre Beschäftigtenzahl um 114 Personen (rd. +1,0%) erhöht. Die BT Berlin Transport GmbH als größtes Tochterunternehmen hat ihre Beschäftigten um 15 Personen gesteigert. Konzernweit waren am 31. Dezember 2012 12.792 Mitarbeiter/innen sowie 438 Auszubildende beschäftigt. Der Anteil der Mitarbeiterinnen in der BVG AöR liegt bei 17,5% (Vorjahr 17,4%) und im Konzern bei 15,8% (Vorjahr 15,7%).

150 (37,6%) von den im Geschäftsjahr 2012 eingestellten Mitarbeiter/innen und Auszubildenden wurden im Bereich des Fahrpersonals der BVG AöR eingestellt. Ingesamt hatte die BVG einen Zugang von 399 Beschäftigten zu verzeichnen. Dies sind 37 Personen weniger als im Vorjahr 2011. Im Jahr 2012 waren auch weniger Abgänge (285) im Vergleich zum Vorjahr (408) zu verzeichnen. Die Übersicht zeigt die Entwicklung der Beschäftigtenanzahl in den letzten drei Jahren im BVG-Konzern:

Mitarbeiter am 31.12. (ohne Auszubildende)	**2012**	**2011**	**2010**
BVG AöR	10.775	10.661	10.633
(davon passive Altersteilzeit)	*(263)*	*(206)*	*(338)*
BT GmbH	1.996	1.981	1.996
BBH GmbH & Co. KG	9	8	8
(davon passive Altersteilzeit)	*(0)*	*(1)*	*(1)*
URBANIS GmbH	9	9	9
IOB mbH	3	3	3
Mitarbeiter BVG-Konzern	**12.792**	**12.662**	**12.649**

Auch aufgrund der demografischen Entwicklung werden die BVG AöR sowie der BVG-Konzern in den nächsten Jahren einen steigenden Anteil an über 50-jährigen Beschäftigten aufweisen.



Die BVG engagiert sich zur Steigerung ihrer Arbeitgeberattraktivität in der Initiative „beruf**und**familie“ und wurde im Jahr 2012 zum zweiten Mal für ihre familienbewusste Personalpolitik zertifiziert. Im Rahmen von Beschäftigtenworkshops werden regelmäßig die bestehenden familienfreundlichen Angebote sowie Personalprozesse analysiert und auf Verbesserungsmöglichkeiten untersucht. Hierdurch sollen die Motivation und Mitarbeiterbindung erhöht sowie eine positive Identifikation mit dem Unternehmen erreicht werden.

Die Anzahl der neuen Auszubildenden konnte in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um sechs (+4,6%) auf insgesamt 136 erhöht werden. Die BVG hat im Jahr 2012 42 weibliche Auszubildende (Vorjahr 38) eingestellt. Dies entspricht einer Quote von rd. 31,0%. Der im Jahr 2011 eingeführte Ausbildungsberuf zum/zur Personaldienstleistungskaufmann/-frau hat sich erfolgreich bewährt und wird fortgeführt. Dadurch haben auch in den kommenden Jahren junge Menschen die Chance, diesen Ausbildungsberuf bei der BVG zu erlernen.

Zusätzlich intensivierte die Berufsausbildung die zielgerichtete Begleitung des „Girls’ Day“. Bei dem im Jahr 2012 neu ausgerichteten Girls’ Day konnten sich junge Frauen in sieben Veranstaltungen mit insgesamt 70 Plätzen über je einen Ausbildungsberuf bei der BVG informieren. Hierbei hatten die Mädchen Gelegenheit, ihre technischen Fähigkeiten und Fertigkeiten selbst auszuprobieren; je nach Wahlberuf beispielsweise Bus oder Straßenbahn fahren, Gleisbaumessgeräte kennen lernen, in die Arbeitsgrube der Tram steigen, eine elektronische Schaltung löten oder Rad- und Zündkerzenwechsel durchführen. Der „neue“ Girls’ Day kam nicht nur bei den Mädchen gut an. Zahlreiche Auszubildende, Mitarbeiter, Ausbilder sowie Teamleiter standen mit Rat und Tat zur Seite. Im Jahr 2013 sollen sich die Anzahl der Veranstaltungen sowie die Anzahl der Plätze erhöhen. Neben dem Girls’ Day konnte durch eine verbesserte Ausprägung der Schülerpraktika und die aktive Beteiligung am Ausbildungsmarketing den Schülerinnen und Schülern der Übergang von der Schule in das Berufsleben für das angebotene Ausbildungsportfolio transparenter vermittelt werden.

Auch in 2012 wurde das betriebliche Gesundheitsmanagement im Unternehmen fortgeführt. Neben den etablierten Gesundheitstagen zu den Themen Herz und Kreislauf wurden Seminare zur gesunden Ernährung sowie Ausgleichsbewegungsprogramme (zur Belastungsreduzierung) in speziellen Betriebsbereichen durchgeführt. Eine große Resonanz hatte der in der Verwaltung durchgeführte virtuelle Gehwettbewerb „Zu Fuß im Takt der Stadt“. Hierbei wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, mit täglich mindestens 10.000 Schritten, innerhalb von 60 Tagen die Distanz von Berlin nach Frankfurt/Main zurückgelegt. Insgesamt haben von den 704 registrierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern 570 das Ziel innerhalb der vorgegebenen Zeit erreicht. Als Ergebnis einer anonymen Umfrage gaben 62,6% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an, sich während der Aktion mehr bewegt zu haben und 72,2 % wollen sich auch zukünftig mehr bewegen. Die ausgebildeten Gesundheitslotsen haben neben dem Gehwettbewerb auch die Aktion „Mit dem Fahrrad zur Arbeit“ unterstützend betreut. Für Führungskräfte wurde im Dezember ein gesonderter Gesundheitstag durchgeführt. Ziel war es, die Führungskräfte sowohl für ihre eigene Gesundheit als auch die ihrer Mitarbeiter/innen weiter zu sensibilisieren.
Für das herausragende Gesundheitsmanagement wurde die BVG im Rahmen des Corporate Health Awards 2012 mit dem Exzellenz-Siegel in der Kategorie Verkehr, Handel, Logistik ausgezeichnet.

Für das Jahr 2013 sind wieder Gesundheitstage sowie weitere Maßnahmen und Aktionen zum Gesundheitsmanagement geplant.

Im Rahmen des im Jahr 2011 gestarteten Projekts „Zukunft erleben - VBO Lichtenberg“ wurden im Jahr 2012 zwei Fahrerpausenräume neu gestaltet. Außerdem wurden die Kommunikationsprozesse überarbeitet, wobei redundante Informationen auf den Dienstausdrucken entfernt sowie eine Fahrdienst-Werkstattsprechstunde eingeführt wurden. Für die Mitarbeiter der Technik wurde ein Getriebebock angeschafft, der ergonomisches Arbeiten ermöglicht.

Geschäftsverlauf der Tochterunternehmen

Die Tochterunternehmen der BVG AöR verwenden als Grundlage zur Erfassung und Bewertung von Chancen und Risiken das von der BVG vorgegebene Chancen- und Risikomanagementsystem. Zur Entwicklung des Geschäftsverlaufs sowie der Risikobewertung im Jahr 2012 können bei den zu 100% in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen folgende Entwicklungen verzeichnet werden.

BVG Beteiligungsholding GmbH & Co. KG (BBH)

Die BBH als geschäftsleitende Holding hat die Aufgabe, die Beteiligungsunternehmen administrativ und strategisch zu führen und für die Beteiligungsunternehmen kaufmännische Dienstleistungen zu erbringen sowie das Beteiligungsmanagement für die BVG AöR wahrzunehmen. Auf der Basis von gesonderten Verträgen erbringt die BBH bereits umfangreiche Dienstleistungen in den Bereichen Personal-, Finanz- und Rechnungswesen, Controlling, IT und Versicherungen. Darüber hinaus bestehen mit den 100%-Beteiligungen Cash-Pooling-Verträge sowie Gewinnabführungsverträge.

Im Jahr 2012 hat die BBH ihre gesamten Geschäftsanteile an der beka GmbH und der beka ebusiness GmbH veräußert.

In Anlehnung an den Tarifabschluss der BVG AöR erfolgte für die BBH mit Wirksamkeit zum 1. Januar 2012 der Abschluss eines neuen Mantel- bzw. Gehaltstarifvertrags.

Die BBH erwirtschaftete im Jahr 2012 Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 863,1 Tsd. EUR (+13,0%) (VJ 763,5 Tsd. EUR). Das Ergebnis nach Steuern reduzierte sich trotz einer leichten Ergebnisverbesserung der URBANIS um 1.037,0 Tsd. EUR auf 3.040,4 Tsd. EUR. Dies resultiert ausschließlich aus dem außergewöhnlich hohen Ergebnis der BT Berlin Transport GmbH (BT) im Vergleichsjahr 2011 aufgrund von nicht wiederkehrenden Einmaleffekten. Auf der Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses vom 30. Oktober 2012 erfolgte am 14. Dezember 2012 die Auszahlung der Jahresergebnisse der Jahre 2005 bis 2008 sowie des geplanten Jahresergebnisses 2011 in Höhe von insgesamt 9,6 Mio. EUR an die BVG AöR.

Im Zusammenhang mit der im Jahr 2011 erfolgten Verlagerung der Bereiche Finanz- und Rechnungswesen und des Kaufmännischen Controllings von der BT Berlin Transport GmbH zur BVG Beteiligungsholding GmbH & Co. KG ist geplant, auf der Grundlage der im Jahr 2012 erfolgten ersten Analysen und konzeptionellen Ansätze zu einem wirksamen Betriebscontrolling, die Controllingsysteme weiterzuentwickeln und somit den bereits hohen Qualitätsanspruch der BBH noch gezielter auszubauen. Hierbei besteht insbesondere die Zielrichtung, die Schnittstelle zu den betrieblichen und personellen Prozessen der BT zu intensivieren, um eine erfolgreiche Ergebnissteuerung sicherzustellen.

Aufgrund des erreichten hohen Niveaus wird für die Entwicklung des Beteiligungsergebnisses in den nächsten Geschäftsjahren ein moderates Wachstum unterstellt.

BVG Beteiligungsholding Verwaltungsgesellschaft mbH (BBV)

Die BVG Beteiligungsholding Verwaltungsgesellschaft mbH führt ausschließlich als Komplementärin die Geschäfte der BVG Beteiligungsholding GmbH & Co. KG. Im Jahr 2012 wurden ein Umsatz von 191,6 Tsd. EUR und ein positives Ergebnis von 2,3 Tsd. EUR erwirtschaftet.

BT Berlin Transport GmbH (BT)

Das Kerngeschäft der BT ist es, qualitativ hochwertige Fahrdienstleistungen in den Bereichen Omnibus, Straßenbahn und U-Bahn zu kostengünstigen Preisen für die BVG AöR zu erbringen. Weiter ist der Gesellschaft aufgegeben, Fahrdienstleistungen im Gelegenheitsverkehr zu erbringen.

Die Gesamtmitarbeiteranzahl der BT erhöhte sich leicht um 0,8% (+15) auf absolut 1.996 Mitarbeiter. Herr Thomas Unger übernahm vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Mai 2012 als Interimsgeschäftsführer die Geschäftsführung. Ab dem 1. Juni 2012 wurde Frau Sylke Winter als neue Geschäftsführerin der BT bestellt. Herrn Thomas Unger wurde ab dem 1. Juni 2012 Einzelprokura erteilt.

Die BT hat den Tarifvertrag Nr. 3 zur Entgeltanpassung des TV-N Berlin vom 29. Februar 2012 übernommen. Der Vertrag hat eine Laufzeit vom 1. Januar 2012 bis zum 30. Juni 2013.

Der Umsatz hat sich im Jahr 2012 gegenüber 2011 um 388,7 Tsd. EUR (0,5%) auf insgesamt 72.604,5 Tsd. EUR erhöht. Das Jahresergebnis ist, wie erwartet, im Vergleich zum Vorjahr, das durch deutliche Einmaleffekte geprägt war, um 1.313,1 Tsd. EUR auf 174,6 Tsd. EUR gesunken und entspricht nahezu dem Planergebnis. Durch ein konsequentes Kostenmanagement konnte der sonstige betriebliche Aufwand auf 2.490,1 Tsd. EUR (-4,6%) reduziert werden.

In den Geschäftsjahren 2013 sowie 2014 wird eine Fortsetzung der positiven Geschäftstätigkeit der BT angestrebt. Dabei sind die wesentlichen Erfolgsfaktoren die Bindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an das Unternehmen sowie deren Qualifizierung auf veränderte und erhöhte Anforderungen. Insbesondere wird eine der wesentlichen Kernaufgaben der BT sein, die Weiterentwicklung der vorhandenen modernen Informations- und Kommunikationstechnologie zur effizienten Betriebsgestaltung voranzutreiben, um hieraus Kosten- und Produktivitätsvorteile zu realisieren.

URBANIS GmbH (URBANIS)

Das Kerngeschäft der URBANIS, die Entwicklung und Vermietung von gewerblich nutzbaren Flächen insbesondere im Bereich der Berliner U-Bahn, hat sich im Jahr 2012 weiterhin positiv entwickelt. Die Leerstandsquote konnte gegenüber dem Jahr 2011 um 0,5 Prozentpunkte auf 0,6% gesenkt werden.

Die bewusste Fokussierung des Angebots auf Waren und Dienstleistungen des Convenience-Bereichs sowie die konsequente Weiterentwicklung der Kioske unter anderem durch die von der URBANIS selbst entwickelten Formate „365 Coffee & Snacks" und „365 Kaffee & Presse" sowie „KompaktKauf" haben sich als erfolgreich erwiesen.

Auch im Geschäftsjahr 2012 konnte durch den stetigen Ausbau der Kernkompetenzen und der gezielten Marktorientierung an den Bedürfnissen der Kunden Umsatz und Ergebnis im Berichtsjahr um 404,5 Tsd. EUR (+4,3%) auf 9.848,1 Tsd. EUR bzw. um 220,1 Tsd. EUR (+7,3%) auf 3.253,8 Tsd. EUR weiter erhöht werden. Die URBANIS hat damit im Mittelfristzeitraum seit 2008 ihren Gewinn von 1.306,2 Tsd. EUR kontinuierlich auf 3.253,8 Tsd. EUR, ein neuer Höchstwert, gesteigert. Mit dieser erfolgreichen Leistung trägt die URBANIS den wesentlichsten Teil der Gewinnabführung der Tochterunternehmen an die BBH bei.

Die Geschäftsentwicklung der URBANIS wird im Geschäftsjahr 2013 im Wesentlichen von der gezielten Weiterentwicklung der Bestandsverkaufseinrichtungen, der Errichtung von Neubauten sowie der Nutzung freier Flächenpotenziale für den mobilen Verkauf und durch die Aufstellung von Automaten beeinflusst werden. Aufgrund des erreichten hohen Niveaus wird die Entwicklung des Umsatzes und des Ergebnisses mit einer moderaten Steigerung in den nächsten zwei Geschäftsjahren erwartet.

IOB Internationale Omnibusbahnhof-Betreibergesellschaft mbH (IOB)

Die IOB betreibt im Auftrag der BVG AöR den Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) in Berlin. Das Kerngeschäft der IOB besteht in der Steuerung der verkehrlichen Abläufe sowie in der wirtschaftlichen Nutzung der Immobilien auf dem ZOB.

Die IOB erwirtschaftete im Jahr 2012 einen Umsatz von insgesamt 965,2 Tsd. EUR (Vorjahr 906,3 Tsd. EUR). Der Zuwachs von 6,5% gegenüber dem Jahr 2011 ist insbesondere auf gestiegene Umsätze aus den An- und Abfahrten zurückzuführen. Das Ergebnis vor Verlustausgleich konnte um 24,3 Tsd. EUR auf -11,8 Tsd. EUR verbessert werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2013 und in den Folgejahren wird im Wesentlichen von der Weiterentwicklung des ZOB als Hub für die internationalen Busverkehre sowie der Art und Weise, wie die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen der zum 1. Januar 2013 gesetzlich eingeführten Liberalisierung des nationalen Busfernverkehrs in Berlin umgesetzt werden, maßgeblich beeinflusst. Hiervon ist ebenfalls die notwendige Instandhaltung sowie Erhöhung der Kapazitäten am ZOB betroffen. Hierzu werden auch im Jahr 2013 die Abstimmungsgespräche mit dem Land Berlin weitergeführt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

der BVG AöR und des BVG-Konzerns

Die nachstehenden Ausführungen beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf den BVG-Konzern. Sofern keine weiteren Angaben gemacht werden, entsprechen die Entwicklungen des BVG-Konzerns nahezu denen der BVG AöR.

Ertragslage

Die Konzernumsatzerlöse sind im Geschäftsjahr 2012 um 21,8 Mio. EUR (+3,2%) auf insgesamt 700,2 Mio. EUR gestiegen.

Die (periodengerechten) Konzernfahrgelderträge konnten gegenüber 2012 um 22,2 Mio. EUR auf insgesamt 569,6 Mio. EUR (BVG AöR 570,1 Mio. EUR) erhöht werden. Dies entspricht einer Steigerung von 4,1% (BVG AöR 4,1%). Die Fahrgelderhöhung ist unter anderem auf die zum 1. August 2012 durchgeführte Tarifanpassung im VBB zurückzuführen.

Die übrigen Konzernerträge sind gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Mio. EUR auf insgesamt 94,4 Mio. EUR gesunken.

Die aus dem mit dem Land Berlin geschlossenen Verkehrsvertrag erzielten Ausgleichzahlungen liegen mit 263,9 Mio. EUR (+2,5%) über dem Vorjahresniveau. Dies ist unter anderem auf die Anpassung der Ausgleichzahlungen im Geschäftsjahr 2011 gemäß § 29 Verkehrsvertrag (Anpassung aufgrund Kostensteigerung) zurückzuführen.

Der Personalaufwand (ohne Sicherungsbetrag, Ruhegeld sowie Rückstellungen für Personalmaßnahmen) ist um 14,5 Mio. EUR auf insgesamt 484,4 Mio. EUR im Konzern (BVG AöR 415,8 Mio. EUR) gestiegen. Inklusive der Positionen Sicherungsbetrag und Personalrückstellungen hat sich der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr konzernweit leicht um 1,9% auf 559,9 Mio. EUR erhöht. Dies ist unter anderem auf die Entgelterhöhung des Tarifabschluss ab dem 1. Januar 2012 bei der BVG AöR sowie deren Tochtergesellschaft BT zurückzuführen.

Der Sachaufwand ohne Energie ist im Konzern um 13,6 Mio. EUR auf 236,5 Mio. EUR gesunken (BVG AöR 233,0 Mio. EUR). Die Aufwendungen für Energie setzen sich im Wesentlichen aus Aufwendungen für Strom und Dieseltreibstoff zusammen. Die Aufwendungen für Energie sind um 0,6 Mio. EUR auf insgesamt 108,3 Mio. EUR gestiegen.

Das neutrale Konzernergebnis ist gegenüber dem Vorjahr, das insbesondere Erträge aus der Rückstellungsauflösung enthielt, um 14,6 Mio. EUR auf insgesamt -0,8 Mio. EUR gesunken.

Im Beteiligungsergebnis der BVG AöR in Höhe von 9,9 Mio. EUR sind aus der Ergebnisabführung der Tochtergesellschaft BVG Beteiligungsholding GmbH & Co. KG 9,6 Mio. EUR enthalten.

Das Konzern-EBIT, das Ergebnis vor Finanzergebnis, Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie außerordentlichem Ergebnis, hat sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 10,0 Mio. EUR auf -13,5 Mio. EUR verbessert. Das EBIT der BVG AöR hat sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 18,6 Mio. EUR auf -7,3 Mio. EUR verbessert.

Das Finanzergebnis des BVG-Konzerns von insgesamt -32,7 Mio. EUR enthält -5,6 Mio. EUR aus Zinseffekten, die sich aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen der BVG AöR ergeben.

Der Jahresfehlbetrag konnte um 13,8 Mio. EUR auf 57,7 Mio. EUR im Konzern und bei der BVG AöR um 22,9 Mio. EUR auf 51,1 Mio. EUR gesenkt werden.

Der Kostendeckungsgrad der BVG AöR betrug im Berichtsjahr 96,6%[1]. Dies bedeutet eine Steigerung um 3,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr (93,5%).

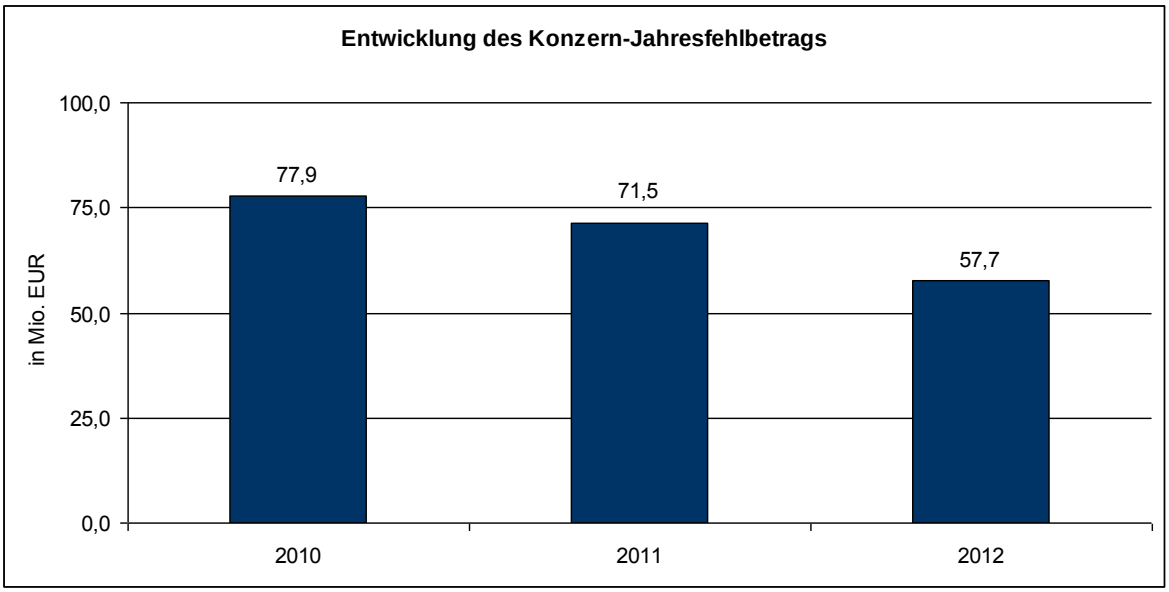
Berliner Verkehrsbetriebe in Mio. EUR		BVG AöR		BVG Konzern	
		2012	2011	2012	2011
1	Fahrgelderträge [1)]	570,1	547,9	569,6	547,4
2	Ersatz für Einnahmeausfälle aus Schüler-, Schwerbehindertenverkehren sowie Sozialticket [1)]	99,0	97,0	99,0	97,0
3	Übrige Erträge (ohne: Auflös. Sopo, neutrale, Beteiligungs-, Zinserträge inkl. Abschreibungen auf Forderungen EBE)	88,4	89,9	94,4	95,4
4	Ausgleichszahlungen gemäß Verkehrsvertrag	263,9	257,5	263,9	257,5
5	Erträge gesamt ohne Auflösung Sopo, neutrale, Beteiligungs-, Zinserträge (=1+2+3+4)	1.021,3	992,4	1.026,8	997,3
6	Personalaufwand (ohne Sicherungsbetrag, Ruhegeld und Aufwand/Rückstellungen für Personalmaßnahmen)	415,8	402,9	484,4	469,9
7	Sicherungsbetrag (ohne Arbeitgeberanteile)	64,1	66,2	65,9	68,2
8	Ruhegeldaufwand	30,0	31,0	30,0	31,0
9	./. Erstattungszahlungen des Landes Berlin für Ruhegeldaufwendungen	29,6	30,5	29,6	30,5
10	Rückstellungsbildung für Personalmaßnahmen	9,6	11,4	9,6	11,4
11	Leistungen von der BT GmbH	71,9	71,4	0,0	0,0
12	Sachaufwand (ohne Energie, neutrale Aufwendungen und Abschreibungen Forderungen Erhöhtes Beförderungsentgelt)	233,0	246,9	236,5	250,1
12a	*Sachaufwand (analog Zeile 12) ohne Verkehrsinfrastruktur*	*159,8*	*168,5*	*163,3*	*171,7*
13	Energie	108,1	107,6	108,3	107,7
14	Neutrales Ergebnis	-1,8	13,1	-0,8	13,8
15	Beteiligungsergebnis	9,9	1,7	0,3	0,1
16	EBITDA [2)] (=5-6-7-8+9-10-11-12-13+14+15)	126,4	100,2	121,2	103,4
17	Netto-Abschreibungen [3)]	133,7	126,1	134,7	126,9
18	EBIT [4)] (=16-17)	-7,3	-25,9	-13,5	-23,5
19	Außerordentliches Ergebnis	-11,0	-13,1	-11,0	-13,1
20	Finanzergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit	-27,2	-29,6	-27,1	-29,4
21	Finanzergebnis aus Zinseffekten aus BilMoG	-5,6	-5,5	-5,6	-5,5
22	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,5	0,1
23	Gesamtergebnis (HGB-GuV) (=18+19+20+21-22)	-51,1	-74,0	-57,7	-71,5

1) ohne periodenfremde Ertragsveränderungen (2012: -1,1 Mio. EUR; 2011: +1,5 Mio. EUR Ausweis im neutralen Ergebnis)
2) Ergebnis vor Finanzergebnis, Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie Abschreibungen und außerordentlichem Ergebnis
3) Abschreibungen zzgl. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Investitionszuschüssen
4) Ergebnis vor Finanzergebnis, Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie außerordentlichem Ergebnis

Enthaltene Additionsdifferenzen von +/- 0,1 resultieren aus Rundungen der Nachkommastellen von präzise hinterlegten Werten.

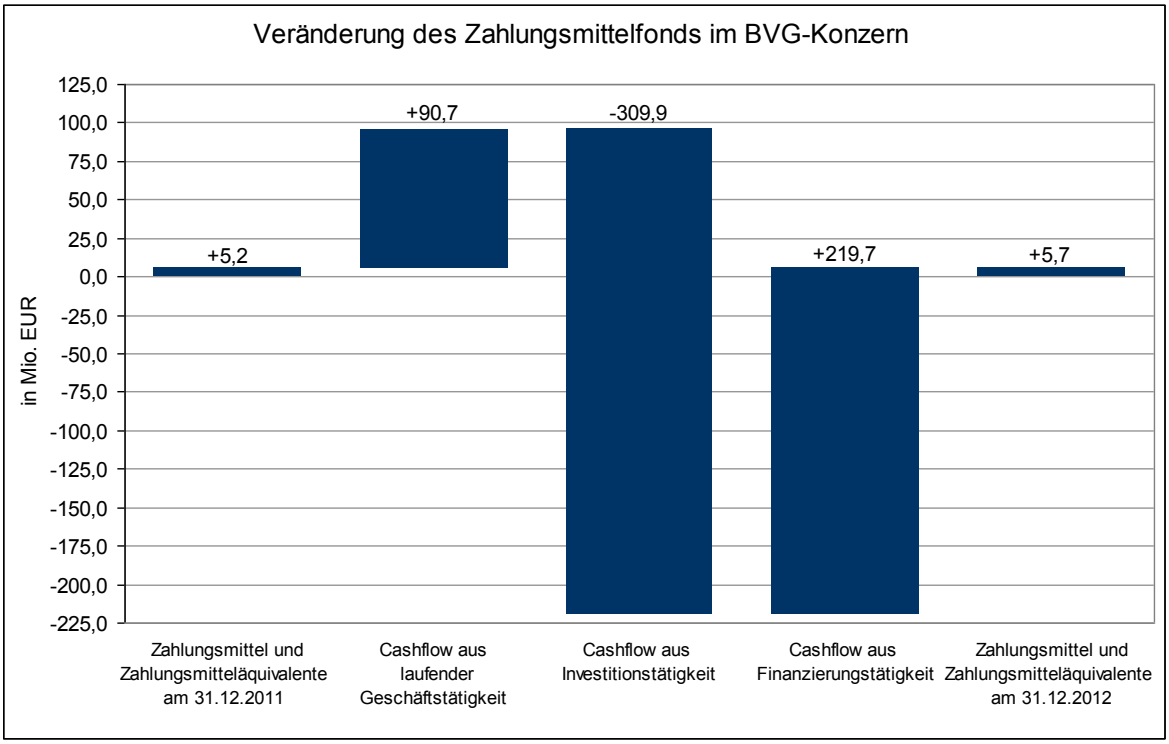
[1] Inkl. Ausgleichszahlungen für Verkehrsleistungen, ohne Berücksichtigung Verkehrsinfrastruktur, Ruhegeld, Finanzergebnis aus Zinseffekten aus BilMoG, neutralem und außerordentlichem Ergebnis, Rückstellungen für Personalmaßnahmen, Beteiligungserträge.

In der folgenden Grafik ist die Entwicklung des Jahresfehlbetrags im BVG-Konzern vom Jahr 2010 bis zum beendeten Geschäftsjahr 2012 abgebildet.



Finanzlage

Im Zahlungsmittelfonds des BVG-Konzerns gab es im Jahr 2012 folgende Veränderungen:



Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug 90,7 Mio. EUR und lag damit um 55,4 Mio. EUR (156,9%) deutlich über dem Vorjahresniveau.

Zur Durchführung von Investitionen und zur Ablösung eines Altdarlehens in Höhe von 76,0 Mio. EUR wurden im Rahmen der Finanzierungstätigkeit 2012 vier langfristige Darlehen mit einem Volumen von insgesamt 170,0 Mio. EUR aufgenommen.

Die Konzernkreditverbindlichkeiten lagen zum Ende des Geschäftsjahrs bei 809,7 Mio. EUR. Damit ergibt sich eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 15,0 Mio. EUR bzw. 1,9%.

Zum Ende der Periode beträgt der Finanzmittelbestand des Konzerns 5,7 Mio. EUR. Die Zahlungsfähigkeit des BVG-Konzerns war im Jahr 2012 jederzeit gewährleistet.

Vermögenslage

Das Konzerneigenkapital hat sich auf Grund des Jahresergebnisses im Vergleich zum Vorjahr um 4,3% auf 1.296,3 Mio. EUR vermindert. Die Eigenkapitalquote beträgt somit 28,9% (Vorjahr 30,9%). Bei der BVG AöR hat sich das Eigenkapital um 51,1 Mio. EUR auf 1.291,9 Mio. EUR reduziert. Die Eigenkapitalquote beträgt damit 28,8% (Vorjahr 30,7%).

Die Bilanzsumme des Konzerns ist gegenüber dem Vorjahr (4.379,4 Mio. EUR) um 106,7 Mio. EUR auf insgesamt 4.486,1 Mio. EUR gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf die Zunahme des Sachanlagevermögens auf der Aktivseite sowie auf der Passivseite auf eine Erhöhung des Sonderpostens aus Investitionszuschüssen zurückzuführen.

Das Konzernanlagevermögen in Höhe von 4.378,0 Mio. EUR (Vorjahr 4.284,2 Mio. EUR) ist zu 70,3% (Vorjahr 69,9%) durch Eigenkapital und den Sonderposten aus Investitionszu-

schüssen finanziert. Das Anlagevermögen der BVG AöR von 4.380,8 Mio. EUR ist zu 70,2% (Vorjahr 69,6%) durch Eigenkapital sowie den Sonderposten aus Investitionszuschüssen gedeckt.

Die folgende Übersicht bildet die Aktiva und Passiva des BVG-Konzerns sowie deren Anteil an der jeweiligen Bilanzseite ab:

Aktiva	**2012** (Mio. EUR)	**2012** (Anteil %)	**2011** (Mio. EUR)	**2011** (Anteil %)
Sachanlagen (inklusive Immaterieller Vermögenswerte)	4.375,6	97,5	4.281,7	97,8
Finanzanlagen	2,4	0,1	2,5	0,1
	4.378,0	**97,6**	**4.284,2**	**97,8**
Vorräte	33,7	0,8	29,9	0,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11,4	0,3	10,8	0,2
Flüssige Mittel	5,7	0,1	5,2	0,1
Übriges Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	57,3	1,3	49,3	1,1
	108,1	**2,4**	**95,2**	**2,2**
	4.486,1	**100,0**	**4.379,4**	**100,0**
Passiva	**2012** (Mio. EUR)	**2012** (Anteil %)	**2011** (Mio. EUR)	**2011** (Anteil %)
Eigenkapital	1.296,3	28,9	1.354,0	30,9
Sonderposten aus Investitionszuschüssen	1.783,9	39,8	1.642,4	37,5
	3.080,2	**68,7**	**2.996,4**	**68,4**
Pensionsrückstellungen	118,7	2,6	114,0	2,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sonstige Darlehen	816,0	18,2	801,9	18,3
	934,7	**20,8**	**915,9**	**20,9**
Übrige Rückstellungen	341,7	7,6	337,8	7,7
Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten	66,3	1,5	57,8	1,3
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	63,2	1,4	71,5	1,6
	471,2	**10,5**	**467,1**	**10,7**
	4.486,1	**100,0**	**4.379,4**	**100,0**

Nachtragsbericht

Vorgänge, die für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der BVG AöR sowie des BVG-Konzerns von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

Chancen- und Risikobericht

Chancen- und Risikomanagementsystem sowie Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Die BVG AöR und der BVG-Konzern sind im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten sowohl unternehmerischen als auch branchenspezifischen Chancen und Risiken ausgesetzt.

Zur Steuerung dieser Chancen und Risiken setzt der BVG-Konzern ein umfassendes, den gesetzlichen Anforderungen entsprechendes Chancen- und Risikomanagementsystem ein.

Bereits im Rahmen der monatlichen Planung und Ergebnisprognose werden potenzielle Chancen und Risiken erfasst, bewertet und gegebenenfalls gezielte Steuerungsmaßnahmen ergriffen.

Das Risikomanagementsystem unterstützt Vorstand und Führungskräfte bei der gezielten Steuerung unternehmerischer Chancen und Risiken. Weitere Ziele sind die Sicherung des Unternehmensfortbestands durch die Früherkennung von Chancen und Risiken, die positiven bzw. negativen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns haben können. Das Risikomanagementsystem ist die Grundlage für eine erfolgreiche Unternehmenszielerreichung und -weiterentwicklung.

Ein weiteres Instrument zur Unternehmenssteuerung ist das Interne Kontrollsystem (IKS) für rechnungslegungsrelevante Prozesse. Ziele des IKS sind die Unterstützung der langfristigen Liquiditäts- und Vermögenssicherung, die Vermeidung bzw. Erschwerung unternehmensschädigender Handlungen, die Bereitstellung vollständiger, richtiger, genauer, aussagefähiger und zeitnaher Unterlagen sowie die Erhöhung der Effizienz der Rechnungswesenprozesse.

Chancen und Risiken

Chancen und Risiken können sich aus dem Wettbewerb zum Individualverkehr, den verkehrlichen Rahmenbedingungen sowie den steigenden ökologischen Anforderungen der Gesellschaft und des Gesetzgebers ergeben. Insbesondere aus den Marktbedingungen, die durch die verkehrlichen Rahmenbedingungen in Berlin-Brandenburg beeinflusst werden, können Chancen und Risiken entstehen. So könnten die Veränderungen der Anbieter der Regionalbahnstrecken Ende 2011 bzw. 2012 Auswirkungen auf die Einnahmenaufteilung haben. Hierzu erfolgen weiterhin Gespräche zwischen den beteiligten Aufgabenträgern, der VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH sowie den Verkehrsunternehmen.

Wesentliche Risiken aber auch Chancen resultieren aus den stark schwankenden Marktpreisen für die eingesetzten Betriebsstoffe Diesel sowie Strom. Um Risiken zu begrenzen, wird die Energiepreisentwicklung kontinuierlich beobachtet und gezielt bewertet. Bei Bedarf werden gemäß den Sicherungsstrategien für Diesel und für Strom Preise gesichert, um eine stabile Kostenbasis und damit Planungssicherheit im BVG-Konzern zu gewährleisten.

Chancen und Risiken können sich aus der Zinsstruktur der Finanz- und Kapitalmärkte sowie den weiterhin bestehenden Unsicherheiten im Finanz- und Staatssektor, insbesondere verbunden mit einer weiteren Verknappung von Fremdkapital in der Eurozone, ergeben. Die genannten Risiken werden permanent beobachtet. Zur Liquiditätssicherung und zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos wurden im Jahr 2012 im Rahmen der Finanzierungsstrategie für die Jahre 2013 und 2014 Forwarddarlehen (Ratendarlehen) von insgesamt 67,5 Mio. EUR abgeschlossen.

Als Chance kann die auch im Jahr 2012 kontinuierlich weiterentwickelte und umgesetzte Marktstrategie „Mehr und zufriedenere Kunden“ sowie deren Maßnahmenprogramm zur ge-

zielten Steigerung auf der Einnahmenseite gesehen werden. Diese Chance wird zusätzlich durch das erwartete leichte Wirtschaftswachstum im Jahr 2013 sowie die seit Jahren stetig wachsende Zahl von Touristen sowie Einwohnern im Land Berlin unterstützt.

Verwendung von Finanzinstrumenten

Im Rahmen der Preissicherungsstrategie für den Dieselkraftstoff wurden im Jahr 2012 drei weitere Sicherungsgeschäfte abgeschlossen; hiervon ein Geschäft für das Geschäftsjahr 2013 und zwei Geschäfte für das Geschäftsjahr 2014. Im Jahr 2012 sind rd. 90% des geplanten Dieselkraftstoffs durch Swaps preisgesichert gewesen. Die untenstehende Tabelle zeigt die Verteilung der bereits preisgesicherten Mengen in Bezug auf die in der Planung hinterlegten Dieselkraftstoffbedarfe zum Ende des Geschäftsjahrs 2012.

Jahr	2013	2014
Planbedarf gesichert	90%	44%

Im Rahmen des Risikomanagements werden die Risiken aus in den Jahren 1997, 2000 sowie 2002 geschlossenen US-Cross-Border-Lease-Verträgen kontinuierlich überwacht und gegenüber dem Vorstand berichtet. Sie sind durch vertragliche Schutzmechanismen weitestgehend begrenzt bzw. ausgeschlossen. Im Falle einer etwaigen außerplanmäßigen, vorzeitigen Vertragsbeendigung, wie zum Beispiel die Insolvenz von Zahlungsübernehmern oder die außerordentliche Kündigung durch den US-Leasinggeber, könnten für die BVG wesentliche Währungs- und Zinsänderungsrisiken für die zu leistenden und vertraglich festgelegten Abschlusszahlungen auftreten. Zu Beginn des Jahres 2012 wurde ein US-Cross-Border-Lease-Vertrag aus dem Jahr 1997 beendet. Zwei Cross-Border-Lease-Verträge aus dem Jahr 2002 wurden im Januar 2012 sowie zwei weitere aus dem Jahr 2000 im Juni 2012 vorzeitig beendet. Durch die erfolgreiche Beendigung konnten im Jahr 2012 die Risiken deutlich um rd. 232,9 Mio. EUR auf rd. 81,8 Mio. EUR gesenkt werden.

Auf Veranlassung des Leasinggebers von fünf US-Cross-Border-Lease-Verträgen schloss die BVG zur Bonitätsabsicherung von drei an den US-Lease-Transaktionen beteiligten zahlungsübernehmenden Banken 2007 einen Credit Default Swap mit einer deutschen Landesbank ab; weiterhin soll die BVG das Kreditrisiko eines Kreditportfolios mit einem Rating von AAA, bestehend aus 150 Unternehmen übernommen haben (ICE-Transaktion), was die BVG bestreitet. Im Zuge der weltweiten Finanzmarktkrise fielen bisher elf Unternehmen teilweise oder komplett aus. Darüber ist weiterhin ein Rechtsstreit anhängig.

Bestandsgefährdende Risiken werden nach aktueller Einschätzung nicht gesehen.

Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2013 wird ein leichtes, auf dem Vorjahresniveau liegendes Wirtschaftswachstum erwartet. Das Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts der Bundesrepublik Deutschland wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie auf 0,4% prognostiziert. Die konjunkturelle Entwicklung wird auch im Jahr 2013, insbesondere wegen der Eurokrise und der hohen Schulden in den Industriestaaten, von hoher Unsicherheit sowie weltweit unterschiedlichen Entwicklungen geprägt sein.

Für die BVG AöR und den BVG-Konzern werden neben der Umsetzung der vereinbarten Leistungen des Verkehrsvertrags zwischen dem Land Berlin und der BVG AöR insbesondere die Fortführung und Aussteuerung der Maßnahmen zur Umsetzung der Unternehmensstrategie das Geschäftsjahr 2013 und damit den Konzernerfolg maßgeblich beeinflussen.

Die Unternehmensplanung für das Jahr 2013 unterstellt eine Steigerung der Fahrgelderträge von 3,2%. Hierin ist die Tarifanpassung vom 1. August 2012 berücksichtigt. Der Personalaufwand (ohne Ruhegeld sowie Rückstellungen für Personalmaßnahmen) ist auf Basis des aktuell gültigen Tarifvertrags mit 556,6 Mio. EUR geplant. Das handelsrechtliche Plankonzernergebnis soll sich gegenüber dem Jahr 2012 auf -53,6 Mio. EUR verbessern. Die Ergebnisentwicklung der BVG AöR entspricht in der Tendenz der des BVG-Konzerns.

Die für das Jahr 2013 geplanten eigenfinanzierten Investitionen von rd. 160,0 Mio. EUR sollen schwerpunktmäßig in die Verkehrsinfrastruktur fließen. Inklusive der sonderfinanzierten Vorhaben plant die BVG AöR mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 368,2 Mio. EUR. Die Finanzierungskosten werden dabei im Rahmen des Zinsmanagements ausgesteuert. Es wird angenommen, dass das Zinsniveau für langfristige Darlehen weiterhin unterhalb von 4,0% liegen wird.

Das geplante Ergebnis wird maßgeblich durch die Realisierung der Fahrgeldertragssteigerung sowie von der Entwicklung der Rohstoffpreise beeinflusst. In der Planung für das folgende Jahr sind Energieaufwendungen auf Niveau des abgeschlossenen Geschäftsjahrs berücksichtigt.

Für das Geschäftsjahr 2014 wird mit einer Fahrgeldertragssteigerung von 3,0% geplant. Dem Personalbudget liegt der aktuell gültige Tarifvertrag zugrunde. Im Personalbudget (ohne Ruhegeld sowie Rückstellungen für Personalmaßnahmen) sind moderate Steigerungen berücksichtigt. Der Konzern-Jahresfehlbetrag soll sich gegenüber dem Jahr 2013 aufgrund der vorgenannten Positionen sowie der unterstellten Preisgleitung bei den Ausgleichszahlungen gemäß Verkehrsvertrag deutlich um 26,9 Mio. EUR verbessern. Die BVG AöR plant im Jahr 2014 Investitionen in Höhe von insgesamt 414,2 Mio. EUR.

Die Ergebnisprognosen für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 sind in Abhängigkeit vom Eintritt der unterstellten Planungsprämissen, wie z. B. der jährlichen Fahrgeldertragssteigerung durch Tarifmaßnahmen und Erhöhung der Fahrgastfahrten sowie Regelungen zur Einnahmenaufteilung, der Erzielung der Erträge aus dem Verkehrsvertrag sowie der in der Planung berücksichtigen Aufwandsentwicklung bei den Positionen Personal und Sachaufwand zu sehen. Auch eine Nichtrealisierung der geplanten Investitionen kann Auswirkungen auf die geplanten Ergebnisse haben. Darüber hinaus können die Prognosen durch externe wirtschaftliche Ereignisse, politische Entscheidungen sowie Krisen sowohl positiv als auch negativ beeinflusst werden.

Die Dienstleistungen der BVG AöR und des BVG-Konzerns werden auch in den nächsten Geschäftsjahren unter Berücksichtigung der Prämissen des nachhaltigen Handelns erbracht.

Erklärung zum Corporate Governance Kodex der BVG AöR

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) AöR messen den Grundsätzen einer verantwortungsvollen und transparenten Unternehmensführung einen hohen Stellenwert bei. In der Aufsichtsratssitzung am 17. Dezember 2012 wurde die Entsprechenserklärung des Corporate Governance Kodex der BVG AöR für das Jahr 2012 verabschiedet. Der Beschluss gilt vorbehaltlich der tatsächlichen Berichterstattung durch den Jahresabschlussprüfer in der Sitzung des Aufsichtsrats 01/2013.

Berlin, 22. Februar 2013

Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
Anstalt des öffentlichen Rechts

Der Vorstand

Dr. Sigrid Evelyn Nikutta | Henrik Falk | Lothar Zweiniger

Entsprechenserklärung
zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2012

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2012		
Verweis	**Gegenstand**	**Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats**

A. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

II.1 CGK BVG	• Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch den Vorstand • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten	Vorstand und Aufsichtsrat haben zum Wohle des Unternehmens eng zusammengearbeitet. Alle erforderlichen und vom Aufsichtsrat gewünschten Informationen und Kenntnisse wurden dem Aufsichtsrat gegenüber offen gelegt. Außerhalb der Organe stehende Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit in Form von Vertraulichkeitserklärungen/-vereinbarungen verpflichtet. Intern wird die Einhaltung der Verschwiegenheit durch die Dienst-/ Arbeitsverträge gesichert.

II.2 CGK BVG	• Sitzungen des Aufsichtsrats	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung des Vorstands abgehalten. Ausnahme war die Beschlussfassung über den Vorschlag des Aufsichtsrats zur Wiederbestellung von Frau Dr. Nikutta und Herrn Falk.

II.3 CGK BVG	• Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch den Vorstand • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat	Der Vorstand hat die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat abgestimmt und berichtete in regelmäßigen Abständen schriftlich über den Stand der Umsetzung. Alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung gemäß der Satzung wurden dem Aufsichtsrat vorgelegt. Geschäfte, die zusätzlich zur Satzung Zustimmungsvorbehalten unterlagen, wurden dem Aufsichtsrat durch Beschlussvorlagen zur Zustimmung vorgelegt und von diesem festgestellt.

II.4 CGK BVG	• Bericht des Vorstands an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikola-	Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über die für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung,

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2012		
Verweis	**Gegenstand**	**Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats**
	ge, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen	der Risikolage des Risikomanagements und der Compliance unterrichtet; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend. Über die Sitzungen des Aufsichtsrats ist jeweils eine Niederschrift angefertigt worden. Die Übersendung der Niederschriften an die Mitglieder des Aufsichtsrats wurde in der Regel nach Ablauf von 2 Wochen nach Sitzungsdurchführung gewährleistet. Die Genehmigung der Niederschriften erfolgte in der folgenden Aufsichtsratssitzung.
	• Darstellung der Soll-/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen	Soll-/Ist-Vergleiche und Gründe von Abweichungen wurden plausibel und präzise dem Aufsichtsrat schriftlich dargestellt und mündlich erörtert.
II.5 CGK BVG	• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstands und Aufsichtsrats • Vereinbarung eines angemessenen Selbstbehaltes bei Abschluss einer D&O-Versicherung für Vorstand und Aufsichtsrat	Vorstand und Aufsichtsrat haben die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung beachtet; die Sorgfaltspflichten ordentlicher Kaufleute wurden gewahrt. Die BVG AöR hat für Vorstand und Aufsichtsrat eine D&O-Versicherung abgeschlossen; ein angemessener Selbstbehalt ist vereinbart.

B. Vorstand

III.1 CGK BVG	• Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sowie der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance). Auf deren Einhaltung in den Konzernunternehmen wirkt der Vorstand hin • Risikomanagement und Risi-	Der Vorstand hat dem Unternehmensinteresse gedient und gemäß der vom Aufsichtsrat im Wirtschaftsplan 2012 beschlossenen Vorgaben an der nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes gearbeitet. Die gesetzlichen Bestimmungen sowie die unternehmensinternen Richtlinien wurden vom Vorstand in der BVG AöR eingehalten. Auf die Einhaltung der gesetzlichen und konzernweiten Richtlinien wurde hingewirkt. Der Vorstand hat für ein angemessenes Risiko-

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2012		
Verweis	**Gegenstand**	**Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats**
	kocontrolling im Unternehmen	management und Risikocontrolling im Unternehmen gesorgt; dem Vorstand werden jedes Quartal ein Risikomanagementbericht sowie ein Monitoringbericht durch den Bereich Controlling vorgelegt.
III.2 CGK BVG	• Geschäftsordnung / Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand	Die Geschäftsordnung des Vorstands regelt die Geschäftsverteilung und die Zusammenarbeit im Vorstand.
III.3 CGK BVG	• Vergütungsregelungen für die Mitglieder des Vorstands • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder des Vorstands • Abfindungscaps in Höhe von max. 2 Jahresvergütungen sind in den Vorstandsverträgen geregelt	Die Vergütung der Vorstände hat fixe und variable Bestandteile. Die variablen Komponenten werden in jährlichen Zielvereinbarungen durch die Gewährträgerversammlung beschlossen. Die Auswertung erfolgt durch den Aufsichtsrat - vertreten durch Personalausschuss - und Vorstand. Die Gesamtvergütungen wurden im Anhang zum Jahresabschluss gemäß § 18 Abs. 6 BerlBG jeweils einzeln ausgewiesen.

C. Aufsichtsrat

IV.1 CGK BVG	• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Gesetz und Satzung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats	Der Aufsichtsrat hat seine Tätigkeit nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung der BVG AöR sowie seiner Geschäftsordnung ausgeübt. Er beriet und überwachte den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Er wurde in Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung einbezogen bzw. über diese informiert und hat über Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung beschlossen. Sitzungsfrequenz und Zeitbudget oblagen der Planung des Aufsichtsrats, wobei der Bedeutung der Beratungserfordernisse entsprechend Rechnung getragen wurde.

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2012		
Verweis	**Gegenstand**	**Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats**
IV.2 CGK BVG	• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstands: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis • Gemeinsame Nachfolgeplanung des Aufsichtsrats mit dem Vorstand	In 2012 haben sich keine Änderungen in der Besetzung des Vorstands ergeben. Die Gewährträgerversammlung hat am 31.07.2012 die vorzeitige Wiederbestellung von Frau Dr. Sigrid Evelyn Nikutta als Vorsitzende des Vorstands/Vorstand Betrieb und Herrn Henrik Falk als Vorstand Finanzen/Vertrieb ab 01.01.2013 für 5 Jahre beschlossen. Der Personalausschuss des Aufsichtsrats hat gemäß § 11 Abs. 8 BerlBG die Entscheidung über Abschluss und Auswertung der jährlichen Zielvereinbarungen des Vorstands getroffen. Gemeinsam mit dem Vorstand wird der Aufsichtsrat für eine Nachfolgeplanung sorgen.
IV.3 CGK BVG	• Zusammenarbeit Vorstand/vorsitzendes Mitglied des Aufsichtsrats und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen	Das vorsitzende Mitglied des Aufsichtsrats hat mit dem Vorstand regelmäßig Kontakt gehalten und die Strategie für das Unternehmen, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement - auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen - beraten. Der Aufsichtsrat wurde über die gefassten (Umlauf-)Beschlüsse der Gewährträgerversammlung informiert u. a. - Wiederbestellung von Frau Dr. Nikutta als Vorsitzende des Vorstandes/Vorstand Betrieb und Herrn Falk als Vorstand Finanzen/Vertrieb ab 01.01.2013, - zur Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Jahr 2011. Des Weiteren wurde der Aufsichtsrat regelmäßig über den jeweils aktuellen Sachstand der ICE-Transaktionen und dem damit in Zusammenhang stehenden

		Gerichtsverfahren vor dem High Court of Justice in London informiert. Der Aufsichtsrat wurde außerdem über die Kündigung des Trilateralen Einnahmenaufteilungsvertrages durch die S-Bahn GmbH und die DB Regio AG und die damit verbundenen finanziellen Risiken für die BVG AöR informiert. Es fanden keine außerordentlichen Sitzungen des Aufsichtsrats statt.
IV.4 CGK BVG	• Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen	Der Aufsichtsrat hat einen Prüfungsausschuss und einen Personalausschuss. Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses ist kein ehemaliges Mitglied des Vorstands der BVG AöR und auch nicht das vorsitzende Mitglied des Aufsichtsrats. Das vorsitzende Mitglied des Aufsichtsrats ist hingegen vorsitzendes Mitglied des Personalausschusses. Im Personalausschuss wurden Entscheidungen nach § 11 Abs. 8 BerlBG über Zielvereinbarungen von Vorstandsmitgliedern getroffen. Der Aufsichtsrat wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über die Erörterungen und Beschlussfassungen unterrichtet.
IV.5 CGK BVG	• Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats	Ein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 Aufsichtsratsmandaten erreicht und ist gleichzeitig Geschäftsführer einer Gesellschaft. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wurde durch Beschluss der Gewährträgerversammlung festgelegt. Die Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder sind jeweils einzeln im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen worden. Sie enthalten keine variablen Anteile.

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2012		
Verweis	**Gegenstand**	**Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats**
IV.6 CGK BVG	• Bericht des Aufsichtsrats an die Gewährträgerversammlung	Der Aufsichtsrat – vertreten durch sein vorsitzendes Mitglied – hat die Gewährträgerversammlung regelmäßig und umfassend über die Geschäftsführung des Vorstands informiert.
IV.7 und 8 CGK BVG	• Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtrats	Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr 2012 mit der Effizienz seiner Tätigkeit in 2012 befasst.

D. Interessenkonflikte

V.1 CGK BVG	• Wettbewerbsverbot für Mitglieder des Vorstands • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung des Vorstands • Einhaltung der diesbezüglichen unternehmensinternen Richtlinien	Die Mitglieder des Vorstands haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für sich oder für andere Personen von Dritten keine Zuwendungen oder sonstige Vorteile gefordert oder angenommen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewährt. Die diesbezüglichen unternehmensinternen Richtlinien wurden beachtet.
V.2 CGK BVG	• Wahrung des Unternehmensinteresses • Persönliche Interessen	Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
V.3 und 4 CGK BVG	• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Vorstands oder des Aufsichtsrats	Bei keinem Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats waren Interessenkonflikte ersichtlich.
V.5 CGK BVG	• Geschäfte mit dem BVG-Konzern auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene des Vorstands • Geschäfte mit dem BVG-Konzern auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats	Es lagen keine Geschäfte zwischen dem Unternehmen und Mitgliedern des Vorstands, ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen vor. Es wurden keine Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge oder andere Geschäfte eines Aufsichtsratsmitglieds mit dem Unternehmen abgeschlossen.

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2012		
Verweis	**Gegenstand**	**Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats**
V.6 CGK BVG	• Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Vorstands	Nebentätigkeiten, die nicht im Zusammenhang mit dem Unternehmen stehen, liegen bei keinem Mitglied des Vorstands vor.
V.7 CGK BVG	• Gewährung von Krediten an Mitglieder des Vorstands und an Mitglieder des Aufsichtsrats	Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie ihren Angehörigen wurden keine Kredite des Unternehmens gewährt.

E. Transparenz

VI.1 und 2 CGK BVG	• Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/ Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf • Informationen über das Unternehmen im Internet	Die Kündigung des Trilateralen Einnahmenaufteilungsvertrages (EAV) durch die S-Bahn GmbH und die DB Regio AG und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Einnahmen aus dem VBB-EAV könnten mittel- und langfristig negativ auf die Finanzlage der BVG AöR wirken, sofern keine entsprechenden Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Unternehmensinformationen (z.B. Geschäftsbericht) wurden auch über Internet veröffentlicht.

F. Rechnungslegung

VII. 1 bis 3 CGK BVG	• Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Ende des Geschäftsjahres) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraumes) gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der von der BVG gehaltenen Beteiligungen	Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen (geprüfter Jahresabschluss 90 Tage nach Ende des Geschäftsjahres, Quartalsberichte des Vorstands 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) dem Senat von Berlin vorgelegt. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen der BVG AöR auf.

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2012		
Verweis	**Gegenstand**	**Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats**

G. Abschlussprüfung

VIII. 1 CGK BVG	• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt • Unterrichtung der Gewährträgerversammlung durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe	Die Gewährträgerversammlung hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und der BVG AöR bzw. ihren Vorstandsmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, die Gewährträgerversammlung bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

VIII. 2 CGK BVG	• Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung	Die Gewährträgerversammlung hat den Abschlussprüfer für 2012 bestellt. Der Vorstand hat den Prüfungsauftrag erteilt und die Honorarvereinbarung getroffen.

VIII. 3 CGK BVG	• Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung	Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet.

VIII. 4 CGK BVG	• Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zu diesem Kodex ergeben	Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung ergeben.

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2012		
Verweis	**Gegenstand**	**Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats**
VIII. 5 CGK BVG	• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss	Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss teilgenommen und hat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Berliner Verkehrsbetriebe AöR

Berichtszeitraum vom 01. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

Bezüge der Vorstandsvorsitzenden Frau Dr. Nikutta

Vergütungsbestandteil	Betrag in Euro
Gehälter	290.000,00
Ergebnisabhängige Vergütung [1)]	87.000,00
Nebenleistungen	8.914,56
Arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung	4.430,48
Gesamtbezüge 2012	**390.345,04**

Bezüge des Vorstands Finanzen Herr Falk

Vergütungsbestandteil	Betrag in Euro
Gehälter	240.000,00 [2)]
Ergebnisabhängige Vergütung [1)]	72.000,00
Nebenleistungen	5.037,72
Arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung	0,00
Gesamtbezüge 2012	**317.037,72**

Bezüge des Vorstands Personal Herr Zweiniger

Vergütungsbestandteil	Betrag in Euro
Gehälter	240.000,00 [3)]
Ergebnisabhängige Vergütung [1)]	72.000,00
Nebenleistungen	8.348,79
Arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung	0,00
Gesamtbezüge 2012	**320.348,79**

1) Tantieme für das Geschäftsjahr 2011.

2) Im Gesamtbetrag ist eine Gehaltsumwandlung von 1.752,00 EUR enthalten, die vom Arbeitgeber getragen wird.

3) Im Gesamtbetrag ist eine Gehaltsumwandlung von 60.000,00 EUR enthalten, die vom Arbeitnehmer getragen wird.

Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates der BVG AöR

Mitglied des Aufsichtsrates	Betrag in Euro (Fixum)
Dr. Ulrich Nußbaum	6.135,50
Lothar Stephan	3.067,75
Frank Bäsler	3.067,75 [2)]
Ines Birnstiel	3.067,75
Bernd Fricke	3.067,75
Sylvia Fuchs	3.067,75
Ephraim Gothe	3.067,75
Janine Köhler	3.067,75
Prof. Dr. Barbara Lenz	3.067,75
Eike Lindemann	3.067,75
Dipl.-Ing. Hardy Rudolf Schmitz	3.067,75 [2)]
Axel Schröder	3.067,75
Dipl.-Ing. Volker Sparmann	3.067,75 [2)]

Prof. Dr. Andrea Versteyl	3.067,75 [1) 2)]
Uwe Nitzgen	4.601,63
Dr. Birgit Roos	1.022,58

[1)] Für ein Aufsichtsratsmitglied fiel Auwand für eine BVG-Umweltkarte im Wert von 848,00 EUR an.

[2)] Zu dem Fixum wird zusätzlich Umsatzsteuer gezahlt.

BERLINER WASSERBETRIEBE (BWB)

Anstalt des öffentlichen Rechts

Berliner Wasserbetriebe
Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin

Bericht über die Lage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Berliner Wasserbetriebe sind Deutschlands größtes Unternehmen für Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. Seit mehr als 150 Jahren versorgen sie die Menschen in Berlin und in Teilen Brandenburgs mit Trinkwasser und behandeln ihr Abwasser.

Als Anstalt des öffentlichen Rechts sind die Berliner Wasserbetriebe Kern der 1999 teilprivatisierten Berlinwasser Unternehmensgruppe. Im Jahr 2012 erwarb das Land Berlin von RWE deren Anteile an der RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH. Das Land Berlin erhöhte damit seinen wirtschaftlichen Anteil an der Berlinwasser Gruppe von 50,1 % auf 75,05 %. Mit einem Anteil von 24,95 % ist Veolia Wasser weiterhin Gesellschafter. Den maßgeblichen Rechtsrahmen für die Berliner Wasserbetriebe bilden das Berliner Betriebe-Gesetz und die Wassertarifverordnung Berlin. Im September 2012 trat Sybille von Obernitz (parteilos, für CDU) als Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung zurück und legte ihr Mandat als Aufsichtsratsvorsitzende nieder. Ihre Nachfolge trat Cornelia Yzer (CDU) an.

Wichtigster Absatzmarkt ist für die Berliner Wasserbetriebe naturgemäß Berlin. 2012 wurden 186,5 Mio. m³ Trinkwasser verkauft (Vorjahr: 184,9 Mio. m³) und 238,2 Mio. m³ Abwasser gereinigt (Vorjahr: 246,0 Mio. m³). Dazu werden eine Vielzahl von Anlagen betrieben: Neun Wasserwerke mit rund 700 Tiefbrunnen fördern Grundwasser und bereiten es für die Trinkwasserversorgung auf. Dabei setzen die Berliner Wasserbetriebe auf eine naturnahe Aufbereitung ohne chemische Zusätze. Das Rohrnetz mit einer Länge von 7.899 km (Vorjahr: 7.891 km) bringt das Trinkwasser zu den Berlinerinnen und Berlinern. Nach Gebrauch gelangt das Abwasser über das 9.646 km lange Kanalnetz (Vorjahr: 9.606 km) zu einem der sechs Klärwerke. 1.167 km Druckleitungen (Vorjahr: 1.158 km) vernetzen die 154 Abwasserpumpwerke mit den Klärwerken.

Auch über das Berliner Stadtgebiet hinaus sind die Berliner Wasserbetriebe tätig.
25,5 Mio. m³ der Reinigungsleistung der Klärwerke wurde 2012 für Kommunen und Verbände in Brandenburg erbracht (Vorjahr: 26,1 Mio. m³). Insgesamt leiten 42 Städte und Gemeinden mit über 535.000 Einwohnern ihr Abwasser in Berliner Kläranlagen ein. Rund 75.000 Einwohner Brandenburgs werden mit Trinkwasser der Berliner Wasserbetriebe versorgt. An sie wurden 2012 rund 3,7 Mio. m³ verkauft (Vorjahr: 3,5 Mio. m³).

Im Rahmen von sechs Verträgen sind die Berliner Wasserbetriebe Betriebsführer für die Trinkwasserversorgungs- bzw. Abwasserentsorgungsanlagen von brandenburgischen Gemeinden bzw. deren Zweckverbänden. Des Weiteren werden teilweise kaufmännische Leistungen für diese Partner erbracht.

Die langfristige Sicherung der Trinkwasserversorgung Berlins ist wichtigstes Anliegen der Berliner Wasserbetriebe. Da die Versorgung fast nur aus dem Stadtgebiet heraus erfolgt,

liegt ein besonderes Augenmerk auf der Überwachung des Wasserkreislaufs – also der Gewinnung von Grundwasser und Uferfiltrat über dessen Aufbereitung und Verteilung, dem Transport des gebrauchten Wassers zu den Klärwerken und schließlich der Reinigung des Abwassers und der Zuführung des geklärten Abwassers in die Gewässer.

Seit mehreren Jahren ist das Unternehmen nach den Standards für Qualitäts- und Umweltmanagement DIN EN ISO 9001 und DIN EN ISO 14001 sowie nach OHSAS 18001 (Arbeits- und Gesundheitsschutz) zertifiziert. Auch 2012 haben die Berliner Wasserbetriebe ihre Zertifizierung nach diesen Standards erfolgreich erneuert.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

Der Trinkwasserverkauf ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Aufgrund zahlreicher Regentage im Sommer 2012 blieb der Wasserverkauf aber hinter den Erwartungen zurück. Die Umsatzerlöse lagen mit 1.146,6 Mio. € etwas unter dem Vorjahresniveau (Vorjahr: 1.193,7 Mio. €). Das Unternehmensergebnis EBIT[1] verringert sich auf 322,7 Mio. € (Vorjahr: 384,5 Mio. €) vor allem aufgrund des höheren Tarifabschlusses für die Beschäftigten und des höheren Grundwasserentnahmeentgelts. Beeinflusst wird das Ergebnis jedoch insbesondere durch die Berücksichtigung der Preissenkungsverfügung des Bundeskartellamtes. Vorsorglich wurde eine Rückstellung in Höhe von 59,2 Mio. € gebildet.

Mit der Wiedereingliederung der Mitarbeiter der Berlinwasser Services GmbH zum Jahresbeginn 2012 werden die Leistungen des Brunnen- und Messstellenservices sowie IT-Dienstleistungen wieder durch die Berliner Wasserbetriebe in Eigenregie erbracht. Im Rahmen des Projekts NEO wird derzeit die bestehende Kosten- und Organisationsstruktur mit externer Unterstützung überprüft und mit anderen Unternehmen verglichen. Ziel ist es dabei, anhand von Benchmarks für einzelne Teilprozesse Erkenntnisse über weitere Optimierungen zu erhalten. Die konkrete Ausgestaltung und der Umsetzungsfahrplan werden dann im Jahr 2013 erarbeitet.

Auch in 2012 haben die Berliner Wasserbetriebe die planmäßigen Investitionen nahezu vollständig umgesetzt. Rund 270,2 Mio. € wurden zum Erhalt und zur Erweiterung der Anlagen aufgewendet (Vorjahr: 277,9 Mio. €). Davon entfielen auf die Wasserversorgung 103,7 Mio. € (Vorjahr: 97,0 Mio. €) und auf die Entwässerung 166,5 Mio. € (Vorjahr: 180,9 Mio. €). Die Reintegration der Geschäftsbereiche Informatik und Brunnen- und Messstellenservices der Berlinwasser Services GmbH in die Berliner Wasserbetriebe beinhaltete Investitionen in Höhe von 4,8 Mio. €. Damit ergeben sich für das Geschäftsjahr 2012 Gesamtinvestitionen in Höhe von 275,0 Mio. € (Vorjahr: 277,9 Mio. €).

Im Bereich der Abwasserentsorgung wird auch in Zukunft der Schwerpunkt der Investitionen liegen. Die in 2011 überarbeitete Strategie zur Sanierung des Kanalnetzes wurde 2012 in operative Prozesse überführt. Das im Rahmen der mittelfristigen Planung auf bis zu ca. 110 Mio. € pro Jahr steigende Investitionsbudget für das Kanalnetz wird insbesondere genutzt werden, um vordringlich sanierungsbedürftige Kanalleitungen zu sanieren. Für die ge-

[1] Ergebnis vor Ertragsteuern, Aufwendungen aus Teilgewinnabführung, Erträgen aus Verlustübernahme stiller Gesellschafter, außerordentlichem Ergebnis, Zinsergebnis und Beteiligungsergebnis

plante Erweiterung des Klärwerks Waßmannsdorf wurde die Generalplanung für die erste Ausbaustufe vorbereitet und steht nun kurz vor der Veröffentlichung.

Der Energiebedarf wird weiter optimiert. Bereits heute werden 45 % des Strombedarfs und 91 % des Wärmebedarfs der Klärwerke der Berliner Wasserbetriebe aus den erneuerbaren Energieträgern Faulgas und Klärschlamm erzeugt. Ende 2012 nahmen die Berliner Wasserbetriebe drei Windräder auf dem Gelände des Klärwerks Schönerlinde in Betrieb. Sie haben eine Leistung von je zwei Megawatt und tragen dazu bei, dass das Klärwerk künftig mehr als 80 % seines Energiebedarfs selbst decken kann. Durch verschiedene Maßnahmen, die den Einsatz von Energie effizienter machen, konnte der CO_2-Fußabdruck bedeutend gesenkt werden. So entstehen heute bei der Reinigung eines Kubikmeters Abwasser 41 % weniger CO_2-Emissionen als noch 1990. Für die Produktion eines Liters Trinkwasser werden 0,2 Gramm CO_2 emittiert. Für Flaschenwasser entstehen ungleich mehr Emissionen: im Durchschnitt je nach Entfernung und Verpackungsart 211 Gramm pro Liter.

2012 haben die Berliner Wasserbetriebe einen Nachhaltigkeitsbericht nach den internationalen Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung der Global Reporting Initiative veröffentlicht. Darin zeigt das Unternehmen beispielhaft auf, mit welchen Maßnahmen es Rechte zukünftiger Generationen schützt. So sichert etwa die Reinigung des Wassers des Tegeler Sees mit einer Phosphat-Eliminationsanlage die Qualität des Grundwassers rund um die Trinkwasserbrunnen entlang der Seeufer. Im Ergebnis ist der See bereits das sauberste Gewässer in der Berliner Spree-Havel-Kette und besitzt bereits heute die Gewässergüteklasse zwei. Wenn die Berliner Wasserbetriebe aus dem Klärschlamm noch die letzte Kalorie zu Strom und Wärme machen, dann schützt dies das Klima und senkt die Kosten. Und wenn das Unternehmen seine Rohr- und Kanalnetze pflegt, dann sichert das nicht nur die Versorgung und die Umwelt, sondern auch viele Arbeitsplätze in der Region. Denn vom Einkaufsvolumen in Höhe von 400,5 Mio. € (Vorjahr: 385,0 Mio. €) fließen 81 % an Firmen in Berlin und Brandenburg. Und wenn aus Klärschlamm Phosphor gewonnen wird, dann wird eine endliche Ressource geschützt und zugleich Entsorgungskosten gespart. Dies sind nur einige Beispiele für das nachhaltige Handeln seit vielen Jahren. So haben die Investitionen von mehr als 5 Mrd. € seit 1990 in die Berliner Abwasser-Infrastruktur bewirkt, dass seither 81 % weniger Phosphor und 98 % weniger Ammoniumstickstoff in Spree und Havel eingetragen werden. Zusammen mit den 3 Mrd. €, die in derselben Zeit in den Bereich Trinkwasser geflossen sind, sichert der Berliner Versorger ein Trinkwasser, dessen Qualität es mit teuren Flaschen-Wassern mehr als aufnehmen kann.

Auch beim Thema Personal ist das Unternehmen weit vorn: Bei einem Anteil an der Belegschaft von „nur“ 30 % Frauen, stellen sie 35 % aller Führungskräfte und gleich 50 % der direkt dem Vorstand unterstellten Manager. In der Region Berlin-Brandenburg sind die Berliner Wasserbetriebe einer der größten Arbeitgeber und Ausbilder. Gegenwärtig sind im Unternehmen rund 4.630 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (3.938 Personenjahre, Vorjahr: 4.581 Beschäftigte bzw. 3.821 Personenjahre). Ursache für den Anstieg der Mitarbeiterzahl war die Rückführung der Aufgaben der Geschäftsbereiche Informatik und Brunnen- und Messstellenservices der Berlinwasser Services GmbH in die Berliner Wasserbetriebe. Mit 298 Auszubildenden (Vorjahr: 321) in 22 Berufen, darunter sechs ehemalige Praktikanten der diesjährigen „Mehrwert-Initiative“, ist das Ausbildungsniveau der Berliner Wasserbetriebe – in

diesem Bereich gibt es mehr als 80-jährige Erfahrungen – nach wie vor weit überdurchschnittlich.

Die Einstellung ehemaliger Auszubildender gewinnt weiter an Bedeutung und Umfang. So wurden 2012 weitere 40 junge Leute in ein unbefristetes Anstellungsverhältnis übernommen. Damit kommt das Unternehmen der Verpflichtung nach, den zukünftigen Bedarf an Fachkräften zum überwiegenden Teil aus der eigenen Ausbildung zu decken.

Seit Mitte Juli 2012 werben die Berliner Wasserbetriebe auch mit einer eigenen Facebook-Seite in diesem sozialen Online-Netzwerk um das Interesse potenzieller neuer Auszubildender. Dies ergänzt die im vergangenen Jahr von Auszubildenden neu gestaltete Ausbildungswebsite auf bwb.de.

Auch 2012 waren die Beschäftigten im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements zur Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ aufgerufen, allerdings erstmals im Wettbewerb mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Schwesterunternehmen Berliner Verkehrsbetriebe und Berliner Stadtreinigung. Mit rund 120.000 geradelten Kilometern gewannen die Berliner Wasserbetriebe den ersten Berliner Betriebe-Pokal.

Das Ergebnis der aktuellen Überprüfung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements im Rahmen des Corporate Health Awards hat mit knapp 90 % der erreichbaren Punktezahl (2011: 74 %) Verbesserungen in allen Bereichen gezeigt. Sowohl die Angebote des Gesundheitsmanagements wie auch die strategische Einbindung in die Personalentwicklung wurden sehr gut bewertet. Somit gehört das Betriebliche Gesundheitsmanagement der Berliner Wasserbetriebe auch weiterhin zu den Besten deutschlandweit.

Das gesellschaftliche Engagement der Berliner Wasserbetriebe ist in diesem Jahr in Brüssel nach 2010 erneut mit einem europäischen Gütesiegel ausgezeichnet worden. Das vom European Center of Employers and Enterprises providing Public services verliehene CSR-Qualitätslabel zeichnet Unternehmen aus, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und die in ihrem Management erfolgreich CSR-Ansätze umsetzen.

Im März 2010 hat das Bundeskartellamt ein Kartellverwaltungsverfahren gegen die Berliner Wasserbetriebe wegen des Verdachts missbräuchlich überhöhter Trinkwasserpreise eingeleitet. Das Amt rechtfertigt dies insbesondere mit der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 2. Februar 2010 in Sachen „Wasserpreise Wetzlar“ und hat die Berliner Wasserpreise im Vergleich zu denen anderer Versorger beurteilt und dabei einen höheren Erlös pro Kubikmeter als im Durchschnitt der Vergleichsgruppe festgestellt. In seiner Verfügung vom 5. Juni 2012 verlangt das Bundeskartellamt eine durchschnittliche Senkung des abgabenbereinigten Netto-Durchschnittserlöses um 17,5 %. Dies entspricht einer Senkung des Wassertarifs um 14 %. Die rechtliche Position der Berliner Wasserbetriebe bleibt unverändert: Durch die Vorschriften des Berliner Betriebe-Gesetzes und der Wassertarifverordnung des Landes Berlin gibt es detaillierte gesetzliche Kalkulationsvorgaben. Diese Regelungen bestimmen, welche Kosten im Tarif berücksichtigt werden dürfen und welche nicht. Neben den gesetzlichen Kalkulationsvorgaben ist auch die Art und Weise der Festsetzung und der staatlichen Kontrolle der Tarife gesetzlich geregelt. Sowohl die vom Aufsichtsrat beauftragten Wirtschaftsprüfer als auch die Tarifgenehmigungsbehörde des Landes Berlin sowie mehrere Ge-

richte haben den Berliner Wasserbetrieben stets die korrekte Anwendung des Berliner Landesrechts bescheinigt. Deshalb vertreten die Berliner Wasserbetriebe die Auffassung, dass die kartellrechtlichen Preismissbrauchsvorschriften auf die Wassertarife der Berliner Wasserbetriebe nicht anwendbar sind. Anderenfalls würde das zu einer doppelten staatlichen Kontrolle der Wassertarife mit völlig unterschiedlichen Ergebnissen führen. Die Berliner Wasserbetriebe sahen sich daher veranlasst, gegen die Preissenkungsverfügung des Bundeskartellamts gerichtlich vorzugehen. Die mündliche Verhandlung wird voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2013 stattfinden. Gemäß der vorliegenden Preissenkungsverfügung muss für das Jahr 2012 im Jahr 2013 eine Erstattung der vermeintlichen Erlösüberhöhung an die Kunden erfolgen. Diese Erstattung erfolgt mittels Gutschriften und steht unter dem Vorbehalt der gerichtlichen Entscheidung im Beschwerdeverfahren gegen die Preissenkungsverfügung. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit der Umsetzungsforderung des Bundeskartellamts.

Bundesweit haben verschiedene Kartellbehörden Untersuchungen gegen einzelne Wasserversorger begonnen. Dies hat zu einer gesellschaftlichen Diskussion über ein geeignetes Aufsichtsmodell für Wasserversorgungsunternehmen geführt. Es wird u. a. eine Regulierung ähnlich der im Strombereich durch die Bundesnetzagentur diskutiert. Das Bundeskartellamt spricht sich für eine generelle Preis-/Gebührenaufsicht durch die Kartellbehörden aus. Dort betrachtet man daher das Verfahren gegen die Berliner Wasserbetriebe als richtungsweisend für die Wasserbranche, die sich gegen Änderungen der bestehenden Preis-/Gebührenaufsicht wendet, weil sie die bestehenden Instrumente für ausreichend hält.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Seit Jahresbeginn 2012 werden die Leistungen des Brunnen- und Messstellenservices und der Informatik wieder durch die Berliner Wasserbetriebe in Eigenregie, durch die Rückführung der entsprechenden Geschäftsbereiche der Berlinwasser Services GmbH, erbracht. Dadurch ergeben sich im Vergleich zum Vorjahr wesentliche Veränderungen in einigen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung.

Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) zum 31. Dezember 2012 beläuft sich auf 322,7 Mio. € (Vorjahr: 384,5 Mio. €) und liegt damit um 61,8 Mio. € unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Es entfällt mit 67,5 Mio. € (Vorjahr: 125,2 Mio. €) auf den Betriebsteil Wasserversorgung und mit 255,2 Mio. € (Vorjahr: 259,3 Mio. €) auf den Betriebsteil Entwässerung. Beeinflusst wird das Ergebnis jedoch insbesondere durch die Berücksichtigung der Preissenkungsverfügung des Bundeskartellamtes. Vorsorglich wurde eine Rückstellung in Höhe von 59,2 Mio. € gebildet.

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011	
	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	1.146.569	89	1.193.719	89
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	4	0	476	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	48.815	4	49.112	4
Sonstige betriebliche Erträge	94.831	7	97.559	7
Gesamtleistung	**1.290.219**	**100**	**1.340.866**	**100**
Materialaufwand	-334.163	-26	-346.500	-26
Personalaufwand	-276.576	-22	-260.360	-19
Abschreibungen	-263.599	-20	-255.698	-19
Sonstige betriebliche Aufwendungen und sonstige Steuern	-93.159	-7	-93.784	-7
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	**322.722**	**25**	**384.524**	**29**
Beteiligungsergebnis	32	0	45	0
Finanzergebnis	-97.689	-8	-99.605	-7
Außerordentliches Ergebnis	-110	0	-110	0
Ergebnis vor Steuern (PBT)	**224.955**	**17**	**284.854**	**22**
Aufwendungen aus Teilgewinnabführungsverträgen	-96.366	-7	-123.911	-10
Verlustübernahme stille Gesellschafterin	7.574	1	8.111	1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-11.235	-1	-24.212	-2
Jahresüberschuss	**124.928**	**10**	**144.842**	**11**

Die Umsatzerlöse inklusive Bestandsveränderungen sind insgesamt um 47,6 Mio. € auf 1.146,6 Mio. € gesunken. Der Wasserverkauf liegt leicht über dem Niveau des Vorjahres. Aufgrund der höheren Verkaufsmengen und aufgrund des wetterbedingt besseren Verhältnisses zwischen Wasserverkauf und Entwässerungsleistung ergeben sich auch höhere Umsätze aus Entwässerungsleistungen. Gegenläufig wirkt sich die Rückstellungsbildung in Höhe von 59,2 Mio. € aufgrund der Verfügung des Bundeskartellamtes aus. Die Erträge aus Hausanschlussarbeiten und die Erträge aus der Auflösung passivierter Baukostenzuschüsse erreichen bzw. übersteigen das Niveau des Vorjahres. Die Umsatzerlöse aus der Entwässerung öffentlicher Straßen und Plätze sowie sonstigen Entgelten liegen mit 1,2 Mio. € unter dem Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Erträge fallen gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Mio. € niedriger aus. Wesentlich ist hier der Rückgang der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Weiterhin sind die Gewinne aus Anlagenabgängen gegenüber dem Vorjahr um 3,0 Mio. € sowie die Erträge aus Vermietung und Verpachtung, durch die Reintegration der Geschäftsbereiche Informatik und Brunnen- und Messstellenservices der Berlinwasser Services GmbH in die Berliner Wasserbetriebe, um 1,3 Mio. € gesunken. Gegenläufig wirken sich höhere Erträge um 4,8 Mio. € aus Kostenerstattungen der TELO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (TELO KG) für Investitionen in das Klärwerk Waßmannsdorf aus.

Der Materialaufwand liegt insgesamt um 12,3 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Durch die Übernahme des Geschäftsbereiches Informatik verringern sich die Aufwendungen für bezogene IT-Leistungen um 21,4 Mio. €. Geringeren Aufwendungen für Strom und Heizöl stehen höhere Aufwendungen für Instandhaltungsleistungen an betrieblichen Anlagen und Hausanschlüssen sowie für das Grundwasserentnahmeentgelt gegenüber.

Der Personalaufwand liegt bei 276,6 Mio. € und damit um 16,2 Mio. € über dem im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das ergibt sich aus dem Tarifanstieg ab 1. März 2012 und der

damit verbundenen Anpassung der Personalrückstellung für Urlaub, Gleitzeit- und Vollzeitlight-Guthaben. Mit dem Kauf der Geschäftsbereiche Brunnen- und Messstellenservices und Informatik wurden 176 Mitarbeiter der Berlinwasser Service GmbH übernommen. Die Personalaufwendungen steigen dadurch um 12,3 Mio. €.

Die Abschreibungen lagen 2012 bei 263,6 Mio. € und somit um 7,9 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den Aktivierungen der Jahre 2011 und 2012. Durch die, mit den Geschäftsbereichen Brunnen- und Messstellenservices sowie Informatik, erworbenen Anlagen steigen die Abschreibungen um 1,2 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und die sonstigen Steuern liegen mit 93,2 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. Hier werden insbesondere geringere Zuschlämm- und Abbruchkosten und geringere Aufwendungen für Altersteilzeit und Vorvorruhestand ausgewiesen. Auch hier wirkt sich die Reintegration des Geschäftsbereiches Informatik der Berlinwasser Services GmbH mit einer Erhöhung in den Leasingaufwendungen aus.

Das Finanzergebnis liegt bei -97,7 Mio. € und fällt damit um 1,9 Mio. € besser aus als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ursachen dafür sind geringere oder spätere Darlehensaufnahmen zu geringeren Zinssätzen.

Gemäß Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch sind alle Aufwendungen, die sich aus der erstmaligen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ergeben, im außerordentlichen Ergebnis auszuweisen. Dies betraf im Wesentlichen die Bewertung von Personalrückstellungen, vor allem aufgrund von Kostensteigerungen und Abzinsungseffekten. Im Geschäftsjahr 2012 werden hier die Folgeeffekte aus der BilMoG-Umstellung ausgewiesen.

Die Teilgewinnabführung (96,4 Mio. €) an die stille Gesellschafterin sowie die Verlustübernahme durch die stille Gesellschafterin (7,6 Mio. €) wurden gemäß dem Vertrag über zwei stille Gesellschaften (StG-Vertrag II) berechnet.

Daraus ergibt sich insgesamt zum 31. Dezember 2012 ein mit 124,9 Mio. € (Vorjahr: 144,8 Mio. €) positives Jahresergebnis, das mit 17,3 Mio. € (Vorjahr: 38,5 Mio. €) auf die Wasserversorgung und mit 107,6 Mio. € (Vorjahr: 106,3 Mio. €) auf die Entwässerung entfällt, das mit 59,2 Mio. € durch die Verfügung des Bundeskartellamtes belastet ist.

Finanzlage

Grundsätze und Ziele des Finanzmittelmanagements

Ziel des Finanzmittelmanagements ist die Sicherung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und eine unter Kosten- und Risikogesichtspunkten optimale Finanzierung der Investitionen und des Betriebes der Berliner Wasserbetriebe.

Die Möglichkeit der kurz- und langfristigen Fremdmittelaufnahme sowie die Konditionierung dieser Mittel basieren im Wesentlichen auf der Gewährträgerhaftung des Landes Berlin für die Berliner Wasserbetriebe sowie auf der Art und der Struktur des Geschäftsmodells und der daraus abgeleiteten guten Eigenbonität der Berliner Wasserbetriebe. Die Fremdmittelaufnahme erfolgt weit überwiegend durch Aufnahme langfristiger Darlehen von Banken. Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit wird zusätzlich durch Kreditlinien von Banken unterstützt.

Kapitalstruktur	**31.12.2012**		**31.12.2011**	
	T€	%	T€	%
Eigenkapital	**2.139.476**	**33**	**2.130.552**	**33**
Sonderposten aus Zuschüssen	546.319	8	530.140	8
Baukostenzuschüsse	143.363	2	142.302	2
Eigenkapital und ähnliche Mittel	**2.829.158**	**43**	**2.802.994**	**43**
Rückstellungen	36.880	1	45.506	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.185.412	34	2.101.352	33
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	160	0	151	0
Verbindlichkeiten gegenüber Gewährträgern mit Darlehenscharakter	4.602	0	5.113	0
Sonstige Verbindlichkeiten mit Darlehenscharakter	116.873	2	130.175	2
Sonstige Verbindlichkeiten	2.967	0	3.118	0
Rechnungsabgrenzungsposten	16.525	0	18.014	0
Passive latente Steuern	4.010	0	4.010	0
Lang- und mittelfristiges Fremdkapital (> 1 Jahr)	**2.367.429**	**37**	**2.307.439**	**36**
Rückstellungen	174.835	3	106.671	2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	147.200	2	217.698	3
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	815.991	13	816.744	13
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.499	0	21.104	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Gesellschaftern, Gewährträgern	89.551	2	126.666	2
Verbindlichkeiten gegenüber Gewährträgern mit Darlehenscharakter	614	0	624	0
Sonstige Verbindlichkeiten mit Darlehenscharakter	14.367	0	15.325	0
Sonstige Verbindlichkeiten	25.270	0	20.895	1
Rechnungsabgrenzungsposten	1.534	0	1.493	0
Kurzfristiges Fremdkapital (< 1 Jahr)	**1.284.861**	**20**	**1.327.220**	**21**
Passiva	**6.481.448**	**100**	**6.437.653**	**100**

Das Eigenkapital ist zum Bilanzstichtag um 8,9 Mio. € angestiegen und beträgt nunmehr 33,0 % (Vorjahr: 33,1 %) der Bilanzsumme. Durch die Rückstellung gemäß Preissenkungsverfügung des Bundeskartellamts sinkt die Eigenkapitalquote um 0,4 %.

Die Sonderposten aus Zuschüssen (546,3 Mio. €) beinhalten sonstige Zuschüsse für Sachanlagen (495,7 Mio. €), Zuschüsse aus der Verrechnung der Abwasserabgabe (50,4 Mio. €) und Investitionszulagen (0,2 Mio. €). Von Kunden erhaltene Baukostenzuschüsse werden zum 31. Dezember 2012 in Höhe von 143,4 Mio. € ausgewiesen.

Die Rückstellungen im lang- und mittelfristigen Bereich (36,9 Mio. €) betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Altersteilzeit, Pensionen, Personalrückstellungen und Archivierung.

Am 31. Dezember 2012 betrugen die lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Banken und anderen Gläubigern 2.306,9 Mio. €. Hierauf entfallen 2.185,4 Mio. € gegenüber Kreditinstituten und 4,6 Mio. € gegenüber dem Gewährträger, die ausschließlich ein Darlehen mit dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin betreffen. In den lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten sind sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 116,9 Mio. € ausgewiesen. Diese bestehen gegenüber Versicherungen und staatlichen Institutionen. Sie waren fast ausschließlich mit einer fixen Zinsbindung versehen.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Banken und anderen Gläubigern summierten sich auf 162,2 Mio. €. Diese betreffen mit 147,2 Mio. € Kreditinstitute, 0,6 Mio. € Gewährträger und 14,4 Mio. € andere Gläubiger, die unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen sind.

Insgesamt beliefen sich die verzinslichen Verbindlichkeiten am Bilanzstichtag auf 2.469,1 Mio. €. Sie valutierten ausnahmslos in Euro. Das Darlehensportfolio der Berliner Wasserbetriebe ist in Bezug auf Laufzeit und Zinsbindungsfrist langfristig finanziert, so dass Änderungen des Zinsniveaus vergleichsweise geringe Auswirkungen auf das Zinsergebnis haben.

Weitere sonstige langfristige Verbindlichkeiten, die nicht Darlehenscharakter haben, bestehen in Höhe von 3,1 Mio. € gegenüber dem Forschungsverbund Berlin e. V. für die Erstattung von Einbauten im Gebäude Rieseler I auf dem Grundstück des Wasserwerkes Friedrichshagen.

Bei den passiven latenten Steuern handelt es sich im Wesentlichen um Bewertungsunterschiede zwischen dem Steuerwert und dem handelsrechtlichen Buchwert bei der Rückstellungsbildung für die Bilanzierung von Leitungsrechten im Anlagevermögen.

Die kurzfristigen Rückstellungen (174,8 Mio. €) betreffen vor allem die Rückstellung gemäß Preissenkungsverfügung des Bundeskartellamts. Darüber hinaus bestehen Rückstellungen für das konzessionsabgabenähnliche Sondernutzungsentgelt, ausstehende Rechnungen für Lieferungen und Leistungen, Abwasserabgaben, Aufwendungen für Altersteilzeit, Wassernutzungsentgelt und Entschädigungszahlungen nach § 9 Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG), sowie die für das Geschäftsjahr 2012 von den Kunden erhaltenen, noch nicht verrechneten Abschlagsbeträge sind als erhaltene Anzahlungen in Höhe von 816,0 Mio. €, als kurzfristiges Fremdkapital, ausgewiesen.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Gesellschaftern und Gewährträgern enthalten überwiegend die sonstigen Verbindlichkeiten

aus Teilgewinnabführung für das Geschäftsjahr 2012 (86,8 Mio. €). Weiterhin werden gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, vornehmlich Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Gegenüber dem Gewährträger werden im Wesentlichen sonstige Verbindlichkeiten aus dem Darlehensvertrag mit dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin einschließlich zum 31. Dezember 2012 abgegrenzter Zinsen ausgewiesen.

Unter den kurzfristigen sonstigen Verbindlichkeiten sind u. a. Verbindlichkeiten aus Steuern (16,8 Mio. €) und Zinsen auf Darlehen (1,0 Mio. €) ausgewiesen.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten für die Einräumung von Erbbaurechten erhaltene Zahlungen.

Kapitalflussrechnung	**2012**	**2011**
	T€	**T€**
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	+458.903	+478.285
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-224.467	-236.715
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-228.031	-250.087
Veränderung der liquiden Mittel	**+6.405**	**-8.517**
+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	+2.104	+10.621
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	**+8.509**	**+2.104**

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist um 19,4 Mio. € niedriger als im Vorjahr, was vorrangig auf einen Mittelabfluss im Nettoumlauflaufvermögen zurückzuführen ist.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit ist nach wie vor negativ und liegt um 12,2 Mio. € unter dem im Vorjahr. In 2012 erfolgten Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von 262,4 Mio. € (Vorjahr: 267,2 Mio. €). Einzahlungen aus Investitionszuschüssen und Baukostenzuschüssen sind von Januar bis Dezember 2012 in Höhe von 42,6 Mio. € (Vorjahr: 33,9 Mio. €) zu verzeichnen.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ist wie im Vorjahr negativ, jedoch um 22,1 Mio. € gesunken. Ursächlich sind im Wesentlichen geringere Auszahlungen an die Gesellschafter (-28,8 Mio. €) sowie ein gegenüber dem Vorjahr um 6,7 Mio. € geringerer Saldo zwischen Kreditaufnahmen und Kredittilgungen.

Von Januar bis Dezember 2012 wurden insgesamt 95,7 Mio. € Zinsen und 27,2 Mio. € Ertragsteuern gezahlt.

Vermögenslage

Bilanzstruktur	31.12.2012		31.12.2011	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	5.564.870	86	5.559.234	86
Umlaufvermögen	913.185	14	876.614	14
Rechnungsabgrenzungsposten	2.187	0	320	0
Aktive latente Steuern	1.206	0	1.485	0
Aktiva	**6.481.448**	**100**	**6.437.653**	**100**
Eigenkapital	2.139.476	33	2.130.552	33
Baukostenzuschüsse und Sonderposten für Zuschüsse	689.682	11	672.442	10
Rückstellungen	211.715	3	152.177	3
Verbindlichkeiten	3.418.506	53	3.458.965	54
Rechnungsabgrenzungsposten	18.059	0	19.507	0
Passive latente Steuern	4.010	0	4.010	0
Passiva	**6.481.448**	**100**	**6.437.653**	**100**

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 43,8 Mio. € erhöht. Das Anlagevermögen stieg zum 31. Dezember 2012 um 5,6 Mio. € auf 5.564,9 Mio. €. Von Januar bis Dezember 2012 haben die Berliner Wasserbetriebe 270,2 Mio. € (Vorjahr: 277,9 Mio. €) in das Anlagevermögen investiert. Davon entfielen auf die Wasserversorgung 103,7 Mio. € (Vorjahr: 97,0 Mio. €) und auf die Entwässerung 166,5 Mio. € (Vorjahr: 180,9 Mio. €). Die Reintegration der Geschäftsbereiche Informatik und Brunnen- und Messstellenservices der Berlinwasser Services GmbH in die Berliner Wasserbetriebe beinhaltete Investitionen in Höhe von 4,8 Mio. €. Damit ergeben sich für das Geschäftsjahr 2012 Gesamtinvestitionen in Höhe von 275,0 Mio. € (Vorjahr: 277,9 Mio. €). Demgegenüber stehen Abschreibungen in Höhe von 263,6 Mio. € (Vorjahr: 255,7 Mio. €). Neben den Investitionen in das Rohr- und Kanalnetz werden zurzeit umfangreiche Erneuerungsmaßnahmen in den Wasserwerken Beelitzhof, Spandau und Wuhlheide sowie den Klärwerken Ruhleben, Stahnsdorf und Münchehofe durchgeführt. Der Neubau des Abwasserpumpwerks Berlin XII in Berlin-Friedrichhain/Kreuzberg wurde fortgesetzt.

Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von wesentlicher Bedeutung sind, gibt es bei es bei den Berliner Wasserbetrieben nicht.

Das Umlaufvermögen ist gegenüber dem Vorjahr um 36,6 Mio. € auf 913,2 Mio. € gestiegen. Dies resultiert im Wesentlichen aus den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+15,8 Mio. €) und den Forderungen gegen verbundene Unternehmen (+11,2 Mio. €). Der Wert der sonstigen Vermögensgegenstände hat sich gegenüber dem Vorjahr um 9,7 Mio. € erhöht. Darin sind Steuerforderungen in Höhe von 14,5 Mio. € in Folge hoher Steuervorauszahlungen enthalten.

Die Eigenkapitalquote wird zum 31. Dezember 2012 mit 33,0 % (Vorjahr: 33,1 %) ausgewiesen. Durch die Rückstellung gemäß Preissenkungsverfügung des Bundeskartellamts sinkt die Eigenkapitalquote um 0,4 %.

Sonderposten aus Zuschüssen und von Kunden erhaltene Baukostenzuschüsse sind gegenüber dem Vorjahr um 17,2 Mio. € angestiegen. Darin enthalten sind Sonderposten aus Zuschüssen für die Kapitalzuführungen der Regenentwässerungsanlagen in Höhe von 9,5 Mio. €.

Die Rückstellungen steigen insbesondere aufgrund der Verfügung des Bundeskartellamtes in Höhe von 59,2 Mio. €. Gegenläufig wirkt die Inanspruchnahme der Rückstellungen für Entschädigungszahlungen nach § 9 GBBerG in Höhe von 2,0 Mio. € und der Personalrückstellungen (Altersteilzeit und Vorvorruhestand) in Höhe von 16,5 Mio. €.

Die Verbindlichkeiten sinken insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 40,5 Mio. €. Wesentlich sind hier Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 2.332,6 Mio. € (Vorjahr: 2.319,0 Mio. €) sowie erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen in Höhe von 816,0 Mio. € (Vorjahr: 816,7 Mio. €). Gegenüber verbundenen und Beteiligungsunternehmen sowie Gesellschaftern ist im Wesentlichen der Ausweis der Teilgewinnausschüttung an die stille Gesellschafterin in Höhe von 86,8 Mio. € (Vorjahr: 119,3 Mio. €) enthalten.

3. Nachtragsbericht

Geschäftsvorfälle von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

4. Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen- und Risiken

Risikobericht

Mit dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich, insbesondere dem § 91 Abs. 2 Aktiengesetz, werden Unternehmen aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu treffen, wie insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, um den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkennen zu können.

Bei allen Unternehmen der Berlinwasser Gruppe wurde ein Compliance Managementsystem eingeführt, um die Einhaltung von Gesetzen, Richtlinien und Kodizes sicherzustellen und klare Verantwortlichkeiten zu schaffen. Ziel hierbei ist, bereits vorhandene Systeme und Regularien zu nutzen und in ihrer Wirksamkeit und Effizienz zu schärfen.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde eine Compliance Organisation geschaffen, die den notwendigen Anforderungen entspricht. Es wurde ein Beauftragter für Compliance berufen.

Für Fragen und Hinweise im Zusammenhang mit Korruption und zur schnellen Klärung bei Verdachtsfällen wurden bei den Berliner Wasserbetrieben der Integritätsausschuss und die

Stelle einer Ombudsfrau, die der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegt, eingerichtet und können von allen Unternehmen der Berlinwasser Gruppe genutzt werden.

Die Berliner Wasserbetriebe verfügen über ein umfassendes Risikomanagementsystem. Zur rechtzeitigen Identifikation von vor allem negativen Entwicklungen wurde ein Issuemanagement implementiert. Issues sind (schwache) Signale aus dem Umfeld des Unternehmens und dem Unternehmen selbst, die eine Gefährdung für Reputation und Strategie, aber auch Chancen für die Berliner Wasserbetriebe darstellen. Infolge der Auswertung der letzten Risikoinventur sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Umfeldrisiken

Die 1996 für alle Wasserwerke beantragten wasserbehördlichen Bewilligungen zur Förderung von Grundwasser für die öffentliche Trinkwasserversorgung sollen nach Auskunft der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt bis 2015 erteilt sein. Allein für das Wasserwerk Wuhlheide besteht eine Förderbewilligung für die Berliner Wasserbetriebe. Für alle anderen Wasserwerke wurde mit Schreiben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vom 18. Januar 2001 die in einem Schreiben vom 4. Juni 1998 formulierte Frist zur Förderung von Grundwasser für die Trinkwasserversorgung in der bisherigen Form (Duldung ohne Bewilligung) bis auf Weiteres, längstens jedoch bis zum Vorliegen einer bestandskräftigen Förderbewilligung, verlängert. Für die Bewilligungen werden Umweltverträglichkeitsuntersuchungen unter Öffentlichkeitsbeteiligung sowie bei Erfordernis Flora-Fauna-Habitat-Verträglichkeitsuntersuchungen durchgeführt. Aus den behördlichen Prüfungen können sich Ausgleichs- und Überwachungsbedarfe ergeben, die zu investiven und laufenden Kosten führen können.

Als weiteres Risiko wurden Überschreitungen bei den Parametern CSB (Chemischer Sauerstoffbedarf), N_{anorg} (anorganischer Stickstoff) und P_{ges} (Phosphor gesamt) im Ablauf des Klärwerks Waßmannsdorf identifiziert, die überwiegend im Rahmen der Eigenüberwachung festgestellt wurden. Das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg kann bei Nichteinhaltung der wasserrechtlichen Anforderungen formale Auflagen wie zum Beispiel eine Sanierungsanordnung erlassen. Im Standortentwicklungskonzept für das Klärwerk Waßmannsdorf sind die Anforderungen berücksichtigt, die sich auch aus der Umsetzung des rechtskräftigen Urteils des Verwaltungsgerichts Cottbus vom 2. Juni 2010 bezüglich der Einhaltung des Überwachungswertes für Stickstoff N_{anorg} von 13 mg/l ergeben. Die erforderlichen Investitionen zur Ertüchtigung des Klärwerks wurden entwickelt. Das Standortentwicklungskonzept sieht einen zweistufigen Ausbau des Werkes vor und wird derzeit mit den Wasserbehörden der Bundesländer Berlin und Brandenburg abgestimmt. Für die Klärwerke Münchehofe und Stahnsdorf ist der Stickstoffüberwachungswert ebenfalls verbindlich. Investitionen zur Erweiterung dieser Klärwerke sind mittelfristig nicht geplant.

Am 8. September 2011 wurde das „Gemeinsame Handlungskonzept der Wasserwirtschaftsverwaltungen der Bundesländer Berlin und Brandenburg“ verabschiedet, das in Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie auf die Reduzierung der Nährstoffbelastungen in den Berliner und Brandenburger Gewässern ausgerichtet ist. Das Handlungskonzept sieht bis Dezember 2013 die Aufstellung eines gemeinsamen Maßnahmenprogramms zur Nährstoffreduzierung vor, mit dem der zweite Bewirtschaftungszyklus gemäß der EG-Wasserrahmen-

richtlinie der Flussgebietsgemeinschaft Elbe vorbereitet werden soll. Im Besonderen kann aus diesem Handlungskonzept abgeleitet werden, dass die behördlichen Anforderungen an die Nährstoffreduzierung in Klärwerken, insbesondere P_{ges}, zukünftig erhöht werden. Konkrete Ergebnisse zu den künftigen Anforderungen werden frühestens 2013 erwartet und sollen mit langfristigen Maßnahmen bis Mitte der 2020-er Jahre umgesetzt werden.

Ein Risiko besteht außerdem in der Nichteinhaltung der behördlich vorgegebenen Mindestmenge Abwasser aus der Mischkanalisation, die bei Regen zu den Klärwerken gefördert werden soll. Bei Regenereignissen kann es zur Nichteinhaltung aufgrund von begrenzten Reinigungskapazitäten in den Klärwerken kommen. Zudem wird vorrangig Schmutzwasser aus der Trennkanalisation gefördert, das hohe Fremdwasseranteile enthält. Die Wasserbehörde bewertet ein Unterschreiten der Mindestfördermenge aufgrund mangelnder Klärwerkskapazität als Nichteinhaltung der wasserbehördlichen Erlaubnis und kann eine Anpassung von Klärwerks- und/oder Speicherkapazitäten fordern, gegebenenfalls auch Sanktionen aussprechen. Die Berliner Wasserbetriebe sind daher mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in einer Sachklärung zur Fremdwasserproblematik und insbesondere zur Finanzierung von Speicherbecken in den Klärwerken.

Rechtsrisiken

Die Berliner Wasserbetriebe bewegen sich in einem regulierten Markt und sind daher mit besonderen Rechtsrisiken konfrontiert.

Hervorzuheben sind die Prozesse über die Rechtmäßigkeit der Tarife der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung.

In den vergangenen Jahren bis heute wurden immer wieder vereinzelt Verfahren über die Billigkeit der Tarife geführt. Alle diesbezüglichen Verfahren sind bisher aufgrund der klaren Berliner Rechtslage bezüglich der Kalkulation der Tarife zugunsten der Berliner Wasserbetriebe entschieden worden. Neben Land- und Kammergericht hat sich auch der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin mit den Rechtsgrundlagen auseinandergesetzt und zwei entsprechende Verfassungsbeschwerden gegen die gesetzlichen Vorgaben zur Kalkulation der Tarife zurückgewiesen. Im Rahmen der derzeit rechtshängigen Prozesse über die Rechtmäßigkeit der Tarife werden nunmehr auch vereinzelt die Ergebnisse des laufenden Kartellverfahrens als Beweis für die Unbilligkeit vorgetragen.

Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass durch die Verfügung des Bundeskartellamts weitere rückwirkende gerichtliche Auseinandersetzungen über die Billigkeit der Tarife geführt werden müssen. Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme wird jedoch als gering eingeschätzt.

Kartellverwaltungsverfahren

Mit Schreiben vom 17. März 2010 teilte der Vorsitzende der 8. Beschlussabteilung des Bundeskartellamts den Berliner Wasserbetrieben mit, dass seine Beschlussabteilung ein Kartellverwaltungsverfahren gegen die Berliner Wasserbetriebe wegen des Verdachts missbräuchlich überhöhter Trinkwasserpreise im Versorgungsgebiet Berlin eingeleitet hat.

Das Verfahren wird auf die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (§ 19 Abs. 4 Nr. 2 GWB [Ausbeutungsverbot], § 103 Abs. 5 und 7 und § 22 Abs. 5 GWB a. F. [Vergleichsmarktprinzip]) gestützt.

Im Rahmen des Preismissbrauchsverfahrens haben die Berliner Wasserbetriebe von Anfang an die Rechtsauffassung vertreten, dass kartellrechtliche Preismissbrauchsvorschriften nicht auf ihre Wassertarife anwendbar sind. Diese Rechtsauffassung wurde in der Korrespondenz mit dem Bundeskartellamt ausführlich begründet. Dabei wurde insbesondere auf die speziellen Berliner Umstände hingewiesen und deutlich gemacht, dass zwar formal eine privatrechtliche Abrechnung erfolgt, materiell hinter der privatrechtlichen Abrechnungsform jedoch keine Privatautonomie besteht. Aufgrund der engen gesetzlichen Vorgaben zur Kalkulation des Wassertarifes und der durchgehenden staatlichen Kontrolle durch das Land ist eine darüber hinausgehende kartellrechtliche Kontrolle rechtlich nicht vorgesehen.

Am 5. Juni 2012 erhielten die Berliner Wasserbetriebe die Verfügung des Bundeskartellamts. Das Bundeskartellamt hat den Berliner Wasserbetrieben mit der Preismissbrauchsverfügung aufgegeben, die Durchschnittserlöse aus der Belieferung von Endkunden mit Trinkwasser pro Kubikmeter abgegebenen Trinkwassers für die Jahre 2012 bis 2015 auf einen genau bezeichneten Höchstbetrag zu begrenzen.

Gegen die Verfügung wurde form- und fristgerecht Beschwerde eingelegt. In der umfassenden Beschwerdeschrift wurden neben den zivilrechtlichen und verfassungsrechtlichen Fragen der Anwendbarkeit insbesondere auch grundlegende technische und betriebswirtschaftliche Fragen der Wasserwirtschaft erörtert. Unbeschadet der Argumente der fehlenden Anwendbarkeit kartellrechtlicher Preismissbrauchsvorschriften auf die Wassertarife der Berliner Wasserbetriebe führen auch die dargestellten und mit Zahlen untersetzen Unterschiede zu den Vergleichsunternehmen nach Ansicht der Berliner Wasserbetriebe zur vollständigen Rechtfertigung der Preisdifferenz.

Die Berliner Wasserbetriebe unterliegen bereits einem eigenen, öffentlich-rechtlichen Missbrauchsregime. Aus diesem Grunde bedarf es nach Auffassung der Berliner Wasserbetriebe einer zusätzlichen kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht nicht. Wie der Bundesgerichtshof diese Frage nach seinen jüngsten Beschlüssen beurteilen könnte, ist jedoch offen.

Sollte es zu einer Anwendbarkeit der Preismissbrauchsvorschriften auf die Wassertarife der Berliner Wasserbetriebe und im Ergebnis des Kartellverwaltungsverfahrens zu einer signifikanten Tarifsenkung kommen, könnte dies eine negative Auswirkung auf die Ertragslage der Berliner Wasserbetriebe haben.

Gemäß der vorliegenden Preissenkungsverfügung muss für das Jahr 2012 im Jahr 2013 eine Erstattung der vermeintlichen Erlösüberhöhung an die Kunden erfolgen. Diese Erstattung erfolgt mittels Gutschriften und steht unter dem Vorbehalt der gerichtlichen Entscheidung im Beschwerdeverfahren gegen die Preissenkungsverfügung. Die Erlösüberhöhung beträgt für das Jahr 2012 59,2 Mio. € und kann aus rechtlicher Sicht im Fall des Obsiegens im Beschwerdeverfahren zurückgefordert werden. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit den Umsetzungsforderungen des Bundeskartellamts.

Prognosebericht

Für die Ergebnisvorausschau auf das Geschäftsjahr 2013 wurden folgende operative und strategische Prämissen zugrunde gelegt.

Tarifentwicklung 2013/2014 und Folgejahre

Die Wirtschaftsplanung und die Tarifkalkulation 2013/2014 wurden im Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe in der Sitzung am 6. Dezember 2012 behandelt und beschlossen. Die Planung geht von einer zweijährigen Kalkulationsperiode aus. Die aktuellen Frischwasser- und Schmutzwassertarife gelten weiterhin bis zum 31. Dezember 2014.

Bis zum Jahr 2018 wird für Frischwasser ein nahezu unveränderter Tarif unterstellt. Im Bereich Schmutzwasser gehen die Berliner Wasserbetriebe von einer Tarifabsenkung, durch den Rückkauf des Klärwerkes Waßmannsdorf zum 31.Dezember 2013, aus.

Die Tarifgenehmigungsbehörde hat die Tarife für die Jahre 2013/2014 vorläufig genehmigt. Mögliche Anpassungen aus der Verfügung des Bundeskartellamtes wurden nicht berücksichtigt.

Mengenrückgang setzt sich fort

Für den Wasserverkauf in Berlin wird für 2013 ein Ansatz von rund 187,8 Mio. m³ unterstellt. Dieser liegt witterungsbedingt leicht über dem Ergebnis des Berichtsjahres: Im Jahr 2013 wird ein normaler Witterungsverlauf unterstellt, während das Jahr 2012 von einem verregneten Sommer gekennzeichnet war. Schwankungen in den Sommermonaten sind nicht vorhersehbar. In den folgenden Jahren wird mit einem weiteren Rückgang gerechnet. Er spiegelt den bundesweiten Trend rückläufigen Wasserabsatzes wider. Für die Verträge mit unseren Partnern aus Brandenburg gehen die Prognosen von einer ansteigenden Entwicklung mit 3,8 bis 4,6 Mio. m³ (Trinkwasser) bzw. 25,8 bis 29,2 Mio. m³ (Schmutzwasser) aus.

Investitionen vorrangig in Netze

Der größte Anteil des Investitionsvolumens fließt in die Erneuerung und Erweiterung der Netzinfrastruktur aus Rohren und Kanälen. Im Zeitablauf nehmen die Anteile der Erweiterungsinvestitionen insbesondere im Zuge der Resterschließungen im Kanalisationsnetz weiter ab und die Sanierungsinvestitionen steigen deutlich an. Dazu kommen in den nächsten Jahren verstärkt Investitionen in die Substanzerhaltung des im Jahr 2013 von den Berliner Wasserbetrieben planmäßig zurück zu kaufenden Klärwerks Waßmannsdorf. Bei den Investitionen stehen die Erhaltung der Funktionsfähigkeit sowie der Substanzerhalt der Anlagen und Netze im Zusammenhang mit den hohen Ver- und Entsorgungsstandards für die Kunden der Berliner Wasserbetriebe im Vordergrund. Im Jahr 2013 wird sich das eigenfinanzierte Investitionsvolumen über dem Niveau von 2012 bewegen, wovon über 65 % auf den Entwässerungsbereich entfallen.

Wirtschaftliche Entwicklung – Ergebnis über Vorjahresniveau

Das Jahr 2012 ist bei den Berliner Wasserbetrieben vor allem geprägt durch die Berücksichtigung der Verfügung des Bundeskartellamtes. Die Berliner Wasserbetriebe gehen davon aus, dass aufgrund der speziellen landesrechtlichen Regelungen kartellrechtliche Preismissbrauchsvorschriften auf die Wassertarife der Berliner Wasserbetriebe nicht anwendbar sind. Aus diesem Grund ist der Effekt im Rahmen der Planung für das Jahr 2013 nicht abgebildet, was zu einer erheblichen Ergebnisverbesserung im Vergleich zum Jahr 2012 und gegenüber dem Plan 2013 führen würde. Nach dem Jahr 2013 wird in den Folgejahren das Ergebnis stabil auf dem Niveau von 2013 bleiben.

Auch nach Eingang und Prüfung der Verfügung verbleibt es bei den bekannten rechtlichen und wasserwirtschaftlichen Grundsatzfragen. Nach wie vor bleibt als erstes die entscheidende Frage, ob die Bestimmungen des kartellrechtlichen Missbrauchsverfahrens überhaupt anwendbar sind. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die Vergleichsunternehmen zutreffend ausgewählt wurden. Schließlich gibt es eine Reihe von Besonderheiten im Unterschied zu den Vergleichsunternehmen, die überwiegend den vom Bundeskartellamt festgestellten Preisunterschied rechtfertigen. Die mit dem Verfahren aufgeworfenen Rechtsfragen sind vielfach durch die Rechtsprechung noch nicht geklärt. Sie bilden Grundsatz- und Präjudizfragen, an denen sich entscheiden wird, ob und inwieweit die Verfügung des Bundeskartellamts bestehen bleibt.

Sollten diese Fragen nicht im Sinne der Berliner Wasserbetriebe geklärt werden, würde sich das Ergebnis der Berliner Wasserbetriebe aufgrund der Verfügung des Bundeskartellamtes verschlechtern.

Berlin, 28. Januar 2013

Berliner Wasserbetriebe

Simon Bruckmann Dr. Grunwald Schmidt

Berliner Wasserbetriebe · 10864 Berlin

Vorstand
Telefon +49.30.8644-6300
Fax +49.30.8644-6305
www.bwb.de

Hausanschrift
Neue Jüdenstraße 1
10179 Berlin

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG

VON AUFSICHTSRAT UND VORSTAND ZU DEN EMPFEHLUNGEN DES CORPORATE GOVERNANCE KODEX DER BERLINER WASSERBETRIEBE AÖR

(1) Die Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, werden den Empfehlungen des vom Aufsichtsrat beschlossenen und auf der Webseite der Gesellschaft bekannt gemachten Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe in der derzeit gültigen Fassung vom 04.03.2010 entsprechen und haben den Empfehlungen seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung am **29.02.2012** entsprochen, mit Ausnahme der unter Punkt 2 genannten Abweichung.

(2) Die Abweichung vom Kodex ist im Folgenden vollständig benannt:
Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten gemäß Berliner Betriebe-Gesetz ausschließlich eine feste Vergütung, deren Höhe im Anhang zum Jahresabschluss aufgeführt ist. Eine gesonderte Vergütung der Ausschusstätigkeit wurde nicht vorgenommen (Kodex Ziffer 5.4.4).

Berlin, den 25. Februar 2013

Für den Aufsichtsrat

Senatorin Cornelia Yzer
Aufsichtsratsvorsitzende

Für den Vorstand

Jörg Simon
Vorstandvorsitzender

Frank Bruckmann
Mitglied des Vorstandes

Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorstand: Jörg Simon (Vorsitzender), Frank Bruckmann, Dr.-Ing. Georg Grunwald, Norbert Schmidt, Vorsitzende des Aufsichtsrates: Senatorin Cornelia Yzer

Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg
Registernummer: HRA 30951
USt-IdNr. DE136630247

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
BLZ 100 500 00 · Konto-Nr. 0 990 007 200
SWIFT - BIC BELADEBEXXX
IBAN DE58 1005 0000 0990 0072 00

Anhang zur Entsprechungserklärung 2012/2013
zum Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Aufsichtsrates und Vorstand
I. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat		
I. 1 CGK BWB	• Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch den Vorstand • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten	Vorstand und Aufsichtsrat haben eng zusammengearbeitet. Alle erforderlichen Informationen und Kenntnisse, die für eine sachgerechte Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlich sind, wurden dem Aufsichtsrat gegenüber offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I. 2 CGK BWB	• Sitzungen des Aufsichtsrates	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen in der Regel unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten.
I. 3 CGK BWB	• Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch den Vorstand • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschließlich Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat	Der Vorstand hat die strategische Ausrichtung der Berliner Wasserbetriebe mit dem Aufsichtsrat abgestimmt und ist seinen Berichtspflichten über den Umsetzungsstand regelmäßig in schriftlicher Form nachgekommen. Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung gemäß Satzung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt bzw. den Aufsichtsrat darüber unterrichtet.
I. 4 CGK BWB	• Bericht des Vorstandes an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen	Der Vorstand ist der durch den Aufsichtsrat festgelegten Berichtspflicht regelmäßig, zeitnah und umfassend und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend und entsprach der Frist gemäß der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates. Soll/Ist-Vergleiche und Gründe von Abweichungen wurden dem Aufsichtsrat quartalsweise plausibel und nachvollziehbar schriftlich dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.
I. 5 CGK BWB	• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes und Aufsichtsrates	Vorstand und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes bzw. Aufsichtsrates gewahrt.

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Aufsichtsrat und Vorstand
	• D&O-Versicherung für Vorstand und Aufsichtsrat	D&O-Versicherungen sind mit Selbstbehalt für Vorstand und Aufsichtsrat abgeschlossen worden.
II. Vorstand		
II. 1 CGK BWB	• Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance) • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen	Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung und hat im Interesse des Unternehmens gedient und an dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet. Das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen. Ein Compliance-Management-System ist implementiert worden. Die Risiken aus Compliance-Verstößen sowie andere Unternehmensrisiken wurden im Rahmen des Risikomanagementsystems beurteilt und von Vorstand und Aufsichtsrat eingehend behandelt. Dem Aufsichtsrat wird jährlich der Compliance-/Risikobericht vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat den Vorstand vor dem Hintergrund eines Compliance-Verstoßes eines Vorstandsmitgliedes mit der Prüfung und Überarbeitung der internen Regelungen hinsichtlich der Genehmigung und Abrechnung von Leistungen der Unternehmensgruppe für ausbildungsrelevante, gemeinnützige und soziale Projekte beauftragt und dies zur Beschlussfassung dem Aufsichtsrat vorzulegen (siehe auch Ziffer IV. 2).
II. 2 CGK BWB	• Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand • Festlegung Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen	Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Es wurde ein Vorsitzender des Vorstandes bestimmt. Eine Beschlussmehrheit wurde festgelegt.
II. 3 CGK BWB	• Vergütungsregelungen für die Mitglieder des Vorstandes • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder des Vorstandes • Veröffentlichung der Einzelvergütung • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap	Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einem fixen Jahresgehalt und einer variablen Erfolgsvergütung zusammen. Für die erfolgsabhängige Vergütung werden jährlich Zielvereinbarungen getroffen. Die Zielvorgaben wurden vom Personalausschuss unter Mitwirkung des Vorstandes festgelegt. Die Vorsitzende des Aufsichtsrates hat die Gewährträgerversammlung über die Grundzüge des Vergütungssystems informiert. Die variable Erfolgsvergütung wird für das abgelaufene Geschäftsjahr nach Feststellung des Jahresabschlusses durch den Wirtschaftsprüfer nach Maßgabe der erfüllten Zielvorgaben und der Gesamtperformance durch den Personalausschuss festgelegt. Bei der Bewertung wird berücksichtigt, dass alle Mitglieder des Vorstandes neben ihrer Tätigkeit bei den Berliner Wasserbetrieben auch dem Vorstand der Berlinwasser Holding AG angehören, folglich eine Doppelfunktion erfüllen.

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Aufsichtsrat und Vorstand
		Die Vergütung wird unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder festgelegt. Die jährliche Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder wird im Anhang zum Jahresabschluss individuell ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2012 sind keine Abfindungen an Mitglieder des Vorstandes gezahlt worden.
III. Aufsichtsrat		
III. 1 CGK BWB	• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat; ggf. weitere Zustimmungsbindungen • Geschäftsordnung des Aufsichtsrates	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach Maßgabe der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe wahrgenommen. Er beriet und überwachte den Vorstand bei der Leitung der Berliner Wasserbetriebe. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die Berliner Wasserbetriebe einbezogen bzw. informiert und hat über Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung für das Unternehmen beschlossen. Der Aufsichtsrat hat in 2007 beschlossen, dass die Beauftragung von Beratungsleistungen sowie der Abschluss von Honorarverträgen mit einem Wert von mehr als 500 Tsd. Euro der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung, die in der Fassung vom 4. März 2010 vorliegt.
III. 2 CGK BWB	• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstandes; Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis	Gemäß § 11 Abs. 8 Berliner Betriebe-Gesetz steht dem Personalausschuss Entscheidungsbefugnis über den Abschluss, die Änderung und die Beendigung von Verträgen und Nebenabreden mit Mitgliedern des Vorstandes zu. Im Berichtszeitraum erfolgte kein Abschluss und keine Änderung der Vorstandsverträge. Die vom Aufsichtsrat getroffene Festlegung zur Altershöchstgrenze des Eintrittsalters von 63 Lebensjahren für Vorstandsmitglieder wurde eingehalten.
III. 3 CGK BWB	• Zusammenarbeit Vorstand/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse • Unterrichtung des Aufsichtsrates über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen	Zwischen der Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Vorstand hat die Aufsichtsratsvorsitzende über alle wichtigen Angelegenheiten fortlaufend unterrichtet. Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung haben zwei außerordentliche Aufsichtsratssitzungen stattgefunden. Der Aufsichtsrat wurde über die Aufsichtsratssitzungen hinaus über wichtige Ereignisse informiert.
III. 4 CGK BWB	• Ausschüsse des Aufsichtsrates; Besetzung und Entscheidungskompetenzen	Der Aufsichtsrat hat zur Steigerung seiner Effizienz folgende Ausschüsse gebildet: Wirtschafts- und Prüfungsausschuss sowie einen Personalausschuss.

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Aufsichtsrat und Vorstand
		Die Aufsichtsratsvorsitzende war nicht Vorsitzende des Wirtschafts- und Prüfungsausschusses; Vorsitzender war auch kein ehemaliges Mitglied des Vorstandes.
III. 5 CGK BWB	• Wahrnehmung der Aufgaben der Mitglieder des Aufsichtsrates • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates	Dem Aufsichtsrat gehören Mitglieder mit vertieften Kenntnissen im Bereich Finanz- und Rechnungswesen an; ehemalige Mitglieder des Vorstandes gehören dem Aufsichtsrat nicht an. Der Aufsichtsrat hat eine Altershöchstgrenze für die Mitglieder des Aufsichtsrates festgelegt. Danach sollten bei Wahlvorschlägen in der Regel keine Personen berücksichtigt werden, die im Zeitpunkt der Wahl das 70. Lebensjahr überschritten haben. Die festgelegte Regelalternsgrenze wurde beachtet. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt, wobei die Unternehmen der RWE- und der Veolia-Gruppe nicht als Wettbewerber in diesem Sinne zu betrachten sind. Die Vergütung des Aufsichtsrates wurde durch die Gewährträgerversammlung festgelegt. Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder beinhaltet eine feste Vergütungskomponente, deren Höhe im Anhang des Jahresabschlusses individuell aufgeführt ist. Vorsitz und stellvertretender Vorsitz wurden entsprechend berücksichtigt. Eine gesonderte Vergütung der Ausschusstätigkeit wurde nicht vorgenommen. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.
III. 6 CGK BWB	• Vorlage der Zielvereinbarung	Die zwischen Aufsichtsrat und Vorstand abgestimmte Zielvereinbarung für das Jahr 2012, die Gehaltsstruktur von fixen und variablen Gehaltsbestandteilen sowie die Auswertung der für das Jahr 2011 abgeschlossenen Zielvereinbarung wurde dem Gewährträger zur Kenntnis gegeben.
III. 7 und 8 CGK BWB	• Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates	Es hat ein Aufsichtsratsmitglied an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Die abwesenden Aufsichtsratsmitglieder hatten die Möglichkeit, an den Beschlussfassungen des Aufsichtsrates oder seiner Ausschüsse durch die Überreichung schriftlicher Stimmabgaben teilzunehmen. Der Aufsichtsrat befasst sich regelmäßig (alle zwei Jahre) mit der Effizienz seiner Tätigkeit; zuletzt im Dezember 2012.

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Aufsichtsrat und Vorstand
IV. Interessenkonflikte		
IV. 1 CGK BWB	• Wettbewerbsverbot für Mitglieder des Vorstandes • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung des Vorstandes	Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten der Berliner Wasserbetriebe bekannt geworden.
IV. 2 CGK BWB	• Wahrung des Unternehmensinteresses • Persönliche Interessen	Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt. Aufgrund einer anonymen Anzeige gegen ein Vorstandsmitglied hat der Personalausschuss der Berliner Wasserbetriebe einen externen Compliance-Ermittler zur Aufklärung des Sachverhalts einer möglichen mangelnden Trennung dienstlicher und privater Interessen und eine Anwaltskanzlei mit der Beratung hinsichtlich des weiteren rechtlichen Vorgehens beauftragt. Auf Vorschlag des Personalausschusses hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 13. Februar 2013 eine Abmahnung des betroffenen Vorstandsmitglieds beschlossen. Auf Vorschlag des Personalausschusses hat der Aufsichtsrat weiterhin den Vorstandsvorsitzenden beauftragt zu prüfen, ob im Ergebnis der Ermittlung Änderungen im Compliance-Managementsystem erforderlich werden und betriebsinterne Regelungen vor allem hinsichtlich der Genehmigung und Abrechnung von Leistungen der Unternehmensgruppe für ausbildungsrelevante, gemeinnützige und soziale Projekte zu erarbeiten und dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
IV. 3 und 4 CGK BWB	• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates	Dem Aufsichtsrat und Vorstand ist ein Interessenkonflikt eines Vorstandsmitgliedes im Zusammenhang mit einem Compliance-Verstoß (siehe Ziffer IV. 2) bekannt geworden. Der Interessenskonflikt wird der Gewährträgerversammlung mitgeteilt.
IV. 5 CGK BWB	• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene des Vorstandes • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrates	Geschäfte mit den Berliner Wasserbetrieben durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen lagen nicht vor. Es wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit den Berliner Wasserbetrieben abgeschlossen. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Aufsichtsrat und Vorstand
IV. 6 CGK BWB	• Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Vorstandes	Die Vorstandsmitglieder haben Nebentätigkeiten ausgeübt, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Vorstandsmitglieder der Berliner Wasserbetriebe stehen. Diese Nebentätigkeiten wurden der Aufsichtsratsvorsitzenden zur Zustimmung vorgelegt. Die Aufsichtsratsvorsitzende hat über die Genehmigung von Nebentätigkeiten im Aufsichtsrat berichtet. Darüber hinaus wird dem Aufsichtsrat jährlich eine aktuelle Übersicht aller Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder zur Kenntnis gereicht.
IV. 7 GGK BWB	• Gewährung von Krediten an Mitglieder des Vorstandes und an Mitglieder des Aufsichtsrates und Angehörige	Den Mitgliedern des Vorstandes und den Mitgliedern des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt. Arbeitnehmervertreter/innen der Berliner Wasserbetriebe im Aufsichtsrat sind gemäß dem Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe von der Regelung ausgenommen; ihnen werden die den übrigen Beschäftigten eingeräumten Konditionen gewährt.
V. Transparenz		
V. 1 und 2 CGK BWB	• Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf • Informationen über das Unternehmen im Internet	Der Aufsichtsrat wurde über Tatsachen im Tätigkeitsbereich der Berliner Wasserbetriebe, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, unverzüglich unterrichtet. Unternehmensinformationen (z. B. der Geschäftsbericht) wurden auch über Internet unter www.berlinerwasserbetriebe.de veröffentlicht.
VI. Rechnungslegung		
VI. 1 bis 3 CGK BWB	• Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (45 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen • Erörterung Zwischenberichte	Der Jahresabschluss wurde entsprechend den rechtlich anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Sämtliche Fristen zur Veröffentlichung von Abschlüssen wurden im Berichtsjahr eingehalten. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen der Berliner Wasserbetriebe auf. Die Berliner Wasserbetriebe unterrichten den Gewährträger durch Zwischenberichte (Quartalsberichte).

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Aufsichtsrat und Vorstand
VII. Abschlussprüfung		
VII. 1 CGK BWB	• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe	Der Abschlussprüfer hat seine Unabhängigkeit gegenüber dem Prüfungsausschuss erklärt und bestätigt. Die Erklärung enthielt ferner Angaben zu allen vom Abschlussprüfer in 2012 erbrachten Leistungen; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Es wurde vereinbart, dass Abschluss- und Befangenheitsgründe, die während der Prüfung auftreten könnten, unverzüglich der Aufsichtsratsvorsitzenden gemeldet werden; der Abschlussprüfer hat im Berichtsjahr keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
VII. 2 CGK BWB	• Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung	Der Aufsichtsrat hat nach einem europaweiten Ausschreibungsverfahren, in Abstimmung mit dem Rechnungshof von Berlin, der Gewährträgerversammlung den zu bestellenden Abschlussprüfer vorgeschlagen und mit der Bestellung die Honorarvereinbarung getroffen.
VII. 3 CGK BWB	• Unterrichtung des Aufsichtsrates durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe ergeben	Es gab keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, über die der Abschlussprüfer den Aufsichtsrat hätte unterrichten müssen. Der Abschlussprüfer hat bestätigt, über alle für den Aufsichtsrat wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich zu berichten. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe ergeben.
VII. 4 CGK BWB	• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss	Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 2011 teilgenommen und hat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Er wird auch an den Beratungen für den Jahresabschluss 2012 teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

Aufteilung der Aufsichtsratsvergütung 2012 der Berliner Wasserbetriebe (§ 18 BerlBG)

Die Vergütung des Aufsichtsrates der Berliner Wasserbetriebe wird gemäß § 14 Berliner Betriebegesetz durch die Gewährträgerversammlung festgesetzt. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste Vergütung in Höhe von 5.100,00 EUR. Der Vorsitzende erhält das Doppelte, der Stellvertreter das Eineinhalbfache dieses Betrages. Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehört haben, erhalten eine der zeitlichen Dauer ihres Amtes entsprechend geringere Vergütung. Die Gesellschaft hat für die Mitglieder des Aufsichtsrates für ihre Tätigkeit eine D&O-Versicherung in gebotenem Umfang abgeschlossen. Die Tätigkeit in Ausschüssen des Aufsichtsrates wird nicht gesondert vergütet. Darüber hinaus enthält das Vergütungssystem des Aufsichtsrates keine Gewinnbeteiligungen, Versicherungsentgelte, Zulagen, Abfindungen, Provisionen oder Nebenleistungen jeder Art als auch keine Ruhegehälter. Im Rahmen der bestehenden Richtlinien der Berliner Wasserbetriebe wurden Aufsichtsratsmitgliedern - jenseits der Organfunktion - als Arbeitnehmer der Gesellschaft Vorschüsse und Kredite gewährt.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für das Geschäftsjahr folgende individuelle Gesamtvergütung (*):

Mitglieder des Aufsichtsrates	Aufwandsentschädigung (Fixe Vergütung in €)
Cornelia Yzer	1.978,69
Sybille von Obernitz	6.660,66
Michel Cunnac	4.640,16
Philippe Guitard	5.100,00
Dr. Ulrich Nußbaum	4.779,51
Ingeborg Neumann	5.100,00
Ephraim Gothe	4.779,51
Christiane Hotz-Firlus	292,62
Doro Zinke	431,97
Axel Ensinger	473,77
Ralf Zimmermann	4.222,13
Dr. Knut Zschiedrich	4.222,13
Lutz Neetzel	7.650,00
Andreas Bockelmann	5.100,00
Veronika Peters	4.668,03
Roland Jäschke	5.100,00
Heinz Kielies	5.100,00
Karsten Malareck	5.100,00
Angela Mentzel	5.100,00
Sabine Thonke	5.100,00

* Ausweis der Beträge ohne Umsatzsteuer

Berliner Werkstätten für Behinderte Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BWB)

LAGEBERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS 2012

A. Geschäftsverlauf des Unternehmens

1. Entwicklung der Branche

Die Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung GmbH (BWB) bewegt sich wie jede andere Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) im Spannungsfeld zwischen sozialem Anspruch und produktiver Effektivität. So sind für die Entwicklungen in der Branche beide Bereiche zu betrachten.

Den größten Teil ihrer Umsätze erwirtschaftet die BWB durch die Leistungsentgelte für Maßnahmen zur beruflichen Bildung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung. In Berlin und der näheren Umgebung stehen Menschen mit Behinderung, die nicht im allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können, eine Vielzahl von Angeboten zur Verfügung. Daher ist es sehr erfreulich, dass die BWB auch im Jahr 2012 die Zahl ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insgesamt steigern konnte, von 1.584 (Stichtag 31.12.2011) auf 1.600 zum Stichtag 31.12.2012. Die BWB blieb damit eine der größten Werkstätten in Berlin und konnte sich mit einem stark ausdifferenzierenden Angebot behaupten. Die BWB orientiert sich dabei konsequent an der Arbeitswelt und bietet damit den Mitarbeitern einen durchlässig konzipierten Weg, ihre persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten auszuschöpfen.

Die Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung in einer WfbM wurden auch weiterhin Gruppen eröffnet, die diesen Weg bislang nicht oder noch nicht wahrgenommen haben. Eine dieser Gruppen bilden beispielsweise Menschen mit erworbenen Hirnschädigungen, die erst langsam eine WfbM als Möglichkeit wahrnehmen, den Wiedereinstieg in eine sinnvolle Beschäftigung zu vollziehen. Hier hat die BWB in den letzten Jahren ein stabiles und stark nachgefragtes Angebot etabliert. Das Konzept einer *Kultursensiblen Werkstatt*, das sich gezielt an Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung wendet, ist nach drei Jahren fester Bestandteil der BWB und wurde im Laufe des Geschäftsjahres mit der Steigerung des Umfangs der interkulturellen Maßnahmen weiter ausgebaut.

Auch die Durchlässigkeit des Förderbereichs in Bezug auf die Orientierung zur Werkstatt wurde konsequent weiterverfolgt. So wurde an allen Förderbereichsstandorten das Konzept der arbeitsorientierten Beschäftigung/Förderung ausgebaut. Die „Werkstattorientierten Gruppen“ sind in ihrer theoretischen und praktischen Ausrichtung am Bildungsangebot des Berufsbildungsbereichs gekoppelt. Im Berichtszeitraum konnten 2 Betreute in das Eingangsverfahren des Berufsbildungsbereichs der BWB übergeleitet werden.

Einer der wesentlichen Kostenträger der Werkstattleistungen für Menschen mit Behinderung, der örtliche Sozialhilfeträger, hat zum Beginn des Jahres 2012 eine Anpassung des Leistungsentgelts nach oben vorgenommen, um den steigenden Kosten – insbesondere für Personal – zu entsprechen. Darüber hinaus wurden seit 1. Juli 2012 die Leistungsentgelte für diejenigen Maßnahmenteilnehmer im Arbeits- und Förderbereich reduziert, die nicht die volle Wochenarbeitszeit (unter 30 Std/Woche) in der Werkstatt beschäftigt sind. Die BWB wird sich – wie andere WfbM – auf diese Veränderungen einstellen.

Die Umsätze aus Produktion sind im Vergleich zum Vorjahr um 7 % zurückgegangen. Das durchschnittliche Entgelt konnte dadurch und bei gleichzeitigem Anstieg der Mitarbeiterzahlen im Arbeitsbereich nicht auf Vorjahresniveau gehalten werden. Es beträgt € 149,60. (vgl. 152,49 € 2011).

2. Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Geschäftsjahr 2012 auf T € 3.943. Hierbei entfielen T € 130 auf Erlöse aus der Vermietung von Wohnungen. Der Gesamtumsatz des Produktionsbereiches erreichte T € 3.813 und verringerte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 7 %. Der Umsatzrückgang resultiert hauptsächlich aus Aufträgen der Bereiche Metall und Montagen sowie Kfz-Montagen und wurde verursacht durch die zögernde Vergabe von Aufträgen und durch das teils deutlich geringere Auftragsvolumen einzelner umsatzstarker Industriekunden.

.

Die Einnahmen aus Rehabilitationsleistungen stiegen insgesamt im Berichtsjahr um 4,1 %. Das führte zu insgesamt rund T € 756 mehr Einnahmen aus Rehabilitationsleistungen für das Geschäftsjahr 2012 (siehe Position 2.a und 2.b der GuV, S. 11). Dazu trugen die Einnahmen aus Rehabilitationsleistungen für den Arbeits- und Förderbereich mit einer Steigerung um 5,7 % auf T € 16.245 bei. Dies konnte aufgrund der höheren Belegung der Plätze und der Erhöhung der Leistungsentgelte erreicht werden. Die Einnahmen aus Rehabilitationsleistungen für den Berufsbildungsbereich sanken hingegen um 4,4 % auf T € 2.282. Dies resultiert aus einer geringeren durchschnittlichen Belegung der Plätze im Vergleich zum Vorjahr.

3. Investitionen

Die Investitionen wurden in Höhe von T € 1.068 vorgenommen. Die durchgeführten Investitionen dienten der Verbesserung der Ausstattung der BWB und steigerten sowohl die Qualität der Betreuungsleistungen als auch die der Produktion und der Dienstleistungen. Zu den wesentlichen Hauptinvestitionen zählten die Anschaffung bzw. die Ersatzbeschaffung von Maschinen in der Metallbearbeitung und der Holzwerkstatt, die Anschaffung eines PKW's für den GaLa-Bau

und die Ersatzbeschaffung einer LKW-Zugmaschine mit Anhänger sowie die Anschaffung der Softwarelizenzen zur Einführung der neuen Softwarelösung der Personalwirtschaft.

4. Personalbereich

Zum Stichtag 31.12.2012 wurden 182 (zum Stichtag 2011: 181) Mitarbeiter mit Behinderung im Berufsbildungsbereich betreut. 1.281 Mitarbeiter mit Behinderung wurden am 31.12.2012 in den verschiedenen Produktionsbereichen beschäftigt (zum Stichtag 2011: 1.263). 137 Betreute wurden insgesamt am 31.12.2012 im Förderbereich der BWB (zum Stichtag 2011: 137) betreut, davon 57 in der Fördergruppe BWB-Steglitz, 38 in der Fördergruppe BWB-Wedding und 42 in der Fördergruppe BWB-Marzahn.

Die Anzahl des Stammpersonals war zum 31.12.2012 mit 325 Personen am Ende des Geschäftsjahres um 8 Stellen höher als im Vorjahr. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl lag bei 306 (Vorjahr 291). Auf der Grundlage von Personalgestellungsverträgen für die Förderbereiche BWB-Wedding und BWB-Steglitz waren im Durchschnitt 5 Personen beschäftigt (Vorjahr 5).

Da die BWB für die Betreuung und Begleitung der Maßnahmeteilnehmer/innen in der BWB ausreichend Personal (Gruppenleitungen und Mitarbeitende im Begleitenden Dienst) vorhalten muss, steigt mit der Mitarbeiterzahl auch die Zahl der Mitarbeiter/innen im Stammpersonal. Darüber hinaus wurden im Zusammenhang mit Industrieaufträgen benötigte Produktionshelfer beschäftigt, deren Lohn aus den Umsätzen refinanziert wurde. Die Personalkosten stiegen entsprechend um 3%. Bezogen auf die Personalkosten je Betreuten betrug die Steigerung 0,7%. Es besteht weiterhin die Problematik, dass die Personalkosten für Betreuungspersonal (Gruppenleitungen und Mitarbeitende im Begleitenden Dienst) nicht vollständig aus den Personalkostenanteilen der Leistungsentgelte refinanziert werden.

5. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2012 war Frau Dr. Gabriele Rössler vom 01.01.2012 bis 20.07.2012 alleinige Geschäftsführerin der BWB. Am 20.07.2012 übernahm Frau Manuela Sperwien die Geschäftsführung der BWB. Damit endete die Geschäftsführungstätigkeit Frau Dr. Gabriele Rösslers zum 20.07.2012. Mit der Besetzung der Geschäftsführung ist die kontinuierliche Weiterentwicklung der BWB entsprechend des Unternehmenskonzeptes und den Unternehmensleitlinien sichergestellt.

Zum April 2012 änderte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Zulassungsvoraussetzungen zur Durchführung der beruflichen Bildung für die WfbMs. Die Werkstätten mussten sich mit einer Übergangsfrist bis zum Ende 2012 von externer fachkundiger Stelle nach der „Akkreditierungs- und Zertifizierungsverordnung (AZAV)“ zertifizieren lassen. Die BWB kam bereits im Juli 2012 - als erste Werkstatt in Berlin - dieser Anforderung nach und konnte in der Region Berlin die Berechtigung zur Durchführung personenbezogener Dienstleistungen nach dem Recht der Arbeitsförderung erlangen.

Das 50. Firmenjubiläum wurde am 07.August 2012 mit rund 1.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Stammpersonal, Kunden und Partnern aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung im stillgelegten Hangar des Flughafens Tempelhof gefeiert.

Im Herbst 2012 wurden die sogenannten BWB-Sonderverträge auf die Anbindung an das 2011 in Kraft getretenen Entgeltsystem der BWB umgestellt und es konnte eine einheitliche Urlaubsentgeltregelung für alle nicht metalltariflich gebundenen Verträge getroffen werden.

Ein Schwerpunkt der BWB ist es, mit geeigneten Maßnahmen den Übergang behinderter Mitarbeiter auf den 1. Arbeitsmarkt zu fördern. Der Bereich Integrationsmanagement betreut hierzu Mitarbeiter auf ausgelagerten Werkstattarbeits- und Praktikumsplätzen, führt Informations- und Beratungsgespräche mit interessierten Mitarbeitern, Eltern und Betreuer oder potentiellen Arbeitgebern und führt spezielle Qualifizierungsmaßnahmen zur Vorbereitung auf den ersten Arbeitsmarkt durch. Im Berichtszeitraum konnten 7 Mitarbeiter auf den ersten Arbeitsmarkt übergeleitet werden.

Um dem wachsenden Interesse von zum Teil langjährigen Mitarbeitern der BWB, sich auf dem ersten Arbeitsmarkt auszuprobieren, auch in der Zukunft gerecht zu werden, wurden geeignete Räumlichkeiten benötigt. In 2012 konnte in zentraler Lage in der Friedrichstraße eine geeignete und barrierefreie Anlaufstelle in Abstimmung mit den Genehmigungsbehörden angemietet und ausgebaut werden. In 2013 wird dort der Regelbetrieb aufgenommen.

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2012 hat der langjährige Betriebsleiter des Werkstattstandortes Südwest der BWB, Herr Wolfgang Braasch, seine Tätigkeit beendet. In einem mehrstufigen Verfahren wurde für die Nachfolge Herr Wilfried Focke ausgewählt. Die BWB hat mit ihm eine Führungskraft gewonnen, die Erfahrungen in der beruflichen Bildung und Förderung Jugendlicher mit Lernbehinderung aufweisen kann.

Die Regeln des Risikomanagementsystems wurden beachtet. Die Berichterstattungen der Bereichsverantwortlichen an das Risikomanagement-Komitee erfolgten vierteljährlich. Das Risikomanagement-Komitee tagte regelmäßig zusammen mit der Geschäftsführerin und analysierte die Risiko-

berichte. Die Berichte zum Risikofrüherkennungssystem werden mittels eines EDV-gestützten Reporting Systems erstellt.

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Vermögenslage der BWB im Geschäftsjahr konnte stabil gehalten werden. Die Verbindlichkeiten gingen insgesamt zurück, die langfristigen Verbindlichkeiten um 11 %, die kurzfristigen Verbindlichkeiten um 15 %.

2. Finanzlage

Am Bilanzstichtag standen der BWB langfristige Mittel in Höhe von Mio.€ 17,4 zur Verfügung, davon als Fremdkapital Mio.€ 0,28 (1,6 %). Der Sonderposten für mit Zuschüssen finanziertes Anlagevermögen ist um Mio.€ 5,2 niedriger als das Eigenkapital.

Der Bestand des Umlaufvermögens überstieg am Bilanzstichtag die kurzfristigen Verbindlichkeiten einschließlich der Rückstellungen um rd. Mio.€ 4.

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme betrug 56,6 %, bei Einbeziehung des Sonderpostens für mit Zuschüssen finanziertes Anlagevermögen 87 %.

3. Ertragslage

Die Ertragslage war von sinkenden Einnahmen aus Umsatzerlösen und steigenden Einnahmen aus Rehabilitationsleistungen und leicht sinkenden betrieblichen Aufwendungen geprägt. So verringerten sich die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um T € 310. Die Einnahmen aus Rehabilitationsleistungen und sozialer Sicherheit stiegen im Vergleich zum Vorjahr durch eine höhere Anzahl von Mitarbeitern mit Behinderung und einer Leistungsentgelterhöhung um T € 828.
Die betrieblichen Aufwendungen blieben mit T € 132 unter dem Vorjahreswert. Sie waren insbesondere durch höhere Personalaufwendungen und den einmaligen Ausgaben für die Durchführung der Jubiläumsfeier „50 Jahre BWB“ beeinflusst. Zum 31.12.2012 beträgt der Jahresüberschuss T € 1.

C. Hinweise auf wesentliche Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Kurzfristig wird für die BWB keine Bestandsgefährdung erkennbar.

Zur Situation von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) wird davon ausgegangen, dass aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren die Nachfrage nach WfbM-Plätzen in Berlin nicht mehr wesentlich steigt. Andererseits ist ein steigender Bedarf spezieller Zielgruppen, wie z. B. der Personenkreis mit seelischen Erkrankungen, zu verzeichnen. Hinzu kommt die immer stärkere Diskussion darüber, inwieweit eine Werkstatt für behinderte Menschen ein Angebot ist, dass im Sinne der Behindertenrechtskonvention als inklusiv bezeichnet werden kann.

Die BWB wird sich mit einer weiteren Individualisierung ihres Angebots auf die Herausforderung des Marktes einstellen. Vor allem werden sich die Unterstützungsbedarfe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowohl qualitativ als auch quantitativ verändern. So werden – proportional gesehen – mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter höherer Hilfebedarfsgruppen in der BWB beschäftigt werden. Entsprechend müssen sich Raumangebot (barrierefrei zugänglich, für Rollstuhlfahrer geeignet, angepasste Sanitäreinrichtungen) und Arbeitsangebot (einfache Tätigkeiten, körperlich wenig fordernde Tätigkeiten) anpassen. Die BWB wird ihren Ansatz der durchgängigen Arbeitsweltorientierung auch zukünftig fortsetzen und die Zusammenarbeit von Menschen mit und ohne Behinderung stärken. Mit der Weiterführung der Immobilienvorhaben bereitet sich die BWB auf diese Entwicklungen vor.

Es wird erwartet, dass sich die Folgen der Gesamtwirtschaftslage in Berlin, dem Bundesgebiet und Europas auf die Auftragslage der BWB auswirken, die auch für das Jahr 2013 weniger optimistisch eingeschätzt wird. Hier wird die BWB weiter vom Rückgang der industriellen Fertigung in Berlin betroffen sein und sich hinsichtlich der Arbeitsangebote in neuen Geschäftsfeldern des Dienstleistungssektors und auf neue Auftraggeber einstellen. Dabei bieten die bereits bestehende Zusammenarbeit mit der Lebensmittelindustrie sowie der Ausbau von Dienstleistungen für Industriekunden und Sozialwirtschaft gute Ansatzpunkte.

Zwar wurden zu Beginn des Jahres 2012 die Leistungsentgelte für den Arbeits- und Förderbereich erhöht, gleichzeitig wurden jedoch ab Mitte 2012 die Leistungsentgelte für diejenigen Maßnahmenteilnehmer im Arbeits- und Förderbereich reduziert, die nicht die volle Wochenarbeitszeit (unter 30 Std/Woche) in der Werkstatt beschäftigt sind. Mit dieser Kürzung setzt sich der Trend zur Einsparung und der leistungs-, nicht fallbezogenen Abrechnung fort. Um sich darauf vorzubereiten, wird durch die Weiterentwicklung des Controllings und Berichtswesens in der gesamten BWB die Kosten- und Nutzenbetrachtung verstärkt.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2012 ergaben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung.

2. Voraussichtliche Entwicklung

Im Jahr 2013 muss mit einer Abschwächung des Wachstums im Produktionsbereich gerechnet werden, was sich durch die Entwicklung in den ersten drei Monaten des Jahres 2013 bereits abzeichnet.

Die Belegungszahlen der Plätze für behinderte Menschen im Berufsbildungsbereich im ersten Quartal sind konstant. Aufgrund von Zusagen für die Folgemonate und die Interessenbekundungen zahlreicher Hospitationen lässt erwarten, dass im Jahre 2013 mit einer konstanten Belegung im Berufsbildungsbereich zu rechnen ist.

Im Förderbereich wird auch im Jahre 2013 eine vollständige Auslastung erwartet.

Ziel der BWB ist es, die vorhandenen Kapazitäten sowohl im Berufsbildungsbereich als auch im Arbeitsbereich in den nächsten Jahren auszulasten und mehr Beschäftigungsangebote für behinderte Menschen zu schaffen. Hierzu werden zielgruppenorientiert weitere Angebote in neuen Geschäftsfeldern für behinderte Menschen entwickelt. Insbesondere wird das Angebot von ausgelagerten Arbeitsplätzen und Arbeitsgruppen expandieren. Zur Unterstützung der Zielerreichung werden geeignete Marketingmaßnahmen eingesetzt.

3. Spezialgesetzliche Angabepflichten

Gemäß § 12 Abs. 4 Satz 1 und 2 der Werkstättenverordnung (WVO – ehemals SchwbWV) ist das Arbeitsergebnis zu ermitteln. Aus diesem Ergebnis sind mindestens 70 % für Entgelte an die Mitarbeiter mit Behinderung zu zahlen. Das Arbeitsergebnis betrug im Geschäftsjahr 2012 T € 1.870. Es wurden Entgelte in Höhe von T € 2.286 bezahlt (entspricht 114 %).

Im Jahresdurchschnitt waren 1.273,25 Mitarbeiter mit Behinderung im Arbeitsbereich beschäftigt. Das durchschnittliche monatliche Arbeitsentgelt verringerte sich zum Vorjahr um 1,9 % auf € 149,60 (Vorjahresdurchschnitt 1.245,25 Mitarbeiter; Durchschnittsentgelt € 152,49).

4. Anlage zum Lagebericht

Die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) wurde als Anlage zum Lagebericht erstellt.

13353 Berlin, 31. März 2013

Berliner Werkstätten für Menschen
mit Behinderung GmbH (BWB)

Manuela Sperwien
Geschäftsführerin

Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Die Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung GmbH (BWB) - nachstehend BWB genannt - wendet als nicht börsennotiertes Unternehmen den Deutschen Corporate Governance Kodex („Kodex“) freiwillig auf Grundlage eines Beschlusses des Aufsichtsrates der BWB vom 13. Dezember 2005 pragmatisch mit den nachfolgenden Regelungen an. Hier kommen von vornherein solche Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex nicht zur Anwendung, die rechtsformspezifisch nur auf Aktiengesellschaften zutreffen. Der Umfang der Erklärung entspricht dem Berliner Corporate Governance Kodex aus den Beteiligungshinweisen der Senatsverwaltung für Finanzen vom Februar 2009.

1. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zum Wohle der Gesellschaft zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung im Rahmen der Berichtspflicht offengelegt. Mitarbeiter der Geschäftsführung sowie Aufsichtsratsmitglieder wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hält seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsführung ab.

Neben den Regelungen zur Informations- und Berichtspflicht im Gesellschaftsvertrag besteht eine vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsanweisung mit Stand Juni 2008 für die Geschäftsführung, die Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats regelt. Die Geschäftsführung legt dem Aufsichtsrat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung vor und holt für zustimmungspflichtige Angelegenheiten seine Zustimmung ein.

Die Geschäftsführung kam auf Nachfrage ihrer Informations- und Berichtspflicht hinsichtlich aller für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nach; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine ist ausreichend. Es wurden Soll-/Ist-Vergleiche vorgenommen. Planabweichungen wurden plausibel und nachvollziehbar dargestellt und Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat kamen ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nach; es wurden die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers bzw. Aufsichtsrats gewahrt. Eine D&O-Versicherung für Geschäftsführung und Aufsichtsrat besteht seit 2007.

2. Geschäftsführung

Die Geschäftsführung leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung und arbeitet ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Entwicklung. Tätigkeiten zum Nachteil des Unternehmens wurden nicht ausgeübt.

Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien trug die Geschäftsführung entsprechend Sorge. Auf die Beachtung der gesetzlichen Vorschriften wirkte die Geschäftsführung hin. Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagement.

Die Geschäftsführung besteht aus einer Geschäftsführerin. In der Zeit vom 01.01.2012 bis 20.07.2012 wurde diese Aufgabe von Frau Dr. Gabriele Rössler und vom 20.07.2012 bis 31.12.2012 von Frau Manuela Sperwien ausgeführt.

Die Vergütung der Geschäftsführerin Frau Dr. Gabriele Rössler erfolgt auf Basis des Geschäftsführer-Dienstvertrags vom 27.08.2009 und die Vergütung der Geschäftsführerin Manuela Sperwien erfolgt auf Basis des Geschäftsführer-Dienstvertrags vom 01.08.2012. Beide Verträge wurden mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden auf der Grundlage eines Beschlusses des Aufsichtsrats abgeschlossen.

Für die jeweilige Geschäftsführerin setzt sich die Vergütung aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung zusammen. Die Festlegung der Erfolgsbeteiligung erfolgt unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Geschäftsführerin, der aktuellen und zu erwartenden wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche auf Basis einer jährlich festzulegenden Zielvereinbarung. Über die Vergütungsregelungen berät und entscheidet der Aufsichtsrat.

Über die Bezüge der eingesetzten Geschäftsführerin und der leitenden Angestellten werden die Gesellschafter vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats durch einen jährlich vom Abschlussprüfer aufgestellten Bezügebericht informiert. Die Vergütung der Geschäftsführerin wird im Anhang des Geschäftsberichts ausgewiesen.

3. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprechen den Erfordernissen des Unternehmens.

Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen. Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung findet ein regelmäßiger Kontakt statt. Über Strategie, Geschäftsentwicklung und Risikomanagement des Unternehmens wurde bei Notwendigkeit beraten. Die Geschäftsführerin unterrichtete den Aufsichtsratsvorsitzenden unverzüglich über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung waren. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtete seinerseits den Aufsichtsrat. Im Geschäftsjahr 2012 berief er sechs Aufsichtsratssitzungen ein.

Der Aufsichtsrat hat sich u. a. mit Fragen der Geschäftsentwicklung, der Personalstrukturentwicklung, der Rechnungslegung, des Risikomanagements sowie der Qualitätsentwicklung und -sicherung befasst. Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses befasste er sich mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung.

Bei Vorschlägen zur Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats wird darauf geachtet, dass dem Aufsichtsrat jederzeit Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und hinreichend unabhängig sind. Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht.

Der Aufsichtsrat übt sein Amt gem. § 9 Absatz 1 des Gesellschaftsvertrages ehrenamtlich aus. Die Mitglieder erhalten keine Bezüge. Die Höhe der Auslagenentschädigung ergibt sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss

Ein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

4. Interessenkonflikte

Die Geschäftsführung beachtet die Regeln des Wettbewerbsverbots. Weder fordert sie von Dritten Zuwendungen oder Vorteile noch nimmt sie solche für sich oder andere Personen an. Sie gewährt Dritten keine ungerechtfertigten Vorteile. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung durch Beschäftigte des Unternehmens bekannt geworden.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt. Die Geschäftsführerin und die Aufsichtsratsmitglieder sind keinen Interessenkonflikten ausgesetzt.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch die Geschäftsführerin oder ihr nahe stehende Personen oder ihr persönlich nahe stehende Unternehmen sind nicht abgeschlossen und daher dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden.

Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

Die Geschäftsführerin Frau Dr. Gabriele Rössler und die Geschäftsführerin Frau Manuela Sperwien haben 2012 keine Nebentätigkeiten ausgeübt. Künftige Nebentätigkeiten werden dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt.

Der Geschäftsführerin und den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden keine Darlehen gewährt.

5. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Unternehmensinformationen wurden zum Teil auch über das Internet veröffentlicht.

6. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss sowie die Quartalsberichte an den Aufsichtsrat werden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Die Bewertungsmethoden werden im

Anhang erläutert. Jahresabschluss und Zwischenberichte erfolgen ausschließlich nach nationalen Rechnungslegungsgrundsätzen. Das Land Berlin wird durch quartalsweise Soll-/Ist-Vergleiche zur Jahresplanung informiert.

Der Jahresabschluss wird von der Geschäftsführung aufgestellt, vom Abschlussprüfer geprüft sowie dem Aufsichtsrat vorgelegt.

7. Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat wird vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern - bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestehen keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss teilnehmen und über die wesentlichen Feststellungen seiner Prüfung berichten.

Berlin, 31. März 2013

BERLINER WERKSTÄTTEN FÜR
MENSCHEN MIT BEHINDERUNG GMBH (BWB)

Wolfgang Pape-Wunnenberg
Vorsitzender
des Aufsichtsrats

Manuela Sperwien
Geschäftsführerin

Berliner Werkstätten für behinderte Menschen GmbH (BWB)

Organvergütungen 2012 gemäß Zweites Vergütungs- und Transparenzgesetz

Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder

Der Aufsichtsrat übt gemäß § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages in der 2012 gültigen Fassung sein Amt ehrenamtlich aus. Bis zum 2. Februar 2012 wurde ein Sitzungsgeld von 15,00 Euro je Mitglied und Sitzung gezahlt. Danach erhöhte sich die Summe auf 25,00 Euro. An die Mitglieder wurden folgende Sitzungsgelder gezahlt:

Name	**Aufsichtsratssitzungen**	**Ausschuss-sitzungen**	**Gesamt**
	EUR	**EUR**	**EUR**
Herr Pape-Wunnenberg*	0,00	0,00	0,00
Frau Dagmar Herold	75,00	0,00	75,00
Frau Mielenz*	0,00	0,00	0,00
Herr Hecht	50,00	205,00	255,00
Herr Michalski	25,00	65,00	90,00
Herr Petscha	150,00	0,00	150,00
Herr Leonhardt	50,00	0,00	50,00
Herr Junge	25,00	0,00	25,00
Herr Maier	25,00	0,00	25,00
Herr Sprenger	100,00	0,00	100,00
Frau Koch	125,00	0,00	125,00
Herr Pieda	125,00	0,00	125,00
Herr Hein	50,00	0,00	50,00
Herr Schrödter*	0,00	0,00	0,00
Herr Keck	100,00	0,00	100,00
	900,00	**270,00**	**1.170,00**

*Drei Aufsichtsratsmitglieder verzichteten auf ihre Sitzungsgelder, ein Aufsichtsratsmitglied spendete das Sitzungsgeld.

Berliner Werkstätten für behinderte Menschen GmbH (BWB)

Organvergütungen 2012 gemäß Zweites Vergütungs- und Transparenzgesetz

Bezüge der Geschäftsführung

1. Bezüge von Frau Dr. Gabriele Rössler

Gehalt	
Grundvergütung	50.000,00 EUR
Tantieme für das Vorjahr	10.525,00 EUR
Tantieme für das laufende Jahr	10.000,00 EUR
	70.525,00 EUR
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	
Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	5.062,40 EUR
Zuschuss zur freiwilligen Kranken- und Pflegeversicherung	2.532,16 EUR
	7.594,56 EUR
	78.119,56 EUR

2. Bezüge von Frau Manuela Sperwien

Gehalt	
Grundvergütung	76.903,06 EUR
Tantieme für das Vorjahr	3.300,00 EUR
Vermögenswirksame Leistungen	319,08 EUR
	80.522,14 EUR
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	
Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	7.593,60 EUR
Zuschuss zur freiwilligen Kranken- und Pflegeversicherung	3.798,24 EUR
Arbeitgeberanteil zu VBLU-Beiträgen einschließlich Lohn- und Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	3.924,68 EUR
	15.316,52 EUR
	95.838,66 EUR

Berlinwasser Holding Aktiengesellschaft

Berlinwasser Holding AG

Bericht über die Lage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Überblick über die Gesellschaft, Geschäftstätigkeit und deren Rahmenbedingungen

Die Berlinwasser Holding AG ist die Dachgesellschaft der Berlinwasser Gruppe, die aus der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe im Jahr 1999 entstand. 2012 erwarb das Land Berlin von RWE deren Anteile an der RWE-Veolia Beteiligungsgesellschaft mbH. Das Land Berlin erhöhte damit seinen wirtschaftlichen Anteil an der Berlinwasser Gruppe von 50,1 % auf 75,05 %. Mit einem Anteil von 24,95 % ist Veolia Wasser weiterhin Gesellschafter. Im September 2012 trat Sybille von Obernitz (parteilos, für CDU) als Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung zurück und legte ihr Mandat als Aufsichtsratsvorsitzende nieder. Ihre Nachfolge trat am 6. Dezember 2012 Cornelia Yzer (CDU) an.

Technik- und Management-Kompetenz prägen die Unternehmensgruppe, die sich effizient entwickelt sowie markt- und kundenorientiert profiliert. Die Kunden aus Industrie, Gewerbe und Kommunen profitieren vom hohen technischen und kaufmännischen Wissen und den weitreichenden Erfahrungen der Berlinwasser Gruppe. Die Unternehmen der Gruppe erbringen umfangreiche Dienstleistungen für eine sichere Trinkwasserversorgung und umweltgerechte Abwasserbehandlung. Das größte Unternehmen in der Gruppe und zugleich Deutschlands Nummer eins in der Branche sind die Berliner Wasserbetriebe.

Im Geschäftsjahr 2012 haben sich Veränderungen ergeben, die einen weitreichenden Einfluss auf die Konzernstruktur der Berlinwasser Gruppe haben: Die Berlinwasser International AG wurde aufgrund der deutlichen Reduzierung der Geschäftstätigkeit von der Rechtsform einer Aktiengesellschaft in die einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung umfirmiert. Der Geschäftsbereich Industriedienstleistungen der Berlinwasser Regional GmbH wurde zum 1. Mai 2012 an die Berliner Wasserbetriebe übertragen. Die Berlinwasser Regional GmbH hat daraufhin ihren Geschäftsbetrieb eingestellt.

Die Kompetenzen der Gesellschaften der Berlinwasser Gruppe bündeln sich nun in den Wettbewerbsgesellschaften Berlinwasser International GmbH, p2m berlin GmbH, pigadi GmbH, bluepartner GmbH und perdie.net GmbH.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

Fast alle Unternehmen liegen mit ihrem Ergebnis im Geschäftsjahr 2012 im bzw. über Plan.

Aufgrund zahlreicher Regentage im Sommer 2012 blieb der Wasserverkauf der Berliner Wasserbetriebe hinter den Erwartungen zurück. Die Umsatzerlöse lagen mit 1,1 Mrd. € etwas unter dem Vorjahresniveau.

Die Berlinwasser International GmbH hat sich auf die Steuerung und Optimierung der bestehenden Projekte fokussiert, die entweder über eine Niederlassung im Ausland oder eine Beteiligungsgesellschaft abgewickelt werden.

Die Berlinwasser Services GmbH hat ihren operativen Geschäftsbetrieb zum 31. Dezember 2011 eingestellt. Die Aufgaben der Geschäftsbereiche Informatik und Brunnen- und Messstellenservices werden wieder von den Berliner Wasserbetrieben erbracht.

Die Berlinwasser Regional GmbH hat ihre Geschäftstätigkeit zum 1. Mai 2012 eingestellt. Die Entwicklung der industriellen Dienstleistungen erfolgt aus den Berliner Wasserbetrieben heraus.

Die pigadi GmbH genießt national einen sehr guten Ruf. Sie hat 2012 eine Vielzahl von Projekten akquirieren können.

Die p2m berlin GmbH entwickelte sich 2012 ebenfalls sehr gut. Besonders die internationale Auftragslage sticht in diesem Geschäftsjahr hervor.

Die wirtschaftliche Entwicklung der bluepartner GmbH verlief erfolgreich, obwohl der erwartete Umsatzzuwachs nicht erreicht wurde. Insbesondere durch gezielte Einsparmaßnahmen konnten jedoch die daran geknüpften Ergebniserwartungen eingehalten werden.

Die perdie.net GmbH konnte 2012 zehn Mitarbeiter auf den externen Markt vermitteln.

<u>Geschäftsfeld Berliner Wasserbetriebe</u>

Der Trinkwasserverkauf ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Aufgrund zahlreicher Regentage im Sommer 2012 blieb der Wasserverkauf aber hinter den Erwartungen zurück. Die Umsatzerlöse lagen mit 1.146,6 Mio. € etwas unter dem Vorjahresniveau (Vorjahr: 1.193,7 Mio. €). Das Unternehmensergebnis EBIT[1] verringert sich auf 322,7 Mio. € (Vorjahr: 384,5 Mio. €) vor allem aufgrund des höheren Tarifabschlusses für die Beschäftigten und des höheren Grundwasserentnahmeentgelts. Beeinflusst wird das Ergebnis jedoch insbesondere durch die Berücksichtigung der Preissenkungsverfügung des Bundeskartellamtes. Vorsorglich wurde eine Rückstellung in Höhe von 59,2 Mio. € gebildet.

Mit der Wiedereingliederung der Mitarbeiter der Berlinwasser Services GmbH zum Jahresbeginn 2012 werden die Leistungen der Geschäftsbereiche Brunnen- und Messstellenser-

[1] Ergebnis vor Ertragsteuern, Aufwendungen aus Teilgewinnabführung, Erträgen aus Verlustübernahme stiller Gesellschafter, außerordentlichem Ergebnis, Zinsergebnis und Beteiligungsergebnis

vices und Informatik wieder durch die Berliner Wasserbetriebe in Eigenregie erbracht. Im Rahmen des Projekts NEO wird derzeit die bestehende Kosten- und Organisationsstruktur mit externer Unterstützung überprüft und mit anderen Unternehmen verglichen. Ziel ist es dabei, anhand von Benchmarks für einzelne Teilprozesse Erkenntnisse über weitere Optimierungen zu erhalten. Die konkrete Ausgestaltung und der Umsetzungsfahrplan werden dann im Jahr 2013 erarbeitet.

Auch in 2012 haben die Berliner Wasserbetriebe die planmäßigen Investitionen nahezu vollständig umgesetzt. Rund 270,2 Mio. € wurden zum Erhalt und zur Erweiterungen der Anlagen aufgewendet (Vorjahr: 277,9 Mio. €). Davon entfielen auf die Wasserversorgung 103,7 Mio. € (Vorjahr: 97,0 Mio. €) und auf die Entwässerung 166,5 Mio. € (Vorjahr: 180,9 Mio. €). Die Reintegration der Geschäftsbereiche Informatik und Brunnen- und Messstellenservices von der Berlinwasser Services GmbH in die Berliner Wasserbetriebe beinhaltete Investitionen in Höhe von 4,8 Mio. €. Damit ergeben sich für das Geschäftsjahr 2012 Gesamtinvestitionen in Höhe von 275,0 Mio. € (Vorjahr: 277,9 Mio. €). Im Bereich der Abwasserentsorgung wird auch in Zukunft der Schwerpunkt der Investitionen liegen. Die in 2011 überarbeitete Strategie zur Sanierung des Kanalnetzes wurde 2012 in operative Prozesse überführt. Das im Rahmen der mittelfristigen Planung auf bis zu ca. 110 Mio. € pro Jahr steigende Investitionsbudget für das Kanalnetz wird insbesondere genutzt werden, um vordringlich sanierungsbedürftige Kanalleitungen zu sanieren. Für die geplante Erweiterung des Klärwerks Waßmannsdorf wurde die Generalplanung für die erste Ausbaustufe vorbereitet und steht nun kurz vor der Veröffentlichung.

Der Energiebedarf wird weiter optimiert. Bereits heute werden 45 % des Strombedarfs und 91 % des Wärmebedarfs der Klärwerke der Berliner Wasserbetriebe aus den erneuerbaren Energieträgern Faulgas und Klärschlamm erzeugt. Ende 2012 nahmen die Berliner Wasserbetriebe drei Windräder auf dem Gelände des Klärwerks Schönerlinde in Betrieb. Sie haben eine Leistung von je zwei Megawatt und tragen dazu bei, dass das Klärwerk künftig mehr als 80 % seines Energiebedarfs selbst decken kann. Durch verschiedene Maßnahmen, die den Einsatz von Energie effizienter machen, konnte der CO_2-Fußabdruck bedeutend gesenkt werden. So entstehen heute bei der Reinigung eines Kubikmeters Abwasser 41 % weniger CO_2-Emissionen als noch 1990. Für die Produktion eines Liters Trinkwasser werden 0,2 Gramm CO_2 emittiert. Für Flaschenwasser entstehen ungleich mehr Emissionen: im Durchschnitt je nach Entfernung und Verpackungsart 211 Gramm pro Liter.

2012 haben die Berliner Wasserbetriebe einen Nachhaltigkeitsbericht nach den internationalen Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung der Global Reporting Initiative veröffentlicht. Darin zeigt das Unternehmen beispielhaft auf, mit welchen Maßnahmen es Rechte zukünftiger Generationen schützt. So sichert etwa die Reinigung des Wassers des Tegeler Sees mit einer Phosphat-Eliminationsanlage die Qualität des Grundwassers rund um die Trinkwasserbrunnen entlang der Seeufer. Im Ergebnis ist der See bereits das sauberste Gewässer in der Berliner Spree-Havel-Kette und besitzt bereits heute die Gewässergüteklasse 2. Wenn die Berliner Wasserbetriebe aus dem Klärschlamm noch die letzte Kalorie zu Strom und Wärme machen, dann schützt dies das Klima und senkt die Kosten. Und wenn das Unternehmen seine Rohr- und Kanalnetze pflegt, dann sichert das nicht nur die Versorgung und die Umwelt, sondern auch viele Arbeitsplätze in der Region. Denn vom Einkaufsvo-

lumen in Höhe von 400,5 Mio. € (Vorjahr: 385,0 Mio. €) fließen 81 % an Firmen in Berlin und Brandenburg. Und wenn aus Klärschlamm Phosphor gewonnen wird, dann werden eine endliche Ressource geschützt und zugleich Entsorgungskosten gespart. Dies sind nur einige Beispiele für das nachhaltige Handeln seit vielen Jahren. So haben die Investitionen von mehr als 5 Mrd. € seit 1990 in die Berliner Abwasser-Infrastruktur bewirkt, dass seither 81 % weniger Phosphor und 98 % weniger Ammoniumstickstoff in Spree und Havel eingetragen werden. Zusammen mit den 3 Mrd. €, die in derselben Zeit in den Bereich Trinkwasser geflossen sind, sichert der Berliner Versorger ein Trinkwasser, dessen Qualität es mit teuren Flaschen-Wassern mehr als aufnehmen kann. Auch beim Thema Personal ist das Unternehmen weit vorn: Bei einem Anteil an der Belegschaft von „nur“ 30 % Frauen, stellen sie 35 % aller Führungskräfte und gleich 50 % der direkt dem Vorstand unterstellten Manager. In der Region Berlin-Brandenburg sind die Berliner Wasserbetriebe einer der größten Arbeitgeber und Ausbilder. Gegenwärtig sind im Unternehmen rund 4.630 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (3.938 Personenjahre, Vorjahr: 4.581 Beschäftigte bzw. 3.821 Personenjahre). Ursache für den Anstieg der Mitarbeiterzahl war die Rückführung der Aufgaben der IT und des Brunnen- und Messstellenservices aus der Berlinwasser Services GmbH in die Berliner Wasserbetriebe. Mit 298 Auszubildenden (Vorjahr: 321) in 22 Berufen, darunter sechs ehemalige Praktikanten der diesjährigen „Mehrwert-Initiative“, ist das Ausbildungsniveau der Berliner Wasserbetriebe – in diesem Bereich gibt es mehr als 80-jährige Erfahrungen – nach wie vor weit überdurchschnittlich.

Die Einstellung ehemaliger Auszubildender gewinnt weiter an Bedeutung und Umfang. So wurden 2012 weitere 40 junge Leute in ein unbefristetes Anstellungsverhältnis übernommen. Damit kommt das Unternehmen der Verpflichtung nach, den zukünftigen Bedarf an Fachkräften zum überwiegenden Teil aus der eigenen Ausbildung zu decken.

Seit Mitte Juli 2012 werben die Berliner Wasserbetriebe auch mit einer eigenen Facebook-Seite in diesem sozialen Online-Netzwerk um das Interesse potenzieller neuer Auszubildender. Dies ergänzt die im vergangenen Jahr von Auszubildenden neu gestaltete Ausbildungswebsite auf www.bwb.de.

Auch 2012 waren die Beschäftigten im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements zur Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ aufgerufen, allerdings erstmals im Wettbewerb mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Schwesterunternehmen Berliner Verkehrsbetriebe und Berliner Stadtreinigung. Mit rund 120.000 geradelten Kilometern gewannen die Berliner Wasserbetriebe den ersten Berliner Betriebe-Pokal.

Das Ergebnis der aktuellen Überprüfung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements im Rahmen des Corporate Health Awards hat mit knapp 90 % der erreichbaren Punktezahl (2011: 74 %) Verbesserungen in allen Bereichen gezeigt. Sowohl die Angebote des Gesundheitsmanagements wie auch die strategische Einbindung in die Personalentwicklung wurden sehr gut bewertet. Somit gehört das Betriebliche Gesundheitsmanagement der Berliner Wasserbetriebe auch weiterhin zu den besten deutschlandweit.

Das gesellschaftliche Engagement der Berliner Wasserbetriebe ist in diesem Jahr in Brüssel nach 2010 erneut mit einem europäischen Gütesiegel ausgezeichnet worden. Das vom European Center of Employers and Enterprises providing Public services verliehene CSR-

Qualitätslabel zeichnet Unternehmen aus, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und die in ihrem Management erfolgreich CSR-Ansätze umsetzen.

Im März 2010 hat das Bundeskartellamt ein Kartellverwaltungsverfahren gegen die Berliner Wasserbetriebe wegen des Verdachts missbräuchlich überhöhter Trinkwasserpreise eingeleitet. Das Amt rechtfertigt dies insbesondere mit der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 2. Februar 2010 in Sachen „Wasserpreise Wetzlar“ und hat die Berliner Wasserpreise im Vergleich zu denen anderer Versorger beurteilt und dabei einen höheren Erlös pro Kubikmeter als im Durchschnitt der Vergleichsgruppe festgestellt. In seiner Verfügung vom 5. Juni 2012 verlangt das Bundeskartellamt eine durchschnittliche Senkung des abgabenbereinigten Netto-Durchschnittserlöses um 17,5 %. Dies entspricht einer Senkung des Wassertarifs um 14 %. Die rechtliche Position der Berliner Wasserbetriebe bleibt unverändert: Durch die Vorschriften des Berliner Betriebe-Gesetzes und der Wassertarifverordnung des Landes Berlin gibt es detaillierte gesetzliche Kalkulationsvorgaben. Diese Regelungen bestimmen, welche Kosten im Tarif berücksichtigt werden dürfen und welche nicht. Neben den gesetzlichen Kalkulationsvorgaben ist auch die Art und Weise der Festsetzung und der staatlichen Kontrolle der Tarife gesetzlich geregelt. Sowohl die vom Aufsichtsrat beauftragten Wirtschaftsprüfer als auch die Tarifgenehmigungsbehörde des Landes Berlin sowie mehrere Gerichte haben den Berliner Wasserbetrieben stets die korrekte Anwendung des Berliner Landesrechts bescheinigt. Deshalb vertritt das Unternehmen die Auffassung, dass die kartellrechtlichen Preismissbrauchsvorschriften auf die Wassertarife der Berliner Wasserbetriebe nicht anwendbar sind. Anderenfalls würde das zu einer doppelten staatlichen Kontrolle der Wassertarife mit völlig unterschiedlichen Ergebnissen führen. Die Berliner Wasserbetriebe sahen sich daher veranlasst, gegen die Preissenkungsverfügung des Bundeskartellamts gerichtlich vorzugehen. Die mündliche Verhandlung wird voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2013 stattfinden. Gemäß der vorliegenden Preissenkungsverfügung muss für das Jahr 2012 im Jahr 2013 eine Erstattung der vermeintlichen Erlösüberhöhung an die Kunden erfolgen. Diese Erstattung erfolgt mittels Gutschriften und steht unter dem Vorbehalt der gerichtlichen Entscheidung im Beschwerdeverfahren gegen die Preissenkungsverfügung. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit der Umsetzungsforderung des Bundeskartellamts.

Bundesweit haben verschiedene Kartellbehörden Untersuchungen gegen einzelne Wasserversorger begonnen. Dies hat zu einer gesellschaftlichen Diskussion über ein geeignetes Aufsichtsmodell für Wasserversorgungsunternehmen geführt. Es wird u. a. eine Regulierung ähnlich der im Strombereich durch die Bundesnetzagentur diskutiert. Das Bundeskartellamt spricht sich für eine generelle Preis-/Gebührenaufsicht durch die Kartellbehörden aus. Dort betrachtet man daher das Verfahren gegen die Berliner Wasserbetriebe als richtungsweisend für die Wasserbranche, die sich gegen Änderungen der bestehenden Preis-/Gebührenaufsicht wendet, weil sie die bestehenden Instrumente für ausreichend hält.

Wettbewerbsgeschäft

Berlinwasser International GmbH

Die Berlinwasser International GmbH ist als Teil des Berlinwasser Konzerns auf internationalen Wassermärkten als Service-Anbieter für Betriebsführungs- und Managementverträge tätig. Weiterhin werden Consultingleistungen im Wassersektor erbracht.

Die Umstrukturierung der Gesellschaft wurde auch im Geschäftsjahr 2012 weiter vorangetrieben und abgeschlossen. Die Projektakquisition wurde vollständig aufgegeben und grundlegende Geschäftsprozesse wurden ausgelagert oder an das veränderte Geschäftsmodell angepasst. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich nun auf die Steuerung und Optimierung der bestehenden, meist sehr langfristigen, nachfolgend aufgeführten Projekte:

- Niederlassung auf Mauritius, Saint Martin
- Windhoek Goreangab Operating Company (Pty.) Ltd., Windhuk/Namibia (Kapitalanteil von 33 %)
- Joint Venture mit Ranhill Water Services Berhad und GAUFF Ing., Katmandu/Nepal (Kapitalanteil von 75 %)
- Csatorna Holding Zrt., Budapest/Ungarn (Kapitalanteil von 50 %)

Um dem reduzierten Geschäftsmodell Rechnung zu tragen, hat die Hauptversammlung am 27. September 2012 den Formwechsel der Gesellschaft von einer Aktiengesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung beschlossen. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 26. Oktober 2012.

Berlinwasser Services GmbH

Die Berlinwasser Services GmbH stellte zum 31. Dezember 2011 ihre operative Geschäftstätigkeit ein. Die Geschäftsbereiche Informatik sowie Brunnen- und Messstellenservice wurden zum 1. Januar 2012 in die Berliner Wasserbetriebe integriert. Nach dem entsprechenden Verkauf der Geschäftsbereiche wurden die noch bei der Berlinwasser Services GmbH verbliebenen Forderungen und Verbindlichkeiten abgewickelt.

Berlinwasser Regional GmbH

Für die Berliner Wasserbetriebe und die Berlinwasser Gruppe ist es weiterhin sinnvoll, Industriedienstleistungen wie beispielsweise Wärme aus Abwasser und das Düngemittel „Berliner Pflanze“ zu vertreiben sowie neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und in Berlin-Brandenburg für Kommunen und Industriebetriebe anzubieten. Dieses Geschäft wird seit dem 1. Mai 2012 direkt über die Berliner Wasserbetriebe geführt und entwickelt und damit nicht mehr aus der Berlinwasser Regional GmbH heraus. Die Liquidation der Gesellschaft wurde eingeleitet.

p2m berlin GmbH

Als Ingenieurdienstleister ist die p2m berlin GmbH in der Wasserwirtschaft und im Projektmanagement aktiv. Sie bündelt fundiertes Ingenieurwissen und langjährige Projekterfahrungen. Das Dienstleistungsangebot ist umfassend, nachhaltig konzipiert und beinhaltet alle Realisierungsprozesse – von der Planung über Ausschreibung und Bauleitung bis zur Inbetriebnahme von Anlagen. Die p2m berlin GmbH bietet Projektsteuerung und -leitung an, für die das Unternehmen innovative Software einsetzt.

Die p2m berlin GmbH blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2012 zurück. Bereits zum Jahresanfang konnte ein bedeutendes internationales Projekt zur Sanierung und zum Neubau des Hauptsammlersystems im Süden der ukrainischen Stadt Odessa akquiriert werden. Das Projekt umfasst den Bau von zwei Abwasser-Pumpstationen, einer Abwasserdruckleitung sowie die Sanierung bzw. Fertigstellung eines Hauptsammlers. Dieser Auftrag ist nicht nur aufgrund des Auftragsvolumens von erheblicher Bedeutung, sondern auch weil das Projekt von der Weltbank finanziert wird und es die Zusammenarbeit mit einem neuen wichtigen Kunden etabliert.

Darüber hinaus wurde die p2m berlin GmbH zusammen mit einem lokalen Subunternehmer mit einem Projekt in Aserbaidschan beauftragt. Ziel ist es dabei, in vier Verwaltungsgebieten die Qualität und die Verfügbarkeit der Wasserver- und der Abwasserentsorgung nachhaltig zu verbessern.

Auf der Grundlage des bisherigen Engagements beim Ausbau der Kläranlage Tubli/Bahrain konnte die p2m berlin GmbH einen Folgeauftrag gewinnen. Es ist geplant, die Kapazität der Kläranlage Tubli um weitere 200.000 m³/Tag zu erweitern. Der p2m berlin GmbH wurde die Erstellung einer Machbarkeitsstudie, der Entwurfsplanung und der Ausschreibungsunterlagen sowie die Mitwirkung bei der Vergabe übertragen.

pigadi GmbH

Das Geschäft der pigadi GmbH ist die Brunnensanierung und -regenerierung auf nationalen und internationalen Märkten. Das Leistungsangebot umspannt die gesamte Kette – von der Errichtung von Brunnen über deren Betrieb und Instandhaltung bis zur Nachrüstung und Modernisierung.

Die pigadi GmbH hat 2012 einen Auftrag zur Regenerierung und Nachentsandung eines Horizontalfilterbrunnens in der Schweiz erhalten. Die Auftragsvergabe durch das Bauamt der Gemeinde St. Moritz erfolgte aufgrund der guten Erfahrungen und Referenzen der pigadi GmbH für die Durchführung einer besonderen Kombination verschiedener Regenerierungsverfahren. Zudem wurde ein Auftrag aus Bremerhaven gewonnen und die Stadtwerke Mainz haben die Sanierung eines Horizontalfilterbrunnen sowie zweier weiterer Brunnen beauftragt.

Zum zehnten Mal hat pigadi GmbH die Berlin-Brandenburger Brunnentage erfolgreich veranstaltet. Der Workshop 2012 verzeichnete eine außergewöhnlich hohe Teilnehmerzahl. Nachdem die pigadi GmbH bereits 2010 im Auftrag der RWE Dea AG Regenerierarbeiten an einem Brunnen auf der Bohr- und Förderinsel Mittelplate erfolgreich durchgeführt hat, wurde 2012 ein weiterer Auftrag für Regenerierarbeiten erteilt, bei dem ebenfalls die Verfahrenskombination Sprengschocken®/hydropuls® zum Einsatz kommen soll.

bluepartner GmbH

Die bluepartner GmbH bietet ihren Kunden qualifizierte Service-Leistungen im Front- und Backoffice-Bereich an. Hierzu zählen die qualifizierte Anrufannahme, Kundenakquise, eine komplexe und schriftliche Kundenbetreuung sowie ein kompetenter Beratungsservice. Neben der Betreuung der Privat- und Geschäftskunden der Berliner Wasserbetriebe, zählen

auch weitere Unternehmen aus der Dienstleistungs-, Ver- und Entsorgungsbranche und Lebensmittelindustrie zu den Kunden der bluepartner GmbH.

Im Februar 2012 wurde wiederholt eine Begutachtung zur Systemförderung nach DIN EN ISO 9001-2008 durchgeführt, in der die erneute Bestätigung der Erfüllung aller Zertifizierungsanforderungen erteilt wurde.

Die bluepartner GmbH wirkte erfolgreich an der Entwicklung und Umsetzung einer Social Media Strategie für die Berliner Wasserbetriebe mit und betreut seit Mitte 2012 deren Facebook-Seite. Mehrmals in der Woche wird über geplante Events und wichtige Termine berichtet und regelmäßig Informationen zur Ausbildung und den verschiedenen Berufsbildern veröffentlicht. Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein Gesundheitsmanagement etabliert. Zur Reduzierung von Krankentagen wurde versucht, durch verschiedene Einzelmaßnahmen auf die gesundheitlichen Bedürfnisse der Mitarbeiter einzugehen. So wurden ergonomische Stühle, höhenverstellbare Tische und eine bessere Beleuchtung eingeführt und die Klimatisierung der Räume verbessert. Weiterhin werden seit Anfang 2012 Gesundheits- und Rückkehrgespräche mit aus der Krankheit wiederkehrenden Mitarbeitern geführt. Hierbei soll insbesondere nach möglichen unternehmensbezogenen Ursachen geforscht werden und über mögliche Hilfestellungen beraten werden.

Im Rahmen eines Pilotauftrags der Gemeinde Glienicke/Nordbahn mit einer Laufzeit von sechs Monaten hat die bluepartner GmbH die Telefonzentrale der Verwaltung der Gemeinde übernommen.

perdie.net GmbH

Die perdie.net GmbH unterstützt die Berlinwasser Gruppe bei der Aus- und Weiterbildung. Als Personaldienstleister stellt die perdie.net GmbH jährlich 80 Ausbildungsplätze für derzeit 22 kaufmännische, technische und akademische Berufe zur Verfügung. Ziel ist es, jugendlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Beschäftigung zu sichern und sie in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die perdie.net GmbH legt dabei ihren Fokus auf Vermittlung und Überlassung von jungen Fachkräften für eine qualifizierte Tätigkeit inner- und außerhalb der Berlinwasser Gruppe.

Die perdie.net GmbH hat sich in Zusammenarbeit mit den Berliner Wasserbetrieben an mehreren Projekten aktiv beteiligt. So unterstützte sie Integrationsprojekte zur Ausbildung von Jugendlichen mit Startschwierigkeiten. In Zusammenarbeit mit den örtlichen Jobcentern und der Gemeinnützigen Gesellschaft für berufsbildende Maßnahmen mbH hat die perdie.net GmbH bis August 2012 eine Maßnahme der Einstiegsqualifikation durchgeführt. Eine weitere Maßnahme zur Einstiegsqualifikation hat im November 2012 begonnen.

Da der Personalbedarf in der Berlinwasser Gruppe sehr hoch ist, wurden im Geschäftsjahr 2012 nur zehn ausgelernte Auszubildende auf dem externen Markt vermittelt.

2. Ertrags-, Finanz und Vermögenslage

Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011	
	T€	%	T€	%
Sonstige betriebliche Erträge	3.131	100	3.806	100
Gesamtleistung	**3.131**	**100**	**3.806**	**100**
Personalaufwand	2.178	70	2.087	55
Abschreibungen	13	0	13	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen und sonstige Steuern	2.329	74	3.364	88
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	**-1.389**	**-44**	**-1.658**	**-44**
Beteiligungsergebnis	5.070	161	1.542	41
Finanzergebnis	352	11	426	11
Außerordentliches Ergebnis	-15	0	-15	0
Erträge aus Teilgewinnabführungsverträgen	96.366	3.078	123.912	3.256
Steuern aus stiller Gesellschaft	7.685	245	8.709	229
Aufwendungen aus Teilgewinnabführungsverträgen	88.257	2.819	114.929	3.020
Ergebnis vor Steuern (PBT)	**4.442**	**142**	**569**	**15**
Steuer vom Einkommen und vom Ertrag	918	29	-491	-13
Jahresüberschuss	**3.524**	**113**	**1.060**	**28**

Gegenüber dem Vorjahr vermindern sich in den sonstigen betrieblichen Erträge die Erträge aus Dienstleistungsverträgen mit Tochter- und Beteiligungsunternehmen um 0,4 Mio. € und die Erträge aus direkt weiterberechenbaren Kosten und sonstigen Erträgen um 0,3 Mio. €. Im Vorjahr wurden noch zusätzliche Erträge aus Messekosten, sonstigen Werbemaßnahmen sowie mehr Erträge aus Versicherungsleistungen realisiert.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch die Tariferhöhung zum 1. März 2012.

Gegenüber dem Vorjahr verringerten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 1,0 Mio. €, da weniger Kommunikations- und Messekosten, Aufwendungen aus Personalgestellungsverträgen, Rechts- und Beratungskosten und aus übrigen Aufwendungen entstanden sind.

Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) beläuft sich auf -1,4 Mio. € (Vorjahr: -1,7 Mio. €) und liegt damit um 0,3 Mio. € über dem EBIT des Vorjahres.

Das Beteiligungsergebnis beinhaltet die Gewinnausschüttungen 2011 der Berlinwasser Services GmbH in Höhe von 1,0 Mio. €, der Berlinwasser International GmbH in Höhe von 4,2 Mio. € sowie die Erträge aus den Ergebnisabführungsverträgen mit der bluepartner GmbH, der p2m berlin GmbH, der pigadi GmbH und der perdie.net GmbH für 2012 in Höhe von 1,0 Mio. €. Des Weiteren ist hier eine außerplanmäßige Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert der Berlinwasser Services GmbH in Höhe von -1,1 Mio. € (Vorjahr: -6,3 Mio. €) enthalten.

Das Finanzergebnis hat sich aufgrund der geringeren Guthabenverzinsung leicht verschlechtert. Es enthält Zinsaufwendungen in Höhe von 0,1 Mio. € und Zinserträge in Höhe von

0,4 Mio. €. Im Vorjahr waren noch Zinserträge aus der Ausleihung an die Berlinwasser International GmbH in Höhe von 0,1 Mio. € enthalten.

Die Erträge aus Teilgewinnabführungsverträgen beinhalten die Gewinnabführung aus der stillen Gesellschaft der Berlinwasser Holding AG mit den Berliner Wasserbetrieben in Höhe von 96,4 Mio. € (Vorjahr: 123,9 Mio. €). Der Ertrag verringerte sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund des geringeren Ergebnisses der Berliner Wasserbetriebe wegen der vorsorglichen Bildung einer Rückstellung in Höhe von 59,2 Mio. € aufgrund der Preissenkungsverfügung des Bundeskartellamtes. Dieser Betrag steht abzüglich Verwaltungskosten und der Gewerbeertragsteuerbelastung dem stillen Gesellschafter, der RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH zu und wird als Aufwand aus Gewinnabführungsverträgen ausgewiesen.

Die Steuern aus der stillen Gesellschaft mit der RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH beinhalten Gewerbeertragsteuer für das Geschäftsjahr 2012 in Höhe von 9,4 Mio. € (Vorjahr: 4,7 Mio. €) sowie latente Steuererträge in Höhe von 1,7 Mio. € (Vorjahr: -4,0 Mio. €). Die Veränderung resultiert aus dem vollständigen Verbrauch der aktiven latenten Steuern auf gewerbesteuerliche Verlustverträge aus der stillen Gesellschaft im Vorjahr.

Die Aufwendungen aus Teilgewinnabführungsverträgen entstehen aus der stillen Gesellschaft mit der RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH. Gegenüber dem Vorjahr verringern sich die Aufwendungen um 26,7 Mio. €. Dies resultiert aus den geringeren Erträgen aus Teilgewinnabführungsverträgen (-27,5 Mio. €). Gegenläufig wirken sich hier die gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Mio. € gesunkene latente Steuer und um 4,7 Mio. € gestiegene Gewerbeertragsteuer aus der stillen Gesellschaft aus.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten Erträge aus aktiven latenten Steuern. Diese resultieren aus der Veränderung der zukünftig nutzbaren steuerlichen Verlustvorträge der Berlinwasser Holding AG sowie aus Unterschieden zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Bilanzansätzen der Organgesellschaften.

Daraus ergibt sich insgesamt zum 31. Dezember 2012 ein mit 3,5 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €) positives Jahresergebnis. Die Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus der im Vorjahr enthaltenen Buchwertabschreibung auf die Berlinwasser Services GmbH in Höhe von 6,3 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €).

Finanzlage

Kapitalstruktur	31.12.2012		31.12.2011	
	T€	%	T€	%
Eigenkapital	**1.366.699**	**92**	**1.389.175**	**91**
Rückstellungen	831	0	729	0
Passive latente Steuern	20.820	1	22.517	1
Lang- und mittelfristiges Fremdkapital (> 1 Jahr)	**21.651**	**1**	**23.246**	**1**
Rückstellungen	1.117	0	778	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3	0	23	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Gesellschaftern	94.263	7	121.390	8
Sonstige Verbindlichkeiten	117	0	46	0
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0	8	0
Kurzfristiges Fremdkapital (< 1 Jahr)	**95.510**	**7**	**122.245**	**8**
Passiva	**1.483.860**	**100**	**1.534.666**	**100**

Die Berlinwasser Holding AG ist fast ausschließlich durch Eigenkapital finanziert. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Stichtag 92,1 % (Vorjahr: 90,5 %).

Das lang- und mittelfristige Fremdkapital der Berlinwasser Holding AG beinhaltet im Wesentlichen Rückstellungen aus Pensionsverpflichtungen sowie passive latente Steuern aus Abweichungen zwischen dem steuerlichen Kapitalkonto der atypisch stillen Gesellschaft – Betriebsteil Entwässerung – der Berliner Wasserbetriebe und dem handelsrechtlichen Beteiligungsansatz dieser stillen Gesellschaft.

Das kurzfristige Fremdkapital besteht zum größten Teil aus Verbindlichkeiten aus der Teilgewinnabführung für 2012 in Höhe von 88,3 Mio. € (Vorjahr: 114,9 Mio. €). Die Auszahlung erfolgt üblicherweise im I. Quartal des jeweiligen Folgejahres.

Der durchschnittliche Zinssatz der Verbindlichkeiten mit Darlehenscharakter lag im Geschäftsjahr bei 0,88 % (Vorjahr: 2,1 %).

Kapitalflussrechnung	2012	2011
	T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	+123.535	+130.017
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	+15.999	+4.079
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-140.929	-108.077
Veränderung der liquiden Mittel	**-1.395**	**+26.019**
+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	+52.228	+26.209
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	**+50.833**	**+52.228**

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich zum Vorjahr um 6,5 Mio. € verringert. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus den höheren Gewerbesteuerzahlungen (4,9 Mio. €), die aus der Teilgewinnabführung gegenüber der stillen Gesellschaft mit der RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH entstehen sowie aus geringeren Dividendenausschüttungen 2011 der Berlinwasser International GmbH (1,2 Mio. €) und der Berlinwasser Services GmbH (0,2 Mio. €) sowie aus den geringeren Einzahlungen aus den Ergebnisabführungsverträgen (0,1 Mio. €).

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beinhaltet den Zufluss von Finanzmitteln aufgrund einer Kapitalentnahme bei der Berlinwasser International GmbH in Höhe von 16,0 Mio. €.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist wie im Vorjahr negativ. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr resultiert überwiegend aus der Ausschüttung des Bilanzgewinns 2011 an das Land Berlin und die RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH in Höhe von 26,0 Mio. € sowie aus dem Abfluss der höheren Teilgewinnabführung aus 2011 an die RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH.

Im Geschäftsjahr wurden 9,5 Mio. € Ertragsteuern gezahlt.

Die Berlinwasser Holding AG ist mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet, um ihren Bestand und ihre Weiterentwicklung sichern zu können. Sie ist in der Lage, sämtliche ihrer Zahlungsverpflichtungen termin- und betragsgerecht zu erfüllen.

Zur Überwachung und Steuerung zur Vermeidung finanzieller Risiken werden Instrumente wie die jährliche Finanzplanung mit unterjährigen Anpassungen und die engmaschige Analyse von Planabweichungen eingesetzt. So lassen sich schon früh mögliche Risiken erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten.

Vermögenslage

Bilanzstruktur	**31.12.2012**		**31.12.2011**	
	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	0	6	0
Sachanlagen	19	0	28	0
Finanzanlagen	1.339.954	90	1.357.050	89
Umlaufvermögen	143.064	10	175.836	11
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0	19	0
Aktive latente Steuern	809	0	1.727	0
Aktiva	**1.483.860**	**100**	**1.534.666**	**100**
Eigenkapital	1.366.699	92	1.389.175	91
Rückstellungen	1.948	0	1.507	0
Verbindlichkeiten	94.383	7	121.459	8
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0	8	0
Passive latente Steuern	20.820	1	22.517	1
Passiva	**1.483.860**	**100**	**1.534.666**	**100**

Die Bilanzstruktur wird durch die Finanzanlagen auf der Aktivseite und die Einlage der RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH auf der Passivseite bestimmt. In den Finanzanlagen ist die stille Gesellschaft der Berlinwasser Holding AG mit den Berliner Wasserbetrieben ausgewiesen.

Die Finanzanlagen verringerten sich im Geschäftsjahr zum einen durch die Entnahme aus der Kapitalrücklage bei der Berlinwasser International GmbH in Höhe von 16,0 Mio. € sowie durch die Buchwertabschreibung auf die Berlinwasser Services GmbH in Höhe von 1,1 Mio. €.

Das Umlaufvermögen der Berlinwasser Holding AG beinhaltet im Wesentlichen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 88,3 Mio. € (Vorjahr: 121,1 Mio. €) sowie flüssige Mittel in Höhe von 50,8 Mio. € (Vorjahr: 52,2 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr sinken die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, da der Teilgewinnausschüttungsanspruch 2012 aus den stillen Gesellschaften mit den Berliner Wasserbetrieben um 27,5 Mio. € gesunken ist. Zusätzlich erfolgten bereits Vorauszahlungen auf den Teilgewinnanspruch 2012 für Gewerbeertragsteuer in Höhe von 9,5 Mio. € (Vorjahr: 4,6 Mio. €). Die Veränderung des Bestandes an aktiven latenten Steuern resultiert im Wesentlichen aus der Veränderung der zukünftig steuerlich nutzbaren körperschaft- und gewerbesteuerlichen Verlustvorträge der Berlinwasser Holding AG.

Das Eigenkapital der Berlinwasser Holding AG besteht überwiegend aus dem Grundkapital in Höhe von 51,1 Mio. € sowie aus der Einlage der RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH in Höhe von 1.297,0 Mio. €. Weiterhin besteht eine Kapitalrücklage von 14,6 Mio. € sowie ein Bilanzgewinn von 3,7 Mio. € (Vorjahr: 26,4 Mio. €). Die Verringerung des Eigenkapitals zum Vorjahr resultiert aus der Ausschüttung des Bilanzgewinns 2011 in Höhe von 26,0 Mio. € an das Land Berlin und die RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH.

Die Rückstellungen verändern sich vor allem aufgrund der Zuführung von Steuerrückstellungen für Gewerbeertragsteuer 2012.

Der Verringerung der Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus einem geringeren Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus der Teilgewinnabführung in Höhe von 88,3 Mio. € (Vorjahr: 114,9 Mio. €).

Es bestehen keine wesentlichen sonstigen finanziellen Verpflichtungen gegenüber Dritten.

Die passive latente Steuer verringerte sich aufgrund der Veränderungen im steuerlichen Kapitalkonto der atypisch stillen Gesellschaft – Betriebsteil Entwässerung der Berliner Wasserbetriebe.

Insgesamt entwickelte sich die wirtschaftliche Lage und somit das Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2012 positiv.

3. Nachtragsbericht

Geschäftsvorfälle von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

4. Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Risikobericht

Die Berlinwasser Gruppe hat die in § 91 Abs. 2 AktG gestellten Anforderungen zum Risikomanagement umgesetzt und ein umfassendes Risikomanagementsystem eingerichtet.

Bei allen Unternehmen der Berlinwasser Gruppe wurde ein Compliance Managementsystem eingeführt, um die Einhaltung von Gesetzen, Richtlinien und Kodizes sicherzustellen und klare Verantwortlichkeiten zu schaffen. Ziel hierbei ist, bereits vorhandene Systeme und Regularien zu nutzen und in ihrer Wirksamkeit und Effizienz zu schärfen.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde eine Compliance Organisation geschaffen, die den notwendigen Anforderungen entspricht. Es wurde ein Beauftragter für Compliance berufen.

Für Fragen und Hinweise im Zusammenhang mit Korruption und zur schnellen Klärung bei Verdachtsfällen wurde bei den Berliner Wasserbetrieben der Integritätsausschuss und die Stelle einer Ombudsfrau, die der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegt, eingerichtet und kann von allen Unternehmen der Berlinwasser Gruppe genutzt werden.

In Folge der Auswertungen der Risikoinventuren und aktueller Veränderungen sind 2012 keine den Bestand gefährdenden Risiken erkennbar. Es bestehen überwiegend Umfeld- und Rechtsrisiken, die als relevante bzw. wesentliche Risiken eingeschätzt wurden. Um diese Risiken zu kompensieren und zu reduzieren, wurden geeignete Maßnahmen durch die Unternehmensführung ergriffen. Zur rechtzeitigen Identifikation von vor allem negativen Entwicklungen wurde bei den Gesellschaften der Berlinwasser Gruppe ein Issuemanagement implementiert. Issues sind (schwache) Signale aus dem Umfeld des Unternehmens und dem Unternehmen selbst, die eine Gefährdung für Reputation und Strategie, aber auch Chancen darstellen.

Auf Grund der Holdingfunktion der Gesellschaft resultieren die Risiken im Wesentlichen aus den Tochtergesellschaften.

Finanzrisiken

Finanzrisiken für die Berlinwasser International GmbH bestehen im Wesentlichen aus Wechselkursschwankungen. Diese werden aber bei Transfer in den Euro-Raum durch geeignete Sicherungsinstrumente (Optionen, Termingeschäfte) optional minimiert.

Umfeldrisiken

Die 1996 für alle Wasserwerke beantragten wasserbehördlichen Bewilligungen zur Förderung von Grundwasser für die öffentliche Trinkwasserversorgung sollen nach Auskunft der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt bis 2015 erteilt sein. Allein für das Wasserwerk Wuhlheide besteht eine Förderbewilligung für die Berliner Wasserbetriebe. Für alle anderen Wasserwerke wurde mit Schreiben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vom

18. Januar 2001 die in einem Schreiben vom 4. Juni 1998 formulierte Frist zur Förderung von Grundwasser für die Trinkwasserversorgung in der bisherigen Form (Duldung ohne Bewilligung) bis auf Weiteres, längstens jedoch bis zum Vorliegen einer bestandskräftigen Förderbewilligung, verlängert. Für die Bewilligungen werden Umweltverträglichkeitsuntersuchungen unter Öffentlichkeitsbeteiligung sowie bei Erfordernis Flora-Fauna-Habitat-Verträglichkeitsuntersuchungen durchgeführt. Aus den behördlichen Prüfungen können sich Ausgleichs- und Überwachungsbedarfe ergeben, die zu investiven und laufenden Kosten führen können.

Als weiteres Risiko wurden Überschreitungen bei den Parametern CSB (Chemischer Sauerstoffbedarf, anorganischer Stickstoff und Phosphor gesamt) im Ablauf des Klärwerks Waßmannsdorf identifiziert, die überwiegend im Rahmen der Eigenüberwachung festgestellt wurden. Das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg kann bei Nichteinhaltung der wasserrechtlichen Anforderungen formale Auflagen wie zum Beispiel eine Sanierungsanordnung erlassen. Im Standortentwicklungskonzept für das Klärwerk Waßmannsdorf sind die Anforderungen berücksichtigt, die sich auch aus der Umsetzung des rechtskräftigen Urteils des Verwaltungsgerichts Cottbus vom 2. Juni 2010 bezüglich der Einhaltung des Überwachungswertes für anorganischen Stickstoff von 13 mg/l ergeben. Die erforderlichen Investitionen zur Ertüchtigung des Klärwerks wurden entwickelt. Das Standortentwicklungskonzept sieht einen zweistufigen Ausbau des Werkes vor und wird derzeit mit den Wasserbehörden der Bundesländer Berlin und Brandenburg abgestimmt. Durch Sofortmaßnahmen sollen die Ablauffrachten für Stickstoff bereits jetzt deutlich verbessert werden. Der entsprechende Umbau der ersten zwei von insgesamt acht Beckenlinien ist im Herbst 2012 abgeschlossen worden. Im kommenden Sommer folgen zwei weitere Linien. Für die Klärwerke Münchehofe und Stahnsdorf ist der Stickstoffüberwachungswert ebenfalls verbindlich. Investitionen zur Erweiterung dieser Klärwerke sind mittelfristig nicht geplant.

Am 8. September 2011 wurde das „Gemeinsame Handlungskonzept der Wasserwirtschaftsverwaltungen der Bundesländer Berlin und Brandenburg“ verabschiedet, das in Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie auf die Reduzierung der Nährstoffbelastungen in den Berliner und Brandenburger Gewässern ausgerichtet ist. Das Handlungskonzept sieht bis Dezember 2013 die Aufstellung eines gemeinsamen Maßnahmenprogramms zur Nährstoffreduzierung vor, mit dem der zweite Bewirtschaftungszyklus gemäß der EG-Wasserrahmenrichtlinie der Flussgebietsgemeinschaft Elbe vorbereitet werden soll. Im Besonderen kann aus diesem Handlungskonzept abgeleitet werden, dass die behördlichen Anforderungen an die Nährstoffreduzierung in Klärwerken, insbesondere Phosphor, zukünftig erhöht werden. Konkrete Ergebnisse zu den künftigen Anforderungen werden frühestens 2013 erwartet und sollen mit langfristigen Maßnahmen bis Mitte der 2020-er Jahre umgesetzt werden.

Ein Risiko besteht außerdem in der Nichteinhaltung der behördlich vorgegebenen Mindestmenge Abwasser aus der Mischkanalisation, die bei Regen zu den Klärwerken gefördert werden soll. Bei Regenereignissen kann es zur Nichteinhaltung aufgrund von begrenzten Reinigungskapazitäten in den Klärwerken kommen. Zudem wird vorrangig Schmutzwasser aus der Trennkanalisation gefördert, das hohe Fremdwasseranteile enthält. Die Wasserbehörde bewertet ein Unterschreiten der Mindestfördermenge aufgrund mangelnder Klärwerkskapazität als Nichteinhaltung der wasserbehördlichen Erlaubnis und kann eine Anpassung

von Klärwerks- und/oder Speicherkapazitäten fordern, gegebenenfalls auch Sanktionen aussprechen. Die Berliner Wasserbetriebe sind daher mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in einer Sachklärung zur Fremdwasserproblematik und insbesondere zur Finanzierung von Speicherbecken in den Klärwerken.

Rechtsrisiken

Die Berliner Wasserbetriebe bewegen sich in einem regulierten Markt und sind daher mit besonderen Rechtsrisiken konfrontiert.

Hervorzuheben sind die Prozesse über die Rechtmäßigkeit der Tarife der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung.

In den vergangenen Jahren bis heute wurden immer wieder vereinzelt Verfahren über die Billigkeit der Tarife geführt. Alle diesbezüglichen Verfahren sind bisher aufgrund der klaren Berliner Rechtslage bezüglich der Kalkulation der Tarife zugunsten der Berliner Wasserbetriebe entschieden worden. Neben Land- und Kammergericht hat sich auch der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin mit den Rechtsgrundlagen auseinandergesetzt und zwei entsprechende Verfassungsbeschwerden gegen die gesetzlichen Vorgaben zur Kalkulation der Tarife zurückgewiesen. Im Rahmen der derzeit rechtshängigen Prozesse über die Rechtmäßigkeit der Tarife werden nunmehr auch vereinzelt die Ergebnisse des laufenden Kartellverfahrens als Beweis für die Unbilligkeit vorgetragen.

Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass durch die Verfügung des Bundeskartellamts weitere rückwirkende gerichtliche Auseinandersetzungen über die Billigkeit der Tarife geführt werden müssen.

Kartellverwaltungsverfahren

Mit Schreiben vom 17. März 2010 teilte der Vorsitzende der 8. Beschlussabteilung des Bundeskartellamts den Berliner Wasserbetrieben mit, dass seine Beschlussabteilung ein Kartellverwaltungsverfahren gegen die Berliner Wasserbetriebe wegen des Verdachts missbräuchlich überhöhter Trinkwasserpreise im Versorgungsgebiet Berlin eingeleitet hat.

Das Verfahren wird auf die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (§ 19 Abs. 4 Nr. 2 GWB [Ausbeutungsverbot], § 103 Abs. 5 und 7 und § 22 Abs. 5 GWB a. F. [Vergleichsmarktprinzip]) gestützt.

Im Rahmen des Preismissbrauchsverfahrens haben die Berliner Wasserbetriebe von Anfang an die Rechtsauffassung vertreten, dass kartellrechtliche Preismissbrauchsvorschriften nicht auf ihre Wassertarife anwendbar sind. Diese Rechtsauffassung wurde in der Korrespondenz mit dem Bundeskartellamt ausführlich begründet. Dabei wurde insbesondere auf die speziellen Berliner Umstände hingewiesen und deutlich gemacht, dass zwar formal eine privatrechtliche Abrechnung erfolgt, materiell hinter der privatrechtlichen Abrechnungsform jedoch keine Privatautonomie besteht. Aufgrund der engen gesetzlichen Vorgaben zur Kalkulation des Wassertarifes und der durchgehenden staatlichen Kontrolle durch das Land ist eine darüber hinausgehende kartellrechtliche Kontrolle rechtlich nicht vorgesehen.

Am 5. Juni 2012 erhielten die Berliner Wasserbetriebe die Verfügung des Bundeskartellamts. Das Bundeskartellamt hat den Berliner Wasserbetrieben mit der Preismissbrauchsverfügung aufgegeben, die Durchschnittserlöse aus der Belieferung von Endkunden mit Trinkwasser pro Kubikmeter abgegebenen Trinkwassers für die Jahre 2012 bis 2015 auf einen genau bezeichneten Höchstbetrag zu begrenzen.

Gegen die Verfügung wurde form- und fristgerecht Beschwerde eingelegt. In der umfassenden Beschwerdeschrift wurden neben den zivilrechtlichen und verfassungsrechtlichen Fragen der Anwendbarkeit insbesondere auch grundlegende technische und betriebswirtschaftliche Fragen der Wasserwirtschaft erörtert. Unbeschadet der Argumente der fehlenden Anwendbarkeit kartellrechtlicher Preismissbrauchsvorschriften auf die Wassertarife der Berliner Wasserbetriebe führen auch die dargestellten und mit Zahlen untersetzen Unterschiede zu den Vergleichsunternehmen nach Ansicht der Berliner Wasserbetriebe zur vollständigen Rechtfertigung der Preisdifferenz.

Die Berliner Wasserbetriebe unterliegen bereits einem eigenen, öffentlich-rechtlichen Missbrauchsregime. Aus diesem Grunde bedarf es nach Auffassung der Berliner Wasserbetriebe einer zusätzlichen kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht nicht. Wie der Bundesgerichtshof diese Frage nach seinen jüngsten Beschlüssen beurteilen könnte, ist jedoch offen.

Sollte es zu einer Anwendbarkeit der Preismissbrauchsvorschriften auf die Wassertarife der Berliner Wasserbetriebe und im Ergebnis des Kartellverwaltungsverfahrens zu einer signifikanten Tarifsenkung kommen, könnte dies eine negative Auswirkung auf die Ertragslage der Berliner Wasserbetriebe haben und mittelfristig zu einer Abwertung der Anteile an den stillen Gesellschaften der Teilbetriebe Wasserversorgung und Entwässerung der Berliner Wasserbetriebe bei der Berlinwasser Holding AG führen, die wirtschaftlich von der RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs AG zu tragen wäre.

Gemäß der vorliegenden Preissenkungsverfügung muss für das Jahr 2012 im Jahr 2013 eine Erstattung der vermeintlichen Erlösüberhöhung an die Kunden erfolgen. Diese Erstattung erfolgt mittels Gutschriften und steht unter dem Vorbehalt der gerichtlichen Entscheidung im Beschwerdeverfahren gegen die Preissenkungsverfügung. Die Erlösüberhöhung beträgt für das Jahr 2012 59,2 Mio. € und kann aus rechtlicher Sicht im Fall des Obsiegens im Beschwerdeverfahren zurückgefordert werden. In entsprechender Höhe wurde in 2012 eine Rückstellung gebildet. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit den Umsetzungsforderungen des Bundeskartellamts.

Prognosebericht

Die Berlinwasser Holding AG wird weiter als Managementholding geführt und unterstützt dabei die Beteiligungen aktiv bei der Erreichung ihrer Unternehmensziele. Sie betreut die Tochtergesellschaften bei Kommunikations-, Steuer-, Bilanzierungs- und Rechtsthemen. Bis zum Ergebnis vor Zinsen und Steuern spiegeln sich alle operativen Aufwendungen und Erträge, die in ihrer Funktion als Managementholding entstehen, wider. Das Ergebnis bewegt sich in den kommenden Jahren in etwa auf dem Vorjahresniveau.

Geschäftsfeld Berliner Wasserbetriebe

Für die Ergebnisvorausschau auf das Geschäftsjahr 2013 wurden folgende operative und strategische Prämissen zugrunde gelegt.

Tarifentwicklung 2013/2014 und Folgejahre

Die Wirtschaftsplanung und die Tarifkalkulation 2013/2014 wurden im Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe in der Sitzung am 6. Dezember 2012 behandelt und beschlossen. Die Planung geht von einer zweijährigen Kalkulationsperiode aus. Die aktuellen Frischwasser- und Schmutzwassertarife gelten weiterhin bis zum 31. Dezember 2014.

Bis zum Jahr 2018 wird für Frischwasser ein nahezu unveränderter Tarif unterstellt. Im Bereich Schmutzwasser gehen die Berliner Wasserbetriebe von einer Tarifabsenkung durch den Rückkauf des Klärwerkes Waßmannsdorf aus.

Die Tarifgenehmigungsbehörde hat die Tarife für die Jahre 2013/2014 vorläufig genehmigt. Mögliche Anpassungen aus der Verfügung des Bundeskartellamtes wurden nicht berücksichtigt.

Mengenrückgang setzt sich fort

Für den Wasserverkauf in Berlin wird für 2013 ein Ansatz von rund 187,8 Mio. m³ unterstellt. Dieser liegt witterungsbedingt leicht über dem Ergebnis des Berichtsjahres: Im Jahr 2013 wird ein normaler Witterungsverlauf unterstellt, während das Jahr 2012 von einem verregnetem Sommer gekennzeichnet war. Schwankungen in den Sommermonaten sind nicht vorhersehbar. In den folgenden Jahren wird mit einem weiteren Rückgang gerechnet. Er spiegelt den bundesweiten Trend rückläufigen Wasserabsatzes wider. Für die Verträge mit unseren Partnern aus Brandenburg gehen die Prognosen von einer ansteigenden Entwicklung mit 3,8 bis 4,6 Mio. m³ (Trinkwasser) bzw. 25,8 bis 29,2 Mio. m³ (Schmutzwasser) aus.

Investitionen vorrangig in Netze

Der größte Anteil des Investitionsvolumens fließt in die Erneuerung und Erweiterung der Netzinfrastruktur aus Rohren und Kanälen. Im Zeitablauf nehmen die Anteile der Erweiterungsinvestitionen insbesondere im Zuge der Resterschließungen im Kanalisationsnetz weiter ab und die Sanierungsinvestitionen steigen deutlich an. Dazu kommen in den nächsten Jahren verstärkt Investitionen in die Substanzerhaltung des im Jahr 2013 von den Berliner Wasserbetrieben planmäßig zurück zu kaufenden Klärwerks Waßmannsdorf. Bei den Investitionen stehen die Erhaltung der Funktionsfähigkeit sowie der Substanzerhalt der Anlagen und Netze im Zusammenhang mit den hohen Ver- und Entsorgungsstandards für die Kunden der Berliner Wasserbetriebe im Vordergrund. Im Jahr 2013 wird sich das eigenfinanzierte Investitionsvolumen über dem Niveau von 2012 bewegen, wovon über 65 % auf den Entwässerungsbereich entfallen.

Wirtschaftliche Entwicklung – Ergebnis über Vorjahresniveau

Das Jahr 2012 ist bei den Berliner Wasserbetrieben vor allem geprägt durch die Berücksichtigung der Verfügung für das Bundeskartellamt. Die Berliner Wasserbetriebe gehen davon aus, dass aufgrund der speziellen landesrechtlichen Regelungen kartellrechtliche Preismissbrauchsvorschriften auf die Wassertarife der Berliner Wasserbetriebe nicht anwendbar sind. Aus diesem Grund ist der Effekt im Rahmen der Planung nicht abgebildet, was zu einer erheblichen Ergebnisverbesserung im Vergleich zum Jahr 2012 führt. In den Folgejahren bleibt das Ergebnis stabil auf dem Niveau von 2013.

Auch nach Eingang und Prüfung der Verfügung verbleibt es bei den bekannten rechtlichen und wasserwirtschaftlichen Grundsatzfragen. Nach wie vor bleibt als erstes die entscheidende Frage, ob die Bestimmungen des kartellrechtlichen Missbrauchsverfahrens überhaupt anwendbar sind. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die Vergleichsunternehmen zutreffend ausgewählt wurden. Schließlich gibt es eine Reihe von Besonderheiten im Unterschied zu den Vergleichsunternehmen, die überwiegend den vom Bundeskartellamt festgestellten Preisunterschied rechtfertigen. Die mit dem Verfahren aufgeworfenen Rechtsfragen sind vielfach durch die Rechtsprechung noch nicht geklärt. Sie bilden Grundsatz- und Präjudizfragen, an denen sich entscheiden wird, ob und inwieweit die Verfügung des Bundeskartellamts bestehen bleibt.

Sollten diese Fragen nicht im Sinne der Berliner Wasserbetriebe geklärt werden, würde sich das Ergebnis der Berliner Wasserbetriebe aufgrund der Verfügung des Bundeskartellamtes verschlechtern.

<u>Wettbewerbsgeschäft</u>

Die Fokussierung der Berlinwasser International GmbH auf das Bestandsgeschäft führt zu einer sehr konstanten Geschäftsentwicklung in den nächsten zwei Jahren.

Nach dem Verkauf der Geschäftsbereiche wird die Berlinwasser Services GmbH die gemäß Kaufvertrag zwischen den Berliner Wasserbetrieben und der Berlinwasser Services GmbH noch bei der Berlinwasser Services GmbH verbliebenen Forderungen und Verbindlichkeiten abwickeln. Für die Jahre 2013 und 2014 wird ein Jahresüberschuss auf deutlich niedrigerem Niveau prognostiziert, welcher im Wesentlichen aus Finanzerträgen bestehen wird. Eine abschließende Entscheidung zur Zukunft der Berlinwasser Services GmbH wurde noch nicht getroffen.

Die p2m berlin GmbH weitet ihr Geschäft auf dem nationalen und internationalen Markt stetig aus. In den Folgejahren wird der leichte Aufwärtstrend bei den Umsätzen im externen Markt fortgeschrieben. Daher wird für 2013 und 2014 eine leicht positive Ergebnisentwicklung erwartet.

Die pigadi GmbH verfügt über einen stetig wachsenden Kundenstamm, welcher in der Vergangenheit die Basis für ein moderates und stabiles Umsatzwachstum war. Unabhängig von strategischen Optionen in der Berlinwasser Gruppe und/oder potenziellen strukturellen Veränderungen wird die in den vergangenen zehn Jahren erfolgreiche Praxis und die daraus

resultierenden Synergien fortgeführt bzw. weiterentwickelt, um damit einerseits das Image der Vertriebsgesellschaft pigadi GmbH als Marke der Berlinwasser Gruppe zu erhalten, auszubauen und zu nutzen und andererseits den Berliner Wasserbetrieben langfristig Service auf höchstem Niveau zu bieten. Für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 rechnet die pigadi GmbH daher weiterhin mit einem positiven Ergebnis.

Der aktive Ausbau des Drittgeschäfts der bluepartner GmbH soll konsequent weitergeführt und durch neue strategische Ansätze untermauert werden. Überprüft werden hierbei verschiedenste Wachstumsansätze. Organisches Wachstum wird voraussichtlich nicht ausreichen, um in absehbarer Zeit einen wesentlichen Marktanteil im Premium- und Versorgungsmarkt zu erreichen. Die Geschäftsführung der bluepartner GmbH wird daher für 2013 entsprechende Strategieansätze vorlegen, die der gewünschten Entwicklung des Unternehmens Rechnung tragen. Für 2013 und 2014 wird mit einem Ergebnis auf dem Niveau von 2012 gerechnet.

Die perdie.net GmbH wird auch 2013 den Schwerpunkt ihrer geschäftlichen Tätigkeit in der Unterstützung der Berliner Wasserbetriebe beim Personalumbau durch kurzfristige Einsätze von Leiharbeitnehmern/-innen auf verschiedenen Arbeitsplätzen und bei der Entwicklung geeigneter Nachwuchskräfte innerhalb des Unternehmens haben. Die Vermittlung auf den externen Arbeitsmarkt wird auf Grund der anhaltenden hohen Nachfrage, insbesondere durch die Berliner Wasserbetriebe, nur auf niedrigem Niveau weitergeführt werden. Für 2013 und 2014 wird ein leichter Rückgang der Arbeitnehmerzahlen erwartet. Damit einhergehend wird für die Folgejahre ein Ergebnisrückgang auf ein ausgeglichenes Jahresergebnis vor Ergebnisabführung erwartet.

Schlusserklärung

Nach § 17 AktG besteht ein Abhängigkeitsverhältnis zum Land Berlin (Gebietskörperschaft).

Deshalb wird gem. § 312 AktG dieser Bericht erstattet. Der Abhängigkeitsbericht endet mit folgender Schlusserklärung des Vorstands:

„Nach den Umständen, die dem Vorstand zum Zeitpunkt, in dem berichtspflichtige Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, hat die Gesellschaft in jedem Fall eine angemessene Gegenleistung erhalten. In der Zeit vom 1. November bis zum 31. Dezember 2012 wurden keine Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse des herrschenden Unternehmens oder eines mit ihm verbundenen Unternehmens getroffen oder unterlassen."

Berlin, 24. Januar 2013

Berlinwasser Holding AG

Bruckmann Simon Dr. Grunwald Schmidt

berlinwasser

Berlinwasser Holding Aktiengesellschaft · 10864 Berlin

Vorstand
Telefon +49.30.8644-1501
Fax +49.30.8644-1555
info@berlinwasser.de
www.berlinwasser.de

Hausanschrift
Neue Jüdenstraße 1
10179 Berlin

Entsprechenserklärung

von Aufsichtsrat und Vorstand zu den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex der Berlinwasser Holding Aktiengesellschaft

(1) Die Berlinwasser Holding Aktiengesellschaft wird den Empfehlungen des vom Aufsichtsrat beschlossenen und auf der Webseite der Gesellschaft bekannt gemachten Corporate Governance Kodex der Berlinwasser Holding AG in der derzeit gültigen Fassung vom 4. März 2010 entsprechen und hat den Empfehlungen seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung am **29. Februar 2012** entsprochen, mit Ausnahme der unter Punkt 2 genannten Abweichung.

(2) Die Abweichung vom Kodex ist im Folgenden vollständig benannt:
Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten satzungsgemäß ausschließlich eine feste Vergütung, deren Höhe im Anhang des Konzernabschlusses aufgeführt ist. Eine gesonderte Vergütung der Ausschusstätigkeit wurde nicht vorgenommen (Kodex Ziffer 5.4.5).

Berlin, 25. Februar 2013

Für den Aufsichtsrat

Cornelia Yzer
Aufsichtsratsvorsitzende

Für den Vorstand

Frank Bruckmann
Vorstandvorsitzender

Jörg Simon
Mitglied des Vorstandes

Anhang zur Entsprechungserklärung 2012/2013
zum Corporate Governance Kodex der Berlinwasser Holding AG

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat
I. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat		
I.1 CGK BWH	• Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch den Vorstand • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten	Vorstand und Aufsichtsrat der Berlinwasser Holding AG haben eng zusammengearbeitet. Alle erforderlichen Informationen und Kenntnisse, die für eine sachgerechte Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlich sind, wurden dem Aufsichtsrat gegenüber offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2 CGK BWH	• Sitzungen des Aufsichtsrates	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen in der Regel unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten.
I.3 CGK BWH	• Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch den Vorstand • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschließlich Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat	Der Vorstand hat die strategische Ausrichtung der Berlinwasser Gruppe mit dem Aufsichtsrat abgestimmt und ist seinen Berichtspflichten über den Umsetzungsstand regelmäßig in schriftlicher Form nachgekommen. Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung gemäß Satzung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt bzw. den Aufsichtsrat darüber unterrichtet.
I.4 CGK BWH	• Bericht des Vorstandes an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen	Der Vorstand ist der durch den Aufsichtsrat festgelegten Berichtspflicht regelmäßig, zeitnah und umfassend und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend und entsprach der Frist gemäß Satzung. Soll/Ist-Vergleiche und Gründe von Abweichungen wurden dem Aufsichtsrat monatlich plausibel und nachvollziehbar schriftlich dargestellt; Maßnahmen zur eventuell erforderlichen Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.
I.5 CGK BWH	• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes und Aufsichtsrates	Vorstand und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes bzw. Aufsichtsrates gewahrt.

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat
	• D&O-Versicherung für Vorstand und Aufsichtsrat	D&O-Versicherungen sind mit Selbstbehalt für Vorstand und Aufsichtsrat abgeschlossen worden.
II. Vorstand		
II.1 CGK BWH	• Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance) • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen	Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung und hat ausschließlich im Interesse der Berlinwasser Gruppe gedient und an deren nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet. Das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen. Ein Compliance-Management-System ist implementiert worden. Die Risiken aus Compliance-Verstößen sowie andere Unternehmensrisiken wurden im Rahmen des Risikomanagementsystems beurteilt und von Vorstand und Aufsichtsrat, insbesondere dem Prüfungsausschuss, eingehend behandelt. Dem Aufsichtsrat wird jährlich der Compliance-/ Risikobericht vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat den Vorstand vor dem Hintergrund eines Compliance-Verstoßes eines Vorstandsmitgliedes mit der Prüfung und Überarbeitung der konzerninternen Regelungen hinsichtlich der Genehmigung und Abrechnung von Leistungen der Unternehmensgruppe für ausbildungsrelevante, gemeinnützige und soziale Projekte beauftragt und dies zur Beschlussfassung dem Aufsichtsrat vorzulegen (siehe auch Ziffer IV. 2).
II.2 CGK BWH	• Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand • Festlegung Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen	Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand werden in der Geschäftsordnung des Vorstandes geregelt. Es wurde ein Vorsitzender des Vorstandes bestimmt. Eine Beschlussmehrheit wurde festgelegt.
II.3 CGK BWH	• Vergütungsregelungen für die Mitglieder des Vorstandes • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder des Vorstandes • Veröffentlichung der Einzelvergütung • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap	Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einem fixen Jahresgehalt und einer variablen Erfolgsvergütung zusammen. Für die erfolgsabhängige Vergütung werden jährlich Zielvereinbarungen getroffen. Die Zielvorgaben wurden vom Präsidialausschuss/Audit Committee des Aufsichtsrates unter Mitwirkung des Vorstandes festgelegt. Die variable Erfolgsvergütung wird vom Aufsichtsrat für das abgelaufene Geschäftsjahr nach der Feststellung des Jahresabschlusses durch den Wirtschaftsprüfer nach Maßgabe der erfüllten Zielvorgaben und der Gesamtperformance auf Basis der Empfehlung des Präsidialausschusses/Audit Committee festgesetzt.

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat
		Bei der Bewertung wird berücksichtigt, dass alle Mitglieder des Vorstandes neben ihrer Tätigkeit bei der Berlinwasser Holding AG auch dem Vorstand der Berliner Wasserbetriebe angehören, folglich eine Doppelfunktion erfüllen. Die Vergütung wird unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder festgelegt. Die jährliche Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder wird im Anhang zum Jahresabschluss individualisiert ausgewiesen. Abfindungen an Mitglieder des Vorstandes wurden nicht gezahlt.
III. Aufsichtsrat		
III.1 CGK BWH	• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäftsordnung des Aufsichtsrates; ggf. weitere Zustimmungsbindungen • Geschäftsordnung des Aufsichtsrates	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung der Berlinwasser Holding AG und der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates wahrgenommen. Er hat den Vorstand bei der Leitung der Berlinwasser Gruppe beraten und überwacht. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die Berlinwasser Gruppe einbezogen bzw. informiert und hat über Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung für das Unternehmen beschlossen. Der Aufsichtsrat sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden.
III.2 CGK BWH	• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstandes: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis	Über Anstellungs - und Vergütungsregelungen wird im Plenum des Aufsichtsrates nach Vorbefassung im Präsidialausschuss/Audit Committee des Aufsichtsrates entschieden. Im Berichtszeitraum erfolgte kein Abschluss und keine Änderung der Vorstandsverträge. Die vom Aufsichtsrat getroffene Festlegung zur Altershöchstgrenze des Eintrittsalters von 63 Lebensjahren für Vorstandsmitglieder wurde eingehalten.
III.3 CGK BWH	• Zusammenarbeit Vorstand/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse • Unterrichtung des Aufsichtsrates über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen	Zwischen Aufsichtsratsvorsitzender und Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Vorstand hat die Aufsichtsratsvorsitzende fortlaufend über alle wichtigen Angelegenheiten unterrichtet. Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung hat eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden. Im Berichtszeitraum hat der Aufsichtsrat außerhalb von Sitzungen zwei Beschlüsse im schriftlichen Verfahren gefasst.
III.4 CGK BWH	• Ausschüsse des Aufsichtsrates; Besetzung und Entscheidungskompetenzen	Der Aufsichtsrat hat zur Steigerung seiner Effizienz folgende Ausschüsse gebildet: Vermittlungsausschuss, Präsidialausschuss/Audit Committee, Weisungsausschuss sowie einen Ausschuss für besondere Angelegenheiten.

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat
		Die Aufsichtsratsvorsitzende ist Vorsitzende des Präsidialausschusses/ Audit Committee; Vorsitzender war jedoch kein ehemaliges Mitglied des Vorstandes. Der Präsidialausschuss bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrates über den Abschluss von Verträgen nach § 114 AktG, die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstandes, sonstige Beschlüsse des Aufsichtsrates in Vorstandsangelegenheiten sowie den Abschluss, die Änderung und die Beendigung von Verträgen mit Mitgliedern des Vorstandes vor. Er beschließt anstelle des Aufsichtsrates über den Eintritt eines Mitgliedes des Vorstandes in den Aufsichtsrat, Beirat oder Verwaltungsrat eines erwerbswirtschaftlich tätigen Unternehmens. Der Präsidialausschuss vertritt den Aufsichtsrat gegenüber den Mitgliedern des Vorstandes gemäß § 112 AktG. Der Präsidialausschuss nimmt darüber hinaus die Aufgaben des Prüfungsausschusses (Audit Committee) wahr und hat die Anforderungen des § 107 AktG umgesetzt. Die Aufsichtsratsvorsitzende ist als Vorsitzende des Präsidialausschusses gleichzeitig auch Vorsitzende des Prüfungsausschusses (Audit Committee). Der Weisungsausschuss entscheidet anstelle des Aufsichtsrates über die Erteilung von Zustimmungen zu Weisungen der Berlinwasser Holding AG an die Berliner Wasserbetriebe gemäß § 11 des Vertrages über zwei Stille Gesellschaften und zur Begründung einer einheitlichen Leitung zwischen der Berlinwasser Holding AG und der Berliner Wasserbetriebe. Der Weisungsausschuss hat in 2012 einen Beschluss im schriftlichen Verfahren gefasst. Der Ausschuss für besondere Angelegenheiten behandelt insbesondere komplexe finanzwirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Unternehmensvorgänge, die ihm vom Aufsichtsrat zur Prüfung und Beratung zugewiesen werden. Der Ausschuss für besondere Angelegenheiten hat in 2012 nicht getagt. Das Plenum des Aufsichtsrates wurde von der Vorsitzenden des Präsidialausschusses/Audit Committee über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.
III.5 CGK BWH	• Wahrnehmung der Aufgaben der Mitglieder des Aufsichtsrates; • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates	Dem Aufsichtsrat gehören Mitglieder mit vertieften Kenntnissen im Bereich Finanz- und Rechnungswesen an; ehemalige Mitglieder des Vorstandes gehören dem Aufsichtsrat nicht an. Der Aufsichtsrat hat eine Altershöchstgrenze für die Mitglieder des Aufsichtsrates festgelegt.

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat
		Danach sollten bei Wahlvorschlägen in der Regel keine Personen berücksichtigt werden, die im Zeitpunkt der Wahl das 70. Lebensjahr überschritten haben. Die festgelegte Regelaltersgrenze wurde eingehalten. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt, wobei die Unternehmen der RWE- und der Veolia-Gruppe nicht als Wettbewerber in diesem Sinne zu betrachten sind. Die Vergütung des Aufsichtsrates wurde durch die Hauptversammlung festgelegt. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten satzungsgemäß ausschließlich eine feste Vergütung, die im Anhang des Jahres- und Konzernjahresabschlusses aufgeführt ist. Eine gesonderte Vergütung der Ausschusstätigkeit wurde nicht vorgenommen. Vorsitz und stellvertretender Vorsitz wurden entsprechend berücksichtigt. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.
III. 6 CGK BWH	• Vorlage der Zielvereinbarung	Die zwischen Aufsichtsrat und Vorstand abgestimmte Zielvereinbarung für das Jahr 2012, die Gehaltsstruktur von fixen und variablen Gehaltsbestandteilen sowie die Auswertung der für das Jahr 2011 abgeschlossenen Zielvereinbarung wurde den Gesellschaftern zur Kenntnis gegeben.
III. 7 und 8 CGK BWH	• Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates	Ein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Die abwesenden Aufsichtsratsmitglieder haben an den Beschlussfassungen des Aufsichtsrates oder seiner Ausschüsse durch die Überreichung schriftlicher Stimmabgaben teilgenommen. Der Aufsichtsrat befasst sich regelmäßig mit der Effizienz seiner Tätigkeit, letztmalig im Dezember 2012.
IV. Interessenkonflikte		
IV.1 CGK BWH	• Wettbewerbsverbot für Mitglieder des Vorstandes • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung des Vorstandes	Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert, noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten der Berlinwasser Gruppe bekannt geworden.
IV.2	• Wahrung des Unternehmensinteresses	Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat
CGK BWH	• Persönliche Interessen	Aufgrund einer anonymen Anzeige gegen ein Vorstandsmitglied hat der Personalausschuss der Berliner Wasserbetriebe einen externen Compliance-Ermittler zur Aufklärung des Sachverhalts einer möglichen mangelnden Trennung dienstlicher und privater Interessen und eine Anwaltskanzlei mit der Beratung hinsichtlich des weiteren rechtlichen Vorgehens beauftragt. Hierüber wurde der Präsidialausschuss der Berlinwasser Holding AG in seiner Sitzung vom 18. Januar 2013 informiert. Auf Vorschlag des Präsidialausschusses hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 24. Januar 2013 eine Abmahnung des betroffenen Vorstandsmitglieds beschlossen. Auf Vorschlag des Präsidialausschusses hat der Aufsichtsrat weiterhin den Vorstandsvorsitzenden beauftragt zu prüfen, ob im Ergebnis der Ermittlung Änderungen im Compliance-Managementsystem erforderlich werden und konzerninterne Regelungen vor allem hinsichtlich der Genehmigung und Abrechnung von Leistungen der Unternehmensgruppe für ausbildungsrelevante, gemeinnützige und soziale Projekte zu erarbeiten und dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
IV.3 und 4 CGK BWH	• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates	Aufsichtsrat und Vorstand ist ein Interessenkonflikt eines Vorstandsmitgliedes im Zusammenhang mit einem Compliance-Verstoß bekannt geworden (vgl. Ziffer IV. 2). Der Interessenskonflikt wird der Hauptversammlung mitgeteilt.
IV.5 CGK BWH	• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene des Vorstandes • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrates	Geschäfte mit der Berlinwasser Gruppe durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen lagen nicht vor. Es wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit der Berlinwasser Gruppe abgeschlossen. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.
IV.6 CGK BWH	• Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Vorstandes	Die Vorstandsmitglieder haben Nebentätigkeiten ausgeübt, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Vorstandsmitglieder der Berlinwasser Holding AG stehen. Die Aufsichtsratsvorsitzende wurde zur Erteilung von Zustimmungen von Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern ermächtigt und hat über die Genehmigung der Nebentätigkeiten im Aufsichtsrat berichtet. Darüber hinaus wird dem Aufsichtsrat jährlich die aktuelle Übersicht aller Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder zur Kenntnis gereicht.
IV.7	• Gewährung von Krediten an Mitglieder des Vorstandes und an Mitglieder des Aufsichtsrates und Angehörige	Den Mitgliedern des Vorstandes und den Mitgliedern des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat
CGK BWH		Arbeitnehmervertreter/innen der Berlinwasser Gruppe im Aufsichtsrat sind gemäß dem Corporate Governance Kodex der Berlinwasser Holding AG von der Regelung ausgenommen; ihnen werden die den übrigen Beschäftigten eingeräumten Konditionen gewährt.
V. Transparenz		
V. 1 und 2 CGK BWH	• Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf • Informationen über das Unternehmen im Internet	Der Aufsichtsrat wurde über Tatsachen im Tätigkeitsbereich der Berlinwasser Gruppe, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, unverzüglich unterrichtet. Unternehmensinformationen (z. B. der Geschäftsbericht) werden auch über Internet unter www.berlinwasser.de veröffentlicht.
VI. Rechnungslegung		
VI. 1 bis 3 CGK BWH	• Fristen für Jahresabschluss (binnen 90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (binnen 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen und Erörterung der Zwischenberichte	Jahres- und Konzernjahresabschluss wurden entsprechend den rechtlich anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Sämtliche Fristen zur Veröffentlichung von Abschlüssen wurden im Berichtsjahr eingehalten. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen der Berlinwasser Gruppe auf. Die Berlinwasser Holding AG unterrichtet die Gesellschafter durch Zwischenberichte (monatlicher Bericht über die wirtschaftliche Lage der Berlinwasser Gruppe).
VII. Abschlussprüfung		
VII.1 CGK BWH	• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungs-sektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe	Der Abschlussprüfer hat seine Unabhängigkeit gegenüber dem Prüfungsausschuss erklärt und bestätigt. Die Erklärung enthielt ferner Angaben zu allen vom Abschlussprüfer erbrachten Leistungen; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Es wurde vereinbart, dass Abschluss- und Befangenheitsgründe, die während der Prüfung auftreten könnten, unverzüglich der Aufsichtsratsvorsitzenden gemeldet werden; der Abschlussprüfer hat im Berichtsjahr keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat
VII.2 CGK BWH	• Erteilung des Prüfungsauftrages und der Honorarvereinbarung an den Abschlussprüfer	Der Aufsichtsrat hat nach einem europaweiten Ausschreibungsverfahren - in Abstimmung mit dem Rechnungshof von Berlin - dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt. Die Höhe des Honorars ist dem Aufsichtsrat bekannt.
VII. 3 CGK BWH	• Unterrichtung des Aufsichtsrates durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Corporate Governance Kodex der Berlinwasser Holding AG ergeben	Es gab keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, über die der Abschlussprüfer den Aufsichtsrat hätte unterrichten müssen. Der Abschlussprüfer hat bestätigt, über alle für den Aufsichtsrat wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich zu berichten. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Corporate Governance Kodex der Berlinwasser Holding AG ergeben.
VII.4 CGK BWH	• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss	Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 2011 teilgenommen und hat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Er wird auch an allen Beratungen für den Jahresabschluss 2012 teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

Aufsichtsratsvergütung 2012 der Berlinwasser Holding AG

	T€
Tätigkeitsvergütungen der Aufsichtsräte	105

BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH

Lagebericht 2012

1. Unternehmensgegenstand

Die BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit ist eine Gemeinschaftseinrichtung des Landes Berlin und der Handwerkskammer. Sie wird institutionell gefördert über die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung und ist gemeinnützig. Unternehmensgegenstand ist:

- Konzeption und Durchführung von Projekten in Berlin und im Ausland, die der Völkerverständigung, der Berufsbildung und der Unterstützung der wirtschaftlichen Selbsthilfeinitiativen dienen
- Förderung der Kooperation zwischen hierzu befähigten Bildungs- und Sozialeinrichtungen, einschließlich Verwaltungen, Unternehmen und deren Selbstverwaltungseinrichtungen im In- und Ausland
- Entwicklung und Verbreitung von Methoden zur Integration von benachteiligten Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft

In ihrer fast 30jährigen Geschichte hat die BGZ ein Profil entwickelt, das sie von anderen Organisationen in diesem Bereich der internationalen Zusammenarbeit unterscheidet. Ihre Stärke liegt wesentlich in der Trägerstruktur als Gemeinschaftseinrichtung des Landes Berlin und der Wirtschaft. So realisiert die BGZ eine Verbindung der Schwerpunkte KMU-Förderung mit der beruflichen Integration von MigrantInnen. Es geht zudem um eine gezielte Verknüpfung der Partnernetzwerke – etwa durch Einbeziehung der langjährigen türkischen und polnischen Partner und der Städtepartnerschaften Berlins in neue transnationale Kooperationsprojekte.

Der Unternehmensgegenstand verwirklicht die gesellschaftliche Reputation des Landes Berlin durch seine Tätigkeit in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung sowie sozialem und kulturellen Engagement im weiteren Sinne. Die mit dem Unternehmensgegenstand kompatiblen EU Projekte werden eingeworben und umgesetzt.

2. Geschäftsverlauf und Lage

Die BGZ hat sich im Jahr 2012 positiv entwickelt, es lagen keine existenzbedrohenden Risiken vor. Das von der BGZ für das Jahr 2012 akquirierte Projektvolumen betrug 1.601.326 €. Das Verhältnis von institutioneller Landesförderung in Höhe von 325.000 € zu dem akquiriertem Projektvolumen beträgt damit 1 zu 5.

2012 wurden u.a. folgende Projekte umgesetzt:

- **Awareness for Fairness:** Joint Action of Public Administration and NGOs for the Advancement of Global Education in Europe

  Geber: Europäische Kommission / EuropeAid (BGZ hat den Antrag erstellt, aus fördertechnischen Gründen fungiert aber die LEZ als Antragstellerin)
  Partner in Berlin: Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ), Entwicklungspoltisches Bildungs- und Informationszentrum e.V. (EPIZ), Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung e.V. (KATE), Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V. (GSE)
  Transnationale Partner in: Prag (CZ), Linz (AT), Leeds (GB)

- **Cities Against Racism** - Responsibilities of Cities in Counteracting Racism Sustainably

  Geber: Europäische Kommission / Fundamental Rights and Citizenship Programme (BGZ hat den Antrag erstellt, aus fördertechnischen Gründen fungiert aber die LADS als Antragstellerin)
  Partner in Berlin: Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)
  Transnationale Partner in: Graz (AT), Madrid (ES), Botkyrka und Växjö (SE)

- **Learning Community** – Migrant/innen als Bildungslotsen eröffnen Migrant/innen den Zugang zum Lebenslangen Lernen

  Geber: Europäische Kommission (über EACEA), Programm für Lebenslanges Lernen / Grundtvig / Multilaterale Projekte
  Partner in Berlin: Gesundheit Berlin e.V., Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Kompetenz-Zentrum Interkulturelle Öffnung,
  Transnationale Partner in: Graz/AT, Pyrgos/GR, Brno/CZ, Maastricht/NL

- **BerufeGlobal** - Zukunftsfähig Arbeiten in einer globalisierten Welt

  Geber: Europäische Kommission (über NA beim BIBB), Programm für Lebenslanges Lernen / Leonardo da Vinci / Transfer von Innovationen
  Partner in Berlin: EPIZ e.V., Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Handwerkskammer Berlin, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
  Transnationale Partner in: Allenstein/PL, St. Vith/BE, Wien/AT, Pecs/HU

- **Leonida -** transnationale Zusatzqualifikation für Berliner Jugendliche aus Bau-& HoGa-Berufen - mehrmonatige Auslandspraktika für 100 Berliner Jugendliche und transnationaler Austausch von Arbeitsmarktexpert/innen
  Geber: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Progamm IdA
  Partner in Berlin: Handwerkskammer Berlin - BIZWA; Akademie Berlin-Schmöckwitz; Job-Center Tempelhof-Schöneberg
  Transnationale Partner in: Ankara (TR), Warschau (PL), Posen (PL), Wien (AT), St.Vith (BE)

- **Einsatz Berlin** - Perspektiven für junge Menschen bei der Feuerwehr
  Geber: Land Berlin/Senatsverwaltung für Inneres und Sport
  Partner in Berlin: Berliner Feuerwehr, Handwerkskammer Berlin

- **Gib8! Gesund im Berufsleben** - Gesundheitskompetenz als Qualitätsfaktor
  Geber: Europäische Kommission (über NA beim BIBB), Programm für Lebenslanges Lernen / Leonardo da Vinci / Transfer von Innovationen
  Partner in Berlin: Wannseeschule e.V., Akademie Berlin-Schmöckwitz
  Transnationale Partner in: Graz/AT, Breslau/PL, Békéscsaba und Szentendre/HU

- **P 80 PROTECT - Lernen und helfen im Ehrenamt**
  Geber: Europäische Kommission (über EACEA), Programm für Lebenslanges Lernen/ Grundtvig / Multilaterale Projekte
  Partner in Berlin: Deutsches Rotes Kreuz - Landesverband Berlin, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Malteser Hilfsdienst e.V., Senatsverwaltung für Inneres und Sport
  Transnationale Partner in: Wien/AT, Mataro/ES, Amsterdam/NL

Die BGZ erhielt außerdem Förderzusagen für "TriNet Global - Local Authorities, Business Sector and Universities as Agents for Change", „Schaufenster Elektromobilität: Aus- und Weiterbildung für Hochvolttechnik in Kraftfahrzeugen (Handlungsfeld Qualifizierung)“ und „Global Fairness – Schools as Agents for Change“. Diese Projekte starten 2013.

Bei der Umsetzung der Projekte arbeitete die BGZ 2012 mit 21 operativen Partnern in Berlin zusammen, die Zahl der Begünstigten in Berlin betrug für 2012 rund 5.937 Personen. Wenn man die Lehrkräfte, Kinder und Jugendlichen mitrechnet, die im Rahmen von "Awareness for Fairness“ die im Projekt entwickelten Toolboxen, Broschüren und E-Learning-Angebote er-

halten und teilweise bereits im Unterricht genutzt haben, ergeben sich über 12.000 Begünstigte.

Inhaltliche Schwerpunkte der Projekte waren vor allem Schwerpunkte berufliche Bildung, Globales Lernen, Förderung von KMU und Integration von Migrant/innen.

Mit allen durchgeführten Projekten leistet die BGZ einen Beitrag zur Umsetzung von strategischen Leitlinien des Landes Berlin: Umsetzung des Integrationskonzepts, zur Förderung von KMU und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Berliner Wirtschaft, zur UN-Dekade für Nachhaltige Entwicklung zur Kooperation in der Oderregion

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 9 Angestellte (einschließlich Geschäftsführerin).

3. Finanzierung

Seit ihrer Gründung wird die BGZ als Institution durch das Land Berlin gefördert und wirbt Drittmittel ein aus denen das Land Berlin einen Nutzen zieht, der die Aufwendungen für die institutionelle Förderung übersteigt. Da Aufwendungen für die Projektakquise grundsätzlich nicht förderfähig sind und in allen Projekten Eigenmittel gefordert werden, ist die institutionelle Förderung ein unverzichtbarer Finanzierungsbaustein für die BGZ.

4. Ausblick auf das Geschäftsjahr 2013 und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die BGZ wird sich 2013 auf die Umsetzung ihrer Aufgaben und Projekte konzentrieren. Durch neu akquirierte Projekte ist auch für 2013 eine positive Entwicklung des Unternehmens zu erwarten. Es sind keine existenzbedrohenden Risiken erkennbar.

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex

I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

Geschäftsführerin und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsführerin abgehalten. In der Regel wurden lediglich Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten ohne Teilnahme der Geschäftsleitung behandelt.

Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsführerin hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Die Geschäftsführerin hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrats für die Geschäftsführung; sie war ausreichend und bedurfte keiner Ergänzung.

Die Geschäftsführerin ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (mindestens 2 Wochen vor der Sitzung). Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

Die Geschäftsführerin und der Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt.
D&O-Versicherungen sind nicht abgeschlossen worden.

II. Geschäftsleitung

Die Geschäftsführerin hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführerin Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling.

Die Vergütung erfolgte auf Basis einer Zielvereinbarung, die am 13.12.2010 abgeschlossen wurde; sie wurde nicht nachträglich geändert. Sie hat sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung (variabler Bestandteil einmalig) zusammengesetzt. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Geschäftsführerin, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen wurden andere Bezüge berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden, sie unterlag einer regelmäßigen Überprüfung. Die Gesamtvergütung wurde im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen.

III. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführerin festgelegt. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht. Bei Erstbestellungen wurde die maximal mögliche Bestelldauer ausgeschöpft; eine Wiederbestellung wurde nicht vorzeitig ausgesprochen. Unter Berücksichtigung der Unternehmensgröße und der Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrats hat der Aufsichtsrat keine Ausschüsse.

Zwischen Aufsichtsratsvorsitzenden und Geschäftsführerin hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsführerin hatte über keine wichtigen Ereignisse zu berichten. Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine wichtigen Ereignisse über die er unterrichtet wurde. Es hat keine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Die Tätigkeit im Aufsichtsrat ist ehrenamtlich. An die Mitglieder wurden keine Entgelte gezahlt.

Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsleitung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.
Der Aufsichtsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen

IV. Interessenkonflikte

Die Geschäftsführerin hat die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie hat weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführerin ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

Geschäftsführerin und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt. Es bestanden keine Interessenkonflikte und es wurde auch über keine berichtet.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch die Geschäftsführerin oder ihr nahe stehenden Personen oder ihr persönlich nahe stehenden Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden; der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

Die Geschäftsführerin hat keine Nebentätigkeiten ausgeübt.

Der Geschäftsführerin und Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.
Unternehmensinformationen wurden auch über das Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen den Gesellschaftern vorgelegt. Beteiligungsunternehmen existieren nicht.

VII. Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen vorlagen; an der Unabhängigkeit des Prüfers bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.
Der Abschlussprüfer wird an der Sitzung des Aufsichtsrats teilnehmen, die den Jahresabschluss und den Lagebericht zum Gegenstand der Tagesordnung hat.

30. April 2013

BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH

Jürgen Wittke
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Dr. Hilde Hansen
Geschäftsführerin

BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH

Bezüge der Geschäftsführerin Frau Dr. Hilde Hansen

Bruttogehalt	66.951,84 €
Urlaubsgeld	255,65 €
Weihnachtsgeld	4.582,85 €
erfolgsorientierte Leistungsprämie 2011	6.000,00 €
Arbeitgeberanteil VBLU	5.001,03 €
	82.791,37 €

Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung	6.585,60 €
Arbeitslosenversicherung	1.008,00 €
Krankenversicherung	3.350,76 €
Pflegeversicherung	176,76 €
Umlagen	1.060,37 €
pauschale Steuer auf VBLU-Beiträge	233,04 €
Gesamt	**95.205,90 €**

Neben den Bezügen erhält die Geschäftsführerin Auslagen anlässlich von Dienstreisen erstattet, wobei die Erstattungen im Rahmen des Bundesreisekostengesetzes erfolgten.

Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder

Nach § 8 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates keine Vergütung.

Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH

Zusammengefasster Lage- und Konzernlagebericht

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

der Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH (berlinovo; bis 15.7.2012: BIH Berliner Immobilien Holding GmbH) steht mit ihren Tochtergesellschaften seit 2006 im Eigentum des Landes Berlin. Kernaufgabe des berlinovo-Konzerns ist das Management des Immobilienbestandes von 31 Fondsgesellschaften per 31.12.2012 und die Abwicklung von Garantieverhältnissen, die zwischen Gesellschaften des Konzerns und dem Großteil dieser Fonds bestehen und in den 1990er Jahren begründet worden waren. Hinsichtlich der Risiken aus diesen Garantieverhältnissen hatte das Land Berlin die Konzerngesellschaften im Jahr 2002 freigestellt.

Die berlinovo sieht ihre Aufgabe darin, von einer Verwaltung von Risiken zur Schaffung von Werten zu gelangen. Mit fortschreitender Bereinigung der historisch gewachsenen Konzernstruktur und der Neuordnung der Rechtsbeziehungen zwischen dem berlinovo-Konzern und dem Land Berlin wurden im Jahr 2012 hierfür wesentliche Voraussetzungen geschaffen.

Das Portfolio der Rückkauffonds

Das Immobilienportfolio der 24 Rückkauffonds (Fonds, an denen das Land Berlin mehrheitlich beteiligt ist) umfasst zum Stichtag 31.12.2012 rund 4,5 Mio. m² vermietbare Fläche. Darin enthalten sind insgesamt 550 Einzelobjekte mit mehr als 41.000 Mieteinheiten. Die Sollmiete beträgt € 396 Mio. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen Wohnen-, Handels- und Spezialimmobilien.

Darstellung der gesamt- und branchenwirtschaftlichen Entwicklung

Vor dem Hintergrund schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und der Belastungen durch die EURO-Krise ist das erreichte reale Wirtschaftswachstum in Höhe von ca. 0,7 % im Jahr 2012 in Deutschland im internationalen Vergleich als Erfolg zu werten. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm leicht zu und erreichte im November 2012 mit knapp 42 Mio. einen neuen Rekordwert. Das hatte spürbar positive Auswirkungen auf den privaten Konsum und die Entlastung der Sozialkassen. Damit verbunden war eine deutliche Verbesserung der Lage der öffentlichen Haushalte. Die privaten Konsumausgaben im Inland erhöhten sich 2012 um rd. 2,4 % und lagen damit über der Inflationsrate von 2,0 %. Auch wenn sich die Konjunkturaussichten in der zweiten Jahreshälfte 2012 eingetrübt haben, wird im Jahr 2013 bei einer allmählichen weltwirtschaftlichen Belebung in Deutschland ein ähnliches Wirtschaftswachstum wie im Vorjahr (0,4 bis 0,8 %) und ein relativ stabiler Arbeitsmarkt erwartet. Zu den Branchen mit Wachstumsimpulsen gehört dabei die Bauwirtschaft. Vor allem beim Geschoßwohnungsbau wird 2013 mit einer deutlichen Steigerung der Bautätigkeit gerechnet.

Immobilien haben als Anlageform für Investoren weiter an Wert gewonnen, da Anlagealternativen fehlen oder als deutlich risikobelasteter angesehen werden. Im Vergleich zu anderen langfristigen Anlagemöglichkeiten, insbesondere zu deutschen Staatsanleihen werden bei Immobilienanlagen deutlich höhere Renditen erzielt. Gleichzeitig bieten die tendenziell noch rückläufigen und im historischen Vergleich sehr niedrigen Fremdkapitalkosten sehr günstige Chancen für den Erwerb von Immobilien.

Die Nachfrage nach Investments auf dem deutschen **Wohnungsmarkt** erreichte 2012 solche Dimensionen, dass zunehmend die Risiken einer Marktüberhitzung in Fachkreisen diskutiert werden. Noch erscheinen die Marktrisiken jedoch überschaubar, da die Neubautätigkeit in vielen Teilmärkten deutlich geringer als die Nachfrage ist. Eine Angebotsschwemme auf den Wohnungsmärkten zeichnet sich daher derzeit nicht ab. Vom Nachfrageboom nach Wohninvestments profitieren nicht zuletzt die Bestandswohnanlagen in den deutschen Ballungsräumen, die derzeit eine erhebliche Wertsteigerung erfahren.

Die Bestandsmieten der im GdW (Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.) organisierten Unternehmen erhöhten sich zwischen 2007 und 2011 bundesweit um rd. 9 %. Endgültige Zahlen für das Jahr 2012 liegen noch nicht vor; die Tendenz hat sich jedoch fortgesetzt. In Berlin stiegen die Mieten frei angebotener Wohnungen im Vergleich zum Vorjahr um 13%.

Das Umsatzvolumen auf dem deutschen **Gewerbeimmobilien**-Investmentmarkt lag 2012 mit ca. 25,3 Mrd. € um ca. 8 % über dem Vorjahreswert. Damit wurde das beste Ergebnis auf dem Investmentmarkt seit den Boomjahren 2006 und 2007 erreicht. Wie bereits in den Vorjahren wurde weiterhin eine starke Core-Fixierung beobachtet. Die Risikobereitschaft, in Immobilien mit höheren Renditechancen zu investieren, ist weiterhin gering ausgeprägt. Die Vermarktungschancen von Gewerbeimmobilien in B- und Randlagen haben sich deshalb trotz der anziehenden, insgesamt sehr regen Nachfrage kaum verbessert.

Der Vermietungsmarkt für gewerblich genutzte Flächen der Segmente Büro, Handel und Spezial hat sich insgesamt stabil entwickelt. Positive Entwicklungen ergaben sich insbesondere für die Spitzenmieten der Objekte in guten Lagen (core).

Tätigkeiten, Entwicklung sowie weitere wichtige Vorgänge der Unternehmensgruppe im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum umfasste die Unternehmensgruppe der berlinovo die folgenden Gesellschaften

- Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH (berlinovo)
- ARWOBAU GmbH (ARWOBAU)
- Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der Berlinovo mbH (IBV)
- Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH i. L. (Bavaria)
- Immobilien- und Baumanagement der Berlinovo GmbH (IBG)
- LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV)
- Bavaria Projektentwicklung GmbH Berlin
- BIH Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen i. L.

Der berlinovo-Konzern umfasst per 31. Dezember 2012 157 (Vorjahr 165) Gesellschaften und Beteiligungen in unterschiedlichen Rechtsformen. Von diesen 157 Gesellschaften werden wie im Vorjahr 8 Gesellschaften konsolidiert. 123 (Vorjahr 130) Gesellschaften sind Fondsgesellschaften und deren Beteiligungsgesellschaften, die über ein Treuhandverhältnis größtenteils im wirtschaftlichen Eigentum des Landes Berlin stehen. Die verbleibenden 26 (Vorjahr 27) Gesellschaften sind überwiegend sogenannte „Abwicklungsgesellschaften". Bei diesen handelt es sich mehrheitlich um leere Gesellschaften, an deren Auflösung weiter gearbeitet wird.

Vereinheitlichung der Unternehmensstrukturen (Projekt „One Company")

Bereits in zurückliegenden Geschäftsjahren waren die Konzerngesellschaften IBG und LPFV entoperationalisiert worden. Ihre Aufgaben werden seitdem im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen von der berlinovo wahrgenommen. Wie bereits im Vorjahr bestanden im Geschäftsjahr zwischen der berlinovo und den Tochtergesellschaften ARWOBAU, LPFV und IBV Gewinnabführungsverträge.

Mit zunehmender Reduzierung der operativen Aufgaben aus der Risikoabschirmung und gleichzeitig weit fortgeschrittenem Fondsrückkauf durch das Land Berlin wurde von der Gesellschaft mit Zustimmung des Gesellschafters und des Aufsichtsrats entschieden, die Struktur des bisherigen BIH-Konzerns weiter zu vereinfachen. Ziel war es, das aktive Immobiliendienstleistungs- und Fondsgeschäft in einem unternehmerisch geführten, schlanken Unternehmen zu bündeln und die Komplexität der bisherigen Holdingstruktur sinnvoll zu reduzieren und so operative Effizienzsteigerungen zu erreichen.

Hierfür wurde der operative Geschäftsbetrieb der IBV auf die berlinovo übertragen. Dies geschah mit Betriebsübertragungsvertrag vom 26. Juni 2012, in dessen Zuge die IBV die dem operativen Geschäft zuzuordnenden Vermögensgegenstände sowie sämtliche Anstellungs- und Vertragsverhältnisse mit Wirkung zum 1. Juli 2012 auf die berlinovo übertrug. Das operative Geschäft der IBV wird seit dem von der berlinovo geschäftsbesorgend fortgeführt.

Des Weiteren wurde das operative Immobilienmanagement der ARWOBAU auf die berlinovo übertragen. Dies betrifft insbesondere das Asset und Property Management für die Wohn- und Gewerbeeinheiten der Fondsgesellschaften. Das Kerngeschäft der ARWOBAU in Berlin, insbesondere die Apartmentbewirtschaftung, wurde in der ARWOBAU GmbH belassen.

Die Übertragung des operativen Immobilienmanagements erfolgte im ersten Schritt über dessen Ausgliederung in eine Tochtergesellschaft, die ATIRA Immobilien- und Verwaltungsgesellschaft mbH (ATIRA). Mit Ausgliederungsvertrag vom 26. Juni 2012 wurde dieser Teilbetrieb mit allen Aktiva und Passiva als Ganzes rückwirkend zum 1. Januar 2012 gegen Gewährung von Anteilen auf die ATIRA übertragen. Neben der Übertragung aller Aktiva und Passiva wurden auch sämtliche zu diesem Teilbetrieb gehörenden Anstellungsverhältnisse und Vertragsverhältnisse mit Dritten übernommen. Mit Kaufvertrag vom 26. Juni 2012 verkaufte die ARWOBAU danach sämtliche Anteile an der ATIRA an die berlinovo. Mit Verschmelzungsvertrag vom gleichen Tage übertrug die ATIRA anschließend rückwirkend zum 2. Januar 2012 ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten auf die berlinovo.

Im Zuge dieser Umstrukturierung wurde die BIH Berliner Immobilien Holding GmbH in Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH umbenannt. Mit dem neuen Namen wurde gleichzeitig der Anspruch des neu aufgestellten Unternehmens zum Ausdruck gebracht: als modernes, auf Kernkompetenzen fokussiertes und am wirtschaftlichen Ergebnis orientiertes Immobilienunternehmen des Landes Berlin am Markt zu bestehen.

Tätigkeiten der Konzerngesellschaften

Die **berlinovo** managt mit ihren Unternehmen das Immobilienportfolio der 24 Rückkauffonds und weiteren sieben geschlossenen Immobilienfonds sowie die Wohnungseigentumsverwaltung für Dritte.

Im Fokus der Unternehmensstrategie der berlinovo steht die Wertstabilisierung und Wertsteigerung des verwalteten Immobilienbestandes und der Fondsgesellschaften durch Cashflow-Optimierung, laufende Ergebnis- und Performancesteigerung, ertrags- und renditeorientierte Investitionen sowie Veräußerungen zum richtigen Zeitpunkt.

Sie bietet nunmehr das komplette Real Estate Management für Wohn- und Gewerbeimmobilien aller Größenordnungen an. Die auf Assetklassen spezialisierten Teams aus den Bereichen Asset und Property Management sowie der Wohnungseigentumsverwaltung managen bundesweit mehr als 50.000 Wohn- und Gewerbeeinheiten. Neben den klassischen Leistungen des Asset und Property Managements und der Vermietung steuert die Gesellschaft u. a. strukturierte Verkaufsprozesse für Teilportfolien der Fonds und investive Maßnahmen.

Das Kerngeschäft des Bereichs Fondsmanagement ist die Verwaltung von geschlossenen Immobilienfonds. Innerhalb der Gesellschaft besteht eine fondsbezogene Teamorganisation, die die Funktion der Fonds-Geschäftsführung sowie des Fonds-Managements und -Controllings in Bezug auf die Fondsimmobilien wahrnimmt. Zudem ist – fondsübergreifend – eine kundenorientierte Zeichnerbetreuung etabliert. Der Bereich Fondsmanagement verwaltet per 31. Dezember 2012 31 Fonds mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 9,6 Mrd. € und einem ursprünglichen Eigenkapitalvolumen von rund 3,2 Mrd. €. Es werden per 31. Dezember 2012 rd. 77.000 Zeichnungen von rd. 8.400 Zeichnern betreut.

Die **ARWOBAU** betreibt das operative Portfolio- und Propertymanagement für Apartment- und Wohnimmobilien in Berlin mit insgesamt rund 10.000 Einheiten, davon ca. 7.000 Apartmenteinheiten, für diverse Fondsgesellschaften. Die möblierten Apartments werden in verschiedenen Komfortstufen vermarktet. Im Bereich der Apartmentvermietung konnte die Auslastung im Jahresdurchschnitt 2012 von rund 80 % auf rund 85 % erhöht werden.

Für die bewirtschafteten Objekte hat die ARWOBAU langfristige Generalmietverträge abgeschlossen. Durch einen Risikofreistellungsvertrag mit der IBG ist sie von deren Risiken freigestellt. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2012 einen Jahresüberschuss von T€ 2.721 (vor Ergebnisabführung) erzielt. Maßgeblich hierfür war die hohe Auslastung, die ein positives Bewirtschaftungsergebnis ermöglichte. Weitere Einflussgrößen waren das Finanzergebnis und die Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen.

Operative Aufgaben der **IBV** als Dienstleister für geschlossene Immobilienfonds wurden aufgrund des Vertrages zum Gesamtgeschäftsübergang seit dem 01.07.2012 von der berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH übernommen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielte die IBV einen Jahresüberschuss von 32,1 Mio. € (vor Ergebnisabführung). Maßgeblich hierfür waren Zuschreibungen auf Beteiligungen an Immobilienfonds und Objektgesellschaften in Höhe von 31,1 Mio. €.

Die **Bavaria** befindet sich seit dem 1. März 2005 in Liquidation. Wie bereits in den Vorjahren konnten die vielfältigen Gewährleistungsverpflichtungen weiter reduziert werden. Das verbliebene Gewährleistungsvolumen aus dem ehemaligen Bauträger- und Entwicklungs- bzw. Generalübernehmer-Geschäft wird auf ca. 8,6 Mio. € geschätzt. Der Jahresüberschuss der Gesellschaft von 20,3 Mio. € war maßgeblich geprägt durch Sondereinflüsse wie die Auflösung von Rückstellungen für Rückübertragungsrisiken. Die Gesellschaft soll zum 31.12.2014 vollständig entoperationalisiert sein.

Die **IBG** fungiert auf Grund der langlaufenden Garantieverträge unverändert überwiegend als juristisches Vehikel für die Garanten- und Stillhalterfunktion im Zusammenhang mit dem Fondsgeschäft, der Holdingfunktion für verbliebene Beteiligungsgesellschaften sowie dem Vertragsmanagement für verbliebene rechtliche Verpflichtungen. Der Jahresüberschuss der Gesellschaft von 11,8 Mio. € war maßgeblich bestimmt durch Zuschreibungen auf Beteiligungen an Immobilienfonds und Objektgesellschaften in Höhe von 6,9 Mio. € sowie außerordentliche Erträge in Höhe von 4,6 Mio. € insbesondere aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die **LPFV** hat Ende des Jahres 2000 von der IBG bzw. deren damaligen Tochter- bzw. Enkelgesellschaften sämtliche mit dem Vertrieb von Immobilien und Fonds zusammenhängenden Risiken mit schuldrechtlicher Wirkung - ohne das Außenverhältnis zu berühren – übernommen. Die LPFV hatte bereits zum 31.12.2011 ihre operative Tätigkeit vollständig eingestellt. Vor Verlustausgleich im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages erzielte die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von 2,3 Mio. €.

Cash-Management

Die berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH steuert die gesamte Liquidität einschließlich der Anlagepolitik für alle Gesellschaften der Gruppe und unterstützt die Fondsgeschäftsführung im Bereich des Darlehensmanagements sowie der Liquiditätsverwaltung für die Fondsgesellschaften. Die berlinovo hat in diesem Zusammenhang einen Cash-Pool- sowie einen Dienstleistungsvertrag mit den wesentlichen Konzerngesellschaften abgeschlossen. Die berlinovo kann auch aktiv Entleihungen aus dem Cash-Pool vornehmen. Sie hat von dieser Möglichkeit im Geschäftsjahr 2012 wie im Vorjahr keinen Gebrauch gemacht.

Neuordnung der Rechtsbeziehungen zwischen dem Land Berlin und der berlinovo-Gruppe

Das Land Berlin hatte im Jahr 2002 die berlinovo und weitere Gesellschaften der heutigen berlinovo-Gruppe gegen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft im Rahmen der sog. Detailvereinbarung (DetV) vom 16. April 2002 abgeschirmt. Diese Risikoabschirmung der berlinovo-Gruppe wurde im Geschäftsjahr durch eine Vereinbarung vom 20.12.2012 zwischen dem Land Berlin einerseits sowie der berlinovo, der LPFV und der IBG andererseits neu geordnet („**Neuordnungsvereinbarung**"). Die berlinovo-Gruppe löst sich dadurch in erheblichem Umfang aus der bisherigen Situation, die vom Management der von der Bankgesellschaft Berlin AG übernommen Risiken geprägt war und konzentriert sich stärker auf ihre immobilienwirtschaftlichen Aufgaben.

Leitgedanke der Neuordnungsvereinbarung ist die Aufhebung der Erfüllungsübernahme (Risikoabschirmung gemäß Art. 37 bis 42 DetV) und die Sicherstellung der Finanzierung der berlinovo-Gruppe durch eine einmalige Leistung und die zukünftigen Überschüsse aus den verwalteten, im wirtschaftlichen Eigentum des Landes Berlin stehenden Immobilienfonds.

Grundlage dieses Konzepts ist eine Unternehmensplanung, die die Entwicklung der in der berlinovo-Gruppe (einschließlich der von ihr bzw. vom Land Berlin gehaltenen Fondsanteile) vorhandenen verfügbaren Liquidität für die Jahre 2012 bis 2026 abbildet (sog. Liquiditätsmodell). In diesem Liquiditätsmodell finanzieren sich berlinovo-Gruppe und Fonds durch die Nutzung der vorhandenen und der im Rahmen der Neuordnungsvereinbarung vom Land Berlin geleisteten liquiden Mittel sowie aus den laufenden Ergebnissen der Fonds. Zahlungen an die berlinovo-Gruppe aus der Erfüllungsübernahme nach der DetV erfolgen nicht mehr.

Das Liquiditätsmodell wurde von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft umfassend geprüft. Dabei wurde auch die Belastbarkeit der Annahmen in Szenarioberechnungen betrachtet. Die Neuordnungsvereinbarung sieht vor, dass auch die Fortschreibung des Liquiditätsmodells einer jährlichen Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer unterzogen wird.

Die Parteien verzichten im Rahmen der Neuordnungsvereinbarung wechselseitig auf Ansprüche aus der Erfüllungsübernahme nach der DetV zum Stichtag 01.01.2012. Gleichzeitig werden die Informations-, Zustimmungs- und Kontrollrechte des Landes nicht mehr ausgeübt. Die LPFV als primärer Gläubiger der Erfüllungsübernahme erhält im Gegenzug eine Einmalzahlung in Höhe von 419 Mio. € sowie die Überschüsse aus den vom Land Berlin gehaltenen Fondsanteilen. Außerdem erhält die LPFV eine Absicherung gegen Insolvenzrisiken. Die Insolvenzabsicherung umfasst die Gewährleistung einer Mindestliquidität sowie eine Vermögenssicherung für den Fall, dass die Leistungen aus der Neuordnungsvereinbarung die Aufwendungen aus Garantieleistungen gegenüber den Fonds in diesem Zeitraum nicht abdecken.

Die LPFV wird im Übrigen im Rahmen ihrer rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten für eine Umsetzung des Liquiditätsmodells in einer Weise Sorge tragen, dass eine Inanspruchnahme des Landes aus der Kreditgarantie vermieden wird. Die berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH wird sie hierbei unterstützen.

B. Darstellung der Lage

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage der **berlinovo** als Einzelgesellschaft stellt sich wie folgt dar:

berlinovo	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	Veränderung in
	T€	T€	T€	%
AKTIVA				
Langfristiges Vermögen				
Finanzanlagen	158.861	153.495	5.366	3%
Übrige Aktiva	756	306	450	147%
	159.617	153.801	5.816	4%
Kurzfristiges Vermögen				
Forderungen an verbundene Unternehmen	53.582	44.376	9.206	21%
Wertpapiere des Umlaufvermögens	59.329	69.741	-10.412	-15%
Flüssige Mittel	231.373	67.604	163.769	242%
Übrige Aktiva	12.808	40.210	-27.402	-68%
	357.092	221.931	135.161	61%
	516.709	375.732	140.977	38%
PASSIVA				
Eigenkapital	103.925	67.307	36.621	54%
Langfristiges Fremdkapital				
Rückstellungen	20.242	0	20.242	n.a.
Verbindlichkeiten	13.479	10.548	2.931	28%
	33.721	10.548	23.173	220%
Kurzfristges Fremdkapital				
Rückstellungen	7.065	1.704	5.361	315%
Verbindlichkeiten aus Cash-Pooling	338.757	192.168	146.589	76%
Übrige Passiva	33.241	104.008	-70.767	-68%
	379.063	297.876	81.183	27%
	516.709	375.732	140.977	38%

Die Erhöhung der Bilanzsumme ist im Wesentlichen auf Liquiditätszuflüsse im Rahmen des Cash-Pooling zurückzuführen. Diese haben auf der Aktivseite zu einem deutlichen Anstieg der Bankguthaben und auf der Passivseite zu einer Zunahme der korrespondierenden Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen geführt.

Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 20,1% (Vorjahresstichtag 17,9%).

Die Vermögenslage des **berlinovo-Konzerns** zeigt folgendes Bild:

berlinovo-Konzern	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	Veränderung in
	T€	T€	T€	%
AKTIVA				
Langfristiges Vermögen				
Finanzanlagen	158.005	162.823	-4.818	-3%
Übrige Aktiva	104.625	3.896	100.729	2.585%
	262.630	166.719	95.911	58%
Kurzfristiges Vermögen				
Forderungen gegen das Land Berlin	14.391	316.800	-302.410	-95%
Wertpapiere des Umlaufvermögens	69.329	69.741	-412	-1%
Flüssige Mittel	248.363	97.186	151.177	156%
Übrige Aktiva	85.738	203.237	-117.499	-58%
	407.821	686.964	-279.143	-41%
	670.452	853.684	-183.232	-21%
PASSIVA				
Eigenkapital	242.163	183.633	58.530	32%
Passiver Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	29.669	29.869	-200	-1%
Langfristiges Fremdkapital				
Rückstellungen	98.062	90.944	7.117	8%
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin	0	80.470	-80.470	-100%
Übrige Verbindlichkeiten	12.753	24.238	-11.485	-47%
	110.815	195.652	-84.838	-43%
Kurzfristges Fremdkapital				
Rückstellungen für Abrechnungsrisiken	7.617	44.597	-36.980	-83%
Übrige Rückstellungen	60.870	80.772	-20.103	-25%
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin	2.270	7.451	-5.181	-70%
Übrige Passiva	217.249	311.909	-94.660	-30%
	287.806	444.730	-156.924	-35%
	670.452	853.684	-183.232	-21%

Die Zugänge zum Anlagevermögen im Konzern (17,6 Mio. €) betreffen insbesondere zu 14,9 Mio. € die an zwei Fondsgesellschaften ausgezahlten mittel- und langfristigen Darlehen und zu € 1,6 Mio. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen.

Das Eigenkapital beträgt - unter Berücksichtigung von passivischen Unterschiedsbeträgen - zum 31. Dezember 2012 271,8 Mio. € (Vorjahresstichtag: 213,3 Mio. €). Der Anstieg resultiert aus dem Konzernjahresergebnis in Höhe von 58,5 Mio. €. Die sich hieraus ergebende Eigenkapitalquote beträgt 40,5% (Vorjahresstichtag 25,0%).

Im gesamten berlinovo-Konzern belaufen sich die Bankguthaben am 31. Dezember 2012 auf 248,4 Mio. € (Vorjahresstichtag: 97,2 Mio. €). Dabei vereinnahmte die LPFV auf der Grundlage der mit dem Land Berlin abgeschlossenen Neuordnungsvereinbarung einen Ablösebetrag von 111,0 Mio. €. Außerdem erzielte die BAVARIA aus der Veräußerung eines Zerobonds im Dezember 2012 einen Veräußerungserlös von

36,6 Mio. €. Gegenläufig wirkte die Auszahlung von Fondsvergleichsmitteln (71,7 Mio. €) an zwei Fonds im Januar 2012.

Die vom Land Berlin seit dem 1. Januar 2008 zur Verfügung gestellte Betriebsmittellinie von höchstens 52,0 Mio. € wurde unverändert im Berichtsjahr und am Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen.

Die Zahlungsfähigkeit der berlinovo als Einzelgesellschaft sowie des berlinovo-Konzerns ist unter Berücksichtigung der am Bilanzstichtag vorhandenen liquiden Mittel sowie der nicht ausgeschöpften Kreditlinie des Landes Berlin gesichert.

Ertragslage

Die Ertragslage der berlinovo und des Konzerns waren im Geschäftsjahr von Sondereffekten im Zusammenhang mit der Neuordnungsvereinbarung geprägt, die zu hohen Jahresüberschüssen führten. Mit vergleichbaren Ergebnissen ist in den nächsten Jahren nicht zu rechnen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Ertragslage der **berlinovo** als Einzelgesellschaft. Aufgrund der im Berichtsjahr erfolgten Umstrukturierungen, insbesondere durch Verschmelzungsvertrag vom 26. Juni 2012 mit der ATIRA, ist die Ertragslage 2012 nur eingeschränkt mit derjenigen des Vorjahres vergleichbar.

berlinovo	2012	Vorjahr	Veränderung	Veränderung in
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse (inkl. aktivierte Eigenleistungen)	30.249	0	30.249	n.a.
Materialaufwand	-5.504	0	-5.504	n.a.
Sonstige betriebliche Erträge	15.606	13.501	2.099	16%
Rohergebnis	40.345	13.501	26.844	199%
Personalaufwand	-20.790	-3.982	-16.808	422%
Abschreibungen	-259	-87	-172	198%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-28.105	-6.214	-21.891	352%
Betriebsergebnis	-8.809	-3.219	-12.027	374%
Ergebnis aus Finanzanlagen	12.581	3.021	9.560	316%
Ergebnis aus Gewinnabführungsverträgen	30.201	-5.435	35.636	-656%
Zinsergebnis	1.177	-183	1.360	-743%
Finanzergebnis	-43.959	-2.597	-46.558	-1.793%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	36.150	-621	37.529	-5.560%
Außerordentliches Ergebnis	1.048	3.128	4.176	-134%
Ergebnis vor Steuern	36.198	-2.597	38.705	-1.544%
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	426	134	292	218%
Sonstige Steuern	-3	0	-3	n.a.
Jahresergebnis	36.621	-2.373	38.994	-1.643%

Das Jahresergebnis wurde maßgeblich durch die Gewinnabführung (32,2 Mio. €; Vorjahr 1,0 Mio. €) sowie Beteiligungserträge (9,5 Mio. €) der IBV beeinflusst. Die Übernahme des Verlustes der LPFV (2,3 Mio. €; Vorjahr 6,4 Mio. €) wirkte gegenläufig. Das negative Betriebsergebnis resultierte im Wesentlichen aus der Bildung von Drohverlustrückstellungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Neuordnungsvereinbarung (13,1 Mio. €).

Das höhere Zinsergebnis ist hauptsächlich auf erstmals ausgewiesene Erträge aus der Abzinsung langfristiger Rückstellungen (3,5 Mio. €) bei rückläufigen Erträgen aus Wertpapieren (-0,9 Mio. €) sowie gestiegenen Zinsaufwendungen (+1,0 Mio. €) zurückzuführen. Die Aufwendungen aus der Verzinsung von Guthaben im Rahmen des Cash-Pooling betragen 4,3 Mio. € (Vorjahr 3,5 Mio. €).

Das außerordentliche Ergebnis umfasst im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen im Zusammenhang mit der Neuordnungsvereinbarung (1,6 Mio. €) sowie Aufwendungen aus der Verzinsung der Vergleichssummen gemäß der abgeschlossenen Fondsvergleiche (0,6 Mio. €).

Zusammenfassend stellt sich die Ertragslage des **berlinovo-Konzerns** in folgender Übersicht dar:

berlinovo-Konzern	2012	Vorjahr	Veränderung	Veränderung in
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse (inkl. aktivierte Eigenleistungen)	164.070	164.349	-279	0%
Bestandsveränderungen	-123	-973	850	-87%
Materialaufwand	-377.210	-303.438	-73.772	24%
Sonstige betriebliche Erträge	337.139	244.512	92.627	38%
Rohergebnis	123.876	104.250	19.626	19%
Personalaufwand	-24.361	-22.753	-1.608	7%
Abschreibungen	-1.272	-1.650	378	-23%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-61.926	-60.624	-1.402	2%
Betriebsergebnis	36.317	19.523	16.794	86%
Ergebnis aus Finanzanlagen	662	1.259	-597	-47%
Zinsergebnis	45	-2.230	2.275	-102%
Finanzergebnis	707	-971	1.678	-173%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	37.024	18.552	18.472	100%
Außerordentliches Ergebnis	-1.024	1.624	-2.648	-163%
Ergebnis vor Steuern	36.000	19.928	16.072	81%
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	438	191	247	129%
Sonstige Steuern	27	52	-25	-48%
Ergebnis nach Steuern	35.535	19.171	16.364	85%
Erträge aus der Auflösung passiver Unterschiedsbeträge	0	3.739	-3.739	n.a.
Jahresergebnis	58.630	17.810	40.820	229%

Das Betriebsergebnis ist positiv und hat sich – im Wesentlichen aufgrund hoher Zuschreibungen auf Anteile an Fonds- und Objektgesellschaften (38,7 Mio. €; Vorjahr: 0,2 Mio. €) – deutlich verbessert. Gegenläufig wirkten sich Zuführungen zu Drohverlustrückstellungen (vor Zinserträgen aus Abzinsungen: 20,6 Mio. €) sowie die im Personalaufwand erfasste erstmalige Bildung von Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen (vor Ab- bzw. Aufzinsungen: 1,5 Mio. €) aus.

Die Umsatzerlöse haben sich wie folgt entwickelt:

berlinovo-Konzern	2012	Vorjahr	Veränderung	Veränderung in
	T€	T€	T€	%
Mieterträge IBG	85.601	86.449	-847	-1,0%
Mieterträge ARWOBAU	41.806	38.715	3.091	8,0%
Mieterträge BOB	7.212	8.964	-1.752	-19,5%
Fondsgeschäftsführung IBV	13.400	12.800	601	4,7%
Objektbetreuung berlinovo (Vorjahr: ARWOBAU)	13.205	14.466	-1.261	-8,7%
übrige Umsatzerlöse	2.846	2.956	-110	-3,7%
Summe Umsatzerlöse	164.070	164.349	-279	-0,2%

Die Gewinn- und Verlustrechnung des berlinovo-Konzerns enthält unter den sonstigen betrieblichen Erträgen Beträge in Höhe von 257,5 Mio. € (Vorjahr: 184,4 Mio. €) aus der Detail- bzw. Neuordnungsvereinbarung. Diesen Erträgen stehen korrespondierende Aufwendungen gegenüber. Grundsätzlich bleiben die der Detailvereinbarung bzw. der Neuordnungsvereinbarung mit dem Land Berlin unterliegenden Sachverhalte insgesamt ergebnisneutral.

Nicht abgeschirmt - und damit für den berlinovo-Konzern ergebniswirksam - sind die laufenden Verwaltungs- und Personalaufwendungen.
Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. Ursächlich sind die gestiegenen Zinserträge aus Abzinsungen.

Das außerordentliche Ergebnis ist geprägt durch die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Rückabwicklungsrisiken (12,4 Mio. €) und den aus der Neuordnungsvereinbarung resultierenden Ergebniseffekten (9,3 Mio. €). Die Vorjahreszahlen betreffen hauptsächlich die im Zusammenhang mit den Fondsvergleichen entstandenen Aufwendungen und Erträge (-4,6 Mio. €).

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das Geschäft der berlinovo-Gruppe aus Fondsverwaltung und Bewirtschaftung der Immobilienbestände ist weiterhin stabil. Wesentliche Veränderungen könnten sich diesbezüglich nur ergeben, wenn das Land Berlin in Folge eines fortgesetzten Ankaufs von Fondsanteilen die Fähigkeit gewinnt, die gesellschaftsrechtliche Struktur des Immobilienbestandes sowie die bestehenden Garantieverhältnisse neu zu ordnen.

Mit der Neuordnungsvereinbarung haben sich die Grundvoraussetzungen für die Tätigkeit der berlinovo-Gruppe im Zusammenhang mit der Abwicklung der Garantieverhältnisse und damit für die Finanzierung der Unternehmensgruppe geändert. Insbesondere aus dem Liquiditätsmodell ergeben sich neue Chancen und Risiken.

Wesentliche Chancen der künftigen Entwicklung liegen für berlinovo in der Möglichkeit, sich in einem im Kern gesunden Immobilienmarkt als unternehmerisch ausgerichtete Beteiligung des Landes Berlin ohne die erheblichen administrativen Belastungen der Zeit vor der Neuordnungsvereinbarung aktiv weiter zu entwickeln.

Mit der Beendigung der Erfüllungsübernahme im Rahmen der Risikoabschirmung über die DetV ergeben sich gleichzeitig auch neue Risiken für die berlinovo-Gruppe, insbesondere eine bisher nicht gegebene Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung des Immobilienportfolios der 24 Fondsgesellschaften. Die berlinovo-Gruppe wird zukünftig zur Finanzierung der Garantieverpflichtungen auch Überschüsse aus den bestehenden Fondsgesellschaften einsetzen. Die dem Liquiditätsmodell zugrunde liegende Unternehmensplanung hat daher die Abhängigkeit des Modells von wesentlichen Einflussgrößen, wie der Entwicklung von Zinsen, Mieten, Bewirtschaftungskosten und Investitionen untersucht. Danach kann eine Kombination pessimistischer Annahmen zu einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf nach dem Jahr 2020 führen. Aufgrund der fortschreitenden Entschuldung der Fondsgesellschaften werden bis dahin jedoch auch ohne Rückgriff auf die nach Neuordnungsvereinbarung vorgesehenen Liquiditäts- und Vermögenssicherungsmechanismen Finanzierungspotenziale zur Verfügung stehen.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Prognosebericht

Die Neuordnungsvereinbarung löst die berlinovo-Gruppe aus dem System der Risikoabschirmung in der bisherigen Form. Die damit einhergehende Reduzierung des bisher vom Land Berlin bzw. in Geschäftsbesorgung für das Land Berlin von der Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH (BCIA) ausgeübten Kontroll- und Zustimmungsregimes war eine zwingende Voraussetzung, um der berlinovo zukünftig ein kaufmännisches Handeln als eigenständiges Immobilienunternehmen zu ermöglichen.

Die Beendigung der Risikoabschirmung ermöglicht der berlinovo ferner, den mit dem Garantiemanagement verbundenen Regieaufwand einzuschränken. Dieser Effekt wird sich bereits kurzfristig bemerkbar machen. Mit der beabsichtigten weiteren Erhöhung der Fondsbeteiligungsquote des Landes Berlin, die eine weitere Vereinfachung der Fondsstrukturen ermöglichen würde, sollten mittelfristig weitere Verschlankungen in der Struktur und den Geschäftsprozessen realisierbar sein.

Die Phase der Straffung der Konzernstrukturen nach dem Leitbild der „One Company" ist abgeschlossen. Der Prozess der Integration und Optimierung von Aufbau- und Ablauforganisation wird fortgeführt. Insbesondere die Effizienzsteigerung der Prozessabläufe und die damit verbundenen Möglichkeiten zur Kosteneinsparung haben hohe Priorität.

Schwerpunkte für das operative Immobilienmanagement der berlinovo-Gruppe werden weiterhin die Optimierung der Bewirtschaftung, der Vermietung, des Forderungsmanagements sowie der Bewirtschaftungskosten sein.

Für die Jahre 2013 und 2014 werden sowohl im Einzelabschluss als auch im Konzernabschluss im Wesentlichen ausgeglichene Ergebnisse erwartet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem 31. Dezember 2012

Vorgänge von besonderer Bedeutung, deren Auswirkungen noch nicht im Jahresabschluss erfasst sind, haben sich nach dem 31. Dezember 2012 nicht ergeben.

E. Sonstige Angaben

Die Geschäftsführung der berlinovo erklärt, dass dem Deutschen Corporate Governance Codex in der Fassung vom 15. Mai 2012 und der von der Senatsverwaltung für Finanzen am 5. März 2009 herausgegebenen Fassung (Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) vom 17. Februar 2009, inkl. Aktualisierung aus Juli 2011) entsprochen wurde und wird. Der Bericht der Geschäftsführung vom 31. Januar 2013 zum BCGK ist diesem Lagebericht als Anlage beigefügt.

Berlin, den 4. März 2013

Kira Baitalskaia

Roland J. Stauber

berlinovo
IMMOBILIEN

Bericht
zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK)

Anlage zum zusammenfassenden Konzernlagebericht und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

berlinovo IMMOBILIEN

I. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.

Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.
Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen der Satzung bestehen eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrates sowie eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig, zeitnah, umfassend und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.
Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt. Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen. Sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt.
Eine D&O-Versicherung wurde für Geschäftsführung und Aufsichtsrat abgeschlossen.

II. Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes gearbeitet, das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Die strategische Ausrichtung des Unternehmens wurde mit dem Aufsichtsrat abgestimmt und für ihre Umsetzung wurde gesorgt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen. Die Unternehmensgruppe verfügt über ein wirksames Risikomanagement und Risikocontrolling. Risiken werden ordnungsgemäß erhoben, bewertet und berichtet.

Die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung regelt die Zusammenarbeit in der Geschäftsführung. Darüber hinaus wurde die Geschäftsverteilung zwischen den Geschäftsführern geregelt. Es wurde kein Vorsitzender/Sprecher der Geschäftsführung bestimmt. Die Geschäftsordnung regelt die Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat, zustimmungsbedürftige Geschäfte sowie die Mehrheitsverhältnisse bei Geschäftsführungsbeschlüssen.

Die Vergütung der Mitglieder der Geschäftsführung wurde vom Aufsichtsrat in angemessener Höhe auf der Grundlage einer Aufgaben- und individuellen Leistungsbeurteilung für die einzelne Person unter Beachtung der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt.

Die Vergütung umfasst fixe und variable Bestandteile. Letztere sind an konkrete Unternehmensziele gebunden. Die variable Vergütung erfolgt auf Basis einer Zielvereinbarung, die für von der Geschäftsführung am 29.03.2012 unterzeichnet und vom Aufsichtsratsvorsitzenden am 16.04.2012 gegengezeichnet wurde. Die Vergütung der Geschäftsführung wurde im Anhang zum Jahresabschluss einzeln ausgewiesen. Die Vergütungen werden einer regelmäßigen Überprüfung unterzogen.

III. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden und sah keinen ergänzenden Handlungsbedarf. Er hat zusätzlich das Inkraftsetzen einer Finanzierungs- und Anlagerichtlinie an seine vorherige Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.

Gemäß Gesellschaftsvertrag nimmt der Aufsichtsrat die Bestellung, Anstellung und Abberufung der Mitglieder der Geschäftsführung vor. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt, eine Nachfolgeregelung besteht nicht. Die Erstbestellung für die kaufmännische Geschäftsführerin fand zum 01.02.2012 statt. Die maximal mögliche Bestelldauer wurde nicht ausgeschöpft.

Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden; in regelmäßigen monatlichen Terminen der Geschäftsführung hat die Geschäftsführung den Aufsichtsratsvorsitzenden im Geschäftsjahr 2012 über die Geschäftsentwicklung unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat außerhalb der Aufsichtsratssitzungen mittels schriftlichem Beschlussverfahren über zustimmungspflichtige Geschäfte entschieden. Daneben gab es in einer eilbedürftigen Personalangelegenheit eine Eilentscheidung des Aufsichtsratsvorsitzenden. Es haben vier turnusmäßige Aufsichtsratssitzungen (am 28.03.2012, 18.06.2012, 26.09.2012 und 19.12.2012) stattgefunden.

Die maximale Zahl von zehn Aufsichtsratsmandaten gem. AktG §100 hat kein Aufsichtsratsmitglied überschritten. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.
Eine Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder kann gemäß Gesellschaftsvertrag nur durch Beschluss der Gesellschafterversammlung gewährt werden. Die Gesamtvergütungen ergeben sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten angemessenen Ersatz ihrer Aufwendungen. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsführung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Zum 31.12.2011 legte der Interimsgeschäftsführer, der ab dem 06.05.2011 aus dem Aufsichtsrat in die Geschäftsführung gewechselt war, sein Mandat nieder. Ab 01.01.2012 wurde er vom Gesellschafter erneut in den Aufsichtsrat berufen.

In den vier Sitzungen des Aufsichtsrats wurden 41 Beschluss- und 28 Informationsvorlagen behandelt. Es erfolgten zwei schriftliche Umlaufbeschlüsse und eine Eilentscheidung des AR-Vorsitzenden.

IV. Interessenkonflikte

Die Mitglieder der Geschäftsführung haben die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung haben die Unternehmensinteressen gewahrt und bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgt.

Die Mitglieder der Geschäftsführung haben Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offen zu legen. Interessenkonflikte sind nicht entstanden.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat Interessenkonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, dem Aufsichtsrat gegenüber offen zu legen. Interessenkonflikte sind nicht entstanden.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder des Aufsichtsrates, der Geschäftsführung oder ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen lagen nicht vor und sind daher dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden. Der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht. Kein Geschäftsführer hat Nebentätigkeiten ausgeübt.

Mitgliedern der Geschäftsführung und Mitgliedern des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, wurden dem Aufsichtsrat unverzüglich zur Kenntnis gegeben. Unternehmensinformationen wurden sowohl im Rahmen der laufenden Öffentlichkeitsarbeit als auch auf der Homepage des Unternehmens veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Berlinovo unterrichtet den Gesellschafter mittels eines vierteljährlichen Zwischenberichtes über die wirtschaftliche Lage (im Rahmen der Berichterstattung an den Aufsichtsrat). Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden innerhalb der vorgesehenen Fristen dem Aufsichtsrat und dem Gesellschafter vorgelegt. Die Zwischenberichte zur wirtschaftlichen Lage wurden vom Aufsichtsrat mit der Geschäftsführung erörtert. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet. Der Prüfungsbericht zum Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen auf.

VII. Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen bzw. seinen Organmitgliedern bestehen. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestehen keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet.
Dem Abschlussprüfer sind im Rahmen der gesetzlichen Jahresabschlussprüfung keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben. Eine Prüfung der Inhalte des BCGK-Berichts durch den Abschlussprüfer ist nicht erfolgt.
Der Abschlussprüfer wird an der Beratung des Aufsichtsrates teilnehman und wird über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

8.2. Beschäftigte Arbeitnehmer

Im Berichtszeitraum waren bei den Unternehmen des berlinovo-Konzerns durchschnittlich 370 (Vorjahr: 382) Angestellte beschäftigt. Daneben waren im Konzern im Jahresdurchschnitt 10 (Vorjahr: 9) Auszubildende angestellt. Zum 31.12.2012 sind 384 (31.12.2011: 387) Angestellte und 11 (31.12.2011: 10) Auszubildende beschäftigt.

8.3. Bezüge der Geschäftsführung

Den Geschäftsführern der Gesellschaft wurden im Berichtszeitraum Gesamtbezüge von T€ 432 (Vorjahr: T€ 1.058) gewährt. Diese teilen sich wie folgt auf:

• Herr Roland J. Stauber:	Grundvergütung	€	254.000,04
	Variable Vergütung	€	23.333,33
	Sachbezug Dienstwagen	€	7.378,56
		€	284.711,93
• Frau Kira Baitalskaia:	Grundvergütung	€	110.000,01
	Mutterschaftsgeld	€	2.799,08
	Arbeitgeberzuschuss zum Mutterschaftgeld	€	26.824,90
	Sachbezug Dienstwagen	€	7.697,47
		€	147.321,46

8.4. Aufwandsentschädigungen an Aufsichtsrat

An Aufsichtsratsmitglieder wurden im Berichtsjahr insgesamt T€ 29 (Vorjahr T€ 27) an Aufwandsentschädigungen und sonstigen Erstattungen gezahlt, die sich wie folgt aufteilen:

• Herr Dr. Ulrich Nußbaum:	Aufwandsentschädigung	€	5.000,00
	Erstattung Reisekosten	€	266,77
• Herr Ludwig Burkardt:	Aufwandsentschädigung einschließlich Umsatzsteuer	€	5.950,00
• Herr Dr. jur. Eugen von Lackum:	Aufwandsentschädigung einschließlich Umsatzsteuer	€	5.950,00
• Herr Uwe Lissau:	Aufwandsentschädigung	€	5.000,00
	Erstattung Reisekosten	€	1.316,00
• Frau Erika Jaeger:	Aufwandsentschädigung einschließlich Umsatzsteuer	€	5.950,00

BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH

BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH, Berlin
Lagebericht über das Geschäftsjahr 2012

A Geschäft und Rahmenbedingungen

Das Ziel der BIM GmbH ist wie im Gesellschaftsvertrag beschrieben die Steigerung der Effizienz der Immobiliennutzung durch die Landesbehörden. Die konkreten Handlungsfelder sind:

- Neuanmietung bzw. Vertragsverlängerung
- Umzug in landeseigene Gebäude
- Verdichtung durch Reduzierung benötigter Flächen
- Nutzung von Flächenreserven in SILB-Gebäuden
- Effizienzsteigerung bei immobilienspezifischen Dienstleistungen
- Abbau des Instandhaltungsstaus bei landeseigenen Gebäuden.

Im Laufe des Jahres 2012 wurde die Aktivität zur Verminderung des Instandhaltungsstaus der dem SILB zugeordneten Gebäude planmäßig durch den Bereich Baumanagement der BIM GmbH durchgeführt.

B Ertragslage

Die Ertragslage ist durch folgende Daten gekennzeichnet:

in T€ (gerundet)	2011	2012
Umsatzerlöse		
Geschäftsführung des SILB	13.139	14.651
Vergütung für die Betreuung der angemieteten Immobilien gemäß Mieter-Vermieter-Modell	714	814
Übrige	237	0
Summe	**14.090**	**15.465**
Sonstige betriebliche Erträge	732	480
Summe Erträge	**14.822**	**15.945**
Fremdleistungen	11	216
Bezogene Leistungen	**11**	**216**
Personalkosten	9.365	10.493
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.386	2.965
Abschreibungen	541	513
Operative Kosten	**13.292**	**13.971**
Zinsergebnis	- 7	+ 8
Ertragssteuern	- 363	- 439
Jahresüberschuss	**1.148**	**1.327**

Die Erlöse aus der Geschäftsführungstätigkeit des Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin sind angestiegen, da weitere Oberstufenzentren, Kulturobjekte und Teile des Portfolios der Justizvollzugsanstalten in das Sondervermögen eingebracht wurden.

Der Anstieg der Personalkosten ist im Wesentlichen durch den Anstieg der Mitarbeiterzahl auf durchschnittlich 179 Mitarbeiter in 2012 (Vorjahr: 161 Mitarbeiter) bedingt. Der Anstieg der Mitarbeiterzahl folgt dem gestiegenen Volumen der für das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin betreuten Immobilien.

Das Ergebnis des Jahres 2012 liegt über den Erwartungen der Geschäftsführung. Wesentliche Ursachen sind die einmalig unterhalb der Planung liegende Kostenentwicklung aufgrund in 2012 verzögerter Personaleinstellung, einmalige Effekte aus der Auflösung von Rückstellungen sowie sonstige betriebliche Erträge, die aus Projektleistungen resultieren.

C Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung stellt die Investitions- und Finanzierungsvorgänge des Geschäftsjahres wie folgt dar:

in T€	2011	2012
Jahresüberschuss	**1.148**	**1.327**
Abschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände	+ 542	+ 513
Zunahme (+) / Abnahme (-) von Rückstellungen	- 226	-615
Zunahme (+) / Abnahme (-) von Verbindlichkeiten	- 111	- 94
Abnahme (+) / Zunahme von Forderungen	+ 570	- 862
Abnahme (+) / Zunahme von Posten der Rechnungsabgrenzung	+ 221	+ 22
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	**+ 2.144**	**+ 291**
Auszahlungen für Investitionen	- 431	- 497
Anlagenabgänge	0	+ 2
Cash Flow aus Investitionen	**- 431**	**- 495**
Ausschüttungen an das Land Berlin	- 1.500	- 500
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	**- 1.500**	**- 500**
Summe Cash Flow	**+ 213**	**- 704**
Finanzmittel am Anfang der Periode	588	801
Summe Cash Flow	+ 213	- 704
Finanzmittel am Ende der Periode	**801**	**97**

Die Verringerung des Cash Flow ist durch die Zunahme von Forderungen an das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin geprägt. Zwischen der BIM, dem treuhänderisch verwalteten Vermögen angemieteter Standorte und dem Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) findet ein Cash Pooling statt. Die BIM minimiert ihren Geldbestand zugunsten von Forderungen gegen das SILB, so dass Liquidität zwecks Zinsschonung für den Landeshaushalt möglichst bei der Landeshauptkasse gehalten wird.

Die Investitionstätigkeit ist durch die Abschreibungen des Anlagevermögens finanziert.

D Vermögenslage

Das Vermögen der BIM GmbH besteht aus folgenden Positionen (in T€):

in T€	2011	2012
Anlagevermögen	1.058	1.040
Umlaufvermögen und RAP	7.402	7.538
- darin Forderungen gegen das Land Berlin bzw. SILB / LfG	*5.887*	*6.485*
- darin: Liquide Mittel	*801*	*97*
Aktiva	**8.460**	**8.578**

Das Anlagevermögen besteht hauptsächlich aus Büro- und Geschäftsausstattung (Schwerpunkt EDV). Wesentliche Investitionen betrafen im Geschäftsjahr 2012 die Anschaffung der erforderlichen Büro- und Geschäftsausstattung, insbesondere EDV-Infrastruktur (Hardware, Software).

Die Kapitalpositionen der BIM stellen sich wie folgt dar:

in T€	2011	2012
Eigenkapital	2.114	2.941
Rückstellungen	3.772	3.157
Kurzfristige Verbindlichkeiten	2.574	2.480
Passiva	**8.460**	**8.578**

Es wurden Rückstellungen gebildet insbesondere für Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern, Aktenarchivierung sowie internen Aufwand aus Verpflichtungen zur Aufstellung des Jahresabschlusses und der Anfertigung von Betriebskostenabrechnungen sowie für Rechtsstreitigkeiten.

E Nachtragsbericht

Nach dem Abschluss des Jahres 2012 sind keine Vorgänge besonderer Bedeutung eingetreten.

F Risikobericht

Die BIM GmbH ist zu 100 % eine landeseigene Gesellschaft. Durch die unmittelbare Verknüpfung der Gesellschaft mit dem und ihre Funktion für das Land Berlin besteht ein aus wirtschaftlicher Sicht begründetes Bestandsrisiko nur bedingt.

Gemäß Gesellschaftsvertrag hat die BIM GmbH die ihr übertragenen Aufgaben zur Bewirtschaftung landeseigener und angemieteter Objekte wahrzunehmen. Die daraus resultierenden wirtschaftlichen Risiken verbleiben beim Land Berlin, weil das Land Eigentümer der landeseigenen Immobilien ist. Die BIM GmbH hat somit auch zukünftig nur die Risiken zu tragen, die aus der Funktion der Geschäftsbesorgung bzw. Verwaltung folgen.

Der Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Land Berlin ist auf unbefristete Zeit geschlossen. Es ist nur die außerordentliche Kündigung für den Fall vorgesehen, dass die BIM GmbH aufgrund politischer Entscheidungen von ihren gegenwärtigen Aufgaben entbunden würde.

G Prognosebericht

Die Geschäftsjahre 2013 und 2014 werden voraussichtlich mit einem leichten Überschuss abschließen.

in Mio. €, gerundet	2013	2014
Umsatzerlöse	17,5	17,4
Personalkosten	13,2	13,1
Sachkosten, Abschreibungen, sonstige Steuern	4,1	4,1
Jahresergebnis	0,2	0,2

In den Geschäftsjahren 2013 und 2014 wird das Geschäftsvolumen aufgrund von Projektarbeiten im Auftrag der Mieter der SILB Immobilien steigen, so dass Umsätze und Kosten gegenüber 2012 nach oben gehen.

Aufgrund der in 2012 aufgetretenen einmaligen verzögerten Personalisierung und der Tatsache, dass inflationsbedingt Kostensteigerungen auftreten werden, die nicht in einer durch Preisanpassung bedingten Umsatzsteigerung abgebildet werden, wird mit einem im Vergleich zu 2012 deutlich geringeren Überschuss gerechnet. Die Abrechnung des Projektes Bestandsverzeichnis voraussichtlich in 2013 wird zu einem einmalig das Ergebnis verbessernden Effekt führen, der sich noch nicht abschließend bestimmen lässt.

H Versicherungen

Die BIM GmbH ist in Bezug auf mögliche Risiken versichert. Es bestanden in 2012 folgende Versicherungen:

- Versicherungen entsprechend den bestehenden Vereinbarungen zur Altersversorgung
- Sachversicherung und Elektronikversicherung,
- Kraftfahrzeugversicherungen (Haftpflicht, Vollkasko)
- D & O Versicherung
- Universal-Straf-Rechtschutz für Mittelstand und Großunternehmen einschließlich Untersuchunghaft-Package-Versicherung
- Top-Manager-Rechtsschutz für Geschäftsführung, Prokuristen und Aufsichtsratsmitglieder (Vermögensschadenrechtsschutzversicherung)

Ein Überblick über die bestehenden Versicherungen (ohne Versicherungen für einzelne Mitarbeiter) ist als Anlage beigefügt. Die Geschäftsführung beurteilt den vorliegenden Versicherungsschutz als angemessen und sachgerecht.

Berlin, den 6.3.2013

Geschäftsführung

Anlagen:

1. Versicherungsschutz der BIM GmbH

2. Erklärung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung zur Corporate Governance

3. Informationen für das Jahr 2012 über den gesondert geführten Buchungskreis für das durch die BIM GmbH verwaltete Portfolio der vom Land Berlin angemieteten Immobilien („BIM Treuhand")

Versicherung	Leistungsumfang	Versicherungssumme	Selbstbehalt	Laufzeit / Verlängerung	besondere Voraussetzungen / Versicherungsbedingungen	aktuelle Prämienhöhe (inkl. Versicherungssteuer)
Allianz Versicherungs AG AS-9005384739	Haftpflichtversicherung Sportverein / Betriebssportgruppe (Fußball) Lobeckstraße 10, 10969 Berlin gesetzliche Versicherung als Verein; Anzahl Mitglieder: 55 Personen	pauschal für Personen/Sachschäden je Versicherungsfall: 3.000.000,00 € für alle Versicherungsfälle/lfd. Jahr 9.000.000,00 €		Beginn:15.10.2012 Ende: 15.10.2015 * Verlängerung um jew. 1 Jahr, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf gekündigt wird	Paintball/Gotcha/Laser-Tag sind ausgeschlossen; gesetzliche Pflicht Öko-Haftpflicht-versicherung Baustein Öko I ist mitversichert Dauernachlass 10% für vereinbarte Laufzeit	135,44 € abzgl. 10% +23,16 € =145,06 €
AXA Versicherung AG Versicherungsnummer 20550029272/6M	Profi-Schutz Sachversicherung *Geschäftsleitung der Berliner Immobilienmanagement GmbH Kelbelstraße 36, 10178 Berlin Sachversicherung mit Dynamik bewegliche Sachen/Daten/Programme (kaufm./techn. Betriebseinrichtungen einschl. eingefügte Sachen, die als Mieter auf eigene Kosten angeschafft wurden, Waren/Vorräge, versicherte Gefahren (Feuer/Einbruch, Vandalismus nach Einbruch u. Raub/Leitungswasser/Sturm, Hagel) Baustein(e) zum Versicherungsort Werbeanlagen/Firmenschilder(eingesetzte, montiert)/Leuchtreklamen gegen Zerstörung/Beschädigung/Abhandenkommen Entschädigung begrenzt auf 1.000,00 € flexibele Ertragsaufallversicherung aus Unterbrechung/Beeinträchtigung infolge eines Sachschadens nach VSF 08 B § resultierender Ertragsausfall (fortlaufende Kosten + Betriebsgewinn) vereinbarte Haftzeit sind 12 Monate versicherte Gefahren (FG/ED/LW/ST)	Sachinhaltsversicherung mit Dynamik zum Neuwert mit einer Versicherungssumme:1.500.000,00 € flexibele Ertragsausfallversicherung (VFS B 08 § 2) mit einer Versicherungssumme: 1.500.00,00 €	für Abhandenkommen gilt 10 % je Versicherungsfall	Beginn: 09.01.2010 Ende: 01.01.2012 * Bei Abschluss von mind. einem Jahr verlängert sich der Vertrag um 1 Jahr, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf gekündigt wird	In den letzten 5 Jahren sind keine Schäden eingetreten	Sach-Inhaltsversicherung: 3.090,88 € flexible Ertragsausfallversicherung: 697,19 € ∑ 3.788,07 € (für 2012) Zahlungsweise jährlich
AXA Versicherung AG Versicherungsnummer 245800003492-I-48-1305-ZI	Elektronik-Versicherung (ELZ)	Anlagen-/Geräte-/Daten-/Kommunikations-/Bürotechnik Versicherungssumme: 1.500.000,00 € Software Versicherungssumme: 10.000,00 € (auf 1tes Risiko)	Punkt 1 mit 250,00 €	Beginn: 09.12.2009 Ende: 09.12.2010 * Verlängerung um jew. 1 Jahr, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf gekündigt wird	Schadensverlaufabhängiger Rabatt in Höhe von 20%	3.141,60 € / jährlich
Nr. 01 050399/6 21-0000 Vertreter: VOV GmbH führender Versicherer:Continentals Sachversicherung AG über Makler: Funk Gruppe	D & O Versicherung Nr. 00365B1H58 (bestellte Organmitglieder / Generalbevollmächtige / Prokuristen / leitende Angestellte etc.)	Versicherungssumme: 20 Mio. €	nein	Vertragsbeginn: 14.08.2003 Leistungszeitraum: 01.01.-31.12. * Verlängerung um jew. 1 Jahr, wenn nicht fristgerecht vor jew. Ablauf gekündigt wird		Prämie 2012: 32.011,00 € inkl. Vers.st. Prämie 2013: 29.631,00 € inkl. Vers.st. (Verhandlung mit Hr. v. Treuenfels gem. E-Mail vom 15.11.2012)
Nr. 01 050399/8 2-0000 Roland Rechtsschutz Versicherung AG Nr. 1.10.0056919 über Makler: funk Gruppe	Universal-Straf-Rechtsschutz für Mittelstand und Großunternehmen U-Haft-Package-Versicherung als Bestandteil des Straf-Rechtsschutzes	Versicherungssumme: 1.000.000,00 € je Rechtsschutzfall (Strafkaution zusätzlich 200.000,00 €) Tagegeld für gesetzl. Vertreter 300,00 € / sonst. Personen 100,00 € max. Bezugsdauer 100 Tage	nein	Versicherungsbeginn: 01.01.2007 * Verlängerung um jew. 1 Jahr, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf gekündigt wird	1) Kosten für Öffentlichkeitsarbeit 2) Rechtschutz für aktive Strafverfolgung und Dienstaufsichtsbeschwerden 3) vorsorglicher Rechtsschutz	2.804,35 € (Universal-Straf-Rechtschutz) 134,95 € (U-Haft-Package) 2.939,30 € / jährlich (Preisanpassung neue Berechnungsgrundlage >> Mitarbeiteranzahl)
Nr. 01 050399/8 2-0001 Roland Rechtsschutz Versicherung AG Nr. 1.10.0056920 über Makler: funk Gruppe	Roland Rechtschutz Top-Manager-Rechtsschutz versicherte Personen: GF, AR-Mitglieder Prokuristen	Versicherungssumme: 500.000,00 € je Person und Rechtsfall	2.500,00 €	Versicherungsbeginn: 01.01.2007 * Verlängerung um jew. 1 Jahr, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf gekündigt wird		2.395,23 €

Versicherung	Leistungsumfang	Versicherungssumme	Selbstbehalt	Laufzeit / Verlängerung	besondere Voraussetzungen / Versicherungsbedingungen	aktuelle Prämienhöhe (inkl. Versicherungssteuer)
KRAVAG Allgemeine Versicherungs AG über Makler: Martens+Prahl	Kfz-Versicherung B-IM 344 (Hr. Lemiss) Nr. 770 32 553229464 Kfz-Versicherung B-IM 790 (Hr. Gendner)	Haftpflicht: 100 Mio. € / pauschal Vollkasko: 300,00 € Selbstbeteiligung Teilkasko: 150,00 € Selbstbeteiligung Leasing-Restwert-Versicherung (GAP) Fahrerschutz: max. 12 Mio. je Schaden	Vollkasko: 300,00 € Selbstbeteiligung Teilkasko: 150,00 € Selbstbeteiligung	Versicherungsbeginn Hr. Lemiss (07.06.2012) Hr. Gendner (ab Dez. 2012)	Versicherungssumme inkl. Haftpflicht / Vollkasko / Fahrerschutz / GAP Deckung **umsatzsteuerfreie Leistung** Tarifmerkmale: öffentlicher Dienst / Kfz-Police-Plus	Hr. Lemiss --> 1.831,38 € für 2013
Betriebshaftpflicht	wird aktuell geprüft, gegenwärtig nicht versichert. Wesentliches Risiko geht vom Gebäude aus, diese Versicherung liegt vor.					

BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH
Anlage zum Lagebericht per 31.12.2012 – Berliner Corporate Governance Kodex

Geschäftsführung und Aufsichtsrat erklären, dass den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex entsprochen wurde und wird. Diese Erklärung wird mit dem Jahresabschluss dem alleinigen Gesellschafter Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Finanzen, vorgelegt.

1 Zusammenwirken von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung

Der Aufsichtsrat und die Geschäftsleitung haben laufend vertrauensvoll und eng zusammengearbeitet. Dem Aufsichtsrat wurden hierbei alle Angelegenheiten des Unternehmens und die Kenntnisse der Geschäftsleitung offen gelegt. Zu den Sitzungen hinzugezogene Dritte, die nicht Mitglieder des Aufsichtsrates sind, wurden zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat grundsätzlich unter Teilnahme der Geschäftsleitung seine Sitzungen abgehalten, falls die Beratungen es erforderlich machen, finden Gespräche auch ohne die Geschäftsleitung statt.

Die Unternehmensplanungen wurden dem Aufsichtsrat von der Geschäftsleitung schriftlich vorgelegt und mit ihm abgestimmt. Ebenso wurden alle Geschäftsvorfälle besonderer wirtschaftlicher Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Berichte über die geschäftlichen Aktivitäten und die aktuelle Finanz-, Vermögens- und Ertragslage einschließlich der relevanten Vergleiche zur Erreichung der gesetzten Ziele wurden dem Aufsichtsrat schriftlich erläutert und vorgelegt. Risiken und deren Management wurden im Bericht an den Aufsichtsrat jeweils dargelegt. Alle Vorlagen wurden fristgerecht vor den Aufsichtsratssitzungen verteilt.

Neben den Regelungen des Gesellschaftsvertrages bestand eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrates für die Geschäftsleitung; sie war ausreichend und bedurfte keiner Ergänzung.

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Aufsichtsrats bzw. Geschäftsleiters nachgekommen. Es ist eine D&O Versicherung abgeschlossen mit einer Versicherungssumme von € 20 Mio. ohne Selbstbeteiligung, die alle Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates einschließt.

2 Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens gehandelt. Dies schließt aufgrund der besonderen Stellung des Unternehmens ein, dass die Interessen seines Gesellschafters Land Berlin, der Eigentümer des vom Unternehmen verwalteten Sondervermögens Immobilien des Landes Berlin ist, Maßstab des Handelns sind. Gesetzliche Bestimmungen wurden durch die Geschäftsleitung beachtet. Handlungen, die das Unternehmen benachteiligen, gab es nicht.

Die Gesellschaft verfügt über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling. Risikorelevante Sachverhalte werden in wöchentlich stattfindenden Teamsitzungen angesprochen, so dass bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkannt werden können (Risikokommunikation). Hinsichtlich der Risiken aus der Neuanmietung von Immobilien für das Land Berlin bestehen detaillierte Regelungen zur Risikobegrenzung (z.B. Musteranmietverträge, Ausschussvorlagen an die Senatsverwaltung). Bezüglich der Auftragsvergabe im Rahmen der Gebäudebewirtschaftung erfolgen Ausschreibungsverfahren nach den jeweils gültigen Vergaberichtlinien.
Die Vergütung der Geschäftsleitung erfolgte im Berichtsjahr auf Basis eines Anstellungsvertrages sowie einer Zielvereinbarung. Sie wurde nachträglich geändert, weil ein im Unternehmensziel enthaltenes Teilprojekt aufgrund ausstehender Entscheidungen der betreffenden Behörden nicht mehr bis zur Vorlage an den Hauptausschuss umsetzbar war und deshalb gemäß Beschluss des Aufsichtsrats in der 37. Sitzung gegen ein anderes Projekt ausgetauscht werden musste.

Die Vergütung besteht aus einem fixen Bestandteil und einer erfolgsabhängigen Komponente, welche sich nach den vom Aufsichtsrat freigegebenen Zielen und deren Erreichung bemisst. Die Vergütung der Geschäftsleitung wurde zwischen der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat unter Berücksichtigung von Aufgaben und Leistungen der Geschäftsleitung und Einbeziehung branchenüblicher Werte vereinbart.

Die Berichterstattung über die Bezüge der Geschäftsleitung erfolgte im Rahmen eines vertraulichen Bezügeberichts (Alleingeschäftsführer). Sie wurden nicht im Anhang zum Jahresabschluss angegeben.

3 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach den Vorgaben von Gesellschaftsvertrag und Geschäftsordnung wahrgenommen. In alle Entscheidungen grundsätzlicher Art war der Aufsichtsrat eingebunden. Die Häufigkeit und Dauer der Sitzungen entsprachen den Notwendigkeiten des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.

Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht. Es gab keine Erstbestellungen, eine Wiederbestellung wurde nicht vorzeitig ausgesprochen.

Zwischen der Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, um die laufende Geschäftsentwicklung, geplante Projekte bzw. Portfolioveränderungen und erkennbare Risiken zu erörtern. Besondere berichtspflichtige Ereignisse gab es nicht. Es gab keine wichtigen Tatsachen und Ereignisse, über die der Aufsichtsrat hätte informiert werden müssen oder eine außerordentliche Sitzung hätte stattfinden müssen.

Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse gebildet, da hierzu keine Notwendigkeit bestand.

Bei Wettbewerbsunternehmen waren die Mitglieder des Aufsichtsrats weder als Organmitglieder tätig, noch im Rahmen einer Beratungsfunktion beschäftigt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten keine Vergütungen durch das Unternehmen.

Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsleitung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

4 Interessenkonflikte

Die Geschäftsleitung hat die Regelungen zum Wettbewerbsverbot beachtet. Vorteile für sich oder Dritte wurden weder angenommen noch gefordert. Fälle von Vorteilsannahme oder Vorteilsgewährung der Beschäftigten des Unternehmens sind der Geschäftsleitung nicht bekannt.

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

Interessenkonflikte bei Mitgliedern von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung sind nicht aufgetreten.

Geschäfte des Unternehmens mit dem Geschäftsführer, ihm nahe stehenden Personen oder Unternehmen sind nicht erfolgt. Es gab keine Berater-, Dienstleistungs- oder andere Verträge dieser Art von Mitgliedern des Aufsichtsrats mit dem Unternehmen.

Der Geschäftsführer hat keine Nebentätigkeiten ausgeübt.

Es erfolgte keine Gewährung von Krediten an Mitglieder von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung noch deren Angehörige.

5 Transparenz

Besondere Tatsachen, die wesentliche Auswirkungen auf das Unternehmen und seine Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sowie Geschäftsentwicklung hatten, sind nicht bekannt geworden bzw. resultieren aus politischen Entscheidungen, die im Land Berlin öffentlich bekannt sind.

Das Unternehmen betreibt eine eigene Internet-Seite, über die laufend Informationen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Es wurde ein Geschäftsbericht vorgelegt.

6 Rechnungslegung

Der geprüfte Jahresabschluss wurde dem Aufsichtsrat innerhalb der vorgesehenen Frist vorgelegt. Ebenso wurde der Aufsichtsrat über die laufende Geschäftsentwicklung und die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage in den Aufsichtsratssitzungen schriftlich durch die jeweils aktuellen Zwischenberichte unterrichtet.

Für die Rechnungslegung maßgeblich waren jeweils die handelsrechtlichen Regelungen.

7 Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Dem Aufsichtsrat wurden zu den Sitzungsterminen jeweils Berichterstattungen zur finanziellen Entwicklung des bereits abgelaufenen Teils des Geschäftsjahres vorgelegt und erläutert.

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Dem Abschlussprüfer sind während der Abschlussprüfung keine wesentlichen Feststellungen oder Vorkommnisse zur Kenntnis gelangt, über die zu berichten gewesen wäre.

Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrats zum Jahresabschluss teilnehmen, um über die Prüfung des Jahresabschlusses zu berichten.

Mit Wirkung zum 1. Juli 2011 wurde zwischen der BIM und Herrn Lemiss eine Vereinbarung zur Gehaltsumwandlung für die berufliche und private Nutzung von Telekommunikationsgeräten in Höhe von EUR 35,00 pro Monat getroffen.

Die im Kalenderjahr 2012 gewährten Bezüge und Vorteile ergeben sich wie folgt:

	EUR
Grundgehalt	132.300,00
Bonuszahlung[1]	54.000,00
Gehaltsumwandlung Nutzung Mobiltelefon	-420,00
Summe Vergütung	185.880,00
Beitrag zur Unfallversicherung	882,98
PKW (Geldwerter Vorteil)	11.000,73
Sonstige Bezüge und geldwerte Vorteile	11.883,71
Zuschuss zur Pflegeversicherung	162,36
Zuschuss zur Krankenversicherung	3.277,68
Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Rentenversicherung	5.644,80
Arbeitgeberanteil zur Arbeitslosenversicherung	864,00
Umlage U2	224,64
Insolvenzumlage	23,04
Summe Sozialversicherung	10.196,52
Direktversicherung	4.320,00
Altersvorsorge	8.145,00
Summe Altersversorgung	12.465,00
Gesamt	220.425,23

Gemäß der Zielvereinbarung für das Jahr 2011 beträgt der Bonus bei 100 % Zielerreichung EUR 56,700.00. Im Rahmen des Ausgleichs einer Überzahlung i. H. v. EUR 2,700.00 aus der Bonuszahlung für das Jahr 2010 wurde der ausgezahlte Betrag entsprechend der Überzahlung reduziert. Der Empfehlung aus dem Vorjahr wurde somit entsprochen.

Die Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung werden zu 50 % von der BIM übernommen (Arbeitgeberanteil).

[1] Bonuszahlung für das Geschäftsjahr 2011. Die Auszahlung erfolgte im 15. April 2012. Die Bonusberechnung und Auszahlung für 2012 erfolgt nach der Vorlage des Jahresabschlusses 2012.

BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG

BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG, Berlin

Lagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr 2012

1. Geschäftsverlauf

Die BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG (BWB Rekom) wurde am 1. August 2012 von der IBB-Holding GmbH, Berlin, als Kommanditistin und deren 100%iger Tochtergesellschaft BWB Rekom Verwaltungs GmbH, Berlin, als Komplementärin gegründet. Die IBB-Holding GmbH brachte im Anschluss die BWB Rekom Verwaltungs GmbH als Sondereinlage in die BWB Rekom ein, so dass eine Einheitsgesellschaft gebildet wurde. Am 26. Oktober 2012 trat das Land Berlin als weiterer Kommanditist in die BWB Rekom ein. Das Land Berlin hält mit einer Haftsumme von 24.990 EUR 99,96% der Anteile; mit 10 EUR Haftsumme (0,04%) bleibt die IBB-Holding GmbH weiterer Kommanditist.

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen an den Berliner Wasserbetrieben AöR. Die Gesellschaft verwaltet ausschließlich ihr eigenes Vermögen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen.

Die BWB Rekom ist eine vermögensverwaltende GmbH & Co. KG, deren Geschäfte von ihrer Kommanditistin IBB-Holding GmbH unter Ausschluss der Geschäftsführungsbefugnis der Komplementärin geführt werden.

Die BWB Rekom erwarb mit Vollzugsurkunde vom 30. Oktober 2012 als vom Land Berlin benannte Kaufgesellschaft den zuvor von der RWE Aqua GmbH gehaltenen 50%igen Geschäftsanteil an der RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH (RVB) sowie Darlehensforderungen gegen die RVB. Weiterer Gesellschafter der RVB ist die Veolia Wasser GmbH. Die RVB bündelt als Zwischenholding die im Rahmen der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB) im Jahr 1999 vom Land Berlin an die strategischen Investoren RWE und Veolia veräußerten rund 49,9% der BWB-Anteile.

Ziel des Erwerbs der RVB-Anteile war die Rekommunalisierung des RWE-Anteils an den Berliner Wasserbetrieben.

Die BWB Rekom wird nahezu ausschließlich durch ein Darlehen der Investitionsbank Berlin finanziert, welches durch eine Bürgschaft des Landes Berlin abgesichert ist. Des Weiteren ist beabsichtigt, die Verbindlichkeiten in Höhe von 658.824 TEUR durch Verpfändung der Geschäftsanteile an der RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH zu sichern.

2. Lage der Gesellschaft

a. Vermögenslage und Ertragslage

Wesentliche Assets der BWB Rekom sind die Anteile an der RVB in Höhe von 110.962.645,09 EUR sowie die der RVB gewährten verzinslichen Darlehen von zusammen 575.654.248,58 EUR (Stand 31. Dezember 2012). Die Darlehen setzen sich zusammen aus einem der Höhe nach festgelegten Darlehen von 469 Mio. EUR (Darlehen I) und einem Darlehensrahmen von 150 Mio. EUR (Darlehen II), der vorrangig der Finanzierung des laufenden Betriebs dient und zum 31.12.2012 mit 106.654.248,58 EUR valutierte. Das Darlehen I wurde in 2012 mit 2,5% p.a. verzinst

und wurde am 17. Januar 2013 bis zum 30. Juni 2013 zu 2,35% p.a. über dem 6-Monats-Euribor verlängert. Das Darlehen II hat eine Verzinsung von 0,85% p.a. über dem zwei Bankarbeitstage vor dem 30.06. bzw. 31.12. geltenden 6-Monats-Euribor. Veolia als Mitgesellschafter der RVB hat zwei Darlehen zu denselben Konditionen gewährt; es ist vertraglich vereinbart, dass beide Gesellschafter ihre RVB-Darlehensfinanzierung parallel pari passu ausgestalten.

Die BWB Rekom hat keinen Zweifel an der Werthaltigkeit ihrer Assets. Die RVB hält rund 49,9% an den Berliner Wasserbetrieben. Angesichts des Geschäftsmodells der BWB ist mit weitgehend kontinuierlichen Ausschüttungen an die RVB zu rechnen, wodurch die Kapitaldienstfähigkeit der RVB gesichert erscheint.

Den Aktiva steht auf der Passivseite die eigene Refinanzierung der BWB Rekom auf Darlehensbasis gegenüber. BWB Rekom hat am 26. Oktober 2012 einen Darlehensvertrag über insgesamt 700 Mio. EUR geschlossen. Am 30. Oktober 2012 hat sie hiervon 658,8 Mio. EUR als „TRANCHE A“ zur Begleichung des RVB-Kaufpreises und der hiermit im Zusammenhang stehenden Kosten in Anspruch genommen. Das Darlehen hat eine Laufzeit bis zum 30.12.2013; die derzeitige Zinsbindung (0,444% p.a.) endet am 28. Juni 2013. Die BWB Rekom und ihr Hauptgesellschafter, das Land Berlin, verhandeln mit der Investitionsbank Berlin über die Konditionen einer Langfristfinanzierung, die – ggf. in verschiedenen Tranchen – auf rund 30 Jahre angelegt sein soll.

Derzeit sind Zinssatz und Zinslast der aufgenommenen Refinanzierung deutlich niedriger als die mit der RVB vereinbarten Konditionen. Diese Überschusssituation soll unter Ausnutzung des derzeit historisch niedrigen Zinsniveaus im Rahmen der Langfristfinanzierung auch für die Zukunft abgesichert werden.

Die BWB Rekom schließt das Rumpfgeschäftsjahr 2012 mit einem Jahresüberschuss von 25.326.101,74 EUR ab, der insbesondere auf den Erträgen aus der Beteiligung an der RVB und dem Zinsüberschuss beruht, der nach Abzug der Zinsen für die eigene Refinanzierung sowie der Kosten im Zusammenhang mit dem Erwerb der RVB verblieb.

Die Vermögenslage der BWB Rekom ist geordnet. Sie ist durch das mittelbare Engagement bei den Berliner Wasserbetrieben bestimmt, das auch langfristig krisenfest erscheint.

b. Liquiditätslage

Die Gesellschaft verfügte im Geschäftsjahr jederzeit über eine ausreichende Liquidität zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verbindlichkeiten. Da die BWB Rekom über die Möglichkeit verfügte, sich weitere Mittel aus der von der IBB gewährten freien Kreditlinie zu beschaffen, waren keine Liquiditätsrisiken erkennbar.

c. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die wirtschaftliche Situation der BWB Rekom ist einzig durch den Auftrag des Landes Berlin gekennzeichnet, den ehemals privatisierten Anteil der RWE an den Berliner Wasserbetrieben zu halten. Das Land Berlin hat sich für die Finanzierung der BWB Rekom verbürgt. Es ist zu erwarten, dass die BWB Rekom vom Land stets angemessen ausgestattet wird.

Es bestehen keine wesentlichen Adress- oder Marktpreisrisiken.

Die Geschäftsführung der BWB Rekom geht davon aus, dass in den beiden Geschäftsjahren 2013 und 2014 ein Geschäftsergebnis auf dem Niveau von 2012 erzielt wird.

Dies ist begründet durch die Annahme, dass konstante Beteiligungserträge der RVB erwirtschaftet und dass durch das Gewähren der Darlehenstranchen aus dem Kredit der Investitionsbank Berlin an RVB die erwarteten Zinserträge die erwarteten Zinsaufwendungen übersteigen werden.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Am 4. März 2013 hat der Aufsichtsrat der RVB der Bestellung der von der BWB Rekom vorgeschlagenen weiteren Geschäftsführerin, Frau Ute Bonde, zugestimmt.

Am 17. April 2013 wird die Gesellschaft eine durch Bürgschaft des Landes Berlin gesicherte Langfristfinanzierung mit der IBB vereinbaren. Hiernach wird die Tranche A1 (150 Mio. EUR mit einer Laufzeit von 10 Jahren) vorerst auf Basis des 3-Monats-EURIBORS gewährt. Bei Änderung der Zinserwartungen kann die BWB Rekom KG die Umstellung der Zinsbindung bis zum Ende der Laufzeit verlangen. Nach den derzeitigen Kalkulationen ist diese Tranche in 10 Jahren getilgt. Die Tranche A2 (479 Mio. EUR mit einer Laufzeit von 30 Jahren) hat eine Zinsbindung von 20 Jahren. Die Tranche B (71 Mio. EUR) dient als Liquiditätspuffer und kann nach Bedarf in den nächsten 30 Jahren in Anspruch genommen werden.

4. Sonstige Angaben

Die Geschäftsführung wird für die geschäftsführende Kommanditistin durch deren Geschäftsführer Dr. Wilhelm Reiß, Bankjurist, der von der BWB Rekom zum einzelvertretungsberechtigten und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreiten Prokuristen bestellt wurde, wahrgenommen. Die geschäftsführende Kommanditistin enthielt für ihren Aufwand pauschal eine Vergütung i.H.v. 14.875 EUR brutto für das Rumpfgeschäftsjahr 2012.

5. Abschließende Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes

Die wirtschaftliche Lage der BWB Rekom ist befriedigend.

Berlin, den 15. April 2013

Dr. Wilhelm Reiß

Entsprechenserklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex
BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG
Rumpfgeschäftsjahr 2012

Die BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG (BWB Rekom) hat den Empfehlungen zum Berliner Corporate Governance Kodex, soweit sie auf die BWB Rekom in ihrer Rechtsform als GmbH & Co. KG die über keinen Aufsichtsrat und keine hauptberufliche Geschäftsführung verfügt, übertragbar sind, mit folgenden Ausnahmen entsprochen:

Das Wettbewerbsverbot, dem die Geschäftsführung unterliegt, enthält definierte Ausnahmen.

Die Veröffentlichung von Zwischenberichten (z.B. Quartalsberichte) ist nicht vorgesehen.

Berlin, den 09.09.2013

BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG

degewo Aktiengesellschaft

degewo Aktiengesellschaft, Berlin

Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 01.01.2012 - 31.12.2012

Konzernlagebericht

1. Geschäftsverlauf

1.1 Überblick/Rahmenbedingungen/Unternehmensstrategie

Die degewo Aktiengesellschaft (im Folgenden „degewo AG“, der Konzern wird im Folgenden als „degewo“ oder „degewo-Konzern“ bezeichnet), hält und bewirtschaftet Mietwohnungen überwiegend im Eigenbestand. Alleiniger Aktionär ist das Land Berlin. Neben eigenem Immobilienbestand verfügt sie über diverse Beteiligungen, u. a. die 100%igen Beteiligungen an der degewo Köpenicker Wohnungsgesellschaft mbH (im Folgenden degewo Köpenick) und der degewo Marzahner Wohnungsgesellschaft mbH (im Folgenden degewo Marzahn). Wegen der Beteiligungen wird auf den Anhang verwiesen.

Kerngeschäftsbereich der degewo AG ist die Bestandsbewirtschaftung.

Die gewobe Wohnungswirtschaftliche Beteiligungsgesellschaft mbH leistet im Unternehmensverbund neben der Bewirtschaftung des Eigen- und Fremdbestandes hauptsächlich die Vertriebstätigkeit, sowie die WEG- und Fremdverwaltung. Die gewobe Erschließungs- und Vertriebsgesellschaft mbH (beide sind zu 100 % Tochtergesellschaften) ist als Erschließungsgesellschaft schwerpunktmäßig bei der Grundstücksentwicklung und Vermarktung des Investitionsvorhabens Berlin-Alexanderstraße tätig. Die Hausmeisterdienstleistungen werden zusammengefasst von der 100%igen Tochtergesellschaft degewo Gebäudeservice GmbH und Dienstleistungen im Zusammenhang mit Wärmelieferung und Wärmeversorgung werden von der degewo Wärme GmbH erbracht.

Zur Erweiterung des Angebots hat die degewo zusammen mit der GESOBAU AG, einer ebenfalls im 100%igen Landesbesitz stehenden Gesellschaft, zum Ende des Geschäftsjahrs 2011 den Erwerb eines 4.680 Wohnungen umfassenden Immobilienportfolios der Corpus Sireo Investment Residential No. 31 GmbH kontrahiert. Mit Nutzen-/Lastenwechsel zum 01.01.2012 ist die Gesellschaft – inzwischen umfirmiert in GEDE Gemeinsame Berliner Wohnen GmbH – anteilig erworben worden und wird ab 2012 anteilig konsolidiert.

Die degewo agiert schwerpunktmäßig im Land Berlin. Hier haben sich die wohnungswirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch im Geschäftsjahr 2012 positiv entwickelt. Die Einwohnerzahl (3,53 Mio. Ende September 2012) nahm gegenüber dem Jahresbeginn um rund 29.300 Personen bzw. 0,8 Prozent zu. Damit hält der seit 2005 zu beobachtende Bevölkerungszuwachs weiter an. Das Wachstum resultiert aus Wanderungsgewinnen und einem höheren Geburtenüberschuss gegenüber dem Vorjahr. Die Haushaltsverkleinerungen hin zu mehr Singlehaushalten erhöhten die Zahl der wohnungsmarktrelevanten Haushalte zusätzlich. Diese Entwicklung wird mittelfristig zu einer anhaltenden Zunahme der wohnungsmarktrelevanten Haushalte und damit zu einer höheren Nachfrage führen, deshalb

nehmen die Neubauaktivitäten zu. Bis 2030 rechnet der Berliner Senat mit einer Bevölkerungszunahme um rund 254.000 Personen. Die degewo profitiert darüber hinaus – wie alle anderen Wohnungsunternehmen – von den positiven Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt. Die Situation hat sich in Berlin mit einer Arbeitslosenquote von rd. 11,4 % im November 2012 (gegenüber 12,2 % im Vorjahresmonat) und dem vergleichsweise stärksten Beschäftigungsanstieg aller Bundesländer trotz eines gedämpften Konjunkturumfeldes verbessert. Der Arbeitsmarkt wird sich weiter positiv entwickeln, da trotz globaler Risiken mit einer moderaten Steigerung der Wirtschaftsleistung Berlins und der Schaffung neuer Arbeitsplätze gerechnet wird.

Die Mieten in der Stadt sind erneut gestiegen. Das liegt zum einen an den verbesserten Wohnqualitäten, zum anderen spricht es für die gewachsene Anziehungskraft der Hauptstadt. Der Berliner Mietspiegel 2011 weist im durchschnittlichen Mittelwert eine Nettokaltmiete von 5,21 EUR/m² aus, während im Bestand der degewo die zulässige ortsübliche Vergleichsmiete lt. Mietspiegel 5,29 EUR/m² beträgt. Die Mieten des freifinanzierten Bestandes liegen mit durchschnittlich 5,25 EUR/m² noch darunter. Die Neuvertragsmieten lagen im Geschäftsjahr in der Regel höher, aber durchschnittlich weiterhin deutlich unter 6,00 €/m². Allgemein werden in den kommenden Jahren weitere Steigerungen erwartet. Ein Indiz für die Attraktivität des Angebotes der degewo ist der abnehmende Wohnungsleerstand. Heute verzeichnet die degewo in einigen Wohnlagen bereits wieder Vollvermietung. In Marzahn, wo die Leerstandsquote in den vergangenen Jahren über dem degewo-Durchschnitt lag, konnte sie auf rund 4,5 % reduziert werden. Die Leerstandsquote von 2,6 % (Stand Ende 2011) der Berliner Mitgliedsunternehmen ist in beiden Stadthälften inzwischen vollständig angeglichen.

Die degewo hat gemeinsam mit den anderen städtischen Wohnungsgesellschaften das „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ geschlossen, im Rahmen dessen die Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten mit bezahlbarem Wohnraum geregelt wird. Zur Begrenzung von Mieterhöhungen ist des Weiteren festgeschrieben, dass die Mieten in den nächsten vier Jahren nicht um 20 % angehoben werden können, sondern auf 15 % beschränkt werden.

Auch die Modernisierungsumlage ist von 11 % auf 9 % festgeschrieben, wobei die vorstehende Beschränkung hier nicht eingreift. Mit einem Bündel weiterer Maßnahmen soll mit dem Bündnis nachhaltig sichergestellt werden, dass die Gesellschaften im Rahmen des satzungsmäßigen Auftrags preiswerten Wohnraum anbieten können. Die Auswirkungen werden sich ab 2013 deutlicher zeigen. Voraussetzung des Bündnisses ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und keine Gefährdung der nachhaltigen Entwicklung des Konzerns durch diese Mietenpolitik.

Auch im Jahr 2012 kam es zu regulärem Förderabbau. Diese Subventionskürzungen lassen sich nicht in allen Fällen, und besonders schwer in Problemgebieten (schwierige Entwicklungstendenz, Segregation) und in den sog. „Prophylaxegebieten“, in dem Maße an die Mieter weiterreichen, wie es in den Förderbedingungen vorgesehen ist.

Den steigenden Betriebskosten (Wasser/Abwasser/Energie) konnte der Unternehmensverbund durch Kostensenkungen u. a. bei Hauswartdienstleistungen entgegenwirken. In den

nächsten Jahren werden nach den vorliegenden Ausschreibungsergebnissen Kostensenkungen vor allem bei den Müll- und Aufzugskosten erwartet. Besonders positiv wirken sich jetzt die schon vor Jahren bestandsweit eingeleiteten Energieeinsparungsmaßnahmen aus.

Das Erwerbsinteresse an Einfamilienhäusern stieg im Jahr 2012 deutlich. Die Gesellschaft arbeitet z. T. mit Partnern zusammen, die unbebaute Teilflächen vermarkten. Die Baulandpreise blieben überwiegend auf relativ niedrigem Niveau.

Unternehmensstrategie

Die degewo hat die Konzernstruktur und die Unternehmensziele nach den zukünftigen Aufgaben ausgerichtet. Durch das sukzessive Auslaufen von Förderprogrammen früherer Jahrzehnte ist eine strikte Marktorientierung erforderlich, um eigenständig und unabhängig von Subventionen zu wirtschaften. Dabei sind allerdings die wohnungspolitischen Zielsetzungen des Berliner Senats zu berücksichtigen, der insbesondere im Wohnungsbau und bei der Mietenpolitik neue Akzente setzt.

Die Gesellschaft richtet sich neben den vorstehend zum „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ geschilderten Maßnahmen an folgenden Rahmenbedingungen aus:

- dem Klimaschutz,
- der Betriebskostenentwicklung,
- der mittel- und langfristigen demografischen Entwicklung,
- der sozialen Entwicklung in einzelnen Stadtquartieren,
- der Gesamtentwicklung der Stadt Berlin und damit verstärkten Neubauaktivitäten.

Daneben sind die „klassischen“ Aufgabenfelder wie:

- Entschuldung und Wertsteigerung des Unternehmens,
- Entwicklung des Portfolios, insbesondere durch verstärkte Instandsetzungs- und Modernisierungsinvestitionen,
- die weitere Restrukturierung im Konzern im Zuge von Fondsrückführungen sowie

zu beachten.

Der Wohnungsmarkt ist gekennzeichnet durch Unternehmen mit vergleichbaren Produkten, Dienstleistungen und ausgebildeten Mitarbeitern. Im Mittelpunkt der Unternehmensstrategie steht deshalb, neben Wohnangeboten einen Mehrwert für die Mieter zu erbringen. Die arbeitsteilige Organisation ermöglicht ein großes Leistungsspektrum, bedingt aber auch die Einbindung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den seit 2009 laufenden Strategieprozess. Mittels strategischer Projekte wurden nachhaltige Veränderungen herbeigeführt. Das Projekt "Kundenbedürfnisse erkennen und nutzen" führte zu organisatorischen Modifikationen, so dass heute für neue Mietinteressenten eine telefonische Erreichbarkeit von 90% erzielt wird. Durch das Projekt "Helfer in der Not" wurde die aufsuchende Mieterschuldnerberatung als Präventivmaßnahme im Kerngeschäft verankert. Die Anzahl von Räumungen konnte gegenüber 2009 nahezu halbiert werden.

Außerdem wurden in folgenden Bereichen bereits messbare Erfolge erzielt, die die Basis für weiteres Handeln darstellen.

- Klimaschutz:

  Hier nimmt der Unternehmensverbund eine Vorreiterrolle in Berlin ein. Im Bereich der Wärmeversorgung konnten die CO_2-Emissionen seit 1990 halbiert werden. Bereits 2/3 der aktuellen Versorgung erfolgt durch Wärme aus Kraft-Wärme-Kopplung bzw. in Verbindung mit regenerativen Energien.

  Frühzeitig erkannte die degewo die Notwendigkeit einer nachhaltigen energetischen Sanierung und setzte sie konsequent in ihren Wohnungsbeständen um. Ein Beispiel ist die seit 2001 durchgeführte Solare Sanierung. Mittlerweile versorgen 48 Anlagen 3.250 Wohneinheiten mit solarer Wärme.

  Seit dem Jahr 2012 setzt die degewo auch in eigenen Wärmeerzeugungsanlagen auf Kraft-Wärme-Kopplung. Im Dezember 2012 wurde in Marienfelde die derzeit größte BHKW-Anlage der Berliner Wohnungswirtschaft offiziell in Betrieb genommen.

  Im Jahr 2012 hat die degewo die 2. Klimaschutzvereinbarung 2011-2020 mit dem Land Berlin geschlossen. Hier haben wir uns verpflichtet, die durchschnittlichen CO_2-Emissionen je Wohnung am Ende des Jahres 2020 auf 1,33 Tonnen CO_2 je Wohnung zu senken, sowie eine Minderung von 30.000 t CO_2 bis zum Jahr 2020 gegenüber den Emissionen des Jahres 2010 zu realisieren.

- Stadtentwicklung:

  Auch hier setzt der Konzern deutliche Akzente. Mit der Entwicklung des Grundstücks am Alexanderplatz gab die degewo wichtige Impulse für die Wiederbelebung des traditionsreichsten Handelsstandortes Berlins. An diesem zentralen Platz Berlins steuerte die Gesellschaft die komplexen Tiefbaumaßnahmen zur Erschließung von Neubauflächen und gewann neue Investoren für die Hauptstadt. Hier entstand Ende 2007 das Einkaufs- und Erlebniscenter „ALEXA“, das sich überregional zu einem Anziehungspunkt entwickelt hat.

  Weitere größere Bauprojekte werden an diesem Standort folgen, die die degewo gemeinsam mit der gewobe Erschließung vorbereitet.

- Stadtumbau Ost:

  Eine Protagonistenrolle in Berlin übernahm die degewo auch beim Stadtumbau Ost. Im Stadtteil Marzahn wurden im Rahmen ihres Stadtumbauprogramms insgesamt 3.538 Wohnungen abgerissen und 1.160 Wohnungen nach neuesten Standards aufgewertet. Mit den „Ahrensfelder Terrassen“, dem wichtigsten Stadtumbauprojekt, schuf die degewo ein Modell für die nachhaltige Entwicklung von Großsiedlungen in Deutschland. Die Stadtumbaumaßnahmen sind abgeschlossen. Sie haben durch erhebliche Leerstandsreduzierung und die Steigerung der Attraktivität der Bestände und des Wohnumfelds entscheidend zur positiven Imageentwicklung der Quartiere beigetragen.

- Bautätigkeit:

  Im Jahr 2012 ist die Sanierungsstrategie der degewo konsequent in den Quartieren südliche Gropiusstadt, Mariengrün, Alboinplatz, Schillerhof und Marzahn Nord weiterverfolgt worden.

  In der südlichen Gropiusstadt wurde ein weiteres Wohngebäude saniert, das Wutzky Center ist fertiggestellt und feierlich im Mai 2012 mit den Mietern und Mieterinnen eröffnet worden. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten lag in der Umsetzung der Aufwertungsmaßnahmen des Wohnumfeldes, so konnten im letzten Jahr alle 3 geplanten Spiellandschaften gestaltet und den Mietern/innen zur Nutzung übergeben werden.

  Die größten Bauaktivitäten des Jahres 2012 haben in Mariengrün stattgefunden, an 5 von 9 Wirtschaftseinheiten hat die umfassende energetische Sanierung begonnen, in ca. 1.000 der 2.410 Wohnungen wurden im letzten Jahr Strangsanierungen und Badmodernisierungen durchgeführt. Diese Aktivitäten werden in diesem Jahr fortgesetzt. Weitere ca. 900 Wohnungen werden in Mariengrün energetisch saniert. Ein wichtiger Beitrag zum energetischen Gesamtkonzept der Siedlung bildete die Inbetriebnahme des z. Z. größten BHKWs in Berlin im Herbst 2012.

  Am Alboinplatz wird die seit 2008 begonnene Sanierung der Bestände fortgesetzt und 2013 beendet, damit sind alle 5 Wirtschaftseinheiten im Besitz der degewo, am Alboinplatz mit 974 Wohnungen, komplett saniert.

  Im Schillerhof wurden im letzten Jahr 3 Wirtschaftseinheiten mit 205 Wohnungen in der Sanierung fertiggestellt, in weiteren 2 Wirtschaftseinheiten mit 162 Wohnungen sollen 2013 die Sanierungsarbeiten beginnen.

  Die 2012 begonnene Modernisierung der Fassaden einschließlich dem Anbau von neuen Loggien an 395 Wohnungen in Marzahn Nord werden wir in diesem Jahr fortsetzen und beenden. Der Ausbau von Leerwohnungen und die Schaffung von neu gestalteten Räumen für das JULE Projekt waren Bestandteil der Bauleistungen, diese konnten im letzten Jahr bereits z. T. abgeschlossen werden und ermöglichten somit auch den Start für die Umsetzung des JULE Projektes.

  Auf der Basis einer soliden und systematischen Bestandserhaltungsstrategie wurden die in 2011 begonnenen Neubauvorbereitungen im Mietwohnungsbau kontinuierlich vorangebracht. Im März 2013 wird die degewo AG in Mariengrün den Neubau von 52 Mietwohnungen beginnen. In Friedrichshagen laufen die Planungen der degewo Köpenick für die Errichtung weiterer 51 Mietwohnungen, deren Neubau im Frühjahr 2014 beginnen wird.

  Dem Wachstum Berlins und der damit wachsenden Nachfrage nach Wohnraum stellt sich die degewo mit Neubauprojekten. Mittelfristig wird die degewo 800 Wohneinheiten neu errichten. In 2013 werden in Marienfelde, Köpenick, Adlershof und Altglienicke die ersten Neubauprojekte begonnen werden.

  Das gutachterliche Wettbewerbsverfahren zur Erarbeitung eines Masterplanes für zukünftige Neu- und Ergänzungsbauten in der südlichen Gropiusstadt ist im Juni

2012 erfolgreich beendet worden. In einem Vertiefungsgebiet, welches 5 konkrete Standorte für die kurzfristige Umsetzung von Neubauvorhaben umfasst, werden z. Z. im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die konkreten Möglichkeiten untersucht, dies insbesondere auch unter dem Aspekt des parallel zu schaffenden Baurechts. Erste Neubauten in der Gropiusstadt sind nach jetzigem Stand der Planung 2014 möglich.

Weitere Neubauoptionen werden in diesem Jahr im Bereich des abzureißenden, seit einigen Jahren leerstehenden Seniorenheimes in der Graunstraße 13 geprüft.

Darüber hinaus engagiert sich die degewo zusammen mit der STADT UND LAND und der Genossenschaft Ideal an den konzeptionellen Vorplanungen zur zügigen Umsetzung der Neubebauung des Tempelhofer Feldes.

- Quartiersentwicklung:

  Die degewo übernimmt Verantwortung für die Stadt. Das hat das Unternehmen bereits 2005 in seinem Leitbild festgeschrieben. Seitdem verfolgt die degewo das Prinzip der integrativen Stadtentwicklung. Ziel ist es, die Menschen in ihr Stadtquartier zu integrieren. Deswegen ist eine ganzheitliche Betrachtungsweise erforderlich, ein Zusammenführen aller Akteure vor Ort: der Bewohner, der Schulen, Kitas, der Verwaltungen, Quartiersmanagements, Vereine und der unternehmenseigenen Stadtteilmanager. Dabei stehen Themen wie die Schaffung von mehr Bildungsangeboten, die Ansiedlung von Kreativen, die Förderung von neuen Geschäftsideen im Mittelpunkt. Dass diese degewo-Strategie erfolgreich ist, belegt das Brunnenviertel im Wedding, wo sie erstmalig zum Einsatz kam. Hier etablierte sich der erste Bildungsverbund aus Schulen und Kitas, der mittlerweile auf zahlreiche Erfolge verweisen kann. Heute erlebt das Quartier eine neue Anziehungskraft, z. B. ziehen vermehrt junge, gut ausgebildete und einkommensstarke Familien zu. Die Leerstandsquote liegt bei 1,2 % (31.12.2012).

  Weitere Bildungsverbünde gibt es inzwischen in der Gropiusstadt und in Mariengrün (Marienfelde Süd), wo mit umfassenden Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen im Rahmen einer ganzheitlichen Quartiersentwicklung neue Wege beschritten werden.

- Beruf und Familie:

  Bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht die degewo als gutes Beispiel voran: Als erstes Berliner Wohnungsunternehmen hat die degewo 2009 das Zertifikat des „audits berufundfamilie“ erhalten. Das im Auftrag der gemeinnützigen Hertie-Stiftung entwickelte „audit“ ist ein strategisches Managementinstrument, das die degewo dabei unterstützt, ihre familienfreundliche Personalpolitik zu optimieren und ihre Unternehmensziele mit den Mitarbeiterinteressen in eine wirtschaftliche Balance zu bringen.

  Im Frühjahr 2012 hat sich die degewo erfolgreich dem umfangreichen Re-Audit gestellt. Sie wird sich damit auch weiterhin intensiv für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ihrer Mitarbeiter/innen einsetzen.

- Stadtrendite:

  2011 hat die degewo eine Stadtrendite in Höhe von rund 61 Mio. EUR gegenüber 56 Mio. EUR im Vorjahr erbracht und somit nachhaltig zur Entwicklung der Hauptstadt beigetragen. Hinter dieser Zahl verbergen sich eine Vielzahl an sozialen Projekten und ökologischen Maßnahmen, die teilweise seit Jahren erfolgreich durchgeführt werden und das Ziel verfolgen, die Quartiere zu stabilisieren und langfristig Sozialkosten zu sparen.

  Das kann das Unternehmen leisten, weil es verantwortlich wirtschaftet und zukunftsorientiert ausgerichtet ist.

  Die Darstellung der Stadtrendite hat mittlerweile viele Nachahmer gefunden. Sozialberichte in dieser oder ähnlicher Form werden immer häufiger erstellt.

1.2 Entwicklung wesentlicher Kenngrößen

Wohnungsbestand:

	31.12.2011	Änderung Konsokreis	Abgänge	Zugänge	31.12.2012
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Eigene Wohnungen	60.355	2.340	-115	145	62.725
Angepachtete Wohnungen	894	0	-12	0	882
Für Dritte verwaltete Wohnungen	8.388	1.065	-285	122	9.290
Wohnungen insgesamt	69.637	3.405	-412	267	72.897

Die Veränderung des eigenen Verwaltungsbestandes resultiert im Wesentlichen aus der Erstkonsolidierung der GEDE-Gesellschaften (2.340 Wohneinheiten) und der Übernahme des Fonds V (120 Wohneinheiten – ehemals für Dritte verwalteter Bestand) sowie der GGIL Immobilien GmbH & Co. Finkenkruger Str. KG und der GGIL Immobilien GmbH & Co. Coburger Str. KG (jeweils 6 Wohneinheiten - ehemals angepachteter Bestand). Die Reduzierung des Eigenbestandes um 115 Wohneinheiten resultiert im Wesentlichen aus Verkäufen von Eigentumswohnungen.

Umsatzerlöse des Konzerns:

	2012	2011	Ver-änderung
	TEUR	TEUR	TEUR
– Hausbewirtschaftung	390.018	371.702	18.316
– Verkauf von Grundstücken	10.772	6.319	4.453
– Betreuungstätigkeit	3.326	3.341	-15
– andere Lieferungen und Leistungen	4.874	5.273	-399
	408.990	386.636	22.354
Veränderung der Umsatzerlöse	5,78 %		

Signifikante wohnungswirtschaftliche Kennziffern lauten wie folgt:

		2012	2011
Durchschnittliche Sollmiete Wohnungen	EUR/m²	5,28	5,19
Erlösschmälerungen absolut (Leerstand, Mietminderungen, Betriebskosten)	TEUR	15.635	16.911
Erlösschmälerungen im Verhältnis zu Sollmieten und Umlagen	%	3,92	4,45
Modernisierungs-/Instandhaltungskosten (absolut pro m² und Jahr)	EUR/m²	29,01	22,48

1.3 Personal- und Sozialbereich

Die Mitarbeiterzahlen entwickelten sich wie folgt:

	31.12.2012 Anzahl	31.12.2011 Anzahl
Angestellte	556	529
Gewerbliche	529	486
Gesamt	1.085	1.015
davon in der passiven Phase der Altersteilzeit	50	41

Außerdem wurden durchschnittlich 47 (Vorjahr: 42) Auszubildende bei den vollkonsolidierten Unternehmen beschäftigt. Die anteilig konsolidierten Gesellschaften GEDE Wohnen mbH und GEDE Service mbH beschäftigen 79 Mitarbeiter und 3 Auszubildende.

Der Mitarbeiterbestand im Angestelltenbereich hat sich aufgrund größerer Projekte gegenüber dem Vorjahr erhöht. Durch die verbesserte Auftragslage konnten auch in den gewerblichen Bereichen zusätzliche Mitarbeiter eingestellt werden. Auch die Anzahl der Ausbildungsplätze in den Berufen Maler und Lackierer/in, Elektroniker/in Energie- und Gebäudetechnik sowie der Gebäudereiniger/in wurde weiter ausgebaut.

Im Berichtsjahr haben 13 Auszubildende die Abschlussprüfung erfolgreich bestanden, wovon 12 der Auszubildenden in ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen wurden. Davon wurde mit einer der Auszubildenden familienbedingt auf eigenen Wunsch ein Teilzeitarbeitsvertrag abgeschlossen. Unserem Anspruch als familienfreundliches Unternehmen konnten wir somit weiter gerecht werden.

Im August/ September konnten wir insgesamt 19 Auszubildende in den Ausbildungsberufen Immobilienkaufmann/frau, Kaufmann/frau für Bürokommunikation, Informatikkaufmann/frau, Maler und Lackierer/in, Elektroniker/in Energie- und Gebäudetechnik und Gebäudereiniger/in sowie eine Studentin für ein Studium zum Bachelor of Arts Fachrichtung Immobilienwirtschaft in unserem Unternehmen begrüßen.

Die Anzahl der Weiterbildungsmaßnahmen konnte im Vergleich zum Vorjahr von 1.498 auf 1.742 im Jahr 2012 gesteigert werden. Hierfür wurden vom Unternehmen Gelder in Höhe von EUR 280.000 zur Verfügung gestellt. Aufgrund der Nutzung interner Referenten konnten wir im Geschäftsjahr einen erheblichen Teil der Weiterbildungskosten einsparen.

Die degewo führte 2005, 2008 und 2012 durch ein externes Institut zur Feststellung der Schwachstellen und Arbeitszufriedenheit Mitarbeiterbefragungen durch. Dabei zeigten sich kontinuierliche Verbesserungen. Laut der Mitarbeiterbefragung von 2012 wird die degewo von nahezu allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (94 %) als zukunftssicher, erfolgreich und finanziell solide empfunden. 93 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erklärten, dass sie gern für die degewo arbeiten. Branchenübergreifend stellen diese Ergebnisse Spitzenwerte dar. In der Entwicklung von 2005 mit 36% empfinden nun 72 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Unternehmen als fortschrittlich und innovativ. Diese Zahlen belegen, dass die strategische Ausrichtung des Unternehmens seit 2005 nicht nur nach außen messbar bei Kundenzufriedenheit, sondern auch subjektiv im Personalbereich wirkt und mitgetragen wird.

2. Lage des Konzerns

2.1 Vermögenslage degewo-Konzern

In den folgenden Übersichten zur Vermögenslage sind die einzelnen Vermögens- und Schuldposten nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst.

Bei der Darstellung der Vermögens- und Finanzstruktur sind die unfertigen Leistungen mit den dafür erhaltenen Anzahlungen verrechnet worden.

	2012	2011	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Vermögen			
Langfristige Vermögensposten			
Sachanlagen	2.514	2.334	180
Finanzanlagen	13	76	-63
Übrige	2	1	1
	2.529	**2.411**	**118**
Mittel- und kurzfristige Vermögensposten			
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	21	17	4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	25	31	-6
Wertpapiere	25	25	0
Liquide Mittel	32	52	-20
	103	**125**	**-22**
	2.632	**2.536**	**96**
Kapital			
Langfristiges Kapital			
Eigenkapital	509	474	35
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	39	23	16
Sonderposten für Investitionszuschüsse	18	18	0
Rückstellungen	37	39	-2
Verbindlichkeiten	1.946	1.882	64
Rechnungsabgrenzungsposten	8	37	-29
Passive latente Steuern	13	5	8
	2.570	**2.478**	**92**
Mittel- und kurzfristiges Kapital			
Rückstellungen	10	18	-8
Erhaltene Anzahlungen	17	14	3
Übrige Verbindlichkeiten	35	26	9
	62	**58**	**4**
	2.632	**2.536**	**96**

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bilanzsumme um Mio. EUR 96 auf Mio. EUR 2.632 gestiegen. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Erstkonsolidierung der GEDE Wohnen.

Der Zuwachs der Sachanlagen resultiert aus der Erstkonsolidierung der GEDE Wohnen (Mio. EUR 174) und der Aktivierung von Modernisierungsmaßnahmen der Quartiere südliche Gropiusstadt, Mariengrün, Alboinplatz sowie Schillerhof.

Der Erwerb der Beteiligungen an den GEDE-Gesellschaften sowie in diesem Zusammenhang gewährten Gesellschafterdarlehen wurden im Vorjahr in den Finanzanlagen bilanziert. Durch die anteilige Konsolidierung der gemeinsam mit der GESOBAU AG geführten GEDE-

Gesellschaften fließen die Vermögenswerte quotal in die Bilanz, und die Finanzanlagen werden entsprechend reduziert.

Der Anstieg der zum Verkauf bestimmten Grundstücke mit fertigen Wohnbauten resultiert aus dem Neubauvorhaben in der Bruno-Wille-Str. (Mio. EUR 2,8) sowie der Bautätigkeit der degewo-Hausbau in Altglienicke (Mio. EUR 1,3).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern werden insgesamt als langfristig betrachtet, da auslaufende Finanzierungen grundsätzlich prolongiert werden. Der Anstieg der langfristigen Verbindlichkeiten resultiert ebenfalls im Wesentlichen aus der Erweiterung des Konsolidierungskreises um die GEDE-Gesellschaften. Die Umfinanzierung des Forfaitierungsvertrages der degewo 3. WVG (Mio. EUR 28) führt zur Reduzierung des Rechnungsabgrenzungspostens und entsprechender Erhöhung der Verbindlichkeiten.

Die dauerhafte Entschuldung des Konzerns wurde im Geschäftsjahr konsequent fortgesetzt. Die quotale Einbeziehung der Kreditverbindlichkeiten der GEDE Wohnen (Mio. EUR 110) zum 01.01.2012 erhöht die Gesamtverschuldung des degewo-Konzerns. Insgesamt erhöht sich nach erfolgter Tilgungsleistung die Gesamtverschuldung im Konzern um Mio. EUR 28 gegenüber dem Vorjahr. Durch den Flächenzuwachs (162 Tm²) reduziert sich jedoch die Verschuldung relativ zum Bestand von 479 EUR/m² auf 467 EUR/m².

2.2. Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung des Konzerns stellt sich wie folgt dar:

	2012	**2011**	**Veränderung**
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR
Zahlungsmittelbestand am Jahresanfang	54	82	-28
Liquiditätsergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit	116	92	24
Liquiditätsergebnis aus Investitionstätigkeit	-62	-131	69
Liquiditätsergebnis aus Finanzierungstätigkeit	-74	10	-84
Zahlungsmittelbestand am Jahresende	34	53	-19

Das Liquiditätsergebnis aus Investitionstätigkeit bildet die aktivierten Investitionen der Bestandspflege ab.

Das Liquiditätsergebnis aus Finanzierungstätigkeit saldiert Darlehensaufnahmen mit Tilgungsleistungen. Den Zahlungsverpflichtungen sind die Konzerngesellschaften im Berichtsjahr jederzeit termingerecht nachgekommen. Die vorhandene Geldreserve gibt der Gesellschaft die Möglichkeit, weitere Investitionen in die Bestände zu tätigen und gleichzeitig Eigenmittel für die Portfoliooptimierung durch Zukauf von Immobilien oder Neubau zur Verfügung zu stellen.

2.3 Ertragslage

Der degewo-Konzern hat im Berichtsjahr einen Überschuss von Mio. EUR 41,1 erwirtschaftet. Die Entwicklung der Jahresergebnisse wird nachfolgend anhand einer von der Betriebsleistung ausgehenden Analyse, abgeleitet aus der Gewinn- und Verlustrechnung, dargestellt:

	2012 in Mio. EUR	**2011** in Mio. EUR	**Veränderung** in Mio. EUR
Umsatzerlöse	409	387	22
Bestandsveränderungen	7	0	7
Übrige betriebliche Erträge	22	41	-19
Betriebsleistung	**438**	**428**	**10**
Materialaufwand	-191	-179	-12
Personalaufwand	-45	-42	-3
Planmäßige Abschreibungen	-58	-54	-4
Objektfinanzierungskosten	-63	-71	8
Zinssubventionen	2	2	0
Übrige betriebliche Aufwendungen	-23	-24	1
Betriebsaufwand	**-378**	**-368**	**-10**
Betriebsergebnis	**60**	**60**	**0**
Finanzerträge	5	5	0
Finanzaufwendungen	-5	-6	1
Finanzergebnis	**0**	**-1**	**1**
Neutrale Erträge	1	33	-32
Neutrale Aufwendungen	-23	-65	42
Neutrales Ergebnis	**-22**	**-32**	**10**
Ergebnis vor Ertragsteuern	**38**	**26**	**12**
Ertragsteuern	3	-3	6
Jahresergebnis	**41**	**24**	**17**

Die Erhöhung der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus der Erweiterung des Konsolidierungskreises um die GEDE-Gesellschaften (Mio. EUR 17). Darüber hinaus konnten die Erlösschmälerungen um Mio. EUR 1 weiter reduziert und gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 4 höhere Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken erzielt werden. Der Fördermittelabbau von Mio. EUR 3 wurde durch die Steigerung der Sollmieten lediglich ausgeglichen.

Im Vorjahr erhöhten umfangreiche Auflösungen von Rückstellungen aus dem Bereich der Hausbewirtschaftung die übrigen betrieblichen Erträge.

Der höhere Materialaufwand gegenüber dem Vorjahr entstand aus Mio. EUR 6 höheren Aufwendungen für Instandhaltung, Mio. EUR 4 höheren Aufwendungen für Betriebskosten und Mio. EUR 4 für Verkaufsgrundstücke. Im Gegenzug verringerten sich die Materialaufwendungen anderer Sparten um Mio. EUR 2.

Durch die erstmalige Konsolidierung der GEDE Wohnen und GEDE Service erhöhen sich der Personalaufwand des Konzerns und die Abschreibungen um jeweils Mio. EUR 2. Die Aktivierung von Baumaßnahmen in Höhe von Mio. EUR 64 erhöhte die laufende Abschreibung um weitere Mio. EUR 2.

Im Zinsaufwand des Vorjahres sind Vorfälligkeitsentschädigungen von Mio. EUR 9 enthalten.

Das Betriebsergebnis konnte bei gestiegenen Aufwendungen der Bewirtschaftung durch höhere Umsatzerlöse auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden.

Im Neutralen Ergebnis sind

- außerplanmäßige Abschreibungen des Bedarfswertfonds Gropiusstadt in Folge einer aktualisierten technischen Einschätzung des zukünftigen Investitionsbedarfes (Mio. EUR 23) sowie
- Entschädigungszahlungen nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz (Mio. EUR 0,5)

abgebildet.

Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragssituation

Die degewo AG hat im Kerngeschäft durch ein Bündel von Maßnahmen kontinuierliche Ertragssteigerungen erreicht. Dies ist auch erforderlich, um den fortschreitenden Subventionsabbau zu kompensieren und den Abbau des Investitionsstaus zu finanzieren.

Die degewo AG hat Umfinanzierungsmaßnahmen vorgenommen, die zu einer deutlichen Absenkung des Zinsaufwandes beitragen. Diese Maßnahmen werden 2013 fortgesetzt.

Gesamtwürdigung der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Ergebnis der degewo AG basiert auf einer guten operativen Entwicklung, die durch dauerhafte Ertragssteigerungen und Senkung der Finanzierungskosten den Wegfall öffentlicher Fördermittel kompensiert. Die positiven Jahresergebnisse der vergangenen Jahre haben das Eigenkapital gestärkt und durch eine kontinuierliche Entschuldung wurde eine solide Vermögensstruktur erzielt. Ein hoher Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ermöglichte nach planmäßiger Tilgung und Sondertilgung umfangreiche Investitionen zur Bestandspflege.

3. Hinweise auf Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

3.1 Risikomanagementsystem

Die degewo nutzt zur Identifikation und Minimierung von Risiken ein Konzern-Risikomanagement, das auch die konsequente Nutzung bestehender Chancen ermöglicht. Das Risikomanagementsystem, in das das Compliancemanagement integriert ist, wird kontinuierlich an die aktuellen und zukünftigen Anforderungen angepasst.

Wesentliche Teile des Risikocontrollings sind:

- strategische Unternehmensplanung (mittelfristiger, fünf Jahre umfassender Wirtschaftsplan),
- operative Jahresplanung (Erfolgs-, Bau- und Finanzplan),
- jährliche und unterjährige Soll/Ist-Vergleiche durch das Zentrale Controlling, Quartalsberichte mit unterjähriger Risikoanalyse,
- Personalcontrolling,

- Fachcontrolling Bestandsbewirtschaftung (u.a. Leerstands- und Forderungscontrolling sowie Mietenpotenziale),
- technisches Fachcontrolling,
- Vertragscontrolling sowie
- effizientes „financial risk management“ und ein EDV unterstütztes Beschluss- und Beteiligungscontrolling zur Herstellung der Transparenz über die Konzernunternehmen und Beteiligungen.

Die unternehmensinterne Revision prüft die Angemessenheit des Risikomanagements. Sie hat sich im Rahmen des Strategieprozesses einem Quality Assessment durch einen vom DIIR (Deutsches Institut für Interne Revision) akkreditierten Prüfer unterzogen und das Zertifikat nach IIR-Revisionsstandard Nr. 3 (Qualitätsmanagement in der Internen Revision) erhalten. Das Institut für Interne Revision entwickelt international anerkannte Standards für Interne Revisionen aller Wirtschaftszweige in Deutschland.

Der Aufsichtsrat und der Alleingesellschafter werden regelmäßig durch vierteljährliche Berichte, durch Aufsichtsratssitzungen und ggf. durch Zwischenberichte über die laufende Geschäftsentwicklung informiert, um auf diese Weise die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der Konzernlenkung sicherzustellen.

3.2 Risiken und Risikomanagement

Nach dem aktuellen Erkenntnis- und Planungsstand sind bestandsgefährdende Risiken für den Konzern oder die Einzelgesellschaften derzeit nicht ersichtlich. Folgende Bereiche verlangen erhöhte Aufmerksamkeit:

1. Der regional unterschiedlich angespannte Immobilienmarkt in Berlin und im Umland und die relativ hohe Arbeitslosigkeit erfordern in Teilgebieten kontinuierliche Anstrengungen zur Reduzierung der Leerstände und der Forderungsausfälle. Die intensiven Maßnahmen zur Verbesserung des Angebotsverhaltens und des Leistungspaketes an den Mieter haben messbar Wirkung gezeigt. Gleichwohl wird die degewo dem Leerstand und dem Forderungsausfall und damit verbunden auch dem Ausfall von Betriebskosten weiterhin besonderes Augenmerk zukommen lassen müssen. Quartiersweise auftretenden Segregationserscheinungen, Bevölkerungsabwanderung (in Marzahn-Hellersdorf) und Überalterung (in Treptow-Köpenick) wird seit Jahren aktiv gegengesteuert.
2. Die in den vergangenen Jahren und auch im Geschäftsjahr 2012 getätigten hohen Instandhaltungsaufwendungen sind notwendig, um die Anschlussvermietung bei Mieterwechseln sicherzustellen. Investitionen sind gezielt und unter konsequenter Berücksichtigung der Renditeentwicklung der jeweiligen Immobilien vorzunehmen. Die Analyse des in den kommenden 20 Jahren anstehenden Großinstandhaltungsbedarfs hat gezeigt, dass erhebliche Investitionen in die in den 70/80er Jahren errichteten Großsiedlungen notwendig werden. Diese werden in die Langfristplanung eingearbeitet. Die Baukostensteigerungen sind mit 2,9 % für Instandhaltungsarbeiten gegenüber dem Vorjahr

moderat ausgefallen. Der Preisanstieg für den Neubau konventionell gefertigter Gebäude lag bei 2,5 %.

3. Mit dem Anfang 2003 vom Land Berlin beschlossenen Wegfall der Anschlussförderung der Förderjahrgänge ab 1987 treten ab 2006 sukzessiv zunehmende Einnahmedefizite durch den Fortfall der Mietsubventionen ein, die nicht durch Mietsteigerungen ausgeglichen werden können. Vom Wegfall der Förderung sind auch drei von der degewo AG initiierte Fonds erfasst. Die degewo hat die notwendige Risikovorsorge bezüglich der Folgen des Wegfalls der Anschlussförderung vorgenommen.

4. Im Rahmen der operativen Geschäftstätigkeit und der daraus resultierenden Finanzaktivitäten ist die degewo finanzwirtschaftlichen Marktpreisänderungen im Zinsbereich ausgesetzt. Gegenwärtig profitiert das Unternehmen von den günstigen Zinsbedingungen. Zur Begrenzung von Risiken wird ein strategisches Finanzmanagement betrieben, um künftige Zinsanpassungstermine zu diversifizieren und „Klumpenrisiken“ zu vermeiden.

   Die durchschnittliche Zinsbindung beträgt 5,9 Jahre. Die Zinssicherung erfolgt über Festzinsvereinbarungen und über den Einsatz von Zinsderivaten. Der Anteil nicht zinsgesicherter Darlehen betrug zum 31.12.2012 mit Mio. EUR 71,2 3,8 % des Fremdkapitals.

5. Wesentliche finanzielle Vermögensgegenstände der Gesellschaft sind die Finanzanlagen und Beteiligungen. Die Gesellschaft überprüft kontinuierlich die Werthaltigkeit des jeweiligen Bilanzansatzes.

6. Die degewo hat die Option wahrgenommen, die bisherige Regelung der EK02-Besteuerung beizubehalten. Schwerpunktmäßig soll die Politik der Entschuldung und Thesaurierung bei gleichzeitiger Wahrnehmung sozialer Verantwortung für die Stadt fortgesetzt werden. Eine Belastung der künftigen Jahresergebnisse durch die Abgeltungsteuer von 3 % des zum 31. Dezember 2006 festgestellten EK02 ist daher nicht geplant.

7. Gegenwärtig gibt es im Zusammengang mit zwei noch nicht rechtskräftigen Einzelfallentscheidungen Diskussionen bezüglich des Umgangs mit asbesthaltigen Baumaterialen, die in den Jahren von 1960-1980 verwendet worden waren. Eine bestandsweite und umfassende Neubewertung der Risiken in PVC-Fliesen festgebundener Asbestfasern bedingen diese Entscheidungen derzeit nicht. Die Entwicklung wird verfolgt.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die degewo solide aufgestellt ist. Existenzbedrohende Risiken bestehen nicht. Für erkennbare quantifizierbare zukünftige Risiken ist angemessene Vorsorge getroffen worden.

3.3 Chancen der zukünftigen Entwicklung

Der degewo Konzern rechnet zumindest bis 2020 mit einer Zunahme der Haushalte in Berlin, sodass in dem Segment der 1,5- bis 2-Zimmer-, aber auch bei größeren Wohnungen die Nachfrage steigen wird. Chancen für den Konzern liegen darin, noch bestehende Optimierungseffekte im Finanzierungs- und Zinsgeschäft zu nutzen. Auch die Weiterentwicklung des

Immobilienportfolios unter Beachtung von Mindestrenditeanforderungen wird positive Effekte zeigen.

Im degewo-Konzern ist unter Führung der degewo AG der Restrukturierungsprozess vorläufig abgeschlossen worden. Neben deutlichen Synergieeffekten aus der Zusammenlegung von Organisationseinheiten mit zentraler Verwaltung und dezentralen Kundenzentren führen Verbesserungen der Dienstleistungen den Mieterinnen und Mietern gegenüber zu einer Stärkung der Marktposition. Dies wird durch einen einheitlichen Auftritt im Wettbewerb als eigene Marke „degewo“ betont. Der einheitliche Gesamtauftritt des Konzerns unterstützt, wie Marktanalysen zeigen, die weitere Entwicklung. Weitere positive Effekte werden aus der gegenwärtig vorbereiteten Optimierung der Bestandsgrößen und Verwaltungseinheiten mit Zuordnung in 5 regionale Gesellschaften folgen, in die die bisherigen Kundenzentren und Verwaltungsgesellschaften überführt werden.

Der Unternehmensverbund ist bestrebt, flankierend zum Kerngeschäft Dienstleistungen aus- und aufzubauen, wie z. B. seniorengerechtes Wohnen. Die konsequente Nutzung von Energiesparmöglichkeiten durch zusätzliche Informationen über das individuelle Verbrauchsverhalten oder Einbau von Solartechnik bzw. eigenen Wärmeerzeugungsanlagen auf Kraft-Wärmekopplung soll auch das Kerngeschäft nachhaltig stützen.

Der Berliner Wohnungsmarkt birgt aufgrund der bestehenden Verunsicherung über die weitere Entwicklung des EURO Investitionspotenziale. Die Mietenentwicklung der letzten Jahre und das zunehmende Interesse an qualitativ ansprechendem Wohnraum eröffnet die Perspektive zu Wohnungsneubauprojekten. Der Vorstand geht davon aus, dass sich die degewo im Wettbewerb behaupten und an den Chancen für den Berliner Markt partizipieren wird.

3.4 Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand der degewo AG hat über Beziehungen zum Land Berlin, das 100 % der Aktien hält, einen Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG folgenden zusammengefassten Inhalts erstellt:

> „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zum Land Berlin aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns zum Zeitpunkt, in dem die Geschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

4. Ausblick/Berichterstattung nach §§ 289 Abs. 2, 315 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Ausblick

Der Vorstand forciert die Umsetzung der strategischen Unternehmenskonzeptionen. Unternehmensschwerpunkte sind zum einen die Optimierung des Kerngeschäftes und zum anderen die Entwicklung des degewo Konzerns zu einem wachsenden Unternehmen. Dabei konzentriert das Unternehmen seine Anstrengungen auf eine aktive Portfoliopolitik, die qualitative Weiterentwicklung der Wohnungsbestände und die Entwicklung neuer Serviceleistungen. Zur Abrundung einzelner Positionen des Portfolios kann ggf. auch ein Zukauf von Liegenschaften erfolgen.

Durch den demografischen Wandel stehen insbesondere auch die Wohnungsunternehmen vor neuen Herausforderungen. Diese werden in den kommenden Jahren an Komplexität gewinnen. Deswegen kommt der zielgruppenspezifischen Sanierung der Bestände, einem umfassenden Serviceangebot, vor allem für älter werdende Menschen, aber auch der Entwicklung neuer Wohnmodelle eine immer größere Bedeutung zu. Lebendige Nachbarschaften sind die Voraussetzung für intakte Quartiere. Sie bleiben das Ziel der weiteren integrativen Quartiersentwicklung der degewo.

Die degewo plant den Wohnungsneubau von rd. 800 Einheiten in den nächsten Jahren.

Mit allen diesen Maßnahmen schafft die degewo die Voraussetzungen, um ihre gesellschaftliche Verantwortung nachhaltig im Kerngeschäft zu verankern und damit die Stadtrendite kontinuierlich zu erhöhen.

Gemäß der Wirtschaftsplanung ist für das Jahr 2013 ein Jahresergebnis von EUR 28 Mio (degewo AG EUR 27 Mio) zu erwarten. Die Umsatzerlöse werden weiterhin durch Mietsteigerungen gestärkt, die den Rückgang der Fördermittel kompensieren. Hohe Investitionsvolumina zur Bestandspflege werden aus dem Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit und darlehensfinanziert getätigt.

Berlin, den 19. März 2013

degewo Aktiengesellschaft

Vorstand

Frank Bielka Christoph Beck

Anlage zum Lagebericht

Corporate Governance Kodex

Die degewo AG hat den Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der jeweiligen von der für die Beteiligungsführung zuständigen Stelle des Landes Berlin herausgegebenen Fassung in die Satzung und die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrates und des Vorstandes aufgenommen.

Vorstand und Aufsichtsrat der degewo AG erklären, dass den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 15. Mai 2012 unter Berücksichtigung der Beteiligungshinweise in der Fassung vom 17. Februar 2009 (Aktualisierung Juli 2011) wie folgt entsprochen wird und wurde:

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat
(Verweis DCGK 3.1 ff./Beteiligungshinweise I. 1.-5.)

Vorstand und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vom Vorstand offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen in der Regel unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten. Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt.

Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen und hat die relevanten Informationen und Berichte in schriftlicher Form rechtzeitig abgegeben. Soll-/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel dargestellt. Für den Vorstand existiert eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrates; sie ist ausreichend und bedarf keiner Überarbeitung.

Vorstand und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen. Sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrates gewahrt. Die im Unternehmensinteresse zunächst ohne Selbstbehalt für Vorstand und Aufsichtsrat abgeschlossenen D&O-Versicherungen sind bezüglich des Vorstandes fristgerecht entsprechend dem Gesetz zur Vorstandsvergütung angepasst worden. Die Vorstandsmitglieder haben persönlich Versicherungen des Selbstbehaltes abgeschlossen.

Vorstand – wertorientierte Unternehmensführung
(Verweis DCGK 4.1 ff., 5.1/Beteiligungshinweise II. 1.-3.)

Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling.

Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand sind in der Geschäftsanweisung für den Vorstand geregelt. Es wurde kein Vorsitzender/Sprecher des Vorstandes bestimmt.

Die Vergütung des Vorstandes hat sich aus einem Fixum und aus einer variablen Zieltantieme zusammengesetzt. Die Zielvereinbarung wurde nach Vorberatung im Personalausschuss vom Aufsichtsrat beschlossen.

Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder des Vorstandes, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche als Gesamtentgelt für alle Tätigkeiten in der Unternehmensgruppe festgelegt. Andere Bezüge waren nicht zu berücksichtigen. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beschlossen, beraten hat satzungsgemäß der Personalausschuss des Aufsichtsrates. Die Regularien waren dem Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung angepasst worden.

Die Gesamtvergütung des Vorstandes wird für das Berichtsjahr 2012 im Anhang zum Jahresabschluss individualisiert und differenziert ausgewiesen.

Proaktiver Aufsichtsrat
(Verweis DCGK 5.1 – 5.4/Beteiligungshinweise III. 1.-8.)

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach Satzung und Geschäftsordnungen für Aufsichtsrat und Vorstand wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Verkaufsverhandlungen im Rahmen der Grundstücksentwicklung am Alexanderplatz und Ankaufsverhandlungen zur Ergänzung des Immobilienportfolios haben der Aufsichtsratsvorsitzende, die Prüfungsausschussvorsitzende und der Vorsitzende des Bau- und Vermögensausschusses auf der Basis der vom gesamten Aufsichtsrat gegebenen Eckdaten begleitet.

Für den Vorstand sind keine Altersgrenzen festgelegt. Für eine Nachfolgeregelung bestand im Jahr 2012 kein Anlass. Eine Wiederbestellung wurde nach Erörterung im Personalausschuss vom Aufsichtsrat innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist beschlossen und durch Abschluss eines neuen Vertrags mit einjähriger Laufzeit umgesetzt.

Sitzungsfrequenzen und Zeitbudget entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine grundlegend nach den Regelungen des Kodex und der neugefassten Satzung (Fassung vom 08.11.2011) überarbeitete Geschäftsordnung (Fassung vom 22.09.2011).

Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Der Vorstand hat den Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. dessen Stellvertreter fortlaufend über besondere Ereignisse unterrichtet. Es haben zwei außerordentliche Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse:

- Personalausschuss
- Prüfungsausschuss
- Bau- und Vermögensausschuss

Der Aufsichtsratsvorsitzende ist Vorsitzender des Personalausschusses. Er war nicht Vorsitzender des Prüfungsausschusses und kein ehemaliges Mitglied des Vorstandes. Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 31.10.2012 wurde der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende und Vorsitzende des Personalausschusses mit Wirkung zum Ablauf des 05.11.2012 abberufen. Eine Ergänzungswahl erfolgte im Geschäftsjahr nicht. Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende übernahm die Amtsgeschäfte sowohl im Aufsichtsrat als auch im Personalausschuss. Bewertungsfragen von Immobilien wurden im Prüfungsausschuss und im Bau- und Vermögensausschuss beraten. Der Personalausschuss hat Entscheidungskompetenzen vom Aufsichtsrat übertragen bekommen. Dies betrifft u.a. die Anstellungs- und Vergütungsregelungen. Mit Wirkung ab 1. Januar 2010 sind Satzung und Geschäftsordnung des Aufsichtsrates an das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung angepasst worden. Das Plenum des Aufsichtsrates wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von fünf bzw. zehn Aufsichtsratsmandaten im Sinne des § 100 AktG erreicht. Die Vergütung wurde nicht in ein Fixum und in einen variablen Teil unterteilt. Die individuell ausgewiesene Gesamtvergütung ergibt sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr durch eine Selbstevaluierung mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach übereinstimmender Auffassung keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

Gefahr von Interessenkonflikten
(Verweis DCGK 4.3, 5.5/Beteiligungshinweise IV. 1.-7.)

Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt. In einem Fall wurde eine unangefochten gebliebene Verdachtskündigung ausgesprochen. Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt. Persönliche Interessen wurden nicht – Geschäftschancen wurden nur im Unternehmensinteresse – verfolgt.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahe stehende Personen oder ihnen persönlich nahe stehende Unternehmen sind dem Aufsichtsrat mangels Notwendigkeit nicht zur Zustimmung vorgelegt worden; der Aufsichtsrat hat demzufolge von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur

Zustimmung vorgelegt. Weges des Verdachts eines möglichen Interessenkonfliktes eines Aufsichtsratsmitgliedes ließ der Vorstand auf Hinweis der Alleingesellschafterin eine Sonderuntersuchung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf mögliche Interessenkonflikte bei Geschäften mit der degewo vornehmen. Die in Betracht kommenden Geschäftsvorfälle wurden einer eingehenden rechtlichen Bewertung durch eine externe auf Compliance-Fragen spezialisierte Anwaltskanzlei unterzogen. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass keine Sorgfaltswidrigkeit des Aufsichtsrates und des Vorstandes vorlag. Wegen gestörter Vertrauensbasis hat dies die Beteiligungsverwaltung der Alleingesellschafterin zum Anlass für den zuvor erwähnten Abberufungsbeschluss genommen. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

Ein Vorstandsmitglied hat eine Nebentätigkeit (als ehrenamtliches Vorstandsmitglied außerhalb des Unternehmens) ausgeübt.

Mitgliedern des Vorstands, des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

Transparenz
(Verweis DCGK 6.1/6.7/Beteiligungshinweise V. 1.-2.)

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hätten, sind nicht bekannt geworden. Unternehmensinformationen wurden auch über das Internet veröffentlicht.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung
(Verweis DCGK 7.1,2/Beteiligungshinweise VI. 1.-3., VII. 1.-4.)

Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und dem Gesellschafter vorgelegt. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf.

Die Zwischenberichte wurden innerhalb von 40 Tagen vorgelegt, der Jahresabschluss wurde innerhalb von 90 Tagen aufgestellt und dem Gesellschafter vorgelegt.

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel.

Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hat – nach Wahl durch die Hauptversammlung und ermächtigt durch den Aufsichtsrat – den Prüfungsauftrag für die Prüfung des Konzerns und der degewo AG erteilt und den Honorarrahmen festgelegt.

Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärungen zum Berliner Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

degewo - Vergütung Vorstand 2012

Auszug (Seite 13) aus dem Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2012

Vorstandsmitglieder sind die Herren Christoph Beck, Dipl.-Kaufmann, Berlin, und Frank Bielka, Dipl.-Kaufmann, Berlin. Die Vorstände erhielten für das Geschäftsjahr folgende Vergütungen:

	Herr Bielka	Herr Beck	Gesamt
	EUR	EUR	EUR
Grundvergütung	180.000	180.000	360.000
Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung	3.796	3.504	7.300
Beiträge zur Rentenversicherung	0,00	6.586	6.586
Beitrag zur Unfallversicherung	572	572	1.144
Geldwerte Vorteile	9.733	7.834	17.567
Reisekosten	90	262	352
Bezüge	194.191	198.758	392.949

Weiterhin ist für die Vorstände eine variable Zieltantieme von jeweils bis zu EUR 70.000 vereinbart, über deren tatsächliche Höhe für das Jahr 2012 der Aufsichtsrat bislang nicht entschieden hat.

Für Pensionsverpflichtungen für derzeitige und frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen wurden Rückstellungen von TEUR 2.724 gebildet, die mit dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung (TEUR 1.299) saldiert wurden.

degewo - Vergütung Aufsichtsratsmitglieder 2012

Name (Funktion im AR)	Sitzungsgeld	Jahresvergütung	Vergütung (netto)	USt	Vergütung erhalten gesamt
Herr Dr. Karl Kauermann (AR-Vorsitzender bis 5.11.12)	900,00 €	4.583,33 €	5.483,33 €	1.041,83 €	6.525,17 €
Herr Jürgen Steinert (stellv. AR-Vorsitzender)	1.950,00 €	3.958,33 €	5.908,33 €	1.122,58 €	7.030,92 €
Herr Gerd von Brandenstein (AR-Mitglied)	900,00 €	2.500,00 €	3.400,00 €	646,00 €	4.046,00 €
Frau Dr. Bärbel Grygier (AR-Mitgl. seit 04/09)	1.350,00 €	2.500,00 €	3.850,00 €	-	3.850,00 €
Frau Dr. Margaretha Sudhof (AR-Mitgl. seit 03/12)	1.050,00 €	3.125,00 €	4.175,00 €	-	4.175,00 €
Frau Maria Berning (AR-Mitgl. seit 03/12)	1.200,00 €	2.083,33 €	3.283,33 €	-	3.283,33 €
Frau Angelika Wierzchowski (AR-Mitgl. seit 04/09)	1.950,00 €	2.500,00 €	4.450,00 €	-	4.450,00 €
Frau Karin Mach (AR-Mitgl. seit 04/09)	1.200,00 €	2.500,00 €	3.700,00 €	-	3.700,00 €
Herr Kay-Uwe Müller (AR-Mitgl. seit 04/09)	1.350,00 €	2.500,00 €	3.850,00 €	-	3.850,00 €
Herr Dr. Christian Sundermann (bis 03/12 Vors.Prüfausschuss)	0,00 €	937,50 €	937,50 €	-	937,50 €
Frau Hella Dunger-Löper (bis 02/12 AR-Mitglied)	0,00 €	416,67 €	416,67 €	-	416,67 €
Σ	11.850,00 €	27.604,17 €	39.454,17 €	2.810,42 €	42.264,58 €

Jahresvergütung Aufsichtsratsvorsitzende/r	5.000 €
Jahresvergütung stellv. AR-Vorsitzende/r	3.750 €
Jahresvergütung Ausschussvorsitzende/r	3.750 €
Jahresvergütung AR-Mitglieder	2.500 €
Vergütung je Sitzungsteilnahme	150 €

(entspr. Festlegungen zur Vergütung in der der Hauptversammlung vom 27.06.2003)

Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin, Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

A. Lage der Gesellschaft und Geschäftsverlauf 2012

Marktentwicklung

Die digitale Produktion von Filmen hat die Filmwirtschaft tiefgreifend verändert. Als Produzentin von fast 120 Filmen pro Jahr bewegt sich die Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung (DFFB) dabei in einer nahezu neuen Produktionslandschaft. Diese ist marktbeherrschend und wird die bisher an der DFFB angewandte analoge Technik (16mm) bis Ende 2014 weitestgehend ersetzt haben. Experten rechnen damit, dass die analoge Aufnahmetechnik (16 mm) bereits für das Jahr 2014 eingestellt wird. Die Postproduktionsstrecke der DFFB dient damit nicht nur wie ursprünglich geplant der Fertigstellung aller in der DFFB gedrehten Studentenfilme. Sie wird in Zukunft zu einem Kernbestandteil der künstlerischen, produktionstechnischen und handwerklichen Ausbildung von Kameraleuten, Regisseuren und Produzenten werden, die unabdingbar ist, um national und international konkurrenzfähig zu bleiben.

Das Marktumfeld, in dem sich die DFFB als Berliner Filmhochschule bewegt, ist unverändert geprägt von dem Wettbewerb der Filmhochschulen um die talentiertesten Studierenden. Der Wettbewerb der in Deutschland ansässigen Filmhochschulen ist im Wesentlichen geprägt von den 7 großen Filmhochschulen (HFF „Konrad Wolf“ Potsdam, Filmakademie Baden-Württemberg GmbH, HFF München, KHM Köln, ifs Köln, Hamburg Media School und die DFFB).

Die DFFB produziert jährlich ca. 120 Filme und damit in etwa so viel wie die budgetär wie personal weit besser ausgestatteten weiteren Filmhochschulen Deutschlands.

Stellung der DFFB in diesem Markt

Die DFFB erfuhr in 2012 einige Neuerungen:

Die Hochschule hat sich dank vieler erfolgreich entwickelter Projekte und hierfür eingeworbener Drittmittel stark internationalisiert.

- Hierbei seien MEDIA geförderte Programme A CLEAR VIEW und MAKING WAVES erwähnt. Sie fanden erstmals und mit großem Erfolg bei den beteiligten Studierenden statt. Auch vertieften sie die internationale Zusammenarbeit mit Filmhochschulen, so z.B. mit der London Film School oder der FAMU in Prag. Dank der Attraktivität und Einzigartigkeit der Programme erklärten sich neben MEDIA weitere Co-Finanziers zur Unterstützung bereit.

- Das Programm TALENT TRANSFERENCE führte zu einem fruchtbaren Austausch deutsch-amerikanischer Studierende und Gäste.

- Das zusammen mit der Akademie der Künste Berlin entwickelte Projekt KULTUR:STADT ließ 15 Filme über bekannte Baudenkmäler in der Welt entstehen. Diese werden in der Akademie der Künste Berlin ausgestellt. Der Sender ARTE zeigte an den entstandenen Filmen großes Interesse und wird sie ausstrahlen.

- Dank einer Förderung durch das Deutsch-Israelische Zukunftsforum konnten zusammen mit der Tel Aviv University Dokumentarfilme in Israel von deutschen Studierende und in Deutschland von israelischen Studierende realisiert werden.

- Für das Jahr 2013 konnte ein weiteres großes Drittmittelprojekt als postgraduales Serienprogramm entwickelt werden: SERIAL EYES. Das Projekt wird von MEDIA, dem Medienboard und RTL gefördert und mit weiteren Hochschulpartnern wie die London Film School ausgeführt. Das europäisch ausgerichtete Programm soll junge Drehbuchautoren und Produzenten gezielt für die Entwicklung von neuen TV Serien weiterbilden und ein europäisches Netzwerk schaffen.

Auch innerhalb der DFFB werden neue Pläne erstellt:

- Zusätzlich zur Ausbildung in den vier Kernstudiengängen Regie, Produktion, Kamera und Drehbuch plant die DFFB ab 2014 eine Erweiterung der Ausbildung um einen Studiengang Schnitt. Curriculum und technische Ausstattung der DFFB ermöglichen die Notwendigkeit, die Ausbildung der Studierende zu komplettieren, um sie auf die stetig wachsenden Anforderungen des Marktes vorzubereiten. Neben dem Drehbuch und der eigentlichen Produktion ist der SCHNITT der dritte wesentliche Abschnitt, in dem ein Film entsteht und geformt wird. Als einzige Hochschule auf internationalem Niveau bildet die DFFB den Bereich SCHNITT noch nicht aus. Der Ausbildungsgang SCHNITT schließt die Lücke zwischen der inhaltlichen und formalen Diskussion mit dem Cutter und bürgt für die weiterhin enge Verzahnung der Studiengänge an der DFFB. Die Erweiterung der Ausbildung um diesen Studiengang garantiert auch zukünftig die Qualität und das hohe Niveau der gesamten Filmausbildung an der DFFB und ermöglicht es, in Berlin auf internationalem Standard zu produzieren.

- Ebenso geplant ist eine Erweiterung des Kamerastudiengangs um das Fach Lichtbestimmung. Die Ausbildung baut den Medienstandort Berlin mit gefragten Experten im Bereich der digitalen Postproduktion aus. Hierzu zählen u.a. in der Branche dringend benötigte Berufsbilder wie die des/der Lichtbestimmer/-in, Techniker/-in digitale Postproduktion (TDP) und Postproduktionssupervisor.

DFFB Filme waren 2012 sehr erfolgreich auf internationalen Festivals vertreten und gewannen viele Preise: zwei Goldene Lolas beim Deutschen Kurzfilmpreis für HEIMKOMMEN von Micah Magee und FEIERTAGE von Christin Freitag und Hanna Mayser, drei Preise beim Filmfest München für STAUB AUF UNSEREN HERZEN (Förderpreis Deutsches Kino für Regie, Förderpreis Deutsches Kino für Produktion, Publikumspreis für den besten deutschen Film (Tele5 Award) und für OH BOY! den Förderpreis Deutsches Kino für Drehbuch. First Steps Award für „Staub auf unseren Herzen“. Ende 2011 wurde der Preis für Neue Deutsche Filmkunst (organisiert von der Nationalgalerie) zum ersten Mal verliehen. Er ging an Theo Solnik für ANNA PAVLOVA LEBT IN BERLIN. Gleichzeitig sind einige Filme ins Kino gekommen und laufen dort erfolgreich. Neben dem Überraschungserfolg von „Oh Boy“ brachte Hella Wenders Dokumentarfilm „Berg Fidel“ über 25.000 Zuschauer.

Die Bewerberzahlen für die verschiedenen Studiengänge waren auch im Jahr 2012 hoch und lagen für Regie bei 230 Bewerbungen für 9 Studienplätze, für Kamera bei 57 Bewerbungen für 7 Studienplätze, für Drehbuch bei 20 für 9 Studienplätze, bei Produktion bei 22 für 7 Studienplätze.

Investitionen
Das von der DKLB geförderte Archivprojekt wurde erfolgreich abgeschlossen. Weitere größere Investitionen wurden im Jahre 2012 nicht getätigt.

Personal
Das Jahr 2012 war personell von der Suche nach einer neuen Verwaltungsleitung geprägt. Nach der Kündigung des Verwaltungsleiters zum Ende März 2012 konnte die Stelle Mitte November neu besetzt werden. In der Zeit von April bis Mitte November übernahm der geschäftsführende Direktor zusätzlich die Funktionen und Aufgaben der Verwaltungsleitung.

Nach erfolgreicher Inbetriebnahme der Postproduktionsstrecke steht die Abteilung Postproduktion vor der herausfordernden Aufgabe, die zu bearbeitenden Filme nach Prioritäten zu gewichten, um den Workflow zu gewährleisten. Zum Ende des Jahres wurde mit der organisatorischen Umstrukturierung der Postproduktionsabteilung begonnen.

In allen anderen Abteilungen funktioniert die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den Abteilungen sehr gut, so dass weiterhin von sehr guten Arbeitsergebnissen ausgegangen werden kann.

Geschäftsergebnis/-verlauf
Zum 31. Dezember 2012 befanden sich 227 Studierende (davon 127 Abschlussfilmer/-innen) an der DFFB in Ausbildung. Die Anzahl der laufenden (2009: 151; 2010: 150, 2011: 129; 2012: 131) und fertig gestellten Produktionen (2009: 110; 2010: 90; 2011: 98; 2012: 102) betrug 233 Filme.

Der Wirtschaftsplan für 2012 konnte eingehalten werden.

Das Geschäftsjahr 2012 wurde mit einem Verlust von Euro 1.944,26 abgeschlossen.

B. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

C. Chancen und Risiken

Chancen
Dank der bereits erwähnten Internationalisierung der Schule durch zahlreich international ausgerichtete Drittmittelprojekte konnte das Ansehen der Schule national wie international gewinnen. Die DFFB gehört nach wie vor zu einer der renommiertesten Filmhochschulen deutschlandweit und ist auch im weltweiten Vergleich als eine der Filmhochschulen mit den besten Ausbildungsergebnissen anzusehen, was durch zahlreiche Filmpreise belegt wird. Dies liegt zum einen daran, dass die DFFB dank ihres Curriculums viele sehr talentierte Studierende zur Ausbildung gewinnen konnte. Zum anderen erlauben die Anzahl der Studierenden und flache Hierarchien eine intensive und professionelle Betreuung der Projekte, die zudem von renommierten Dozenten der Filmbranche begleitet werden.

Der für die Zukunft geplante Studiengang Schnitt wird das Portfolio der DFFB wesentlich erweitern. Damit bietet die DFFB ein in sich stimmiges Ausbildungskonzept von hoher Qualität mit nationalem wie internationaler Reputation. Der Standort Berlin als Medienstandort wird durch diese Faktoren gestärkt.

Risiken
Die Gesellschaft ist im starken Maße abhängig vom Land Berlin. Die Zuwendungen des Gesellschafters Land Berlin ist notwendig, um die der DFFB zugewiesenen Ausbildungsaufgaben im Bereich Film und Fernsehen zu erfüllen. Der Zuwendungsbescheid für das zweite Halbjahr des Geschäftsjahres 2012 wurde am 03.07.2012 in Höhe von Euro 2.096.200,00 erlassen, der Wirtschaftsplan für verbindlich erklärt. Für das Haushaltsjahr 2013 wurde ein endgültiger Zuwendungsbescheid am 14.01.2013 in Höhe von Euro 4.192.400,00 erlassen. Bestand und weitere Entwicklung der Gesellschaft sind von der jährlichen Fehlbedarfsfinanzierung durch den Gesellschafter abhängig.

Der Gesellschaft fließen auch Zuwendungen von Dritten sowie Lizenzerlöse aus der Verwertung von Filmrechten zu.

Die Abhängigkeit der Schule vom Land Berlin erschwert die Aufstockung der sehr dünnen Personaldecke und eine leistungsgerechte Zahlung der Mitarbeiter. Die Beschäftigung gut qualifizierten Personals wird damit beeinträchtigt.

Risikomanagementziele und -methoden
Die DFFB versucht durch eine systematische Erfassung und aktive Steuerung die Wahrscheinlichkeit einer Realisierung von Risiken zu reduzieren und nicht vermeidbare Schäden so gering wie möglich zu halten und zugleich durch Versicherungen abzudecken. Dazu hat sie die möglichen Risiken identifiziert und bewertet sowie Maßnahmen zur Risikosteuerung bzw. Risikoberichterstattung festgelegt.

D. Ausblick

Das Curriculum der DFFB ist auf eine umfassende, künstlerisch und handwerklich hochstehende Ausbildung ausgerichtet. Es führt die Studenten in die neu strukturierten, technisch hoch anspruchsvollen digitalen Arbeitsprozesse ein. Die DFFB sieht sich in einem dichten Netz internationaler Filmhochschulen, die sowohl Studenten als auch Dozenten und Professoren austauschen und eng zusammenarbeiten. Dies gewährt eine Ausbildung von internationalem Rang, mit einem Blick auf die europäischen sowie weltweiten Zusammenhänge und Kooperationen. Das Programm und Netzwerk wird von einer großen Reihe von gut ausgestatteten Drittmittelprojekten unterstützt.

Die zur Verfügung stehende technische Ausstattung in Produktion und Postproduktion erlaubt eine technische Ausstattung von Filmen auf professionellem, zeitgemäßem Niveau. Damit bietet die DFFB einen den technischen Innovationen gewappneten Lehr- und Ausbildungsbetrieb.

Weitere Kooperationen mit Partnern wie ARRI und Cinepostproduktion sind geplant und in Vorbereitung. Ab dem Jahr 2014 soll der Ausbildungsbereich Schnitt/Montage angeboten werden. Dies wird bereits in 2013 vorbereitet, um entsprechende Studienbewerber zu generieren.

Die Kombination von internationaler Vernetzung, bedeutenden Filmschaffenden als Lehrer sowie hochmoderner technischer Ausstattung sowie der Ansiedlung in Berlin erlaubt es der DFFB von Jahr zu Jahr mehr, die talentiertesten Studenten zu gewinnen und sie im Lauf des Studiums zu professionellen, innovativen und hoch kreativen Filmregisseuren, Kameraleuten, Produzenten und Autoren auszubilden. Berlin bleibt damit im Filmbereich als Ausbildungs- und Medienstandort nicht nur in Deutschland, sondern auch international führend.

Berlin, den 19. März 2013

Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Prof. Jan Schütte
Geschäftsführer

**Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
Berlin**

Erklärung von Geschäftsführung und Kuratorium zum Berliner Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 17. Februar 2009

I. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Kuratorium

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung / des Kuratoriums
I.1	Zusammenarbeit von Geschäftsführung und Kuratorium. Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsführung. Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.	Geschäftsführung und Kuratorium haben eng und vertrauensvoll zusammen gearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	Sitzungen des Kuratoriums	Das Kuratorium hat seine Sitzungen stets unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.
I.3	Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Kuratorium und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsführung. Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Kuratorium.	Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Kuratorium abgestimmt; die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Kuratorium zur Zustimmung vorgelegt.
I.4	Bericht der Geschäftsführung an das Kuratorium über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.	Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (mind. 3 Wochen vor der Sitzung). Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

I.5	Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers und Kuratoriums.	Geschäftsführung und Kuratorium sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers bzw. Kuratoriums gewahrt.
	D&O-Versicherung für Geschäftsführung und Kuratorium.	D&O-Versicherungen sind für Geschäftsführer und Kuratorium nicht abgeschlossen worden.

II. Geschäftsführung

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung / des Kuratoriums
II.1	Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben.	Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.
	Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien.	Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen.
	Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.	Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.
II.2	Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsführung. Festlegung der Beschlussmehrheit bei Geschäftsführungsbeschlüssen.	Solange nur ein Geschäftsführer bestellt ist (alleiniger GF in 2012: Prof. Jan Schütte), war kein Vorsitzender/Sprecher der Geschäftsführung zu bestimmen und auch die Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsführung nicht zu präzisieren.
II.3	Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsführung. Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsführung.	Die Vergütung erfolgt nicht auf Basis einer Zielvereinbarung. Eine Abfindung wurde nicht vereinbart.
	Veröffentlichung der Einzelvergütung. Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap.	Die Einzelvergütung wurde im Jahresabschluss offen gelegt.

III. Kuratorium

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung / des Kuratoriums
III.1	Rechte und Pflichten des Kuratoriums aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung;	Das Kuratorium hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für das Kuratorium wahrgenommen. Grundsätzliche Geschäftsanweisungen für die Geschäftsführung befinden sich außer im anzuwendenden GmbHG, auch in den §§ 5 bis 7 des Gesellschaftsvertrages. Weitere schriftliche Weisungen zur Organisation der Geschäftsführung sind nicht erforderlich. Es wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen Regelungsbedarf.
	ggf. weitere Zustimmungsbindungen.	Es hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.
	Geschäftsordnung des Kuratoriums.	Das Kuratorium hat eine Geschäftsordnung.
III.2	Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsführung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung.	Das Kuratorium hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Eine Nachfolgeregelung besteht nicht.
	Entscheidungsstrukturen im Kuratorium: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.	Anstellungs- und Vergütungsregelungen werden im Plenum des Kuratoriums ohne Vorbefassung in einem Ausschuss entschieden.
III.3	Zusammenarbeit Geschäftsführung / Kuratoriumsvorsitzende/r und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse.	Zwischen der/dem Kuratoriumsvorsitzenden und der Geschäftsführung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten.
	Unterrichtung des Kuratoriums über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Kuratoriumssitzungen.	Die Geschäftsführung hat das Kuratorium über alle wichtigen Angelegenheiten unterrichtet. Es gab keine außerordentlichen Sitzungen des Kuratoriums im Berichtsjahr.
III.4	Ausschüsse des Kuratoriums; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.	Das Kuratorium hat keine Ausschüsse.
III.5	Zahl der Kuratoriumsmandate von Kuratoriumsmitgliedern.	Kein Kuratoriumsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Kuratoriumsmandaten erreicht.
	Funktionen von Kuratoriumsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen	Die Kuratoriumsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.
	Vergütung der Mitglieder des Kuratoriums.	Es wurden keine Vergütungen gezahlt.

III.6	Vorlage der Zielvereinbarung.	Es bestehen keine Zielvereinbarungen. im Sinne von messbaren Einheiten wie Umsatz etc.. Jedoch wird einmal jährlich ein Zielbild erstellt, das die wesentlichen inhaltlichen Ziele der Gesellschaft definiert.
III. 7 und 8	Teilnahme an den Kuratoriumssitzungen und Effizienz der Arbeit des Kuratoriums.	Fast alle Kuratoriumsmitglieder haben an wenigstens der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Sofern keine Teilnahme erfolgte und auch keine Stellvertretung erfolgte, war das Kuratorium dennoch beschlussfähig. Das Kuratorium hat sich im Geschäftsjahr nicht mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Interessenkonflikte

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung / des Kuratoriums
IV.1	Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsführung. Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsführung.	Die Mitglieder der Geschäftsführung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist darüber hinaus kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
IV.2	Wahrung des Unternehmensinteresses. Persönliche Interessen	Geschäftsführung und Kuratorium haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
IV.3 und 4	Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsführung oder des Kuratoriums.	Es sind keine Interessenkonflikte entstanden.
IV.5	Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/ mittelbaren Ebene der Geschäftsführung. Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Kuratoriums.	Es wurden keine Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsführung getätigt. Dies gilt auch für die Ebene der Mitglieder des Kuratoriums.
IV.6	Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsführung.	Die Mitglieder der Geschäftsführung haben keine Nebentätigkeiten ausgeübt.
IV.7	Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsführung, an Mitglieder des Kuratoriums und an Angehörige.	Mitgliedern der Geschäftsführung und des Kuratoriums bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung / des Kuratoriums
V. 1 und 2	Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf.	Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.
	Informationen über das Unternehmen im Internet.	Unternehmensinformationen (insbesondere zum Zweckbetrieb) wurden auch über das Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung / des Kuratoriums
VI.1 bis 3	Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen.	Der Jahresabschluss 2012 und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt.
	Erörterung der Zwischenberichte.	Die Zwischenberichte wurden mit Kuratorium und Gesellschafter erörtert.

VII. Abschlussprüfung

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung / des Kuratoriums
VII. 1	Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. Unterrichtung der/des Kuratoriumsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/ entstehender Befangenheitsgründe.	Der Gesellschafter und das Kuratorium haben vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, die/den Kuratoriumsvorsitzende/n bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
VII. 2	Erteilung des Prüfungsauftrags und Honorarvereinbarung	Der Gesellschafter hat auf Empfehlung des Kuratoriums den Abschlussprüfer gewählt. Das Kuratorium hat dem Abschlussprüfer daraufhin den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.
VII. 3	Unterrichtung des Kuratoriums durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsführung und Kuratorium abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.	Der Abschlussprüfer hat das Kuratorium über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.
VII. 4	Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Kuratoriums über den Jahresabschluss.	Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Kuratoriums teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

Berlin, den 19. März 2013

Für das Kuratorium:

Staatssekretär Björn Böhning
Kuratoriumsvorsitzender

Für die Geschäftsführung:

Prof. Jan Schütte
Geschäftsführer

Anlage 3

Erklärung der Geschäftsführung (§ 65 a LHO)

Hiermit erkläre ich, dass ich als Geschäftsführer der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin GmbH (DFFB) vom 01.01.12. – 31.12.12 Bezüge in Höhe von

135.000,00.- €

brutto erhalten habe.

Zusätzlich sind

11.640,48 €

als Arbeitgeberanteil an die Sozialversicherungssysteme abgeführt worden.

Ich erkläre mich mit der Offenlegung dieser Angaben im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben einverstanden.

Berlin, im Mai 2013

Prof. Jan Schütte

Deutsche Klassenlotterie Berlin

rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts

L a g e b e r i c h t

1. Rechtsgrundlagen

Mit dem zweiten Landesgesetz über das öffentliche Glücksspiel vom 19.06.2012 sind der Glücksspielstaatsvertrag neue Fassung (GlüStV n.F.) und das Ausführungsgesetz zum GlüStV n.F. zum 01.07.2012 in Kraft getreten (GVBl. S. 193).

Darüber hinaus ist für die Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB) die maßgebende Gesetzesgrundlage weiterhin das Gesetz über die Deutsche Klassenlotterie Berlin und die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB-Gesetz) vom 7. Juni 1974, zuletzt geändert durch das Landesgesetz über das öffentliche Glücksspiel vom 15. Dezember 2007.

Gemäß § 2 DKLB-Gesetz hat die DKLB die Aufgabe, behördlich erlaubte Glücksspiele einschließlich Lotterien, Sporttoto, Sportwetten und Ausspielungen sowie alle damit zusammenhängenden sonstigen Geschäfte durchzuführen.

Die Veranstaltungserlaubnisse für die Zeit ab dem 01.01.2009 erhielt die DKLB von der für die Glücksspielaufsicht zuständigen Senatsverwaltung für Inneres und Sport im Dezember 2008. Mit Bescheiden vom 13.07.2011 wurden diese Erlaubnisse für den Zeitraum ab dem 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 verlängert. Die Erlaubnisse für den Zeitraum ab dem 01.01.2013 bis 31.12.2017 wurden in der jetzt geltenden Fassung am 31.01.2013 erteilt.

Die DKLB hat gemäß § 6 des DKLB-Gesetzes 20 % der Spieleinsätze laufend als Zweckabgabe und darüber hinaus den Bilanzgewinn an die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin abzuführen. Die Zweckabgabe ist vor Abführung an die DKLB-Stiftung einmalig am Jahresanfang um einen Betrag von T€ 400 zu mindern; diese Mittel sind an die für die Glücksspielsuchtbekämpfung zuständige Senatsfachverwaltung für Zwecke der Suchtforschung und Suchtprävention abzuführen.

Spielangebote

Die DKLB veranstaltete im Geschäftsjahr 2012 wie im Vorjahr zusammen mit allen im Deutschen Lotto- und Totoblock (DLTB) zusammengeschlossenen Lotto- und Totogesellschaften der Länder der Bundesrepublik Deutschland die Spiele LOTTO 6aus49, Spiel 77, SUPER 6, TOTO 13er-Ergebniswette, TOTO 6aus45 Auswahlwette, die Sportwette ODDSET sowie die Lotterie GlücksSpirale. Die seit März 2012 zusätzlich veranstaltete neue, länderübergreifende Lotterie Eurojackpot wird von den Gesellschaften des DLTB in einer internationalen Kooperation veranstaltet.

In Kooperationen mit Blockpartnern aus dem DLTB wurden das Spiel KENO mit der Zusatzlotterie plus 5, die Sofort-Lotterie Glücksrakete sowie die übrigen Rubbellos-Lotterien veranstaltet.

Internationale Mitgliedschaften

Die DKLB ist Mitglied der Weltorganisation der Lotteriegesellschaften World Lottery Association (WLA) und der European State Lotteries and Toto Association (EL). Das Vorstandsmitglied Hansjörg Höltkemeier ist Mitglied des Executive Committees der EL.

2. Zur wirtschaftlichen Lage

Das wirtschaftliche Umfeld ist unverändert schwierig. Hinzu kommen umfangreiche rechtliche Auflagen, die die Kommunikationsmöglichkeiten beeinträchtigen, der altersbedingte Rückgang der Anzahl der Stammspieler und ein im Vergleich zum Vorjahr ungünstigerer Jackpotverlauf. Insgesamt lag der Umsatz der DKLB im Berichtsjahr um 4,6 % unter dem Vorjahreswert.

Die klassischen Annahmestellen der DKLB kämpfen mit einem veränderten Käuferverhalten. Die Erschließung neuer terrestrischer Vertriebswege (Supermärkte, Discounter etc.) ist der DKLB auch weiter vielfach verwehrt.

Seit November 2012 kann auf Grundlage einer entsprechenden Erlaubnis der Vertriebsweg Internet wieder genutzt werden und entwickelt sich bisher positiv. Es ist noch nicht absehbar, ob sich dieser Trend unter den jüngst verschärften Rahmenbedingungen fortsetzen lässt.

Bereits seit Anfang 2012 wickelt die DKLB über ihr Spielsystem den Internet-Auftritt von inzwischen 6 Mandanten aus dem DLTB gegen Umsatzprovision ab.

Die Vorgaben aus dem Glücksspielstaatsvertrag und den jeweiligen Ausführungsgesetzen werden von den staatlichen Lotteriegesellschaften verlässlich erfüllt und von Seiten der Aufsichten streng überwacht. Konkurrierende private Marktteilnehmer verstoßen regelmäßig gegen diese Bestimmungen und scheinen weitgehend unbehelligt zu bleiben. Dies betrifft in zunehmendem Maße nicht nur das Sportwettengeschäft, wo sich ab 2013 durch den GlüStV n.F. ohnehin neue Strukturen bilden werden, sondern auch den Lotteriebereich.

Die DKLB hält unverändert an ihrem staatlichen Auftrag fest, das Glücksspielverhalten zu kanalisieren und trägt u. a. mittels gezielter Informationen und zahlreicher Schulungen der weiteren Umsetzung der gesetzlich geforderten Ausrichtung des Spielgeschäfts am Spieler- und Jugendschutz sowie an der Spielsuchtprävention Rechnung.

Für das Land Berlin sind Lotteriesteuern in Höhe von € 42,9 Mio. und für die DKLB-Stiftung Zweckabgaben in Höhe von € 49,3 Mio. sowie € 0,4 Mio. als direkt für Suchtprävention an die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales abzuführender Betrag angefallen. Einschließlich des Bilanzgewinns 2012 und des Zweckertrages für die Destinatäre der GlücksSpirale sind von der DKLB im Berichtsjahr insgesamt € 98,7 Mio. an Steuern, zweckgebundenen Abgaben und an die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin abzuführenden Beträgen erzielt worden.

3. Unternehmensentwicklung 2012

- ***Umsatzsituation***

Die Umsätze 2012 liegen mit € 258,9 Mio. um € 12,4 Mio. (4,6 %) unter dem Vorjahreswert, wobei die Spieleinsätze um € 13,0 Mio. zurückgegangen sind und die Bearbeitungsgebühren um € 0,6 Mio. zunahmen.

In der Hauptspielart LOTTO 6aus49 liegt der Umsatz um € 18,9 Mio. (10,7 %) unter dem Vorjahreswert. Die Zusatzlotterien zum Hauptspiel LOTTO 6aus49 weisen einen Umsatzrückgang von € 4,8 Mio. (11,3 %) beim Spiel 77 und von € 2,0 Mio (11,4 %) bei SUPER 6 auf. Hierbei wirkte sich aus, dass das neue Spielangebot Eurojackpot gut angenommen wurde und in der Folge auch bisherige LOTTO 6aus49-Spieler ihren Gesamteinsatz zwischen diesen Produkten aufgesplittet haben. Hinzu kommt eine im Vorjahresvergleich ungünstigere Jackpotentwicklung sowie die im Land Berlin in besonderem Maße bestehenden Einschränkungen bei den Kommunikationsmöglichkeiten. Die Durchführung der Sonderauslosung "Berlin-Prämie", die zu Mehrumsatz hätte führen können, wurde in 2012 nicht genehmigt.

Das im März 2012 gestartete neue Spielangebot Eurojackpot erzielte im Berichtsjahr Spieleinsätze in Höhe von € 13,3 Mio. Diese Spieleinsätze konnten die Rückgänge beim Hauptspiel LOTTO 6aus49 und bei den Zusatzspielen Spiel 77 und SUPER 6 nur teilweise kompensieren. Bei Eurojackpot waren Zusatzspiele in 2012 nicht vorgesehen, wurden aber für 2013 bei der Aufsicht beantragt.

Die seit Einführung der Kundenkartenpflicht in 2008 zu verzeichnenden Umsatzeinbußen in den davon betroffenen Spielarten setzten sich auch in 2012 fort. Die Sportwette ODDSET (./. 9,3 %) war darüber hinaus auch in 2012 von der Konkurrenz durch weiterhin ohne Konzession agierende kommerzielle Anbieter betroffen. ODDSET ist im Berichtsjahr mit € 3,3 Mio. (Vorjahr: € 3,6 Mio.) wie im Vorjahr nur noch mit 1,3 % am Umsatz der DKLB beteiligt. Bei der Spielart KENO lag der Umsatzrückgang bei € 0,8 Mio. (./. 9,9 %).

Beim TOTO verzeichnet die 6aus45 Auswahlwette jackpotbedingt einen Zuwachs zum Vorjahr von 17,3 %, während der Umsatz der 13er Ergebniswette um 8,3 % zurück ging.

Die in Kooperation mit den Blockpartnern aus Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern gestalteten Rubbellosserien sowie die Glücksrakete erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr vor allem aufgrund der erfolgreichen Einführung eines 5-Euro-Rubbelloses insgesamt um 46,1 %.

Im Berichtsjahr und in den vier Jahren davor wurden in Berlin folgende Spieleinsätze erzielt:

Anzahl der Veranstaltungen		2008	2009	2010	2011	2012	**Durchschnitt je Woche**	
		52	53	52	52	52	2011	2012
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	T€	T€
I.	**LOTTO 6aus49**	192,2	205,8	184,8	177,2	158,3	3.408	3.044
II.	**Eurojackpot** [1]					13,3		256
III.	**TOTO**	1,9	1,9	1,7	1,6	1,6	31	31
IV.	**KENO**	10,0	9,0	8,6	8,0	7,2	154	138
V.	**plus 5**	1,0	0,9	0,9	0,8	0,7	15	13
VI.	**Spiel 77** [2]	29,1	30,9	33,5	42,3	37,5	813	721
VII.	**SUPER 6**	19,9	21,4	18,9	17,5	15,5	337	298
VIII.	**ODDSET Kombi-Wette**	4,8	4,1	3,5	3,2	2,8	62	54
	TOP-Wette	0,7	0,5	0,6	0,4	0,5	8	10
IX.	**GlücksSpirale**	5,7	8	7,6	7,7	7,0	148	135
X.	**Rubbellos-Lotterie**	3,7	3,1	2,7	2,7	4,0	52	77
XI.	**INSGESAMT**	269,0	285,6	262,8	261,4	248,4	5.028	4.777

[1] Neu ab 23.03.2012 (Durchschnittswert 2012 für 52 VA-Wochen)

[2] ab 01.09.2010 Spieleinsatzerhöhung

Die Bearbeitungsgebühren liegen im Berichtsjahr mit € 10,5 Mio. um 5,6 % (€ 0,6 Mio.) über dem Vorjahreswert. Zum 07.08.2011 wurde eine einheitliche, laufzeitunabhängige Bearbeitungsgebühr von € 0,50 je Spielauftrag eingeführt, die sich im Berichtsjahr ganzjährig positiv auswirkte.

- ***Großgewinne in Berlin***

  Berlin hatte 2012 zwei LOTTO 6aus49 - Millionäre sowie 26 Gewinner mit jeweils mehr als 100.000 €. Der größte Einzelgewinn wurde in der 7. Veranstaltung im LOTTO 6aus49 erzielt und belief sich auf nahezu € 3,0 Mio.

- ***Sozialbericht***

  Die DKLB beschäftigte zum Stichtag 31.12.2012 einschließlich der Vorstandsmitglieder sowie der Mitarbeiter/-innen, die weniger als 19 Wochenstunden arbeiten, 173 Mitarbeiter (Vorjahr: 172 Mitarbeiter), davon 86 Frauen. 7 Auszubildende werden zu Bürokaufleuten und 4 Auszubildende zu Informatikkaufleuten ausgebildet.

Die Personalaufwendungen setzen sich zusammen aus Löhnen/Gehältern mit T€ 8.049 (Vorjahr: T€ 7.690) und sozialen Abgaben/Altersversorgung/Unterstützung mit T€ 2.742 (Vorjahr: 2.473).

Neben dem Vorstand waren 119 Mitarbeiter/-innen im Angestelltenverhältnis mit 38,5 Wochenstunden (39,0 Wochenstunden ab 01.10.2012) tätig, 30 Mitarbeiter/-innen hatten Verträge mit einer Arbeitszeit von mindestens 19,50 Wochenstunden, während 22 Personen unter 19,50 Std. in der Woche beschäftigt wurden. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 14 schwerbehinderte Menschen beschäftigt (per 31.12.2011: 17). Damit war - wie in den Vorjahren - keine Ausgleichsabgabe zu entrichten.

Mit Datum vom 17.07.2012 wurden mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Änderungsvereinbarungen zu den nachstehenden Tarifverträgen vereinbart:

1. 17. Änderungsvereinbarung zum Rahmentarifvertrag
2. 28. Änderungsvereinbarung zum Gehaltstarifvertrag
3. 2. Änderungsvereinbarung zum Tarifvertrag über zusätzlich freie Tage.

Für die zusätzliche Altersversorgung der Mitarbeiter/-innen der DKLB gelten - mit Ausnahme der Pensionäre, die vor dem 01.04.1959 eingestellt wurden - die Regelungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL).

4. Spielauftrags- und Losaufkommen

Im Berichtsjahr wurden von den Spielteilnehmern insgesamt 20,9 Mio. (Vorjahr: 21,2 Mio.) Spielaufträge bei den Annahmestellen abgegeben (ohne Abonnements). Bezogen auf die Transaktionen bei den einzelnen Veranstaltungen resultierten daraus 39,5 Mio. (Vorjahr 41,5 Mio.) Spielteilnahmen.

Darüber hinaus wurden von den Annahmestellen 2,2 Mio. (Vorjahr: 2,0 Mio.) Rubbellose veräußert, wobei die Umsätze durch das von der Kundschaft gut angenommene Angebot im oberen Preissegment (5 € - Lose) um 46,1 % stiegen.

5. Sonder- und Prämienauslosungen

In 2012 fanden wie in den Vorjahren von den Gesellschaften des Deutschen Lotto- und Totoblocks getragene Sonderauslosungen in verschiedenen Spielarten statt, für deren Teilnahme keine gesonderten Spieleinsätze erhoben wurden. Die Gewinnbeträge wurden aus nicht abgeholten Gewinnen, dem GlücksSpirale-Fonds sowie aus Spitzenbeträgen bei der Quotenermittlung aufgebracht. Bei den Blocksonderauslosungen wurden Geld- und Sachgewinne ausgespielt.

Anzumerken ist, dass die DKLB Sonderauslosungen nicht mehr in der Überschrift mit dem Begriff "Sonderauslosung" benennen, sondern nur noch über eine "bundesweite Verlosung" informieren darf. Die DKLB verliert dadurch erneut deutlich an Kommunikationskraft.

6. Ertrags-, Vermögens-, Finanz- und Liquiditätslage

- ***Ertragslage***

Die Erfolgsrechnung des Jahres 2012 weist einen an die DKLB-Stiftung abzuführenden Bilanzgewinn von € 4,7 Mio. (Vorjahr: € 5,7 Mio.) aus. Aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurde ein Ergebnis von € 5,7 Mio. (Vorjahr: € 6,6 Mio.) erzielt.

- ***Vermögenslage / Finanzlage***

  Das Anlagevermögen, die Vorräte und ein Teil des sonstigen Umlaufvermögens sind durch das Eigenkapital finanziert. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 42,0 % (Vorjahr: 46,4 %).

  Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr überwiegend stichtagsbedingt um 10,8 %.

- ***Liquiditätslage***

  Die Liquiditätslage der DKLB ist gesichert. Den Geld- und Wertpapierbeständen von € 54,3 Mio. stehen "kurzfristige Passiva" (inkl. des an die DKLB-Stiftung abzuführenden Bilanzgewinns) von € 35,1 Mio. gegenüber, sodass sich eine Überdeckung von € 19,2 Mio., d. h. 154,7 % ergibt.

  Unter Einbeziehung der übrigen "kurzfristigen Aktiva" errechnet sich eine Liquidität II. Grades von 170,7 %. Die Vorräte blieben dabei außer Ansatz, weil sie im Wesentlichen zur Veräußerung an Dritte weder bestimmt noch geeignet sind.

  Die Ertrags-, Vermögens-, Finanz- und Liquiditätslage ist wie auch in den Vorjahren wohlgeordnet.

7. Vertriebsorganisation und Marketing/Kundenmanagement

- Vertriebsorganisation

Die Anzahl der Annahmestellen konnte auf 970 Annahmestellen (ASt) gesteigert werden (Vorjahr 962 ASt). 50 Schließungen standen 58 Annahmestellen gegenüber, die im Jahresverlauf neu eröffnet wurden. Zusätzlich fanden 60 Inhaberwechsel statt.

Die Vertriebsarbeit der DKLB war im Geschäftsjahr 2012 im Wesentlichen von folgenden Herausforderungen geprägt:

• Die schlechte wirtschaftliche Situation der klassischen Annahmestellen verbesserte sich auch in diesem Berichtsjahr nicht und wirkte sich in Form von Kündigungen oder Insolvenzen aus. Der weiterhin abnehmenden Anzahl dieser Annahmestellen mit dem Hauptsortiment Tabakwaren/Presseerzeugnisse standen Neu-Eröffnungen vor allem in ausgewählten Tankstellen gegenüber. Damit konnte der Trend der Annahmestellen-Reduzierung gestoppt werden. Jedoch nimmt der Aufwand, bestehende sowie neue Standorte zu besetzen, ständig zu und führt immer öfter nicht zu einem erfolgreichen Abschluss. Es fehlen nach wie vor Alternativen an Outlets zur Kanalisierung des Spieltriebs der Bevölkerung, da Genehmigungen für neue Vertriebswege, wie z. B. in Bau- und Supermärkten oder nicht begehbaren Kiosken, seitens der Aufsichtsbehörde nicht erteilt werden.

• Für ca. 120 Annahmestellen wurden für Neueröffnungen und Inhaberwechsel Erlaubnisse beantragt. Dabei wurde insbesondere dafür Sorge getragen, dass bei Standorten in der Nähe von allgemeinbildenden Schulen der DKLB-Auftritt sowohl im Innen- als auch im Außenbereich unter Jugendschutzaspekten auf ein Mindestmaß beschränkt ist. Für weitere ca. 900 bestehende Annahmestellen mussten in Verbindung mit dem Glücksspiel-staatsvertrag n.F. samt Ausführungsgesetz erneut Erlaubnisse beantragt werden.

• Der Spieler- und Jugendschutz wurde im laufenden Geschäftsbetrieb überwacht und optimiert. Dazu wurden u. a. im 1. Halbjahr Testkäufe durch unabhängige Dritte in den Annahmestellen durchgeführt.

• Ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich des Vertriebes ist nach wie vor die Schulung von Annahmestellenmitarbeitern. Dabei wird neben Produkt- und Beratungsmodulen besonderer Wert auf Spielsuchtprävention und Jugendschutz gelegt. Regelmäßige Aktualisierungskurse sollen die angestrebte Qualität im Umgang mit den Kunden gewährleisten. In 2012 wurden 327 Seminare im DKLB-Schulungszentrum durchgeführt, die von insgesamt 2.219 Teilnehmern besucht wurden. Ab dem 4. Quartal 2012 standen erstmalig auch zeitgemäße E-Learning-Angebote zur Verfügung.

Auch im Berichtsjahr erfolgte eine turnusmäßig erforderliche Durchführung von Aufbau-Präventionsschulungen bezüglich Jugendschutz und Glücksspielsucht in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin.

In 2012 betrugen die durchschnittlichen Wocheneinnahmen je Annahmestelle € 5.076 (Vorjahr € 5.199). Pro Kopf der Bevölkerung wurden € 1,43 (Vorjahr € 1,47) je Woche für Glücksspielprodukte der DKLB ausgegeben.

- Marketing/Kundenmanagement

Der Kommunikation der Deutschen Klassenlotterie Berlin kommt eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages zu, da hier die entscheidenden Weichen gestellt werden, um den natürlichen Spieltrieb der volljährigen Bevölkerung in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken.

Für die DKLB als Anstalt öffentlichen Rechts gilt hinsichtlich der Kommunikation das Transparenzgebot in besonderem Maße. Daraus ergibt sich die Verpflichtung der DKLB in alle (volljährigen) Bevölkerungsschichten hinein über die LOTTO-Produkte, die Spielbedingungen, die Chancen und Risiken sowie über die Verwendung der LOTTO-Mittel zu informieren, auch um ein Ausweichen auf nicht erlaubte Glücksspiele zu verhindern. Als besonders problematisch erweist sich dabei zunehmend, dass die Kommunikation zum größten Teil auf die Annahmestellen der DKLB beschränkt ist, wodurch die Kanalisierungswirkung bei anderen spielaffinen Bevölkerungsgruppen kaum wirksam werden kann.

Nach Absprache mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport sowie auf Basis des genehmigten Kommunikationskonzeptes, welches ein Bestandteil der Veranstaltungserlaubnis der DKLB ist, wurde über das bestehende Angebot der DKLB in angemessener Form und Intensität informiert. Zusätzlich fand eine spezielle Kommunikationsmaßnahme für die neuen Internetteilnahmemöglichkeiten statt.

8. Investitionen

Investitionen wurden im Berichtsjahr unter Berücksichtigung der erkennbar gedämpften Entwicklung des Spielgeschäfts mit gebotener Vorsicht und vorrangig im Hinblick auf die Schaffung der Grundlagen für das Internet-Spielgeschäft inkl. der Abwicklung für Mandanten aus dem DLTB getätigt.

Im Bereich Hardware wurden vorrangig Investitionen in die Notstromversorgung und in das Internet-System getätigt. Die Büroeinrichtung wurde bedarfsgerecht angepasst und die Ausstattung der DKLB mit PCs, Notebooks, Monitoren und Druckern den zeitgemäßen Anforderungen entsprechend teilweise erneuert.

Insgesamt belaufen sich im Berichtsjahr die Zugänge zum Anlagevermögen auf € 1,8 Mio.

9. Berliner Corporate Governance Kodex

Gemäß Beschlussfassung des Verwaltungsrates vom 23.06.2005 findet der Deutsche Corporate Governance Kodex (seit März 2009 in der Ausprägung des Berliner Corporate Governance Kodex) Anwendung auf die DKLB. Die im Kodex vorgesehene jährliche gemeinsame Erklärung von Verwaltungsrat und Vorstand zur Unternehmensführung ("Entsprechenserklärung") für das Geschäftsjahr 2012 ist dem Lagebericht als Anlage beigefügt.

10. Responsible Gaming

Die DKLB orientiert ihr Spielgeschäft seit jeher an einer streng ordnungsrechtlich geprägten Grundeinstellung. Seit dem Jahr 2008 sind Grundsätze eines verantwortungsvollen Glücksspielangebotes auch in den gesetzlichen Rahmenbedingungen (Glücksspielstaatsvertrag nebst Ausführungsgesetz) in verstärktem Maße vorgegeben. Die Europäischen Standards für Responsible Gaming der European State Lotteries and Toto Association (EL) bilden eine weitere wesentliche Grundlage des Spielangebotes und des Kommunikationskonzeptes der DKLB. Die DKLB ist seit 2011 nach den Responsible Gaming Standards der EL zertifiziert. Im Rahmen der "Teilzertifizierung" in 2012 wurde festgestellt, dass die Anforderungen des Europäischen Standards für verantwortungsvolles Glücksspiel weiterhin von der DKLB erfüllt werden; die DKLB erzielte 972 von 1.000 möglichen Punkten.

Über Inhalte, Aktivitäten und Zielsetzungen im Zusammenhang mit Responsible Gaming veröfftentlicht die DKLB eine separate Berichterstattung.

11. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Risikomanagement

Die Risikosituation der DKLB ist geprägt durch das allgemeine rechtliche Umfeld, insbesondere durch die Gesetzgebung des Landes Berlin, die spezifische Rechts- und Wettbewerbssituation im Glücksspielbereich sowie allgemeine Marktrisiken.

Der Vorstand begegnet diesen Risiken durch ein Risiko-Management-System, welches die sorgfältige Beobachtung und Erfassung der Risiken, ein laufendes Risiko-Reporting, regelmäßige Analysen und die Identifizierung und Entwicklung von Gegenmaßnahmen umfasst.

Dabei werden insbesondere Frühwarnindikatoren, z. B. zur Umsatz- und Ausschüttungsentwicklung und zur Verfügbarkeit zentraler EDV-Systeme sowie des Datennetzes, überwacht. Entsprechende Risiko-Reports werden laufend weiterentwickelt und sind in die regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand integriert. Die jeweils aktuellen Risiko-Reports sind ebenso wie aktuelle Umsatz- und Ergebnis-Reports durch den Vorstand jederzeit über ein Vorstands-Informationssystem abrufbar.

Darüber hinaus wurde in Ergänzung zu diesem Risiko-Management-System eine unternehmensweite, auf ISO 27001 basierende prozess- und ressourcenorientierte Risikoanalyse erarbeitet, die kontinuierlich weiterentwickelt, jährlich überprüft und aktualisiert sowie in einem Risikoregister konsolidiert wird. Auf dieser Grundlage werden weitere risikoreduzierende Schutzmaßnahmen identifiziert und umgesetzt.

b) Chancen und Risiken aus rechtlichen Rahmenbedingungen

Am 31.01.2013 hat die DKLB die Erlaubnisse für die Hauptspiele und die Lotterie GlücksSpirale für die Jahre 2013-2017 in der jetzt geltenden Fassung erhalten. Wider Erwarten beinhalten diese Erlaubnisse keine Erleichterungen im Sinne eines die Spielsuchtgefahren berücksichtigenden abgestuften Verfahrens.

So muss die DKLB im Gegensatz zur alten Erlaubnis zum Beispiel ab Januar 2013 für alle geplanten Sonderauslosungen gesonderte Genehmigungen einholen. In Bezug auf das Internetspielangebot müssen gemäß der vorliegenden Veranstaltungserlaubnis die Bedingungen der Kommission für Jugendmedienschutz der Landesmedienanstalten (KJM) für geschlossene Benutzergruppen umgesetzt werden. Dies stellt neben den anfallenden hohen Umstellungskosten und organisatorischen Aufwendungen insbesondere für die Spieler erhebliche Erschwernisse dar, weil die für die Authentifizierung und Identifizierung notwendigen Zugangsdaten nach der erfolgreichen Prüfung über das Schufa-Q-Bit-Verfahren zusätzlich über eigenhändig zugestellte Einschreibebriefe übersandt werden müssten.

Alternativ müssten die Spieler über das Post- bzw. Annahmestellen-Identifikationsverfahren verifiziert werden. Dieser geforderte Medienbruch stellt eine aus Sicht der DKLB nicht notwendige und bei den "ungefährlichen" Lotterieangeboten unverhältnismäßige Einschränkung dar. Zudem soll die DKLB bis Ende 2013 alle bereits nach der alten Interneterlaubnis identifizierten und authentifizierten Spieler noch einmal nach den neuen Regeln identifizieren und authentifizieren.

Zwar soll sich das Glücksspielkollegium darauf verständigt haben, dass die Erlaubnisvoraussetzungen einheitlich gestellt werden, dennoch zeichnet sich ab, dass einzelne Aufsichtsbehörden durchaus angemessenere Zugangswege erlauben. So schreiben zwar alle Aufsichtsbehörden Identifizierungsregeln gemäß KJM oder vergleichbar vor, die Auslegung und damit die Anerkennung alternativer Verfahren wird jedoch sehr heterogen gehandhabt. Sollte es bei den schlechteren Rahmenbedingungen der DKLB bleiben, besteht für die erfreulich gestarteten Internet-Umsätze das Risiko einer Abwanderung in den Schwarzmarkt.

Auch bei den Laufzeiten der Erlaubnisse gibt es Unterschiede. Während die Laufzeit der Erlaubnis für die DKLB auf den 31.12.2017 beschränkt ist, reichen die Laufzeiten bei anderen Gesellschaften bis 2021 oder sie sind sogar unbefristet ausgesprochen.

Die DKLB hat gegen die Nebenbestimmungen der Erlaubnis Klage eingereicht. Parallel hat sie - bisher erfolglos - Gespräche mit der Staatsaufsicht geführt, um angemessene Änderungen in der Erlaubnis zu erreichen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass auch gewerbliche Spielvermittler verwaltungsrechtlich gegen die ihnen in der Erlaubnis erteilten Nebenbestimmungen klagen.

Am 23.01.2013 hat Schleswig-Holstein beschlossen, dem GlüStV n.F. beizutreten und den eigenen Weg aufzugeben. Gleichzeitig hat die Verwaltung aber bis wenige Stunden vor der Entscheidung Konzessionen sowohl für Sportwettenanbieter als auch für Casino- und Pokeranbieter im Internet erteilt. Da diese eine Laufzeit von sechs Jahren haben, ist unklar, welche Auswirkungen dies auf das gemeinschaftsrechtlich gebotene Kohärenzprinzip haben wird.

Der BGH hat mit einer auf den 24.01.2013 datierten Entscheidung beschlossen, diese Kohärenzfragen dem EuGH zur Klärung vorzulegen. Im Kern geht es darum, ob es am Beispiel des Internets kohärent ist, wenn in Schleswig-Holstein der Internetvertrieb und die Internetwerbung liberalisiert sind, während im restlichen Teil der Bundesrepublik ein Internetverbot mit Erlaubnisvorbehalt besteht. Des Weiteren soll der EuGH klären, ob das System dann kohärent wird, wenn Schleswig-Holstein dem Glücksspielstaatsvertrag der 15 Länder beitritt, die bisherigen großzügigeren Regelungen des Internetspiels in diesem Bundesland hinsichtlich der dort bereits erteilten Konzessionen aber noch für eine mehrjährige Übergangszeit fortgelten, weil diese Genehmigungen nicht oder nur gegen für das Bundesland schwer tragbare Entschädigungszahlungen widerrufen werden können.

Es ist davon auszugehen, dass eine Entscheidung des EuGH zu den Vorlagefragen des BGH eine Zeit von ca. zwei Jahren beanspruchen wird. Es ist zu befürchten, dass während dieser Zeit ein Vollzug gegen private, nicht erlaubte Sportwetten- und Casinoanbieter aus dem europäischen Ausland im Internet weitgehend ruht. Noch ist nicht erkennbar, dass die Aufsichten der Bundesländer die Regelungen des GlüStV n.F. konsequent anwenden und vollziehen werden.

Bereits Anfang 2013 hat der VGH Baden-Württemberg in einer rechtskräftigen Entscheidung einem in Malta ansässigen Glücksspielanbieter im Rahmen des vorläufigen Rechtsschutzes wegen offensichtlich bestehender Mängel an der Kohärenz erlaubt, seine Spielangebote weiter über das Internet anzubieten.

Es bleibt zudem abzuwarten, welche Konsequenzen die EU-Kommission aus der Tatsache ableitet, dass Schleswig-Holstein trotz erheblicher Bedenken der Kommission im Notifizierungsverfahren die Gesetzesänderung vollzogen hat.

Bei einer Aussetzung des Vollzuges gegenüber nicht erlaubten Anbietern und gleichzeitiger Konzentration der Aufsichten auf strenge Regulierung der staatlichen Anbieter wird es auch weiterhin zu gefährlichen Wettbewerbsverzerrungen kommen, die zulasten der staatlichen Anbieter gehen.

Auch aus dem aktuellen Ausführungsgesetz zum GlüStV n.F. für das Land Berlin ergeben sich eine Vielzahl von bußgeldbewehrten Vorgaben, z. B. hinsichtlich des Verbots der Spielteilnahme Minderjähriger, Hinweispflichten auf Spielscheinen und Informationsmaterialien (u. a. zur Suchtprävention) oder der Verhinderung der Spielteilnahme von in einem bundesweiten Sperrsystem gesperrten Spielern. Die DKLB beachtet diese Vorgaben sorgfältig und wirkt auch entsprechend auf ihre Annahmestellen und andere Vertragspartner ein. Dennoch besteht im Falle von Nichtbeachtungen dieser Vorschriften - auch verursacht durch das Verhalten Dritter - das Risiko entsprechender Bußgeldzahlungen. Bei der Diskussion des neuen Ausführungsgesetzes wird die DKLB versuchen, Regelungen zu erreichen, die diese Risiken minimieren.

Rechtliche Risiken bestehen darüber hinaus unter anderem in Form von Schadensersatzansprüchen aus Rechtsstreitigkeiten. Diese betreffen in erster Linie noch anhängige Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem bis 30.06.2012 geltenden Glücksspielstaatsvertrag.

Für ein gegen WestLotto anhängiges Gerichtsverfahren, bei dem die DKLB nach derzeitiger Einschätzung anteilig mithaftet, wurde eine angemessene Rückstellung gebildet.

Die DKLB unterliegt, was Struktur und Abgaben angeht, möglichen Änderungen in der Gesetzgebung des Landes Berlin, woraus ebenfalls wesentliche Risiken der zukünftigen Entwicklung für die DKLB erwachsen könnten.

Beim Spielangebot ist seit März 2012 die neue länderübergreifende Lotterie Eurojackpot hinzugekommen, die aber die Erwartung daraus entstehender positiver Umsatzimpulse im Berichtsjahr noch nicht voll erfüllt. Durch den Wegfall der "Zwangsausschüttung" nach 12 Wochen in der Gewinnklasse 1 besteht seit Februar 2013 die Möglichkeit, dass sich höhere Jackpots als bisher aufbauen. Dies könnte zu einer weiteren Stärkung dieses Spielangebotes führen. Im Hauptspiel LOTTO 6aus49 werden ab Mai 2013 deutliche Veränderungen einschl. einer Spieleinsatzerhöhung von € 0,75 auf € 1,-- umgesetzt, die auch hier die Attraktivität und die Häufigkeit von Gewinnerlebnissen verbessern sollen.

Nach dem Inkrafttreten des GlüStV n.F. ist der DKLB seit November 2012 ein Spielangebot über das Internet wieder möglich. Hier ist eine erfreuliche Entwicklung festzustellen, die die bestehende Nachfrage und ein hohes Kundeninteresse an diesem Vertriebsweg eindrucksvoll bestätigt. Auch hieraus erwartet der Vorstand weiterhin positive Impulse. Es besteht die Gefahr, dass diese bislang gute Entwicklung aufgrund von in der geltenden Veranstaltungserlaubnis enthaltenen Nebenbestimmungen im Zusammenhang mit der Identitätsprüfung neuer und bereits bestehender Internetkunden, in erheblichem Maße beeinträchtigt bzw. zurückgeworfen wird. Die DKLB hat aufgrund der großen strategischen Bedeutung dieses Vertriebsweges rechtliche Schritte gegen diese Bestimmungen eingeleitet.

Darüber hinaus stellt die DKLB ihre Internet-Plattform auch für Mandanten aus dem DLTB bereit und ist für diese Mandanten als Dienstleister tätig. Die Umsätze der Mandanten und damit die von der DKLB aus der Dienstleistertätigkeit erzielten Erträge haben sich erfolgreich entwickelt. Die DKLB erwartet, dass sich diese positive Tendenz fortsetzt.

c) Spieleinsatzrisiken

Ein zentrales Risiko im Umsatzbereich ergibt sich - neben den rechtlichen und behördlichen Einschränkungen und Auflagen beim Vertrieb, der Kommunikation und/oder der Produktgestaltung - aus einem veränderten Lebens-, Einkaufs- und Arbeitsverhalten der Spielteilnehmer. Diese Verhaltensänderungen, z. B. verstärkte Nutzung von Online-Einkaufsmöglichkeiten oder Telearbeit, sind in zunehmendem Maße in den jüngeren Altersgruppen zu beobachten, betreffen aber grundsätzlich alle Altersgruppen. Bei unverändertem Produktangebot und Vertrieb ergibt sich bereits heute eine Reduzierung der aktiven Spielteilnehmer und damit verbunden eine rückläufige Tendenz der Umsätze. Die DKLB konzentriert sich darauf, dieser negativen Entwicklung durch die Wiederaufnahme des Internet-Spielbetriebs (seit November 2012) sowie durch entsprechende Schwerpunktsetzungen bei neuen Standorten entgegenzutreten.

Zusätzlich wird durch die Reduzierung und Veränderung der Kommunikationsmaßnahmen und -inhalte, sowohl in den Annahmestellen als auch in den lokalen Medien, die Verankerung der DKLB-Lotterieprodukte bei den Spielteilnehmern und potenziellen Kunden deutlich verringert. So hat sich in Berlin seit Mai 2007 die Bekanntheit der GlücksSpirale von 91 % auf 79 %, die Bekanntheit bei ODDSET von 76 % auf 55 % und die Bekanntheit der Lotterie KENO von 68 % auf 56 % reduziert (Quelle: OMD Snapshots Mai 2007 und Nov. 2012), was grundsätzlich für Konsumgüter- und Dienstleistungsanbieter im Endkundengeschäft eine dramatische Reduzierung von Kanalisierungsmöglichkeiten bedeutet.

Hinsichtlich der Jackpot-Kommunikation gilt seit Mitte 2011 auf Basis einer Anordnung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport eine deutliche Beschränkung bei der Senderauswahl und Hörerreichweite, was im Zusammenwirken mit den grafischen Vorgaben bezüglich der Jackpot-Plakate seitens der Gerichte eindeutige Wirkung auf die Kanalisierungs-möglichkeiten und die Umsatzsituation der DKLB zeigt. Inwieweit sich aufgrund der neuen Werberichtlinie hier eine Entspannung der Situation ergibt, ist nicht absehbar.

Zusätzlich wirkte sich im Berichtsjahr das in 2011 von der Lotterieaufsicht erteilte Verbot der Sonderauslosung Berlin-Prämie deutlich negativ auf den Umsatz und den Ertrag der DKLB aus. Das Verbot ist erteilt worden, obwohl es keine Gerichtsurteile hierzu gab. Berlin ist nach Kenntnis der DKLB das einzige Bundesland, in dem diese Art der Sonderauslosung von der Lotterieaufsicht verboten wurde. Für 2013 wurde - unter Auflagen - wieder eine Genehmigung in Aussicht gestellt.

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Glücksspielstaatsvertrages, des Ausführungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag für das Land Berlin sowie der Grundsätze eines verantwortungsbewussten Spielangebotes (Responsible Gaming) hat die DKLB die Maßnahmen zur Einhaltung des Jugendschutzes und zur Spielsuchtprävention weiter verfeinert und intensiviert. Dabei war wie im Vorjahr zu verzeichnen, dass als Folge, z. B. der Einführung von Pflicht-Kundenkarten, die Spielteilnahme erschwert wurde und ein Ausweichen auf gefährliche Angebote und ein Nachfragerückgang bei der DKLB zu verzeichnen war.

Unkonzessionierte gewerbliche Vermittler und Anbieter beeinflussen weiterhin die Umsatzentwicklung und damit das Ergebnis der DKLB. Hinzu kommt im Sportwettenbereich der gemäß GlüStV n.F. bevorstehende Markteintritt konzessionierter Konkurrenten im terrestrischen Vertrieb.

12. Vorgänge nach dem Bilanzstichtag

Über die in Ziffer 11. erläuterten Ereignisse hinaus haben sich keine wesentlichen Vorgänge nach dem Bilanzstichtag ergeben.

13. Ausblick auf die Geschäftsjahre 2013 und 2014

Bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die Entwicklung der verfügbaren Einkommen, der Arbeitslosenquote und vor allem der Kaufbereitschaft der DKLB-Kunden für das Jahr 2013 nicht absehbar. Die Bereitschaft, Geldmittel für Glücksspielprodukte einzusetzen, wird grundsätzlich stark von dem Grad der positiven Erwartung künftiger persönlicher Sicherheit geprägt. Gerade in der Kernzielgruppe der DKLB ist diesbezüglich auch in nächster Zeit nicht mit nachhaltigen Impulsen zu rechnen, welche die Ausgaben für das Glücksspiel positiv beeinflussen. Im Bereich der derzeitigen Annahmestellenstruktur ist ebenfalls keine deutliche Umkehr der seit längerem negativen Trends zu erwarten. Neue Vertriebskanäle werden seitens der Staatsaufsicht auch weiterhin nur sehr restriktiv genehmigt.

Die DKLB wird ihren eingeschlagenen Kurs auch in Zukunft konsequent fortsetzen und die neuen Möglichkeiten des GlüStV n.F. nutzen. Dazu gehört auch - ggf. gemeinsam mit Gesellschaften des Deutschen Lotto- und Toto-Blocks - die laufende Befassung mit Produktverbesserungen und Produktinnovationen. Nur so lässt sich der mit dem Glücksspielmonopol untrennbar einhergehende Kanalisierungsauftrag erfüllen.

Die Anzahl der regelmäßig spielenden Kunden, die eine Annahmestelle aufsuchen, reduziert sich aber weiter kontinuierlich, da die ältere, bisher mit LOTTO vertraute Kundschaft weniger wird und jüngere Spieler vor allem auf leicht verfügbare Alternativen wie Casinospiele oder Sportwetten im Internet ausweichen. Wegen der auch in näherer Zukunft eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten der DKLB über moderne, zielgruppenaffine Kommunikationskanäle ist dieser Kundentypus immer noch schwer zu erreichen.

Auf Grundlage des GlüStV n.F. wird die DKLB ihre gesetzliche Aufgabe weiter erfüllen. Unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen sind aber - ohne positive Einflüsse aus Jackpotphasen - allenfalls leichte Umsatzsteigerungen für 2013 und 2014 zu erwarten.

Im Sportwettenbereich wird das ODDSET-Angebot nach dem Markteintritt konzessionierter Wettbewerber und einer Übergangszeit voraussichtlich zum Jahresende 2013 entfallen, da sich die DKLB nicht an der Gesellschaft von Unternehmen aus dem DLTB beteiligt hat, die das ODDSET-Geschäft als konzessionierter Marktteilnehmer betreiben wird. Hieraus werden entsprechende Umsatzeinbußen resultieren. Das TOTO-Spielangebot bleibt unverändert bestehen. Welche Veränderungen sich in den Bereichen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten sowie Internet konkret ergeben, bleibt abzuwarten.

Für die Tochtergesellschaft, die LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, wird auch im Geschäftsjahr 2013 sowie für das Jahr 2014 ein leicht positives Ergebnis erwartet.

Zum Abschluss möchten wir wieder allen Berlinerinnen und Berlinern danken, die bei den Spielangeboten der DKLB ihr Glück versuchen und es durch ihren Spieleinsatz möglich machten, der DKLB-Stiftung im Berichtsjahr Zweckabgaben in Höhe von rd. € 49,3 Mio. sowie den Bilanzgewinn des Vorjahres (€ 5,7 Mio.) zum Zwecke der Förderung sozialer, karitativer, dem Umweltschutz dienlicher, kultureller, staatsbürgerlicher, jugendfördernder und sportlicher Vorhaben in und für Berlin zur Verfügung zu stellen.

Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DKLB, allen Annahmestellenleiterinnen und -leitern und deren Helferinnen und Helfern gebührt für die in erneut schwierigen Zeiten geleistete Arbeit der herzliche Dank des Vorstandes. Wir sind davon überzeugt, dass auch in Zukunft eine gute, an den vorgegebenen Zielen ausgerichtete und erfolgreiche Arbeit geleistet werden wird.

Berlin, den 10. Mai 2013
DER VORSTAND

Gemeinsame Erklärung von Verwaltungsrat und Vorstand

der Deutschen Klassenlotterie Berlin (DKLB) für das Jahr 2012

gemäß dem Berliner Corporate Governance Kodex und

Anlage 7.1 der Beteiligungshinweise des Landes Berlin

- Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 -

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung/Vorstand und Aufsichtsrat/Verwaltungsrat		
I. 1	· Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung.	Vorstand und Verwaltungsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet.
	· Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung.	Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vom Vorstand offengelegt.
	· Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.	Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I. 2	· Sitzungen des Aufsichtsrates.	Der Verwaltungsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten. Lediglich Tagesordnungspunkte über Vorstandsangelegenheiten wurden teilweise ohne Teilnahme des Vorstandes behandelt.
I.3	· Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung.	Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Verwaltungsrat abgestimmt; der Vorstand hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.
	· Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeuung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.	Der Vorstand hat alle zustimmungspflichtigen Geschäfte dem Verwaltungsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen des DKLB-Gesetzes bestand eine Geschäftsanweisung des Verwaltungsrates für den Vorstand; sie war ausreichend und bedurfte keiner Ergänzung.

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
I.4	· Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen.	Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.
	· Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.	Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.
I.5	· Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrates.	Vorstand und Verwaltungsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Verwaltungsrates gewahrt.
	· D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat.	Es besteht eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt für Vorstand und Verwaltungsrat.
II. Geschäftsleitung/Vorstand		
II.1	· Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben.	Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.
	· Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien.	Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen.
	· Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.	Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagementsystem, welches ständig weiter bearbeitet wird.
II.2	· Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung.	Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit sind im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand und in der Geschäftsanweisung geregelt. Es wurde kein Vorsitzender des Vorstandes bestimmt.
	· Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen.	Eine Beschlussmehrheit wurde nicht festgelegt.

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
II.3	· Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. · Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. · Veröffentlichung der Einzelvergütung. · Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap.	Die Vergütung des Vorstands setzt sich aus einem Fixum und aus einer variablen Tantieme zusammen. Bezüglich der variablen Tantieme erfolgte die Vergütung auf Basis einer Zielvereinbarung. Die Bemessung der Tantieme erfolgt jeweils im Folgejahr nach Feststellung des Jahresabschlusses des vergangenen Geschäftsjahres. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Mitglieder des Vorstandes und der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens festgelegt. Über die variablen Vergütungsregelungen hat der Verwaltungsrat im Plenum beraten und entschieden. Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes werden im Anhang zum Jahresabschluss jeweils einzeln ausgewiesen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erstellt einen gesonderten Bezügebericht. Abfindungen wurden nicht geleistet.
III. Aufsichtsrat/Verwaltungsrat		
III.1	· Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. · Geschäftsordnung des Aufsichtsrates.	Der Verwaltungsrat hat seine Aufgaben gemäß DKLB-Gesetz und der Geschäftsanweisung für den Vorstand wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Verwaltungsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben.
III.2	· Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeregelung. · Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.	Anstellungs- und Vergütungsregelungen sowie Erst- bzw. Wiederbestellungen von Vorstandsmitgliedern werden im Plenum des Verwaltungsrates nach Vorbefassung in einem Ausschuss entschieden. Die Amtszeit des Vorstandes endet grundsätzlich mit Vollendung des Lebensjahres, dem das Regelalter für den Bezug einer ungekürzten Altersrente in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung entspricht. Der Verwaltungsrat trifft seine Entscheidungen im Plenum, teilweise nach Vorbefassung in den Arbeitsauschüssen Finanzen oder Personal.

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
III.3	· Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. · Unterrichtung des Aufsichtsrates über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.	Zwischen der Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Vorstand hat die Verwaltungsratsvorsitzende über besondere Ereignisse unterrichtet.
III.4	· Ausschüsse des Aufsichtsrates; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.	Der Verwaltungsrat hat folgende Ausschüsse: Arbeitsausschuss Finanzen, Arbeitsausschuss Personal. Ein Prüfungsausschuss bestand nicht. Entsprechende Aufgaben werden vom Arbeitsausschuss Finanzen wahrgenommen. Kein Ausschuss hat Entscheidungskompetenzen vom Verwaltungsrat übertragen bekommen. Das Plenum des Verwaltungsrates wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.
III.5	· Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. · Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. · Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates.	Gemäß Erklärung in der Sitzung des Verwaltungsrates vom 13.12.2012 hat kein Verwaltungsratsmitglied im Jahr 2012 die maximale Zahl von 5 bzw.10 Verwaltungs / Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Verwaltungsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind ehrenamtlich tätig.

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
III.6.	· Vorlage der Zielvereinbarung	Der Verwaltungsrat hat die jährliche Zielvereinbarung zwischen Verwaltungsrat und Vorstand im Rahmen seiner Zuständigkeit gemäß DKLB-Gesetz abgeschlossen.
III.7. und 8.	· Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates.	Kein Verwaltungsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Verwaltungsratssitzungen teilgenommen. Der Verwaltungsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.
IV. Interessenkonflikte		
IV.1.	· Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. · Vorteilsnahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung.	Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
IV.2.	· Wahrung des Unternehmensinteresses. · Persönliche Interessen.	Vorstand und Verwaltungsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
IV.3 und 4.	· Entstehung und Offenlegung von Interessen-konflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrates.	Interessenkonflikte sind nicht entstanden.
IV.5.	· Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittel-baren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. · Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats.	Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen sind dem Verwaltungsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden; eine Ausnahme-regelung für Geschäfte mit dem Unternehmen bestand nicht. Dem Verwaltungsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Verwaltungsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Verwaltungsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
IV.6.	· Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung.	Das Vorstandsmitglied Hansjörg Höltkemeier ist einziger Gesellschafter und Geschäftsführer der jobolo innovations GmbH. Der Verwaltungsrat hat dieser Nebentätigkeit zugestimmt.
IV.7.	· Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige.	Mitgliedern des Vorstandes und Mitgliedern des Verwaltungsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.
V. Transparenz		
V.1 und 2	· Tatsachen etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf.	Über Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, wurde der Verwaltungsrat unverzüglich unterrichtet.
	· Informationen über das Unternehmen im Internet.	Unternehmensinformationen wurden auch über Internet veröffentlicht.
VI. Rechnungslegung		
VI. 1 bis 3	· Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen.	Der Jahresabschluss 2011 wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und dem Verwaltungsrat am 31.03.12 vorgelegt. Quartalsberichte werden den Mitgliedern des Verwaltungsrats innerhalb von 30 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums übermittelt.
	· Erörterung der Zwischenberichte.	Die Zwischenberichte wurden vom Verwaltungsrat mit dem Vorstand erörtert.

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
VII. Abschlussprüfung		
VII.1	· Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. · Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. · Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe.	Der Verwaltungsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, die Verwaltungs-ratsvorsitzende bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
VII.2	· Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung.	Der Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer wurde vom Rechnungshof von Berlin erteilt; dieser hat auch die Honorarvereinbarung getroffen.
VII.3	· Unterrichtung des Aufsichtsrates durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung.	Die Abschlussprüfer wurden gemäß Ziff. VII.3. des Berliner Corporate Governance Kodex beauftragt, über alle für die Aufgaben des Verwaltungsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben, sowie über bei der Durchführung der Prüfung festgestellte Tatsachen, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Verwaltungsrat abgegebenen Erklärung zum Kodex ergeben, gesondert zu berichten (sog. Redepflicht des Abschlussprüfers).
	· Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.	Berichtspflichten des Abschlussprüfers aus der Beachtung von Ziff. VII.3 des Berliner Corporate Governance Kodex haben sich während der Abschlussprüfung nicht ergeben.
VII.4	· Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beteiligungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss.	Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Verwaltungsrates über den Jahresabschluss teil.

A n h a n g
zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012

I. Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen

Für die Erstellung des Jahresabschlusses 2012 waren die nachstehenden, gegenüber dem Vorjahr unveränderten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Die Gliederung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anhangs erfolgt unter Berücksichtigung DKLB-spezifischer Erfordernisse nach den gültigen handelsrechtlichen Bestimmungen.

Die Bilanz der Deutschen Klassenlotterie Berlin wird grundsätzlich nach teilweiser Ergebnisverwendung aufgestellt. In diesem Zusammenhang wird der Bilanzgewinn der DKLB zum 31.12.2012 im Eigenkapital ausgewiesen. Die erforderlichen Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen werden in der Erweiterung der Gewinn- und Verlustrechnung vorgenommen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt

1. Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen sind zu Anschaffungskosten angesetzt und generell um planmäßige Abschreibungen gemindert worden. Die Abschreibungen erfolgten linear und mit folgenden Prozentsätzen:

   - für Betriebs- und Geschäftsausstattung 4,35 % - 33 1/3 %,
   - für immaterielle Vermögensgegenstände 14,29 % - 33 1/3 %,
   - für geringwertige Wirtschaftsgüter:
     mit Wert zwischen € 150 und € 410 mit 100 %.

   Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagenspiegel dargestellt.

2. Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden entsprechende Abschreibungen vorgenommen. Als Anteile an verbundenen Unternehmen wird die Beteiligung der DKLB an der LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin, ausgewiesen.

3. Die Vorräte sind mit den Anschaffungskosten abzüglich Skonti zuzüglich Umsatzsteuer angesetzt. Kantinenvorräte werden ohne Umsatzsteuer angesetzt. Abwertungen waren nicht erforderlich.

4. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden zum Nennwert ausgewiesen. Einzelrisiken werden durch entsprechende Wertberichtigungen berücksichtigt.

5. Sonstige Wertpapiere werden zu Anschaffungskosten bewertet. Kursänderungen sind durch Abwertungen bzw. Aufwertungen bis zur Höhe der Anschaffungskosten berücksichtigt.

6. Liquide Mittel sind mit ihrem Nennwert angesetzt.

7. Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Erfüllungsbetrag.

8. Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Künftige Preis- und Kostensteigerungen wurden bei der Ermittlung der Rückstellungen berücksichtigt.

   Rückstellungen für Pensionen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen nach dem Teilwertverfahren unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck bewertet. Die Rückstellungen für Pensionen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank im Monat November 2012 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 5,05 %. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen wurden Rentensteigerungen von jährlich 2,00 % zugrunde gelegt. Die Rückstellungen betreffen nur Rentenempfänger und keine Anwärter.

   Die Bewertung der Rückstellungen für Jubiläen erfolgt unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 5,05 % p.a. und auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Jubiläen wurden Gehaltssteigerungen für Unter-45-jährige von jährlich 2,0 % sowie eine Fluktuation von 1,0 % zugrunde gelegt.

9. Bei den Passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich dem Charakter nach um Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen für Spieleinsätze aus Mehrwochenspielaufträgen für Ausspielungen des Folgejahres. Entsprechende Abgrenzungen erfolgen für die darauf entfallenden Lotteriesteuern und Provisionen der Annahmestellen, die als Aktive Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen werden.

II. Angaben zu den Einzelposten der Bilanz

1. A K T I V S E I T E

   1.1. Anlagevermögen

   Die *Finanzanlagen* beinhalten die Anteile an der LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin. Die DKLB hält an der GmbH 100 % des Stammkapitals in Höhe von T€ 250. Das Eigenkapital der LWS zum 31.12.2012 beträgt T€ 509 (inkl. Jahresergebnis 2012 in Höhe von T€ 26). Die Gesellschaft erbringt Leistungen, die im weitesten Sinne das Lotterie- und Wettgeschäft betreffen.

   1.2. Rechnungsabgrenzungsposten

   In dem *Rechnungsabgrenzungsposten* sind € 0,6 Mio. Lotterie- und Sportwettensteuer und € 0,3 Mio. Annahmestellenprovisionen enthalten, die die Veranstaltungen des Jahres 2013 betreffen. Des Weiteren beinhaltet der Posten Beträge für Wartungs- und Nutzungsleistungen sowie Versorgungsbezüge inkl. Sozialversicherungsbeiträge, die als vorausgezahlt den Folgejahren zugerechnet werden.

   1.3. Latente Steuern

   Aufgrund der Körperschaft- und Gewerbesteuerbefreiung können keine *latenten Steuern* entstehen.

2. P A S S I V S E I T E

   2.1. Eigenkapital

   Die Rücklagen der DKLB stiegen im Berichtsjahr um € 1,0 Mio. auf insgesamt € 12,5 Mio.

Die vorhandene *Sicherheitsrücklage* verminderte sich entsprechend der rückläufigen Umsatzentwicklung um T€ 354.

Auf Grundlage der im Jahr 2012 durchgeführten Instandhaltungsmaßnahmen wurden der Rücklage für mittelfristige Instandhaltungsplanung T€ 512 entnommen. Unter Berücksichtigung der Instandhaltungsplanung für die Jahre 2013 - 2017 wurde der Rücklage ein Betrag von T€ 918 wieder zugeführt, so dass sich per Saldo eine Zuführung von T€ 406 ergab.

Die erstmals in den Jahren bis 2006 gebildete *Rücklage für Zukunfts-investitionen EDV* für Investitionen im Online-Bereich inkl. Netz sowie für neue Annahmestellen-Terminals ermäßigte sich im Berichtsjahr um T€ 1.008. Die Rücklage wurde aber im Gegenzug im Hinblick auf mittelfristig erneut anstehende Investitionen im IT-Bereich um T€ 950 aufgestockt.

Im Hinblick auf die zunehmenden rechtlichen und wirtschaftlichen Risiken und deren mögliche finanzielle Folgen wurden einer seit 2011 bestehenden *Rücklage für Risiken aus rechtlichen Rahmenbedingungen* € 1,0 Mio. zugeführt.

Die Einstellungen und Entnahmen aus den Rücklagen sind in Abstimmung mit dem Verwaltungsrat erfolgt.

2.2. Rückstellungen

Zum Bilanzstichtag bestehen *sonstige Rückstellungen* in Höhe von T€ 4.088, davon für Vertragsrisiken aus dem Vertrieb T€ 2.500.

Ferner sind in dem Posten Rückstellungen für Kosten des Personalbereichs (Resturlaub, Überstunden etc., insges. T€ 772) enthalten. Darin eingeschlossen sind Jubiläumsrückstellungen (T€ 79).

Weiter enthält der Posten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten (T€ 609) und für Kosten des Jahresabschlusses einschl. Geschäftsbericht (T€ 24).

2.3. Verbindlichkeiten

Der Posten *Verbindlichkeiten gegenüber der DKLB-Stiftung* ist den sonstigen Verbindlichkeiten zuzuordnen.

Der Posten *Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen* enthält Verbindlichkeiten aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen gegenüber der LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH.

Im Posten *sonstige Verbindlichkeiten* sind € 7,7 Mio. abzuführende Lotterie- und Sportwettensteuer, € 0,8 Mio. aus der Verrechnung mit den Internet-Mandanten sowie diverse kleinere Posten enthalten.

2.4. Rechnungsabgrenzungsposten

Unter *Rechnungsabgrenzung (passiv)* sind im Wesentlichen die Spieleinsätze ausgewiesen, die Veranstaltungen des Folgejahres und steuerpflichtige Einnahmen für 2013 ff. betreffen.

Mit Ausnahme der Gewinnausschüttung aus der Rubbelloslotterie "2. Gehalt" mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr in Höhe von T€ 26 haben sämtliche Verbindlichkeiten Restlaufzeiten von unter einem Jahr.

III. Angaben zu den Einzelposten der Gewinn- und Verlustrechnung

1. Im Berichtsjahr fanden wie im Vorjahr 52 Veranstaltungen statt. Der Umsatz aus den Spieleinsätzen sank um € 13,0 Mio., das entspricht einer Minderung um 4,9 %. Der Hauptumsatzträger LOTTO 6aus49 hat ein Umsatzminus von 10,6 % zu verzeichnen. Da an diese Spielart auch die Zusatzspiele gebunden sind, weisen diese ebenfalls einen Umsatzrückgang von über 11 % aus. Das neue Spiel EUROJACKPOT bot 2012 keine Zusatzspiele an und konnte den Rückgang bei LOTTO, KENO und GlücksSpirale nicht wettmachen. Nur bei den Rubbellos-Lotterien gelang es durch das ganzjährige Angebot von 5-EURO-Losen eine nennenswerte Umsatzsteigerung gegenüber den Vorjahren zu erzielen.

   In Prozent des Gesamtspieleinsatzes stellen sich die einzelnen Spielarten wie folgt dar:

	2012 %	2011 %
• LOTTO 6aus49	63,7	67,8
• EUROJACKPOT	5,4	0,0
• Spiel 77	15,1	16,2
• SUPER 6	6,2	6,7
• KENO	2,9	3,1
• GlücksSpirale	2,8	2,9
• ODDSET	1,3	1,4
• Rubbellos-Lotterie	1,6	1,0
• TOTO	0,7	0,6
• plus 5	0,3	0,3

2. Die *sonstigen Umsatzerlöse* bestehen aus den Bearbeitungsgebühren. Zum 07.08.2011 wurden die Bearbeitungsgebühren unabhängig von der Spielart und der Laufzeit auf einheitlich 0,50 € je Spielauftrag umgestellt. Die Bearbeitungsgebühren lagen dadurch um 5,6 % über dem Vorjahr trotz des geringeren Umsatzes aus Spieleinsätzen und dem Wegfall einer Berlin-Prämie.

3. Die *sonstigen betrieblichen Erträge* enthalten die entsprechenden Fonds entnommenen Mittel, die im Berichtsjahr für blockweite Prämienauslosungen ausgespielt worden sind. Der Ausschüttungsaufwand der Prämienauslosungen (2012: T€ 460; 2011: T€ 1.639) erscheint betragsgleich unter Aufwendungen aus dem Spielgeschäft / Prämienausspielung.

   Von den sonstigen betrieblichen Erträgen sind T€ 167 (Vorjahr: T€ 59) periodenfremd.

4. Der Aufwand für *Löhne und Gehälter* stieg um T€ 359 auf T€ 8.049. Im Berichtsjahr waren neben den beiden Vorstandsmitgliedern durchschnittlich 171 (Vorjahr: 172) Angestellte und 10 (Vorjahr: 9) Auszubildende beschäftigt.
   2012 arbeiteten wie im Vorjahr 52 Mitarbeiter Teilzeit, davon 22 Personen (2011: 21 Personen) weniger als 19,25 Stunden in der Woche.

5. Die *sozialen Abgaben und Aufwendungen* für Altersversorgung und für Unterstützung stiegen um T€ 270 auf insgesamt T€ 2.742. Eine Zuführung zur Rückstellung für Pensionsverpflichtungen wurde in Höhe von T€ 109 erforderlich. Die periodenfremden Aufwendungen betrugen T€ 24 (Vorjahr: T€ 0). Die Bemessungsgrenzen der Kranken- und Pflegeversicherung bzw. der Renten- und Arbeitslosenversicherung betrugen € 3.825,00 bzw. € 5.600,00 monatlich.

6. Die *sonstigen betrieblichen Aufwendungen* sanken gegenüber dem Vorjahr um T€ 62.

   Der in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthaltene periodenfremde Aufwand beläuft sich auf T€ 256 (Vorjahr: T€ 135).

7. Der *Zinsaufwand* infolge der Aufzinsung von Rückstellungen beträgt 2012 für die Pensionsrückstellungen T€ 75 und für die Jubiläumsrückstellungen T€ 4.

8. Der Posten *Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens* enthält den stichtagsbedingten Kursverlust von aus Renditegründen gehaltenen Wertpapieren.

9. Die *außerordentlichen Aufwendungen* des Vorjahres beinhalten zwei Zahlungen von Ordnungsgeld an die Justizkasse aufgrund von gegen die DKLB bestandskräftig ergangener Gerichtsurteile bzw. -beschlüsse. Die DKLB hat die den Zahlungen zugrunde liegenden Urteile vollumfänglich umgesetzt, somit können diese Zahlungen als einmalig angesehen werden.

10. Die *sonstigen Steuern* enthalten Grund- und Kfz-Steuern. Die von der DKLB zu zahlende Lotterie- bzw. Sportwettensteuer ist unter den Aufwendungen aus dem Spielgeschäft ausgewiesen.

11. Zur Entwicklung der zweckgebundenen Rücklagen (Entnahmen/Einstellungen) wird auf die Erläuterungen zum Eigenkapital verwiesen.

12. Gemäß § 6 DKLB-Gesetz ist der *Bilanzgewinn* an die DKLB-Stiftung abzuführen.

IV. Sonstige Angaben

- Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Weitere finanzielle Verpflichtungen, die aus der Bilanz nicht ersichtlich sind, ergeben sich aus den für Hard- und Software-Wartung Terminals bis 2010 geschlossenen und ab 2011 weiterlaufenden Verträgen. Die in 2013 zu erwartenden Beträge belaufen sich auf T€ 630.

Darüber hinaus bestehen bis zum 30.06.2013 verlängerte Verträge für Netzleistungen, deren Umfang sich auf ca. T€ 473 beläuft; eine Verlängerung des Vertrages wird im April 2013 verhandelt.

Mit der Umstellung auf AEGIS wurden die bestehenden Softwarewartungsverträge für weitere 5 Jahre festgeschrieben.

Die finanziellen Verpflichtungen beziffern sich auf ca. T€ 1.250 bis Oktober 2016.

Für annähernd alle Beschäftigten der DKLB besteht eine Mitgliedschaft bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Die VBL ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Zweckbestimmung es ist, Beschäftigten der beteiligten Arbeitgeber im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die VBL wird finanziert durch monatliche Umlagen.

Der Umlagesatz für die VBL betrug im Geschäftsjahr für den Tarifbereich West 7,86 %. Beiträge an die VBL werden bis zu einer Höhe von 6,45 % (Tarifgebiet West) vom Arbeitgeber allein übernommen, 1,41 % trägt der Beschäftigte selbst. Zusätzlich wurde ein Sanierungsgeld von 7,79 % gezahlt.

Die Summe der umlagepflichtigen Vergütungen betrug im Geschäftsjahr € 7,1 Mio. für 182 umlagepflichtig Beschäftigte.

- Konzernverhältnisse

Aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurde gem. § 296 Abs. 2 HGB die LWS nicht in einen Konzernabschluss einbezogen.

Da die LWS das einzige Tochterunternehmen der DKLB ist, wurde mangels weiterer einzubeziehender Unternehmen kein Konzernabschluss aufgestellt.

- Angaben über die Mitglieder der Unternehmensorgane

Organe der DKLB

- Vorstand (zugleich Vorstand der DKLB-Stiftung)
- Verwaltungsrat (zugleich Verwaltungsrat der DKLB-Stiftung)

1. Dem Vorstand gehörten 2012 an:

   Dr. Marion Bleß, Mitglied des Vorstands
   Hansjörg Höltkemeier, Mitglied des Vorstands

2. Der **Verwaltungsrat** wird gemäß § 5 (2) DKLB-Gesetz für die Dauer der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin gebildet und bleibt bis zur Neubildung im Amt.

   Im Berichtsjahr amtierten:
   a) vom Senat bestellt:

   Hella Dunger-Löper *Vorsitzende (ab 08.05.2012)*
   Staatssekretärin (Senatskanzlei)

   Prof. Dr. Jens Poll *stellvertretender Vorsitzender*
   Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwalt

   Dr. Ute Herdmann *(ab 08.05.2012)*
   Regierungsdirektorin (Senatsverwaltung für Finanzen)

   Hans Jürgen Kulartz *(bis 08.05.2012)*
   Mitglied des Vorstandes Landesbank Berlin AG

   Monika Schulz-Strelow *(ab 08.05.2012)*
   Geschäftsführerin B. International Group

   Iris Spranger *(bis 08.05.2012; Vorsitzende)*
   Staatssekretärin a. D. (Senatsverwaltung für Finanzen)

   Hans-Jörg Weniger
   Steuerberater - vereidigter Buchprüfer

   Nicolas Zimmer *(von 08.05.2012 bis 31.12.2012)*
   Staatssekretär a. D. (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie u. Forschung)

   b) von der Personalvertretung bestellt:

   Annette Gregarek
   Revisorin
   Kathrin Sänger
   Buchhalterin
   Michael Schwanz-Kauffmann
   Sachbearbeiter Marketing

- Bezüge des Vorstandes und der Hinterbliebenen ehemaliger Vorstandsmitglieder

Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder betrugen im Einzelnen (ohne die Arbeitgeberanteile zu den gesetzlichen Sozialversicherungen und zur freiwilligen Kranken-/ Pflegeversicherung):

	Dr. Bleß	Höltkemeier
Dienstvertragliche Vergütung		
Grundvergütung	144.999,96 €	144.999,96 €
Variable Vergütung (für das Vorjahr)	7.500,00 €	30.000,00 €
Sonstige Bezüge		
Private Altersvorsorge	9.120,00 €	9.120,00 €
Private PKW-Nutzung	2.769,72 €	7.100,00 €
Sonst. Bezüge (Unfallversicherung, Beiträge)	1.212,54 €	393,14 €
Gesamt	**165.602,22 €**	**191.613,10 €**

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr Bezüge von insgesamt € 139.693,17 geleistet. Die für diese Personengruppe zum 31.12.2012 gebildeten Pensionsrückstellungen belaufen sich auf € 1.388.685,00.

- Sonstige Angaben

Das Honorar für die Abschlussprüferleistungen der Prüfungsgesellschaft betrug im Berichtsjahr netto T€ 20.

Darüber hinaus sind weder Steuerberatungsleistungen sowie sonstigen Leistungen erbracht worden.

Vor dem Hintergrund der Pflicht zur Abführung des Bilanzgewinns werden von der DKLB Leistungen an die DKLB-Stiftung unentgeltlich erbracht. Diese beziehen sich auf Personalgestellung (T€ 1.144) sowie Sachkosten (T€ 200, i.W. Mieten).

- Entsprechenserklärung nach dem Berliner Corporate Governance Kodex

Verwaltungsrat und Vorstand der DKLB haben im Rahmen der Sitzung des Verwaltungsrats vom 13.12.2012 die gemeinsame Entsprechenserklärung von Verwaltungsrat und Vorstand für das Jahr 2012 verabschiedet. Danach haben sich 2012 keine berichtspflichtigen Ereignisse ergeben. Die Entsprechenserklärung ist der Senatsverwaltung für Finanzen dauerhaft zugänglich gemacht worden und dem Lagebericht als Anlage beigefügt.

Berlin, den 10. Mai 2013
DER VORSTAND

Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

Flughafen Berlin Brandenburg GmbH, Schönefeld
Konzernlagebericht
für das Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2012

01 Die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

A Neubau des Flughafens Berlin Brandenburg

A.1 Die Verschiebung der Eröffnung und ihre Folgen

Überblick

2012 hat das Projekt BER einen großen Rückschlag hinnehmen müssen: Am 8. Mai 2012 musste der Termin für die Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg Willy Brandt verschoben werden.
Insbesondere technische Probleme beim Brandschutz machten eine pünktliche Inbetriebnahme zum 3. Juni 2012 unmöglich. Mit der Verschiebung des Eröffnungstermins wurden alle Vorbereitungen zur Inbetriebnahme des neuen Flughafens gestoppt. Der Integrationsprobebetrieb, der im Februar gestartet war, und bei dem bereits über 10.000 Komparsen den neuen Flughafen getestet hatten, wurde bis auf Weiteres ausgesetzt. Gespräche und Verhandlungen mit den Airlines und Bodenverkehrsdienstleistern sowie Mietern und anderen Geschäftspartnern mussten geführt werden, um den Weiterbetrieb der Bestandsflughäfen Schönefeld und Tegel sicherstellen zu können. Der Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft entschied als Konsequenz aus der Verschiebung den damaligen Technikgeschäftsführer zu entlassen und darüber hinaus das Vertragsverhältnis mit den für Generalplanung und Objektüberwachung zuständigen Unternehmen zu beenden. Als neuer Geschäftsführer Technik / Betrieb wurde zum 1. August 2012 Horst Amann berufen. Dieser begann unverzüglich mit einer verkürzten Bestandsaufnahme und der Neuorganisation des Projektes BER. Bestandsaufnahme und insbesondere im letzten Quartal 2012 gestartete weitere Tests der Brandschutzanlage führten Anfang Januar 2013 zu der Erkenntnis, dass eine Inbetriebnahme des BER am 27. Oktober 2013 als nicht realistisch erscheint. Der Aufsichtsrat entschied in seiner Sitzung Mitte Januar 2013 keinen neuen Inbetriebnahmetermin festzulegen, sondern zunächst sämtliche Bestandsauf-

nahmen abzuschließen und die für die noch ausstehenden Baumaßnahmen vollständigen Planungsunterlagen zu erstellen. Darüber hinaus wurde der Sprecher der Geschäftsführung seines Amtes entbunden.

Zeitliche Abfolge

Durch Verschiebung der für den 3. Juni 2012 geplanten Inbetriebnahme des BER haben sich terminliche, organisatorische, rechtliche und finanzielle Auswirkungen innerhalb des Projektes BER ergeben. Zudem wurden als Konsequenz aus der Terminverschiebung durch die FBB Leistungsstandfeststellungen, die organisatorischen Strukturen und die vertraglichen Rahmenbedingungen im Projekt BER eingeleitet und darauf aufbauend eine neue Masterstrategie ausgearbeitet.

Als neuer Eröffnungstermin für den BER war gemäß Entscheidung des Aufsichtsrates im Mai 2012 der 17. März 2013 vorgesehen. Entsprechend dem Auftrag des Aufsichtsrates an den neuen Geschäftsführer Technik / Betrieb der FBB wurde dieser Termin ab August 2012 hinsichtlich seiner Machbarkeit geprüft. Im Ergebnis zeigte sich keine ausreichende Belastbarkeit des Termins, da die Erfüllung genehmigungsrechtlicher und planerischer Randparameter innerhalb der vorgegebenen Zeitfenster nicht gewährleistet war. Durch den Geschäftsführer Technik / Betrieb wurde auf Grundlage der vorgenommenen Analyse des Projektstandes deshalb der 27. Oktober 2013 als neuer Eröffnungstermin vorgeschlagen. Durch Beschluss des Aufsichtsrates im September 2012 wurde dieser Termin bestätigt. Damit verbunden war eine erneute Überarbeitung der Terminpläne hinsichtlich Fertigstellung des Fluggastterminals sowie der Inbetriebnahme des BER.

Für die am Projekt BER beteiligten Baufirmen und Dienstleister haben sich durch die geänderte Terminsituation teilweise verlängerte Ausführungszeiträume ergeben. Die zwischen der FBB und den betroffenen Firmen bestehenden Vertragsverhältnisse mussten dementsprechend angepasst werden. Dies betrifft

schwerpunktmäßig die für das Terminal BER tätigen Baufirmen, aber auch übergeordnete Dienstleister wie z. B. Projektsteuerung oder Baustellensicherheit.
Innerhalb des für das Projekt BER verantwortlichen Bereiches wurde durch die FBB eine neue Organisationsstruktur geschaffen. Im Zuge dessen wurden die Kompetenzen, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten auf Bauherrenseite neu definiert.
Das Vertragsverhältnis mit der für Generalplanung und Objektüberwachung zuständigen Planungsgemeinschaft wurde im Mai 2012 durch die FBB gekündigt. Zur Durchsetzung der ihr zustehenden Schadensersatzforderungen hat die FBB eine Feststellungsklage erhoben. Unter Regie der FBB wurde eine neue Objektplanung und Objektüberwachung für das Fluggastterminal installiert. Leistungsschwerpunkt von neuer Objektplanung und -überwachung ist die Beseitigung der baulichen Mängel durch Ergänzung und Ertüchtigung des vorhandenen Bauvolumens. Wesentlich ist ebenso die Fertigstellung der sicherheitstechnischen Anlagen im Fluggastterminal als Grundlage für eine bauordnungsrechtliche Freigabe des Gebäudes. Durch die neue Objektüberwachung müssen darüber hinaus bestehende Defizite im administrativen Bereich, hier insbesondere Bearbeitungsrückstände im Bereich Nachtrags- und Rechnungsprüfung, beseitigt werden. Zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Objektüberwachung wurde diese Ende 2012 im Rahmen eines EU-weiten Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb personell verstärkt.
Durch die neue Objektplanung wurden und werden die durch den vorherigen Generalplaner übergebenen mangelhaften Planungen vervollständigt und aktualisiert sowie fehlende Planungen ergänzt. Unter Koordination der neuen Objektüberwachung müssen die bestehenden Mängel und Restbauleistungen im Fluggastterminal bei Innenausbau und Gebäudetechnik abgearbeitet werden. Anschließend können die technischen Systeme getestet und durch die zuständigen Sachverständigen freigegeben werden.
Bis Ende 2013 werden auch die beiden Pavillonbauten, welche aufgrund der Umsetzung der neuen EU-Sicherheitsrichtlinien errichtet werden, baulich fertiggestellt. Im Vergleich zur geplanten Eröffnung am 3. Juni 2012 wird bei Eröffnung des Flughafens deshalb von Beginn an das vollständige Terminal BER zur Verfügung stehen.
Im Anschluss an die im Mai 2012 getroffene Entscheidung der Verschiebung des Eröffnungstermins, wurden durch die FBB die Baukosten für den BER überprüft. Die ermittelten Mehrkosten resultierten im Wesentlichen aus der Verschiebung der Inbetriebnahme, Mehraufwendungen bei Brandschutz und Entrauchung, Planungsabweichungen zum Bausoll sowie eingetretenen Bauablaufstörungen. Dem Aufsichtsrat wurden dementsprechend zusätzliche Mittelzuführungen für das Projekt BER empfohlen.

Im vierten Quartal 2012 wurde die Überprüfung der Baukosten wiederholt und in Abhängigkeit neuer Erkenntnisse aktualisiert. Infolge neu eingetretener Sachverhalte sowie Kosten aufgrund der nochmaligen Verschiebung der Inbetriebnahme waren Umschichtungen im vorhandenen Budget erforderlich, um so dem Projekt BER zusätzliche Mittel bereit zu stellen.
Zur Sicherstellung der Finanzierung der zusätzlich erforderlichen Bau- und Schallschutzmaßnahmen haben die Gesellschafter der FBB 2012 beschlossen, der Gesellschaft insgesamt weitere EUR 1,2 Mrd. zur Verfügung zu stellen. Nach der erneuten Verschiebung des Inbetriebnahmetermins ist ohne Nennung eines neuen Termins und abhängig von dem Zeitfenster bis zur Inbetriebnahme davon auszugehen, dass weiterer Finanzierungsbedarf besteht. Eine Einschätzung der Höhe ist erst möglich, wenn sämtliche Bestandsaufnahmen abgeschlossen und die noch erforderlichen weiteren Investitionen daraus konkret ermittelt worden sind sowie ein neuer Inbetriebnahmetermin benannt werden konnte.

Die Bestandsflughäfen Tegel und Schönefeld

Die Bestandsflughäfen Schönefeld und Tegel müssen länger als zunächst geplant das steigende Passagieraufkommen bewältigen. Die FBB prüft regelmäßig, in welchen Bereichen Instandsetzungsmaßnahmen und darüber hinaus gehende umfassende Generalüberholungen durchgeführt werden müssen, um einen geregelten und für die Passagiere soweit wie möglich annehmbaren Betrieb aufrecht erhalten zu können.

In Schönefeld werden insbesondere in Erwägung gezogen:

- Generalüberholung der Gepäckförderanlage,
- Erneuerung der Vorfeldflächen, der Rollbahnen sowie der Regenwasser- und Abwasseranlagen,
- Teilsanierung der Start- und Landebahn,
- Erneuerung der Sanitäranlagen,
- umfassende Instandhaltung der Fluggastbrücken,
- Modernisierung der Gebäudetechnik.

Für den Flughafen Tegel werden insbesondere geprüft:

- weitere Optimierung der Verkehrsflüsse,
- Ertüchtigung der Gepäckförderanlage,
- Sanierung der nördlichen Start- und Landebahn,
- umfassende Instandhaltung der Vorfeldflächen und Rollbahnen,
- Erneuerung der Sanitärflächen,
- Instandsetzung und Ertüchtigung der Klimatechnik, der Tanklager und der Notstromdieselanlagen.

A.2 Die wichtigsten Schritte im Jahr 2012 auf dem Weg zum BER

Flugrouten für den Flughafen Berlin Brandenburg festgelegt
Am 26. Januar 2012 hat das Bundesamt für Flugsicherung (BAF) die Flugrouten für den Flughafen Berlin Brandenburg beschlossen und umgehend öffentlich vorgestellt. Demnach werden die Flugzeuge von der Nordbahn geradeaus starten und von der Südbahn in beide Startrichtungen nach Süden abknicken. Die vorgestellten Routen wurden in Zusammenarbeit mit der Fluglärmkommission und den Bürgerinitiativen optimiert. Nach Inbetriebnahme des BER gilt es, Optimierungspotenziale durch die Erfahrungen des realen Flugbetriebs zu nutzen.

Integrationsprobebetrieb
Anfang Februar 2012 fiel der offizielle Startschuss für den Probebetrieb mit Komparsen: Rund 10.000 Flughafentester meldeten sich als Passagier auf Probe und testeten die Prozesse am neuen Flughafen. Simuliert wurde der ganz normale Flugbetrieb vom Check-in über Sicherheitskontrolle bis hin zum Einstieg in zahlreichen unterschiedlichen Szenarien. Der Probebetrieb wurde Anfang Mai 2012 mit Verschiebung des Eröffnungstermins ausgesetzt. Er wird rechtzeitig vor dem Inbetriebnahmetermin wieder aufgenommen.

Finanzierung BER
Im Rahmen der Verschiebung des Eröffnungstermins für den Flughafen Berlin Brandenburg entsteht der FBB ein zusätzlicher Kapitalbedarf von rund EUR 1,2 Mrd., der durch die drei Gesellschafter Berlin, Brandenburg und den Bund gedeckt werden soll. Im September 2012 wurde das Finanzierungskonzept zur Notifizierung bei der Europäischen Kommission angemeldet. Am 19. Dezember 2012 bestätigte die Kommission, dass es sich bei den Maßnahmen um keine staatliche Beihilfe im EU-rechtlichen Sinne handelt.

Mieter am BER
Insgesamt entstehen auf dem BER rund 150 Verkaufseinheiten, darunter 39 gastronomische Betriebe und etwa 20 Serviceeinrichtungen. Bis Mai 2012 war ein Großteil der Ladenflächen komplett fertig und teilweise bereits möbliert. Seit der Verschiebung des Eröffnungstermins führt die Flughafengesellschaft kontinuierlich Gespräche mit sämtlichen BER-Mietern über die veränderte Inbetriebnahmesituation. Ziel ist es, die durch die Verschiebung entstehenden Risiken für die Mieter so weit wie möglich zu minimieren und Härtefälle zu vermeiden. So werden zum Beispiel individuelle Lösungen wie Mietflächenvergaben an den alten Flughäfen Tegel und Schönefeld oder die Auflösung von Bankbürgschaften vereinbart, um eventuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei einzelnen Mietern entgegenzuwirken.

Bis zum Ende des Jahres 2012 waren mit dem überwiegenden Teil der Mieter entsprechende Mietvertragsergänzungen verhandelt worden. Aufgrund der erneuten Verschiebung des Inbetriebnahmetermins wurden nochmals Gespräche aufgenommen.

A.3 Stand der Arbeiten am Flughafen Berlin Brandenburg

Terminal

Das Terminalgebäude mit der zentralen Check-in-Halle, dem Mainpier sowie dem Pier Nord und Süd ist baulich fast fertiggestellt. Für den Probebetrieb wurden Anfang 2012 Check-in-Schalter, Sicherheitskontrollen, Gates und die Gepäckförderanlage testweise in Betrieb genommen. Probleme gab es beim Brandschutz im Terminal sowie bei der technischen Gebäudeausstattung. Hier wurden fehlende Ausführungspläne nachgereicht, die die Basis für die Fortführung der Bautätigkeit bilden werden. Neben den Arbeiten an der technischen Gebäudeausrüstung des Terminals gehen auch die Arbeiten an den beiden Pavillons nördlich und südlich des Terminals weiter, der Rohbau ist hier fertiggestellt, erste Arbeiten an der technischen Gebäudeausstattung laufen. Die Pavillons beherbergen zusätzliche Check-in-Kapazitäten und Sicherheitskontrolllinien und werden zeitgleich mit dem Flughafen in Betrieb genommen.

Verkehrsanbindung BER

Der Flughafen Berlin Brandenburg ist sowohl aus der Luft als auch per Schiene und Straße gut erreichbar. Er verfügt über einen sechsgleisigen Bahnhof mit drei Bahnsteigen direkt unter dem Terminal. Von dort wird der Airport-Express vier Mal pro Stunde den Berliner Hauptbahnhof in 30 Minuten mit dem neuen Flughafen verbinden. Zusätzlich wird es eine kurze Taktung von S-Bahn und Bus sowie die Anbindung an das Fernverkehrsnetz geben. Ziel der Planer ist es, dass jeder zweite Reisende mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum neuen Flughafen kommt. Der Bahnhof wurde bereits im Juni 2010 an die Deutsche Bahn übergeben und wird mit Eröffnung des Flughafens in Betrieb genommen. Auch die Straßenanbindung mit direkter Anbindung an die Autobahn A 113 sowie die Bundesstraße B 96a ist fertiggestellt.

Flugbetriebsflächen und südliche Start- und Landebahn

Die Gesamtgröße der neu errichteten Flugbetriebsflächen (Start- und Landebahn, Rollwege und Vorfelder) beträgt mehr als 1,8 Millionen Quadratmeter. Die Flugbetriebsflächen sind vollständig fertiggestellt und wurden zur ILA 2012 in Teilen bereits testweise mit einer Sondergenehmigung genutzt.
Für die Befeuerungsanlagen auf der neuen Start- und Landebahn Süd, dem Vorfeld und den dazugehörigen Rollbahnsystemen wurden insgesamt 5.450 Unterflurfeuer sowie 1.425 Überflurfeuer installiert. Soweit möglich arbeiten diese

Lampen mit modernster LED-Technik. Diese liefert im Vergleich zur herkömmlichen Halogen-Beleuchtung mehr Licht bei weniger Energieverbrauch und hat eine höhere Lebensdauer. Zur optimalen Beleuchtung des Vorfeldes und der Piers wurden insgesamt 63 Mastleuchten mit einer Höhe von rund 30 Metern errichtet. Auch die Flugvermessung des Instrumentenlandesystems (ILS) an der Start- und Landebahn Süd wurde durch die Deutsche Flugsicherung bereits abgeschlossen. Bis zur Inbetriebnahme des BER läuft das ILS im überwachten Probebetrieb, um eine Zertifizierung in der geforderten höchsten Sicherheitsstufe zu gewährleisten.
Zur Unterstützung des sicheren und zuverlässigen Flugbetriebs verfügt die neue Start- und Landebahn Süd über ein Eisfrühwarnsystem. Dieses prüft den Zustand der Verkehrsflächen und erstellt eine Prognose für die Deutsche Flugsicherung und den Deutschen Wetterdienst. Die aktuellen Messdaten wie Gefrierpunkt, Temperatur und Windrichtung werden automatisch an den Entscheidungsträger übermittelt und über eine eigene Serveranlage zur nachträglichen Auswertung gespeichert.

Betriebsspezifische Gebäude

Mit dem Flughafen Berlin Brandenburg entsteht südöstlich von Berlin eine kleine Stadt mit eigenständiger Energieversorgung und einer eigenen technischen Infrastruktur. Ein Großteil der Gebäude konnte Anfang 2012 fertiggestellt werden und beherbergt die jeweiligen Bereiche zum Teil bereits heute.

- In dem Gebäude für die Technische Instandhaltung sind die Verwaltungsbereiche und Werkstätten für das Technische Facility Management, Aviation sowie Informations- und Kommunikationstechnik untergebracht. Außerdem ist das zentrale Rechenzentrum des neuen Flughafens dort angesiedelt. In dem neuen Rechenzentrum versorgen bis zu 500 Server den neuen Flughafen mit Rechenleistung. Auf den Servern laufen die vitalen Dienste des Flughafens von der Leitstelle bis zum Check-in-Counter.
- Das Sicherheitsgebäude konnte bereits zum 30. Oktober 2011 fertiggestellt werden. Flughafensicherheit, Bundespolizei und Zoll nutzen das Gebäude gemeinsam. Dadurch ist eine optimale Zusammenarbeit gewährleistet.
- Für den Flughafen Berlin Brandenburg wurden zwei neue Feuerwachen gebaut: die Feuerwache West und die Feuerwache Ost. Die Feuerwache West umfasst neben den feuerwehrspezifischen Einsatzräumen zwei Hallen für Großfahrzeuge, die Feuerwehrleitstelle, das Airport Control Center, die Notfalleinsatzzentrale, die Sicherheitsleitstelle und die Leitstelle Technik. Die Feuerwache Ost beinhaltet unter anderem drei Fahrzeughallen mit 14 Stellplätzen für Einsatzfahrzeuge und dient neben der Brandabwehr bei Luftfahrzeugen in erster Linie dem Gebäudebrandschutz des Terminals. Beide Feuerwachen sind fertiggestellt, die Feuerwache Ost ist Ende 2011 mit Beginn des Probebetriebs in Betrieb genommen worden.

- Der Gebäudekomplex für die Bodenverkehrsdienste (BVD) umfasst drei Einzelgebäude. Erweiterungsmöglichkeiten sind vorhanden. Das zentrale Sozial- und Verwaltungsgebäude nimmt mehrere Bodenverkehrsdienstleister auf und verfügt über flexible an- und abmietbare Raumstrukturen. Neben den betriebsnotwendigen Büroflächen und einem Umkleide- und Sanitärbereich für die operativen Kräfte im Schichtdienst, verfügt das Objekt über Pausenräume und eine Kantine. Um einen hohen Qualitätsstandard im Bereich Wartung, Reparatur und Instandhaltung sicherzustellen, steht ein modern ausgestattetes Werkstattgebäude zur Verfügung. Eine separate Kfz-Halle dient der frostfreien Unterstellung des Fuhrparks und der spezifischen Gerätschaften (Schlepper, Fluggasttreppen etc.). Die Gebäude sind bereits seit Anfang 2012 bezogen.

DFS-Flughafentower

Mit 72 Metern ist der Tower der Deutschen Flugsicherung der zweithöchste Kontrollturm Deutschlands. Die Inbetriebnahme der Platzkontrolle erfolgte bereits im 1. Quartal 2012. Bis zur Eröffnung des BER wird der Flugverkehr des Bestandsflughafens Schönefeld über den neuen Tower abgewickelt.

Wartungshangars

Im Mai 2012 wurde der Schlüssel für den neuen Air Berlin- und Germania-Wartungshangar auf dem Flughafen Berlin Brandenburg übergeben. Auf einer Hallenfläche von mehr als 12.000 Quadratmetern bietet der Hangar Platz für sechs Flugzeuge des Typs Airbus A319 / A320 oder alternativ zwei Langstreckenflugzeuge des Typs A330. Zwei Drittel der Hallenfläche werden von Air Berlin Technik, ein Drittel von Germania genutzt.
Die Wartungshalle der Lufthansa Technik ist ebenfalls fertig gestellt. Der Hangar bietet Platz für vier Kurz- und Mittelstreckenflugzeuge oder für ein Großraumflugzeug bis zur Größe eines Airbus A340.

AirCargo Center Berlin

In einer ersten Ausbaustufe wurde auf einer Fläche von rund 3,3 Hektar ein Luftfrachtzentrum zur Abfertigung von Beiladefracht realisiert. Dieses umfasst insgesamt 12.000 Quadratmeter Hallenfläche sowie 7.000 Quadratmeter Bürofläche. Das Frachtgebäude verfügt über eine Startkapazität von rund 100.000 Tonnen Fracht im Jahr. Die Frachthalle verfügt auch über ein Kühlzentrum für die Abfertigung von verderblicher Ware. Weitere Ausbaustufen werden bedarfs- bzw. nachfrageabhängig entwickelt. Das AirCargo Center wurde im April 2012 an die Kunden übergeben.

A.4 Investitionen 2012

Mit EUR 617,3 Mio. lag das Investitionsvolumen bei der FBB um EUR 32,2 Mio. unter dem Vorjahreswert (EUR 649,5 Mio.). Der bei weitem größte Anteil der Investitionsmaßnahmen betraf den Flughafen Berlin Brandenburg:

- Teilprojekt Hochbau EUR 447,4 Mio., davon EUR 401 Mio. für das Fluggastterminal und EUR 15,2 Mio. für die betriebsspezifischen Gebäude.
- Teilprojekt Tiefbau EUR 50,7 Mio., davon EUR 14,5 Mio. Maßnahmen betreffend Flugbetriebsflächen inklusive Befeuerungs- und Entwässerungssysteme, EUR 11,2 Mio. für den Straßenbau und EUR 11,2 Mio. für die Flugbetriebsflächen am Hangarstandort.
- Teilprojekt Technische Infrastruktur EUR 14,4 Mio., davon EUR 6,5 Mio. für Kabelnetze, 4,4 Mio. für nachrichtentechnische Systeme und EUR 0,6 Mio. für Leitungsnetze (Trink-, Abwasser-, Regenentwässerungs-, Wärme- und Klimaanlagen etc.).
- Teilprojekt Drittinvestitionen EUR 14,4 Mio., im Wesentlichen Leistungen für die Erschließung.
- Übergeordnete Maßnahmen für alle Teilprojekte EUR 25 Mio.
- Teilprojekt Planung EUR 19,6 Mio., davon EUR 12,9 Mio. für die Planung und Ausführung von Frei- und Grünflächen und EUR 1,4 Mio. für die Planung von Flugbetriebsflächen.
- Teilprojekt Schallschutzprogramm BER EUR 19,1 Mio.
- Grundstücke EUR 0,7 Mio.

Ein Anteil in Höhe von EUR 24,5 Mio. für Versorgungsnetze wurde an die FEW übertragen.

B Organisation und Geschäftstätigkeit

Die Flughäfen Schönefeld und Tegel stellen die Luftverkehrsinfrastruktur für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg bereit. Mit seiner Inbetriebnahme wird der gesamte Verkehr auf den Hauptstadt-Airport Berlin Brandenburg Willy Brandt konzentriert.
Gesellschafter der FBB sind das Land Berlin (37 % der Stammeinlage), das Land Brandenburg (37 %) und die Bundesrepublik Deutschland (26 %).
Die FBB hat sich in einer Matrixorganisation aufgestellt, in der die drei Geschäftsbereiche Aviation Management, Non Aviation Management und Real Estate Management durch die mit übergeordneten unternehmerischen Querschnittsfunktionen versehenen Zentralbereiche (Recht, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Personal und Organisation, Kaufmännische Steuerung sowie Planung & Bau BER) verknüpft werden. Unterstützend und ergänzend sind

die Servicebereiche (Informations- und Kommunikationstechnik, Safety und Security sowie Technisches Facility Management) tätig. Schallschutz, Umwelt, Interne Revision, Pressestelle, ORAT, Projektkostencontrolling BER sowie Inbetriebnahme & Genehmigungen BER sind als Stabsstellen direkt der Geschäftsführung zugeordnet.

Der Geschäftsbereich Aviation Management gewährleistet den reibungslosen Abfertigungsbetrieb und trägt die Gesamtverantwortung für die permanente Optimierung der Abfertigungsprozesse für Luftfahrzeuge, Passagiere und Gepäck. Weiterhin ist er verantwortlich für sämtliche luftseitigen Belange des Frachtumschlags. Der Bereich Non Aviation Management sorgt für die optimale Immobiliennutzung über Einzelhandel, Gastronomie, Parkraum und Werbung. Er verantwortet die Entwicklung eines aus Kundensicht attraktiven Branchen- und Dienstleistungsmixes. Der Bereich Real Estate Management zeichnet sich für die langfristige Planung der Flughafeninfrastruktur, die Realisierung sowie den Erhalt der Betriebsfähigkeit verantwortlich und stellt eine an die strategische Ausrichtung des Unternehmens angepasste und auf die betrieblichen sowie wirtschaftlichen Anforderungen hin optimierte Infrastruktur zur Verfügung.

Im Berichtsjahr wurde der Zentralbereich Planung & Bau BER neu aufgestellt und mit neuen Führungskräften besetzt. Außerdem wurde das Projektkostencontrolling BER aus dem Bereich herausgelöst und als Stabsstelle direkt der Geschäftsführung unterstellt.

Zur Gewährleistung einer engen Zusammenarbeit mit den zuständigen Zulassungs- und Genehmigungsstellen wurde die Stabsstelle Inbetriebnahme & Genehmigung BER aufgebaut. Sie verantwortet insbesondere den Probebetrieb des BER und die Umzüge der Flughäfen Tegel und Schönefeld zum neuen Flughafen Berlin Brandenburg.

Für den Flughafen Berlin Brandenburg nimmt gute Corporate Governance einen hohen Stellenwert ein. Corporate Governance steht für verantwortungsbewusste, transparente und auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Führung und Kontrolle des Unternehmens. Zentraler Maßstab sind die im „Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen des Landes Brandenburg an privatrechtlichen Unternehmen“ enthaltenen Regeln und Handlungsempfehlungen. Geschäftsführung und Aufsichtsrat der FBB haben einen Corporate Governance Bericht erstellt, der im Internet eingesehen werden kann. Dort erklären sie, dass den Regeln und Handlungsempfehlungen des Kodex entsprochen wurde und auch weiterhin entsprochen wird.

02 Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres

A Gesamtwirtschaftliche Lage und Entwicklung der Luftverkehrsbranche

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich abgeschwächt. Stieg das reale Bruttoinlandsprodukt 2011 noch um 3%, war für 2012 lediglich noch ein Wachstum von unter 1% festzustellen. Im letzten Quartal 2012 ist die Wirtschaftsleistung leicht zurückgegangen.
Ausschlaggebend für die gedämpfte gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland war das internationale Umfeld. Das fehlende Vertrauen in die Lösbarkeit der Schuldenkrise im Euroraum, die Unsicherheiten hinsichtlich der Fiskalpolitik der USA und der Rückgang der Nachfrage nach deutschen Exportgütern beeinflussten in Deutschland die Investitionsbereitschaft.
Auch 2012 zeigte sich im Vergleich zu anderen Euro-Ländern die deutsche Wirtschaft jedoch als immer noch robust und wettbewerbsfähig.
Die Luftverkehrsbranche in Deutschland verzeichnete gemäß der Monatsstatistik Dezember 2012 der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Verkehrsflughäfen (ADV) im Jahresverlauf 2012 insgesamt einen nur noch geringen Passagierzuwachs (1,1% gegenüber 2011, im Vergleich wuchs die Anzahl der transportierten Passagiere 2011 zu 2010 um 5%). Es wurden 200 Mio. Ein- und Aussteiger an den deutschen Flughäfen im Gesamtjahr 2012 erfasst (Vj 198 Mio. Passagiere). Der bereits 2011 feststellbare Rückgang der Wachstumsraten im Passagierverkehr hat sich fortgesetzt. Insbesondere Flughäfen mit einem hohen Anteil an Low-Cost-Carriern hatten mit einem deutlichen Rückgang der Passagierzahlen zu kämpfen. Die Zuwächse im Passagieraufkommen waren den größeren Flughäfen zuzuschreiben. Die zahlreichen kleinen und mittelgroßen Flughäfen mussten auch 2012 Rückgänge verzeichnen. Damit spüren auch die deutschen Verkehrsflughafenbetreiber die Folgen der Eurokrise, der schwierigen Marktsituation der Airlines und der nationalen Belastungen (z. B. Luftverkehrsteuer).
Das Passagieraufkommen wurde auch 2012 wieder vor allem vom Europa-Verkehr getragen, der im Jahresverlauf um 2,0% auf fast 118 Mio. Passagiere zulegte. Dagegen ist der innerdeutsche Luftverkehr durch einen Rückgang um 3,6% (-1,7 Mio. Passagiere) gekennzeichnet. Im interkontinentalen Luftverkehr ist ein Anstieg um 4,9% auf rund 36 Mio. Passagiere zu erkennen.

Auch im Bereich Luftfracht und Luftpost ist der Trend der letzten Monate ablesbar. Im Geschäftsjahr 2012 ist der Frachtumschlag an den deutschen Verkehrsflughäfen um 2,2 % auf 4,3 Mio. Tonnen zurückgegangen.

B Geschäftsverlauf 2012

B.1 Aviation Management / Verkehrsentwicklung

Die Zahl der Passagiere an den Flughäfen der Hauptstadtregion in Tegel und Schönefeld stieg im Jahr 2012 erstmals über die 25 Millionen-Marke, nach 24 Millionen Passagieren 2011.
Insgesamt wurden 25.261.477 Passagiere gezählt, welches gegenüber 2011 einen Anstieg von 5,1 % darstellt. Damit entwickelte sich der Luftverkehr in der Region Berlin-Brandenburg auch im zehnten Jahr in Folge besser als der Durchschnitt der internationalen Verkehrsflughäfen in Deutschland (circa +1,1 % gegenüber 2011). Der dritte Platz unter den deutschen Luftverkehrsstandorten konnte mit diesem Ergebnis somit weiter gefestigt werden. Insgesamt standen 2012 178 Ziele in 49 Ländern im Flugplan.

Der detaillierte Blick auf die Verkehrszahlen
Das Verkehrswachstum 2012 war geprägt von einer umfassenden Expansion der Lufthansa-Gruppe am Standort Berlin, die bis zu sechs zusätzliche Flugzeuge hier zur Bedienung von populären Business- und Leisure-Destinationen stationierte. Auch Air Berlin konnte ein Wachstum verzeichnen, hauptsächlich durch Verstärkung der Frequenzen auf bestehenden Destinationen sowie der Aufnahme der neuen Langstreckendestinationen Abu Dhabi und Los Angeles. Durch neue Kooperationsabkommen mit Partnerairlines des Luftfahrtbündnisses Oneworld, dem strategischen Partner Etihad Airways und Air France-KLM wuchs zudem die Zahl der Transferpassagiere überdurchschnittlich stark. Die meisten Passagiere nutzten innerhalb Deutschlands die Strecke nach München (1.918.449 Passagiere; +0,3 %) und innerhalb Europas nach London (1.338.762 Passagiere, -1,8 %). Die katalanische Hauptstadt Barcelona ist ab Berlin der größte europäische Wachstumsmarkt des vergangenen Jahres (+105.262 Pas-

sagiere; +26,4 %), auch gestärkt durch den Markteintritt des spanischen Low-Cost-Carriers Vueling. Bei den Langstrecken wählten die meisten Passagiere 2012 die Verbindungen nach New York (223.326 Passagiere; -4,3 %).
Das größte Wachstum im innerdeutschen Verkehr konnte mit 19.891 Passagieren (+1,1 %) auf der Strecke nach Frankfurt am Main verzeichnet werden. Rund ein Drittel der insgesamt 1.814.057 Passagiere nutzten den Frankfurter Flughafen zum Umsteigen.
Die größten Zuwachsraten bei den Märkten gab es mit 7,6 % im innereuropäischen Verkehr, insgesamt 15.955.945 Passagiere wurden auf diesen Strecken gezählt. Ein solides Wachstum konnte wieder auf den außereuropäischen Strecken verzeichnet werden. Die Zahl der Passagiere im weltweiten Luftverkehr stieg im vergangenen Jahr um 20,7 % auf 1.420.329 (etwa 5,6 % des Gesamtaufkommens). Die ab Berlin nonstop angeflogenen regelmäßigen Langstreckenrouten wurden von 763.816 Passagieren genutzt. Dies entspricht einem überdurchschnittlichen Wachstum von 8,7 %. Mit 7.885.170 Passagieren sank dagegen die Nachfrage auf innerdeutschen Verbindungen um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr. Seit Einführung der Luftverkehrsabgabe entwickelt sich dieses Marktsegment auch weiterhin kontinuierlich unter dem Markttrend und musste zwei Streckenaufgaben (Memmingen, Münster-Osnabrück) verzeichnen.
2012 setzte sich auch das kontinuierliche Wachstum bei der Zahl der Umsteigepassagiere in Berlin weiter fort. Nach 3,4 % 2010 und 4,1 % 2011 stieg der Anteil der Umsteigepassagiere am Gesamtaufkommen im Jahr 2012 auf circa 6,0 % (+50,4 % gegenüber 2011).
Bundesweit ist weiterhin festzustellen, dass sich der registrierte Passagierzuwachs 2012 vor allem an den großen Flughäfen und solchen mit Drehkreuz-Funktionen konzentriert hat. Demgegenüber konnten mittlere und kleinere Flughäfen insgesamt nur ein geringes Wachstum verzeichnen oder mussten in Summe Passagierrückgänge registrieren. Diese Beobachtung spiegelt sich auch in der Verkehrsentwicklung der Flughäfen Schönefeld und Tegel wider.

Schönefeld

Am Flughafen Schönefeld wirkt sich die Einführung der deutschen Luftverkehrssteuer weiterhin negativ aus. Der Wechsel der Germanwings nach Tegel hat zusätzlich Verkehr vom Standort abgezogen. Der Flughafen Schönefeld zählte 2012 insgesamt 7.097.274 Passagiere, ein Rückgang um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr. Dennoch konnten im Sommerflugplan 2012 insgesamt 89 Destinationen (+2) ab Berlin-Schönefeld erreicht werden.

Kerndaten

	2011	Δ	2012
Passagiere (Mio.)	24,0	+ 5 %	25,3
Umsatzerlöse (Mio. EUR)	263	+ 3 %	270
EBITDA (Mio. EUR)	86	- 32 %	58

Tegel

Am Flughafen Tegel wurden im Jahr 2012 insgesamt 18.164.203 Passagiere registriert, 1.244.383 mehr als im Vorjahr (+7,4 %).
Die Flughäfen Tegel und Schönefeld zählten im vergangenen Jahr zusammen 242.872 Flugzeugbewegungen (±0,0 %). Die Auslastung der Flugzeuge stieg auf 73,9 % (+1,3 %-Punkte), die durchschnittliche Flugzeuggröße von 136 auf 141 Sitze.

Fracht

Über die Frachtanlagen der Berliner Flughäfen Schönefeld und Tegel wurden im letzten Jahr insgesamt rund 76.000 Tonnen Luftfracht umgeschlagen (+2 %). 32.140 Tonnen Luftfracht wurden dabei per Flugzeug transportiert (+2,9 %), damit wächst Berlin schneller als der Bundesdurchschnitt, der ein Minus von 2,2 % (ADV) verzeichnet. Wachstumsmotor ist die Frachtbeiladung auf Passagier-Langstreckenflügen gewesen, die um rund 10 % stieg, so dass heute rund die Hälfte der Frachtzuladung auf Langstreckenfliegern erfolgt. Hinzu kommen 5.352 Tonnen Nachtluftpost, die im Auftrag der Deutschen Post World Net AG nach Stuttgart geflogen wurden (+12,7 %). Zusätzlich als Luftfracht per Lkw wurden 16.535 Tonnen von den Airlines sowie 22.278 Tonnen von Spediteuren zu den Europadrehkreuzen der Airlines über die Luftfrachtanlagen in Berlin abgefertigt.

Luftfracht am Flughafen Schönefeld

In Schönefeld wurden im vergangenen Jahr 5.206 Tonnen Luftfracht (+12 %) sowie 1.126 Tonnen Luftpost umgeschlagen (-72,4 %). TNT Express verlagerte seinen Flugbetrieb im Juni von Tegel nach Schönefeld. Federal Express fliegt seit November zusätzlich von seinem Europahub in Paris via Berlin zur polnischen Wirtschaftsmetropole Danzig. Die Nachtluftpostflüge der Deutsche Post World Net AG nach Stuttgart werden seit dem Sommerflugplan von Air Berlin aus Tegel geflogen. Das DRK hat aus seinem Hilfsgüterzentrum am 24-Stunden offenen Flughafen Schönefeld unter anderem im Dezember einen Hilfsgüterflug nach Syrien mit Medikamenten für ein Kinderkrankenhaus geflogen.

Luftfracht am Flughafen Tegel

In Tegel wurden im letzten Jahr 26.933 Tonnen Luftfracht (+1,3 %) sowie 4.226 Tonnen Luftpost umgeschlagen (+532,8 %). Hinzu kommen rund 38.500 Tonnen im Luftfrachtersatzverkehr für Airlines und Spediteure von den beiden Frachtabfertigern Wisag Cargo Service und Swissport Cargo Service.
Das Cargocenter und die Frachtanlieferung werden derzeit erweitert. Grund ist einerseits der erhöhte Umschlag von Beiladefracht sowie andererseits die kommenden schärferen Sicherheitsbestimmungen. Ab März 2013 ist ein Screening aller Anlieferungen von nicht bekannten Versendern erforderlich.

Das Verkehrsaufkommen entwickelte sich im Jahresvergleich wie folgt:

Verkehrsaufkommen	2012	2011
Tegel		
Gewerbliche Flugbewegungen	166.191	164.177
Fluggäste (in Tausend)	18.164	16.920
Schönefeld		
Gewerbliche Flugbewegungen	65.053	66.318
Fluggäste (in Tausend)	7.097	7.114
Gesamt		
Gewerbliche Flugbewegungen	231.244	230.495
Fluggäste (in Tausend)	25.261	24.034

B.2 Non-Aviation-Management

Das Jahr 2012 ist auch im Non-Aviation-Management geprägt von der Verschiebung des geplanten Eröffnungstermins des BER.

Schönefeld

In den ersten fünf Monaten 2012 konnte von steigenden Passagierzahlen in Schönefeld profitiert werden. Abgesehen von weniger profitablen und deshalb bereits in den ersten fünf Monaten geschlossenen Einheiten wie zum Beispiel dem Marché Restaurant, der Ess-Bahn und einigen Reisebüros konnten viele Einheiten ihre Erträge im Vergleich zum Vorjahr weiter steigern. Lediglich in der Parkierung konnten trotz steigender Passagierzahlen die Erträge nicht ganz auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Nach der Anfang Mai 2012 verkündeten Verschiebung des geplanten Eröffnungstermins des BER wurden mit allen Einzelhändlern, Gastronomen, Autovermietern und dem Parkraumbewirtschafter sowie dem Duty Free- / Duty Paid-Shop-Betreiber Gespräche über die Verlängerung des jeweiligen Vertrages über den 3. Juni 2012 hinaus verhandelt. Die Verhandlungen verliefen äußerst erfolgreich. Es konnte mit nahezu allen Mietern die weitere Zusammenarbeit bis zur Schließung des Flughafens Schönefeld gesichert werden. Einzig mit zwei Betreibern konnte keine Einigung über eine Vertragsverlängerung erzielt werden.

In den Monaten nach der Verkündung der Verschiebung des Eröffnungstermins des BER verlief die Entwicklung des Non-Aviation-Geschäftes am Flughafen Schönefeld entsprechend der ersten fünf Monate weiter stabil. In einigen

Segmenten konnten die Erträge weiterhin gesteigert werden. Negativen Einfluss auf die Ertragslage hauptsächlich in den Segmenten Duty Free / Duty Paid und Parkierung hatte der Umzug der Germanwings nach Tegel Ende Oktober 2012.
Die Ertragslage im Segment Flughafenwerbung ist aufgrund der kurzfristigen Verschiebung des Eröffnungstermins des BER von einigen Schwierigkeiten gekennzeichnet. So wurden die Vermarktungsaktivitäten für den Flughafen Schönefeld im Vorfeld der geplanten Eröffnung des Flughafens BER am 3. Juni 2012 bereits Anfang des Jahres 2012 nahezu eingestellt. Die Vermarktungsaktivitäten wurden erst nach Verkündung der Verschiebung wieder aufgenommen. Wie mit allen Einzelhändlern, Gastronomen, Autovermietern etc. wurden auch mit allen großen Werbekunden Gespräche über ein Engagement am Flughafen Schönefeld über den 3. Juni 2012 hinaus geführt. Viele Werbekunden mit langfristigen Verträgen haben ihr Engagement verlängert, jedoch konnte mit einigen wenigen großen Werbekunden keine Einigung erzielt werden bzw. nur zu deutlich schlechteren Konditionen.
Nach Verkündung der Verschiebung der für den 3. Juni 2012 geplanten Eröffnung des BER wurden ebenfalls mit allen Non-Aviation-Vertragspartnern des BER Gespräche aufgenommen. Ziel der Gespräche war einerseits, die Vertragspartner bei der Lösung ihrer aufgrund der Verschiebung des Eröffnungstermins des BER entstandenen Schwierigkeiten zu unterstützen, die weitere Zusammenarbeit für den BER zu sichern und andererseits durch das Schließen von Nachträgen mit den Non-Aviation-Vertragspartnern eine Rechtssicherheit für die FBB herzustellen.

Tegel

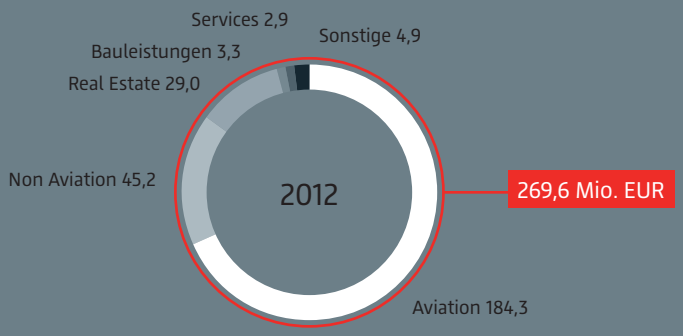
In den ersten fünf Monaten 2012 konnte von den weiter steigenden Passagierzahlen in Tegel profitiert werden. Hier konnten, abgesehen von den weniger profitablen und deshalb bereits in 2011 geschlossenen Einheiten wie z. B. dem Beauty Place, dem Convenience Store, dem Crew Shop und dem Tegel Terrace, deutlich höhere Erträge erzielt werden als im Vorjahr.
Zudem wurde Anfang 2012 ein neuer Bon Voyage Bestseller implementiert, um das Non Aviation-Angebot auch kurzfristig vor der geplanten Eröffnung des BER noch attraktiver zu gestalten und an die gestiegenen Passagierzahlen anzupassen.
Nach der Verkündung der Verschiebung des für den 3. Juni 2012 geplanten Eröffnungstermins des BER Anfang Mai wurden mit allen Einzelhändlern, Gastronomen, Autovermietern und dem Parkraumbewirtschafter sowie dem Duty Free / Duty Paid-Shop-Betreiber Gespräche über die Verlängerung des jeweiligen Vertrages über den 3. Juni 2012 hinaus verhandelt. Die Verhandlungen verliefen äußerst erfolgreich. Es konnte mit nahezu allen Mietern die weitere Zusammenarbeit bis zur Schließung des Flughafens Tegel gesichert werden.

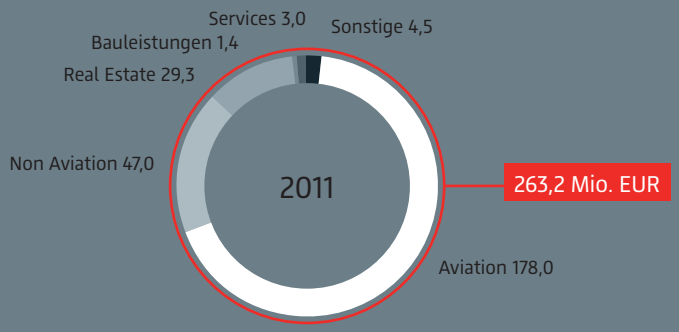
Einzig der Betreiber des s.Oliver-Shops wollte sein Engagement am Flughafen Tegel nicht weiter verlängern.
Auch in den Monaten nach der Verkündung der Verschiebung des Eröffnungstermins des BER verlief die Entwicklung des Non-Aviation-Geschäftes am Flughafen Tegel in nahezu allen Segmenten sehr positiv. Weiter steigende Passagierzahlen haben sich ertragssteigernd in fast allen Non-Aviation-Segmenten niedergeschlagen. Um die Attraktivität und die Anziehungskraft des Angebotes für den Passagier weiter zu steigern, wurden zwei mobile gastronomische Einheiten und ein mobiler Hot-Dog-Stand implementiert. Zudem wurde auch das Tegel Terrace im November wieder eröffnet. Das Angebot in Terminal D wurde um eine Buch- und Presse-Einheit erweitert, um den Bedürfnissen der Passagiere der Ende Oktober 2012 von Schönefeld nach Tegel umgezogenen Germanwings gerecht werden zu können.
Im Segment Parkierung konnte die sehr positive Ertragsentwicklung der letzten beiden Jahre trotz weiter steigender Passagierzahlen nicht auf dem Niveau fortgeführt werden. Dies ist nicht zuletzt auf die begrenzten Parkplatzkapazitäten am Flughafen Tegel zurückzuführen. Um trotz der begrenzten Parkplatz-Quantität die Ertragslage weiter zu verbessern, wurde das Preissystem auf dem Kurzzeitparkplatz PK und auf dem Parkplatz P5 optimiert.
Die Ertragslage im Segment Flughafenwerbung ist aufgrund der kurzfristigen Verschiebung des Eröffnungstermins des BER von einigen Schwierigkeiten gekennzeichnet. So wurden die Vermarktungsaktivitäten für den Flughafen Tegel im Glauben der Eröffnung des Flughafens BER am 3. Juni 2012 bereits Anfang des Jahres nahezu eingestellt. Die Vermarktungsaktivitäten wurden erst nach Verkündung der Verschiebung wieder aufgenommen. Wie mit allen Einzelhändlern, Gastronomen, Autovermietern etc. wurden auch mit allen großen Werbekunden Gespräche über ein Engagement am Flughafen Tegel über den 3. Juni 2012 hinaus geführt. Viele Werbekunden mit langfristigen Verträgen haben ihr Engagement verlängert, jedoch konnte mit einigen wenigen großen Werbekunden wie der Wall AG oder der Telekom keine Einigung erzielt werden bzw. nur zu deutlich schlechteren Konditionen.

B.3 Real Estate Management

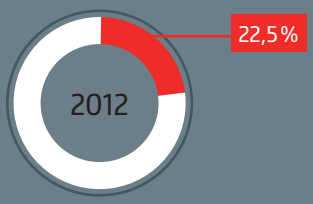
Die Flughafengesellschaft ist mit Abstand der größte Anbieter qualifizierter Gewerbeflächen im direkten Flughafenumfeld, sowohl auf Berliner als auch auf Brandenburger Seite. Das Portfolio umfasst derzeit insgesamt zehn Entwicklungsgebiete mit ganz unterschiedlichen Lagequalitäten. Nahezu allen gewerblichen Nutzergruppen können entsprechende Grundstücke angeboten werden. Neben Grundstücken für flughafenspezifische Dienstleistungen, Logistik, Hotels

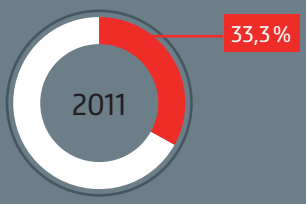
Umsatzerlöse in Mio. EUR





Eigenkapitalquote in Prozent





und Büros, stehen auch Flächen zur Verfügung, auf denen sich industrielle Nutzungen realisieren lassen.

Airport City

Direkt vor dem neuen Terminal entsteht das urbane Dienstleistungszentrum des neuen Flughafens Berlin Brandenburg: die Airport City. Herz des Quartiers ist der zentral gelegene Willy-Brandt-Platz, entlang dessen auf variablen Baufeldern Gebäude mit bis zu sechs Geschossen realisiert werden können. Die Entwicklung der Airport City ist bereits heute weit vorangeschritten. Erste Objekte sind ebenso wie die Frei- und Grünflächen schon fertiggestellt.

In der Airport City wurde das Vier-Sterne-Hotel von ECE und Steigenberger sowie das Bürogebäude von Fay (²BAC) termingerecht fertig gestellt. Die Bauarbeiten an den vier Parkhäusern und dem Mietwagencenter sind ebenfalls abgeschlossen.

Das Berlin Brandenburg Airport Center (²BAC) ist ein sechsgeschossiges Gebäude mit ca. 16.500 m² Nutzfläche. Es ist das erste Bürogebäude in der Airport City und deckt unter anderem den über das Terminal hinausgehenden Bürobedarf. Das Objekt wurde im Juni 2012 in Betrieb genommen.

Gemeinsam mit der Steigenberger Hotel AG hat der Projektentwickler ECE Projektmanagement G.m.b.H. & Co. KG direkt gegenüber dem Terminal ein 4-Sterne Superior Steigenberger Hotel mit über 322 Zimmern und einem Konferenzzentrum realisiert. Die Inbetriebnahme des Hotels erfolgt zusammen mit der Eröffnung des neuen Hauptstadt-Airports.

Zur Inbetriebnahme BER stehen Passagieren und Besuchern weiterhin insgesamt rund 10.000 Parkplätze zur Verfügung. Das Stellplatzangebot verteilt sich auf insgesamt vier Parkhäuser mit jeweils rund 2.200 Stellplätzen sowie weiteren ebenerdigen Parkflächen. Südöstlich des Terminals steht ein modernes Mietwagen-Center zur Verfügung.

Leasingobjekte

Die Deutsche Anlagen-Leasing GmbH & Co. KG (DAL) hat neben den vorgenannten Parkhäusern und dem Mietwagencenter, drei Gebäude für die Bodenverkehrsdienstleister und ein Gebäude für die Sicherheitsdienstleister finanziert und errichtet. Die FBB ist Leasingnehmer und zugleich Generalübernehmer der DAL. Die Bautätigkeiten wurden im Jahr 2010 begonnen und sind inzwischen abgeschlossen.

Weitere Drittinvestitionen

Auch für die Realisierung des Frachtgebäudes in der Service Area North hat die FBB einen Investor gebunden. Die Dietz AG hat auf einer Grundfläche von rund

32.000 Quadratmetern ein Luftfrachtzentrum für Beiladefracht, dessen Jahreskapazität 100.000 t beträgt, errichtet.
Der Immobilieninvestor J.B. Harder Verwaltung GmbH & Co. KG hat in der westlichen Maintenance Area des BER einen 12.000 Quadratmeter großen Wartungshangar gebaut. Air Berlin und Germania werden diesen Hangar gemeinsam nutzen. Auch die Lufthansa Technik hat in diesem Quartier einen Wartungshangar errichtet, den die Deutsche Lufthansa AG selbst nutzen wird.

Business Park Berlin

Der Business Park Berlin ist der größte zusammenhängende Gewerbepark Berlins und somit ein entscheidender Bestandteil der Umfeldentwicklung des BER. Das großzügig durchgrünte Areal bietet maßgeschneidert arrondierte, voll erschlossene Grundstücke für Unternehmen aller Art. Die Entwicklung des Areals wird mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" gefördert. Es sollen deshalb bevorzugt produktionsorientierte Unternehmen angesiedelt werden. Der Standort verfügt durch seine unmittelbare Nähe zum neuen Flughafen Berlin Brandenburg, einen eigenen S-Bahnanschluss sowie die Anbindung an die B 96a, die A 113 und A 117 über eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur.
Rund 45 % der Grundstücksfläche konnte bereits an Investoren veräußert werden. Die Gesamterschließung und der Verkauf der Grundstücke im Business Park Berlin erfolgt nachfrageorientiert in drei Abschnitten. Der erste Erschließungsabschnitt mit der vierspurigen Haupterschließungsstraße sowie zwei weiteren Verbindungsstraßen konnte bereits der Öffentlichkeit übergeben werden. Der zweite Erschließungsabschnitt wurde mittlerweile ebenfalls fertiggestellt, die Übergabe an den Bezirk Treptow-Köpenick befindet sich in Vorbereitung. Ein 3-Sterne-Hotel hat bereits seinen Betrieb aufgenommen, weitere Hochbautätigkeiten laufen. Bis zur Inbetriebnahme des BER wird der erste Bauabschnitt eines Logistikprojekts, bestehend aus Gewerbehallen und ergänzenden Büroflächen, realisiert sein.
Durch die Verschiebung der Inbetriebnahme BER sind auf Investorenseite eine gewisse Verunsicherung und Zurückhaltung zu verzeichnen.
Dennoch werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit einem weiteren Investor konkrete Verhandlungen über den Verkauf einer weiteren Logistikfläche geführt.

Nachnutzung des Bestandsflughafens Schönefeld

Die Bundesrepublik Deutschland betreibt zurzeit am Flughafen Tegel Einrichtungen für den Protokolldienst der Bundesregierung sowie für die Flugbereitschaft des Bundesministeriums der Verteidigung. Mit Eröffnung des BER wird der Flughafen Tegel geschlossen. Deshalb strebt die Bundesrepublik Deutsch-

land eine möglichst zeitgleiche Verlagerung ihres Betriebs auf Flugflächen und Gebäude des Bestandsflughafens Schönefeld an.
In Vorbereitung darauf hat die FBB mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) als Bauherrn im September 2009 die Planungs- und Finanzierungsvereinbarung I abgeschlossen, die im April 2012 durch die weiterführende Planungs- und Finanzierungsvereinbarung II ergänzt wurde. In dieser sind die Aufgaben- und Kostenverteilung zwischen FBB und BImA, Vertragsmeilensteine für den Abschluss von Arbeiten und die Übergabe von Teilflächen definiert. Die FBB beantragt und begleitet die notwendigen Planänderungsverfahren, passt die landseitigen Verkehrsanlagen an und sichert die zeitnahe Baufeldübergabe an die BImA. Darüber hinaus regelt die Vereinbarung die Kostenübernahme durch die BImA für die von der FBB erbrachten Leistungen.
Als Ergänzung und Erweiterung der bestehenden Vereinbarung wurde bereits 2011 ein Mietvertrag für das Terminal A sowie für die zusätzlichen Verkehrsflächen zwischen der BImA und der FBB unterzeichnet. Ebenfalls 2011 wurde ein Erbbaurechtsvertrag für die gesamten Flächen des künftigen Regierungsflughafens von beiden Parteien unterschrieben.
Weitere Vertragsverhandlungen für den Erschließungsvertrag, Realisierungsvertrag der Hauptbaumaßnahme und Infrastrukturvertrag der Hauptbaumaßnahme beginnen im Frühjahr 2013.
Auf Grund der Verschiebungen des Eröffnungstermins BER wurde im November 2012 eine gemeinsame Überarbeitung der Termin-und Bauphasenplanung begonnen.

Schließung Tegel

Mit der Eröffnung des neuen BER stellt der Flughafen Tegel seinen Flugbetrieb ein. Gemäß Bescheid über den Widerruf der Betriebsgenehmigung für den Flughafen Berlin-Tegel der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vom 29. Juli 2004 (Schließungsbescheid) ist der Flughafen Tegel nach Inbetriebnahme des BER noch weitere, maximal 6 Monate in betriebsbereitem Zustand zu halten.
In dieser Zeit müssen alle für den Flugbetrieb notwendigen Flächen und Anlagen in TXL im „Stand by Modus“ gehalten werden, um im Falle eines Betriebsversagens (flugbetriebliche und / oder anlagentechnische Fehlfunktion) die Land-Luft-Linie für den Flugbetrieb zu reaktivieren und die luftverkehrliche Anbindung der Stadt Berlin zu gewährleisten.
Nach dem Auszug der Funktionen und der Entlassung aus der Betriebspflicht ist eine Räumung der Gebäude und ein Rückbau ausgewählter Anlagen innerhalb von 3 Monaten vorgesehen. Danach erfolgt die zeitnahe und komplette Rückgabe des Flughafengeländes an das Land Berlin und den Bund.
Die Grundstücksflächen des Flughafens Tegel befinden sich im Eigentum des Landes Berlin und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die BFG hat die

Flächen im Rahmen von Erbpachtverträgen übertragen bekommen. Sämtliche Gebäude sind Eigentum der BFG.
Die Verhandlungen mit der Senatsverwaltung für Finanzen und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben über die Rückgabe der Liegenschaften und die Restwerte der Gebäude sind noch nicht abgeschlossen.

C Wirtschaftliche Entwicklung

C.1 Ertragslage

Der Konzern weist im Jahr 2012 einen Jahresfehlbetrag von EUR 185,2 Mio. (Vj. EUR 74,5 Mio.) aus. Der Rückgang des Jahresergebnisses resultiert aus einem Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und der Materialaufwendungen, höheren Abschreibungen aufgrund der höheren Anlagenwerte sowie aus den gestiegenen Finanzierungskosten wegen höherer Kreditziehung für die Finanzierung des BER.
Die Umsatzerlöse sind von EUR 263,2 Mio. auf EUR 269,6 Mio. gestiegen.

Umsatzerlöse in Mio. EUR	2012	2011
Aviation	184,3	178,0
Non Aviation	45,2	47,0
Real Estate	29,0	29,3
Bauleistungen	3,3	1,4
Services	2,9	3,0
Sonstige	4,9	4,5
Gesamt	**269,6**	**263,2**

Die Umsatzerlöse aus dem Aviation-Bereich sind durch den Anstieg der Passagierzahlen gegenüber 2011 um 3,5 % von EUR 178,0 Mio. auf EUR 184,3 Mio. gestiegen. Die Umsatzerlöse aus dem Non Aviation-Bereich sind von EUR 47,0 Mio. um 3,7 % auf EUR 45,2 Mio. gesunken, im Wesentlichen begründet durch geringere Einnahmen aus der Parkierung und der Vermietung von Werbeflächen.
Die Umsatzerlöse aus dem Bereich Real Estate sind gegenüber dem Vorjahr von EUR 29,3 Mio. auf EUR 29,0 Mio. geringfügig gesunken.
Die sonstigen Umsatzerlöse sind von EUR 4,5 Mio. auf EUR 4,9 Mio. um 5,1 % gestiegen, bedingt durch höhere Erlöse aus Kraftstoffverkauf.
Die Umsatzerlöse aus Bauleistungen für Dritte sind um EUR 1,9 Mio. auf

EUR 3,3 Mio. angestiegen, im Wesentlichen begründet aus höheren Erlösen aus den erbrachten Bauleistungen für den Bund in SXF Nord.
In den Bestandsveränderungen werden die erbrachten Leistungen im Zusammenhang mit der Unterflurbetankung ausgewiesen (EUR 7,1 Mio.; Vj. EUR 11,6 Mio.). Den noch nicht abgerechneten Leistungen stehen erhaltene Anzahlungen gegenüber.
Die aktivierten Eigenleistungen (EUR 12,5 Mio.; Vj. EUR 9,1 Mio.) resultieren im Wesentlichen aus Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Bau des BER.
Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr von EUR 10,6 Mio. auf EUR 15,9 Mio. gestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf höhere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und der Investitionszulage zurückzuführen.

Aufwendungen in Mio. EUR	2012	2011
Materialaufwand	74,8	57,0
Personalaufwand	88,8	95,2
Abschreibungen	85,7	74,3
sonstiger betrieblicher Aufwand	133,1	61,3
Gesamt	**382,4**	**287,8**

Die laufenden Aufwendungen des FBB-Konzerns (EUR 382,4 Mio.) sind gegenüber dem Vorjahr (EUR 287,8 Mio.) um EUR 94,6 Mio. angestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 32,9 %. Im Einzelnen sind die Materialaufwendungen um EUR 17,8 Mio., die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um EUR 71,8 Mio. und die Abschreibungen um EUR 11,4 Mio. gestiegen. Dem steht ein Rückgang der Personalaufwendungen um EUR 6,4 Mio. gegenüber.
Der Anstieg des Materialaufwands um 31,2 % auf EUR 74,8 Mio. ist hauptsächlich durch höhere Fremd- und Bauleistungen für Dritte im Zusammenhang mit der Unterflurbetankung (EUR 27,7 Mio.; Vj. EUR 12,2 Mio.) begründet.
Der Personalaufwand ist von EUR 95,2 Mio. auf EUR 88,8 Mio. gesunken. Dies ist hauptsächlich auf geringere Aufwendungen für das Personalkonzept TransFair BBI (EUR 1,0 Mio.; Vj. EUR 7,0 Mio.) zurückzuführen.
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr von EUR 61,3 Mio. auf EUR 133,1 Mio. um 117,2 % gestiegen. Dieser Anstieg resultiert aus Aufwendungen für Risikovorsorge auf Grund der Verschiebung des Inbetriebnahmetermins (EUR 35,0 Mio.), aus höheren Aufwendungen für Rechts- und Beratungsleistungen (EUR +10,9 Mio.), für die Anmietung von Fremdkräften (EUR +5,4 Mio.), insbesondere für die Baustellenüberwachung sowie für Leasinggebühren für die Drittinvestobjekte (EUR +11,7 Mio.).

Die Abschreibungen sind von EUR 74,3 Mio. auf EUR 85,7 Mio. gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs von 15,3 %. Dieser Anstieg ist hauptsächlich durch die Fertigstellung und Aktivierung von neuen Anlagen des BER begründet. Zudem erfolgte im Berichtsjahr im Rahmen der verlustfreien Bewertung eine Abschreibung auf Umlaufvermögen von EUR 4,8 Mio.
Das Ergebnis vor Ertragsteuern beträgt EUR -184,6 Mio.
Damit liegt das Jahresergebnis um EUR 110,6 Mio. unter dem vergleichbaren Vorjahreswert in Höhe von EUR 74,5 Mio.

Die nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren zeigen die wirtschaftliche Entwicklung der FBB. Das handelsrechtliche Ergebnis wurde um neutrale Positionen bereinigt.

Finanzielle Leistungsindikatoren	2012	2011
Jahresergebnis in Mio. EUR	-185,2	-74,5
EBIT in Mio. EUR (ohne neutrales Ergebnis, Finanzergebnis und Steuern)	-21,2	12,1
EBITDA in Mio. EUR (EBIT ohne Abschreibung)	57,9	86,4

Das Jahresergebnis beinhaltet neben dem Betriebsergebnis (EUR -21,2 Mio.) das Finanzergebnis (EUR -103,5 Mio.), neutrale Erträge (EUR 6,6 Mio.) und neutrale Aufwendungen (EUR -67,1 Mio.).
Im neutralen Ergebnis (EUR -60,5 Mio.) werden unter anderem Aufwendungen und Erträge zu folgenden Positionen dargestellt: Die neutralen Erträge i.H.v. EUR 6,6 Mio. enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (EUR 4,4 Mio.) sowie Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen (EUR 1,2 Mio.), in den neutralen Aufwendungen i.H.v. EUR 67,1 Mio. sind im Wesentlichen Aufwendungen für Schadensersatzansprüche, für Rechtsstreitigkeiten sowie für drohende Verluste als Risikovorsorge aufgrund der Verschiebung der Inbetriebnahme des BER (EUR 35,7 Mio.) erfasst. Aus der Folgebewertung der erbrachten Fremd- und Bauleistungen für Dritte im Zusammenhang mit der Unterflurbetankung wurden Materialaufwendungen (EUR 10,2 Mio.), außerplanmäßige Abschreibungen (EUR 4,8 Mio.) sowie Zuführungen zur Drohverlustrückstellung (EUR 7,2 Mio.) als neutraler Aufwand dargestellt. Des Weiteren sind Steuern für Vorjahre als Ergebnis der abgeschlossenen Betriebsprüfung (EUR 1,8 Mio.) enthalten.

C.2 Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Vermögen						
Anlagevermögen	3.171,0	93,8	2.638,0	93,3	533,0	20,2
Vorräte	27,1	0,8	24,7	0,9	2,4	9,7
Kurzfristige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	70,5	2,1	71,6	2,5	-1,1	-1,5
Langfristige Forderungen	11,3	0,3	9,3	0,3	2,0	21,8
Grundstücke Business Park Berlin	28,6	0,8	28,3	1,0	0,3	1,0
Flüssige Mittel	56,7	1,7	43,8	1,5	12,9	29,4
Übrige Aktiva	16,6	0,5	15,3	0,5	1,3	7,8
	3.381,8	100,0	2.831,0	100,0	550,8	19,5
Kapital						
Eigenkapital	761,9	22,6	942,1	33,3	-180,2	-19,1
Sonderposten	105,1	3,1	86,1	3,0	19,0	22,1
Langfristige Verbindlichkeiten	2.350,5	69,4	1.635	57,8	715,5	43,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten	164,3	4,9	167,8	5,9	-3,5	-2,2
	3.381,8	100,0	2.831,0	100,0	550,8	19,5

Die Zunahme des Anlagevermögens resultiert im Wesentlichen aus den Zugängen für die Realisierung des BER (EUR 611,2 Mio.). Dem gegenüber stehen Anlagenabgänge (EUR 3,6 Mio.) sowie Abschreibungen (EUR 80,9 Mio.).
Die Vorräte sind im Berichtsjahr auf EUR 27,1 Mio. angestiegen, im Wesentlichen begründet durch die noch nicht abgerechneten Leistungen für die Unterflurbetankung.
Die Grundstücke des Business Park Berlin sind unverändert im Umlaufvermögen ausgewiesen. Die Bewertung wurde unter der Annahme einer künftigen Erschließung und Verwertung als Gewerbegebiet durchgeführt. Der Buchwert beträgt im Geschäftsjahr nun EUR 28,6 Mio.
Die langfristigen Verbindlichkeiten enthalten unter anderem neben EUR 2.224,9 Mio. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auch erhaltene Vorauszahlungen von Erbbauzinsen und Zuschüsse für Investitionen (EUR 77,5 Mio.) sowie Rückstellungen für Altersteilzeit- und Pensionsver-

pflichtungen (EUR 24,8 Mio.). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen neben Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (EUR 23,5 Mio.) auch Rückstellungen, insbesondere für Personal einschließlich Altersteilzeit und TransFair BBI in Höhe von EUR 21,0 Mio.
Aus der Risikovorsorge aufgrund der Inbetriebnahmeverschiebung ergeben sich insgesamt Rückstellungen in Höhe von EUR 30,0 Mio.
Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt:

	2012	2011
Eigenkapitalquote in % (Eigenkapital / Gesamtkapital x 100)	22,5	33,3

Der Rückgang der Eigenkapitalquote resultiert aus dem negativen Jahresergebnis i. H. v. EUR 185,2 Mio. Für 2013 haben die Gesellschafter bereits Einzahlungen in die Kapitalrücklage vorgesehen.

C.3 Finanzlage

C.3.1 Finanzmanagement

Ziel des Finanzmanagements der FBB ist es, die Finanzierung des Flughafenbaus jederzeit sicher zu stellen, die Finanzierungskosten gering zu halten und ein ausreichendes Maß an Flexibilität für die Zukunft zu gewährleisten.

Kapitalerhöhung FBB
Mit der Verschiebung der Eröffnung des BER und den damit verbundenen Baumehrkosten war eine Finanzierung der Mehrkosten über Bankkredite wirtschaftlich nicht mehr darstellbar. Vor diesem Hintergrund haben die Gesellschafter der FBB in Abstimmung mit der EU-Kommission beschlossen, weitere Gesellschaftermittel in Höhe von EUR 1,2 Mrd. zur Verfügung zu stellen, um die langfristige Liquidität des Unternehmens sicher zu stellen. Im Rahmen eines Private-Investor-Tests hat das Bundesverkehrsministerium in Abstimmung mit der FBB die Wirtschaftlichkeit der Kapitalerhöhung am 19. Dezember 2012 bestätigt. Die erste Tranche von EUR 191,6 Mio. wurde Anfang Januar 2013 in die Kapitalrücklage der FBB eingezahlt.

BER-Langfristfinanzierung
Mit dem Abschluss der Langfristfinanzierung in Höhe von EUR 2,4 Mrd. im Jahr 2009 wurde ein wesentlicher Bestandteil der Ausbaukosten des BER langfristig finanziert. Das Vertragswerk inklusive der Bürgschaften ist konform mit den Regularien der EU-Kommission.

Aus diesen Kreditlinien wurden bis Jahresende 2012 EUR 2,2 Mrd. Barlinien in Anspruch genommen. Die Verpflichtung der FBB zur Absicherung der Swap-Geschäfte entfiel ab dem 15. März 2012 nach dem erfolgreichen Abschluss einer vertraglichen Restrukturierung im Dezember 2011 mit den Banken.

Leasingfinanzierung

Im April 2010 wurde eine Leasingfinanzierung von bis zu EUR 240 Mio. unterzeichnet, mit der der Flughafen Berlin Brandenburg als Leasingnehmer die Finanzierung der Errichtung und die Inbetriebnahme folgender neun Gebäude im Umfeld des BER sichergestellt hat: drei Parkhäuser in der Airport City, ein terminalnahes Parkhaus am südlichen Main Pier, ein Mietwagencenter, drei Gebäude für Bodenverkehrsdienstleister, ein Gebäude für Sicherheitsdienstleister. Leasinggeber sind neun Kommanditgesellschaften aus der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe. Die FBB ist bei jeder der Kommanditgesellschaften Kommanditistin.

Die Leasingfinanzierung konnte ohne Bürgschaft außerhalb der BER-Langfristfinanzierung dargestellt werden, weil mit den zugehörigen Erbbaurechten ausreichend werthaltige Sicherheiten zur Verfügung gestellt wurden. Die Leasingverträge beinhalten, dass die FBB die Generalübernehmerfunktion für die Erschließungen und Erstellung der Immobilien übernimmt. Damit ist das Risiko von Bauablaufstörungen und Schnittstellenproblemen beim Bauablauf minimiert worden.

Der Vermietungsbeginn der bereits fertiggestellten Gebäude wird sich aufgrund der Verschiebung der Inbetriebnahme des BER voraussichtlich entsprechend verzögern. Für die Gebäude Sicherheitsgebäude, Bodenverkehrsdienste (BVD) Sozialgebäude, BVD Kfz-Halle, BVD Werkstatt ist die Nutzungsfreigabe uneingeschränkt erteilt worden.

Für die Parkhäuser Airport-City (PNA, PNB, PSA), das Mietwagencenter (MWC) und das terminalnahe Parkhaus (TNP) ist die Nutzungsfreigabe gekoppelt an die Fertigstellung der Terminals.

Finanzierung der Anbindung des neuen ILA-Geländes

Anfang Juni 2010 beschloss der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI), die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) weiterhin in der Region Berlin-Brandenburg durchzuführen. Damit hat sich der Standort Schönefeld gegen mehrere nationale Bewerber in einem Ausschreibungsverfahren des BDLI erfolgreich durchgesetzt. 2012 hat die ILA Berlin Air Show in Schönefeld, Ortsteil Selchow, in unmittelbarer Nähe zum BER stattgefunden. Um das ILA-Gelände an den BER anzubinden, ist eine Verlängerung des Taxiways B und die Erstellung zweier Verbindungspunkte zu Taxiway A baulich umgesetzt worden.

Zur Finanzierung der Baumaßnahmen wurde zusätzlich die bestehende Kreditlinie mit der Nord / LB („ILA-Finanzierung") in Höhe von EUR 11 Mio. für eine Laufzeit von zehn Jahren mit Tilgung am Laufzeitende im August 2011 um weitere EUR 3 Mio. erhöht. Verwendungszweck für die gesamte Linie ist ausschließlich die Anbindung des neuen ILA-Geländes. Die Flächen wurden bereits für zehn Jahre an die Messe Berlin GmbH vermietet und sind nach Ablauf des Mietvertrags für den Eigenbedarf des BER-Flugbetriebs vorgesehen.

EU-TEN-V-Mittel

Im Jahr 2009 konnte sich der Flughafen Berlin Brandenburg bei der Europäischen Union erfolgreich für Fördermittel aus dem TEN-V-Programm qualifizieren. Mit dem Programm „Transeuropäische Netze – Verkehr" fördert die EU die Umsetzung und Entwicklung des Binnenmarktes und die Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Gemeinschaft im Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Der positive Bescheid beläuft sich auf maximal EUR 29,6 Mio., die als Zuschuss zu den Baukosten der beantragten Maßnahme „Errichtung Fluggastterminal" zur Senkung der Finanzierungskosten der FBB beiträgt. Im Februar 2010 erfolgte die erste Zahlung in Höhe von EUR 14,8 Mio. Die zweite Zahlung von EUR 14,7 Mio. wird im Februar 2013 erwartet.

C.3.2 Kapitalflussrechnung

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss:

Kapitalflussrechnung	2012 Mio. EUR	2011 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-83,9	1,5	-85,4
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-610,8	-644,6	33,8
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	707,6	666,5	41,1
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	**12,9**	**23,4**	**-10,6**
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	43,8	20,4	23,4
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	56,7	43,8	12,9

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit ist von EUR 1,5 Mio. auf EUR -83,9 Mio. gesunken. Auf den im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Jahresfehlbetrag (EUR -185,2 Mio., Vj. EUR -74,5 Mio.) wirkten sich hauptsächlich höhere Abschrei-

bungen und Zuführungen zu Rückstellungen insbesondere zur verschiebungsbedingten Risikovorsorge gegenläufig aus. Der Rückgang der Investitionstätigkeit resultiert aus der Verschiebung der Inbetriebnahme BER und der noch andauernden Bestandsaufnahmen.
Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit hat sich von EUR 666,5 Mio. auf EUR 707,6 Mio. durch zusätzliche Kreditziehungen erhöht.

D Investitionen an den Bestandsflughäfen

Am Bestandsflughafen Schönefeld wurden im Berichtsjahr Investitionen für ein Unterkunftsgebäude für Asylsuchende (EUR 1,6 Mio.) vorgenommen. Weiterhin wurde in ein Funktionsgebäude für den Umbau in ein Medical Assessment Center investiert (EUR 0,6 Mio.).
Mit EUR 0,3 Mio. lag das Investitionsvolumen am Flughafen Tegel um EUR 0,9 Mio. unter dem Vorjahreswert (EUR 1,2 Mio.). Eine wesentliche Investition war in Tegel die Nachrüstung der Transfergepäcksortierung (EUR 0,1 Mio.).

E Konzerngesellschaften

E.1 Berliner Flughafen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Der Flughafen Berlin Brandenburg ist alleiniger Gesellschafter der Berliner Flughafen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BFG). Die BFG betreibt den Bestandsflughafen Tegel, der mit der Eröffnung des Flughafens BER seinen Betrieb einstellen wird. Im Berichtsjahr erwirtschaftete die BFG einen Jahresüberschuss von EUR 80,3 Mio.

E.2 Flughafen Energie & Wasser GmbH

Die FBB hält 100 % des Stammkapitals der Flughafen Energie & Wasser GmbH (FEW). Die Flughäfen Tegel und Schönefeld haben ihre Aktivitäten der Energieversorgung an die FEW übertragen.
Die FEW schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 7,9 Mio. ab.
Im Berichtsjahr wurden der FEW die bisher bei der FBB bilanzierten Medien-netze (Strom, Notstrom, Fernwärme, Fernkälte, Wasser, Abwasser, Regenwasser) übertragen. Insoweit belasten seit 2012 die auf diese Vermögenswerte entfallenden Abschreibungen das Ergebnis der FEW. Darüber hinaus gewährte die FBB der FEW ein verzinsliches Gesellschafterdarlehen. Auch die sich aus diesem Darlehen ergebenden Zinsaufwendungen i.H.v. EUR 5,7 Mio. tragen zum Ergebnis der FEW bei.

Der Geschäftsbetrieb der FEW umfasst auch den Flughafen BER. In Vorbereitung darauf wurde im Mai 2008 ein Auftrag für ein Energieliefercontracting vergeben. Die E.ON edis AG hat nach europaweiter Ausschreibung den Zuschlag für die Lieferung von Energie über einen Zeitraum von 15 Jahren ab Oktober 2011 erhalten.

E.3 Berlin Tourismus & Kongress GmbH

Der Flughafen Berlin Brandenburg hält 10 % des Stammkapitals der Berlin Tourismus & Kongress GmbH (TEUR 51,2 Kapitaleinlage). Gegenstand des Unternehmens sind die weltweite Werbung für das touristische Angebot Berlins, die Förderung des Tourismus, des Geschäftsreiseverkehrs, von Veranstaltungen, Messen, Tagungen und Kongressen sowie die Information der Touristen der Region Berlin. Die Gesellschaft betreibt die damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungs- und Handelsgeschäfte.

E.4 Dalandi Grundstücksverwaltungsgesellschaften mbH & Co. Objekt KG

Seit 2010 ist der Flughafen Berlin Brandenburg an neun Kommanditgesellschaften beteiligt, die als Leasinggeber der fünf in der Airport City und vier in dem nahe gelegenen Area South zu errichtenden Gebäude auftreten.
Die FBB ist bei jeder der neun Kommanditgesellschaften die einzige Kommanditistin (jeweils 94 % des Eigenkapitals der KG, EUR 4.700,00 Kapitaleinlage und 10 % der Stimmrechte). Alleinige Komplementärin ist in allen neun Fällen die Dalandi Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (6 % des Eigenkapitals der KG; EUR 300,00 Kapitaleinlage; 90 % der Stimmrechte). Die Kommanditgesellschaften weisen leasingtypische Anlaufverluste aus, die plangemäß in Zukunft mit zu erwirtschaftenden Erträgen ausgeglichen werden.
Der Flughafen Berlin Brandenburg hat an die Kommanditgesellschaften Erbbaurechte über 60 Jahre an dem Grund und Boden auf dem BER-Gelände vergeben. Die FBB errichtet im Auftrag der Kommanditgesellschaften als Generalübernehmer Gebäude auf den Erbbaurechtsgrundstücken und least die fertiggestellten Gebäude von den Kommanditgesellschaften für 25 Jahre.

E.5 FMT Facility Management Tempelhof GmbH i.L.

Der Flughafen Berlin Brandenburg hält sämtliche Stammeinlagen der FMT Facility Management Tempelhof GmbH i. L. (FMT i.L.). Am 11. November 2009 beschloss die Gesellschafterversammlung der FMT i. L. die Auflösung der Gesellschaft. Die FMT i. L. weist einen Jahresüberschuss von TEUR 24 aus.

F Personalwesen

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter des Flughafens Berlin Brandenburg entwickelte sich wie folgt:

Mitarbeiterzahlen (Jahresdurchschnitt)	2012	2011
Gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte	1.347	1.392
Auszubildende	61	66
Gesamt	**1.408**	**1.458**

Für die geplante Eröffnung des BER wurden umfangreiche Personalkonzepte für die neuen Strukturen erstellt, welche im Zuge der Verschiebung des Eröffnungstermins angepasst und überarbeitet wurden und werden. Für jeden Mitarbeiter konnten gemeinsam erarbeitete Lösungen gefunden werden, so dass der Betrieb weiterhin an mehreren Standorten gesichert bleibt. Bis zur Inbetriebnahme werden die Personalkonzepte weiter modifiziert, um sich den wandelnden Gegebenheiten anzupassen. Dabei werden die Vorgaben des Business Planes stringent berücksichtigt, so dass insbesondere bei der Personalplanung, aber auch bei Besetzungswünschen Plausibilitätsprüfungen in mehreren Instanzen angewendet werden. Vorübergehender höherer Personalbedarf wird überwiegend mit Zeitarbeit sichergestellt.

F.1 Einstellungen

Die Berliner Flughäfen konnten sich auch im Jahr 2012 als sehr attraktiver Arbeitgeber am Markt behaupten, was sich vor allem in knapp 2.200 Bewerbungen auf 94 ausgeschriebenen Stellen widerspiegelt. Insgesamt fanden 73 externe Einstellungen in fast allen Bereichen des Unternehmens statt. Die übrigen Stellen konnten intern besetzt werden, einige Stellen sind weiterhin ausgeschrieben.

F.2 Personalbetreuung

Verbunden mit dem geplanten Betriebsübergang der Berliner Flughafen-Gesellschaft mbH auf die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH und der Versetzung von annähernd 1.000 Mitarbeitern auf den BER, fanden viele Personalgespräche statt, um Vertragsänderungen herbeiführen zu können. Die Verschiebung des Eröffnungstermins führte zu zahlreichen Rückabwicklungen dieser Vertragsänderungen.

Als Schritt zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf wurde erstmalig ein Angebot zur Ferienbetreuung von Mitarbeiterkindern in Form eines Ferienprogramms vermittelt.

F.3 Ausbildungsstrukturen

Im Jahresdurchschnitt wurden 61 Auszubildende und Studenten im dualen Studium bei der FBB beschäftigt. Ein wesentlicher Ausbildungsschwerpunkt lag bei den kaufmännischen und technisch-gewerblichen Berufen wie Luftverkehrskaufleuten, Bürokaufleuten, Systeminformatiker / innen und Mechatroniker / innen.
Das vom Unternehmen unterstützte duale Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin betrifft die Fachrichtungen BWL / Industrie, BWL / Immobilienwirtschaft, BWL / Facility Management sowie Wirtschaftsinformatik und Informatik.
Im Jahr 2012 haben 23 Auszubildende und Studenten des dualen Studiums ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Allen Absolventen konnte eine Weiterbeschäftigung angeboten werden, davon zwei unbefristet.

F.4 Organisation

Zur Neuausrichtung der FBB am BER fanden zahlreiche Reorganisationen statt. Das Organisationskonzept der FBB wurde für den BER angepasst und zu einem Handbuch erweitert. Ausgewählte Strukturen, Funktionen, Prozesse und das damit verbundene Personal wurden umfangreich analysiert, so dass Aktivitäten zur Neugestaltung von Strukturen auch unabhängig von den neuen BER Strukturen gestaltet wurden. So wurde beispielsweise dem Schallschutz eine höhere Gewichtung zugeordnet oder eine neue Abteilung für das Thema Luftverkehrsentgelte geschaffen. Als Konsequenz der Verschiebung des Eröffnungstermins des BER wurde eine Übergangsstruktur geschaffen und der Bereich Planung und Bau BBI neu aufgestellt. Neue Stabstellen für das Projekt- und Kostencontrolling, sowie zur Inbetriebnahme und zum Genehmigungsverfahren des BER wurden implementiert.

F.5 Personalentwicklung

Zum zweiten Mal wurde ein Nachwuchsförderprogramm erfolgreich beendet. Durch dieses Programm konnte der Führungsnachwuchs auf zukünftige Aufgaben im Unternehmen vorbereitet werden.
Darüber hinaus wurden in unserem Unternehmen circa 900 Mitarbeiter in ungefähr 280 Schulungen weitergebildet. Neu eingestellte und neu intern besetzte

Führungskräfte wurden insbesondere zum Führen von Mitarbeitergesprächen, zur Suchtprävention und zur Korruptionsprävention geschult.
Um die Erwartungen und Anforderungen an alle Führungskräfte transparent zu gestalten, wurde ein Führungskompass entwickelt, in dem alle Führungskompetenzen aufgeführt sind, welche für den Auswahl-, Entwicklungs- und Beurteilungsprozess zu Grunde gelegt werden. Im Rahmen dessen konnten strukturierte Interviews im Auswahlprozess für Führungspositionen etabliert werden.

F.6 Betriebliches Gesundheitsmanagement

Die Berliner Flughäfen haben seit mehreren Jahren ein betriebliches Gesundheitsmanagement implementiert, das über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus darauf abzielt, Krankheiten am Arbeitsplatz vorzubeugen, unsere Mitarbeiter / innen zu einem gesundheitsförderlichen Verhalten zu motivieren sowie die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden eines jeden Einzelnen über die tägliche Arbeit hinaus zu fördern und zu erhalten.

G Umweltschutz

Trotz der für das Unternehmen schwierigen Phase durch die Verschiebung des Inbetriebnahmetermins sind sich die Berliner Flughäfen ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt und den Interessen ihrer Nachbarn bewusst.
Umwelt- und Klimaschutz sind als Unternehmensziele gesetzt, Leistungen in Sachen Umweltschutz unterliegen ebenso einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess wie die Steigerung der Energieeffizienz. Innerhalb des Unternehmens wird durch Schulungen und Qualifizierungsmaßnahmen aller Mitarbeiter das Umweltbewusstsein gefördert. Auch Geschäftspartner werden in das Umwelt- und Energiemanagement einbezogen. Die FBB hat Umweltleitlinien entwickelt, die für den gesamten Konzern gelten.
Die FBB hat in den vergangenen Jahren bereits in erheblichem Umfang in den Lärm- und Klimaschutz, die Luftreinhaltung, den betrieblichen Umweltschutz und in eine intensive Information des Umlandes investiert. Diese Anstrengungen wird die FBB in den kommenden Jahren weiter verstärken. Der Flughafen Berlin Brandenburg will weiter wachsen. Der Flugverkehr der beiden Flughäfen der Hauptstadtregion entwickelt sich stärker als der Verkehr der anderen deutschen Flughäfen. Besonders als stadtnaher Flughafen verfolgt die FBB das Ziel, eine Zunahme des Flugverkehrs vom Ressourcenverbrauch und der Lärmbelastung zu entkoppeln.
Die FBB erfasst jährlich Kennzahlen zum Ressourcenverbrauch. Diese Umweltkennzahlen liefern einen wichtigen Beitrag zur Ermittlung und Ausschöpfung möglicher Einsparpotentiale im Unternehmen. Auch im Geschäftsjahr 2012

wurde ein umfangreicher Umweltbericht erstellt, der die Umweltkennzahlen des Jahres 2011 darstellt und erläutert.

Wasser

Der Trinkwasserverbrauch und das Abwasseraufkommen an den Flughäfen hängen von verschiedenen technischen Prozessen ab. Signifikant für das Abwasseraufkommen ist das Wetter, weil während des Winterbetriebes das mit Enteisungsmitteln belastete Regenwasser in Schönefeld über eine Wurzelraumkläranlage geführt beziehungsweise bei zu hoher Schmutzfracht oder Menge der Kläranlage zugeführt wird.

Abfall

Die der FBB zuzurechnenden Abfälle entstehen im Fluggastbereich, in Handel und Gastronomie, bei der Instandhaltung und Reparatur von Flugbetriebsflächen, Gebäuden und technischen Anlagen sowie vom Unternehmen genutzten Büros und Werkstätten. Bei der Entsorgung wird gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz zwischen gefährlichen Abfällen und nicht gefährlichen Abfällen unterschieden. Zum Teil unterliegen die Abfallmengen im Vergleich mehrerer Berichtsjahre starken Schwankungen. Diese ergeben sich beispielsweise aus Rückbauarbeiten oder der zyklischen Entsorgung von Abfällen aus Öl- / Wasserabscheidern.

Energie

Die störungsfreie Versorgung mit Energie ist Voraussetzung eines reibungslosen Betriebs der beiden Flughäfen. Ebenso wie die Bestandsflughäfen wird der künftige Hauptstadtflughafen BER mit Strom, Notstrom, Heizwärme und Klimakälte zu versorgen sein.
Der Flughafen Berlin Brandenburg steigert kontinuierlich seine Energieeffizienz, um so CO_2-Emissionen zu reduzieren. Qualitative (Emissionsquelle) wie quantitative (Emissionsmenge) Maßnahmen werden ergriffen, um eine Senkung der CO_2-Emissionen zu erreichen.

Luft

Der Flughafen Berlin Brandenburg hat auch im Jahr 2012 erhebliche Anstrengungen zur Untersuchung der Luftgüte auf dem Betriebsgelände und in dessen Umfeld unternommen. Mit der im Sommer 2011 in Betrieb gegangenen Luftgütemessstelle am östlichen Kopf der Nordbahn wird es nach Inbetriebnahme des BER möglich sein, Veränderungen der Luftgüte zu dokumentieren. Mit der Messstelle werden die verkehrstypischen Schadstoffe Kohlenmonoxid, Stickstoffmonoxid, Stickstoffdioxid und Feinstaub kontinuierlich erfasst. Zusätzlich werden Proben auf die Schadstoffe Benzol, Benz(a)pyren, weitere Kohlenwas-

serstoffe und Ruß untersucht. Die kontinuierlich erfassten Messwerte werden täglich auf der Internetseite des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz veröffentlicht.
Um die Luftqualität sowie die Umweltwirkungen des Luftverkehrs langfristig zu dokumentieren, hat der Flughafen Berlin Brandenburg im Jahr 2011 zudem ein freiwilliges Umwelt-Untersuchungsprogramm ins Leben gerufen.

Erholungs- und Lebensräume
Mit einer Reihe von ökologischen Projekten gleicht der Flughafen Berlin Brandenburg die durch den Bau des BER unvermeidbaren Landschaftsveränderungen aus.
Größtes Einzelprojekt dieser Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist die ökologische Aufwertung der Zülowniederung, einer 2.600 Hektar großen, landwirtschaftlich geprägten Niederungslandschaft südlich von Schönefeld.
In mehreren Nachbargemeinden hat die FBB historische Parks und Grünanlagen entwickelt und instand gesetzt. Ebenso wurden mehrere Gutsparks im Umfeld des Flughafens nach historischem Vorbild wieder hergestellt und ökologisch aufgewertet.

H Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag haben sich die folgenden wesentlichen Ereignisse ergeben:

- Der Aufsichtsrat der FBB hat auf seiner Sitzung am 16. Januar 2013 entschieden, den Inbetriebnahmetermin auf zunächst unbestimmte Zeit zu verschieben, die laufenden Bestandsaufnahmen abzuschließen und die sich daraus ergebenden weiteren Investitionen in das Projekt BER zu konkretisieren.
- Auf derselben Sitzung hat der Aufsichtsrat der FBB die Abberufung des Sprechers der Geschäftsführung beschlossen. Zudem fand ein Wechsel im Aufsichtsratsvorsitz statt. Herr Platzeck, Ministerpräsident des Landes Brandenburg, ist neuer Aufsichtsratsvorsitzender. Herr Wowereit fungiert künftig als Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats.
- Mit Entscheidung vom 21. Januar 2013 beendete das Kammergericht Berlin den Rechtsstreit zwischen der BFG und dba (jetzt: Air Berlin Finance II GmbH). Die von der Gegenseite angestrengte Berufung gegen das Schlussurteil des Landgerichts Berlin wurde zurückgewiesen.

03 Risikobericht

A Risikomanagement

Risiken in der geschäftlichen Entwicklung werden durch die Gesellschaft konsequent erfasst, bewertet und beobachtet. Dafür hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem etabliert, das in das System der gesamten BER-Gruppe eingebunden ist.
Das Risikomanagementsystem wird durch das zentrale Controlling gesteuert. Die Zuarbeit aus den Bereichen wird jeweils durch Risikomanagement-Beauftragte in Abstimmung mit den Risiko-Verantwortlichen geleistet. Die Verantwortung für einzelne Risiken wird jeweils durch die zuständige Führungskraft übernommen. Der Risiko-Verantwortliche erarbeitet Maßnahmen zur Risikobewältigung. Die verschiedenen Risikomanagement-Beauftragten, die insbesondere für die richtlinienkonforme Koordination des Risikomanagements und die zeitnahe Risikopflege zuständig sind, arbeiten in einer bereichsübergreifenden Arbeitsgruppe zusammen. In diese Arbeitsgruppe ist auch die interne Revision eingebunden.

B Einzelrisiken

B.1 Gesamtwirtschaftliche Risiken

Im Jahr 2012 hat sich die deutsche Wirtschaft schwach, aber dennoch positiv entwickelt. Auch gegenüber den internationalen Krisen zeigte sich das Wachstum robust. Für das Jahr 2013 ist aufgrund der anhaltenden schwierigen wirtschaftlichen Lage einiger Länder im Euro-Raum mit einem nur moderaten Wachstum der deutschen Wirtschaft zu rechnen. Die FBB geht dennoch weiterhin von einer leicht positiven Verkehrsentwicklung und deshalb von einem stetigen Wachstum ihrer Geschäftsfelder Aviation und Non Aviation aus.

B.2 Vorbereitungen der Inbetriebnahme (ORAT-Projekt)

Nach Verschiebung des Eröffnungstermins ist das ORAT-Projekt ebenfalls gestoppt worden. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits in erheblichem Umfang

Leistungen erbracht, insbesondere im Probebetrieb und bei den ORAT-Schulungen, aber auch im Umzug. Das ORAT-Projekt wird neu aufgesetzt, inklusive eines neuen Probebetriebes, einer Neuauflage des Schulungsprogramms sowie einer Wiederaufnahme der Umzugsaktivitäten. Ziel bleibt es, eine möglichst gründliche betriebliche Vorbereitung auf den Betrieb am neuen Flughafen sicherzustellen und den reibungsarmen Umzug der Altstandorte zu gewährleisten. Hierfür ist ein Zeitraum von mindestens fünf Monaten unbedingt vorzusehen.

B.3 Flugrouten und Schallschutzprogramm

Die aktuelle Diskussion um Flugrouten

Am 26. Januar 2012 hat das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) als zuständige Genehmigungsbehörde die Flugrouten des neuen Flughafens BER vorgestellt.

Grundlage der Entscheidungsfindung des BAF ist die Flugroutenplanung der Deutschen Flugsicherung, die am 6. September 2010 bekannt gegeben wurde. Eingeflossen sind auch die Ergebnisse der intensiven Beratungen der Fluglärmkommission Berlin-Schönefeld und die lärmfachliche Stellungnahme des Umweltbundesamts.

Mit den jetzt festgelegten Flugrouten wird gewährleistet, dass die internationalen Bestimmungen über die Sicherheit der Zivilluftfahrt eingehalten werden und dass das Betriebskonzept der FBB mit den prognostizierten Flugbewegungen ab Inbetriebnahme des BER sichergestellt ist. Gleichzeitig musste die Planung der Flugrouten so erfolgen, dass so wenig Menschen wie möglich belastet werden.

Am 23. Januar 2013 hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg einer Klage von Anwohnern und Gemeinden gegen die sogenannte Wannseeroute stattgegeben. Das Gericht ist der Auffassung, dass die Festsetzung der Wannseeroute rechtswidrig ist, weil aufgrund eines Ermittlungsdefizits die Risiken eines Flugunfalls und eines terroristischen Anschlags auf den Flugverkehr nicht hinreichend Berücksichtigung fanden. Das zuständige Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung wird über das weitere Vorgehen entscheiden.

Das Schallschutzprogramm

Zum Schutz der Anwohner vor Fluglärm wurden im Planfeststellungsbeschluss von 2004, im Planergänzungsbeschluss von 2009, in der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts von 2011 sowie im Rahmen entsprechender Prozesserklärungen, Auflagen zum Lärmschutz bestimmt. Diese werden im Schallschutzprogramm der FBB umgesetzt. Die FBB geht davon aus, dass etwa 25.500 Wohneinheiten und etwa 50 besondere Einrichtungen schalltechnisch zu ertüchtigen sind. Das heißt, die Wohn- und sonstigen Gebäude sowie die besonderen Einrichtungen (Kitas, Schulen, Seniorenwohnheime etc.) werden mit Vorrichtungen zum Schallschutz (Schallschutzfenster, verbesserte Dachdämmung) und / oder geeigneter Belüftung (schallgedämmte Lüftungseinrichtungen) versehen.

Gleichzeitig hat sich die FBB in einer im Oktober 2011 abgegebenen Erklärung vor dem Bundesverwaltungsgericht verpflichtet, die Änderungen der Flugrouten bei der Bestimmung der Schutzgebiete zu berücksichtigen, sobald belastbare Planungsdaten vorliegen, was nach Ablauf von zwei Flugplanperioden ab Inbetriebnahme des Flughafens angenommen wird.

Der Planfeststellungsbeschluss legt hinsichtlich der Dimensionierung des Schallschutzes fest, dass innerhalb des Tagschutzgebietes „durch die An- und Abflüge am Flughafen im Rauminneren bei geschlossenen Fenstern keine höheren A-bewerteten Maximalpegel als 55 dB(A) auftreten dürfen“. Das Schreiben des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MIL) vom 15. August 2012 enthält hierzu diejenigen Vollzugshinweise, aufgrund derer FBB seither baulichen Schallschutz im Tagschutzgebiet dimensioniert beziehungsweise Entschädigungszahlungen leistet. Vorausgegangen waren eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin Brandenburg vom 15. Juni 2012 sowie ein Bescheid des MIL vom 02. Juli 2012 mit einer Regelung, ausweislich derer im Tagschutzgebiet ein Schutzziel von 0x55 dB(A) einzuhalten ist.

Das Antragsverfahren auf Erstattung von Vorrichtungen zum Schallschutz und Entschädigung des Außenwohnbereichs ist klar, einfach und transparent. Bis fünf Jahre nach BER-Eröffnung können Schallschutzanträge gestellt werden.

Bis Ende 2012 wurden rund 18.200 Anträge auf Schallschutz gestellt. Mehr als 15.000 Eigentümer erhielten ihre Kostenerstattungsvereinbarungen. Damit wurden die Eigentümer grundsätzlich in die Lage versetzt, die erforderlichen Maßnahmen zum Schallschutz baulich umzusetzen oder aber Entschädigungszahlungen zu erhalten.

Wenn die BER-Flugrouten nach ihrer endgültigen Festlegung von der bisherigen Grobplanung abweichen, kann dies gegebenenfalls auch Auswirkungen auf die Schutz- und Entschädigungsgebiete haben.

B.4 Neue Entgeltordnung

Die neue Entgeltordnung für den Flughafen Berlin Brandenburg ist vom Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MIL) am 1. April 2011 genehmigt worden. Die Auflagen des MIL (z. B. Überprüfung der Verkehrsannahmen, regelmäßige Konsultation der Nutzer nach Inbetriebnahme), die mit der Genehmigung einher gingen, sind aufgrund der Verschiebung des Eröffnungstermins zum Teil gegenstandslos geworden. Die FBB hat deshalb einen Antrag auf Anpassung der Auflagen im Hinblick auf die Inbetriebnahme gestellt. Für das Jahr 2013 wurde den Airlines ein Zeitplan für das jährliche Konsultationsverfahren vorgestellt.

B.5 Strittige Regelungen der bestehenden Entgeltordnung

Die Streitigkeiten zwischen der BFG und Airlines zu den Entgelten wurden in 2012 fortgesetzt. Die Streitigkeiten mit verschiedenen Airlines über die seit 1. April 2002 gültigen Entgelte für die Nutzung zentraler Infrastruktureinrichtungen sowie die Anhebung der Passagierentgelte zum 1. August 2003 waren schon im Jahr 2005 mit nahezu allen beteiligten Airlines durch Vergleich beendet worden. Da aber mit dba Luftfahrtgesellschaft mbH (dba), Germania Fluggesellschaft mbH (Germania) und Hapag-Lloyd Fluggesellschaft mbH keine Einigung erzielt werden konnte, hatte die BFG zunächst gegen dba und Germania, später auch gegen Hapag-Lloyd Fluggesellschaft mbH den Klageweg beschritten.
In den Verfahren BFG gegen Germania hat das Kammergericht Berlin am 3. Dezember 2012 die Berufung der Beklagten in den beiden anhängigen Verfahren zurückgewiesen und die Entgeltkalkulation für die zentralen Infrastruktureinrichtungen sowie die Anhebung der Passagierentgelte zum 1. August 2003 für rechtmäßig erklärt und auch die Entgeltordnung von 2005 bestätigt. Die Revision wurde nicht zugelassen. Mit Entscheidung vom 21. Januar 2013 beendete das Kammergericht Berlin den Rechtsstreit zwischen der BFG und dba (jetzt: Air Berlin Finance II GmbH). Die von der Gegenseite angestrengte Berufung gegen das Schlussurteil des Landgerichts Berlin wurde zurückgewiesen.
In dem außerdem parallel anhängigen Verfahren gegen die Hapag-Lloyd Fluggesellschaft mbH (jetzt TuiFly) vor dem Kammergericht Berlin hat die mündliche Verhandlung ebenfalls am 3. Dezember 2012 stattgefunden. Die Urteilsverkündung erfolgte am 20. Dezember 2012 zu Gunsten der BFG.
Im Rahmen des Verkaufs der GlobeGround Berlin GmbH (GGB) haben sich Streitgegenstände ergeben. Die BFG hat sich verpflichtet, geschuldete Nutzungsentgelte für Bodendienstleistungen von Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG (Air Berlin) gegenüber der GGB aus abgetretenem Recht gerichtlich geltend zu machen. Neben der Überprüfung der Zulässigkeit und Billigkeit der von der BFG

geforderten Nutzungsentgelte ist auch die Auslegung des zwischen der GGB und Air Berlin geschlossenen Vertrages Gegenstand des Verfahrens. In erster Instanz wurde am 18. Dezember 2008 die Klage der BFG gegen Air Berlin abgewiesen, weil das Gericht der Auffassung war, dass die Zahlung von Nutzungsentgelten nicht wirksam vereinbart wurde. Das Kammergericht Berlin hat die Berufung gegen diese Entscheidung am 26. Juli 2010 mit der Begründung abgewiesen, dass eine fehlerhafte Umsetzung der Bodenverkehrsrichtlinie durch den deutschen Gesetzgeber gegeben wäre und damit die Erhebung von Nutzungsentgelten in Deutschland unzulässig sei. Der BGH hat die Entscheidung des Kammergerichts aufgehoben und an einem anderen Senat beim Kammergericht zurückverwiesen. Nach Auffassung des BGH sei die Umsetzung der Bodenverkehrsrichtlinie in deutsches Recht zutreffend erfolgt. Das Verfahren wurde an das Kammergericht zurückverwiesen.
Des Weiteren hat sich die BFG im Rahmen des Verkaufs verpflichtet, einen Musterprozess gegen die GGB zu führen, der die Zulässigkeit und Billigkeit der von der BFG geforderten Nutzungsentgelte für Bodendienstleistungen klären soll. Gegenstand des Verfahrens sind Nutzungsentgelte, die der GGB für die Abfertigung von Hapag-Lloyd in Rechnung gestellt wurden. Das Landgericht Berlin hat am 12. Juli 2010 die Klage mit der Begründung abgewiesen, dass die FBB die Nutzungsentgelte nicht nach sachgerechten Kriterien festgelegt habe. Die BFG hat gegen die Entscheidung Berufung eingelegt.
Aufgrund laufender Rechtsstreitigkeiten zwischen der BFG und verschiedenen Luftfahrtgesellschaften besteht das Risiko, dass Teile der auch von der FBB erhobenen Nutzungsentgelte zurückgezahlt werden müssen. In einem Fall sei die Umsetzung der Bodenverkehrsrichtlinie in deutsches Recht fehlerhaft, in einem anderen Fall seien die Nutzungsentgelte nicht nach sachgerechten Kriterien festgelegt worden. Im ersteren Fall hat der Bundesgerichthof die negative Entscheidung der Vorinstanz aufgehoben und an einen anderen Senat beim Kammergericht zurückverwiesen. Nach Auffassung des BGH sei die Umsetzung der Bodenverkehrsrichtlinie in deutsches Recht zutreffend erfolgt. Die FBB hat das Risiko durch die Bildung von Rückstellungen angemessen berücksichtigt.

B.6 Schließung von Tegel

Mit der Inbetriebnahme des Flughafens Berlin Brandenburg ist die Schließung des Flughafens Tegel verbunden. Der Widerruf der luftfahrtrechtlichen Genehmigung für den Flughafen Tegel und die Entlassung der Anlagen und Flächen des Flughafens Tegel aus der luftrechtlichen Zweckbestimmung (Aufhebung der Planfeststellung) sind bestandskräftig. Die Betriebsgenehmigung ist auf unbestimmte Zeit verlängert. Die BFG hat bei der Luftfahrtbehörde beantragt, für den Zeitraum ab Inbetriebnahme BER die Betriebsgenehmigung für den Flughafen

Tegel zu widerrufen bzw. von der Betriebspflicht zu befreien. Der derzeitige Widerrufbescheid sieht einen Widerruf der Betriebsgenehmigung mit Ablauf von sechs Monaten vor, nachdem die Verlängerung der künftigen Start- und Landebahn auf 3.600 m Länge und der Neubau der künftigen Start- und Landebahn des Verkehrsflughafens BER mit einer Länge von mindestens 4.000 m funktionsfähig in Betrieb genommen worden ist.
Die Verhandlungen über die Modalitäten der Rückgabe der Liegenschaft sind mit den Grundstückseigentümern bereits rechtzeitig im Hinblick auf die beabsichtigte Einstellung des Flugbetriebs, die für den 02. Juni 2012 vorgesehen war, aufgenommen worden und werden fortgesetzt. Gegenstand dieser Gespräche sind unter anderem die Regelungen der zwischen der Gesellschaft und dem Land Berlin beziehungsweise dem Bund geschlossenen Erbpachtverträge, nach denen eine verkehrswertorientierte Entschädigung vorgesehen ist, soweit die Gebäude und Anlagen einer weiteren Verwendung zugeführt werden können. Die BFG trifft bei Beendigung der Erbbaurechts- / Nutzungsverträge keine Rückbauverpflichtung für die Gebäude, Anlagen und Verkehrsflächen. Die BFG erhält bei Erlöschen des Erbbaurechts eine Entschädigung in Höhe von 50 % des Verkehrswertes für die vorhandenen Gebäude, soweit die Bauwerke bei einer künftigen planungsrechtlichen Ausweisung der Grundstücke einer Nutzung zugeführt werden können.
Im Hinblick auf die verzögerte Inbetriebnahme des Flughafens Berlin Brandenburg BER verschiebt sich entsprechend die Schließung des Flughafens Berlin-Tegel. Die BFG ist bezüglich dieser Problemstellung sowohl mit dem Bund, als auch mit dem Land Berlin in Gesprächen.
Betreffend der derzeitigen Nutzung der landeseigenen Flächen des Flughafens Berlin TXL ist zu berichten, dass der Erbbaurechtsvertrag aus dem Jahr 2008, auf dessen Grundlage die Nutzung durch BFG erfolgte, zum Jahresende 2011 ausgelaufen ist. Wie vertraglich vorgesehen, hat die BFG fristgemäß eine Verlängerung des Erbbaurechtsvertrages zu den gleichen Vertragskonditionen beantragt. Über die Bedingungen einer Verlängerung konnten sich BFG und Land Berlin nicht einigen. Unterschiedliche Ansichten gibt es insbesondere über die Punkte

- Höhe der Entschädigung, die die BFG vom Land Berlin erhält,
- Formulierung des von BFG geschuldeten Rückgabezustandes,
- Verantwortung für ggf. vorhandene Gebäudealtlasten / Sanierungspflichten,

die das Land Berlin neu regeln wollte. Eine Verlängerung des Erbbaurechtsvertrages zu den bestehenden Bedingungen war vom Land Berlin nicht gewollt.
Die Nutzung erfolgt derzeit auf Basis der Inhalte des vormaligen Erbbaurechtsvertrages, wenn auch letztlich ohne vertragliche Grundlage. BFG und Land Berlin verhandeln derzeit parallel über den Abschluss eines Nutzungsvertrags zur Regelung der Nutzung bis zur Rückgabe der landeseigenen Flächen an das Land Berlin und über die Modalitäten der Rückgabe.

Hinsichtlich der bundeseigenen Flächen ist die Nutzung durch die BFG weiterhin durch einen Erbbaurechtsvertrag und einen Nutzungsvertrag mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben geregelt. Dieser läuft weiter bis zur Aufhebung durch die Parteien, die die BFG im Nachgang zur Einstellung des Flugbetriebes verlangen kann. Der Nutzungsvertrag / Erbbaurechtsvertrag mit dem Bund sieht vor, dass die Rückgabemodalitäten in einer gesonderten Vereinbarung zu regeln sind, die im endverhandelten Entwurf vorliegt.

B.7 Rückgabe der Immobilie ehemaliger Flughafen Tempelhof

Der Flughafen Tempelhof wurde zum 31. Oktober 2008 geschlossen. Die Eigentümer der Immobilie des ehemaligen Flughafens Tempelhof hatten der BFG die Liegenschaft zum Betrieb des Flughafens Tempelhof mittels Überlassungsverträgen zur Verfügung gestellt. Dabei handelte es sich um einen Erbbaurechtsvertrag zwischen der BFG und dem Land Berlin und einen Nutzungsvertrag zwischen der BFG und der Bundesrepublik Deutschland. Nach Einstellung des Flugbetriebs am 30. Oktober 2008 hat die BFG die Immobilie des ehemaligen Flughafens Tempelhof an die Eigentümer, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und das Land Berlin, zurückgegeben.
Nach Auffassung der Grundstückseigentümer wäre die BFG ihrer Instandhaltungsverpflichtung nicht nachgekommen und hat gegen die BFG Klage erhoben. Das Verfahren ist durch gerichtlichen Vergleich des Landgerichts Berlin vom 27. April 2012 beendet worden.

B.8 Schadensersatzansprüche wegen Verschiebung der Inbetriebnahme des BER

Der FBB liegen Anspruchschreiben von Dienstleistern, Mietern, Airlines und weiteren Unternehmen mit der Forderung auf Schadensersatz / Regress auf Grund der Verschiebung der für den 3. Juni 2012 avisierten Inbetriebnahme des Flughafens Berlin Brandenburg vor. Die Air Berlin hat bereits Feststellungsklage gegen die FBB erhoben. Die überwiegende Anzahl der Schreiben macht die Forderungen zunächst nur dem Grunde nach geltend; beziffert sind die Anspruchsschreiben in den wenigsten Fällen bzw. allenfalls mit Schätzungen versehen. Auch die Klage der Air Berlin ist nur mit einem vorläufigen Gegenstandswert hinterlegt. Aus diesem Grund lässt sich derzeit keine abschließende Aussage über die gesamte Höhe der Forderungen der einzelnen Anspruchsteller machen. Die FBB prüft die Forderungen zusammen mit externen Rechtsanwälten, ob sie dem Grunde und der Höhe nach berechtigt sind. Dabei sind im Wesentlichen zwei Fälle zu unterscheiden:
(1) Anspruchsteller, die sich auf vertragliche Beziehungen mit der FBB berufen können und

(2) Anspruchsteller, die keine vertraglichen Beziehungen mit der FBB haben, die sich aber auf ein vorvertragliches Schuldverhältnis berufen können. Anspruchsteller, die in keine der beiden Kategorien fallen (wie zum Beispiel einzelne Passagiere oder Unternehmer im Umfeld des Flughafens) müssten mangels eines Schuldverhältnisses einen gesetzlichen Anspruch aus § 823 BGB nachweisen und begründen. Die FBB sieht keine der notwendigen Voraussetzungen für einen solchen Anspruch als gegeben an.
Liegen jedoch vertragliche Beziehungen vor, kommt eine verschuldensunabhängige Haftung in Betracht, die auf das Erfüllungsinteresse gerichtet ist. Dieser Anspruch ist weitergehend als Ansprüche, die sich aus vorvertraglichen Nebenpflichten und allgemeinen Aufklärungspflichten ergeben können, da diese nur bei einem Verschulden der FBB zum Tragen kommen und allein den Vertrauensschaden umfassen.
Grundsätzlich kann bereits festgestellt werden, dass nach einer vorläufigen Einschätzung der von einigen wenigen Anspruchstellern bereits geltend gemachten Schadenspositionen deutlich wird, dass zahlreiche behauptete Schäden voraussichtlich nicht ersatzfähig sind, weil diese auf ein Vertragsverhältnis abstellen und letztlich das Erfüllungsinteresse und den entgangenen Gewinn geltend machen, worauf kein Anspruch besteht solange kein Vertragsverhältnis vorliegt.
Die FBB geht davon aus, dass ein Teil der Forderungen über gerichtliche Streitigkeiten geklärt werden wird, da es insbesondere in den Fällen der zweiten Gruppe (keine vertragliche Beziehung) neue bzw. komplexe rechtliche Fragestellungen, notfalls über mehrere Instanzenzüge, zu klären gibt. Ein wesentliches Thema dieser Klagen wird es auch sein, den haftungsbegründenden Tatbestand (Verschulden der FBB) zu klären. Die gerichtliche Aufklärung dieser Frage dürfte vermutlich über 5 bis 7 Jahre Zeit in Anspruch nehmen.
Erkennbare Risiken wurden im Jahresabschluss durch die Bildung von Rückstellungen berücksichtigt. Weitere Risiken können nicht gänzlich ausgeschlossen werden, sind derzeit aber nicht hinreichend quantifizierbar.

B.9 BER-Projektverlauf

Die Werthaltigkeit wesentlicher Teile des Sachanlagevermögens gründet auf der Annahme der erfolgreichen Inbetriebnahme und des Betriebs des BER.
Nach Verschiebung des Eröffnungstermins im Mai 2012 wurden durch die FBB Bestands- und Mängelaufnahmen sowie Überprüfungen der genehmigungsrechtlichen Sachverhalte für das Fluggastterminal durchgeführt. Weitere Bestandsaufnahmen und Überprüfungen werden im Geschäftsjahr 2013 durchgeführt werden. Das Aufdecken weiterer Defizite in Planung und Bauausführung sowie bisher nicht bekannter genehmigungsrechtlicher Sachverhalte kann nicht ausgeschlossen werden.

Zur Sicherstellung der geplanten Eröffnung des BER müssen die in der Terminplanung für das Fluggastterminal definierten Meilensteine eingehalten werden. Um die hierfür notwendigen Maßnahmen zu gewährleisten, wurden sowohl auf Seiten der FBB als auch im Bereich der Objektplanung und Objektüberwachung für das Fluggastterminal neue Strukturen und Verantwortlichkeiten geschaffen. Als Voraussetzung für die Fertigstellung der sicherheitstechnischen Anlagen sowie die Beseitigung der festgestellten Mängel durch weitere Baumaßnahmen im Fluggastterminal werden die planerischen Grundlagen geschaffen. Für die Abarbeitung der baulichen Restleistungen sind klare Vorgaben für die ausführenden Firmen notwendig.
Zur Sicherstellung der Inbetriebnahme sind zudem die Erfüllung der genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen und die anschließende Erlangung der behördlichen Zustimmungen zwingend erforderlich. Daher ist die Genehmigungsbehörde eng in die laufenden Prozesse eingebunden.
Infolge der Verschiebungen des Eröffnungstermins wurden durch die FBB die Baukosten für den Flughafen BER mehrfach überprüft und aktualisiert.
Die Inbetriebnahme des BER steht auch in Abhängigkeit zur Bereitstellung von finanziellen Mitteln für das Projekt BER. Mit der im EU-Notifizierungsverfahren genehmigten Zuführung von Gesellschaftermitteln ist die Finanzierung sichergestellt.
Insgesamt ist davon auszugehen, dass der BER-Projektverlauf zu einem erfolgreichen Ende geführt werden wird.

B.10 Auswirkungen der Verschiebung der BER-Inbetriebnahme auf Tegel und Schönefeld

Aufgrund der Verschiebung des Inbetriebnahmetermins des neuen Flughafens BER, müssen die Bestandsflughäfen Tegel und Schönefeld länger in Betrieb bleiben als zunächst geplant. Einerseits ergeben sich daraus höhere Anforderungen für Instandsetzung und Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen zur Aufrechterhaltung eines weiterhin geregelten und sicheren Flugbetriebs. Die FBB hat für die Ertüchtigung der bestehenden Flughäfen ein Investitionsprogramm erstellt. Der Handlungsbedarf erstreckt sich auf die drei Bereiche Infrastruktur, Service und Personal. Andererseits ist mit den Nutzern des Flughafens (Airlines, Mieter etc.) über die längere Betriebsdauer des Flughafens zu verhandeln.

B.11 Auslastung der Mediennetze

Auf Grund der Verschiebung der Inbetriebnahme des BER besteht das Risiko, dass die von der FEW betriebenen Mediennetze in Schönefeld nicht voll ausgelastet sind und insoweit die Kosten nicht in voller Höhe weiterberechnet werden können. Des Weiteren besteht die Gefahr, dass der ermittelte Grundpreis aufgrund der zu geringen Auslastung der Anlagen zu hoch kalkuliert ist und von den Drittkunden nicht gezahlt wird.

B.12 Vermarktung der Flächen des Business Park Berlin

Die FBB plant die Veräußerung der verfügbaren Baufelder des Business Park Berlin. Die FBB wird die Vermarktungsaktivitäten intensivieren und geht deshalb davon aus, dass eine Vermarktung weiterhin erfolgreich sein wird und mit Inbetriebnahme des BER eine Belebung der Nachfrage einsetzen wird.

B.13 Finanzierung

Die Gesellschafter der FBB haben beschlossen, dass eine Kapitaleinzahlung in Höhe von EUR 1,2 Mrd. vorgenommen werden soll. Eine erste Rate wurde Anfang Januar 2013 von den drei Gesellschaftern an die FBB überwiesen (EUR 191,6 Mio.). Mit diesen zusätzlichen Gesellschaftermitteln, der BER-Langfristfinanzierung, der Leasingfinanzierung und der ILA-Finanzierung sind die gegenwärtig abschätzbaren finanziellen Bedarfe der FBB gedeckt. Die von der FBB aufgenommenen Kredite sind in voller Höhe durch Bürgschaften der drei Gesellschafter der FBB besichert. Nach der erneuten Verschiebung des Inbetriebnahmetermins ist ohne Nennung eines neuen Termins und abhängig von dem Zeitfenster bis zur Inbetriebnahme davon auszugehen, dass weiterer Finanzierungsbedarf besteht. Eine Einschätzung der Höhe ist erst möglich, wenn sämtliche Bestandsaufnahmen abgeschlossen und die noch erforderlichen weiteren Investitionen daraus konkret ermittelt worden sind sowie ein neuer Inbetriebnahmetermin benannt werden konnte.

B.14 Finanzinstrumente

Wesentliche Finanzinstrumente im Sinne des § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB bestanden bei der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2012 in der Form von Forderungen und Verbindlichkeiten. Der weitaus größte Teil der Verbindlichkeiten besteht gegenüber Kreditinstituten aus der BER-Langfristfinanzierung. Die Forderungen machen nur einen kleinen Anteil der Bilanzsumme aus. Abgesehen von der BER-Langfristfinanzierung ist die Gesellschaft daher bei der Verwendung der

Finanzinstrumente nur in branchenüblichem Maße Risiken aus Zahlungsstromschwankungen, Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken ausgesetzt.
Die Zinsen für die BER-Langfristfinanzierung stellen einen wesentlichen Bestandteil der Zahlungsverpflichtungen der FBB dar. Da sich die Zinskosten der BER-Langfristkredite auf Basis des variablen 3-Monats-Euribors ermitteln, wäre die FBB bei einer Änderung des Zinsniveaus bedeutenden Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt.
Die Gesellschaft hat sich deshalb mit Hilfe von Zinsswaps zum Teil gegen einen Anstieg des Zinsniveaus und damit einhergehende ansteigende Finanzierungskosten abgesichert. Das zu sichernde Risiko ist die Wertänderung der Zinszahlungen für die langfristige Fremdfinanzierung aufgrund sich ändernder 3-Monats-Euribor Zinssätze.
Die Sicherung wurde jedoch nur für einen Teil der aus den Finanzierungen der FBB erwarteten Zinszahlungen etabliert, so dass die aktuell niedrigen Zinsen der FBB zugutekommen.
Durch die Besicherung der Zinsswaps mit Avalen ist die FBB implizit Zinsänderungsrisiken über die Marktwerte der Zinsswaps ausgesetzt. Um dieses Risiko zu eliminieren, wurden die Zinsswaps restrukturiert. Die Verpflichtung zur Besicherung ist seit dem 15. März 2012 entfallen.
Mit der Inbetriebnahme des BER wird sich die Risikostruktur für die FBB ändern. Das Bau- und Inbetriebnahmerisiko sinkt sukzessive mit der Eröffnung des BER und operative Risiken eines Flughafens treten in den Vordergrund. Vor diesem Hintergrund hat die FBB die Sicherungsstrategie überprüft und sie entsprechend um die künftigen operativen Erfordernisse ergänzt.

B.15 Entflechtung gem. §§ 6 ff. EnWG

Das EnWG verpflichtet Energieversorgungsunternehmen zur Entflechtung gem. §§ 6 ff. EnWG. In einem Rechtsgutachten, dass im Jahr 2011 in Auftrag gegeben wurde, wurde festgestellt, dass es sich sowohl bei den Mediennetzen am Standort Flughafen Schönefeld (Altflughafen) als auch bei den stromseitigen Energieanlagen am Standort Flughafen Tegel um Kundenanlagen nach § 3 Nr. 24a EnWG handelt. Aus der Einstufung der stromseitigen Energieanlagen als Kundenanlage folgt, dass der Konzern den Regulierungsvorgaben des EnWG für Netzbetreiber nicht unterliegt. In den Geschäftsjahren 2011 und 2012 wurden jedoch bereits Maßnahmen getroffen, um die rechtlichen Vorgaben der buchhalterischen Entflechtung gem. §§ 6 ff. EnWG ab der Inbetriebnahme des neuen Flughafens Berlin Brandenburg umsetzen zu können.

B.16 Verbesserung der Wirtschaftlichkeit

Wesentlicher Pfeiler des Finanzierungskonzepts ist die beständige Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens. Dies ist auch eine essentielle Voraussetzung zur Bedienung der finanziellen Verpflichtungen.
Infolge der Verschiebung des Inbetriebnahmetermins wird es kurzfristig nicht möglich sein, das zuvor bereits erreichte Profitabilitätsniveau zu halten. Um dennoch den erforderlichen Finanzierungsbeitrag zu leisten und die Zahlungsverpflichtungen auch langfristig bedienen zu können, ist es erforderlich, ein verträgliches Niveau nicht zu unterschreiten und mit dem BER, unter den dann neuen Rahmenbedingungen, auf den bisherigen Erfolgspfad zurückzukehren.
Vor diesem Hintergrund werden sämtliche Kosten und Erlöse einem entschlossenen Controlling unterzogen.
Ein wichtiger Aspekt ist dabei das konsequente Management der Betriebskosten. Hier wird darauf geachtet, dass die Betriebskonzepte und die vertraglichen Leistungen (z. B. für Wartung und Instandhaltung) den Vorgaben des Business Plans, der die Grundlage für das Finanzierungskonzept bildet, entsprechen.

B.17 Allgemeine Risiken

Allgemeine, nicht weiter im Einzelnen aufgeführte Risiken sind im Risikomanagementsystem des FBB-Konzerns erfasst und unter laufender Beobachtung.

B.18 Würdigung des Gesamtrisikos

Das Risikomanagementsystem der FBB wies für das Geschäftsjahr 2012 weder eine Bestandsgefährdung durch Einzelrisiken noch durch aggregierte Risiken auf. Auch für das Jahr 2013 sind bestandsgefährdende Risiken nicht erkennbar.

04 Ausblick und Chancen

A Entwicklung des Geschäftsbetriebes

A.1 Aviation Management / Verkehrsentwicklung

Der Flughafenverband ADV erwartet für 2013 aufgrund des rückläufigen innerdeutschen Verkehrs und einer Abschwächung des europäischen Verkehrs ein minimales Wachstum von lediglich 0,4 % an den deutschen Flughäfen.
Die Folgen der Eurokrise und die damit verbundenen Sparmaßnahmen in vielen Ländern Europas wirken sich negativ auf die Wirtschaftsentwicklung und das Konsumverhalten der Verbraucher aus, was sich in einer verhaltenen Verkehrsentwicklung niederschlagen wird.
Ausschlaggebend für den Abwärtstrend sind zudem marktinterne Entwicklungen. Die steigenden Kerosinpreise, die Luftverkehrsabgabe und der intensive Wettbewerb im globalen und preissensiblen Luftverkehrsmarkt haben zu umfassenden Konsolidierungsmaßnahmen bei den Fluggesellschaften geführt. Aus diesem Grund geht der ADV davon aus, dass sich Airlines im Linien- und Charterverkehr verstärkt aus der Fläche zurückziehen und sich mit Frequenzanpassungen auf die mittelgroßen Flughäfen und die Hubs konzentrieren werden. Dieser Trend kam auch im Jahr 2012 der Sonderrolle der Berliner Flughäfen Schönefeld und Tegel zugute. Während die Großkunden Air Berlin, Lufthansa und EasyJet ihre Streckennetze generell angepasst haben, blieben umfassende Kürzungen am Standort Berlin jedoch bis Dato aus. Für 2013 deutet sich bislang keine grundlegende Änderung der Strategie der Großkunden an.
Air Berlin baut das Drehkreuz durch Frequenzverdichtungen sowie einzelne neue Strecken aus, einschließlich einer neuen Langstreckenverbindung nach Chicago (ab März 2013). Lufthansa – die ab Juli 2013 den Großteil aller Strecken ex Berlin mit der „neuen“ Germanwings bedienen wird – sowie EasyJet haben ebenfalls neue Strecken angekündigt.
Es ist aber zu erwarten, dass sich nach zehn Jahren, in denen sich der Luftverkehr in der Hauptstadtregion besser entwickelt hat als im Bundesdurchschnitt, das Wachstum verlangsamen wird. Zum einen sind die wesentlichen Märkte Europas größtenteils schon erschlossen, zum anderen besteht auf vielen Märkten eine hohe Wettbewerbsdichte, die zu Streckenstreichungen durch einzelne

Airlines führen kann. Ebenso kann man davon ausgehen, dass sich Airlines aufgrund des Kapazitätsengpasses in Tegel mit zusätzlichen Strecken schwer tun werden. Dies betrifft wahrscheinlich auch Langstrecken.
Aus diesem Grund rechnen die Flughäfen Schönefeld und Tegel zusammen für 2013 mit einem geringen Wachstum im niedrigen einstelligen Prozentbereich. Dabei ist zu erwarten, dass unter den beiden Flughäfen Tegel ein vergleichsweise stärkeres Wachstum ausweisen und in Schönefeld eher mit einem geringen Rückgang zu rechnen sein wird. Als Wachstumstreiber werden vor allem Umsteigepassagiere sowie eine höhere Auslastung der Flugzeuge angesehen.

A.2 Non-Aviation-Management

Der Ausbau der Mietflächen am BER wurde in enger Abstimmung mit den Mietern in den ersten Monaten 2012 weit vorangetrieben und wird bis zur Eröffnung des neuen Flughafens finalisiert. Die Bestandsmieter werden weiterhin intensiv betreut, so dass die gute Mieter-Performance beibehalten und aus Sicht der Kunden an den Bestandsflughäfen ein bestmöglicher Service geboten werden kann.
Die Vermarktung der Werbeflächen am BER wird nicht wie ursprünglich geplant von einem Werbekonzessionär, sondern von der FBB selbst durchgeführt. Hierbei kann auf das bereits existierende Know-how zurückgegriffen und die zukünftige Ertragslage gesteigert werden.

A.3 Real Estate Management

Aufgrund der positiven Marktnachfrage wurde 2013 die Ausschreibung eines weiteren Hotels in der Airport City gestartet. Mittelfristig wird in der Airport City großes Potential zur Realisierung eines weiteren Büroprojektes gesehen.
Um einen möglichen weiteren Flächenbedarf von Unternehmen und Betrieben, die am Flughafen direkt angesiedelt sind, entsprechen zu können, wird gemeinsam mit der Gemeinde Schönefeld die Planrechtschaffung von zwei Gewerbegebieten eingeleitet.
Die im Jahr 2011 erstellten planerischen Konzepte zur Nutzungsänderung des Bestandsflughafens Schönefeld werden im Jahr 2013 weiter ausgearbeitet und

konkretisiert; ferner werden Maßnahmen zur Schaffung von Planungs- und Baurecht ergriffen. Damit soll die Grundlage für eine stadtplanerisch anspruchsvolle sowie ökonomisch attraktive Nachnutzung der Liegenschaften um den bestehenden Flughafen Schönefeld geschaffen werden. Ausgangspunkt dieser Entwicklungen sind der neue Protokollflughafen der Bundesregierung sowie die geplante Ansiedlung der Business Aviation.
Für den Business Park Berlin wurde im Geschäftsjahr 2011 die Realisierung des zweiten Erschließungsabschnitts begonnen und durchgeführt. Damit sind sämtliche bereits veräußerten Flächen erschlossen.
Die Entwicklungsflächen am BER bergen langfristig erhebliches städtebauliches und wirtschaftliches Potenzial für die FBB wie auch für die Länder Berlin und Brandenburg. Die Hebung dieser Potentiale setzt indes die Eröffnung des BER voraus. Die Kommunikation der Projektentwicklungspotentiale am BER setzt ferner ein geeignetes Umfeld öffentlicher Meinungsbildung voraus. Es ist daher vorgesehen, diese proaktive öffentliche Kommunikation nach Eröffnung des BER zu starten.

B Wirtschaftliche Entwicklung

Im Jahr 2013 werden die Umsatzerlöse voraussichtlich auf dem Vorjahresniveau liegen. Die operativen Aufwendungen werden hingegen überproportional ansteigen. Dazu tragen insbesondere die Ertüchtigung der beiden Bestandsflughäfen zur Gewährleistung eines weiterhin sicheren und reibungslosen Betriebs, die notwendigen erheblichen Anstrengungen zur Revitalisierung des BER-Projekts, die gegenüber 2012 steigenden Abschreibungen auf weitere, bereits fertiggestellte BER Anlagen und die höheren Zinsaufwendungen aus gestiegener Fremdkapitalaufnahme bei. Gegenläufig wirkt sich im Jahr 2013 der Wegfall der Probebetriebskosten (ORAT) aus, so dass insgesamt die Aufwendungen auf Vorjahresniveau erwartet werden.
Insgesamt wird im Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresfehlbetrag gerechnet, der in etwa in Höhe des Vorjahres liegen wird.
Die weitere Entwicklung über das Jahr 2013 hinaus ist geprägt von dem Zeitpunkt der Eröffnung des BER, da erst mit Eröffnung ein deutlicher Umsatzanstieg und eine Verbesserung des Jahresergebnisses zu erwarten ist.

C Der neue Flughafen Berlin Brandenburg

Für das Jahr 2013 ist zentrale Zielsetzung im Projekt BER der Abschluss der Bestandsaufnahmen und die Fortsetzung der für die Inbetriebnahme erforderlichen Maßnahmen. Dies beinhaltet insbesondere die Beseitigung der vorhan-

denen baulichen Mängel sowie die Fertigstellung der sicherheitstechnischen Anlagen im Fluggastterminal. Weitere Schwerpunkte sind die Durchführung von Sachverständigenabnahmen, Inbetriebnahmen und Testläufen für die haustechnischen Anlagen und die Erlangung der notwendigen behördlichen Freigaben für das Fluggastterminal. Das geplante Investitionsvolumen für das Projekt BER im Jahr 2013 wird voraussichtlich Vorjahresniveau erreichen.
Da neue Vergaben (z. B. Küchentechnik Mitarbeiterkantinen Terminal, Kompensationsmaßnahme Zülowniederung) in 2013 nur noch in sehr geringem Umfang anstehen, ist das Investitionsvolumen in erster Linie auf die Ergänzung und Ertüchtigung der vorhandenen Anlagen und das Erfüllen bereits vorliegender Verträge und Nachträge zurückzuführen.
Im Jahr 2012 wurde bereits ein Großteil der Baumaßnahmen außerhalb des Terminalgebäudes abgeschlossen. Die wesentlichen Meilensteine für das Jahr 2013 stehen daher überwiegend im Zusammenhang mit der Fertigstellung des Fluggastterminals:

- Abschluss aller Abnahmen für die betriebsspezifischen Gebäude Anfang 2013
- bauliche Fertigstellung Fluggastterminal
- Abschluss aller behördlichen Abnahmen Drittinvestitionsobjekte in Abhängigkeit zur Fertigstellung Fluggastterminal
- Durchführung der Verbundtests im Fluggastterminal
- bauliche Fertigstellung der Pavillons bis Mitte 2013
- Vorbereitung der Nutzungsfreigabe Terminal durch das Bauordnungsamt
- Pflanzungs- und Waldumbaumaßnahmen für die Kompensationsmaßnahme in der Zülowniederung ab Ende 2013
- Beginn Lückenschluss Straßenbaulos 2 (nach Außerbetriebnahme Schönefeld alt)

Darüber hinaus wird mit Augenmaß in die länger als geplant in Betrieb bleibenden Bestandsflughäfen Tegel und Schönefeld investiert, um auch weiterhin einen geregelten und sicheren Flugbetrieb zu gewährleisten.

Schönefeld, 26. Februar 2013

gez. Horst Amann

Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung

Anlage 4

Friedrichstadt-Palast

Betriebsgesellschaft mbH, Berlin

Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2012

I. Geschäftsentwicklung und Marktumfeld

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH (im Folgenden „Friedrichstadt-Palast", „die GmbH" oder „die Gesellschaft") wurde im Jahr 1995 gegründet. Alleiniger Gesellschafter ist das Land Berlin. Die GmbH hat einen Kulturauftrag, der sich aus dem Gesellschaftsvertrag sowie einem Zielbild des Landes Berlin als Zuwendungsgeber ergibt. Der Friedrichstadt-Palast hat eine Alleinstellung in Deutschland und Europa – ein vergleichbares Angebot existiert nicht. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Revuetheaters „Friedrichstadt-Palast". Auftrag ist der Erhalt und die Entwicklung des einzigartigen künstlerischen Profils des Theaters, an dem das Land Berlin als alleiniger Gesellschafter ein außerordentliches kulturpolitisches Interesse hat. Der Auftrag wird ergänzt um die Verpflichtung zur Förderung des Kinder- und Jugendtheaters, auch als Teil des Berliner Modells für kulturelle Bildung.

Die GmbH hat im Jahr 2012 ein sehr gutes Geschäftsergebnis erzielt und erreichte mit einem Umsatz aus Kartenerlösen in Höhe von 20.094 TEUR gegenüber dem Rekordjahr 2011 (20.492 TEUR) einen Umsatz, der um lediglich 398 TEUR niedriger ausfiel; dies, obwohl im Jahr 2012 aufgrund der Endprobenphase rund ein Monat weniger Spielzeit zur Verfügung stand. Die Produktionen des Spielplans erzielten alle deutlich höhere Umsätze aus Ticketverkäufen als geplant und waren auch unter dem Gesichtspunkt der Auslastung sehr erfolgreich: Mit 440.296 Besuchern (ohne Freikarten) bei 279 Vorstellungen lag die Auslastung bei 83,2 % und damit nur geringfügig niedriger als im Rekordjahr 2011 (446.982 Besucher, 282 Vorstellungen, 83,73 % Auslastung).

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und des Jahresüberschusses in Höhe von 760 TEUR konnte die GmbH den noch bestehenden Verlustvortrag (per 31.12.2012 ohne Berücksichtigung des Jahresüberschusses: -4.821 TEUR) weiter abbauen. Der Wirtschaftsplan sah einen Jahresüberschuss von 208 TEUR vor.

Auch das vom Land Berlin gewährte Darlehen konnte planmäßig anteilig getilgt werden. Die Stabilität der GmbH hat damit weiterhin zugenommen. Das wirtschaftliche Hauptziel des Jahres wurde damit mehr als übertroffen.

Gerade die beiden großen Produktionen des Geschäftsjahres, die Show „Yma – zu schön um wahr zu sein“ und die Neuproduktion „SHOW ME“ haben von den Besuchern und vom Medienecho her den Bekanntheitsgrad des Friedrichstadt-Palastes sowie das Image national und auch international deutlich gesteigert. Die Qualität der Shows hat internationales Niveau und bei vielen Berlin-Besuchern zählt der Friedrichstadt-Palast zum festen Programmpunkt. Europas größter Show-Palast ist damit zugleich der einzige Entertainmentstandort Berlins mit internationaler Ausstrahlung.

Der Kulturstandort Friedrichstadt-Palast wurde im Jahr 2012 – inklusive Hausvermietungen, Berlinale und dem Untermieter Quatsch Comedy Club, der nunmehr seit 10 Jahren die Kleine Bühne erfolgreich bespielt - von rund 700.000 Besuchern frequentiert. Im Theaterbereich steht das Haus mit der größten Theaterbühne der Welt damit in Deutschland weiterhin an der Spitze.

Die Stellung des Hauses innerhalb der wenigen internationalen Entertainmentstandorte soll weiter ausgebaut werden. Trotz der verschobenen Eröffnung des Großflughafens Berlin Brandenburg hat der Anteil ausländischer Besucher in Berlin zugenommen, hier liegt auch weiterhin großes Potential für das Theater. Die internationale Ausrichtung der Shows wird weiter verstärkt und in die Attraktivität der Produktionen investiert.

Die Geschäftsleitung hat auch im Jahr 2012 das Haus organisatorisch und betriebswirtschaftlich weiter optimiert und die Voraussetzungen für künftige Strukturen und Projekte geschaffen. Zu den Schwerpunkten zählte die Erarbeitung und Verhandlung neuer Lohn- und Vergütungsbedingungen und die Auswahl und erfolgreiche Verhandlung für ein neues Autorenteam für die Große Show 2014.

Die Strukturen der Vermarktung und des Vertriebs wurden weiter ausgebaut, insbesondere im Social Media Bereich. Ein besonderes Augenmerk wurde auch auf die Optimierung des Servicegedankens generell gelegt: der Besucher soll sich im Friedrichstadt-Palast rundum wohl und optimal betreut fühlen. Auch dies zahlt sich für die Marke aus.

Die im Dezember 2011 neu eröffnete Wall-Sky-Lounge mit sechs Plätzen im Höchstpreissegment hat im ersten Jahr ihres Betriebs eine überaus positive Bilanz zu verzeichnen. Die Investition hat sich gelohnt, denn der FSP kann damit ein sehr exklusives Angebot machen, welches es so in keinem anderen Theater gibt. Wir gehen davon aus, dass die Investitionen sich bei gleichbleibendem Erfolg planmäßig nach vier Jahren amortisieren – der Imageeffekt in der Zielgruppe einer sehr exklusiven und zahlungskräftigen Klientel kommt hinzu. Mit der neuen Produktion „SHOW ME“ wurde die Anordnung der Sitzplätze der ersten Saalreihe neu gefasst. Extra für die Produktion gibt es nun sogenannte Centerplätze auf der Bühne. Die Anzahl der Sitzplätze insgesamt inklusive Wall-Sky-Lounge wurde damit zwar

geringfügig von 1899 auf 1891 reduziert, da die Struktur der Preisgruppen aber angepasst wurde, hat dies keinen wirtschaftlichen Verlust zur Folge.

Das Jahr 2012 war geprägt von den Vorbereitungen einer neuen Großen Show. Ein Jahr, in dem eine Große Show zur Premiere gelangt, steht organisatorisch und finanziell unter sehr extremen Bedingungen: der „Lebenszyklus“ der alten, laufenden Show nimmt nach annähernd zwei Jahren (rd. 480 Vorstellungen) in der Regel ab und erzielt damit nicht mehr die höchsten Umsätze. Gleichzeitig muss die neue Große Show vollständig finanziert werden, wobei erschwerend hinzukommt, dass aufgrund der besonderen Produktionsbedingungen des Hauses das Theater für annähernd drei Monate zwecks Ausbau, Umbau und Endproben schließen muss und damit keine (oder nur sehr geringe) Einnahmen erzielt werden. Als Einproduktunternehmen steht die GmbH zudem unter dem Druck, dass die neue Show schon wegen des sehr hohen Grades der Eigenfinanzierung erfolgreich sein muss. Da die Produktionen des FSP aufgrund des mittlerweile international hohen Images auch deutlich aufwändiger werden – Show Me hatte im Vergleich zu Yma ein um rd. 1.000 TEUR höheres Produktionsbudget – steigt auch das wirtschaftliche Risiko der Unternehmung.

Ein „Produktionsjahr“ entscheidet damit auch über die künftige Existenz des Hauses. Entsprechend hoch ist auch der mentale Druck auf die gesamte Belegschaft, den es in dieser Konsequenz in keinem anderen Kulturbetrieb geben wird.

In einem solchen Jahr kommt der Liquiditätssteuerung entscheidende Bedeutung zu, da die GmbH als Zuwendungsempfänger natürlich nicht über außergewöhnlich hohe Liquiditätsreserven verfügt. Im Jahr 2012 haben wir deshalb höchst vorsorglich erstmals einen Kontokorrentkredit bei der Sparkasse Berlin verhandelt, der vom Aufsichtsrat bestätigt wurde. Die guten Monatsergebnisse zum Ende der Show Yma (auch bedingt durch die werbliche „Schließungskampagne“) und die optimale finanztechnische Vorbereitung der neuen Show, verbunden mit einer sehr präzisen Liquiditätsplanung haben dazu geführt, dass wir diese Kreditlinie zu keiner Zeit in Anspruch nehmen mussten.

Aufgrund der deutlich längeren Schließphase für den Produktionsaufbau von SHOW ME konnten die Werte des Rekordjahres 2011 (in dem es keine solche lange Schließphase gab) nicht erreicht werden. Dies wurde schon vor einem Jahr prognostiziert. Umso erfreulicher ist, dass nach nur drei Monaten Spielzeit SHOW ME mit 166.767 zahlenden Gästen bereits weit über den Werten der Vorgängerproduktion Yma lag (+ 32.000 Zuschauer im gleichen Zeitraum). Die Zeichen für eine erfolgreiche Fortsetzung im Jahr 2013 stehen bestens. Auch die Vorreservierungen liegen auf hohem Niveau: Ende Mai 2013 waren bereits über 430.000 Tickets verkauft und reserviert.

Aufgrund des fulminanten Starts von SHOW ME erzielte der Palast das zweitbeste Wirtschaftsjahr seiner Geschichte und lag im Kartenumsatz 2.623 TEUR über der ursprünglichen Jahresplanung. Trotz der genannten Umbauphase lag der Ticketumsatz mit 20.094 TEUR im abgelaufenen Jahr nur geringfügig unter dem des Rekordjahres 2011 (20.492 TEUR). Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass die Show Yma im Geschäftsjahr auslief.

Anlage 4

Das Geschäftsjahr entwickelte sich auch deshalb deutlich positiver, weil die Produktion „Yma zu schön um wahr zu sein“ bis Juli noch eine erfreuliche Auslastung von über 75 % erreichte. Die Show ist mit 462 gespielten Vorstellungen, 692.191 Besuchern (ohne Freikarten) und einem Gesamtumsatz von 34.197 TEUR die erfolgreichste Produktion in der Geschichte des Hauses. Sie erreichte in ihrer zweijährigen Spielzeit eine Gesamtauslastung von 79,15 %!

Auch der durchschnittliche Ticketerlös konnte bei den Großen Shows nochmals von 50,45 EUR im Jahr 2011 auf 51,98 EUR gesteigert werden. Nennenswerte Rabatte und Preisreduzierungen – außer den üblichen sozialen Ermäßigungen – mussten aufgrund der guten Nachfrage nicht gegeben werden.

Nach wie vor legt der Friedrichstadt-Palast großen Wert auf eine soziale Spreizung des Preisgefüges. Der Einstiegspreis für ein Ticket liegt unverändert bei 18,90 EUR (inklusive Gebühren). 2.239 sozial benachteiligte Menschen haben mit dem „Berlin-Pass“ des Senats die Aufführungen im Jahr 2012 für nur drei Euro pro Ticket besucht. Die teuersten Tickets in der exklusiven „Wall Sky Lounge“ (eigener Parkplatz, eigene Bar, Ledersessel) kosten 250 EUR.

Die Premiere der Produktion SHOW ME erzielte regional und überregional ein großes Medienecho. Sicher spielte dabei auch die Verpflichtung des Modeschöpfers Christian Lacroix für das Kostümbild eine große Rolle, jedoch ist die Aufmerksamkeit (und Erwartungshaltung) der Öffentlichkeit bei Neuproduktionen des Friedrichstadt-Palastes generell gestiegen. Waren im Jahr 2007 noch 462 Medienveröffentlichungen im Jahr zu verzeichnen, hat sich die Zahl bis 2011 auf 3.390 Veröffentlichungen gesteigert – inkludiert mittlerweile auch national Berichterstattung, große überregionale Magazine und Zeitschriften. Entscheidend ist gleichwohl am Ende das Produkt: SHOW ME ist die bisher aufwendigste Produktion des Hauses. Das Konzept, die Ideen der genialsten Macher der Revuegeschichte (Ziegfeld, Berkeley und Williams) in einer modernen Show zu vereinen und ins Heute zu übersetzen, hat die Erwartungshaltungen des Publikums an eine hochklassige, internationale Show augenscheinlich getroffen. Mit 162 Mitwirkenden, davon über 100 Künstlern auf der Bühne, ist SHOW ME zugleich die weltweit größte Ensuite-Show. Die Auslastung betrug in den ersten drei Spielmonaten bereits 88,6 %, wobei der Dezember besonders hervorzuheben ist: mit einem Umsatz von 4.446 TEUR lag er so gut, wie nie ein Spielmonat zuvor.

Die Kindershows (2. Serie Schneekönigin und Uraufführung Ganz schön anders) erhielten mit insgesamt 95,29 % Auslastung in Berlin und der Region wiederum eine sehr hohe Aufmerksamkeit – 82.909 zahlende Besucher. Wir stellen aber auch fest, dass die Aktivitäten der Schulen für Theaterbesuche geringfügig nachlassen – die Beliebtheit des Programms für Kinder und Jugendliche ist jedoch ungebrochen. Die Neuproduktion Ganz schön anders spielte erstmals in (einem leicht modifizierten) Bühnenbild der Großen Show, was für das Theater die Kosten reduziert, für das Publikum jedoch den positiven Effekt hat, dass die Kinder in den Genuss des Erlebnisses einer sehr aufwändigen, erstklassigen Ausstattung kommen. Die Kinderproduktion soll in zwei Jahren wieder aufgenommen werden.

Im Bereich der kulturellen Bildung engagierte sich das junge Ensemble weiterhin für das Projekt Theater und Schule (TUSCH), wurde zu mehreren Festivals eingeladen erhielt eine Auszeichnung. Der Friedrichstadt-Palast wurde im Geschäftsjahr zudem mit einem Sonderpreis des Deutschen Kinderhilfswerks e. V. für sein Engagement im Bereich der Kinder-und Jugendarbeit ausgezeichnet.

Das Eigenkapital liegt nunmehr bei 4.236 TEUR, bei Verbindlichkeiten in Höhe von 2.582 TEUR aus dem Gesellschafterdarlehen 2008. Der positive Weg der letzten Jahre hielt also auch 2012 an.

Das Land Berlin gewährte dem Friedrichstadt-Palast im Rahmen von Zuwendungsbescheiden im Geschäftsjahr eine jährliche institutionelle Förderung als Festbetragsfinanzierung zur Deckung des sich aus dem Betrieb ergebenden Fehlbedarfs und zur Erfüllung des kulturpolitischen Auftrags in Höhe von 8.013 TEUR. Die Erhöhung gegenüber dem Jahr 2011 (6.457 TEUR) ergibt sich daraus, dass

1. der Friedrichstadt-Palast ab 2012 eine Kostenmiete für die Berliner-Immobilien-Management GmbH zu zahlen hat, auf die die Gebäudezuständigkeit übergeht (im Jahr 2012: 1.248 TEUR)

2. ein Betrag in Höhe von 200 TEUR für allfällige Tariferhöhungen und

3. ein Betrag in Höhe von 107 TEUR zum Ausgleich der Verpflichtungen nach dem Mindestlohngesetz bei Dienstleistern des FSP

zugestanden wurde.

Des Weiteren wurden auf Antrag zusätzlich 11,5 TEUR bewilligt, da die GmbH zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen hat.

Für das Jahr 2013 ist eine Zuwendung in Höhe von 8.297 TEUR bewilligt.

Der Friedrichstadt-Palast hat im Jahr 2012 mit dem Land Berlin einen Zuwendungsvertrag über die Zuwendungen bis einschließlich 2016 abgeschlossen (2014-2016: 8.297 TEUR). Damit ist auch eine Planungssicherheit für die GmbH gegeben, wenngleich tarifliche Steigerungen dort bisher nicht berücksichtigt wurden.

Der Wirtschaftsplan 2013 wurde vom Aufsichtsrat der GmbH am 11.12.2012 beschlossen. Er sieht einen Jahresüberschuss in Höhe von 346 TEUR vor.

Anlage 4

2. Produktion/Angebot

Es wurden folgende eigene Produktionen zur Aufführung gebracht (U= Uraufführung)

- Yma – zu schön um wahr zu sein 134 Vorstellungen
- Kindershow „Die Schneekönigin“ 15 Vorstellungen
- Kindershow „Ganz schön anders“ (U) 31 Vorstellungen
- SHOW ME (U) 99 Vorstellungen (incl. 14 Previews)

Ferner wurde in Koproduktion eine Gala für das Kinderhilfswerk veranstaltet. Im April fand wiederum die Verleihung des Deutschen Filmpreises im Friedrichstadt-Palast statt.

Der Bundeswettbewerb Gesang und der Quatsch Comedy Club sind wie bisher feste Mieter im Haus.

Die Berlinale wurde im vierten Jahr in Folge im Friedrichstadt-Palast veranstaltet. Auch in diesem Jahr war der FSP für das Festival wieder die größte und sicher auch wirtschaftlich bedeutendste Spielstätte.

An sonstigen spielfreien Tagen und vormittags fanden Hausvermietungen statt (insgesamt 59, im Vorjahr 70). Die Hausvermietungen sind in den letzten Jahren zurückgegangen, stabilisieren sich nun aber sowohl von der Anzahl als auch von den Umsätzen her. Grund für diese Entwicklung ist einerseits, dass es auf dem Markt sehr viele Angebote gibt, deren Qualität zu schlecht ist, als dass wir sie im FSP zeigen würden; auch ein schlechtes Gastspiel fällt auf den FSP zurück.

Außerdem hat sich in den letzten Jahren die Nachfrage nach Veranstaltungen mit bis zu 2.000 Plätzen reduziert, da für Tagesgastspiele diese Kapazität nicht besonders hohe Deckungsbeiträge bringt. Die Veranstalter weichen auf Orte mit über 2.000 Plätzen aus. Auf die Umsätze aus Hausvermietungen kann die GmbH jedoch nicht verzichten. Ein dem Aufsichtsrat vorgelegtes und beschlossenes Konzept zur Neuausrichtung in diesem Bereich scheint erste Wirkung zu zeigen, insbesondere in Bezug auf Kundenbindung der Agenturen.

Hervorzuheben ist schließlich ein Auftritt des Yma-Ensembles bei der Samstagabendshow „Willkommen bei Carmen Nebel“. Bei Veranstaltungen ohne Fernsehübertragung treten die Künstler des FSP mittlerweile grundsätzlich nicht mehr auf, es sei denn, dies ergibt sich aus bestimmten Kooperationen oder Konstellationen.

Die Nachfrage nach Backstage-Führungen war auch im Jahr 2012 hoch. Dennoch wird der Friedrichstadt-Palast dieses spezielle Angebot ab 2013 nicht mehr aufrechterhalten, da Störungen des Probenbetriebes nie wirklich ausgeschlossen werden konnten. Hinzu kommt,

dass der Blick „Hinter die Kulissen“ gerade in einem Show-Theater doch sehr stark die Illusion nimmt und der Aufwand nicht im Verhältnis zu den doch geringen Erträgen steht.

Das Gesamtangebot betrug im Geschäftsjahr 357 Veranstaltungen ohne Führungen und externe Auftritte, im Vorjahr 397. Sämtliche Veranstaltungen fanden im Großen Saal statt. Die Reduzierung ergibt sich zum einen aus dem Endprobenzeitraum für die neue Große Show – jedoch ist im Bereich der Hausvermietungen/Gastspiele im Jahr 2012 eine Reduzierung der Veranstaltungen zu verzeichnen, da Angebote von Veranstaltern teilweise nicht mit unserem Image in Übereinstimmung zu bringen waren und der Markt sich generell derzeit als schwierig erweist. Die Geschäftsleitung hat hierzu dem Aufsichtsrat einen entsprechenden Bericht und ein Neukonzept vorgelegt.

Der Kulturstandort Friedrichstadt-Palast hat seine Spitzenstellung weiter behauptet. Eigenproduktionen, Hausvermietungen, die Internationalen Filmfestspiele Berlin und der Quatsch Comedy Club haben zusammen fast 700.000 Gäste in den Show-Palast und die Berliner Mitte gezogen. Im Kultur- und Tourismussegment der Hauptstadt erfüllt der Friedrichstadt-Palast damit mittlerweile wieder eine Leuchtturmfunktion.

3. Entwicklung der Branche

In Berlin, national und auch international war das beherrschende Thema die Verschiebung der Eröffnung des Großflughafens. Erkennbar hat dies für den FSP keine Auswirkungen gehabt, wenngleich möglicherweise bestimmte Wachstumspotentiale – gerade im internationalen Geschäft – noch nicht genutzt werden konnten. Ansonsten bewegten sich die Tourismuszahlen weiterhin auf sehr hohem Niveau. Der Friedrichstadt-Palast arbeitet mit beim Runden Tisch Tourismus, ist Mitglied der Theatergemeinschaft East End, der Berlin Stars, der Deutschen Zentrale für Tourismus sowie dem Verbund der Gewerbetreibenden in Berlin-Mitte.

Die regionalen Angebote im Bereich Unterhaltung beobachten wir, mit zunehmender Herausarbeitung der Einmaligkeit der Produktionen des Friedrichstadt-Palastes besteht hier aber eindeutig keine Konkurrenz. Neue Angebote sind im Geschäftsjahr auf dem regionalen Markt nicht hinzugekommen, auch temporäre Gastspiele großer (internationaler) Produktionen wie Cirque du Soleil halten sich sehr in Grenzen und beeinträchtigen den FSP nicht. Insofern sind sie – wie bereits in den Vorjahren beschrieben – für den Entertainmentstandort befruchtend. Festzustellen ist, dass es durchaus kleinere Mittbewerber gibt, die versuchen, z. B. unsere Marketingstrategien zu kopieren. Wir werden dies weiter beobachten und ggf. dagegen vorgehen.

National gilt auch weiterhin: es bestehen aufgrund der eindeutigen Alleinstellung des Hauses keine anderen Angebote, jedenfalls nicht jenseits des etablierten Musicalsektors, mit dem wir nur begrenzt vergleichbar sind. In Hamburg zeichnet sich eine gewisse Konkurrenz verschiedener Musicalunternehmen ab, die aber aus unserer Sicht aufgrund des anhaltend hohen Tourismusaufkommens in Berlin den hiesigen Standort nicht beeinträchtigen wird. Die

Entwicklung von Hamburg als „Musicalhauptstadt“ spricht dafür, den Friedrichstadt-Palast weiter zu stärken, um auch in Berlin im Bereich der Populärkultur ein starkes touristisches Standort-Asset zu haben.

International sind die Produktionen des Friedrichstadt-Palastes zu messen an großen Produktionen in Las Vegas und teilweise in New York und Macau. Der Markt wird weiterhin aktiv beobachtet, wenngleich die Produktionsbedingungen und Finanzierungsformen deutlich andere sind. Als Produzenten international herausragender Showproduktionen gelten neben dem Kanadischen Unternehmen Cirque du Soleil das belgische Unternehmen Dragone Productions und die Radio City Music Hall mit einer speziellen Wintershow. Größere Innovationen oder herausragende neue Showproduktionen waren im Geschäftsjahr international nicht zu verzeichnen. So ist zu beobachten, dass große Showproduktionsunternehmen ein ähnliches „Grundgerüst“ einer Show verwenden, mit lokalen Inhalten ergänzen und entsprechend an unterschiedlichen Orten aufführen. Daneben gibt es einen zunehmenden Markt für kleinere Showproduktionen auf Kreuzfahrtschiffen, die jedoch weder qualitativ noch von der Größe mit dem FSP vergleichbar sind.

Im Jahr 2012 vergab TripAdvisor als weltweit größte Reisebewertungswebsite das „Zertifikat für Exzellenz“ als Anerkennung für kontinuierliche Top-Bewertungen von Reisenden an den Friedrichstadt-Palast. Mit einer Gesamtbewertung von 4,5 von 5 Sternen gehört die größte Theaterbühne der Welt nach authentischer Meinung ihrer Gäste zu den Besten ihrer Branche.

4. Immobilie/Investitionen

Im Jahr 2012 ging die Verantwortung für Grundstück und Gebäude vom Land Berlin – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung – auf die Berlin Immobilienmanagement GmbH (BIM) über, die die Immobilien des Landes im Rahmen des SILB (Sondervermögen) verwaltet. Zwischen der BIM und dem FSP wurde ein unbefristeter Mietvertrag geschlossen. Die BIM leistet in diesem Rahmen die Bauunterhaltung und Investitionen für „Dach und Fach“, wenngleich es auch weiterhin so ist, dass die GmbH aus eigener Kraft Investitionen tätigt, die dem Eigentümer oblägen, dieser aber nicht oder nicht im adäquaten Zeitraum über die Mittel verfügt. Die GmbH tut dies insbesondere dort, wo die Attraktivität der Produktionen oder des Hauses an sich betroffen ist, da man im FSP als Gast insgesamt ein sehr hohes Niveau und Gesamterscheinungsbild erwartet. Die Übernahme der Verantwortlichkeit durch die BIM verlief ausgesprochen gut und die Zusammenarbeit – auch konzeptionell mit Blick auf künftige Projekte – ist sehr konstruktiv.

Da ab Januar 2012 eine sogenannte Kostenmiete im Landeshaushalt zu veranschlagen war, wurde der Zuschuss des Friedrichstadt-Palastes entsprechend erhöht (haushaltsneutral). Die Kostenmiete beträgt jährlich 1.308 TEUR brutto zzgl. Nebenkosten. Die dem Land Berlin zugutekommende Grundsteuer (182 TEUR) erwirtschaftet der FSP selbst.

Die beiden großen fachtechnischen Maßnahmen der letzten Jahre – die Strangsanierung und der Umbau des Brandmeldesystems – konnten 2012 nahezu problemlos und im Zeitplan abgeschlossen werden – die Arbeiten fanden mehrere Jahre bei laufendem Spielbetrieb statt. Für die kommenden Wirtschaftsjahre werden wir uns vor allem auf die Renovierung des Zuschauerraums und die Erweiterung und Erneuerung der szenischen Auftrittsmöglichkeiten im Bühnenbereich konzentrieren.

Beim 2011 fertiggestellten Neubau der Außenanlagen hat die Geschäftsleitung einen gerichtlichen Sachverständigen beim Landgericht Berlin bestellen lassen, da die Konstruktion an verschiedenen Stellen Mängel aufweist. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen, zumal nicht eindeutig ist, ob es sich um ein Planungs- oder Ausführungsmangel handelt.

Daneben wurde der Schwerpunkt auf die räumliche Optimierung des Hauses gelegt – ein entsprechendes Konzept ist auch mit dem Betriebsrat zwischenzeitlich vereinbart.

5. Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich wurden im Geschäftsjahr folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. Die Ausarbeitung einer neuen Vergütungsstruktur für die Beschäftigten und Verhandlungen mit dem Betriebsrat zum Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung,

2. Die Verabredung eines Personalentwicklungskonzeptes mit dem Betriebsrat und Analyse der Struktur einzelner Abteilungen,

3. Die weitere Umsetzung des beschlossenen Konzeptes zur Aus- und Weiterbildung.

Zu 1. Das Land Berlin hat im Jahr 2011 für seine Beschäftigten den sogenannten „TV-Land Berlin“ abgeschlossen. Wie bereits im Lagebericht 2011 ausgeführt, kann der FSP diesen für die Arbeiter und Angestellten nicht übernehmen, da die finanziellen und eine Vielzahl sonstiger Bedingungen für uns langfristig nicht sinnvoll sind. Gleichwohl orientiert sich die GmbH an diesem Vertrag, da zum einen der bei den Arbeitern und Angestellten bisher angewandte BAT-O bzw. BMTG-O nicht mehr gepflegt wird und zum anderen zur besseren Vergleichbarkeit aufgrund des verpflichtenden Besserstellungsverbotes nach dem Zuwendungsrecht. Zudem sind bestimmte Regelungen wie die Zahlung des Ortszuschlages mittlerweile aufgehoben sowie aufgrund neuer höchstrichterlicher Rechtsprechung z.B. Eingruppierungen nach Alter nicht mehr zulässig.

Im Jahr 2012 wurde eine eigene Lohn- und Vergütungsstruktur vorbereitet und ein Vertragswerk zur Überleitung der bisherigen Verträge geschaffen (Rahmengruppenvertrag „RGV-Friedrichstadt-Palast“), den Beschäftigten in einer Personalversammlung das Verfahren im Grundsatz erläutert und mit dem Betriebsrat entsprechende Verhandlungen aufgenommen. Dem Aufsichtsrat wurde das Verhandlungspaket im Mai vorgelegt; er erteilte

der Geschäftsleitung ein entsprechendes Verhandlungsmandat, machte den endgültigen Abschluss aber von seiner Zustimmung abhängig.

Sowohl der Betriebsrat als auch der FSP haben sich für die Ausarbeitung und Verhandlung entsprechend arbeitsrechtlichen Beistand an die Seite geholt. Die Verhandlungen gestalten sich sehr konstruktiv, konnten jedoch im Geschäftsjahr noch nicht abgeschlossen werden, da bedingt durch die Vorbereitungen der Großen Show und der Kindershow alle Verhandlungsteilnehmer zu sehr in andere betriebliche Abläufe eingebunden waren (im FSP ist kein Mitarbeiter des Betriebsrat freigestellt, obwohl dies rechtlich möglich wäre).

Da der Zuwendungsgeber für das Jahr 2012 für Lohnanpassungen bereits einen Betrag zur Verfügung gestellt hatte, wurde ab August dieser Betrag auf die Beschäftigten umgelegt und unter Vorbehalt ausgezahlt. Er wird mit dem endgültigen Abschluss verrechnet.

Wir gehen davon aus, dass der Abschluss für die Arbeiter und Angestellten bis zum Beginn der Spielzeit 2013/2014 erfolgt. Unmittelbar im Anschluss daran werden Tarifverhandlungen mit den künstlerisch Beschäftigten aufgenommen.

Zu 2. und 3. Mit dem Betriebsrat wurde in mehreren Sitzungen die gesamte Beschäftigtenstruktur und Organisation des Hauses erörtert. Da die Fluktuation im FSP sehr gering ist, viele Beschäftigte in den produzierenden Bereichen seit Eröffnung des Hauses dabei sind und auch vor dem Hintergrund der Altersstruktur der Beschäftigten z. B. im Kostüm- und Technikbereich, gilt es, für die nächsten Jahre Nachfolgegenerationen einzuarbeiten, damit Erfahrungen nicht verloren gehen und auch Entlastung für ältere Arbeitnehmer geschaffen werden kann. Außerdem haben wir in bestimmten Bereichen nach Umsetzung des Sanierungskonzeptes 2008-2010 feststellen müssen, dass die Kapazitäten aufgrund veränderter Spielplanung und der Komplexität der Shows nicht ausreichend sind. Deshalb wurde in einzelnen Bereichen gezielt der Mitarbeiterstamm ausgebaut.

Insgesamt stieg die Anzahl der Beschäftigten von 257 (Wirtschaftsplan) auf 260. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in einigen Bereichen auch ein Generationswechsel vorbereitet wird.

Den Mitarbeitern konnte im Jahr 2012 aufgrund des überaus positiven Ergebnisses 2011 eine Prämie als Sonderzahlung gewährt werden. Sie betrug je Mitarbeiter 500 EUR brutto und sollte auch dazu dienen, bisher nicht gewährte Lohnanpassungen teilweise aufzufangen. Der Geschäftsführer war von dieser Regelung ausgenommen. Rechtsgrundlage war eine Betriebsvereinbarung mit dem Betriebsrat und die Genehmigung durch den Aufsichtsrat.

6. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Das Land Berlin – Senatskanzlei, Kulturelle Angelegenheiten - erteilte im Geschäftsjahr einen Rückforderungsbescheid über Mittel in Höhe von 380 TEUR aufgrund einer bis dahin nicht abschließend geklärten Grundsteuerzahlung. Die GmbH hatte diese streitig gestellt, sich jedoch

letztlich gegenüber den Steuerbehörden nicht durchsetzen können. Eine entsprechende Rückstellung war bereits seit 2001 gebildet.

Die Gesellschaft für Musikalische Aufführungsrechte (GEMA) verkündete im Geschäftsjahr eine einseitige Tariferhöhung, die für die Nutzung musikalischer Werke eine bis zu 600 %ige Erhöhung der Kosten zur Folge gehabt hätte. Dies hat in allen Branchen erheblichen Widerstand ausgelöst. Der FSP hat zusammen mit Theatern der Unterhaltungsbranche sowohl die die GEMA beaufsichtigenden Behörden als auch die Regierungen und Parlamente verschiedener Bundesländer eingeschaltet und mit der GEMA Verhandlungen aufgenommen. Für 2013 setzte die GEMA die Tarifreform aus – für 2014 ist ein abschließendes Ergebnis bis August zu erwarten. Es zeichnet sich ab, dass die GEMA die Reform in dieser Höhe nicht durchsetzen kann und wird.

II. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Darstellung der Lage

Die wirtschaftlichen Kennziffern gestalten sich wie folgt:

- Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 765 TEUR – es hat sich gegenüber dem Vorjahr (1.037 TEUR) um 272 TEUR verringert.
- Das Ergebnis nach Steuern (= Jahresüberschuss) liegt bei 760 TEUR (im Vorjahr 922 TEUR) und damit um 162 TEUR geringer. Die Steuern (5 TEUR) betreffen Ertragsteuern der Vorjahre.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 sah Erträge in Höhe von 28.341 TEUR und Aufwendungen in Höhe von 28.134 TEUR, also einen Jahresüberschuss in Höhe von 208 TEUR vor.

Im Ergebnis stehen Erträgen in Höhe von 31.491 TEUR (im Vorjahr 30.347 TEUR) Aufwendungen inkl. Steuern in Höhe von 30.731 TEUR (im Vorjahr 29.425 TEUR) gegenüber, ein um 552 TEUR verbessertes Ergebnis gegenüber dem Planergebnis. Im Vergleich zum Vorjahr ist bei diesen Kennziffern zu berücksichtigen, dass das Haus aufgrund der Endprobenphase für die neue Große Show einen Monat weniger spielte. Es wurde also ein deutlich höherer Umsatz pro Vorstellung erzielt.

2. Vermögens- und Finanzlage

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter Land Berlin (Darlehensvertrag aus dem Jahr 2009) betragen zum Bilanzstichtag noch 2.582 TEUR (im Vorjahr 2.938 TEUR). Das Darlehen soll planmäßig bis 2019 zurückgezahlt werden.

Die flüssigen Mittel betrugen zum Bilanzstichtag 2.005 TEUR (im Vorjahr 2.043 TEUR). Die Reduzierung ergibt sich ausschließlich aus dem Fakt, dass mit der Großen Show und der Kindershow zwei Produktionen komplett zu finanzieren waren – dies wurde bereits im Lagebericht 2011 prognostiziert und ist bedingt durch die Produktionsrhythmen des FSP.

Das Anlagevermögen hat sich aufgrund der Investitionen in die Neuproduktionen nochmals deutlich von 8.026 TEUR im Vorjahr auf 10.495 TEUR erhöht – zum Vergleich: es betrug im Jahr 2009 noch 4.185 TEUR). Zwar bedingt dies auch höhere Abschreibungen, jedoch ist mit den in den letzten Jahren getätigten Investitionen sowohl in die Produktionen als auch in das Haus ein Standard geschaffen, der internationalen Maßstäben gerecht wird, ein attraktives Umfeld für einen hochwertigen Theaterabend schafft und aus Sicht der GmbH die Basis für den Erfolg der nächsten Jahre legt. Die Abschreibungen steigen mithin auch, da die Investitionen in Bühnen- und Kostümbild (wie beschrieben bei SHOW ME rd. 1.000 TEUR mehr als bei Yma) ebenfalls ansteigen. Wie das Ergebnis von Yma über die Laufzeit der Produktion jedoch gezeigt hat, ist diese Investition lohnend. Die Geschäftsleitung erhöht die Produktionsbudgets auch nicht „unkontrolliert“ sondern mit gezielten Schwerpunktsetzungen in die jeweilige Show und die Erhöhung des künstlerischen Niveaus. Das Produktionskostencontrolling wurde im Jahr 2012 nochmal detaillierter ausgebaut.

Das Eigenkapital beträgt aufgrund des Jahresüberschusses nunmehr 4.236 TEUR (im Vorjahr 3.476 TEUR). Nach Verrechnung mit dem Jahresüberschuss 2012 beträgt der Verlustvortrag noch 4.061 TEUR. Die GmbH muss also, um eine solide Kapitalstruktur zu erlangen, auch in den nächsten Jahren Überschüsse (nach Zuwendungen) erwirtschaften.

Die Rückstellungen sind abermals gesunken von 1.843 TEUR in 2011 auf 1.617 TEUR, bedingt durch verringerte Abfindungsleistungen aus der Sanierungsphase aber auch durch geringere Steuerrückstellungen.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich von 6.427 TEUR auf 7.542 TEUR. Während die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter aufgrund der weiteren anteiligen Rückzahlung des 2008 gewährten Darlehens kontinuierlich und planmäßig sinken, erhöhen sich durch die hohen Vorreservierungen im Ticketbereich die Anzahlungen auf Bestellungen und Kartengutscheine – sie machen fast die Hälfte der Verbindlichkeiten aus.

Die Bilanzsumme beträgt 13.507 TEUR (im Vorjahr 11.908 TEUR).

3. Ertragslage

Die Gesamtleistung - ohne neutrale Effekte 31.414 TEUR - hat sich gegenüber dem Vorjahr (30.086 TEUR) deutlich verbessert, insbesondere wegen der erhöhten Umsatzerlöse, die im zweiten Jahr in Folge über der 20 Millionen-Marke liegen.

Sonstige betriebliche Erträge reduzierten sich (1.356 TEUR ggü. 1.963 TEUR in 2011) – zum einen war im Vorjahr eine relativ hohe ertragswirksame Auflösung von Rückstellungen zu verzeichnen – zum anderen waren die Erträge aus Hausvermietungen rückläufig – einerseits bedingt durch die Endprobenzeit, andererseits durch die Veränderungen im Markt und in der Qualität der angebotenen Produktionen.

Die aktivierten Eigenleistungen (im Vorjahr 954 TEUR) haben sich erwartungsgemäß – bedingt durch die Neuproduktionen – deutlich auf 1.639 TEUR erhöht. Sie werden, dem Produktionsrhythmus der GmbH entsprechend, in 2013 wieder deutlich sinken. Die extern gefertigten Bühnenbilder fließen als Investitionen unmittelbar ins Anlagevermögen der Bilanz ein.

Die Erträge aus Zuwendungen betrugen im Geschäftsjahr 8.073 TEUR und haben sich gegenüber dem Vorjahr vor allem aufgrund der höheren institutionellen Förderungen erhöht.

Materialaufwand und bezogene Leistungen haben – ebenfalls aufgrund des Produktionsrhythmus – zugenommen: von 2.584 TEUR im Vorjahr auf 3.572 TEUR. Zwar sind die Urheberabgaben deutlich gestiegen, dies konnte jedoch durch Einsparungen bei Honoraren und Materialaufwand kompensiert werden.

Der Personalaufwand betrug im Vorjahr 14.757 TEUR und ist mit 15.125 TEUR um 368 TEUR gestiegen. Zum einen hängt dies mit den Lohnsteigerungen zusammen, die seit Oktober bereits unter Vorbehalt gewährt wurden und teilweise auch rückgestellt sind. Überwiegend betrifft es jedoch Erhöhungen im Bereich der für die Produktionen engagierten künstlerischen Gäste.

Die Abschreibungen sind leicht gesunken von 3.238 TEUR auf 2.721 TEUR, auch, da im Geschäftsjahr keine Abschreibungen auf die Weihnachtsproduktion berlin ERLEUCHTET getätigt werden mussten (nach dem Spielplanrhythmus erst wieder 2013). Sie werden sich planmäßig im Folgejahr erhöhen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen 9.175 TEUR – im Vorjahr 8.566 TEUR. Dabei sind Mieten und Mietnebenkosten für das Theater in Höhe von 1.437 TEUR (Vj. 226 TEUR) zu berücksichtigen. Die Zuwendung Berlins wurde ebenfalls entsprechend um 1.248 TEUR – also haushaltsneutral - erhöht. Im Bereich der Vermarktung wurden gegenüber dem Wirtschaftsplan 543 TEUR mehr investiert, um die erhöhten Umsatzerlöse zu erzielen und zu stützen.

Körperschaftsteuern fallen im Jahr 2012 nur in der Größenordnung von 5 TEUR an (Restzahlung Ertragsteuern Vorjahre).

Anlage 4

III. Risiko- und Prognosebericht

1. Voraussichtliche Entwicklung – Chancen und Risiken

Als Ein-Produkt-Unternehmen und aufgrund eines somit fehlenden Produktportfolios ist die GmbH auch weiterhin besonderen Risiken ausgesetzt. Dies stellt die GmbH vor besondere Herausforderungen, vor allem in den Jahren, in denen die Neuproduktion einer Großen Show ansteht – wie in 2012. Denn bei fortschreitendem Produktlebenszyklus der vorangehenden Show, der zyklusgemäß zum Ende hin mit nachlassenden Umsätzen verbunden ist, muss gleichzeitig die Finanzierung einer neuen großen Produktion gewährleistet werden. Zudem steigt mit dem Erfolg der letzten Jahre auch die Erwartungshaltung der Berliner und des auswärtigen Publikums, ist doch der Friedrichstadt-Palast das einzige ständige Uraufführungstheater in diesem Genre.

Aufgrund des großen Anfangserfolges der Produktion SHOW ME und der Tatsache, dass im Jahr 2013 keine größere Endprobenphase und damit verbundene längere Schließzeit ansteht, gehen wir im Jahr 2013 davon aus, das Ergebnis des Jahres 2012 zu erreichen und sogar verbessern zu können. Da die als Weihnachtsshow konzipierte Produktion berlin ERLEUCHTET auf eine Wintershow umgestellt wird, die bis in den Januar 2014 spielen soll, wird die Endprobenzeit der Produktion zwar länger als ursprünglich geplant, jedoch deuten bereits zum Jahresbeginn die hohen Vorverkäufe für SHOW ME an, dass das im Wirtschaftsplan prognostizierte Umsatzergebnis übertroffen wird.

Da externe Faktoren – wie sie z. B. im Jahr 2012 noch mit der Fußball-EM gegeben waren – in 2013 nicht bestehen, kann die GmbH ein wirtschaftlich sehr solides Jahr erwarten.

2. Prognosebericht

Für die Jahre 2013-2016 sind durch den im Jahr 2012 abgeschlossenen Zuwendungsvertrag mit dem Land Berlin Zuwendungen in Höhe von 8.297 TEUR in Aussicht gestellt. Dies gibt der GmbH eine gewisse Planungssicherheit. Aufgrund der Eigenfinanzierungsquote von 80 % muss die GmbH jedoch auch weiterhin alle Maßnahmen zur wirtschaftlichen Optimierung und Umsatzsteigerung ergreifen, zumal die öffentlichen Zuschüsse weder allgemeine Kostensteigerungen noch notwendige Lohnanpassungen ausgleichen. Die Konsolidierungs-maßnahmen der letzten Jahre und der zunehmende Erfolg der Showproduktionen zeigen aber deutlich, dass die künstlerische, organisatorische und wirtschaftliche Ausrichtung der GmbH richtig ist. Die Produktion „SHOW ME“ hat, das legen die ersten Spielmonate nahe, das Potential, den Erfolg der Vorgängershow „Yma“ sogar zu überbieten. Eine hohe Auslastung bei hohem Kartendurchschnittspreis ist dann bereits der Grundstein für erfolgreiche Wirtschaftsjahre. Im Aufwandsbereich sind die großen Positionen die Personalkosten, Investitionen und die Aufwendungen für neue Showproduktionen. Im investiven Bereich ist ein Großteil in den letzten Jahren geleistet worden, so dass die Tendenz der Aufwendungen sich leicht rückläufig entwickeln wird. Bei den Personalkosten werden wir in bestimmtem Maße

den Stellenplan an die neuen Gegebenheiten, also an die Komplexität heutiger Showproduktionen und an den Bedarf, der aufgrund des größeren Aktionsradius des Hauses automatisch entsteht, anpassen müssen. Im Bereich der Lohnkosten bleibt es das Ziel, automatische Steigerungen nur in einem verträglichen Maß zu verabreden und bei wirtschaftlichem Erfolg stattdessen die Mitarbeiter an diesem partizipieren zu lassen. Der Aufwand für die Produktionen selbst muss sich auch an den Bedürfnissen des Publikums orientieren. Das heißt nicht, dass der Aufwand automatisch immer höher werden muss, bedeutet aber doch, dass das qualitative Niveau von Show zu Show weiter zu steigern ist. Dies geschieht umsichtig und natürlich nur in dem Maße, in dem wir zusätzliche Mittel mit der jeweiligen Vorgängershow auch erwirtschaftet haben.

Für 2013 gehen wir in jedem Fall davon aus, abermals einen Jahresüberschuss erzielen zu können. Dies ist auch geplant, um den noch bestehenden bilanziellen Verlustvortrag weiterhin konsequent abzubauen. Auch soll im Jahr 2013 die Liquidität zum Jahresende gegenüber dem (Premieren-)Jahr 2012 deutlich erhöht werden, um die neue Große Show und die dann wiederum dreimonatige Schließzeit 2014 ausreichend finanziell absichern zu können. Alle genannten Ziele sind nach gegenwärtigem Stand realistisch und erreichbar.

Unter der Voraussetzung eines anhaltend hohen Tourismusaufkommens in der Region und bei weiterem Ausbau der Alleinstellungsmerkmale des Theaters wird der Friedrichstadt-Palast auch für die nächsten zwei Jahre seine positive Entwicklung fortsetzen können. Wie bereits im Lagebericht 2011 ausgeführt bedeutet dies nicht, immer weitere „Rekordjahre“ zu erreichen, jedoch gehen wir derzeit für das Jahr 2013 nochmals von einer deutlichen Steigerung der Umsätze gegenüber 2012 aus und im Jahr 2014 – bei gleichbleibender Zuwendung Berlin – ebenfalls von einem ausgeglichenen Jahresergebnis. Das wirtschaftliche Hauptziel, die GmbH krisensicher zu machen, also eine solide Bilanzstruktur zu erreichen, ist bei gleichbleibender Entwicklung also mittelfristig erreichbar.

Für 2013 ist neben dem Durchlaufen der Produktion „SHOW ME“ die Wiederaufnahme von „berlin ERLEUCHTET“ geplant, jedoch in einer erweiterten Wintervariante, die in den Januar hinein spielen wird. Außerdem wird eine neue Kindershow uraufgeführt. Für die Große Show 2014 sind die Verträge mit Autoren und Regisseur endverhandelt und die Arbeit hat bereits begonnen.

Die Stärkung des Eigenkapitals bei gleichzeitiger Rückzahlung der Darlehensverpflichtungen ist auch weiterhin vorrangiges finanzielles Ziel des Unternehmens.

Anlage 4

IV. Sonstige Angaben

1. Organe der Gesellschaft

Es gab drei Gesellschafterversammlungen (14.08., 07.09., 12.10.2012).

Der Aufsichtsrat tagte zweimal im Geschäftsjahr 2012 (31.05. und 11.12.). Nach Entlastung des bisherigen Aufsichtsrates wurde der Aufsichtsrat vom alleinigen Gesellschafter am 12.10.2012 neu bestellt. Am 10. Mai 2013 wurde Frau Petra Hedorfer als neues Aufsichtsratsmitglied bestellt.

Es fand jeweils eine Sitzung des bisherigen und eine Sitzung des neuen Aufsichtsrates statt. Die Mitglieder des Personal- und Finanzausschusses trafen sich jeweils im Vorfeld der Sitzungen und zur Vorbereitung von Grundsatzentscheidungen im Geschäftsjahr und zur Erörterung der Wirtschaftspläne. Die Beschlüsse des Aufsichtsrates am 11.12.2012 wurden nochmals durch sämtliche Mitglieder im schriftlichen Umlaufverfahren bestätigt, da aufgrund verschiedener Abwesenheitsgründe sehr viele Stimmrechtsübertragungen vorlagen.

Die Geschäftsleitung hat entsprechend der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates für die Geschäftsleitung nach Innen und Außen abgestimmt und einheitlich gehandelt.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2012 fanden sowohl eine Prüfung des Zuwendungsgebers für das Jahr 2007-2008 statt als auch die Prüfung des Rechnungshofes, im Wesentlichen für den Zeitraum bis 2010. Aus der Zuwendungsprüfung ergab sich lediglich eine geringe Rückforderung von Zuwendungsmitteln i. H. v. 525 EUR.

Der Bericht des Rechnungshofes über die im Mai/Juni 2012 erfolgte Prüfung wurde uns Ende Februar 2013 übermittelt. Schwerwiegende Verstöße gegen zuwendungsrechtliche Bedingungen sind aus unserer Sicht nicht beanstandet worden. Wir haben zu dem Bericht umfangreich Stellung genommen, müssen aber die abschließende Bewertung durch Rechnungshof und Zuwendungsgeber abwarten, ob zu einzelnen Prüfbemerkungen Mittel zurück gefordert werden.

3. Spezialgesetzliche Angabepflichten

Folgende Berichtspflichten bestehen: Gegenüber dem alleinigen Gesellschafter Land Berlin besteht die Pflicht zur quartalsweisen Berichterstattung und im Rahmen des Controllings für Kultureinrichtungen (CiK).

Daneben bestehen verschiedene Berichtspflichten, z. B. gegenüber dem Statistischen Landesamt Berlin/Brandenburg. Hier sind wir mittlerweile in sehr viele Erhebungen

einbezogen worden, dass wir angemahnt haben, Unternehmen mit vergleichsweise kleinen Strukturen wie den FSP nicht in jede neue Erhebung einzubeziehen, zumal wir eine Reihe weiterer Berichtspflichten haben und im Geschäftsjahr wie beschrieben mehrfach geprüft wurden.

Weiterhin bestehen Berichtspflichten nach Aufforderung gegenüber dem Abgeordnetenhaus von Berlin und anderen staatlichen Institutionen.

Für den Jahresabschluss ist die Berichterstattung nach dem Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) abzugeben, die sich am Deutschen Corporate Governance Kodex orientiert, aber für Berlin spezielle Festlegungen berücksichtigt. Diese haben wir abgebildet und entsprechen ihnen.

Die von uns veranlasste interne Revision hat sich im Wesentlichen mit der Personaleinsatzplanung in den technischen Abteilungen befasst. Da wir hier 2011/2012 ein neues System der Dienstabrechnung und Zeiterfassung eingeführt haben, das zugleich ein System der Produktionsplanung/Disposition und damit der Ressourcensteuerung ist, war es erforderlich, die Erfahrungen und Anwendung in den einzelnen Abteilungen zu beleuchten. Die Ergebnisse sind dem Wirtschaftsprüfer vollumfänglich übermittelt worden und werden von ihm im Jahresabschluss gewürdigt. Sie dienen uns zur weiteren Optimierung des Personaleinsatzes.

Der Abschlussprüfer hat für das Geschäftsjahr 2012 zugleich die Prüfung der Bezüge von Geschäftsführer, Leitenden Angestellten und Mitgliedern des Aufsichtsrates vorgenommen. Der Bericht wird gesondert erteilt und der Gesellschafterversammlung vorgelegt.

Berlin, den 30. Mai 2013

Dr. Berndt Schmidt
Geschäftsführer

Anlage 5

Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH
Berlin

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses der Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2012

Berichterstattung nach dem Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK)

I. Zusammenwirken von Geschäftsführung (GF) und Aufsichtsrat (AR)

- Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen, insbesondere solche, die der Gesellschaft beratend zur Seite standen, wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
- Der AR wurde im Jahr 2012 neu bestellt. Der bisherige AR hat eine Sitzung (31.05.2012), der neue Aufsichtsrat ebenfalls eine Sitzung (11.12.2012) abgehalten. Der Personal- und Finanzausschuss des Aufsichtsrates tagte jeweils im Vorfeld der Sitzungen zur Vorbereitung derselben. Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen immer unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.
  Es wurden in den Sitzungen des Aufsichtsrates keine Tagesordnungspunkte ohne die Geschäftsführung behandelt.
- Die strategischen Unternehmensplanungen wurden dem AR vorgelegt und mit ihm abgestimmt.
- Die Geschäftsführung ist ihren Berichtspflichten über den Umsetzungsstand der Planungen und notwendiger Restrukturierungsmaßnahmen regelmäßig in schriftlicher Form

entweder im Rahmen der Sitzungen des AR oder seines Personal- und Finanzausschusses nachgekommen.

- Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung, insbesondere diejenigen, die dem AR gemäß Satzung der GmbH zur Zustimmung vorzulegen sind, vorgelegt. Neben den Regelungen im Gesellschaftsvertrag (GV) bestand eine Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat. Für die Geschäftsleitung besteht unter Berücksichtigung aktueller Regelungen des BCGK auf Basis der im Jahr 2007 erfolgten Neufassung des Gesellschaftsvertrages (GV) eine Geschäftsanweisung. Ebenfalls besteht eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat (Beschlussfassung des Aufsichtsrates vom 20.03.2008). Die Regelungen waren auch im Geschäftsjahr grundsätzlich ausreichend.
- Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente ausführlich nachgekommen; der zeitliche Rahmen für die Übersendung der vorbereitenden Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine wurde stets eingehalten und war ausreichend (drei Wochen vor der Sitzung).
- Soll-/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; sofern erforderlich, wurden Maßnahmen zur Gegensteuerung in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.
- GF und AR sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und AR gewahrt.
- D&O-Versicherungen sind nicht abgeschlossen worden.

II. Geschäftsführung

- Die GF hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sowie unternehmensinterner Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen hat ein Controlling eingerichtet, das fortlaufend an die Notwendigkeiten angepasst wird. Im Geschäftsjahr wurde ein umfangreiches Update der Software für Finanz- und Anlagenbuchhaltung durchgeführt und eine Planungssoftware zusätzlich installiert. Außerdem werden Risikoszenarien insbesondere hinsichtlich der Umsatzerlöse, der Aufwendungen und der möglichen Investitionen erstellt, stetig überprüft und an den aktuellen Bedarf des Unternehmens angepasst. Es werden täglich die Vorverkaufszahlen abgeglichen (dailies), wöchentlich die Entwicklung der Ticket-/Besucher und Umsatzentwicklung mit denen der vorherigen Produktion verglichen (weeklys), die Umsätze und Kosten gegenübergestellt und die Marktentwicklungen beobachtet. Die Aufwendungen für die Neuproduktionen werden im Rahmen von sogenannten Produktionskostenmeetings der verantwortlichen Abteilungsleiter mit dem Intendanten und Verwaltungsdirektor regelmäßig besprochen. Im Geschäftsjahr wurden für die Produktionskalkulationen nochmals detailliertere Excel-Tools erarbeitet und eingeführt (Auftragsvergabe, Soll-Ist-Vergleiche).
- Die Berichterstattung erfolgt intern bezogen auf den Kartenverkauf und dessen Prognose täglich, bezogen auf die die Liquiditätslage zweiwöchentlich und die Kosten/Erlöse je Kostenstelle monatlich. Risikomanagement und –controlling sind angemessen.

Anlage 5

- Mitglieder der Geschäftsleitung sind Dr. Berndt Schmidt (Intendant und Geschäftsführer) und Guido Herrmann (Verwaltungsdirektor und Prokurist).
- Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung sind in der Geschäftsordnung (GO) für die Geschäftsleitung geregelt, die am 20.03.2008 beschlossen wurde. Änderungen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich.
- Die Vergütung des Geschäftsführers erfolgte auf Basis einer fixen und einer variablen Jahresvergütung, die des Prokuristen ebenfalls auf Basis einer fixen und einer variablen Jahresvergütung. Die Zielvereinbarung für den Geschäftsführer für die variable Vergütung wurde vom Aufsichtsrat beschlossen, die des Prokuristen vom Geschäftsführer nach Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates.
- Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung sowie der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens festgelegt.
- Branchen- und Umfeldvergleiche sind nicht maßgeblich, die Vergütungen der o.g. Funktionsträger der GmbH orientieren sich an den in vergleichbaren öffentlichen Unternehmen gezahlten Beträgen. Andere Vergütungsvergleiche sind nicht möglich.
- Über die Vergütungsregelungen des Geschäftsführers und des Prokuristen hat der AR im Gremium beraten und entschieden. Ein Ausschuss war vorgeschaltet. Die Vergütungen gemäß Dienstverträgen werden wie folgt ausgewiesen:
- Geschäftsführer/Intendant (Dr. B. Schmidt): 134.000,-- € fixe sowie 20.000,-- € variable Vergütung
- Verwaltungsdirektor/Prokurist (G. Herrmann) : 79.000,-- € fixe sowie 16.000,-- € variable Vergütung

Herr Dr. Berndt Schmidt erhielt darüber hinaus in seiner Funktion als Produzent der Show „Yma-zu schön um wahr zu sein“ sowie der Neuproduktion “SHOW ME“ jeweils eine Produzentenvergütung.

III. Aufsichtsrat

- Der AR hat nach dem Gesellschaftsvertrag sieben Mitglieder. Die Bestellung des AR endete am 14.08.2012. Ein Mitglied schied aus dem AR aus. Der neue AR wurde am 12.10.2012 vom Gesellschafter bestellt. Die konstitutierende Sitzung fand am 11.12.2012 statt. Für das ausgeschiedene Mitglied des AR konnte im Geschäftsjahr noch kein neues Mitglied bestellt werden, dies ist für die erste Hälfte des Jahres 2013 vorgesehen.
- Der AR hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag und der GO für die Geschäftsleitung und den AR wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen. Ergänzender Regelungsbedarf bestand nicht. Der AR hat im Verlauf des Jahres einzelne Maßnahmen an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets (2-2,5 h) entsprachen den aktuellen Erfordernissen des Unternehmens.
- Anstellungs- und Vergütungsregelungen sind im Unternehmen nach Tarif festgelegt bzw. berücksichtigen die Regelungen des Besserstellungsverbotes. Änderungen sind erforderlich und beabsichtigt: für die Arbeiter und Angestellten ist eine grundsätzlich neue Rahmenvereinbarung in Arbeit, für das künstlerische Personal müssen die Tarifverträge angepasst werden. Der AR hat der Geschäftsleitung einen Verhandlungsauftrag hierzu erteilt, die Verhandlungen über Neuabschlüsse werden im Geschäftsjahr 2013 abgeschlossen.

- Die Auszahlung einer Prämie an die Mitarbeiter aufgrund des Jahresüberschusses wurde im Ausschuss und nachfolgend im Gremium des AR erörtert und beschlossen. Eine Altershöchstgrenze für die GF besteht nicht, ebenso wenig eine Nachfolgeregelung.
- Zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung bestand regelmäßiger Kontakt – es wurden Unternehmensstrategie, Geschäftsentwicklung und Risikomanagement beraten. Der AR hat einen Personal- und Finanzausschuss, der regelmäßig tagte. Der AR-Vorsitzende war nicht Vorsitzender des Ausschusses. Der Vorsitzende ist kein ehemaliges Mitglied der GF. Bewertungsfragen von Immobilen sind nicht relevant, die GmbH ist Mieterin des Grundstückes und des Theatergebäudes. Das Plenum des AR wurde vom Vorsitzenden des Ausschusses in den Sitzungen über Inhalt und Ergebnis der Beratungen unterrichtet.
- Ein AR-Mitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsrats-/Stiftungsratsmandaten erreicht. Die AR-Mitglieder üben nach eigenen Angaben keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern aus.
- Die AR-Mitglieder erhalten eine Erstattung ihrer direkten Aufwendungen (Reise-/Übernachtungskosten). Sonderleistungen wurden nicht gezahlt. Die Aufwendungen sind im Jahresabschluss dokumentiert.
- Es fanden im Berichtsjahr zwei Sitzungen statt. Ein Mitglied des AR konnte an beiden Sitzungen nicht teilnehmen. Vier Mitglieder des AR haben an einer Sitzung (11.12.2012) nicht teilnehmen können. In allen Fällen erfolgte Stimmübertragung auf den Vorsitzenden des AR.
- Da zur konstituierenden Sitzung des AR am 11.12.2012 vier Mitglieder ihre Stimme übertragen mussten, wurden sämtliche Beschlüsse ebenso wie das Protokoll der Sitzung nochmals durch schriftliche

Umlaufbeschlüsse vom gesamten AR bestätigt. Außerordentliche Sitzungen des AR waren nicht erforderlich.

IV. Interessenkonflikte

- Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Die am 14.05.2008 erlassene Betriebsvereinbarung „Verhaltenskodex“ zwischen der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat gilt weiterhin, sie wurde zu Beginn des Jahres 2013 (März) entsprechend einer Empfehlung des Rechnungshofes von Berlin aktualisiert. Sachverhalte, die berechtigten Anlass zu Verstößen gegen die Betriebsvereinbarung geben, sind nicht bekannt. Es ist kein Fall der Vorteilsnahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
- Es haben sich auch hier keine Anhaltspunkte gegen die Regeln des Wettbewerbsverbotes oder der Vorteilsnahme ergeben.
- GL und AR haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
- Interessenkonflikte bestanden nicht. Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder Ihnen nahe stehende Personen oder ihnen persönlich nahe stehende Unternehmen waren nicht gegeben.
- Mitgliedern des AR und der Geschäftsleitung bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.
- Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge von Mitgliedern des AR mit dem Unternehmen bestanden nicht – folglich sind auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen nicht erlassen worden.

- Beide Mitglieder der Geschäftsleitung übten eine Nebentätigkeit aus, der der AR zugestimmt hat (Bestellung zu Lehrbeauftragten an der Freien Universität Berlin). Der Verwaltungsdirektor ist außerdem Kuratoriumsvorsitzender der Interessengemeinschaft Gewerbetreibender der Friedrichstraße e. V. (ohne Vergütungs- und Aufwandsentschädigung).

V. Transparenz

- Die Geschäftsleitung hat im Bericht für das 1. Quartal ausgeführt, dass die Umsätze geringer als im Wirtschaftsplan vorgesehen ausfielen. Sicherheitshalber und mit Blick auf die im Sommer anstehende dreimonatige Schließzeit sowie den hohen Investitionsaufwand der Neuproduktionen wurde deshalb eine vorläufige Haushaltswirtschaft veranlasst und die Verfügungsrahmen der Kostenstellen um 5 % gekürzt. Ferner wurde ein Kontokorrentkredit vom AR genehmigt. Aufgrund der dann deutlich positiven Entwicklung des Geschäftsjahres musste dieser nie in Anspruch genommen werden.
- Das geprüfte Jahresergebnis (Jahresüberschuss) beträgt 760.216,78 €.
- Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.

VI. Rechnungslegung

- Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen, darüber hinaus in angeforderten Zwischenberichten unterschiedlicher Art, dem AR, seinem Ausschuss, dem Gesellschafter und dem Abgeordnetenhaus von Berlin vorgelegt.
- Beteiligungsunternehmen existieren nicht.

VII. Abschlussprüfung

- Der AR hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers und seiner Organe und der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den AR-Vorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Prüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
- Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des AR zum Jahresabschluss satzungsgemäß teilnehmen.
- Der Abschlussprüfer hat im Rahmen seiner Redepflicht gegenüber dem AR und der GF keine Tatsachen vorgetragen, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum BCGK ergeben.

Berlin, den 2013

André Schmitz
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Berlin, den 2013

Dr. Berndt Schmidt
Geschäftsführer

GESOBAU AG

DAS UNTERNEHMEN

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND ORGANISATION

Die GESOBAU ist eines von sechs städtischen Wohnungsunternehmen im Eigentum des Landes Berlin. Die Bewirtschaftung und Entwicklung von eigenen Wohnungsbeständen sowie damit verbundenen Gewerbeobjekten ist Kerngeschäft des Unternehmens.

Der Schwerpunkt der Immobilienbestände mit 37.134 Wohnungen liegt im Berliner Norden; in Reinickendorf, Pankow und Weißensee. Über weitere größere Bestände verfügt die GESOBAU in Zentrumsnähe im Wedding und in Wilmersdorf. Attraktive Wohnungsbestände mit einem gesunden Mix aus Neu- und Altbauten in nachgefragten Lagen sowie die solide finanzielle Lage der Gesellschaft schaffen Spielräume für eine weitere nachhaltige Entwicklung.

Die GESOBAU hat das Geschäftsjahr 2012 mit einem Bilanzgewinn in Höhe von 8,2 Mio. € abgeschlossen. Es wurden 135 Mio. € und damit rd. 32 Mio. € mehr als im Jahr 2011 wertsteigernd in die Immobilienbestände investiert. Die monatlichen Durchschnittsmieten im Bestand wurden dabei moderat um 0,13 € auf 4,94 € pro Quadratmeter erhöht.

Auch in den kommenden Jahren soll mit weiteren umfangreichen energetischen Investitionen das erreichte Erfolgsniveau nachhaltig gesichert und ausgebaut werden. Die Strategie der energetischen Modernisierung wird künftig durch Wohnungsneubau unterstützt.

MITARBEITER

Zum Bilanzstichtag beschäftigte die GESOBAU 273 Mitarbeiter. Im Vorjahr waren 278 Beschäftigte im Unternehmen tätig. Damit ist der Mitarbeiterbestand seit Jahren weitgehend stabil. Der Frauenanteil lag bei 65,4 % und der Anteil der Schwerbehinderten bei 4,6 %. Mit einer Auszubildendenquote von rund 13,6 % investiert das Unternehmen intensiv in den Nachwuchs. Am Jahresende 2012 waren 37 Auszubildende und Studenten beschäftigt. Sie können sich bereits während der Ausbildung in Projekten engagieren und ihre beruflichen und sozialen Fähigkeiten entwickeln. Mit diesem Enga-

gement bei der Ausbildung junger Leute sichert sich das Unternehmen den Zugang zu gut ausgebildeten Nachwuchskräften. Darüber hinaus bietet die GESOBAU die Möglichkeit zu individuellen Teilzeitmodellen und es wird der Wiedereinstieg von Mitarbeitern nach Eltern- oder Krankenzeit gefördert.

Der gesamte Personalaufwand lag insbesondere aufgrund tariflicher Anpassungen im Geschäftsjahr 2012 mit 14,7 Mio. € um 0,9 % über dem des Vorjahres.

NACHHALTIGKEIT

Gesellschaftliches Engagement, verantwortungsbewusstes Handeln der eigenen Mitarbeiter sowie ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein sind gleichberechtigte Bausteine einer wirtschaftlich erfolgreichen und somit nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens.

Die Kunden und auch die interessierte Berliner Öffentlichkeit profitieren in vielfältigster Weise vom Nachhaltigkeitsengagement der GESOBAU. Es erstreckt sich über politische Ziele, energetische Maßnahmen und soziale Projekte bis in die Quartiere und tangiert somit viele Anspruchsgruppen.

Die einzelnen Punkte des Nachhaltigkeitsverständnisses hat das Unternehmen erstmalig im Dezember 2011 und im Oktober 2012 bereits zum zweiten Mal in einem Nachhaltigkeitsbericht dokumentiert.

ARBEITSWEISE VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten eng und vertrauensvoll im Interesse des Unternehmens zusammen. Der Vorstand besteht zurzeit aus zwei Mitgliedern; der Aufsichtsrat aus neun, von denen drei von den Arbeitnehmern gewählt werden. Der Vorstand leitet die Gesellschaft und führt deren Geschäfte mit dem Ziel einer nachhaltigen Wertschöpfung. Die Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder ergeben sich aus dem Geschäftsverteilungsplan.

Entsprechend der Satzung bestellt der Aufsichtsrat die Mitglieder des Vorstandes. Der Aufsichtsrat entscheidet, wie viele Mitglieder der Vorstand haben soll. Der Aufsichtsrat erlässt eine Geschäftsordnung und einen Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand. Die Geschäftsordnung enthält einen Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte. Jedes Vorstandsmitglied ist berechtigt und auf Verlangen des Aufsichtsrates verpflichtet, an den Sitzungen des Aufsichtsrates teilzunehmen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit des Aufsichtsratsgremiums, leitet dessen Sitzungen und nimmt die Belange des Gremiums nach außen wahr. Der Vorstand nimmt an allen Sitzungen des Aufsichtsrates teil. Er berichtet schriftlich und mündlich zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und Beschlussvorlagen und beantwortet die Fragen der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder.

Die zur Beschlussfassung notwendigen Unterlagen werden den Mitgliedern des Aufsichtsrates spätestens zwei Wochen vor der Sitzung vorgelegt. Bevor sich das Plenum trifft, findet ein Vorgespräch der Arbeitnehmervertreter mit dem Vorstand statt, in dem der Vorstand Details erläutert und Fragen beantwortet. Von der Möglichkeit Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren zu fassen, wird regelmäßig nur in den Fällen Gebrauch gemacht, die besonders eilbedürftig sind.

Insbesondere der Vorsitzende des Aufsichtsrates trifft sich regelmäßig mit dem Vorstand und erörtert mit diesem aktuelle Fragen. Außerhalb dieser Treffen informiert der Vorstand den Aufsichtsratsvorsitzenden mündlich und schriftlich über aktuelle Entwicklungen.

Der Aufsichtsrat hat aus dem Kreis seiner Mitglieder mit dem Personalausschuss und dem Finanz- und Grundstücksausschuss zwei Gremien gebildet, die seine Arbeit vorbereiten und ergänzen. Der Personalausschuss besteht aus drei Mitgliedern; der Finanz- und Grundstücksausschuss aus fünf. In beide Ausschüsse ist ein Vertreter der Arbeitnehmer entsandt.

Der Personalausschuss bereitet die Bestellung von Vorstandsmitgliedern einschließlich der Bedingungen der Anstellungsverträge und der Vergütung vor. Aufgabe des Finanz- und Grundstücksausschusses ist es, den Aufsichtsrat bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktionen insbesondere hinsichtlich der Rechnungslegung zu unterstützen.

KEIN WECHSEL IN DEN ORGANEN

Im Vorstand sowie im Aufsichtsrat gab es im vergangenen Jahr keine personellen Veränderungen.

BEZIEHUNGEN ZUM LAND BERLIN

Über die Beziehungen zum Land Berlin hat der Vorstand gemäß § 312 Aktiengesetz (AktG) einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Dieser schließt mit folgender Erklärung:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über die Beziehungen zum Land Berlin aufgeführten Rechtsgeschäften des Geschäftsjahres 2012 nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten.

Bei den in diesem Bericht genannten Maßnahmen des Geschäftsjahres 2012 wurde das Unternehmen nicht benachteiligt. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die dem Vorstand im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren. Über die in diesem Bericht genannten Maßnahmen des Geschäftsjahres 2012 hinaus wurden im Berichtsjahr keine weiteren Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse des Landes Berlin und der mit ihm verbundenen Unternehmen getroffen noch unterlassen."

RAHMENBEDINGUNGEN

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2012 deutlich besser als von Experten erwartet worden war entwickelt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war laut Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,7 % höher als im Vorjahr. Die anhaltende Eurokrise in Folge der Finanzprobleme einiger EU-Mitgliedsländer sowie die Herabstufungen der Kreditwürdigkeit zahlreicher EU-Mitgliedsländer seitens der Rating-Agenturen belastete das deutsche Wirtschaftsklima im abgelaufenen Geschäftsjahr stärker als in den Jahren zuvor. Deutschland konnte trotz der europäischen Rezession weiter wachsen, wenn auch geringer als im Vorjahr. Die wichtigsten Faktoren für das Wirtschaftswachstum sind die Außenhandelsbilanz und die Binnennachfrage der privaten Haushalte.

Die Arbeitslosenquote blieb mit 6,7 % im Dezember 2012 leicht über dem Vorjahreswert. Durchschnittlich waren knapp 42 Millionen Menschen mit Wohnsitz in Deutschland erwerbstätig.

Der Finanzstabilitätsbericht der Europäischen Zentralbank (EZB), der im Dezember 2012 veröffentlicht wurde, geht von einer deutlichen Abnahme der Belastung aus der Finanzkrise für die Stabilität im Euro-Währungsgebiet aus. Durchgeführte geldpolitische Maßnahmen und die Einrichtung eines bei der EZB angesiedelten einheitlichen Aufsichtsmechanismus prognostizierten positive Folgen für die künftige Finanzstabilität. Weiterhin werden allerdings Risiken in den Ungleichgewichten und Schwachstellen in den Bereichen Haushaltspolitik, Gesamtwirtschaft und Finanzsektor gesehen.

Im Jahr 2012 erreichte der durch die EZB festgelegte Leitzins seinen historischen Tiefstand. Innerhalb des Zeitraumes Juli bis Dezember 2012 verweilte der Leitzins kontinuierlich bei niedrigen 0,75 %, um die Konjunktur in der Eurozone weiter zu stabilisieren.

In diesem volatilen, aber insgesamt erfreulich positiven Umfeld hat das Land Berlin die Ausläufer der Eurokrise erneut besser verkraftet als andere Bundesländer. Wie schon im Vorjahr federten die stark diversifizierte Unternehmenslandschaft mit hohem Dienstleistungsanteil und eine weniger konjunkturabhängige Industriestruktur die Negativeffekte erfolgreich ab. Mit einem Plus von 1,4 Prozent nahm das Berliner Bruttoinlandsprodukt 2012 stärker zu als im gesamtdeutschen Durchschnitt (0,7%). Damit setzte die Berliner Wirtschaft ihre kraftvolle Entwicklung fort.

Die Entwicklung der Immobilienwirtschaft

Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft als eine der bedeutendsten Branchen der deutschen Volkswirtschaft konnte auch in 2012 von der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung profitieren. Das galt vor allem für die großen Ballungsräume, wo anhaltend positive Haushaltszahlen Ursache für sinkenden Wohnungsleerstand und steigende Mieten sind. Hier steigt der Neubaubedarf.

Diese positive Entwicklung fiel in vielen ländlichen Gegenden hingegen deutlich schwächer aus. Die teilweise stark abnehmenden Bevölkerungszahlen führen dort zur Stagnation oder Verringerung der Wohnungsnachfrage. Das gilt insbesondere auch für die neuen Bundesländer.

Die Situation der Wohnungswirtschaft in Berlin

Vor dem Hintergrund der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt einerseits und der angesichts des kräftigen Bevölkerungswachstums nach wie vor zu

niedrigen Neubauleistung andererseits gab es im Berliner Wohnungsmarkt auch 2012 einen weiteren Rückgang des Leerstandes sowie eine anhaltend positive Mietentwicklung.

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), hat im November 2012 erneut den jährlichen Marktmonitor für das Jahr 2011 veröffentlicht. Demnach stiegen 2011 die Neuvertragsmieten für Wohnungen von BBU-Mitgliedsunternehmen um 2,8 % auf 5,60 € pro Monat und Quadratmeter. Damit bewegt sich die Neuvertragsmietenentwicklung insgesamt auf dem Niveau der allgemeinen Inflationsrate. Im Gesamtmarkt mussten die Berliner nach Zahlen des Forschungsinstituts F+B hingegen 6,74 € nettokalt zahlen. Bei den Bestandsmieten gab es 2011 in Berlin bei den BBU-Mitgliedsunternehmen eine Steigerung um 2,4 % auf durchschnittlich 5,04 € pro Monat und Quadratmeter. Die GESOBAU lag 2011 und 2012 unter diesem Durchschnittswert und steht damit nachweislich für moderate und sozial verträgliche Mieten.

Für die Nettokaltmieten ermittelte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2012 eine Zunahme um 1,6 %, vergleichbar mit 2011 (1,5%) und deutlich niedriger als die allgemeine Preissteigerungsrate von 2,4 %.

GESCHÄFTSVERLAUF

Das im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2012 geplante Ergebnis wurde mit 8,2 Mio. € um 2,7 Mio. € übertroffen. Das Kerngeschäft, die Vermietung und Bewirtschaftung der eigenen Immobilienbestände, hat sich wiederum sehr positiv entwickelt. Dabei haben die Mieterzufriedenheit, die Reduzierung von Fluktuation und Leerständen eine hohe Priorität. Die erheblichen Investitionen in die Wohnungsbestände entsprechen der strategischen Ausrichtung und werden auch in der Zukunft für ein nachhaltiges Wachstum sorgen.

ERTRAGSLAGE

Mieterlöse gestiegen

Der Gesamtumsatz der GESOBAU stieg im Geschäftsjahr 2012 um 2,0 % von 217,7 Mio. € auf 222,3 Mio. €. Dies war das Ergebnis der Steigerung der Umsätze aus der Hausbewirtschaftung sowie aus dem Verkauf von Grundstücken des Umlaufvermögens.

Umsatzerlöse

in Mio. €	2010	2011	2012
Umsatz	211,9	217,7	222,3

Die Soll-Mieteinnahmen aus Wohnungen stiegen von 138,5 Mio. € auf 142,9 Mio. €. Die Miete je m² Wohnfläche stieg um rd. 2,7 % auf durchschnittlich 4,94 €/m². Dieses ist die Folge von Mietsteigerungen nach Modernisierungen entsprechend der strategischen Ausrichtung, höheren Neuvertragsmieten sowie von laufenden Mietsteigerungen im Bestand.

Entwicklung durchschnittliche Wohnungsmieten

	2010	2011	2012
durchschnittliche Wohnungsmiete	4,67 €/m²/mtl.	4,81 €/m²/mtl.	4,94 €/m²/mtl.
Steigerung gegenüber dem Vorjahr	4,2%	3,0%	2,7%

Die Mieterlöse aus Gewerbe- und sonstigen Einheiten lagen im Berichtsjahr auf dem Vorjahresniveau.

Trotz der umfangreichen Modernisierungstätigkeit und dem dadurch bedingten strategischen Leerstand ist es der Gesellschaft gelungen, die Leerstandsquote zu senken. Der durchschnittliche Wohnungsleerstand lag mit 5,0 % um 0,4 % unter dem des Vorjahres. Die Erlösschmälerungen sind, gegenläufig zu den gesunkenen Leerstandsquoten, aufgrund umfangreicher zu gewährenden Mietminderungen im Zuge der Modernisierungstätigkeit gestiegen.

Aus dem Verkauf von Immobilien aus dem Umlaufvermögen wurden 6,4 Mio. € (Vorjahr 5,5 Mio. €) erzielt. Diese betreffen Verkäufe von Eigentumswohnungen an Selbstnutzer sowie den Verkauf von nicht betriebsnotwendigen unbebauten Grundstücken.

Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 44,0 Mio. € (Vorjahr 16,4 Mio. €) resultierten in Höhe von 16,3 Mio. € aus Zuschreibungen zum Sachanlagevermögen (Vorjahr 0). Im Übrigen betrafen sie Auflösungen von Rückstellungen, Buchgewinne aus der Veräußerung von Anlagevermögen und sonstige periodenfremde Erträge.

Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen deutlich gestiegen

Die Aufwendungen der Hausbewirtschaftung sind im abgelaufenen Geschäftsjahr um rd. 13,2 % auf 158,7 Mio. € gestiegen. Ursache hierfür sind insbesondere die nicht aktivierbaren Modernisierungskosten. Die Betriebskosten und anderen Aufwendungen der Hausbewirtschaftung blieben annähernd auf dem Vorjahresniveau.

Entwicklung der Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten je m² Wohn-/Gewerbefläche

in €/m²/Jahr	2010	2011	2012
Instandhaltungskosten	4,13	4,17	4,18
Instandsetzungskosten, nicht aktivierbare Modernisierungskosten	17,21	17,84	24,64

Bei der Budgetierung der Instandhaltungsmittel folgt die GESOBAU individuellen Portfoliostrategien. Notwendige Großinstandsetzungen und Modernisierungen basieren durchgängig auf detaillierten Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Mit den werterhöhenden Ausgaben im Modernisierungsbereich liegt die Gesellschaft weiterhin ganz erheblich über dem Durchschnitt ihrer Wettbewerber.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen

Bei einem stetigen Anstieg der planmäßigen Abschreibungen aufgrund von zu aktivierenden Modernisierungskosten wurden insgesamt laufende Abschreibungen in Höhe von 24,9 Mio. € (Vorjahr 22,5 Mio. €) vorgenommen. Darüber hinaus wurden gem. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 19,1 Mio. €

(Vorjahr 3,5 Mio. €) aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen im Anlagenbestand durchgeführt.

Sonstige betriebliche Aufwendungen weiter gesunken

Im Geschäftsjahr verminderte sich der Gesamtbetrag der sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 15,9 Mio. € im Vorjahr auf 13,2 Mio. €. Darin enthalten sind die Verwaltungskosten mit 7,6 Mio. € (Vorjahr 8,0 Mio. €), Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu den Sonstigen Rückstellungen.

Nettokreditbestand und Zinsaufwand

Der Nettokreditbestand erhöhte sich im Berichtsjahr von 687,1 Mio. € auf 725,9 Mio. €. Die Zugänge beinhalten im Wesentlichen die Finanzierung der umfassenden Modernisierungsmaßnahmen.

Der Nettozinsaufwand ist im Geschäftsjahr von 23,8 Mio. € auf 25,8 Mio. € angestiegen. Darin enthalten sind außerordentliche Abschreibungen auf Disagien in Höhe von 0,9 Mio. € aus KfW-Finanzierungen im Rahmen von Umschuldungen dieser Darlehen.

Positiver Bilanzgewinn

Das Jahr 2012 war wiederum von großem wirtschaftlichem Erfolg geprägt. Bei rd. 135 Mio. € Investitionen in die Bestände wurde ein Bilanzgewinn von 8,2 Mio. € erreicht. Die Modernisierung in der Großsiedlung Märkisches Viertel verläuft planmäßig und die Ergebnisse werden von den Mietern sehr positiv angenommen. Dieses spiegelt sich auch in den Jahresergebnissen wider.

Ergebnisentwicklung - Bilanzgewinn

in Mio. €	2010	2011	2012
Bilanzgewinn	6,0	7,9	8,2

EBITDA und Cash Flow

Der EBITDA stellt das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen dar und spiegelt die operative Ertragskraft wider.

in Mio. €	2010	2011	2012
EBITDA	59,2	57,5	61,1

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit liegt über dem Niveau des Vorjahres. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist abermals durch die enormen Modernisierungsaufwendungen in den Beständen gekennzeichnet.

Bei einer hohen Neukreditaufnahme für Modernisierungsmaßnahmen im Bestand, konnten aus der freien Liquidität der Gesellschaft insbesondere höherverzinsliche Darlehen außerplanmäßig zurückgeführt werden.

Cashflow

in Mio. €	2010	2011	2012
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	49,3	65,6	67,8
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-70,2	-150,6	-109,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-5,8	85,9	29,9
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	74,3	75,2	63,9

FINANZLAGE

Qualifiziertes Finanzmanagement

Das Finanzmanagement der Gesellschaft sichert die jederzeitige Liquidität der Gesellschaft sowie die Bedienung der Darlehen. Die GESOBAU verfügte während des gesamten Geschäftsjahres 2012 über ausreichende Liquidität.

Zur Absicherung von Finanzrisiken bestehen Zinsswapgeschäfte sowie Forward-Geschäfte. Für weitere Informationen wird auf die Angaben im Anhang zu Finanzderivaten verwiesen.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden Darlehen mit einem Volumen von 94,2 Mio. € valutiert. Die auch weiterhin im Branchenvergleich als niedrig zu bezeichnende Nettoverschuldung pro m² Wohn- und Gewerbefläche erhöhte sich in Folge der Investitionen von 276 € pro m² zum Vorjahresstichtag auf 290 € pro m² zum Ende des Jahres 2012.

Solide Eigenkapitalausstattung

Im Geschäftsjahr 2012 beschloss die Hauptversammlung den Bilanzgewinn des Jahres 2011 in vollem Umfang den Anderen Gewinnrücklagen zuzuführen. Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich auf 287,5 Mio. € (Vorjahr 279,4 Mio. €) erhöht. Die Eigenkapitalquote liegt mit 21,6 % leicht über dem Vorjahresniveau (Vorjahr 21,3 %).

VERMÖGENSLAGE

Die Bilanzsumme ist um 22,3 Mio. € gestiegen und betrug 1.334,1 Mio. €. Die Bilanz der GESOBAU entspricht in ihrer Struktur der einer anlagenintensiven Wohnungsgesellschaft.

Stabile Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft zeigt ein ausgeglichenes Bild. Das langfristige Vermögen ist mit langfristigem Kapital finanziert. Der Bestand an eigenen Wohnungen und Gewerbeeinheiten stieg im Berichtsjahr von 37.555 auf 37.761 an.

Das Anlagevermögen erhöhte sich insbesondere durch die Modernisierungsinvestitionen um 62,3 Mio. € und durch Umgliederungen von Wohnimmobilien aus dem Umlaufvermögen in Höhe von 55,1 Mio. €, denen u.a. Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen in Höhe von 44,1 Mio. € entgegenstehen. Die Finanzanlagen erhöhten sich durch den Beteiligungserwerb an der GEDE Gemeinsame Berliner Wohnen GmbH, in Höhe von 38,4 Mio. € aus Umgliederungen aus dem Umlaufvermögen, da das kurzfristige Gesellschafterdarlehen in Eigenkapital umgewandelt wurde. Im Ergebnis stieg das Anlagevermögen um 129,7 Mio. € auf 1.173,1 Mio. €.

Bei den Guthaben bei Geldinstituten handelt es sich zu großen Teilen um Festgelder, die zweckgebunden für die Modernisierungsmaßnahmen sind.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Ereignisse eingetreten, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen.

RISIKO- UND CHANCENBERICHT

Risikobericht

Zu den wesentlichen Bestandteilen der Geschäftssteuerung und Kontrolle der GESOBAU gehört seit einigen Jahren ein aktives Risikomanagement. Im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex implementierte die GESOBAU ein effektives Risikomanagement in ihren Unternehmensprozess. Das dokumentierte System erfasst alle Unternehmensaktivitäten und beinhaltet auf der Basis einer definierten Risikostrategie neben dem internen Überwachungssystem und Controlling auch ein systematisches und permanentes Vorgehen hinsichtlich Risikoinventur, -controlling und Risikoberichterstattung.

Aktives Risikomanagement

Die GESOBAU hat ihr Risikomanagementsystem darauf ausgerichtet alle und im Besonderen die wesentlichen Risiken frühzeitig zu erkennen, um auf das jeweilige Einzelrisiko abgestimmte Risikosteuerungsmaßnahmen einzuleiten und die bestehenden Risiken laufend zu überwachen. Risiko definiert sich als negative Abweichung von den Planwerten beziehungsweise den erwarteten Zukunftswerten. Es ist nicht möglich, alle Risiken zu vermeiden, es geht vielmehr darum, im Rahmen des bestehenden Risikomanagementsystems, Risiken transparent zu machen und sie möglicher Weise zu quantifizieren, um die Handlungsspielräume und die Wahrnehmung von Chancen zu verbessern.

Alle relevanten Risiken werden jährlich nach Risikokategorien und -klassen über eine systemgestützte Risikoinventur vom Risikomanagement erfasst und unter Zuhilfenahme von Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten bewertet. Im Rahmen des

Risiko-Controllings fließen alle wesentlichen Risiken in eine halbjährliche Risikoberichterstattung ein, wo sie über Wertgrenzen gesteuert werden. Darüber hinaus ist die Risikoberichterstattung in Kennzahlen auch Teil des Quartalsberichtes an den Aufsichtsrat. Ein weiteres Steuerungsinstrument im Unternehmen ist die Balanced Scorecard, die eine Reihe von Risikoindikatoren beinhaltet, für die die GESOBAU Schwellenwerte definiert hat.

Ein essenzieller Bestandteil der Risikosteuerung ist der regelmäßige Planungsprozess, der sich im Wesentlichen über den Mittelfristzeitraum erstreckt. Das Berichtswesen durch das Controlling stellt dabei einen weiteren zentralen Aspekt der Risikosteuerung dar. Es werden monatlich von allen Plankennziffern die Ist-Größen den Ziel-Größen gegenüber gestellt. Darüber hinaus werden unterjährige Prognoserechnungen erstellt, um Abweichungen vom Wirtschaftsplan frühzeitig auszumachen und steuernd eingreifen zu können. Über Risiken oder Fehlentwicklungen, die möglicherweise außerhalb der regelmäßigen Berichtszeiträume auftreten, berichtet das Risikomanagement im Bedarfsfall sofort.

Der Revision obliegt die interne fortlaufende Prüfung der Zuverlässigkeit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems. Sie zeigt zudem Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der einzelnen Risikomanagementprozesse auf. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kontrolliert nach § 317 Abs. 4 HGB die Einrichtung und Funktionsfähigkeit des Risikofrüherkennungssystems, das Bestandteil des Risikomanagementsystems ist.

Strategische Risiken der GESOBAU

Für die Geschäfte der GESOBAU von wesentlicher strategischer Bedeutung sind die Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung, die Tendenz zur Alterung und Internationalisierung der Berliner Bevölkerung, die soziale und die Einkommensentwicklung sowie der steigende Wohnflächenverbrauch der privaten Haushalte. Zukünftig ist zu erwarten, dass sich die Disparität zwischen angebotenem und nachgefragtem Wohnraum, in Bezug auf die Preissegmente und Strukturen, nicht verringern wird. Es wird nicht mehr nur den einfachen Nachfrageüberhang von Wohnungen geben. Darüber hinaus wird die Individualisierung der Nachfrage das Angebot zwingen, darauf einzugehen. Hierbei werden der Anpassungsbedarf für die alternde Bevölkerung sowie die Integration von Migranten eine zentrale Rolle spielen. Aus dem Nachfrageüberhang nach Wohnungen können im Zuge von verstärkter Neubautätigkeit weitere Risiken einhergehen.

Markt- und Objektrisiken

Unter Anbetracht der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Standorte ist auch in Zukunft mit einem erhöhten Leerstand, insbesondere durch die Modernisierungstätigkeit, zu rechnen. Die erweiterten Risikofaktoren, die sich im Zuge der Entwicklung auf den Leerstand auswirken, sind die Sozialstruktur der Bewohner, die Wohnungsstruktur im Verhältnis zur Nachfrage, der Objektzustand, die Intensität der Modernisierungstätigkeit und die Höhe der Bruttowarmmiete.

In den vergangenen Jahren lagen die Betriebskosten deutlich über der allgemeinen Preisentwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex. Für den Fall, dass sich dieser Trend verstärkt, ist davon auszugehen, dass die Bruttowarmmiete die Zahlungsfähigkeit einzelner Mieter übersteigt. Hieraus können Erlösausfälle resultieren.

Mit der Strategie der Komplettsanierung ihrer Bestände verfolgt die GESOBAU konsequent das Ziel, die Betriebskosten für die Mieter nachhaltig zu senken und somit einen Handlungsspielraum bei den Nettokaltmieten möglich zu machen. Diese Strategie ist die direkte Gegenmaßnahme des erwähnten Leerstands- und Betriebskostenrisikos. Die Gesamtbelastung wird trotz Einsparmaßnahmen für die Mieter in Zukunft weiter anwachsen. Mit der konsequenten energetischen Modernisierung des Märkischen Viertels leistet die GESOBAU zugleich einen großen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele der Bundesregierung.

Zukünftig wird die GESOBAU auch wieder Neubauvorhaben realisieren. Diese Entscheidung basiert auf der Marktentwicklung und der sehr hohen Nachfrage nach Wohnraum am Markt. Es entsteht hierdurch jedoch ein Risiko, welches in der Risikobetrachtung berücksichtigt werden muss.

Finanzrisiken

Durch Umschuldungen und Prolongationen mit dem Ziel der Zinsverbesserung entstehen für die GESOBAU auch Zinsänderungsrisiken, die durch den Abschluss langfristiger Festzinskonditionen zu den aktuell günstigen Zinsbedingungen abgesichert werden. Die geplanten Komplettmodernisierungen und Neubaumaßnahmen in den Immobilienbeständen erfordern Neukreditaufnahmen. Dadurch hat das Zinsänderungsrisiko größere Dimensionen als in früheren Jahren angenommen. Es wird jedoch durch das weiterhin moderate Zinsniveau ebenso begrenzt, wie durch den bevorzugten Einsatz zinsgünstiger KfW-Mittel für die geplanten Neukreditaufnahmen.

Die noch nicht finanzierten Bauvorhaben sind so in den Unternehmensprozess eingegliedert, dass sie zu jeder Zeit bei stark steigenden Zinserwartungen für Baufinanzierungsmittel ausgesetzt werden können, ohne dass dieses Aussetzen ein erhebliches Risiko mit sich bringt. Bauvorhaben werden erst dann begonnen, wenn die Finanzierung sichergestellt ist. Die GESOBAU hält stets Liquiditätsreserven in ausreichender Höhe vor.

Betriebsrisiken

Um die in den kommenden Jahren geplanten Baumaßnahmen zu realisieren, schließt die GESOBAU im großen Umfang Bauleistungsverträge ab. Diese erhöhen das Risiko von Mehrkosten wegen unvorhersehbarer Ereignisse im Zuge der Realisierung der Projekte und des allgemein begrenzten Angebotes an Baudienstleistungen. Bei Komplettmodernisierungen und Neubaumaßnahmen besteht außerdem das Risiko der Rentabilität der Investitionen. Dieses kann eintreten, wenn das Unternehmen die für die Rentabilität zu erreichende Zielmiete aus unterschiedlichen Gründen nicht erreicht oder sich die Bau- oder Finanzierungskosten für einzelne Maßnahmen erhöhen.

Gesamtaussage zur Risikosituation

Nach Überprüfung der Risikolage zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 liegen keine Risiken vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Auch für die Zukunft sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar. Darüber hinaus sind auch keine Risiken zu identifizieren, die den Fortbestand von Tochterunternehmen gefährden. Für die eingeschätzten Risiken kann davon ausgegangen werden, dass die geplante Liquidität die jederzeitige kurzfristige finanzielle Bewältigung eines eventuellen Risikoeintritts erlaubt.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontrollsystem umfasst auch die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Dazu gehört auch das interne Revisionssystem, soweit es sich auf die Rechnungslegung bezieht.

Das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bezieht sich als Teil des internen Kontrollsystems auf Kontroll- und Überwachungsprozesse

der Rechnungslegung, insbesondere bei handelsbilanziellen Positionen, die Risikoabsicherungen des Unternehmens erfassen.

Die wesentlichen Merkmale des bei der GESOBAU bestehenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess können wie folgt beschrieben werden:

- Es gibt eine klare Aufbau- und Ablauforganisation mit eindeutigen Verantwortlichkeiten.
- Die Funktionen der am Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche des Rechnungswesens und des Controlling sind klar getrennt. Die Verantwortungsbereiche sind klar zugeordnet.
- Es wird von der GESOBAU vollumfänglich Standardsoftware (im Wesentlichen SAP ECC 6.0) eingesetzt. Die Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt.
- Ein adäquates Richtlinienwesen ist eingerichtet und wird laufend aktualisiert.
- Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Stellen werden in quantitativer wie qualitativer Hinsicht geeignet ausgestattet.
- Buchhaltungsdaten werden laufend auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüft. Dies geschieht auch durch Stichproben. Durch die eingesetzte Software finden Plausibilitätsprüfungen, z.B. im Rahmen von Zahlungsläufen, statt.
- Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird durchgängig das Vier-Augen-Prinzip angewendet.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess stellt damit sicher, dass unternehmerische Sachverhalte bilanziell erfasst, aufbereitet und gewürdigt sowie in die Rechnungslegung übernommen werden. Die geeignete personelle Ausstattung, die Verwendung von Standard-Software sowie klare gesetzliche und unternehmensinterne Vorgaben bilden die Grundlage für einen ordnungsgemäßen, einheitlichen und kontinuierlichen Rechnungslegungsprozess. Die klare Abgrenzung der Verantwortungsbereiche sowie umfassende Kontroll- und Überprüfungsmechanismen, insbesondere Plausibilitätskontrollen und das Vier-Augen-Prinzip, stellen eine korrekte und aussagefähige Rechnungslegung sicher.

2013 WIRD IN DER EUROZONE WIEDER EIN SCHWIERIGES JAHR

Nach Aussage verschiedener Institute wird das Wachstum des Bruttoinlandproduktes in Deutschland 2013 unter einem Prozent ausfallen. Die Schätzungen reichen von 0,3 % bis 0,9 %. Für den Euroraum hingegen wird ein Rückgang von 0,2 % vorausgesagt.

Die erwartete Entwicklung der deutschen Wirtschaft liegt trotz der widrigen Umfeldbedingungen in Europa weiterhin bei einem Plus und gibt damit den Maßstab für die Eurozone vor. Die binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen für eine konjunkturelle Belebung sind in Deutschland gegeben, auch dank der weiterhin günstigen Finanzierungsmöglichkeiten. Im Außenhandel verändert sich jedoch zunehmend die Struktur, da der Euroraum als Nachfrager für die deutsche Produktion nachlässt.

Investitionen in der Immobilienbranche erfolgen auf Rekordniveau. Geplante Neubaumaßnahmen werden höher ausfallen als noch in 2012 und auch die Investitionen in den Bestand steigen weiter an. Dies bestätigt auch der Hauptverband der deutschen Bauindustrie, der für 2013 mit einem nominalen Umsatzplus von 2,0 % im Bauhauptgewerbe rechnet. Die Baukonjunktur ist damit weiterhin sehr robust.

In Berlin ist die Zahl der Baugenehmigungen auf einen neuen Höchststand der vergangenen Jahre gestiegen. Aus immobilienwirtschaftlicher Sicht ist die Vorschau positiv. Die Investitionsbedingungen sind sehr günstig und die Nachfrage hoch. Die hohe Investitionstätigkeit kann zu einer Verknappung des Angebots führen, wodurch ein überproportionaler Anstieg von Bau- und Baunebenkosten zu erwarten wäre.

Die Berliner Wohnungswirtschaft wird auch in absehbarer Zeit von vier großen Trends geprägt: die demografische Entwicklung, die zunehmende soziale Spreizung der Gesellschaft, die stetig steigenden Anforderungen an Klimaschutz- und Energieeffizienz sowie die wachsende Vielfalt der persönlichen Lebensstile. Diese Trends gilt es aufzugreifen und mit differenzierten Wohnkonzepten auszugestalten. Neben diesen qualitativen Aspekten sind aber auch quantitative Effekte zu berücksichtigen. Bei den Haushaltszahlen stehen die Zeichen in Berlin immer noch klar auf Wachstum. Bis 2030 rechnet der Berliner Senat mit einer Bevölkerungszunahme um rund 254.000 Personen.

Das Wohnungsmarktbarometer 2012 der Investitionsbank Berlin (IBB) bestätigt, dass im unteren Preissegment (< 5 €/qm) mit einem deutlichen Nachfrageschub zu rechnen ist. Bereits jetzt besteht im unteren und preisgebundenen Segment ein Angebotsdefizit. Auch eine Verknappung des Angebots im mittleren Preissegment (< 5-7 €/qm) wird bis zum Jahr 2015 erwartet. Die anhaltende und im Zuge der dynamischen demografischen Entwicklung eher noch steigende Nachfrage nach Wohnraum für einkommensschwache Haushalte verlangt nach einer vorausschauenden Planung. Einigkeit herrscht bei allen Marktteilnehmern darüber, welche Maßnahmen die Marktgängigkeit von Bestandswohnungen und -häusern am deutlichsten verbessern. Genannt werden energetische Maßnahmen, barrierefreier/seniorengerechter Umbau sowie der Einbau von Aufzügen und neuen Bädern.

Es erfolgte im Berichtsjahr der Beitritt zum Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten durch die GESOBAU und weitere städtische Wohnungsunternehmen. Der Senat verfolgt mit Hilfe des Bündnisses das Ziel einer Steuerung des Berliner Wohnungsmarktes. Als wesentliche Maßnahmen sind hier der Wohnungsneubau sowie der Ankauf von mindestens 30.000 Wohnungen bis 2016, die Begrenzung von allgemeinen Mieterhöhungen sowie die Absenkung der Modernisierungsumlage aufzuführen.

Insgesamt blickt die GESOBAU aufgrund dieser Prognosen und ihrer eigenen guten Portfoliostruktur auch unter Beachtung der Rahmenbedingungen des Bündnisses für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten mit Zuversicht in die kommenden Jahre.

WEITERENTWICKLUNG DER ERFOLGREICHEN STRATEGIE

Das Unternehmen rechnet für 2013 mit einer Umsatzsteigerung, die auf dem Niveau des Jahres 2012 liegt. Auch beim Ergebnis ist für 2013 mit einer erneuten Verbesserung zu rechnen. Auf Basis der Mittelfristplanung geht der Vorstand in den darauf folgenden Jahren weiterhin von positiven, stetig steigenden Umsätzen und Jahresergebnissen der GESOBAU aus.

Die wirtschaftliche Stabilität ist die Basis für alle ökologischen und sozialen Aktivitäten und Grundlage für die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft. Die GESOBAU wird den sozialen und gesellschaftlichen Wandel auch künftig weiter mitgestalten.

Für die kommenden zwei Jahre sind Investitionen in Höhe von rd. 248 Mio. € geplant, für die unter anderem die zinsgünstigen Förderprogramme der KfW in Anspruch genommen werden. Dabei bleibt der Maßnahmenschwerpunkt die nachhaltige energetische Modernisierung der Bestände. Diese berücksichtigt zukunftsorientiert die Bedürfnisse der Mieter ebenso wie eine langfristige Wertsteigerung der Bestände. Zur Optimierung des Portfolios und zur nachhaltigen Ertragssteigerung wird die GESOBAU auch weitere Wohnungsbestände ankaufen und durch bedarfsgerechte Neubaumaßnahmen ihren Wohnungsbestand erweitern.

Die Zukunftsaussichten der GESOBAU bleiben insgesamt positiv: Die guten Branchenaussichten sowie die strategische Ausrichtung des Unternehmens werden sich weiterhin positiv auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

Mit ihren engagierten und motivierten Mitarbeitern will die GESOBAU eine kontinuierliche positive Entwicklung des Unternehmens erreichen. Ziel des Unternehmens ist es, Werte zu schaffen – materielle Werte für die finanzielle Solidität der GESOBAU und ideelle Werte für die Menschen in den Stadtvierteln, in denen unser Unternehmen tätig ist.

Berlin, 21. Februar 2013

Jörg Franzen Christian Wilkens

Corporate Governance Bericht

Der Begriff Corporate Governance bezeichnet die verantwortungsvolle Führung und Kontrolle eines Unternehmens. Bei der GESOBAU AG hat Corporate Governance seit Jahren einen hohen Stellenwert. Der Berliner Corporate Governance Kodex in der jeweiligen von der für die Beteiligungsführung zuständigen Stelle des Landes Berlin herausgegebenen Fassung wurde in die Satzung und die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrates und des Vorstandes aufgenommen. Vorstand und Aufsichtsrat der GESOBAU erklären, dass dem auf Basis der Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex entwickelten Berliner Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 17. Februar 2009 wie folgt entsprochen wird und wurde:

I. Gute Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat
Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen in der Regel unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten. Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.

Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrats für die Geschäftsleitung.

Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in mündlicher und schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend. Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt. D&O-Versicherungen wurden für Mitglieder des Aufsichtsrates ohne und für die Geschäftsleitung mit Selbstbehalt abgeschlossen.

II. Vorstand – Wertorientierte Unternehmensführung
Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.

Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung sind in der Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung geregelt. Es wurde kein Vorsitzender der Geschäftsleitung bestimmt.

Eine Zielvereinbarung für das Geschäftsjahr 2012 über eine variable Zieltantieme wurde im Aufsichtsrat diskutiert und am 16. Dezember 2011 mit den Mitgliedern der Geschäftsleitung abgeschlossen; sie wurde nicht nachträglich geändert. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen waren andere Bezüge nicht zu berücksichtigen. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden, sie unterliegen seiner regelmäßigen Überprüfung. Die Gesamtbezüge werden im Anhang zum Jahresabschluss jeweils einzeln ausgewiesen.

III. Proaktiver Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.

Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrates nach Vorbefassung im Personalausschuss entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenzen für die Geschäftsführer festgelegt. Es gab keine Erstbestellung; eine Wiederbestellung wurde nicht vorzeitig ausgesprochen.

Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurden u. a. die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung, das Risikomanagement, die Restrukturierung von Beteiligungsgesellschaften, die Mietenpolitik, die Komplettmodernisierung großer Teile des Wohnungsbestandes, Ankäufe von unbebauten Grundstücken und Wohnanlagen in Berlin, der Neubau von Wohnungen für den eigenen Bestand sowie Finanzierungsfragen beraten. Die Geschäftsleitung hat den Aufsichtsratsvorsitzenden fortlaufend über besondere Ereignisse unterrichtet.

Mittels von Umlaufverfahren hat der Aufsichtsrat über den Corporate Governance Bericht der GESOBAU für das Geschäftsjahr 2011 beschlossen. In einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung wurde über den Beitritt der GESOBAU zum Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten beraten.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse:

- Personalausschuss
  Vorsitzender: Dr. Horst Föhr
- Finanz- und Grundstücksausschuss
  Vorsitzender: Rolf-Dieter Schippers

Der Aufsichtsratsvorsitzende war nicht Vorsitzender des mit Prüfungsfragen beauftragten Finanz- und Grundstücksausschusses. Kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung ist Mitglied des Aufsichtsrates. Bewertungsfragen von Immobilien wurden im Finanz- und Grundstücksausschuss beraten. Der Personalausschuss und der Finanz- und Grundstücksausschuss haben Entscheidungskompetenzen vom Aufsichtsrat übertragen bekommen. Das Plenum des Aufsichtsrats wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von fünf bzw. zehn Aufsichtsratsmandaten erreicht. Ein Aufsichtsratsmitglied nimmt den Aufsichtsratsvorsitz bei zwei Wohnungsunternehmen in Berlin in der Rechtsform einer Genossenschaft wahr; ein Aufsichtsratsmitglied ist zugleich Mitglied des Aufsichtsrates eines weiteren städtischen Wohnungsunternehmens in Berlin.

Die einzelnen Vergütungen ergeben sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

Ein Aufsichtsratsmitglied hat aufgrund einer Erkrankung an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

Der Aufsichtsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr 2012 mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Keine Interessenkonflikte

Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt. Interessenkonflikte bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrates sind nicht entstanden.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

Folgende Tätigkeiten in Gremien außerhalb der GESOBAU wurden vom Vorstandsmitglied Jörg Franzen ausgeübt:

- BBT Treuhandstelle des Verbandes Berliner und Brandenburgischer Wohnungsunternehmen GmbH
  (Mitglied des Aufsichtsrates)
- vhw Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V.
  (Mitglied des Kuratoriums bis zum 21. September 2012)
- GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.
  (Delegierter bis zum 12. September 2012)
- Arbeitsgemeinschaft der Großen Wohnungsunternehmen des GdW (AGW)
  (Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands seit dem 27. April 2012)
- Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Wohnungsunternehmen des GdW
  (Mitglied)
- Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen

(Mitglied des Verbandsausschusses, Mitglied des Arbeitsausschusses)

- Ausschuss Umwelt und Energie der IHK Berlin
  (Mitglied bis zum 05. September 2012)

- Berliner Wasserbetriebe (BWB) Anstalt des öffentlichen Rechts
  (Mitglied des Beirates)

Folgende Tätigkeiten in Gremien außerhalb der GESOBAU wurden vom Vorstandsmitglied Christian Wilkens ausgeübt:

- GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.
  (Ersatzdelegierter)

- Industrie- und Handelskammer zu Berlin
  (Mitglied der Vollversammlung seit dem 05. September 2012)

Dem Aufsichtsratsvorsitzenden sind diese Nebentätigkeiten zur Zustimmung vorgelegt worden.

Mitgliedern der Geschäftsleitung bzw. deren Angehörigen wurden keine Darlehen gewährt. An zwei Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat wurden in Vorjahren besicherte Darlehen über 25.564,59 € bzw. 25.565,00 € zum Erwerb von Wohneigentum mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2012 gewährt. Die Darlehen wurden im Geschäftsjahr 2012 vollständig getilgt.

V. Transparenz gewährleistet

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Unternehmensinformationen (z.B. Geschäftsbericht) wurden auch über das Internet unter www.gesobau.de veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung vollständig und fristgerecht

Der Jahresabschluss wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Zusätzlich wurden Quartalsberichte erstellt. Der Jahresabschluss und die Quartalsberichte wurden in den vorgesehenen Fristen (geprüfter Jahresabschluss 90 Tage nach Geschäftsjahresende, Quartalsberichte 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraumes) dem Gesellschafter vorgelegt. Die Quartalsberichte wurden vom Aufsichtsrat mit der Geschäftsführung erörtert. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf.

VII. Abschlussprüfer unabhängig

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Vorsitzenden des Finanz- und Grundstücksausschusses bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Vorsitzenden des Finanz- und Grundstücksausschusses, hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarungen getroffen.

Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

GESOBAU AG, Berlin

Bezüge des Vorstandes:

in €	Jörg Franzen	Christian Wilkens
Grundvergütung	170.000,00	150.000,00
Variable Vergütung auf Basis einer Zielvereinbarung für das Jahr 2011	73.750,50	58.350,50
Leistungen der Altersversorgung	25.500,00	22.500,00
Geldwerter Vorteil aus KfZ-Nutzung	7.648,32	8.582,88
Geldwerter Vorteil aus der Gruppenunfallversicherung	170,00	170,00
Zuschüsse bzw. Arbeitgeberanteile zu Sozialversicherungen	10.383,84	9.954,84
Summe	287.452,66	249.558,22

Bezüge des Aufsichtsrates:

	in €
Dr. Horst Föhr	7.913,50
Rolf-Dieter Schippers	4.950,00
Birgit Galley	4.224,50
Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier	4.200,00
Andrea Emer	4.050,00
Ramona Senier	3.850,00
Thomas Brand	3.850,00
Anja Scholze	3.550,00
Karin Müller	3.550,00

Gewobag Wohnungsbau-

Aktiengesellschaft Berlin

Lagebericht Konzern und GEWOBAG für das Geschäftsjahr 2012

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturellen Perspektiven in Deutschland haben sich eingetrübt. Die Unternehmen reduzieren ihre Investitionen und stellen weniger Personal ein. Hierbei spielt neben der Anpassungsrezession in einigen Ländern des Euro-Gebietes die Verlangsamung der globalen Konjunktur eine Rolle.

Die Berliner Wirtschaft befindet sich insgesamt in guter Verfassung und zeigte sich stabil. Vor allem in den Dienstleistungsbereichen verdeutlicht sich eine expansive Entwicklung. Die Industrie spürt das gedämpfte Konjunkturumfeld, bewegt sich bei den Aufträgen aber nur leicht unter Vorjahresniveau. Die andauernde positive Bevölkerungsentwicklung sorgt für eine erhöhte Nachfrage auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Der sinkende Leerstand und wachsende Bevölkerungs- und Haushaltszahlen führen insbesondere in innerstädtischen Bezirken tendenziell zu geringen Umzugsneigungen. In einzelnen Stadtrandlagen und Quartieren mit komplexer Sozialstruktur sind noch Vermietungsreserven vorhanden. Der Berliner Senat hat im September 2012 gemeinsam mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften ein „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ beschlossen. Damit wurde ein Instrument der sozialen Wohnungspolitik erarbeitet, das auch einkommensschwächeren Mietern und Mieterinnen einen Verbleib in den Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften sichert.

Neue Strategie des GEWOBAG-Konzerns

Der GEWOBAG-Konzern hat einen sozialen Auftrag, der sowohl die Bereitstellung einer Vielfalt an Wohnungen und Services für eine breite Mieterschaft in allen Lebensphasen zu einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis als auch die aktive Beteiligung an sozialen Projekten beinhaltet.
Zur weiteren Stärkung der Kunden- und Ergebnisorientierung des GEWOBAG-Konzerns wurde ein neues Geschäftsmodell erarbeitet. Ziele sind u. a. moderne, prozessorientierte Organisationsstrukturen im Bestandsmanagement und eine erhöhte und bedarfsgerechte Kiez-Präsenz. Die Kernvoraussetzung für diese moderne Organisation ist ein zentraler Verwaltungsstandort.
Zur Stärkung des mietenpolitischen Einflusses des Landes Berlin sind die städtischen Wohnungsbaugesellschaften angehalten, ihren Wohnungsbestand zu erweitern. Als Schritt zur Umsetzung der Vorgaben hat die GEWOBAG auch im Rahmen ihrer Wachstumsstrategie im Geschäftsjahr 2012 zwei Portfoliopakete angekauft. Insgesamt konnte die GEWOBAG ihren Bestand damit um 2.165 Wohnungen und 72 Gewerbeeinheiten erweitern. Die GEWOBAG PB erwarb zwei Objekte mit insgesamt 298 Wohnungen und 2 Gewerbeeinheiten.

Allgemeine Unternehmensentwicklung

Die Geschäftsentwicklung unserer Unternehmensgruppe verlief 2012 im operativen Geschäft besser als geplant.

Im Kerngeschäftsfeld Hausbewirtschaftung gelang es - trotz partiell schwieriger Bedingungen -, das prognostizierte operative Vermietungsergebnis zu steigern. Die Restriktionen des im September 2012 geschlossenen Mietenbündnisses werden erst im Folgejahr voll wirksam werden.
Die Leerstandszahlen im Konzern waren objektiv beeinflusst durch die Übernahme von Leerständen in den Ankaufsportfolios sowie erhöhte Neuvermietungsaufkommen nach Modernisierungen / Sanierungen im Bestand.
In der Verkaufstätigkeit haben wir sowohl im Einzelvertrieb aus dem Bestand als auch im von der GEWOBAG betriebenen Bauträgergeschäft mit Neubaueigenheimen unsere Zielsetzungen übertroffen. Das Eigenheimvorhaben der GEWOBAG in Frohnau ist komplett realisiert. Die letzten Hausübergaben finden in 2013 statt.
Im Geschäftsfeld Verwaltung für Dritte hat die GEWOBAG VB ihre Marktposition behauptet.
Die von der GEWOBAG WB wahrgenommenen Aufgaben als Sanierungsträger wurden weitgehend abgeschlossen.
Die Bautätigkeit konzentrierte sich im Berichtszeitraum neben dem Bauvorhaben „Quartier Forbat“ insgesamt auf Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen zur Bestandsentwicklung.

Personal/Organisation

Bei den bestandshaltenden Gesellschaften GEWOBAG und GEWOBAG PB ging die Personalzahl im Zuge altersbedingter Austritte insgesamt zurück. Die Mitarbeiterzahl der GEWOBAG WB hat sich durch befristete Neueinstellungen erhöht. Die personellen Kapazitäten auf Konzernebene blieben teilzeitbereinigt nahezu unverändert.
Die Mitarbeiterzahl bei den Tochtergesellschaften GEWOBAG EB, GEWOBAG MB und GEWOBAG VB insgesamt blieb konstant. Die Verschiebungen im Personalbestand resultieren aus der Übertragung des Vermietungsservices von der GEWOBAG EB auf die GEWOBAG MB.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Struktur und Entwicklung des Personals:

GEWOBAG-Konzern - Mitarbeiter -	**31.12. 2012**	31.12. 2011	**Verändg. absolut**
GEWOBAG	126	133	-7
GEWOBAG PB *	163	167	-4
GEWOBAG WB *	122	114	8
Summe	411	414	-3
GEWOBAG EB *	10	39	-29
GEWOBAG MB *	49	21	28
GEWOBAG VB *	37	36	1
GESAMT *	**507**	**510**	**-3**
- davon Angestellte	465	472	-7
- davon Arbeiter (inkl. Hauswarte)	1	1	0
- davon in Altersteilzeit (Freiphase)	12	10	2
- davon. Auszubildende/Praktik.	29	27	2
Nachrichtlich:	**2012**	**2011**	
Personaldurchschnitt	**509**	**511**	**-2**
- teilzeitbereinigt	*476*	*472*	*4*

*) bereinigt um Doppelfunktionen

Die Ausbildung erfolgt im Konzern übergreifend bei allen Gesellschaften. Die Zahl der Ausbildungs- bzw. Praktikantenplätze orientiert sich dabei am mittelfristigen Bedarf. Im Hinblick auf die gestiegenen Anforderungen haben wir im betrieblichen Ausbildungsteil der Vermittlung von Projektkompetenz eine höhere Bedeutung beigemessen.

Parallel hat die Weiterbildung einen hohen Stellenwert. Über personenbezogene Fortbildungen sowie funktionsübergreifende, teamorientierte Projektarbeit stellen wir sicher, dass ein generationsübergreifender Wissenstransfer erfolgt.

Der Vorstand dankt - auch im Namen der Geschäftsführungen der Tochtergesellschaften - allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des GEWOBAG-Konzerns für ihren Einsatz und spricht ihnen seine Anerkennung für die erbrachten Leistungen aus.

Bilanzstruktur des GEWOBAG-Konzerns

		31.12.2012		31.12.2011	
		T€	%	T€	%
Vermögen	Langfristiger Bereich				
	Sachanlagen, immat. Vermögensg.	1.343.360	91,9	1.215.854	90,6
	Finanzanlagen	507	0,0	493	0,0
	Geldbeschaffungskosten	1.163	0,1	1.313	0,1
	Zum Verkauf bestimmte Grundstücke (nach Ablauf von fünf Jahren)	1.665	0,1	2.947	0,2
	Forderungen aus Grundstücksverk. (nach Ablauf von fünf Jahren)	5.015	0,4	4.442	0,3
	Stadterneuerungsposten	20.906	1,5	35.761	2,7
		1.372.616	94,0	1.260.810	94,0
	Mittel- und kurzfristiger Bereich				
	Zum Verkauf bestimmte Grundstücke (innerhalb fünf Jahre) und Bauleistungen	7.639	0,5	9.762	0,7
	Übriges Vorratsvermögen	709	0,1	869	0,1
	Forderungen und sonstige Vermögens-gegenstände, RAP	27.014	1,8	28.251	2,1
	Flüssige Mittel	53.005	3,6	41.822	3,1
	Bausparguthaben	428	0,0	0	0,0
		88.795	6,0	80.704	6,0
	Konzern-Bilanzvolumen	1.461.411	100,0	1.341.514	100,0
Kapital	Langfristiger Bereich				
	Eigenkapital	-96.683	-6,6	-115.190	-8,6
	Rückstellungen	25.921	1,8	26.812	2,0
	Fremdmittel/RAP	1.438.615	98,4	1.326.842	99,0
	Stadterneuerungsmittel	21.524	1,5	36.481	2,7
		1.389.377	95,1	1.274.945	95,0
	Mittel- und kurzfristiger Bereich				
	Rückstellungen	23.372	1,6	17.434	1,3
	Übrige Verbindlichkeiten	48.662	3,3	49.135	3,7
		72.034	4,9	66.569	5,0
	Konzern-Bilanzvolumen	1.461.411	100,0	1.341.514	100,0

In der Darstellung wurden Erhaltene Anzahlungen mit Betriebskostenvorlagen in Höhe von rd. 91,7 Mio. € (Vorjahr: rd. 93,4 Mio. €), Mietkautionen mit Bankguthaben in Höhe von rd. 28,2 Mio. € (Vorjahr rd. 27,4 Mio. €), Treuhandkonten mit entsprechenden Verbindlichkeiten 0,7 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €) und ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag mit dem gezeichneten Kapital in Höhe von rd. 96,7 Mio. € (Vorjahr 115,2 Mio. €) verrechnet.

Bilanzstruktur der GEWOBAG Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin

		31.12.2012		31.12.2011	
		T€	**%**	T€	%
Vermögen	Langfristiger Bereich				
	Sachanlagen, immat. Vermögensg.	635.041	61,0	521.415	56,5
	Finanzanlagen	327.139	31,4	327.139	35,4
	Langfristige Forderungen	2.790	0,3	1.789	0,2
	Geldbeschaffungskosten	24	0,0	33	0,0
		964.994	92,7	850.376	92,1
	Mittel- und kurzfristiger Bereich				
	Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Bauleistungen	5.835	0,6	8.032	0,9
	Übriges Vorratsvermögen	277	0,0	263	0,0
	Forderungen und sonstige Vermögens-gegenstände, RAP	41.309	4,0	35.568	3,9
	Flüssige Mittel	27.877	2,7	28.460	3,1
		75.297	7,3	72.323	7,9
	Bilanzvolumen	1.040.291	100,0	922.699	100,0
Kapital	Langfristiger Bereich				
	Eigenkapital	252.920	24,3	244.253	26,5
	Rückstellungen	5.274	0,5	5.784	0,6
	Fremdmittel	731.027	70,4	623.310	67,6
	Rechnungsabgrenzungsposten	17.205	1,7	17.560	1,9
		1.006.425	96,8	890.907	96,6
	Mittel- und kurzfristiger Bereich				
	Rückstellungen	11.603	1,1	11.302	1,2
	Übrige Verbindlichkeiten	22.263	2,1	20.490	2,2
		33.867	3,2	31.792	3,4
	Bilanzvolumen	1.040.291	100,0	922.699	100,0

Verrechnet wurden Betriebskostenvorlagen der Gesellschaft in Höhe von rd. 38,1 Mio. € (Vorjahr: rd. 37,0 Mio. €) mit den entsprechenden Mietervorauszahlungen. Darüber hinaus wurden Mietkautionen in Höhe von rd. 9,1 Mio. € (Vorjahr: rd. 8,3 Mio. €) mit den flüssigen Mitteln verrechnet.

Insgesamt hat sich das Bilanzvolumen gemäß Vermögenslage um rd. 117,6 Mio. € erhöht.
Im langfristigen Vermögen führten insbesondere Portfolioankäufe zu einer Erhöhung um rd. 114,6 Mio. € (Vorjahr: rd. 212,8 Mio. €) während der mittel- und kurzfristige Bereich um rd. 3,0 Mio. € (Vorjahr: rd. 18,5 Mio. €) zunahm.

Das Eigenkapital erhöhte sich um den Bilanzgewinn auf rd. 252,9 Mio. € (Vorjahr: rd 244,3 Mio. €). Sein Anteil am vorstehenden Bilanzvolumen beträg 24,2 % (Vorjahr: 26,5 %).
Das langfristige Kapital hat sich durch Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Objektankäufe um rd. 115,5 Mio. € erhöht. (Vorjahr: Verminderung um rd. 1,5 Mio. €).

Finanzielle Entwicklung

Der Bestand an flüssigen Mitteln laut Konzernbilanz belief sich am 31.12.2012 auf rd. 82,3 Mio. € (Vorjahr: rd. 69,2 Mio. €).
Unterjährig wird kurzfristig bestehender Finanzbedarf im Rahmen eines Cash-Managements gedeckt. Zu diesem Zweck bestehen gegenseitige Darlehensverträge zwischen der GEWOBAG, GEWOBAG PB, GEWOBAG WB und der GEWOBAG EB sowie einseitige Darlehensverträge zwischen der GEWOBAG und der GEWOBAG VB.

Im Konzern wurden Zinserträge aus der zeitweisen und kurzfristigen Anlage liquider Mittel in Höhe von rd. 0,6 Mio € (Vorjahr: rd. 0,8 Mio. €) erzielt.

Finanzierungsaktivitäten

Aufgrund des branchenorientiert hohen Fremdkapitalanteils und der daraus resultierenden Zinsbelastungen ist der Konzern gehalten, alle Maßnahmen, die der Minimierung dieser Zinslast dienen, zu prüfen und in adäquatem Umfang umzusetzen. In diesem Zusammenhang wurden bei der Gesellschaft GEWOBAG auch derivate Finanzierungsinstrumente eingesetzt.
Das Ziel des Einsatzes dieser Instrumente liegt darin, einerseits Risiken zu begrenzen, andererseits Zinschancen zur Verringerung des Zinsaufwandes zu erkennen und zu nutzen.
Die alternativen Finanzinstrumente umfassen per 31.12.2012 ausschließlich:

- Zinsswaps in EURO zur Sicherung einer festen Verzinsung auf ein variables Darlehen als Grundgeschäft von nominal 39,0 Mio. €

Der gesamte Zinsaufwand der Gesellschaft für die in Anspruch genommenen Darlehen betrug im Berichtsjahr 22,2 Mio. €.

Parallel wurden im Konzern auf der Basis der laufenden Analyse des Kreditportfolios und der Zinsbindungsfristen Prolongationen bzw. Umfinanzierungen vorgenommen. In diesem Zusammenhang konnten auf Grund der flachen Zinskurve in größerem Umfang auch Forwarddarlehen zu besseren Konditionen abgeschlossen werden. In Einzelfällen wurden darüber hinaus zur Entpfändung einzelner Objekte Darlehensbeträge vorzeitig zurückgezahlt.

Kapitalflussrechnung der GEWOBAG Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin

T€	**2012**	2011
Laufende Geschäftstätigkeit		
Bilanzgewinn vor außerord. Aufwend./Ertr.	3.818	-4.886
Einstellung in Rücklagen	4.333	0
Erträge aus Ergebnisabführungen	516	13.189
Erträge aus Anteilstausch/Zuschreibung Finanzanl.	0	222.099
Jahresergebnis	8.667	230.402
Abschreibungen auf		
Anlagevermögen/Verkaufsmaßnahmen	19.597	31.672
Geldbeschaffungskosten	9	9
Zuschreibungen auf		
Sachanlagen	0	-981
Finanzanlagen	0	-60.165
Veränderungen der langfristigen Rückstellungen	-510	-3.438
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	-854	-1.584
Sonstige zahlungsunwirksame		
Aufwendungen(+)/Erträge(-)	-953	-174.659
Tilgungspotenzial	***25.956***	***21.256***
Veränderungen		
im Umlaufvermögen einschl. aktiver RAP	-7.261	11.009
der kurzfristigen Passiva	2.615	-1.005
Tilgung kurzfristiger Darlehen	-540	0
Investitionen in Verkaufsmaßnahmen	-2.957	-4.317
Abgänge von Verkaufsmaßnahmen / Vorratsgrundst.	5.029	5.789
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**22.842**	**32.731**
Finanzierungstätigkeit		
Tilgung langfristiger Verbindlichkeiten	-24.001	-19.902
Cashflow nach planmäßiger Tilgung	**1.955**	**1.354**
Aufnahme langfristiger Verbindlichkeiten	132.536	25.726
Valutierung von Aufwendungsdarlehen	440	456
Ablösung langfristiger Verbindlichkeiten/AWD	-156	-444
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**108.819**	**5.836**
Investitionstätigkeit		
Investitionen in		
immaterielle Vermögensgegenstände, Sach-/		
Finanzanlagen	0	-27.252
Abgänge		
von Sachanlagen	4.121	4.132
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**-132.245**	**-23.120**
Entwicklung des Finanzmittelbestandes		
Stand 1. Januar	28.460	13.013
Veränderungen	-583	15.447
Stand 31. Dezember	27.877	28.460

Ertragsentwicklung

Die operative Ergebnisentwicklung der Gesellschaften des Konsolidierungskreises verlief 2012 besser als geplant. Alle Unternehmen (außer GEWOBAG WB) haben positiv abgeschlossen.
Der Bilanzgewinn der GEWOBAG von rd. 4,3 Mio. € ist geprägt durch Rückstellungsauflösungen und gestiegene Mieterlöse, u. a. bedingt durch den Einfluss der Portfolioankäufe sowie der Einstellung in andere Gewinnrücklagen (rd. 4,3 Mio. €).
Die GEWOBAG WB erwirtschaftete einen Jahresfehlbetrag, der im Wesentlichen durch gestiegene Mod.-/Inst.-Maßnahmen beeinflusst wurde.
Die GEWOBAG PB erzielte ein gegenüber dem Vorjahr geringeres Jahresergebnis. Dieses wurde u. a. durch die Bildung einer Rückstellung und bereits geleistete Zahlungen für Sanierungsausgleichsbeträge von rd. 5,9 Mio. € belastet.
Die GEWOBAG EB konnte wegen gestiegener Vertriebszahlen einen deutlich verbesserten Jahresüberschuss erwirtschaften. Auf Grund des noch bestehenden Verlustvortrages greift der bestehende Gewinnabführungsvertrag mit der GEWOBAG noch nicht.
Die GEWOBAG VB erzielte wieder ein positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit; dieses wie auch der Überschuss der GEWOBAG MB werden gemäß der bestehenden Ergebnisabführungsverträge an die GEWOBAG abgeführt.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Struktur und Entwicklung des Jahresergebnisses im GEWOBAG-Konzern:

	- T€ -	**2012**	2011	**Veränd. absolut**
Jahresergebnisse der einzelnen Konzerngesellschaften	GEWOBAG (vor GA)	+8.151	-4.886	+13.037
	GEWOBAG PB	+820	+12.725	-11.905
	GEWOBAG WB	-2.474	+7.069	-9.543
	GEWOBAG EB	+9.458	+6.400	+3.058
	GEWOBAG MB (vor GA)	+273	+10	+263
	GEWOBAG VB (vor GA)	+243	+454	-211
	WIR-Fonds 1-5/7-11	+291	+1.265	-974
	Summe	+16.762	+23.037	-6.275
Konsolidierungsposten	Aufwands-/Ertragskonsolidierung gemäß § 305 HGB	+/- 12.783	+/-25.000	+/-12.217
	Teilauflösung Rückstell. WIR-Fonds etc.	-3.101	-1.698	-1.403
	Abschreibung Finanzanlagen	+1.177	0	+1.177
	Ausbuchung Verbindlichkeit WIR-Fds. 11	-702	0	-702
	Zuschreibung Finanzanlagen	0	-22	+22
	realisierte Zwischenergebnisse gemäß § 304 HGB	+4.360	+2.104	+2.256
	Konzern-Jahresergebnis	+18.496	+23.421	-4.925
	Verlustvortrag	-250.592	-267.539	+16.947
	Einstellung in Gewinnrücklagen	-4.333	-5.606	+1.273
	Anteile anderer Gesellschafter am Jahresergebnis	+108	-868	+976
	Konzern-Bilanzverlust	**-236.321**	**-250.592**	**+14.271**

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Struktur und Entwicklung des Geschäftsergebnisses und des Sonstigen Ergebnisses im GEWOBAG-Konzern:

—T€—	2012	2011	Veränd. absolut
Geschäftsergebnis	**+ 18.990**	**+ 23.232**	**- 4.242**
- Hausbewirtschaftung (eig. Best.)	+ 36.238	+ 37.436	- 1.198
- GEWOBAG	+ 22.733	+ 6.482	+ 16.251
- GEWOBAG EB	+ 1.508	+ 1.349	+ 159
- GEWOBAG PB	+ 9.888	+ 18.601	- 8.713
- GEWOBAG WB	+ 1.836	+ 9.777	- 7.941
- WIR-Fonds 1-5/7-11	+ 272	+ 1.227	- 955
- Verkaufstätigkeit	+ 8.332	+ 6.115	+ 2.217
- GEWOBAG	- 1.041	- 54	- 987
- GEWOBAG EB	+ 7.646	+ 4.762	+ 2.884
- GEWOBAG PB	- 21	- 67	+ 46
- GEWOBAG WB	+ 1.748	+ 1.474	+ 274
- übrige Geschäftstätigkeit	- 25.580	- 20.319	- 5.261
Sonstiges Ergebnis	**- 2.228**	**- 195**	**- 2.033**
- Finanz-/Beteiligungsergebnis	- 1.193	- 105	- 1.088
- Steuern vom Einkommen/Ertrag	- 1.035	- 90	- 945
Jahresergebnis vor Konsolidierung	+ 16.762	+ 23.037	- 6.275
Konsolidierungsposten	+ 1.734	+ 384	+ 1.350
Konzern-Jahresergebnis	+ 18.496	+ 23.421	- 4.925
Verlustvortrag	- 250.592	- 267.539	16.947
Einstellung in Gewinnrücklagen	- 4.333	- 5.606	+ 1.273
Anteile anderer Gesellschafter am Jahresergebnis	+ 108	- 868	+ 976
Konzern-Bilanzverlust	**- 236.321**	**- 250.592**	**+ 14.271**

Das Ergebnis der Hausbewirtschaftung (HBW) des eigenen Bestandes hat sich gegenüber dem Vorjahr vermindert. Die positiven Sondereffekte des vergangenen Geschäftsjahres aus Rückstellungsauflösungen in erheblichem Umfang sind weggefallen. Gestiegene Umsatzerlöse aus der Vermietung wurden durch Rückstellungszuführungen und erhöhte Aufwendungen für Instandhaltung wieder kompensiert.

Das Ergebnis der Verkaufstätigkeit aus dem Bestand entwickelte sich bei gestiegenem Umsatz besser als geplant.

Unter der übrigen Geschäftstätigkeit sind die Aufwendungen und Erträge der operativen Aktivitäten Betreuung und Dienstleistungen sowie Sanierung und Restitutionsabwicklung zusammengefasst; darüber hinaus sind hier die nicht aktivierungspflichtigen Eigenleistungen im Rahmen der Bautätigkeit für den eigenen Bestand ausgewiesen. Wesentlich sind darüber hinaus anderweitig nicht zuzuordnende Sonder- und Einmalfaktoren wie Bildung/ Auflösung von Rückstellungen für Altersteilzeit und Pensionen.

Ebenfalls hier ausgewiesen sind die sonstigen Steuern; diese betreffen im Wesentlichen Kraftfahrzeugsteuern und nicht umlagefähige Grundsteuern.

Das Finanz-/Beteiligungsergebnis enthält neben dem Zinsergebnis den Aufwand aus Abschreibungen auf Finanzanlagen sowie Auf- bzw. Abzinsungen von Forderungen und Verbindlichkeiten.

Steuern vom Einkommen/Ertrag fallen angesichts unterschiedlicher Bewertungsansätze in der Steuerbilanz bei der GEWOBAG WB derzeit noch nicht an. Bei der GEWOBAG PB sind im Zuge des im vergangenen Jahr erfolgten Anteilstausches nach § 21 Umwandlungssteuergesetz die bestehenden körperschaft- und gewerbesteuerlichen Verlustvorträge weggefallen. Dementsprechend kann mit Steuerbelastungen gerechnet werden. Bei der GEWOBAG führen die unterschiedlichen Bewertungsansätze für das Geschäftsjahr zu Steuerbelastungen in Höhe von rd. 0,9 Mio. €. Dafür hat die Gesellschaft durch Bildung einer Rückstellung Vorsorge getroffen.

Der Konsolidierungsposten enthält - wie in den Vorjahren - im Wesentlichen die realisierten Zwischengewinne sowie die Neutralisierung der Veränderung der bei der GEWOBAG WB bestehenden Rückstellung für die Verpflichtungen aus den WIR-Fonds.

Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt vor, den nach der Vorabzuweisung in die anderen Gewinnrücklagen (4,3 Mio. €) verbleibenden Bilanzgewinn der GEWOBAG von rd. 4,3 Mio. € wie folgt zu verwenden:

Zuführung von rd. 4,3 Mio € zu den anderen Gewinnrücklagen.

Geschäftsentwicklung im Einzelnen

Hausbewirtschaftung

Die Zahl der durch den GEWOBAG-Konzern verwalteten Einheiten (VE) hat sich in der Berichtsperiode erhöht.
Die Erhöhung resultierte im Wesentlichen aus Bestandsankäufen bei der GEWOBAG und der GEWOBAG PB.
Die Minderungen bei der GEWOBAG WB und der GEWOBAG EB resultieren aus Verkäufen von Eigentumswohnungen im Rahmen der Privatisierung.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Struktur und Entwicklung des Bestandes:

GEWOBAG-Konzern — Anzahl —	**31.12. 2012**	31.12. 2011	**Veränd. absolut**
GEWOBAG	26.358	25.416	942
GEWOBAG VB	10.047	11.338	-1.291
GEWOBAG PB	13.632	13.657	-25
GEWOBAG WB	19.228	19.262	-34
Verwaltete Einheiten	**69.265**	**69.673**	**-408**
- davon eigener Bestand	62.635	62.926	-291
- davon im Eigentum Dritter	6.630	6.747	-117
GEWOBAG	29.769	27.366	2.403
GEWOBAG EB	1.171	1.385	-214
GEWOBAG PB	13.549	13.551	-2
GEWOBAG WB	19.507	19.571	-64
WIR-Fonds 1-5/7-11	1.381	1.381	0
Ertragbringende ME	**65.377**	**63.254**	2.123
- davon Wohnungen (WO)	53.564	51.629	1.935
- davon übrige	11.813	11.625	188

Der stichtagsbezogene Wohnungsleerstand im eigenen Bestand (inkl. WIR-Fonds) stieg insgesamt zum 31.12.2012 auf 1.099 Wohnungen (Vorjahr: 1.063) an; die Leerstandsquote veränderte sich nur geringfügig auf rd. 2,2 % (Vorjahr: rd. 2,1 %). Zurückzuführen ist die Veränderung überwiegend auf das Vorhalten von Leerwohnungen für Mieterumsetzungen im Rahmen umfangreicher Modernisierungsmaßnahmen. Die Zahl der leerstehenden Gewerbeeinheiten hat sich auf 42 (Vorjahr: 33) erhöht und die Leerstandsquote von 2,9 % auf 3,7 %.

Die durch Leerstände sowie alle Arten von wohnungsbezogenen Mietminderungen verursachten Erlösschmälerungen gingen in 2012 insgesamt auf rd. 9,9 Mio. € (Vorjahr: rd. 11,5 Mio. €) zurück. Neben der im Betrachtungszeitraum partiellen Senkung des Leerstandes wirkte sich der Abschluss mehrerer umfassender energetischer Sanierungsmaßnahmen positiv aus; weiter angestiegen sind die langfristigen Einzelmietnachlässe.
Nicht enthalten sind darin rd. 13,2 Mio. € (Vorjahr: rd. 9,9 Mio. €) Einnahmeausfälle, die im sozialen Wohnungsbau auf Grund am Markt nicht durchsetzbarer Kostenmieten als objektbezogene Mietnachlässe bzw. -verzichte gewährt werden mussten. Diese werden direkt von der Kostenmiete abgesetzt.

520

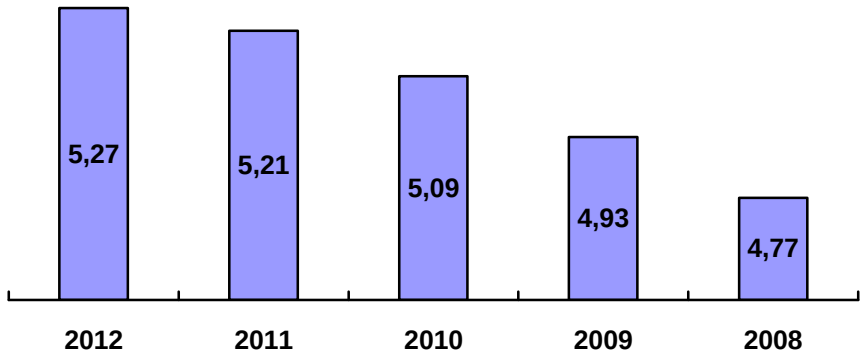
Am 31.12.2012 beliefen sich die Mietforderungen im Konzern vor Wertberichtigungen auf rd. 3,4 Mio € (Vorjahr: 4,1 Mio. €).
Wertberichtigt bzw. abgeschrieben wurden in 2012 rd. 1,9 Mio € (Vorjahr: rd. 2,0 Mio. €).
Diese Relationen zeigen, dass der hohe Einsatz unserer Kundenberater sowie der Sozialarbeiter der GEWOBAG MB erfolgreich ist. Dennoch verbleibt ein spürbares Ausfallrisiko.

Mietenentwicklung

Die Erhöhungsmöglichkeiten im preisfreien Bestand nach Mietspiegel 2012 konnten wegen der Vorbereitungen und Unterzeichnung des „Mietenbündnisses“ erst ab Dezember 2012 wahrgenommen werden. Bei der Neu- bzw. Wiedervermietung sowie bei Modernisierungsumlagen haben wir die senatsseitig gewünschten Begrenzungen beachtet.
Zunehmend schwieriger gestaltete sich die Realisierung der vom Fördermittelsystem verursachten Mietanhebungen bei den preisgebundenen Wohnungen. Hier mussten die oben erwähnten Mietverzichte gegenüber der mietrechtlich zulässigen Kostenmiete ausgesprochen werden, um Leerstände zu vermeiden.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der durchschnittlichen Wohnungsmieten im ordentlichen Bestand der GEWOBAG:

Durchschnittliche Nettokaltmiete € / m²



Die Nettokaltmieten der übrigen bestandshaltenden Gesellschaften liegen auf ähnlichem Niveau.

Verkaufstätigkeit

Die Eigentumsmaßnahmen der GEWOBAG sind abgeschlossen. Die letzten Hausübergaben erfolgen im Jahr 2013.

Bei den Verkäufen aus dem Bestand konnte der Absatz gegenüber dem Vorjahr erheblich gesteigert werden.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Struktur und Entwicklung der Wohnungsverkäufe (WO) aus dem Neubau und aus dem Bestand (gemäß Vertriebsstatistik):

GEWOBAG-Konzern — verkaufte WO —	**2012**	2011	**Veränd. absolut**
Bestand GEWOBAG	41	44	-3
Bestand GEWOBAG EB	206	90	116
Bestand GEWOBAG WB	81	45	36
Summe	**328**	**179**	**149**
- Eigentumsmaßnahmen	328	179	149
- davon Neubau	12	22	-10
- davon Bestand	316	157	159

Bautätigkeit

Unsere Aktivitäten zur Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestandes haben wir in Ergänzung der laufenden/ periodischen Instandhaltung portfolioorientiert planmäßig fortgesetzt.
Bei der GEWOBAG betraf dies im Wesentlichen die Grundmodernisierung eines Quartiers der denkmalgeschützten ehemaligen Reichforschungssiedlung in Haselhorst (Quartier Forbat).
Bei der GEWOBAG PB lag der Schwerpunkt des Baugeschehens auf Modernisierungs- und energetischen Maßnahmen mit teilweisem Dachgeschossausbau.
Bei der GEWOBAG WB steht neben laufenden Sanierungsvorhaben die energetische Modernisierung einer Siedlung in Spandau im Vordergrund. Übergreifende objektbezogene Schwerpunkte bildeten insbesondere Fassadensanierungen sowie Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Außenanlagen und des Wohnumfeldes.
Bei der GEWOBAG EB beschränkte sich der Aufwand auf Herrichtungen von einzelnen Wohnungen.
Diese Position hat auch bei GEWOBAG, GEWOBAG PB und GEWOBAG WB an Bedeutung gewonnen. Hier ist es unser Ziel, einen zeitgemäßen, lage- und nachfragegerechten Ausstattungsstandard herzustellen und damit die Vermietungsfähigkeit zu sichern.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Struktur und die Entwicklung des für die Bautätigkeit angefallenen Herstellungs- und Erhaltungsaufwandes:

GEWOBAG-Konzern — Mio Euro —	**2012**	2011	**Veränd. absolut**
GEWOBAG	43,2	50,0	-6,8
GEWOBAG EB	0,6	1,1	-0,5
GEWOBAG PB	17,4	16,0	1,4
GEWOBAG WB	34,5	38,2	-3,7
WIR-Fonds 1-5/7-11	0,7	1,1	-0,4
Summe	**96,4**	**106,4**	**-10,0**
- davon Neubau etc.	39,2	52,9	-13,7
- davon Mod./Inst.	57,2	53,5	3,7

Stadterneuerung

Im Auftrage des Landes Berlin war die GEWOBAG WB als Sanierungsträger seit 1970 in Schöneberg und Tiergarten tätig.
Bei der GEWOBAG WB beschränkte sich die Tätigkeit im Geschäftsjahr auf die Abrechnung der einzelnen Objekte sowie die Erstellung der Gesamtertrags- bzw. Grundstücksabrechnungen. Offen ist nur noch die Schlussabrechnung mit dem Land Berlin.

Restitution

Dieses allein von der Beteiligungsgesellschaft GEWOBAG PB betriebene Geschäft ist auf Grund der fortschreitenden Abarbeitung der vorliegenden Restitutionsanträge mit der Folge der Aufgabe der Verwaltung bzw. der Übernahme in den ordentlichen Bestand rückläufig.
Am 31.12.2012 betreuten wir noch 83 Vertragseinheiten (Vorjahr: 106) auf fremde Rechnung.

Die Gesellschaft steht noch in gerichtlichen und außergerichtlichen Auseinandersetzungen mit Alteigentümern, die bei Übernahme der Grundstücke Notwendigkeit und Höhe der durch die Gesellschaft vorgenommenen Instandsetzungsmaßnahmen und verauslagten Bewirtschaftungsaufwendungen nicht anerkennen. Dem Ausfallrisiko wurde mit Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen für drohende Verluste Rechnung getragen.

Fondsverwaltung

Die juristischen Auseinandersetzungen bei den beiden GEWOBAG-Fonds auf Rücknahme der in den Jahren 1994 - 1996 emittierten Fondsanteile sind noch nicht letztinstanzlich entschieden.

Als Geschäftsführerin der von der GEWOBAG WB initiierten elf eigenen Immobilienfonds (WIR-Fonds) konzentrierte sich die Gesellschaft auf die nach Wegfall der Anschlussförderung vorhandenen Möglichkeiten zur Begrenzung der Bewirtschaftungsdefizite.

Mittelfristige Chancen und Risiken

Risikomanagement als Bestandteil der Unternehmenssteuerung

Der Konzern verfügt über ein Planungs- und Kontrollsystem, das die branchentypischen und gesellschaftstypischen Risiken erfasst und bewertet.

Soweit vom Erreichen kritischer Werte her erforderlich, werden die notwendigen Maßnahmen zeitnah und bedarfsgerecht auf der zuständigen Unternehmensebene ergriffen und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit laufend dezentral und zentral überprüft. Bezugspunkt hierfür bilden unterjährige monatliche bzw. quartärliche Abweichungsanalysen auf der Grundlage der erstellten kurz-, mittel-, und langfristigen Planungsrechnungen.
Diese haben grundsätzlich zum Ziel, den vorhandenen Wohnungsbestand aller bestandshaltenden Konzerngesellschaften einschließlich der WIR-Fonds in vollem Umfang nachfragegerecht vermietungsfähig zu gestalten und somit deren zukünftigen Erfolg langfristig zu sichern.

Auch das Kreditportfolio wird laufend im Hinblick auf seine Struktur und Konditionen analysiert. Hinsichtlich der Neu- bzw. Refinanzierungsnotwendigkeiten erfolgt regelmäßig ein Abgleich mit den mittel- und langfristigen Erfolgs-, Bau- und Finanzplanungen.

Bei der GEWOBAG EB liegt der Focus zusätzlich auf der Sicherstellung der Verkaufsfähigkeit des Bestandes. Dies schließt die Analyse der Vertriebskanäle und die Optimierung der Vertragsgestaltungen ein.

Bei der GEWOBAG VB stehen die Laufzeiten und Konditionen der WEG- und Mietshausverwaltungsverträge sowie weitere Akquisen im Mittelpunkt der Betrachtung.

Ungeachtet der bereits erfolgten Optimierungen von Geschäftsprozessen bestehen im GEWOBAG-Konzern noch Kostensenkungspotenziale, die wir konsequent realisieren werden. Parallel verfolgen wir in Teilbereichen auch Wachstumsstrategien, die Kapazitäten erfordern und binden. Dementsprechend ist die neue Strategie des GEWOBAG-Konzerns ausgerichtet.

Hausbewirtschaftung

Gemäß dem mit dem Senat am 04.09.2012 vereinbarten „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ hat sich die Gesellschaft verpflichtet, sowohl bei der Bestandsmietenentwicklung als auch im Rahmen der Neuvermietung mietpreisdämpfend zu wirken. Unter Berücksichtigung der mietenpolitischen Restriktionen sollen sich die Mieterlöse insgesamt um rd. 1,6 % p. a. bei der GEWOBAG erhöhen.
Hinsichtlich der preisgebundenen Wohnungen führt das wegen der starren Fördermitteldegressionen zu weiter steigenden Mietverzichten, die direkt von der rechtlich zulässigen Miete abgesetzt werden. Die leerstandsbedingten Erlösschmälerungen sollen durch weitere Optimierungen der Kundenakquise gesenkt werden.

Wegfall der Anschlussförderung

WIR-Fonds

Bei den vom Wegfall der Anschlussförderung betroffenen konsolidierten WIR-Fonds rechnen wir für den Zeitraum 2013 – 2023 auch im Konzernabschluss entsprechend den notwendigen Liquiditätszuführungen mit einem Verlust von rd. 40,9 Mio. €. Die Mittelzuführungen sind in den Liquiditätsplanungen enthalten.

GEWOBAG-Fonds

Bei den - seitens der GEWOBAG initiierten - betroffenen beiden Fonds sind die von mehreren Anlegern eingereichten drei Sammelklagen in erster Instanz zu unseren Gunsten entschieden worden; die Berufungsverfahren dauern allerdings noch an. Hinsichtlich der auch gegen die Tochtergesellschaften GEWOBAG EB und GEWOBAG VB gerichteten Klagen zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab.
Sowohl nach den einschlägigen handelsrechtlichen als auch den steuerrechtlichen Vorschriften haben wir auch in 2012 keinen Anlass gesehen, Risikovorsorge für die Rücknahme von Anteilen zu treffen. Wir gehen auf Grund der erstinstanzlichen Urteile außerdem davon aus, dass es zu keinen Rückabwicklungen kommen wird.

Ertrag

Hinsichtlich der operativen Geschäftstätigkeit erwarten wir bei allen Gesellschaften des Konzerns trotz Einnahmeverlusten auf Grund der Begrenzungen in der Mietenentwicklung in den nächsten Jahren tendenziell eine stabile positive Ertragsentwicklung.
Bei der GEWOBAG planen wir weitgehend konstante Jahresüberschüsse. Die GEWOBAG PB wird zunächst geringere, mittelfristig wieder steigende Jahresergebnisse erwirtschaften.
Die GEWOBAG WB wird unter anderem wegen der zunehmenden Belastungen aus den Fonds für mehrere Jahre in die Verlustzone geraten. Ab dem Jahr 2019 rechnet die Gesellschaft mit steigenden Jahresüberschüssen. Dennoch wird es noch Jahre dauern, bis der Verlustvortrag vollständig abgebaut ist.

Liquidität

Bei der GEWOBAG wird unter Einschluss der Gewinnabführungen und der ab 2013 beginnenden Rückführung der gegenüber der GEWOBAG EB gestundeten Restkaufgelder bis Ende 2023 ein liquider Überschuss von rd. 101,0 Mio. € erzielt. Dieser wird knapp zur Hälfte zum Ausgleich des - im Wesentlichen wegen der Stützung der WIR-Fonds - bei der GEWOBAG WB bestehenden Finanzbedarfs benötigt.

Finanzierung

Auf den Finanz- und Geldmärkten eröffnen sich mit den historisch niedrigen Zinsen vermehrt Handlungsoptionen, den künftigen Finanzmittelbedarf für die geplanten Investitionen durch entsprechende Zinsvereinbarungen abzusichern. Gleiches gilt auch für die Prolongation von auslaufenden Kreditverträgen. Aufmerksam beobachten wir die zunehmende Staatsverschuldung im Euro-Raum und der - bedingt durch „Basel III“ - merklich höhere Zinsaufschlag der Banken; hier bestehen für die Gesellschaft aufgrund der branchenüblich hohen Fremdfinanzierungsanteile Risiken durch zusätzliche Belastungen bei steigenden Kapitalmarktzinsen.

Für das in den nächsten Jahren zu prolongierende Darlehensportfolio wurden weitestgehend Zinssicherungen abgeschlossen. Damit wird aus heutiger Sicht ausreichende Risikovorsorge für Zinsänderungen getroffen, so dass auch bei unerwartet großen Schwankungen des Kapitalmarktes die finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten bleibt. Die Zinsbelastungen werden ferner durch den selektiven Einsatz derivater Finanzinstrumente vermindert. Diese Geschäfte werden im Rahmen eines risikoorientierten Berichtswesens laufend beobachtet und berichtet.
Veränderungen an den Zins- und Währungsmärkten wirken sich unmittelbar auf die variabel verzinsten Darlehen aus. Im Verhältnis zum Gesamtdarlehensportfolio hat die Risikogruppe der variabel verzinsten Darlehen einen Anteil von ca. 3,5 % und sind zu zwei Drittel mit Zinsswaps gesichert.
Für den Zinsaufwand wird zeitweise eine Steigerung unterstellt. Hintergrund sind vorsichtige - sich an den historischen Langfristzinsen orientierende - Ansätze im Hinblick auf die künftigen Prolongations- sowie Neukonditionen.

Anwendung des Corporate Governance Kodex

Der Senat von Berlin hat für seine Beteiligungen und damit auch für unser Unternehmen die Anwendung des Deutschen Corporate Governance Kodex in der von ihm herausgegebenen Fassung (Berliner CGK) mittels Hauptversammlungsbeschluss in der Satzung festgeschrieben. Die diesbezügliche Erklärung des Vorstandes erfolgt für den gesamten Konzern und ist als Anlage beigefügt.

Nachtragsbericht

Für zwei durch die GEWOBAG PB verkaufte Objekte erfolgt der Lasten-Nutzen-Wechsel zum 01.01.2013.
Weitere Ereignisse nach Ende des Geschäftsjahres, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinflussen, sind nicht eingetreten.

Ausblick 2013

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

In den konjunkturellen Prognosen rechnet man nicht mit einer länger anhaltenden Schwächephase, sondern vielmehr mit einer baldigen Rückkehr auf einen Wachstumskurs. Dazu gehört, dass die Weltwirtschaft wieder Fahrt aufnimmt und der Reformprozess im Euro-Raum weiter voranschreitet.
Berlins Regionalwirtschaft ist insgesamt robust und insbesondere von den Dienstleistungsbereichen sollte auch im kommenden Jahr wieder ein stabiler Beitrag für das wirtschaftliche Wachstum in der Hauptstadt ausgehen.

Unternehmensbezogene Rahmenbedingungen

Die GEWOBAG ist als städtisches Wohnungsunternehmen des Landes Berlin ihrem sozialen Auftrag und somit den Bürgern der Stadt Berlin verpflichtet. Die sozialen Aktivitäten in den Wohnquartieren sollen weiter ausgebaut werden. Die Gründung einer „GEWOBAG-Stiftung“ mit dem Zweck der Förderung von Kunst und Kultur, der Jugend- und Altenhilfe und des Sports bietet hierfür bessere Möglichkeiten.

Im Rahmen der Neuordnung der Beteiligungsstruktur im GEWOBAG-Konzern ist beabsichtigt, die Anteile der GEWOBAG PB und GEWOBAG WB, die von der Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH gehalten werden, zu übernehmen.

Unsere Unternehmensgruppe wird in Würdigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen den Weg der Wertorientierung fortsetzen. Das schließt mittelfristig eine weitere Anpassung unserer Personalkapazitäten ein.

Unsere Investitionstätigkeit erfolgt - unter Beachtung der vom Land Berlin vorgegebenen mietenpolitischen Rahmenbedingungen - sowohl im eigenen Bestand als auch bezüglich Ankaufsprüfungen nach Portfoliogesichtspunkten. Diese basieren auf einer strukturierten Klassifizierung des Immobilienbestandes und werden durch begleitende Kosten-/Nutzenanalysen und Cash-flow-Betrachtungen gestützt.
Im Hinblick auf deren Finanzierung greifen wir zunächst auf den operativen Cash-flow zurück. Dank unseres guten Ratings bereiten uns objektbezogene Kreditaufnahmen zur Finanzierung aktivierungsfähiger Investitionen sowie Prolongationen nach Auslaufen der Zinsbindung keine Probleme.
Die GEWOBAG wird auch in 2013 weitere Portfolioankäufe durchführen. Damit einhergehend werden weitere Fremdmittelaufnahmen notwendig sein.

Der GEWOBAG-Konzern mit seiner auf nachhaltige Bestandspflege und -entwicklung ausgelegten Geschäftspolitik sieht insofern keine negativen Auswirkungen der Finanzkrise im Hinblick auf Darlehensaufnahmen, -prolongationen und Kreditkonditionen.

Hausbewirtschaftung

Im Vermietungsgeschäft werden wir die objektspezifischen Ertragspotentiale im vom Land Berlin gesetzten Rahmen ausschöpfen, wobei dies im sozialen Wohnungsbau für eine volle Kostendeckung in vielen Fällen nicht ausreichen wird.

Die portfolioorientierte Modernisierung wird auch künftig fortgesetzt.
Bei der GEWOBAG liegt der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit auf der Sanierung des Quartiers Forbat in der ehemaligen "Reichsforschungssiedlung Haselhorst".
Bei der GEWOBAG PB werden komplette Sanierungen mit teilweisem Dachgeschossausbau mehrerer Altbauobjekte im Vordergrund stehen.
Bei der GEWOBAG WB erfolgen neben quartiersbezogenen Investitionen in Buckow größere Baumaßnahmen in Spandau.
Der Schwerpunkt der aufwandswirksamen Instandhaltungsmaßnahmen liegt konzernübergreifend in der Substanzerhaltung bzw. dem Erhalt der Vermarktungsfähigkeit.

Verkaufstätigkeit

Das von der GEWOBAG betriebene Bauträgergeschäft ist nahezu abgeschlossen. In 2013 erfolgen die letzten Hausübergaben. In Groß Glienicke werden wir - wie mit dem Käufer vereinbart - die Erschließung abschnittsweise fortsetzen.

Das Einzelprivatisierungsgeschäft aus dem Bestand erfolgt unter Federführung der GEWOBAG EB für deren eigene Eigentumswohnungen sowie vergleichbare Objekte der GEWOBAG und der GEWOBAG WB. Hier wollen wir an die Verkaufserfolge des vergangenen Jahres anknüpfen.

Ertragslage/Ergebnis

Die Ertragsentwicklung wird 2013 differenziert, aber insgesamt positiv verlaufen.

Bei der GEWOBAG erwarten wir eine stabile positive Entwicklung.
Das Jahresergebnis der GEWOBAG PB wird geringfügig zurückgehen.
Bei der GEWOBAG WB rechnen wir instandhaltungsbedingt mit einem Jahresfehlbetrag.
Die GEWOBAG EB wird nach Maßgabe der vorsichtig angesetzten Verkaufsvolumina voraussichtlich einen geringeren Jahresüberschuss erzielen.
GEWOBAG VB und GEWOBAG MB werden positive Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erwirtschaften, die auf Grund der bestehenden Ergebnisabführungsverträge durch die Muttergesellschaft vereinnahmt werden.
Die konsolidierten WIR-Fonds werden durch die eingeleiteten Maßnahmen in 2013 einen Jahresüberschuss ausweisen.
Zur Reduzierung der langfristigen Liquiditätsbelastung durch die Erbbauzinsen wurden für die vier WIR-Fonds-Objekte, die auf einem Erbbaurechtsgrundstück (Erbbaurechtsausgeber Liegenschaftsfonds Berlin) errichtet wurden, die Stammgrundstücke zu Beginn des Jahres 2013 erworben.
Zur weiteren Optimierung der Wirtschaftlichkeit hat die Geschäftsführung veranlasst, dass zum 01.01.2013 die Mietobjekte der WIR-Fonds 2 und 4 in den ordentlichen Bestand der GEWOBAG WB überführt wurden. Die Fortsetzung der Rücknahme von Fondsanteilen mit dem Ziel auch die restlichen WIR-Fondsobjekte

(mit Ausnahme WIR-Fonds 6) in den eigenen Bestand zu übernehmen, wird weiter verfolgt.

Planmäßig erwarten wir 2013 bei der GEWOBAG einen Bilanzgewinn in der Größenordnung von rd. 5 Mio. € bei Annahme einer Einstellung von 50% des Jahresüberschusses in die Gewinnrücklagen.
Im Konzern werden wir 2013 weiterhin auf Grund des hohen Verlustvortrages einen Bilanzverlust ausweisen.

Anlage zum Konzernlagebericht der GEWOBAG im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2012

Vorbemerkung:

Außer in der Satzung der Konzernführungsgesellschaft GEWOBAG Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin ist auch in den Gesellschaftsverträgen aller operativ tätigen Tochtergesellschaften in der Rechtsform der GmbH die Anwendung des Deutschen Corporate Governance Kodex in der von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung (Berliner CGK) festgeschrieben. Diese sieht vor, dass bei Konzernen die Obergesellschaft die Entsprechens-Erklärung gemäß § 161 AktG für alle Konzerngesellschaften zusammen abgibt. Da diese über keine eigenen Aufsichtsräte verfügen, ist in der Satzung der GEWOBAG Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin außerdem geregelt, dass der Vorstand der GEWOBAG in seiner Eigenschaft als Vertreter der Mehrheits- bzw. Alleingesellschafterin einen Katalog zustimmungspflichtiger Vorgänge beachten muss, die der Genehmigung durch den Aufsichtsrat der GEWOBAG bedürfen.

Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass der Vorstand der GEWOBAG in Personalunion auch die Aufgaben als Geschäftsführung bei der GEWOBAG PB Wohnen in Prenzlauer Berg GmbH und der GEWOBAG WB Wohnen in Berlin GmbH wahrnimmt; kraft notarieller Vollmacht der Minderheitsgesellschafterin WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH obliegt der GEWOBAG die unternehmerische Führung.

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Aufsichtsrates
I. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat		
I.1	• Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.	Vorstand und Aufsichtsrat haben eng zum Wohle der Gesellschaft und des Konzerns zusammengearbeitet. Die für eine sachgemäße Beurteilung der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse wurden vom Vorstand dem Aufsichtsrat gegenüber offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	• Sitzungen des Aufsichtsrates.	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten. Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten des Vorstandes wurden in der Regel ohne Teilnahme des Vorstandes behandelt.

I.3	• Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch den Vorstand. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.	Die strategische Ausrichtung sowie die Planungen des Konzerns, der GEWOBAG und der Tochtergesellschaften wurden mit dem Aufsichtsrat erörtert und abgestimmt. Der Vorstand hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Der Vorstand hat die Geschäfte von grundlegender Bedeutung bzw. soweit satzungsgemäß geboten dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrates für den Vorstand; sie war ausreichend und bedurfte keiner Ergänzung.

I.4	• Bericht des Vorstandes an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.	Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine entsprach grundsätzlich der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates (14 Tage). Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt und erörtert. Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

I.5	• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrates. • D&O-Versicherung für Vorstand und Aufsichtsrat.	Vorstand und Aufsichtsrat haben die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung beachtet. D&O-Versicherungen sind von der Gesellschaft mit Selbstbehalt für den Vorstand und ohne Selbstbehalt für den Aufsichtsrat abgeschlossen worden.

II. Vorstand

II.1	• Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.	Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling. Die Berichterstattung erfolgte regelmäßig unter Einbeziehung der Bereichs-/Abteilungsleitungen.

II.2	• Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen	Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand sind in der Geschäftsordnung und im vom Aufsichtsrat genehmigten Organigramm für den Vorstand geregelt. Es wurde kein Sprecher des Vorstandes bestimmt. Eine Beschlussmehrheit wurde nicht festgelegt.

II.3	• Vergütungsregelungen für die Mitglieder des Vorstandes. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder des Vorstandes. • Veröffentlichung der Einzelvergütung. • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap	Die Vergütung setzt sich gemäß Beschluss des Aufsichtsrates aus einem Grundgehalt lt. Dienstvertrag und aus einer variablen Prämie gemäß Zielvereinbarung zusammen. Sie unterliegt einer jährlichen Überprüfung. Die Vergütung wird nicht in der Erklärung zum BCGK, sondern im Anhang zum Jahresabschluss 2012 einzeln ausgewiesen. Hierfür ergab sich keine Notwendigkeit.

III. Aufsichtsrat

III.1	• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäftsordnung für den Vorstand; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrates.	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung sowie den Geschäftsordnungen für den Aufsichtsrat und für den Vorstand wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen bzw. den Konzern einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine von der Hauptversammlung beschlossene Geschäftsordnung.
III.2	• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstandes: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.	Im Berichtszeitraum erfolgte eine Wiederbestellung. Als Altershöchstgrenze gilt der gesetzliche Rentenbeginn. Bestellungen erfolgen auf der Grundlage einer Vorbereitung und Empfehlung durch einen vom Aufsichtsrat gebildeten Personalausschuss.
III.3	• Zusammenarbeit Vorstand/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrates über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.	Zwischen Aufsichtsratsvorsitzendem und Vorstand bestand ein regelmäßiger Informationsaustausch. Der Vorstand hat dem Aufsichtsratsvorsitzenden unverzüglich bei Bedarf über besondere Ereignisse unterrichtet. Dies betraf insbesondere die Umstrukturierungen im Beteiligungskreis, Portfolioankäufe sowie die umfangreichen Bauaktivitäten. Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine wichtigen Ereignisse, über die er hätte unterrichtet werden müssen.

III.4	• Ausschüsse des Aufsichtsrates; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.	Der Aufsichtsrat hatte 2012 folgende Ausschüsse: Bau- und Grundstücksausschuss (BGA), Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA), Prüfungsausschuss (PRA), denen jeweils 4 Anteilseigner- und 2 Arbeitnehmervertreter angehören. Des Weiteren gab es einen Personalausschuss (PEA), dem 2 Anteilseigner- und 1 Arbeitnehmervertreter angehören. Der Aufsichtsratsvorsitzende, der kein ehemaliges Mitglied des Vorstandes war, ist gemäß der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates auch Vorsitzender des WFA. Bewertungsfragen von Immobilien wurden sowohl im BGA, WFA als auch im Aufsichtsrat beraten. Das Plenum des Aufsichtsrates wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen bzw. -entscheidungen unterrichtet.
III.5	• Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates.	Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Die Gesamtvergütungen setzen sich gemäß Beschluss der Hauptversammlung aus einer Pauschale sowie Sitzungsgeldern zusammen. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.
III. 6	• Vorlage der Zielvereinbarung	Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und dem Vorstand beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter vorgelegt.
III.8 und 7.	• Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates.	Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsrats-/ Ausschusssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat — auch zur Kontrolle seiner Effizienz — den Jahresabschlussprüfer beauftragt, die Umsetzung seiner Beschlüsse und Aufträge an den Vorstand zu überprüfen. Beanstandungen wurden nicht festgestellt.

IV. Interessenkonflikte

IV.1	• Wettbewerbsverbot für Mitglieder des Vorstandes. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung des Vorstandes.	Nach deren Erklärung haben die Mitglieder des Vorstandes die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsnahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
IV.2	• Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen.	Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
IV.3 und 4	• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates.	Interessenkonflikte sind nicht entstanden.
IV.5	• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene des Vorstandes. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrates.	Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen erfolgten nicht. Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen gab es nicht. Der Aufsichtsrat hat — auf der Grundlage der Satzung — eine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelung für die Genehmigung von Geschäften mit dem Unternehmen erlassen.

IV.6	• Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Vorstandes.	Kein Vorstandsmitglied hat entgeltliche gewerbliche Nebentätigkeiten außerhalb des Konzerns ausgeübt. Die Vorstände sind im Rahmen ihrer mit der GEWOBAG bestehenden Dienstverträge auch als Geschäftsführer der Tochtergesellschaften GEWOBAG WB Wohnen in Berlin GmbH und GEWOBAG PB Wohnen in Prenzlauer Berg GmbH tätig. Diese Nebentätigkeiten sowie Tätigkeiten in sozialen Einrichtungen bzw. Stiftungen erfolgen mit Zustimmung des Aufsichtsrates bzw. des Aufsichtsratsvorsitzenden.

IV.7	• Gewährung von Krediten an Mitglieder des Vorstandes und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige.	Den Mitgliedern des Vorstandes und den Mitgliedern des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

V. 1 und 2	• Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf.	Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind im Lagebericht bzw. im Anhang ausführlich erläutert. Aufsichtsrat und Gesellschafter wurden darüber unverzüglich unterrichtet. Dies betrifft insbesondere die Verpflichtungen der GEWOBAG und der GEWOBAG WB aus den Aufwendungsdarlehen sowie den Fonds der GEWOBAG WB auf Grund des Wegfalls der Anschlussförderung.
	• Informationen über das Unternehmen im Internet.	Unternehmensinformationen wurden auch über das Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	• Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterung der Zwischenberichte	Der Jahresabschluss der GEWOBAG und des Konzerns wurde entsprechend den anerkannten deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und innerhalb der gesetzlichen Fristen dem Aufsichtsrat und dem Gesellschafter Land Berlin vorgelegt. Die Bewertungsmethoden sind im Anhang erläutert und begründet. Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte führen die Beteiligungsgesellschaften der GEWOBAG auf. Zwischenberichte/Quartalsberichte gem. § 90 AktG werden vierteljährlich erstellt bzw. im Rahmen der Berichterstattung in den Sitzungen des Aufsichtsrates bzw. seiner Ausschüsse erörtert.

VII. Abschlussprüfung

VII. 1	• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe.	Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen — auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers — und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
VII. 2	• Erteilung des Prüfauftrages und Honorarvereinbarung.	Der Aufsichtsrat hat — vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden — nach entsprechender Beschlussfassung in der Hauptversammlung am 25.06.2012 den Prüfauftrag für 2012 erteilt.
VII. 3	• Unterrichtung des Aufsichtsrates durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben .	Es gab keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, über die der Abschlussprüfer den Aufsichtsrat hätte unterrichten müssen. Es wurde ein uneingeschränktes Testat zum Jahresabschluss des Konzerns zum 31.12.2011 vom 02.03.2012 erteilt. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

VII. 4	• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss.	Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des PRA und des Aufsichtsrates betreffend den Jahresabschluss zum 31.12.2011 teilgenommen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Er wird auch an den Beratungen des PRA und des Aufsichtsrates betreffend den Jahresabschluss zum 31.12.2012 teilnehmen und über die Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

GEWOBAG Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin

Bezüge und Nebenleistungen des Vorstandes 2012

	Hendrik Jellema €	Markus Terboven €
Grundvergütung	170.000,04	170.000,04
Prämien - variable Zieltantieme	70.900,00	70.900,00
Versorgungsvorsorge bzw. Beiträge zur freiwilligen Renten-versicherung einschl. übernommener Pauschalsteuer	26.440,80	26.810,40
Geldwerte Vorteile	8.873,76	11.411,40
Bezüge	**276.214,60**	**279.121,84**
Zuschüsse bzw. Arbeitgeberanteile	3.798,24	3.471,24
Gesamt	**280.012,84**	**282.593,08**

GEWOBAG Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin

Sitzungsgelder / Vergütung Aufsichtsrat

	Sitzungsgelder €	Feste Vergütung €	Gesamt €
Lutz Freitag - Vorsitzender	2.677,50	5.950,00	8.627,50 *
Maria Krautzberger (bis 27.02.2012)	0,00	3.750,00	3.750,00
Ephraim Gothe (ab 28.02.2012)	1.350,00	3.333,33	4.683,33
Erika Jaeger	1.785,00	2.975,00	4.760,00 *
Boris Matuszczak	1.350,00	3.541,67	4.891,67
Kerstin Mutz	1.963,50	2.975,00	4.938,50 *
Rolf-Dieter Schippers	1.350,00	2.500,00	3.850,00
Dr. Ottwald Demele	1.650,00	2.500,00	4.150,00
Sabine Herbst	1.650,00	2.500,00	4.150,00
Andreas Sieber	1.800,00	2.500,00	4.300,00
	15.576,00	**32.525,00**	**48.101,00**

* incl. Umsatzsteuer

Grün Berlin GmbH

L a g e b e r i c h t

Geschäftsjahr 2012

01. Januar - 31. Dezember 2012

Inhalt **Seite**

1. Geschäftsverlauf der Gesellschaft. 4

1.1. Organisation, Betrieb und Weiterentwicklung von Parkanlagen....4

1.2. Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung von Projekten der Freiraumgestaltung 5

1.3. Erläuterung der Finanzierung.... 6
1.3.1. Institutionelle Förderung 8
1.3.1.1. Institutionelle Förderung 8
1.3.1.2. Unterhaltspflege sowjetische Ehrenmale 8
1.3.1.3. Comenius-Garten.... 8
1.3.1.4. Unterhaltung des Berliner Mauerwegs.... 8
1.3.1.5. Lokhalle Natur-Park Schöneberger Südgelände.... 8
1.3.1.6. Lenné-Preis....8
1.3.1.7. Unterhaltungspflege Touristisches Wegeleitsystem.... 8
1.3.1.8. Unterhaltung Gleisdreieck.... 8
1.3.1.9. Pflege des Grünzuges Südpanke 8
1.3.1.10. Zuschüsse zur Bewirtschaftung und Nachnutzung des Tempelhofer Feldes..... 8
1.3.1.11. Erhaltung und Entwicklung des Botanischen Volksparks Blankenfelde 8
1.3.1.12. Maßnahmenkonzept Volkspark Blankenfelde 8
1.3.1.13. Grün Berlin Stiftung.... 8
1.3.1.14. Institutionelle Förderung außerhalb des Budgets Tulipan im Britzer Garten..... 8
1.3.1.15. Institutionelle Förderung außerhalb des Budgets Feuerblumen und Klassik Open Air im Britzer Garten 8
1.3.1.16. Institutionell außerhalb des Budgets Geschäftsbesorgung Krematorium Berlin.. 8
1.3.1.17. Institutionelle Förderung außerhalb des Budgets weitere Veranstaltungen im Britzer Garten.... 8
1.3.1.18. Institutionelle Förderung außerhalb des Budgets weitere Veranstaltungen in den Gärten der Welt.... 8
1.3.2. Projektförderungen 9
1.3.2.1. Planung und Realisierung von Parks und Gärten mit Hauptstadtbezug einschließlich Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn 9
1.3.2.2. Sowjetische Ehrenmale 9
1.3.2.3. Neubau des Grünzuges an der Südpanke 9
1.3.2.4. Parkanlage auf dem Gleisdreieck 9
1.3.2.5. Berliner Mauerweg 2. BA einschließlich Gedenklandschaft.... 9
1.3.2.6. Maßnahmen zur Entwicklung des Tempelhofer Feldes 9
1.3.2.7. Havel-Radweg 9
1.3.2.8. Planung der Realisierung und Finanzierung des Nord-Süd-Grünzuges 10
1.3.2.9. Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur Geländeerschließung für die Erweiterungsfläche Gärten der Welt“ 10
1.3.2.10. Gärten der Welt „Realisierung eines Christlichen Gartens/ Klostergarten“ 10
1.3.2.11. Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur Touristisches Beschilderungs- und Wegeleitsystem.....10
1.3.2.12. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur - Errichtung des Englischen Gartens“ 10

1.3.2.13. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur Realisierung des Masterplans Gärten der Welt – 2. und 3. BA“ 10
1.3.3. Finanzmittel Dritter 11
1.3.3.1. Fördermittel der Allianz Umweltstiftung für den Christlichen Garten 11
1.3.4. Sonstige Mittel 11
1.3.4.1. Mittel der DB Netz AG für Honorar Planungsleistungen Gleisdreieck 11

1.4. Administrativer Bereich 12

1.5. Beteiligungen 14

1.6. Steuerfragen/Betriebsprüfung 15

2. Kennzahlen der Gesellschaft 15
2.1. Entwicklung des institutionellen Zuschussbedarfs in EURO 15
2.2. Entwicklung des Sachaufwandes in EURO 15
2.3. Entwicklung des Personalaufwandes in EURO 15
2.4. Entwicklung der Personalstellen 16
2.5. Entwicklung der eigenen Erträge 16
2.5.1. Gesamt in EURO (netto) (einschließlich Drittmittel) 16
2.5.2. Miet- und Pachteinnahmen in EURO (netto) 16
2.5.3. Verkaufserlöse in EURO (netto) gesamt (alle Parkanlagen) 16
2.5.3.1. Britzer Garten 16
2.5.3.2. Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn 16
2.6. Entwicklung der Besucherzahlen 17
2.6.1. Gesamt (alle Parkanlagen) 17
2.6.2. Britzer Garten 17
2.6.3. Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn 17
2.6.4. Jahreskarten gesamt 17
2.7. Entwicklung des Kostendeckungsgrades 17
2.7.1. Britzer Garten 17
2.7.2. Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn 17
2.8.1. Grafik Entwicklung Zuschuss 18
2.8.2. Grafik Entwicklung der eigenen Erträge 18
2.8.3. Grafik Besucherentwicklung Britzer Garten 19
2.8.4. Grafik Besucherentwicklung Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn 19

3. Berliner Corporate Governance Kodex 20

4. Risiken zukünftiger Entwicklung 20

5. Zusammenfassung, Ausblick und Chancen 22

1. Geschäftsverlauf der Gesellschaft

1.1. Organisation, Betrieb und Weiterentwicklung von Parkanlagen

Niemand hätte erwartet, dass die hervorragenden Besucherzahlen des auch vom Wetter begünstigten Jahres 2011 nochmals zu erreichen sind und so zeigte die (Zwischen)-Bilanz für das erste Halbjahr 2012 auch nur eine verhaltene Entwicklung.

Doch die Bilanz am Jahresende übertraf alle Erwartungen:

Die Gärten der Welt erreichten mit 730.000 Besuchern einen neuen Rekord – das schönste Geschenk zum 25-jährigen Jubiläumsfest mit vielen attraktiven Veranstaltungen, das mit dem Geburtstagsfest am 09. Juni einen Höhepunkt erreichte. Die den Gärten der Welt bereits zum zweiten Mal verliehene Auszeichnung „Green Flag Award“ ist eine erfreuliche Anerkennung unserer Aktivitäten, die Berliner Gartenschau aus dem Jahre 1987 über den Erholungspark Marzahn zu den Gärten der Welt und damit zu einer überregionalen Touristenattraktion zu entwickeln.

Der Britzer Garten liegt mit 1,3 Millionen Besuchern 2012 auf Augenhöhe mit dem besonderen Erfolg des Vorjahres. Dass der aus der Bundesgartenschau Berlin 1985 hervorgegangene Britzer Garten eines der gelungensten und erfolgreichsten Bundesgartenschau-Nachnutzungskonzepte darstellt, belegt der am 20.06.2012 verliehene Nachhaltigkeitspreis 2012 der Deutschen Bundesgartenschaugesellschaft mbH für den hervorragend gepflegten und überaus beliebten Berliner Volkspark.

Der Natur-Park Schöneberger Südgelände weist mit rund 47.000 zahlenden Kunden die höchste Steigerungsrate auf.

Die Zahl der Projekte, mit denen die Grün Berlin GmbH betraut ist, wächst ständig. Neben der Zuständigkeit für die Parkanlagen „Britzer Garten“ in Berlin-Neukölln und „Gärten der Welt“ im Erholungspark Marzahn in Berlin-Marzahn-Hellersdorf, die Sowjetischen Ehrenmale Treptow, Tiergarten und Schönholz sowie den „Natur-Park Schöneberger Südgelände“, die Unterhaltung von Teilabschnitten des „Berliner Mauerweges“ und die Pflege und Unterhaltung des „Touristischen Wegeleitsystems“, für Teilflächen des Parks auf dem Gleisdreieck, die Bewirtschaftung, Nachnutzung und Entwicklung des Tempelhofer Feldes erstreckt sich die Zuständigkeit der Gesellschaft auch auf die Bewirtschaftung des Botanischen Volksparks Blankenfelde-Pankow. Der „Comenius-Garten“ in Berlin-Neukölln, Rixdorf, wurde weiter von der Gesellschaft in zuwendungsrechtlicher Hinsicht betreut.

Ein Gradmesser, wie bekannt und beliebt die Parkanlagen der Grün Berlin GmbH sind, ist der unverändert erfreuliche Absatz der Jahreskarte der Grün Berlin GmbH. Im Jahr 2012 konnten mit 45.090 (Vorjahr 42.146) verkauften Jahreskarten bei einem Umsatz von 724.635 Euro (Vorjahr 675.695 Euro) die Ergebnisse der Vorjahre erneut gesteigert werden.

1.2. Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung von Projekten der Freiraumgestaltung

In den Geschäftsbereichen Planung und Entwicklung sowie Neubau wurden die laufenden Projekte, beispielsweise der Park am Gleisdreieck, Vollendung des Mauerparks, Grünzug an der Panke, Gedenkstätte Berliner Mauer und Berliner Mauerweg sowie Nord-Süd-Grünzug weiter betrieben.

Sorge bereitete die zunehmend ins Stocken geratene weitere Entwicklung der Parklandschaft Tempelhof. Aufgabe der Grün Berlin GmbH ist - gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt sowie der Tempelhof Projekt GmbH - die Entwicklung der Tempelhofer Freiheit. Die Grün Berlin GmbH verantwortet die Entwicklung und Realisierung der zukünftigen Parklandschaft sowie das Management der Freiflächen. Die Tempelhof Projekt GmbH ist verantwortlich für die Gesamtentwicklung des Standortes, insbesondere für die Entwicklung der zukünftigen Baufelder und das Management des ehemaligen Flughafengebäudes.
Im Zentrum der Gesamtentwicklung der Tempelhofer Freiheit steht die entstehende Parklandschaft neben der Entwicklung der Bauflächen an den Rändern des ehemaligen Flugfeldes. Die Parklandschaft der Tempelhofer Freiheit bleibt ein ökologisch wichtiger und unbebauter Freiraum mitten in der Stadt.
Der ursprüngliche Terminplan zur Realisierung der Parklandschaft sah vor, dass die wesentlichen Grundstrukturen bis zum Jahr 2015 hergestellt sein sollten, damit sodann die IGA Berlin 2017 gebaut und in 2017 durchgeführt werden konnte. Mit der Standortverlegung der IGA Berlin 2017 nach Marzahn sind diese terminlichen Abhängigkeiten nicht mehr gegeben. Darüber hinaus findet die städtebauliche Entwicklung weit langsamer und gestreckter statt. Die weitere Realisierung der Parklandschaft wird auf die künftigen bauliche Entwicklungen sowie die Bedarfsentwicklung reagieren. Die Parklandschaft soll nun über einen längeren Zeitraum entwickelt werden. Es wurden aus dem Gesamtentwurf unabwendbare Maßnahmen identifiziert, die als erste Bausteine bis zum Jahr 2016 realisiert werden sollen.

Sehr erfolgreich sind die baulichen Aktivitäten im Bereich des Westparks auf dem Gleisdreieck. Durch die um ein halbes Jahr vorgezogene Fertigstellung kann bereits am 31. Mai 2013 die Eröffnung stattfinden. Damit wird der Nachfrage nach weiteren Parkflächen und dem Druck von Seiten der Bevölkerung entsprochen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die fertiggestellte Parkanlage Gleisdreieck Ostpark nach einem Jahr als sehr positiv und erfolgreich zu beschreiben ist. Sowohl die Besucherzahlen als auch die Zustimmung zum Projekt sind hoch. Im Zusammenhang mit der prozesshaften Fertigstellung wird weiterhin an einem dezidierten Betriebskonzept zur langfristigen Absicherung des bürgerschaftlichen Engagements und der kompetitiven Entwicklungsziele gearbeitet.

Zusammenfassend ist die Gesellschaft mit dem Verlauf des Geschäftsjahres 2012 hochzufrieden.

1.3. Erläuterung der Finanzierung

Das Budget (Wirtschaftsplan) für die Jahre 2012 und 2013 basiert auf den Haushaltsplanberatungen 2012 / 2013 sowie dem Gesamtkosten- und Finanzierungsplan für die Jahre

2011 bis 2015 und der Investitionsplanung für diesen Zeitraum. Das Budget wurde dem Aufsichtsrat in seiner 42. Sitzung am 08.09.2011 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Teil I (Erfolgsplan) enthält die Aufwendungen des institutionellen Bereiches. Das Budget beträgt für das Jahr 2012 insgesamt 7.862 T-EURO, der Zuschuss des Landes Berlin beträgt 5,190 Mio. € jährlich.

Die institutionelle Förderung beträgt insgesamt 4,469 Mio. € jährlich und dient der anteiligen Deckung der Kosten der originären Aufgaben der Grün Berlin GmbH:

- Bewirtschaftung der eintrittspflichtigen Parkanlagen Britzer Garten, Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn und Natur-Park Schöneberger Südgelände.
- Aufwendungen zur Durchführung der Planungs- und Bauaufgaben der Gesellschaft, soweit diese nicht in den Kosten der jeweiligen Maßnahme enthalten sind.

Darüber hinaus erhält der Wirtschaftsplan Zuschüsse in Höhe von 721.000 € für folgende Projekte:

Bewirtschaftung von Teilflächen des Gleisdreiecks	239.000 €
Gärtnerische Pflege und Betriebsaufwand Sowjetische Ehrenmale	197.000 €
Pflege und Unterhaltung von Teilen des Berliner Mauerwegs	120.000 €
Unterhaltung Touristisches Wegeleitsystem	40.000 €
Durchführung des Lenné-Preises	15.000 €
Mittel zur Weitergabe an den Förderkreis Böhmisches Dorf für den Comeniusgarten	110.000 €

Um die der Gesellschaft übertragenen Aufgaben (Britzer Garten, Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn, Natur-Park Schöneberger Südgelände, drei Sowjetische Ehrenmale, Berliner Mauerweg, Touristisches Wegeleitsystem, Gleisdreieck u.a.m.) finanzieren zu können, müssen die Ansätze der (eigenen) Erträge für die Jahre 2012 und 2013 auf je 2,672 Mio. € erhöht werden (Ansatz 2011 = 2,546 Mio. EUR).

Teil II (Finanzplan) baut auf der Investitionsplanung 2009 - 2013 für den Titel 1210/ Kapitel 891 45 des Landes Berlin sowie den Berliner Haushaltsplanberatungen auf. Die Planung wird an den jeweiligen Baufortschritt angepasst.
Ergänzend wurden die Maßnahmen aufgenommen, die über andere Zuwendungen finanziert bzw. im Namen des Landes Berlin durchgeführt werden. Die Kostenpläne bedürfen auch zukünftig ggf. der Anpassung an die Entscheidungen des Landes Berlin bzw. anderer Geldgeber sowie der Ergänzung um weitere Projekte.

Das Budget sieht im Bereich **“Planung und Neubau”** (Projektförderung) einen Zuschussbedarf in Höhe von 3.975 T-EURO für 2012 vor. Die Mittelverteilung wird an den Stand des jeweiligen Baufortschritts der einzelnen Bauprojekte angepasst.
Darüber hinaus sind für 2012 Mittel der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA-Mittel) in Höhe von 2.625 T-EURO und Zuwendungen aus Ausgleichsmaßnahmen nach dem Naturschutzgesetz in Höhe von 4.025 T-EURO sowie Bundesmittel für die sowjetischen Ehrenmale in Höhe von je 170.000 € mit in das Budget aufgenommen worden.

Budget/Wirtschaftsplan Tempelhofer Feld
Darüber hinaus wurde dem Aufsichtsrat in seiner 42. Sitzung am 08.09.2011 ein Budget/Wirtschaftsplan für das Tempelhofer Feld zur Beschlussfassung vorgelegt.
Der konsumtive Teil enthält die Aufwendungen für die Bewirtschaftung und Nachnutzung der Freiflächen in Höhe von jährlich 4.840 T-EUR, der investive Teil einen Ansatz für Maßnahmen zur Öffnung sowie die zu errichtende Parklandschaft in Höhe von 1.365 T-EUR für 2012. Auch hier wurden die Kostenpläne ständig angepasst an Baufortschritte und Entscheidungen des Landes Berlin.

Die Finanzierung der Pflege der **Sowjetischen Ehrenmale Treptow, Tiergarten und Schönholz** erfolgte wie in den Vorjahren aus Bundesmitteln im Rahmen der Projektförderung sowie aus Mitteln im Rahmen der institutionellen Förderung.

Für den **Comenius-Garten** wurden vom Land Berlin EUR 110.000 zur Weiterleitung an den Förderkreis Böhmisches Dorf Berlin-Neukölln e.V. bewilligt.

Umweltschutzauflagen als Bestandteile der Zuwendungsbescheide (z.B. Unterlassung der Verwendung tropischer Hölzer für Baumaßnahmen, Verwendung von Mehrweggeschirr in der Gastronomie und Mülltrennung) werden von der Gesellschaft eingehalten.

Wie unter 1.6 Steuerfragen/Betriebsprüfung erläutert, ist es erforderlich gewesen, eine gesellschaftsrechtliche Entkopplung der „Neubauprojekte“ bis zum 31.12.2012 durchzuführen.
Diesbezüglich wurde der Wirtschaftsplan für 2013 geändert und die investiven steuerbaren Projekte aus den Wirtschaftsplänen Grün Berlin und Tempelhofer Feld in einen separaten Wirtschaftsplan für die Grün Berlin Stiftung überführt. Auch Personal- und Sachkosten in Höhe von 800.000 € wurden aus dem Konsumtiven Haushalt 2013 zugunsten der Stiftung entnommen.

Lfd. Nr.:	Förderung	Bewilligte Zuwendung/ einschl. Umsatzsteuer Restmittel	davon ausgezahlt/ einschl. Umsatzsteuer Restmittel	nach Abzug der USt. verbleiben	Eigene Erträge	Einnahmen Gesamt	Nettoaufwand	nicht verbrauchte Zuwendungs-mittel	zzgl. USt.	Verbindlichkeit/ Forderung (-)
1.3.1.1	**Institutionelle Förderung 1210/682 03** Bescheide vom 26.01.2012 und 17.07.2012 Bescheid vom 06.12.2012 Mehrbedarf Umbuchung Restmittel Feuerblumen auf konstitutionellen Haushalt **Rückstellungen/Forderungen Vorjahre**	4.469.000,00 € 97.062,00 € Restmittel 2011	4.303.643,20 € 58.156,48 € 154.597,53 €	4.516.397,21 €	3.053.401,05 €	7.569.798,26 €	7.437.982,65 €	131.815,61 €	0,00 €	**131.815,61 €** **-161.565,73 €**
1.3.1.2	**Unterhaltspflege sowjetische Ehrenmale 1210/682 03 Ukto. 210** Bescheide vom 28.03.2012 und 05.07.2012 Bescheid vom 12.12.2012 Mehrbedarf	197.000,00 € 13.700,00 €	197.000,00 €	197.000,00 €	17.856,65 €	214.856,65 €	180.647,73 €	34.208,92 €		**34.208,92 €**
1.3.1.3	**Comenius-Garten 1210/682 03 Ukto. 208** Bescheid vom 26.01.2012 und 10.07.2012	110.000,00 €	110.000,00 €	110.000,00 €	0,00 €	110.000,00 €	110.000,00 €	0,00 €		**0,00 €**
1.3.1.4	**Unterhaltung des Berliner Mauerwegs 1210/682 03 Ukto. 203** Bescheid vom 25.01.2012 und 10.07.2012	120.000,00 € Restmittel 2011	88.036,57 € 0,00 €	88.036,57 €	0,00 €	88.036,57 €	83.852,59 €	4.183,98 €		**4.183,98 €**
1.3.1.5	**Lokhalle Natur-Park Schöneberger Südgelände 1210/682 03 Ukto. 201** Bescheid vom 11.12.2012	50.678,73 € Restmittel 2011	0,00 € -7.678,73 €	-7.678,73 €	50.678,73 €	43.000,00 €	46.500,00 €	-3.500,00 €		**-3.500,00 €**
1.3.1.6	**Lenné-Preis 1210/682 03 Ukto. 205** Bescheid vom 10.09.2012, 04.12.2012 und 19.12.2012	39.297,29 € Restmittel 2011	36.586,19 € 2.711,10 €	39.297,29 €	1.500,00 €	40.797,29 €	36.837,93 €	3.959,36 €		**3.959,36 €**
1.3.1.7	**Unterhaltungspflege Touristisches Wegeleitsystem 1210/682 03 Ukto. 202** Bescheid vom 04.07.2012	40.000,00 € Restmittel 2011	39.594,95 € 405,05 €	40.000,00 €	0,00 €	40.000,00 €	40.000,00 €	0,00 €		**0,00 €**
1.3.1.8	**Unterhaltung Gleisdreieck 1210/682 03 Ukto. 207** Bescheide vom 26.01.2012, 12.07.2012 und 09.10.2012	667.000,00 € Restmittel 2011	502.748,04 € 15.216,26 €	517.964,30 €	102.452,72 €	620.417,02 €	582.190,10 €	38.226,92 €		**38.226,92 €**
1.3.1.9	**Pflege des Grünzuges Südpanke 1210/682 03 Ukto. 220** Bescheid vom 08.11.2012	5.500,00 €	5.500,00 €	5.500,00 €	0,00 €	5.500,00 €	2.739,02 €	2.760,98 €		**2.760,98 €**
1.3.1.10	**Zuschüsse zur Bewirtschaftung und Nachnutzung des Tempelhofer Feldes 1220/682 04 Ukto. 210** Bescheide vom 31.01.2012, 13.03.2012 und 06.09.2012	3.259.000,00 € Restmittel 2011	1.527.482,02 € 264.662,39 €	1.792.144,41 €	1.204.731,97 €	2.996.876,38 €	2.697.762,53 €	299.113,85 €		**299.113,85 €**
1.3.1.11	**Erhaltung und Entwicklung des Botanischen Volksparks Blankenfelde 4720/685 69** Bescheid vom 27.04.2012	378.000,00 €	378.000,00 €	366.508,85 €	22.920,59 €	389.429,44 €	383.251,58 €	6.177,86 €		**6.177,86 €**
1.3.1.12	**Maßnahmenkonzept Volkspark Blankenfelde 1210/682 03 Ukto. 211** Bescheid vom 16.11.2012	20.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €	0,00 €	20.000,00 €	19.972,01 €	27,99 €		**27,99 €**
1.3.1.13	**Grün Berlin Stiftung** Bescheid vom 04.12.2012	100.000,00 €	100.000,00 €	100.000,00 €	0,00 €	100.000,00 €	100.000,00 €	0,00 €		**0,00 €**
1.3.1.14	**Institutionell außerhalb des Budgets** Tulipan im Britzer Garten	Restmittel Vorjahr	0,00 € 216.953,13 €	0,00 €	157.222,07 €	374.175,20 €	146.046,17 €	228.129,03 €		**228.129,03 €**
1.3.1.15	**Institutionell außerhalb des Budgets** Feuerblumen Klassik Open Air im Britzer Garten Übertrag an konstitutionellen Haushalt	Restmittel Vorjahr	0,00 € 58.014,39 € -58.156,48 €	0,00 €	150,34 €	8,25 €	8,25 €	0,00 €		**0,00 €**
1.3.1.16	**Institutionell außerhalb des Budgets** Geschäftsbesorgung Krematorium	Restmittel Vorjahr	0,00 € 20.057,99 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €		**0,00 €** **20.057,99 €**
1.3.1.17	**Institutionell außerhalb des Budgets** weitere Veranstaltungen Britz	Restmittel Vorjahr	0,00 € 317.562,11 €	0,00 €	369.273,90 €	686.836,01 €	183.805,28 €	503.030,73 €		**503.030,73 €**
1.3.1.18	**Institutionell außerhalb des Budgets** weitere Veranstaltungen Marzahn	Restmittel Vorjahr	0,00 € 42.734,30 €	0,00 €	75.777,37 €	118.511,67 €	81.115,01 €	37.396,66 €		**37.396,66 €**
	Summe institutionelle Förderung	**9.566.238,02 €**	**8.393.826,49 €**	**7.785.169,90 €**	**5.055.965,39 €**	**13.418.242,74 €**	**12.132.710,85 €**	**1.285.531,89 €**	**0,00 €**	**1.144.024,15 €**

Lfd. Nr.:	Förderung	Bewilligte Zuwendung/ einschl. Umsatzsteuer Restmittel	davon ausgezahlt/ einschl. Umsatzsteuer Restmittel	nach Abzug der USt. verbleiben	Eigene Erträge	Einnahmen Gesamt	Nettoaufwand	nicht verbrauchte Zuwendungs-mittel	zzgl. USt.	Verbindlichkeit/ Forderung (-)
1.3.2.1	**Planung und Realisierung von Parks und Gärten** mit Hauptstadtbezug einschließlich Erholungspark Marzahn mit den Gärten der Welt 1210/891 45 Bescheid vom 13.02., 23.05. ,19.07. und 10.10.2012 Zuwendungszeitraum 2012	1.101.425,00 €	709.719,12 € -36.609,42 € Forderung 2011	664.923,25 €	10.799,66 €	675.722,91 €	631.747,50 €	43.975,41 €	1.836,49 €	**45.811,90 €**
	10 % ige Ko-Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschafts-struktur" Gärten der Welt - Komplettierung der Gelände-erschließung in Berlin-Marzahn GA 4/05	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	1.419,31 €
1.3.2.2	**Sowjetische Ehrenmale 1210/682 90** Bescheid vom 07.03., 31.10. und 29.11.2012 Zuwendungszeitraum 2012	145.150,00 €	131.033,27 € 14.116,73 € Restmittel 2011	145.150,00 €	0,00 €	145.150,00 €	133.813,23 €	11.336,77 €	0,00 €	11.336,77 €
1.3.2.3	**Neubau des Grünzuges an der Südpanke 1210/891 45 (Ukto. 296)** Bescheid vom 26.6.09, 06.09.2010, 23.05.2012 Zuwendungszeitraum 2012/ 2013	268.477,20 €	254.909,53 € -33.697,54 € Forderung 2011	206.740,18 €	0,00 €	206.740,18 €	224.573,20 €	-17.833,02 €	-1.248,31 €	-19.081,33 €
1.3.2.4	**Neubau der Parkanlage auf dem Gleisdreieck, Teilmaßnahme Ostpark, 1210/89145 Ukto. 295** Bescheide vom 20.10.2006, 22.03.2007, 29.03.2007,29.11.2007, 02.05. und 22.07.2008, 12.10.2009, 22.01. und 15.07.2010 und 20.04.2011, 20.03., 22.11.2012 Zuwendungszeitraum 2008 - 2016	812.514,15 €	481.661,37 € -129.154,77 € Forderung 2011	329.445,42 €	108.003,85 €	437.449,27 €	309.126,45 €	128.322,82 €	8.982,60 €	137.305,42 €
	Neubau der Parkanlage auf dem Gleisdreieck (1210/89145 Ukto. 295) Teilmaßnahme Westpark Bescheid vom 03.04. und 26.06.2009, 04.03.2010; 14.04. und 10.08.2011, 12.03. und 12.11.2012 Zuwendungszeitraum 2008 - 2012	5.316.237,22 €	4.163.927,36 € -246.169,11 € Forderung 2011	3.661.456,31 €	411,67 €	3.661.867,98 €	3.474.964,58 €	186.903,40 €	13.083,24 €	199.986,64 €
	Freimachung des Geländes auf dem Gleisdreieck (1210/68290) Bescheid vom 08.02., 07.08.2008 und 11.03.2011, 20.03.2012 Zuwendungszeitraum 2008/2012	258.758,75 €	184.605,94 € -39.998,46 € Forderung 2011	135.147,18 €	0,00 €	135.147,18 €	182.475,14 €	-47.327,96 €	-3.312,96 €	-50.640,92 €
	Vertrag mit der DB Netz AG über die Planung ,Realisierung und Finanzierung der -Ersatzmassnahmen Fläche k und Schwechtenpark auf dem Gleisdreieck-									
	Neubau der Verbindungen Gleisdreieck - Südgelände (Flaschenhals) (1210/891 45 Ukto. 299) Bescheid vom 29.05. und 17.08.2009, 14.07. und 21.10.2010, 11.03.2011 und 30.11.2012 Zuwendungszeitraum 2009-2012	12.862,61 €	-35.461,39 €	-33.141,49 €	0,00 €	-33.141,49 €	-33.141,49 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	Neubau des Fernradwegs Berlin - Leipzig, 1. Bauabschnitt (1330/883 07 Ukto. 219) Bescheid vom 08.09.2009, 07.04.2010, 13.05. und 20.10.2011, 23.03.2012 Zuwendungszeitraum 2009/2012	222.783,52 €	222.783,52 € -5.727,39 € Forderung 2011	202.856,20 €	10.700,00 €	213.556,20 €	213.556,18 €	0,02 €	0,00 €	0,02 € -0,02 € Übertrag an 1.3.2.1
	Neubau des Fernradwegs Berlin - Leipzig, 2. Bauabschnitt (1330/883 07 Ukto. 204) Flaschen-hals Bescheid vom 05.07.2012 Zuwendungszeitraum 2012	498.486,20 €	498.486,20 €	465.874,95 €	330,00 €	466.204,95 €	466.204,95 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.3.2.5	**Berliner Mauerweg 2. BA einschl. Gedenklandschaft**									
	Berliner Mauerweg 2. Bauabschnitt, 2.Teilabschnitt, 3. Baumodul 1330/883 07 UKto. 262 GRW Infra 13/11 Zuwendungszeitraum 2011 / 2012 Bescheid vom 16.08.2011, 21.02. und 06.08.2012	160.000,00 €	160.000,00 € -4.226,77 € Forderung 2011	145.582,45 €	0,00 €	145.582,45 €	125.491,76 €	20.090,69 €	1.406,35 €	21.497,04 €
1.3.2.6	**Maßnahmen zur Entwicklung des Tempelhofer Feldes (1220/89804 Ukto. 210)** Bescheid vom 02.03. ,02.08 und 09.11.2012 Zuwendungszeitraum 2012	1.628.000,00 €	1.174.683,89 € -6.565,23 € Forderung 2011	1.091.699,68 €	36.626,94 €	1.128.326,62 €	1.130.455,14 €	-2.128,52 €	-149,00 €	-2.277,52 €
	Parklandschaft Tempelhof, Erlebnisorientierter Spielplatz (EOSP) Vogelfreiheit (1240/ 89839 Ukto. 201) Bescheid vom 12.10.2011 und 26.10.2012 Zuwendungszeitraum 2011 - 2013	295.000,00 €	295.000,00 €	275.700,93 €	160,00 €	275.860,93 €	266.558,17 €	9.302,76 €	651,19 €	9.953,95 €
1.3.2.7	**Havel- Radweg (1210/ 682 03 Ukto.206)** Bescheid vom 03.07.2012 Zuwendungszeitraum 2012	11.610,06 €	11.610,06 €	10.850,52 €	0,00 €	10.850,52 €	10.850,52 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Lfd. Nr.:	Förderung	Bewilligte Zuwendung/ einschl. Umsatzsteuer Restmittel	davon ausgezahlt/ einschl. Umsatzsteuer Restmittel	nach Abzug der USt. verbleiben	Eigene Erträge	Einnahmen Gesamt	Nettoaufwand	nicht verbrauchte Zuwendungs- mittel	zzgl. USt.	Verbindlichkeit/ Forderung (-)
1.3.2.8	**Vertrag mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg über die Planung ,Realisierung und Finanzierung des Nord-Süd-Grünzuges** Vertrag vom 07./22.10.2009	89.264,55 € (Restmittel)	89.264,55 € Restmittel	89.264,55 €	200,00 €	89.464,55 €	16.103,14 €	73.361,41 €	5.135,30 €	78.496,71 €
1.3.2.9	**Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"** **Gärten der Welt - Komplettierung der Gelände-erschließung in Berlin-Marzahn GA 4/05** Bescheid der Senatsverwaltung für Wirtschaft vom 10.03.2005, 04.10.2005, 05.12.2005, 30.01. und 16.07.2007,01.12.2008 und Vermerk vom 17.11.2008 Zuwendungszeitraum 2008 - 2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €	170,59 €	170,59 €	0,00 €	170,59 €	0,00 €	170,59 € 12.773,85 €
1.3.2.10	**Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"** **Gärten der Welt - Realisierung eines Christlichen Gartens/ Klostergarten in den Gärten der Welt (GA 15/08)** Bescheid der Senatsverwaltung für Wirtschaft vom 10.07.,24.07. und 17.11.2008, 09.01. und 27.04. und 25.06.2009, 29.07.2011,16.01.2012 und 26.03.2012 Zuwendungszeitraum 2008 - 2012		8.266,48 €	8.266,48 €	0,00 €	8.266,48 €	8.266,48 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.3.2.11	**Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW 44/2010)** **Touristisches Beschilderungs-und Wegeleitsystem in den Gärten der Welt** Zuwendungsbescheid vom 23.11. und 20. und 28.12.2010 Zuwendungszeitraum 2010 - 2012	143.316,66 €	107.387,79 € -67.730,56 € Forderung 2011	39.657,23 €	0,00 €	39.657,23 €	42.289,73 €	-2.632,50 €	0,00 €	-2.632,50 €
1.3.2.12	**Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW 46/2010)** **Realisierung des Masterplanes Gärten der Welt -1.BA- Errichtung des Engl. Gartens** Zuwendungsbescheid vom 23.11.2010, 31.10. und 28.12.11 Zuwendungszeitraum 2010 - 2013	752.240,82 €	150.954,50 € -57.717,92 € Forderung 2011	93.236,58 €	3.213,47 €	96.450,05 €	132.386,33 €	-35.936,28 €	0,00 €	-35.936,28 €
1.3.2.13	**Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW -Infra 5/12)** **Realisierung des Masterplanes Gärten der Welt -2.Bauabschnitt "Besucherzentrum"** Zuwendungsbescheid vom 27.07.2012 Zuwendungszeitraum 2012 - 2014	63.000,00 €	16.976,83 €	16.976,83 €	0,00 €	16.976,83 €	17.633,83 €	-657,00 €	0,00 €	-657,00 €
	Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW -Infra 10/12) **Realisierung des Masterplanes Gärten der Welt -3.Bauabschnitt** Zuwendungsbescheid vom 24.10.2012 Zuwendungszeitraum 2012 - 2015	2.797.722,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	31.254,98 €	-31.254,98 €	0,00 €	-31.254,98 €
	Summe Projektförderung	**14.576.848,74 €**	**8.012.328,58 €**	**7.549.687,25 €**	**170.616,18 €**	**7.720.303,43 €**	**7.384.609,82 €**	**335.693,61 €**	**26.384,90 €**	**376.271,65 €**

Lfd. Nr.:	Förderung	Bewilligte Zuwendung/ einschl. Umsatzsteuer Restmittel	davon ausgezahlt/ einschl. Umsatzsteuer Restmittel	nach Abzug der USt. verbleiben	Eigene Erträge	Einnahmen Gesamt	Nettoaufwand	nicht verbrauchte Zuwendungs- mittel	zzgl. USt.	Verbindlichkeit/ Forderung (-)
1.3.3	**Finanzmittel Dritter**									
1.3.3.1	**Christlicher Garten/ Klostergarten** Vereinbarung vom 30.07./01.08.2008	0,00 €	32.653,23 € Restmittel	32.653,23 €	182,24 €	32.835,47 €	32.829,56 €	5,91 €	0,00 €	5,91 €
	Summe Drittmittelförderung	**0,00 €**	**32.653,23 €**	**32.653,23 €**	**182,24 €**	**32.835,47 €**	**32.829,56 €**	**5,91 €**	**0,00 €**	**5,91 €**
1.3.4	**sonstige Mittel**									
1.3.4.1	**Mittel der DB Netz AG** Vertrag vom 28.11.2008 **Honorar Planungsleistungen Gleisdreieck** Zuwendungszeitraum 2008 - 2012	10.582,00 € 7.171,83 € Restmittel netto	7.171,83 € Restmittel	7.171,83 €	9.189,36 €	16.361,19 €	16.361,19 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	Summe Sonstige Mittel	**17.753,83 €**	**7.171,83 €**	**7.171,83 €**	**9.189,36 €**	**16.361,19 €**	**16.361,19 €**	**0,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**

1.4 Administrativer Bereich

Die Arbeit des administrativen Bereiches der Gesellschaft wird in erster Linie durch laufende Geschäfte, wie z.B. Finanzbuchhaltung, Gremien- und Personalangelegenheiten, Finanzierungsfragen und das Vertragswesen u.v.a.m. geprägt, die tagesfertig zu erledigen sind. Daneben haben organisatorische Themen und vor allem der Einsatz und die Betreuung der Informationstechnologie (IT) unverändert hohe Bedeutung. In diesen Feldern arbeitet die Gesellschaft kontinuierlich daran, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel das Arbeitsumfeld zu optimieren.

Im Berichtszeitraum war die Arbeit des kaufmännischen Bereichs das ganze Jahr über durch die Vorbereitung der Grün Berlin Stiftung geprägt. Dieser (Neu-)Gründung der Grün Berlin GmbH werden künftig alle investiven Projekte zugeordnet. Am 10. Dezember 2012 bescheinigte die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz mit Brief und Siegel, dass die „durch Stiftungsgeschäft vom 5. Dezember 2012 errichtete Grün Berlin Stiftung als rechtsfähig anerkannt“ wird.

Die im Berichtszeitraum an den Standorten Britzer Garten und Gärten der Welt lokal eingesetzten IT-Server haben wesentlich zur Stabilisierung der Arbeitssicherheit beigetragen. Auch die erneute Aufwertung der Internetleitung erhöhte neben der Netzwerkstabilität die Arbeitsgeschwindigkeit der Server sowie die Zugriffsgeschwindigkeit der Standorte.

Das weiterhin stetige Wachsen der IT-Infrastruktur ist begründet im Ausbau und der Zunahme lokaler Projekte mit Netzwerkintegration (z.B. Botanischer Volkspark Blankenfelde, Standortwechsel auf dem Gleisdreieck), der Vorbereitung der Grün Berlin Stiftung sowie in der technischen Einbindung der IGA Berlin 2017 GmbH und auch der IT-Sicherstellung des Krematoriums Berlin (im Rahmen der Geschäftsbesorgung) und erfordert einen fachlich kompetenten Partner mit ausreichend Personal, das unseren spezifischen Anforderungen gerecht wird. Mit dieser Zielsetzung wurde mit einem europaweiten Verhandlungsverfahren - mit vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb gem. § 3 EG Abs. 3 VOAL/A - ein Vergabeverfahren zur Beschaffung von Leistungen zur Administration von Infrastruktur und Verfahren bei der Grün Berlin GmbH, der IGA Berlin 2017 GmbH, der Grün Berlin Stiftung und dem Landesbetrieb Krematorium Berlin eingeleitet und durchgeführt.

Insgesamt haben sich fünf Firmen beworben. Das ITDZ Berlin, der Dienstleister des Landes Berlin hat sich nicht beteiligt. Drei Bewerber haben ihr Servicekonzept sowie die Preiskalkulationen präsentiert. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass der bisherige Dienstleister, der in der Vergangenheit die Anforderungen und Bedürfnisse unserer Gesellschaft sehr genau ermittelt hat und mit seinem Angebot auf einen sehr umfangreichen Vor-Ort-Einsatz und damit auf eine intensive persönliche Betreuung setzt, das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat. Seine Service-Pauschale bietet eine sichere preisliche Kalkulationsbasis. Ein vertraglicher Neubeginn wird in 2013 erfolgen.

Die für den Berichtszeitraum geplante Weiterentwicklung der Software-Infrastruktur, die u.a. sehr verbunden ist mit dem Ausbau des IGA-Bürostandortes und der damit verbundenen Erweiterung des Server-Cloudsystems - das sog. "Rechenzentrum" Tempelhof - (Serverlizenzen, Speichererweiterung und Backupserver) musste aufgrund der Neuausrichtung der IGA 2017 in den kommenden Berichtszeitraum verschoben werden. Die Vor-

bereitung und Planung konnte zum Ende des Berichtszeitraums fertig gestellt werden, so dass mit dem Umzug Mitte Februar 2013 alle darauf aufbauenden Vorhaben (z. B. Bildarchivierungstools, Datev über Terminalserver) umgesetzt werden können.

2013 werden sich die Schwerpunkte auf die Umstellung der Clients auf das Betriebssystem Windows 7 und damit verbunden die Erweiterung der Arbeitsspeicher, die Inbetriebnahme des Bildarchivierungstools sowie die Neuprogrammierung der Add-Ins für Word-Vorlagennutzung beziehen. Weiterhin ist die lokale Internetleitung am Standort Britzer Garten aufzuwerten sowie die Internetseite für die Grün Berlin Stiftung einzurichten.

Weitere Realisierungsüberlegungen bestehen nach wie vor zu dem Thema, wie das personal- und kostenintensive Parkzutrittsverfahren durch ein automatisiertes System ersetzt werden kann.

Das Stellensoll 2012 der Gesellschaft betrug lt. Stellenplan des Budgets/Wirtschaftsplanes insgesamt 48 Stellen sowie zwei Stellen für Verrechnungskosten für den Bereich Tempelhofer Park. Zum Ende dieses Berichtszeitraums waren 46,6 Stellen besetzt. Zwei von 25,6 Mitarbeiterinnen arbeiteten in Teilzeit.
Das Durchschnittsalter der Beschäftigten betrug 49,2 Jahre. Für Aus- und Weiterbildung hat die Gesellschaft im Berichtsjahr rund 17 TEUR aufgewendet.
Krankheits- oder ähnlich bedingte Ausfallzeiten wurden durch den Einsatz von Aushilfskräften kostengünstig kompensiert.

Arbeitnehmerbelange werden durch die Einbindung des Betriebsrates berücksichtigt.

Die kontinuierliche Zusammenarbeit mit bekannten Trägergesellschaften ist für die Gesellschaft eine wirksame Hilfe bei der Beantragung und Durchführung verschiedenster Maßnahmen zur Beschäftigung von kostenneutralem Personal.

Erneut werden von den Jobcentern Änderungen im Bereich der Konzipierung und Bewilligung von Maßnahmen angekündigt. Details sind zum Ende des Berichtszeitraums noch nicht bekannt. Grundsätzlich sollen nochmals deutlich weniger Teilnehmer in MAE-Maßnahmen beschäftigt werden.

Für den Britzer Garten sowie die Gärten der Welt wurde kein kostenneutrales Personal von den zuständigen Jobcentern Neukölln bzw. Marzahn-Hellersdorf zur Verfügung gestellt.

Im Natur-Park Schöneberger Südgelände wurde die MAE-Maßnahme „Parkguides“ erfolgreich fortgesetzt.

Auch im Botanischen Volkspark Blankenfelde Pankow wurde die MAE-Maßnahme über das Umweltbüro Pankow, welche die Öffnung der Gewächshäuser und ornithologische Führungen durch die Parkanlage beinhaltet, fortgesetzt.

Das Angebot für Bewerber des Freiwilligen Ökologischen Jahres im Britzer Garten wurde von einer auf zwei Stellen erweitert. Im Ökologischen Bundesfreiwilligendienst waren insgesamt sechs Teilnehmer in den Parkanlagen bzw. in der Verwaltung tätig.

Des Weiteren wurden zahlreiche Praktika von Schülern und Studenten in den Parkanlagen durchgeführt.

Die Zusammenarbeit mit der Grün Berlin Service GmbH wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt.

1.5. Beteiligungen

Grün Berlin Service GmbH

Die Grün Berlin GmbH ist alleinige Gesellschafterin der Grün Berlin Service GmbH.
Die Grün Berlin Service GmbH nimmt geschäftliche Aktivitäten, die einen steuerlichen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb darstellen, wahr.

Im Berichtszeitraum waren das insbesondere die Geschäftsbesorgung für den Landesbetrieb Krematorium Berlin sowie die Durchführung der Klassik Open Air Konzerte 2012 „Feuerblumen“ im Britzer Garten und „Viva la musica“ in den Gärten der Welt. Beide Veranstaltungen waren nahezu ausverkauft und konnten finanziell ein positives Ergebnis erzielen.

Der Vorverkauf für die Klassik Open Air Konzerte „Feuerblumen“ am 24.08.2013 im Britzer Garten sowie „Viva la musica“ in den Gärten der Welt am 10.08 2013 hat am 01.12.2012 begonnen.

Die Geschäftsentwicklung in Hinblick auf die Einäscherungszahlen des Krematoriums Berlin verlief, erstmalig nach den kontinuierlichen Steigerungen der letzten vier Jahre, nicht positiv. 2012 sind 13.417 Einäscherungen gegenüber 14.277 Einäscherungen 2011 vorgenommen worden. Grund hierfür sind administrative Hemmnisse, insbesondere, wenn fallweise eine zweite Leichenschau angeordnet würde, was zunehmend zu Kremierungen außerhalb des Landes Berlin führt. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 des Landesbetriebes Krematorium Berlin durch die neue Prüfungsgesellschaft Commerzial Treuhand GmbH erfolgte zeitnah und wurde mit dem uneingeschränkten Prüfvermerk abgeschlossen.

IGA Berlin 2017 GmbH

Die Grün Berlin GmbH ist Mehrheitsgesellschafterin der IGA Berlin 2017 GmbH.

Der Berliner Senat hat am 18.09.2012 beschlossen, die IGA 2017 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf von Berlin mit Schwerpunkt in den Gärten der Welt durchzuführen und nicht auf dem Tempelhofer Feld.
Bis zuletzt ist die Höhe der Gesamtkostenrahmens strittig gewesen; Kernpunkt der Diskussionen waren die Einnahmeerwartung und die prognostizierten Besucherzahlen. Die Ausgaben sind nunmehr mit 40 Mio. € festgelegt, der Landeszuschuss beträgt 9,8 Mio. €, das Einnahmeziel liegt bei 30,2 Mio. €; es werden ca. 2,3 bis 2,4 Mio. Besuche erwartet.

Die vergangenen Monate waren im Wesentlichen geprägt durch die mit dem Senatsbeschluss einhergehende Reduzierung und Anpassung des Durchführungshaushalts. Das Ausstellungskonzept wurde an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst.

Die Durchführung der IGA 2017 findet größtenteils auf Flächen statt, die der Grün Berlin GmbH übertragen sind. Für die Überlassung der Flächen an die IGA Berlin 2017 GmbH ist es erforderlich, ein vertragliches Konstrukt vorzubereiten und abzuschließen, das sowohl die steuerlichen als auch wirtschaftlichen Interessen beider Gesellschaften berücksichtigt sowie die haushaltstechnischen Voraussetzungen prüft und gegenüberstellt.

1.6. Steuerfragen/Betriebsprüfung

Gesellschaftsrechtliche Umstrukturierung

Der Aufsichtsrat hat in der 44.Sitzung, 03.05.2012, den (Grundsatz)-Beschluss gefasst, die von der Senatsverwaltung für Finanzen geforderte „Entkopplung der investiven Projekte“ mittels einer zu gründenden Stiftung zu realisieren. Mit Gesellschafterbeschluss vom 10.10.2012 wurde die Grün Berlin GmbH beauftragt, den Stiftungsakt vorzunehmen.
Die Gründungsvorbereitungen wurden am 05.12.2012 mit der Gründung der Grün Berlin Stiftung zum Abschluss gebracht. Die Anerkennung durch die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz erfolgte am 10.10.2012, dadurch konnte die bis 2010 drohende rückwirkende Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Grün Berlin GmbH abgewendet werden.

2. Kennzahlen der Gesellschaft

2.1. Entwicklung institutioneller Zuschuss in Mio. EURO

(ab 2010 einschließlich Tempelhofer Feld)

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
6,66	6,45	5,65	5,07	4,92	4,72	4,81	4,12	4,66	4,46	4,41	4,25	4,09	4,50	9,51	6,83	**7,08**
100%	97%	85%	76%	74%	71%	72%	62%	70%	67%	66%	64%	61%	68%	143%	102%	**106%**

2.2. Entwicklung Sachaufwand in Mio. EURO

(ab 2010 einschließlich Tempelhofer Feld)

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
5,55	5,35	5,06	4,75	4,59	4,73	4,77	4,54	5,02	5,23	5,13	5,62	5,56	5,86	11,01	8,68	**9,42**
100%	96%	91%	86%	83%	85%	86%	82%	91%	94%	92%	101%	100%	105%	198%	156%	**170%**

2.3. Entwicklung Personalaufwand in Mio. EURO (einschließlich Drittmittel)

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
2,32	2,25	1,88	1,77	1,84	1,87	1,81	1,83	1,93	1,94	1,99	2,07	2,06	2,16	2,66	2,95	**3,13**
100%	97%	81%	76%	79%	81%	78%	79%	83%	84%	86%	89%	89%	93%	115%	127%	**135%**

2.4. Entwicklung Personalstellen

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
55	52	44	41	39	38	38	38	38	38	38	38	38	38	46	47,5	**48**
100%	95%	80%	75%	71%	69%	69%	69%	69%	69%	69%	69**%**	69%	69%	84%	86%	**87%**

2.5. Entwicklung eigene Erträge

2.5.1. Gesamt in Mio. EURO (netto) (einschließlich Drittmittel)

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
1,10	1,10	1,39	1,43	1,58	1,77	1,77	2,13	2,10	2,50	2,59	3,26	3,40	3,16	3,64	4,32	**4,32**
100%	101%	127%	130%	144%	161%	161%	194%	191%	227%	236%	297%	310%	288%	332%	394%	**393%**

davon

2.5.2. Miet- und Pachteinnahmen in T-EURO (netto)

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
196	215	235	243	268	272	288	324	338	373	376	410	433	463	679	834	**754**
100%	110%	120%	124%	137%	139%	147%	165%	173%	191%	192%	209%	221%	236%	347%	426%	**385%**

2.5.3. Verkaufserlöse in Mio. EURO (netto) gesamt (alle Parkanlagen)

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
0,62	0,67	0,76	0,87	0,94	1,19	1,15	1,42	1,38	1,75	1,67	2,17	2,29	2,28	2,32	2,69	**2,55**
100%	109%	123%	142%	153%	193%	186%	230%	223%	284%	271%	353%	372%	370%	377%	437%	**414%**

davon:

2.5.3.1. Britzer Garten

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
0,57	0,62	0,70	0,77	0,76	0,87	0,84	0,91	0,85	1,12	1,04	1,17	1,21	1,31	1,38	1,41	**1,33**
100%	108%	122%	135%	134%	152%	147%	159%	148%	196%	183%	205%	213%	229%	242%	247%	**233%**

2.5.3.2. Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
0,05	0,05	0,06	0,10	0,18	0,32	0,31	0,50	0**,**51	0,62	0,61	0,98	1,05	0,95	0,92	1,24	**1,15**
100%	109%	132%	221%	391%	698%	664%	1075%	1106%	1338%	1309%	2119%	2274%	2058%	1986%	2673%	**2476%**

2.6. Entwicklung der Besucherzahlen in Mio.

2.6.1. Gesamt (alle eintrittspflichtigen Parkanlagen)

- ab 2012 einschließlich Botanischer Volkspark Blankenfelde

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
1.16	1.19	1.25	1.32	1.37	1.27	1.25	1.41	1.30	1.70	1.45	1.72	1.627	1.48	1.69	2.09	**2,10**
100%	103%	108%	114%	119%	110%	108%	122%	113%	147%	126**%**	149%	140%	128%	146%	181%	**181%**

davon:

2.6.2. Britzer Garten

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
1.04	1.05	1.13	1.15	1.05	0,95	0,92	0,99	0,90	1,20	0,94	1,02	0,98	0,96	1,03	1,32	**1,30**
100%	101%	109%	111%	102%	92%	89%	95%	87%	116%	91%	98%	95%	92%	99%	128%	**125%**

2.6.3. Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
0,12	0,14	0,12	0,18	0,24	0,27	0,28	0,38	0,35	0,44	0,46	0,65	0,58	0,47	0,61	0,72	**0,73**
100%	119%	98%	145%	205%	229%	234%	315%	294%	373%	386%	549%	484%	397%	512%	603%	**613%**

2.6.4. Jahreskarten in Tausend gesamt

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
14,8	14,7	15,6	15,1	15,3	16,9	17,8	22,0	27,3	28,8	33,7	35,1	38,7	42,1	**45,1**
100%	100%	105%	102%	103%	115%	121%	149%	185%	195%	228%	238%	262%	285%	**305%**

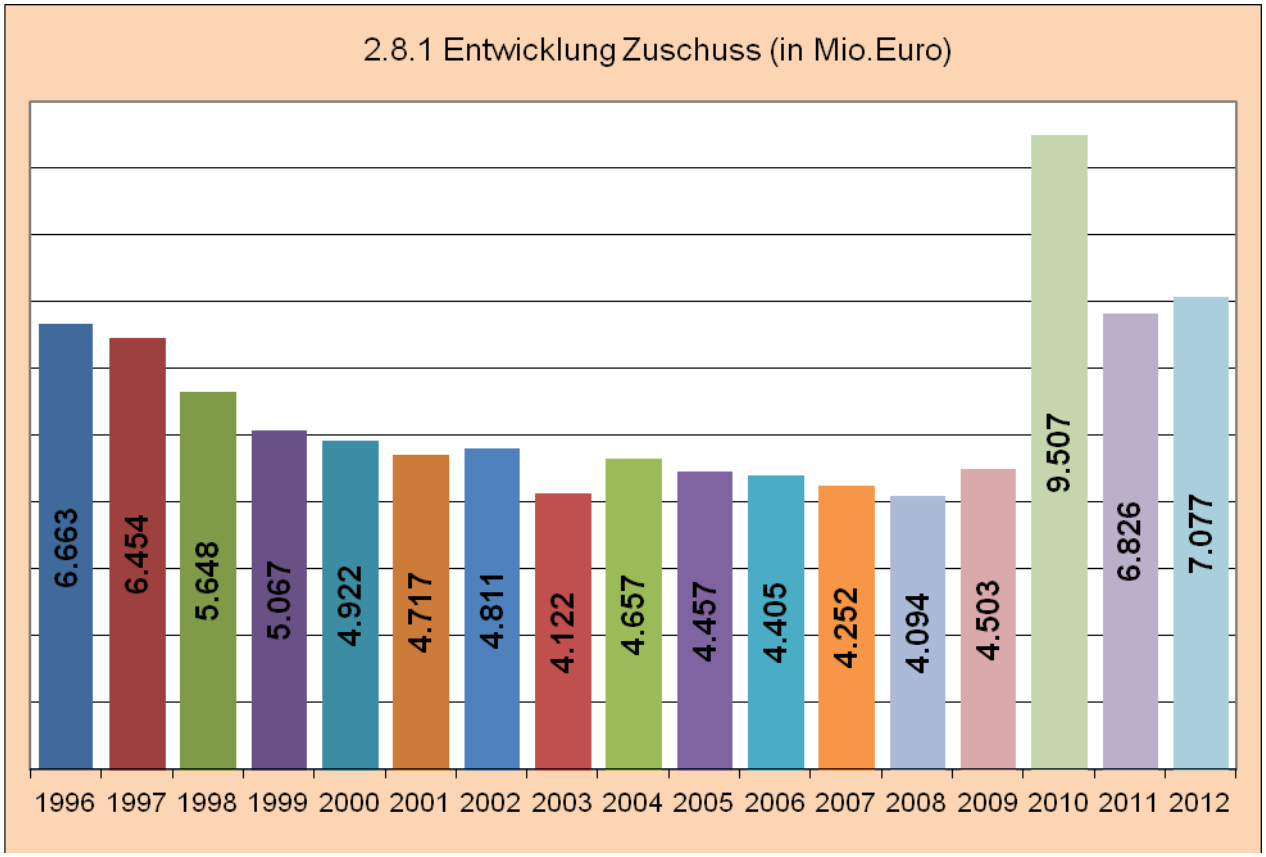
2.7. Entwicklung des Kostendeckungsgrades

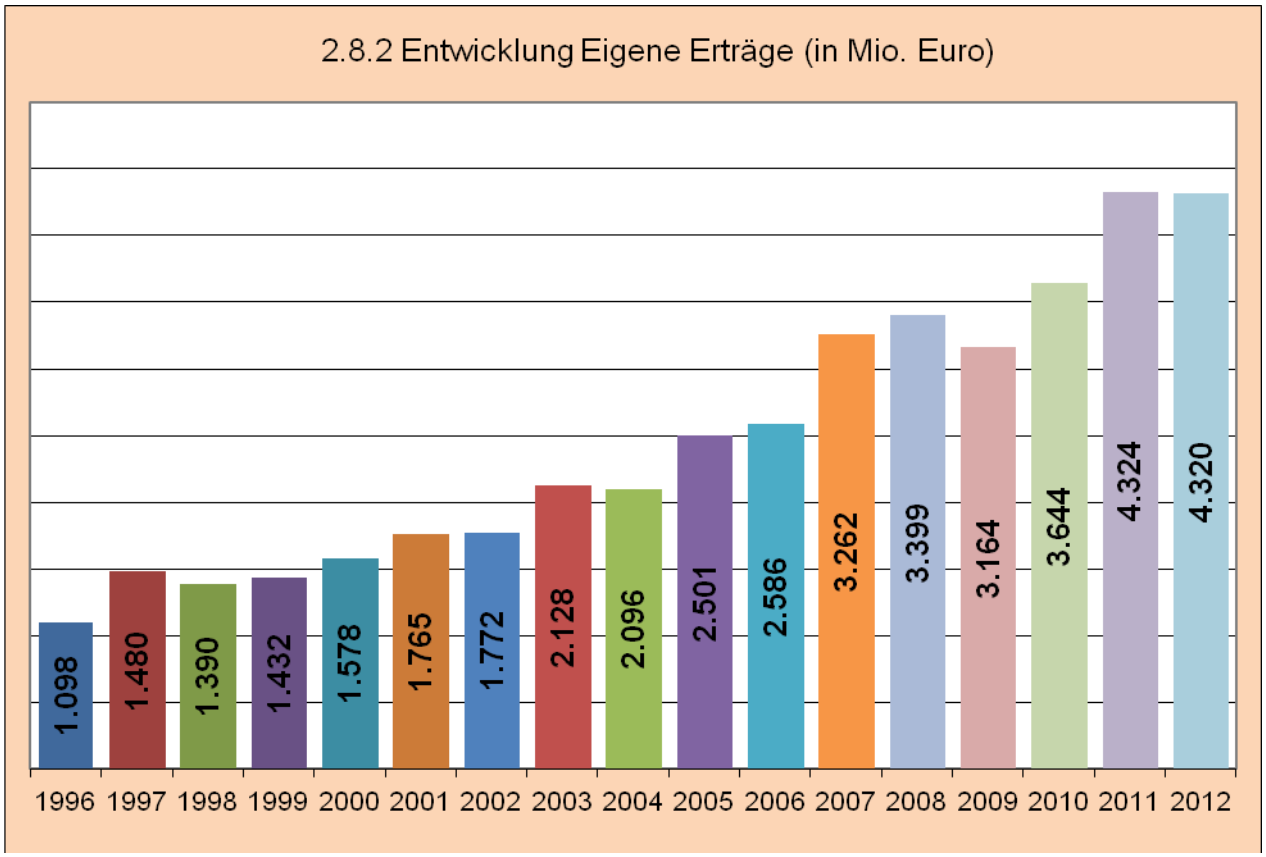
2.7.1. Britzer Garten

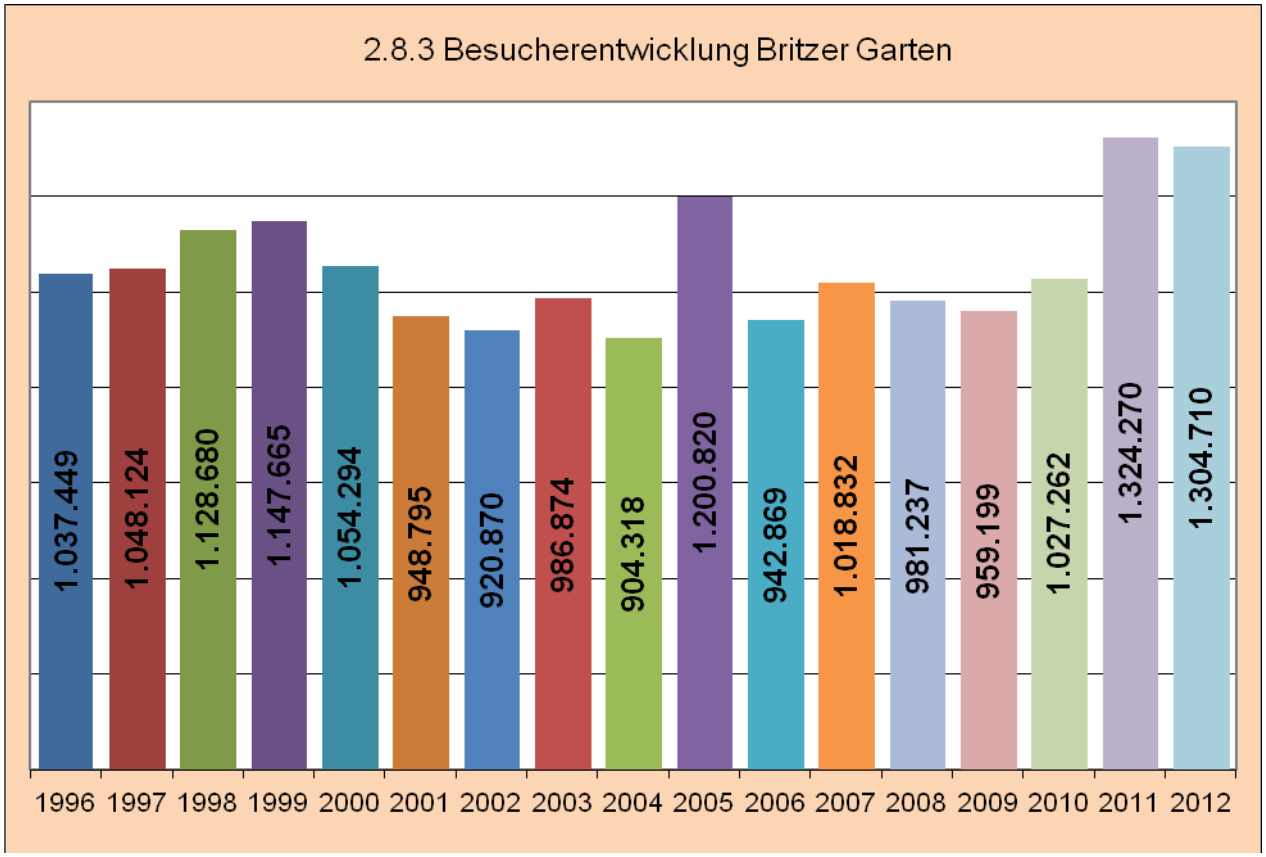
1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
19,4%	24,0%	28,0%	29,3%	30,3%	32,8%	37,5%	34,2%	40,1%	41,5%	47,0%	46,1%	48,1%	52,2%	59,3%	**50,1%**

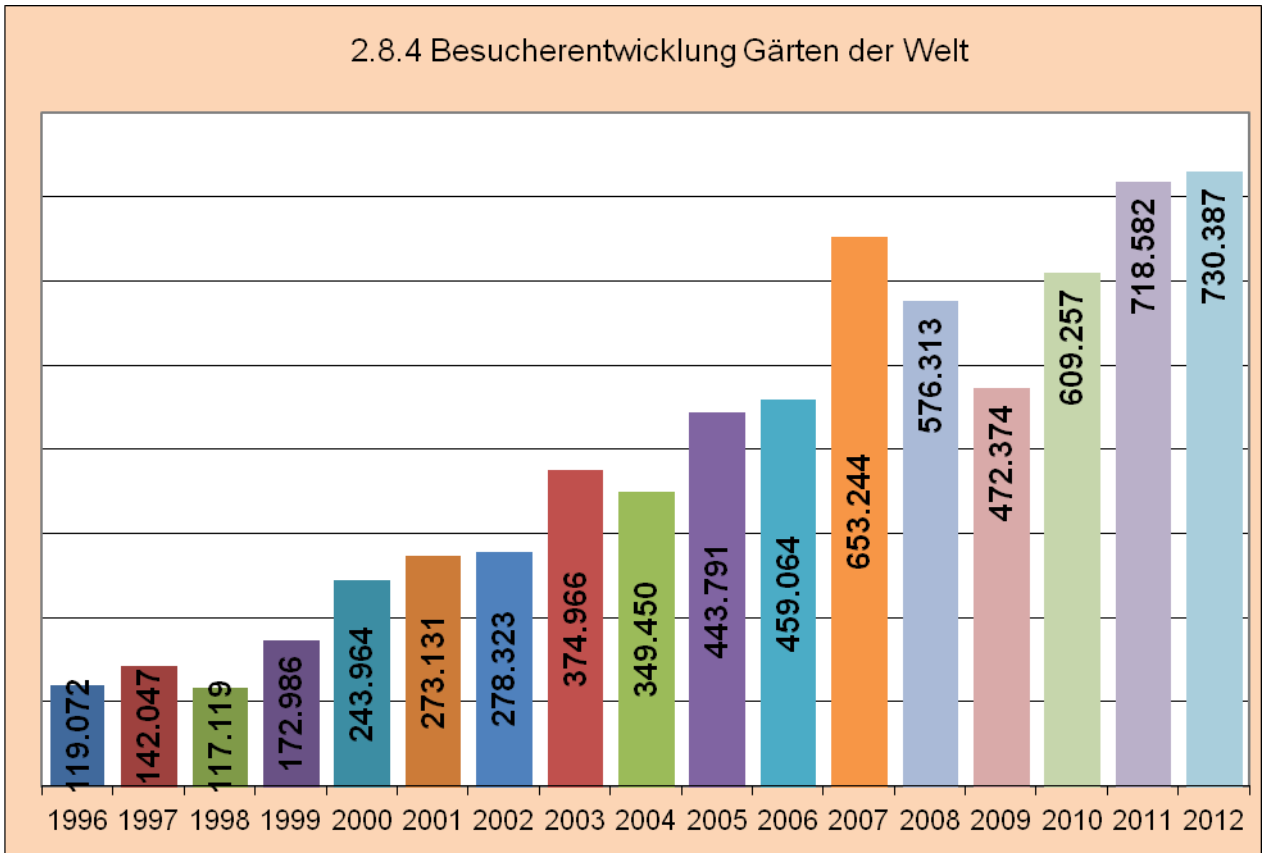
2.7.2. Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	**2012**
5,0%	5,2%	9,9%	17,7%	28,0%	30,8%	43,6%	38,3%	47,4%	44,2%	61,4%	63,7%	55,4%	54,3%	66,6%	**61,9%**


2.8.1 Entwicklung Zuschuss (in Mio.Euro)
6.663
6.454
5.648
5.067
4.922
4.717
4.811
4.122
4.657
4.457
4.405
4.252
4.094
4.503
9.507
6.826
7.077
1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012


2.8.2 Entwicklung Eigene Erträge (in Mio. Euro)
1.098
1.480
1.390
1.432
1.578
1.765
1.772
2.128
2.096
2.501
2.586
3.262
3.399
3.164
3.644
4.324
4.320
1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012


2.8.3 Besucherentwicklung Britzer Garten
1.037.449
1.048.124
1.128.680
1.147.665
1.054.294
948.795
920.870
986.874
904.318
1.200.820
942.869
1.018.832
981.237
959.199
1.027.262
1.324.270
1.304.710
1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012


2.8.4 Besucherentwicklung Gärten der Welt
119.072
142.047
117.119
172.986
243.964
273.131
278.323
374.966
349.450
443.791
459.064
653.244
576.313
472.374
609.257
718.582
730.387
1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012

3. Berliner Corporate Governance Kodex

Der Gesellschafter Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Finanzen, hat mit Schreiben vom 19. Mai 2004 vorgegeben, als Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex eine von der Senatsverwaltung für Finanzen erarbeitete „Anlage 7.1“ zum Lagebericht abzugeben. Mit Beschluss vom 17. Februar 2009 hat der Senat von Berlin die Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen überarbeitet. Während die Beteiligungshinweise für alle Beteiligungen des Landes unabhängig von der Größe des Unternehmens und der Höhe der an ihnen gehaltenen Geschäftsanteile gelten, werden auf Basis des DCGK Regelungen empfohlen (Berliner Corporate Governance Kodex), die bei den Beteiligungsgesellschaften Berlins, an denen Berlin die Mehrheit der Anteile hält und/oder die hinsichtlich Größe, Aufgabe und wirtschaftlicher Bedeutung – insbesondere Risikolage – von besonderem Interesse sind, angewendet werden sollen. Die entsprechende Anlage 7.1 zum Berliner Corporate Governance Kodex ist dem Lagebericht beigefügt.

4. Risiken zukünftiger Entwicklung

Die von der Grün Berlin GmbH erbrachten Leistungen stellen nicht marktfähige öffentliche Güter mit Dienstleistungscharakter dar, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Gesellschaft unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolgt, die dem Allgemeinwohl der Bürger dienen.
Als zu 100% landeseigene Institution finanziert sich die Gesellschaft durch eigene Einnahmen, überwiegend jedoch aus Zuwendungen und damit aus Steuergeldern. Die Gesellschaft verfolgt mithin nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke und erstrebt keinen Gewinn. Ein aus wirtschaftlicher Tätigkeit begründetes Bestandsrisiko besteht nur bedingt. Bestimmte negative Entwicklungen können in begrenztem Umfang, bspw. durch Einsparungen an anderer Stelle, ausgeglichen werden, soweit das von der Zuwendungsgeberin gebilligt wird.

Wie unter 1.6 Steuerfragen/Betriebsprüfung erläutert, ist es erforderlich gewesen, eine gesellschaftsrechtliche Entkopplung der „Neubauprojekte“ bis zum 31.12.2012 durchzuführen.
Diesbezüglich wurde der Wirtschaftsplan für 2013 geändert und die investiven steuerbaren Projekte aus den Wirtschaftsplänen Grün Berlin und Tempelhofer Feld in einen separaten Wirtschaftsplan für die Stiftung überführt. Auch Personal- und Sachkosten in Höhe von 800.000 € wurden aus dem konsumtiven Haushalt 2013 zugunsten der Stiftung entnommen.

Um das Budget finanzieren zu können und insbesondere auch den steigenden Energiekosten gerecht zu werden, wurde der Ansatz der eigenen Erträge von 2,5 Mio. EUR auf 2,67 Mio. EUR erhöht. Die Planansätze der eigenen Einnahmen sind dabei nicht zurückhaltend konservativ, sondern offensiv geschätzte Ertragsaussichten und erhöhen zwangsläufig die Risiken des Haushalts-/Budgetvollzuges. Hinzu kommen Erträge in Höhe von 800.000 aus Verrechnungen mit der Grün Berlin Stiftung.

Die zusätzlichen personellen Aufgaben aufgrund der Ausweitungen der Gesellschaften und damit verbundener interner Verrechnungen, weitere Parkanlagen und Projekte, das

Durchschnittsalter der Beschäftigten, das deutlich über den den Personalkosten zugrunde liegenden „Durchschnittssätzen“ liegt, die Umstellung vom BAT auf den TVL Land Berlin sowie der Wegfall von Refinanzierungen von Personalkosten (z.B. Bullengraben) führen dazu, dass die seit Jahren bestehende strukturelle Unterdeckung der Personalkosten zunehmend problematisch ist. Die Personalkostenansätze sind somit nicht auskömmlich und müssten deutlich erhöht werden. Auch ist der Stellenplan für den Aufgabenumfang nicht mehr auskömmlich. Es erscheint zwingend, die Zuwendung und den Stellenplan, zumindest vorübergehend, entsprechend zu erhöhen.

Die beschlossene Haushaltswirtschaftsführung für das Jahr 2012 (der Landeshaushalt 2012/2013 wurde erst im Juni 2012 beschlossen) zeigt, dass das jährlich aufgestellte und vom Aufsichtsrat beschlossene Budget (Wirtschaftsplan) sowie die jährliche Fortschreibung des Gesamtkosten- und Finanzierungsplanes, der einen Zeitraum von fünf Jahren umfasst, keine endgültige Planungssicherheit geben. Mögliche Risiken der Gesellschaft stehen also in einem engen Zusammenhang mit der Finanzlage des Landes Berlin sowie politischen Entscheidungen.
Liquiditätsrisiken bestehen jedoch nicht, da die Gesellschaft Aufträge grundsätzlich erst nach Vorliegen von Zuwendungsbescheiden erteilt und Zuwendungen und Zuschüsse vor Abfluss der Ausgaben vereinnahmt.

Durch die überschaubare Größe der Gesellschaft ist die Geschäftsleitung in alle wesentlichen Geschäftsprozesse unmittelbar eingebunden. Sie erhält sämtliche Auswertungen finanzieller Daten zeitnah. Darüber hinaus werden nicht-finanzielle Daten ebenfalls zeitnah zusammengestellt, z.B. tagesgenaue Besucherstatistiken, Bautenstände, Protokolle/Wiedervorlagen der technischen Dienstbesprechungen mit Bearbeitungsstand der einzelnen Maßnahmen. Es ist sichergestellt, dass der Geschäftsleitung alle relevanten, auch zukunftsbezogenen Informationen zur Verfügung stehen.

Auf Grund der Aufgabenstellung gemäß Gesellschaftsvertrag und der Finanzierung der Gesellschaft durch den Gesellschafter liegen bestandsgefährdende Risiken ganz überwiegend im Bereich der Nachfrage der öffentlichen Hand nach den spezifischen Leistungen der Gesellschaft. Diese Nachfrage wird ausschließlich durch die politisch verantwortlichen Gremien bestimmt und entzieht sich damit der unmittelbaren Einflussnahme durch die Geschäftsführung. Die internen Leistungsverrechnungen zwischen den einzelnen Gesellschaften und einzelnen Wirtschaftsplänen gewinnen zunehmende an Bedeutung und binden die kfm. Personalkapazitäten erheblich.

In alle neuen Aufgaben sowohl in Bezug auf kurz- und mittelfristige Einzelprojekte als auch in Bezug auf die langfristige Bewirtschaftung der Parkanlagen ist die Geschäftsführung eingebunden, die damit zugleich frühzeitig alle zukunftsgerichteten Informationen erhält.

Der Aufbau eines zusätzlichen, streng formalisierten Risikofrüherkennungssystems ist unseres Erachtens wegen der überschaubaren Geschäftstätigkeit nicht erforderlich. Aus unserer Sicht reichen die Maßnahmen aus. Über aktuelle Entwicklungen der in Arbeit befindlichen Projekte und der bewirtschafteten Parkanlagen wird die Geschäftsführung systematisch aus den betrieblichen Informationsquellen informiert.

Wie bereits unter 1.6 Steuerfragen/Betriebsprüfung erläutert, war es erforderlich, eine gesellschaftsrechtliche Entkopplung der „Neubauauprojekte“ bis zum 31.12.2012 durchzuführen. Die Arbeit des kaufmännischen Bereichs war somit das ganze Jahr über durch die Vorbereitung der Errichtung der Grün Berlin Stiftung geprägt. Dieser Tochter der Grün Berlin GmbH werden künftig alle investiven Projekte zugeordnet. Nachdem der Aufsichtsrat in seiner der 44.Sitzung am 03.05.2012 den (Grundsatz)-Beschluss gefasst hatte, die von der Senatsverwaltung für Finanzen geforderte „Entkopplung der investiven Projekte“ mittels einer zu gründenden Stiftung zu realisieren, wurde am 10. Dezember 2012 von der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz mit Brief und Siegel bescheinigt, dass die „durch Stiftungsgeschäft vom 5. Dezember 2012 errichtete Grün Berlin Stiftung als rechtsfähig anerkannt“ wird.

5. Zusammenfassung, Ausblick und Chancen

Für die Grün Berlin GmbH lassen sich zusammenfassend und rückblickend auf das Jahr 2012 folgende Schwerpunkte setzen:

- erfolgreiches Geschäftsjahr der Grün Berlin GmbH bezüglich der Besucherzahlen in den Parkanlagen und der Ertragsentwicklung
- 25-jähriges Jubiläum Gärten der Welt mit 730.000 Besuchern (Besucherrekord)
- zum zweiten Mal verliehene Auszeichnung „Green Flag Award“ für die Gärten der Welt
- Nachhaltigkeitspreis 2012 der Deutschen Bundesgartenschaugesellschaft mbH für den hervorragend gepflegten und beliebten Britzer Garten
- 47.000 zahlende Besucher im Natur-Park Schöneberger Südgelände (Rekord)
- 45.090 verkaufte Jahreskarten (Verkaufsrekord)
- termingerechte Entkopplung der investiven Projekte durch Errichtung der Grün Berlin Stiftung
- IGA 2017 kam erneut auf den Prüfstand. 18. September Senatsbeschluss zur Durchführung der IGA in Marzahn-Hellersdorf mit Schwerpunkt Gärten der Welt
- in den Geschäftsbereichen Planung und Entwicklung wurden die laufenden Projekte weiter betrieben
- erfolgreiche bauliche Aktivitäten im Bereich Westpark Gleisdreieck mit zu erwartendem vorgezogenem Eröffnungstermin im Mai 2013
- die in 2011 fertiggestellte Parkanlage Ostpark ist als sehr positiv und erfolgreich in Hinblick auf die Besucherzahlen als auch auf die hohe Zustimmung aus der Bevölkerung zu diesem Projekt
- Entwicklung der Parklandschaft Tempelhof; mit der Standortverlegung der IGA 2017 nach Marzahn-Hellersdorf sind die terminlichen Abhängigkeiten zur Realisierung der Parklandschaft nicht mehr gegeben, so dass diese nun „behutsamer“ und über einen längeren Zeitraum entwickelt wird.

Die Auflistung der Schwerpunktthemen 2011 dokumentiert eine Abfolge von besonderen Ereignissen und Neuerungen mit besonderer Tragweite für die Gesellschaft.

2012 war wiederum ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr der Grün Berlin GmbH. Neue Besucherrekorde stellten die Gärten der Welt mit 730.000 Besuchern und der Natur-Park Schöneberger Südgelände mit 47.000 zahlenden Besuchern auf.

Ein Gradmesser, wie bekannt und beliebt die Parkanlagen der Grün Berlin GmbH sind, ist der unverändert erfreuliche Absatz der Jahreskarte der Grün Berlin GmbH. Im Jahr 2012

konnten mit 45.090 (Vorjahr 42.146) verkauften Jahreskarten bei einem Umsatz von 724.635 Euro (Vorjahr 675.695 Euro) die Ergebnisse der Vorjahre erneut übertroffen werden.

Zu den Meilensteinen 2012 zählen die Errichtung der Grün Berlin Stiftung sowie der Senatsbeschluss zur Durchführung der IGA in Berlin Marzahn-Hellersdorf mit dem Schwerpunkt „Gärten der Welt".
Mit einer Gesamtfläche von derzeit 303 Hektar und zukünftig rund 250 Hektar ist die zukünftige Parklandschaft auf der Tempelhofer Freiheit weiterhin das flächenmäßig größte Projekt, dessen Entwicklung die Grün Berlin GmbH langfristig maßgeblich vorantreibt.

Die Vielzahl der Themen und Schwerpunkte lässt erkennen, dass auch das Jahr 2012 von wichtigen Entwicklungen aber auch Aufgabenzuwächsen geprägt war. Die Gesellschaft geht diese neuen Herausforderungen mit großem Engagement und großer Freude an und blickt hoffnungsvoll in die Zukunft.

Geschäftlich sind wir damit höchst zufrieden, dass die durch das Budget 2012 und die Zielvereinbarung 2012 gesetzten Ziele erreicht werden konnten und der für die Gesamtfinanzierung der Gesellschaft maßgebliche Ansatz der „eigenen Erträge" wiederum erfüllt wurde.
Langfristig angelegte Programm- und Zielplanungen dienen einer strategisch richtigen Ausrichtung zur Weiterentwicklung der Parkanlagen mit jahresbezogenen Schwerpunktthemen, die zukünftig nicht nur zum Substanzerhalt, sondern zu einer qualitativen Weiterentwicklung der Parkanlagen führen werden. Des Weiteren müssen die Marketing-Aktivitäten und strategischen Partnerschaften zur verstärkten Bewerbung der Parkanlagen intensiviert werden. Dies stellt eine herausfordernde Aufgabe dar, zumal die finanziellen Spielräume, bezogen auf die vorhandenen Budgets für das Marketing, als gering und zu knapp bemessen zu bewerten sind.
Gedämpfte Perspektiven infolge von schwächerem Konjunkturumfeld und der Risiken im Euroraum sowie die Besucher- und Umsatzrekorde der Jahre 2011 und 2012 könnten dazu führen, dass es schwierig wird, diese Rekordjahre finanziell zu übertreffen, zumal die eigenen Erträge der Gesellschaft überwiegend aus der Bewirtschaftung der Parkanlagen resultieren. Diese sind direkt (Eintrittserlöse) bzw. indirekt (Pachten) von den Besucherzahlen abhängig, die wiederum ganz überwiegend von der Witterung abhängen. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Bestrebungen der Gesellschaft, Einsparungen in den Bewirtschaftungskosten nicht zu Lasten der insgesamt durch die Besucher wahrnehmbaren Erlebnisqualität vorzunehmen, Früchte tragen. Mittel- und langfristig hängen die Besucherzahlen und damit im Zusammenhang stehende Einnahmen also letztlich auch von der Attraktivität der bewirtschafteten Parkanlagen ab.

Hierzu soll auch die weitere Erhöhung der Attraktivität der Gärten der Welt beitragen. In Hinblick auf die Durchführung der IGA 2017 mit Schwerpunkt Gärten der Welt und der damit verbundenen zukünftigen Entwicklung der Gärten der Welt – wie z.B. Erhöhung des Bekanntheitsgrades und zu erwartende steigende Besucherzahlen auch nach 2017 - sind neben dem bereits geplanten Bau des Englischen Gartens und eines Besucherzentrums weitere Maßnahmen in Vorbereitung, insbesondere auch die Anbindung der Gärten der Welt an den öffentlichen Personennahverkehr. Hierfür werden von der Senatsverwaltung für Wirtschaft weitere Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" bereitgestellt.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat einer Eintrittspreiserhöhung auf 4 € für die Sommersaison ab 2012 für die Gärten der Welt zugestimmt, so dass auch über höhere Erträge die zu erwartenden Preissteigerungen sowie die Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten der Erweiterungsflächen finanziert werden können.

Im Britzer Garten erhoffen wir uns von der Fortführung und Erweiterung der bei den Besuchern beliebten Tulpenschau „Tulipan im Britzer Garten“ und der Dahlienschau sowie der Rhododendrenschau eine weitere Steigerung der Besucherzahlen.

Grün Berlin GmbH
30.04.2013

Christoph Schmidt ppa. Helmut Siering

Berliner Corporate Governance Kodex

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012 der Grün Berlin GmbH

Verweis	Gegenstand	Erklärung d. Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
	I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat	
I.1	• Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Die Aufsichtsratsunterlagen einschließlich der jeweiligen Protokolle liegen vor. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse, die für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlich sind, wurden von der Geschäftsleitung offen gelegt. Der Aufsichtsrat wird schriftlich in Form von Halbjahresberichten und mündlich in den Sitzungen über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft informiert. Die außerhalb der Organe stehenden Mitarbeiter/-innen wurden bereits durch ihre Anstellungsverträge auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	• Sitzungen des Aufsichtsrats.	Der Aufsichtsrat hat im Berichtszeitraum drei Sitzungen und zwar am 03.05.2012, am 24.09.2012 und am 10.12.2012 abgehalten. Es werden lediglich Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten, die die Geschäftsleitung selbst betreffen, ohne Teilnahme der Geschäftsleitung behandelt.
I.3	• Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.	Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand mit den Vorlagen zu den stattgefundenen Aufsichtsratssitzungen und den Halbjahresberichten berichtet. Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt bzw. den Aufsichtsrat darüber unterrichtet. Der AR hat im Rahmen der Sitzung umfassend Gelegenheit, an den Entscheidungsprozessen teilzunehmen.

		Neben den Regelungen im Gesellschaftsvertrag vom 10.05.2010 besteht eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrats für die Geschäftsleitung vom 22.06.2010. Sie ist ausreichend und bedurfte keiner Ergänzung.

I.4	• Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.	Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (mindestens zwei Wochen vor der Sitzung). Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt, Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

I.5	• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten einer ordentlichen und gewissenhaften Geschäftleitung bzw. Aufsichtsrats gewahrt. Eine D&O-Versicherung besteht seit dem Jahr 2009.

II. Geschäftsleitung

II.1	• Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.	Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens, seiner Beteiligungen und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Auf Grund der Struktur der Gesellschaft ist die Geschäftsleitung in alle wesentlichen Geschäftsprozesse unmittelbar eingebunden. Auf Grund der Aufgabenstellung gemäß Gesellschaftsvertrag und der Finanzierung der Gesellschaft durch den Gesellschafter liegen bestandsgefährdende Risiken ganz überwiegend im Bereich der Nachfra-

		ge der öffentlichen Hand nach den spezifischen Leistungen der Gesellschaft. Diese Nachfrage wird durch die politisch verantwortlichen Gremien bestimmt und entzieht sich damit der unmittelbaren Einflussnahme durch die Geschäftsleitung. In alle neuen Aufgaben sowohl in Bezug auf kurz- und mittelfristige Einzelprojekte als auch in Bezug auf die langfristige Bewirtschaftung der Parkanlagen ist die Geschäftsleitung eingebunden. Sie erhält alle Auswertungen finanzieller Daten zeitnah. Darüber hinaus werden nichtfinanzielle Daten zeitnah zusammengestellt, z.B. tagesgenaue Besucherstatistiken, Bautenstände etc. Es ist sichergestellt, dass der Geschäftsleitung alle relevanten, auch zukunftsbezogenen Informationen zur Verfügung stehen. Der Aufbau eines zusätzlichen, streng formalisierten Risikofrüherkennungssystems ist deswegen entbehrlich.

II.2	• Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen.	Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung sind in der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführer geregelt. Die „Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung der Grün Berlin GmbH vom 22.06.2010 basiert auf dem Muster der vom Land Berlin überarbeiteten Beteiligungshinweise. Sie entspricht in Bezug auf die Rechte und Pflichten der Geschäftsführung den gesetzlichen Regelungen des GmbHG. Weiterhin regelt sie die Einbindung des Aufsichtsrates in die Entscheidungsprozesse der Gesellschaft. Die Regelungen entsprechen ebenfalls den Bedürfnissen der Gesellschaft. Ein Vorstand ist nicht vorhanden.

II.3	• Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Veröffentlichung der Einzelvergütung • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap.	Die Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung erfolgt entsprechend dem jeweiligen Anstellungsvertrag bzw. Arbeitsvertrag. Auf die Vergütungen finden im Übrigen einzelne aufgeführte Vorschriften des TVL (Land Berlin) analoge Anwendung. Für den Geschäftsführer wurde am 03.05.2012 eine Zielvereinbarung für das Jahr 2012 abgeschlossen, für den Prokuristen am 14.06.2012,

		die jeweils Auswirkungen auf die Vergütungen haben. Die Vergütungen für 2012 enthalten fixe und variable Bestandteile. Die Höhe wird vom Aufsichtsrat, vertreten durch die Vorsitzende, unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen festgelegt. Die Gesamtvergütungen wurden nicht im Anhang zum Jahresabschluss und nicht in der Erklärung zum BCGK ausgewiesen, sondern im separaten Bezügebericht. Abfindungen wurden nicht gezahlt.

III. Aufsichtsrat

III.1	• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats.	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Geschäftsanordnung für den Aufsichtsrat und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung jeweils vom 22.06.2010 wahrgenommen. Diese regeln auch die Aufgabenwahrnehmungen aus dem Gesellschaftsvertrag. Der Aufsichtsrat wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.

III.2	• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.	Regelungen über die Bestellung, Anstellung und Abberufung von Mitgliedern der Geschäftsführung finden sich in § 5 des Gesellschaftsvertrages vom 10.05.2010. Der Aufsichtsrat hat grundsätzlich keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Seit dem 01.10.2008 ist Herr Christoph Schmidt zum Geschäftsführer bestellt.

III.3	• Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.	Zwischen der Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. deren Stellvertreterin und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurden die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsleitung hat die Aufsichtsratsvorsitzende über besondere Ereignisse im Rahmen der Aufsichts-

		ratssitzung und auch außerhalb unterrichtet. Es hat keine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden.
III.4	• Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.	Der Aufsichtsrat kann gem. § 6 Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat in Verbindung mit § 8 Abs. 9 Gesellschaftsvertrag Ausschüsse bilden. Es wurden keine Ausschüsse gebildet.

III.5	• Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates.	Kein Aufsichtsratsmitglied hat nach unserer Erkenntnis die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten keine Vergütung, sondern ein Sitzungsgeld in Höhe von EUR 40,00/Sitzung und Mitglied. Die Gesamthöhe der Sitzungsgelder ergibt sich aus dem Bezügebericht zum Jahresabschluss. Darüber hinaus wurden für auswärtige Mitglieder Reisekosten erstattet, die ebenfalls im Bezügebericht enthalten sind.

III.6	• Vorlage der Zielvereinbarung	Dem Aufsichtsrat wurde die zwischen ihm und der Geschäftsleitung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung zur Beurteilung vorgelegt. Mitglied des Aufsichtsrates ist auch ein Vertreter des Gesellschafters.

III.7 und 8.	• Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats.	Es haben drei Aufsichtsratssitzungen stattgefunden, und zwar am 03.05.2012, am 24.09.2012 und am 10.12.2012. Ein Aufsichtsratsmitglied hat weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen, jedoch die Stimmrechte schriftlich übertragen. Der Aufsichtsrat hat sich mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Interessenkonflikte

	• Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung.	Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbe-

IV.1	• Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung.	werbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

IV.2	• Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

IV.3 und 4	• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats.	Es haben keine Interessenkonflikte bestanden.

IV.5	• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats.	Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen sind nicht getätigt worden. Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen sind nicht getätigt worden, so dass keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen vom AR erlassen wurden.

IV.6	• Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung.	Die Gesellschaft ist Mitgesellschafterin der IGA Berlin 2017 GmbH (IGA GmbH) und stellt gem. § 6 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag IGA GmbH einen von zwei Geschäftsführern. Diese Funktion hat der Geschäftsführer aufgrund des Gründungs-Gesellschafterbeschlusses vom 24.06.2010 übernommen. Mit Beschluss vom 07.03.2011 hat der Aufsichtsrat der IGA GmbH dieser Personalunion mit der Grün Berlin zugestimmt. Der Aufsichtsrat der Grün Berlin GmbH hat mit Beschluss vom 25.03.2011 der Übernahme der Geschäftsführertätigkeit für die IGA GmbH ebenfalls zugestimmt. Der Prokurist nimmt seit dem 01.05.2006 neben seinem Hauptamt zusätzlich die Geschäftsleitung

574

		des Landesbetriebes Krematorium Berlin war. Des Weiteren hat der Prokurist die Geschäftsführung der Grün Berlin Service GmbH mit Wirkung vom 10.05.2010 übernommen. Die Grün Berlin GmbH hat am 05.12.2012 die Grün Berlin Stiftung errichtet, die am 10.12.2012 durch die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz anerkannt wurdet. Der Geschäftsfürer sowie der Prokurist der Grün Berlin GmbH sind als Vorstand der Stiftung berufen. Eine entsprechende Abstimmung ist mit dem Aufsichtsrat im Vorfeld erfolgt.

IV.7	• Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige.	Keinen Mitgliedern der Geschäftsleitung und keinen Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden Darlehen gewährt.

V. Transparenz

V. 1 und 2	• Tatsachen etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet.	Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Allgemeine Unternehmensinformationen wurden und werden auch über das Internet unter www.gruen-berlin.de veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	• Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterung der Zwischenberichte	Der Jahresabschluss 2012 wurde entsprechend der anerkannten Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt. Der Jahresabschluss wurde zum 30.04.2013 aufgestellt. Der Jahresabschluss 2012 wird durch die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Monat Mai 2013 geprüft. Der Jahresabschluss wird dem Gesellschafter nach erfolgtem Aufsichtsratsbeschluss vorgelegt. Zwischenberichte in Form von Halbjahres- und Jahresberichten wurden vom Aufsichtsrat mit der Geschäftsleitung erörtert

VII. Abschlussprüfung

VII.1	• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe.	Der Aufsichtsrat erhält vom Abschlussprüfer die Erklärung, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - mit dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
VII. 2	• Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung	Auf Grundlage der unter neun Wirtschaftsprüfungsgesellschaften ausgeschriebenen Vergabe der Abschlussprüfung 2010 an die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde diese Gesellschaft auch zur Abschlussprüferin für das Geschäftsjahr 2012 bestellt. Der entsprechende Gesellschafterbeschluss im schriftlichen Verfahren erfolgte am 21.03.2013.
VII. 3	• Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.	Die Abschlussprüferin hat dem Aufsichtsrat schriftlich mit dem Bericht über die Ergebnisse der Sonderprüfung im Rahmen der Prüfungshandlungen nach § 53 HGrG über die Regelungen zur Vergabe von Aufträgen und die Vergabepraxis 2011 berichtet. Ansonsten wurde über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet, da wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung nicht vorgelegen haben. Die Abschlussprüferin hat die Angaben der Gesellschaft zu dem Berliner Corporate Governance Kodex in der vom Gesellschafter vorgegebenen Fassung überprüft. Der Abschlussprüferin sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.
VII.4	• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss.	Die Abschlussprüferin von der Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat an den Beratungen des Aufsichtsrats zum Jah-

		resabschluss 2011 in der 45. Aufsichtsratssitzung am 24. September 2012 teilgenommen.

Herrn Schmidt wurden im Berichtsjahr folgende Bezüge und Vorteile gewährt:

	€
Grundgehalt 2012	95.000,04
Vergütung für die Übernahme der Geschäftsführung der IGA 2017 GmbH für das Jahr 2012	12.000,00
Einmalzahlung Zielerreichung 2010	15.000,00
Geldwerter Vorteil PKW-Nutzung	8.139,60
Geldwerter Vorteil PKW-Nutzung, Schlussabrechnung 2011	2.630,52
Bezüge - Summe I	132.770,16
Krankenversicherung	3.350,76
Pflegeversicherung	447,48
Rentenversicherung	6.585,60
Arbeitslosenversicherung	1.008,00
Bezüge – Summe II	11.391,84
VBL	7.229,43
Sanierungsgeld	2.869,37
Umlage	9.565,12
Pauschale Lohnsteuer	244,08
Bezüge – Summe III	19.908,00
Umlage U2	262,08
Umlage Insolvenz	26,88
Bezüge – Summe IV	288,96
Summe der Vergütung	**164.358,96**

Hebbel-Theater Berlin - Gesellschaft mbH

Lagebericht
der Hebbel- Theater Berlin – Gesellschaft mbH, Berlin
zum Geschäftsjahr 2012

A. Darstellung der Lage

Das Geschäftsjahr 2012 ist geprägt vom Ende der Geschäftsführung und Künstlerischen Leitung Matthias Lilienthals Ende August 2012 einerseits und dem Beginn der Geschäftsführung und Künstlerischen Leitung Annemie Vanackeres am 1. September 2012 anderseits.

Matthias Lilienthal hat die Marke HAU entfaltet und gegen Ende bei Öffentlichkeit und Publikum einen regelrechten Hype erzeugt. Die große inhaltliche und strukturelle Diversität seines Programms gipfelte in den beiden Großprojekten im Berliner Stadtraum

Der Januar 2012 wurde mit zwei Premieren eröffnet: Gui Garrido „Best Beast“ und Hans-Werner Kroesinger „Wellenartillerie Telefunken“. Parallel wurde im HAU 2 ein Musikprogramm zum Thema „Queer beats: Ein Festival mit dem Candy Club, München“. Es folgten die Wiederaufnahmen von Constanza Macras gefeierter Produktion „Hell on Earth“ und von Turbo Pascals „Publikumsbeschwörung“ sowie Gob Squads „Before your very eyes“, „Black Tie“ von Rimini Protokoll und „Money – It came from outer space“. Desweiteren waren das NO99 Theater aus Tallinn zu Gastspiel mit dem Stück „Wie man dem toten Hasen die Bilder erklärt“.
Anfang Februar standen erneut alle drei Häuser dem Club Transmedial zur Verfügung. Und wie jedes Jahr stand während der Berlinale dem Berlinale Talent Campus # 10 das HAU mit seinen Räumlichkeiten zur Verfügung. Zudem wurde 100 GRAD BERLIN – Das 9. Lange Wochenende des freien Theaters veranstaltet, was in diesem Jahr wieder die vielfältige, bunte und kaum auf einen Nenner zu bringende Berliner freie Szene beherbergt hat.
Im März 2012 hatten Rimini Protokoll mit dem Projekt „Lagos Business Angles“ Premiere sowie She She Pop mit ihrem neuen Stück „Schubladen“ sowie Patrick Wengenroth mit „Katarakt“. Des Weiteren waren im Programm Gastspiele aus Groß Britannien von Forced Entertainment, Nature Theater of Oklahoma aus New York.

Im April wurden im HAU insgesamt fünf Premieren gefeiert: die Tanzproduktionen „Wir – ein Solo“ von Andreas Liebmann und „Strich/Chrysanthme/Haarfällt“ von Jana Unmüssig sowie „Wir aber erwachen aus Jahren der Kälte in einen jungen strahlenden Tag“ von Machina Ex, „Please Kill 2011“ von Chris Kondek sowie „Wir sind eine Bild aus der Zukunft: Nachrichten von Krise, Aufstand und Ausnahmezustand“ von Margarita Tsomou & Tim Stüttgen.

Wieder im HAU zu sehen war „Ghost Machine“, der Videowalk von Janet Cardiff und Georges Bures Miller. Capriconnection aus Basel widmete sich mit

HAU Hebbel am Ufer / Stresemannstr. 29 / D-10963 Berlin / Tel +49 (0)30.259 004 -0 / Fax +49 (0)30.259 004 -49 / www.hebbel-am-ufer.de

der Produktion „ Der Urknall oder die Suche nach dem Gottesteilchen“ in Regie von Anna-Sophie Mahler wieder einmal den großen Menschheitsfragen. Eine Kooproduktion mit Kaserne Basel, Fabriktheater Rote Fabrik Zürich und Theater Tuchlaube Aarau.

Nach den Premieren Ende März liefen noch Aufführungen der Lagos Business Angels von Rimini Protokoll und Katarkt/Brief an Deutschland in der Regie von Patrick Wengenroth mit einem Live-Auftritt der Band „Ja, Panik“.

Das dreitägige internationale Themenfestival „Camp/Anticamp. A queer guide to everday life”, kuratiert von Susanne Sachsse und Marc Siegel verhandelte anhand einer Vielzahl kultureller Praktiken den Camp-Diskurs und hinterfragte in über 21 Einzelveranstaltungen, exemplarischen Perfomances und Filmen, wissenschaftlichen und künstlerischen Präsentationen die Erklärungskraft des Camp-Begriffes und sein Potential, neue Perspektiven auf kulturelle und gesellschaftliche Praxis zu eröffnen.

Außerdem fanden drei Konzerte statt: Den Auftakt machten Afternoon Tea feat. Oren Ambarchi, Christian Fennesz, Pimmon, Peter Rehberg und Keith Rowe, danach spielte Jandek und David Grubbs, Andrea Belfi, Stefano Pilia, Niobe und Kammerflimmern Kollektiv.

Am letzten Samstag im April beteiligte sich das HAU an der 4. Langen Nacht der Opern und Theater und zeigte Ausschnitte aus der Musiktheaterproduktion „L’Orfeo“ von Monteverdi unter musikalischer Leitung von Olof Boman und in Regie von Daniel Cremer mit dem Solistenensemble Kaleidoskop und Peaches in der Titelrolle (Premiere am 1. Mai) sowie das Solo-Programm von Daniel Cremer „Talking Straight“, das Spoken Word Konzert „Kangaroo in Berlin Zoo“ mit Damian REbgetz (Stimme), Montmorensy (Musik. Ltg. Cemablo) und Daniela Imhoff (Percussion) sowie die Choreografien „Strich/Chrysantheme/Haar fällt“ (in Ausschnitten) von jana Unmüssig sowie „Maktub“ von Amigo und Andrea Böge.

Den Auftakt des an Höhepunkten reiche Maiprogramms setzte die Premiere von Monteverdis „L’Orfeo“ mit Peaches in der Titelrolle und dem Solistenensemble Kaleidoskop.

Als Reaktion auf die Katastrophen des Jahres 2011, insbesondere dem Reaktorunglück in Fukushima, fragte das von Christoph Gurk und Tobias Rapp kuratierte Themenfestival „Apokalypse now (and then)“ nach dem Ende der Welt in der Popkultur. Über vier Tage fanden Gespräche, Vorträge, Filmvorführungen und Konzerte mit internationalen Experten statt mit Schwerpunkten auf die Situation in Deutschland, den USA und Nahost nach 1945, Japan nach dem Reaktorunglück Fukushima und die afroamerikanische Diaspora.

In Kooperation mit der 7. Berlin Biennale für zeitgenössische Kunst präsentierte das HAU unter dem Titel „Theater That Acts“ drei Projekte, die sich mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen auseinandersetzen: „Krisis“ des

Joseph Beuys Theaters und des teatr.doc aus Moskau, „illumiNation“ des Budapester Kunstzentrums Krétakör und den ersten Internationalen Kongress des „Jewish Renaissance Movement in Poland (JRMiP)“, initiiert von der Künstlerin Yael Bartana.

250 Schüler und 30 Lehrer aus acht Berliner Schulen haben sich in dem Projekt „Jump & Run“ mit dem System Schule auseinandergesetzt – eine Kooperationsprojekt des HAU mit dem Jungen DT und dem Theater an der Parkaue.

Im Rahmen des 49. Theatertreffens war „Hate Radio“ wieder im Haus, die zweite eingeladene HAU-Koproduktion „Before your very eyes“ wurde in den Berliner Festspielen gezeigt.

Der Tanz war im Mai mit zwei Produktion vertreten: Constanza Macras und Dorky Park waren mit ihrer Arbeit „Open For Everything“ zu Gast, die gemeinsam mit 30 Roma-Tänzern, Musikern und Amateuren aus der Slowakei, Ungarn und Tschechien erarbeitet wurde. Eva Meyer-Keller zeigte ihre mit der Perfomerin Irina Müller entstandene Arbeit „Pulling Strings“.

In einer weiteren Veranstaltung der Reihe Plattenspieler stellten Gastgeber Thomas Meinecke und der bildende Künstler Phil Collins LPs und ihr Artwork vor.

Außerdem wurde Sibylle Dahrendorfs Film „Knistern der Zeit – Christoph Schlingensief und sein Operndorf in Burkina Faso“ voraufgeführt.

Ende Mai widmete das HAU den jungen Theatermachern Lateinamerikas ein sechstägiges Festival „La Vida Después / Das Leben danach“. Gezeigt wurden Produktionen aus Argentinien, Mexico, Kolumbien und Chile, die die jüngere Geschichte ihrer Länder und Familien erforschen und Möglichkeiten für Opposition und Revolte in der Gegenwart.

Zum Abschluss der Spielzeit 2011/2012 und der Intendanz von Matthias Lilienthal stand der Juni ganz im Zeichen zweier Großprojekte, mit dem das HAU den Berliner Stadtraum bespielte: „The world is not fair – Die große Weltausstellung 2012“ auf dem Tempelhofer Feld sowie „Unendlicher Spaß – Infinite Jest von David Foster Wallace. 24 Stunden durch den utopischen Westen“, ein Marathon durch den Berliner Westen.

Am 30.06. fand das große Fest zum Abschied von Matthias Lilienthal und seinem Team statt im Großen Kreis mit Gästen und Freunden des Hebbel am Ufer.

Noch unter der Geschäftsführung von Matthias Lilienthal wurde ein äußerst erfolgreiches Festival „Tanz im August“ veranstaltet. Das Hebbel am Ufer hat dabei 57 Vorstellungen realisiert mit mehr als 5.500 zahlenden Besuchern. Herausragend war das positive Echo auf das neue Format X-Choreografen bei dem im Maison de France am Kurfürstendamm 15 Choreografen mit ihren

HAU Hebbel am Ufer / Stresemannstr. 29 / D-10963 Berlin / Tel +49 (0)30.259 004 -0 / Fax +49 (0)30.259 004 -49 / www.hebbel-am-ufer.de

Teams das alte Berlin (West) als perfekte Experimentier- und Projektionsfläche für Spannungsverhältnisse zwischen Innen und Außen, sowie Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft sichtbar machten.

Unmittelbar im Anschluss an das Festival begannen die dringenden Renovierungsarbeiten und die Umgestaltung der drei Häuser, die auch planmäßig zur Eröffnung am 1. November 2012 fertig gestellt wurden. Bis dahin konnten keine Vorstellungen stattfinden.

Vom Beginn der ersten Spielzeit Annemie Vanackeres lässt sich feststellen, dass die Akzentuierung des HAU Hebbel am Ufer als Ort für internationale zeitgenössische Theater-, Tanz- und Performancekunst bei gleichzeitiger Beibehaltung des HAU als eines zentralen Spiel- und Produktionsortes für die Berliner Szene bei Publikum wie auch Fachleuten und Medien überwiegend positiv wahrgenommen und bewertet wurde. Die seit dieser Spielzeit bestehende Teilnahme des HAU Hebbel am Ufer als fester Partner an dem europäischen Kulturprogramm „House on Fire“, durch welches die Gastspiele von Laurent Chétouane und Gintersdorfer/Klaßens „Der internationale Strafgerichtshof“ im November gefördert wurden, stellt einen neuen Schritt zur internationalen Vernetzung des HAU Hebbel am Ufer dar und ist auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Internationalisierung Berlins als für das Haus wie auch für Künstler und Publikum gewinnbringend zu bewerten. Die neu eingeführten regelmäßig stattfindenden Werkeinführungen und Künstlergespräche ebenso wie eine veränderte PR-Strategie haben sich zudem als erfolgreich zur Gewinnung breiterer Zuschauerschichten erwiesen. Die von unserem Hausgraphiker entworfene und aus sechs Tiermotiven bestehende Imagekampagne zur Neueröffnung gewann den Jurypreis 2012 von guteplakate.de, verbunden mit einem Preisgeld in Höhe von 5.000€, gestiftet von der Ströer Out-of-Home Media. Die konsequente Zweisprachigkeit der neuen Website wie auch des Monatsleporellos erleichtern den Zugang auch für ein zunehmend nicht notwendigerweise deutschsprachiges Publikum. In diesem Kontext hat sich auch die englische Übertitelung ausgewählter erfolgreicher deutschsprachiger Aufführungen, wie z.B. She She Pops „Schubladen“, bewährt, um bemerkenswerte Berliner Produktionen dem hiesigen internationalen Publikum zugänglich zu machen.

Im Oktober fanden in den drei Spielstätten des HAU Hebbel am Ufer diverse Instandhaltungs- und Erneuerungsarbeiten statt. Diese umfassten neben dem zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebs dringend notwendigem Einbau neuer Züge im HAU2 die Anschaffung von wichtigem technischem Equipment sowie die Neugestaltung der renovierungsbedürftigen Publikumsräume in allen drei Häusern und dem Café nach Entwürfen der Bühnenbildnerin Janina Audick. Des Weiteren wurde mit dem Aufbau der neuen, zeitgemäßen und benutzerfreundlichen zweisprachigen Website, einer zentralen Datenbank

sowie einer effizienten Planungssoftware begonnen. Ermöglicht wurden diese Arbeiten durch die großzügige Unterstützung der Stiftung Deutsche Klassenlotterie – die Züge im HAU2 durch Baumaßnahmen der BIM.

Am 1. November fand unter Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Klaus Wowereit und unter großem medialem wie Publikumsinteresse die Neueröffnung des HAU Hebbel am Ufer statt. An vier Tagen gab es Aufführungen an allen drei Spielstätten sowie ein dichtes Begleitprogramm zu sehen. Dabei wurden sowohl neue Arbeiten in Berlin bereits bekannter und dem HAU teils seit längerem verbundener, als auch in Berlin erstmalig zu sehender Gruppen und Künstler dem Publikum vorgestellt.

Im HAU1 war Jérôme Bels / Theater HORAs „Disabled Theater“ zu sehen, eine internationale Koproduktion des HAU. Der dem HAU, aber auch der neuen künstlerischen Leitung seit langem verbundene französische Choreograph arbeitet darin mit behinderten Schauspielern des Theater HORA aus Zürich und lässt einen Raum entstehen, in dem Behinderung nicht aus dem ästhetischen Diskurs ausgeschlossen ist und in dem sich am Ende die unseren Alltag beherrschende Perspektive verkehrt. „Disabled Theater“ war ein großer Erfolg bei Publikum und internationaler Presse und ist als eine der bemerkenswertesten Inszenierungen des Jahres zum Theatertreffen 2013 eingeladen.

Das erstmalig in Berlin zu sehende niederländische Schauspielerkollektiv Wunderbaum fragte in seiner eigens für diesen Anlass vom HAU produzierten Eröffnungsrevue „Vision out of Nothing“ im HAU2 mit einem ungewöhnlich engagierten Blick ‚von Außen’, welches Theater sich ‚die Berliner’ eigentlich wünschen und reflektierte dabei in virtuosem Spiel Klischees und Stereotypen des gängigen Berlinbildes. Mitte des Monats bespielten Wunderbaum mit der internationalen Koproduktion „Geisterbahn!“ dann das HAU1. Ebenfalls erstmalig in Berlin zu sehen waren die Arbeiten der belgischen bildenden Künstlerin Miet Warlop, die mit teils eigens für die Neueröffnung vom HAU produzierten performativen Installationen und Videoarbeiten die Publikumsräume, Foyers und teils auch den öffentlichen Raum vor den Häusern bespielte. Das Publikumsinteresse an beiden bislang in Berlin nicht zu sehenden Gruppen bzw. Künstlern war außerordentlich groß, ebenso wie an dem im HAU3 gastierenden niederländischen Theaterkollektiv Schwalbe. „Schwalbe spielt falsch“ begann wie ein harmloses Spiel und steigerte sich bis zur völligen physischen Verausgabung, wobei mit zunehmend sich einschleichenden ‚Regelverletzungen’ die Unterscheidung von ‚richtigem’ und ‚falschem’ Spiel ad absurdum geführt wurde.

HAU Hebbel am Ufer / Stresemannstr. 29 / D-10963 Berlin / Tel +49 (0)30.259 004 -0 / Fax +49 (0)30.259 004 -49 / www.hebbel-am-ufer.de

Begleitend zu Bühnenproduktionen organisierten wir ein vielfältiges Rahmenprogramm bestehend aus Konzerten, Filmen, Performances und Installationen von Gob Squad, dem Nature Theater of Oklahoma, Ja, Panik, Die Heiterkeit, Skills, Kinky Justice und anderen, die mit teils eigens für die Eröffnung konzipierten Arbeiten die Foyers, Probebühnen, das Café und in Außeninstallationen auch den öffentlichen Raum um die Häuser herum bespielten. Den Abschluss des Eröffnungswochenendes bildete das bereits im Vorfeld ausverkaufte Konzert der europäischen Free Jazz-Legende Peter Brötzmann mit Chicago Tentet im HAU1.

In den folgenden Monaten präsentierten wir eine Reihe von Gastspielen und Koproduktionen, in denen vor allem in Berlin bislang nicht präsentierte Künstler dem Berliner Publikum vorgestellt wurden und das HAU sein Profil als zentraler Spiel- und Produktionsort für avancierte internationale Arbeiten stärkte.

Die ungarische und in den Niederlanden ansässige Künstlerin Edit Kaldór war mit zwei Gastspielen im HAU3 zu sehen. In „One Hour“ wurden die im Dunkeln liegenden Zuschauer durch die physischen und mentalen Zustände geleitet, die dem Prozess des Sterbens innewohnen und so zu einer Reflexion über unsere Beziehung zur Zeit und unsere Sterblichkeit eingeladen. Als eine Art Crash-Sprachkurs in Mandarin beginnend, enthüllten sich den Zuschauern in „C’est du chinois“ nach und nach die Spannungen und Problem einer Familie in der Migration. Erst die Bereitschaft der Zuschauer, beginnend bei null die schier unmögliche Kommunikation untereinander zu wagen, machte es möglich, eine Begegnung in Gang zu setzen. Der ungarische Regisseur Kornél Mundruczó stellte mit der HAU-Koproduktion „Szégyen/Schande“ erstmalig seine Theaterarbeit in Berlin vor. In drastischen Bildern beleuchtete der Regisseur in seiner Adaption von J.M. Coetzees Roman „Schande“ aktuelle Machtverschiebungen auf der politischen Landkarte und übertrug das Geschehen aus seiner ungarischen Perspektive von Südafrika nach Europa. Erstmalig in Europa zu sehen war der brasilianische Regisseur Leonardo Moreira und das Schauspielkollektiv Cia. Hiato mit der preisgekrönten Produktion „O Jardim / Der Garten“. Das Gastspiel „In Their Name“ des österreichischen Choreografen Philipp Gehmacher im November markierte den Beginn einer durch das INTPA – Internationales Netz für Tanz und Performance Austria des Tanzquartiers Wien ermöglichten Reihe von Gastspielen aus Österreich, die in den kommenden Spielzeiten fortgesetzt werden wird. Die dem HAU seit längerem verbundene ungarisch-deutsche Choreografin Eszter Salamon setzte sich in „Melodrama“ mit der Lebensgeschichte ihrer Namensvetterin Eszter Salamon aus einem Dorf im Süden Ungarns auseinander und machte die Konstruktionsmechanismen von Erinnerung und deren mögliche Weitergabe in ihrer Komplexität sichtbar.

Die überaus erfolgreichen Gastspiele von Laurent Chétouane „Sacré Sacre du Printemps“ und Meg Stuart „the fault lines“ während der Eröffnungsmonate stellten den Beginn einer künftigen kontinuierlichen Zusammenarbeit des HAU mit diesen Künstlern dar. Chétouane setzte sich in seiner neuen und kontrovers diskutierten Arbeit mit einem der einflussreichsten Werke der Musik- und Tanzgeschichte auseinander, dem „Sacre du printemps“ von Stravinsky/Nijinsky. Im musikalischen Spannungsfeld zwischen einer Neukomposition von Leo Schmidthals und Stravinskys Vorlage entwarf er mit sieben Tänzer die Vision eines Zusammenlebens mit dem Fremden und seiner Unrepräsentierbarkeit – und suspendierte mit dem Opfer nicht nur das vermeintliche Herzstück des „Frühlingsopfers“, sondern auch den Entwurf einer Gesellschaft, deren Zusammenhalt auf der Notwendigkeit eines ‚Opfers‘ gründet. „the fault lines“ von Meg Stuart, Philipp Gehmacher und Vladimir Miller beginnt als intensive Begegnung zweier Figuren und wandelt sich dann fast unmerklich zu einer faszinierenden Videoinstallation. Die ‚Bruchlinien‘ sind der Ort, an den wir zurückkehren und an dem sich unsere Körper im Moment des Aufeinandertreffens voneinander trennen. Beide Produktionen stießen bei dem Publikum auf außergewöhnliches Interesse.

Mit der HAU-Koproduktion „M, a reflection“, in der sich er sich basierend auf Texten von Heiner Müller und den Gesprächen Müllers mit Alexander Kluge mit der Kategorie des Feindes als notwendiger Voraussetzung zur Herstellung von Identität befasst, wurde zum ersten Mal die Arbeit des belgischen interdisziplinären Künstlers Kris Verdonck am HAU präsentiert. Ebenfalls erstmals im HAU spielten der bulgarische Performancekünstler Ivo Dimchev mit der Performance „P project“ und der Aufführung „X-on“ sowie das Choreografenduo Gintersdofer/Klaßen mit „Am Ende des Westerns“ und „Der internationale Strafgerichtshof“.

Mit She She Pops „Schubladen“ und Schubots/Gradingers „Is Maybe“ wurden Koproduktionen aus vorherigen Spielzeiten gezeigt. Die Wiederaufnahme erfolgreicher und guter Arbeiten in den Spielplan stieß auf großes Publikumsinteresse und bestätigt unseren Wunsch, Wiederaufnahmen als festen Bestandteil der Programmierung einzuführen zu wollen. Die beiden Wiederaufnahmen und auch die Aufführung „Are you with us“ des Performancekollektivs Gob Squad markieren außerdem die Weiterarbeit der neuen künstlerischen Leitung mit ausgewählten bereits am HAU etablierten Künstlern. Mit den Uraufführungen von Kat Válastur und Lea Martini/Diego Agulló standen zudem zwei weitere Arbeiten aus der Berliner freien Szene auf dem Programm.

Das Rumänische Festival „Many Years After....“ im Dezember bildete den ersten ausgewiesenen Themenschwerpunkt der Spielzeit. Die Arbeiten u.a. von

HAU Hebbel am Ufer / Stresemannstr. 29 / D-10963 Berlin / Tel +49 (0)30.259 004 -0 / Fax +49 (0)30.259 004 -49 / www.hebbel-am-ufer.de

Nicoleta Esinencu, Gianina Carbunariu und David Schwartz lenkten den Blick auf die aktuelle Auseinandersetzung einer Generation junger Künstler mit der jüngeren Vergangenheit und der immer noch schwierigen und politisch und gesellschaftlich brisanten Aufarbeitung der eigenen Geschichte eines Landes ‚an den Rändern Europas'. Das Publikumsinteresse wie auch die mediale Resonanz an dem in Kooperation mit dem Rumänischen Kulturinstitut Berlin durchgeführten Festival waren bemerkenswert.

Mit Fabian Hinrichs „Die Zeit schlägt Dich tot" war eine HAU-Koproduktion mit dem Festival Foreign Affairs zu sehen. Die Endproben dazu fanden im HAU1 und die Premiere im Rahmen von Foreign Affairs im Haus der Berliner Festspiele statt. In gereifter Version haben wir die Arbeit Ende Dezember dann mit großem Publikumszuspruch im HAU1 gezeigt.

Integralen Bestandteil des Spielplans bildete zudem ein hochkarätiges Musikprogramm. Die Konzerte von u.a. Scritti Politti, Moon Duo, F.S.K., To Rococo Rot und Tim Hecker & Robert Henke waren große Publikumserfolge und fanden ausgesprochen positives Medienecho. Fortgeführt wurde und wird das beliebte Format „Plattenspieler" von Thomas Meinecke.

Das erfolgreiche Jugendprojekt HOUSECLUB wurde unter der neuen künstlerischen Leitung ebenfalls fortgesetzt, hat mit der Probebühne 0 im HAU3 jedoch einen neuen festen Ort und eine bessere technische und infrastrukturelle Ausstattung erhalten. Im HOUSECLUB arbeiten Schüler aus benachbarten Kreuzberger Schulen für ein Schuljahr regelmäßig mit wechselnden Künstlern zusammen, wobei der HOUSECLUB fest in den Schulalltag integriert ist. Diese Zusammenarbeit ist für beide Seiten eine produktive Herausforderung und hat inzwischen eine große Strahlkraft und Modellcharakter für Schulprojekte anderer Kultureinrichtungen entwickelt. Der HOUSECLUB wird seit der neuen Spielzeit vom Förderprogramm Tanzfonds Partnerprojekte gefördert.

Fortgesetzt wurde auch das in Kooperation mit der Komischen Oper Berlin, der Universität der Künste und der Hochschule für Musik „Hans Eisler" durchgeführte Projekt K.O., eine Plattform für Experimente im studentischen Kontext, die an drei Abenden im November John Cages „Europera 3" im ausverkauften HAU1 zeigten. Ebenfalls im November fand wieder die Qualifikationsrunde für die National Fields für „Funkin' Stylez", Deutschlands größtem Urban Dance Festival, bei uns statt.

Vielfalt und Volumen des Gesamtprogramms waren wieder zu maßgeblichen Teilen aus Drittmitteln zu bestreiten. Wichtige inländische Quellen für die

Finanzierung waren wieder insbesondere der Hauptstadtkulturfonds, die Kulturstiftung des Bundes und die Bundeszentrale für Politische Bildung. Auch einige Spenden, insbesondere vom Freundeskreis, konnten eingeworben werden. Erhebliche Mittel ergeben sich durch Beiträge von Koproduzenten und durch Gastspieltätigkeit.

Die durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter im Geschäftsjahr betrug 37 (davon 2 Arbeiter und 35 Angestellte).

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist grundsätzlich dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen durch den entsprechenden Sonderposten aus institutionellen Förderungsmitteln finanziert ist. Bei dem ohnehin relativ kleinen Eigenkapital ist die Gesellschaft durch den Verlustvortrag zusätzlich eingeschränkt.

Die Finanzlage zeigt eine relativ geringe Liquidität, die systematisch aus den wesentlichen Finanzierungsgrundlagen der Gesellschaft resultiert. Die institutionelle Förderung, die in Form einer Festbetragsfinanzierung die Geschäftsbasis bildet, beinhaltet, dass nie mehr Geld vorhanden sein darf, als innerhalb von zwei Monaten benötigt wird. Der Abruf der Mittel ist also ständig an die sonstigen Einnahmen anzupassen; da anderenfalls zuwendungsrechtliche Bestimmungen verletzt würden. Gleiches gilt für jede Projektförderung im Einzelnen auch.

So erklärt sich zur Entwicklung der Ertragslage, dass projektgebundene Zuschüsse und Projektaufwand unmittelbar voneinander abhängen. So wären die großen Festivals ohne entsprechende Projektförderungen nicht durchführbar gewesen.

2012 stehen den Erträgen in Höhe von 8.360 T€ - Aufwendungen in Höhe von 8.518 T€ gegenüber. Somit ergab sich ein Jahresfehlbetrag von 158 T€, der insbesondere aus zwei großen Projekten des scheidenden Geschäftsführers resultierte.

Die entscheidende Erfolgsausrichtung der Gesellschaft liegt letztlich im künstlerischen Bereich, da sie per definitionem nicht den Zweck hat, Gewinne zu erzielen, sondern mit den vorhandenen und eingenommenen Mitteln möglichst effizient ihren Gesellschaftszweck, zu erfüllen, das Hebbel am Ufer als Produktions- und Präsentationszentrum für zeitgenössische Formen der darstellenden Kunst zu betreiben.

B. Realisierung des Spielplans

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 fanden in den Spielstätten der Gesellschaft - HAU1, HAU2 und HAU3 - insgesamt 332 (Vorjahr: 475) Vorstellungen des Hebbel am Ufer mit 152 (Vorjahr: 222) verschiedenen Programmen statt. Weitere 5 (Vorjahr 16) Programme mit 193 (Vorjahr: 210)

HAU Hebbel am Ufer / Stresemannstr. 29 / D-10963 Berlin / Tel +49 (0)30.259 004 -0 / Fax +49 (0)30.259 004 -49 / www.hebbel-am-ufer.de

Vorstellungen wurden an anderen Orten aufgeführt, so das Projekt „Kretakör / Illumininationˮ im Rahmen der Kunstbiennale, „Die große Weltausstellung auf dem Tempelhofer Feld“ und das Projekt „Unendlicher Spaß“ an verschiedenen speziellen Orten vor allem des alten Berlin (West) wie auch X-Choreographen im Maison de France am Kurfürstendamm.

Die Veranstaltungen des Hebbel am Ufer kamen in vielfältigen Formen der Zusammenarbeit mit anderen Theatern und Kulturinstitutionen im In- und Ausland und aus Berlin als Gastspiele, Koproduktionen oder Kooperationen zustande. In Zusammenarbeit mit Künstlerkollektiven und Wissenschaftlern verschiedener Sparten entstanden Projekte ganz eigener Art.

Im Berichtsjahr waren sechs Produktionen des HAU auf Gastspielreisen, es wurden insgesamt 71 (Vorjahr 199 Vorstellungen) gespielt. Lagos Business Angels wurde viermal in Brüssel aufgeführt, Radio Muezzin sechmal in Sydney, einmal in Sfântu Gheorghe/ Rumänien und zweimal beim Idans Festival in Istanbul. Herr Dagacar und die goldene Tektonik des Mülls wurde insgesamt achtmal in Montpellier, Hamburg und Saarbrücken gezeigt; Bodenprobe Kasachstan insgesamt elfmal in Hannover, Straßburg, Bergen/Norwegen, Poznan und Moskau. Black Tie wurde in Madrid und Göteborg insgesamt fünfmal gegeben. Ciudades Paralelas von Stefan Kaegi fand an 34 Tagen Utrecht, Singapur, Cork und Calcutta statt.

Von den Berliner Einrichtungen sind als wichtige Partner des Berichtsjahres insbesondere die Sophiensaele, die Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin / Berliner Festspiele mit der Berlinale sowie Foreign Affairs, die Kulturprojekte Berlin GmbH und die Tanzwerkstatt zu nennen, außerdem Uferstudios GmbH, das Rumänische Kulturinstitut Berlin, Kunstraum Kreuzberg / Bethanien und die Freie Universität Berlin mit dem Zentrum für Bewegungsforschung. Medienpartnerschaften gab es insbesondere mit den Stadtmagazinen Tip und Zitty sowie der Tageszeitung TAZ

Von den internationalen Festivals waren in diesem Jahr als Partner wichtig die Wiener Festwochen, Kunstenfestivaldesarts (Brüssel) und das Sydney Festival. Weitere Partner im internationalen Kontext waren neben koproduzierenden Theatern und Gastspielorten eine Reihe von Goethe-Instituten, Pro Helvetia, das Choreographieprogramm P.A.R.T.S. VZW, das CCCL Berlin (Institut Français), Rotterdamse Schouwburg und verschiedene Botschaften, u.a. die Botschaft des Königreichs der Niederlande. Zunehmend wichtiger wird die Arbeit im Zusammenhang der Netzwerke INTPA – Internationales Netzwerk für Tanz und Performance Austria des Tanzquartiers Wien, House on Fire (darunter Frascati (Amsterdam) und Kaaitheater (Brüssel)) und D.E.P.A.R.T.S.

Im Rahmen von Vermietungen fanden 42 (Vorjahr 42) verschiedene öffentliche Vorstellungen und mehrere geschlossene Veranstaltungen statt. Hier schlägt vor allem der Talentcampus der Berlinale zu Buche, der diese Veranstaltungen in weniger als einer Woche konzentriert. Diese zeitliche Komprimierung ist ideal, da der bewusst auf eigenes Programm gesetzte Schwerpunkt kaum Kapazitäten für Vermietungen offen lässt. Vermietungen, die so lukrativ sind,

dass sie ein Abweichen von diesem Prinzip nahelegen würden, ergaben sich nicht. Im September stellen die Pet Shop Boys ihre neue CD im Rahmen eines Konzerts im HAU1 vor.

Die 525 (Vorjahr 685) eigenen Veranstaltungen des Hebbel am Ufer in und außerhalb der eigenen Spielstätten wurden von 61.963 (Vorjahr: 89.692) Zuschauern besucht, d.h. von durchschnittlich 118 (Vorjahr 131) Zuschauern pro Vorstellung. Die durchschnittliche Platzkapazität pro Vorstellung betrug etwa 134 (Vorjahr: 147) Plätze, da im Berichtsjahr der Anteil an Vorstellungen, die aus inhaltlichen Gründen nur geringe Platzkapazitäten hatten, wiederum hoch war. Die Gesamtplatzkapazität des Berichtsjahres von 70.817 (Vorjahr: 100.804) Plätzen war zu 87,50 % (Vorjahr: 88,98 %) ausgelastet. Die Karteneinnahmen in Relation zur Vorstellungsanzahl konnten leicht gesteigert werden, dieses Niveau kann gehalten und stabilisiert werden.

C.+ D. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung, Ausblick

Die Möglichkeit zur Bespielung von drei Häusern entfaltet die Chance zur optimalen Abstimmung der jeweiligen Produktion auf den richtigen Raum. Die Straffung des Programms und die Weiterentwicklung von inhaltlichen / thematischen Blöcken hat sich bewährt. Der zentrale Risikofaktor, mit dem die Gesellschaft umgehen muss, wurde maßgeblich reduziert, besteht aber grundsätzlich fort in der nicht auskömmlichen Finanzierung im Bereich der Projektmittel. Diese bedingt weiterhin eine Abhängigkeit von öffentlichen Fördertöpfen wie Hauptstadtkulturfonds, Bundeskulturstiftung o. ä. oder von zusätzlichen Mitteln aus Koproduktionsbeiträgen, Gastspielerlösen oder sonstigen zusätzlichen privaten Ressourcen. Die Akquirierung derartiger Gelder war im Berichtsjahr extrem notwendig und dank intensiver Bemühungen auch erfolgreich. Es bleibt aber ein erhebliches Projektvolumen, das über kurzfristig vergebene Förderungen mit entsprechend geringer Planungssicherheit realisiert werden muss. Außerdem wird ein Großteil der institutionellen Mittel in diesen Projektförderungen gebunden, da alle Fördereinrichtungen zunehmend Eigenmitteleinsatz verlangen sowie Rückführung von Karteneinnahmen in die Projektfinanzierungen. Das Problem verstärkt sich bei Projekten, bei denen freie Gruppen o. ä. Zuwendungsempfänger sind, da neben der Kurzfristigkeit und terminlichen Gebundenheit auch die verschiedenen Finanzierungspläne synchronisiert werden müssen und Eigenmittel sowie infrastrukturelle Mittel gebunden werden. Zudem sind Projektförderungen nur für neue Projekte zu erlangen – Wiederaufnahmen oder längere Gastspielphasen müssen ausschließlich aus den Basismitteln bestritten werden. Die Sicherung der Qualität konzeptioneller Projektplanung in einem solchen Gefüge zu gewährleisten, bleibt schwierig und eine zentrale Aufgabe.

Für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 werden gemäß den Planungen der Gesellschaft ausgeglichene Ergebnisse erwartet. Außerdem wird der Verlustvortrag in Höhe von 17.760,13 € auszugleichen sein.

HAU Hebbel am Ufer / Stresemannstr. 29 / D-10963 Berlin / Tel +49 (0)30.259 004 -0 / Fax +49 (0)30.259 004 -49 / www.hebbel-am-ufer.de

E. wesentliche Ereignisse nach dem Ende des Geschäftsjahres (§ 289 Abs. 2 HGB

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten.

Die Gesellschaft hat eine Entsprechenserklärung zum BCGK abgegeben, die diesem Bericht als Anlage beigefügt ist.

21. Mai 2013

Annemie Vanackere

Entsprechenserklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex

Zum Jahresabschluss 2012 wird folgende Erklärung abgegeben:

Zusammenwirken von Geschäftsführung (GF) und Aufsichtsrat (AR)

- Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle für die Entwicklung des Unternehmens relevanten Themen wurden von der Geschäftsleitung mit dem Aufsichtsrat erörtert. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
- Der Aufsichtsrat hat seine zwei Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten. Lediglich Tagesordnungspunkte zu Personalangelegenheiten wurden ohne Teilnahme der Geschäftsleitung behandelt.
- Die strategischen Unternehmensfragen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsführung ist ihren Berichtspflichten über den Umsetzungsstand regelmäßig nachgekommen.
- Die Geschäftsleitung hat den Aufsichtsrat – mit den von ihr abgegebenen mündlichen und schriftlichen Erläuterungen – zeitnah und umfassend über die Planung, die Geschäftsentwicklung, die Risikolage und das Risikomanagement unterrichtet. Dabei wurden auf der Grundlage des verabschiedeten Budgets Soll/Ist-Vergleiche und Gründe für Abweichungen erörtert.
- Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die

Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt. D&O-Versicherungen sind nicht abgeschlossen worden.

Geschäftsführung

- Die Geschäftsleitung hat - soweit bekannt - ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagement und Risikocontrolling. Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise ggü. den Gremien (AR und Land Berlin).
- Da die Gesellschaft nur einen Geschäftsführer hat, ist eine Geschäftsanweisung entbehrlich.
- Die Vergütung des Geschäftsführers erfolgte in Form eines Fixums ergänzt um eine variable Vergütung auf Basis einer Ziel-vereinbarung, die am 6. / 13. Juni 2012 abgeschlossen wurde; sie wurde nicht nachträglich geändert. Sie hat sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung (variabler Bestandteil einmalig) zusammengesetzt. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Geschäftsleitung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütung wurden andere Bezüge nicht berücksichtigt. Über die Vergütung hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden. Die Gesamtvergütung der Mitglieder der Geschäftsführung wird entsprechend der Regelung in § 19 des Gesellschaftsvertrages jeweils einzeln im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen.

Aufsichtsrat

- Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Entsprechend wurde er in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen, soweit sie ihm bekannt gemacht wurden oder bekannt geworden sind, einbezogen und sah keinen Bedarf, weitere Geschäfte an seine Zustimmung zu binden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.
- Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden vom Aufsichtsrat entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführung festgelegt.
- Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Die Geschäftsleitung hatte über keine außergewöhnlichen Ereignisse zu berichten.
- Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine besonderen Ereignisse, über die zu unterrichten gewesen wäre.
- Der Aufsichtsrat hat aufgrund seiner geringen Größe keine Ausschüsse.
- Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.
- Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten keine Vergütung.
- Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

Interessenkonflikte

- Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
- Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
- Es hat keine derartigen Interessenkonflikte gegeben.
- Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen wurden nicht getätigt. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt, da es dergleichen Verträge nicht gab. Es waren keinerlei auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen zu erlassen.
- Der Geschäftsführer hat lediglich ehrenamtliche Nebentätigkeiten in künstlerisch, inhaltlich arbeitenden Jurys ausgeübt. Daher sind dem Aufsichtsrat diese Nebentätigkeiten nicht zur Zustimmung vorgelegt, sondern lediglich dem Vorsitzenden mitgeteilt worden.
- Mitgliedern der Geschäftsleitung und Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

Transparenz

- Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Im Internet werden Programminformationen veröffentlicht.

Rechnungslegung

- Der Jahresabschluss 2011 und die Zwischenberichte 2012 wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Der Jahresabschluss 2011 wurde schriftlich dem Gesellschafter am 8. November 2012 vorgelegt, die Zwischenberichte innerhalb der vorgesehenen Fristen. Es bestehen keine Unternehmensbeteiligungen, die aufzuführen wären.

Abschlussprüfung

- Der Aufsichtsrat wird vom Abschlussprüfer die Erklärung erbitten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; so dass an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter keine Zweifel bestehen. Der Abschlussprüfer wird aufgefordert werden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten.
- Der Aufsichtsrat wird dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilen und mit ihm die Honorarvereinbarung treffen.
- Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss 2012 teilnehmen und über die wesentlichen Feststellungen seiner Prüfung berichten.

Berlin, den 2012

André Schmitz

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Hebbel-Theater Berlin – Gesellschaft mbH

Annemie Vanackere

Geschäftsführerin

Hebbel-Theater Berlin – Gesellschaft mbH

Hebbel-Theater Berlin GmbH

Berichtszeitraum vom 01. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

Bezüge des Geschäftsführers Herrn Matthias Lilienthal

Vergütungsbestandteil	Betrag in Euro
Grundvergütung	51.625,00
Variable Vergütung lt. Zielvereinbarung 2010	3.500,00
Summe	55.125,00
Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung	1.954,61
Arbeitgeberanteil Rentenversicherung	3.841,60
Gesamtbezüge 2012	**60.921,21**

Bezüge der Geschäftsführerin Frau Annemie Vanackere

Vergütungsbestandteil	Betrag in Euro
Grundvergütung	29.333,00
Variable Vergütung lt. Zielvereinbarung 2010	0
Summe	29.333,00
Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung	
Arbeitgeberanteil Renten + Krankenversicherung	3.974,56
Gesamtbezüge 2012	**33.307,56**

Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates

Die Mitglieder des Aufsichtsrates üben ihr Amt nach § 8 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages ehrenamtlich aus. Im Geschäftsjahr 2012 bestand kein Anspruch auf Vergütung ihrer Tätigkeit. Es wurden auch keine Zahlungen in diesem Sinne geleistet.

Einzelne Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten:

Mitglied des Aufsichtsrates	Kostenart	Betrag
entfällt	entfällt	0

HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft

mit beschränkter Haftung

HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH
Berlin

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2012

1 Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Geschäftsgegenstand

Der HOWOGE-Konzern besteht aus den folgenden Gesellschaften, die in den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 einbezogen wurden:

- HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH (HOWOGE)
- Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg mit beschränkter Haftung (WBL)
- GRATUS Immobilienservice GmbH (GRATUS)
- HOWOGE Servicegesellschaft mbH (Servicegesellschaft)
- HOWOGE Wärme GmbH (Wärme GmbH)

Das Kerngeschäft des HOWOGE-Konzerns liegt in der Bewirtschaftung des Immobilienbestandes der Besitzgesellschaften HOWOGE und WBL, deren Geschäfte umfassend durch die HOWOGE besorgt werden.

Auf Veranlassung des Gesellschafters soll der öffentliche Wohnungsbestand auch durch den Neubau von Mietwohnungen erhöht werden. Die Geschäftstätigkeit umfasst daher zunehmend auch die Entwicklung und Durchführung von Neubauvorhaben.

Mit der Verwaltung, Vermietung und Instandhaltung des Immobilienbestandes der beiden Besitzgesellschaften ist der Bereich Bestandsmanagement der HOWOGE beauftragt. Mieter und Wohnungssuchende können sich in fünf örtlichen Kundenzentren und einem Servicebüro in Buch beraten lassen.

Die als dienstleistungsorientierte Hausverwaltung tätige GRATUS verwaltet im Rahmen der Fremd- und Wohnungseigentumsverwaltung Wohnungen und Grundstücke im Auftrag der jeweiligen Grundstückseigentümer sowie Sondereigentum im Auftrag der HOWOGE und der WBL.

Die Servicegesellschaft erbringt für den HOWOGE-Konzern und Dritte wohnbegleitende Dienstleistungen wie Concierge- und Hausmeisterdienste. Der Kiezhelferservice ist erfolgreich, er wurde auf den Gesamtbestand ausgedehnt.

Das Kerngeschäft der Wärme GmbH ist die gewerbliche Wärmelieferung für den Immobilienbestand von HOWOGE und WBL sowie das Energiemanagement. In diesem Zusammenhang werden Einsatzmöglichkeiten regenerativer Energien mit dem Ziel der weiteren Reduzierung von CO_2-Emissionen geprüft.

1.2 Geschäftsverlauf im Jahr 2012

1.2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahresdurchschnitt 2012 zwar weiter gewachsen, mit 0,7 % lag das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes höher als im Vorjahr. Nach 2010 mit 4,2 % und 2011 mit 3,0 % fiel der Zuwachs allerdings deutlich geringer aus.

Das schwierige Umfeld dämpfte das Wachstum der deutschen Wirtschaft. Es bestand erhebliche Unsicherheit wegen der Schuldenkrise im Euroraum, aber auch über die künftige Fiskalpolitik der USA. Zusammen mit der Abschwächung der Nachfrage nach deutschen Exportgütern beeinträchtigte dies insbesondere die Bereitschaft zu Investitionen. Zwar stiegen die Konsumausgaben im Inland (private Verbraucher +0,8 %, staatlicher Konsum +1,1 %), indes lieferten die Investitionen keinen positiven Beitrag zum Wachstum, sie gingen mit -1,1 % bei den Bauinvestitionen und -4,4 % bei den Ausrüstungsinvestitionen deutlich zurück.

Die derzeitige Investitionszurückhaltung wird sich möglicherweise ändern, wenn die außenwirtschaftlichen Unsicherheiten und die Belastungen durch die Vertrauenskrise im Euroraum nachlassen. Dann wird sich zeigen, ob die Investitionen der Unternehmen nur aufgeschoben, jedoch nicht aufgehoben sind.

Der Arbeitsmarkt erweist sich weiterhin als robust. Die Anzahl der Beschäftigten ist 2012 mit 41,5 Millionen Menschen auf einen neuen Höchstwert gestiegen. Der Beschäftigungsaufschwung verlor im zweiten Halbjahr wegen der schwächelnden Konjunktur an Dynamik gegenüber dem Vorjahr. Erfreulich war die überproportionale Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse.

Die Berliner Wirtschaft entwickelte sich in den ersten drei Quartalen insgesamt gut. Damit geht ein überdurchschnittlicher Beschäftigungsaufbau einher, in Berlin entstanden 2012 in großem Maße neue Arbeitsplätze. Auch hier stieg besonders die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die im September bei gut 1,21 Mio. Personen lag. Die stetige Zunahme der Beschäftigung schlägt sich im Rückgang der Arbeitslosenzahlen nieder. Obwohl in Berlin zahlreiche Stellen von außerhalb besetzt werden, geht die Arbeitslosigkeit auch im laufenden Jahr zurück. Gleichwohl ist die Arbeitslosigkeit noch auf hohem Niveau und die Arbeitslosenquote betrug im November 2012 in Berlin 11,4 %, gegenüber 12,2 % im Vorjahresmonat.

Auch das Bauhauptgewerbe in Berlin beschäftigt mehr Personal als vor einem Jahr und hat in den ersten drei Quartalen die Umsätze und Aufträge deutlich gesteigert, wobei allerdings die Aufträge im dritten Quartal 2012 das hohe Vergleichsniveau vom Vorjahr nicht erreichten. Den stärksten Umsatzzuwachs lieferte der Wohnungsbau, wo der Stand vom Vorjahresquartal um 8,0 % überschritten wurde. Gewerblicher Bau und öffentlicher Bau hatten jeweils einen Umsatzanstieg von 1,5 % und insgesamt entstand ein Plus von 3,1 %.

Die Anzahl der genehmigten Neubauwohnungen ist in den ersten neun Monaten des Jahres 2012 in Berlin um fast 20 Prozent (mehr als 5.000 Wohnungen) gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Während die Genehmigungszahl für neue Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern sank, hat sich die Zahl der geplanten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern um etwa ein Drittel erhöht.

Trotzdem kann der zunehmende Neubau die gestiegene Nachfrage nicht befriedigen. Das Wachstum auf dem Berliner Immobilienmarkt setzt sich mit steigenden Mieten und Kaufpreisen für Wohnungen fort.

Nach einer Marktstudie des IVD Berlin-Brandenburg e. V. stieg die durchschnittliche Nettokaltmiete in Standardwohnlagen von 6,20 EUR/m² auf 6,70 EUR/m², in Vorzugswohnlagen nahm sie von 7,60 EUR/m² in 2011 auf 8,20 EUR/m² in 2012 zu. Die Miete stieg damit um acht Prozent. Eine vergleichbare Entwicklung weisen Eigentumswohnungen auf, in Standardwohnlagen stieg der Kaufpreis von 1.300 EUR/m² auf 1.400 EUR/m².

Im Ergebnis dieser Entwicklung nimmt die Bedeutung des Berliner Immobilienmarktes für Kapitalanleger und Investoren zu. In Erwartung eines großen Entwicklungspotentials werden hier zunehmend Investitionsmöglichkeiten in Mehrfamilienhäuser gesucht.

1.2.2 Gebäudebestand und Vermietung

Der HOWOGE-Konzern bietet Mietwohnungen in allen Größen und verschiedenen Ausstattungsniveaus sowie zahlreiche Dienstleistungen an. Die Unternehmensaktivitäten in den vergangenen Jahren waren auf die umfassende Sanierung der Häuser und auf die Erhöhung der Attraktivität des Umfeldes der Bestände ausgerichtet.

Die aktuelle Situation der HOWOGE weist im Kernmarkt Lichtenberg eine weiterhin stabile Entwicklung mit zunehmender Bevölkerung aus. Trotzdem liegt der Anstieg der Angebotsmieten deutlich unter dem Berliner Durchschnitt, ebenso bleibt die Wohnkostenquote unter dem stadtweiten Wert.

Die Steuerung der Bewirtschaftung erfolgt in Zukunft auf Basis der Einteilung des Immobilienbestandes in räumlich beschriebene Quartiere. In einer umfassenden Analyse wurden die Einflussfaktoren Bevölkerung, Mietbelastung, Mietentwicklung und Neubauaktivitäten auf die Marktsituation der Wohnungsbestände der HOWOGE untersucht. Im Ergebnis der Auswertung wesentlicher Indikatoren ergab sich eine Quartiersklassifizierung.

Gestützt auf ein Portfolioscoringmodell dienen die Ergebnisse der zukünftigen strategischen Ausrichtung der Quartiere sowohl für Investitionsentscheidungen als auch für die Allokation der Mittel für die Stabilisierung schwächerer Quartiere. Damit sollen in Abhängigkeit von der jeweiligen Marktentwicklung, dem konkreten Gebäude- und Mietermix sowie dem Nachfrageverhalten positive Trends verstärkt bzw. Fehlentwicklungen in den Quartieren durch geeignete investive, aber auch quartiersunterstützende Maßnahmen korrigiert werden.

Die Entwicklung des Wohnungsleerstandes im Konzern war wie im Vorjahr durch zwei Entwicklungen geprägt. Der Bestand in Buch weist weiterhin eine hohe Leerstandsquote von 25 % nach 28 % zum Ende des Vorjahres auf. Diese Entwicklung ist durch die laufende Sanierung bedingt, die einerseits durch Fluktuation begleitet wird und andererseits die Nutzung freier Wohnungen als Ausweichquartiere während der Bauphase vorsieht.

Die Leerstandsentwicklung in den übrigen Wohnanlagen (ca. 94 % des Gesamtbestandes) ist weiterhin positiv. Sie sank von 1,2 % auf 1,0 % und ist insbesondere durch die sehr guten Vermietungsergebnisse gekennzeichnet.

Insgesamt sank der Wohnungsleerstand von 1.484 Wohnungen zum Jahresende 2011 auf 1.250 Wohnungen zum Ende Dezember 2012. Der Leerstand ist wie in den Vorjahren durch einen hohen sanierungsbedingten Anteil am Standort Buch geprägt.

Die Leerstandsquote für Wohnungen insgesamt zum Bilanzstichtag beträgt rund 2,4 % (Vorjahr: 2,9 %). Sie liegt wie auch im Vorjahr unter dem Durchschnitt der städtischen Wohnungsbaugesellschaften in Berlin.

In der nach 2011 zum dritten Mal durchgeführten Benchmarkstudie des Beratungsunternehmens TTR Group „Wohnungswirtschaft 2012“ zur Mietergesamtzufriedenheit großer Wohnungsunternehmen erreichte die HOWOGE in der Berliner Region zum dritten Mal in Folge den ersten Platz. Im deutschlandweiten Ranking belegt die HOWOGE nach dem ersten Platz in 2010 und dem zweiten Platz im Vorjahr nun wieder den ersten Platz.

Am 31. Dezember 2012 bewirtschaftete die HOWOGE insgesamt 62.414 Mieteinheiten (Vorjahr: 60.682). Der Bestand setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

	31.12.2012	Vorjahr
Bestand insgesamt	**62.414**	**60.682**
Wohnungen	52.915	51.410
Gewerbeeinheiten	730	702
Eigengenutzte Einheiten	150	208
Garagen, Stellplätze und sonstige	8.619	8.362

Der Wohnungsbestand erhöhte sich im Berichtsjahr deutlich durch den Kauf eines Portfolios von 1.503 Wohnungen in verschiedenen Berliner Bezirken mit Schwerpunkt in Treptow-Köpenick. 3 kleinere Objekte wurden veräußert, weitere Bestandsänderungen resultieren aus Grundrissänderungen.

1.2.3 Bautätigkeit

Die umfangreiche Sanierung der Wohngebäude in Buch wurde fortgesetzt. Die Baukosten betrugen im Geschäftsjahr Mio. EUR 43,0.

Ein weiterer Schwerpunkt der Bautätigkeit waren Arbeiten der periodischen Instandsetzung (Mio. EUR 23,8) und die Aufwertung des Wohnumfeldes (Mio. EUR 0,8). Wesentliche Maßnahmen bildeten weiterhin Fassadenarbeiten, die Kellersanierung und -trocknung, die Erneuerung von Aufzügen sowie die Instandsetzung von Treppenhäusern.

Für ein Neubauvorhaben mit ca. 320 Wohnungen wurden im Geschäftsjahr 2012 auf Grundlage einer Machbarkeitsstudie der Bauvorbescheid erlangt und ein VOB-Verfahren mit integriertem Architektenwettbewerb durchgeführt. Die Vergabe soll im ersten Quartal 2013 erfolgen.

Weiterhin wurde die Entwicklung der Freiflächen eines im Geschäftsjahr erworbenen Grundstücks in Lichtenberg für die Errichtung von bis zu 300 Mietwohnungen vorbereitet. Im Dezember 2012 wurde das Teilnahmeverfahren für einen städtebaulichen Ideenwettbewerb nach RPW-Richtlinie begonnen.

1.2.4 Besondere Geschäftsvorgänge

Der HOWOGE-Konzern hat im April 2012 zusätzliche 1.503 Wohnungen in Berlin erworben. Das Portfolio besteht aus Wohnungen in industrieller Bauweise im sanierten Zustand sowie Altbauten verschiedenen Baualters in mehreren Bezirken mit Schwerpunkt in Treptow-Köpenick. Der HOWOGE-Konzern folgt mit dem Bestandserwerb den aktuellen Vorgaben aus der Koalitionsvereinbarung der Berliner Landesregierung, die eine Erhöhung der Wohnungsbestände der landeseigenen Wohnungsunternehmen vorsieht.

Ebenfalls im April hat die HOWOGE den Kaufvertrag für ein Grundstück mit ca. 70.000 m² Fläche geschlossen, dass mit einem leerstehenden ehemaligen Krankenhaus bebaut ist. Der Eigentumsübergang erfolgte am 1. Februar 2013.

Am 4. September 2012 wurde das Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten durch die Senatoren für Finanzen und für Stadtentwicklung und Umwelt, Herrn Dr. Nussbaum und Herrn Müller, sowie die Vorstände und Geschäftsführungen der sechs landeseigenen Wohnungsunternehmen unterzeichnet und damit in Kraft gesetzt.

Mit dem Bündnis will Berlin seine Möglichkeiten zur Steuerung des Wohnungsmarktes besser als bisher nutzen. Dazu sind im Bündnis insbesondere folgende vier Instrumente verankert:

- klare Vorgaben für die städtischen Wohnungsunternehmen für Mieterhöhungen und Begünstigung einzelner Zielgruppen,
- Initiative Instandsetzung, Modernisierung, Aufwertung mit Begrenzung der Modernisierungsumlage
- konzeptbegleiteter Wohnungszukauf zur Bestandserweiterung,
- transparente Liegenschaftspolitik.

Die wichtigsten Regelungen betreffen die weitere Erhöhung des öffentlichen Wohnungsbestandes durch Zukauf und Neubau, die Begrenzung von Mieterhöhungen auf maximal 15 % in vier Jahren entsprechend Berliner Bundesratsinitiative, die Begrenzung von Modernisierungsumlagen auf maximal 9 % der aufgewandten Kosten entsprechend Berliner Bundesratsinitiative und Gewährleistung verträglicher Mietbelastungen modernisierter Wohnungen sowie die Beschränkung der individuellen Nettokaltmiete auf 30 % des Haushaltsnettoeinkommens bei Mieterhöhungsverfahren mit Härtefallregelungen bei individuellen Härten.

Im Dezember 2012 hat die HOWOGE gemeinsam mit weiteren immobilienwirtschaftlichen Akteuren und dem Bezirksamt Lichtenberg von Berlin das „Bündnis für Wohnen im Bezirk Berlin-Lichtenberg“ geschlossen, das die Zusammenarbeit der Beteiligten mit dem Ziel der beschleunigten Schaffung von zusätzlichem Wohnraum im Bezirk Lichtenberg zum Inhalt hat.

Ende Dezember 2012 hat die WBL einen weiteren Kaufvertrag über ein Portfolio von 1.004 Wohnungen im Bezirk Lichtenberg geschlossen, der Eigentumsübergang ist für 2013 vereinbart. Der Vertrag ist noch schwebend unwirksam.

2 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung, dem Kerngeschäft, erhöhten sich 2012 im Vergleich zum Vorjahr (Mio. EUR 280,6) auf Mio. EUR 284,1. Die Steigerung resultiert wesentlich aus dem erweiterten Bestand infolge des oben genannten Immobilienerwerbs sowie aus höheren Erträgen aus Sollmieten, die aufgrund sozialverträglicher Mieterhöhungen nach Modernisierung bei laufenden Verträgen und aus Neuvermietungen erzielt wurden. Die Erlöse aus der Umlagenabrechnung gingen dagegen zurück.

Die Umsatzerlöse des Konzerns insgesamt betrugen Mio. EUR 286,2 (Vorjahr: Mio. EUR 283,0).

Für die Instandhaltung wendeten die Konzerngesellschaften Mio. EUR 41,3 (Vorjahr: Mio. EUR 36,3) auf. Der Anstieg ist bedingt durch höhere Aufwendungen für die Umsetzung von Maßnahmen der entsprechend der Lebenszyklen einzelner Gebäudeteile regelmäßig notwendigen geplanten Instandsetzung zur Erhaltung der Gebäudequalität.

Die Besitzgesellschaften HOWOGE und WBL erzielten ein positives Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr. Die Erlöse aus Sollmieten stiegen durch die Ausweitung des Wohnungsbestandes und Mieterhöhungen nach Abschluss von Modernisierungsarbeiten sowie bei Neuvermietungen. Das Ergebnis der Umlagenabrechnung stieg zum Vorjahr nur leicht an, dagegen standen bei den übrigen Aufwendungen den geringeren Objektfinanzierungskosten deutlich gestiegene Aufwendungen für Instandhaltung gegenüber. Insgesamt erzielte die HOWOGE einen Jahresüberschuss von Mio. EUR 24,5, während die WBL Mio. EUR 28,0 erreichte.

Die Ergebnisse sind durch zusätzliche Erträge aus Sondereinflüssen gekennzeichnet. Sie resultieren aus der Zuschreibung im Anlage- und Umlaufvermögen (Mio. EUR 2,9) und aus der Auflösung der Rückstellung für drohende Verluste aus dem Wegfall der Anschlussförderung (Mio. EUR 3,2).

Das Geschäftsjahr 2012 schloss der HOWOGE-Konzern insgesamt mit einem Jahresüberschuss von Mio. EUR 52,6 (Vorjahr: Mio. EUR 58,0) ab, wobei der Rückgang im Wesentlichen auf geringere Sondereinflüsse wie geringere Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen für die Schließung von Müllwurfanlagen, aus Zuschreibungen und aus Nutzungsentschädigungen von Versorgungsunternehmen zurückzuführen ist.

Die aus der Veränderung des Diskontierungsbetrages bei der Rückstellungsbewertung resultierenden Erträge und Aufwendungen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert ausgewiesen. Im Konzernabschluss werden dementsprechend Mio. EUR 1,3 (Vorjahr Mio. EUR 1,4) unter dem Posten Zinsen und ähnliche Aufwendungen im Anhang angegeben.

Zusammengefasst stellt sich die Ertragslage wie folgt dar:

	2012 TEUR	2011 TEUR
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	284.141,7	280.605,5
Übrige Umsatzerlöse	2.097,1	2.410,9
Bestandsveränderungen	5.943,5	545,4
Eigenleistungen	203,8	195,9
Sonstige betriebliche Erträge	15.470,3	21.753,9
Zwischensumme betrieblicher Erträge	**307.856,4**	**305.511,6**
Aufwand für bezogene Lieferungen und Leistungen	112.192,1	103.160,6
Personalaufwand	24.980,4	24.536,0
Abschreibungen	51.864,5	51.736,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.938,6	12.332,5
Erträge Finanzvermögen und Zinsen	4.487,4	4.322,9
Zinsaufwand	40.783,8	42.577,0
Steuern von Einkommen und Ertrag	6.568,6	6.988,1
Sonstige Steuern	10.453,1	10.483,3
Jahresüberschuss	**52.562,8**	**58.020,5**

2.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Konzerngesellschaften zum 31. Dezember 2012 war ausgeglichen. Die Gesellschaften kamen ihren Zahlungsverpflichtungen stets fristgerecht nach. Auch künftig werden sie in der Lage sein, ihre Zahlungen fristgemäß zu leisten.

Die Kapitalflussrechnung zeigt, dass sich der verfügbare Finanzmittelbestand im Konzern von Mio. EUR 36,1 auf Mio. EUR 38,8 am 31. Dezember 2012 erhöhte. Ursächlich für die Veränderung sind die geringeren Sondertilgungen im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr.

Kapitalflussrechnung (verkürzt):

	2012 Mio. EUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	92,6
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	46,0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-135,9
Veränderung des Finanzmittelbestandes	2,7
Stand Finanzmittelfonds am 31. Dezember 2011	36,1
Stand Finanzmittelfonds am 31. Dezember 2012	38,8

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit reichte im Berichtsjahr aus, die planmäßigen Tilgungen langfristiger Verbindlichkeiten in Höhe von Mio. EUR 59,8 zu bedienen.

Die Darlehenstilgungen insgesamt betrugen Mio. EUR 70,1. Neben planmäßigen Tilgungen realisierte die HOWOGE zur schnelleren Entschuldung nach Auslaufen der Zinsfestschreibung zusätzlich Sondertilgungen von rund Mio. EUR 10,3.

Im Berichtsjahr wurden neue Finanzkredite, insbesondere für die Fortsetzung der Sanierung der Bestände in Buch und den Erwerb zusätzlicher Wohnungsbestände in Höhe von Mio. EUR 117,0 aufgenommen.

2.3 Vermögenslage

	31.12.2012		31.12.2011	
A k t i v a	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	379	0,0	312	0,0
Sachanlagen	2.044.515	94,9	1.954.151	94,9
Sonstige Finanzanlagen	45.996	2,1	42.202	2,1
	2.090.889	97,0	1.996.665	97,0
Umlaufvermögen				
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	7.474	0,3	2.210	0,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.414	0,2	4.708	0,2
Flüssige Mittel	49.321	2,3	52.646	2,6
Rechnungsabgrenzungsposten	3.318	0,2	3.124	0,2
	63.527	3,0	62.688	3,1
Gesamtvermögen	**2.154.417**	**100,0**	**2.059.353**	**100,0**

Passiva	31.12.2012 TEUR	%	31.12.2011 TEUR	%
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital und Rücklagen	1.058.835	49,1	1.003.565	48,7
Bilanzgewinn, soweit nicht zur Ausschüttung vorgesehen	51.822	2,5	55.529	2,7
	1.110.657	51,6	1.059.094	51,4
Fremdkapital				
Langfristig				
Andere langfristige Rückstellungen	9.252	0,4	12.422	0,6
Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Rechnungsabgrenzungsposten	646.627	30,0	634.795	30,8
	655.879	31,4	649.381	31,4
Mittel- und kurzfristig				
Übrige Rückstellungen	19.256	0,9	19.951	1,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	347.095	16,1	313.249	15,2
Erhaltene Anzahlungen abzüglich unfertige Leistungen	7.306	0,3	7.282	0,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.938	0,6	10.281	0,5
Übrige Verbindlichkeiten	808	0,1	799	0,1
Rechnungsabgrenzungsposten	478	0,0	480	0,0
Vorgesehene Gewinnausschüttung	1.000	0,0	1.000	0,0
	387.881	18,0	353.042	17,2
Fremdkapital, insgesamt	1.043.760	48,4	1.000.259	48,6
Gesamtkapital	2.154.417	100,0	2.059.353	100,0

Das Bilanzvolumen des Konzerns unter Berücksichtigung der Verrechnung der unfertigen Leistungen mit erhaltenen Anzahlungen stieg im Berichtsjahr deutlich um Mio. EUR 95,0 auf Mio. EUR 2.154,4.

Die Vermögenslage zeigt ein ausgeglichenes Bild. Das langfristige Vermögen ist weitgehend mit langfristigem Kapital finanziert.

Die Zunahme des Anlagevermögens um Mio. EUR 94,2 resultiert im Wesentlichen daraus, dass den Zugängen bei den Sachanlagen von Mio. EUR 140,2 (zusätzliche Wohnungsbestände und nachträgliche Herstellungskosten am Standort Buch) ein Saldo von Abschreibungen und Zuschreibungen von Mio. EUR -49,2 gegenübersteht. Außerdem erhöhten sich die Aktivwerte der unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Lebensversicherungen um Mio. EUR 3,8.

Der Anteil des Eigenkapitals am Bilanzvolumen erhöhte sich auf 51,6 % (Vorjahr: 51,4 %). Insgesamt hat sich das Eigenkapital unter Berücksichtigung des Bilanzgewinns von Mio. EUR 52,8 und unter Berücksichtigung der vorgesehenen Gewinnausschüttung an den Gesellschafter von Mio. EUR 1,0 um Mio. EUR 51,8 erhöht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich um Mio. EUR 45,8 erhöht, insbesondere durch die Finanzierung der Sanierung der Bestände in Buch und die Finanzierung des Kaufs zusätzlicher Wohnungsbestände. Die sonstigen Rückstellungen sind insbesondere durch Verbrauch und Auflösungen der Drohverlustrückstellungen deutlich um Mio. EUR 5,2 gesunken.

Insgesamt ist die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in 2012 als positiv anzusehen.

2.4 Personalentwicklung und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Der Personalbestand im Konzern entwickelte sich wie folgt:

	31.12.2012	31.12.2011
Geschäftsführung (HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft)	2	2
Angestellte (inkl. GF der Tochtergesellschaften)	336	334
Gewerbliche Arbeitnehmer	229	230
Auszubildende	17	12
Studenten	4	3
	588	581

Nach Gesellschaften untergliedert stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

	31.12.2012	31.12.2011
HOWOGE	419	416
Servicegesellschaft	134	131
GRATUS	28	28
Wärme GmbH	7	6
	588	581

Die Anzahl der Beschäftigten in der HOWOGE blieb insgesamt nahezu konstant, da der notwendigen Erweiterung der personellen Kapazitäten für die Abwicklung der umfangreichen Vorhaben im technischen Bereich die Verlagerung von Hausmeisterarbeitsplätzen der HOWOGE bei Nachbesetzung in die HOWOGE Servicegesellschaft gegenübersteht.

Für die Mitarbeiter der HOWOGE galt eine Betriebsvereinbarung zur Beschäftigungssicherung. Bis zum 31. Dezember 2012 waren betriebsbedingte Kündigungen innerhalb der HOWOGE gemäß einer Betriebsvereinbarung ausgeschlossen. Im Gegenzug wurde abweichend vom aktuellen Vergütungstarif seit dem 1. Januar 2007 auf Tariferhöhungen bis einschließlich 31. Dezember 2012 verzichtet.

Für die Mitarbeiter der HOWOGE gilt nunmehr eine neue Betriebsvereinbarung zur Beschäftigungssicherung. Bis zum 31. Dezember 2017 sind betriebsbedingte Kündigungen innerhalb der HOWOGE ausgeschlossen. Im Gegenzug werden die Tariferhöhungen, auf die in den Jahren 2007 - 2012 verzichtet wurde, nur stufenweise nachgeholt. Die schrittweise Anpassung beginnt ab 1. Januar 2013 und endet mit Wirkung zum 1. Juli 2017.

Für die HOWOGE Servicegesellschaft mbH waren am Ende des Berichtsjahres insgesamt 134 Mitarbeiter (Vorjahr: 131) tätig. Die Anzahl der Beschäftigten ist aufgrund der Übernahme weiterer Hausmeistertätigkeiten für die HOWOGE gewachsen. Die kaufmännische Prokuristin der HOWOGE ist zugleich Geschäftsführerin der Servicegesellschaft.

Die GRATUS Immobilienservice GmbH beschäftigte 22 (Vorjahr: 22) Angestellte, fünf gewerbliche Mitarbeiter (Vorjahr: 5) sowie einen Geschäftsführer zum 31. Dezember 2012. Darüber hinaus ist der

Leiter Konzernbilanzierung und -rechnungswesen der HOWOGE zugleich Geschäftsführer der GRATUS.

Bei der HOWOGE Wärme GmbH waren fünf Mitarbeiter sowie ein Geschäftsführer angestellt.

Die Geschäftsführerinnen der HOWOGE nehmen in Personalunion auch die Geschäftsführung der WBL wahr.

Die HOWOGE misst der Ausbildung junger Menschen hohe Bedeutung bei. Am 31. Dezember 2012 befanden sich 17 Jugendliche in der Ausbildung zum/zur Immobilienkaufmann/-frau. Die Anzahl der jährlich angebotenen Ausbildungsplätze im ersten Ausbildungsjahr wurde auf acht verdoppelt.

Die HOWOGE engagiert sich seit 2010 in der Senatsinitiative „Berlin braucht dich".

In Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin (FHW) absolvieren Studenten bei der HOWOGE den praktischen Teil ihres Studiengangs zum Bachelor of Arts (B.A.) im Fach Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Immobilienwirtschaft.

Zur Qualifizierung wurden den Mitarbeitern im Konzern auch 2012 vielfältige Fortbildungsprogramme angeboten.

Ein umfangreiches Projekt zur Einführung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements wurde in Kooperation mit der Techniker Krankenkasse begonnen. Die Projektdauer ist für zwei Jahre geplant.

Die HOWOGE bezieht in ihrem ersten Nachhaltigkeitsbericht 2011/2012 Stellung zu über 120 Kennzahlen und Indikatoren. Der Bericht folgt der G3.1-Richtlinie der Global Reporting Initiative (GRI) einschließlich der für die Immobilienwirtschaft branchenspezifischen Ergänzung CRESS (Construction and Real Estate Supplement) und erreicht die höchstmögliche, durch die GRI geprüfte und bestätigte Anwendungsebene A. Darüber hinaus hat die HOWOGE gegenüber dem Deutschen Nachhaltigkeitsrat eine Entsprechenserklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex abgelegt.

Der Bericht zeigt die vielen Facetten verantwortungsbewussten Handelns des HOWOGE-Konzerns. Dabei geht die Dokumentation ausführlich auf die Aspekte wirtschaftliche Verantwortung, soziales Engagement, Ökologie und Compliance ein, stellt umfangreich Kennzahlen vor und nimmt zu Zielen und geplanten Maßnahmen Stellung.

3 Risikobericht

Mit unternehmerischen Risiken geht der HOWOGE-Konzern bewusst und sorgsam um. Ziel des Risikomanagementsystems ist es, die wesentlichen Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, strukturiert zu erfassen, ihre Folgen abzuschätzen und geeignete Maßnahmen einzuleiten. Mit dem EDV-gestützten Managementinformationssystem werden der Erfolg der Steuerungsmaßnahmen sowie die Effektivität und Angemessenheit der Maßnahmen des Risikomanagements überwacht.

Im Rahmen der langfristigen Unternehmensplanung und in den Wirtschaftsplänen bezieht sich die Risikobetrachtung insbesondere auf die wesentlichen Werttreiber Mieten, Leerstand, Instandhaltung und Instandsetzung, Personal- und Sachkosten sowie Kapitaldienst.

Bei der Überwachung und Kontrolle der wirtschaftlichen Risiken kommt dem Berichtswesen eine besondere Bedeutung zu. Es stellt sicher, dass der Geschäftsverlauf in den einzelnen Konzerngesellschaften und Bereichen nach einheitlichen Richtlinien abgebildet und erläutert wird.

Durch das Risikomanagement werden in Zusammenarbeit mit den strategischen und operativen Bereichen halbjährlich Risikoberichte erstellt, in denen auf die Entwicklung der von uns identifizierten wesentlichen Risiken und Chancen eingegangen wird. Unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeiten werden Risiken und Chancen auf ihre Auswirkungen auf freie Cashflows und Jahresergebnis bewertet. Darüber hinaus werden monatlich interne Berichte, die die verschiedenen Managementebenen frühzeitig und umfassend über den Geschäftsverlauf informieren, verfasst.

Risiken aus Krediten, die für die umfangreiche Sanierungstätigkeit und für den Ankauf von Wohnungsbeständen aufgenommen wurden, wird durch aktives Finanz- und Darlehensmanagement begegnet. In der langfristigen Unternehmensplanung hat das Unternehmen Marktanpassungen der Zinssätze berücksichtigt.

Die Guthaben des Konzerns werden ausschließlich von Kreditinstituten geführt, welche Mitglied im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken oder eines vergleichbaren deutschen Sicherungsfonds sind.

Mit der umfassenden Instandsetzung und Modernisierung des Bestandes, einschließlich des Wohnumfeldes, wird dem Risiko vorgebeugt, durch unsanierte Bestände steigende Leerstände und Umsatzeinbußen in Kauf nehmen zu müssen. Der geringe Leerstand, die Ergebnisse der Mieterbefragung und aus dem Beschwerdemanagement bestätigen diese Entscheidung.

Sofern sich Risiken auf vergangene Sachverhalte beziehen, werden die dafür erforderlichen bilanziellen Rückstellungen gebildet und deren Angemessenheit regelmäßig geprüft.

Aktuell sind für den HOWOGE-Konzern die folgenden wesentlichen Risiken zu nennen:

Im Rahmen des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2002 wurde für die vom Wegfall der Anschlussförderung im 1. Förderweg betroffenen Wohnanlagen entsprechende Risikovorsorge getroffen, die zum Bilanzstichtag mit Mio. EUR 19,3 bewertet wird.

Aus dem Rahmenvertrag über die städtebauliche Entwicklung für das Vorhaben „Wohnen am Gehrensee“ im Bezirk Lichtenberg, Ortsteil Falkenberg, mit dem Bezirk Lichtenberg ist die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH gegenüber dem Land Berlin zur Herstellung der öffentlichen Erschließung des Grundstücks verpflichtet. Im Jahre 2009 wurde die Übernahme der Erschließungsverpflichtung bis auf eine kleine Restfläche mit dem Grundstückserwerber vereinbart.

Aufgrund des bestehenden Risikos, aus dem städtebaulichen Vertrag in Anspruch genommen zu werden, werden die wirtschaftliche Situation des Käufers und die Erfüllung der Erschließungsverpflichtungen beobachtet.

Es wurden keine Risiken festgestellt, die den Bestand des Konzerns oder einer seiner Konzerngesellschaften gefährden können.

4 Prognosebericht

Die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken wird in der jährlich aktualisierten langfristigen Unternehmensplanung betrachtet.

Das im Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten beschriebene Ziel der Erweiterung des Bestandes öffentlicher Wohnungsunternehmen ist Basis für die Wachstumsstrategie des HOWOGE-Konzerns. Neben dem Kauf von Wohnungsbeständen wird auch die Möglichkeit des weiteren Mietwohnungsbaus geprüft. Der Berliner Wohnungsmarkt soll damit entlastet und Angebote für die steigende Zahl an Haushalten geschaffen werden. Die Begrenzung der Mieterhöhungen und Modernisierungsumlagen bilden den Rahmen für die künftige Umsatzentwicklung.

Als Bestandshalter konzentriert sich der Konzern weiterhin auf die nachhaltige Bewirtschaftung der Bestände. Zur Erhaltung eines nachfragegerechten Niveaus der Bestände werden für Gebäude, die in den vergangenen Jahrzehnten bereits umfassend saniert wurden, die regelmäßig baualtersbedingten notwendigen Instandsetzungen durchgeführt. Ein Schwerpunkt wird die weitere energetische Optimierung der vorhandenen Heizanlagen sein.

Die betrieblichen Prozesse werden weiterhin an den Wünschen der Mieter ausgerichtet. Die hohen Servicestandards sowie die wohnbegleitenden Dienstleistungen werden stetig ausgebaut. Durch die kundennahe Betreuung vor Ort wird die hohe Mieterzufriedenheit sichergestellt.

In den folgenden Jahren wird für den HOWOGE-Konzern eine kontinuierlich positive Entwicklung erwartet, die keine wirtschaftlichen oder finanziellen Engpässe aufweist. Den Fortbestand des HOWOGE-Konzerns gefährdende Risiken sind nicht abzusehen.

Im Ergebnis wird die erfolgreiche Entwicklung der letzten Jahre fortgesetzt, für die nächsten beiden und auch die folgenden Jahre werden konstant positive Jahresergebnisse erwartet, die jedoch unter dem durch Sondereinflüsse geprägten Niveau des Jahres 2012 liegen. Dabei werden moderate Mietpreissteigerungen geplant.

Die tatsächliche Entwicklung kann auch wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen, wenn sich die den Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als nicht zutreffend erweisen.

5 Nachtragsbericht

Am 17. Januar 2013 hat die WBL einen Grundstückskaufvertrag geschlossen, der Kaufgegenstand ist ein mit einem leerstehenden Wohngebäude (ca. 90 Wohnungen) bebautes Grundstück im Bezirk Lichtenberg. Bis zum Zeitpunkt der Berichterstattung ergaben sich keine weiteren besonderen Vorgänge, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind.

Berlin, den 21. Februar 2013

HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH

Geschäftsführung

Eltrop Frensch

Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex

Die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH, Berlin, (HOWOGE) hat den Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der jeweiligen von der für die Beteiligungsführung zuständigen Stelle des Landes Berlin herausgegebenen Fassung zu beachten. Die folgende Erklärung wird auf Grundlage der Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 15. Mai 2012 unter Berücksichtigung der Berliner Beteiligungshinweise der Senatsverwaltung für Finanzen in der Fassung vom 17. Februar 2009 abgegeben.

I. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen (eingeschaltete / hinzugezogene Dritte) wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen in der Regel unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.

Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.

Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt, soweit dies nach den Regelungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung erforderlich war. Neben den Regelungen in dem Gesellschaftsvertrag bestehen eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und eine Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.

Soll- / Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten einer ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführung bzw. eines Aufsichtsrats gewahrt.

Die abgeschlossenen D&O-Versicherungen sind mit unterschiedlichem Selbstbehalt für die Geschäftsführung und für den Aufsichtsrat fortgeführt worden.

II. Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.

Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsführung sind in einer Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung und einem Organisations- und Geschäftsverteilungsplan geregelt. Es wurde keine Vorsitzende bzw. Sprecherin der Geschäftsführung bestimmt.

Die Gesamtvergütung wird im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen.

Die Vergütung der Geschäftsführung wurde mit einem Fixum und einem variablen Anteil festgelegt. Der variable Anteil wird auf Basis von Zielvereinbarungen jährlich vereinbart. Bei der Festlegung der Vergütung fanden die Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung, die aktuelle und erwartete wirtschaftliche Lage des Unternehmens sowie Branchen- und Umfeldvergleiche eine angemessene Beachtung. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden; sie sollen einer regelmäßigen Überprüfung unterliegen.

III. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag, der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat außer den in der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung enthaltenen und darüber hinaus von der Geschäftsführung vorgelegten Einzelfällen keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.

Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats nach Vorbefassung im Personalausschuss entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführung festgelegt. Bei den Erstbestellungen wurde die nach dem Gesellschaftsvertrag maximal mögliche Bestelldauer von fünf Jahren nicht ausgeschöpft.

Zwischen der Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden; es wurden die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsführung hat die Aufsichtsratsvorsitzende fortlaufend über besondere Ereignisse unterrichtet.

Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine wichtigen Ereignisse, über die er unterrichtet wurde. Es haben im Geschäftsjahr 2012 drei außerordentliche Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse:

- Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungscontrolling
- Personalausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungscontrolling nimmt auch die Aufgaben des Prüfungsausschusses wahr. Die Aufsichtsratsvorsitzende war nicht Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungscontrolling. Kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung ist Mitglied des Aufsichtsrates.

Immobilienwirtschaftliche Bewertungsfragen wurden in der überwiegenden Zahl der Aufsichtsratssitzungen beraten.

Kein Ausschuss hat Kompetenzen übertragen bekommen. Das Plenum des Aufsichtsrats wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.

Kein Aufsichtsratsmitglied hatte unter der Maßgabe, dass eine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender doppelt zählt, die maximale Zahl von 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht.

Frau Monika Kuban ist Mitglied des Aufsichtsrates der Berlinwasser Holding AG.

Herr Lutz Basse ist Vorstandsvorsitzender der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft, Hamburg, und Geschäftsführer der GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, Hamburg. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender der GWG Gewerbe, Hamburg.

Herr Staatssekretär Christian Gaebler ist Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- Grün Berlin GmbH (Vorsitzender)

- IGA 2017 Berlin GmbH (Vorsitzender)
- Berliner Energieagentur GmbH (Vorsitzender)
- Berliner Stadtreinigung BSR
- Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (stellvertretender Vorsitzender)

Frau Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof ist Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH (Aufsichtsratsvorsitzende)
- BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH (Aufsichtsratsvorsitzende)
- degewo AG, Berlin
- Flughafen Berlin Brandenburg GmbH
- WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH (stellvertretende Vorsitzende)
- RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH

Zudem ist Frau Dr. Sudhof Mitglied im Verwaltungsrat der Investitionsbank Berlin Anstalt öffentlichen Rechts.

Frau Inga Herdrich ist Vorstandsmitglied der in Berlin-Marzahn ansässigen

- nordlicht Wohnungsgenossenschaft eG
- horizont Wohnungsgenossenschaft eG

Herr Johannes Altenwerth ist Mitglied im Aufsichtsrat des BWV Beamten-Wohnungs-Verein zu Köpenick eG, Berlin.

Die Gesamtvergütung besteht aus einem Fixum und Sitzungsgeldern und ergibt sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss und Konzernabschluss. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

Die zwischen dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung geschlossene Zielvereinbarung für 2013 wurde dem Gesellschafter vor Beschlussfassung vorgelegt.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen des jeweiligen Bestellzeitraums teilgenommen.

Der Aufsichtsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Interessenkonflikte

Die Geschäftsführung hat die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Die Geschäftsführerinnen haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

Dem Aufsichtsrat sind keine Geschäfte mit dem Unternehmen durch die Geschäftsführung oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt worden; der Aufsichtsrat hat somit von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

Der Geschäftsführung und Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.

Unternehmensinformationen werden auch über das Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und werden in den vorgesehenen Fristen (geprüfter Jahresabschluss 90 Tage nach Geschäftsjahresende, Zwischenberichte [Quartalsberichte] 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraumes) dem Gesellschafter vorgelegt.

Die Zwischenberichte wurden im Aufsichtsrat und im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungscontrolling mit der Geschäftsführung erörtert. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet. Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte führen die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf.

VII. Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – mit dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, die Aufsichtsratsvorsitzende bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt. Die Honorare sind basierend auf dem Ergebnis einer in 2011 durchgeführten Ausschreibung festgelegt worden.

Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungscontrolling und des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

Berlin, den 21. Februar 2013

Monika Kuban	Frensch	Eltrop
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Geschäftsführung	

Im Geschäftsjahr erhielten die Geschäftsführer folgende Gesamtbezüge:

	Stefanie Frensch	Sophia Eltrop
Grundvergütung	180.000,00	180.000,00
Erfolgsabhängige Vergütung	30.000,00	28.888,89
Geldwerte Vorteile	10.437,34	7.806,74
Altersvorsorge	27.000,00	27.000,00
Gesamtbezüge	**247.437,34**	**243.695,63**
Zuschüsse bzw. Arbeitgeberanteile	11.600,97	11.544,19

Kto. 9312 (58015) - Sitzungsgelder Aufsichtsrat per 31.12.2012

38.019,00 €

Beleg	Buchungs-Datum	Name	Thema	Sitzung am	Betrag
7429014	03.07.2012	Kuban	29. Sitzung des Personalaus-	29.06.2012	150,00 €
7429015		Lorenz	schusses (außerordentliche)		150,00 €
7429016		LHK-Dr.Sudhof			150,00 €
7429017	03.07.2012	Basse	26. Sitzung des Ausschusses	08.03.2012	178,50 €
7429018		Gaebler	für Wirtschaft, Finanzen und		150,00 €
7429019		Altenwerth	Beteiligungscontrolling		150,00 €
7429020		Herdrich			150,00 €
7429021		Wittke			150,00 €
7429022		Rottmann			150,00 €
7429024	03.07.2012	Kuban	103. Sitzung des AR	08.03.2012	150,00 €
7429025		Basse	(außerordentliche)		178,50 €
7429026		LHK-Dr.Sudhof			150,00 €
7429027		Altenwerth			150,00 €
7429029		Herdrich			150,00 €
7429030		Wittke			150,00 €
7429031		Lorenz			150,00 €
7429032		Rottmann			150,00 €
7429033	03.07.2012	Kuban	104. Sitzung des AR	27.03.2012	150,00 €
7429034		Basse			178,50 €
7429035		LHK-Dr.Sudhof			150,00 €
7429036		Gaebler			150,00 €
7429037		Altenwerth			150,00 €
7429038		Herdrich			150,00 €
7429039		Wittke			150,00 €
7429040		Lorenz			150,00 €
7429041		Rottmann			150,00 €
7429042	03.07.2012	Kuban	105. Sitzung des AR	14.05.2012	150,00 €
7429043		Basse	(außerordentliche)		178,50 €
7429044		Gaebler			150,00 €
7429045		Herdrich			150,00 €
7429046		Wittke			150,00 €
7429047		Rottmann			150,00 €
7429048	03.07.2012	Kuban	106. Sitzung des AR	07.06.2012	150,00 €
7429049		Basse			178,50 €
7429050		LHK-Dr.Sudhof			150,00 €
7429051		Altenwerth			150,00 €
7429052		Herdrich			150,00 €
7429053		Wittke			150,00 €
7429054		Lorenz			150,00 €
7429055		Rottmann			150,00 €
7458967	18.12.2012	Rottmann	107. Sitzung des AR	05.07.2012	150,00 €
7458968		Herdrich			150,00 €
7458969		Altenwerth			150,00 €
7458971		Gaebler			150,00 €
7458973		Wittke			150,00 €
7458974		Lorenz			178,50 €
7458975		Basse			150,00 €
7458976		Kuban			150,00 €
7458978	18.12.2012	Rottmann	108. Sitzung des AR	27.09.2012	150,00 €
7458980		Herdrich			150,00 €
7458983		Altenwerth			150,00 €
7458988		LHK-Dr.Sudhof			150,00 €
7458993		Gaebler			150,00 €
7458996		Wittke			150,00 €
7458999		Lorenz			150,00 €
7459003		Basse			178,50 €
7459007		Kuban	109. Sitzung des AR	29.11.2012	150,00 €
7459009		Basse			178,50 €
7459012		Lorenz			150,00 €
7459014		Wittke			150,00 €
7459019		Gaebler			150,00 €
7459020		Altenwerth			150,00 €
7459022		Herdrich			150,00 €
7459023		Rottmann			150,00 €
7459024		Kuban	30. Sitzung des Personalaus-		150,00 €
7459025		Lorenz	schusses (außerordentliche)		150,00 €
7459026		Basse	27. Sitzung des Ausschusses	13.11.2012	178,50 €
7459027		Wittke	für Wirtschaft, Finanzen und		150,00 €
7459028		Rottmann	Beteiligungscontrolling		150,00 €
7459029		Gaebler			150,00 €
7459030		Altenwerth			150,00 €
7459031		Herdrich			150,00 €
7460808		Herdrich	Jährl.feste Vergütung		2.500,00 €
7460809		Sundermann			416,67 €
7460810		Dunger-Löper			416,67 €
7460811		LHK-Dr.Sudhof			2.083,33 €
7460812		Gaebler			2.083,33 €
7460813		Rottmann			2.500,00 €
7460814		Lorenz			2.500,00 €
7460815		Altenwerth			2.500,00 €
7460816		Basse			4.462,50 €
7460817		Kuban			5.000,00 €
7460823		Wittke			2.500,00 €

38.019,00 €

Investitionsbank Berlin
Anstalt des öffentlichen Rechts

Lagebericht

Grundlagen

Geschäftsmodell

Als Förderbank des Landes konzentriert sich die Investitionsbank Berlin (IBB) auf die Finanzierung und Beratung von Gründern und Unternehmen in Berlin sowie die Förderung und Finanzierung von Wohnimmobilien. Daneben leistet die Investitionsbank Berlin über die IBB Business Team GmbH und weitere Beteiligungen, wie die Berlin Partner GmbH, die Berlin Tourismus & Kongress GmbH, die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH und die ipal Gesellschaft für Patentverwertung mbH, sowie durch die Unterstützung der Technologiestiftung Berlin erhebliche Beiträge zur nicht monetären Wirtschafts- und Technologieförderung in Berlin. Die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH und die von ihr gemanagten VC Fonds für Technologie und Kreativwirtschaft sind Tochterunternehmen der IBB und beteiligen sich erfolgreich an entsprechenden Berliner Wachstumsunternehmen.

In der Wirtschaftsförderung unterstützt die IBB Unternehmensgründungen und mittelständische Unternehmen (KMU) über Darlehen, Beteiligungen und Zuschüsse sowie Beratungsleistungen. Zukunftsfähige Unternehmen in den Berlin-Brandenburger Clustern (Gesundheitswirtschaft, Energietechnik, Verkehr/Mobilität/Logistik, Optik sowie IKT/Medien und Kreativwirtschaft) genießen hierbei eine besondere Aufmerksamkeit.

Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung leistet die Investitionsbank Berlin über ihre Finanzierungsangebote Beiträge zur nachhaltigen energetischen Sanierung und Modernisierung als auch zur altersgerechten und barrierearmen Anpassung des Wohnungsbestandes. Außerdem kommt sie ihrem förderpolitischen Auftrag mittelbar durch die Vergabe von Global- und Konsortialdarlehen über Geschäftsbanken nach und bietet Lösungen bei Fragen des Förderaltbestandes. Sie ist direkter Ansprechpartner für alle Förder- und Finanzierungsfragen. Dies gilt für einzelne Objekte ebenso wie für das gesamte Finanzierungsportfolio eines Unternehmens.

Weiterentwicklung des Geschäftsmodells

Seit 2010 werden zahlreiche Umsetzungsmaßnahmen mit den übergeordneten Zielen „Förderauftrag optimal erfüllen“, „Komplexität reduzieren“, „Ressourcen optimal einsetzen“ sowie „Kundenzufriedenheit erhöhen“ bankweit durchgeführt. Diese Maßnahmen sind in eine bis 2015 ff. angelegte strategische Planung eingebettet. Im Rahmen regelmäßiger Reviews wird sichergestellt, dass die Umsetzung der geplanten Maßnahmen wie geplant erfolgt bzw. frühzeitig in geeigneter Weise gegengesteuert

wird. In 2012 ergab eine Überprüfung, dass der überwiegende Teil der Optimierungen bis 2015 planmäßig umgesetzt werden kann. In 2013 wird eine Reihe von weiteren Optimierungsinitiativen in verschiedenen Bereichen der Bank durchgeführt.

Steuerungssysteme der Bank

Die Steuerungssysteme der IBB betreffen betriebswirtschaftliche, handelsrechtliche und aufsichtsrechtliche Aspekte. Darunter fallen insbesondere die Festlegung der strategischen Ausrichtung der Geschäfts- und Risikostrategie, die operative Planung, die Fragen der Eigenkapitalausstattung und Fristentransformation, die Entscheidung über einzusetzende Steuerungsinstrumente sowie die Kernsteuerungsfunktionen Rechnungswesen, das Ergebnis- und Risikocontrolling und das Meldewesen.

Als erfolgsorientierte Steuerungsgrößen bzw. Leistungsindikatoren der IBB dienen dabei insbesondere:
- das wirtschaftliche Ergebnis und
- die Cost-Income-Ratio/Förder-Cost-Income-Ratio.

Das wirtschaftliche Ergebnis ermittelt sich aus dem Jahresergebnis zuzüglich des Berlin-Beitrages (im Vorjahr Förderleistung) der IBB. Im Berlin-Beitrag werden die für die IBB wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt.

Die Cost-Income-Ratio ergibt sich als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Bruttoertrag, wobei der Bruttoertrag definiert ist als die Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis abzüglich des Berlin-Beitrages der IBB. Sofern der Berlin-Beitrag im Bruttoertrag nicht abgezogen wird, ergibt sich daraus die Förder-Cost-Income-Ratio.

Die Geschäftssteuerung der Bank erfolgte im zurückliegenden Jahr im Rahmen der in der Geschäftsstrategie verankerten Strategien für die Geschäftsfelder Immobilien- und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Treasury. Dabei wird die Konkretisierung auf Basis der aktuell gültigen Mittelfristplanung der Bank vorgenommen. Die Funktionalstrategien, insbesondere die Risikostrategie, werden aus der Geschäftsstrategie abgeleitet. Die Steuerung erfolgt primär auf Ebene der Geschäftsfelder. Die Risikosteuerung wird detailliert im Risikobericht beschrieben.

Die strategischen Vorgaben und Ziele werden jährlich bzw. anlassbezogen überprüft und ggf. angepasst.

Die Operationalisierung der Ziele erfolgt auf Gesamtbankebene jährlich im Rahmen der operativen Planung mit einem Planungshorizont von einem Jahr und in jedem zweiten Jahr auf strategischer Ebene mit einem Planungshorizont von fünf Jahren im Rahmen der Mittelfristplanung. Diese basiert ebenfalls auf den Rechnungslegungsvorschriften des HGB.

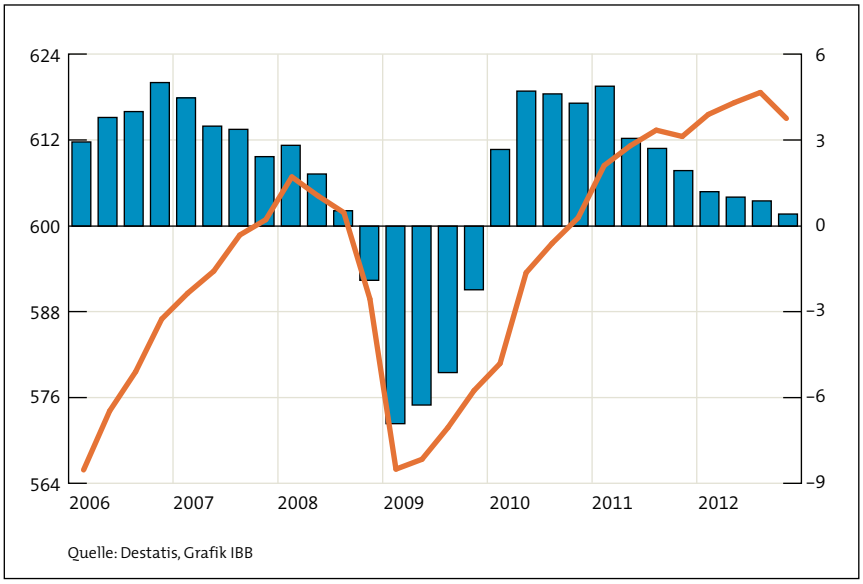
Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Wirtschaftsverlauf in Deutschland hat sich trotz der seit 2011 anhaltenden globalen Konjunkturschwäche und der Krise im Euroraum zunächst als robust erwiesen. Gleichwohl wurden im weiteren Jahresverlauf die Krisenfolgen vor allem im Auftragsgeschehen zunehmend sichtbar, so dass konjunkturelle Dämpfer durch eine rückläufige Investitionstätigkeit nicht ausblieben.

BIP-Entwicklung in Deutschland

Mrd. EUR, in Preisen von 2005, Wachstumsraten ggü. Vorjahr in % (rechte Skala)

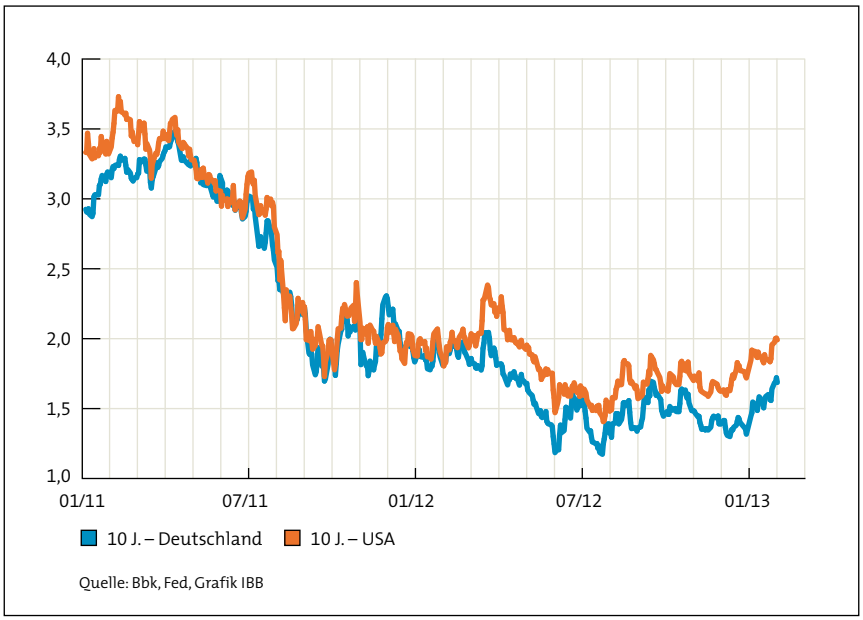


Quelle: Destatis, Grafik IBB

Die Euro-Krise hatte sich im Verlauf des Jahres 2012 zunächst weiter verschärft. Nachdem die großvolumigen Langfristoperationen der Europäischen Zentralbank (EZB) die Kapitalmärkte nur kurzzeitig beruhigen konnten und die europäische Finanzpolitik im ersten Halbjahr vertrauensfördernde Impulse vermissen ließ, sah sich die EZB im Sommer 2012 schließlich veranlasst, ihre Bereitschaft zu Anleihekäufen zu erklären. Auch ohne tatsächlichen Vollzug der Anleihekäufe sorgte die grundsätzliche Bereitschaft der EZB zunächst für eine Rückbildung der Risikoaufschläge.

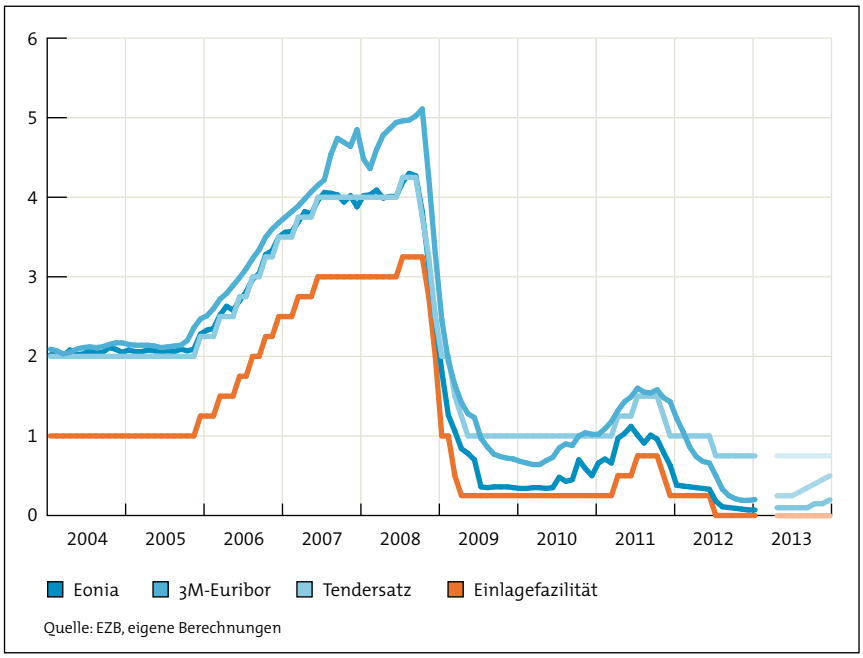
Bundesanleihen waren aber weiterhin durch außerordentlich niedrige Renditen gekennzeichnet, denn der stabilisierende Einfluss möglicher EZB-Eingriffe wurde auch als Vorsorge gegen deutsche Haftungsrisiken im Zuge der Euro-Rettungsmaßnahmen verstanden.

Kapitalmarktrenditen USA/Deutschland



Quelle: Bbk, Fed, Grafik IBB

Geldmarktzinsen Euroland



Quelle: EZB, eigene Berechnungen

In diesem durch Verunsicherung gekennzeichneten Marktumfeld hielt die unterschiedliche Entwicklung der europäischen Finanzinstitute weiter an. Während schwächere Marktteilnehmer vorrangig auf die Liquiditätszuteilungen der EZB angewiesen blieben, beließen stärkere Finanzinstitute Mittelzuflüsse vorwiegend ohne jede Verzinsung im Euro-System. Die geforderte Stärkung der Eigenkapitalausstattung wurde zu wesentlichen Teilen über den Abbau risikogewichteter Aktiva umgesetzt.

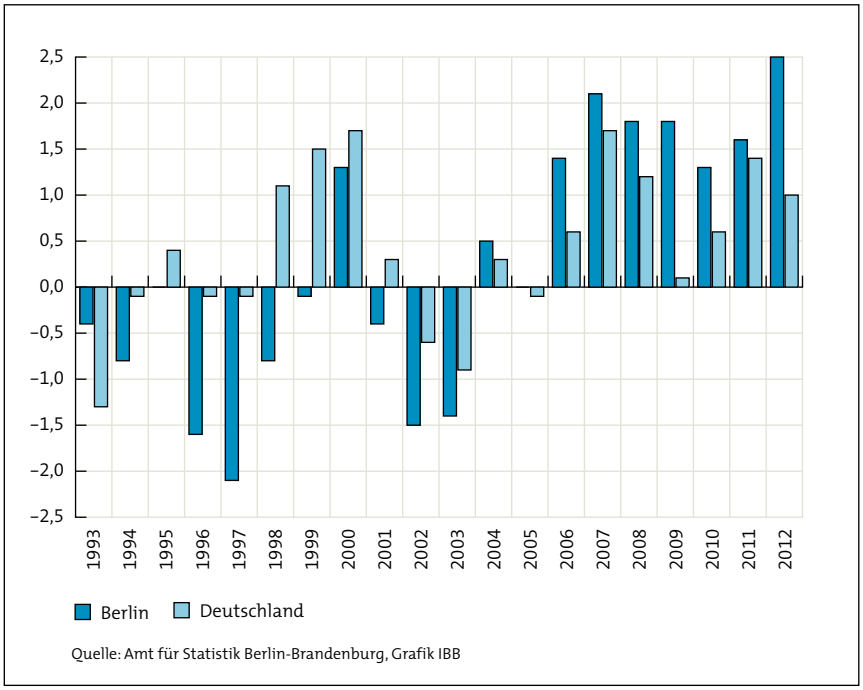
Der Wirtschaftsstandort Berlin ist 2012 relativ unbeschadet durch die Euro-Krise gekommen. Denn grundsätzlich ist die Wirtschaft der deutschen Hauptstadt weniger von den krisenanfälligen Industriebranchen abhängig als die Wirtschaftsstandorte in den südlichen Bundesländern. Die Berliner Konjunktur entwickelt sich im aktuellen Umfeld daher stabiler als im Bundesdurchschnitt.

Die schwierige Absatzlage in den rezessionsgeplagten südeuropäischen Ländern wie Spanien und Italien konnte in Berlin zumindest teilweise durch Exporterfolge in die USA und in die Schwellenländer kompensiert werden. Getrübt wurde die Konjunktur lediglich von der rückläufigen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe. Insbesondere die Aufträge aus dem Inland sind hier stark zurückgegangen. Dabei ging die Schwäche vor allem von den Investitionsgüterproduzenten im Bereich Maschinenbau und Elektrische Ausrüstungen aus. Demgegenüber profitierten die eher auf private Verbraucher orientierten Unternehmen – vor allem die Hersteller langlebiger Konsumgüter – von der bis zuletzt wachsenden Erwerbstätigkeit in der Hauptstadt, den Lohnzuwächsen und den Tourismusrekorden.

Die Touristen waren auch 2012 eine starke Stütze der Berliner Konjunktur. Hier hielt der außerordentlich positive Trend nach wie vor an. Beim Berliner Einzelhandel und im Gastgewerbe sorgte dies für deutlich steigende Umsätze.

Erwerbstätige in Berlin und Deutschland

Veränderung zum Vorjahr in %

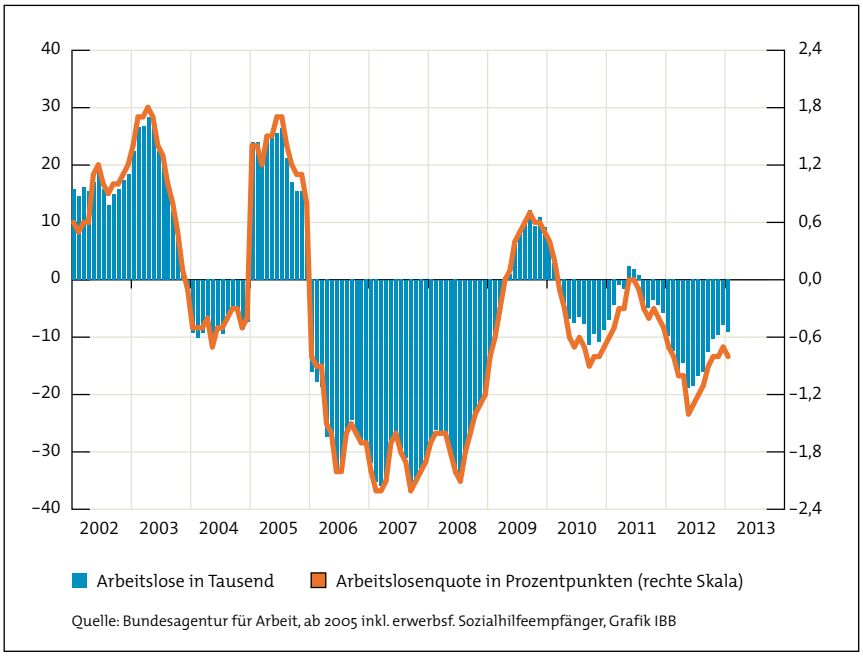


Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Grafik IBB

Die Zahl der Beschäftigten nimmt in Berlin im Bundesländervergleich bereits seit längerer Zeit überdurchschnittlich zu. Allerdings steigt die Beschäftigung in Berlin insbesondere durch Zuwanderungen und Pendler aus dem Umland, so dass die Arbeitslosenquote nicht im gleichen Maße sinkt. Gleichwohl standen den Erwerbslosen im Jahresdurchschnitt rund 18.000 gemeldete offene Stellen gegenüber. Dabei erwiesen sich vor allem die Dienstleistungsbranchen als Jobmotor, insbesondere im Gastgewerbe, im Handel, in der Information und Kommunikation, im Bereich Erbringung von freiberuflichen und wissenschaftlichen Dienstleistungen sowie in der Abfallentsorgung ist die Nachfrage nach Arbeitskräften groß.

Veränderung der Arbeitslosigkeit in Berlin

ggü. Vorjahresmonat



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, ab 2005 inkl. erwerbsf. Sozialhilfeempfänger, Grafik IBB

Trotz dieser dynamischen Entwicklung ist der Sockel an Arbeitslosigkeit in Berlin nach wie vor hoch. Im Bundesländervergleich lag Berlin auch 2012 mit einer Arbeitslosenquote von im Schnitt über 11 % immer noch auf dem letzten Platz. In den südlichen Bundesländern sieht es dagegen deutlich besser aus. An der Spitze stehen Bayern und Baden-Württemberg mit Arbeitslosenquoten von unter 4 %.

Dennoch befindet sich Berlin in einer Position der Stärke. Die verschärfte Wirtschaftskrise in Europa trifft auf eine wettbewerbsfähige Industrie. Diese hatte den Einbruch 2008/2009 bereits im Jahr 2010 wieder aufgeholt. Neustrukturierungen der Produktionsprozesse, die günstige Entwicklung bei den realen Lohnstückkosten und qualitativ hochwertige Produkte haben dazu beigetragen, die internationale Wettbewerbsposition der Berliner Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in den letzten Jahren zu stärken. So lag der Anteil des Auslandsumsatzes im Durch-

schnitt des vergangenen Jahres über Bundesniveau. Dennoch kann sich die Berliner Industrie von der ausgeprägten Schwäche der wichtigen europäischen Absatzmärkte nicht gänzlich abkoppeln. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Wertschöpfungsanteil der Berliner Industrie mit rund 11 % sehr gering ist. Die deutsche Hauptstadt ist von einer stark dienstleistungsorientierten Wirtschaft geprägt. So sind denn auch diese Wirtschaftszweige die wesentliche Stütze der Berliner Konjunktur.

Die relativ robuste Entwicklung im Bereich Unternehmensdienstleistungen, die steigenden Löhne und vor allem der durch die stark expandierenden Touristenströme wachsende Konsum wirken stabilisierend.

Berlin ist Gründerhauptstadt und erzielt im Vergleich der Bundesländer bei den Gründungen pro Einwohner den höchsten Wert. In den letzten Jahren hat sich die deutsche Hauptstadt auch immer mehr zum Gründungszentrum der Internetwelt entwickelt. Die Gründe liegen auf der Hand: Berlin bietet viel und ist günstig: gut ausgebildetes Personal, viele Nationalitäten – die Lebenshaltungskosten sind vergleichsweise niedrig, ebenso wie die Lohnstruktur. Zahlreiche Gründungen gibt es auch in den Zukunftsbereichen Medien, Kreativwirtschaft, Gesundheit, Energie, Verkehr und Optik.

Alles in allem entstanden im Saldo aus Neuerrichtungen und Stilllegungen überdurchschnittlich viele Betriebe in einem der fünf länderübergreifenden Cluster. Die gemeinsame Innovationsstrategie für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg „innoBB“ umfasst dabei die folgenden Cluster:

- Gesundheitswirtschaft,
- Energietechnik,
- Verkehr, Mobilität und Logistik,
- IKT, Medien und Kreativwirtschaft sowie
- Optik (einschl. Mikrosystemtechnik).

Vor allem im Bereich „Information und Kommunikation“ wurden im vergangenen Jahr nach Abzug der Abmeldungen deutlich mehr Unternehmen registriert – hier vor allem im Bereich „Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie“. Aber es gibt auch nach wie vor Gründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus, häufig in den Bereichen Gastgewerbe, Handel und Baugewerbe.

Auch von der in Berlin nach wie vor starken Baukonjunktur – nicht zuletzt durch das im Zuge der Finanzkrise wachsende Interesse an Sachwerten – gehen Impulse für die hiesige Wirtschaft aus. So zogen insbesondere im Wohnungsbau – aber nicht nur dort – die Auftragseingänge im Jahresverlauf 2012 weiter an und liegen nach wie vor auf dem höchsten Wert seit 2002.

Geschäftsverlauf 2012

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Die wirtschaftliche Belebung Berlins als auch die nachhaltig positive Entwicklung des Wohnimmobilienmarktes spiegeln sich auch im Geschäftsverlauf 2012 der IBB wider. Mit einem wirtschaftlichen Ergebnis von 72,3 Mio. EUR konnte die IBB das Vorjahresergebnis von 55,5 Mio. EUR bei weitem übertreffen.

Der Zinsüberschuss ist nach wie vor wichtigster Ergebnisbestandteil. Der prognostizierte Rückgang des Zinsergebnisses im Vergleich zum Vorjahr fiel dabei aufgrund der weiterhin günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten der Bank sowie der für die Bank günstigen Zinsstrukturkurve geringer aus als erwartet.

Außerdem musste in 2012 in erheblich geringerem Maße Risikovorsorge, insbesondere im Zusammenhang mit der europäischen Schulden- und Finanzkrise, berücksichtigt werden. Sie führte im Vergleich zum Vorjahr zu einem erheblich geringeren Bewertungsbedarf von -19,8 Mio. EUR (Vorjahr -82,2 Mio. EUR).

Dem Land stellte die IBB auch in diesem Jahr vorab einen Berlin-Beitrag der IBB (im Vorjahr Förderleistung) zur Unterstützung der Förderpolitik zur Verfügung. Dieser lag mit 32,8 Mio. EUR bei etwa knapp der Hälfte des wirtschaftlichen Ergebnisses.

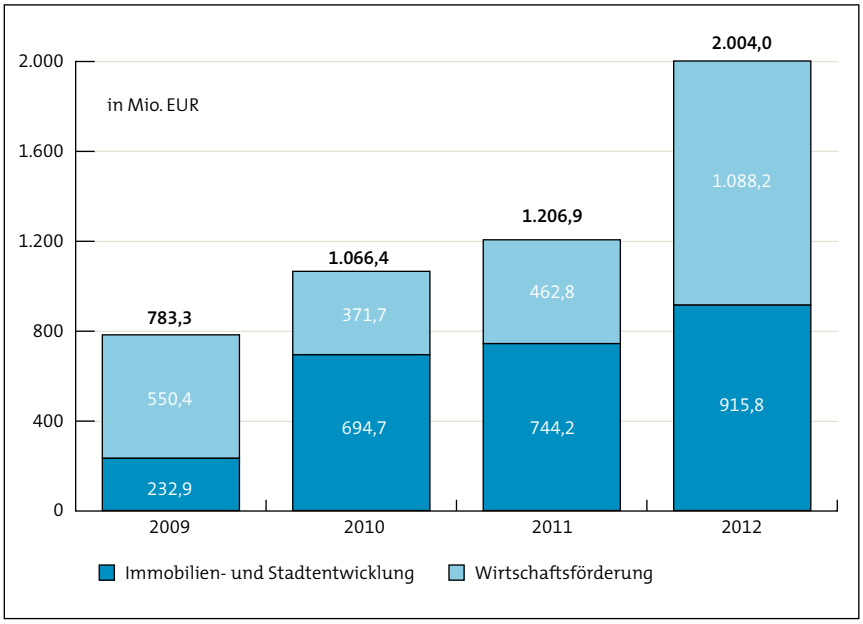
Dabei umfasst der Berlin-Beitrag Aktivitäten der Bank auf Veranlassung des Landes Berlin, die nach Berücksichtigung sämtlicher für die Durchführung anfallender Kosten sowie sämtlicher dabei erwirtschafteter Erträge für die IBB defizitär sind.

Die IBB kann somit auch in 2012 von einem sehr erfolgreichen Jahr berichten. Die Bank verfügt neben der guten Ertragslage auch über eine stabile Vermögens- und Finanzlage. Die Bilanzsumme reduzierte sich planmäßig um 1,5 % auf 19,9 Mrd. EUR. Der im Rahmen der De-Risking-Strategie umgesetzte Bestandsabbau an Wertpapieren wurde durch ein höheres Kundenkreditvolumen weitgehend aufgefangen.

Fördervolumen für das Neugeschäft in der Wirtschafts- und Immobilienförderung steigt erstmals auf über 2,0 Mrd. EUR

Im Geschäftsjahr 2012 hat die IBB trotz der noch nicht bewältigten Finanz- und Schuldenkrise einen bedeutsamen Beitrag zur Sicherung der Finanzierung Berliner Unternehmen geleistet. Das Neugeschäftsvolumen in der Wirtschafts- und Immobilienförderung stieg im Vorjahresvergleich um 66,0 % erstmals auf über 2,0 Mrd. EUR. Damit konnte der Planwert um mehr als 100 % überschritten werden.

Entwicklung des Neugeschäftsvolumen für Darlehen, Avale und Zuschüsse



Finanzierung der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe im Programm „Berlin Infra" prägt das Rekordergebnis in der Wirtschaftsförderung

Im Geschäftsjahr 2012 hat sich der Bereich Wirtschaftsförderung als kompetenter Finanzdienstleister für das Land Berlin präsentiert. Im Auftrag des Senats hat die Investitionsbank Berlin im Rahmen des Programms „Berlin Infra" die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe mit einem Finanzierungsrahmen von 700,0 Mio. EUR begleitet.

Doch auch der Berliner Mittelstand konnte intensiv gefördert werden, was sich an einer deutlichen Volumensteigerung im IBB-Wachstumsprogramm zeigt.

Die Produktpalette wurde in 2012 weiter nachfrageorientiert angepasst. Für das Programm „Berlin Start" wurde eine Erhöhung der Darlehenshöchstgrenze von 100 TEUR auf 250 TEUR und des Unternehmensalters von 3 auf 5 Jahre vereinbart, wodurch Gründer mehr Spielraum für ihre Finanzierungen erhalten. Das Programm „*Pro* FIT" wurde um ein neues *Pro* FIT-Modul Frühphasenfinanzierung erweitert. Das noch junge Programm „Berlin Kredit Innovativ", welches sich speziell an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) richtet, konnte im Berichtsjahr zunächst bis Ende 2013 verlängert werden.

Insgesamt wurden den Unternehmen im Rahmen der Wirtschaftsförderung Mittel in Form von Darlehen, Avalen und Zuschüssen in Höhe von 1.088,2 Mio. EUR (Vorjahr 462,8 Mio. EUR) bewilligt.

Positive Entwicklung des Finanzierungsvolumens im Bereich Immobilien- und Stadtentwicklung

Auch im Geschäftsjahr 2012 erwies sich die Investitionsbank Berlin durch ihre stabile Kredit- und Liquiditätsversorgung als gefragter Förderpartner der Berliner Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Mit einem Finanzierungsvolumen von insgesamt 908,9 Mio. EUR (ohne Sondergeschäfte und Zuschüsse) konnte der Bereich Immobilien- und Stadtentwicklung ein sehr gutes Ergebnis erzielen. Dies geht einher mit einer im Vergleich zum Vorjahr deutlich höheren Stückzahl von Geschäftsabschlüssen.

Als Förderbank unterstützt die Investitionsbank Berlin u. a. Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Im Programm IBB Energetische Gebäudesanierung wurden für derartige Investitionsvorhaben zinsgünstige Darlehen in Höhe von 92,5 Mio. EUR zugesagt. Weitere Schwerpunkte setzte die IBB durch die Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken und die Förderung von kommunalen Wohnungsunternehmen sowie durch eine aktive und zielgerichtete Betreuung der Bestandskunden.

Im Geschäftsjahr 2012 konnte das Produkt „IBB Wohnraum Modernisieren“ als Ersatzprodukt für das weggefallene „KfW-Modernisierungsprogramm“ ebenso erfolgreich wie das Programm „IBB WEG-Finanzierung“ eingeführt werden. Zudem erweiterte die IBB ihre Produktpalette um die Durchleitung der KfW-Programme „KfW-Wohneigentumsprogramm“ und „KfW-Energieeffizient Bauen“ für die Eigenheimkunden.

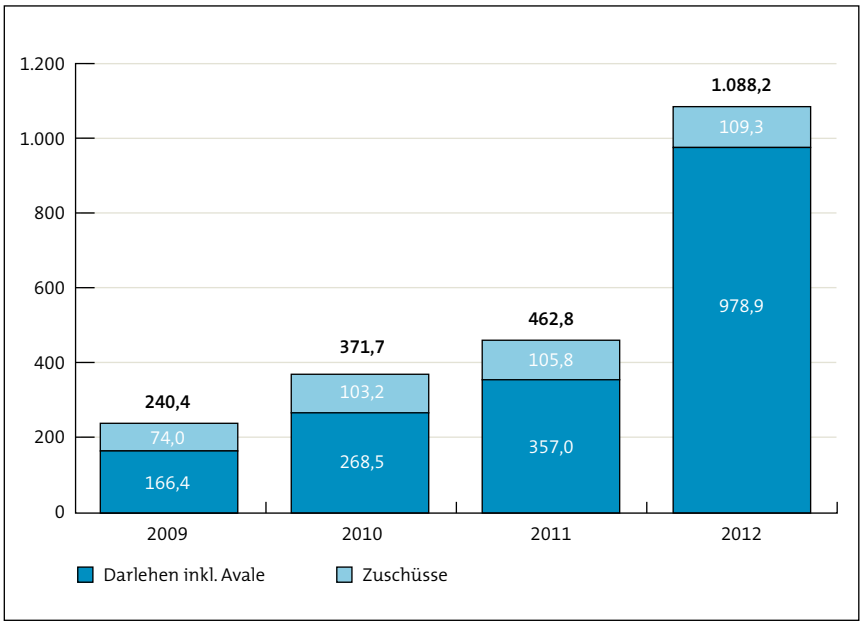
Entwicklung in den Segmenten

Wirtschaftsförderung

Das Geschäftsjahr 2012 gestaltete sich aus Sicht der Wirtschaftsförderung sehr erfreulich. Der Gesamtbestand an Darlehen und Avalen stieg von 1,3 Mrd. EUR um 0,8 Mrd. EUR. Damit kann in der Wirtschaftsförderung erstmals ein Bestand von mehr als 2,0 Mrd. EUR ausgewiesen werden. Einen großen Anteil daran hat die Begleitung des Rückerwerbes der Berliner Wasserbetriebe durch das Land Berlin in einem Finanzierungsrahmen in Höhe von 700,0 Mio. EUR im IV. Quartal 2012.

Das Neugeschäft zeigt in den vergangenen vier Jahren einen kontinuierlichen Aufwärtstrend. Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Finanzierungszusagen mehr als verdoppelt werden. Das Neugeschäftsvolumen in 2012 überschreitet den Planwert deutlich und stieg von 462,8 Mio. EUR um 135,1 % auf 1.088,2 Mio. EUR.

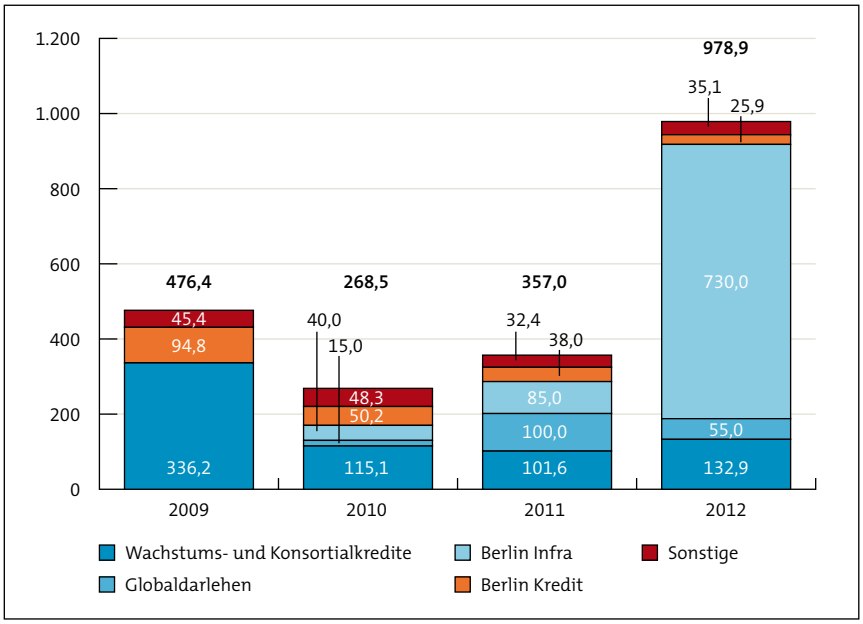
Neugeschäftsentwicklung Wirtschaftsförderung in Mio. EUR



Die Neugeschäftsentwicklung ist maßgeblich durch das Programm „Berlin Infra“ geprägt, das die Begleitung der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe in Höhe von 700,0 Mio. EUR beinhaltet.

Eine positive Entwicklung zeigt sich auch im „IBB-Wachstumsprogramm“, das mittelständische Unternehmen in Berlin mit Darlehen für Investitionen, Um-, Anschluss- sowie Sockelfinanzierungen unterstützt. Hier konnten mit Neugeschäftszusagen in Höhe von 132,9 Mio. EUR sowohl der Vorjahreswert als auch der Planwert deutlich überschritten werden.

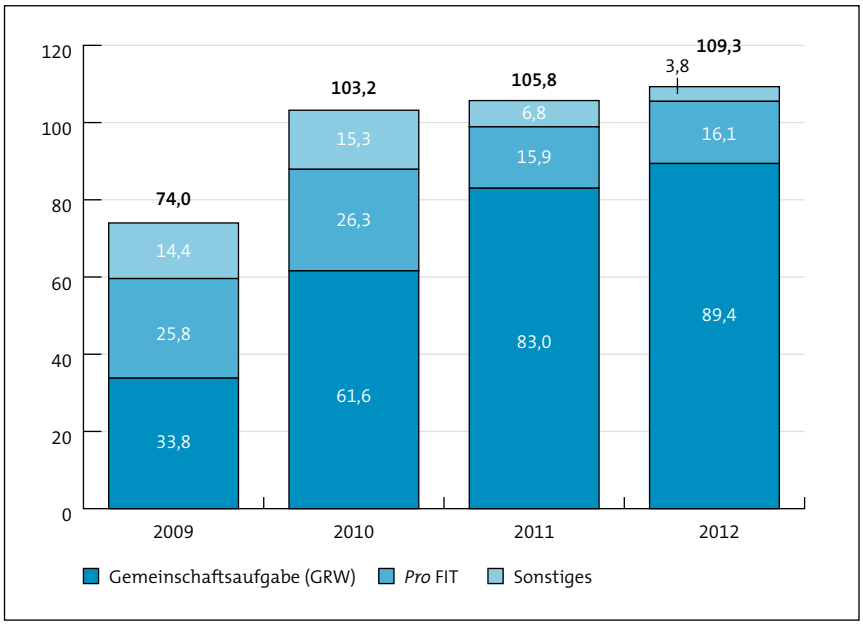
Neugeschäft Darlehen und Avale in Mio. EUR



„Globaldarlehen“ wurden in diesem Jahr in Höhe von 55,0 Mio. EUR vergeben. Die Geschäftsbanken stellen durch die Globaldarlehen den in Berlin tätigen Unternehmen vermehrt Kredite zur Verfügung und geben ihren durch uns erworbenen Refinanzierungsvorteil zur Stärkung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit an mittelständische Unternehmen weiter.

Im Zuschussgeschäft wurden mit 109,3 Mio. EUR mehr Mittel zugesagt als geplant. Auch der Vorjahreswert konnte erneut übertroffen werden. Den größten Anteil an den Zuschüssen liefert weiterhin die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Mit GRW-Zuschüssen werden Investitionsvorhaben von bestehenden Unternehmen und Existenzgründern zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen gefördert.

Neugeschäft Zuschüsse in Mio. EUR



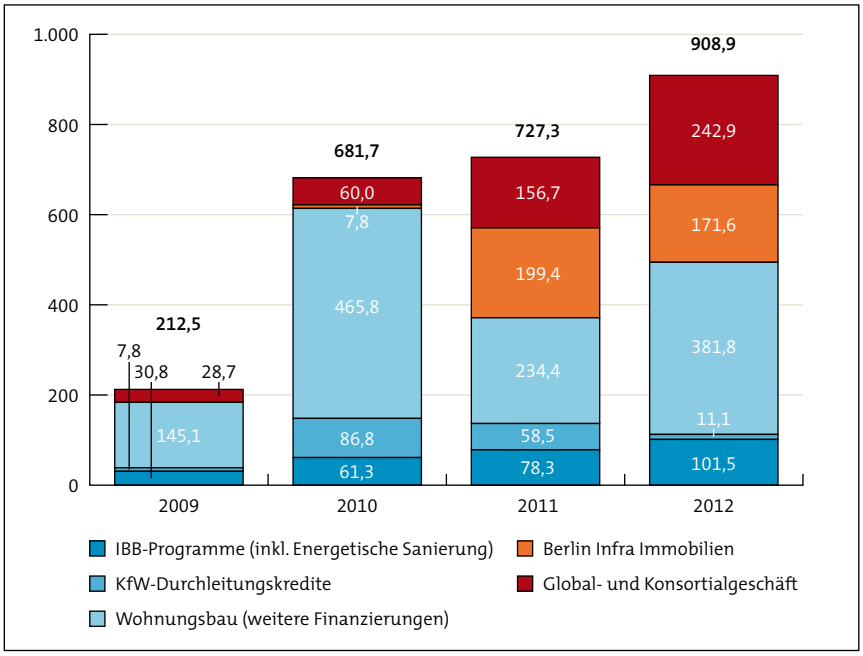
Das Segment Wirtschaftsförderung weist im Berichtsjahr 2012 Erträge in Höhe von 23,0 Mio. EUR aus und liegt damit erwartungsgemäß unter Vorjahresniveau (34,6 Mio. EUR). Das Vorjahresergebnis war u. a. geprägt durch einen Einmaleffekt. Im Verwaltungsaufwand haben die unterjährigen Einsparungen einen positiven Effekt auf das Segmentergebnis gehabt. Belastet wurde das Ergebnis im Rahmen der Risikovorsorge durch die weiterhin angespannte Lage in der Solarbranche. Das entsprechende Exposure wurde fast vollständig wertberichtigt. Das wirtschaftliche Ergebnis beträgt -8,4 Mio. EUR (Vorjahr 1,3 Mio. EUR).

Immobilien- und Stadtentwicklung

Im Segment Immobilien- und Stadtentwicklung wurden in 2012 Finanzierungszusagen (ohne Sondergeschäfte und Zuschüsse) in Höhe von

908,9 Mio. EUR ausgesprochen. Dieses Ergebnis übersteigt sowohl das für 2012 erwartete Bewilligungsvolumen als auch den Vorjahreswert (727,3 Mio. EUR).

Finanzierungszusagen in Mio. EUR



Ein wichtiger Förderschwerpunkt der IBB ist unverändert die Vergabe von zinsvergünstigten KfW-refinanzierten Darlehen im Eigenprogramm „IBB Energetische Gebäudesanierung“ für die Finanzierung von Baumaßnahmen an Wohngebäuden zur Energieeinsparung. Im Vergleich zu 2011 erhöhte sich das Bewilligungsvolumen von 66,0 Mio. EUR um 26,5 Mio. EUR auf 92,5 Mio. EUR. Positiv zu vermerken ist, dass eine stark steigende Anzahl von Kunden Interesse an energetischen Modernisierungen ihrer Wohnimmobilien zeigt und auf die bereitgestellten Fördermittel zurückgreift. Durch Aufstockung der Fördermittel konnten mehr Förderanträge im Programm bewilligt werden, was den Rückgang der KfW-Durchleitungskredite ohne zusätzliche Zinsverbilligung erklärt.

Im Geschäftsjahr 2012 konnte die IBB im Rahmen des Förderprogramms „Berlin Infra“ Infrastrukturinvestitionen von kommunalen Unternehmen in Höhe von 171,6 Mio. EUR (Vorjahr 199,4 Mio. EUR) finanzieren.

Zudem hat die IBB die Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken intensiviert und durch die Vergaben von Darlehen im Global- und Konsortialgeschäft den Berliner Wohnungsbestand mittelbar gestärkt. Insgesamt konnte die IBB den Hausbanken mittels Globaldarlehen zinsgünstige Refinanzierungsmittel in Höhe von 100,0 Mio. EUR (Vorjahr 80,0 Mio. EUR) bereitstellen und Konsortialfinanzierungen in Höhe von 142,9 Mio. EUR (Vorjahr 76,7 Mio. EUR) vornehmen.

Darüber hinaus unterstützt die IBB bestehende Förderengagements mit individuellen und bedarfsgerechten Finanzierungskonzepten durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen zur Schließung von Finanzierungslücken bei Inanspruchnahme aktueller Förderprodukte. Zur Vermeidung von Bürgschafts- und Förderdarlehensausfällen für das Land Berlin engagiert sich die IBB zudem bei der Unterstützung von Sanierungsprojekten. Insgesamt konnte die IBB im Rahmen dieser weiteren Wohnungsbaufinanzierungen Bewilligungen in einer Gesamthöhe von 381,8 Mio. EUR aussprechen und somit sowohl den Vorjahreswert (234,4 Mio. EUR) als auch den Planwert deutlich übertreffen.

Der Gesamtbestand an Darlehen und Avalen beträgt zum Jahresende ohne Berücksichtigung von Nebenforderungen 11,4 Mrd. EUR (Vorjahr 11,6 Mrd. EUR). Die Darlehensvalutierungen betrugen ohne Sondergeschäfte 874,9 Mio. EUR (Vorjahr 779,1 Mio. EUR).

Das Segment Immobilien- und Stadtentwicklung konnte auch im Berichtsjahr 2012 die Planwerte für das wirtschaftliche Ergebnis deutlich übertreffen. Zum Jahresende wird ein Ergebnis von 56,9 Mio. EUR ausgewiesen, das um 1,1 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau liegt. Haupttragsquelle ist weiterhin das Zinsergebnis mit 70,8 Mio. EUR (Vorjahr 66,8 Mio. EUR). Der Rückgang im sonstigen betrieblichen Ergebnis um -9,7 Mio. EUR auf -3,7 Mio. EUR ist im Wesentlichen durch Sondereffekte des Vorjahres aus der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen geprägt. Die Portfoliostruktur hat sich insgesamt deutlich verbessert, was zu entsprechenden Auflösungen von Vorsorgepositionen führte. Der positive Saldo aus Vorsorgemaßnahmen für das Kreditgeschäft verbesserte sich von 7,4 Mio. EUR im Vorjahr auf 16,1 Mio. EUR in 2012. Durch die ebenfalls unter Plan liegenden Verwaltungsaufwendungen wird das wirtschaftliche Ergebnis zusätzlich positiv beeinflusst.

Treasury

Zur Erfüllung der Förderaufgaben steuert das Segment Treasury die Liquidität und Refinanzierung der IBB. Neben der Mittelbereitstellung durch das Land erfolgt die Refinanzierung durch die Emission von Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen in allen Laufzeiten. Zusätzlich erfolgen Mittelaufnahmen am Geldmarkt und die Inanspruchnahme von Refinanzierungsmitteln der KfW und der EIB. Das Bilanzstrukturmanagement erfolgt als umfassendes Aktiv-/Passivmanagement. Geschäftsabschlüsse werden an den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten getätigt.

Durch eine intensive Marktpflegeaktivität gewährleistet die IBB die Liquidität ihrer Anleihen auf dem Sekundärmarkt und erhöht somit die Attraktivität der Titel für Investoren. Als eine mit Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin ausgestattete Förderbank verfügt die Bank über die gleiche hohe Bonität wie das Land Berlin. Die Bonität des Landes Berlin wird aktuell von zwei Ratingagenturen bewertet,

die Einstufung von Moody´s wird aktuell mit Aa1 (negativer Ausblick) vorgenommen, die Einstufung von Fitch mit AAA (stabiler Ausblick).

Im Segment Treasury entspricht das wirtschaftliche Ergebnis mit 31,2 Mio. EUR im Berichtsjahr 2012 den Erwartungen. Wegen der weiter durchgeführten De-Risking-Strategie fiel der Vorsorgebedarf für Wertpapiere mit -20,4 Mio. EUR in diesem Jahr deutlich geringer aus als im Vorjahr (-75,9 Mio. EUR). Gleichzeitig reduzierte sich auch das Zinsergebnis im Vergleich zum Vorjahr von 71,7 Mio. EUR um 20 % auf 57,2 Mio. EUR. Der Rückgang ist insbesondere zurückzuführen auf die planmäßige Bestandsreduzierung in diesem Segment.

Corporate Center

Im Segment Corporate Center werden die nicht den Marktbereichen (Immobilien- und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Treasury) zugeordneten Steuerungsfunktionen der Bank (hoheitliche Funktionen) sowie die nicht den Marktbereichen zurechenbaren Ergebnisbestandteile abgebildet.

Im Segment Corporate Center wird im Berichtsjahr ein wirtschaftliches Ergebnis von -7,4 Mio. EUR (Vorjahr 7,4 Mio. EUR) ausgewiesen. Die Veränderung ergibt sich im Wesentlichen aus dem geringeren Zinsergebnis, das den kalkulatorischen Zinsanspruch für unverzinsliche Bestände beinhaltet. In 2012 waren die entsprechenden Geld- und Kapitalmarktzinsen deutlich niedriger als im Vorjahr. Außerdem wurde das Zinsergebnis durch die Aufzinsung von Rückstellungen und Wertberichtigungen belastet.

Lage der Bank

Ertragslage

In der nachfolgend dargestellten Ergebnisrechnung wurden einzelne in der handelsrechtlichen GuV-Rechnung ausgewiesene Beträge nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten umgegliedert bzw. ergänzt. Dies betrifft zum einen die Aufwendungen der Bank, die als Berlin-Beitrag dem Land als im Sinne einer Vorabausschüttung zur Verfügung gestellt werden. Zahlungen der Bank, die unter dem GuV-Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ (14,0 Mio. EUR, Vorjahr 13,8 Mio. EUR) und Risikovorsorge (3,7 Mio. EUR, Vorjahr 3,0 Mio. EUR) enthalten sind, werden ebenso als Berlin-Beitrag dargestellt wie auch die unentgeltlich erbrachten Leistungen der Bank (15,1 Mio. EUR, Vorjahr 16,4 Mio. EUR), die ausschließlich kalkulatorisch berücksichtigt werden. Diese nicht liquiditätswirksamen Leistungen werden in der Ergebnisrechnung als betrieblicher Ertrag und zusätzlich als Berlin-Beitrag abgebildet. Ebenso verändert abgebildet wird der Verwaltungsaufwand der Bank. So werden Personalkosten für Mitarbeiter, die an Konzerntöchter entsendet wurden (0,4 Mio.

EUR), nicht im Personalaufwand, sondern im Saldo des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen sowie die Aufwendungen für die im Rahmen der Umsetzung der Projektergebnisse zur Weiterentwicklung des Geschäftsmodells erforderlichen personalwirtschaftlichen Maßnahmen wie im Vorjahr im außerordentlichen Ergebnis berücksichtigt.

Der Vorjahresvergleich der Ergebnisrechnung des Geschäftsjahres 2012 ist geprägt von den Sonderfaktoren in den Erträgen des Vorjahres sowie den in 2011 berücksichtigten Auswirkungen der europäische Schulden- und Finanzkrise auf die Risikovorsorge des vorangegangenen Geschäftsjahres.

Das wirtschaftliche Ergebnis der Bank konnte insbesondere aufgrund der deutlich geringer erforderlichen Vorsorgeaufwendungen um 30,4 % oder 16,8 Mio. EUR auf 72,3 Mio. EUR gesteigert werden.

Ergebnisrechnung in Mio. EUR	2012	2011	**Veränderung** absolut	in %
Zinsüberschuss	147,9	161,6	–13,7	–8,5
Provisionsüberschuss	10,7	11,4	–0,7	–6,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	12,9	39,8	–26,9	–67,6
Summe Erträge	**171,4**	**212,7**	**–41,3**	**–19,4**
Verwaltungsaufwand	–76,6	–73,9	–2,6	–3,6
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungen	94,9	138,8	–43,9	–31,7
Risikovorsorge/Bewertungen	–19,8	–82,2	62,4	75,9
Außerordentliches Ergebnis	–2,8	–1,1	–1,6	<–100
Wirtschaftliches Ergebnis	**72,3**	**55,5**	**16,8**	**30,4**
Berlin-Beitrag	–32,8	–33,2	0,4	1,1
Jahresüberschuss	**39,5**	**22,3**	**17,2**	**77,3**

Hauptertragsquelle der Bank ist der Zinsüberschuss, der sich gegenüber dem Vorjahr um 8,5 % auf 147,9 Mio. EUR reduzierte. Der Rückgang ist insbesondere zurückzuführen auf die planmäßige Bestandsreduzierung im Segment Treasury. Mit einem Anteil in Höhe von 47,9 % (Vorjahr 41,4 %) ist der Zinsüberschuss aus dem Segment Immobilien- und Stadtentwicklung der maßgebende Teil im Gesamtzinsüberschuss.

Der Provisionsüberschuss (10,7 Mio. EUR), der weiterhin maßgeblich von Entgelten für die Bearbeitung von Bürgschaften und Zuschüssen aus der Immobilienförderung bestimmt wird, liegt aufgrund auslaufender Förderungen erwartungsgemäß unter Vorjahresniveau (11,4 Mio. EUR).

Das sonstige betriebliche Ergebnis reduziert sich deutlich gegenüber dem durch Sondereinflüsse bestimmten Vorjahreswert in Höhe von 39,8 Mio. EUR und erreicht einen Wert in Höhe von 12,9 Mio. EUR.

Verwaltungsaufwand leicht über Vorjahr

Der Verwaltungsaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr erwartungsgemäß um 2,7 Mio. EUR erhöht und beträgt 76,6 Mio. EUR (Vorjahr 73,9 Mio. EUR). Dabei erhöhten sich die Personalaufwendungen um 1,9 Mio. EUR auf 49,3 Mio. EUR (Vorjahr 47,4 Mio. EUR), der Sachaufwand erhöhte sich um 1,2 Mio. EUR auf 23,3 Mio. EUR (Vorjahr 22,1 Mio. EUR).

Die als Relation zwischen den Verwaltungsaufwendungen und der Summe der Erträge definierte Förder-Cost-Income-Ratio erhöhte sich v. a. bedingt durch Einmaleffekte im Vorjahresergebnis auf 44,6 % (Vorjahr 34,7 %).

Risikovorsorge/Bewertungen

Die Ergebnisrechnung wird mit einem Bewertungsergebnis in Höhe von 19,8 Mio. EUR (Vorjahr 82,2 Mio. EUR) belastet. Die gegenüber dem Vorjahr deutliche Verringerung ist auf die in 2011 erforderlichen Bewertungsmaßnahmen infolge der europäischen Schulden- und Finanzkrise, die im Vorjahr eine Abwertung der im Bestand befindlichen griechischen Staatsanleihe erforderlich machte, zurückzuführen. Im Kreditgeschäft wurden durch die weiterhin nach konservativen Bewertungsmethoden gebildeten Einzel- und Portfoliowertberichtigungen, die in Anlehnung an IAS 39 berechnet werden, sowie Rückstellungen alle erkennbaren Risiken im Förderkreditgeschäft berücksichtigt.

Außerordentliches Ergebnis

Im Rahmen des außerordentlichen Ergebnisses wurden Aufwendungen für die im Rahmen der Umsetzung der Projektergebnisse zur Weiterentwicklung des Geschäftsmodells erforderlichen personalwirtschaftlichen Maßnahmen berücksichtigt. Für Zwecke der betriebswirtschaftlichen Sichtweise werden diese Posten abweichend zum handelsrechtlichen Ausweis der Gewinn- und Verlustrechnung nicht im Personalaufwand dargestellt.

Wirtschaftliches Ergebnis und Jahresüberschuss

Das wirtschaftliche Ergebnis in Höhe von 72,3 Mio. EUR übertrifft den Vorjahreswert (55,5 Mio. EUR) um 30,4 %. Nach Abzug des aus der Ergebnisrechnung erbrachten Berlin-Beitrages in Höhe von 32,8 Mio. EUR (Vorjahr 33,2 Mio. EUR) verbleibt ein um 17,2 Mio. EUR gestiegener Jahresüberschuss in Höhe von 39,5 Mio. EUR (Vorjahr 22,3 Mio. EUR), welcher zusammen mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr als Bilanzgewinn ausgewiesen wird.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr um 294,7 Mio. EUR auf 19,9 Mrd. EUR reduziert. Das Geschäftsvolumen, in dem zusätzlich die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten sind, reduzierte sich um 309,3 Mio. EUR auf 21,0 Mrd. EUR.

Die zusätzlich zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken zum Jahresende bestehenden Derivate, im Wesentlichen Swapgeschäfte, weisen zum Jahresende ein Nominalvolumen in Höhe von 14,2 Mrd. EUR (Vorjahr 14,4 Mrd. EUR) aus.

Geschäftsvolumen in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011	**Veränderung** absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.714,0	1.890,2	–176,2	–9,3
Forderungen an Kunden	14.217,1	13.732,4	484,7	3,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.556,2	4.146,7	–590,4	–14,2
Anteile an Spezialfonds	150,0	150,0	0,0	0,0
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	100,3	99,1	1,1	1,1
Sonstige	197,9	211,8	–13,9	–6,6
Bilanzsumme	**19.935,5**	**20.230,2**	**–294,7**	**–1,5**
Eventualverbindlichkeiten	109,3	178,4	–69,0	–38,7
Unwiderrufliche Kreditzusagen	975,6	921,1	54,5	5,9
Geschäftsvolumen	**21.020,4**	**21.329,7**	**–309,3**	**–1,5**

Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich gegenüber dem Vorjahr durch geringere Tages- und Termingelder um 0,2 Mrd. EUR auf 1,7 Mrd. EUR reduziert. Der Zuwachs bei den Kundenforderungen (0,5 Mrd. EUR) gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Begleitung des Rekommunalisierungsvorhabens (Berliner Wasserbetriebe) des Landes zurückzuführen.

Als Reaktion auf die europäische Schulden- und Finanzkrise wurde bereits in 2009 eine De-Risking-Strategie beschlossen und im Geschäftsjahr weiter umgesetzt. Der Bestand an Wertpapieren reduzierte sich zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mrd. EUR auf 3,5 Mrd. EUR.

Die Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen veränderten sich um 1,1 Mio. EUR auf 100,3 Mio. EUR (Vorjahr 99,1 Mio. EUR). Die Investitionsbank Berlin hatte bereits in 2011 die IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG (TEF) gegründet. Das eingezahlte Kapital der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr um 0,6 Mio. EUR auf 1,6 Mio. EUR erhöht. Die Beteiligungsbuchwerte erhöhten sich durch die Kapitalaufstockung bei der Peppermint CBF1 GmbH & Co KG um 0,5 Mio. EUR, die Beteiligungsquote der IBB beträgt unverändert 19,92 %.

Die Struktur der Refinanzierungsseite ist im Wesentlichen unverändert gegenüber dem Vorjahr geblieben. Finanziert wird das Geschäftsvolumen zu 22 % (Vorjahr 20 %) über Mittelaufnahmen bei Kreditinstituten sowie über die Emission von verbrieften Verbindlichkeiten am Kapitalmarkt zu 31 % (Vorjahr 33 %). Die von Kunden erhaltenen Refinanzierungsmittel, in denen hauptsächlich die vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel für die Wohnungsbauförderung enthalten sind, blieben mit 8,1 Mrd. EUR (Vorjahr 8,2 Mrd. EUR) nahezu konstant bei einem Refinanzierungsanteil in Höhe von 41 % (Vorjahr 40 %).

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, neben Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von 1,4 Mrd. EUR durchgeführt.

Sowohl die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin als auch die Rolle des Landes Berlin als alleiniger Eigentümer der IBB waren Faktoren dafür, dass die IBB auch im Jahr 2012 jederzeit in der Lage war, sich zu einem angemessenen Preis mit ausreichend Liquidität in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio konnte jederzeit sichergestellt werden, dass keine Liquiditätsengpässe entstanden. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) als auch die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreserve.

Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität

Das bilanzielle Eigenkapital der IBB erhöhte sich im vergangenen Geschäftsjahr um 39,5 Mio. EUR auf 697,0 Mio. EUR. Das gezeichnete Kapital betrug unverändert 300,0 Mio. EUR, alleiniger Eigentümer der IBB ist das Land Berlin.

Eigenkapitalveränderungsrechnung der IBB in Mio. EUR	Grund-kapital	Zweck-rücklagen	Bilanz-gewinn	Summe
Stand 31.12.2011	**300,0**	**313,1**	**44,3**	**657,5**
Jahresüberschuss			39,5	39,5
Stand 31.12.2012	**300,0**	**313,1**	**83,9**	**697,0**

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2011 in Höhe von 22,3 Mio. EUR wurde nach Beschluss des Senats von Berlin als Gewinnvortrag im Eigenkapital der Bank belassen.

Nach Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr und des Jahresüberschusses 2012 in Höhe von 39,5 Mio. EUR wird im Eigenkapital ein Bilanzgewinn in Höhe von 83,9 Mio. EUR (Vorjahr 44,3 Mio. EUR) ausgewiesen. Dieser soll in Höhe von 39,0 Mio. EUR der Zweckrücklage zugeführt werden. Über die Verwendung des Restbetrages beschließt der Senat von Berlin.

Zum Bilanzstichtag weist die Bank ein haftendes Eigenkapital gemäß Kreditwesengesetz in Höhe von 873,0 Mio. EUR (Vorjahr 872,5 Mio. EUR) aus. Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung wird nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ermittelt.

in Mio. EUR/in %	2012	2011
Risikoposition gemäß SolvV	4.533,3	4.734,3
Eigenmittelquote	19,3 %	18,4 %
Kernkapitalquote	16,7 %	16,0 %

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden von der IBB bis zum 31. Dezember 2012 jederzeit eingehalten.

Nachtragsbericht

Nach dem Abschluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2012 haben sich keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

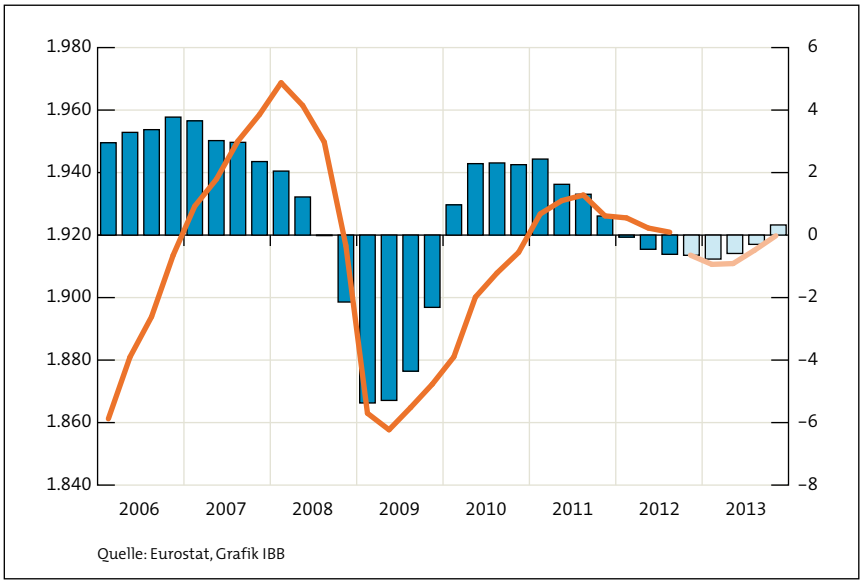
Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Das weltwirtschaftliche Umfeld bleibt labil. Europa verzeichnet eine durch Konsolidierungspakete initiierte Rezession. Sie verläuft im Unterschied zu 2008/09 jedoch glimpflich, weil die Liquiditätsbedingungen großzügig bemessen bleiben, zyklische Übertreibungen bereits in den Vorjahren korrigiert worden sind und die schwache Binnennachfrage durch Verbesserungen im Außenbeitrag entscheidend abgemildert wird.

BIP-Entwicklung in Euroland

Mrd. EUR, in Preisen von 2000, Wachstumsraten ggü. Vorjahr in % (rechte Skala)



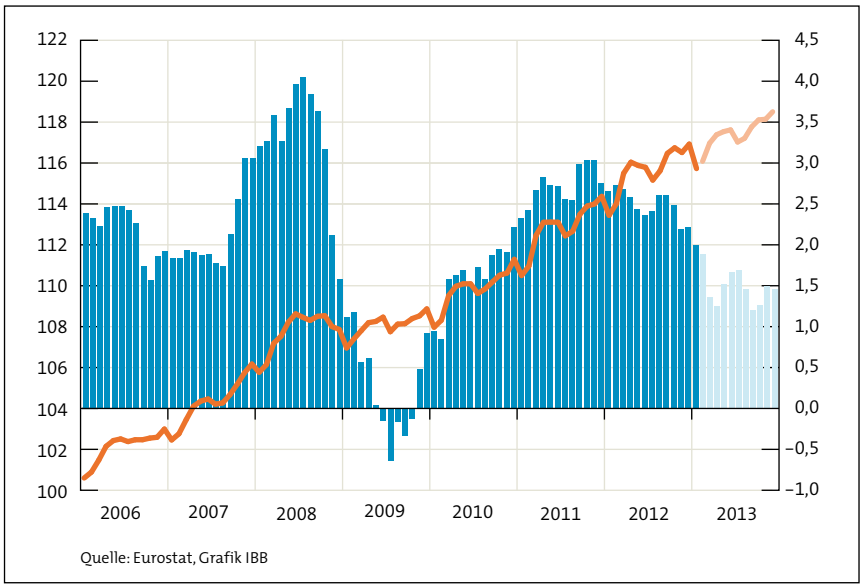
Quelle: Eurostat, Grafik IBB

Auch in Deutschland haben sich die konjunkturellen Perspektiven eingetrübt. Die Unternehmen reduzieren ihre Investitionen und schaffen weniger neue Stellen. Ausschlaggebend hierfür ist neben der Rezession in den europäischen Krisenländern auch die Verlangsamung der globalen Konjunktur. Dennoch wird nicht mit einer länger anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase gerechnet. Eine Rückkehr auf einen stabilen Wachstumskurs ist bereits kurzfristig möglich. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Weltwirtschaft wieder Fahrt aufnimmt und der Reformprozess in den Euroländern weiter voranschreitet.

Alles in allem wird Deutschland auch 2013 nur einen moderaten Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt verzeichnen können. Mit vergleichsweise komfortablen Auftragspolstern, einer immer noch stabilen Beschäftigungslage, hohen Finanzreserven in der Realwirtschaft und einer nach wie vor guten preislichen Wettbewerbsfähigkeit hebt sich die Entwicklung jedoch positiv vom übrigen Euroraum ab.

Inflation in Euroland

Index, Veränderung ggü. Vorjahr in % (rechte Skala)

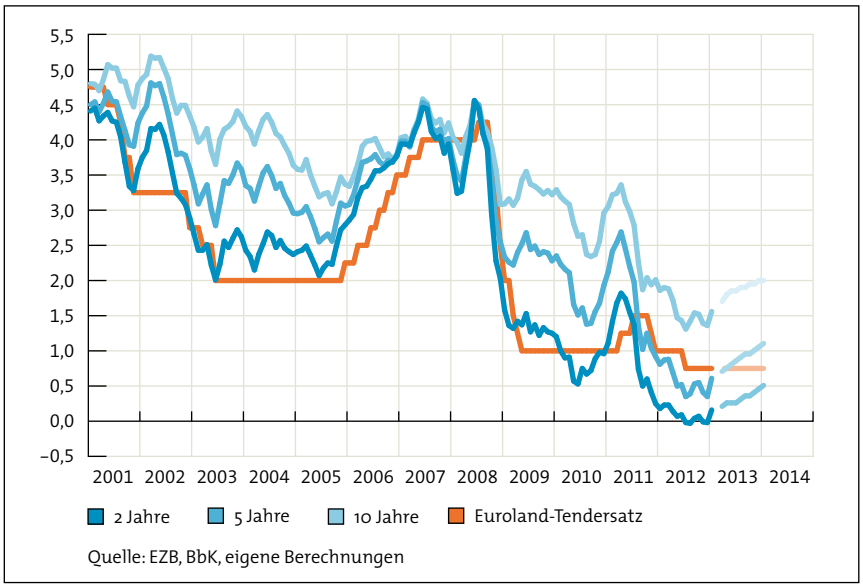


Quelle: Eurostat, Grafik IBB

Diese Prognosen basieren auch auf Annahmen über die künftigen Aktivitäten der Europäischen Zentralbank (EZB). Die EZB wird weiterhin Rücksicht nehmen auf die Verschuldungssituation in den Ländern an der europäischen Peripherie und damit ihren stützenden Kurs – auch mit Blick auf die damit verbundenen Risiken für den Bankensektor – beibehalten. Trotz üppiger Liquidität wird das Inflationsrisiko überschaubar bleiben. Konflikte um die künftige Ausgestaltung des gemeinsamen Währungsraums werden weiterhin das politische Geschehen bestimmen. In zugespitzten Marktphasen reagiert die europäische Politik jedoch pragmatisch. Marktinterventionen und die Fortführung von international abgestimmten Auffanglösungen sollen den Zerfall des Euroraums verhindern. Eine nachhaltige Entschärfung der Staatsschuldenproblematik gelingt auf diese Weise aber nicht. Von erhöhten Risikoaufschlägen für wettbewerbsschwächere Länder und einer robusten Nachfrage nach deutschen Anleihen ist folglich weiter auszugehen.

Zinssätze Euroland

Monatsdurchschnitte in %



Quelle: EZB, BbK, eigene Berechnungen

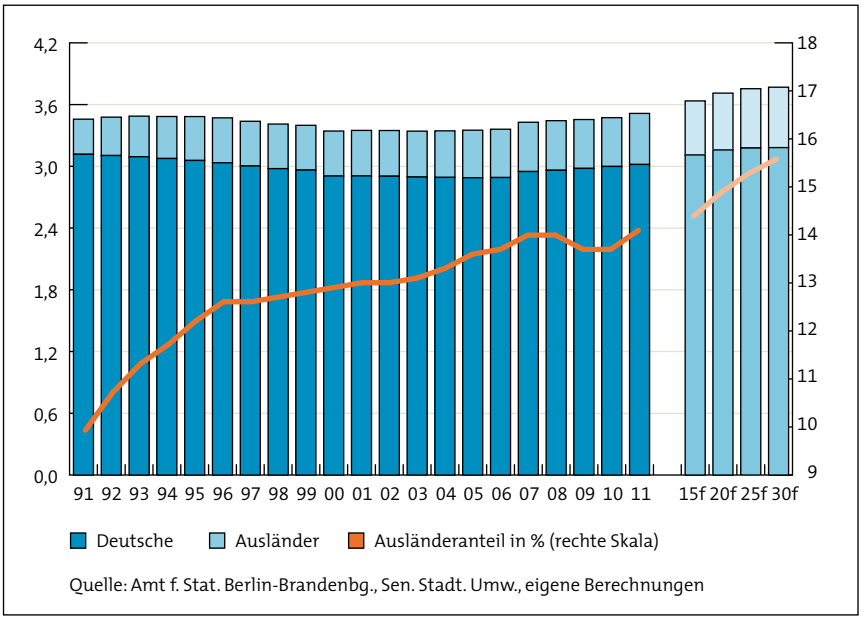
Das Kreditgewerbe bewegt sich in einem ausgesprochen schwierigen Umfeld. Höhere Anforderungen an das Eigenkapital werden kaum allein per Thesaurierung gedeckt werden können. Darüber hinaus sind die verschärften Anforderungen an die Liquidität zu berücksichtigen. Im Verhältnis zu den niedrigen Leitzinsen bleibt die Zinskurve flach und das Renditeniveau in den wenigen risikoarmen Asset-Klassen nicht ausreichend. Gleichzeitig trägt das labile Marktumfeld zu anhaltend hoher Risikovorsorge der Institute bei. Die Einengung der Risikoaufschläge zwischen Banken ist maßgeblich an das Interventionsversprechen der Europäischen Zentralbank geknüpft. Zweifel an deren Umsetzbarkeit sind aber an den Märkten nicht ausgeräumt, so dass eine neuerliche Ausweitung einkalkuliert werden muss.

Die deutsche Hauptstadt Berlin bleibt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch eine überwiegende Zahl von Unternehmen in kleineren Umsatzgrößenklassen geprägt. Bei einer insgesamt labilen Wirtschaftslage hebt sich das Geschehen aber eher positiv vom Bundesdurchschnitt ab. Im Trend ist folglich von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Dies ist letztlich dem Berliner Branchenmix zuzuschreiben, der stark auf den Dienstleistungsbereich ausgerichtet ist. Vor allem der anhaltende Tourismusboom und die damit verbundene Stärkung des Einzelhandels und des Gastgewerbes sowie die überdurchschnittliche Entwicklung bei den unternehmensnahen Dienstleistungen werden für weitere Impulse sorgen. Vor dem Hintergrund der großen Nachfrage auf dem Berliner Wohnimmobilienmarkt sollte aber auch die Baukonjunktur bei günstigen Finanzierungskonditionen und gesteigertem Interesse an Sachwerten robust bleiben.

Das große Interesse an Berliner Wohnimmobilien wird auch in der Preisentwicklung sichtbar. Die Teuerung auf dem Berliner Markt für neu angebotene Wohnungen ist deutlich spürbar. Gleichzeitig werden auch deutliche Mietpreissteigerungen bei Neuvermietungen registriert. Die Kaufpreisentwicklung überstieg den durch Mieterhöhungen bedingten Wertezuwachs. Vor dem Hintergrund der in Berlin über lange Zeit weitgehend stagnierenden Wohnungspreise lässt sich daraus aber nicht zwangsläufig eine entstehende Blase auf dem Berliner Immobilienmarkt ableiten, da den steigenden Kaufpreisen höhere Anforderungen an den Eigenkapitaleinsatz gegenüberstehen.

Im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt nimmt die Bevölkerung in der deutschen Hauptstadt weiter zu. Berlin besitzt gerade für junge Menschen und Beschäftigte in den kreativen Branchen eine sehr hohe Attraktivität. Dadurch kann Berlin langfristig weiter von überregionalen Wanderungsgewinnen und von dem Zuzug hochqualifizierter Beschäftigter profitieren. Hinzu kommt, dass aufgrund des Anstiegs der Singlehaushalte auch die Zahl der privaten Haushalte weiter zunehmen wird.

Bevölkerung in Berlin in Mio.



Quelle: Amt f. Stat. Berlin-Brandenbg., Sen. Stadt. Umw., eigene Berechnungen

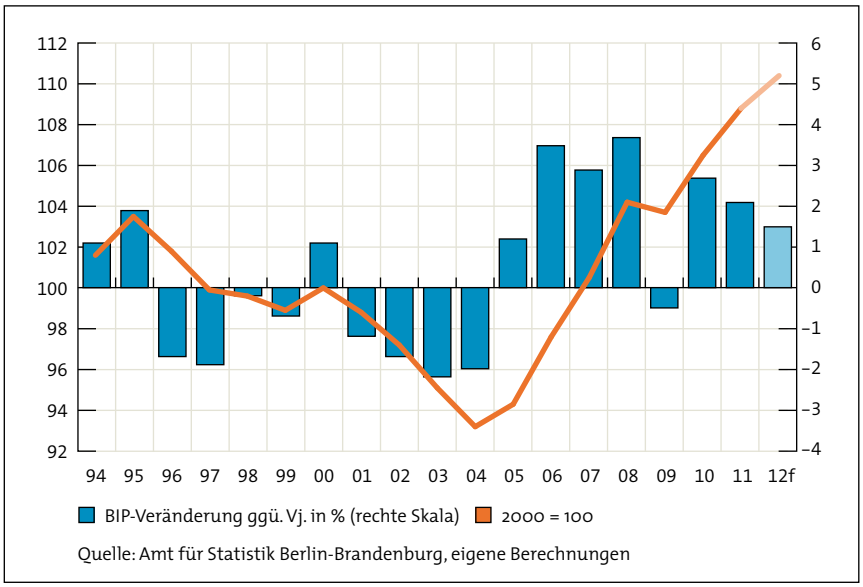
Alles in allem ist Berlin eine attraktive Stadt mit insgesamt guten Perspektiven. Deshalb dürften die Preise für Wohnimmobilien bei einer möglichen Korrektur des Marktes künftig nicht, allenfalls nur geringfügig, fallen. Für 2013 erwarten wir eine abnehmende Preisdynamik auf hohem Niveau. Sollten sich entgegen dieser Annahme negative Preisentwicklungen ergeben, sehen wir hierdurch keine negativen Auswirkungen auf die Berliner Volkswirtschaft im Allgemeinen und die Kreditrisiken im Bankensektor im Speziellen, da die Banken entgegen den Praktiken der letzten Preiswelle keine expansive Kreditpolitik betrieben haben. Sollte es

zu einer Preisbereinigung kommen, wäre hiervon im Wesentlichen das erhöht eingebrachte Eigenkapital betroffen.

Insgesamt passen die Entwicklung der Kreditvergabe und die verstärkte Eigenkapitalfinanzierung in das derzeitige volkswirtschaftliche Bild. Schließlich sind die Investoren aufgrund der Euro-Krise verunsichert und suchen einen sicheren Hafen für ihre Kapitalanlage.

Im Ergebnis sind die Perspektiven für die Berliner Wirtschaft im nächsten Jahr grundsätzlich positiv. Berlin wird auch 2013 wieder eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts verzeichnen können.

Bruttoinlandsprodukt in Berlin



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen

Die vorliegenden Prognosen sind jedoch durch ein hohes Maß an Unsicherheit charakterisiert. Sollte etwa das weltwirtschaftliche Wachstum hinter den Erwartungen zurückbleiben oder sich die Schuldenkrise erneut verschärfen, wäre eine schwächere Entwicklung als prognostiziert wahrscheinlich. Es ist aber auch vorstellbar, dass sich einige europäische Krisenländer schneller erholen und sich die Weltwirtschaft stärker beschleunigt. Dann wird auch die deutsche bzw. die hauptstädtische Wirtschaft davon profitieren.

In Anbetracht dieser gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden in den einzelnen Geschäftsfeldern der Bank unterschiedliche Entwicklungen im wirtschaftlichen Ergebnis erwartet.

Insgesamt rechnet die IBB für 2013 vor allem aufgrund der Reduzierung der Risiken im Wertpapierportfolio und der zu erwartenden geringfügig steigenden Zinssätze mit einem leicht rückläufigen Zinsüberschuss.

Weiterhin ist es Ziel der IBB, den Verwaltungsaufwand im nächsten Jahr trotz einer erwarteten Preissteigerungsrate von 2,0 % durch ein konsequentes Kostenmanagement nahezu konstant zu halten. Negativen Einfluss auf den Verwaltungsaufwand werden jedoch die umfangreichen Projektaktivitäten zur Umsetzung regulatorischer Themen haben.

Die Förder-Cost-Income-Ratio wird sich aufgrund der leicht rückläufigen Erträge und der nahezu konstanten Verwaltungskosten leicht erhöhen.

Mit Blick auf die sich stetig verbessernde Bonitätsstruktur unserer Kunden im Förderkreditgeschäft sowie im Hinblick auf den bereits deutlichen Abbau von Risiken im Wertpapierportfolio wird ein deutlicher Rückgang in der Risikovorsorge erwartet.

Die zu erwartende Bilanzsumme wird sich in Kompensation zu der erwarteten Ausweitung der Neugeschäftsaktivitäten im Fördergeschäft und der planmäßigen Reduzierung des Wertpapierportfolios leicht über den Werten des Berichtsjahres darstellen.

Insgesamt werden sich keine grundlegenden strukturellen Veränderungen in der Geschäftstätigkeit der Bank ergeben. Die Bank wird weiterhin Förderprogramme und Prozesse verbessern und optimieren. Die Schwerpunkte liegen dabei in der Wahrung der Förderkontinuität in den Bereichen der Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnraumförderung des Standortes Berlin. Für die Neugeschäftstätigkeit wird ein konstantes Wachstum unterstellt. In den Geschäftsfeldern der Wirtschafts- und Immobilienförderung wird weiterhin an einer bedarfsorientierten Optimierung und Stärkung des Produktportfolios gearbeitet.

In der Wirtschaftsförderung wird mit einer weiterhin hohen Nachfrage im Bereich der Wachstums- und Investitionsfinanzierungen gerechnet. Dafür sprechen zum einen die stabilen Rahmenbedingungen der Berliner Wirtschaft und zum anderen ein zurückhaltendes Kreditvergabeverhalten der Geschäftsbanken aufgrund verschärfter Eigenkapitalerfordernisse.

Vor diesem Hintergrund wird die IBB verstärkt das IBB-Wachstumsprogramm in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen und Berliner Unternehmen in Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken maßgeschneiderte Finanzierungen für eine erfolgreiche unternehmerische Zukunft anbieten. Für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) bietet die IBB maßgeblich darlehensbasierte Produkte an, die darauf ausgerichtet sind, dass sich Unternehmen nach der Phase der Gründung weiter am Markt etablieren können. Jungen Startups mit innovativen Geschäftsideen aus der boomenden digitalen Wirtschaft steht die IBB-Beteiligungsgesellschaft mit Venture Capital zur Seite.

Der Schwerpunkt in der Zuschussförderung liegt unverändert in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Ziel ist es, Investitionsvorhaben zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen mit nicht rückzahlbaren Mitteln zu fördern.

Im Fokus der Technologieförderung steht weiterhin die Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovationen in den von den Ländern Berlin und Brandenburg in der gemeinsamen Innovationsstrategie „innoBB“ definierten Clustern IKT/Medien und Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Verkehr, Energietechnik und Optik.

In den nächsten beiden Geschäftsjahren soll das Produktangebot mit Haftungsübernahmen weiter ausgebaut werden. So verhandelt die IBB mit dem Senat darüber, „Berlin Kredit Innovativ“ über die Ende des Jahres 2013 auslaufende Pilotphase hinaus zu verstetigen. Darüber hinaus wurde zu Beginn dieses Jahres der EFRE-Bürgschaftsfonds beschlossen. Dadurch kann die IBB Bürgschaften zwischen 1,25 bis 5 Mio. EUR kleinen und mittleren Unternehmen zur Verfügung stellen. Mit dieser Weiterentwicklung ihres Produktportfolios reagiert die IBB auf die Marktsignale und hat weiterhin zum Ziel, Risikopartnerschaften auszubauen. Hingegen sind Zinssubventionen weniger im Fokus der IBB und werden stetig an Bedeutung verlieren.

Das Geschäftsvolumen im Segment Wirtschaftsförderung wird auch 2013 weiterhin maßgeblich durch das Programm „Berlin Infra“ und den Verlauf von Sondergeschäften auf Veranlassung des Landes Berlin beeinflusst werden.

Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung liegt der Schwerpunkt der Fördermaßnahmen unverändert in der Unterstützung der klimapolitischen Ziele des Landes Berlin. Aus diesem Grund wird die Erweiterung des Programms IBB Energetische Gebäudesanierung auf den Eigenheimbereich angestrebt, um über den Mietwohnungsbau hinaus Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz sowie zur Reduzierung von CO_2-Emissionen unterstützen zu können.

Im Hinblick auf den demografischen Wandel in der Berliner Bevölkerung bleibt aber auch die Finanzierung von Investitionsvorhaben zur Förderung der Barrierefreiheit und zur Schaffung von neuen Wohnformen im Alter im förderpolitischen Fokus.

Bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Barrierereduzierung erwarten wir im Zuge der erfolgreichen Einführung des Programmes „IBB WEG-Finanzierung“ eine verstärkte Nachfrage von Wohnungseigentümergemeinschaften nach der Durchleitung zinsgünstiger KfW-Programme.

Die IBB wird die Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken intensivieren und durch die Vergabe von Konsortial- und Globaldarlehen weitere Eigentümer von Wohnimmobilien mittelbar fördern. Im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ wird die IBB Infrastrukturmaßnahmen von kommunalen Unternehmen begleiten.

In den Fokus rückt zudem die Förderung des Wohnungsneubaus. Die IBB wird den prämierten Siegern des genossenschaftlichen Neubauwettbewerbs 2012 zur Realisierung ihrer Bauvorhaben Förderprämien in Form von zinslosen Darlehen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus arbeitet die IBB eng mit dem Land Berlin an einer Konzeption zum Wiedereinstieg in die sozialverträgliche Wohnraumförderung zusammen.

Insgesamt wird im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung für das Geschäftsjahr 2013 ein Bewilligungsvolumen in Vorjahreshöhe erwartet.

Einhergehend mit den volatilen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden die im Geschäftsfeld Treasury begründeten Risiken in den Geld- und Kapitalmarktpositionen weiterhin planmäßig reduziert werden. Diese Entwicklung wird sich positiv auf die Risikotragfähigkeit der Bank auswirken. Wir gehen davon aus, dass die Risikotragfähigkeit jederzeit sichergestellt sein wird.

Mit Blick auf die anstehenden umfangreichen Änderungen im bankaufsichtlichen Meldewesen (Basel III, CRD IV) führt die Bank ein Projekt zur Umsetzung der neuen Anforderungen durch. Die Bank geht davon, dass die neuen Anforderungen fristgerecht erfüllt und die aufsichtsrechtlichen Kennziffern eingehalten werden können.

Ab 2014 beginnt für die EU eine neue Förderperiode 2014 bis 2020. Aus diesem Anlass werden insbesondere die Regularien für die Vergabe von Mitteln aus den so genannten EU-Strukturfonds, z. B. aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), überarbeitet. Den bislang vorliegenden Verordnungsentwürfen mit allgemeinen Vorschriften für die Strukturfonds ist eine Konzentration der künftigen Förderung auf die EU-2020-Ziele zu entnehmen.

Die neue Förderperiode bietet durch die thematische Fokussierung und Betonung der Nachhaltigkeit grundsätzlich die Chance, die von der IBB betreuten, mit EFRE-Mittel kofinanzierten, revolvierenden Fonds weiter auszubauen. Aufgrund der Sparnotwendigkeit der Haushalte ist mit einer deutlichen Reduzierung der insgesamt zur Verfügung stehenden EFRE-Mittel zu rechnen. Somit besteht für die IBB grundsätzlich die Gefahr, dass die EFRE-Kofinanzierung einzelner Förderprogramme reduziert oder gar entfallen wird. Da die von der IBB betreuten Förderprogramme jedoch absehbar eine wichtige Säule zur Erreichung der EU-2020-Ziele darstellen, sollten die von der IBB betreuten Förderprogramme von den erwarteten Kürzungen weniger stark betroffen sein als andere. Ansonsten ist eine

Kompensation durch Reduzierung von Fördersätzen oder Ersatz durch Landesmittel denkbar. Die Festlegung, wie viele EFRE-Mittel im Einzelnen der IBB zur Verfügung gestellt werden, obliegt dem Land Berlin.

Neben den inhaltlichen Anforderungen und dem finanziellen Rahmen sind auch die administrativen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der EU-Förderung für die Bank von Bedeutung. Aktuell sind die künftigen Berichtsanforderungen und/oder Änderungen hinsichtlich der benötigten IT-Abbildung noch nicht final definiert. Die Bank bereitet sich daher aktiv durch Reservierung entsprechender Entwicklungsressourcen darauf vor, auch kurzfristig eventuell aufkommende Anforderungen fristgerecht umsetzen zu können.

Die Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen wurden erst Anfang Februar 2013 auf EU-Ebene abgeschlossen. Ursprünglich geplant war eine Einigung im November 2012. Da aber nur auf der Basis des im Februar erzielten Ergebnisses die Budgetverhandlungen für die einzelnen Operationellen Programme erfolgen können, ist angesichts der bis zum 1.1.2014 verbleibenden Zeit eine Verschiebung der neuen Förderperiode nicht ausgeschlossen.

Aufgrund der so genannten „n+2“-Regelung, nach der Mittel der EU-Förderperiode 2007–2013 auch in den zwei Folgejahren ausgegeben werden dürfen, ist jedoch bei einem verzögerten Programmstart – wie in der vorangegangenen Periode – aus heutiger Sicht keine Förderlücke zu erwarten. In den Vorbereitungstätigkeiten für die neue Förderperiode setzt die IBB alles daran, das Land auf Programm- und Produktebene zu unterstützen.

Außer den Änderungen in der Strukturfondsförderung werden im Rahmen der neuen Förderperiode auch die EU-beihilferechtlichen Regularien überarbeitet. Ein Großteil dieser Vorschriften ist bis zum 31.12.2013 befristet. Da die Konsultationen auch hier länger andauern als bisher geplant, ist zu erwarten, dass für die Bank wesentliche Regime seitens der EU-Kommission über den 31.12.2013 hinaus verlängert werden.

Zusammenfassend erwartet die Geschäftsleitung somit in 2013 ein zufriedenstellendes Jahr. Die Bank geht davon aus, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis in einem weiterhin schwierigen Umfeld gegenüber dem Berichtsjahr leicht reduzieren wird. Im Vergleich zum Vorjahr erwartet sie eine weiterhin stabile Vermögens- und Finanzlage.

Risikobericht

Risikomanagement

Die Investitionsbank Berlin (IBB) ist die Förderbank des Landes Berlin und hat als übergeordnetes Unternehmensziel einen gesetzlich verankerten Förderauftrag. Die IBB unterliegt sämtlichen bankaufsichtsrechtlichen Normen des Risikomanagements.

Zur Unterstützung einer nachhaltigen, erfolgreichen Geschäftsentwicklung der IBB wurde auch im Geschäftsjahr 2012 eine konzernweite Risikostrategie erstellt. Grundlage der Risikostrategie ist die Geschäftsstrategie der IBB. Inhalte der Risikostrategie sind insbesondere Teilstrategien zu allen wesentlichen Risikoarten sowie Handlungsempfehlungen zur Sicherstellung eines angemessenen Risikoprofils. Die Bestimmung der Wesentlichkeit der Risikoarten erfolgte dabei in einer Risikoinventur unter Berücksichtigung des Gesamtbankrisikoprofils der Bank. Während die Risikostrategie und die regelmäßige Risikoberichterstattung vor allem auf die Risiken eingehen, die aus dem Geschäftsbetrieb erwachsen, beinhaltet die Geschäftsstrategie auch die damit verbundenen Chancen. Über die Chancen wird im Rahmen der regelmäßigen Managementinformation berichtet.

Die Risikostrategie ist ein integraler Bestandteil des Risikomanagementprozesses der Bank, in dem Risiken gezielt begründet, identifiziert, bewertet, aggregiert und überwacht werden. Dadurch kann jederzeit sichergestellt werden, dass alle aus den Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken ertragsorientiert unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals eingegangen werden.

Vor dem Hintergrund sich stetig verändernder interner sowie auch externer Rahmenbedingungen wird dieses System kontinuierlich weiterentwickelt. Die Bank steuert die eingegangenen Risiken mit Hilfe eines Rahmenwerks von Risikogrundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Prozessen zur Risikomessung und -überwachung. Der Prozess des Risikomanagements wird dabei von einem funktional sowie organisatorisch unabhängigen Risikocontrolling begleitet.

Grundsätze im Risikomanagement

Im Rahmen des Risikomanagements handelt die Bank nach folgenden Grundsätzen:

- Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank.
- Die bindende Leitlinie für die strategische Ausrichtung der Geschäftstätigkeit ist die Geschäftsstrategie der IBB.
- Der Vorstand legt auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation, der Personalkapazität und der technisch-

organisatorischen Ausstattung sowie der Einschätzung der mit dem Geschäftsbetrieb verbundenen Risiken die Risikostrategie fest.

- Durch einheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert und gesteuert werden können.
- Die Steuerung der Risiken und Prozesse erfolgt unter Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie unter Berücksichtigung bankinterner Anforderungen und in Angemessenheit der Art, des Umfangs und der Komplexität der Geschäftsaktivitäten der IBB.
- Im Rahmen einer quartalsweise erfolgenden, alle wesentlichen Risiken beinhaltenden Berichterstattung wird das Aufsichtsorgan der IBB umfassend über die Risikolage der Bank informiert.

Organisation des Risikomanagements

Eine Funktionstrennung von risikoeingehenden und risikoüberwachenden Bereichen ist vollständig von der Vorstandsebene bis zu den operativen Abteilungen umgesetzt. Der Vorstand hat wichtige Funktionen an ein von den risikoeingehenden Einheiten unabhängiges Risikocontrolling delegiert, das als Abteilung dem Bereich Controlling zugeordnet ist. Kernaufgaben und Verantwortlichkeiten der Abteilung Risikocontrolling sind

- die Identifizierung, Messung, Limitierung und Überwachung sowie die Berichterstattung der für die IBB relevanten Risiken,
- die Ableitung von Handlungsvorschlägen zur Steuerung der relevanten Arten von Risiken,
- die Realisierung eines permanenten Prozesses zur Kontrolle und Weiterentwicklung der angewandten Modelle, Methoden und Prozesse zur Risikoquantifizierung, -überwachung und -steuerung sowie
- die Umsetzung einheitlicher Risikocontrollingstandards entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen.

Die Risikosteuerung wird innerhalb der genehmigten Limite und Kompetenzstufen vom Vorstand und von den operativen Einheiten wahrgenommen.

Die Darstellung der Gesamtbankrisikosituation gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsorgan der IBB erfolgt quartalsweise in Form eines umfassenden Risikoberichtes, der einen Überblick über sämtliche Risiken der Bank gibt. Dabei werden insbesondere Aussagen zur aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnung und zur Auslastung der jeweiligen Risikolimite getroffen.

Im Rahmen des jährlichen Strategie- und Budgetierungsprozesses bestimmt der Vorstand auf der Grundlage der Geschäftsstrategie die Risikostrategie, das Limit für das ökonomische Kapital und allokiert dieses auf

die Risikoarten und die Segmente. Der Vorstand achtet dabei auf ein der Risikostrategie entsprechendes Verhältnis zwischen dem Limit für das ökonomische Kapital und dem Risikodeckungspotenzial.

Der Vorstand der IBB überprüft regelmäßig die Einhaltung der Normen, die methodischen Standards und die Qualität des Risikomanagements der IBB.

Die Revision ist als organisatorisch unabhängige Organisationseinheit direkt dem Vorstand unterstellt und überwacht die Einhaltung der Kriterien und Abläufe zur Risikoüberwachung und -steuerung durch interne Prüfungen. Sämtliche Prozesse und Verantwortlichkeiten der Risikoüberwachung und -steuerung sind in einem Handbuch Risiko schriftlich dokumentiert und im Intranet der Bank veröffentlicht.

Die Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich überprüft, in Abstimmung zur Geschäftsstrategie sowie zur operativen und Mittelfristplanung der Bank aktualisiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

Arten von Risiken

Die wesentlichen Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist, sind banktypische Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit. Im Risikocontrolling unterscheidet die IBB zwischen den Risikoarten:

- Adressenausfallrisiko einschließlich des Länderrisikos
  - Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten- , Anteilseigner- und Länderrisiko
- Spreadrisiko
- Beteiligungsrisiko
  - Marktpreis- und Kreditrisiko
- Marktpreisrisiko
  - Zinsänderungsrisiko
- Operationelles Risiko
- Sonstiges Risiko (einschließlich Liquiditätsrisiko)

Die eingegangenen Risiken werden auf der Ebene der Gesamtbank erfasst, unabhängig davon, in welcher Organisationseinheit die Risiken verursacht wurden, und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank durch ein abgestimmtes System von Risikolimiten und organisatorischen Maßnahmen begrenzt. Vom Risikomanagement nicht erfasst sind lediglich Management- und Reputationsrisiken.

Inanspruchnahme von Erleichterungsregelungen

Die IBB nimmt die folgenden, nach KWG und den MaRisk möglichen wesentlichen Erleichterungsregeln in Anspruch:

Das Länderrisiko wird weiterhin nicht separat limitiert, da es für das Förderkreditportfolio unwesentlich ist. Für das Geld- und Kapitalmarktportfolio der Bank wird das Spektrum an Engagements, welche ein Länderrisiko induzieren, im Rahmen der Globalvorlage festgelegt, regelmäßig überprüft und durch den Vorstand der IBB beschlossen. Zur Identifikation von Risikokonzentrationen aus Länderrisiken erfolgt im Risikocontrolling der Bank mindestens einmal jährlich eine Analyse. Eine Berichterstattung an den Vorstand und eine Überprüfung der Angemessenheit der Inanspruchnahme der Erleichterungsregelung bezüglich der Länderrisiken erfolgen mindestens einmal jährlich.

Das Anteilseignerrisiko resultiert aus den strategischen Beteiligungen der IBB. Aufgrund des geringen Verlustrisikos (Anteil am Gesamtbankrisiko < 0,5 %) der strategischen Beteiligungen der IBB wird das Anteilseignerrisiko als nicht wesentliches Risiko klassifiziert. Ungeachtet dessen wird das Anteilseignerrisiko als Bestandteil des Adressenausfallrisikos monatlich ermittelt und bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko der IBB ist als nicht wesentliches Risiko klassifiziert und wird nicht explizit als separate Risikoart in die Risikotragfähigkeit einbezogen. Um sicherzustellen, dass das Liquiditätsrisiko angemessen in den Risikosteuerungs- und -controllingprozessen berücksichtigt wird, erfolgt jedoch bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit eine pauschale Berücksichtigung in der Risikoart „sonstige Risiken“. Darüber hinaus wird das Liquiditätsrisiko monatlich quantifiziert und auf der Grundlage von Stressszenarien analysiert. Die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin ermöglicht es der IBB, sich jederzeit an den Geld- und Kapitalmärkten mit ausreichend Liquidität in den erforderlichen Laufzeiten zu versorgen.

Risikotragfähigkeit

Die MaRisk fordern, dass die wesentlichen Risiken der Bank durch das Risikodeckungspotenzial fortlaufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist mit dem Ziel einer dem spezifischen Risikoprofil der Bank angepassten Risiko- und Kapitalsteuerung. Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimite für die

Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimite auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden. Alle das Risikoprofil der Bank betreffenden Entscheidungen oder Festlegungen orientieren sich an der Risikotragfähigkeit der IBB.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Die IBB misst die Risikotragfähigkeit wertorientiert. Dazu werden die Verlustrisiken der wesentlichen Risikoarten grundsätzlich auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99 % mit einem Risikohorizont von einem Jahr gemessen. Risikomindernde Diversifikationseffekte werden ausschließlich innerhalb der Adress- und Spreadrisiken gerechnet. Diese werden mit Hilfe des integrierten Adress- und Spreadrisikomodells monatlich neu quantifiziert.

Die Zielfunktion der wertorientierten Risikotragfähigkeit ist die Steuerung des Risikokapitals zur Sicherstellung eines langfristigen Going Concern der Bank. Zur Bestimmung der wertorientierten Risikotragfähigkeit wird in einem monatlichen Turnus das Verlustrisiko ermittelt und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt.

Mit dem Berichtsstichtag 30.06.2012 erfolgte die Umstellung des Risikomodells zur Quantifizierung der Adressrisiken auf den Mark-to-Model-Modus (MtM-Modus). Mit der Einführung des Risikomodells im MtM-Modus wird die bisher angewandte reine Verlustsicht auf das Adressrisiko durch eine Performancesicht ersetzt. Im Rahmen dieser wertorientierten Bestimmung des Adressrisikos werden für die Positionen des Geld- und Kapitalmarktportfolios auch potenzielle Wertänderungen aufgrund von Bonitätsmigrationen berücksichtigt, die nicht unmittelbar an Ausfallereignisse gebunden sind.

Die Geschäfte des Förderkreditportfolios werden gemäß einer „buy and hold“-Strategie bis zum Laufzeitende gehalten. Bei der Quantifizierung der Risiken für dieses Portfolio werden deshalb ausschließlich Risiken berücksichtigt, die aus dem Ausfall von Geschäftspartnern resultieren, jedoch bezogen auf die im Vergleich zu den Nominalwerten in der Regel höheren Modell- bzw. Marktwerte.

Die Geschäfte des Geld- und Kapitalmarktportfolios werden im Rahmen der Adressenausfallrisikoquantifizierung auf Geschäftspartnerebene mit bonitäts- und branchenspezifischen Credit Spreads bewertet. Durch die Anwendung dieses differenzierten Bewertungsverfahrens können sowohl branchen- als auch ratingspezifische Spread-Entwicklungen berücksichtigt werden und Auswirkungen von Spread-Veränderungen auf die Vermögenslage im Normal Case und in Stressszenarien wesentlich risikosensitiver und somit realistischer bestimmt werden.

Zum 31.12.2012 betrug die Auslastung des zur Verfügung gestellten Risikodeckungspotenzials 71 %. Damit veränderte sich vergleichsweise zum 31.12.2011 das freie Risikodeckungspotenzial um 11 Prozentpunkte. Die höhere Auslastung des Risikodeckungspotenzials resultiert aus verschiedenen, zum Teil gegenläufigen Effekten. Die De-Risking-Strategie führte zu einer Verringerung der Abzugspositionen und zu einem geringeren Kontrahenten- und Spreadrisiko. Die in 2012 rückläufigen Credit Spreads für die Branche Öffentliche Hand Ausland wirkten ebenfalls entlastend. Demgegenüber wirkte sich die Modellanpassung auf den Mark-to-Model-Modus adress- und spreadrisikoerhöhend und damit belastend auf die Risikotragfähigkeit aus.

Die wertorientierte Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2012 zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit der Investitionsbank Berlin in Mio. EUR

	31.12.2012		31.12.2011	
Risikodeckungspotenzial – Limit	**851,9**	**100 %**	**582,8**	**100 %**
Adressenausfallrisiko (2012 MtM)	331,8	39 %	153,3	26 %
davon Kreditrisiko	164,2	19 %	102,3	18 %
davon Emittenten-, Kontrahentenrisiko	93,7	11 %	32,7	6 %
Spreadrisiko	111,9	13 %	109,5	19 %
Beteiligungsrisiko	11,6	1 %	10,4	2 %
Marktpreisrisiko	19,3	2 %	19,4	3 %
Operationelles Risiko	62,8	7 %	65,8	11 %
Sonstige Risiken (inkl. Liquiditätsrisiko)	10,0	1 %	10,0	2 %
Gesamtbankrisiko	**609,0**	**71 %**	**349,1**	**60 %**

Um das Risikoprofil der Bank auch in Stresssituationen beurteilen zu können, wird außer den Verfahren zur Bestimmung der Verlustrisiken unter normalen Marktbedingungen regelmäßig ein breites Spektrum an Stress- und Szenarioanalysen für alle wesentlichen Risiken und Risikoarten durchgeführt. Die Analysen werden dabei auf der Basis der für die jeweiligen Risiken identifizierten wesentlichen Risikofaktoren, isoliert auf die einzelnen Risikoarten als auch risikoübergreifend, durchgeführt. Im Rahmen der Stress- und Szenarioanalysen werden außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse in geeigneten historischen, hypothetischen und inversen Szenarien abgebildet. Die Angemessenheit der Stress- und Szenarioanalysen sowie deren zugrunde liegende Annahmen werden mindestens jährlich überprüft und die Ergebnisse bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Aus den Ergebnissen leitet das Risikocontrolling regelmäßig Handlungsvorschläge für den Vorstand der IBB ab, so dass die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse zeitnah an sich ändernde Bedingungen angepasst werden können.

Risikomanagementprozess Adressenausfallrisiko

Unter dem Adressenausfallrisiko versteht die IBB das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern.

Der operative Handlungsrahmen des Kreditportfolio-Managements umfasst außer der unterjährigen Überwachung der Entwicklung der Kreditportfolioqualität auch das Monitoring der wesentlichen Einzelkreditnehmer bzw. der portfoliostrukturbezogenen Risikotreiber. Die Quantifizierung und Überwachung des Verlustpotenzials aus Adressenausfallrisiken erfolgt über die Risikokennzahl Credit Value at Risk (CVaR) mit einem 99 %-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr.

Die Bestimmung der Adressrisiken für das Geld- und Kapitalmarktportfolio erfolgt seit Mitte 2012 mit einem Mark-to-Model-Ansatz, der auch Migrationen zwischen den Ratingklassen berücksichtigt. Für das Förderkreditportfolio werden seitdem anstelle von Nominalwerten in der Regel höhere Modellwerte verwendet.

Ein zentraler Bestandteil des Risikomanagements für Adressenausfallrisiken in der IBB ist der Einsatz eines Limitsystems, welches ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen der Verlustrisiken verhindern soll. Die zentrale Limitüberwachung auf Portfolioebene erfolgt durch das Risikocontrolling.

Eine Limitierung erfolgt auf der Grundlage von festgelegten Limiten für Global- und Einzelgeschäfte. Diese werden vom Vorstand beschlossen. Die Einhaltung der Limite wird durch den Bereich Kreditbetreuung täglich überwacht.

Die IBB hat zu zentralen Fragestellungen des Kreditportfolios ein Kreditkomitee eingerichtet, das sich mit Risikofragen im Förderkreditgeschäft und im Geschäft mit institutionellen Kunden beschäftigt. Außerdem werden dort alle die Kreditbearbeitung betreffenden operationellen Risiken erörtert.

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbemessung wendet die IBB den Kreditrisiko-Standardansatz nach § 24 SolvV an.

In einem mindestens jährlichen Turnus werden wesentliche Modellparameter der Kreditrisikomodelle, wie Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten, Korrelationsparameter oder Risikofaktoren, auf ihre Validität überprüft und erforderlichenfalls angepasst.

Die IBB nutzt in nennenswertem Umfang Sicherheiten, insbesondere öffentliche Bürgschaften sowie Realsicherheiten, zur Minderung ihrer Adressrisiken.

Kreditrisiko

Im Fokus des Kreditgeschäftes der IBB steht, entsprechend ihrem Förderauftrag, die Region Berlin. Die Kreditrisiken der Bank resultieren im Wesentlichen aus den Geschäftsfeldern Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung. Aufgrund der Struktur des Kreditportfolios ist die Entwicklung der Risiken der IBB auch weiterhin eng mit der Entwicklung des Berliner Marktes für Wohnimmobilien verbunden.

In den Segmenten Wirtschaftsförderung, Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbau beträgt das Gesamtengagement zum Bilanzstichtag insgesamt 14.286,1 Mio. EUR. Davon induzieren ca. 64,6 % (9.229,6 Mio. EUR) kein Adressenausfallrisiko für die IBB, wobei 4.895,3 Mio. EUR nicht im Risiko der IBB und 4.334,3 Mio. EUR durch Bürgschaften/Garantien oder vergleichbare Erklärungen des Landes Berlin oder des Bundes gesichert sind.

Aus den öffentlich verbürgten Förderdarlehen und den Darlehen nicht im Risiko der IBB (z. B. Landesmittel) entstehen für die IBB keine Adressenausfallrisiken. Diese sind dennoch Gegenstand des Kreditrisikomanagement-Prozesses. Die Refinanzierung der Förderdarlehen im aktuellen IBB-Portfolio erfolgte durch die Aufnahme von Mitteln am Geld- und Kapitalmarkt, aber auch durch Mittel des Landes Berlin oder der Europäischen Union.

Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGV-Masterskala in %

Ratingklasse	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet
Ausfallwahrscheinlichkeit	< 0,2	0,3 bis	1,3 bis	10,0	Ausfall	7,0

Kredite im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR

Segment/Rating	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet	Gesamt	mCVaR [1]
Wirtschaftsförderung	710,7	200,8	1.095,2	0,1	20,6	8,2	2.035,7	21,8
Mietwohnungsbau	2.186,6	2.386,1	1.342,0	206,7	131,7	136,2	6.389,4	115,2
Eigentumsmaßnahmen	8,5	280,1	592,5	19,4	63,4	1,9	965,7	27,2
Inanspruchnahme Gesamt	**2.905,8**	**2.867,0**	**3.029,8**	**226,2**	**215,8**	**146,2**	**9.390,8**	**164,2**
in %	**30,9**	**30,5**	**32,3**	**2,4**	**2,3**	**1,6**	**100,0**	**—**
(marginaler) CVaR	**7,9**	**34,1**	**70,6**	**38,7**	**0,0**	**12,9**	**164,2**	**—**
in %	**4,8**	**20,8**	**43,0**	**23,6**	**0,0**	**7,9**	**100,0**	**—**

[1] marginaler Credit Value at Risk

Kredite nicht im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR

Segment/Rating	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet	Gesamt
Wirtschaftsförderung	9,2	1,2	3,4	0,1	32,4	63,3	109,6
Mietwohnungsbau	594,9	1.372,80	765,1	577,4	835,4	449,7	4.595,30
Eigentumsmaßnahmen	97,3	40,7	16,6	2,2	32,9	0,8	190,4
Inanspruchnahme Gesamt	**701,4**	**1.414,70**	**785,1**	**579,6**	**900,7**	**513,8**	**4.895,30**
in %	**14,3**	**28,9**	**16,0**	**11,8**	**18,4**	**10,5**	**100,0**

Emittenten- und Kontrahentenrisiko

Emittenten- und Kontrahentenrisiken des IBB-Portfolios resultieren aus den Geld- und Kapitalmarkt-Engagements des Geschäftsfeldes Treasury. Die Engagements werden ausschließlich in klassischen Instrumenten, wie beispielsweise Termingeldern, Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, getätigt. Strukturierte Kreditprodukte sind nicht Bestandteil des Portfolios. Bestehende Auslandsengagements der Bank resultieren nahezu vollständig aus dem Treasury-Geschäft.

Inanspruchnahme Geld- und Kapitalmarktgeschäft nach Ratingklassen in Mio. EUR

Segment/Rating	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet	Gesamt	mCVaR
Treasury	6.082,2	118,8	0,0	0,0	0,0	0,0	6.201,0	93,7
in %	98,1	1,9	—	—	—	—	100,0	—
davon Ausland	3.585,4	48,0	—	—	—	—	3.633,4	66,0
(marginaler) CVaR	**88,0**	**5,6**	**—**	**—**	**—**	**—**	**93,7**	**—**
in %	**94,0**	**6,0**	**—**	**—**	**—**	**—**	**100,0**	**—**

Anteilseignerrisiko

Anteilseignerrisiken bestehen für die IBB insbesondere in potenziellen Verlusten, die aus der Bereitstellung von Eigenkapital oder Krediten an Unternehmen entstehen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht. Die daraus entstehenden Risiken werden durch das Risikocontrolling ermittelt und überwacht. Die Steuerung der Anteilseignerrisiken erfolgt im Beteiligungsmanagement der IBB.

Aufgrund der Unwesentlichkeit des Anteilseignerrisikos für die Bank wurde für diese Risikoart kein Verlustrisikolimit festgelegt. Eine Berichterstattung zu dem Anteilseignerrisiko erfolgt nur bei wesentlichen Änderungen der Risikoposition.

Spreadrisiko

Die Bank definiert Spreadrisiken als Verlustrisiken aus systematischen und kreditnehmerspezifischen, marktinduzierten Veränderungen der Credit Spreads über alle Ratingklassen innerhalb des Solvenzbereiches hinweg.

Spreadausweitungen können selbst bei unveränderter Ratingeinstufung von Adressen des Geld- und Kapitalmarktes erfolgen und erhebliche Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit der Bank haben.

Spreadrisiken entstehen für die Bank ausschließlich aus Positionen des Geld- und Kapitalmarktportfolios. Spreadrisiken sind innerhalb der Risikotragfähigkeitsberechnung limitiert. Außerdem werden regelmäßig im Rahmen eines Asset-Liability-Committee Handlungserfordernisse abgestimmt. Die Risikolimitüberwachung erfolgt monatlich auf Portfolioebene.

In der IBB werden die Adressenausfall- und Spreadrisiken des Portfolios in einem integrierten Ansatz bestimmt und somit die Abhängigkeiten zwischen beiden Risikoarten berücksichtigt. Damit ist die Bank in der Lage, neben den im Adressenausfallrisikomodell verwendeten Inter- und Intra-Bonitäts-Branchenkorrelationen auch Inter- und Intra-Spread-Branchenkorrelationen sowie die Inter-Spread-Bonitäts-Korrelationen zu berücksichtigen. Neben dem systematischen Einfluss wird dabei auch das kreditnehmerspezifische Risiko beachtet.

Die Bank steuert und überwacht das Spreadrisiko mittels der Kennzahl Credit Spread Value at Risk (CSVaR). Der CSVaR ergibt sich aus der Abweichung des ermittelten Value at Risk zum erwarteten Gewinn bzw. Verlust, gerechnet mit einem 99 %-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr. Neben dem Credit Spread Value at Risk wird als weitere Kennzahl zur Bestimmung des Spreadrisikos in ungewöhnlichen Marktsituationen der Conditional Value at Risk verwendet.

Spreadrisiken (CSVaR) nach Ratingklassen und Branchen in Mio. EUR

Rating	1			2–3	4–7	8–12	13–15	CSVaR	Δ 2011	CSVaR/ IA in %
	AAAA/AAA	AA+/AA-	A+/A/A-							
Banken und Versicherungen Inland	7,9	1,2	7,5	0,0	0,9	0,0	0,0	17,4	4,1	1,5
Banken und Versicherungen Ausland	2,1	19,8	18,5	0,5	3,7	0,0	0,0	44,5	2,0	1,6
davon PIIGS-Risiken	0,0	0,0	0,9	0,0	3,7	0,0	0,0	4,5	–0,3	2,6
Öffentliche Hand Inland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Öffentliche Hand Ausland	6,4	19,2	19,6	0,0	0,0	0,0	0,0	45,2	–4,9	5,6
davon PIIGS-Risiken	0,0	0,0	13,3	0,0	0,0	0,0	0,0	13,3	–14,4	6,5
Corporates	0,0	0,0	4,8	0,0	0,0	0,0	0,0	4,8	1,2	3,2
Summe CSVaR								**111,9**	**2,4**	**1,8**

Die wesentlichen Risikofaktoren für die Entwicklung der Spreadrisiken im Geld- und Kapitalmarktportfolio stellen Credit-Spread-Veränderungen der Branchen Banken und Öffentliche Hand Ausland dar.

Der Anteil des Spreadrisikos der PIIGS-Staaten für die Branche Banken und Versicherungen des Auslands am Gesamt-Spreadrisiko beträgt 4,1 %. Der Anteil des Spreadrisikos der PIIGS-Staaten für die Branche Öffentliche Hand des Auslands am Gesamt-Spreadrisiko beträgt 11,8 %.

Der moderate Anstieg des Spreadrisikos beruht auf zwei gegenläufigen Effekten: So sind die Credit Spreads für Banken gestiegen, während die Spreads für die Branche Öffentliche Hand Ausland zurückgegangen sind. Zudem wirkt sich der deutliche Abbau des PIIGS-Exposure risikoentlastend aus.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass die IBB die Risiken im Bereich Öffentliche Hand Ausland, insbesondere in den Krisenstaaten, deutlich zurückgefahren hat. Zum Berichtsstichtag bestehen im Wertpapierportfolio nahezu keine stillen Lasten mehr.

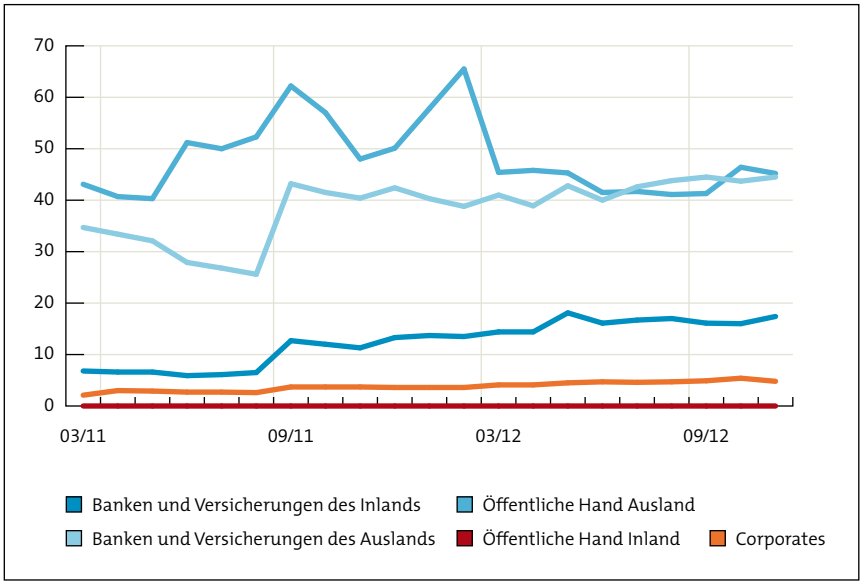
Ausländische Wertpapiere mit dem Fokus PIIGS-Staaten in Mio. EUR
(Stichtag 31.12.2012)

Land	Nominal		Buchwerte		Marktwerte	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Italien	**353,0**	**308,0**	**353,4**	**307,9**	**318,0**	**311,1**
davon Staat	150,0	150,0	152,8	152,2	135,5	155,5
davon Banken	203,0	158,0	200,6	155,6	182,5	155,6
Spanien	**300,0**	**75,0**	**300,8**	**72,3**	**290,5**	**72,3**
davon Staat	100,0	55,0	101,9	54,5	97,5	54,5
davon Banken	200,0	20,0	198,8	17,9	193,0	17,9
Griechenland	**75,0**	**0,0**	**21,7**	**0,0**	**14,4**	**0,0**
davon Staat	75,0	0,0	21,7	0,0	14,4	0,0
davon Banken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Irland	**40,0**	**0,0**	**39,3**	**0,0**	**38,6**	**0,0**
davon Staat	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Banken	40,0	0,0	39,3	0,0	38,6	0,0
Portugal	**81,0**	**0,0**	**79,2**	**0,0**	**58,5**	**0,0**
davon Staat	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Banken	81,0	0,0	79,2	0,0	58,5	0,0
Gesamt PIIGS	**849,0**	**383,0**	**794,4**	**380,2**	**720,0**	**383,5**
Sonstige Länder	2.654,6	3.111,1	2.643,5	3.129,0	2.633,0	3.287,2
Gesamt	**3.503,6**	**3.494,1**	**3.437,9**	**3.509,2**	**3.353,0**	**3.670,7**

Die Entwicklung der Spreadrisiken für das Geld- und Kapitalmarktportfolio der Bank werden in der nachfolgenden Abbildung verdeutlicht. Wesentlich für die Spreadrisiken der Bank war die Entwicklung der Bran-

chen Banken und Öffentliche Hand Ausland als Folge der Schuldenproblematik der europäischen Haushalte.

Spreadrisiken nach Branchen im Zeitverlauf in Mio. EUR



Beteiligungsrisiko

Um die Risiken des Venture-Capital-Portfolios der IBB bestimmen und steuern zu können, verwendet die IBB ein erweitertes Kreditrisikomodell. Das Modell berücksichtigt die Risiken der VC-Gesellschaften, die wiederum Beteiligungen an Unternehmen eingehen. Das Ziel dieser Gesellschaften ist es, aus dem Beteiligungsportfolio eine positive Rendite durch die Wertmaximierung der Portfoliounternehmen zu erzielen. Dabei soll der Gewinn regelmäßig aus der Veräußerung des Portfoliounternehmens am Ende der zeitlich befristeten Investitionsphase realisiert werden. Die Investments der Gesellschaften unterliegen dem Beteiligungsrisiko (Konzern), das neben dem klassischen Kreditrisiko potenzielle negative Vermögenswertänderungen (Buchwertabschreibung bzw. Fair-Value-Reduzierung) berücksichtigt, die im Rahmen der laufenden Überwachung oder des Veräußerungsprozesses der Portfoliounternehmen aufgrund von Marktpreisschwankungen eintreten können. Das verwendete Modell bestimmt das erforderliche ökonomische Kapital einer Beteiligungsposition als Value at Risk eines Portfoliomodells und bestimmt im Durchschauprinzip das Kredit- und das Marktpreisrisiko in einem integrierten Modellansatz. Das Modell quantifiziert dabei das Risiko aufgrund von Verlustereignissen aus den Beteiligungspositionen auf einen Risikohorizont von einem Jahr. Als Verlustrisiko werden dabei sowohl das Ausfallrisiko als auch das Risiko, dass am Risikohorizont der Wert des Eigenkapitals niedriger ist als der risikolos aufgezinste Betrag des investierten Kapitals, berücksichtigt.

Entwicklung des Beteiligungsrisikos in Mio. EUR

	I. Quart. 2012	II. Quart. 2012	III. Quart. 2012	31.12.2012
Beteiligungsrisiko Konzern [1]	10,3	10,8	11,7	11,6

[1] Die Quartalsangaben stellen Stichtagswerte per Quartalsultimo dar.

Gefährdete Engagements und Risikovorsorge

Die Bearbeitung von Intensiv- und Problemkrediten obliegt grundsätzlich auf die Sanierung bzw. Abwicklung von Krediten spezialisierten Mitarbeitern in dem gesonderten Bereich Kreditrisikobetreuung. Für die erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Die Bank unterscheidet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen, Portfoliowertberichtigungen in Anlehnung an IAS 39 und Rückstellungen im Kreditgeschäft. Kredite mit akuten Ausfallrisiken werden einzeln wertberichtigt. Die Höhe einer erforderlichen Risikovorsorge wird dabei unter Berücksichtigung der Werthaltigkeit der Besicherung bestimmt. Für ausfallgefährdete Forderungen der Segmente Eigentumsmaßnahmen und Mikrodarlehen (Mengengeschäft) erfolgt die Ermittlung des erforderlichen Risikovorsorgebedarfs mittels eines maschinellen, pauschalierten Verfahrens. Neben der Identifizierung der Verlustereignisse für einzelne Forderungen werden in dem Verfahren vorhandene Sicherheiten vertragsindividuell berücksichtigt. Zur weiteren Abschirmung latenter Risiken auf Forderungen bildet die IBB für alle nicht individuell oder pauschaliert einzelwertberichtigten Forderungen eine Portfoliowertberichtigung. Der gesamte Risikovorsorgebestand (ohne § 340f HGB) verringerte sich im Berichtsjahr durch Inanspruchnahme des Bestandes sowie Auflösung von Risikovorsorge von 115,1 Mio. EUR auf 92,8 Mio. EUR.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Mio. EUR

	31.12.2012	31.12.2011
Einzelwertberichtigungen	36,1	52,7
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	25,5	31,1
Portfoliowertberichtigungen	19,3	22,4
Rückstellungen im Kreditgeschäft	11,9	8,8
Risikovorsorge Gesamt	**92,8**	**115,1**

Für die allgemeinen Bankrisiken bestehen darüber hinaus Vorsorgereserven gemäß § 340f und § 340g HGB.

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird in der IBB der potenzielle Verlust, der durch Veränderungen von Preisen an den Finanzmärkten für die Positionen im Bankbuch der IBB entstehen kann, definiert. Die Marktpreisrisiken entstehen für die Bank ganz überwiegend aus Zinsänderungsrisiken. Das Preisrisiko von Eigenkapitaltiteln ist unwesentlich.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt durch das Treasury der IBB. Die Bank steuert und überwacht die Marktpreisrisiken über einen Value-at-Risk-Ansatz mittels Historischer Simulation. Der Value at Risk wird für die tägliche Steuerung mit einem Konfidenzniveau von 99 % bei zehntägiger Haltedauer ermittelt. Der Value-at-Risk-Ansatz der IBB berücksichtigt die relevanten Risikofaktoren wie Zinssätze oder Volatilitäten sowie die Diversifikationseffekte zwischen den verschiedenen Teilportfolios. Als Steuerungsinstrumente werden Zinsswaps zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 betrugen die risikomindernden Effekte aus den Swap-Positionen 20,1 Mio. EUR. Ergänzt werden die Value-at-Risk-Berechnungen durch verschiedene Szenarien. Neben besonderen Kurvenbewegungen sind auch Sensitivitätsanalysen, der aufsichtsrechtliche Zinsschock und inverse Stresstests Bestandteile der Analysen zum Marktpreisrisiko.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgt über ein System mit Limiten und Vorwarnstufen, die das Verlustpotenzial aus Marktpreisrisiken, unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit, begrenzen. Die Risikolimite werden mindestens einmal jährlich überprüft und vom Vorstand genehmigt.

Zur Überprüfung der Angemessenheit der Prognosegüte des Modells führt die IBB quartalsweise ein Backtesting nach dem Baseler Ampel-Konzept durch. In 2012 wurde lediglich ein Ausreißer festgestellt. Damit hat das Risikomodell, auch in einem volatilen Marktumfeld, seine hohe Prognosegüte bestätigt.

Die Bestimmung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Die Einhaltung des aufsichtsrechtlichen Grenzwertes von 20 % wird in der IBB täglich geprüft. Der Risikobetrag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch war für das Geschäftsjahr 2012 jederzeit kleiner als 20 % der Eigenmittel.

Im Rahmen der Risikoberichterstattung wird der Vorstand über die Risikoentwicklung, die Limitauslastung sowie die Entwicklung des Barwertes des Zinsbuches informiert. In der monatlichen Berichterstattung werden darüber hinaus die Ergebnisse aus Stress- und Szenariorechnungen analysiert. Überschreitungen von Vorwarnstufen und Limiten kamen im Berichtsjahr 2012 nicht vor.

Marktpreisrisiken nach Portfolios in Mio. EUR

Value at Risk, 99 %-Konfidenzniveau, 10 Tage Haltedauer [1]					
Portfolio	**31.12.2012**	**III. Quart. 2012**	**II. Quart. 2012**	**I. Quart. 2012**	**31.12.2011**
Limitauslastung Bankbuch	38,6 %	44,1 %	46,0 %	35,1 %	38,7 %
Bankbuch	19,3	22,0	23,0	17,6	19,4
Kreditportfolio	19,4	21,7	23,3	17,5	18,3
Asset- und Geldmarkt-Portfolio	1,6	1,6	1,4	1,9	2,6

[1] Die Quartalsangaben stellen Stichtagswerte per Quartalsultimo dar.

Liquiditätsrisiko

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Falle einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert (Refinanzierungsrisiko) bzw. Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht nachzukommen und durch eine stetige Präsenz an den Geld- und Kapitalmärkten eine angemessene Refinanzierungsbasis sicherzustellen. Verantwortlich für die Liquiditätssteuerung ist der Bereich Treasury.

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, neben Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten in einem Volumen von 1,3 Mrd. EUR durchgeführt, davon 0,9 Mrd. EUR Inhaberschuldverschreibungen und 0,4 Mrd. EUR Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen.

Durch den Solva-Null-Status, die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin sowie das Land Berlin als alleiniger Eigentümer war die IBB auch im Jahr 2012 jederzeit in der Lage, sich mit ausreichend Liquidität zu einem angemessenen Preis in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wird sichergestellt, dass keine Liquiditätsengpässe entstehen können. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) als auch die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreserve. Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

In Ergänzung zur LiqV-Steuerung werden im Risikomanagement potenzielle Verluste aus Liquiditätsrisiken ermittelt. Dabei werden neben den LiqV-Parametern alle weiteren bestimmten Zahlungsströme in die Ermittlung des Verlustrisikos mit einbezogen. Aufgrund des hohen Bestandes an EZB-fähigen Wertpapieren im IBB-Portfolio wurden für das Geschäftsjahr 2012 ebenso wie im Vorjahr keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

Operationelles Risiko

Die IBB definiert operationelle Risiken analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorschriften als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken, schließt aber strategische Risiken und Reputationsrisiken aus.

Das Ziel der Bank besteht darin, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verlustpotenziale durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Aus diesem Grund wurde ein transparenter Prozess von der Identifizierung, der Offenlegung bis zur Umsetzung der Maßnahmen zur Risikoreduzierung umgesetzt. In diesen Prozess sind alle Organisationseinheiten eingebunden.

Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind:

- die quartalsweise durchgeführte Bestimmung eines Operational Value at Risk auf der Grundlage interner und externer Schadensfälle,
- die jährlich durchgeführte Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung in Form eines Self-Assessments und
- die interne intranetbasierte Schadensfallsammlung des Operational Risk Centers (ORC).

Die IBB rechnet einen Operational Value at Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 % und einem Risikohorizont von einem Jahr. Die Datengrundlage des Modells bilden neben internen Schadensfalldaten auch Daten des Datenkonsortiums Operationeller Risiken (DakOR).

Im Rahmen eines Self-Assessments bewerten die Organisationseinheiten der Bank in einem Bottom-up-Ansatz Risikopotenziale in der Struktur der Baseler Ereigniskategorien quantitativ mit dem Ziel einer monetären Bewertung. Darüber hinaus werden qualitative Risikoindikatoren, die als Frühwarnindikatoren Aufschluss über die zukünftige Entwicklung der operationellen Risiken geben und auf potenziell kritische Risikofelder hinweisen, erfasst und überwacht.

Der im Oktober 2012 berechnete OpVaR betrug 94,0 Mio. EUR und überschritt das für operationelle Risiken festgelegte Limit in Höhe von 75,0 Mio. EUR. Die Steigerung ist auf Veränderungen in der Struktur des Datenbestands mit der Folge einer signifikanten Verschiebung der Gewichtung der internen und externen Schadensfälle in die Richtung der mit höheren Schadenssummen versehenen externen Schadensfälle zurückzuführen und überzeichnet das Risiko der Bank. Die Risikomessung des operationellen Risikos wird deshalb weiterhin auf den im dritten Quartal 2012 ermittelten Wert in Höhe von 62,8 Mio. EUR abgestellt und die Methodik zur Quantifizierung operationeller Risiken einer Überprüfung unterzogen.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Schadensfällen, die aus dem Eintritt bestimmter operationeller Risiken resultieren, hat die IBB Versicherungen abgeschlossen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen werden im Rahmen der Risikomanagement-Prozesse für die Einzelrisiken und auf Gesamtbankebene integriert berücksichtigt. Risikokonzentrationen resultieren für die IBB aus Ungleichverteilungen von Abhängigkeiten bankspezifischer Risikotreiber.

Bei der Ausgestaltung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse der Bank werden die Auswirkungen vorhandener Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Zur Quantifizierung der Auswirkungen und der damit verbundenen Ansteckungsrisiken kommen in der IBB verschiedene Verfahren zur Anwendung. Im Fokus der Überwachung und Steuerung von Risikokonzentrationen stehen das Adressenausfall- und das Spreadrisiko. Risikokonzentrationen können aus Adressenausfall- und Spreadrisiken entstehen, wenn der Anteil einzelner Kreditnehmer oder einer Gruppe von Kreditnehmern in Relation zu dem Gesamtportfolio groß ist oder einzelne Kreditnehmer oder eine Gruppe von Kreditnehmern demselben Wirtschaftszweig oder derselben geografischen Region angehören und somit von denselben systematischen Risikofaktoren abhängig sind.

Es werden verschiedene Konzentrationsmaße eingesetzt. Darüber hinaus werden die Kredit-Inanspruchnahme und der marginale Credit (Spread) Value at Risk verwendet. Im Rahmen der Risikoberichterstattung werden der Vorstand und das Aufsichtsorgan der IBB quartalsweise über die Entwicklung der Kennzahlen informiert. Außer mit direkten statischen Verfahren werden Risikokonzentrationen aus Adressenausfall- und Spreadrisiken im Portfolio mittels indirekter Verfahren quantifiziert. Dabei lassen sich durch den Vergleich des IBB-Portfolios mit synthetischen Referenzportfolios Aussagen über die dem IBB-Portfolio inhärenten

Risikokonzentrationen treffen, aber auch die Wirkungen der Konzentrationen im IBB-Portfolio auf das ökonomische Kapital in außergewöhnlichen Marktsituationen analysieren.

Das Portfolio der IBB weist sowohl in Bezug auf einzelne Kreditnehmer als auch in Bezug auf Länder, Branchen, Kreditsicherheiten und Ertragsquellen eine ausgeprägte ungleiche Verteilung der Risiken auf. Das hohe Maß an Risikokonzentrationen in den Segmenten Mietwohnungsbau und Wirtschaftsförderung sowie die Konzentration auf Deutschland sind vor allem förderspezifisch sowie Ausdruck des Regionalbankencharakters der IBB. Eine aktive Steuerung der Adressenrisikokonzentration im Kreditportfolio, beispielsweise durch Anwendung von Kreditverkäufen oder Verbriefung von Kreditforderungen, ist in der IBB insbesondere aufgrund förderspezifischer Restriktionen kaum möglich. Die Steuerung des Kreditportfolios fokussiert sich daher auf das Ausschöpfen des vorhandenen (Förder-)Neugeschäftspotenzials sowie auf eine intensive Kundenbetreuung für Kreditnehmer mit einem überdurchschnittlich hohen Risikoanteil. Das Geld- und Kapitalmarktportfolio der IBB ist durch ein hohes Portfoliogewicht der Branche Banken geprägt. Zur Reduzierung der potenziellen Auswirkungen dieser Risikokonzentration auf das Risikoprofil der Bank wird das Geld- und Kapitalmarktportfolio sukzessive umgeschichtet. Außerdem wurde das Portfoliovolumen deutlich verringert.

Für das Marktpreisrisiko bestehen – wie bei fast allen Kreditbanken – Risikokonzentrationen hinsichtlich des Risikofaktors Zinsänderungen.

Im Rahmen der jährlich durchgeführten OpRisk-Inventur und der quartalsweise erfolgenden Bestimmung eines Operational Value at Risk ist die IBB in der Lage, aus operationellen Risiken, sowohl auf Organisationsebene als auch auf der Ebene der Baseler Ereigniskategorien, Risikokonzentrationen zu identifizieren. Bisher wurden dabei keine Risikokonzentrationen identifiziert, aus denen Handlungsbedarf resultiert.

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Die Einrichtung und wirksame Unterhaltung des den Umständen und Risiken des Unternehmens angemessenen internen Kontrollsystems (IKS) sowie Risikomanagementsystems (RMS) bezogen auf den Rechnungslegungsprozess liegt in der Verantwortung des Bereiches Finanzen.

Ziel eines rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist die Sicherstellung der Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Das interne Kontrollsystem unterstützt die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Tätigkeit, sichert die Zuverlässigkeit der Finanzbericht-

erstattung und die Einhaltung maßgeblicher gesetzlicher Vorschriften sowie interner Managementvorgaben und dient dem Schutz des betrieblichen Vermögens.

Der Rechnungslegungsprozess, der sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalls bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses umfasst, ist in einer Schriftlich Fixierten Ordnung in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen niedergelegt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch den Bereich Finanzen.

Der Rechnungslegungsprozess wird durch Standardsoftware unterstützt, die durch die Vergabe von kompetenzadäquaten Berechtigungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen ist ein Vier-Augen-Prinzip nach den betriebsinternen Erfordernissen gegeben, wobei eine laufende Weiterentwicklung erfolgt. Systematische Plausibilitätskontrollen, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche dienen sowohl der Vollständigkeitskontrolle als auch der Fehlervermeidung und -entdeckung. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden. Die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte wird durch die Einbindung des Bereiches Finanzen in den Neue-Produkte-Prozess sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar gegliedert. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Informations-Systems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet.

Die Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Risikomanagements der operationellen Risiken. Als wesentlich bewertete Risikopotenziale werden im Rahmen der Risikoberichterstattung der Bank an den Vorstand kommuniziert, erforderliche Maßnahmen abgeleitet, deren Umsetzung wird überwacht.

System- und Betriebsrisiken

IT-Risiken aus Hardwareausfällen wird sowohl durch organisatorische als auch durch technische Maßnahmen entgegengewirkt (gefächerte Rufbereitschaft der IT-Spezialisten, Redundanzen für die Hardware der unternehmenskritischen Anwendungen, Wartungsverträge mit kurzer Reaktionszeit). Auch im Geschäftsjahr 2012 wurde die Ausfallsicherheit der für die Bank wesentlichen Anwendungen (insbesondere des juristischen Systems SAP) und der zugehörigen Infrastruktur durch entsprechende Tests und Simulationen bestätigt. Das im Jahr 2011 in Betrieb genommene neue Backup-Rechenzentrum, das teilweise auch als 2. Produktionsstandort eingesetzt wird, hat seine Funktionsfähigkeit nachgewiesen. Zur Überbrückung von Stromausfällen steht eine Notstromversorgung für die Systeme zur Verfügung. Die Gefahr des unautorisierten Zugriffs auf Unternehmensdaten wird durch Zugriffsrechte minimiert. Unbefugte Zugriffe von außen werden durch eine hochverfügbare DMZ (demilitarisierte Zone mit mehreren Firewalls) abgewehrt.

Gegen Viren- und andere Schadprogramme wurden umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen implementiert. Die Masse der Viren wurde bereits auf den Mailgateways abgefangen. Die restlichen Schadprogramme wurden rechtzeitig erkannt und in Quarantäne gestellt, so dass keine nachweisliche Schädigung des Netzes, der Server oder der PCs aufgetreten ist. Eine weitere Herausforderung sind Spam-Mails, denen mit einer sehr guten Erkennungsrate der Filter begegnet wird. Die Notfallplanung wird regelmäßig an sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst.

Geordnete Arbeitsabläufe werden durch eindeutige Kompetenz-, Unterschrifts- und Vertretungsregelungen sichergestellt. Die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie die Einhaltung der einschlägigen Regelungen wird kontinuierlich durch eine prozessunabhängige Prüfung und Beratung durch die interne Revision überwacht und gewährleistet.

Weiteren möglichen Betriebsrisiken – zum Beispiel durch längeren Stromausfall, schwerwiegende IT-Störungen oder zur Abwehr einer Pandemie – begegnet die IBB mit einem geregelten Krisenmanagement.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Sie entstehen extern aus Veränderungen der Rechtslage und Rechtsbeziehungen sowie intern aus schadenstiftendem Fehlverhalten, unzureichender Rechtsanwendung oder Organisationsmängeln. Sie lassen sich vorrangig unterteilen in:

- Risiken aus neuer Gesetzgebung und Rechtsprechung,
- Risiken aus Verträgen und Bescheiden und
- Haftungsrisiken.

Die Steuerung von Rechtsrisiken ist eine wesentliche Aufgabe des Vorstandsstabs Recht. Zur Minimierung dieser Risiken werden die Bereiche und Abteilungen durch den Stab Recht unterstützt.

Risiken aus bekannten, an die Bank herangetragenen Rechtsfragen sind durch Rückstellungen abgedeckt.

Personalrisiken

Ziel des Personalrisikomanagements ist die Identifikation, Risikoüberwachung und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Personalrisiken zu verhindern bzw. durch eine angemessene Risikosteuerung zu minimieren.

Um dies zu erreichen, orientiert sich die quantitative als auch die qualitative Personalausstattung an den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie an der Risikosituation.

Der quantitative Personalbedarf wird einmal jährlich im Rahmen der Jahresplanung bestimmt und damit kontinuierlich fortgeschrieben.

Gleichzeitig sichert der an den Unternehmenszielen ausgerichtete Weiterbildungsprozess das Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Neben der berufsbezogenen Aus- und Fortbildung für den Arbeitsplatz wurde in der Investitionsbank Berlin die berufsbegleitende Expertenqualifizierung verankert. Dies soll eine strukturierte und bedarfsorientierte Entwicklung hochqualifizierter Fachkräfte fördern sowie einem möglichen Fachkräftemangel infolge der demografischen Entwicklung entgegenwirken. Das potenzielle Risiko durch langfristige Abwesenheiten oder das Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird durch eindeutige Prozesse für Vertretungsregelungen und Nachbesetzungen erfolgreich vermieden. Der Schwerpunkt zur Gewinnung von Fachkräften liegt auf der internen Nachwuchsförderung und der Personalentwicklung. Bei Bedarf wird der externe Stellenmarkt in Anspruch genommen.

Zusätzlich melden die Führungskräfte der Investitionsbank Berlin jährlich im Rahmen der Risikoinventur qualitative Personalrisiko-Indikatoren für operationelle Risiken, die bewertet und an den Vorstand berichtet werden.

Die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in der IBB steht im Einklang mit den Zielen, die in den Strategien der IBB niedergelegt sind. Die Vergütungssysteme sind dabei so ausgerichtet, dass schädliche Anreize, die das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen fördern könnten, vermieden werden.

Mit Hilfe von Personalkennzahlen (wie beispielsweise Fluktuationsraten, Fehlzeiten, Altersstruktur oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen) werden mögliche Personalrisiken transparent und somit steuerbar gemacht.

Sonstige Risiken

Risiken aus dem Fördergeschäft

Ein Schwerpunkt der IBB ist insbesondere die Immobilienförderung in der Region Berlin. Daraus resultiert für das Kreditportfoliorisiko eine aus der Fördersystematik bedingte überdurchschnittlich hohe Abhängigkeit von der strukturellen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Region.

Dabei ist es der IBB anders als Geschäftsbanken nicht sinnvoll möglich, Diversifikationseffekte durch überregionales Geschäft bzw. durch Risikopositionen in anderen Segmenten zu erzielen, um damit das Risiko zu mindern. Insgesamt hat die IBB dieser Situation Rechnung getragen, indem sie ein adäquates Kreditrisikomanagement sowie eine angemessene Risikovorsorge implementiert hat.

Detailvereinbarung

Die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die IBB am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung war bis 2011 von der Landesbank Berlin AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen. In 2012 wurde zwischen dem Land Berlin bzw. dessen Rechtsnachfolger und der Landesbank Berlin AG über die Höhe der ab 2012 zu zahlenden Avalprovision verhandelt. Da hierzu bislang keine Einigung erzielt werden konnte, bleibt es zunächst entsprechend der Detailvereinbarung bei dem bisherigen jährlichen Fixbetrag von 15 Mio. EUR.

Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

In der IBB wurden für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch angemessen gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen, für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Die Beurteilung der Gesamtbankrisikosituation erfolgt auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzeptes. Dabei ist das ökonomische Kapital die maßgebliche Risikosteuerungsgröße. Zur Überwachung und Steuerung der Gesamtbankrisikosituation verwendet die Bank ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Dabei werden normale Marktphasen ebenso berücksichtigt wie extreme Bedingungen, die die Risikolage beeinflussen können.

Durch den oben erwähnten Modellwechsel hin zum Mark-to-Model-Modus sind die Veränderungen in der Risikotragfähigkeit zwischen den Jahren 2011 und 2012 nur bedingt vergleichbar. Durch die Modelländerung werden aktuell deutlich mehr Risiken ausgewiesen als per 31.12.2011, insbesondere Migrationsrisiken, während vorher lediglich Ausfallrisiken berichtet wurden. Materiell hat sich die Risikoposition der Bank in 2012 durch den spürbaren Abbau von Risiken im Wertpapierportfolio deutlich verbessert. Durch eine sehr konservative Bestimmung der Parameter zur Abbildung von Wechselbeziehungen zur Bestimmung der Adress- und Spreadrisiken werden Diversifikationseffekte nur in geringem Umfang berücksichtigt.

Aufgrund des vorhandenen Bestandes an hochliquiden Wertpapieren war die Liquiditätsversorgung der IBB im Geschäftsjahr 2012 jederzeit umfassend sichergestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen hat die IBB im Berichtszeitraum eingehalten. Die Auslastung der SolvV-Kennziffer betrug zwischen 18,4 % und 19,3 % und lag damit deutlich über dem geforderten Wert.

Corporate Governance Bericht der Investitionsbank Berlin (IBB) für das Geschäftsjahr 2012

Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210
10719 Berlin

Telefon: 030/2125-0
Telefax: 030/2125-2020

www.ibb.de

Investitionsbank Berlin
Leistung für Berlin.

I. Zusammenwirken zwischen Verwaltungsrat und Vorstand

Vorstand und Verwaltungsrat haben eng und vertrauensvoll zum Wohle der IBB zusammengearbeitet und sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; beide Organe haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes bzw. Verwaltungsrats gewahrt.

Neben den Regelungen in der Satzung lag eine durch den Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung für den Vorstand vor.

Für den Verwaltungsrat wurde eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt, für den Vorstand mit Selbstbehalt abgeschlossen.

Soweit Personen, die nicht Mitglied des Verwaltungsrats sind, an dessen Sitzungen teilgenommen haben, wurden sie auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Vorstand und Verwaltungsrat haben die strategischen Unternehmensplanungen der IBB abgestimmt. Der Vorstand, der regelmäßig an den Sitzungen des Verwaltungsrats teilgenommen hat, hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet, wobei der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente den normativen Vorgaben entsprach. Alle wesentlichen Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vorstandseitig zeitnah offengelegt, Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Verwaltungsrat zur Zustimmung vorgelegt. Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, eventuell erforderliche Maßnahmen vorgeschlagen.

II. Vorstand

Der Vorstand hat unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien ausschließlich im Interesse der IBB und deren nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet, die IBB benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.

Die Zusammenarbeit des Vorstands, seine Ressortverteilung sowie die Beschlussfassung des Gremiums sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Es wurde ein Vorstandsvorsitzender bestimmt.

Die IBB verfügt über ein wirksames Risikomanagement und Risikocontrolling.

Die Vergütung des Vorstandes, die im Anhang zum Jahresabschluss individualisiert unter Angabe der Bestandteile ausgewiesen ist, erfolgte auf Basis eines Jahresgehaltes (Fixum) und einer variablen Erfolgsvergütung. Auf die Einhaltung des Abfindungs-Caps wurde geachtet.

Für das Geschäftsjahr 2012 wurden zwischen dem Vorstand der IBB und dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats Zielvereinbarungen abgeschlossen.

III. Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand und der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat wahrgenommen. Das Gremium wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die IBB einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf; weitere Geschäfte wurden nicht an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen der Bank.

Der Verwaltungsrat trifft seine Entscheidungen im Plenum, ggf. nach Vorbefassung im Arbeits- oder im Kreditausschuss. Darüber hinaus wurden den Ausschüssen durch eine vom

Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung entsprechende Entscheidungs-kompetenzen übertragen. Ein Prüfungsausschuss wurde nicht gebildet.

Der Verwaltungsrat wurde vorstandsseitig über wichtige Angelegenheiten unterrichtet; er hat zweimal außerordentlich getagt. Zwischen dem Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Vorstand hat den Verwaltungsratsvorsitzenden über besondere Ereignisse unterrichtet. Das Plenum des Verwaltungsrats wurde von dem Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.

Kein Verwaltungsratsmitglied hat die maximale Zahl von Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Verwaltungsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Die Vergütung der Mitglieder, die im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen wird, wurde auf Basis eines Senatsbeschlusses geregelt, Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

Die Zielvereinbarungen für den Vorstand wurden dem Arbeitsausschuss zur Beurteilung vorgelegt.

Ein Verwaltungsratsmitglied hat an weniger als an der Hälfte der Verwaltungsratssitzungen teilgenommen.

Im Geschäftsjahr hat sich der Verwaltungsrat keiner Effizienzprüfung unterzogen, da diese unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nur alle drei Jahre durchgeführt wird.

IV. Interessenkonflikte

Vorstand und Verwaltungsrat haben die Interessen der IBB gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt; Interessenkonflikte bestanden nicht.

Geschäfte mit der IBB durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen bestanden nicht und mussten dementsprechend dem Verwaltungsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt werden; auch eine Ausnahmeregelung für Geschäfte mit der IBB lag nicht vor.

Dem Verwaltungsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Verwaltungsratsmitgliedern mit der IBB zur Zustimmung vorgelegt; das Gremium hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit der IBB erlassen.

Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet, weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten der IBB bekannt geworden.

Ein Vorstandsmitglied hat fünf Aufsichtsratsmandate außerhalb der IBB wahrgenommen.

Die Zustimmungen für diese Nebentätigkeiten wurden seinerzeit eingeholt.

Mitgliedern des Vorstandes wurden keine Darlehen gewährt. Für ein Mitglied des Verwaltungsrats bzw. Angehörigem dieses Organmitgliedes bestand ein Darlehen in Höhe von aktuell TEUR 11 zu marktüblichen Darlehensbedingungen.

V. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich der IBB, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.

Unternehmensinformationen (z. B. der Geschäftsbericht der Bank) werden auch über das Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Benennung der Beteiligungsunternehmen der IBB entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und dem Senat vorgelegt. Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss wurden in der Bilanzsitzung des Verwaltungsrats am 25. März 2013 festgestellt bzw. gebilligt.

Eine Veröffentlichung von Quartalsberichten erfolgte nicht. Zwischenberichte wurden regelmäßig vom Verwaltungsrat mit dem Vorstand erörtert.

VII. Abschlussprüfung

Der Rechnungshof hat im Rahmen der Beauftragung vom Abschlussprüfer eine Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht seitens Organen des Abschlussprüfers – mit der IBB, respektive seinen Organmitgliedern, bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel.

Der Rechnungshof von Berlin hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Der Abschlussprüfer hat mit dem Rechnungshof vereinbart, ihn und den Verwaltungsrat über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse zu unterrichten.

Der Abschlussprüfer ist vom Rechnungshof von Berlin beauftragt worden, den Verwaltungsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Verwaltungsrats über den Jahresabschluss teilgenommen und hat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Für die Abschlussprüfung 2012 hat der Abschlussprüfer bis zum Zeitpunkt der Abgabe dieser Erklärung über keine wesentlichen Feststellungen oder Vorkommnisse berichtet.

Sonstige Angaben

Deckungsrechnung

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Deckungsmasse	1.855,3	2.068,0
Pfandbriefe im Umlauf	10,0	50,0
Überdeckung	**1.845,3**	**2.018,0**

Die im Umlauf befindlichen Hypothekenpfandbriefe waren im Verlauf des Jahres 2012 jederzeit durch hypothekarisch gesicherte Darlehen im vollen Umfang gedeckt.

Die Investitionsbank Berlin nimmt das Recht nach § 51 Pfandbriefgesetz in Anspruch und führt das Deckungsregister ausschließlich für die vor Inkrafttreten des Pfandbriefgesetzes emittierten Pfandbriefe fort.

Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

Beschäftigungsgruppe	Jahresdurchschnitt	Vorjahresdurchschnitt
Vollzeitbeschäftigte	444	439
Teilzeitbeschäftigte	160	175
Summe ohne Auszubildende	**604**	**614**
Auszubildende	35	36
Summe gesamt	**639**	**650**

Bezüge des Vorstands und des Verwaltungsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

An den Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2012 folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2012			2011
Name	Gesamt-vergütung	davon fixe Vergütung	davon variable Vergütung	Gesamt-vergütung
Ulrich Kissing				
Gehalt	404,0	404,0	0,0	404,0
Nebenleistungen	23,9	0,0	23,9	21,1
Erfolgsvergütung	96,0	0,0	96,0	96,0
Sachbezüge	2,1	0,0	2,1	0,0
	526,0	**404,0**	**122,0**	**521,1**
Dr. Frank Schneider				
Gehalt	224,0	224,0	0,0	224,0
Versicherungsentgelte	50,0	50,0	0,0	50,0
Erfolgsvergütung	96,0	0,0	96,0	96,0
Sachbezüge	14,6	0,0	14,6	12,8
	384,6	**274,0**	**110,6**	**382,8**
Summe	**910,6**	**678,0**	**232,6**	**903,9**

Die Zahlung einer variablen Erfolgsvergütung erfolgt auf Basis einer jährlich abzuschließenden Zielvereinbarung. Die Zielvereinbarung ist nach unterschiedlichen Kriterien gewichtet. Sie berücksichtigt sowohl die Gesamtleistung als auch individuelle Ziele. Hierzu gehören u. a. die wirtschaftliche Ertragskraft der Bank als auch strategische Ziele.

Bei einer Zielerreichung von 100 % ist die variable Erfolgsvergütung im vollen Umfang in Höhe der Vorjahresvergütung festzusetzen. Bei Zielunterschreitungen ist die variable Erfolgsvergütung entsprechend einer im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Staffelung anteilig festzusetzen.

in TEUR	2012	2011
an frühere Vorstandsmitglieder oder Hinterbliebene gezahlte Bezüge	516,8	521,7
Rückstellungen für Pensionen früherer Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene	5.824,5	5.949,9

An die Mitglieder des Verwaltungsrats wurden folgende Aufwandsentschädigungen gezahlt:

in TEUR	2012	2011
Cornelia Yzer (ab 23. Oktober 2012)	1,2	0,0
Sybille von Obernitz (17. Januar bis 11. September 2012)	4,3	0,0
Harald Wolf (bis 17. Januar 2012)	0,5	6,0
Michael Müller (ab 17. Januar 2012)	4,4	0,0
Ingeborg Junge-Reyer (bis 9. Januar 2012)	0,3	4,5
Dr. Margaretha Sudhof (ab 20. März 2012)	2,5	0,0
Dr. Ulrich Nußbaum (bis 6. März 2012)	0,3	3,0
Prof. Dr. Liane Buchholz	4,0	4,0
Karin Dietz	4,0	4,0
Dr. Dietrich Rümker	4,0	4,0
Michael Bomke	4,0	4,0
Peter Lobanow	4,0	4,0
Natalie Raulf	3,0	3,0
Summe	**36,5**	**36,5**

Mitgliedern des Vorstands oder des Verwaltungsrats wurden folgende Kredite gewährt:

in TEUR	2012	2011
Kredite an Mitglieder des Vorstands	0,0	0,0
Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats	11,2	11,4
Gesamt	**11,2**	**11,4**

IT-Dienstleistungszentrum Berlin

Anstalt des öffentlichen Rechts

IT-Dienstleistungszentrum Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

Geschäftsergebnis

Der vorliegende achte Jahresabschluss des IT-Dienstleistungszentrum Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts (nachfolgend „ITDZ Berlin“ genannt), zeigt weiterhin eine solide Entwicklung des Unternehmens. Der Umsatz des ITDZ Berlin im Jahr 2012 erreichte ein Volumen von

115,28 Mio. Euro (2011: 112,44 Mio. Euro)

Der Jahresüberschuss beträgt

1,41 Mio. Euro (2011: 1,15 Mio. Euro);

Der Bilanzgewinn beträgt

3,22 Mio. Euro (2011: 1,71 Mio. Euro).

I. Geschäftsverlauf

Die strategische Ausrichtung des ITDZ Berlin war im Jahr 2012 durch folgende Themen charakterisiert:

- Durchführung strategischer Projektvorhaben für das Land Berlin
- Weiterentwicklung als Application-Service-Provider
- Berliner Bürgertelefon 115
- Mittelstandsfreundliche Vergabepolitik und -praxis
- Entwicklung und Betrieb der zentralen und dezentralen IT-Infrastruktur im Land Berlin
- IT-Selling
- Strategieprogramm 2020
- Bereitstellung der für die Berliner Verwaltung zur Erfüllung von Fachaufgaben erforderlichen IT-Unterstützung in Form standardisierter Dienstleistungen
- Fachliche Unterstützung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport bei der Koordinierung der IT-Entwicklung und der Erarbeitung von Standards für den IT-Einsatz in der Berliner Verwaltung

1. Betrieb der verfahrensunabhängigen Infrastruktur

Weiterentwicklung der eGovernment-Suite des ITDZ Berlin

Die Weiterentwicklung der eGovernment-Suite war auch im Jahr 2012 ein Arbeitsschwerpunkt im ITDZ Berlin. Auf dem Weg zum Lösungsanbieter für die Berliner Verwaltung wurden die Arbeiten an der Entwicklung von Diensten (Komponentenmodell) des ITDZ Berlin fortgesetzt.

Hashwert-Dienst (HSH)
2012 wurde vom ITDZ Berlin ein Hashwert-Dienst (HSH) entwickelt. Dieser Dienst stellt kryptografische Funktionen zur Erstellung und Prüfung von Prüfsummen bereit, und wird im Bereich des Dokumentenmanagements eingesetzt, z.B. zum Nachweis der Integrität von Dokumenten. Die Entwicklung im ITDZ Berlin umfasste die Implementierung des diensterbringenden Werkzeuges und der zugehörigen Dienste-Fassade. Die Produktivsetzung des Hashwertdienstes wird im Jahr 2013, im Kontext von Vorhaben des ITDZ Berlin zur elektronischen Langzeitspeicherung und Archivierung erfolgen.

Konvertierungs und Validierungsdienst (KVD)
Das ITDZ Berlin wird 2013 für die automatisierten Fachverfahren seiner Kunden einen Konvertierungs- und Validierungsdienstes (KVD) bereitstellen. Hierzu wurde in 2012 eine Ausschreibung für einen Dienst vorbereitet, der die fachlichen Funktionalitäten der Konvertierung von Dokumenten unter Bewahrung von Layout, Inhalt und Struktur in ein Zielformat (z.B. Word-Datei in DPDF-Datei) überführt und die Validierung von Dateien und Dokumenten bereitstellt. Hierzu wurden zunächst die unterschiedlichen Anforderungen die sich aus der Langzeitarchivierung ergeben evaluiert und die Anforderungen der elektronischen Umlaufmappe (eUml) und der eAkte des Landes Berlin bei der weiteren Entwicklung des Dienstes mit einbezogen.

Formularservice (FMS):
2012 konnte die Einführung des Formularservice in mehreren Behörden im Land Berlin umgesetzt werden, darunter die Antragstellung der Künstlerförderung (eGoKüF), die Terminvereinbarung in der Ausländerbehörde mit Datenübergabe an das Zeitmanagementsystem (ZMS) und die Terminvereinbarung der Einschulungsuntersuchung mit Datenübergabe an das ZMS in drei Bezirken. Anfang 2013 erfolgt die Umsetzung der Onlineanhörung für die Polizei mit Datenübergabe an das Verfahren pmOWI. Für 2013 sind weitere Umsetzungen geplant, darunter das Kitaportal mit Fachverfahrensanbindung an die Integrierte Software Berliner Jugendhilfe (ISBJ) und die Terminvereinbarung für die Berliner Ordnungsämter mit Datenübergabe an das ZMS.

Umsetzung der eGovernment-Strategie des Landes Berlin

Termin- und Zeitmanagement (ZMS)
Das vom ITDZ Berlin realisierte Termin- und Zeitmanagementsystem (ZMS) bietet den Behörden im Land Berlin ein webbasiertes Anwendungssystem zur Terminvergabe und -bearbeitung. Die Lösung ermöglicht eine effiziente Steuerung von Kundenströmen in Einrichtungen mit Publikumsverkehr, indem sowohl Spontan- als auch Terminkunden gemeinsam in einem System abgebildet werden.

Arbeitsschwerpunkte waren 2012 die flächendeckende Einrichtung des Systems in allen Bürgerämtern, im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) in der Kraftfahrzeugzulassungsstelle, im Führerscheinbüro, in der Ausländerbehörde sowie beim Kinder-, Jugend- und Gesundheitsdienst im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin .

Mit dem System können jährlich rund 600.000 Termine in den Behörden koordiniert und verwaltet werden. Die Buchung der Termine kann über das Internet, das Berliner Service Center 115, aber auch vor-Ort im Amt erfolgen. Derzeit nutzen bereits über 60 Dienststellen im Land Berlin diese Lösung des ITDZ Berlin.

Landesprojekt „ProDiskurs“ - Beschäftigtenportal und Videokonferenz
Gemeinsam mit dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf von Berlin hat das ITDZ Berlin mit dem Projekt „ProDiskurs“ eine praxisnahe Lösung mit hohem Nutzen für die Kunden und die Beschäftigten der Berliner Verwaltung entwickelt. Die in 2011 dazu begonnenen Arbeiten wurden in 2012 fortgesetzt und neue Funktionalitäten, wie z.B. die gemeinsame, simultane Bearbeitung von Dateien und ein persönlicher Informationsassistent im Projekt realisiert.

Als weitere Maßnahme wurde 2012 im Bezirk erstmalig ein Videokonferenzsystem vom ITDZ Berlin eingerichtet. In der 2013 anschließenden Evaluierung sollen die Erfahrungen des Bezirksamt im Umgang mit diesem System (z.B. Nutzerverhalten, Zeitersparnis durch Vermeidung von Fahrzeiten, etc) ausgewertet werden und in die Projektierung für weitere Kunden im Land Berlin einfließen.

Mobile Datenerfassungsgeräten für die Berliner Ordnungsämter – „MDE neu“
„MDE neu“ ist ein Projekt des ITDZ Berlin zur mobilen Datenerfassung von Ordnungswidrigkeiten durch die Bezirke des Landes Berlin. Die Geräte werden dezentral eingesetzt. Die Übergabe und Verarbeitung der Daten erfolgt jedoch zentral im Data-Center des ITDZ Berlin. 2012 wurden vom ITDZ Berlin im Auftrag der Bezirke neue Erfassungsgeräte (inklusive Software und Zubehör) ausgeschrieben und beschafft. Der Abnahmetest für das Gesamtsystem erfolgte gemeinsam mit dem LABO, den Bezirken des Landes Berlin und dem Polizeipräsidenten in Berlin. Der Einsatz der neuen mobilen Datenerfassungsgeräte und zentralen Systemkomponenten wird im ersten Quartal 2013 erfolgen.

IT-Service-Management (ITSM)
Die in 2010 vom Verwaltungsverbund „ITSM“ initiierten Aktivitäten zur gemeinsamen Auswahl, Beschaffung und Betrieb einer modernen IT-Servicemanagement Plattform wurden in 2012 von der Berliner Polizei und dem ITDZ Berlin fortgesetzt. Schwerpunkt im Berichtsjahr war die Durchführung des Vergabeverfahrens. Der Abschluss der Verhandlungen und die Bezuschlagung sind für Mitte 2013 geplant. Parallel zum Vergabeverfahren wurden die Maßnahmen zur Einführung und Pilotierung vom ITDZ Berlin und der Berliner Polizei 2012 weiter fortgesetzt. Die künftige Lösung wird im ITDZ Berlin zentral für die IT-Servicemanagementprozesse (adaptiert nach ITIL V3) zur Verfügung stehen und setzt neue Qualitätsmaßstäbe bei der Erbringung von Services im ITDZ Berlin und bei der Berliner Polizei.

IT-Infrastrukturservice (ITIS)
Der IT-Infrastrukturservice des ITDZ Berlin konnte 2012 weiter ausgeweitet werden. Damit versorgt das ITDZ Berlin rund 8.500 Anwender mit dem IT-Arbeits-Platzservice und rund 3.500 Anwender mit seinem IT-Verfahrensservice. Mit der vom ITDZ Berlin seit Herbst 2012 angebotenen Erweiterung „Mobile Devices“ können die „ITIS-Kunden“ des ITDZ Berlin den Zugang in ihre Systemumgebung nun auch über mobile Endgeräte (z.B. „iPad“) nutzen. Kunden, die nur die die Funktionalitäten „E-Mail“, „Termine“ und „Kontakte aus Exchange“ mit mobilen Geräten nutzen möchten stellt das ITDZ Berlin eine Betriebssystemerweiterung für „iOS“ und „Android“ bereit, sodass die hohen Sicherheitsanforderungen des Landes Berlin auch bei Verwendung dieser Betriebssysteme gewährleistet sind.

Mobiler Netzzugang
2012 hat das ITDZ Berlin verstärkt Lösungen für die Nutzung von mobilen Endgeräten entwickelt. Konkret konnten Lösungen für die Nutzung von iPads für Kunden mit einem IT-Service bis zum Endgerät („ITIS-Kunden“) ebenso wie für Kunden im Exchangeverbund (App-Lösung für Smartphones und Tablets) entwickelt werden. Vorausgegangen war dieser Entwicklung eine Anpassung der früheren Sicherheitsvorgaben des Landes Berlin, die im Frühjahr 2012 erfolgt ist.

IT-Infrastruktur/Netze
Der Betrieb, die Weiterentwicklung und der Ausbau der verfahrensunabhängigen IT-Infrastruktur für das Land Berlin waren auch im Jahr 2012 Arbeitsschwerpunkte im Netzbereich des ITDZ Berlin.

Um das für die Übertragung von Anwendungs- und Multimediadaten realisierte Multiservice Network (MSN) für das Internetprotokoll Version 6 (IPv6) nutzen zu können, wurden in 2012 umfangreiche Teststellungen für die 2013 geplante Hard- und Software-Erneuerung der Netzwerktechnik durchgeführt. Das vom ITDZ Berlin betreute Infrastrukturnetz der Hauptstadt umfasst aktuell rund 896 km Kabelkanalanlagen und circa 995 km Lichtwellenleiter und bildet damit das Fundament für das Berliner Landesnetz (BeLa).

Vereinzelt noch bestehende, alte Netz-Zugänge mit geringen Übertragungsraten wurden 2012 vollständig auf die leistungsfähigere DSL-Technik umgestellt und die überholte Technik vollständig außer Betrieb genommen.

Nachdem in den Vorjahren der Anschluss der vom ITDZ Berlin betriebenen Telekommunikationsanlagen (TK) mittels Voice over IP-Gateways an das Berliner Landesnetz (BeLa) weitestgehend vollzogen war, konnte im Jahr 2012 auch die Migration der TK-Anschlüsse der Bezirksnetze erfolgreich abgeschlossen werden. Auch die Ertüchtigung der TK-Technik der Finanzämter für die Übertragung der Sprache mittels IP-Netz wurde 2012 abgeschlossen. Damit erfolgt ab 2013 der Transport aller Sprachdaten nur noch über das MSN des BeLa.

Der vom ITDZ Berlin betriebene Verbund von 25 TK-Anlagen versorgte bisher rund 8.000 Teilnehmer. In 2012 wurde die Server-Hardware der zentralen IP-Telefonie-Plattform des ITDZ Berlin (IP-Centrex) durch leistungsfähigere Technik und neue Software ersetzt, sodass nun rund 10.000 Teilnehmer mit dieser Plattform versorgt werden.

Auf Basis des vom ITDZ Berlin gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und dem Bezirk Neukölln erarbeiteten Adressrahmenkonzeptes für die Einführung von IPv6 hat die für die Verwaltung des Adressraums in Deutschland zuständige lokale Internet-Registratur (Bundesverwaltungsamt / Bundesstelle für Informationstechnik) im Auftrag des Bundesministeriums des Innern dem Land Berlin in 2012 einen öffentlichen IPv6-Adressbereich (IPv6-Präfix) zugewiesen.

Das ITDZ Berlin hat vom Land Berlin damit die Rolle des „Betreibers“ dieses Adressraums als „Operative Sub-Local Internet Registry“ (SubLIR) übertragen bekommen. Die Rolle der strategischen SubLIR und damit des verantwortlichen Nutzers für den Berliner IPv6-Präfix übernimmt als Vertreter des Landes Berlin die Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Nach Vorlage der durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) beim Institut Fraunhofer FOCUS in Auftrag gegebenen IPv6-Studie wird der IT-Koordinierungsausschuss des Landes Berlin gemeinsam mit dem ITDZ Berlin über die weiteren Schritte zur Einführung von IPv6 und die Erstellung des Migrationskonzepts für das Land Berlin entscheiden.

Auf Basis der Erfahrungen mit dem vom ITDZ Berlin realisierten Pilotprojekt „SchulVPN“ (Virtual Private Network) und einem Interessenbekundungsverfahren der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (SenBildJugWiss) wurde 2012 unter Beteiligung des ITDZ Berlin ein Konzept für das „sichere Berliner Schul-Intranet“ (sBSI) entwickelt. Das ITDZ Berlin realisiert dabei die zentrale Server-, Netz- und Sicherheitsinfrastruktur, sowie die Netzübergänge in das BeLa und das Internet.

Mit einem dedizierten Internetzugang wurde das im Pilotprojekt SchulVPN realisierte Netz in die Infrastruktur des sBSI integriert und verbindet über vorhandene DSL-Anschlüsse und verschlüsselte Verbindungen die Verwaltungsbereiche von rund 100 Schulen im Land Berlin.

Mit dem vom ITDZ Berlin abgeschlossenen Rahmenvertrag für Carrier-Ethernet-Verbindungen sollen weitere ca. 600 Schulen in das sBSI eingebunden werden. Für weitere ausgewählte Schulstandorte (z.B. Oberstufenzentren, Schulinsel Scharfenberg…) wurde die Möglichkeit einer sBSI- Anbindung über ein eigenes Transit-VPN im MSN des BeLa vom ITDZ Berlin geschaffen. Für dieses Transportnetz und die zentrale Sicherheits- und Serverinfrastruktur hat das ITDZ Berlin auch das Störungs- und Changemanagement übernommen.

Service Center „Berliner Bürgertelefon 115“

2012 wurden weitere Behörden an das vom ITDZ Berlin betriebene Bürgertelefon 115 angeschlossen und die Servicezeiten um eine Stunde verlängert. Die Zahl der bearbeiteten Bürgeranfragen stieg damit im Berichtszeitraum um ca. 60 %.

Seit März 2012 ist die 115 als Ortsnetznummer für den Berliner Bürger zu geringeren Kosten und über die Berliner Vorwahl auch aus dem gesamten Bundesgebiet erreichbar. Die zentrale Beauftragung und Finanzierung durch die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat sich in diesem Zusammenhang bewährt. Zum Jahresende 2012 wurde daher beschlossen, die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem ITDZ Berlin fortzuführen und weitere Behörden an das “Berliner Bürgertelefon 115“ anzubinden.

Neue Räume im modernisierten IT-Standort
Um dem steigenden Anrufer-Volumen bei gleichbleibender Qualität der Leistung gerecht zu werden, hat das Service Center des ITDZ Berlin neue Räume im komplett sanierten Haus 2 des ITDZ Berlin am Hauptstandort Berliner Straße 112-115 in Berlin-Wilmersdorf bezogen. Es handelt sich dabei um zwei nach modernsten ergonomischen Anforderungen gestaltete Großraumbüros mit je 94 hell und freundlich konzipierten Arbeitsplätzen. Darüber hinaus stehen auch den Kräften des Service-Centers im gleichen Haus sieben weitere Büro- und Besprechungsräume sowie ein Versorgungs- und Servicebereich (Mutter-Kind-Zimmer, Sportraum, und je Etage eine Küche mit Speisebereich) zur Verfügung

Damit wurde entsprechend dem Auftrag des Vorstands des ITDZ Berlin, die Zusammenführung mehrerer Standorte in einem hochmodernen Gebäude mit guter Infrastruktur und optimalen Arbeitsbedingungen realisiert und eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die dort tätigen Service-Kräfte erreicht. Damit ist das ITDZ Berlin Service-Center für alle Aufgaben, die sich aus dem Betrieb des „Berliner Bürgertelefon 115“ ergeben, optimal gerüstet.

2. Betrieb von IT-Verfahren einschl. der verfahrensabhängigen Infrastruktur-Application Service Providing (ASP)

Einführung der eAkte im Land Berlin:
Im Rahmen der Arbeiten zur Einführung der eAkte im Land Berlin hat das ITDZ Berlin im Berichtszeitraum in mehreren Arbeitsgruppen des Landes aktiv mitgearbeitet. Schwerpunkte waren Fach- und Systemberatung sowie qualitätssichernde Maßnahmen in den einzelnen Arbeitspaketen (Anforderungsspezifikation und Zielarchitektur, Gesamtsicherheit, Identitätsmanagement, Akzeptanz- und Veränderungsmanagement, digitaler Posteingang und Digitalisierung von Altakten).

Für die Planung des Gesamtvorhabens wurde vom ITDZ Berlin eine Betriebskostenanalyse durchgeführt. In Vorbereitung der Senatsvorlage für die landesweite Einführung der eAkte hat das ITDZ Berlin darüber hinaus einen Masterplan für die Senatsverwaltung für Inneres und Sport erarbeitet. Dieses Dokument beinhaltet konkrete Schritte und erforderliche Ressourcen zum Aufbau der Basisinfrastruktur und der IT-Dienste für die erfolgreiche Einführung der eAkte im Land Berlin.

eAkte Senatsverwaltung für Finanzen Berlin
Im Verbund mit Partnern aus der Berliner Wirtschaft unterstützt das ITDZ Berlin seit 2010 die Senatsverwaltung für Finanzen bei der Implementierung und Realisierung des elektronischen Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems (DMS/VBS). Nachdem die Umstellung vom bisherigen FAVORIT-System auf den DMS/VBS-Dienst des ITDZ Berlin in der Stufe 1 im November 2011 erfolgreich

abgeschlossen wurde, stand im Jahr 2012 die Stufe 2 des Gesamtvorhabens, die Vorbereitung und Planung der hausweiten Einführung, im Fokus.

Vor dem Gesamtrollout wurden dazu zunächst ausgewählte Referate und Tätigkeitsfelder umgestellt. Weiter Schwerpunkte des Projekts sind neben der technischen Bereitstellung das Akzeptanzmanagement, die Begleitung des Veränderungsprozesses, die Schulung der Mitarbeiter, die Schaffung der notwendigen organisatorischen Regelungen und die vollständige Umstellung des Postein- und Ausgangsprozesses für die eAkte. Die erfolgreichen Zusammenarbeit am Gesamtvorhaben werden die Senatsverwaltung für Finanzen und das ITDZ Berlin auch 2013 fortsetzen.

eAkte des Rechnungshof von Berlin
Im Jahr 2011 hatte der Rechnungshof von Berlin (RHvB) entschieden, das eingesetzte Dokumentenmanagement-System (DMS) durch das Produkt DMS/VBS des ITDZ Berlin abzulösen. Die gemeinsamen Arbeiten des RHvB und des ITDZ Berlin konnten Ende Februar 2012 termingerecht abgeschlossen werden. Seitdem nutzen rund 45 Dienstkräfte das neue DMS/VBS „VISkompakt“ für ihre tägliche Arbeit. Im Vorfeld der Überführung in den Echtbetrieb wurden Dienstkräfte geschult und rund 1.300 Akten aus einem bestehenden Aktenverzeichnis digitalisiert. In einem weiteren Schritt wurden im Mai 2012 zusätzlich 180 Dienstkräfte in der Bedienung von „VISkompakt“ geschult und mehr als 120.000 Dateien aus dem alten DMS in die neue DMS/VBS-Lösung migriert. Seit Anfang Juni 2012 arbeiten nun alle Dienstkräfte des Rechnungshofs von Berlin mit dem neuen DMS/VBS „VISkompakt“.

eAkte im ITDZ Berlin
Mit dem unternehmensinternen Projekt „eAkte“ schafft das ITDZ Berlin die Voraussetzungen für einen standardisierten, geschäftsbereichsübergreifenden Einsatz und zuverlässigen Betrieb eines Dokumentenmanagementsystems im Data-Center des ITDZ Berlin. Wesentliche Projektergebnisse sind die:

- Festlegung der Rollendefinition und Verantwortlichkeiten für die Betriebsführung
- Konzeption der Schulungstypen und Weiterentwicklung des Akzeptanz-
- managements
- Konsolidierung/Harmonisierung von Test- und Produktivsystem
- Neuordnung der bereitgestellten Standard-Vorlagen
- Schaffung eines DMS-konformen Rahmenaktenplans für das ITDZ.

Im ITDZ Berlin wird die elektronische Akte derzeit in den Bereichen Innovationsmanagement, Produktion, Rechnungswesen und Vertrieb implementiert. Weitere Bereiche werden 2013 folgen.

Cloud Computing – Private Cloud für das Land Berlin
Schwerpunkt der Arbeiten zur Private Cloud Land Berlin war im Jahr 2012 die Durchführung der Vergabe zur Beschaffung der notwendigen Infrastruktur-komponenten für das ITDZ Berlin. Im Anschluss an die erfolgte Bezuschlagung wird die neue Cloud-Infrastruktur den Kunden in der Berliner Verwaltung im Frühjahr 2013 zur Verfügung stehen.

Parallel zur Beschaffung wurden vom ITDZ Berlin umfassende Vorarbeiten für die künftige Vermarktung dieser Dienste geleistet. Ziel ist der Berliner Verwaltung, interessante Angebote zum Thema Serverkonsolidierung zu unterbreiten Exemplarisch für eine solche Lösung ist der sogenannte integrierte IT-Betrieb. Dabei können vom Kunden die zentralen Angebote des ITDZ Berlin genutzt werden während eigene, anwendernahe Administrationsleistungen nach wie vor dezentral erbrachte werden können. Diese Lösung ist ein Ergebnis aus der Zusammenarbeit mit dem Bezirk Friedrichshain-Mitte im aktuellen Projekt VITBL.

HarVe 2015
Das Projekt HarVe 2015 (Harmonisierung der Fachverfahren des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten) wurde im Dezember 2012 erfolgreich abgeschlossen. Die neu gestaltete Systemarchitektur des HarVe-IT-Verbundes für das LABO entspricht den hohen Sicherheitsanforderungen des BSI. Die zugehörigen Applikationen wurden überwiegend auf virtuellen Systemen abgebildet. Aktuell werden 14 Fachverfahren des LABO in diesem IT-Verbund betrieben. Durch die konsequente Nachnutzung zentraler Komponenten, wie z.B. Datenbank-Cluster und Sicherheitsinfrastruktur, konnten Systeme eingespart und Betriebsaufwände erheblich reduziert werden. Auch in 2013 ist die Aufnahme weiterer Fachverfahren des LABO in den HarVe-IT-Verbund vorgesehen.

3. Entwicklung des Unternehmens

Optimierung durch Prozesse und Regeln - Prozessportal
Im Rahmen des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses wurde im Jahr 2012 das Prozessportal im ITDZ Berlin überarbeitet und aktualisiert. Das Prozessportal ist allen Mitarbeitenden zugänglich und die einheitliche, unternehmensweite Informationsbasis über die Abläufe im Unternehmen. 2012 wurde das Vorgehensmodell erweitert und um neue Dokumente ergänzt. Diese stehen den Mitarbeitenden im ITDZ Berlin nun als Vorlagen, z.B. für die Erstellung von Konzepten im Intranet zur Verfügung.

Grundlagen eines kaufmännischen Systems - Projekt UPA
Im Rahmen der Optimierung des Kaufmännischen Systems wurde in 2012 ein Schwerpunkt auf die Verbesserung der Erfassung bereits erbrachter Leistungen gelegt. Durch eine Vereinfachung der Datenerhebung können die Mitarbeitenden von außerfachlichen Tätigkeiten entlastet werden. Weiter wurde eine noch stärkere Integration der internen Verrechnung in die internen Abrechnungsprozesse des ITDZ Berlin realisiert. Anfang 2013 erfolgte die Produktivsetzung mit dem Ziel, langfristig die gesamte Steuerung und Abrechnung des ITDZ Berlin über ein System zu ermöglichen.

Risikomanagement
Das systematische Risikomanagement im ITDZ Berlin, das sich seit nunmehr zwei Jahren im Echtbetrieb befindet, wurde auch in 2012 entsprechend dem Vorgehensmodell und dem Ablaufprozess fortgeführt. Mit dem standardisierten unternehmensweiten Risiko-Management-Prozess wird Transparenz über Risiko-Situationen geschaffen und die laufende Steuerung und Überwachung der Risiken sichergestellt. Mit der Möglichkeit Risiken frühzeitig zu erkennen, erfüllt das ITDZ Berlin die

gesetzlichen Anforderungen zum Thema „Risiko-Früherkennungs-System“, die sich aus § 53 des Haushaltsgrundsätze-Gesetzes (HGrG) ergeben.

Produktmanagement
Die Arbeitsschwerpunkte des Produktmanagements im ITDZ Berlin im Jahr 2012 bestanden in der:

- Realisierung von Lösungen für den sicheren, mobilen Zugriff von iPads und Smartphones auf Daten im Berliner Landesnetz
- Entwicklung von Lösungen auf Basis der neuen Private Cloud Infrastruktur z.B. für den integrierten IT-Betrieb und die Konsolidierung der Server in Berliner Bezirken
- Übernahme der Leitung des Konsortiums bei dem vom Bund geförderten Gemeinschaftsprojekt „GoBerlin“ im Bereich „Trusted Cloud“
- Mitarbeit im Landesprojekt zur Ausprägung des künftigen standardisierten IT-Arbeitsplatzes der Berliner Verwaltung
- Fortsetzung der Produktentwicklungen für den sogenannten „Persönlichen Informationsassistenten“ als Teil eines Beschäftigtenportals, beim Projekt „ProDiskurs“ sowie für die „Elektronische Umlaufmappe“
- Neukonzeption der Leistungen des ITDZ Berlin für das Projekt „Domäne Jugend“
- Fortentwicklung des „Zeitmanagementsystem“ (neue Kunden und Einsatzbereiche)

Innovationsmanagement
Auch im Jahr 2012 hat der Geschäftsbereich Innovationsmanagement und Projektservices wieder Beratungsleistungen für seine Kunden in der Berliner Verwaltung erbracht. Arbeitsschwerpunkte waren wie im Vorjahr interne Projekte des ITDZ Berlin und Kundenprojekte die wegen ihres technologisch-innovativen Ansatzes für das Land Berlin von besonderer Bedeutung sind.

Druckbereich
Das Druckzentrum des ITDZ Berlin wurde 2012 in seinen Kernbereichen Druck und Weiterverarbeitung (Kuvertierung) technisch erweitert. So wurde ein neues Test- und Backup-System implementiert, um parallel zur Produktion eine permanente Testumgebung abzubilden und so möglichen Störungen effektiv vorzubeugen. Im Bereich Weiterverarbeitung wurde der Maschinenbestand zu etwa 80 Prozent erneuert. Vier der bisher sehr wartungs-intensive Kuvertiersysteme konnten so 2012 durch drei moderne, leistungsstarke Neusysteme ersetzt werden. Damit ist das ITDZ Berlin für die Aufträge seiner Kunden aus der Berliner Verwaltung auch bei massiv steigenden Produktions-Volumina optimal gerüstet.
Besonders das moderne Outputmanagementsystem des ITDZ Berlin, das im Herbst 2012 auch im Rahmen einer Kundenveranstaltung präsentiert wurde, ermöglicht den Verwaltungskunden eine effiziente prozessgesteuerte und zugleich preiswerte Realisierung ihrer Druckaufträge.

Eröffnung des modernisierten IT-Standorts des Landes Berlin
Der Berliner Bürgermeister und Senator für Inneres und Sport, Frank Henkel, eröffnete nach einjähriger Bauphase am 24.02.2012 den modernisierten IT-Standort des Landes Berlin. In dem neuen Unternehmensgebäude des ITDZ Berlin sind das

Service Center mit rund 200 Arbeitsplätzen, das zentrale Druckzentrum sowie ein neues Data-Center für die Verwaltung untergebracht. Mit dem Erwerb und Umbau der Liegenschaft verfügt das ITDZ Berlin im Bezirk Charlottenburg- Wilmersdorf nun über einen modernen Unternehmenssitz. Mit Neuerungen, wie dem ebenfalls im Gebäude beheimateten Bistro, Gesundheitsräumen sowie einem Eltern-Kind-Zimmer, will das Unternehmen als öffentlicher Arbeitgeber auch zukünftig für IT-Fachkräfte attraktiv bleiben.

Messebeteiligungen

18. Anwenderforum eGovernment
Am 15. und 16. Februar 2012 fand das „18. Anwenderforum eGovernment" im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Berlin statt. Wie im Vorjahr präsentierte sich das ITDZ Berlin wieder als Aussteller. Themenschwerpunkte am Stand des ITDZ Berlin bei dieser Fachtagung waren das Dokumentenmanagement, das „Wartezeitenmanagement in Bürgerämtern" sowie die Vorstellung der Produkte „elektronische Akte" und „elektronische Signatur". Darüber hinaus beteiligten sich Referenten des ITDZ Berlin am Kongressprogramm mit Vorträgen zu den Themen Projekt „GoBerlin" und „Effizienzsteigerung durch Cloud-Infrastrukturen".

CeBIT 2012
Auf der weltweit größten IT-Fachmesse CeBIT in Hannover, präsentierte sich das ITDZ Berlin Anfang März 2012 im Public Sektor Parc, Halle 7 (Bereich „eGovernment for you"). Gemeinsam mit seinen Kunden und Partnern aus der Berliner Verwaltung standen unter dem Motto „Wirtschaftliche und serviceorientierte IT-Lösungen" folgende Themen im Mittelpunkt: Mit dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin wurden Lösungen im Rahmen des Projektes „ProDiskurs" präsentiert. Dazu gehörten die „Online-Ämterbewertung" sowie eine Anwendung zur Einschulungsuntersuchung als Beispiel für den Einsatz des vom ITDZ Berlin entwickelten Termin- und Zeitmanagementsystems.

Parallel wurden das Berliner Bürgertelefon 115 sowie eine Lösung für Authentifizierung und Datenschutz in der Ausländerbehörde Berlin gezeigt. Ferner stand das Projekt mit der Senatsverwaltung für Finanzen zum Produkt eGovernment-Suite (eAkte) im Vordergrund. Ebenso wurde eine im ITDZ Berlin angewandte Organisationslösung mit Microsoftprodukten sowie das Thema „Linked Open Government Data" in Kooperation mit dem DAI Labor der Technischen Universität Berlin vorgestellt. Der Kooperationspartner Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) begleitete den gelungenen Messeauftritt des ITDZ Berlin mit einem Studentenprojekt.

Moderner Staat 2012
Im November 2012 nahm das ITDZ Berlin an der Messe und dem Kongress "Moderner Staat" in Berlin teil. Auf dem eigenen Stand in Halle 2 trat das ITDZ Berlin als zentraler IT-Dienstleister der ServiceStadt Berlin auf. Inhaltlich präsentierte sich das ITDZ Berlin mit folgenden Lösungen: Der Themenbereich „Bürger. Kommunikation. Verwaltung." präsentierte die Produkte „Formularmanagementsystem" (eID-Service) und „Termin- und Zeitmanagementsystem" sowie das Projekt „Online-Ämterbewertung" im Rahmen des Projektes „ProDiskurs". Der Themenbereich „Data-Center. Infrastruktur. Sicherheit." stellte das „High Secure

Data-Center" und das „Secure Data-Center" des ITDZ Berlin vor sowie die Präsentation der Lösungen „Private Cloud" und „Serverkonsolidierung".

Im Themenbereich „Ziel. Projekt. Lösungen." erfolgte die Vorstellung des Kooperationsprojektes „Verlagerung von IT-Betriebsleistungen in das ITDZ Berlin - VITBL" (Bezirksamt Mitte), der Produktlösung „Mobiler Netzzugang" und ein Anwendungsbeispiel der elektronischen Akte (Kundenbeteiligung Senatsverwaltung für Finanzen). Der Themenbereich „Perspektive. Zukunft. Vision." hatte das Kooperationsprojekt "Persönlicher Informationsassistent (PIA)" mit dem Partner DAI-Labor der TU Berlin, das Projekt „goBerlin" und die Produktidee „eUmlaufmappe" als Schwerpunkte.

Projekt „ Go-Berlin“
Im Rahmen des Trusted-Cloud-Projekts „goBerlin“, das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gefördert wird, entsteht unter der Konsortialführung des ITDZ Berlin ein online-Marktplatz, auf dem Bürgern Services der Berliner Verwaltung und der Privatwirtschaft lebenslagenorientiert auf einem gemeinsamen Dienste-Marktplatz zur Verfügung gestellt werden.

Im Jahr 2012 wurde die Konzeption festgelegt und in den vielfältigen Arbeitspaketen mit der Realisierung begonnen. Der Abschluss des neuen Service-Angebots ist gemäß Projektplan für 2014 geplant.

Konsortialpartner des ITDZ Berlin sind neben der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, das Fraunhofer-Institut FOKUS, Atos AG, die HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH sowie als assoziierter Partner die Immobilien Scout GmbH.

Mittelstandsfreundliche Vergabe
Im Jahr 2012 führte das ITDZ Berlin 55 formelle Vergabeverfahren mit einem Beschaffungsvolumen von insgesamt rund 39,5 Mio. Euro durch. Etwa 70 Prozent der Zuschläge gingen dabei an kleine und mittelständische Unternehmen. Von den 11 großen Rahmenvertragsabschlüssen zur Arbeitsplatzausstattung und im Carrier-/ Mobilfunkbereich, die ein Beschaffungsvolumen von rund 32,5 Mio. Euro über drei bzw. vier Jahre beinhalten, erhielten mittelständische Unternehmen acht Zuschläge.

Rahmenverträge Projektservices
Der vom ITDZ Berlin 2012 abgeschlossene Rahmenvertrag Projektservices hat sich im Berichtszeitraum positiv weiterentwickelt Insgesamt 62 „Wettbewerbe“ mit einem Bestellvolumen von ca. 2,7 Mio. Euro wurden in den drei Fachkategorien erfolgreich durchgeführt. An 46 mittelständische Unternehmen bzw. Bietergemeinschaften konnte vom ITDZ Berlin der Zuschlag 2012 erteilt werden.

Software-Lizenzen
Der 2011 mit der Firma McAfee GmbH abgeschlossene Unternehmenslizenzvertrag hat sich im ersten Jahr seines Bestehens gut entwickelt. Vom ITDZ Berlin wurden 2012 über diesen Vertrag vorrangig Lizenzen und Softwarepflege beschafft. Die Nutzung der Oracle-Sammellizenz blieb hingegen hinter den Erwartungen zurück. Der Vertrag wurde Ende 2012 auf eine neue Vertragsform umgestellt.

IT-Selling
Die Abrufe aus den vom ITDZ Berlin Rahmenverträgen von IT-Hard- und Software/ Dienstleistungen durch die Berliner Verwaltungen hat sich auch in 2012 weiter positiv entwickelt. Das Bestellvolumen wuchs in 2012 gegenüber dem Vorjahr um nochmals rd. 5,6 Mio. Euro auf ca. 43,3 Mio. Euro. Neben den bewährten Rahmenverträgen für Arbeitsplatzausstattungen, Lizenzen und LAN-Komponenten haben insbesondere die neuen Rahmenverträge für Multifunktions-Etagendrucker und interaktive Whiteboards zu einer starken Nachfrage der Kunden aus der Verwaltung geführt.

ITDZ Berlin 2020 – Fortführung des Projekts
Das im ITDZ Berlin initiierte „Strategieprogramm 2020“ bündelt die Schwerpunkte der strategischen Entwicklung des zentralen IT-Dienstleisters des Landes Berlin und bildet diese in einem detaillierten Managementprogramm ab.

2012 wurden dazu die Unternehmensstrategie, das Unternehmensleitbild sowie ein Organisations- und Personalkonzept des ITDZ Berlin in zahlreichen Arbeitspaketen unter Einbezug ausgewählter Mitarbeitender erarbeitet. Die Arbeit in den Arbeitspaketen wird 2013 fortgeführt und in den Technikbereichen weiter ausgeprägt. Zudem werden die Realisierung der Unternehmensstrategie und des Organisations- und Personalkonzepts Schwerpunkte 2013 darstellen.

Strategie 2020 – Personalpolitik
Vielfältige Aufgaben im ITDZ Berlin erfordern interne Abläufe und Prozesse den Kundenbedürfnissen stetig anzupassen und zu optimieren. Im Rahmen des Projektes „Strategie 2020“ wurden in 2012 die Aufgabenstrukturen der künftigen Abteilungen unter Berücksichtigung von Effizienzsteigerungen/ Verbesserungsideen identifiziert, Kernprozesse und Interaktionen zwischen den Bereichen definiert und daraus abgeleitet der zukünftige Personalbedarf im ITDZ Berlin ermittelt und festgelegt. Mit dem Angebot außertariflicher Verträge und der Ausschreibung der Führungspositionen aller drei Führungsebenen in unterschiedlichen Abstufungen sowie dem damit verbundenen Ausbau der Managementkompetenzen wird das ITDZ Berlin künftigen Anforderungen an Führung im Unternehmen Rechnung tragen.

II. Darstellung der Lage
Gemäß § 2 Errichtungsgesetz unterstützt das ITDZ Berlin die Verwaltung beim Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik (IT) als zentraler IT-Dienstleister des Landes Berlin. Es stellt den Stellen des Landes Berlin ein umfassendes Angebot an Informationstechnik, -anwendungen und -dienstleistungen zur Verfügung, insbesondere bietet es durch Landesvereinbarungen definierte IT-Leistungen an.

Damit ist die wirtschaftliche Tätigkeit des ITDZ Berlin im Wesentlichen auf die Verwaltung des Landes Berlin ausgerichtet und somit direkt von der Finanzsituation der öffentlichen Hand und insbesondere von der des Landes Berlin abhängig. Kürzungen und Einsparungen im Landeshaushalt, die zu Umsatzverlusten im ITDZ Berlin führen können, müssen zumindest im gleichen Umfang durch zusätzliches Neugeschäft ausgeglichen werden. Es steht zu erwarten, dass dies auch in der Zukunft gelingen wird und in den nächsten Jahren insgesamt von einem weiteren Umsatzwachstum und einem positiven Jahresergebnis ausgegangen werden kann.

1. Ertragslage

Im Berichtszeitraum ist ein Anstieg der Umsatzerlöse um 2,9 Mio. € (von 112,4 Mio. € im Jahr 2011 auf 115,3 Mio. € im Jahr 2012 zu verzeichnen. Die Steigerung resultiert im Wesentlichen aus neuen, zusätzlichen Verträgen insbesondere im Bereich Verfahrens- und Arbeitsplatzservice sowie im Bereich IT-Selling. In den Umsatzerlösen des Geschäftsjahres 2012 sind Erlöse in Höhe von 0,6 Mio. € enthalten, die das Geschäftsjahr 2011 betreffen und die erst in 2012 fakturiert wurden. Insgesamt wurde der Umsatz auf hohem Niveau konsolidiert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 0,3 Mio. € (von 6,2 Mio. € auf 5,9 Mio. €) gesunken. Hier sind u.a. die im Vorjahr bilanzierten überdurchschnittlich hohen Schadenersatzleistungen nicht mehr angefallen.

Die Betriebsleistung insgesamt (Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, andere aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) ist um 1,8 Mio. € (von 120,0 Mio. € auf 121,8 Mio. €) gestiegen.

Der Materialaufwand ist um 2,3 Mio. € (von 45,1 Mio. € auf 47,4 Mio. €) gestiegen. Dies korrespondiert im Wesentlichen mit den Umsatzsteigerungen im Bereich IT-Selling.

Der Personalaufwand hat sich um 1,1 Mio. € erhöht (von 25,4 Mio. € auf 26,5 Mio. €). Hier wirkten sich u. a. der Anstieg der Mitarbeiterzahl und die Tariferhöhungen aus.

Die Abschreibungen sind um 0,05 Mio. € gesunken (von 14,03 Mio. € auf 13,98 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um 1,8 Mio. € verringert (von 35,3 Mio. € auf 33,5 Mio. €). Die Verringerung resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Zuführung zu Drohverlusten sowie dem Rückgang von Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Berliner Straßengesetz. Gegenläufig wirken sich erhöhte Zuführungen zu Rückstellungen im Bereich der Kabelführungssysteme aus.

1.1. Personal

Die Zahl der Mitarbeitenden ist zum Stichtag 31. Dezember 2012 auf 489 (Vorjahr: 487) gestiegen. Der Personalkörper des ITDZ Berlin umfasste 457 Arbeitnehmer (Vorjahr: 454), davon 18 Auszubildende (Vorjahr: 20), 32 Beamte (Vorjahr: 33). Für die Beschäftigungsverhältnisse gilt seit 1. November 2010 der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV L). Den Dienstverhältnissen der Beamtinnen und Beamten liegt das geltende Landesbeamten- und Besoldungsgesetz des Landes Berlin zugrunde.

1.2. Personalentwicklung

Personalentwicklung und Qualifizierung

Personalentwicklung gilt als Schlüsselfaktor für wirksame Führung und erfolgreiche Veränderungsprozesse. Die strategische Personalentwicklung im ITDZ Berlin stellt sicher, dass die an den Unternehmenszielen ausgerichteten Prozesse und Entwicklungen, die sich an die Anforderungen der Mitarbeitenden auswirken, bereits

frühzeitig einbezogen werden. Ziel ist es, Leistungs- und Lernpotenziale zu erkennen, zu erhalten und in Abstimmung mit dem Unternehmensbedarf verwendungs- und entwicklungsbezogen zu fördern.

Auch in 2012 hatte die Weiterentwicklung der Kern- und Veränderungskompetenzen durch Qualifizierungsmaßnahmen einen besonderen Stellenwert. Insgesamt haben im Berichtsjahr 619 Mitarbeitende (darunter 195 Frauen) an insgesamt 394 Fortbildungsveranstaltungen (davon 52 Inhouseveranstaltungen) teilgenommen. Die Gesamtausgaben dafür lagen bei rd. 384.656 € (Vorjahr: 441 T€), einschließlich fortbildungsbedingter Dienstreisekosten.

1.3. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

„AuditBerufundFamilie“
Angesichts der Bedeutung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Unternehmen, hat der Vorstand des ITDZ Berlin die Maßnahmen des „Auditberufundfamilie" im ITDZ Berlin auch in 2012 planmäßig fortgeführt.

Das „Auditberufundfamilie“ ist ein Instrument zur Weiterentwicklung familienfreundlicher Unternehmenspolitik. Ziel ist eine familienbewusste Personalpolitik und die daraus resultierenden positiven Effekte. Dazu werden unternehmensspezifische Maßnahmen entwickelt, die es den Mitarbeitenden ermöglichen, Beruf und Karriere sowie das Leben in der Familie, z.B. mit der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen, in einer gesunden Balance zu bewerkstelligen.

Das ITDZ Berlin ist seit dem 17.05.2010 als familienfreundliches Unternehmen zertifiziert. Im 2. Berichtsjahr (2012) wurden 21 Maßnahmen geplant und umgesetzt. Besonderer Schwerpunkte waren Führungskompetenz, Arbeitsorganisation und Services für Familien. Die Herausforderung ist nun die vereinbarten und abgeschlossenen Maßnahmen in die gelebte Unternehmenskultur zu überführen.

Gesundheitsmanagement im ITDZ Berlin
Das Gesundheitsmanagement im ITDZ Berlin konnte auch im Berichtsjahr 2012 kontinuierlich fortentwickelt werden. Neben der Erweiterung des Kursangebots im Sportraum, die erfolgreiche Teilnahme am Berliner Firmenlauf wurde 2012 auch wieder der „ITDZ Berlin-Gesundheitstag“ mit interessanten Themen rund um die Gesundheit der Mitarbeitenden durchgeführt. Mit dem Abschluss der „Dienstvereinbarung über das betriebliche Gesundheitsmanagement im ITDZ Berlin“ zwischen dem Vorstand und den Interessenvertretern der Gremien wurde eine feste organisatorische Verankerung des Themas „Gesundheit der Mitarbeitenden“ im Unternehmen erreicht.

"Führungskreis Zukunft“
Der Führungskreis Zukunft (FK Z) des ITDZ Berlin hat 2012 seine Arbeit fortgesetzt. In 2012 hat die Gruppe ein Konzept zum Thema „Security Awareness“ erarbeitet. Für 2013 sind weitere Aktionen mit und für die Mitarbeitenden des ITDZ Berlin zu diesem Thema in Vorbereitung.

Auszubildende
Anfang des Jahres 2012 haben vier Auszubildende ihre Ausbildung im ITDZ Berlin vorzeitig nach zweieinhalb Jahren und zwei weitere Auszubildende in der Regelzeit beendet und eine Beschäftigung im ITDZ Berlin erhalten. Somit erhöhte sich die Zahl der übernommenen Auszubildenden seit dem Jahr 2000 (Start des ITDZ Berlin als Ausbildungsbetrieb) auf 45. Mit vier neuen Auszubildenden, die am 1. September 2012 ihre Ausbildung als Fachinformatiker für Systemintegration begannen, wurden im Berichtszeitraum 18 Auszubildende im ITDZ Berlin betreut.

Demographischer Faktor - Ausbildungsoffensive
Der demographische Wandel in der Berliner Verwaltung zwingt die Einrichtungen des Landes zunehmend, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren und außerfachliche Aufgaben zu externalisieren. Für das ITDZ Berlin als dem zentralen IT-Dienstleister für die Berliner Verwaltung ist die Sicherung und Aufrechterhaltung der IT-Kompetenz im Land Berlin wichtigstes Handlungsfeld. Hierzu ist es erforderlich, strategische Konzepte und politisch abgestimmte Ziele im Land Berlin zu entwickeln, um den Folgen des demografischen Wandels gerade im Bereich der Landes-IT zu begegnen und sich künftigen Herausforderungen zu stellen.

Mittels einer externen Studie wurde belegt, dass in den nachgeordneten Bereichen der Berliner Verwaltung (im Gegensatz zum ITDZ Berlin) fast 75 Prozent des IT-Personals 45 Jahre oder älter und nur ca. 5 Prozent jünger als 35 Jahre sind. Um dieser demografischen Entwicklung und den zu erwartenden altersbedingten Abgängen in der Berliner Verwaltung zu begegnen, hat das ITDZ Berlin für sich die Entscheidung getroffen, die Anzahl der Auszubildenden pro Ausbildungsjahr regelmäßig zu verdoppeln. Ziel ist, mit zeitnaher Nachfolgeplanung und Ausbildung die Bindung qualifizierter IT-Fachkräfte im ITDZ Berlin nachhaltig sicherzustellen.

1.4. Einbindung des ITDZ Berlin in das IT-Netzwerk des Landes Berlin

Kooperation mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR)
Nach rund fünf Jahren erfolgreicher Kooperation mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin hat das ITDZ Berlin auch 2012 wieder Studierende des Studiengangs Verwaltungsinformatik als Gäste für den Messeauftritt des ITDZ Berlin auf der internationalen Messe CeBIT 2012 in Hannover eingeladen. Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass 2012 erstmals ein Absolvent der HWR eine Beschäftigung im ITDZ Berlin für die Entwicklung von Internet- und Intranet-Auftritten angenommen hat. Die enge Zusammenarbeit mit der HWR wird daher auch zukünftig im Fokus des ITDZ Berlin stehen und durch Praktika, Werkstudentenverträge und die Betreuung von Abschlussarbeiten weiter ausgebaut werden.

Kooperation mit der TU Berlin (DAI-Labor)
Die engen Verbindungen zur Technischen Universität Berlin (TU Berlin) wurden vom ITDZ Berlin auch 2012 intensiv weiterverfolgt, um aktuelle Entwicklungen in der Wissenschaft mit den Anforderungen der Verwaltung zu kombinieren und so zukunftsfähige Lösungen für die moderne Verwaltung zu schaffen. Mit der Zusammenführung der wissenschaftlicher Kompetenzen der TU Berlin und den betrieblichen Erfahrungen des ITDZ Berlin konnten in 2012 erste Modelle zur Produktionsreife geführt werden, z.B. bei der aktuellen Landesmaßnahme „Service-

portal“ und bei der Entwicklung eines persönlichen Informationsassistenten für Mitarbeitende, deren Fertigstellung 2013 erwartet wird.

IT-Sicherheitsgremien des Landes Berlin
Auch 2012 war das ITDZ Berlin in zahlreichen Arbeitsgruppen zur Informationssicherheit vertreten (AG IT-Sicherheit der Senatsinnenverwaltung, AG IT-Sicherheit & Datenschutz, sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister „Vitako“). Besonderer Schwerpunkt auf Landesebene waren die Aktivitäten zum Aufbau eines Berliner Landes-CERT (Computer Emgergency Response Team) unter aktiver Beteiligung des ITDZ Berlin. Betreiber des CERT-Bund ist das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Über einen neuen Verwaltungs-CERT-Verbund (VCV) soll künftig der zuverlässige Informationsaustausch der CERT in Bund und Ländern gewährleistet werden.

1.5. Einbindung des ITDZ Berlin in das IT-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland

Vitako
Das ITDZ Berlin ist in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister VITAKO vertreten und hat aktiv in Arbeitsgruppen des Netzwerks mitgearbeitet.

1.6. Einbindung des ITDZ Berlin in das IT-Netzwerk auf europäischer Ebene

Allianz der europäischen Verwaltungs-IT-Dienstleister - European Association of Public IT Service
Auch im Berichtsjahr 2012 wurde der europaweite Erfahrungsaustausch innerhalb der European Association of Public IT Service „Euritas“ vom ITDZ Berlin fortgeführt. Die „Allianz“ versteht sich als Sprachrohr und Netzwerk der öffentlichen Rechenzentren und IT-Dienstleister in Europa. Fachlicher Schwerpunkt 2012 war die Erstellung eines gemeinsamen Whitepapers zum Thema „Cloud“ das in Federführung des ITDZ Berlin gemeinsam mit einzelnen Mitgliedern der „Allianz“ erarbeitet wurde. Die Veröffentlichung ist 2013 vorgesehen.

IT-Sicherheit - Information Security Management-System im ITDZ Berlin
Die fortschreitende technische Entwicklung erfordert eine ständige Weiterentwicklung des Informationssicherheitsmanagements, auch und insbesondere im ITDZ Berlin. Entsprechend strebt das ITDZ Berlin eine ISO-27001-Zertifizierung nach BSI-Grundschutz an. Dazu wurde der notwendige Basis-Sicherheits-Check als wesentlicher Meilenstein im Projekt zur Zertifizierung vom ITDZ Berlin in 2012 erfolgreich abgeschlossen. Der Basis-Sicherheits-Check umfasste die Prüfung und Dokumentation des Erfüllungsgrades für insgesamt rd. 1.500 Maßnahmen und ist damit die umfänglichste Revision des IT-Sicherheitsniveaus im ITDZ Berlin seit Errichtung der Anstalt im Jahr 2005. Das ITDZ Berlin erreicht dabei bereits einen hohen Umsetzungsgrad und richtet sich auch weiter konsequent an den Standards des BSI aus.

Datenschutz im ITDZ Berlin
Zu den Aufgaben des Datenschutzbeauftragten im ITDZ Berlin gehört es, datenschutzrechtliche Anfragen zu prüfen und Projekte in datenschutzrechtlicher Hinsicht zu betreuen. Schwerpunkte der Aufgaben des behördlichen Datenschutzbeauftragten im ITDZ Berlin im Jahr 2012 waren die datenschutzrechtliche Betreuung von Projekten, Prüfung von Anfragen sowie die Gewährleistung der Berücksichtigung von Datenschutzanforderungen im Rahmen der Auftragsdatenverarbeitung, denn dabei tritt das ITDZ Berlin sowohl als Auftraggeber als auch als Auftragnehmer auf. Die Sicherstellung der technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Datenschutz ist im Rahmen der Auftragsdatenverarbeitung dabei von besonderer Bedeutung. Wie im Vorjahr, hat das ITDZ Berlin auch 2012 den Datenschutz für fünf Kita-Eigenbetriebe im Land Berlin sicher gestellt.

1.7. Liegenschaften Berliner Straße 112-115 / Modernisierter IT-Standort für die Berliner Verwaltung

Maßnahmen zum Klimaschutz
Das ITDZ Berlin hat seine Aktivitäten im Bereich des Klimaschutzes auf Grundlage der mit dem Land Berlin in 2009 abgeschlossenen Klimaschutzvereinbarung auch im Berichtsjahr fortgesetzt und intensiviert. Aufbauend auf dem ersten Monitoringbericht 2011 wurde ein Folgebericht erstellt, um die Fortschritte bei der Energie- und CO^2-Einsparung zu überwachen. Die Ausstattung der Berliner Verwaltung mit Green-IT-PC, lag 2012 mit über 15.000 über das ITDZ Berlin getätigten Abrufen weiter auf hohem Niveau. Bezogen auf die in den letzten vier Jahren getätigten Abrufe bedeutet dies Stromeinsparungen für das Land Berlin von rd. 2.500 MWh jährlich.

Eine besonders nachhaltige Maßnahme des ITDZ Berlin zum Klimaschutz ist die Inbetriebnahme des neuen „Secure Data Center“. Mit dem Einsatz von modernsten Infrastrukturkomponenten wie magnetisch gelagerten Turbokompressoren, gleichstrombetriebenen, stufenlos regelbaren Umluftklimageräten und unterbrechungsfreien Stromversorgungen mit besonders hohem Wirkungsgrad kann das ITDZ Berlin Dienstleistungen für die Berliner Verwaltung besonders energie- und kosteneffizient erbringen.

Neue Räume im modernisierten IT-Standort für das Druckzentrum
Durch die Zusammenlegung der drei Teilbereiche des Druckzentrums (Systemplanung, Druckproduktion und Weiterverarbeitung) im neuen Dienstgebäude Haus 2 konnten die Arbeitsabläufe für die dort tätigen Mitarbeitenden unter arbeitsorganisatorischen und ergonomischen Gesichtspunkten weiter optimiert werden. Anlieferung und Auslieferung erfolgt ebenerdig. Druckerzeugnisse können sofort im Anschluss weiterverarbeitet werden. Durch die installierte Gebäudetechnik werden Raumtemperatur und Luftfeuchtigkeit gezielt gesteuert und die Energieeffizienz in diesem Bereich gesteigert.

Secure Data Center (SDC)
Nach dem Aufbau des SDC im Jahr 2011 wurden 2012 Racks aufgestellt und in Betrieb genommen. Sie enthalten die für das gesamte SDC notwendige Basisinfrastruktur für die Netzanbindung. So konnten bereits im Laufe des Jahres 2012 mehrere Anwendungs- und Testumgebungen implementiert werden. Aufgrund der

hohen Effizienz der Stromversorgungs- und Klimatechnik wurde für das SDC das Umweltsiegel „Blauer Engel“ beantragt. Die Arbeiten werden 2013 fortgesetzt.

Servervirtualisierung
Auch im Jahr 2012 konnte der Anteil virtueller Server im ITDZ Berlin weiter gesteigert werden. Hierdurch sank im High Secure Data-Center der durchschnittliche Stromverbrauch eines Servers von ursprünglich 436 Watt (2008) um 67,4 Prozent auf nunmehr 142 Watt. Vor dem Hintergrund, dass die hochverfügbaren Datenbankcluster und die Terminalserverumgebungen aus technischen und Sicherheitsgründen als physische Server bereitgestellt werden ist derzeit ein Virtualisierungsgrad von mehr als 34 Prozent realisiert worden. 2012 wurde eine Ausschreibung für eine komplexe Cloud-Umgebung begonnen, die alle Aspekte der Servicebereitstellung berücksichtigt. Ab 2013 soll diese Plattform zunächst im Secure Data-Center für die hochautomatisierte Bereitstellung virtueller Server und Services genutzt werden.

2. Vermögenslage
Im Jahr 2012 tätigte das ITDZ Berlin Investitionen in einem Umfang von rd. 13,3 Mio. € (Vorjahr 19,4 Mio. €). Der Schwerpunkt lag auf dem Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen (Software) und dem Erwerb von Technischen Anlagen und Maschinen (Hardware). Die Anlagenintensität (Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen) sank im Berichtszeitraum von 60,6 Prozent auf 58,6 Prozent, der Anteil des Umlaufvermögens stieg im Berichtszeitraum von 35,9 Prozent auf 38,4 Prozent. Hier machen sich im Wesentlichen die Veränderungen der Forderungen gegen verbundene Unternehmen (8,4 Mio. €; Vj. 6,9 Mio €) bemerkbar. Die Höhe der Forderungen ist stichtagsbedingt. Trotz der Abnahme des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens von 5,1 Mio. € im Vorjahr auf 4,4, Mio. € im laufenden Geschäftsjahr 2012 erhöht sich das Gesamtvermögen.

Das Eigenkapital des ITDZ Berlin stieg von rd. 76,9 Mio. € im Jahr 2011 auf rd. 78,3 Mio. € zum 31. Dezember 2012. Die Eigenkapitalquote des ITDZ Berlin ist jedoch gleichbleibend bei 52,7 Prozent. Das ITDZ Berlin verfügt auch weiterhin über eine solide Eigenkapitalausstattung.

Die Fremdkapitelquote ist unter Einbeziehung des Sonderpostens in das Fremdkapital bei 47,3 Prozent gleichbleibend.

Die Verbindlichkeiten stiegen insgesamt um 0,4 Mio. € (von 25,4 Mio. € auf 25,8 Mio. €). Die erhaltenen Anzahlungen (Vorauszahlungen von Kunden auf vom ITDZ Berlin noch nicht abgeschlossene Leistungen) sanken um 0,5 Mio. €, die Verbindlichkeiten gegenüber Einrichtungen der Berliner Verwaltung um 0,1 Mio. € sowie die sonstigen Verbindlichkeiten um 0,8 Mio. €, während die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 1,8 Mio. € stiegen. Der Rückgang der erhaltenen Anzahlungen resultiert überwiegend aus abgerechneten Projekten. Die Höhe der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie verbundenen Unternehmen sind stichtagsbedingt.

3. Finanzlage

Ende 2012 haben die liquiden Mittel 41,8 Mio. € (Vorjahr 41,0 Mio. €) betragen. Der Anteil der liquiden Mittel am Gesamtvermögen ist somit gleichbleibend bei 28,1 Prozent. Der Cash Flow in Höhe von 0,8 Mio. € (Vorjahr 3,5 Mio. €) setzt sich aus einem positiven operativen Cash Flow von 12,7 Mio. € und einem negativen Cash Flow aus Investitionstätigkeit von 11,9 Mio. € zusammen. Der Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit beträgt 0 €. Kurzfristige Liquiditätsengpässe sind nicht zu erwarten, dennoch ist abzusehen, dass die liquiden Mittel sich über die Jahre verringern werden.

Die gemäß Errichtungsgesetz zugelassene Kreditfinanzierung bis zu einer Höhe von zehn Prozent des Eigenkapitals wurde bisher nicht in Anspruch genommen.

III. Chancen und Risiken

Risiko-Management

Jedes unternehmerische Handeln ist untrennbar mit Chancen und Risiken verbunden. Aus diesem Grund ist ein wirksames Risikomanagement als bedeutender Erfolgsfaktor zur nachhaltigen Sicherung des Bestands des ITDZ Berlin zu sehen. Im ITDZ Berlin ist die Erhebung, Kategorisierung und Steuerung von Chancen und Risiken integraler Bestandteil der Unternehmensleitung. Zentrale Bestandteile des Risikomanagement-Prozesses im ITDZ Berlin sind der Planungs- und Controlling-Prozess, das unternehmensinterne Regelwerk, das Berichtswesen und das interne Kontrollsystem. In regelmäßigen Konferenzen zur Geschäftsentwicklung werden neben den Ergebnissen der Geschäftstätigkeit mögliche Chancen und Risiken aufgezeigt, sowie Ziele und Steuerungsmaßnahmen festgelegt.

Risikosituation

Als Anstalt öffentlichen Rechts des „Anstaltsträgers“ Land Berlin sind die Haus- und Zielmärkte des ITDZ Berlin die Senats- und Bezirksverwaltungen, die mittelbaren Landesverwaltungen und mit geringem Anteil der private Sektor. Kernmarkt des IT-Dienstleistungszentrum Berlin ist weiterhin die Landesverwaltung Berlins. Da hier noch Wachstumspotenziale für das Unternehmen bestehen, wird diese strategische Ausrichtung beibehalten.

Obgleich die Verwaltungskundenbasis relativ stabil ist, birgt die anhaltende, schwierige Finanzlage des Landes Berlin weiter die Gefahr, dass bedeutende Kürzungen bei den Haushaltstiteln der Kunden zu Einnahmeverlusten im ITDZ Berlin führen könnten. Diesen Risiken begegnet das ITDZ Berlin durch eine konsequente strategische Ausrichtung auf neue, innovative und zukunftsfähige Geschäftsfelder.

Hinsichtlich Risiken, die aus rechtlichen Regelungen oder Gesetzen entstehen können, stützt sich der ITDZ Berlin auf umfassende rechtliche Beratung. Resultieren Risiken aufgrund vergangener Sachverhalte, werden die dafür erforderlichen bilanziellen Rückstellungen gebildet. Für mögliche Schadensfälle und Haftungsrisiken hat das ITDZ Berlin umfassenden Versicherungsschutz über Unternehmen aus der Privatwirtschaft sichergestellt.

Nach Überprüfung der gegenwärtigen Risikosituation kommt der Vorstand zu dem Ergebnis, dass das ITDZ Berlin bis zum 31.12.2012 ausreichend versichert war und genügend bilanzielle Vorsorge getroffen hatte. Der Versicherungsschutz des ITDZ Berlin entspricht den rechtlichen Rahmenbedingungen.

IV. Prognosebericht

Der Wirtschaftsplan 2013 geht von einer Konsolidierung der Umsatzerlöse auf hohem Niveau bei 119,8 Mio. € aus. Gegenüber den Umsatzerlösen 2012 (prognostiziert 115,3 Mio. €) bedeutet dies eine Steigerung um 4,5 Mio. €. Die Kalkulation basiert auf den Werten des Bestandsgeschäfts und berücksichtigt das prognostizierte Neugeschäft.

Als Jahresergebnis 2013 wird ein Jahresüberschuss von 0,0 Mio. € prognostiziert („schwarze Null“). Auch hier sind Grundlage das Bestandsgeschäft und das prognostizierte Neugeschäft zum Ersatz auslaufender Verträge.

Große Projekte sind auch im Jahr 2013 u. a. die Realisierung der strategischen Neuausrichtung „ITDZ Berlin 2020“, die Weiterführung des „Berliner Bürgertelefons 115“, die Weiterentwicklung der eGovernment-Plattform, die ITIS-Neupositionierung und die Neu- und Weiterentwicklung von ASP-Produkten (Application-Service-Providing).

Die Entwicklung in den Jahren 2013 ff. hängt in erheblichem Maße von den Wünschen und Möglichkeiten der Kunden im Land Berlin ab. Hier wird das ITDZ Berlin alles tun, um auch weiterhin unterstützend tätig zu werden und mit innovativen Ansätzen die Entwicklung voran zu treiben.

V. Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex

Wir verweisen auf die Anlage zum Lagebericht.

VI. Sonstige Angaben

Keine

Berlin, den 25. April 2013

Konrad Kandziora
Vorstand

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012 des ITDZ Berlin

Verweis	Gegenstand	Erklärung d. Vorstands/Verwaltungsrats
	I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat	
I.1	• Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.	Vorstand und Verwaltungsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vom Vorstand offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	• Sitzungen des Aufsichtsrats.	Der Verwaltungsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung des Vorstands abgehalten.
I.3	• Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.	Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Verwaltungsrat abgestimmt; der Vorstand hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Verwaltungsrat zur Zustimmung vorgelegt.

I.4	• Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.	Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (i.d.R. 2 Wochen vor der Sitzung). Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

I.5	• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat.	Vorstand und Verwaltungsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstands bzw. Verwaltungsrats gewahrt. Die D&O-Versicherung ist ohne Selbstbehalt für Vorstand und Verwaltungsrat abgeschlossen worden.

II. Geschäftsleitung

II.1	• Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.	Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.

II.2	• Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen	Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit sind intern geregelt. Es wurde kein Vorsitzender/Sprecher des Vorstands bestimmt.

II.3	• Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Veröffentlichung der Einzelvergütung. • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap.	Die Vergütung erfolgte in 2012 auf Basis eines Vorstandsanstellungs- und Dienstvertrags. Dieser setzt sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung (variabler Bestandteil einmalig) zusammen. Für den erfolgsabhängigen variablen Anteil der Vergütung wurde eine Zielvereinbarung abgeschlossen. Über die Vergütungsregelungen hat der Verwaltungsrat im Plenum beraten. Die maximale Vergütung wird für 2012 wie folgt ausgewiesen: 107.000 € fix und 50.000 € variabel. Die Veröffentlichung der Einzelvergütungen aller Organmitglieder ist über das zweite Transparenzgesetz – Inkrafttreten am 1. Mai 2011 – geregelt und im Dienstvertrag mit dem Vorstand des ITDZ berücksichtigt.

III Aufsichtsrat

III.1	• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats.	Der Verwaltungsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsanweisung für den Vorstand und der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Verwaltungsrat hat eine Geschäftsordnung.

III.2	• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.	Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Verwaltungsrats ohne Vorbefassung in einem Ausschuss entschieden. Der Verwaltungsrat hat eine Altershöchstgrenze für den Vorstand von 65 Jahren festgelegt. Eine Nachfolgeregelung besteht nicht. Bei Erstbestellungen wurde die maximal mögliche Bestelldauer ausgeschöpft. Eine Wiederbestellung wurde nicht vorzeitig ausgesprochen.

III.3	• Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.	Zwischen dem Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Der Vorstand hat den Verwaltungsratsvorsitzenden regelmäßig über

		besondere Ereignisse unterrichtet. Es haben keine außerordentlichen Verwaltungsratssitzungen stattgefunden.

III.4	• Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.	Verwaltungsrat des ITDZ Berlin als Entscheidungsinstanz (EI) für die Unternehmensstrategie 2020 des ITDZ Berlin mit Beschlusskompetenz

III.5	• Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates.	Kein Verwaltungsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Verwaltungsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Der Verwaltungsrat erhält keine gesonderte Vergütung.

III.6	• Vorlage der Zielvereinbarung	Der Verwaltungsrat hat die zwischen dem Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand abgestimmte Zielvereinbarung für 2012 im Plenum abschließend beraten und entschieden.

III.7 und 8.	• Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats.	Kein Verwaltungsratsmitglied hat weniger als an der Hälfte der Verwaltungsratssitzungen teilgenommen. Der Verwaltungsrat hat sich in der ersten Sitzung nach seiner Konsolidierung (Wahlen AbgH) am 31.05.2012 mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst und entschieden, zur Bewertung der Effizienz einen Fragebogen in Anlehnung an eine andere AöR zu entwickeln und zu nutzen. Für 2012 wurde eine Sondersitzung am 27.08.2012 anberaumt, um die längere Ausfallzeit bis zur Neubesetzung des Verwaltungsrats Anfang d.J. zu kompensieren. Insgesamt wurden in 2012 drei Verwaltungsratssitzungen realisiert. Es waren keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz des Verwaltungsrats erkennen lassen.

IV. Interessenkonflikte

IV.1	• Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung.	Der Vorstand hat die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Er hat weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

IV.2	• Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen.	Vorstand und Verwaltungsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

IV.3 und 4	• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats.	Es hat keine Interessenkonflikte beim Vorstand oder bei Mitgliedern des Verwaltungsrats gegeben.

IV.5	• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats.	Geschäfte mit dem Unternehmen durch den Vorstand oder ihm nahestehende Personen oder ihm persönlich nahestehende Unternehmen sind nicht erfolgt. Dem Verwaltungsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Verwaltungsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Verwaltungsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

IV.6	• Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung.	Der Vorstand hat keine Nebentätigkeiten ausgeübt.

IV.7	• Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige.	Dem Vorstand und Mitgliedern des Verwaltungsrat bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

V. 1 und 2	• Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet.	Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden Unternehmensinformationen (z.B. Geschäftsbericht) wurden auch über Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	• Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterung der Zwischenberichte	Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Verwaltungsrat vorgelegt. Die Zwischenberichte wurden vom Verwaltungsrat mit dem Vorstand erörtert.

VII. Abschlussprüfung

VII.1	• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschluss-	Der Verwaltungsrat hat vom Rechnungshof Berlin die Erklärung erhalten, dass zwischen dem Abschlussprüfer und dem ITDZ keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

	prüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe.	

VII.2	• Erteilung des Prüfungsauftrags und Honorarvereinbarung	Der Rechnungshof von Berlin hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen. Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben dazu ihr Einverständnis erklärt.

VII. 3	• Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.	Der Abschlussprüfer hat den Verwaltungsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

VII.4	• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss.	Der Abschlussprüfer 2012 wird an der Beratung des Verwaltungsrates teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

Der Vorstand hat in 2012 folgende Vergütung erhalten:

	EUR
Grundvergütung	105.293,76
Entgeltanpassungen	1.099,26
variable Erfolgsvergütung 2012	42.500,00
Unfallversicherung	720,00
vermögenswirksame Leistungen	79,80
Anhangsangaben gemäß § 285 Nr. 9a HGB	149.692,82
Arbeitgeberanteil zur Renten-/Arbeitslosen-Versicherung	7.593,60
Arbeitgeberanteil zur Pflichtversicherung VBL	6.908,79
Zuschuss Krankenversicherung	3.350,76
Zuschuss zur Pflegeversicherung	447,48
	18.300,63

Für Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung hat die Anstalt einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 316,52 EUR geleistet.

Der Vorstand hatte zum 31. Dezember 2012 einen Resturlaub von 20 Tagen. Dafür wurde eine angemessene Urlaubsrückstellung in Höhe von 15.496,17 EUR gebildet.

Die Gesellschaft hat eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D&O-Versicherung) für ihre Organpersonen – Vorstand und Verwaltungsrat- abgeschlossen. Diese beinhaltet für die Versicherten keinen festen Selbstbehalt je Schadensfall. Die Versicherung deckt das Haftungsrisiko für den Fall ab, dass der Vorstand sowie die Verwaltungsratsmitglieder bei Ausübung ihrer Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Eine Aufteilung der Prämie auf einzelne Personen ist nicht möglich.

Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide

- Landesmusikakademie -

gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH

Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide
- Landesmusikakademie -
gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH
Berlin

Lagebericht 2012

A. Geschäftsverlauf

1. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Im Jahr 2012 realisierte die Gesellschaft ein vielfältiges und anspruchsvolles Freizeit- und Bildungsprogramm. An 51 Wochenenden und 6 Feiertagen wurde ein attraktives Kinder-, Jugend- und Familienprogramm geboten. Auch in den Ferienzeiten wurde dieser Zielgruppe ein interessantes Freizeitprogramm zur Verfügung gestellt. Insbesondere „Das Zauberschloss“ in den Winterferien und „FEZitty“ – die partizipative Spielstadt in den Sommerferien sind zu den Highlights des Jahres zu zählen. Hierzu gehören auch das traditionelle „Europafest“ in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission in Deutschland, das deutsch-türkische Fest „Hoschgeldin Berlün“, die KinderKochSchule und das Projekt „Science Kids – Kinder entdecken Gesundheit“. Die beiden letzteren Projekte wurden in Zusammenarbeit und mit Unterstützung der AOK Berlin realisiert.

Die Astrid-Lindgren-Bühne zeigte ihre Eigenproduktion und präsentierte Gastspiele anderer Theater. Eine Neuproduktion „Der kleine Wassermann“ erweitert das Angebotsportfolio bei guter Nachfrage.

Das Alice – Museum für Kinder präsentierte – passend zur Situation der Einrichtung – die neue Ausstellung „Achtung Baustelle!“. Die bis zur Jahresmitte gezeigte Ausstellung „Willkommen@HotelGlobal“ wurde als Leihgabe dem Edwin-Scharff-Museum in Ulm zur Verfügung gestellt.

Die Besucherzahlen sind gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Ursächlich hierfür insbesondere die energetische Sanierung der Einrichtung im laufenden Betrieb. In dieser Maßnahme wurden sämtliche Fenster und Türen des Gebäudes ausgetauscht, die Fassade und das Dach neu isoliert. Die Besucherrückgänge sind insbesondere im Bereich Vermietung, in der Schwimmhalle und bei der Landesmusikakademie festzustellen. In den anderen Tätigkeitsfeldern zeigten sich die Besucherzahlen stabil. Aufgrund der verbesserten Witterungslage konnte auch der Badesee wieder seine gewohnten Besucherzahlen erreichen.

An der Landesmusikakademie wurden 202 Kursveranstaltungen (Seminare, Workshops, Arbeitsphasen von Lehrgängen) realisiert. Die Teilnehmertage sind im Jahre 2012 von 29.359 (2011) um 4.674 auf 24.685 zurückgegangen. Grund dafür ist ein Nachfragerückgang bei den Projektwochen des Musikfestivals sowie das Ausbleiben einer Musikalischen Projektwoche einer Grundschule, die im Vorjahr die Teilnehmerzahlen um 1.900 nach oben schnellen ließen.

Bei den Besucherzahlen von Konzerten ist ebenfalls ein Rückgang um 9.000 von 30.121 (2011) auf 21.128 (2012) zu verzeichnen. Auch hier fallen zum einen die Abschluss-Konzerte der Projektwoche Grundschule (- 1.500) sowie das Einstellen des Konzertangebots für Schulklassen (- 6.500) und ein Rückgang bei den Konzerten des Samba Syndroms (- 1.000) wegen der Bauarbeiten ins Gewicht.

Sowohl die Baumaßnahmen in Folge der energetischen Sanierung mit ihren Beeinträchtigungen durch Baulärm wie auch die durch lang andauernde Umbauarbeiten begründete Schließung des Restaurants haben sowohl den Kursteilnehmenden wie auch den Dozenten/innen ein hohes Maß an Toleranz und Flexibilität abgefordert. Durch einen kontinuierlichen Dialog mit allen am Bau Beteiligten konnten die Beeinträchtigungen während der Unterrichtszeiten auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Die dargestellte Besucherentwicklung führte zu reduzierten Umsatzerlösen. Demgegenüber konnte bei den Zuwendungen eine Einnahmesteigerung erreicht werden, da der Gesellschaft zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt wurden, um die seit mehr als 10 Jahren unveränderte Tarifsituation für die Mitarbeiter/innen zu verbessern. Auf dieser Grundlage wurde zum Jahresende mit ver.di ein Haustarifvertrag verhandelt, mit dem es gelang, das alte Tarifrecht BAT durch das neue Tarifgefüge des TV-L abzulösen.

2. Investitionen

Im Berichtsjahr wurden von der Gesellschaft Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 366 getätigt. Die Zugänge betrafen im Wesentlichen Anschaffungen für die laufende Betriebs- und Geschäftsausstattung. Auch zusätzliche Zuwendungsmittel (Mauerfonds) ermöglichten notwendige Ersatz- bzw. standardverbessernde Beschaffungen.

3. Personal

Der Mitarbeiterbestand im Jahresdurchschnitt entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	2012	2011
Angestellte (einschließlich Geschäftsführung, ohne wegen Altersteilzeit freigestellte Mitarbeiter)	76	74
Saisonarbeitskräfte	2	2
Gewerbliche (einschließlich kurzfristige) Arbeitnehmer	29	23
	107	99

B. Darstellung der wirtschaftlichen Lage

1. Vermögenslage

Die bereinigte Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 381 auf TEUR 1.430 erhöht.

Auf der Aktivseite haben sich gegenüber dem Vorjahr die Buchwerte des Anlagevermögens bei Zugängen von TEUR 366 und Abschreibungen von TEUR 266 von TEUR 958 auf TEUR 1058 erhöht. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich von TEUR 15 auf TEUR 30 und die sonstigen Vermögensgegenstände von TEUR 48 auf TEUR 158 erhöht.

Auf der Passivseite haben sich die Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um TEUR 136 auf TEUR 554 vermindert, wobei sich die Rückstellungen für Beschäftigungsverhältnisse nach dem Alterteilzeitgesetz um TEUR 143 vermindert haben, während die übrigen Rückstellungen um TEUR 7 erhöht wurden. Die Verbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 141 auf TEUR 375 erhöht.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag hat sich aufgrund des Jahresüberschusses von TEUR 171 auf TEUR 570 vermindert. Dieser Fehlbetrag ist durch den Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen von TEUR 1058 gedeckt, der Eigenkapitalcharakter hat. In diesen Sonderposten werden spiegelbildlich zum Anlagevermögen die Anschaffungen derjenigen Anlagegegenstände eingestellt, die über Zuwendungen bzw. Zuschüsse finanziert wurden. Die Auflösung dieses Postens entspricht der Summe der Abschreibungen und Anlagenabgänge des jeweiligen Geschäftsjahres.

2. Finanzlage

Für die Gesellschaft hat sich für das abgelaufene Geschäftsjahr ein Cashflow von TEUR 157 aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergeben.

Er errechnet sich wie folgt:	2012 TEUR
Jahresüberschuss	171
+ Abschreibungen auf das Anlagevermögen	266
- Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	- 266
- Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	- 14
- Erhöhung sonstiger Vermögensgegenstände	- 110
- Verminderung der Rückstellungen	- 136
+ Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	144
+ Erhöhung sonstiger Verbindlichkeiten	91
+ Erhöhung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	11
=Cashflow aus der Geschäftstätigkeit	+ 157

Die Investitionen in das Anlagevermögen von TEUR 366 sind durch Zuwendungen finanziert.

3. Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt insgesamt mit einem Jahresüberschuss von TEUR 171 ab. In diesem Ergebnis sind fiktive Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen für Alterteilzeitbeschäftigungen i.H.v. TEUR 7 enthalten.

C. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft, Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Wesentliche Grundlage für die Gestaltung des Geschäftsbetriebs wird weiterhin die Zuwendung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft sein. Es ist davon auszugehen, dass die Zuwendungserhöhung in 2012 für die Verbesserung der Einkommenslage der Mitarbeiter/innen auch in den Folgejahren bereitgestellt wird. Darüber hinaus sollen Ersparnisse aus der energetischen Sanierung ebenfalls eingesetzt werden, um die Annäherung der Vergütung an die Bedingungen des Landes Berlin voranzubringen.

Nach Abschluss der energetischen Sanierungsmaßnahmen in 2013 kann auch von verbesserten Rahmenbedingungen für die Erzielung von Umsatzerlösen, insbesondere im Bereich Vermietung, ausgegangen werden. Die geplante Programmvielfalt wird ebenfalls dazu beitragen, die Ertragserwartungen zu erfüllen. Auch die Verbesserung der Nutzungsbedingungen des Hauses, hier insbesondere durch Sanierung des Dachrestaurants und der Schaffung eines zusätzlichen Veranstaltungssaals, wird zu einer Verbesserung der Lage beitragen.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB (Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres)

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich über die erwähnten Sachverhalte hinaus nicht ergeben.

E. Berliner Corporate Governance Kodex Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Der Fragenkatalog und die entsprechenden Antworten sind als Anlage zu diesem Lagebericht beigefügt.

Berlin, 28. März 2013

Lutz-Stephan Mannkopf Joachim Litty

Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide
- Landesmusikakademie -
gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH
Berlin

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Berliner Corporate Governance Kodex
Erklärung der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates

I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

I. 1 : Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung

Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung

Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

I. 2 : Sitzungen des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten.

I. 3 : Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung

Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.

Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.

Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrats für die Geschäftsleitung; sie war ausreichend und bedurfte keiner Ergänzung.

I. 4 : Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen

Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen

Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.

Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

I. 5 : Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats

D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt.

D&O-Versicherungen für die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat sind nicht abgeschlossen worden.

II. Geschäftsleitung

II. 1 : Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben

Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien

Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen

Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.

II. 2 : Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung

Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen

Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung waren in der Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung geregelt.

II. 3 : Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung

Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung

Veröffentlichung der Einzelvergütung

Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap

Die Vergütung erfolgte nicht auf Basis einer Zielvereinbarung. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden. Die Gesamtvergütung wurde im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Einzelvergütungen wurden nicht veröffentlicht. Abfindungen wurden nicht gewährt.

III. Aufsichtsrat

III. 1 : Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen

Geschäftsordnung des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.

III. 2 : Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung

Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis

Der Aufsichtsrat hatte im Juli 2010 die Dienstverträge der Geschäftsführer einzelvertraglich bis zum Eintritt in die Pension, maximal um 5 Jahre, verlängert. Nachfolgeregelungen wurden im Geschäftsjahr nicht getroffen. Erstbestellungen von Geschäftsführern wurden im Geschäftsjahr nicht vorgenommen.

III. 3 : Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse

Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen

Zwischen dem/der Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsleitung hatte über keine wichtigen Ereignisse zu berichten.

Es haben keine außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.

III. 4 : Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen

Der Aufsichtsrat hat zur Zeit keine Ausschüsse.

Der Aufsichtsratsvorsitzende war kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung.

III. 5 : Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern

Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates

Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten keine Vergütungen.

III. 6 : Vorlage der Zielvereinbarung

Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsleitung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.

III. 7 u. 8 : Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Die Aufsichtsratssitzungen wurden zügig und sachgerecht durchgeführt.

IV. Interessenkonflikte

IV. 1 : Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung

Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung

Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall von Vorteilsannahme oder Vorteilsgewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

IV. 2 : Wahrung des Unternehmensinteresses

Persönliche Interessen

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

IV. 3 u. 4 : Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats.

Interessenkonflikte sind bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrates nicht entstanden.

IV. 5 : Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene der Geschäftsleitung

Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats

Es gab weder Geschäfte der Geschäftsleitung mit dem Unternehmen noch Verträge von Aufsichtsratmitgliedern mit dem Unternehmen.

IV. 6 : Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung

Kein Geschäftsführer hat Nebentätigkeiten ausgeübt.

IV. 7 : Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige

Mitgliedern der Geschäftsleitung und Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

V. 1 u. 2 : Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf

Informationen über das Unternehmen im Internet

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden

Unternehmensinformationen wurden auch über Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3 : Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen.

Erörterung der Zwischenberichte

Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Gesellschafter vorgelegt.

VII. Abschlussprüfung

VII. 1 : Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits

Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt

Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2011 die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

VII. 2 : Erteilung des Prüfungsauftrags und Honorarvereinbarung

Die Geschäftsführung hat aufgrund eines Gesellschafterbeschlusses dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

VII. 3 : Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung

Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben

Im Rahmen der Abschlussprüfung für das Jahr 2011 hat der Abschlussprüfer den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet.

Dem Abschlussprüfer sind auch keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der zum Jahresabschluss 2011 abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

VII. 4 : Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss

Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 2011 teilgenommen; er wird an den Beratungen über den Jahresabschluss 2012 teilnehmen und wird über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

Anlage I

Bezüge der Geschäftsführung 2012

FEZ-Berlin
Kinder-, Jugend- und Familienzentrum
betrieben durch die Kfz-L-gGmbH
Geschäftsleitung
Straße zum FEZ 2 · 12459 Berlin
www.fez-berlin.de

	Lutz-Stephan Mannkopf €	Joachim Litty €
Grundvergütung	49.321,20	49.321,20
Ortszuschlag Stufe 1	6.493,80	6.493,80
Allgemeine Stellenzulage	493,68	493,68
Persönliche Zulage (BAT I abzgl. BAT I a)	7.785,60	7.785,60
Tarifliche Einmalzahlung	2.775,00	2.775,00
Jubiläumszuwendung	0,00	0,00
AG-Anteil Vermögensbildung (VWL)	79,80	79,80
	66.949,08	66.949,08
Urlaubsgeld	255,65	255,65
Weihnachtsgratifikation	3.437,06	3.437,06
Kürzung nach EinkAngG	0,00	0,00
Pauschale Steuern auf VBL-Beträge	0,00	0,00
	70.641,79	*70.641,79*
Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung	0,00	5.644,80
Arbeitslosenversicherung	0,00	864,00
Krankenversicherung	0,00	2.984,28
Pflegeversicherung	0,00	177,48
Umlage U2	0,00	224,64
Umlage Insolvenzversicherung	0,00	23,04
	0,00	*9.918,24*
Beträge zur VBL	*0,00*	*2.472,00*
	70.641,79	**83.032,03**

Kulturprojekte Berlin GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 gem. § 289 HGB der Kulturprojekte Berlin GmbH

A. Zusammenfassung und Einführung

Die Kulturprojekte Berlin GmbH konnte sich auch in 2012 im Aktionsumfeld zwischen Kulturlandschaft inklusive Publikum sowie Politik, Senat und Medien gut behaupten und die Rolle des Dienstleisters für das Land Berlin und der Berliner Kultur weiter ausbauen. Die erfolgreiche Durchführung und Begleitung der Berlin relevanten Themen wie „775 Jahre Berlin“ vergrößerte erneut das Handlungsfeld der GmbH, aus dem neue und zusätzliche Projekte generiert werden können. Das seitens der Auftraggeber und Partner in die Kulturprojekte Berlin GmbH gesetzte Vertrauen wurde erfüllt. Die wirtschaftliche wie auch inhaltlich-politische Bilanz des sechsten Jahres der GmbH mit der gegenwärtigen Aufgabenstellung und ihrer Geschäftsfelder kann weiterhin zuversichtlich stimmen.

Die Kulturprojekte Berlin GmbH führte satzungsgemäß im Jahr 2012 zahlreiche große Kulturvorhaben und Festivals durch, so auch den Betrieb der ihr übertragenen kulturellen Einrichtungen Podewils’sches Palais und Schaubude. Die Geschäftstätigkeit umfasste darüber hinaus die Akquisition und Vorbereitung von Projekten für das Geschäftsjahr 2013. Darüber hinaus nahm die GmbH die Aufgabe der Geschäftsstelle des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung wahr, formal ausgeführt durch einen Beleihungsvertrag mit dem Land Berlin.
Zur Wahrnehmung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben erhielt die Gesellschaft 2012 eine institutionelle Zuwendung des Landes Berlin über 3.345.800 €, davon 411.500 € für das Facility Management der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM). Aus der institutionellen Zuwendung werden u.a. die Personalaufwendungen für 61 Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt) gewährleistet. Aufwendungen für Projektmitarbeiter werden projektbezogen aus Zuwendungen realisiert.

B. Geschäftsverlauf

Die Kulturprojekte Berlin GmbH ist auf insgesamt fünf Geschäftsfeldern tätig, die sich teilweise gegenseitig ergänzen und auch überschneiden.

1. Aktivitäten des Geschäftsfeldes „Projekte, Ausstellungen und Veranstaltungen“

Die Geschäftstätigkeit umfasste die Entwicklung, Produktion und Vermittlung bzw. Vermarktung stadtweiter Großveranstaltungen. Die Tätigkeitsschwerpunkte waren die Koordination und Betreuung des Stadtjubiläums „775 Jahre Berlin“, die 3. Auflage der Berlin Music Week sowie die Langen Kulturnächte. Darüber hinaus wurde die Berlin Art Week zum ersten Mal veranstaltet. Sämtliche Aktivitäten konnten ohne nennenswerte Komplikationen erfolgreich durchgeführt werden.

2. Aktivitäten des Geschäftsfeldes „Kulturelle Bildung“

Die Geschäftstätigkeit umfasste die Förderung der Kulturellen Bildung in Berlin sowie Veranstaltung diverser Projekte in diesem Kontext. Insbesondere wurde die inhaltliche und administrative Arbeit der Geschäftsstelle des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung weitergeführt. Es wurden 1,64 Mio. Euro zur Verfügung gestellt und somit 248 Projekte gefördert. Die Kooperation mit dem GRIPS-Theater als Hauptnutzer der Bühne im Podewil wurde fortgesetzt.

3. Aktivitäten des Geschäftsfeldes „Kulturmarketing“

Die Kulturprojekte Berlin GmbH leistete auch in 2012 einige unmittelbare Beiträge zum Kulturmarketing Berlins, über die o. g. Aktivitäten, die das Stadtmarketing Berlin in 2012 mitprägten, hinaus. Insbesondere seien zudem der Betrieb des Kreativnetzwerks-Portals Creative City Berlin als auch des Museumsportales genannt

4. Aktivitäten des Geschäftsfeldes „Administrative und technische Dienstleistungen“

Die Tätigkeiten umfassten die verwaltungsmäßige und technisch unterstützende Begleitung von Festivals und Projekten in Trägerschaft. Trägerschaftsprojekte waren in 2012 u. a. die jährlichen Festivals transmediale und Tanz im August. Letzteres wird auf Wunsch der Senatskulturverwaltung ab dem Jahr

2013 über das Hebbel am Ufer verantwortet, welches bislang zusammen mit der Kulturprojekte Berlin GmbH Veranstalter war.

5. Aktivitäten des Geschäftsfeldes „Spielbetriebe“

In Ergänzung zu Geschäftsfeld 4 betreute die Kulturprojekte Berlin GmbH die rechtlich nicht selbständige Einrichtung Schaubude.
Die Schaubude erhielt von der institutionellen Zuwendung der Kulturprojekte Berlin GmbH in 2012 ca. 418.000 €.
Das Podewils`sche Palais wurde für einzelne Festivals und Veranstaltungen sowie die neue GRIPS-Spielstätte genutzt. Der Vertrag mit dem GRIPS läuft zum Ende des Jahres 2013 aus. Gespräche zur Fortführung der Zusammenarbeit laufen.

C. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Bei Erträgen in Höhe von 11.306.056,93 € (Vorjahr: 12.470.474,19 €) und Aufwendungen in Höhe von 11.294.288,76 € (Vorjahr: 12.558.285,57), davon 1.899.580,00 € für Personal und 9.394.708,76 € für sonstige betriebliche Aufwendungen, beträgt das Jahresergebnis 9.498,18 €, davon 7.616,35 € aus der Einstellung in eine zweckgebundene Rücklage aus der Langen Nacht der Museen.
Die Gesellschaft hat ein Eigenkapital in Höhe von 142.659,83 € (Vorjahr: 133.161,65 €), davon eine zweckgebundene Rücklage für die Lange Nacht der Museen in Höhe von 58.903,33 € (Vorjahr: 51.286,98 €) und eine Eigenkapital-Quote von 7,08 % (Vorjahr: 6,2 %) bei einer Bilanzsumme von 2.013.640,13 € (Vorjahr: 2.139.588,20 €). Zum Stichtag 31.12.2012 bestanden auf den vollständig abgegrenzten Projektkonten liquide Mittel von insgesamt 1.773.529,38 €. Das geringe Anlagevermögen in Höhe von 72.487,52 € ist auch langfristig finanziert.

Die kaufmännisch vorsichtige Führung der Geschäfte in 2012 konnte die im Tagesgeschäft üblichen, eingetretenen Risiken auffangen und darüber hinaus auch geringe Überschüsse generieren. Somit konnte ein positives Jahresergebnis erzielt werden.

D. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung, Ausblick

Für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 wird gemäß den Planungen der Gesellschaft ein jeweils ausgeglichenes Jahresergebnis erwartet.
Mit der laufenden, meist erfolgreichen Übernahme zusätzlicher Projekte und Aufgaben im Jahr 2013 geht stets – wie auch in den Vorjahren – ein erhöhtes finanzielles und haftungsrechtliches Risiko einher.
In intensiver Vorbereitung für 2013 waren die Planungen für das Themenjahr 2013 anlässlich 75 Jahre Novemberpogrome (Start: 30.01.2013), die 4. Berlin Music Week sowie die 2. Berlin Art Week. Für 2014 wurden erste Projektideen für „25 Jahre Mauerfall“ entwickelt. Bei den stadtweiten Projekten gewährleistet die Kulturprojekte Berlin GmbH als unabhängiger Partner die Gesamtkoordination, die Kommunikations-/Vermittlungsmaßnahmen und konzeptioniert inhaltliche Bausteine.

Im Frühjahr 2013 beendete der bisherige Pächter der Gastronomie aus persönlichen Gründen die Zusammenarbeit. Gespräche mit einem neuen Pächter laufen. Die Herausforderung wird sein, den Pachtvertrag unter dem Umstand zu verhandeln, dass durch Schlüsselmissbrauch fast die gesamte Einrichtung entwendet wurde (die Polizei ermittelt).

E. Wesentliche Vorgänge nach dem Abschlussstichtag

Wesentliche Vorgänge haben sich nicht ereignet.

Berlin, den 24. April 2013

Moritz van Dülmen
Geschäftsführer

Anlage: Corporate Governance Bericht

Berichterstattung nach dem Berliner Corporate Governance Kodex für das Jahr 2012 gemäß Anlage 7.1 der Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an den Unternehmen (Beschluss des Senats von Berlin vom 17. Februar 2009)

1. Zusammenwirken von Geschäftsleitung (GL) und Aufsichtsrat (AR)

- Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll sowie sachlich und konstruktiv zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
- Der AR hat alle seine Sitzungen unter Beteiligung der GL abgehalten.
- Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem AR abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.
- Die GL hat die Geschäfte, die dem AR gemäß Gesellschaftsvertrag der GmbH zur Zustimmung vorzulegen sind, vorgelegt. Neben den Regelungen im Gesellschaftsvertrag bestand eine Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung und eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat. Alle Regelungen waren ausreichend und bedurften keiner grundlegenden Ergänzung.
- Die GL ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig nachgekommen in schriftlicher Form und unter Beifügung der erforderlichen Dokumente. Der zeitliche Vorlauf war in der Regel ausreichend.
- Soll-/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen evtl. erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.
- GL und AR sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt.
- Die Gesellschaft hat keine D&O- Versicherung (Directors-and-Officers-Versicherung, übersetzt Organ- oder Manager-Haftpflichtversicherung) abgeschlossen.

2. Geschäftsleitung

- Die GL hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der GL Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagement und über ein Risikocontrolling. Regelmäßig wurde ein zahlenmäßiger Soll/Ist-Vergleich für den institutionellen Bereich, Drittmittel- und Trägerschaftsprojekte durchgeführt. Abweichungen wurden analysiert. Monatliche Abschlüsse sind durchführbar, um den aktuellen Ist-Stand des Unternehmens mit der Planung (Wirtschaftsplan) abzugleichen. Die Abweichungen in der Ergebnisentwicklung und die Liquiditätsplanung waren somit kurzfristig erkennbar, um daraus Gegensteuerungen einzuleiten. Die Unternehmenssteuerung, die Planung und das Controlling wurden durch den Geschäftsführer in Abstimmung mit der Leitung Administration durchgeführt. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig gegenüber den Gremien (AR).
- Die Vergütung des Geschäftsführers Moritz van Dülmen erfolgte auf Basis einer fixen Jahresvergütung. Eine Zielvereinbarung für die variable Vergütung existiert in Höhe von bis zu maximal 8.000,00 € (entspricht 10 v.H.). Die Gesamtvergütung ist im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Die Vergütungsregelung unterlag einer jährlichen Überprüfung.

3. Aufsichtsrat

- Der AR hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung und der Geschäftsordnung für den AR wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.

  Anstellungs- und Vergütungsregelungen für die GL wurden im Plenum des AR nach Vorbefassung an ein Mitglied des Aufsichtsrates zur Beratung und Entscheidung übertragen und dem Gremium zur endgültigen Entscheidung vorgelegt. Eine Altershöchstgrenze für die GF besteht nicht. Bei der Erstbestellung der GL wurde die maximal mögliche Bestellungsdauer nicht ausgeschöpft.
- Zwischen dem AR-Vorsitzenden und der GL hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten.
- Für den AR gab es außerhalb der AR-Sitzungen keine wichtigen Ereignisse.
- Der AR hat keine Ausschüsse gebildet.
- Kein AR-Mitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die AR-Mitglieder üben nach eigenen Angaben keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern aus.
- Die AR-Mitglieder erhalten kein Entgelt und keine Erstattung ihrer direkten Aufwendungen (Reise-/Übernachtungskosten). Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.
- Es fanden im Berichtsjahr 3 Sitzungen statt. Kein AR-Mitglied hat an weniger als die Hälfte der AR-Sitzungen teilgenommen.

4. Interessenkonflikte

- Die GL hat die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Sie hat weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der GL ist kein Fall der Vorteilsnahme oder –gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
- GL und AR haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
- Interessenkonflikte bestanden nicht.
- Dem AR wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt.
- Der Geschäftsführer hat keine Nebentätigkeiten ausgeübt, die vergütungsrelevant waren.
- Mitgliedern des AR und der GL wurden keine Darlehen gewährt.

5. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage oder auf den allg. Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.

6. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Gesellschafter vorgelegt. Beteiligungsunternehmen existieren nicht.

7. Abschlussprüfung

- Der AR hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. des Prüfungsleiters bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den AR-Vorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
- Im Auftrag des AR hat die GL dem Abschlussprüfer den Prüfauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.
- Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.
- Der Abschlussprüfer nimmt satzungsmäßig generell an der Beratung zur Zustimmung des AR zum Jahresabschluss teil und berichtet.

Berlin, den

André Schmitz
Aufsichtsratsvorsitzender

Moritz van Dülmen
Geschäftsführer

C. Bezüge des Geschäftsführers

5. Seit dem 28. Juli 2006 ist **Herr Moritz van Dülmen** Geschäftsführer der Gesellschaft. Entsprechend dem uns vorliegenden Vertrag vom 8. März 2011 gilt das Anstellungsverhältnis bis zum 31. Dezember 2016.

6. Das Anstellungsverhältnis richtet sich nach den geltenden Gesetzen, dem Gesellschaftsvertrag in der jeweils geltenden Fassung, der vom Aufsichtsrat erlassenen Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung sowie den Beschlüssen der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates.

7. Der **Anstellungsvertrag** mit Herrn van Dülmen sieht für das Jahr 2012 eine fixe Jahresvergütung von € 72.000 vor, die in zwölf gleichen monatlichen Teilbeträgen gezahlt wird. Zusätzlich ist eine erfolgs- und leistungsabhängige variable Vergütung in einer Zielvereinbarung für das Geschäftsjahr 2011 bis zu einem Betrag von maximal € 8.000 vereinbart. Der erreichte Erfüllungsgrad der vereinbarten Ziele wird nach Abschluss des Geschäftsjahres vom Aufsichtsrat festgestellt und ist Grundlage für die festzulegende Auszahlung im Folgejahr. Die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2011 wurde entsprechend dem Aufsichtsratsbeschluss vom 9. August 2012 festgestellt und ist mit dem Monatsgehalt für den Monat August 2012 zur Auszahlung gelangt. Der Beschluss über die Zielerreichung des Geschäftsjahres 2012 ist zum Prüfungszeitpunkt noch nicht erfasst.

8. Für den Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2016 ist eine fixe Jahresvergütung von € 75.000 sowie eine flexible Vergütung bis zu einer Höhe von maximal € 10.000 vereinbart.

9. Die Bezüge des Geschäftsführers im Einzelnen:

	2012
	€
Gehalt	
Grundvergütung	72.000,00
variable Vergütung für 2011	8.000,00
	80.000,00
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	
Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung	6.743,04
Zuschuss zur freiwilligen Kranken- und Pflegeversicherung	2.590,32
	9.333,36
	89.333,36

Liegenschaftsfonds Berlin

GmbH & Co. KG

Lagebericht

Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG

für das Geschäftsjahr 2012

I. Geschäftsverlauf 2012

1. Gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen

Gegenstand der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG (LFB KG) ist die am Grundstücksbestand und Grundstücksmarkt sowie an wirtschafts-, stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Zielen orientierte Übernahme:

a) von Grundstücksgeschäften des Landes Berlin mit der Deutschen Bahn, Bundesrepublik Deutschland, bundesunmittelbaren, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und ausländischen Staaten,
b) der Treugeberfunktion Berlins in städtebaulichen Entwicklungsgebieten im Bereich des An- und Verkaufs von Grundstücken,
c) der Abwicklung von Grundstücksgeschäften für das Land Berlin,
d) der Erteilung von Zustimmungen und Genehmigungen und
e) von Grundstücken des Landes Berlin in treuhänderische Verwaltung und deren Vermarktung.

Danach hat das Land Berlin im Rahmen von Erst- und Nachbestückung Grundstücke treuhänderisch und unentgeltlich auf die Gesellschaft übertragen. Nach den getroffenen Vereinbarungen ist jeweils das zivilrechtliche, jedoch nicht das wirtschaftliche Eigentum an den Grundstücken auf die LFB KG übergegangen.

Die Erfüllung dieses Zweckes erfolgt ohne Gewinnerzielungsabsicht. Das gezeichnete Kapital beträgt 1.000.000,00 € und ist voll eingezahlt. Die Gesellschaft hat Anspruch auf Erstattung aller Aufwendungen, welche ihr in ordnungsgemäßer Erfüllung des Vertrages entstehen.

2. Politische Rahmenbedingungen

Schwerpunkt der Arbeit der LFB KG ist der Verkauf, aber sie unterstützt Kaufinteressenten auch dabei, dass Planungsrecht für bislang nicht nutzbare Grundstücke geschaffen wird und diese Objekte damit erworben und bebaut werden können. Vor allem ihre enge Vernetzung mit den Verwaltungen des Senats und der Bezirke ist dabei ein großer Vorteil. Die Mitarbeiter der LFB KG verfügen über langjährige Erfahrung und kennen die richtigen Ansprechpartner, sie helfen bei der Bewertung der Grundstücke und machen belastbare Aussagen zu den Rahmenbedingungen der Nutzung. Bei Anfragen – ob zum Baurecht, zu Nutzungsmöglichkeiten oder Standortfragen – stehen sie den Investoren zur Seite. Sie öffnen die Türen zu den Planungsämtern der Bezirke und den Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung oder Wirtschaft. So können Genehmigungsverfahren kurz gehalten und Objektverkäufe letztendlich beschleunigt werden.

Schwerpunkte der Betätigungsfelder waren:

- Grundstücksübertragung des Finanzvermögens und nicht mehr benötigten Fachvermögens auf die LFB KG,
- Verkauf zu Marktwerten über bedingungsfreie Bieterverfahren,
- kurzfristige Zwischennutzung – Raum und Räume für neue Ideen,
- Neuvermietungen von vorhandenem Immobilienleerstand,
- Verwaltung der Immobilien bis zur Übergabe an neue Eigentümer.
-

Durch die LFB KG sind auch in 2012 die relevanten Absätze des § 64 LHO uneingeschränkt umgesetzt worden. Hiernach sind bei folgenden Wertgrenzen, die Zustimmung durch das Abgeordnetenhaus einzuholen.

- Bei Überschreiten der Wertgrenze von Grundstücksverkäufen von mehr als 3 Mio.€ ist die Einwilligung des Abgeordnetenhauses bzw. der Beteiligung des zuständigen Ausschusses einzuholen.

- Die Einwilligung des Abgeordnetenhauses ist für die Bestellung von Erbbaurechten oder Grundpfandrechten erforderlich, wenn der Grundstückswert von 3 Mio. € überschritten wird oder ein Erbbaurecht mit einer Laufzeit von mehr als 40 Jahren vergeben werden soll.

- Die in der Vorschrift genannten Wertgrenzen sind künftig ohne Berücksichtigung bekannter Wertminderungen (Kontaminierungen, vorhandene bauliche Anlagen, Dienstbarkeiten, Anrechnungen auf den Kaufpreis o.ä.) zu beachten.

- Geschäfte außerhalb Berlins sind abweichend von § 64 LHO bereits bei einem Wert ab 500 T€ und unabhängig von der Wertgrenze bei einer Fläche von mehr als 1 ha sowohl dem Aufsichtsrat als auch dem Abgeordnetenhaus zur Zustimmung vorzulegen.

- Bei Grundstücksgeschäften innerhalb des engeren Verflechtungsraumes Berlin/ Brandenburg ist als weitere Dienststelle die Senatskanzlei einzuschalten, die bis auf Ausnahmen wie Verkehrsflächen, den Ausschluss einer Siedlungserweiterung fordert.

- Die Einhaltung von gutachterlichen Ungenauigkeitsspannen bei Grundstücksverkäufen unter Verkehrswert von mehr als 5% wurde sichergestellt.

3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die sich abschwächende globale Wirtschaft, wie auch die anhaltende Staatsschuldenkrise in Europa wirken sich, trotz der im ersten Halbjahr gut behaupteten deutschen Wirtschaft, nun auch auf Deutschland aus. Verschiedene Indizes weisen eine rückläufige oder negative Entwicklung auf.

Berlin hingegen konnte von einer ständig steigenden Bevölkerung, starkem Tourismus und einer lebendigen Unternehmenslandschaft im Besonderen in forschungs- und innovationsstarken Wirtschaftbereichen profitieren, die für eine Vielzahl von Arbeitsplätzen gesorgt haben.

Der **gewerbliche Investmentumsatz** konnte deutschlandweit um ca. 11% auf ca. 25,2 Mrd. EUR nach Erhebungen führender Immobilienberater zulegen und damit an die Boomjahre 2006 und 2007 anknüpfen.

Berlin konnte im abgelaufenen Jahr wieder ein Rekordergebnis von ca. 4 Mrd. EUR erzielen (3,85 Mrd. EUR BNP; 4,25 Mrd. EUR CBRE; 4,3 Mrd. Savills) und schob sich damit an die Sitze der deutschen Investmentstandorte vor München und Frankfurt.

Auffallen ist, dass insbesondere im letzten Quartal fast die Hälfte des Umsatzes alleine erzielt wurde (1,8 Mrd. EUR BNP Paribas RE).

Insgesamt wurde in 2012 ein Plus von ca. 65% gegenüber 2011 erzielt, was sich auch in einer gesteigerten Anzahl von Transaktionen (ca. +29%) ausdrückt.

Das Volumen der Abschlüsse über 50 Mio. EUR hat sich in Berlin fast verdoppelt, was nicht zuletzt auch neun Abschlüsse über 100 Mio. EUR zurückzuführen ist, wobei jedoch der Anteil an der Anzahl der Abschlüsse nur um rund 9% zulegen konnte. Der Bereich des Segmentes 25-50 Mio. EUR folgt mit 19% und hat damit einen nahezu identische Größe wie 2011 erreicht, gefolgt von der Größenklasse 10-25 Mio. EUR und 16% Anteil sowie der kleinsten Kategorie unter 10 Mio. EUR, die einen Anteil von 7% beisteuerte.

Berlin konnte lt. Savills damit bundesweit einen Anteil von 17% des Transaktionsvolumens vereinnahmen.

Der **Wohnungsmarkt** in Berlin entwickelt sich seit 2009 unaufhaltsam dynamisch. Dieser Trend ist nicht nur für die Top Lagen und Hochpreissegmente kennzeichnend sonder auch über alle Segmente und Baujahresklassen.

Mit einem Verkaufsvolumen der gesamten LFB–Gruppe von rund 193 Mio. € konnte die LFB KG auch im Jahr 2012 seine dominierende Position in diesem Marktsegment in Berlin halten.

In der Berichtsperiode verkaufte die LFB KG für das Treuhandvermögen I insgesamt 417 (Vj. 419) Immobilen mit einer Gesamtfläche von 90 Hektar und einem Verkaufsvolumen von 126 Mio. € (Vj.123 Mio. €). Durch die positive wirtschaftliche Erholung in 2012, die den Immobilienmarkt direkt wie indirekt nachhaltig beeinflusste, zeichnete sich weiter ein sehr kleinteiliges und arbeitsintensives Verkaufsgeschäft ab.

Für das Haushaltsjahr 2012 konnten aus dem Treuhandvermögen I an den Gesellschafter 138,4 Mio. € (Vj. 146,5 Mio. €) abführen, daran waren die Bezirke und sonstige Verwaltungen mit 37,7 Mio. € (Vj. 26,6 Mio. €) beteiligt.

4. Entwicklung der Geschäftstätigkeit

Unter Berücksichtigung der Bestückungsflächen (3.388 ha), den Rückgaben und Herauslösungen (235 ha) und den Verkäufen (1.305 ha) verfügte die Gesellschaft über einen Grundstücksbestand von 1.894 ha zum Ende des Berichtszeitraums. Das entsprach einer Vermarktungsquote mit eingetretenem Nutzen-Lasten-Wechsel von 38,5 % des bereinigten Flächenbestandes. Zum Jahresende 2012 wurden durch optimierte Zusammenlegung von Grundstücken 4.262 (Vj. 4.360) Immobilien von unterschiedlichster Nutzungsart und Qualität aus allen Bezirken einschließlich Umland verwaltet.
Die LFB KG beschäftigte im Jahresdurchschnitt 116 Mitarbeiter/innen. Die Schwerpunkte des Personalmanagements lagen in der Personalplanung und Personalentwicklung mit Blick auf die zukünftig zu erwartenden Aufgaben. Die Stärkung der Kompetenz der Mitarbeiter/innen und die weitere Professionalisierung im Umgang mit den potentiellen Investoren, Mietern/innen und anderen Geschäftspartnern wurde wie in den Vorjahren weiter fortgesetzt, um die gestellten Unternehmensziele zu erreichen, die Leistungen des Unternehmens gegenüber dem Gesellschafter und dem Land Berlin darzustellen und um sicherzustellen, dass ausreichende Personalressourcen zur Verfügung stehen.

Ende 2012 waren 5 Auszubildende der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft bei der LFB KG beschäftigt. In der Regel werden die Auszubildenden nach erfolgreichem Abschluss in ein einjähriges Beschäftigungsverhältnis übernommen.

Die Personalkosten in Höhe von 6.720 T€ sind um 95 T€/ 1,4 % gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Die Zuordnung der Personalkosten entspricht den handelsrechtlichen Vorschriften und beinhaltet somit nicht die sonstigen Personalkosten in Höhe von 435 T€ (Vj. 405 T€). Hierin sind insbesondere Aufwendungen für Zeitarbeitspersonal in Höhe von 228 T€ (Vj. 182 T€) enthalten.

Nach den vorliegenden Berechnungen wurde das Unternehmensziel für 2012 mit 100 % erreicht, so dass die Gesellschaft im Rahmen des Leistungs- und Beurteilungssystems für die variable Vergütung eine Rückstellung in Höhe von 797 T€ gebildet hat. Damit wird weiterhin die Leistungsstärke und -bereitschaft der Mitarbeiter honoriert. Die Auszahlung erfolgt nach Feststellung durch den Gesellschafter voraussichtlich im III. Quartal 2012.

Sonderprüfung

Nachdem im Jahr 2011 über eine Sonderprüfung die Bereiche Vermarktung und Bewertung einer gesonderten Untersuchung unterzogen worden waren, sind die erforderlichen Maßnahmen aufgrund umfänglicher Abstimmungsbedarfe teilweise zu Beginn des Jahres 2012 umgesetzt worden.

Zusätzlich hat der Liegenschaftsfonds Berlin das für die Vermarktung wesentliche Regelwerk vollständig überarbeitet.

Nach der Sonderprüfung im Jahr 2011 in den Bereichen Vermarktung und Bewertung hat sich der Liegenschaftsfonds Berlin entschieden, ein umfangreiches Compliance-Management-System zu errichten. Die wesentlichen Bausteine sind dabei:

- Bestellung eines (externen) Ombudsmannes (Herr RA Dr. Frank),
- Bestellung eines (internen) Compliance-Beauftragten (Herr Hellmuth),
- Abschluss einer Betriebsvereinbarung zum Verhaltenskodex sowie zum Compliance-Management-System.

Betriebsvereinbarung zum Verhaltenskodex sowie zum Compliance-Management-System

Der zunächst arbeitgeberseitig vorgelegte Entwurf eines Verhaltenskodex, der auch mitbestimmungspflichtige Elemente enthielt, fand nicht die Zustimmung des Betriebsrates. Der „Gegenentwurf“ des Betriebsrates wiederum wurde von der Geschäftsleitung nicht akzeptiert. In der Folgezeit erarbeitete sodann eine Arbeitsgruppe, bestehend aus dem zwischenzeitlich bestellten Compliance-Beauftragten und 3 Mitgliedern des Betriebsrates einen gemeinsamen Verhaltenskodex. Der Entwurf der Arbeitsgruppe wurde der (arbeits-)rechtlichen Überprüfung durch einen externen Anwalt sowie der Prüfung durch den vom Liegenschaftsfonds Berlin bestellten Ombudsmann unterzogen und für gut befunden. Am 01.11.2012 wurde die Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Am 02./03.11.2012 wurde für die Führungskräfte des Liegenschaftsfonds Berlin eine Schulung zum Verhaltenskodex und dem Compliance-Management-System gehalten. Für die übrigen Mitarbeiter des Liegenschaftsfonds Berlin fand diese Schulung am 21./22./29.11.2012 sowie am 10. und 12.12.2012 statt.

Interne Revision

Zur Erfüllung der in § 53 HGrG geforderten Maßnahmen für den Bereich Interne Revision beauftragte die Gesellschaft die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RTS Revision und Treuhand Berlin GmbH mit der Durchführung folgender Prüfungen:

- Review der in 2011 durchgeführten Innenrevision
- Forderungsmanagement Vermarktung
- Auftragsvergabe Instandhaltung
- Forderungsmanagement Bewirtschaftung
- Erbbaurechte
- Controlling und Berichtswesen
- Grundstücksqulifizierung
- Einzelthemen Vermarktung

Betriebsprüfung / Steuern

Die im Jahr 2010 begonnene steuerliche Außenprüfung für die Jahre 2006 bis 2008 wurde zwischenzeitlich abgeschlossen. Geänderte Bescheide liegen aber noch nicht vor.

Die steuerliche Außenprüfung, die von dem zuständigen Finanzamt für Körperschaften IV gemeinsam mit dem Bundeszentralamt für Steuern durchgeführt wurde, führt nur zu Feststellungen im Bereich der Umsatzsteuer. Sie betreffen die umsatzsteuerliche Einordnung des Aufwendungsersatzes und resultieren aus geänderter Rechtsprechung. Zwischen der steuerlichen Außenprüfung und dem Liegenschaftsfonds wurde im Frühjahr 2013 eine Einigung bezüglich des an den Liegenschaftsfonds entrichteten Aufwendungsersatzes erzielt. Danach unterliegt der Aufwendungsersatz zu einem Teil der Umsatzsteuer. In diesem Zusammenhang hat sich der Liegenschaftsfonds mit der Finanzverwaltung – auch für zukünftige Zeiträume – auf eine tragfähige Methodik zur Ermittlung des umsatzsteuerpflichtigen Teils des Aufwendungsersatzes verständigt. Diese führt dazu, dass – unveränderte geschäftliche Rahmenbedingungen unterstellt – der Aufwendungsersatz teilweise – im Schnitt etwa zu 25% – der Umsatzsteuer unterliegt.

Unter Zugrundelegung der Einigung mit der Finanzverwaltung ergeben sich für die Jahre 2006 bis 2011 Umsatzsteuernachzahlungen einschließlich Zinsen in Höhe von ca. EUR 2,8 Mio. Wenn die Umsatzsteuernachzahlungen durch das Finanzamt festgesetzt werden, würde dies nach Auffassung des Liegenschaftsfonds den vom Land zu tragenden Aufwendungsersatz entsprechend erhöhen.

Eine Anschlussprüfung für die Veranlagungszeiträume 2009 bis 2011 ist angeordnet. Es wird angestrebt, im Nachgang zu dieser Prüfung eine verbindliche Zusage gemäß § 204 AO zu beantragen, die die oben benannte Aufteilungsmethodik für die kommenden Zeiträume rechtsverbindlich festschreibt. Ob eine solche Zusage mit dem Finanzamt vereinbart werden kann, ist zurzeit aber noch offen.

Hinsichtlich der ertragsteuerlichen Behandlung des Liegenschaftsfonds hat die Finanzverwaltung mitgeteilt, dass im Rahmen der steuerlichen Außenprüfung für die Jahre 2006 bis 2008 keine Feststellungen getroffen wurden, die von der bisherigen Behandlung abweichen.

Risikomanagement

Das Risiko-Management ist integraler Bestandteil der Unternehmensführung der LFB KG. Es gilt, die im Rahmen der Geschäftstätigkeit eingegangenen Risiken zu erkennen und wirksam zu steuern. Wesentliche Erfolgsfaktoren hierfür sind die enge, frühzeitige Verzahnung aller Unternehmensbereiche sowie die erforderlichen Abstimmungen.

Die Analyse der Risiken mit deren möglichen Schadenshöhen sowie der Auswirkungen werden regelmäßig auf deren Cash-Flow beurteilt und fließen in die gesamte Unternehmensplanung mit ein. Durch geeignete, regelmäßige Berichterstattungen waren die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat jederzeit in der Lage, sich über Risiken, Maßnahmen und Auswirkungen ein Bild zu verschaffen und diese entsprechend zu steuern.

Um evtl. internen und externen Risiken rechtzeitig vorzubeugen, wurden im Berichts zeitraum und für die Folgejahre folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Planung von Aktivitäten zur aktuellen Marktentwicklung mit laufenden Fortschreibungen und Anpassungen,
- laufende Cash-Flow-Betrachtung einschließlich Frühwarnsystem und Aktivitätenplan,
- laufende Überwachung von Fälligkeitsterminen im Vermarktungsbereich einschließlich Erarbeitung von zusätzlichen Zahlungsmodalitäten,
- Präzisierung und Verbesserung der internen Prozesse im Forderungsmanagement inklusive eines Frühwarnsystems,
- weitere Qualifizierung und Motivation von Fach- und Führungskräften, um den Hauptanforderungen der LFB KG service- und leistungsorientiert gerecht werden zu können,
- Ausbau eines klassischen Portfolio-Managements, in dem die wirtschaftlichen Aspekte „Verkaufen“ oder „Verwalten“ von Immobilien analysiert werden, um langfristig die Unternehmensstrategie zu sichern,
- Optimierung von Prozessen in den Bereichen Aufbau- und Ablauforganisation, um die LFB KG leistungsgerechter und kostengünstiger auszurichten,
- Auswertungen von betriebswirtschaftlichen Analysen im Bereich der gesamten Objektverwaltung für eine effizientere und kostengünstigere Bewirtschaftung.

Die Werte der identifizierten Einzelrisiken, die mit ihren jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeiten bewertet wurden, sind in der mittelfristigen Unternehmensplanung berücksichtigt worden. Zum heutigen Zeitpunkt zeichnen sich für die Gesellschaft keine bestandsgefährdenden Risiken ab. Vor diesem Hintergrund ist eine bestandsgefährdende Beeinträchtigung der zukünftigen Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der LFB KG nicht erkennbar.

II. Vermögens- und Ertragslage

1. Ergebnisentwicklung

Wie auch in den Vorjahren erbrachte die Gesellschaft im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit dem Land Berlin Leistungen. Leistungsumfang ist die Bearbeitung von Grundstückskaufverträgen des Landes Berlin, die vor Gründung des Liegenschaftsfonds geschlossen worden sind. Die gesamten Verauslagungen für Rechtsanwalts- sowie Notarkosten und sonstigen Aufwendungen, die mit der Abwicklung im Zusammenhang standen, einschließlich Personal- und Gemeinkostenerstattungen für den genannten Zeitraum, betrugen 647 T€. €, die an den Vertragspartner Land Berlin weiterberechnet wurden.
Im Jahresdurchschnitt waren 5 Mitarbeiter mit der Aufbereitung der Akten, Überwachung der Auflagen gemäß der geschlossenen Kaufverträge und Forderungseintreibung beschäftigt.

Die seit 2005 durch den LFB geschäftsbesorgende Durchführung der Grundstücksverträge, die durch die BLEG Berliner Landesentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Grundstücks-KG i.L. in der Vergangenheit abgeschlossen wurden, belief sich auf die Übernahme von 117 Altverträgen sowie die Aktenaufbereitung und die Prüfung von evtl. Gewährleistungsansprüchen. In 2012 sind nur geringfügige Aufwendungen für Sach-, Personal- und Gemeinkosten entstanden. Der Saldo aus Zinserträgen und Aufwendungen wurde vereinbarungsgemäß an die Senatsverwaltung für Finanzen weiterberechnet.

Als zusätzliche geschäftsbesorgende Tätigkeiten wurde durch den Gesellschafter die treuhänderische Vermarktung von GA-geförderten Grundstücken übertragen. Die LFB KG wird weder wirtschaftlicher noch zivilrechtlicher Eigentümer dieser Immobilien. Allerdings ist die LFB KG ermächtigt, die Aufwendungen, die zum Zwecke der Vermarktung derartiger Grundstücke entstehen, aus dem Treuhandvermögen abzudecken. Durch die drei geschäftsbesorgenden Tätigkeiten konnten unter Berücksichtigung einer ausreichenden Liquidität für die Ausführung der zukünftig anfallenden Aufgaben und der ausgeführten Vermarktung von GA-geförderten Grundstücken 990 T€ an das Land Berlin abgeführt werden.

Insgesamt handelt es sich bei den sonstigen betrieblichen Erträgen der LFB KG in Höhe von 1.046 T€ um die Erfüllung des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Senatsverwaltung für Finanzen sowie den verauslagten Kosten für das Land Berlin. Der Kostenerstattungsanspruch des Geschäftsbetriebes bestehend aus den sonstigen betrieblichen Erträgen, Personal, Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von . 9.322 T€ wurde mit 337 T€ im Vergleich zum Vorjahr unterschritten.

Die größten Einzelpositionen im Bereich sonstiger betrieblicher Aufwand waren Recht- und Beratungskosten 893 T€, Raumkosten 675 T€ Werbung und Marketingkosten 303 T€. Durch das bewusste Kostenmanagement bzw. die Nichtinanspruchnahme von zusätzlichen Leistungen in 2012 sind der Gesellschaft - wie in den Vorjahren - keine kaufmännischen Nachteile oder Risiken entstanden.

Die Gesellschaft erhält für ihre Tätigkeit keine Vergütung. Sie ist verpflichtet, alles, was sie im Rahmen der Treuhandtätigkeit erhält, an das Land Berlin abzuführen, hat aber gleichzeitig einen Anspruch auf Erstattung aller Aufwendungen, die ihr im Rahmen der ordnungsgemäßen Erfüllung des Grundstücksübertragungs- und Treuhandvertrages entstehen.

Das Bilanzvolumen der Gesellschaft verringerte sich im Berichtsjahr um 1.449 T€ auf 4.757 T€. Im einzelnen haben sich die liquiden Mittel um 141 T€ auf das Guthaben bei den Kreditinstituten erhöht und gleichzeitig konnte der Ausgleichsposten aus dem Treuhandvermögen für Verbindlichkeiten um 922 T€ auf 1.648 T€ gesenkt werden. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben im Vergleich zum Vorjahr um 586 T€ auf 1.001 T€ abgenommen.
Der Anteil des langfristigen Vermögens am Bilanzvolumen ist vollständig durch das Eigenkapital gedeckt. Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 1.437 T€ beinhalten nach kaufmännischer Ermittlung die variable Mitarbeitervergütung, die Urlaubsrückstellungen, Aufwendungen für Dienstleistungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sowie noch nicht abgerechnete Leistungen für Jahresabschlussarbeiten, Interne Revision, Berufsgenossenschaft und sonstige nicht abgerechnete Leistungen. Die Verbindlichkeiten nahmen im Berichtszeitraum um 254 T€ ab und wurden mit 390 T€ in der Bilanz ausgewiesen. Das Eigenkapital hat sich aufgrund des Aufwandserstattungsanspruches gegenüber dem Gesellschafter nicht verändert.

III. Voraussichtliche Entwicklung

Im September 2012 hat der Berliner Senat eine Entscheidung über die künftige Ausrichtung der Liegenschaftspolitik getroffen. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses hat am 30. Januar 2013 das neue Konzept zur „Transparenten Liegenschaftspolitik“ unter einigen Maßgaben mit allen Stimmen der SPD und CDU bei Nichtteilnahme der übrigen Abgeordnetenhausfraktionen beschlossen. Der Beschluss beinhaltet, dass der Liegenschaftsfonds zukünftig an die neue Liegenschaftspolitik angepasst wird, stellt dessen Bestand aber nicht in Frage. In den folgenden Monaten wurden unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Neuausrichtung bzw. des Bestands des Liegenschaftsfonds von unterschiedlichen Abgeordnetenhausfraktionen vertreten, jedoch keine weiteren Abgeordnetenhausbeschlüsse gefasst. Die vom Hauptausschuss beschlossenen Maßgaben, insbesondere die Abkehr vom Vorrang des Verkaufs, hatten auf das Verkaufsgeschäft 2012 keine unmittelbaren Auswirkungen, werden das Geschäft fortan aber wesentlich beeinflussen.

Durch die 2012 lange offene Entscheidungssituation war das Geschäft des Liegenschaftsfonds jedoch mittelbar betroffen. Grundstücke, die sich in ihrer künftigen Nutzung für Geschosswohnungsbau eignen, bedurften der detaillierten Abstimmung mit den zuständigen Stellen des Landes Berlin. Dementsprechend war die Umsetzung des Vermarktungsschwerpunktes Geschosswohnungsbau nur in Teilen möglich. Durch Abstimmungsprozesse mit den zuständigen Senatsstellen sowie den städtischen Wohnungsbaugesellschaften war dieser Teil des zur Zeit marktgängigen Portfolios nicht frei vermarktbar. Ausgewählte Grundstücke wurden zunächst für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften reserviert. Hierzu gehörten ursprünglich 21 unbebaute Grundstücke und 40 Bestandsobjekte. Grundstücke dieser Listen sollen teilweise herausgelöst und als Sacheinlage vom Land Berlin in die städtischen Gesellschaften eingebracht werden. Teilweise sollten die Gesellschaften die Grundstücke zum gutachterlich festgestellten Verkehrswert vom Liegenschaftsfonds erwerben. In beiden Fallgruppen sollen die Grundstücke im Rahmen des Bündnisses für soziale Mieten projektgebunden eingesetzt werden. Aufgrund der umfänglichen Entscheidungsprozesse wird die tatsächliche Umsetzung erst 2013 Auswirkungen auf das Treuhandvermögen des Liegenschaftsfonds haben.

Im Dezember 2012 wurden die mittelfristige Unternehmensplanung 2013 bis 2017 und der Wirtschaftsplan 2013 durch den Aufsichtsrat genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen. Er beinhaltet die Kostenerstattungsplanung gegenüber dem Land Berlin unter Berücksichtigung der Saldierung von Erträgen und Aufwendungen in Höhe von 10.759 T€. Sämtliche Aufwandspositionen wurden nach kaufmännisch realisierbaren

Gesichtspunkten geplant. Nicht Bestandteil des Wirtschaftsplans sind die Auswirkungen aus der Umsetzung der neuen Liegenschaftspolitik.

Berlin, 31.05.2013

Liegenschaftsfonds Berlin
GmbH & Co. KG

vertreten durch die

Liegenschaftsfonds Berlin
Verwaltungsgesellschaft mbH

Holger Lippmann

Liegenschaftsfonds Berlin

Projektgesellschaft mbH & Co. KG

Lagebericht

Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG

für das Geschäftsjahr 2012

I. Geschäftsverlauf 2012

1. Gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen

Der Zweck der Gesellschaft weist folgende Berechtigungen auf:

a) von Grundstücksgeschäften des Landes Berlin mit der Deutschen Bahn, der Bundesrepublik Deutschland, bundesunmittelbaren, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und ausländischen Staaten,
b) der Treugeberfunktion Berlins in städtebaulichen Entwicklungsgebieten im Bereich des An- und Verkaufs von Grundstücken,
c) der Abwicklung von Grundstücksgeschäften für das Land Berlin,
d) der Erteilung von Zustimmungen und Genehmigungen zu Grundstücksverträgen,
e) von Grundstücken des Landes Berlin, der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG und ausnahmsweise von Dritten, soweit dies zum Zwecke der Entwicklung (Arrondierung) anderer Grundstücke erforderlich ist, und deren Verwaltung,
f) der Verwaltung, der Entwicklung und ggf. der Baureifmachung von Grundstücken des Landes Berlin einschließlich der erforderlichen, wirtschaftlich sinnvollen Parzellierung mit dem Ziel, die von ihr entwickelten Grundstücke an Dritte zu veräußern und
g) der Verwertung der Grundstücke.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hatte die Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co.KG (LFB Projekt KG) mit Beschluss vom 11. November 2004 ermächtigt, Grundstücke im unmittelbaren Zusammenhang mit einem belastbaren Investoreninteresse einzelner Investoren durch geeignete Maßnahmen zu qualifizieren. Ziel der Grundstücksqualifizierung ist es, Grundstücke, die wegen nicht vorhandenen Planungsrechts oder ihrer Standortspezifika nicht oder nur eingeschränkt veräußerbar sind, vermarktbar zu machen. Zur Umsetzung des Abgeordnetenhausbeschlusses wurde in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Finanzen am 19.12.2007 aus steuerrechtlichen Gründen ein Treuhandvermögen bei der LFB Projekt KG gebildet.

2. Politische Rahmenbedingungen

Im laufenden Berichtszeitraum wurden vom Gesellschafter, dem Land Berlin, weitere Entscheidungen auf die Gesamtausrichtung und das Betätigungsfeld der Gesellschaft vorgenommen. Nachfolgende Geschäftbesorgungsverträge, die die Vermarktung von landeseigenen Grundstücken vorsehen, wurden neu abgeschlossen:

- Die LFB Projekt KG hat im Berichtszeitraum einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) für das Objekt Holzmarktstr. am 05.04.2012 geschlossen. Der Vertrag wurde im Berichtsjahr von der BSR gekündigt.

- Mit den Berliner Stadtgütern (BSG) ist ein weitere Geschäftsbesorgungsvertrag geschlossen worden

Insgesamt verfügt die Gesellschaft über sechs aktive Geschäftsbesorgungsverträge, die die Verkäufe von Grundsstücken zur Aufgabe haben, zuzüglich der Verwaltung von Teileigentum.

3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die sich abschwächende globale Wirtschaft, wie auch die anhaltende Staatsschuldenkrise in Europa wirken sich, trotz der im ersten Halbjahr gut behaupteten deutschen Wirtschaft, nun auch auf Deutschland aus. Verschiedene Indizes weisen eine rückläufige oder negative Entwicklung auf.

Berlin hingegen konnte von einer ständig steigenden Bevölkerung, starkem Tourismus und einer lebendigen Unternehmenslandschaft im Besonderen in forschungs- und innovationsstarken Wirtschaftbereichen profitieren, die für eine Vielzahl von Arbeitsplätzen gesorgt haben.

Der **gewerbliche Investmentumsatz** konnte deutschlandweit um ca. 11% auf ca. 25,2 Mrd. EUR nach Erhebungen führender Immobilienberater zulegen und damit an die Boomjahre 2006 und 2007 anknüpfen.

Berlin konnte im abgelaufenen Jahr wieder ein Rekordergebnis von ca. 4 Mrd. EUR erzielen (3,85 Mrd. EUR BNP; 4,25 Mrd. EUR CBRE; 4,3 Mrd. Savills) und schob sich damit an die Sitze der deutschen Investmentstandorte vor München und Frankfurt.

Auffallen ist, dass insbesondere im letzten Quartal fast die Hälfte des Umsatzes alleine erzielt wurde (1,8 Mrd. EUR BNP Paribas RE).

Insgesamt wurde in 2012 ein Plus von ca. 65% gegenüber 2011 erzielt, was sich auch in einer gesteigerten Anzahl von Transaktionen (ca. +29%) ausdrückt.

Das Volumen der Abschlüsse über 50 Mio. EUR hat sich in Berlin fast verdoppelt, was nicht zuletzt auch neun Abschlüsse über 100 Mio. EUR zurückzuführen ist, wobei jedoch der Anteil an der Anzahl der Abschlüsse nur um rund 9% zulegen konnte. Der Bereich des Segmentes 25-50 Mio. EUR folgt mit 19% und hat damit einen nahezu identische Größe wie 2011 erreicht, gefolgt von der Größenklasse 10-25 Mio. EUR und 16% Anteil sowie der kleinsten Kategorie unter 10 Mio. EUR, die einen Anteil von 7% beisteuerte.

Berlin konnte lt. Savills damit bundesweit einen Anteil von 17% des Transaktionsvolumens vereinnahmen.

Der **Wohnungsmarkt** in Berlin entwickelt sich seit 2009 unaufhaltsam dynamisch. Dieser Trend ist nicht nur für die Top Lagen und Hochpreissegmente kennzeichnend sonder auch über alle Segmente und Baujahresklassen.

4. Entwicklung der Geschäftstätigkeit

Die Kompetenz der LFB – Gruppe, sachgerechte Lösungen zu finden, ist auf dem Immobilienmarkt stark nachgefragt. So agiert die LFB Projekt KG seit 2007 nicht nur direkt im Auftrag des Landes Berlin, sondern konnte auch verschiedene andere landeseigene Unternehmen von seiner Leistungsfähigkeit überzeugen. Prominente Verkaufsaufträge der Stiftung Oper Berlin, der Berliner Großmarkt GmbH, der Berliner Immobilienmanagement GmbH oder der Charité – Universitätsmedizin Berlin stehen exemplarisch für die Arbeit der Gesellschaft.

Die laufenden Tätigkeiten der Gesellschaft wurden von Mitarbeitern der LFB KG in Personalunion bewältigt. Die anteiligen Personal- und Sachkosten wurden zwischen den Gesellschaften gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag in Rechnung gestellt.

Im Berichtszeitraum konnte in den diversen Geschäftsbesorgungsverträgen 24 Kaufverträge mit einem Beurkundungsvolumen von 11,8 Mio. € geschlossen werden. Der Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem größten Beurkundungsvolumen war der Vertrag mit der BIM. Das Jahresbeurkundungsvolumen für diesen Vertrag beläuft sich auf 8,8 Mio. € bei einem Abschluss von 4 Kaufverträgen.

Der Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) wurde Seitens der BSR gekündigt. Die Gesellschaft hat auf Basis des geschlossenen Vertrags sein Honorar abgeschlossen. Der Gesellschaft ist durch die Kündigung kein Schaden entstanden.

Seit 2007 werden laufend im Rahmen der Geschäftsbesorgung Nachlassobjekte, die aufgrund von Testamenten oder Fiskalerbschaft in das Vermögen des Landes Berlin gekommen sind, an die LFB Projekt KG übertragen. Es handelt sich dabei sowohl um Volleigentum als auch um Nachlassanteile. Die LFB Projekt KG übernahm damit ausschließlich Aufgaben im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung und Vermarktung von Grundstücken. Sämtliche Nachlassaufgaben, wie z.B. Erbenermittlung, Erbauseinandersetzung etc. verblieben eindeutig bei der Senatsverwaltung für Finanzen. Die LFB Projekt KG beauftragte mit der Verwaltung dieser Nachlassobjekte einen Dienstleister, der insbesondere die notleidenden Immobilen direkt mit dem Land Berlin abrechnet. In 2012 konnten 15 Erbschaftsgrundstücke, die sich im Vermarktungsprozess befanden, in Höhe von 656 T€ (Vj. 168 T€) erfolgreich verkauft werden. Die Abrechnung zwischen den Erben erfolgt durch die verwaltende Dienststelle beim Land Berlin, dem Erbschaftsreferat.

In der Verwaltung des Teileigentums befanden sich in der Berichtsperiode 30 Objekte, die ordnungsgemäß verwaltet und zwischen dem THV I der LFB KG und den privaten Eigentümern abgerechnet wurden.

Erstmalig in 2010 wurde für die Arrondierung eines Grundstückes im THV I der LFB KG eine Teilfläche 323 m² durch die LFB Projekt KG angekauft. Diese war erforderlich, um die Grundstücksfläche von 8.161 m² im THV I durch die Arrondierungsfläche als Gesamtheit veräußern zu können. Bis zum Eintritt des Nutzen-Lasten-Wechsels und der anteiligen Kaufpreiszahlung verbleibt die Teilfläche im Umlaufvermögen der LFB Projekt KG. Der in 2010 beurkundete gesamte Kaufvertrag für die Schillingbrücke in Höhe von 5,5 Mio.€ wurde nicht zahlungswirksam. Der Bezirk weigerte sich konsequent, sich an der Finanzierung zur Herrichtung und Unterhalt des Uferwanderweges zu beteiligen. Auch das Bebauungsplanverfahren ruht daher. Es liegt ein Rechtsgutachten vor, das bestätigt, dass die Sanierung der Uferwand durch den Bund erfolgen muss. Die Auseinandersetzung mit dem Bundeswasserstraßenamt hierzu läuft noch. Das Bundeswasserstraßenamt hat deutlich gemacht, dass innerhalb der nächsten zwei Jahre eine Sanierungsanordnung zu erwarten ist. Ohne die Klärung der Fragen zu den Kosten des Uferwanderweges und der Uferwandsanierung wird das Grundstücksgeschäft dem Abgeordnetenhaus nicht vorgelegt. Da die Beschlussfassung des Bezirkes zum Bebauungsplan und die offenen Rechtsfragen noch ungeklärt sind, hat der Käufer zwischenzeitlich vom Rücktrittsrecht Gebrauch gemacht. Das Grundstück verbleibt bis auf Weiteres im Umlaufvermögen der LFB Projekt KG.

Das Risikomanagement steht beim LFB für sämtliche organisatorische Prozesse, durch die Risiken frühzeitig identifiziert sowie geeignete Maßnahmen zur Gegensteuerung entwickelt und umgesetzt werden. Als Risiken gelten alle Entwicklungen, die sich negativ auf das Erreichen der qualitativen und quantitativen Unternehmensziele – insbesondere auf das Ergebnis - auswirken können. Um Gefahren früh genug zu erkennen, zu bewerten und adäquat mit ihnen umzugehen, setzt die Gesellschaft ein Planungs-, Steuerungs- und Kontrollsystem ein und optimiert dieses kontinuierlich. Durch das konsequente Risiko-Management als Überwachungs- und Steuerungssystem der Unternehmensleitung wurde jederzeit sichergestellt, dass durch rechtzeitige Risikoidentifizierung, -messung, -limitierung, -controlling und –management die erforderlichen Veränderungen in die Geschäfts- bzw. Risikostrategien eingepasst und methodisch, auch im Hinblick auf neue regulative Anforderungen, verfeinert wurden.

Es wurden im Berichtszeitraum und für die Folgejahre folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Übernahme und Fortsetzung von geeigneten neuen Geschäftsfeldern und –Betätigungen im Rahmen von Geschäftsbesorgungen,
- strategische Grundstücksidentifizierungen im Hinblick auf wirtschaftliche und kurzfristige Vermarktung von Grundstücken, die geschäftsbesorgend verwaltet und vermarktet werden,
- verstärkte Zusammenarbeit mit den Bezirken und öffentlichen Einrichtungen,
- Suche nach qualifizierten Geschäftsfelderweiterungen im Tätigkeitsfeld der LFB Projekt KG.
- Planung von Aktivitäten zur aktuellen Marktentwicklung mit laufenden Fortschreibungen und Anpassungen.
- Personalentwicklung, Besetzungsverfahren Leiter Grundstücksqualifikation

Zum heutigen Zeitpunkt zeichnen sich für die Gesellschaft keine bestandsgefährdenden Risiken ab. Den Fortbestand sieht die LFB Projekt KG weder unter Substanz- noch unter Liquiditätsaspekten gefährdet, denn durch erfolgreiche Vermarktung von diversen Grundstücken im Rahmen der geschlossenen Geschäftsbesorgungsverträge und durch die Ausgliederung der zu qualifizierenden Grundstücke in ein Treuhandvermögen ist es gelungen, für genügend Liquidität zu sorgen. Auch auf absehbare Zeit sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

II. Vermögens- und Ertragslage

Die Umsatzerlöse ermitteln sich im Berichtsjahr ausschließlich aus der Immobilienverwaltung des Teileigentums in Höhe von 36 T€ und den Vermarktungsprovisionen in Höhe von 214 T€. Die sonstigen betrieblichen Erträge, in denen überwiegend Weiterberechnungen von Aufwendungen und Personalkosten aus Geschäftsbesorgungen sowie der Kostenerstattungsanspruch aus dem Treuhandvermögen der LFB Projekt KG enthalten sind, reduzierte sich auf 429 T€ (Vj. 449 T€). Die bezogenen Leistungen/ Bewirtschaftungskosten beliefen sich auf 120 T€. Die Personalkosten blieben im Vergleich zum Vorjahr mit 261 T€ (Vj. 283 T€) relativ konstant, gleiches gilt für den sonstigen betrieblichen Aufwand(115 T€, Vj.118 T€). Durch die erfolgreichen Vermarktungsaktivitäten in 2012 konnte ein Jahresergebnis in Höhe von 162 T€ (Vj. 128T€) erzielt werden.

Das Bilanzvolumen der Gesellschaft stieg im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf 1.745 T€ (Vj. 1.288 T€). Gemäß Gesellschaftsvertrag ist der erzielte Gewinn nicht als Eigenkapital, sondern auf einem Verrechnungskonto des

Gesellschafters auszuweisen, so dass der Jahresüberschuss saldiert mit den Gewinn- und Verlustvorträgen der Vorjahre als Verbindlichkeit gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 1.064 T€ erfasst wurde.

Das ermittelte Umlaufvermögen ohne Ausgleichsposten des Treuhandvermögens II belief sich auf 1.600 T€ und erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 422 T€. Dies war der Tatsache geschuldet, dass der Bankenbestand mit 953 T€ um 535 T€ stieg.

Das eingezahlte Eigenkapital in Höhe von 100 T€ blieb unverändert. Das Verbindlichkeitskonto gegenüber Gesellschaftern wies zum Jahresende einen Saldo in Höhe von 1.373 T€ (Vj. 911 T€) aus.

Die Gesellschaft kam ihren Zahlungsverpflichtungen stets fristgerecht nach, Skonto konnte, sofern mit dem Vertragspartner vereinbart, stets gezogen werden.

III. Voraussichtliche Entwicklung

Im September 2012 hat der Berliner Senat eine Entscheidung über die künftige Ausrichtung der Liegenschaftspolitik getroffen. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses hat am 30. Januar 2013 das neue Konzept zur „Transparenten Liegenschaftspolitik“ unter einigen Maßgaben mit allen Stimmen der SPD und CDU bei Nichtteilnahme der übrigen Abgeordnetenhausfraktionen beschlossen. Der Beschluss beinhaltet, dass der Liegenschaftsfonds zukünftig an die neue Liegenschaftspolitik angepasst wird, stellt dessen Bestand aber nicht in Frage. In den folgenden Monaten wurden unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Neuausrichtung bzw. des Bestands des Liegenschaftsfonds von unterschiedlichen Abgeordnetenhausfraktionen vertreten, jedoch keine weiteren Abgeordnetenhausbeschlüsse gefasst. Die vom Hauptausschuss beschlossenen Maßgaben, insbesondere die Abkehr vom Vorrang des Verkaufs, hatten auf das Verkaufsgeschäft 2012 keine unmittelbaren Auswirkungen, werden das Geschäft fortan aber wesentlich beeinflussen.

Aus dem Wirtschaftsplan 2013, bei dessen Aufstellung die neue Liegenschaftspolitik nicht berücksichtigt werden konnte, ist zu entnehmen, dass auch zukünftig mit einem positiven Ergebnis durch die Geschäftsbesorgungen gerechnet wird.

Berlin, 31.05.2013

Liegenschaftsfonds Berlin
Projektgesellschaft mbH & Co. KG

vertreten durch die Komplementärin

Liegenschaftsfonds Berlin
Verwaltungsgesellschaft mbH

Holger Lippmann

Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH

Lagebericht

Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH

für das Geschäftsjahr 2012

I. Geschäftsverlauf 2012

1. Gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen

Die Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft (LFB GmbH) ist eine GmbH mit Sitz in Berlin. Sie ist im Handelsregister beim Amtsgericht Berlin Charlottenburg unter der Nummer HRB 76 350 eingetragen. Die rechtlichen Grundlagen sind im Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 25.10.2000 festgelegt. Die letzte Änderung des Gesellschaftsvertrages der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH erfolgte am 20.12.2006.

Sie ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft des Landes Berlin und als persönlich haftende Gesellschafterin an der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG und an der Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG beteiligt.

Die LFB–Gruppe unterliegt verschiedenen Aufsichtsgremien. Die Kontrolle wird unter anderem durch einen Steuerungsausschuss ausgeübt, der wirtschafts- und stadtentwicklungspolitische Ziele für einen Verkauf vorgibt und in dem für die Grundstücksvergabe relevante Fragen erörtert werden. Mitglieder des Steuerungsausschusses sind unter dem Vorsitz der Senatsverwaltung für Finanzen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen sowie der jeweilige Bezirk. Bei Bedarf werden weitere Verwaltungen hinzugeladen. Verkäufe ab einer Summe von drei Millionen Euro müssen dem Abgeordnetenhaus und dem Aufsichtsrat vorgelegt werden. Die LFB–Gruppe ist der Senatsverwaltung für Finanzen fachlich unterstellt. Die dortige Geschäftsstelle übt das Weisungsrecht des Landes Berlin gegenüber den Gesellschaften und des Treuhandvermögens aus.

Entsprechend ihrer Stellung nimmt die LFB GmbH für die genannten Kommanditgesellschaften die Aufgaben und Pflichten für die Geschäftsführung wahr. Diese Tätigkeit beschränkt sich auf die Geschäftsführungsentscheidungen; das für die Umsetzung und für die eigentlichen Geschäftsbetriebe erforderliche Personal wird von den Kommanditgesellschaften selbst beschäftigt.

Weitergehende eigene Tätigkeiten der Gesellschaft wurden nicht unternommen und sind auch für die Zukunft nicht geplant.

Nach dem Ende der Legislaturperiode in 2011 schieden mehrere Aufsichtsratsmitglieder aus dem Aufsichtsrat der LFB GmbH. Die Gesellschafterversammlung hat die neuen Aufsichtsratsmitglieder im Geschäftsjahr 2012 gewählt.

2. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die sich abschwächende globale Wirtschaft, wie auch die anhaltende Staatsschuldenkrise in Europa wirken sich, trotz der im ersten Halbjahr gut behaupteten deutschen Wirtschaft, nun auch auf Deutschland aus. Verschiedene Indizes weisen eine rückläufige oder negative Entwicklung auf.

Berlin hingegen konnte von einer ständig steigenden Bevölkerung, starkem Tourismus und einer lebendigen Unternehmenslandschaft im Besonderen in forschungs- und innovationsstarken Wirtschaftbereichen profitieren, die für eine Vielzahl von Arbeitsplätzen gesorgt haben.

Der **gewerbliche Investmentumsatz** konnte deutschlandweit um ca. 11% auf ca. 25,2 Mrd. EUR nach Erhebungen führender Immobilienberater zulegen und damit an die Boomjahre 2006 und 2007 anknüpfen.

Berlin konnte im abgelaufenen Jahr wieder ein Rekordergebnis von ca. 4 Mrd. EUR erzielen (3,85 Mrd. EUR BNP; 4,25 Mrd. EUR CBRE; 4,3 Mrd. Savills) und schob sich damit an die Sitze der deutschen Investmentstandorte vor München und Frankfurt.

Auffallen ist, dass insbesondere im letzten Quartal fast die Hälfte des Umsatzes alleine erzielt wurde (1,8 Mrd. EUR BNP Paribas RE).

Insgesamt wurde in 2012 ein Plus von ca. 65% gegenüber 2011 erzielt, was sich auch in einer gesteigerten Anzahl von Transaktionen (ca. +29%) ausdrückt.

Das Volumen der Abschlüsse über 50 Mio. EUR hat sich in Berlin fast verdoppelt, was nicht zuletzt auch neun Abschlüsse über 100 Mio. EUR zurückzuführen ist, wobei jedoch der Anteil an der Anzahl der Abschlüsse nur um rund 9% zulegen konnte. Der Bereich des Segmentes 25-50 Mio. EUR folgt mit 19% und hat damit einen nahezu identische Größe wie 2011 erreicht, gefolgt von der Größenklasse 10-25 Mio. EUR und 16% Anteil sowie der kleinsten Kategorie unter 10 Mio. EUR, die einen Anteil von 7% beisteuerte.

Berlin konnte lt. Savills damit bundesweit einen Anteil von 17% des Transaktionsvolumens vereinnahmen.

Der **Wohnungsmarkt** in Berlin entwickelt sich seit 2009 unaufhaltsam dynamisch. Dieser Trend ist nicht nur für die Top Lagen und Hochpreissegmente kennzeichnend sonder auch über alle Segmente und Baujahresklassen.

3. Politische Entscheidungen und Rahmenbedingungen

Im September 2012 hat der Berliner Senat eine Entscheidung über die künftige Ausrichtung der Liegenschaftspolitik mit der Vorlage zur transparenten Liegenschaftspolitik getroffen. Die erforderlichen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses von Berlin wurden erst im Februar 2013 mit Maßgaben gefasst. Unmittelbare Auswirkungen in konkrete Vorgaben zum Verkaufsgeschäft für das Jahr 2012 gab es damit nicht.

Durch die 2012 lange offene Entscheidungssituation war das Geschäft des Liegenschaftsfonds jedoch mittelbar betroffen. Grundstücke, die sich in ihrer künftigen Nutzung für Geschosswohnungsbau eignen, bedurften der detaillierten Abstimmung mit den zuständigen Stellen des Landes Berlin. Dementsprechend war die Umsetzung des Vermarktungsschwerpunktes Geschosswohnungsbau nur in Teilen möglich. Durch Abstimmungsprozesse mit den zuständigen Senatsstellen sowie den städtischen Wohnungsbaugesellschaften war dieser Teil des zur Zeit marktgängigen Portfolios nicht frei vermarktbar. Ausgewählte Grundstücke wurden zunächst für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften reserviert. Hierzu gehörten ursprünglich 21 unbebaute Grundstücke und 40 Bestandsobjekte. Grundstücke dieser Listen sollen teilweise herausgelöst und als Sacheinlage vom Land Berlin in die städtischen Gesellschaften eingebracht werden. Teilweise sollten die Gesellschaften die Grundstücke zum gutachterlich festgestellten Verkehrswert vom Liegenschaftsfonds erwerben. In beiden Fallgruppen sollen die Grundstücke im Rahmen des Bündnisses für soziale Mieten projektgebunden eingesetzt werden. Aufgrund der umfänglichen Entscheidungsprozesse wird die tatsächliche Umsetzung erst 2013 Auswirkungen auf das Treuhandvermögen des Liegenschaftsfonds haben.

Auch der Bereich der Direktvergaben unter anderem für die Realsierung wirtschaftspolitisch besonders förderungswürdiger Projekte konnte auf Grund des erhöhten Abstimmungsaufwandes und neuer Vorgaben für Direktvergaben nicht in der gewohnten Schnelligkeit erfolgen. Für derartige Vergaben war seit einigen Monaten die Ermittlung eines Wertpotenzials erforderlich. Nur bei Nachweis der sogenannten Stadtrendite war eine Direktvergabe zum gutachterlich ermittelten Verkehrswert möglich.

4. Entwicklung der Geschäftstätigkeit

In der Berichtsperiode verkaufte die LFB – Gruppe insgesamt 448 (Vj. 442) Immobilen mit einer Gesamtfläche von 108 Hektar und einem Verkaufsvolumen von 193 Mio. € (Vj.157 Mio. €). Durch die positive wirtschaftliche Erholung in 2012, die den Immobilienmarkt direkt wie indirekt nachhaltig beeinflusste, zeichnete sich weiter ein sehr kleinteiliges und arbeitsintensives Verkaufsgeschäft ab.

Für das Haushaltsjahr 2012 konnten die Gesellschaften des LFB an den Gesellschafter 166,4 Mio. € (Vj. 151,6 Mio. €) abführen, daran waren die Bezirke und sonstige Verwaltungen mit 43,7 Mio. € (Vj. 26,8 Mio. €) beteiligt.

Eine klassische Konkurrenzsituation für die LFB-Gruppe ist am Berliner Markt so nicht gegeben, da das Portfolio über einen heterogenen Bestand verfügt. Der Schwerpunkt des Portfolios liegt tendenziell in den östlichen Bezirken.

Die LFB-Gruppe hat auf Grund der Masse des möglichen Angebots keine direkte Konkurrenzsituation. Sie besteht eher bei den Grundstückslagen, im Einzelfall je nach Mikrolage. In nachgefragten Lagen übersteigt die Nachfrage das Angebot. Es werden auf Grund der derzeitigen Marktlage über das Bieterverfahren tendenziell sogar eher höhere Preise erzielt als marktüblich.

II. Vermögens- und Ertragslage

Der Jahresüberschuss 2012 für die LFB GmbH betrug unter Berücksichtigung der Kostenerstattungen durch die Kommanditgesellschaften gemäß Handelsbilanz 1.225,6 €. Die Eigenkapitalsumme erhöht sich auf 48,1 T€. Das Bilanzvolumen der Gesellschaft beträgt zum Ende des Berichtsjahres 140,9 T€. Das Umlaufvermögen in Höhe von 125,7 T€ enthält primär Forderungen gegen verbundene Unternehmen. Es handelte sich um Teilleistungen der Kostenerstattungen gegenüber der LFB KG und der LFB Projekt KG.

Zu den wesentlichen Bestandteilen der Geschäftssteuerung und Kontrolle der LFB–Gruppe gehört ein aktives Risikomanagement. Das hierzu etablierte System erfasst alle Unternehmensaktivitäten und beinhaltet auf der Basis einer definierten Risikostrategie neben dem internen Überwachungssystem und Controlling auch ein systematisches und permanentes Vorgehen hinsichtlich Risikoinventur, -controlling und -berichterstattung. Das Risikomanagement steht bei der LFB-Gruppe für sämtliche organisatorische Prozesse, durch die die Risiken frühzeitig identifiziert sowie geeignete Maßnahmen zur Gegensteuerung entwickelt und umgesetzt werden können. Als Risiken gelten alle Entwicklungen, die sich negativ auf das Erreichen der qualitativen und quantitativen Unternehmensziele – insbesondere auf das Ergebnis - auswirken können. Um Gefahren früh genug zu erkennen, zu bewerten und adäquat mit ihnen umzugehen, setzt die Gesellschaft ein Planungs-, Steuerungs- und Kontrollsystem ein. Durch das konsequente Risiko-Management als Überwachungs- und Steuerungssystem der Unterneh-

mensleitung wurde jederzeit sichergestellt, dass durch rechtzeitige Risikoidentifizierung, -messung, -limitierung, -controlling und –management die erforderlichen Veränderungen in die Geschäfts- bzw. Risikostrategien eingepasst und methodisch, auch im Hinblick auf neue regulative Anforderungen, verfeinert wurden.

Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht eingegangen und sind auch nicht aufgetreten.

III. Voraussichtliche Entwicklung

Im September 2012 hat der Berliner Senat eine Entscheidung über die künftige Ausrichtung der Liegenschaftspolitik getroffen. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses hat am 30. Januar 2013 das neue Konzept zur „Transparenten Liegenschaftspolitik“ unter einigen Maßgaben mit allen Stimmen der SPD und CDU bei Nichtteilnahme der übrigen Abgeordnetenhausfraktionen beschlossen. Der Beschluss beinhaltet, dass der Liegenschaftsfonds zukünftig an die neue Liegenschaftspolitik angepasst wird, stellt dessen Bestand aber nicht in Frage. In den folgenden Monaten wurden unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Neuausrichtung bzw. des Bestands des Liegenschaftsfonds von unterschiedlichen Abgeordnetenhausfraktionen vertreten, jedoch keine weiteren Abgeordnetenhausbeschlüsse gefasst. Die vom Hauptausschuss beschlossenen Maßgaben, insbesondere die Abkehr vom Vorrang des Verkaufs, hatten auf das Verkaufsgeschäft 2012 keine unmittelbaren Auswirkungen, werden das Geschäft fortan aber wesentlich beeinflussen.

Hierzu hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 15.02.2013 die Geschäftsführung beauftragt, entsprechende Konzepte zu erarbeiten und Vorschläge zur organisatorischen Neuausrichtung des Unternehmens zu erarbeiten.

Für die Bestimmung der künftigen Aufgaben und des dafür notwendigen Personals hat der Liegenschaftsfonds zwei hausinterne Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit den Themen Portfolio und Personal befassen.

Um sachgerechte Vorschläge für die künftige Struktur des Hauses unterbreiten zu können, bedarf es zunächst der Bestimmung der künftigen konkreten Aufgaben, um daraus Mengengerüste und organisatorische Abläufe entwickeln zu können. Die Arbeitsgruppe Portfolio hat deshalb zunächst auf der Grundlage der Erkenntnisse der Analyse des gesamten Finanzvermögens Ableitungen für die künftig gewünschte und von unserem Hause technisch zu steuernde Clusterung des Landesvermögens erarbeitet und einen Prioritätenkatalog entwickelt.

Die Prozesse Portfolioanalyse und die grobe Beschreibung des Konzeptverfahrens im Cluster Entwicklungsperspektive sind erarbeitet worden, bzw. in Vorbereitung. Der Liegenschaftsfonds erarbeitet ferner einen Entwurf einer Geschäftsordnung Portfolioausschuss und überarbeitet die Geschäftsordnung des Steuerungsausschusses.

Die jeweiligen Vorschläge und Entwürfe sind einer auf Arbeitsebene besetzten Arbeitsgruppe aus Vertretern der Häuser Finanzen, Stadtentwicklung und Wirtschaft in mehreren Workshop-Sitzungen vorgestellt worden.

Für die Übergangszeit ist ein Verfahrensmodus mit den Workshop-Teilnehmern entwickelt worden, um die Ziele der neuen Liegenschaftspolitik auch in der Übergangszeit zu sichern.

Die hausinterne Arbeitsgruppe Personal geht für die weitere Tätigkeit von der Grundannahme aus, dass die im Workshop gefundenen Beschreibungen der künftigen Aufgaben und Abläufe im wesentlichen Grundlage für die künftige Arbeit sein werden. Hierbei wird ferner vorausgesetzt, dass in den künftigen Strukturen und neuen Rahmenbedingungen weiter Verkäufe aus dem Landesvermögen stattfinden werden und künftig der Bestellung von Erbbaurechten eine besondere Bedeutung zukommen wird. Der Zeitplan sieht vor, den Aufsichtsrat über den aktuellen Stand des Erreichten bereits in seiner Sitzung am 27. Juni 2013 im Rahmen des Berichts der Geschäftsführung über den Gang der Geschäfte zu informieren.
Ein vollständiges abgeschlossenes Konzept soll in der Aufsichtsratssitzung im weiteren Jahresverlauf zur Entscheidung vorgelegt werden.

Im Dezember 2012 wurde unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung, der abnehmenden Nachbestückungen und der zu qualifizierenden Grundstücke die mittelfristige Unternehmensplanung 2013 – 2017 für alle Gesellschaften der LFB–Gruppe erstellt, der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2013 aufgestellt und durch den Aufsichtsrat bestätigt. Nicht Bestandteil des Wirtschaftsplans sind die Auswirkungen aus der Umsetzung der neuen Liegenschaftspolitik.

Bei dem geplanten Geschäftsverlauf wurde für 2013 von einem voraussichtlichen Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aller Gesellschaften von 113 Mio. € ausgegangen. Die Erlösabführung an das Land Berlin und an die Bezirke wurde mit 127 Mio. € geplant.

Berlin, den 31.05.2013

Liegenschaftsfonds Berlin
Verwaltungsgesellschaft mbH

vertreten durch den Geschäftsführer

Holger Lippmann

Berliner Corporate Governance Kodex in der Fassung vom Februar 2009

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2012

Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH

Inhaltsverzeichnis

Entsprechungserklärung gemäß § 161 AktG durch die Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

Abweichungen von den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex

I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

II. Geschäftsleitung

III. Aufsichtsrat

IV. Interessenkonflikte

V. Transparenz

VI. Rechnungslegung

VII. Abschlussprüfung

Erklärung von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH gemäß § 161 AktG zum Berliner Corporate Governance Kodex in der Fassung vom Februar 2009

Der Senat von Berlin hat in 2004 beschlossen, den Berliner Corporate Governance Kodex (Kodex) auf der Basis des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) auch bei den nicht börsennotierten Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin einzuführen, an denen Berlin die Mehrheit der Anteile hält und hinsichtlich Aufgabe und wirtschaftliche Bedeutung von Interesse sind.

Dabei spielt die gesellschaftsrechtliche Verfassung des Unternehmens keine Rolle. Die vorliegende Erklärung orientiert sich eng an dem DCGK. Sie ist jedoch nicht wortidentisch, da sie sich auf nicht börsennotierte Unternehmen bezieht; teilweise gehen die Regelungen aber auch über die Empfehlungen des DCGK hinaus.

Durch die Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH werden die einzelnen Bestimmungen eingehalten, erklärt und in den Anhang zum Lagebericht übernommen. Abweichungen vom Erklärungsinhalt des Kodex werden erklärt und begründet.

Geschäftsleitung und Aufsichtsichtsrat der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH erklären, dass die vom Beteiligungsmanagement und –controlling des Landes Berlin im Februar 2009 bekannt gemachten Empfehlungen und Anregungen zum Berliner Corporate Governance Kodex grundsätzlich entsprochen werden und in der Vergangenheit entsprochen wurden. Geschäftsleitung und Aufsichtsrat der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH beabsichtigen, diese auch in Zukunft zu beachten.

Dr. Magaretha Sudhof
Aufsichtsratsvorsitzende

Holger Lippmann
Geschäftsführer

Verweis	Gegenstand	Erklärungen der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat

I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

I.1	▪ Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. ▪ Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. ▪ Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	▪ Sitzungen des Aufsichtsrates	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten. In der Regel wurden lediglich Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten ohne Teilnahme der Geschäftsleitung behandelt.
I.3	▪ Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung. ▪ Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.	Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung oder Kenntnisnahme vorgelegt und mit ihm abgestimmt. Neben den Regelungen in der Satzung bestanden keine weiteren Geschäftsanweisungen des Aufsichtsrats für die Geschäftsleitung.

I.4	▪ Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. ▪ Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.	Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war stets termingerecht. Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.
I.5	▪ Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrat. ▪ D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt. Eine D&O-Versicherung ist ohne Selbstbehalt für die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat abgeschlossen worden.

II. Geschäftsleitung

II.1	▪ Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. ▪ Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. ▪ Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.	Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; für das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmerischen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Die Gesellschaft verfügte über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling. Es erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung vom Risikomanager an die Geschäftsleitung.

II.2	▪ Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. ▪ Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen.	Ein Geschäftsverteilungsplan war nicht erforderlich, da Herr Holger Lippmann die Gesellschaft alleinverantwortlich vertrat und führte.
II.3	▪ Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. ▪ Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. ▪ Veröffentlichung der Einzelvergütung. ▪ Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap.	Die Gesamtvergütung der Geschäftsleitung bestand aus einem Fixum und variablen Bestandteil. Die variable Vergütung erfolgte auf Basis der durch den Aufsichtsrat genehmigten Zielvereinbarung 2011. Die Zielvereinbarung 2012 wurde am 19.12.2011 mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden geschlossen und dem Aufsichtsrat am 24.02.12 zur Kenntnis unterbreitet. Die Gesamtvergütung wird im Anhang des Jahresabschlusses ausgewiesen.

III. Aufsichtsrat

III.1	▪ Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. ▪ Geschäftsordnung des Aufsichtsrats.	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.

III.2	▪ Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeregelung. ▪ Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.	Die Anstellungs- und Vergütungsregelungen für den Geschäftsführer mit der Bestelldauer bis zum 31.12.10 wurde durch den Aufsichtsrat am 25. Mai 2010 um drei Jahre bis zum 31.12.2013 verlängert. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht. Die Entscheidungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats getroffen.
III.3	▪ Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtigen Ereignisse. ▪ Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.	Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurden die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Er wurde über wichtige Entscheidungen unverzüglich durch die Geschäftsleitung informiert. Außerordentliche Aufsichtsratssitzungen haben nicht stattgefunden.
III. 4	▪ Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen	Der Aufsichtsrat verfügt über keine Ausschüsse.
III.5	▪ Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. ▪ Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen.	Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Ein Aufsichtsratsmitglied befindet sich im Beirat der TLG. Die anderen Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen und Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

	▪ Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates.	Jedes Aufsichtsratsmitglied erhielt pro Aufsichtsratssitzung einen Auslagenersatz in Höhe eines Sitzungsgeldes von 150,-- €. Sonderzahlungen wurden nicht gezahlt.
III.6	▪ Vorlage der Zielvereinbarung.	Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsleitung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.
III. 7 und 8	▪ Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats.	Kein Aufsichtsratsmitglied hat weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Es waren nach den Feststellungen des Aufsichtsrates keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen ließen.

IV. Interessenkonflikte

IV.1	▪ Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. ▪ Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung.	Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt.
IV.2	▪ Wahrung des Unternehmensinteresses. ▪ Persönliche Interessen.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt. Es wurden keine persönlichen Interessen verfolgt.

IV.3 und 4	▪ Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats.	Es bestanden keine Interessenkonflikte, die offengelegt werden mussten. Alle Geschäfte entsprachen den branchenüblichen Standards.
IV.5	▪ Geschäfte mit der Gesellschaft auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. ▪ Geschäfte mit den Gesellschaften auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats.	Es wurden keine Geschäfte mit der Gesellschaft durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen ausgeübt Es wurde keine Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen durch den Aufsichtsrat vorgenommen. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit den Gesellschaften zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit den Gesellschaften erlassen.
IV.6	▪ Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung.	Der Geschäftsführer ist als Mitglied im Wohnungswirtschaftlichen Beirat der Berliner Volksbank und übte ansonsten keine Nebentätigkeiten aus.
IV.7	▪ Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige.	Es wurden keine Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährt.

V. Transparenz

V.1 und 2	▪ Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf.	Tatsachen im Tätigkeitsbereich der Gesellschaft, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind dem Aufsichtsrat und Gesellschafter unverzüglich unter Angabe des Sachverhaltes mitgeteilt worden. Jahresplanungen und Mittelfristplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt und dem Gesellschafter, Land Berlin, vorgelegt.
	▪ Informationen über das Unternehmen im Internet.	Unternehmensinformationen werden auch über das Internet veröffentlicht. Es handelte sich überwiegend um die Veröffentlichung von Verkaufs- und Vermietungsimmobilien.

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	▪ Fristen für den Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen.	Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten nationalen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen (geprüfter Jahresabschluss (90) Tage nach Geschäftsjahresende, Zwischenberichte (45) Tage nach Ende des Berichtszeitraumes) dem Aufsichtsrat und dem Gesellschafter vorgelegt.
	▪ Erörterung der Zwischenberichte.	Die Zwischenberichte wurden vom Aufsichtsrat mit der Geschäftsleitung erörtert. Eine Bewertung des Immobilientreuhandvermögens war aus gesellschafts- und steuerrechtlichen Gründen nicht erforderlich. Die Gesellschaften hielten keine Beteiligungen.

VII. Abschlussprüfung

VII.1	▪ Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits.	Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und der Gesellschaft sowie seinen Organmitgliedern bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter gab es keine Zweifel.
	▪ Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt.	Es wurden keine Leistungen auf dem Beratungssektor dem Abschlussprüfer durch die Gesellschaft in Aussicht gestellt.
	▪ Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe.	Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

VII.2	▪ Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung	Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.
VII.3	▪ Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. ▪ Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.	Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.
VII.4	▪ Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss.	Der Abschlussprüfer hat an der Beratung zum Jahresabschluss des Aufsichtsrats teilgenommen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Aufsichtsrat Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH 2012
(einheitlichs Sitzungsgeld 150€/ je Sitzung)

Aufsichtsrats-mitglied	Teilnahme AR-Sitzung 24.02.2012	Betrag	Teilnahme AR-Sitzung 08.06.2012	Betrag	Teilnahme AR-Sitzung 19.09.2012	Betrag	Teilnahme AR-Sitzung 19.10.2012	Betrag	Teilnahme AR-Sitzung 14.12.2012	Betrag	Summe
Dr. M Sudhoff (Vorsitzender)	x	150	x	150	x	150	x	150	x	150	750
Herr E. Gothe (stellv. Vorsitzender)	x	150	x	150	x	150	x	150	x	150	750
H. C. von Knobelsdorff	x	150	x	150	x	150			./.		450
Herr N. Kopp	x	150	x	150	x	150	x	150	x	150	750
Herr H. Buschkowski	x	150	x	150	x	150	x	150	x	150	750
Frau E. Haußdörfer	x	150	x	150	x	150	x	150	x	150	750
Herr T. Schneider	x	150	x	150	x	150	x	150			600
Frau J. Matuschek	x	150	x	150	x	150	x	150	./.		600
Herr C. Goiny	./.		x	150	x	150	x	150	x	150	600
Herr J. Esser	./.		x	150	x	150	x	150	x	150	600
Herr J. Eder	x	150	x	150	x	150	x	150	x	150	750
Summe		1350		1650		1650		1500		1200	7350

MEAB

Märkische Entsorgungsanlagen-

Betriebsgesellschaft mbH

MEAB Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH, Potsdam
Lagebericht 2012

A. ENTWICKLUNG DER GESELLSCHAFT

1. Entwicklung der Branche

Auch in 2012 wurden in Deutschland mehr Abfälle direkt verbrannt als behandelt. Dazu kommt, dass in 2012 in der gesamten Entsorgungsbranche ein weiter sinkendes Abfallaufkommen im Vergleich zu den Vorjahren festgestellt werden musste.

Die Anlieferungen von Restabfällen aus Kreisen des Landes Brandenburg und Berlin zur MEAB mbH in 2012 haben sich gegenüber dem Vorjahr durch Wegfall der Anlieferungen aus Berlin und Potsdam erheblich verringert. Die weiterhin bestehenden langfristigen Verträge zwischen den Öffentlich-rechtlichen Entsorgern und der MEAB sind gegenüber der allgemeinen Branchenentwicklung stabilisierend, aber auf Grund der Befristung der Verträge durch Zeitablauf als zukünftig nicht ausreichend (Verarbeitungsüberkapazität).

Bei den zu behandelnden Gewerbeabfällen setzte sich auch bei der MEAB mbH der allgemein negative Branchentrend fort. Sowohl thermische als auch mechanisch–biologische sowie mechanisch–physikalische Behandlungsanlagen mussten mit weiter deutlichen Mengenrückgängen zurechtkommen, verringerten daher ihre Betriebszeiten oder nahmen Anlagen außer Betrieb. Diese Entwicklung wurde noch dadurch forciert, dass die Betreiber von Verbrennungsanlagen mit im Vergleich zu den mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen (MBA) zu sehr niedrigen Preisen für unbehandelte oder nur geringfügig vorbehandelte Abfälle am Markt akquirierten. Damit wurden größere Abfallmengen den mechanisch–biologischen Behandlungsanlagen entzogen und standen damit auch zur angestrebten Kapazitätsauslastung der MEAB-Anlagen nicht zur Verfügung.

Die MBA‘n der MEAB mbH an den Standorten Schöneiche und Vorketzin standen für die Abfallbehandlung ganzjährig mit ihrer vollen Kapazität zur Verfügung, konnten jedoch auf Grund der erwähnten Mengenentwicklung nicht annähernd ausgelastet werden.

Zur Sicherung der umweltverträglichen Ablagerung des in den MBA’n erzeugten Rotteoutputs sind im Unternehmen an den Standorten Schöneiche und Vorketzin

den gesetzlichen Anforderungen entsprechende basisgedichtete Deponieflächen vorhanden.

Die im Geschäftsjahr produzierten Ersatzbrennstoffe konnten einer sofortigen Verwertung zugeführt werden. Die Restmengen der in den Vorjahren noch zwischengelagerten Ersatzbrennstoffe wurden durch die Endabnehmer vollständig übernommen.

Eine zentrale Aufgabe der MEAB mbH ist die Sicherung und Sanierung ihrer Deponien, die entsprechend der Genehmigungen ständig weiter fortgeführt wurde (siehe hierzu auch lfd. Nr. 3).

2. Entwicklung der Anlieferungsmengen und Umsätze

Im Unternehmen sind die Mengen an Abfällen zur Beseitigung gegenüber dem Vorjahr insgesamt rückläufig. Wesentliche Einflüsse an dieser Entwicklung haben das Auslaufen der Lieferverträge zur Behandlung von Berliner und Potsdamer Restabfälle sowie rückläufige Behandlungsmengen der restlichen öffentlich-rechtlichen Vertragspartner. Die gegenüber dem Vorjahr erhöhten mineralischen Abfallanlieferungen zur Beseitigung konnten diesen Mengenrückgang nicht ausgleichen. Demgegenüber ist ein Anstieg bei den Mengen zur Verwertung, die insbesondere zur Herstellung der Deponiekubaturen sowie dem Bau der Oberflächenabdichtungen der Deponien benötigt werden, zu verzeichnen.

Anteil der einzelnen Abfallarten an der gesamten Anlieferungsmenge:

	2012		**2011**		**Veränderung zum Vorjahr**	
Abfallart	Menge in kt	Anteil in %	Menge in kt	Anteil in %	Menge in kt	Abw. in %
Beseitigung	**694,7**	**45,7**	**764,9**	**62,1**	**-70,2**	**-9,2**
Abfälle zur Behandlung in den Mechanisch-Biologischen-Restmüllbehandlungsanlagen	256,5	16,9	356,6	29,0	-100,1	-28,1
Bodenaushub, Bauschutt	353,9	23,3	326,8	26,5	27,1	8,3
Baustellenabfälle, Asbest	42,7	2,8	31,1	2,5	11,6	37,3
Siedlungsabfall, hausmüllähnliche und Gewerbeabfälle	12,0	0,8	23,6	1,9	-11,6	-49,2
Sonderabfall Verbrennung	29,6	1,9	26,8	2,2	2,8	10,4
Verwertung	**824,2**	**54,3**	**466,3**	**37,9**	**357,9**	**76,8**
sonstige Abfälle zur Verwertung	824,2	54,3	466,3	37,9	357,9	76,8
Gesamt	**1.518,9**	**100,0**	**1.231,2**	**100,0**	**287,7**	**23,4**

Insgesamt ist der Umsatz im Unternehmen aus der Beseitigung und Verwertung von Abfällen gegenüber dem Vorjahr um 15,5%, das entspricht effektiv T€ 6.737,4, gesunken. Die erhöhten Anlieferungsmengen von Verwertungsabfällen konnten den Umsatzausfall aus dem Mengenrückgang von Abfall zur Behandlung nicht kompensieren.

Durch geänderte Produktionsabläufe in Verbindung mit rückläufigen Anlieferungsmengen zur Behandlung wurden Materialeinsparungen gegenüber dem Vorjahr erreicht. Ebenfalls rückläufig waren die sonstigen betrieblichen Erträge. Das außerordentliche Ergebnis beinhaltet notwendige Teilwertabschreibungen, die im Zusammenhang mit den Auswirkungen von langfristigen Lieferverpflichtungen ermittelt wurden.

3. Durchführung und Finanzierung von Sicherung, Sanierung, Rekultivierung, Nachsorge und Ertüchtigung auf den MEAB-Deponien

Auf Grundlage der langfristigen MEAB-Planungen, rechtlichen Vorgaben und behördlichen Genehmigungen wurden die Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen auf den Deponiestandorten im Jahr 2012 fortgeführt.

Für Sicherungs- und Sanierungsarbeiten der Altkörper aller Deponien wurden Mittel in Höhe von T€ 15.403 (Vj. T€ 18.771) in Anspruch genommen, mit denen die Maßnahmen in den einzelnen Betriebsstätten wie folgt finanziert wurden:

Schöneiche T€ 548, Vorketzin T€ 6.263, Deetz T€ 8.307 und Röthehof T€ 285.

Für Deponieabschnitte an den einzelnen Standorten, die weiter zur Ablagerung von behandelten Abfällen zur Verfügung stehen, hat die MEAB mbH in Schöneiche T€ 371, Vorketzin T€ 35 und Deetz T€ 8 (gesamt T€ 414) investiert um weiterhin den gesetzlichen Anforderungen Rechnung zu tragen. Die Investitionen an den Standorten haben wesentlich dazu beigetragen, dass die MEAB im Abfallwirtschaftsraum Brandenburg/Berlin auch nach dem 16.07.2009, an dem sich der gesetzliche Rahmen für die Ablagerung von DK I-Abfällen änderte, die Entsorgungssicherheit für diese Abfälle gewährleisten konnte.

4. Investitionen in den laufenden Betrieb

Die MEAB-Investitionen dienen grundsätzlich dazu, die Entsorgungssicherheit, d.h. Behandlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen im Auftrag öffentlicher

und privater Entsorgungsträger im Abfallwirtschaftsraum Brandenburg/Berlin, sicher zu stellen. Investitionsschwerpunkte waren dabei die notwendigen Ersatzinvestitionen in Maschinentechnik sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Im Berichtsjahr betrugen die Investitionen für den laufenden Betrieb insgesamt T€ 1.142.

5. Personal- und Ausbildungssituation

Die Gesellschaft hatte im Jahresdurchschnitt 226 (Vj. 245) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (mit Auszubildende) eingesetzt. Die Anzahl der Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) wurde im Ergebnis der Auswirkungen der Umsetzung des in 2011 beschlossenen Unternehmenskonzeptes gegenüber dem Vorjahr um 17 gesenkt.

Mit der Bereitstellung von 10 Ausbildungsplätzen in 2012 wurde durch die MEAB mbH der aktive Beitrag zur Stärkung der Ausbildungschancen und der Beschäftigung in der Region fortgesetzt. Ausgebildet werden Betriebswirte/ Bürokauffrauen 5 (Vj. 6), Baugerätefahrer 4 (Vj. 3) und Fachkräfte für Kreislauf- und Abfallwirtschaft 1 (Vj. 0).

6. Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Risiken, die sich aus langfristen Absatzverträgen und aus der Betreibung der Mechanisch-Biologischen Behandlungsanlagen ergeben wurden konzeptionell im Jahresabschluss 2011 bewertet und erfasst. In 2012 erfolgte eine Konkretisierung dieser Bewertung. Die ermittelten Auswirkungen wurden ergebniswirksam über außerplanmäßige Abschreibungen (Teilwertabschreibungen) von € 1,9 Mio. erfasst.

Die steuerliche Betriebsprüfung für die Jahre 2005 bis 2009 wurde im Wesentlichen abgeschlossen, mit der Betriebsprüfung 2010 wurde begonnen; die steuerlichen Auswirkungen (€ 1,8 Mio.) wurden im Jahresabschluss berücksichtigt.

B. DARSTELLUNG DER UNTERNEHMENSLAGE

1. Ertragslage

In Weiterführung der konzeptionellen Neubewertung der Mechanisch-Biologischen-Behandlungsanlagen wurden im Geschäftsjahr 2012 unter Berücksichtigung der zukünftigen Entwicklungen Teilwertabschreibungen in Höhe von € 1,9 Mio. aufwandswirksam berücksichtigt.

Diese Notwendigkeit war wesentlich dadurch geprägt, dass die angestrebten Vertragsanpassungen von langfristigen Verträgen zur Verwertung von Ersatzbrennstoffen noch nicht realisiert werden konnten.

Die im Jahresabschluss 2011 zur Vorsorge für eventuell nicht gedeckte Kosten aus den langfristigen Verträgen zur Belieferung mit Ersatzbrennstoffe gebildeten Rückstellungen in Höhe von € 3,7 Mio. wurden in 2012 um € 0,1 Mio. saldiert erhöht.

Einfluss auf das Jahresergebnis des Unternehmens hatten auch die im Rahmen einer langfristigen Planung ermittelten Aufwendungen für die Sicherung, Sanierung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponien. Bei der Zuführung zu den Rückstellungen ist zu unterscheiden zwischen der notwendigen Erhöhung der Rückstellungen für die „Altdeponien“, die sich aus der gem. BilMoG vorgeschriebenen Aufzinsung (€ 1,4 Mio.) oder auch Abzinsung (€ 2,7 Mio.) ergeben und der Rückstellungszuführung entsprechend des Verfüllungsgrades für derzeit im Betrieb befindliche Deponieteile (€ 2,6 Mio.). Im Wirtschaftsjahr 2012 wurden hierfür insgesamt € 1,4 Mio. den Rückstellungen (bei saldierten Auf- und Abzinsungen) zugeführt.

Die Gesellschaft weist unter Berücksichtigung aller im Rahmen der kaufmännischen Vorsicht bewerteten finanziellen Belastungen insgesamt einen Jahresüberschuss von € 4,8 Mio. (Vj. Jahresfehlbetrag € 52,3 Mio.) aus.

2 . Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung gibt Auskunft über die Veränderung der Zahlungsmittel. Die Finanzierung durch Eigenmittel war im gesamten Geschäftsjahr gesichert.

	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
Jahresfehlbetrag/-überschuss = Periodenergebnis	4.842	-52.322
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens inkl. Finanzanlagen	4.644	9.624
Zu-/Abnahme Steuerrückstellungen	-1.722	1.941
Zu-/Abnahme der sonstigen Rückstellungen	-14.745	-4.803
Gewinn/Verlust aus Anlagenabgänge	-106	-77
zahlungsunwirksame Erträge / Aufwand	1.912	49.333
Zu-/Abnahme der Vorräte	58	11
Zu-/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	783	-467
Zu-/Abnahme der Forderungen Beteiligungen	500	682
Zu-/Abnahme sonstigen Vermögensgegenstände	905	-5.547
Zu-/Abnahme aktive Rechnungsabgrenzungsposten	43	28
Zu-/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-696	1.580
Zu-/Abnahme der Verbindlichkeiten gegen Beteiligungen	-8	11
Zu-/Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten	-2.766	2.739
Zu-/Abnahme der passiven latenten Steuern	0	-10.209
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**-6.356**	**-7.476**
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		
Einzahlungen aus Abgänge von Gegenstände des Anlagevermögens	195	216
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-18	-112
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.124	-4.076
Ein-/Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	14.263	9.673
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**13.316**	**5.701**
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen/Auszahlungen aus Aufnahme von Krediten	-4.437	-4.437
Ein- und Auszahlungen an Gesellschafter	0	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**-4.437**	**-4.437**
Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Zwischensummen 1-3)	2.523	-6.212
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode ohne WP im AV	3.745	9.957
Finanzmittelfonds am Ende der Periode ohne Wertpapiere im Anlagevermögen	**6.268**	**3.745**
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds		
Liquide Mittel	**6.268**	**3.745**
Wertpapiere	**417.000**	**431.264**
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**423.268**	**435.009**

3. Vermögens- und Kapitalstruktur

Ein Vergleich der Vermögensstruktur (Stand per 31.12.2012 im Vergleich zum 31.12.2011) zeigt folgende Entwicklung:

Das mittel- bzw. langfristig gebundene Vermögen beinhaltet auch den im Anlagevermögen bilanzierten Master-Spezialfonds und hat einen Anteil von 95,8 % am Gesamtvermögen.

Der Anteil des Eigenkapitals ist mit € 60 Mio. gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch den Jahresüberschuss auf 12,9 % vom Gesamtkapital gestiegen. Hauptanteil beim Fremdkapital bilden weiterhin die Rückstellungen, insbesondere für die Sicherung, Sanierung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponien. Der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist unter Berücksichtigung der weiteren Tilgung der im Fremdkapital enthaltenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute und des ausgewiesenen Jahresüberschusses gesunken.

Der Bestand an liquiden Mitteln ist mit 1,4 % des Gesamtvermögens gegenüber dem Vorjahr wegen der Bereitstellung von Mittel zur Finanzierung der Leistungen für die Sicherung und Sanierung der Deponien im Januar 2013 gestiegen. Im Geschäftsjahr wurden dem im Anlagevermögen bilanzierten Masterfonds insgesamt Mittel in Höhe von € 14,3 Mio. zur Finanzierung der Maßnahmen der Sicherung und Sanierung der Deponien im laufenden Geschäftsjahr entnommen.

C. EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die Auswirkungen auf den Jahresabschluss 2012 haben, sind nicht aufgetreten.

D. CHANCEN UND RISIKEN DER ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNG

Für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft werden aus heutiger Sicht nachfolgende Chancen und Risiken gesehen:

1. Chancen für die MEAB

- Unabhängig von der in 2011 erfolgten Neubewertung der Mechanisch-Biologischen Abfallbehandlungsanlagen stehen die vorhandenen Kapazitäten der Anlagen an den Standorten Schöneiche und Vorketzin weiterhin zur Verfügung und sind ausreichend, um die Entsorgung der kommunalen Restabfälle aus dem Land Brandenburg entsprechend den laufenden langfristigen Verträgen zu gewährleisten und mögliche Zusatzmengen aus dem Markt zu behandeln.

- Die an den Standorten Vorketzin, Schöneiche und Deetz vorhandenen basisgedichteten Deponieflächen sichern den langfristigen Weiterbetrieb

der Deponien und stellen eine wichtige Voraussetzung zur umweltgerechten Abfallbeseitigung im Entsorgungsraum Berlin/Brandenburg dar; zumal es keine weiteren überregional tätigen Deponien mit dem Stand der Technik entsprechenden DK-II-Flächen gibt.

- Durch veränderte Gesetzgebung im Bergrecht dürfen bislang in den Kiesgruben erfolgte Ablagerung von Baureststoffen zukünftig nicht mehr erfolgen. Hieraus eröffnen sich für die MEAB-Deponien neue Chancen.

- Die Kapazitäten von Altdeponien des Landes Brandenburg, die nicht dem Deponierecht unterliegen, sind nahezu erschöpft, damit steigen die Chancen der MEAB, dass die dort abgelagerten Mengen zukünftig angedient werden.

- Durch die Akquisition von erheblichen Mengen an mineralischen Stoffen für die zu errichtenden Oberflächenabdichtungssysteme im Rahmen der Profilierungsarbeiten und die fachgerechte Abdeckung und Abdichtung der Deponien im Rahmen der Sicherung und Sanierung besteht die Chance, die eigentlichen Sanierungskosten zu senken.

- Im Kapitalanlagebereich unterliegen die Anlagen der im Master-Spezialfonds gebündelten Wertpapiere den marktüblichen Schwankungen und beinhalten Kurschancen und -risiken.

2. Risiken für die MEAB

- Ein mögliches weiteres Absinken der Mengen zur Behandlung, Deponierung und Verwertung beeinflusst die Ertragslage des Unternehmens. Diesem Risiko wurde im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 und einer Anpassung in 2012 durch entsprechende bilanzielle Vorsorge auf Basis derzeitiger Erkenntnisse Rechnung getragen.

- Aus den abgeschlossenen langfristigen Verträgen zur Behandlung von Nativorganik bzw. Verwertung von EBS bestehen Risiken hinsichtlich der Bereitstellung der vertraglichen Mengen wegen rückläufiger Inputmengen sowie der gegenläufigen Marktpreisentwicklungen. Diesem Risiko wurde im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 und einer Anpassung in 2012 durch entsprechende bilanzielle Vorsorge auf Basis derzeitiger Erkenntnisse Rechnung getragen.

- Die Entscheidung zur Wertstofftonne wird sich besonders negativ auf die Möglichkeiten der MEAB niederschlagen. Neben dem erwarteten weiteren

Mengenrückgang für die Behandlungsanlagen werden sinkende Heizwerte die Produktion von Ersatzbrennstoffen unmöglich machen und somit die Wirksamkeit langfristiger Lieferverträge in Frage stellen.

- Für alle Deponien besteht das Risiko der gegenüber der Langfristplanung möglichen erhöhten Kosten für die Sicherung und Sanierung, falls ursprünglich geplante kostengünstigere alternative Dichtungssysteme keine Genehmigung durch die zuständigen Behörden erhalten.

- Für die Deponie Röthehof besteht weiterhin das Risiko, ob die zurückgestellten Mittel für die Beseitigung eines Schadens durch leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe ausreichend sind. Für die Deponien an den Standorten Schöneiche, Vorketzin und Deetz sind aus heutiger Sicht bei gesetzeskonformer Realisierung der Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen die vorhandenen Mittel ausreichend. Es ist nicht auszuschließen, dass bei eventuellen Änderungen der gesetzlichen Anforderungen ein zusätzlicher Finanzmittelbedarf bestehen kann.

- Im Kapitalanlagebereich unterliegen die Anlagen der im Master-Spezialfonds gebündelten Wertpapiere den marktüblichen Schwankungen und beinhalten Kurschancen und -risiken. Daneben können sich durch die Kostenbelastungen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen bei einer langanhaltenden Niedrigzinsphase zusätzliche Belastungen ergeben.

E. AUSBLICK

Unter Berücksichtigung der dargestellten Chancen und Risiken wird die MEAB auch weiterhin eine wesentliche Grundlage zur Entsorgungssicherheit für die Länder Berlin und Brandenburg bieten.

Positive Impulse werden aus dem sich leicht abzeichnenden Wirtschaftsaufschwung für die nächsten Jahre erwartet. Auf die negativen Entwicklungen, die sich aus der Entscheidung zur Wertstofftonne ergeben können, wurde im Rahmen der Risikobewertung hingewiesen.

Die Gesellschaft wird alle verfügbaren Mittel und Möglichkeiten einsetzen, um die bestehenden Chancen zu nutzen und die Auswirkungen der möglichen Risiken so gering wie möglich zu halten.

Die Schwerpunkte für das Geschäftsjahr 2013 liegen in der Fortführung der Optimierung der Einzelprozesse im Unternehmen unter Berücksichtigung der bereits in 2011 und 2012 getroffenen Vorsorge zu den erkennbaren Risiken.

Synergien, die sich aus dem Prozess der Sicherung und Sanierung und der operativen Geschäftstätigkeit ergeben, werden auch 2013 sinnvoll angewandt.

Im Jahr 2013 hat die MEAB insgesamt € 32,7 Mio. für notwendige Maßnahmen, insbesondere bei der Sicherung, Sanierung und Ertüchtigung der Deponien sowie für die Realisierung von Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen zur Sicherung der Verwertung und Beseitigung von Abfällen, eingeplant. Die Finanzierung aller vorgesehenen Maßnahmen erfolgt planmäßig aus Eigenmitteln.

Es ist zu erwarten, dass sich in den Jahren 2013 und 2014 die Ergebnisse auf gleichem positiven Niveau entwickeln werden. Die Ertragserwartung der Gesellschaft wird unter Berücksichtigung gleichbleibender Umsätze sowie der weiteren Umsetzung der langfristigen konzeptionellen Maßnahmen, insbesondere durch Kostensenkungen und Veränderung der vertraglichen Bedingungen langfristiger Lieferverträge, positiv beurteilt.

Potsdam, 27.03.2013

Dirk-Uwe Michaelis Dr. Bernd Ernst Müller

Bericht der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Märkischen Entsorgungsanlagen–Betriebsgesellschaft mbH, Potsdam, zum 31.12.2012 zu dem Corporate Governance Kodex

1. Geschäftsführung und Aufsichtsrat erklären, dass die MEAB mbH sämtlichen Regeln und Handlungsempfehlungen des von der Gesellschafterversammlung in Kraft gesetzten Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen des Landes Brandenburg an privatrechtlichen Unternehmen in der Neufassung von 2010 entspricht mit Ausnahme folgender Handlungsempfehlungen:

   - Angemessene Frauenbeteiligung Geschäftsführung / Führungsfunktionen im Unternehmen

     Bewerber bzw. Bewerberinnen für die Funktion eines Geschäftsführers werden gleichberechtigt behandelt. In der jetzigen Geschäftsführung ist keine Frau tätig; in den Führungsfunktionen beträgt der Frauenanteil 50 %.

   - Bildung eines Prüfungsausschusses des Aufsichtsrates

     Die Funktion eines Prüfungsausschusses wird vom Wirtschaftsausschuss des Aufsichtsrates wahrgenommen, der für den Aufsichtsrat alle kaufmännischen Fragen und auch die Bestellung des Wirtschaftsprüfers und die Empfehlung für zusätzliche Prüfungen bzw. Prüfungsschwerpunkte vorbereitet; den Vorsitz hat der Aufsichtsratsvorsitzende.

   - Angemessene Frauenbeteiligung im Aufsichtrat

     Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden durch die Gesellschafter bestellt.

2. Vergütungen der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

   Die jährliche Bruttovergütung der Geschäftsführer setzt sich wie folgt zusammen:

Dirk-Uwe Michaelis:	Grundgehalt fix 150,0 T€; variabel inkl. Sachbezüge: 51,8T€; Altersvorsorge inkl. Steueranteile: 21,0 T€
Dr. Bernd-Ernst Müller:	Grundgehalt fix 120,0T€; variabel inkl. Sachbezüge: 31,7 T€; Altersvorsorge inkl. Steueranteile: 21,0 T€

…2

Die jährliche Bruttovergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates setzt sich wie folgt zusammen:

Klaus-Dieter Licht - AR-Vorsitzender: 11,9 T€ inkl. MwSt.

Dr. Andreas Damm - AR-Mitglied:	pauschale Aufwandsentschädigung 1,5 T€ und 0,2 T€ Sitzungsgeld
Günter Schulz - AR-Mitglied:	pauschale Aufwandsentschädigung 1,5 T€ und 0,2 T€ Sitzungsgeld
Bernhard Remde - AR-Mitglied:	pauschale Aufwandsentschädigung 1,5 T€ und 0,2 T€ Sitzungsgeld
Carlo Zandonella - AR-Mitglied:	pauschale Aufwandsentschädigung 1,5 T€ und 0,2 T€ Sitzungsgeld

Potsdam, 15.02.2013

Dirk-Uwe Michaelis Dr. Bernd Ernst Müller
Geschäftsführer

Klaus-Dieter Licht
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Messe Berlin GmbH

Lagebericht 2012
Konzern und Messe Berlin GmbH

Vorbemerkung
Messe Berlin – das Unternehmen

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
Messewachstum 2012 abgeschwächt, aber noch im Plus

Geschäftsverlauf
Gesamtbeurteilung der Geschäfts- und Ertragsentwicklung 2012
Hoher Fachbesucheranteil im In- und Ausland
Erfolgreiches Auslandsgeschäft
Rohbauarbeiten der unteren Hallenebene am CityCube Berlin abgeschlossen
Verschmelzung der Messewelten GmbH auf die Messe Berlin GmbH
ExpoCenter Airport mit ILA eröffnet
Conventions

Lage der Gesellschaft und des Konzerns
Ertragslage des Konzerns und der Messe Berlin GmbH
Eigenveranstaltungen
Kongresse und Gastveranstaltungen
Tochtergesellschaften im In- und Ausland
Servicegesellschaften
Sondereinflüsse auf die Ertragslage
Finanz- und Vermögenslage

Risikomanagement
Risikopolitik
Risikomanagementsystem
Risikofelder

Ausblick sowie Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen
Vermarktung Messegelände Berlin ExpoCenter Airport
Eröffnung CityCube Berlin
Geländerisiken
Grundlagenvereinbarung
Planungsgrundlagen zur erwarteten Geschäftsentwicklung
Erwartetes wirtschaftliches Umfeld
Erwartete Geschäfts- und Ertragsentwicklung
Erwartete Finanz- und Vermögenslage
Nachtragsbericht

Messe Berlin – das Unternehmen

Die Messe Berlin gehört zu den 10 umsatzstärksten Messegesellschaften weltweit und ist seit 1822 im internationalen Messe- und Kongresswesen tätig. Über 100 regionale, nationale und internationale Eigen- und Gastveranstaltungen finden jährlich auf dem Berliner Messegelände in Deutschland und weltweit statt.

Das Messegelände unter dem Funkturm (ExpoCenter City „ECC“) umfasst rund 160.000 Bruttoquadratmeter. Dazu gehört auch das Internationale Congress Centrum Berlin (ICC Berlin), welches als größtes Kongresszentrum Europas bereits mehrfach ausgezeichnet wurde. Das Gelände ist vom Hauptgesellschafter der Messe Berlin GmbH, dem Land Berlin, gepachtet. Daneben steht seit Juni 2012 in Selchow neben dem zukünftigen Hauptstadtflughafen Berlin/Brandenburg BER ein neues Messe- und Veranstaltungsgelände (ExpoCenter Airport „ECA“) mit bis zu 50.000 qm temporärer Hallenfläche und 129.000 qm Freifläche zur Verfügung. Die Messe Berlin GmbH ist Eigentümerin von darauf errichteten drei festen Hallen mit 21.000 qm vermietbarer Fläche und alleiniger Pächter des Geländes in Selchow.

Die Messe Berlin ist ein serviceorientierter und professioneller Full-Service-Dienstleister und bietet ihren Ausstellern und Besuchern ein umfassendes Dienstleistungsportfolio sowie kompetente und individuelle Beratung vor Ort. Neben qualifizierten Teams mit langjährigen Erfahrungen im Messe- und Kongressbereich erbringen Servicebereiche und Tochtergesellschaften Dienstleistungen für Aussteller und Besucher, u. a. in den Bereichen Standbau, Ticketing, Catering sowie veranstaltungsspezifische technische Dienstleistungen. Die Messe Berlin verfügt über ein internationales Netzwerk von 85 Auslandsvertretungen in über 150 Ländern.

Als weltweit agierendes Unternehmen ist sich die Messe Berlin ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung bewusst und achtet bei allen Aktivitäten auf den schonenden Einsatz von Ressourcen. Sie gestaltet ihr Handeln nach den Prinzipien einer verantwortungsvollen und auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichteten Unternehmensführung, die das Vertrauen von Kunden und der Öffentlichkeit als eine wichtige Voraussetzung für die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes betrachtet. Mit einem Verhaltenskodex setzt die Messe Berlin ihr Compliance-Programm im Unternehmen um. Ziel ist es, Rechtsverstößen wie Korruptionsvorfällen vorzubeugen und mögliche Compliance-Risiken für die Messe Berlin zu minimieren.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Messewachstum 2012 abgeschwächt, aber noch im Plus
Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich aufgrund des verringerten Wirtschaftswachstums und der Eurokrise verschlechtert. Dennoch rechnet der Ausstellungs- und Messeausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V. (AUMA) für 2012 nach bisher vorliegenden Ergebnissen mit einem leichten Ausstellerplus und einem leichten Wachstum bei der vermieteten Standfläche. Den Rückgängen in der Wirtschaftsleistung in Südeuropa, die zu einer entsprechend geringeren Konsum- und Investitionsneigung führten, stünden nach wie vor positiven Wachstumsraten in Ostasien gegenüber. Für das Messejahr 2012 konnten nach den vorläufigen Zahlen der AUMA auf den 161 überregionalen Messen rund 180.000 Aussteller gezählt werden, im Ergebnis 1,5% mehr als bei den vergleichbaren Vorveranstaltungen (2011: plus 3,1%). Die Zahl der ausländischen Teilnehmer ist mit 2,5% überdurchschnittlich gewachsen, das relativ gute Konsum- und Investitionsklima in Deutschland lockte ausländische Anbieter an. Die Beteiligung aus dem Inland hatte mit 0,5% nur einen sehr geringen Zuwachs.

Die vermietete Fläche – Kerngröße des Umsatzes für Messegesellschaften – erzielte mit insgesamt rund 7 Mio. Quadratmetern im Jahr 2012 einen Zuwachs von 1,5% gegenüber den Vorveranstaltungen. Die Besucherzahl der Messen liegt nach vorläufigen Ergebnissen etwa 1% unter dem Niveau der Vorveranstaltungen. Dies sei jedoch nach Einschätzung des AUMA kein langfristiger Trend, sondern auf die Probleme einzelner Industriebranchen zurückzuführen.

Geschäftsverlauf

Gesamtbeurteilung der Geschäfts- und Ertragsentwicklung 2012
Die Unternehmensgruppe Messe Berlin erzielte im Geschäftsjahr 2012 mit EUR 247 Mio. den höchsten Konzernumsatz ihrer bisherigen Geschichte. Insbesondere die großen Leitmessen, wie die Internationale Grüne Woche, Fruit Logistica, ITB Berlin, IFA und InnoTrans, haben ihre führende Position ausgebaut. Im Vergleich zum turnusgemäß veranstaltungsstarken Jahr 2010 stieg der Konzernumsatz um rund EUR 30 Mio. und damit um rund 14%.
Der geplante Umsatz wurde um rund EUR 17 Mio. übertroffen. Das Konzernergebnis vor Steuern (EBT) liegt mit EUR 7,6 Mio. EUR 2,4 Mio. über Plan. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2010 stieg der EBT damit um 4,1%.
Die vermietete Ausstellungsfläche ist von 2011 nach 2012 um rund 9,9%, die Ausstellerzahl um rund 13,1% und die Besucherzahl um rund 18,7% angestiegen.
Gegenüber dem Geschäftsjahr 2010, das aufgrund der Veranstaltungszyklen der Messe Berlin als aussagefähiges Referenzjahr herangezogen werden kann, konnten ebenfalls alle wichtigen Kennzahlen verbessert werden. So stiegen die Ausstellungsflächen um rund 4,3%, die Zahl der ausstellenden Unternehmen um rund 1,6% sowie die Besucher um rund 2,3%.

Hoher Fachbesucheranteil im In- und Ausland
Im Jahr 2012 kamen über 1,8 Millionen Besucher zu den Eigenveranstaltungen und Gastveranstaltungen der Messe Berlin. Wie in den Vorjahren, blieb der Anteil der Fachbesucher aus dem Ausland auf konstant hohem Niveau: Von den über 650.000 Fachbesuchern machten sie rund zwei Drittel aus.

Erfolgreiches Auslandsgeschäft
Auch das Auslandsgeschäft der Messe Berlin verlief erfolgreich: Sowohl die ITB Asia in Singapur (plus 13,2% Ausstellungsfläche im Vergleich zum Vorjahr) als auch die Asia Fruit Logistica in Hong Kong (plus 8,8% Ausstellungsfläche im Vergleich zum Vorjahr) konnten ihre führende Position im Wachstumsmarkt Asien stärken.

Rohbauarbeiten der unteren Hallenebene am CityCube Berlin abgeschlossen
Die Messe Berlin erweitert ihre bestehende Hallenfläche und errichtet am Platz der ehemaligen Deutschlandhalle neben dem Haupteingang Süd eine neue messetaugliche Kongresshalle, den „CityCube Berlin“. Der im Geschäftsjahr 2011 begonnene Abriss der Deutschlandhalle wurde im März 2012 abgeschlossen. Im April 2012 begann der Aushub zur Errichtung des „CityCube Berlin“. In der unteren Hallenebene sind die Rohbauarbeiten inzwischen weitestgehend abgeschlossen.

Verschmelzung der Messewelten GmbH auf die Messe Berlin GmbH
Rückwirkend zum 1. Januar 2012 wurde im August 2012 die Messewelten GmbH auf die Messe Berlin GmbH verschmolzen. Die bislang von der Messewelten GmbH veranstaltete „Boot & Fun“ wurde im Herbst 2012 erstmals als Eigenveranstaltung der Messe Berlin GmbH durchgeführt.

ExpoCenter Airport mit ILA eröffnet
Im Geschäftsjahr 2011 hat die ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH, an der die Messe Berlin GmbH neben der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH mit 50% beteiligt ist, damit begonnen, direkt neben dem künftigen Hauptstadtflughafen Berlin/Brandenburg BER das neue Messegelände ECA aufzubauen. Das Messegelände ist planmäßig im Juni 2012 inklusive drei, von der Messe Berlin gebauten festen Hallen, fertig gestellt worden und wurde mit der Ausrichtung der Internationalen Luft- und Raumfahrtausstellung ILA im September 2012 eingeweiht.

Der Start der Modemesse PANORAMA, die im Juli 2012 als Erstveranstaltung vorgesehen war, musste auf Januar 2013 verschoben werden, da die Eröffnung des neuen Hauptstadtflughafens BER kurzfristig von Juni 2012 auf einen nicht bestimmten Termin ausgesetzt wurde.

780

Conventions
Seit mehr als 33 Jahren werden im ICC Berlin erfolgreich internationale Großkongresse und Events durchgeführt. Dafür wurde Europas größtes Kongresszentrum neun Mal mit dem „World Travel Award" sowie mit weiteren Auszeichnungen geehrt. Unter dem Namen Messe Berlin Conventions wird seit dem 1. November 2012 das Kongressgeschäft der Berliner Messegesellschaft zusammengefasst. Nach der sanierungsbedingten Schließung des ICC Berlin, geht Anfang 2014 der CityCube Berlin als Berlins neue Messe- und Kongressarena an den Markt.

Lage der Gesellschaft und des Konzerns

Ertragslage des Konzerns und der Messe Berlin GmbH
Die Ertragslage des Konzerns Messe Berlin hat sich im Vergleich zum Geschäftsjahr 2011 deutlich verbessert. Dies ist neben dem turnusmäßig starken Veranstaltungsjahr insbesondere auf die sehr gute Entwicklung der Leitmessen zurückzuführen. Im Zuge der guten Entwicklung konnten sich auch die Tochtergesellschaften gegenüber dem Vorjahr und der Planung deutlich verbessern.
Der Umsatz im Konzern ist gegenüber dem Vorjahr um 35,5% auf EUR 246,8 Mio. angestiegen. Leicht überproportional dazu stieg der Materialaufwand um 37,7% auf EUR 158,8 Mio. Die Tariferhöhungen im Geschäftsjahr machen sich im Anstieg des Personalaufwandes um 3,6% bemerkbar. Das operative Ergebnis vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern ist um EUR 5,6 Mio. (64,4%) auf EUR 14,3 Mio. angestiegen. Das Jahresergebnis ist deutlich auf EUR 5,4 Mio. angestiegen. Die Umsatzrendite (EBITDA in %) im Konzern wuchs um 1% auf 5,8%.

Messe Berlin Konzern	2012 Mio. €	2011 Mio. €	Veränderungen ggü. Vorjahr Mio. €	 %
Umsatzerlöse	246,8	182,1	64,7	35,5
Bestandsveränderungen unfertige Leistungen	0,0	–0,1	0,1	100,0
Sonstige betriebliche Erträge	6,5	6,2	0,3	4,8
Materialaufwand	–158,8	–115,3	–43,5	37,7
Personalaufwand	–46,6	–45,0	–1,6	3,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	–33,6	–19,2	–14,4	75,0
EBITDA	**14,3**	**8,7**	**5,6.**	**64,4**
Abschreibungen auf Anlagevermögen	–4,8	–6,0	1,2	–20
Zinsergebnis	–1,3	–0,5	–0,8	>100,0
Steuern	–2,2	–1,1	–1,1	100,0
Ergebnisanteile Minderheiten	–0,6	–0,7	0,1	–14,3
Jahresergebnis	**5,4**	**0,4**	**5,0**	**>100,0**
EBITDA in % vom Umsatz	5,8%	4,8%		

Hauptumsatz- und Hauptergebnisträger im Konzern ist das Mutterunternehmen, die Messe Berlin GmbH. Die Messe Berlin erwirtschaftete rund 70% des Konzernumsatzes sowie rund 85% des Konzernergebnisses. Die Messe Berlin konnte ihre Umsatzrendite gegenüber 2011 um 2,3%-Punkte verbessern.

Messe Berlin GmbH	2012 Mio. €	2011 Mio. €	Veränderungen ggü. Vorjahr Mio. €	 %
Umsatzerlöse	171,9	128,2	43,7	34,1
Sonstige betriebliche Erträge	8,3	7,2	1,1	15,3
Materialaufwand	–120,8	–91,3	–29,5	32,3
Personalaufwand	–26,6	–25,8	–0,8	3,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	–32,1	–20,1	–12,0,	59,7
Beteiligungsergebnis	9,5	6,4	3,1	48,4
EBITDA	**10,2**	**4,6**	**5,6**	**>100,0**
Abschreibungen auf Anlagevermögen	–3,7	–4,4	0,7	–15,9
Zinsergebnis	–0,8	–0,4	–0,4	50,0
Außerordentliches Ergebnis	0,2	0,0	0,2	>100,0
Steuern	–1,3	0,0	–1,3	>100,0
Jahresergebnis	**4,6**	**–0,2**	**4,8**	**>100,0**
EBITDA in % vom Umsatz	5,9%	3,6%		

Eigenveranstaltungen
Im Geschäftsjahr 2012 wurden bei der Messe Berlin insgesamt 16 Eigenveranstaltungen (im Konzern 28) durchgeführt, die Umsatzerlöse aus Standmieten und Eintrittsgeldern in Höhe von EUR 102 Mio. bei der Messe Berlin bzw. EUR 113 Mio. im Konzern erzielten. Den höchsten Umsatzbeitrag lieferten die Leitveranstaltungen IFA – Consumer Electronics Unlimited und die InnoTrans – Internationale Fachmesse für Verkehrstechnik – Innovative Komponenten, Fahrzeuge, Systeme, gefolgt von der Internationalen Tourismusbörse ITB Berlin und der Fruit Logistica – Internationale Messe für Früchte- und Gemüsemarketing. InnoTrans und IFA schlossen deutlich über Plan ab. Gegenläufig wirkte die Absage der Erstveranstaltung PANORAMA aufgrund der Verzögerung bei der Flughafeneröffnung BER und führte zu einem Umsatzausfall von rund EUR 3,0 Mio. gegenüber Plan.

Die ILA Berlin Air Show 2012 hat ihre Bewährungsprobe auf dem neuen Gelände ExpoCenter Airport bestanden: auf 50.000 m² Hallenfläche, 100.000 m² Freigelände und in 45 Chalets präsentierten sich 1.234 internationale Unternehmen der Aerospace-Industrie. Aussteller und Fachbesucher zeigten sich sehr zufrieden mit Gelände, Logistik und Verkehrsanbindung. Auch die kompakte Hallenstruktur mit kurzen Wegen zwischen den Ausstellungssegmenten wurde sehr gut angenommen. Erhöhte Sicherheitsanforderungen, aufwendige Genehmigungsverfahren, zusätzliche Flächenbefestigungen sowie zahlreiche Zusatzinstallationen sind hier aufgrund der verzögerten Flughafeneröffnung wesentliche Ursache für die Überschreitung von geplanten Kosten.

Kongresse und Gastveranstaltungen
Die Kongresse und Gastveranstaltungen schlossen im Umsatz und Deckungsbeitrag über Plan ab.
225.000 Teilnehmer kamen zu 511 Kongressen, Tagungen und Shows der Messe Berlin GmbH. Von den 147.000 Kongressteilnehmern reisten rund 70 Prozent von auswärts an. Neben den traditionellen Veranstaltungsstätten ICC Berlin, Palais am Funkturm und Marshall-Haus wurden auch die multifunktionalen Messehallen des Südgeländes genutzt. Dort fanden unter anderem Europas größter Rheumakongress EULAR und die Jahrestagung der Europäischen Gesellschaft für Diabetesforschung EASD statt.
Zu den 38 Gastveranstaltungen des Jahres 2012 auf dem Berliner Messegelände kamen mehr als 200.000 Besucher. Das Portfolio dieses Geschäftsbereiches ist außerordentlich vielfältig und reicht von hochspezialisierten Fachmessen wie der CWIEME Berlin – der größten Spulenwicklungs-Messe der Welt – über Veranstaltungen wie der Bildungsmesse Einstieg Berlin und der Cosmetica bis zur Internationalen Mineralien, Fossilien- und Schmuckbörse MINERALIS. 2012 erlebten unter anderem die European Attraction Show und die ASIA APPAREL Expo – BERLIN ihre Premieren.

Tochtergesellschaften im In- und Ausland
Die K.I.T Group GmbH und deren Töchter erwirtschafteten in 2012 einen Jahresumsatz von EUR 35,3 Mio. und lagen damit EUR Mio. 6,7 Mio. über Plan. Ein Highlight im Geschäftsjahr 2012 war die Durchführung der Organisation der Fanmeile auf der Straße des 17. Juni in Berlin zur Fußballeuropameisterschaft. Im Ausland erwirtschaftete die K.I.T.-Gruppe einen Umsatz in Höhe von EUR 10,1 Mio.

Insgesamt kann im Konzern der Messe Berlin ein Zuwachs an Auslandsumsätzen in Höhe von rund 35,4% auf insgesamt EUR 18,6 Mio. verzeichnet werden. Zu den erfolgreichsten Eigenveranstaltungen des Konzernverbunds im Ausland zählen die ITB ASIA in Singapur und die ASIA FRUIT LOGISTICA in Hongkong.

Servicegesellschaften
Zweck der Tochtergesellschaft ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH ist der Erwerb und die gewerbliche Nutzung von Grundstücksflächen in der Umgebung des neuen Flughafens Berlin/Brandenburg BER, die Erschließung und Entwicklung der Grundstücke sowie die Verpachtung für das Veranstalten von Messen, Ausstellungen und anderen Veranstaltungen. Die Messe Berlin hat einen Betreibervertrag mit der ExpoCenter Airport Berlin Bandenburg GmbH abgeschlossen. Umsatz (EUR 1,6 Mio.) und Ergebnis (TEUR 42) der ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH resultieren im Wesentlichen aus dem Betreibervertrag.

Die Tochtergesellschaft Capital Facility GmbH & Co. KG, verantwortlich im Wesentlichen für die technische Instandhaltung der Fazilitäten der Messe Berlin, schloss aufgrund von Kosteneinsparungen mit EUR 1,4 Mio. besser als geplant ab.

Die Servicetöchter Capital Catering GmbH (gastronomische Versorgung) und MB Capital Services GmbH (Messebau, Werbeflächenvermarktung und Eintrittskartenverkauf) verzeichneten aufgrund der Abhängigkeit zum Messegeschäft und des sehr erfolgreichen Messejahres 2012 gute Umsätze und Ergebniszuwächse. Die Capital Catering GmbH konnte bei einem Umsatz von EUR 13,5 Mio. ein Ergebnis von EUR 0,9 Mio. vor Ergebnisabführung an die Messe Berlin GmbH erwirtschaften.

Die Capital Services GmbH konnte insbesondere zusätzliche Aufträge für Standbau und Werbeflächenvermietungen im Rahmen der Leitmessen IFA, ITB und InnoTrans akquirieren. Die Umsätze in diesen Bereichen lagen EUR 3,6 Mio. bzw. EUR 1,0 Mio. über den Planansätzen. Insgesamt hat die Capital Services GmbH mit ihrer Tochtergesellschaft CSG Team GmbH EUR 25,2 Mio. Umsatzerlöse und ein Jahresergebnis von EUR 4,9 Mio. erreicht.

Sondereinflüsse auf die Ertragslage
Nach wie vor belasten die hohen Kosten für die Wartung- und Instandhaltung des Messegeländes inklusive des ICC Berlin das Ergebnis des Konzerns und der Messe Berlin GmbH.

Messe Berlin Konzern	Ist 2012		
	Konzern gesamt	davon Liegenschaften	davon Messen und Veranstaltungen
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Umsatzerlöse	247,0	16,2	230,8
Direkt zurechenbare Aufwendungen	–179,2	–39,6	–139,6
Deckungsbeitrag	**67,8**	**–23,4**	**91,2**
Personalkosten	–42,9	–17,9	–25,0
Übrige Aufwendungen und Erträge	–17,3	–8,7	–8,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	**7,6**	**–50,0**	**57,6**

Insgesamt steigende Kosten für Wartung- und Instandhaltung und eine hohe Veranstaltungsdichte führten zu einem Anstieg der Rückstellung aus Instandhaltungsverpflichtung gegenüber dem Verpächter, dem Land Berlin, in Höhe von EUR 8,7 Mio. auf EUR 24,7 Mio.

Finanz- und Vermögenslage
Die Finanzlage wurde im Geschäftsjahr 2012 im Wesentlichen durch die Bauvorhaben CityCube Berlin und Berlin ExpoCenter Airport beeinflusst.

Das positive Ergebnis im Konzern von EUR 5,9 Mio. (vor Minderheiten), Abschreibungen in Höhe von EUR 4,8 Mio., eine Zunahme der Rückstellungen um EUR 16,8 Mio. sowie die Abnahme sonstiger Aktiva bzw. die Zunahme übriger Passiva in Höhe von EUR 0,8 Mio. führen zu einem Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von EUR 26,7 Mio.
Die Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen (minus EUR 28,2 Mio.) resultieren im Wesentlichen aus den Baumaßnahmen CityCube Berlin (minus EUR 15,2 Mio.)

sowie Zahlungen im Geschäftsjahr zur Fertigstellung der Bauvorhaben ExpoCenter Airport (minus EUR 7,2 Mio.). Insgesamt sank der Finanzmittelfonds im Konzern um EUR 2,1 Mio.

Konzern-Kapitalflussrechnung (Kurzfassung)	2012	2011
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	26,7	–1,9
Cashflow aus Investitionstätigkeit	–28,1	–26,7
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	–0,7	16,1
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	–2,1	–12,5
Konsolidierungskreis bedingte Änderungen des Finanzmittelfonds zum 1. Januar	67,7	80,2
Finanzmittelfonds zum 31. Dezember	65,6	67,7

Bei der Messe Berlin (Jahresüberschuss EUR 4,6 Mio.) erhöhte sich der Finanzmittelfonds – bedingt durch den hohen Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit – um EUR 6,1 Mio.

Messe Berlin GmbH Kapitalflussrechnung (Kurzfassung)	2012	2011
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	26,0	–4,7
Cashflow aus Investitionstätigkeit	–19,9	–22,2
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0,0	8,0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	6,1	–18,9
Finanzmittelfonds zum 1. Januar	40,9	59,8
Finanzmittelfonds zum 31. Dezember	47,0	40,9

Die Vermögenslage des Konzerns stellt sich wie folgt dar:

Messe Berlin Konzern	2012 Mio. €	2011 Mio. €	Veränderungen ggü. Vorjahr Mio. €	 %
Langfristige Aktiva	83,4	60,0	23,4	39,0
Kurzfristige Aktiva	91,7	93,8	–2,1	–2,2
Aktiva	**175,1**	**153,8**	**21,3**	**13,8**
Eigenkapital	51,8	46,5	5,3	11,4
Langfrisitges Fremdkapital	35,1	35,7	–0,6	–1,7
Kurzfristiges Fremdkapital	88,2	71,6	16,6	23,2
Passiva	**175,1**	**153,8**	**21,3**	**13,8**

Bedingt durch die Bauinvestitionen hat sich die Bilanzsumme des Konzerns um EUR 21,3 Mio. erhöht. Die langfristigen Aktiva im Wert von EUR 83,4 Mio. sind durch Eigenkapital in Höhe von EUR 51,8 Mio. und langfristiges Fremdkapital in Höhe von EUR 35,1 Mio. vollständig gedeckt. Die Eigenkapitalquote ist von 30,2% auf 29,6% gesunken. Die kurzfristigen Aktiva in Höhe von EUR 91,7 Mio. betreffen insbesondere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (EUR 15,3 Mio.), sonstige Vermögensgegenstände (EUR 9,0 Mio.) und liquide Mittel (EUR 65,6 Mio.).

Das langfristige Fremdkapital im Konzern weist die zur Finanzierung der Bauvorhaben aufgenommenen, langfristigen Darlehen aus: Insgesamt wurden EUR 25 Mio. (EUR 8 Mio. Messe Berlin GmbH, EUR 17 Mio. ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH GmbH, quotal: EUR 8,5 Mio.) aufgenommen. Die Darlehen sind zweckgebunden über KFW Mittel refinanziert. Alle Darlehen haben eine Laufzeit von 20 Jahren und werden mit 3,49% p. a. (Zinsbindung 10 Jahre) bzw. 3,69% (Zinsbindung 20 Jahre) verzinst.

Die Bilanzsumme der Messe Berlin GmbH hat sich investitionsbedingt ebenfalls um EUR 21,3 Mio. erhöht. Sie beträgt EUR 150,5 Mio. und entfällt mit EUR 79,1 Mio. (53%) auf das Anlagevermögen. Die Finanzanlagen haben einen Anteil von EUR 10,9 Mio. Die Eigenkapitalquote der Messe Berlin GmbH beträgt 34% (Vorjahr 36%).

Risikomanagement

Risikopolitik
Die Geschäftstätigkeit der Messe Berlin ist unvermeidlich mit Risiken verbunden, die sich trotz aller Sorgfalt nicht vollständig ausschließen lassen. Oberster Grundsatz der Risikopolitik der Messe Berlin ist es, vorhandene Chancen zu nutzen und Risiken nur dann einzugehen, wenn durch das damit verbundene Geschäft ein angemessener Beitrag zum Unternehmenswert erwartet werden kann. Die Vermeidung von unangemessenen Risiken steht im Vordergrund.

Risikomanagementsystem
Das Pflichtbewusstsein der Verantwortlichen wird durch den ständigen Umgang mit Risiken und das Gebot zur regelmäßigen Berichterstattung geschärft. Die Messe Berlin verwendet zur Identifikation, Bewertung und Dokumentation von Risiken im Konzern ein Risikomanagementsystem, das regelmäßig auf Angemessenheit und Wirksamkeit überprüft wird.

Die Grundsätze des Risikomanagementsystems sind in einer Organisationsrichtlinie festgeschrieben. Alle wesentlichen Risiken werden auf der Ebene von Unternehmensbereichen und Tochtergesellschaften klassifiziert.

Die im Zuge der Klassifizierung gewonnenen Erkenntnisse bilden die Basis für die Einschätzung der aktuellen und zukünftigen Risikosituation des Konzerns. Das Risikomanagement ist ein fortlaufender Prozess. Neben der regelmäßigen Monatsberichterstattung mit einer permanenten Hochrechnung zum Jahresende auf allen Ebenen des Konzerns werden entsprechend ihrer Wesentlichkeit besondere Einzelrisiken halbjährlich in Form eines Konzern-Risiko-Reports an die Geschäftsführung sowie den Aufsichtsrat berichtet.

Die Überwachung der Risikoentwicklung in der Unternehmensgruppe erfolgt unter Berücksichtigung von Frühwarnindikatoren. Konjunkturelle Schwankungen werden als Risikofaktoren auf die Geschäftsentwicklung dargestellt. Im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsplanung werden Chancen und Risiken aller zukünftigen Geschäftsaktivitäten beurteilt und Markt- sowie Wettbewerbsveränderungen berücksichtigt. Unternehmerische Risiken bei der Erweiterung von Geschäftsfeldern und bei neuen Projekten werden nur dann eingegangen, wenn die Risiken beherrschbar bleiben.

Risikofelder
Typische Risiken einer Messegesellschaft sind unter den Erwartungen bleibende Aussteller- und Besucherzahlen, Preisdruck bei Gastveranstaltungen sowie die Abwanderung von Messen an andere Standorte. Darüber hinaus sind für die Messe Berlin vor allem Gelände- und Baurisiken von Bedeutung.

Ausblick sowie Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen

Vermarktung Messegelände Berlin ExpoCenter Airport
Neben den Chancen, die die Messe Berlin durch das neue Gelände mit direkter Anbindung an Flughafen und Innenstadt erwartet, bedeutet die verschobene Eröffnung des neuen Hauptstadtflughafen Berlin Brandenburg BER auf einen nach wie vor nicht fixierten Zeitpunkt auch ein Vermarktungsrisiko.

Die Erstveranstaltung der neuen Modemesse PANORAMA musste von Juli 2012 auf Januar 2013 verlegt werden. Durch Investition in Marketing und Shuttleservice vom Flughafen Berlin Tegel konnte die PANORAMA im Januar erfolgreich Premiere feiern, so dass davon ausgegangen wird, dass die PANORAMA auch im Juli 2013 auf dem neuen Messegelände stattfinden wird. Eine weitere große (Gast)Veranstaltung konnte für August/September 2013 akquiriert werden. Mietverträge für kleinere Veranstaltungen liegen für 2013 und bereits für das Jahr 2014 vor, in dem auch wieder die ILA auf dem Berlin ExpoCenter Airport ausgerichtet wird.

Entscheidend für einen Akquisitionsschub wird allerdings die Bekanntgabe des endgültigen Eröffnungstermins für die Aufnahme des Flugbetriebs am BER sein.

Eröffnung CityCube Berlin
Der Neubau des CityCube Berlin verläuft nahezu planmäßig. Der leichte Verzug bei den Rohbauarbeiten kann nach der derzeitigen Einschätzung von Experten weitestgehend aufgeholt werden. Der CityCube Berlin soll im ersten Quartal 2014 fertig gestellt sein. Mit Schließung des ICC Berlin ab dem Jahr 2014 soll die neue Halle für alle Kongressveranstaltungen genutzt werden, die bis dahin im ICC Berlin stattfanden. Damit kann die Messe Berlin die Durchführung von internationalen Kongressen in der weltweit anerkannten Qualität auch nach der Schließung des ICC Berlin gewährleisten. Das Risiko, Teile des Kongressgeschäfts aufgrund der Schließung des ICC zu verlieren, wird daher derzeit als nicht gegeben eingestuft.

Die Vermarktung des CityCube Berlin mit einer Bruttogeschossfläche von rd. 33.000 qm, einer vermietbaren Hallenfläche von gut 13.000 qm und einer Vielzahl von kleineren Nebenräumen für Kongressveranstalter verläuft sehr positiv. Im Segment medizinischer Großkongresse gibt es bereits Buchungen bis in das Jahr 2020.

Zur Finanzierung des CityCube Berlin plant die Gesellschaft die Aufnahme von Krediten in einer Größenordnung von EUR 45 Mio. Die aktuellen Baukosten sowie die bisher getätigten Vergaben für den CityCube lassen erwarten, dass die geplante Investitionssumme von EUR 76 Mio. zuzüglich einiger Leistungen für Beschleunigungsmaßnahmen eingehalten werden kann. Das Baukostenrisiko wird somit als relativ gering eingestuft.

Geländerisiken
Ein nach wie vor bestehendes unvorhersehbares Risiko für die Gesellschaft ist ein möglicher durch technische Havarien verursachter Sanierungsbedarf im ICC Berlin. Aufgrund des Zustandes der technischen Anlagen ist nicht auszuschließen, dass vor der geplanten sanierungsbedingten Schließung des ICC Anfang 2014 weitere, über den gewöhnlichen Betrieb hinausgehende, dringend erforderliche Instandhaltungsmaßnahmen ergriffen werden müssen, um das Kongressgeschäft in dem Gebäude bis dahin aufrecht erhalten zu können.

Grundlagenvereinbarung
Die Grundlagenvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der Messe Berlin, die Ende 2012 ausgelaufen ist, soll Anfang des Jahres 2013 für weitere fünf Jahre neu abgeschlossen werden. Die neue Grundlagenvereinbarung wird wesentliche Änderungen enthalten. Insbesondere soll der Beschluss des Landes Berlin, den jährlichen Teilersatz für den Bewirtschaftungsaufwand für die Wartungs- und Instandhaltungsleistungen des Messegeländes an die Messe Berlin um EUR 4 Mio. p. a. auf EUR 10 Mio. p. a. zu reduzieren, umgesetzt werden. Aufgrund der jährlich steigenden Geländekosten stellt diese Kürzung die Messe Berlin vor große Herausforderungen. Durch die unverändert positive Entwicklung der großen internationalen Leitveranstaltungen wird ein Teil der Kürzung durch überplanmäßige Ertragssteigerungen kompensiert werden können. Allerdings müssen auch deutliche Kosteneinsparungen verursachungsgerecht, insbesondere für die Bewirtschaftung, Erneuerung und Instandhaltung des Messe- und Veranstaltungsgeländes, vorgenommen werden.

Planungsgrundlagen zur erwarteten Geschäftsentwicklung
Die künftige Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage wird auf Basis von Annahmen, die aus heutiger Sicht plausibel und hinreichend wahrscheinlich, gleichwohl im wirtschaftlichen Umfeld mit gewissen Unsicherheiten behaftet sind, geplant. Die tatsächliche Entwicklung kann daher unter Umständen deutlich von den getroffenen Annahmen und den daraus resultierenden Planungen und Trendaussagen abweichen.

Erwartetes wirtschaftliches Umfeld
Für das Jahr 2013 prognostiziert die Bundesregierung ein mäßiges Wachstum von rund 0,4%, so der Jahreswirtschaftsbericht 2013 aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Nach einem schwachen Start soll die deutsche Wirtschaft im zweiten Halbjahr wieder deutlich schneller wachsen, so dass im Schlussquartal 2013 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um rund 1,25% höher ausfallen wird als im Schlussquartal 2012. Die Arbeitslosenquote wird in 2013 nahezu auf dem Niveau des Vorjahres liegen bzw. geringfügig steigen. Das verfügbare Haushaltseinkommen soll sich in 2013 um 2,3% erhöhen.

Angesichts der von der Bundesbank prognostizierten Inflationsquote von 0,8% bleibe jedoch nur ein geringer Kaufkraftzuwachs von rund 1,4%.

Dem entsprechend gehen – so der Branchenverband AUMA – die deutschen Messeveranstalter mit vorsichtigem Optimismus in das Jahr 2013 und erwarten stabile Messekennzahlen im Vergleich zu den Vorveranstaltungen.

Erwartete Geschäfts- und Ertragsentwicklung
Turnusgemäß ist das Jahr 2013 in Bezug auf Messen und Kongresse ein schwächeres Jahr. Dennoch bildet das Jahr 2012 eine gute Basis für eine auch zukünftig erfolgreiche Entwicklung der Messe Berlin. Weitere Wachstumschancen werden sich mit dem Start des Großflughafens BER ergeben.

Die Unternehmensgruppe Messe Berlin rechnet für das turnusmäßig veranstaltungsschwache Geschäftsjahr 2013 mit einem Konzernumsatz in Höhe von rund EUR 183 Mio. (Messe Berlin GmbH: rund EUR 130 Mio.) und einem Fehlbetrag vor Steuern in Höhe von rund EUR 5,7 Mio. (Messe Berlin GmbH: EUR minus 6,4 Mio.).

Zyklusbedingt steigen im Geschäftsjahr 2014 Umsatz und Ergebnis wieder gegenüber 2013. Die Gesellschaft plant in 2014 einen Konzernumsatz von rund EUR 241 Mio. (Messe Berlin GmbH: rund EUR 174 Mio.) und ein Ergebnis vor Steuern von EUR 5,0 Mio. (Messe Berlin GmbH: EUR 2,2 Mio.).

Erwartete Finanz- und Vermögenslage
Die vom Land Berlin beschlossenen Kürzungen im jährlichen Teilersatz des Bewirtschaftungsaufwandes für die Wartungs- und Instandhaltungsleistungen des Messegeländes an die Messe Berlin um EUR 4 Mio. p. a. sowie die Baumaßnahmen der Unternehmensgruppe bestimmen die erwartete Finanz- und Vermögenslage.

Die Unternehmensgruppe bilanziert langfristige Kredite in Höhe von EUR 16,5 Mio., die der Finanzierung des Messe- und Veranstaltungsgelände ExpoCenter Airport dienen. Diese Darlehen werden ab dem Geschäftsjahr 2014 bzw. 2015 getilgt. Die Aufnahme von weiteren Krediten in einer Größenordnung von EUR 45 Mio. zur Finanzierung des Neubaus CityCube Berlin ist für das erste Quartal 2013 geplant. Die Verträge dazu sind endverhandelt. Somit steht dem Unternehmen aus heutiger Sicht im Planungshorizont unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ausreichend Liquidität zur Verfügung. Für das neue Geschäftsjahr erwarten wir aus dem operativen Geschäft keine wesentliche Belastung der Finanzlage.

Nachtragsbericht
Die ersten internationalen Großmessen 2013, die Internationale Grüne Woche Berlin und die Fruit Logistica waren erfolgreich.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Unternehmensgruppe Messe Berlin GmbH erwarten lassen, sind seit dem 1. Januar 2013 nicht eingetreten.

28. Februar 2013

Raimund Hosch

Dr. Christian Göke

Corporate-Governance-Bericht für das Geschäftsjahr 2012

Die Messe Berlin GmbH wendet als nicht börsennotiertes Unternehmen den Berliner Corporate Governance Kodex („Kodex“) auf der Grundlage der Beteiligungshinweise des Landes Berlin an, um deren Beachtung die Messe Berlin von der Senatsverwaltung für Finanzen als im Mehrheitsbesitz des Landes Berlin stehendes Unternehmen gebeten wurde.

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der Messe Berlin GmbH erklären in entsprechender Anwendung des § 161 AktG, dass die Messe Berlin GmbH wie nachfolgend dargestellt bis auf die ebenfalls dargestellten Abweichungen den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 17.02.2009 entsprochen hat bzw. künftig entsprechen wird. Sofern sich nachfolgende Aussagen sowohl auf den Erklärungszeitraum 2012 als auch auf künftige Erklärungszeiträume beziehen, sind diese im Präsens dargestellt.

1. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat
Geschäftsführung und Aufsichtsrat arbeiten eng und vertrauensvoll zum Wohle der Gesellschaft zusammen. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse werden von der Geschäftsführung im Rahmen der Berichtspflicht offengelegt. Mitarbeiter der Geschäftsführung sowie Mitarbeiter der Aufsichtsratsmitglieder werden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hält seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsführung ab.

Die strategische Unternehmensplanung wird mit dem Aufsichtsrat abgestimmt.
Die Geschäftsführung berichtet regelmäßig über den Umsetzungsstand.

Neben den Regelungen zur Informations- und Berichtspflicht im Gesellschaftsvertrag besteht eine vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, die Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats regelt. Die Geschäftsführung legt dem Aufsichtsrat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung vor und holt für zustimmungspflichtige Angelegenheiten seine Zustimmung ein.

Die Geschäftsführung kommt ihrer Informations- und Berichtspflicht hinsichtlich aller für das Unternehmen relevanter Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance regelmäßig und in schriftlicher Form nach; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine ist ausreichend. Es werden Soll/Ist-Vergleiche vorgenommen. Planabweichungen werden plausibel und nachvollziehbar dargestellt und Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat kommen ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nach; sie wahren die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers bzw. Aufsichtsrats. D&OVersicherungen sind ohne Selbstbehalt für Geschäftsführung und Aufsichtsrat abgeschlossen worden.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat berichten jährlich im Geschäftsbericht über die Corporate Governance des Unternehmens (Corporate Governance Bericht), der auf der Website der Messe Berlin GmbH eingestellt ist. Hierzu gehört auch die Erläuterung eventueller Abweichungen von den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex.

2. Geschäftsführung
Die Geschäftsführung leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung und arbeitet ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung. Tätigkeiten zum Nachteil des Unternehmens werden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien trägt die Geschäftsführung Sorge. Auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen wirkt die Geschäftsführung hin (Compliance). Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling.

Die Geschäftsführung besteht aus zwei Geschäftsführern. Die Geschäftsordnung regelt die Aufgaben der Geschäftsführung, die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Geschäftsführer (in Verbindung mit dem Organisationsplan), die der Gesamtgeschäftsführung vorbehaltenen Aufgaben sowie die erforderliche Stimmenmehrheit bei Geschäftsführungsbeschlüssen. Raimund Hosch ist Vorsitzender der Geschäftsführung.

Die Vergütung der Geschäftsführer setzt sich aus einem Fixum und einer variablen Vergütung zusammen. Die variable Vergütung erfolgt auf Basis einer Zielvereinbarung, die mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden auf der Grundlage eines Beschlusses des Personal- und Präsidialausschusses abgeschlossen wurde. Sie setzt sich aus einer Erfolgsbeteiligung bezogen auf das Planergebnis sowie weiteren Strukturzielen zusammen. Die Zielvereinbarung enthält Vorgaben mit langfristiger Anreizwirkung und ist auf einen Höchstbetrag begrenzt.

Die Vergütungen der Geschäftsführer werden im Anhang zum Jahresabschluss einzeln ausgewiesen. Der Jahresabschluss ist auf der Website der Messe Berlin GmbH als Teil des Geschäftsberichts eingestellt.

Die Verträge mit den Geschäftsführern sind aufgrund von Besitzstandwahrung nicht so gestaltet, dass Zahlungen an die Geschäftsführer bei vorzeitiger Beendigung der Geschäftsführertätigkeit ohne wichtigen Grund einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap) dürfen und nicht mehr als die Restlaufzeit des Vertrages vergüten.

3. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat nimmt seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung wahr. Er wird in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sieht dabei bislang keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprechen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden.

Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat, leitet dessen Sitzungen und nimmt die Belange des Aufsichtsrats nach außen wahr. Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung findet ein regelmäßiger Kontakt statt. Über Strategie, Geschäftsentwicklung und Risikomanagement des Unternehmens wird dabei regelmäßig beraten. Der Vorsitzende der Geschäftsführung unterrichtet den Aufsichtsratsvorsitzenden unverzüglich über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind.
Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtet seinerseits erforderlichenfalls den Aufsichtsrat.
Im Geschäftsjahr 2012 berief er zwei außerordentliche Aufsichtsratssitzungen ein.

Der Aufsichtsrat hat einen Personal- und Präsidialausschuss. Vorsitzender dieses Ausschusses ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats. Der Abschluss und die Beendigung von Anstellungs- und Pensionsverträgen sowie die Befugnis, Tantiemen für die Geschäftsführer festzulegen, sind dem Personal- und Präsidialausschuss des Aufsichtsrats zur Beratung und Entscheidung übertragen.

Ferner ist der Personal- und Präsidialausschuss berechtigt, Rechtsgeschäfte jeder Art gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern und Geschäftsführungsmitgliedern vorzunehmen. Das Plenum des Aufsichtsrats wird vom Vorsitzenden des Ausschusses über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.

Mit Beschluss vom 02.07.2009 hat der Aufsichtsrat dem Personal- und Präsidialausschuss bis zum Ende der laufenden Amtsperiode weiterhin die Aufgaben und Befugnisse eines Prüfungsausschusses („Audit Committee“) übertragen.

788

Der Personal- und Präsidialausschuss ist damit auch mit Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements und der Compliance, der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung befasst. Die Sitzungsleitung bei den Prüfungsangelegenheiten hat der Aufsichtsrat einem anderen Ausschussmitglied als dem Aufsichtsrats- und Ausschussvorsitzenden übertragen.

Im Jahr 2012 fanden drei außerordentliche Sitzungen des Personal- und Präsidialausschusses statt.

Des Weiteren hat der Aufsichtsrat einen Investitionsausschuss. Dieser hat die Aufgabe, den Aufsichtsrat auf der Grundlage der Gesamtstrategie des Unternehmens bei seinen Verhandlungen und Beschlüssen über Sach- und Finanzinvestitionen mit großer Bedeutung zu beraten.

Der Aufsichtsrat hat keine darüber hinaus gehenden Entscheidungskompetenzen auf Ausschüsse übertragen. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Der Wechsel eines Geschäftsführers in den Vorsitz des Aufsichtsrats oder einer seiner Ausschüsse ist nicht die Regel.

Bei Vorschlägen zur Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats wird darauf geachtet, dass dem Aufsichtsrat jederzeit Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Nach seiner eigenen Einschätzung gehören dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder an. Kein Aufsichtsratsmitglied erreicht die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgt entsprechend den Vorschriften des DrittelbG. Die Anteilseignervertreter werden von der Gesellschafterversammlung nicht in Einzelwahl gewählt.

Die Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder wird durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festgelegt und trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder, der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des Unternehmens sowie dem Vorsitz und dem stellvertretenden Vorsitz Rechnung. Die Vergütung besteht aus einem Fixum. Eine erfolgsorientierte Vergütung oder Sonderleistungen werden nicht gewährt.
Die Gesamtvergütung ergibt sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Die Vergütung der einzelnen Mitglieder wird nicht individualisiert angegeben.

Im Jahr 2012 ist ein Aufsichtsratsmitglied mit Wirkung vom 27.04.2012 und ein Aufsichtsratsmitglied mit Wirkung vom 12.09.2012 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Beide Mandate wurden nachbesetzt.

Ein Aufsichtsratsmitglied hat im Jahr 2012 an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

Der Aufsichtsrat überprüft die Effizienz seiner Tätigkeit regelmäßig. Es sind nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

4. Interessenkonflikte

Die Mitglieder der Geschäftsführung beachten die Regeln des Wettbewerbsverbots. Weder fordern sie von Dritten Zuwendungen oder Vorteile noch nehmen sie solche für sich oder andere Personen an. Sie gewähren Dritten keine ungerechtfertigten Vorteile. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung durch Beschäftigte des Unternehmens bekannt geworden.

Sowohl die Mitglieder der Geschäftsführung als auch die des Aufsichtsrats wahren die Unternehmensinteressen, verfolgen keine persönlichen Interessen und nutzen Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, nicht für sich.

Kein Geschäftsführer oder Aufsichtsratsmitglied war Interessenkonflikten ausgesetzt.

Jedes Mitglied der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrats wird Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offen legen und die anderen Mitglieder der Geschäftsführung hierüber informieren.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsführung oder ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen sind nicht abgeschlossen und daher dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Aufgrund der gesetzlichen Regelungen ist für den Fall, dass sich derartige Geschäfte ergeben, keine einheitliche Konzernregelung für die Information und Offenlegung vor dem Aufsichtsrat getroffen worden.
Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Raimund Hosch, war 2012

- Vorstandsmitglied des Ausstellungs- und Messeausschusses der Deutschen Wirtschaft e.V. – AUMA;
- Vorstandsmitglied der Gemeinschaft Deutscher Großmessen e.V. – GDG;
- Mitglied des Board of Directors der Union de Foires Internationales – UFI,
- Mitglied des Wirtschaftsbeirats des Landessportbundes Berlin,
- Mitglied im Vorstandsrat des Allgemeinen Verbands der Wirtschaft für Berlin und Brandenburg e.V.,
- Mitglied im Aufsichtsrat der ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH,
- Mitglied im World Travel and Tourism Council (WTTC).

Der Geschäftsführer Dr. Christian Göke war 2012

- Mitglied des Aufsichtsrats der Berlin Tourismus & Kongress GmbH („visitBerlin“),
- Mitglied des Aufsichtsrats von Hertha BSC Berlin GmbH & Co. KGaA,
- Mitglied des Aufsichtsrats der E.G.E. European Green Exhibitions GmbH,
- Mitglied des Aufsichtsrats der Kick-Media AG,
- Mitglied des Kuratoriums des Forschungsverbunds Berlin e.V.,
- Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Zentrale für Tourismus e.V. DZT.

Weitere Nebentätigkeiten wurden von den Geschäftsführern außerhalb des Unternehmens nicht ausgeübt. Nebentätigkeiten werden dem Vorsitzenden des Personal- und Präsidialausschusses zur Zustimmung vorgelegt.

Mitgliedern der Geschäftsführung und Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder werden keine Darlehen gewährt.

5. Transparenz

Dem Aufsichtsrat ist bekannt, dass am 31.12.2012 die Grundlagenvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der Messe Berlin GmbH ausläuft. Nachdem die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat Anfang 2012 über den Beschluss des Berliner Senats informiert wurden, dass in der Anschlussvereinbarung mit dem Land Berlin der Teilersatz des Gesamtbewirtschaftungsaufwands für das Messegelände und ICC Berlin zu Lasten der Messe Berlin von jährlich 14 Mio. EUR auf 10 Mio. EUR gekürzt werden soll, hat die Geschäftsführung den Aufsichtsrat über die damit einhergehenden wesentlichen Folgen für die Wirtschafts- und Finanzplanung insbesondere in Bezug auf die Finanzierung der neuen Halle am Standort der alten Deutschlandhalle (CityCube Berlin) und auf notwendige Kürzungen bei den

Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen unterrichtet. Daneben hat die Verschiebung der Eröffnung des neuen Flughafens Berlin Brandenburg BER zu nicht unerheblichen Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Finanzplanungen geführt, da die für Juni 2012 geplante Erstveranstaltung (Modemesse PANORAMA) auf dem neuen Messegelände in Selchow (Berlin ExporCenter Airport) abgesagt werden musste und eine Verschiebung auf 2013 einen wesentlich erhöhten Marketingaufwand erfordert. Auch diese Konsequenzen sind dem Aufsichtsrat unverzüglich mitgeteilt worden.

Unternehmensinformationen werden zum Teil auch über das Internet veröffentlicht. Der aktuelle Corporate Governance Bericht wird auf der Internetseite der Gesellschaft zugänglich gehalten.

6. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss werden entsprechend den anerkannten nationalen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und den Gesellschaftern nach dem entsprechenden Beschluss des Aufsichtsrats in der vorgesehenen Frist vorgelegt.

Das Land Berlin als Hauptgesellschafter und der Aufsichtsratsvorsitzende werden über den Jahres- und Konzernabschluss hinaus während des laufenden Geschäftsjahres durch Quartalsberichte entsprechend den Vorgaben des Beteiligungscontrolling des Landes Berlin fristgemäß informiert und erörtern die Zwischenberichte mit der Geschäftsführung. Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage erfolgt gegenüber dem Aufsichtsrat zu den mindestens vierteljährlich stattfindenden Aufsichtsratssitzungen.

7. Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine geschäftlichen, finanziellen, persönlichen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestehen keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahres- und Konzernabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Feststellungen seiner Prüfung.

Messe Berlin GmbH

Berichtszeitraum vom 01. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates der Messe Berlin GmbH

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit folgende Vergütung:

Name	Zeitraum	EUR
Hans-Joachim Kamp Vorsitzender des Aufsichtsrats	01.01.-31.12.12	38.347,00
Sybille von Obernitz Mitglied des Aufsichtsrats Erste stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats *<ausgeschieden zum 12.09.12>*	01.01.-24.01.12 25.01.-12.09.12	196,72 2.852,46 3.049,18
Cornelia Yzer Mitglied des Aufsichtsrats Erste stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats	23.10.-31.10.12 01.11.-31.12.12	73,77 750,00 823,77
Thomas Jaegler Zweiter stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	01.01.-31.12.12	4.500,00
Jean-Claude Baumgarten	01.01.-31.12.12	3.000,00
Ute Biernat	01.01.-31.12.12	3.000,00
Ulrike Brabant	01.01.-31.12.12	3.000,00
Jan Eder	01.01.-31.12.12	3.000,00
Klaus Feiler	15.02.-31.12.12	2.631,15
Ellen Funk	01.01.-31.12.12	3.000,00
Dr. Beatrice Kramm	01.01.-31.12.12	3.000,00
Catherine Mühlemann	01.01.-31.12.12	3.000,00
Stephan Ruppel	01.01.-31.12.12	3.000,00
Gerd Sonnleitner	01.01.-31.12.12	3.000,00
Ulrich Tepel *<ausgeschieden zum 27.04.12>*	01.01.-27.04.12	967,21
Wolf-Dieter Wolf	01.01.-31.12.12	3.000,00
Norbert Zeglin	22.08.-31.12.12	1.081,97

Olympiastadion Berlin GmbH

LAGEBERICHT

für das Geschäftsjahr vom 01.07.2011 bis zum 30.06.2012

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Olympiastadion Berlin GmbH ist professioneller Betreiber des geschichtsträchtigen Olympiastadions Berlin. Das Stadion ist Synonym für lebendige Geschichte, viele historische sportliche Rekorde, Modernität und emotionale Events. Die multifunktionale Sportstätte bietet nicht nur für Sport-Events vielseitige Nutzungsmöglichkeiten. Insbesondere die Mischung aus historischem Baudenkmal und hochmodernem Stadion macht die Attraktivität als Event-Location aus.

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das wachstumsstarke Jahr 2011[1] endete für die deutsche Wirtschaft aufgrund der Verunsicherung durch die Finanz- und Staatsschuldenkrise verbunden mit der konjunkturellen Eintrübung des europäischen sowie des übrigen internationalen Umfeld mit einem schwachen rückläufigen vierten Quartal 2011 (BIP ./. 0,1%[2]). Aufgrund der stabilen Nachfrage der privaten Haushalte zeigte sich die Binnenkonjunktur robust. Die Wachstumskurve der deutschen Wirtschaft schwächte sich im ersten Halbjahr 2012 weiter ab. Die deutlich rezessiven Entwicklungen der südeuropäischen Länder und gedämpfte Dynamik anderer wichtiger Industriestaaten wie den USA und China führten zu einer schwachen Entwicklung. Das BIP nahm im ersten Quartal 2012 um 0,5% und im zweiten Quartal 2012 um 0,3%[3] zu. Aufgrund der optimistischen Verbraucherstimmung zeigten sich die privaten Konsumausgaben allerdings noch weitestgehend unberührt von der Verunsicherung an den Finanz- und Wirtschaftsmärkten. Allerdings zeigte sich bereits eine Verschiebung der Sparquote zu Lasten der Konsumnachfrage.

Hohe Zuschauerzahlen bei Veranstaltungen im Jahr 2011/2012 belegen die Konsumbereitschaft im Freizeitbereich und sind neben der Umsatzerhöhung durch die Rückkehr von Hertha BSC in die 1. Fußballbundesliga ein Grund für das erfolgreiche Geschäftsjahr.

1.2 Wirtschaftliche Entwicklung der Branche

Der Betrieb und die Vermarktung des Olympiastadions als Sport-, Erlebnis- und Eventstätte erstrecken sich auf verschiedene Nutzungsmöglichkeiten. Kernaufgabe ist die Bereitstellung der Multifunktionsarena für sportliche und außersportliche Live-Events, wobei die Nutzung als Fußballstadion durch den Berliner Club Hertha BSC (Hauptmieter) sowohl in zeitlicher als auch finanzieller Hinsicht prägend ist. Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft wird damit unmittelbar von der Entwicklung des Clubs, die von den sportlichen Erfolgen abhängt, bestimmt. Den dramatischen Abstiegskampf des in die ersten Bundesliga zurückgekehrten Clubs verfolgten 976.671[4] Zuschauer (Vorjahr: 753.172, 2. Bundesliga). Unter Berücksichtigung der Teilnahme am DFB-Pokal besuchten rund 1.065[4] Tausend Zuschauer die Spiele des Berliner Traditionsclubs. Mit durchschnitt-

[1] Pressemitteilung vom 11.01.2012, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Bmwi), http://www.bmwi.de: Zunahme des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahr 2011 um 3,1% (preis-, kalenderjahr- und saisonbereinigt)

[2] Pressemitteilung vom 09.07.2012, Bmwi, a.a.o., Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Lage

[3] Pressemitteilung vom 11.09.2012, Bmwi, a.a.o., Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Lage

[4] Angaben des Veranstalters

lich 53 Tausend Zuschauern je Spiel liegt der Club mit 8 Tausend Zuschauern über dem Durchschnitt von 45 Tausend Zuschauern je Spiel in der ersten Bundesliga. Die Auslastung des Stadions konnte um rund 13 Prozentpunkte auf durchschnittlich 73% (Vorjahr: 60%) gesteigert werden.

In der "Liga-freien" Zeit steht das Stadion für nationale und internationale sportliche und außersportliche Großveranstaltungen zur Verfügung. Die hohe Veranstaltungsdichte bei internationalen sportlichen Großevents im Sommer 2012 (insbesondere die Fußballeuropameisterschaft in der Ukraine und Polen und die Olympischen Sommerspiele in London) führten zu einem schwierigen Vermarktungsumfeld für die Gesellschaft. Zuschauermagneten bei den etablierten Sportveranstaltungen waren im Geschäftsjahr in der Veranstaltungsreihe "Summer of Champions" das Fußballspiel Hertha BSC gegen Real Madrid, das DFB-Pokalfinalspiel der Männer und das Internationale Stadionfest (ISTAF).

Bei der außersportlichen Stadionnutzung stehen vor allem Veranstaltungen namhafter Künstler mit großem Fanpublikum im Fokus der Gesellschaft. Im schwierigen Berliner Marktumfeld mit einer hohe Wettbewerbsdichte von Veranstaltungsorten, die im Vergleich zum Olympiastadion auch witterungsunabhängiger Nutzunge zugänglich sind, setzt die Gesellschaft auf den Vorteil der großer Zuschauerkapazität des Stadions (rd. 74.000 Sitzplätze zzgl. Infield-Nutzung). Der Live-Entertainment-Markt profitierte 2011/20122 von der hohen Konsumneigung der Bevölkerung und zeigte sich wie bereits in der Vergangenheit relativ unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen. Dennoch waren nur wenige Stars, die das Olympiastadion füllen könnten, auf Tournee in Berlin; einige entschieden sich für Konzerte an witterungsunabhängigen Veranstaltungsorten. Mit 5 Veranstaltungstage (Vorjahr: 5) profitierte die Gesellschaft durch den Aufstieg von Hertha BSC in die erste Bundesliga im Vergleich zum Vorjahr von einem größeren Zeitfenster für die Vermarktung.

Die Vermietung der Räumlichkeiten für unterschiedlichste Anlässe runden das Produktangebot der Gesellschaft ab. Im Fokus stehen Nutzungsangebote für Special & Business Events. Im Rahmen der Medienvermarktung steht das Stadion als Kulisse für Filmaufnahmen und Fotoshootings zur Verfügung. Obwohl der Markt für außergewöhnliche Veranstaltungsorte in Berlin eine hohe Dichte von Anbietern aufweist, konnte die Gesellschaft in diesem Bereich wachsen.

Berlin gilt als attraktive Metropole. Die Besucherströme nahmen im Verlauf des Jahres 2011 und im ersten Halbjahr 2012 weiter zu. Von der Attraktivität der Hauptstadt als Tourismusmagnet profitiert die Gesellschaft im Bereich Stadionführungen/Besucherprogramme. Die steigenden Besucherzahlen im Stadion stehen im Einklang mit den stetig wachsenden Besucherströmen der Hauptstadt.

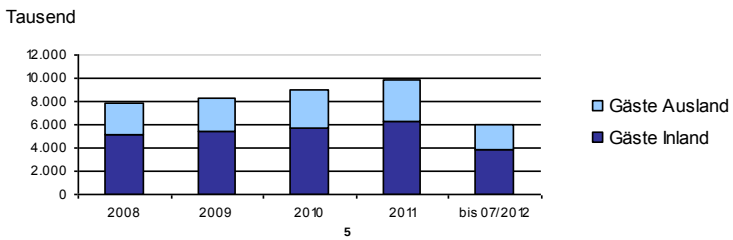


Tabelle 1: Berlin-Tourismus in Zahlen[5]

5 http://www.berlin.de/sen/wirtschaft/abisz/tourismus.html

2. Geschäftsverlauf 2011/2012

2.1 Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Der Gesamtumsatz liegt mit einem Zuwachs von T€ 3.262 auf T€ 13.305 (32,5%) deutlich über dem Vorjahresniveau. Die Umsatzrendite stieg auf 7,1% (Vorjahr 4,4%). Die Umsatzzuwächse verteilen sich auf alle Geschäftsbereiche. Wesentlich verantwortlich für die Steigerung waren jedoch die im Vorjahresvergleich hohen Veranstaltungstage (vgl. unten) und die damit verbundenen Mehreinnahmen im Bereich außersportliche Live-Events (Großveranstaltungen). Die Verteilung des Umsatzes ergibt sich aus dem nachstehenden Diagramm.

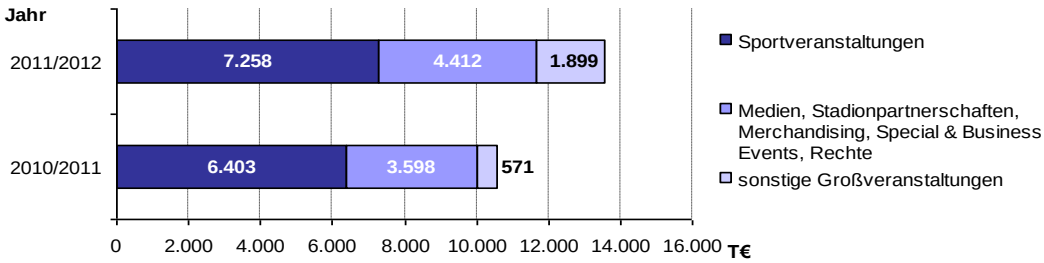


Tabelle 2: Umsatzverteilung in T€, Rundungsdifferenzen sind möglich

Vor dem Hintergrund des Aufstiegs von Hertha BSC in die erste Fußballbundesliga, die Teilnahme am DFB-Pokal und des Relegationsspiels stiegen die Einnahmen im Bereich der Stadionnutzung für Sportveranstaltungen erwartungsgemäß. Ursächlich hierfür sind im Vorjahresvergleich gestiegene Pachteinnahmen aus der Vermietung des Stadions an den Fußballclub, die in der ersten Bundesliga vertragsgemäß deutlich höher ausfallen. Auch die hohe Zuschauerbeteiligung hatte positive Einnahmeneffekte. Insgesamt verbesserte sich der Bereichsumsatz um 13,3% auf T€ 7.258.

Der Umsatzzuwachs im Bereich außersportliche Live-Events (Großveranstaltungen) betrug T€ 1.328 und steht im Zusammenhang mit fünf Veranstaltungstagen (Vorjahr: 1). Hervorzuheben sind die Veranstaltungen des Comedians Mario Barth, das Konzert von Bruce Springsteen und der Papstbesuch.

Im Bereich Special & Business Events, Besucherprogramme, Medienbetreuung (Film/Foto), Merchandising, Stadionvermarktung und Hospitality konnte der Umsatz im Berichtsjahr um 22,6% auf T€ 4.412 (Vorjahr: 3.598) gesteigert werden.

Die Erhöhung der Veranstaltungstage insgesamt und eine gute Stadionauslastung bei den Heimspielen von Hertha BSC führten nach rückläufigen Besucherzahlen im Vorjahr zu einem Anstieg um rd. 410 Tausend Besucher. Im Wirtschaftsjahr besuchten das Stadion damit rd. 1,6 Mio. (Vorjahr: rd. 1,2 Mio.) Zuschauer zu sportlichen und außersportlichen Großveranstaltungen. Die Zuschauer verteilen sich wie folgt auf die Bereiche.

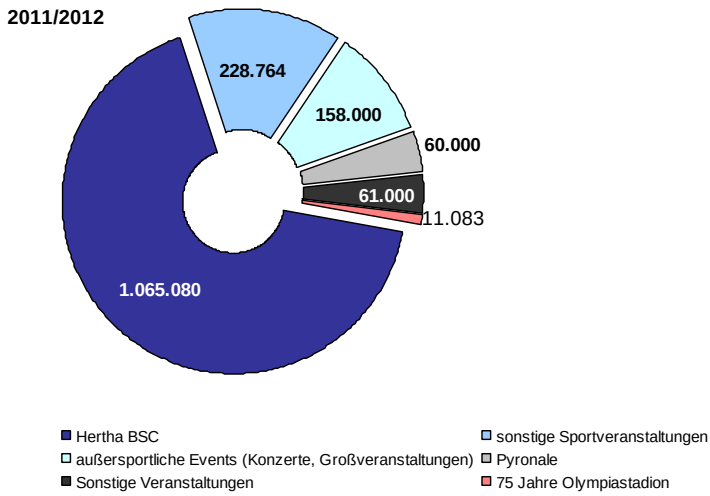


Tabelle 3: Besucherzahlen bei Veranstaltungen in Tausend

Auch die Besucherzahlen außerhalb von Großveranstaltungen (Besucherprogramm) entwickelten sich positiv und zeigen folgenden Verlauf.

Wirtschaftsjahr	**2007/08**	**2008/09**	**2009/10**	**2010/11**	**2011/12**
in Tausend	240	207	217	221	247
Veränderung in Tausend	- 35	-33	10	4	26
Veränderung in Prozent	- 13 %	- 14 %	+ 5 %	+2 %	+11,8 %

Im Geschäftsverlauf sind die Betriebsaufwendungen unterproportional zum Umsatzwachstum angestiegen. Das Umsatzwachstum wurde somit in Ergebnisbeiträge umgesetzt. Das Programm zur Kosteneinsparung und Erhöhung der Effizienz wurde konsequent fortgeführt. Der Gewinn vor Steuern und Zinsen (EBIT) stieg um T€ 572 auf T€ 1.139 (Vorjahr: T€ 567).

Als Ergebnis des fortgeführten konsequenten Kosten- und Datencontrolling sanken die veranstaltungsbezogenen Kosten und Betriebskosten - trotz eines hohen Fixkostenanteils - relativ 3,9 Prozentpunkte bei einem absoluten Anstieg von T€ 1.429 auf T€ 7.436 (Vorjahr: T€ 6.007). Der im Verhältnis zum Umsatzwachstum unterproportionale Anstieg führte zu einer Materialeinsatzquote von 55,9% (Vorjahr 59,8%). Somit konnte die Gesellschaft ihren Rohgewinn um T€ 1.833 steigern. Bei durchschnittlich gleicher Mitarbeiteranzahl stiegen die Personalkosten wegen struktureller Veränderungen auf T€ 933 (Vorjahr: T€ 915). Die Personalintensität sank bei steigenden Umsätzen auf 7,0% (Vorjahr: 9,1%). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen bereinigt um neutrale Ausgaben liegen mit T€ 4.127 um T€ 996 über dem Vorjahresniveau. Ursächlich sind im Wesentlichen gestiegene Pachtausgaben.

Der Anstieg des Finanzergebnisses um T€ 80 auf ./. T€ 41 (Vorjahr: ./. T€ 121) ist auf die Liquiditätslage und Zinserträge für Kontokorrentkredite zurückzuführen.

Periodenfremde Einnahmen aus Nachberechnungen für Medienverbräuche (Strom) und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen prägen wesentlich das neutrales Ergebnis von T€ 414 (Vorjahr: T€ 696). Außergewöhnlichen Ergebnisbeiträge waren nicht zu verzeichnen (Vorjahr: ./. T€

78). Das Jahresergebnis beträgt nach Steuern vom Einkommen und Ertrag T€ 946 (Vorjahr: T€ 446).

2.2 Beschaffung und Investitionen

Voraussetzung für den Erfolg der Gesellschaft ist die ist die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Olympiastadions als Geschäftsgrundlage. Daher prüft die Gesellschaft in allen Kernbereichen des Stadionsbetriebs und der Bewirtschaftung im Rahmen des Vertrags- und Kostencontrolling regelmäßig sowohl die Qualität als auch die Konditionen der Vertragspartner. Im Vordergrund stehen dabei die Bereiche Veranstaltungstechnik, Haustechnik, Wartung, Instandhaltung, Facility-Management sowie Energie- und Wärmeversorgung. Darüber hinaus beschäftigt die Gesellschaft im Bereich Haustechnik qualifiziertes Personal.

Allgemeine Preisentwicklungen, die im Energiesegment auch künftig steigende Preise erwarten lassen, werden sorgfältig überwacht. Soweit möglich, werden langfristige Preisvereinbarungen getroffen. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Energieeffizienz und zum sparsamen Einsatz von Ressourcen umgesetzt.

Im Geschäftsjahr investierte die Gesellschaft T€ 445 (Vorjahr: T€ 200). Im Vordergrund der Maßnahmen stand der Umbau des Besucherzentrums (T€ 375). Weitere Ausgaben entfallen insbesondere auf die Stadionausstattung (T€ 21), Anzahlungen für Software (T€ 19) und Betriebsausstattung (T€ 14). Vom Eigentümer für die Umbaumaßnahmen des Besucherzentrums gewährten Zuschüsse betrugen T€ 162, die aus der Instandhaltungsrücklage entnommen wurden.

Die Ausgaben für Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Stadions betragen im Geschäftsjahr T€ 935. Hiervon wurden T€ 35 aus der Instandhaltungsrücklage entnommen. Die Instandhaltungsrücklage beträgt zum Schluss des Wirtschaftsjahres T€ 248.

2.3 Personal- und Sozialbereich

Zum Schluss des Geschäftsjahres beschäftigt die Gesellschaft 16 qualifizierten Fachkräfte (Vorjahr: 16) und 2 Auszubildende (Vorjahr: 2). Zur Steigerung der Effizienz und Kontrolle der Dienstleister im Bereich Haustechnik ist eine personelle Neustrukturierung und die Einstellung neuer Mitarbeiter geplant.

2.4 Finanzlage

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt im Berichtsjahr T€ 3.565 (Vorjahr: Mittelabfluss T€ 315) und resultiert vor allem aus dem gestiegenen Periodenergebnis, Zuflüssen durch den Abbau von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 3.131) und dem Aufbau der sonstigen Rückstellungen (T€ 1.092). Gegenläufige Effekte ergaben sich durch Mittelabflüsse von

insgesamt T€ 1.736 aus dem Abbau von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und der Abnahme anderer Passiva.

Die Investitionstätigkeit führte zu einem Mittelabfluss von T€ 473 und lag wegen des Abschlusses der Umbaumaßnahmen im Besucherzentrum mit T€ 299 über dem Mittelabfluss der Vorperiode (T€ 174).

Ein Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit war im Berichtsjahr wie im Vorjahr nicht zu verzeichnen.

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft erhöhte sich zum Stichtag um T€ 3.092 auf T€ 8.756 (Vorjahr: T€ 5.664).

Das Verhältnis von kurzfristigen Verbindlichkeiten (T€ 2.676; Vorjahr: T€ 2.676) und Liquiden Mitteln unter Einbeziehung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen hat sich weiter verbessert und beträgt 374,9% (Liquidität 2. Grades). Das Working Capital erhöhte sich auf T€ 7.556 (Vorjahr: T€ 5.748).

2.5 Vermögenslage

Das Gesamtvermögen beträgt T€ 11.375 (Vorjahr: T€ 11.302). Das Verhältnis von langfristig- und kurzfristig gebundenen Vermögen ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Strukturelle Veränderungen ergaben sich durch den Abbau der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die zu einem Zuwachs der liquiden Mittel führten. Die liquiden Mittel bilden mit 77% relativ und absolut den größten Bilanzposten der Aktivseite. Die Investitionstätigkeit der Gesellschaft, die über den Abschreibungen des Geschäftsjahres lag, bedingt den Anstieg des Anlagevermögens auf T€ 844 (Vorjahr: T€ 557).

Dies außerordentlich gute Geschäftsentwicklung führt zum Ausweis eines positiven Eigenkapitals in Höhe von T€ 277 (Vorjahr: ./. T€ 669). Die Eigenkapitalquote beträgt 2,4%. Das Fremdkapital reduzierte sich im Wesentlichen durch den Abbau der Lieferantenverbindlichkeiten um T€ 975 auf T€ 10.995. Gegenläufig war der Aufbau von Rückstellungen, die überwiegend ausstehende Rechnungen beinhalten. Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten zum Stichtag Darlehensverpflichtungen und die Instandhaltungsrücklage. Die Einzahlungen für Einnahmen nach dem Stichtag (passive Rechnungsabgrenzungsposten) reduzierten sich um T€ 275 auf T€ 561 (Vorjahr: T€ 836).

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, über die zu berichten wäre, sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

4. Risikobericht

Wir verfolgen eine kontinuierliche Unternehmensentwicklung. Unser Ziel ist es dabei auch, die finanzielle Abhängigkeit von unserem Hauptmieter zu verringern. Die erfolgreiche Umsetzung unserer Unternehmensziele ist wie jedes unternehmerische Handeln mit Risiken behaftet. Voraussetzung für eine erfolgreiche Tätigkeit ist, dass die strategischen und operativen Risiken erkannt, bewertet und gemeldet werden. Aufgrund der überschaubaren Größe des Unternehmens und der auf diese Größe abgestimmten und eingerichteten Maßnahmen ist gewährleistet, dass die Unternehmensleitung zeitnah über mögliche Risiken der künftigen Entwicklung informiert wird. Darüber hinaus wird der Aufsichtsrat durch die an den Grundsätzen der aktienrechtlichen Pflichten ausgerichtete Berichterstattung zeitnah über die Entwicklung des Unternehmens informiert und in wichtige Entscheidungen eingebunden.

4.1 Vermietungs- und Preisrisiken, Ausfallrisiken

Mit dem Berliner Fußballclub Hertha BSC bestehen langfristige vertragliche Vereinbarungen zur Nutzung des Olympiastadions. Durch diese Primärnutzung sind die weiteren Nutzungs- und Vermarktungsmöglichkeiten des Stadions in zeitlicher und räumlicher Hinsicht begrenzt. Weiterhin ist die Nutzungsintensität von der Ligazugehörigkeit des Clubs abhängig. Während die Spiel der ersten Bundesliga von Freitag bis Sonntag stattfinden, erstrecken sich die Spieltage in der zweiten Bundesliga auch noch auf den Montag. Eine langfristige Alternativvermarktung des Stadions ist während der Bundesliga wegen der kurzfristigen Festlegung der Spieltage nicht planbar.

Vor diesem Hintergrund und der vertraglichen Vereinbarungen zum Mietzins, der sich hinsichtlich der Höhe auch am sportlichen Erfolg des Clubs orientiert, besteht eine zeitliche und hohe finanzielle Abhängigkeit vom sportlichen und damit auch wirtschaftlichen Erfolg des Fußballclubs. Zur Vermeidung von Ausfallrisiken hat das Unternehmen ein Forderungsmanagement und zeitnahes Mahnwesen installiert. Für das folgende Wirtschaftsjahr erwartet die Gesellschaft wegen des Abstiegs des Clubs in die zweite Fußballbundesliga deutlich Umsatzrückgänge.

Zur Risikominimierung plant die Geschäftsführung die Konzeption neuer Veranstaltungsformate. Hierbei sollen auch Veranstaltungsreihen entstehen, die witterungsunabhängig im Gebäude des Olympiastadions durchgeführt werden können.

Der Besucherzustrom, die Akquisition von Großveranstaltungen und auch die Vermarktung des Stadions als Eventlocation sind von der Konsumneigung der privaten Haushalte und der Investitionsbereitschaft der Unternehmen abhängig. Beides steht im Zusammenhang mit der nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung. Die Entwicklung der europäischen Schuldenkrise, die mit einer Banken- und Staatskrise einhergeht, ist derzeit noch nicht abschätzbar. Eine Eskalation der Krise ist das Hauptrisiko auch für die deutsche Wirtschaft. Die Eintrittswahrscheinlichkeit einer Eskalation wird von führenden Wirtschaftsforschungsinstituten aktuell nahezu genauso groß eingeschätzt, wie eine Beruhigung der Finanzmarktlage. Bei einer rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung können sich negative Effekte auf die Ertragslage des Unternehmens ergeben.

4.2 Instandhaltungs- und Instandsetzungsrisiken

Ein funktionsfähiges und attraktives Stadion stellt die Betriebsgrundlage der unternehmerischen Tätigkeit dar. Das Unternehmen betreibt daher eine nachhaltige Instandhaltungs- und Instandsetzungspolitik für das Gesamtgelände. Das jährliche Instandhaltungsbudget beträgt T€ 900. Darüber hinausgehende Maßnahmen finanziert der Eigentümer des Stadions. Unterschreiten die laufenden Instandhaltungen den Betrag von T€ 900 werden in Höhe der Differenz verzinsliche Rücklagen gebildet. Ein Liquiditätsrisiko besteht daher nicht.

Ein aktives Monitoring, regelmäßige Objektbegehungen des technischen Personals und Berichtspflichten externer Dienstleister begrenzen das allgemeine Instandsetzungsrisiko. Behördlich vorgeschriebene Turnusuntersuchungen an den technischen und baulichen Einrichtungen werden regelmäßig durchgeführt.

4.3 Betreiber-/ Veranstaltungsrisiko

Für das Stadion entstehen nutzungsabhängige Unterhalts- und Betriebskosten und Fixkosten. Insbesondere die verbrauchsabhängigen Kosten sind von der allgemeinen Preisentwicklung abhängig. Dabei ist die Gesellschaft von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und vor allem von der Entwicklung der Rohstoffpreise und den politischen Entscheidungen hinsichtlich der Energiewende, die zu deutlichen Preiserhöhungen bei den Energiekosten führt, abhängig.

Die vom Gebäude ausgehenden Risiken werden durch Versicherungen (Gebäudehaftpflicht-, Veranstaltungshaftpflichtversicherung) gedeckt. Darüber hinaus sind die jeweiligen externen Veranstalter zum Abschluss einer gesonderten Versicherung für den Veranstaltungstag vertraglich verpflichtet.

4.4 Betriebsunterbrechung und Totalverlust des gemieteten Objekts

Gegen Beeinträchtigungen, die zur Betriebsunterbrechung oder zu Nutzungseinschränkungen führen, hat die Gesellschaft eine Betriebsunterbrechungsversicherung abgeschlossen. Das Risiko des Totalverlustes des gemieteten Objekts ist entsprechend der vertraglichen Vereinbarungen mit dem Eigentümer ausreichend abgedeckt. Vermögensverluste bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie der Elektronik sind ebenfalls durch entsprechende Versicherungen abgesichert.

5. Prognosebericht

Die weltwirtschaftliche Entwicklung, insbesondere der weitere Fortgang der Staats- und Finanzkrise der Eurozone, sind für den weiteren Jahresverlauf der deutschen Wirtschaft von großer Bedeutung. So bleibt eine Eskalation der europäischen Schuldenkrise das Hauptrisiko für die weltwirtschaftliche und damit auch die deutsche Entwicklung. Unter der Annahme die Schulden- und Ban-

kenkrise nicht dramatisch eskaliert wird für das Jahr 2012 ein Zuwachs des BIP im Jahresdurchschnitt von 0,7% prognostiziert[6]. Dabei soll die Binnennachfrage einen maßgeblichen Beitrag zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Für die privaten Konsumausgaben wird ein Anstieg von 1,3%[4] im Jahr 2012 prognostiziert. Für das Jahr 2013 wird bei positivem Verlauf der Schuldenkrise ein Zuwachs des BIP von 1,3% vorausgesagt. Vor dem Hintergrund steigender Energiekosten wird ein Anstieg der Verbraucherpreise von 2% erwartet.

Wegen des Abstiegs von Hertha BSC in die zweite Bundesliga werden sich Umsatzrückgänge im Geschäftsjahr 2012/2013 ergeben, die unter anderem abhängig von der Zuschaueranzahl bei den Heimspielen sind. In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Clubs können sich auch Liquiditätsausfälle und -risiken ergeben.

Vor dem Hintergrund des durch die Spieltage der zweiten Bundesliga zeitlich eingeschränkten Vermarktungszeitraums stehen weniger Veranstaltungstage für außersportliche Live-Events (Großveranstaltungen) zur Verfügung. Auch in diesem Bereich erwartet die Gesellschaft einen deutlichen Umsatzrückgang. Gleichwohl steht die Konzeption und Umsetzung neuer Veranstaltungsformate im Fokus für das Geschäftsjahr 2012/2013.

Für den Bereich Special & Business Events, Besucherprogramme, Medienbetreuung (Film/Foto), Merchandising und Stadionvermarktung werden Einnahmen auf dem Vorjahresniveau erwartet.

Das strenge Kostenmanagement wird auch im Geschäftsjahr 2012/2013 fortgeführt und durch die Inbetriebnahme eines CAFM-Systems unterstützt. Nach Analyse von Schwachstellen und einer Neustrukturierung interner Prozesse und Zuständigkeiten wurden Dienstleistungspakte neu ausgeschrieben. Unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Kostensenkung und der prognostizierten Preissteigerungen plant die Geschäftsleitung relativ leicht steigende Betriebs- und Unterhaltskosten. Insgesamt erwartet die Geschäftsführung ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Die Liquiditätslage wird auf Basis der getroffenen Annahmen, bei Einhaltung aller vertraglichen Zusagen, als gesichert eingeschätzt.

Wegen der bestehenden Unsicherheiten im Hinblick auf die sportliche Entwicklung des Hauptnutzer und damit auch der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie den Verlauf der europäischen Schuldenkrise und die weltwirtschaftliche Entwicklung ist derzeit nicht absehbar, ob die getroffenen Annahmen und Einschätzungen in dem geplanten Umfang eintreffen. Auch können für das Wirtschaftsjahr 2013/2014 keine Aussagen zur Unternehmensentwicklung getroffen werden.

[6] ifo Konjunkturprognose 2012/2013 vom 28.06.2012, IfoInstitut Leibniz-Institut für deutsche Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

6. Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCG)

Die Olympiastadion Berlin GmbH entspricht den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Codex in der Fassung von Februar 2009. Die Entsprechens-Erklärung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat ist in der Anlage zum Lagebericht enthalten.

Berlin, September 2012

Die Geschäftsführung der
Olympiastadion Berlin GmbH

Joachim E. Thomas

Olympiastadion Berlin GmbH, Berlin
Olympischer Platz 3, 14053 Berlin

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT des Jahresabschlusses zum 30.06.2012

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat		
I.1	• Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Mitarbeiter wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	• Sitzungen des Aufsichtsrats.	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen regelmäßig unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten.
I.3	• Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.	Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrats an die Geschäftsführung (Geschäftsordnung vom 21.04.2007) für die Geschäftsleitung.

Olympiastadion Berlin GmbH, Berlin
Olympischer Platz 3, 14053 Berlin

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT des Jahresabschlusses zum 30.06.2012

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
I.4	• Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.	Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht entsprechend § 90 AktG regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend. (mind. 2 Wochen vor der Sitzung) Geschäftsplanungen erfolgten für das laufende und die folgenden drei Geschäftsjahre. Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.
I.5	• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsmäßiger Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtrats gewahrt. D&O-Versicherungen sind ohne Selbstbehalt für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgeschlossen worden.

Olympiastadion Berlin GmbH, Berlin
Olympischer Platz 3, 14053 Berlin

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT des Jahresabschlusses zum 30.06.2012

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
II. Geschäftsleitung		
II.1	• Pflicht, den Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.	Der Geschäftsführer hat seine Tätigkeit nach bestem Wissen und Gewissen ausgeübt und ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein der Größe des Unternehmens entsprechendes Risikomanagement und Risikocontrolling.
II.2	• Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen	Im Geschäftsjahr war nur ein Geschäftsführer bestellt. Eine Geschäftsverteilung war daher nicht erforderlich. Zustimmungspflichtige Geschäfte sind im Anstellungsvertrag des Geschäftsführers und im Gesellschaftsvertrag geregelt. Die am 21.04.2007 in Kraft getretene Geschäftsordnung wurde beachtet.
II.3	• Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der	Die Vergütung des Geschäftsführers enthält neben dem Fixum auch einen erfolgsabhängigen Bestandteil. Für die erfolgsabhängige Vergütung werden jährliche Zielvereinbarungen getroffen. Die Festvergütung wurde unter

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
	Geschäftsleitung. • Veröffentlichung der Einzelvergütung	Beachtung der Aufgaben und Leistungen des Geschäftsführers, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt und betrug im Geschäftsjahr insgesamt T€ 147; bei der Festlegung der Vergütungen wurden andere Bezüge nicht berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden. Die im Geschäftsjahr gezahlte variable Vergütung für die Zielerreichung des Vorjahres (Verbrauch von Rückstellungen) betrug T€ 39. Für die variable Vergütung des laufenden Geschäftsjahres wurde eine Rückstellung gebildet, die in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Personalaufwand ausgewiesen wird.
	• Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap.	Regularien zum Abfindungs-Cap waren im Geschäftsjahr nicht existent.

III. Aufsichtsrat

III.1	• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats.	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat vom 05.11.2004 wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen Regelungsbedarf. Er hat einzelne Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.

Olympiastadion Berlin GmbH, Berlin
Olympischer Platz 3, 14053 Berlin

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT des Jahresabschlusses zum 30.06.2012

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
III.2	• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.	Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Die Entscheidungen des Aufsichtsrats werden im Plenum getroffen.
III.3	• Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.	Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsführung hat dem Aufsichtsrat quartalsweise über die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft entsprechend § 90 AktG berichtet. Die Geschäftsleitung hatte im Berichtsjahr über wichtige Ereignisse unterrichtet und gemeinsam entsprechend den Aufsichtsratsbeschlüssen entschieden. Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine wichtigen Ereignisse über die er unterrichtet wurde. Es hat keine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden.

Olympiastadion Berlin GmbH, Berlin
Olympischer Platz 3, 14053 Berlin

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT des Jahresabschlusses zum 30.06.2012

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
III.4	• Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.	Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse gebildet.
III.5	• Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates.	Zwei Aufsichtsratsmitglieder haben weitere Mandate inne, wobei ein Aufsichtsratsmitglied weiteren 3 und ein anderes Aufsichtsratsmitglied weiteren 8 Aufsichtsräten angehört. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. In Übereinstimmung mit den gesellschaftsvertraglichen Regelungen i.d.F. vom 14.12.2007 wurden insgesamt € 1.650,00 als Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder gezahlt.
III.6	• Vorlage der Zielvereinbarung	Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsleitung getroffene jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.
III. 7. und 8.	• Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats.	Die im Berichtsjahr abgehaltenen Aufsichtsratssitzungen erfolgten mit Ausnahme einer Sitzung unter vollständiger Präsenz aller Aufsichtsratsmitglieder. Im Fall der Abwesenheit erfolgte eine schriftliche Stimmabgabe im Vorfeld der Aufsichtsratssitzung.

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT des Jahresabschlusses zum 30.06.2012

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
		Der Aufsichtsrat hat sich in keiner Sitzung im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Interessenkonflikte

IV.1	• Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung	Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
IV.2	• Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
IV.3 und 4	• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats.	Berichtspflichtige Interessenkonflikte bestanden nicht.

Olympiastadion Berlin GmbH, Berlin
Olympischer Platz 3, 14053 Berlin

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT des Jahresabschlusses zum 30.06.2012

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
IV.5	• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/ mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats.	Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen sind nicht erfolgt. Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen bestehen nicht. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.
IV.6	• Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung.	Der Geschäftsführer ist ehrenamtlicher Vorsitzender des Verbandes der deutschen Stadionbetreiber. Weiterhin hat der Geschäftsführer ein Aufsichtsratsmandat bei einem privatwirtschaftlichen Unternehmen inne. Beide Tätigkeiten wurden vom Aufsichtsrat genehmigt.
IV.7	• Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrats und an Angehörige.	Der Geschäftsleitung und den Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

Olympiastadion Berlin GmbH, Berlin
Olympischer Platz 3, 14053 Berlin

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT des Jahresabschlusses zum 30.06.2012

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
V. Transparenz		
V. 1 und 2	• Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- und Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet.	Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind im Lagebericht der Gesellschaft dargestellt. Aufsichtsrat und Gesellschafter wurden darüber unverzüglich unterrichtet; Unternehmensinformationen wurden nicht über das Internet veröffentlicht.
VI. Rechnungslegung		
VI. 1 bis 3	• Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterung der Zwischenberichte	Der Jahresabschluss wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Die Aufstellung erfolgte innerhalb der Frist nach § 264 Abs. 1 HGB von 90 Tagen nach Geschäftsjahresende. Die Feststellung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung erfolgt entsprechend § 42a Abs. 2 GmbHG bis zum Ablauf der ersten acht Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres. Die Zwischenberichte wurden vom Aufsichtsrat mit dem Vorstand erörtert.

Olympiastadion Berlin GmbH, Berlin
Olympischer Platz 3, 14053 Berlin

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT des Jahresabschlusses zum 30.06.2012

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
VII. Abschlussprüfung		
VII. 1	• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe	Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer eine Erklärung darüber erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
VII. 2	• Erteilung des Prüfungsauftrags und Honorarvereinbarung	Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.
VII. 3	• Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung	Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet.

Olympiastadion Berlin GmbH, Berlin
Olympischer Platz 3, 14053 Berlin

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT des Jahresabschlusses zum 30.06.2012

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
	• Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegeben Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.	Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.
VII. 4	• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss.	Der Abschlussprüfer hat an der Sitzung des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss zum 30.06.2011 teilgenommen und über die von ihm durchgeführte Jahresabschlussprüfung sowie wesentliche Prüfungsergebnisse berichtet. Der Abschlussprüfer wird auch zu der Sitzung des Aufsichtsrates über das dem genannten Abschlussstichtag folgende Wirtschaftsjahr eingeladen.

Die Olympiastadion Berlin GmbH entspricht den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Codex in der Fassung vom 17. Februar 2009.

Berlin, September 2012

Olympiastadion Berlin GmbH

Berichtszeitraum vom 01. Juli 2011 bis 30. Juni 2012

Bezüge des Geschäftsführers Herrn Joachim E. Thomas

Vergütungsbestandteil	**Betrag in Euro**
Geschäftsführervergütung	139.999,92
Erfolgsabhängige Vergütung	38.500,00
Urlaubsabgeltung	13.997,88
Summe	**192.497,80**
Sachbezüge	6.375,00
Gesamtbezüge 2011/2012	**198.872,80**

Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates der Olympiastadion Berlin GmbH

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit folgende Vergütung:

Mitglied des Aufsichtsrates	**Betrag in Euro**
Herr Senator Frank Henkel (AR-Vorsitzender)	300,00
Frau Monika Randow (stellv. AR-Vorsitzende)	300,00
Herr Senator a.D. Klaus Böger (AR-Mitglied)	600,00
Herr Staatssekretär Thomas Härtel (AR- Vorsitzender)	300,00
Frau Staatssekretärin Iris Spranger (stellv. AR-Vorsitzende)	150,00

STADT UND LAND

Wohnbauten-Gesellschaft

mit beschränkter Haftung

KONZERNLAGEBERICHT UND LAGEBERICHT der STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH

1. ÜBERBLICK KONZERNSTRUKTUR UND RAHMENBEDINGUNGEN

1.1 KONZERNAUFBAU

Die STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH (STADT UND LAND) ist die Muttergesellschaft und leitende Einheit des Konzerns. Das Kerngeschäft besteht aus der Vermietung und Bewirtschaftung von Wohn- und Gewerbeimmobilien. Die Immobilien des STADT UND LAND-Konzerns befinden sich im Süden, Südosten und Osten Berlins.

Die STADT UND LAND ist Anteilseignerin an folgenden Unternehmen:

– WoGeHe Wohnungsbaugesellschaft Hellersdorf mbH (WoGeHe); Anteil 100 %
Der Immobilienbestand der WoGeHe Wohnungsbaugesellschaft Hellersdorf mbH konzentriert sich auf die Großsiedlung Hellersdorf im Ostteil der Stadt.

– WoBeGe Wohnbauten- und Beteiligungsgesellschaft mbH (WoBeGe); Anteil 100 %
Zum Geschäftsfeld des Unternehmens WoBeGe gehören im Wesentlichen die Maklertätigkeit und die Verwaltung von Wohnungseigentumsanlagen.

– STADT UND LAND Facility-Gesellschaft mbH (Facility); Anteil 100 %
Zentraler Gegenstand der STADT UND LAND Facility sind Hauswartdienstleistungen aller Art für die Immobilien des Konzerns.

– SIWOGE 1992, Siedlungsplanung und Wohnbauten Gesellschaft mbH (SIWOGE); Anteil 50 %
Die SIWOGE widmet sich der Aufgabe der städtebaulichen, planungsrechtlichen und erschließungstechnischen Entwicklung von Grundstücken in Neuenhagen und Rehfelde bei Berlin.

– SOPHIA Berlin GmbH (Soziale Personenbetreuung Hilfe im Alltag - SOPHIA); Anteil 50 %
Die SOPHIA bietet soziale Personenbetreuung und Hilfen im Alltag und erarbeitet dazu individuell abgestimmte Betreuungskonzepte, insbesondere für Senioren.

Die STADT UND LAND hat 2008 Ergebnisabführungsverträge mit den verbundenen Unternehmen WoGeHe und Facility abgeschlossen.

Der Lagebericht der STADT UND LAND wurde mit dem Lagebericht des Konzerns gemäß § 315 Abs. 3 i. V. m. § 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst.

1.2 MARKTÜBERBLICK

Die wohnungswirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im Geschäftsjahr 2012 positiv entwickelt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg ersten Prognosen zufolge um 0,7 %, für 2013 wird ein Wachstum von 0,9 % und für 2014 von rund 2 % erwartet. Auch die Anzahl der Erwerbstätigen stieg im Berichtsjahr um 1,0 % weiter an. Die deutsche Wirtschaft erwies sich 2012 in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld als sehr stabil. Trotz den Folgen der Eurokrise und der Finanzprobleme europäischer Länder gibt es starke Wachstumsimpulse aus dem Inland und zunehmend Interesse ausländischer Investoren an

Anlagemöglichkeiten in Deutschland. Langfristig sind in der Immobilienwirtschaft nicht ausschließlich monetäre Aspekte von Relevanz, der demographische Wandel, der Trend zu Singlehaushalten und der Klimaschutz gewinnen im Sinne der Nachhaltigkeit zunehmend an Bedeutung. Die Aufgabenstellungen der Wohnungswirtschaft ergeben sich stets aus der Gesamtentwicklung des Berliner Immobilienmarktes und den individuellen Veränderungen der Stadtquartiere.

Das Wirtschaftsjahr 2012 verlief für Berlin positiv, das Wirtschaftswachstum war mit 1,4 % stärker als in anderen deutschen Bundesländern. Für das Jahr 2013 wird ein Wachstum von rund 1,6 % prognostiziert. In Berlin wirken mehrere Faktoren synergetisch wachstumsfördernd und stabilisierend. Neben dem stark ausgeprägten Dienstleistungssektor ist Berlin einerseits von einem starken Tourismus geprägt, wovon Handels-, Hotel- und Gastgewerbe profitieren. Andererseits ist Berlin einer der wichtigsten Wissenschaftsstandorte in Europa. Darüber hinaus entwickelt sich auch die Industrie- und Bauwirtschaft positiv. Dieser Trend spiegelt sich auch in einer moderat positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes wider. Die Arbeitslosenquote lag mit 12,3 % zum Ende des Geschäftsjahres um etwa einen Prozentpunkt unter dem Niveau des Vorjahres. Berlin ist weiterhin ein attraktiver Standort, worauf der stetige Bevölkerungszuwachs seit 2005 zurückzuführen ist, auch weiterhin wird eine steigende Tendenz prognostiziert. Dieser Verlauf wird das Angebot auf dem Wohnungsmarkt zunehmend verknappen, mittelfristig ist in Berlin daher nicht von einer Entspannung des Marktes auszugehen. War bislang überwiegend das niedrige Marktpreissegment betroffen, trifft die Verknappung des Angebots nunmehr zunehmend auch das mittlere Marktsegment. Lediglich im hochpreisigen Bereich ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zu verzeichnen.

Die Durchschnittsmieten stiegen in allen Berliner Bezirken an, nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erhöhten sie sich im Jahr 2012 um 1,6 %, womit sie allerdings unter der Teuerungsrate von 2,4 % lagen. Differenziert betrachtet zeigten die Angebotsmieten in zentralen Stadtlagen einen deutlich stärkeren Anstieg als in Stadtrandlagen. Im Vergleich zu moderaten Steigerungen im unteren Preissegment war im oberen Preissegment ein deutlich höherer Anstieg zu registrieren. Darin spiegelt sich die Spreizung der Einkommensverteilung wider, die auch zukünftig für den Berliner Wohnungsmarkt von Relevanz sein wird. Insgesamt resultiert aus der Verknappung des Angebots ein Bedarf an neuen Wohnungen. Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. (BBU) schätzt den Bedarf bis zum Jahr 2020 auf ca. 60.000 neue Wohnungen.

1.3 WICHTIGE VORGÄNGE IM GESCHÄFTSJAHR 2012

BÜNDNIS FÜR SOZIALE WOHNUNGSPOLITIK UND BEZAHLBARE MIETEN

Die STADT UND LAND schloss sich dem „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ des Berliner Senates an. Mit der Unterzeichnung des Bündnisses leistet die STADT UND LAND ihren Beitrag für eine ausgewogene Mietentwicklung im eigenen Wohnungsbestand und in Berlin. Zielsetzung ist es, auch weiterhin allen Bevölkerungsschichten zeitgemäßen Wohnraum anzubieten und insbesondere einkommensschwache Haushalte mit einem Wohnberechtigungsschein bei der Wohnraumversorgung zu unterstützen.

KONTINUIERLICHER ABBAU DES WOHNUNGSLEERSTANDS

Durch die Intensivierung der Neumietergewinnung, zielgerichtete Maßnahmen des Produktmarketings sowie die Nutzung verschiedener Vertriebskanäle konnten deutlich mehr Vermietungen erreicht werden, sodass sich der Wohnungsleerstand signifikant verringerte.

WIEDERBESTELLUNG DES GESCHÄFTSFÜHRERS INGO MALTER

Der Aufsichtsrat der STADT UND LAND hat in der 203. Sitzung im September beschlossen, Herrn Ingo Malter für den Zeitraum vom 1. August 2013 bis zum 31. Juli 2018 als Geschäftsführer zu bestellen. Für die Tochtergesellschaften WoGeHe und WoBeGe erteilte der Aufsichtsrat gleichlautende Ermächtigung an die STADT UND LAND als Gesellschafter.

BETRIEBLICHES GESUNDHEITSMANAGEMENT

Angesichts der sozialen Verantwortung des Unternehmens und der demografischen Entwicklung der Belegschaft wurde ein Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) eingeführt. Unterstützend wurde ein Familienserviceunternehmen vertraglich gebunden, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie insbesondere in schwierigen Lebenslagen sicherzustellen. Als Auftakt fand im Oktober 2012 erstmals ein konzernweiter Gesundheitstag statt.

AUFBAU DER STABSSTELLE RECHT

Die Stabsstelle „Recht“ wird alle Organisationseinheiten in den jeweiligen Rechtsgebieten beraten und unterstützen. Zu den Aufgaben zählen dabei die Normierung von vertraglichen Standards, die Erarbeitung, Verhandlung und Prüfung von Verträgen, die Steuerung, Auswertung und Abstimmung laufender Prozesse, sowie die Koordination des Datenschutzes. In Zusammenarbeit mit Anwaltskanzleien, Notaren und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften wird die Rechtssicherheit der Unternehmenstätigkeit sichergestellt.

WAHL DER FRAUENVERTRETERIN

In Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) wurde im März 2012 eine Frauenvertreterin gewählt, um bei der STADT UND LAND eine aktive berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern sicherzustellen. In einem ersten Reporting konnte eine sehr positive Bilanz zur Situation der Frauen im Unternehmen gezogen werden.

SHARED SERVICES

Auf Initiative des Gesellschafters haben sich die sechs kommunalen Wohnungsbaugesellschaften auf Projektebene für ausgewählte Sachthemen zusammengeschlossen. Durch die Bildung von taktischen Allianzen, Koordination bei langfristigen Beschaffungsvorgängen und gesellschaftsübergreifenden Abschlüssen von Rahmenverträgen mit Dritten sollen Synergien genutzt und Kosteneinsparungen erreicht werden. Der Leitgedanke einer Shared Service Center Organisation steht dabei im Vordergrund.

2. BESTANDSMANAGEMENT UND PORTFOLIOENTWICKLUNG

2.1 BESTANDSENTWICKLUNG

Neben der Bewirtschaftung der eigenen Immobilien nimmt die STADT UND LAND auch für Dritte die Bewirtschaftung von Objekten wahr.

BESTAND per 31.12.2012	STADT UND LAND Mieteinheiten	WoGeHe Mieteinheiten	WoBeGe Mieteinheiten	KONZERN 2012 Mieteinheiten	KONZERN 2011 Mieteinheiten	Veränderung Mieteinheiten
EIGENER BESTAND	**30.815**	**16.292**	**256**	**47.363**	**47.203**	**160**
VERWALTUNG FÜR DRITTE	**2.186**	**0**	**6.455**	**8.641**	**8.683**	**-42**
davon:						
1. Fremdverwaltung	2.113	0	4.011	6.124	6.029	95
2. Geschäftsbesorgung	73	0	2.444	2.517	2.654	-137
3. Restitution	0	0	0	0	0	0
VERWALTUNG GESAMT	**33.001**	**16.292**	**6.711**	**56.004**	**55.886**	**118**
darunter: Wohnungen	24.659	14.667	5.300	44.626	44.642	-16
Eigener Bestand	24.556	14.667	208	39.431	39.389	42
Fremdverwaltung	95	0	3.757	3.852	3.855	-3
Geschäftsbesorgung	8	0	1.335	1.343	1.398	-55
Restitution	0	0	0	0	0	0

MIETE UND BETRIEBSKOSTENMANAGEMENT

Die durchschnittlich erzielten Mietpreise haben sich im Geschäftsjahr trotz des Mietenerhöhungs-Moratoriums in der Verhandlungsphase des „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ planmäßig entwickelt. So stieg 2012 die durchschnittliche Grundmiete je Quadratmeter vermieteter Wohnfläche in den vom Bestandsmanagement verwalteten Beständen von 4,90 €/m² im Jahr 2011 um 1,4 % auf 4,97 €/m². Im Immobilienportfolio der STADT UND LAND Einzelgesellschaft hat sich die durchschnittliche Grundmiete je Quadratmeter um 1,8 % von 4,97 €/m² im Jahr 2011 auf 5,06 €/m² verbessert. Die STADT UND LAND wirkt den ansteigenden Betriebskosten mit einem professionellen Betriebskostenmanagement entgegen.

VERMIETUNG UND VERMARKTUNG

Durch die positive Marktentwicklung, Image- und Marketingaktivitäten und einen professionellen Marktauftritt wurde der Wohnungsleerstand gegenüber dem Vorjahr von 3,9 % auf 2,8 % im Konzern verringert. Trotz der Vielzahl von Baumaßnahmen, insbesondere im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, konnte der Leerstand im eigenverwalteten Wohnungsbestand der STADT UND LAND gegenüber dem Vorjahr um von 3,9 % auf 3,0 % reduziert werden.

FORDERUNGSMANAGEMENT

Mit Hilfe eines qualifizierten Forderungsmanagements des Unternehmens konnten präventiv zahlreiche Räumungen sowie anberaumte Räumungen abgewendet werden. Des Weiteren konnten die Rückstände aus Mieten gegenüber dem Vorjahr erneut verringert werden. Durch die drei Mietschuldenberater des Unternehmens konnten Mieter in schwierigen Situationen beraten und betreut werden. Der rasche Dialog zwischen Mieter, Mietschuldenberater und Vermieter/Verwalter trägt signifikant zur positiven Entwicklung bei den offenen Forderungen bei.

2.2 QUARTIERS- UND STANDORTENTWICKLUNG

Umfangreiche Sanierungsprojekte und individuelle Wohnungsumbauten, die speziell auf die Bedürfnisse älterer Mieterinnen und Mieter ausgerichtet sind, führen zu einer nachhaltigen Entwicklung der Wohnquartiere. So realisierte die STADT UND LAND in Kooperation mit der Diakonie-Station Lichtenrade das Projekt „Wohnen im Dreiklang“. Am Lichtenrader Damm 216 - 220 entstanden 115 nahezu barrierefreie Seniorenwohnungen, die aufgrund der Nachfrage an diesem Standort und dem Konzept kurzfristig vermietet werden konnten. Um den Service für die Zielgruppe der Senioren weiter auszubauen, steht die unternehmenseigene Seniorenbeauftragte für alle des selbstständigen Wohnens im Alter zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen und der Tochtergesellschaft, SOPHIA Berlin GmbH, berät sie ältere Mieter bei erforderlichen Wohnraumanpassungen oder Wohnungswechseln. Im Jahr 2012 wurden 46 technische Maßnahmen in Wohnungen realisiert, um älteren Mietern das eigenständige, längere Wohnen in ihren Wohnungen zu ermöglichen; dabei wurde teilweise mit der Pflegekasse zusammengearbeitet.

Nach dem Standortwechsel des Servicebüros Treptow im Vorjahr fanden im Jahr 2012 ein weiterer Standortwechsel und der Umbau eines Servicebüros statt. Das Servicebüro Tempelhof zog von der Hoeppnerstraße 104 an den Tempelhofer Damm 188. Durch die zentrale Lage wird eine optimale Erreichbarkeit für unsere Mieter und Interessenten gewährleistet. Darüber hinaus erfolgten der Umbau und die Modernisierung des Servicebüros Hermannstraße, wodurch eine Verbesserung des Arbeitsbereiches erzielt wurde, die gleichermaßen unseren Mietern im Rahmen einer optimierten Kundenorientierung als auch unseren Mitarbeitern durch verbesserte Arbeitsverhältnisse zu Gute kommt.

Der Konzern unterstützte auch im Jahr 2012 wiederum verschiedene soziale, kulturelle und sportliche Aktivitäten sowie zahlreiche Quartiersinitiativen und Vereine. Dabei engagierte sich das Unternehmen in sehr unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, um die Attraktivität der Quartiere zu erhöhen und die Nachbarschaften zu stärken.

INVESTITIONEN UND INSTANDHALTUNG

Im Geschäftsjahr 2012 investierte die STADT UND LAND 19,5 Mio. € in 12 Bauprojekte. In der Bauvorbereitung für die Bauplanung sind sieben weitere Wohnungs- und Gewerbeprojekte. Die strategischen Ziele des Unternehmens wurden somit konsequent fortgeführt. Im Fokus standen hierbei insbesondere die kontinuierliche Bestandsentwicklung, die Modernisierung von Objekten mit zeitgemäßer Ausstattung, die Berücksichtigung der energetischen Erfordernisse und die Nutzung erneuerbarer Energien. Diese Maßnahmen waren verbunden mit dem wesentlichen Ziel einer Reduzierung des CO_2-Ausstoßes. Durch den Austausch von Fenstern, Dämmmaßnahmen und den Einsatz effektiver Heizungsanlagen wurden zusätzlich 220 t CO_2 pro Jahr gespart. Darüber hinaus wurde auf Dachflächen im Hellersdorfer Bestand eine Photovoltaikanlage installiert, die künftig 1,6 GWh Strom pro Jahr erzeugt. Dadurch wurde auch der Energiebedarf der Gebäude gemindert und einer Steigerung der Heiz- und Betriebskosten entgegengewirkt. Für den Werterhalt der Objekte wurden im Rahmen der periodischen Instandsetzungen 3,1 Mio. € investiert. Auch im Jahr 2012 lag der Fokus der Investitionen auf der energetischen Ertüchtigung des Bestandes, die zur Erfüllung der Ziele des mit dem Land Berlin vereinbarten Klimaschutzabkommens 2011 - 2020 beitragen. Mit Hilfe eines effizienten Kostenmanagements werden die Ausgaben für Instandhaltung und Instandsetzung nachhaltig gesenkt. Voraussetzung für den optimalen Instandhaltungseinsatz ist die Verwendung von nachhaltiger Gebäudetechnik sowie technischer Neuerungen für bedarfsgerechte Entwicklungen.

2.3 IMMOBILIENVERÄUßERUNG

Die WoBeGe nimmt als Vertriebsbeauftragte des Konzerns laut bestehendem Rahmenvertrag die Aufgaben der Vermarktung von Wohnungs- und Teileigentum und der Veräußerung von Mietobjekten aus dem Streubesitz wahr.

EINZELPRIVATISIERUNGEN

In den Wohnungseigentumsanlagen wurde der Verkauf an Selbstnutzer fortgesetzt. Die Marktdynamik, ausgelöst durch eine in den letzten rund zwei Jahren stetig wachsende Nachfrage nach Immobilieneigentum, hat dazu geführt, dass die geplanten Verkaufszahlen des Geschäftsjahres übertroffen wurden. Im Jahr 2012 sind 262 Eigentumswohnungen, davon 220 Wohnungen der STADT UND LAND und 42 Wohnungen der WoGeHe in Hellersdorf, verkauft worden.

STREUBESITZ

Von der bestehenden Verkaufsliste wurden 2012 16 Grundstücke mit einem Bestand von insgesamt 12 Wohnungen veräußert. Im Verkauf befindet sich nunmehr ein Restbestand unbebauter und bebauter Grundstücke in nicht zusammenhängenden Streubesitzlagen, deren Haltung und Bewirtschaftung unrentabel ist. Veräußert wurden im Einzelnen 13 Grundstücke mit drei Wohnungen bei der STADT UND LAND und drei Grundstücke mit neun Wohnungen bei der WoGeHe.

2.4 IMMOBILIENANKAUF

Zum 1. Januar 2012 wurden 341 Wohnungen und 12 Gewerbeeinheiten in das Portfolio des Konzerns übernommen. Die Objekte wurden in den Bestand integriert und werden seit der Übernahme erfolgreich bewirtschaftet. Darüber hinaus hat die STADT UND LAND ein Baugrundstück mit einer Größe von rund 13.000 m² im Bruno-Bürgel-Weg 39 im Ortsteil Niederschöneweide (Bezirk Treptow-Köpenick) angekauft. Dieser Grundstücksankauf dient zur Realisierung eines Bauvorhabens, bei dem nach erstem Planungsstand ca. 130 Wohnungen in Geschossbauweise entstehen.

3. PERSONAL- UND SOZIALWESEN

3.1 PERSONALBESTANDSENTWICKLUNG KONZERN

MITARBEITER per 31.12. des Jahres	2012	2011	Veränderung Anzahl
STADT UND LAND	394	405	-11
WoBeGe	55	60	-5
Facility	111	107	4
GESAMT	**560**	**572**	**-12**
darunter STADT UND LAND			
Geschäftsführer	2	2	0
kaufmännische Angestellte	293	301	-8
technische Angestellte	40	40	0
Gewerbliche Mitarbeiter	59	62	-3
STADT UND LAND	**394**	**405**	**-11**
Auszubildende	**32**	**29**	**3**

3.2 PERSONALENTWICKLUNG UND AUSBILDUNG

Im Konzern werden derzeit 32 junge Menschen in den Berufsrichtungen Immobilienkaufmann/-frau (16), Kaufmann/-frau für Bürokommunikation (9) sowie im Dualen Studiengang BWL/Immobilien-wirtschaft (Bachelor of Arts) (7) ausgebildet. Entsprechend der Berliner Vereinbarung zur Nachwuchskräftesicherung vom 1. September 2011 wurde im Berichtsjahr ein zusätzlicher Ausbildungsplatz Kauffrau/-mann für Bürokommunikation geschaffen. Nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung werden alle Absolventen für mindestens ein Jahr übernommen.

Im Jahr 2012 wurde der eingeleitete Führungskräfteentwicklungsprozess fortgesetzt.

Auf der Basis eines systematischen Führungskräfte-Feedbacks haben bis Ende des Jahres alle Führungskräfte an einem individuellen Coaching-Programm teilgenommen.

Im Rahmen des implementierten Performance-Management-Prozesses wurden Mitarbeiterjahresgespräche als Instrument der Personalentwicklung eingeführt. Das bestehende Zielvereinbarungssystem wurde weiterentwickelt und bis auf die Gruppenleiterebene erweitert.

In die Weiterbildung der Mitarbeiter und Führungskräfte wurden im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 466 T€ investiert.

3.3 ORGANISATIONSENTWICKLUNGEN

Von allen Organisationseinheiten werden Qualitätssicherung, Optimierung der Prozessabläufe, Energieeinsparung und CO_2-Reduzierung sowie die Schonung der natürlichen Ressourcen als wichtige Aufgabe betrachtet. Diese Themen gehören zu den wesentlichen Unternehmensleitlinien des Konzerns.

2012 wurde das Integrierte Managementsystem (nach DIN EN ISO 9001 und 14001, BS OHSAS 18001) der STADT UND LAND - bestehend aus dem Qualitätsmanagementsystem (QMS), dem Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagementsystem (AGS) und dem Umweltmanagementsystem (UMS) - turnusmäßig überprüft. Zielstellung ist es, Kundenanforderungen zu ermitteln und Kundenzufriedenheit und sicherzustellen, optimale Unternehmensergebnisse zu erreichen und damit die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Die Überprüfung erfolgte im Rahmen eines Audits durch eine externe Zertifizierungsgesellschaft sowie interne Audits. Die Ergebnisse sind durchweg als positiv zu beurteilen. Das organisationsweite Integrierte Managementsystem wird weiter konsequent optimiert und wirksam gehalten.

4. ERTRAGSLAGE

4.1 ENTWICKLUNG DES GESCHÄFTSERGEBNISSES

JAHRESERGEBNIS	2012	2011	Veränderung
	T€	T€	T€
STADT UND LAND	85.397,0	24.069,7	61.327,3
WoGeHe	0,0	0,0	0,0
WoBeGe	630,4	192,5	437,9
Facility	0,0	0,0	0,0
Gesamt	86.027,4	24.262,2	61.765,2
Eliminierung interner Umsätze / Neutralisierung von Bewertungsansätzen	64.064,3	10,9	64.053,4
	21.963,1	**24.251,3**	**-2.288,2**

ENTWICKLUNG DES GESCHÄFTSERGEBNISSES	2012	2011	Veränderung
	T€	T€	T€
Erlöse und Bestandsveränderung	282.812,2	263.755,0	19.057,2
Aufwendungen	-259.903,6	-235.766,5	-24.137,1
Geschäftsergebnis	**22.908,6**	**27.988,5**	**-5.079,9**
Hausbewirtschaftung inkl. Sonderfaktoren	**8.630,0**	**24.792,6**	**-16.162,6**
davon operatives Ergebnis der Hausbewirtschaftung	27.036,6	18.181,4	8.855,2
darin unkonsolidierte Einzelergebnisse			
STADT UND LAND	17.905,2	10.333,8	7.571,4
WoGeHe	8.514,7	7.016,8	1.497,9
WoBeGe	405,5	185,3	220,2
davon Sonderfaktoren	-18.406,6	6.611,2	-25.017,8
Verkaufstätigkeit & Maklertätigkeit	**9.414,2**	**7.692,2**	**1.722,0**
darin unkonsolidierte Einzelergebnisse			
STADT UND LAND	8.168,5	6.534,4	1.634,1
WoGeHe	348,6	547,3	-198,7
WoBeGe	909,1	550,8	358,3
Übrige Geschäftstätigkeit	**4.864,4**	**-4.496,3**	**9.360,7**
Geschäftsergebnis	**22.908,6**	**27.988,5**	**-5.079,9**
Zins- und Beteiligungsergebnis	730,3	-1.418,2	2.148,5
Steuern	-1.675,8	-2.319,0	643,2
Jahresüberschuss des Konzerns	**21.963,1**	**24.251,3**	**-2.288,2**
darin unkonsolidierte Einzelabschlüsse vor EAV			
STADT UND LAND	72.559,4	13.201,7	59.357,7
WoGeHe	11.764,6	9.688,3	2.076,3
WoBeGe	630,4	192,5	437,9
Facility	1.073,0	1.179,7	-106,7

Auf Basis der Ergebnisabführungsverträge mit der WoGeHe und der Facility weist der STADT UND LAND-Einzelabschluss einen Jahresüberschuss von 85,4 Mio. € (Vorjahr 24,1 Mio. €) auf.

Das Konzern-Geschäftsergebnis beträgt 22,9 Mio. € (Vorjahr 28,0 Mio. €).

Nach Sparten aufgeteilt stellt sich die Ergebnis wie folgt dar:

Die Hausbewirtschaftung inkl. Sonderfaktoren beläuft sich auf 8,6 Mio. € und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 16,2 Mio. € verschlechtert. Dies resultiert ausschließlich aus den Sonderfaktoren, die mit einem Defizit von 18,4 Mio. € in das Ergebnis einfließen und sich damit gegenüber dem Vorjahr um 25 Mio. € verschlechtert haben. Maßgeblichen Einfluss auf die Sonderfaktoren des Hausbewirtschaftungsergebnisses hat die Immobilienbewertung (Saldo aus Zuschreibungen und außerplanmäßigen Abschreibungen). So wurden im Berichtsjahr außerplanmäßige Abschreibungen in erster Linie auf die Grundstückswerte in Höhe von 27,5 Mio. € vorgenommen. Diesen standen Zuschreibungen (Wertaufholung auf die aktuelle Ertragskraft) von 7,5 Mio. € gegenüber. Die Zuschreibungen waren nach handelsrechtlicher Vorschrift zwingend, da bei den betroffenen Objekten in den Vorjahren außerplanmäßige Abschreibungen durchgeführt wurden, die aufgrund der positiven Entwicklung der jeweiligen Ertragswerte nun hinfällig geworden sind. Im Vorjahr ergab sich aus dem Saldo von Zu- und Abschreibungen eine Ergebnis verbessernde Wirkung von 1,2 Mio. €.

Unabhängig von den Bewertungskorrekturen des Anlagevermögens sind in den Sonderfaktoren auch die Auflösung von Rückstellungen (8,3 Mio. €) und die Instandsetzungsanteile umfänglicher Baumaßnahmen (6,7 Mio. €) berücksichtigt.

Das Ergebnis des operativen Bereiches hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8,6 Mio. € auf 27,0 Mio. € verbessert. So konnten die Erlöse trotz rückläufiger Förderung (-1,5 Mio. €) durch weiteren Leerstandsabbau, zusätzliche Mieterlöse durch Ankauf von 341 Wohnungen Ende 2011, Mieterhöhungen im Zusammenhang mit dem planmäßigen Förderabbau und u. a. nach Beendigung von Baumaßnahmen gesteigert werden. Ferner sind die Instandhaltungsaufwendungen gegenüber 2011 vor allem aufgrund von Einmaleffekten gesunken. So wurde 2011 der Instandhaltungsaufwand durch die Bildung einer Rückstellung für Müllabwurfanlagen belastet. 2012 wurde hingegen der Instandhaltungsaufwand erstmalig um die Instandhaltungsrücklage der WEG-Objekte vor dem Hintergrund des BFH-Urteils vom 5. Oktober 2011 entlastet. Auch zeitliche Verschiebungen von Baumaßnahmen ins Folgejahr haben zu einem geringeren Aufwand geführt.

Das Geschäftsfeld Verkaufs- und Maklertätigkeit weist ein Ergebnis von 9,4 Mio. € aus und ist geprägt von den Buchgewinnen aus dem Verkauf von Wohnungseigentum und Streubesitz.

Aus der übrigen Geschäftstätigkeit wurde im Berichtsjahr ein Überschuss in Höhe von 4,9 Mio. € erzielt. Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Mio. € resultiert aus den erhaltenen Erstattungen von Versorgern für Leitungsrechte in Höhe von 3,6 Mio. €, die 2011 bereits als erhaltene Anzahlung verbucht worden waren und der kompletten Auflösung der Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen in Höhe von 3,0 Mio. €. Darüber hinaus erfolgte eine ertragswirksame Korrektur der Instandhaltungsrücklagen der WEG-Objekte aus früheren Jahren (2,7 Mio. €). Die Ansprüche aus der Instandhaltungsrücklage der WEG, die bisher in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand dargestellt wurden, sind nunmehr in den sonstigen Vermögensgegenständen zu bilanzieren.

Das Zins- und Beteiligungsergebnis umfasst Zinserträge für gestundete Restkaufgelder, Abzinsungseffekte aus mittel- und langfristigen Rückstellungen sowie Zinserträge aus Geldanlagen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis um 2,1 Mio. € auf 0,7 Mio. € durch einen geringeren Aufzinsungsbetrag von Rückstellungen verbessert. Das Steuerergebnis in Höhe von -1,7 Mio. € beinhaltet die Zuführung für die Steuerrückstellung der Organträgerin STADT UND LAND sowie der WoBeGe.

5. FINANZLAGE

	2012		2011		Veränderung	
MITTELZUFLUSS/-ABFLUSS	KONZERN	SUL	KONZERN	SUL	KONZERN	SUL
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
aus laufender Geschäftstätigkeit	49.641,1	38.930,3	59.491,3	50.182,1	-9.850,2	-11.251,8
darunter Tilgungspotenzial	77.532,8	53.799,2	57.783,5	37.674,8	19.749,3	16.124,4
aus Finanzierungstätigkeit	-42.577,0	-26.330,7	-47.921,2	-33.954,8	5.344,2	7.624,1
aus Investitionstätigkeit	4.774,7	4.262,7	-17.251,1	-18.555,3	22.025,8	22.818,0
Veränderung der liquiden Mittel	**11.838,8**	**16.862,3**	**-5.681,0**	**-2.328,0**	**17.519,8**	**19.190,3**
Entwicklung der liquiden Mittel						
01.01. des Jahres	36.418,9	18.373,0	42.099,9	20.701,0	-5.681,0	-2.328,0
Veränderung	11.838,8	16.862,3	-5.681,0	-2.328,0	17.519,8	19.190,3
31.12. des Jahres	**48.257,7**	**35.235,3**	**36.418,9**	**18.373,0**	**11.838,8**	**16.862,3**

Die liquiden Mittel des Konzerns betragen zum Bilanzstichtag 48,3 Mio. € (ohne Mietkautionen). Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 11,8 Mio. €.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt 49,6 Mio. € und hat sich gegenüber dem Vorjahr (59,5 Mio. €) um 9,9 Mio. € verringert. Ursächlich hierfür sind u. a. die 2011 einmalig geleisteten Entschädigungszahlungen der Medienversorger nach § 9 Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG). Ferner wurden für Ausgleichszahlungen aus der Berechnung des Barwertnachlasses für Aufwendungsdarlehen 8,7 Mio. € an die IBB ausgezahlt. Das Tilgungspotenzial in Höhe von 77,5 Mio. € ist mehr als ausreichend, um die erforderlichen Tilgungsleistungen zu bedienen.

Der Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit fiel gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Mio. € niedriger aus. Die vertraglichen Tilgungen erhöhten sich auf 40,3 Mio. € (Vorjahresniveau 39,2 Mio. €). Aufgrund der stabilen Liquiditätssituation konnten außervertragliche Tilgungen von 16,6 Mio. € (Vorjahr 10,5 Mio. €) vorgenommen werden.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden die Auszahlungen für werterhöhende Baumaßnahmen und Immobilienankäufe, Ausleihungen an Restkaufgeldern sowie die Einnahmen aus Vermögensabgängen ausgewiesen. Die deutliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist der Kaufpreisbelegung für das Ende 2011 erworbene Immobilienportfolio geschuldet.

6. VERMÖGENSLAGE

6.1 KONZERN

VERMÖGENSAUFBAU KONZERN per 31.12. des Jahres	2012 T€	 %	2011 T€	 %	Veränderung %
AKTIVA					
Langfristiger Bereich	1.541.955	95,9	1.602.443	96,8	-3,8
immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	1.489.164	92,6	1.543.044	93,2	-3,5
Finanzanlagen	50.769	3,2	56.478	3,4	-10,1
Geldbeschaffungskosten und andere langfristige RAP	1.880	0,1	2.783	0,2	-32,4
Aktive latente Steuern	142	0,0	138	0,0	2,9
Kurz- und mittelfristiger Bereich	65.911	4,1	52.866	3,2	24,7
zum Verkauf bestimmte Grundstücke	4.448	0,3	6.132	0,4	-27,5
übriges Vorratsvermögen	1.336	0,1	1.140	0,1	17,2
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände,Vorräte und RAP	11.869	0,7	9.175	0,5	29,4
Flüssige Mittel	48.258	3,0	36.419	2,2	32,5
Vermögen gesamt	**1.607.866**	**100,0**	**1.655.309**	**100,0**	**-2,9**
PASSIVA					
Langfristiger Bereich	1.527.596	95,0	1.549.918	93,6	-1,4
Eigenkapital	390.622	24,3	368.659	22,3	6,0
Rückstellungen	11.772	0,7	13.480	0,8	-12,7
Fremdmittel und langfristige RAP	1.125.202	70,0	1.167.779	70,5	-3,8
Kurz- und mittelfristiger Bereich	80.270	5,0	105.391	6,4	-23,8
Rückstellungen	64.208	4,0	84.073	5,1	-23,6
Verbindlichkeiten	16.062	1,0	21.318	1,3	-24,7
Kapital gesamt	**1.607.866**	**100,0**	**1.655.309**	**100,0**	**-2,9**

Das langfristige Vermögen von 1.542 Mio. € wird zu 99,1 % durch langfristige Mittel in Höhe von 1.527,6 Mio. € gedeckt.

Die langfristigen Fremdmittel wurden durch laufend zufließende Aufwendungsdarlehen erhöht. Diesen stehen vertragliche sowie außervertragliche Tilgungen gegenüber. Im Saldo wurden 42,6 Mio. € zurückgeführt.

6.2 STADT UND LAND

VERMÖGENSAUFBAU STADT UND LAND	31.12.2012 T€	%	31.12.2011 T€	%	Veränderung %
AKTIVA					
Langfristiger Bereich	1.178.893	94,8	1.164.568	96,2	1,2
immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	920.163	74,0	963.825	79,6	-4,5
Finanzanlagen	256.937	20,7	198.884	16,5	29,2
Geldbeschaffungskosten und andere langfristige RAP	1.793	0,1	1.859	0,2	-3,5
Kurz- und mittelfristiger Bereich	64.856	5,2	44.462	3,8	45,9
zum Verkauf bestimmte Grundstücke	4.481	0,4	5.533	0,5	-19,0
übriges Vorratsvermögen	1.314	0,1	1.113	0,1	18,1
Forderungen und sonst Vermögensgegenstände, RAP	23.826	1,9	19.443	1,6	22,5
Flüssige Mittel	35.235	2,8	18.373	1,5	91,8
Vermögen gesamt	**1.243.749**	**100,0**	**1.209.030**	**100,0**	**2,9**
PASSIVA					
Langfristiger Bereich	1.180.281	95,0	1.122.406	92,8	5,2
Eigenkapital	440.733	35,4	355.336	29,4	24,0
Rückstellungen	9.984	0,8	11.174	0,9	-10,7
Fremdmittel und langfristige RAP	729.564	58,7	755.896	62,5	-3,5
Kurz- und mittelfristiger Bereich	63.468	5,0	86.623	7,2	-26,7
Rückstellungen	54.090	4,3	75.067	6,2	-27,9
Verbindlichkeiten	9.378	0,8	11.556	1,0	-18,9
Kapital gesamt	**1.243.749**	**100,0**	**1.209.030**	**100,0**	**2,9**

Der Wert der langfristigen Vermögensgegenstände verringerte sich durch plan- und außerplanmäßige Abschreibungen (55,2 Mio. €) und Verkäufe aus Wohnungseigentumsanlagen sowie Streubesitz. Den Abgängen des Sachanlagevermögens stehen Zugänge aus verschiedenen Baumaßnahmen in Tempelhof, Schöneberg und Treptow von 10,6 Mio. € sowie in geringem Umfang Wertaufholungen gegenüber.

Die Finanzanlagen beinhalten u. a. Buchwertansätze der Tochtergesellschaften und Beteiligungen (198,0 Mio. €), das Gesellschafterdarlehen (10,7 Mio. €) an die WoGeHe sowie Ausleihungen von gestundeten Restkaufgeldern (46,4 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr kommt es zu einer Erhöhung der Finanzanlagen in Höhe von 58,1 Mio. €. Dies resultiert vorrangig aus der Wertaufholung des in der Vergangenheit abgeschriebenen Beteiligungswertes der WoGeHe. Die Wertaufholung von 126,3 Mio. € auf 190,3 Mio. € resultiert aus der verbesserten Ertragskraft der Gesellschaft.

Der Jahresüberschuss der STADT UND LAND Einzelgesellschaft beträgt, nach Übernahme der Gewinne der Tochtergesellschaften WoGeHe und Facility, 85,4 Mio. €. Davon sind 10 % den Gewinnrücklagen zugeführt worden.

Wesentliche finanzwirtschaftliche Kennzahlen haben sich verbessert. So beträgt der Anteil des Eigenkapitals des Konzerns zum Bilanzstichtag 24,3 % (Vorjahr: 22,3 %) des Bilanzvolumens.

Ferner sinkt infolge des Entschuldungsprozesses die Verschuldung von 457,57 €/m² auf 441,33 €/m² (nur STADT UND LAND: von 468,20 €/m² auf 451,96 €/m²). Insbesondere die positive Vermietungsentwicklung fördert die weitere Senkung der Kapitaldienstbelastung (Zinsen und Tilgung, ohne Sondertilgung in Relation zum Umsatz aus Mieten und Förderung) von 49,3 % im Vorjahr auf 48,7 % (nur STADT UND LAND: von 47,0 % auf 45,6 %) im abgeschlossenen Geschäftsjahr.

finanzwirtschaftliche Kennzahlen	2012		2011	
	Konzern	SUL	Konzern	SUL
Eigenkapital/Bilanzvolumen	24,3%	35,4%	22,3%	29,4%
Deckungsverhältnis langfristige Passiva zu langfristigen Aktiva	99,1%	100,1%	96,7%	96,4%
Restschulden inkl. AWD €/m²	441,33	451,96	457,57	468,20
Kapitaldienst ohne Sondertilgung auf Umsatz aus Mieten und Förderung	48,7%	45,6%	49,3%	47,0%
mittlerer Fremdkapitalkostensatz	3,6%	3,3%	3,5%	3,4%

Die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage ist insgesamt geordnet.

7. NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge, die für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der STADT UND LAND von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem 31. Dezember 2012 nicht eingetreten.

8. CHANCEN UND RISIKEN

8.1 RISIKOMANAGEMENT DER STADT UND LAND

Das Risikomanagement zielt auf die systematische und frühzeitige Identifikation von Risiken ab. Potenzielle Risiken werden einmal jährlich nach Risikofeldern, Schadenssummen und Eintrittswahrscheinlichkeiten erfasst und gemeinsam mit den Risikobeauftragten der Bereiche und der Geschäftsführung erörtert.

Im Zuge der Berichterstattung an den Aufsichtsrat erfolgt das Risikomonitoring. Hier werden die für das laufende Geschäftsjahr auf Basis des Risikoberichtes genannten Risiken auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenssumme geprüft. Unter Verwendung dieser Ergebnisse werden im Rahmen der Unternehmenssteuerung Maßnahmen und Strategien eingeleitet, um die Risiken überwachen, begrenzen und vermeiden zu können.

Maßgeblich für das Risikomonitoring ist die Planungsrechnung des Konzerns. Auf dieser Basis erfolgen monatliche Analysen zu Plan-/Ist-Abweichungen. Hierzu liegt ein Kennzahlenspiegel vor, der die relevanten Kenngrößen der Immobilienbewirtschaftung, der Betriebswirtschaft und der Organisation enthält und damit jederzeit Aufschluss über etwaige Chancen und Risiken der Entwicklung gibt.

8.2 MARKT- UND PORTFOLIOENTWICKLUNG

Ziel der Portfolioentwicklung ist es, die Veränderungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt frühzeitig zu erkennen und das Wohnungsangebot in Ausstattung und Preis auf die Marktbedürfnisse auszurichten. Die Entwicklung ist maßgeblich beeinflusst von dem Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten, die Vorgaben des Gesellschafters zur Bestandserweiterung und deren Einbindung in die strategische Ausrichtung des Konzerns. Die Markttendenzen werden insbesondere bezüglich Ankauf und Neubau sowie Veränderungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt und den Finanzmärkten analysiert.

Chancen zur Realisierung von Marktpotenzialen sieht der Konzern aufgrund der positiven Standortbeurteilung und im Zuge der geplanten Modernisierungsmaßnahmen der Objekte in Tempelhof-Schöneberg. Auch die Standorte rund um den Flughafen Berlin Brandenburg (BER) werden an Attraktivität gewinnen. Während Stadtteile wie Adlershof weiterhin eine nachhaltige Entwicklungsperspektive aufweisen, profitieren auch Quartiere im Norden Neuköllns von einer deutlich gestiegenen Nachfrage. Gleichwohl ist in Neukölln eine differenzierte Entwicklung auf Quartiersebene festzustellen, die in unterschiedlich ausgeprägter Partizipation vom Nachfrageanstieg deutlich wird. Daraus resultiert für den Bestand des sozialen Wohnungsbaus der STADT UND LAND weiterhin die Notwendigkeit von Mietverzichten in einigen großen Siedlungen.

Angesichts des deutlichen Leerstandsabbaus 2012 wird für die Hellersdorfer Bestände eine positive Entwicklung unterstellt. Es zeichnet sich allerdings bereits ab, dass aufgrund der steigenden Mietpreise in den Innenstadtbezirken ein weniger zahlungskräftiges Mieterklientel an den Stadtrand gedrängt wird. Die Spreizung der Einkommensverteilung zu Lasten der mittleren Einkommen nimmt immer mehr zu. Durch die Konzentration von Wohnungsbeständen in der Großsiedlung Hellersdorf wird es auch weiterhin ein Ziel des Konzerns sein, durch eine bewusste und vorsichtige Belegungspolitik sozialen Spannungen in einzelnen Quartieren vorzubeugen.

Der Konzern plant die Errichtung von rund 1.000 Wohnungen in den nächsten Jahren. Vorzugsweise werden Bestandsgrundstücke verdichtet bzw. strategische Neubauvorhaben im Einzugsgebiet der WISTA in Adlershof bzw. dem BER vorbereitet. Während die aktuelle und zukünftige Marktnachfrage als Chance angesehen wird, sind etwaige mit der Neubautätigkeit einhergehende Risiken, wie die Baukostenentwicklung, technische Probleme etc., soweit möglich in den Projektplanungen zu antizipieren. Ferner ist der Ankauf von Immobilienobjekten vorgesehen. Angesichts der überaus starken Nachfrage aus dem In- und Ausland steigen die Immobilienpreise auf dem Berliner Markt momentan derart an, dass der Ankauf aus betriebswirtschaftlicher Sicht zunehmend weniger interessant wird. Es besteht das Risiko, dass die geplanten Ankäufe in dem Umfang nicht erreicht werden. Mit den Erweiterungsinvestitionen soll unter spezifischen Rendite-/Risikoanforderungen das Bestandsportfolio optimiert und durch eine ausgewogenere Risikostreuung der Konzentration von gut 35 % Wohnungsbestand im Bereich Hellersdorf entgegengewirkt werden.

Durch das Angebot an zielgruppengerechten Wohnungen und die Durchführung von Baumaßnahmen zur Aufwertung der Bestände wird der Konzern von der allgemeinen Belebung der Wohnungsnachfrage in der Stadt profitieren und die Leerstandsquote auch 2013 weiter senken.

8.3 GESCHÄFTSENTWICKLUNG

MIETENTWICKLUNG

Analog zur positiven Standortentwicklung liegt der Schwerpunkt der überdurchschnittlichen künftigen Mieterwartungen in den Beständen rund um den Flughafen Berlin-Brandenburg. In Lichtenrade ist die positive Mietentwicklung eng mit den dortigen Investitionsvorhaben verknüpft und entfaltet sich erst sukzessive mit Abschluss der Sanierungsarbeiten. Neben traditionell starken Standorten wird es mittelfristig auch eine deutliche Aufwärtstendenz im Norden von Tempelhof-Schöneberg geben. Verhaltener werden die Potenziale Nord-Neuköllns eingeschätzt. Trotz einiger Lichtblicke ist davon auszugehen, dass sich in großen Neuköllner Siedlungen die allgemein gestiegene Nachfrage nach Wohnraum erst allmählich auch in Mietsteigerungen umsetzen lässt.

Da die Mietenentwicklung im Konzern nach wie vor unter dem Niveau der Mietspiegelwerte verläuft, wird in der Umsetzung von Mieterhöhungen nur ein begrenztes Risiko gesehen. Auch die zusätzlichen Einschränkungen des Bündnisses für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten beeinflussen die Marktanpassungspotenziale nicht maßgeblich, da bereits vor Abschluss des Bündnisses im Rahmen der sozialen Verantwortung innerhalb der beschlossenen Grenzen agiert wurde.

In der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bleibt die Gesellschaft von der Mietzahlungsfähigkeit und -bereitschaft abhängig. Zur Unterstützung betreibt die STADT UND LAND ein konsequentes Forderungsmanagement und bietet Mietschuldenberatung an.

INVESTITIONSTÄTIGKEIT

Bei der Durchführung komplexer Modernisierungsprojekte besteht das Risiko, dass durch die Mietbegrenzung gemäß Mietenbündnis die Refinanzierungsmöglichkeiten begrenzt werden. Darüber hinaus nimmt die Baukostenentwicklung weiterhin an Dynamik zu. Die Preissteigerungen können gegebenenfalls nicht vollständig durch Kompensationsmaßnahmen aufgefangen werden.

GESETZLICHE REGELUNGEN IM TECHNISCHEN BEREICH

Nach Änderung der DIN 1986-30 steht eine Berliner Regelung zur Prüfung der Dichtheit von Abwasserleitungen aus. Die sich hieraus ergebende Höhe der Prüfungs- und Reparaturkosten wird 2013 auf Basis von Musterbefahrungen mit Kameras und Clusterbildungen nach Baualtersklassen konkretisiert.

Ferner können sich Risiken aus der weiteren Verschärfung der Anforderungen an die Schadstoffsanierung und die Entsorgung der Schadstoffe ergeben. Dies würde bei anstehenden Instandsetzungsmaßnahmen und umfänglichen Bauvorhaben zu erhöhten Kosten führen.

KREDITVERBINDLICHKEITEN UND ZINSENTWICKLUNG

Ziel der Finanzierungsstrategie ist es, vertraglich das insgesamt niedrige Zinsniveau für Finanzierungen in späteren Jahren zu sichern. Zur Risikostreuung werden die Zinsbindungszeiträume optimal strukturiert, sodass über die Jahre hinweg ausgewogene Prolongationsbedarfe ohne Spitzenbelastungen bei Anschlussfinanzierung vorliegen. Darüber hinaus werden auch für die mittelfristig anstehenden Anschlussfinanzierungen Zinssicherungsmaßnahmen durchgeführt. Die derzeitige Kapitalmarktsituation ist jedoch als unsicher und risikobehaftet einzuschätzen.

Zum 31. Dezember 2012 liegen keine bestandsgefährdenden Risiken vor. Auch für die Zukunft sind keine den Konzern gefährdenden Risiken erkennbar.

9. PROGNOSEBERICHT

Die strategische Planung ist auf nachhaltiges Wertewachstum ausgelegt. Der Konzern konzentriert seine Anstrengungen einerseits auf die Verbesserung der internen Strukturen und Abläufe und die Erhöhung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit. Andererseits werden die Erweiterung und Optimierung des Bestandsportfolios verbunden mit einem Ausbau des Umweltschutzes und die Stärkung der Standorte und Quartiere fokussiert.

Zur Vermeidung zukünftiger Risiken werden zunehmend Überprüfungen des Bestandes und daraus resultierender Risikofaktoren durchgeführt. Die eruierten Einflussgrößen werden im Portfoliomanagement integriert, um eine risikoadäquate Bestandsanalyse abzuleiten.

Die Mietentwicklung wird sich 2013 im Zuge des Bündnisses für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten gedämpft positiv entwickeln.

Das Immobilienportfolio soll durch Ankäufe und Neubauten in den regionalen Schwerpunkten des Konzerns kontinuierlich qualitativ und quantitativ verbessert werden. Dadurch wird die Marktposition gestärkt und eine ausgewogenere Risikostreuung des Gesamtportfolios erreicht.

Langfristig sind der sich wandelnde Wohnungsbedarf aufgrund des demografischen Wandels und die Zunahme von Singlehaushalten wesentliche Faktoren. Der Konzern reagiert hierauf mit der zielgruppenspezifischen Sanierung der Bestände, einer altersgerechten Differenzierung des Serviceangebots und der Entwicklung neuer Wohnformen. Intakte und lebendige Nachbarschaften sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Vermietung und Mieterbetreuung.

Der Wirtschaftsplan für 2013 wurde im Dezember 2012 vom Aufsichtsrat bestätigt. Die Geschäftsführung geht für 2013 und 2014 von einem positiven Jahresverlauf des Mutterunternehmens und des Konzerns aus. Sie plant einen Überschuss in Höhe von 28,3 Mio. € im Jahr 2013 und 24,6 Mio. € im Jahr 2014 für den Konzern und einen Überschuss in Höhe von 28,0 Mio. € im Jahr 2013 und 24,2 Mio. € im Jahr 2014 für das Mutterunternehmen. Auch alle 100%igen Tochtergesellschaften werden einen positiven Ergebnisbeitrag leisten. Die langfristige Planung für alle Konzernunternehmen ist abgestimmt und in Einklang mit dem Aufsichtsrat verabschiedet.

Berlin, 11. März 2013

STADT UND LAND
Wohnbauten-Gesellschaft mbH

Ingo Malter	Jürgen Marx
Geschäftsführer	Geschäftsführer

ANLAGE 1

DEUTSCHER CORPORATE GOVERNANCE KODEX

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 8. Juli 2005 sind die Geschäftsführer und der Aufsichtsrat der STADT UND LAND dem Deutschen Corporate Governance Kodex in der jeweils gültigen, von der für die Beteiligungsführung zuständigen Stelle des Landes Berlin herausgegebenen Fassung unterworfen.

Der Corporate Governance umfasst das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, einschließlich seiner Organisation, seiner geschäftspolitischen Grundsätze und seiner Leitlinien, zu deren Anwendung die Organe des Konzerns ohnehin verpflichtet sind. Gemäß dem Deutschen Corporate Governance Kodex erklären die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat Folgendes:

ZUSAMMENWIRKEN VON GESCHÄFTSFÜHRUNG UND AUFSICHTSRAT

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten von Relevanz sind von der Geschäftsführung offen gelegt worden. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.

Der Aufsichtsrat hat der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2012 zugestimmt. Die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.

Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen im Gesellschaftsvertrag bestehen eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und eine Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersendeten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (2 Wochen vor der Sitzung) und entsprach der vorgegebenen Frist laut Gesellschaftsvertrag und Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat.

Soll-/Ist-Vergleiche sind vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt worden. Maßnahmen zur eventuell erforderlichen Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen. Ferner hat die Geschäftsführung über Compliance-Fälle des abgelaufenen Geschäftsjahres berichtet.

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten einer ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführung bzw. Aufsichtsrats gewahrt.

Eine D&O-Versicherung für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat wurde abgeschlossen. Die D&O-Versicherung beinhaltet einen Selbstbehalt für die Geschäftsführung.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten sind nicht ausgeübt worden. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling. So wird regelmäßig ein differenzierter Kennzahlenspiegel erarbeitet, der die wichtigsten Kenngrößen der Hausbewirtschaftung, der Betriebswirtschaft und der Organisation enthält und damit jederzeit Aufschluss gibt über den Stand des Unternehmens sowie über etwaige Chancen und Risiken in der Entwicklung. Für die Bestandsbewirtschaftung bestehen Frühwarnkennziffern, die regelmäßig Teil des monatlichen Berichtswesens und damit ein integraler Bestandteil des im Unternehmen eingesetzten Management-Informationssystems sind. Ferner wird jährlich ein Risikobericht erstellt. In das Risikomanagementsystem ist der Aufsichtsrat eingebunden. Die Geschäftsführung informiert regelmäßig in den Aufsichtsratssitzungen im Rahmen von Quartalsberichten über den Geschäftsverlauf, zu Plan-/Ist-Abweichungen sowie zum Stand des Risikomonitorings.

Es liegt eine vom Aufsichtsrat genehmigte Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung vor, die die Zusammenarbeit in der Geschäftsführung regelt. Ferner besteht ein vom Aufsichtsrat beschlossener Geschäftsverteilungsplan. Ein Vorsitzender/Sprecher der Geschäftsführung ist nicht bestimmt worden. Eine Beschlussmehrheit wurde nicht festgelegt.

Die Vergütung setzt sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung zusammen. Der variable Teil der Vergütung erfolgte auf Basis einer Zielvereinbarung, die am 5. April 2012 abgeschlossen wurde und welche durch vorherige Prüfung durch den Personalausschuss vom Aufsichtsrat am 29. März 2012 beschlossen wurde. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen sind andere Bezüge nicht berücksichtigt worden. Auf Grundlage der Zielvereinbarungen wird die Höhe der Prämie nach Ablauf des Geschäftsjahres durch den Wirtschaftsprüfer geprüft, im Anschluss durch den Personalausschuss beraten und durch den Aufsichtsrat beschlossen. Die jährliche Gesamtvergütung der einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung wird individualisiert im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Die ausgewiesene Vergütung umfasst das Fixum 2012 und die Prämie 2011. Im Geschäftsjahr 2012 sind keine Abfindungen an Mitglieder der Geschäftsführung gezahlt worden.

AUFSICHTSRAT

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag, der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Der Aufsichtsrat ist in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen worden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprechen den Erfordernissen des Unternehmens.

Der Aufsichtsrat entscheidet nach vorheriger Prüfung durch den Personalausschuss über den Abschluss, die Änderung, Aufhebung und Kündigung der Anstellungsverträge und Vergütungsregelungen mit der Geschäftsführung. Die Bestellung der Geschäftsführung erfolgt ebenfalls durch den Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer bestimmt. Der Prüfungsausschuss hat eine beratende und empfehlende Funktion gemäß den in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat festgelegten Angelegenheiten. Der Bau- und Grundstücksausschuss prüft und berät ebenfalls, kann allerdings Immobiliengeschäfte im Rahmen des vom Aufsichtsrat genehmigten Wirtschaftsplans anstelle des Aufsichtsrates beschließen. Auch der Personalausschuss kann entsprechend den ihm vom Aufsichtsrat übertragenen und in der Geschäftsordnung festgelegten Angelegenheiten anstelle des Aufsichtsrates Beschlüsse fassen.

Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung besteht ein regelmäßiger Kontakt, es werden die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten.

In Bezug auf Personalangelegenheiten fanden drei außerordentliche Personalausschusssitzungen sowie eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung statt. In dieser Sitzung hat sich der Aufsichtsrat auch mit dem „Bündnis für Mieten“ beschäftigt. Darüber hinaus hat eine außerordentliche Sitzung des Bau- und Grundstücksausschusses, welche sich mit einem beabsichtigten Immobilienerwerb sowie alternativen Verwaltungsstandorten beschäftigte, stattgefunden. Im Rahmen der Konstituierung des Aufsichtsrates fanden jeweils eine außerordentliche Sitzung des Aufsichtsrates, des Personalausschusses, des Prüfungsausschusses sowie des Bau- und Grundstücksausschusses statt.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse:

- Prüfungsausschuss
- Bau- und Grundstücksausschuss
- Personalausschuss

Der Aufsichtsratsvorsitzende ist nicht Vorsitzender des Prüfungsausschusses; Vorsitzender ist kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung. Bewertungsfragen von Immobilien werden im Rahmen der Beratungen zu den Jahresabschlüssen und den Wirtschaftsplanungen im Prüfungsausschuss und im Aufsichtsrat beraten.

Der Personalausschuss bereitet die Personalentscheidungen des Aufsichtsrates vor. In einzelnen geregelten Fällen beschließt er anstelle des Aufsichtsrates. Der Aufsichtsrat ist von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Ergebnis und Inhalt der Ausschusssitzungen informiert worden.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat mehr als die gemäß § 100 Abs. 2 AktG maximal zulässige Anzahl an Aufsichtsratsmandaten wahrgenommen.

Ein Mitglied des Aufsichtsrates übt in einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft eine Funktion im Beirat aus und ist darüber hinaus in zwei weiteren Beteiligungsunternehmen des Landes Mitglied im Aufsichtsrat. Ein weiteres Aufsichtsratsmitglied ist Mitglied des Aufsichtsrates in einer landeseigenen Gesellschaft. Die übrigen Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Die Vergütung besteht aus einer festen Vergütung und Sitzungsgeldern, die beide vom Gesellschafter festgelegt wurden. Sonderleistungen sind nicht gezahlt worden. Im Anhang erfolgt der Ausweis der Einzelvergütungen der Aufsichtsratsmitglieder für ihre Tätigkeit.

Die Zielvereinbarung für das Jahr 2012 wurde mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden erörtert, vom Personalausschuss beraten und dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Zielvereinbarung wurde dem Gesellschafter zur Kenntnis weitergereicht.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

Der Aufsichtsrat prüft regelmäßig seine Effizienz durch die laufende Kontrolle seiner Beschlüsse und Anregungen. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat beschlossen, einmal pro Amtsperiode mit externer Unterstützung eine Effizienzprüfung durchzuführen. Da der Aufsichtsrat Mitte des Jahres 2012 neu gewählt wurde, wird innerhalb dieser Amtsperiode eine Effizienzprüfung durchgeführt.

INTERESSENKONFLIKTE

Die Mitglieder der Geschäftsführung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt. Interessenkonflikte liegen nicht vor.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsführung oder ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen sind nicht getätigt worden. Es wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen abgeschlossen.

Nach Zustimmung durch den Aufsichtsrat ist ein Mitglied der Geschäftsführung im Beirat eines mit dem Konzern in Geschäftsbeziehung stehenden Softwareunternehmens tätig. Ein weiteres Mitglied ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Berlin berufen worden. Darüber hinaus nimmt die Geschäftsführung Funktionen in Ausschüssen des für die kommunalen Wohnungsunternehmen zuständigen Verbandes sowie in zwei sozialen Institutionen wahr.

Den Mitgliedern der Geschäftsführung und den Mitgliedern des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

TRANSPARENZ

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind im Aufsichtsrat behandelt worden. Aufsichtsrat und Gesellschafter wurden darüber unverzüglich unterrichtet; Unternehmensinformationen (u. a. Geschäftsberichte) werden auch über das Internet veröffentlicht.

RECHNUNGSLEGUNG

Der Jahresabschluss 2011 wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (HGB) bis 2. März 2012 aufgestellt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 14. März 2012 erteilt. Der Beschluss des Gesellschafters zum Jahresabschluss 2011 ist am 13. Juni 2012 gefasst worden. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf. Die Quartalsberichterstattung erfolgte immer 30 Tage nach Quartalsende an das strategische Beteiligungscontrolling des Landes Berlin/BBU. Die Zwischenberichte in Form von Quartalsberichten sind vom Aufsichtsrat mit der Geschäftsführung erörtert worden.

ABSCHLUSSPRÜFUNG

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestehen; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestehen keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Auf Basis der Beschlussfassung des Gesellschafters hat der Aufsichtsrat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Es bestehen keine Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung, über die der Aufsichtsrat zu unterrichten ist.

Der Abschlussprüfer hat an der Bilanzsitzung des Jahresabschlusses 2011 des Aufsichtsrates teilgenommen und berichtete über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung.

Die Entsprechenserklärung ist in der Anlage zum Lagebericht abgegeben und dem Gesellschafter zugänglich gemacht worden. Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen WoBeGe Wohnbauten- und Beteiligungsgesellschaft mbH und STADT UND LAND Facility-Gesellschaft mbH haben die jeweilige Entsprechenserklärung ebenfalls gegenüber ihrem Gesellschafter abgegeben.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mutterunternehmens erhielten 15,0 T€ an Sitzungsgeldern. Die jährliche Vergütung im Jahr 2012 betrug 30,1 T€, darüber hinaus gehende Bezüge wurden nicht gezahlt. Einem Mitglied des Aufsichtsrates sind die Reisekostenaufwendungen in Höhe von 0,5 T€ erstattet worden.

MITGLIED	FUNKTION IM AUFSICHTSRAT	VERGÜTUNG	SITZUNGS-GELD	GESAMT
Dr. Christoph Landerer* Geschäftsführender Gesellschafter TRICON Unternehmensberatung GmbH	Vorsitzender Aufsichtsrat Vorsitzender Personalausschuss	5.950 €	2.678 €	8.628 €
Petra Manegold Hauptsachgebietsleiterin Vereine/ Gemeinnützigkeit, Finanzamt für Körperschaften I	stellvertretende Vorsitzende Aufsichtsrat seit 29.03.2012 Mitglied Aufsichtsrat seit 09.03.2012	2.986 €	1.650 €	4.636 €
Sylvia Freudenberger Gruppenleiterin Personalentwicklung/Ausbildung, STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH	Schriftführerin Aufsichtsrat Schriftführerin Personalausschuss	2.500 €	1.650 €	4.150 €
Heinz Buschkowsky* Bezirksbürgermeister von Neukölln, Leiter der Abteilung Finanzen und Wirtschaft	Vorsitzender Bau-/Grundstücksausschuss	4.463 €	1.785 €	6.248 €
Anita Engelmann* Architektin und Projektmanagerin	Mitglied Aufsichtsrat bis 12.06.2012	1.339 €	714 €	2.053 €
Andrea Jost* Geschäftsführerin, Immobilien Bremen, Anstalt des öffentlichen Rechts	Mitglied Aufsichtsrat seit 13.06.2012	1.636 €	536 €	2.652 €
Andreas Kloß Betriebsratsvorsitzender, STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH	Schriftführer Bau-/Grundstücksausschuss seit 16.07.2012 Mitglied Aufsichtsrat seit 13.06.2012	1.375 €	750 €	2.125 €
Monika Neitzel Gruppenleiterin Mietenbuchhaltung/ Klagewesen, STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH	Schriftführerin Prüfungsausschuss Mitglied Aufsichtsrat bis 12.06.2012	1.125 €	450 €	1.575 €
Wolf Schulgen Leiter Abteilung IV, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung	Vorsitzender Prüfungsausschuss	3.750 €	1.950 €	5.700 €
Torsten Ulrich Innenrevisor, STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH	Schriftführer Bau-/Grundstücksausschuss bis 12.06.2012 Schriftführer Prüfungsausschuss seit 16.07.2012	2.500 €	1.500 €	4.000 €
Professorin Ariane Waegner Hochschullehrerin, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin		2.500 €	1.350 €	3.850 €
* Die Bezüge beinhalten 19 % Umsatzsteuer.		**30.124 €**	**15.013 €**	**45.617 €**

Die Gesamtbezüge, inklusive der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung der Geschäftsführung, Prokuristen sowie leitenden Angestellten des Konzerns, betragen im Geschäftsjahr 1.636,0 T€. Darin enthalten sind die Bezüge der Geschäftsführer wie folgt:

	Herr Jürgen Marx	Herr Ingo Malter
	€	€
Grundvergütung	160.000	150.000
Altersvorsorge	24.000	12.825
betriebl. Altersvorsorge VBL	0	9.675
Prämien - variable Zieltantieme	38.855	38.855
Geldwerter Vorteil Dienstwagen	9.978	10.305
BEZÜGE	232.833	221.660
Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	11.640	14.659
	244.473	236.319

Die Pensionsverpflichtungen für frühere Geschäftsführer und ihre Hinterbliebenen sind mit dem versicherungsmathematischen Gutachten unter Ansatz des handelsrechtlichen Teilwertes zum 1. Januar 2010 gemäß Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz angepasst worden. Zum 31. Dezember 2012 sind 38,3 T€ der Rückstellungen als Inanspruchnahme erfasst worden; die laufenden Pensionen betragen 131,6 T€.

Die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex ist abgegeben und dem Gesellschafter zugänglich gemacht worden. Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen haben die jeweiligen Entsprechenserklärungen ebenfalls gegenüber ihrem Gesellschafter abgegeben.

Das im Aufwand erfasste Gesamthonorar für den Abschlussprüfer beträgt 71.400 € zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer und betrifft ausschließlich die Abschlussprüfung.

Tempelhof Projekt GmbH

Lagebericht

der Tempelhof Projekt GmbH

für das Geschäftsjahr 2012

1.Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Aufbau der Geschäftstätigkeit

Die Tempelhof Projekt GmbH hat ihre operative Tätigkeit zum 01.01.2011 aufgenommen. Als reine Zweckgesellschaft des Landes Berlin ist sie ausschließlich mit der Entwicklung und Verwaltung des ehemaligen Flughafens Tempelhof beauftragt. Diese Aufgabe beinhaltet die Entwicklung des ehemaligen Flughafengebäudes und die Freiflächen, die im Gesamtentwicklungsplan als Baufelder vorgesehen sind. Am Marktgeschehen nimmt die Tempelhof Projekt GmbH nicht teil.

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist der mit dem Land Berlin vertreten durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung abgeschlossene Managementvertrag vom 17.12.2010 / 21.12.2010. Der am 01.01.2011 beginnende Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2020. Aufgaben und Pflichten der Tempelhof Projekt GmbH sind in diesem Vertrag umfassend definiert. Auch wenn im großen Maßstab verwaltende Tätigkeiten im Geschäftsablauf auftreten, ist das gewollte Grundverständnis der Tempelhof Projekt GmbH das einer Entwicklungsgesellschaft mit temporärem Charakter. Am Ende der Entwicklungszeit, die zunächst und vorläufig mit fünfzehn Jahren angenommen worden ist, endet auch die operative Tätigkeit der Gesellschaft. Alle Leistungen, die nicht zu den Entwicklungs-Kernaufgaben gehören, werden als sinnvolle Ergänzung von außen hinzugekauft. Zu diesen an Dritte beauftragten Leistungen zählen zum Beispiel das Facility-Management, die Mietvertragsverwaltung und Mietenbuchhaltung für das Gebäude, die Lohnbuchhaltung sowie die Finanzbuchhaltung für die Gesellschaft und für das zu verwaltende Vermögen des Landes Berlin.

Die Gesellschaft ist in doppelter Weise an den Senat von Berlin gebunden. Sie hat sich an die Vorgaben und Weisungen des Gesellschafters zuhalten, der durch die Beteiligungsverwaltung der Senatsverwaltung für Finanzen vertreten wird. Der Gesellschafter hat für die Führung und Kontrolle statuarisch einen Aufsichtsrat bestellt. Hinsichtlich der Aufgabendurchführung und praktischen der Umsetzung der Entwicklungstätigkeit folgt die Gesellschaft den Weisungen des Auftraggebers, vertreten durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Daneben ist ein institutioneller Beirat, die jedoch keine Organe der Gesellschaft sein sollen, vorgesehen.

1.2 Aufgabenfelder / Aufgabenerfüllung

Die Wesentlichen Aufgaben der Gesellschaft sind die Verwaltung und Entwicklung des ehemaligen Flughafengebäudes mit den Geschäftsfeldern Büro- und Gewerbevermietung, Vermarktung und Betrieb eines Bereiches für Veranstaltungen und Messen, Parkraumbewirtschaftung sowie Gebäudeführungen, daneben die Baufeldentwicklung.
Darüber hinaus hat die Gesellschaft in Abstimmung mit dem Auftraggeber eine prozessbegleitende Öffentlichkeitsarbeit wahrzunehmen sowie das Standortmarketing weiter zu entwickeln. Regelmäßige Berichtspflichten sind gegenüber dem Auftraggeber zu erfüllen. Neben der Sicherung der Liquidität aus dem Landeshaushalt über die jährlich aufzustellenden Wirtschaftspläne, ist die Gesellschaft aufgefordert Fördermittel einzuwerben.

a) Baufeldendwicklung
Tätigkeit und Leistungsinhalte der Gesellschaft wurden aus einem gleitenden Übergang von der in den Jahren 2009 und 2010 mit den Vorplanungen beauftragten Adlershof Projekt GmbH übergeleitet. Die Grundlagen für den organisatorischen Aufbau wurden damit ebenfalls begründet. Beim Übergang auf die
Tempelhof Projekt GmbH konnte weitestgehend Personalkontinuität erreicht werden. Im Geschäftsjahr wurde der Abstimmungsprozess um die städtebauliche Qualifizierung / Rahmenplanung vorangetrieben. Das Grundkonzept wurde festgelegt, so dass der Gutachterauftrag zur städtebaulichen Qualifizierung abgeschlossen werden konnte. Die Ergebnisse sind im „Masterplan Tempelhofer Freiheit“ dargestellt. Begleitende Untersuchungen wie z.B. zur Lärmemission, zu klimatologischen und lufthygienischen wurden beauftragt. Die daraus resultierenden Gutachten und Studien flossen nach der internen Auswertung in den Planungsprozess ein.

b) Verwaltung und Entwicklung des Gebäudes
Bis zum 31.12.2010 war die BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) mit der Verwaltung des Gebäudes beauftragt. Zum 01.01.2011 wurde die Entwicklung und Verwaltung des Gebäudes von der der Tempelhof Projekt GmbH übernommen. Das dazu notwendige Personal konnte weitestgehend bereits im Jahr 2011 eingestellt werden.
Im Geschäftsjahr wurden im Auftrag des Landes Berlin mit der Instandsetzung und Modernisierung von ca. 4.000 m² leerstehender Mietflächen begonnen, die im Folgejahr abgeschlossen werden. Davon konnten rund. 2.000 m² bereits in 2012 vermietet werden. Darüber hinaus ist im Geschäftsjahr mit dem 1. Bauabschnitt der Hangardachsanierung begonnen worden. Die Einnahmen aus der Vermietung von Büro- und Gewerbeflächen sowie die Einnahmen aus dem Bereich Event, konnten im Vergleich zum Vorjahr leicht gesteigert werden.

c) Kosten- und Finanzierungsplanung
Die Kosten- und Finanzierungsplanung (KoFi) 2011 – 2025ff der gesamten Entwicklungsmaßnahme wurde im 2. Halbjahr 2012 vollständig überarbeitet. Die Ergebnisse der Rahmenplanung / städtebauliche Qualifizierung sind darin eingeflossen. Die KoFi für das Gebäude musste ebenfalls an die aktuelle Einnahmen- und Ausgabenentwicklung angepasst werden. Die Planung wurde am 27. November 2012 dem Steuerungskreis Flughäfen beim Regierenden Bürgermeister vorgestellt und dort

zustimmend zur Kenntnis genommen. Eine darauf aufbauende Hauptausschussvorlage, die parlamentarische Befassung geht, soll im I. Quartal 2013 erstellt werden.

1.3 Vergütung des Auftraggebers

Zur Deckung ihres Unternehmensaufwandes erhält die Gesellschaft vom Auftraggeber eine Vergütung, die auf der Grundlage von festgelegten Pauschalen, die sich aus Personalkosten sowie dem zugehörigen Sachkostenzuschlag zusammensetzen. Die Pauschalsätze sind auf folgende Mitarbeiterstruktur ausgerichtet:

a) Geschäftsführer
b) Leitende Mitarbeiter, Bereichsleiter
c) Projektmitarbeiter, Projektmanager
d) Büromitarbeiter

In Zusammenarbeit mit dem Auftragnehmer soll der Auftraggeber jährliche Zielstellungen für die jeweiligen organisatorischen Bereiche des Auftragnehmers definieren. Für die Beurteilung der Leistung sollen nachvollziehbare Kriterien festgelegt werden. Auf dieser Grundlage ist eine erfolgsabhängige Vergütung vereinbart worden, die bei einer Erfüllung von mehr als 100% eine Bonuszahlung von bis zu 6% der jährlichen Vergütung vorsieht. Der Vertrag enthält darüber hinaus einen Malus bei Nichterfüllung der definierten Ziele.
Für das Jahr 2012 wurden vom Auftraggeber keine Ziele definiert. Im laufenden Prozess des Anlaufjahres 2012 hat die Gesellschaft diese situativ mit dem Auftraggeber abgesprochen und entsprechend umgesetzt.

1.4 Organisationstruktur

Neben der Geschäftsführung mit den Stabsfunktionen Recht + Vertragswesen sowie Büroleitung gliedert sich die Gesellschaft in folgende Bereiche:

a) Gebäudemanagement + Eventvermietung
b) Strategie + Akquisition
c) Finanzen + Controlling
d) Planung + Entwicklung
e) Kommunikation + Öffentlichkeitarbeit
f) Vertrieb

Die Bereiche sind neben der Bereichsleitung mit Projektmanagern und Büromitarbeitern besetzt.
Der Aufbau des Unternehmensbereichs Vertrieb soll erst vorgenommen werden, wenn aus baurechtlicher Sicht bei den künftigen Baufeldern die Vertriebsreife der Grundstücke gegeben sein wird.

1.5. Personalaufbau

Der Personalaufbau hat im Wesentlichen 2011 stattgefunden. Im Geschäftsjahr wurden 2 weitere Mitarbeiter eingestellt. Der vollständige Personalaufbau soll 2013 abgeschlossen sein. Bei Gründung der Gesellschaft waren 12 Vollzeitstellen bzw. Vollzeitäquivalente für den Bereich Gebäude und 21 für alle anderen Bereiche vor-

gesehen. Für den Vertrieb von baureifen Grundstücken wurden zusätzlich 3 Vollzeitstellen bzw. Vollzeitäquivalente vorgesehen.

2.Lage der Gesellschaft

2.1 Vermögenslage

	31.12.2012		31.12.2011	
	TEUR		TEUR	
Anlagevermögen	57	8%	22	5%
Umlaufvermögen und sonstige Aktiva	625	92%	388	95%
Gesamtvermögen	682	100%	410	100%
Eigenkapital	340	50%	99	24%
Kurzfristige Fremdmittel	342	50%	311	76%
Gesamtkapital	682	100%	410	100%

Das bilanzielle Eigenkapital hat sich durch den Jahresüberschuss (TEUR 240) von TEUR 99 auf TEUR 340 erhöht.

2.2 Ertragslage

	2012		2011	
	TEUR		TEUR	
Umsatzerlöse	2.683	98,3%	2.018	99,6%
Übrige betriebliche Erträge	46	1,7%	8	0,4%
Gesamtleistung	2.729	100,0%	2.026	100,0%
Betriebliche Aufwendungen	2.376	87,1%	1.919	94,7%
Betriebsergebnis	363	12,9%	107	5,3%
Neutrales Ergebnis	-112	-4,1%	-33	-1,6%
Jahresüberschuss	241	8,8%	74	3,7 %

Die Gesellschaft erzielt Umsatzerlöse aus der mit dem Land Berlin festgelegten Trägervergütung.

Die Betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Personalkosten TEUR 1.907 (Vj. TEUR 1.480), Kosten EDV TEUR 83 (Vj.TEUR 104), Rechts- und Beratungskosten TEUR 86 (Vj. TEUR 79), Sonstige Fremdleistungen TEUR 89 (Vj. TEUR 78) sowie Raumkosten TEUR 58 (Vj.TEUR 68).

Im neutralen Ergebnis werden die Steuern vom Einkommen und Ertrag ausgewiesen sowie periodenfremde Aufwendungen TEUR 8 (Vj. TEUR 0).

2.3 Finanzlage

Die Bankkonten weisen zum Bilanzstichtag ein Guthaben von TEUR 583 aus. Kreditlinien wurden nicht eingeräumt.

3. Prognosebericht

3.1 Chancen und Risiken der Entwicklungsaufgabe

In den Betrachtungskreisen „Gesellschaft“ und „Entwicklungsprojekt“ sind die Chancen und Risiken differenziert. Da die Gesellschaft ausschließlich in einem Projekt des Landes Berlin tätig ist und sowohl ihre Aufgabe, als auch die Honorierung durch ein Auftragsverhältnis, nämlich den Managementvertrag vom 17./21. Dezember 2010, bestimmt ist, werden die Chancen und Risiken der Gesellschaft daraus abgeleitet.

Die ökonomische Chance der Gesellschaft ist mit der erfolgsabhängigen Vergütung im Managementvertrag (§ 7 Ziff. 12) mit 6% Bonifizierung für den Fall der Übererfüllung von Zielen gedeckelt.

Ebenso ergibt sich aus der spiegelbildlichen Malus-Regelung des Vertrages das mögliche maximale Risiko einer Reduzierung der Gesamtvergütung dann, wenn die definierten Ziele nur bis zu 50 % erfüllt werden sollten. Diese Regelung greift differenziert für die Zielvereinbarung der jeweiligen Arbeitsbereiche der Gesellschaft. Nach dem Grad der bisherigen Kooperation mit dem Auftraggeber und seiner Zufriedenheit ist mit dem Risiko, dass ein Vergütungsrückbehalt vorgenommen wird, nicht zu rechnen, auch wenn es aus Gründen der Anlaufbesonderheiten in 2011 und 2012 keine präzise Zielvereinbarung gegeben hat.

Der bis zum 31. Dezember 2020 geschlossene Vertrag kann verändert und gekündigt werden. Gemäß § 10 Ziff. 5 können einvernehmliche Anpassungen an mögliche andere Leistungsbilder (Vertragsinhalte) eingefordert werden. In einem solchen Fall ist zu erwarten, dass die dann vereinbarte Mehr- oder Mindervergütung dem tatsächlichen Mehr- oder Minderaufwand in der Gesellschaft angepasst wird.

Ein wichtiger Grund für die Kündigung des Vertrages ist nach § 10 Ziff. 3 vereinbart, wenn Berlin die Entwicklungsabsicht für die Tempelhofer Freiheit in größerem Umfang aussetzt oder ganz beendigt und damit die Geschäftsgrundlage für den Vertrag eingeschränkt wird oder gänzlich wegfällt.

Für eine solche Absicht oder Einschränkung bestehen keine Anzeichen. Die Regierungskoalition hat mit ihrem Koalitionsvertrag vom 23. November 2011 die Entwicklung des ehemaligen Flughafengebäudes und Flugfeldes zur „Tempelhofer Freiheit“ beschlossen. Es sind keine Anzeichen für die Änderung dieser Absicht gegeben.

Am 06. März 2013 hat der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt den Masterplan als den Planungswillen des Senats von Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt.

3.2 Entwicklungsaufgaben

Für den wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft ist der Grad der Leistungserfüllung maßgeblich. Die Aufwendungen werden im überwiegenden Maß durch den Personaleinsatz bestimmt, über den zuvor mit dem Auftraggeber Einvernehmen hergestellt wird.

Nach Fertigstellung des städtebaulichen Masterplans für die gesamte Entwicklungsmaßnahme wird das Jahr 2013 von Vorbereitungen der Umsetzung bestimmt sein. Hohe Bedeutung kommt angesichts der öffentlichen Anteilnahme und zum Teil der Widerstände von bestimmten Gruppen der Bevölkerung, der Öffentlichkeitsarbeit zu. Dafür ist die Gesellschaft mit einem Geschäftsbereich bestehend aus 3 Mitarbeitern und sehr konkreten Planungen für Information und Partizipationsformate vorbereitet.

Vertieft werden nun die Plangrundlagen wie z.B. begleitende Gutachten als Voraussetzung für die Bauleitplanung. Die Arbeit der Gesellschaft, wird sich auf die Vorbereitung und Mitwirkung bei der durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt beabsichtigen und von dieser Verwaltung auch durchgeführten städtebaulichen Wettbewerbe konzentrieren. Parallel dazu gilt es, die organisatorischen und rechtlichen Grundlagen für die danach stattfindenden Bebauungsplan-Verfahren vorzubereiten. Mit dem Baurecht für die einzelnen Baufelder wird nicht vor Ende 2015 gerechnet. Vorher sind keine Grundstücksverkäufe möglich.

Der Betrieb des Eventbereiches soll durch aktives Vermarkten und Erhöhung der Zahl von Veranstaltungen wie auch der Einnahmen weiter verstetigt und stabilisiert werden. Bis zur Umsetzung der investiven Maßnahmen, die eine Dauergenehmigung der Versammlungsstädte ermöglichen werden, insbesondere Brandschutz- und Sicherheitsmaßnahmen, ist beabsichtigt die Vereinfachung der Verfahren zur Einzelgenehmigung mit den Behörden zu vereinbaren. Für die Sicherstellung der Veranstaltungssicherheit wie auch für die Verstärkung der Vermarktung ist personelle Erweiterung durch externe, freie Mitarbeiter vorgesehen.

Der Unternehmensbereich Gebäudemanagement hat weiterhin die Aufgabe parallel zur Bewirtschaftung und zur Erzielung möglichst ausgeglichener Bewirtschaftungsergebnisse die Instandsetzung weiter voran zu treiben und nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden begrenzten Mittel Flächen zu modernisieren, damit die Mieterträge gesteigert werden und vor Allem Bewirtschaftungskosten stärker als bisher umgelegt werden können. Gleichzeitig wird an einem das gesamte Gebäude umfassenden Denkmalspflegeplan gearbeitet, mit dem bereits 2012 begonnen wurde.

Sowohl in der Baufeldentwicklung als auch bei der Verbesserung der baulichtechnischen Voraussetzungen, aber auch der Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes bestimmen die politischen Entscheidungen und letztlich die Verfügung über öffentliche Finanzmittel die Inhalte und den zeitlichen Ablauf der Entwicklung.

Gerhard W. Steindorf

Berlin, 31. März 2013

Erklärung von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat der Tempelhof Projekt GmbH zum Berliner Corporate Governance Kodex für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

Anlage zum Lagebericht 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung/des Aufsichtsrates
I.	**Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat**	
I.1	• Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.	Die Zusammenarbeit der Geschäftsleitung mit dem Aufsichtsrat hat sich an den Vorgaben aus dem Gesellschaftsvertrag sowie der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat orientiert. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung dem Aufsichtsrat offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen in der Gesellschaft wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	• Sitzungen des Aufsichtsrats.	An allen Sitzungen des Aufsichtsrates hat die Geschäftsleitung, die auch die Sitzungsvorbereitung innehatte, teilgenommen.

I.3	• Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsführung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.	Die Gesellschaft ist eine reine Zweckgesellschaft. Die strategische Zielsetzung folgt der durch den Auftraggeber vorgegebenen Aufgabenstellung. Einzige Aufgabe der Tempelhof Projekt GmbH ist die bestmögliche Entwicklung des ihr übertragenen Projektes. Strategische Unternehmensplanungen im Sinne der Erreichung ökonomischer Zieloptimierung für die Gesellschaft selbst spielen daher keine Rolle. Dem Aufsichtsrat wurde regelmäßig über den Personalaufbau der Gesellschaft sowie die Entwicklung der Umsätze und Ergebnisse berichtet. Die Zustimmungspflicht zu Geschäften von grundlegender Bedeutung ist in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wie auch im Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsanweisung für den Geschäftsführer geregelt. Im Jahr 2012 hat es noch keine diesbezüglichen zustimmungsbedürftigen Geschäftsvorfälle gegeben.

I.4	• Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.	Die Geschäftsführung ist der Verpflichtung, regelmäßig und in schriftlicher Form zu berichten, nachgekommen. Sie hat die erforderlichen Dokumente beigefügt. Alle Unterlagen für die Sitzungen des Aufsichtsrates wurden zuvor in der geforderten Frist von zwei Wochen übersandt. Soll- und Ist-Situationen sowie Planabweichungen sind plausibel und nachvollziehbar dargestellt. Maßnahmen für Gegensteuerung waren bisher nicht erforderlich.

I.5	• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsführung und Aufsichtsrat.	Die Geschäftsleitung und der Aufsichtsrat sind ihren Pflichten nachgekommen und haben dabei die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen Kaufmannes sowie eines Aufsichtsrates gewahrt. Die Gesellschaft hat eine D&O-Versicherung abgeschlossen, in deren Deckung die Geschäftsführung und die Mitglieder des Aufsichtsrates eingeschlossen sind. Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wirkt dabei kein Selbstbehalt, für den Geschäftsführer ist ein Selbstbehalt vereinbart.

II. Geschäftsleitung

II.1	• Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.	Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens gearbeitet. Das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Die nachhaltige Wertsteigerung der Gesellschaft selbst ist nicht Unternehmensziel. Die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und auch der unternehmensinternen Richtlinien werden von der Geschäftsleitung für sie selbst und für die angestellten Mitarbeiter beachtet. Da die Gesellschaft nicht am Marktgeschehen teilnimmt, ist sie auch den daraus resultierenden Risiken nicht unterworfen. Sie erfüllt nur einen einzigen Auftrag und erhält dafür angemessene Vergütung. Hierfür ist die Einsetzung eines Risikomanagements inadäquat. Für die mit der auftragsgemäßen Entwicklung verbundenen Risiken, hier insbesondere aus der Verwaltung der Grundstücke und Finanzmittel, werden verschiedene Instrumente bereits angewendet. Ein angemessenes Risiko-Controlling im Zusammenhang mit der Erfüllung des übertragenen Auftrages ist eingerichtet worden.

II.2	• Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung.	Mit der Bestellung nur eines Geschäftsführers geht die Frage nach Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit innerhalb der Geschäftsführung ebenso wie Beschlussmehrheiten in der Geschäftsführung ins Leere.

II.3	• Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsführung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsführung.	Die Vergütung ist in dem Anstellungsvertrag mit dem Geschäftsführer geregelt. Dieser enthält neben einem festen Jahresgehalt auch einen erfolgsabhängigen Vergütungsanteil. Für das Jahr 2012 ist zum Berichtszeitpunkt die beabsichtigte Zielvereinbarung noch nicht abgeschlossen worden. Die richtungsweisende Vereinbarung von Zielen für die Gesellschaft mit dem Auftraggeber ist noch nicht zustande gekommen. Die Veröffentlichung der Vergütung der Geschäftsführung wird im Bezügebericht stattfinden. Da keine Abfindung gezahlt worden ist, sind Regularien zum „Abfindungs-Cap“ nicht zu beachten.

III. Aufsichtsrat

III.1	• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats.	Es ist nicht bekannt, dass der Aufsichtsrat seine Aufgaben anders, als nach der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen hat. Im Gesellschaftsvertrag und in der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung sind zustimmungspflichtige Geschäfte festgelegt. Die Sitzungsfrequenzen entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.

III.2	• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.	Die Regularien für Bestellung und Abberufung von Mitgliedern der Geschäftsleitung ergeben sich aus dem Gesellschaftsvertrag. Der Geschäftsführer wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2011 durch die Gesellschafterversammlung bestellt. Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse gebildet.

III.3	• Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.	Der für die Gesellschaft maßgebliche Auftrag zur Entwicklung des übertragenen Gebietes ist von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt erteilt worden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates übt gleichzeitig die Funktion des Auftraggebers aus. Wichtige Vorgänge im Zusammenhang mit der Erfüllung des Auftrages wurden zwischen dem Geschäftsführer bzw. der Gesellschaft und dem Auftraggeber, hier eine Personalunion von Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und Vorsitzenden des Aufsichtsrates, abgestimmt. Weitere Einzelgespräche und Abstimmungen außerhalb der ordentlichen Aufsichtsratssitzungen waren mit dem Aufsichtsrat deshalb nicht erforderlich. Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb dieser Sitzungen keine wichtigen Ereignisse, über die gesondert unterrichtet wurde. Es haben außerhalb der vier ordentlichen Aufsichtsratssitzungen keine außerordentlichen Sitzungen stattgefunden.

III.4	• Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.	Der Aufsichtsrat hat von der Option, aus dem Kreis seiner Mitglieder Ausschüsse bilden zu können, keinen Gebrauch gemacht.

III.5	• Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats.	Der Geschäftsleitung ist nicht bekannt, in welchem Umfang die Mitglieder des Aufsichtsrates weitere Mandate ausüben oder Organfunktionen bzw. Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausüben. Die bislang als „Vergütung“ bezeichneten Zahlungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates enthalten ein einheitliches Sitzungsgeld für jede Sitzung und zuzüglich Aufwandsentschädigungen für eventuelle Reise- und Übernachtungskosten.

III.6	• Vorlage der Zielvereinbarung	Nach den Regeln des Dienstvertrages des Geschäftsführers wird eine Zielvereinbarung mit dem Aufsichtsrat getroffen. Dies ist zum Berichtszeitraum noch nicht geschehen. Siehe dazu auch Ziff. II.3.

III.7 und 8	• Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats.	Dem Aufsichtsrat gehören entsprechend den Regelungen des Gesellschaftsvertrages § 8 sechs Mitglieder an, davon zwei unabhängige Fachleute. Die Amtszeit der aus den Verwaltungen entsandten Mitglieder endet, wenn die Person das Amt verliert, das für ihre Bestellung maßgeblich war. Das für die Senatsverwaltung für Finanzen vergebene Mandat war 2012 nicht besetzt. Der Aufsichtsrat hat sich mit der Effizienz seiner eigenen Tätigkeit nicht befasst.

IV. Interessenkonflikte

IV.1	• Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsführung bzw. -leitung.	Der Geschäftsführer hat die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Er hat weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Geschäftsführer ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden. Nachdem die Entscheidung getroffen wurde, als Durchführungsort der IGA nicht Tempelhof zu wählen, hat der Geschäftsführer dieses Mandat mit Schreiben vom 29. August 2012 niedergelegt.

IV.2	• Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen.	Verbunden mit der Tätigkeit für die Gesellschaft hat der Geschäftsführer und haben die Mitglieder des Aufsichtsrates die Unternehmensinteressen gewahrt und in diesem Zusammenhang keine persönlichen Interessen verfolgt.

IV.3 und 4	• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrats.	Konflikte unterschiedlicher Interessen sind weder bei der Geschäftsführung noch bei Mitgliedern des Aufsichtsrates bekannt geworden.

IV.5	• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsführung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats.	Es gibt keine Geschäftsvorfälle des Unternehmens mit Mitgliedern der Geschäftsleitung, ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen, wie auch nicht mit Aufsichtsratsmitgliedern.

IV.6	• Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung.	Der Geschäftsführer hat keine Nebentätigkeiten ausgeübt. Er ist durch die Grün Berlin GmbH zum Mitglied in den Aufsichtsrat der IGA Berlin 2017 GmbH berufen geworden. Nachdem die Entscheidung getroffen wurde, als Durchführungsort der IGA nicht Tempelhof zu wählen, hat der Geschäftsführer dieses Mandat mit Schreiben vom 29. August 2012 niedergelegt.

IV.7	• Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsführung und an Mitglieder des Aufsichtsrats.	Kredite oder Darlehen an die Geschäftsführer oder Mitglieder des Aufsichtsrates wurden nicht gewährt.

V. Transparenz

VI. 1 und 2	• Tatsachen etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet.	Da das Unternehmen am Marktgeschehen selbst nicht teilnimmt, sondern als reine Zweckgesellschaft des Landes Berlin für die Entwicklung des ihr übertragenen Gebietes verantwortlich ist, haben Ereignisse aus dem Branchenumfeld oder dem Markt auf die Jahresplanung des Unternehmens keine Auswirkungen. Der /Jahresabschluss des Unternehmens wird im Bundesanzeiger elektronisch veröffentlicht.

VII. Rechnungslegung

VII. 1 bis 3	• Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen.	Entsprechend § 15 (1) des Gesellschaftsvertrages hat die Geschäftsführung innerhalb der Frist des § 264 Abs. 1 HGB den Jahresabschluss und den Lagebericht zu erstellen. Für kleine Kapitalgesellschaften, wie hier zutreffend, gilt dabei eine Frist von 6 Monaten nach Geschäftsjahresende. Für die Gesellschaft hat der Gesellschafter die Anwendung analog der Bestimmung für große Kapitalgesellschaften festgelegt. Danach ist der Jahresabschluss 3 Monate nach Geschäftsjahresende aufzustellen. Der Jahresabschluss zum 31.12.2012 der Gesellschaft wurde im März 2013 erstellt und im April 2013 zur Prüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vorgelegt.

VII. Abschlussprüfung

VII.1	• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe.	Der Abschlussprüfer wird dem Aufsichtsrat erklären, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen mit dem Unternehmen und/oder seinen Organmitgliedern bestanden.

VII. 2	• Erteilung des Prüfauftrages und Honorarvereinbarung.	Der Aufsichtsrat hat durch seinen Vorsitzenden dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

VII. 3	• Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex ergeben.	Dem Abschlussprüfer sind keine wesentlichen Feststellungen oder Vorkommnisse bekannt und auch keine solchen Tatsachen, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

VII.4	• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss.	Der Abschlussprüfer wird an der Sitzung des Aufsichtsrates teilnehmen, in dem über Ergebnisse des Jahresabschlusses sowie Ergebnisse seiner Prüfung berichtet wird.

Die Sitzungsgelder setzen sich wie folgt zusammen:

	Tag der Sitzung	Anzahl Personen	Sitzungsgelder EUR
5. Aufsichtsratssitzung	12.03.2012	3	450,00
6. Aufsichtsratssitzung	22.06.2012	3	150,00
7. Aufsichtsratssitzung	28.09.2012	4	450,00
8. Aufsichtsratssitzung	14.12.2012	3	450,00
			1.500,00

Die folgende Aufstellung zeigt die an die Aufsichtsratsmitglieder im Geschäftsjahr 2012 gezahlten Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen:

	Sitzungsgelder EUR	Erstattung von Reisekosten EUR
Herr Michael Müller, – Vorsitzender des Aufsichtsrats und Senator der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung –	600,00	0,00
Herr Björn Böhning – Chef der Senatskanzlei –	450,00	0,00
Herr Professor Jörn Walter – Oberbaudirektor, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg –	0,00	38,80
Herr Uwe Lissau – Präsident des Amtsgerichts Bremerhaven –	450,00	987,00
Herr Nicolas Zimmer – Staatssekretär, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen –	0,00	0,00
	1.500,00	1.019,61

Herr Prof. Jörn Walter hat kein Sitzungsgeld (EUR 150,00) im Berichtszeitraum in Rechnung gestellt.

Herr Nicolas Zimmer hat weder die Sitzungsgelder (EUR 600,00) noch Reisekosten 2012 abgerechnet.

Die im Geschäftsjahr an Herrn Steindorf gewährten Bezüge gliedern sich wie folgt:

	EUR
Grundvergütung	135.000,00
Erfolgsvergütung	35.000,00
Geldwerter Vorteil	7.231,68
	177.231,68

Die aufgewendeten Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung stellen sich wie folgt dar:

	EUR
Renten- und Arbeitslosenversicherung	7.593,60
Zuschüsse zur freiwilligen Kranken- und Pflegeversicherung	3.798,24
Insolvenzumlage	26,88
Umlage 1+2	1.673,28
Pauschale Lohnsteuer	201,72
	13.293,72

Vivantes –
Netzwerk für Gesundheit GmbH

Lagebericht und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2012

I. Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

1. Rahmenbedingungen

Das Jahr 2012 war geprägt von wesentlichen Ereignissen, Veränderungen und Regelungen im nationalen wie im internationalen Bereich: der Bürgerkrieg in Syrien, weitere Unruhen in der Arabischen Welt, die Staatsschuldenkrise in der EU, die Unterzeichnung des Vertrages über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), die Unterzeichnung des Fiskalvertrages sowie der Beschluss der Demografiestrategie – um nur einige Beispiele zu nennen.

Trotz der angespannten außenwirtschaftlichen Entwicklung war eine moderate wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land zu verzeichnen. Nach den vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Stand 15. Januar 2013) konnte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 0,7 Prozent (im Vorjahr 3,0 Prozent) gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Laut Meldungen der Bundesagentur für Arbeit haben sich die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Jahresdurchschnitt auch 2012 weiter erhöht.

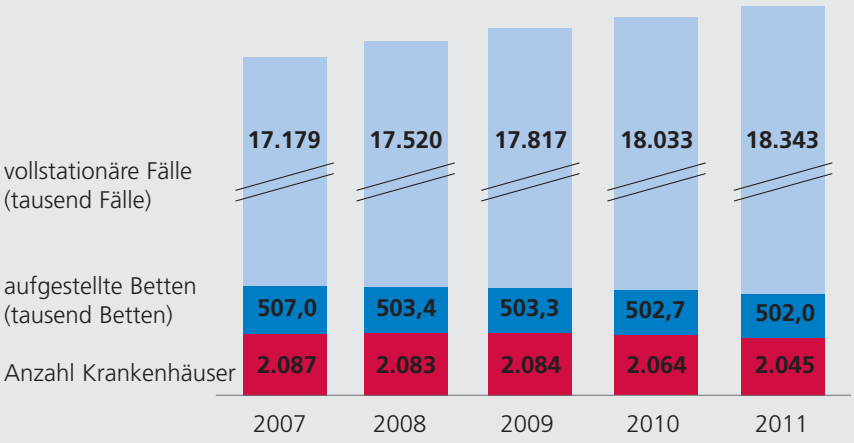
Für 2013 erwartet die Bundesregierung laut Jahreswirtschaftsbericht eine Zuwachsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,4 Prozent, die Wiederaufnahme des Wachstumskurses der deutschen Wirtschaft sowie die Bewahrung der robusten Verfassung der Arbeitsmarktsituation.

Für den Bereich des Gesundheitswesens/Krankenhausbereichs waren für 2012 die nachfolgenden wesentlichen Regelungen und Sachverhalte von Bedeutung:

- der Bundestag hat das Gesetz zur Einführung eines pauschalisierenden Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen (Psych-Entgeltgesetz – PsychEntgG) beschlossen; das Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am 1. Januar 2013 in Kraft,
- der Bundesrat hat am 14. Dezember 2012 dem Gesetz zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs in stationären Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen zugestimmt. Bestandteil dieses Gesetzes ist u.a. der Wegfall der Praxisgebühr zum 1. Januar 2013,
- Im Oktober 2012 wurde das Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz – PNG) verabschiedet und tritt 2012/2013 in Kraft,
- die Bundesregierung hat am 18. Mai 2012 die allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Medizinproduktegesetzes (Medizinprodukte-Durchführungsvorschrift – MPGVwV) erlassen; sie tritt am 1. Januar 2013 in Kraft.

Das Jahr 2012 war das „Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen". Damit sollte ein wesentlicher Beitrag zur Förderung älterer Menschen z.B. in Bezug auf Beschäftigung, Arbeitsbedingungen, Gesundheit und Einbindung in die Gesellschaft geleistet werden. Im Jahresbericht der Bundesregierung 2011/2012 wurde der demografische Wandel in Deutschland als Schwerpunkt behandelt. Im April hat die Bundesregierung die Demografiestrategie mit dem Titel „Jedes Alter zählt" beschlossen.

Laut Krankenhausstatistik 2011 hat sich die Zahl der Krankenhäuser und Krankenhausbetten in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr verringert. Die Zahl der vollstationären Fälle hat sich im Gegensatz jedoch um ca. 1,7 Prozent erhöht. In 2011 wurden in den Krankenhäusern 18,3 Millionen Patienten (im Vorjahr 18,0 Millionen) behandelt. Die durchschnittliche Verweildauer konnte in Allgemeinen Krankenhäusern auf 7,2 (im Vorjahr 7,3) Tage gesenkt werden.



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland – Krankenhäuser

Für den Berliner Krankenhausmarkt zeigt sich folgende Entwicklung:

Im Jahr 2011 standen unverändert zum Vorjahr in 79 Krankenhäusern durchschnittlich 19.905 vollstationäre Betten (im Vorjahr 19.782) zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Zunahme von 123 Betten (0,6 Prozent). In Berlin liegt der Versorgungsgrad mit Krankenhausbetten bei 57,2 Betten je 10.000 Einwohner und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (57,4 Betten je 10.000 Einwohner) nur geringfügig verringert. Damit liegt Berlin seit 2001 unter dem Durchschnitt der Bundesrepublik (2011 mit 61,4 Betten je 10.000 Einwohner).

2. Geschäftsverlauf

Die Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH (Vivantes) konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 wieder ein positives Jahresergebnis erwirtschaften. Das Unternehmen hat sich als größter kommunaler Krankenhausträger Deutschlands fest auf dem Berliner Krankenhausmarkt etabliert. Mit einem Marktanteil der Gesellschaft von ca. 30 Prozent – in der Psychiatrie von 50 Prozent – werden Leistungen auf höchstem medizinischem Niveau erbracht.

Die Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH sowie die Tochtergesellschaften haben im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss im Konzern in Höhe von 6,7 Millionen Euro (im Vorjahr 5,1 Millionen Euro) erwirtschaftet.

Die Vivantes konnte im Jahr 2012 einen Jahresüberschuss in Höhe von 5,3 Millionen Euro erzielen (im Vorjahr 4,0 Millionen Euro).

Der Vivantes-Konzern besteht aus der Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH und den damit verbundenen Unternehmen Vivantes Rehabilitation GmbH, Vivantes – Forum für Senioren GmbH, Vivantes Textilversorgung GmbH, SVL Speiseversorgung und -logistik GmbH, VivaClean Nord GmbH, VivaClean Süd GmbH, Vivantes Service GmbH, Vivantes - MVZ GmbH, Vivantes Ambulante Krankenpflege GmbH, Vivantes Komfortklinik GmbH, Vivantes personal GmbH, Vivantes International GmbH und Vivantes Hospiz gGmbH.

Die Vivantes Hospiz gGmbH wurde mit Datum vom 1. März 2012 gegründet und am 8. Mai 2012 im Handelsregister eingetragen. Alleiniger Gesellschafter ist die Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH. Die Gesellschaft hat das operative Geschäft am 1. November 2012 aufgenommen.

Vivantes ist zu je 50 Prozent an den Gesellschaften Labor Berlin – Charité Vivantes GmbH und Labor Berlin – Charité Vivantes Services GmbH beteiligt. Die Charité – Universitätsmedizin Berlin, Körperschaft des öffentlichen Rechts (Charité), ist ebenfalls an beiden Gesellschaften mit 50 Prozent der Anteile beteiligt.

Geschäftsverlauf und Lage sowie Chancen und Risiken der Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH prägen im Wesentlichen die Entwicklung des Konzerns. Deshalb wird im Folgenden vorwiegend über den Konzern berichtet.

Der Konzern konnte im Berichtsjahr trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen ein Jahresergebnis in Höhe von 6,7 Millionen Euro erwirtschaften. Die Umsatzerlöse konnten wiederum auf nunmehr 900,1 Millionen Euro (im Vorjahr 865,1 Millionen Euro) gesteigert werden. In den neun Krankenhäusern von Vivantes wurden im zurückliegenden Geschäftsjahr deutlich mehr Patienten auf einem hohen medizinischen Qualitätsniveau behandelt. In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Effekte in Höhe von 6,6 Millionen Euro aus der im Berichtsjahr abgeschlossenen Budgetvereinbarung für 2011 enthalten. Demgegenüber stehen Erhöhungen im Personal- und Materialaufwand von insgesamt 21,1 Millionen Euro (im Vorjahr 48,4 Millionen Euro). Die Erhöhung des Personalaufwands aufgrund von Tarifsteigerungen konnte vollständig durch die Umsatzsteigerungen kompensiert werden. Die Personalaufwandsquote in Bezug zum Umsatz inklusive Leasingpersonal liegt im Geschäftsjahr 2012 bei 68,9 Prozent (im Vorjahr 69,7 Prozent) und hat sich somit verbessert.

Auch im Jahr 2012 konnte Vivantes umfangreiche Maßnahmen realisieren bzw. Vorhaben beginnen und somit seine Position als kommunales Kranken-

hausunternehmen im Wettbewerb behaupten. An allen Klinikstandorten wurde ein umfassendes Spektrum an medizinischen Leistungen angeboten. Anfang des Jahres wurde dem Auguste-Viktoria-Klinikum die Plakette „Babyfreundliches Krankenhaus" – ein von der WHO und UNICEF gemeinsam vergebener Titel – verliehen. Auch in diesem Jahr hat Vivantes wieder den Berliner Krebskongress mit dem Schwerpunkt „Krebs beim alten Menschen" für Laien und Fachleute veranstaltet. Aufgrund der hochwertigen medizinischen Behandlung und ganzheitlichen Betreuung wurde dem Vivantes Brustzentrum mit Sitz im Klinikum Am Urban vom Bundesverband des gemeinnützigen Vereins „Frauenselbsthilfe nach Krebs" ein Preis für „herausragende Leistungen in der Versorgung von Brustkrebspatientinnen" verliehen. Im September wurde die Klinik für Thoraxchirurgie im Klinikum Neukölln als „Lungenkrebszentrum" zertifiziert. Im Berichtsjahr ist Vivantes der von der Charité und dem Deutschen Herzzentrum Berlin gegründeten Gewebebank Berlin-Brandenburg beigetreten. Das Deutsche Beratungszentrum für Hygiene (BZH), Freiburg, wurde beauftragt, ein unabhängiges Gutachten über die krankenhaushygienische Organisation bei Vivantes zu erstellen. Im Ergebnis wurde Vivantes eine gute Hygienestruktur und unter den Mitarbeitern ein ausgeprägtes Bewusstsein für Hygienefragen bescheinigt sowie noch weitere Verbesserungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Auf dem Gelände des Klinikums Neukölln können seit diesem Jahr Eltern, deren Kinder auf der Intensivstation, der Kinderchirurgie, in der Klinik für Geburtsmedizin oder dem Diagnose- und Behandlungszentrum Sozial- und Neuropädiatrie (DBZ) behandelt werden, in einem Elternhotel übernachten.

An den Standorten Klinikum Neukölln und Auguste-Viktoria-Klinikum wurden im Mai und Juli Komfortstationen eröffnet. Somit stehen nun auch Patienten in der Mitte (20 Betten) und im Süden Berlins (34 Betten) Komfortstationen zur Verfügung.

Im Haus Wilmersdorf der Vivantes - Forum für Senioren GmbH wurden zwölf Betreuungsplätze für langzeitig beatmungspflichtige Bewohner und sieben Plätze für Bewohner im Wachkoma eingerichtet. Damit wurde ein wesentlicher Beitrag hinsichtlich des wachsenden Bedarfs an speziellen Pflegeleistungen geleistet.

Zum 1. März 2012 wurde die Vivantes Hospiz gGmbH gegründet. Die Aufnahme der Geschäftstätigkeiten des Hospizes auf dem Gelände des Wenckebach-Klinikums erfolgte zum 1. November 2012. Damit erweitert der Vivantes-Konzern sein Angebot und trägt somit zur Sicherung einer humanen Daseinsvorsorge für die Berliner auch in der Endphase des Lebens bei.

Die Vivantes-Gruppe ist auf dem Gebiet der Ausbildung in Gesundheitsfachberufen bundesweit der zweitgrößte Ausbildungsträger. Das konzerneigene Institut für berufliche Bildung im Gesundheitswesen als zentrale Ausbildungsstätte verfügt aktuell über 825 Ausbildungsplätze, davon 705 für pflegerische Berufe. Hierzu zählt auch die neue zweijährige Ausbildung Sozialassistent/in mit Schwerpunkt Pflege deren zweiter Jahrgang 2012 an den Start ging. Vivantes eröffnet mit dieser einzigen im Land Berlin staatlich anerkannten

pflegerischen Assistenzausbildung jungen Menschen ohne mittleren Schulabschluss den Einstieg in eine pflegerische Berufskarriere.

Dem Berliner Markt können damit jährlich bis zu 235 Fachkräfte für den Pflegebereich zur Verfügung gestellt werden.

Der Vivantes-Konzern investiert in die Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten und hatte wiederum ein umfangreiches Fortbildungsangebot im Institut für Fort- und Weiterbildung (IFW) vorgehalten. Mit der Hochschule Neubrandenburg wurde ein gemeinsamer berufsbegleitender MBA-Studiengang mit dem Schwerpunkt Krankenhausmanagement eingerichtet. Seit März 2012 studieren dort die ersten 20 Studentinnen und Studenten. Aber auch über den Konzern hinaus engagiert sich Vivantes hinsichtlich der Berufsvorbereitung. Mit Gründung der „Zukunftsakademie Gropiusstadt" will Vivantes als eines der beteiligten Unternehmen Nachwuchsarbeit leisten u.a. mit dem Ziel, Schule und Wirtschaft zu verzahnen. Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde bei Vivantes aktiv angegangen. Mit Unterzeichnung eines Kooperationsvertrags mit der JuWo Kita gGmbH wird Vivantes auf dem Gelände des Klinikums im Friedrichshain in 2013 die erste eigene Kindertagesstätte errichten. Dann stehen 43 Plätze, davon 17 Krippenplätze, zur Betreuung zur Verfügung.

Am 27. Februar 2012 erfolgte die Grundsteinlegung für den Neubau für die Labor Berlin – Charité Vivantes GmbH. In 2013 soll der Neubau bezugsfertig sein. Damit soll die positive Entwicklung der Zusammenarbeit von Vivantes und der Charité weiter verstärkt werden.

Mit Abschluss des Mietvertrages für die Aroser Allee begann im Sommer der Umzug der Vivantes-Zentrale in einen modernen Bürokomplex unweit des bisherigen Standortes in Berlin-Reinickendorf.

Mit Datum vom 11. Juni 2012 wurde zwischen der HSH Nordbank AG, der Deutsche Kreditbank AG, der WestLB AG und der Investitionsbank Berlin sowie Vivantes ein Konsortialkreditvertrag abgeschlossen. Nach diesem Vertrag werden Vivantes 130,0 Millionen Euro für Investitionen und 15,0 Millionen Euro als Betriebsmittellinie bis 2017 bzw. 2019 bereitgestellt.

Im Mai wurden die acht Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrates der Vivantes neu gewählt.

II. Ertragslage

Die nachfolgenden Erläuterungen beziehen sich auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Die Umsatzerlöse im Konzern betragen im Berichtsjahr 900,1 Millionen Euro (im Vorjahr 865,1 Millionen Euro) und konnten somit deutlich gesteigert werden. Die Umsatzrentabilität als Verhältnis des Jahresergebnisses vor Steuern zum Umsatz beträgt 0,9 Prozent (im Vorjahr 0,8 Prozent).

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen in Höhe von 786,4 Millionen Euro (im Vorjahr 760,2 Millionen Euro) haben sich um 26,2 Millionen Euro (im Vorjahr 21,9 Millionen Euro) und damit um 3,4 Prozent (im Vorjahr 3,0 Prozent) erhöht. Im Berichtsjahr wurden die Budgetvereinbarung für 2011 und die Vereinbarung für die Entgelte nach § 6 Abs. 2 Krankenhausentgeltgesetz-KHEntgG (NUB) und die Vereinbarung eines krankenhausindividuellen Ausbildungsbudgets gemäß §17a Abs. 3 Satz 1 KHG für 2012 abgeschlossen. Daraus ergaben sich im Wesentlichen periodenfremde Erträge in Höhe von 6,6 Millionen Euro.

Insgesamt wurden in 2012 in den Vivantes-Kliniken und der Komfortklinik 214.593 stationäre und teilstationäre Fälle behandelt (im Vorjahr 211.500). Das entspricht einer Steigerung um 3.093 Fälle (1,5 Prozent). In Höhe von 13,8 Millionen Euro (im Vorjahr 10,2 Millionen Euro) sind Erlöse aus der Komfortklinik enthalten. Die Zunahme der Erlöse der Vivantes-Komfortklinik ist insbesondere auf die Eröffnung der Komfortstationen an den Standorten Auguste-Viktoria-Klinikum im Mai 2012 und Klinikum Neukölln im Juli 2012 zurückzuführen.

Die Erlöse aus Pflegeleistungen im Bereich der Vivantes - Forum für Senioren GmbH in Höhe von 51,2 Millionen Euro (im Vorjahr 47,5 Millionen Euro) haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Millionen Euro (8,2 Prozent) erhöht. Im Berichtsjahr konnten in den unterjährig bestehenden 13 Pflegeeinrichtungen (im Vorjahr 13) 579.616 Pflegetage erbracht werden (im Vorjahr 545.772 Pflegetage). Die Pflegeplätze haben sich zum Bilanzstichtag im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 33 (im Vorjahr Erhöhung um 80 Plätze) auf insgesamt 1.719 Plätze erhöht. Im neu gegründeten Hospiz konnten seit 1. November 2012 Erlöse in Höhe von 0,2 Millionen Euro erzielt werden. Es stehen 16 Pflegeplätze zur Verfügung.

Die Erlöse im Bereich der ambulanten Rehabilitation haben sich aufgrund der Erbringung höherwertiger Leistungen um 0,2 Millionen Euro auf 5,4 Millionen Euro erhöht (im Vorjahr 5,2 Millionen Euro). Den Erlösen liegen 52.587 Behandlungstage in den Abteilungen Orthopädie, Kardiologie, Onkologie, Neurologie und Pneumologie zu Grunde (im Vorjahr 53.248 Behandlungstage). Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Behandlungsplätze um 5 Plätze auf insgesamt 230 Behandlungsplätze (Vorjahr 235 Plätze) verringert.

Darüber hinaus haben sich die Umsatzerlöse in den medizinischen Versorgungszentren gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Millionen Euro auf 11,6 Millionen Euro (im Vorjahr 11,2 Millionen Euro) erhöht. Die Steigerung konnte durch den Ausbau der operativen Geschäftstätigkeit der Vivantes - MVZ GmbH erreicht werden.

Die Bestandsveränderung an fertigen Erzeugnissen und unfertigen Leistungen resultiert im Wesentlichen aus der Abgrenzung der Überlieger-Patienten im Bereich des Krankenhausentgeltgesetzes. Die Bestandserhöhung ergibt sich insbesondere aufgrund einer gestiegenen Fallzahl, einer Erhöhung des abzurechnenden Basisfallwerts sowie durch die erhöhte Fallschwere der Überlieger-Patienten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 67,0 Millionen Euro (im Vorjahr 68,2 Millionen Euro) umfassen im Wesentlichen Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben (16,3 Millionen Euro), Erträge für Personalgestellungen (9,6 Millionen Euro), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (4,6 Millionen Euro), Miet- und Pachteinnahmen (4,2 Millionen Euro), Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen (3,5 Millionen Euro), Erträge aus Drittmitteln (3,3 Millionen Euro), Erstattungen für den Notarztdienst (2,8 Millionen Euro), Erträge aus Anlagenabgängen (2,2 Millionen Euro) sowie übrige periodenfremde Erträge (3,9 Millionen Euro). Die Erträge aus Anlagenabgängen resultieren überwiegend aus dem Verkauf von nicht betriebsnotwendigen Liegenschaften. Die periodenfremden Erträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Millionen Euro verringert.

Der Materialaufwand in Höhe von 202,1 Millionen Euro hat sich gegenüber dem Vorjahr (200,0 Millionen Euro) um 2,1 Millionen Euro erhöht. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erhöhten sich um 1,4 Millionen Euro auf 159,6 Millionen Euro (im Vorjahr 158,2 Millionen Euro). Die bezogenen Leistungen haben sich um 0,7 Millionen Euro auf 42,5 Millionen Euro (im Vorjahr 41,8 Millionen Euro) erhöht.

Die Erhöhung des Materialaufwands resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Fallzahlen. Die Materialaufwandsquote als Verhältnis des Materialaufwands zu den Umsatzerlösen beträgt 22,4 Prozent (im Vorjahr 23,1 Prozent).

Im Konzern waren im Jahr 2012 durchschnittlich 10.712 Vollkräfte, gegenüber 10.462 Vollkräften im Vorjahr, beschäftigt (+250 Vollkräfte; +2,4 Prozent). Davon entfallen auf die Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH 8.480 Vollkräfte gegenüber 8.355 im Vorjahr (+125 Vollkräfte; 1,5 Prozent) und 2.232 Vollkräfte auf andere Konzerngesellschaften (im Vorjahr 2.107 Vollkräfte). Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt entsprechend den Tarifvereinbarungen (z.B. TVÖD und TV-Ä, NGG und BAU) sowie außertariflich.

Der Personalaufwand beträgt 602,1 Millionen Euro (im Vorjahr 583,2 Millionen Euro) und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 18,9 Millionen Euro erhöht. Die Leasingaufwendungen für Fremdpersonal haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Millionen Euro auf 17,9 Millionen Euro (im Vorjahr 19,9 Millionen Euro) verringert. Der Ausweis erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Bei Berücksichtigung von Personalaufwand und Fremdpersonalkosten ergibt sich eine leicht verbesserte Personalaufwandsquote von insgesamt 68,9 Prozent (im Vorjahr 69,7 Prozent).

Es sind Abschreibungen in Höhe von 52,7 Millionen Euro (im Vorjahr 53,3 Millionen Euro) vorgenommen worden. Die Abschreibungen wurden in Höhe von 28,8 Millionen Euro (im Vorjahr 28,2 Millionen Euro) durch die Auflösung von Sonderposten neutralisiert. In Höhe von 3,3 Millionen Euro (im Vorjahr 5,8 Millionen Euro) wurden, aufgrund einer aus der ungünstigen Entwicklung auf dem Immobilienmarkt resultierenden dauernden Wertminderung bei nicht betriebsnotwendigen Immobilien, außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 6,4 Millionen Euro auf 132,8 Millionen Euro (im Vorjahr 126,4 Millionen Euro). Die Entwicklung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Instandhaltungsaufwendungen um 2,9 Millionen Euro, des Verwaltungsbedarfs um 3,1 Millionen Euro, der Aufwendungen für Abgaben und Versicherungen um 1,1 Millionen Euro und der Miet- und Pachtaufwendungen um 0,8 Millionen Euro. Dem steht ein Rückgang der Aufwendungen für Fremdpersonal um 2,0 Millionen Euro und der Verluste aus Anlagenabgängen um 1,4 Millionen Euro gegenüber. Die übrigen periodenfremden Aufwendungen haben sich um 0,4 Millionen Euro auf 2,8 Millionen Euro (im Vorjahr 2,4 Millionen Euro) erhöht.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Millionen Euro auf 0,6 Millionen Euro verringert und betreffen insbesondere die Tochtergesellschaften.

Das Geschäftsjahr 2012 schließt insgesamt mit einem Jahresüberschuss (Konzern) von 6,7 Millionen Euro (im Vorjahr 5,1 Millionen Euro) ab.

III. Finanzlage

Die Liquiditätssituation des Konzerns war im Geschäftsjahr 2012 positiv. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt im Berichtsjahr 11,7 Millionen Euro (im Vorjahr 20,3 Millionen Euro).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 konnten die benötigten finanziellen Mittel aus eigener Kraft erwirtschaftet werden. Die Zahlungsfähigkeit des Konzerns war jederzeit gegeben.

Die frei verfügbaren Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten betragen 59,8 Millionen Euro (im Vorjahr 68,0 Millionen Euro) und haben sich damit gegenüber dem Vorjahr um 8,2 Millionen Euro verringert. Zweckgebundene Mittel sind zum Bilanzstichtag in Höhe von 28,6 Millionen Euro vorhanden (im Vorjahr 27,9 Millionen Euro) und betreffen im Wesentlichen öffentliche Fördermittel zur Finanzierung von Investitionen im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung.

Zwischen Vivantes und den Konzerngesellschaften - mit Ausnahme der Vivantes International GmbH, der Vivantes Ambulante Krankenpflege GmbH und der Vivantes Hospiz gGmbH - bestehen konzerninterne Cash-Pooling Verträge, die die sich von den Vertragsparteien gegenseitig eingeräumten Kreditlinien regeln. Die Bestände werden auf einem zentralen Konto zusammengeführt und zu optimalen Zinskonditionen angelegt.

Durch ein europaweites Ausschreibungsverfahren wurden in 2009 zwei Finanzierungsrahmen von jeweils bis zu 10,0 Millionen Euro mit der VR medico LEASING GmbH, Berlin, für bewegliches Anlagevermögen und mit der CHG MERIDIAN Deutsche Computer Leasing AG, Groß-Gerau, für IT-Gegenstände abgeschlossen. Die Laufzeit beträgt für beide Rahmenverträge drei Jahre mit

zweimaliger Verlängerungsoption um jeweils ein Jahr. Damit stehen dem Mutterunternehmen weitere Möglichkeiten zur Finanzierung von beweglichem Anlagevermögen, das nicht über öffentliche Fördermittel abgedeckt werden kann, zu günstigen Konditionen zur Verfügung. Die Inanspruchnahme lag zum Bilanzstichtag bei 4,2 Millionen Euro.

Durch den im Berichtsjahr abgeschlossenen Konsortialkreditvertrag stehen Vivantes 130,0 Millionen Euro für Investitionen und 15,0 Millionen Euro als Betriebsmittellinie bis 2017 bzw. 2019 zur Verfügung. Zum Bilanzstichtag wurden keine Kreditmittel in Anspruch genommen.

IV. Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich nach Verrechnung der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens mit dem Anlagevermögen folgendermaßen dar:

	31.12.2012		31.12.2011	
in Millionen Euro		%		%
AKTIVA				
Langfristiges Vermögen	273,6	53,3	281,7	55,4
Kurzfristiges Vermögen	239,9	46,7	226,6	44,6
	513,5	**100,0**	**508,3**	**100,0**
PASSIVA				
Eigenkapital	330,8	64,4	324,5	63,8
Langfristiges Fremdkapital	16,8	3,3	16,6	3,3
Kurzfristiges Fremdkapital	165,9	32,3	167,2	32,9
	513,5	**100,0**	**508,3**	**100,0**

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 35,8 Millionen Euro im Konzern investiert (im Vorjahr 39,3 Millionen Euro), davon 15,2 Millionen Euro aus öffentlichen Fördermitteln und Zuschüssen sowie Zuwendungen Dritter (im Vorjahr 15,0 Millionen Euro).

Die Investitionsschwerpunkte entfallen im Wesentlichen mit 1,8 Millionen Euro auf Umbaumaßnahmen im Bereich der Forensischen Jugendpsychiatrie, mit 1,3 Millionen Euro auf das Bauvorhaben zur Standortkonzentration im Klinikum im Friedrichshain und mit 1,2 Millionen Euro auf den Umbau der ehemaligen Personalkantine zur Privatstation im Klinikum Neukölln. Ausstattungsgegenstände wurden in Höhe von 25,6 Millionen Euro angeschafft (im Vorjahr 17,8 Millionen Euro).

Die Vorräte haben um insgesamt 1,6 Millionen Euro auf 20,1 Millionen Euro im Wesentlichen durch die Erhöhung der unfertigen Leistungen zugenommen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 16,6 Millionen Euro auf 111,9 Millionen Euro (im Vorjahr 95,3 Millionen Euro) im Wesentlichen aufgrund der Steigerung der Umsatzerlöse erhöht.

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in Höhe von 6,5 Millionen Euro (im Vorjahr 1,5 Millionen Euro) betreffen ausschließlich Forderungen nach dem KHEntgG/BPflV aus noch nicht verrechneten Erlösausgleichen.

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, haben sich um 3,0 Millionen Euro auf 1,6 Millionen Euro (im Vorjahr 4,6 Millionen Euro) verringert. Die Forderungen betreffen die Liefer- und Leistungsbeziehungen mit den beiden Laborgesellschaften.

Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen 8,7 Millionen Euro (im Vorjahr 10,7 Millionen Euro) und haben sich somit um 2,0 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr insbesondere aufgrund der Abnahme der Forderungen aus dem Verkauf von Immobilien, der Forderungen aus der Erstattung von Personalkosten und der Forderungen aus Hilfs- und Nebenbetrieben verringert.

Im Berichtsjahr wurde erstmals ein Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung in Höhe von 2,8 Millionen Euro bilanziert.

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt zum Bilanzstichtag 330,8 Millionen Euro (im Vorjahr 324,5 Millionen Euro). Es hat sich im Vergleich zum Vorjahr insbesondere um das positive Jahresergebnis in Höhe von 6,7 Millionen Euro (im Vorjahr 5,1 Millionen Euro) erhöht.

Nach Verrechnung der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens mit dem Anlagevermögen liegt die Eigenkapitalquote bei 64,4 Prozent (im Vorjahr 63,8 Prozent).

Die Rückstellungen haben sich insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 Millionen Euro auf 84,4 Millionen Euro (im Vorjahr 94,8 Millionen Euro) verringert.

Die Abnahme der Rückstellungen resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Personalrückstellungen um 8,9 Millionen Euro und der Rückstellungen für Instandhaltungen um 3,6 Millionen Euro.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Millionen Euro auf 26,8 Millionen Euro (im Vorjahr 24,7 Millionen Euro) erhöht.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz sind im Wesentlichen aufgrund der Erlösausgleichsverpflichtung für 2012 und den noch offenen Verrechnungen aus Vorjahren um 6,6 Millionen Euro auf 49,0 Millionen Euro (im Vorjahr 42,4 Millionen Euro) angestiegen.

Zusammenfassend wird die Geschäftsentwicklung innerhalb des Konzerns und insbesondere der Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH als positiv beurteilt. Das lt. Unternehmensplanung für 2012 geplante Jahresergebnis für den Konzern wurde aufgrund der erschwerten Rahmenbedingungen um 0,8 Millionen Euro unterschritten; der Planwert für die Vivantes um

1,4 Millionen Euro. Die Konzernumsätze konnten weiter erhöht und das geplante EBITDA verbessert werden. Aufgrund der positiven Liquiditätssituation wurde die Kreditlinie nicht in Anspruch genommen.

V.1 Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge, die für eine Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

V.2 Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

V.2.1 Chancen und Risiken

Für 2012 wurde die Erlösausgleichsberechnung der Vivantes im Wesentlichen auf der Grundlage des letzten Verhandlungsstandes mit den Krankenkassen und der letzten vereinbarten Budgets aus der Budgetvereinbarung 2011 vorgenommen. Es besteht hierbei die Chance, ein höheres Erlösbudget endgültig zu vereinbaren.

Aufgrund des in 2011 abgeschlossenen Änderungstarifvertrages zum Tarifvertrag Zukunft für die Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH (1. ÄTV TV Zukunft Vivantes) zwischen dem Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin und ver.di kann Beschäftigten u.a. ein prämienbegünstigtes Ausscheiden ermöglicht werden.

Mit der „Gemeinsamen Erklärung zur Zukunftssicherung von Vivantes“ vom September 2011, unterschrieben vom Land Berlin, der Gewerkschaft ver.di, der Geschäftsführung und dem Betriebsrat von Vivantes wird Vivantes zukünftig dahingehend unterstützt, weiterhin wettbewerbsfähig zu sein, einen entscheidenden Beitrag zur Gesundheitsfürsorge im Land Berlin zu leisten und sichere Arbeitsplätze zu gewährleisten. Neben der Verpflichtung des Landes Berlin bis Ende 2020 Gesellschafter der Vivantes zu bleiben und keine Gesellschafteranteile zu veräußern, der Unterstützung bei der Aufnahme von Kreditmitteln zur Umsetzung der erforderlichen Investitionen und dem Verzicht bis 2020 jährliche Ausschüttungen an das Land abzuführen, sind durch Vivantes u.a. strukturelle Anpassungen und Einsparungen von Personalkosten zu realisieren.

Durch die Tatsache, dass Vivantes als größter kommunaler Krankenhauskonzern Deutschlands innerhalb des Vivantes – Netzwerks eine große Vielfalt qualitativ hochwertiger medizinischer und pflegerischer Leistungen und Spezialisierungen anbietet und auf dem Berliner Gesundheitsmarkt einen Anteil von ca. 30 Prozent abdeckt, bestehen auch weiterhin große Chancen für ein stetiges Wachstum und einen weiteren Ausbau der Geschäftstätigkeit.

Durch den erfolgreichen Abschluss eines Konsortialkreditvertrages ist es dem Vivantes-Konzern möglich, erforderliche Investitionen vordergründig im Krankenhausbereich umzusetzen, um Kapazitäten zu erweitern und Struktur- und

Prozessoptimierungen zu realisieren. Daneben sind jedoch zusätzliche Fördermittel des Landes Berlin im Rahmen der dualen Finanzierung erforderlich.

Die im Geschäftsjahr 2008 abgeschlossenen und zum 1. Januar 2009 wirksam gewordenen Tarifverträge (TV Zukunft Vivantes) haben die Entwicklung des Personalaufwands auch im Berichtsjahr wesentlich geprägt. Für die ca. 70 Prozent der Beschäftigten des Konzerns, die dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) unterliegen wurde in den Tarifverhandlungen im März 2012 ein Abschluss erzielt. Das Ergebnis wird gemäß dem „Tarifvertrag Zukunft Vivantes" verzögert und eingeschränkt übernommen. Im Juni 2012 wurde eine Tarifeinigung mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2013 für die Ärztinnen und Ärzte erzielt, nach der u.a. die Gehälter sowie Bereitschaftsdienstentgelte ab Mai 2012 sowie im Folgejahr erhöht werden. Die tarifbedingten Steigerungen im Personalaufwand werden das Mutterunternehmen auch zukünftig erheblich belasten.

Bereits im Geschäftsjahr 2011 hat die Geschäftsführung aufgrund von Ereignissen bei anderen Krankenhausträgern eine Prüfung der Prozesse der Abrechnung ambulanter ärztlicher Leistungen und eine Prüfung des Abrechnungsprozesses der an den Krankenhäusern angeschlossenen medizinischen Versorgungszentren (MVZ) durch die Interne Revision und zwei externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vornehmen lassen. Die Ergebnisse wurden der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) und der Staatsanwaltschaft zur Prüfung weitergeleitet. Für mögliche Rückzahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen gebildet. Aktuell liegen noch keine abschließenden Ergebnisse vor.

Das Risikomanagement des Konzerns ist umfassend für alle wesentlichen Unternehmensbereiche und Tochtergesellschaften aufgestellt. Es gliedert sich im Wesentlichen in die drei Hauptbereiche Service- und Verwaltungsbereiche, Klinika der Regionen und Tochtergesellschaften.

Die Risiken des Konzerns sind den folgenden Risikobereichen zugeordnet:

Umfeldrisiken
Strategische Risiken
Finanzielle Risiken
Betriebsquerschnittsrisiken
Risiken im operativen Bereich Medizin/ Pflege/ Betreuung
Risiken in den Tochtergesellschaften

Im Berichtsjahr wurde im Ergebnis einer weiteren umfassenden Risikoinventur in allen Unternehmensbereichen und Tochtergesellschaften ein Risikobericht für den Konzern erstellt. Der Risikobericht gibt ein aussagefähiges Gesamtbild über die Risikosituation der Vivantes-Gruppe und den erforderlichen Handlungsbedarf zur Risikobewältigung wieder. Es erfolgt eine kontinuierliche Überwachung aller wesentlichen Risiken. Dabei wird auf die „Top-Risiken", d.h. Risiken, deren momentane Ausprägung anhand der Messung über Kennzahlen u. ä. von besonderer Bedeutung ist, ein wesentlicher Schwerpunkt gelegt. Die im Rahmen der Risikoberichterstattung vorgeschlagenen Maßnahmen werden

in einem Katalog der Risikobewältigungsmaßnahmen zusammengefasst. Die Maßnahmen werden hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit überprüft bzw. im Rahmen der laufenden operativen Tätigkeit sowie im Rahmen von Projekten umgesetzt.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 54 wesentliche Risiken für den Konzern identifiziert worden. Zu den bedeutendsten Risiken zählen u.a. die Steigerung der Personalkosten durch die Anwendung des bundesweit gültigen Flächentarifvertrages des öffentlichen Dienstes (TVÖD) sowie des Tarifvertrages mit dem Marburger Bund, die Rückforderungen der Krankenkassen aufgrund fallbezogener Reklamationen der Kostenträger und der Fachkräftemangel.

Ein umfassendes monatliches Berichtswesen über die Finanzkennzahlen weist zeitnah auf mögliche finanzwirtschaftliche Risiken hin.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements werden Risiken im klinischen Bereich permanent überwacht. Zur Steigerung der Patientensicherheit wurde ab 2009 an allen Vivantes-Kliniken mit „CIRS" (Critical Incident Reporting System) ein Meldesystem von Beinahe-Fehlern eingeführt. Vivantes ist Gründungsmitglied des Projekts „CIRS-Berlin" der Berliner Ärztekammer, das einen Erfahrungsaustausch und gegenseitiges Lernen ermöglichen soll.

Anfang des Jahres wurde die Stelle eines Beauftragten für Compliance eingerichtet.

Im Februar 2012 wurde ein Qualitätsmanagement-Handbuch in Kraft gesetzt, welches einen umfassenden Überblick über das Qualitäts- und Risikomanagement bei Vivantes gibt.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontrollsystem umfasst Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Einhaltung maßgeblicher rechtlicher Vorschriften.

Die wesentlichen Merkmale des im Vivantes Konzern bestehenden Kontroll- und Risikomanagementsystems, in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess, können wie folgt beschrieben werden:

Es gibt eine klare Aufbau- und Ablauforganisation mit eindeutigen Verantwortlichkeiten.

Die Funktionen der am Rechnungslegungsprozess wesentlichen beteiligten Bereiche des Rechnungswesens und Controllings sind klar getrennt.

Es wird im Konzern im Wesentlichen Standardsoftware (SAP R/3 4.7 und SAP ECC 6.0) eingesetzt. Die Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt.

Ein adäquates Richtlinienwesen ist eingerichtet und wird laufend aktualisiert.

Buchhaltungsdaten werden laufend auf Vollständigkeit und Richtigkeit – auch auf Basis von Stichproben – überprüft. Es finden Plausibilitätsprüfungen durch die eingesetzte Software statt.

Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet.

Durch die im Rechnungslegungsprozess installierten Kontrollen sowie die Kontrollen auf Unternehmensebene wird der Ablauf der rechnungslegungsbezogenen Prozesse überwacht und mögliche Risiken zeitnah identifiziert. Das rechnungslegungsbezogene, interne Kontrollsystem stellt damit sicher, dass unternehmerische Sachverhalte bilanziell erfasst, aufbereitet und gewürdigt sowie in die Rechnungslegung übernommen werden. Eine geeignete personelle Ausstattung, die Verwendung einer adäquaten Software sowie klare, gesetzliche und unternehmensinterne Vorgaben bilden die Grundlage für einen ordnungsmäßigen, einheitlichen und kontinuierlichen Rechnungslegungsprozess.

V.2.2 Prognosebericht

Um den wirtschaftlichen Erfolg des Konzerns langfristig zu sichern, sind Investitionen und Weiterentwicklungen in allen Unternehmensbereichen geplant. Durch die Bereitstellung der finanziellen Mittel aufgrund des im Berichtsjahr 2012 abgeschlossenen Kreditvertrages wird es der Vivantes-Gruppe möglich, umfassende Investitionen zu realisieren, um somit zum einen die Kapazitäten zu erweitern sowie eine bestmögliche medizinische Betreuung zu gewährleisten.

Die Vivantes - Forum für Senioren GmbH plant für das Jahr 2013 die Anmietung eines neuen noch zu errichtenden Pflegeheimstandortes mit 180 Pflegebetten in Berlin Spandau sowie den Erwerb einer Pflegeeinrichtung in Berlin-Neukölln mit rund 200 Plätzen. Darüber hinaus wird die Entwicklung eines neuen Standortes in Berlin Marzahn-Hellersdorf mit ca. 130 Pflegeplätzen geprüft.

Es ist ab Herbst 2013 vorgesehen, die Wäscheversorgung für Vivantes und weitere Konzerngesellschaften im Rahmen einer Systemversorgung in Kooperation mit mehreren externen Dienstleistern durch die Vivantes Service GmbH durchzuführen. In diesem Zusammenhang ist geplant, die Geschäftstätigkeit der Vivantes Textilversorgung GmbH (VTV GmbH) einzustellen und die Geschäftsanteile im Rahmen einer Put-Option durch den Minderheitsgesellschafter, die Berendsen GmbH, Glückstadt (Berendsen), zu überlassen. Das Personal der Gesellschaft wird vollumfänglich durch Berendsen gemäß § 7 Abs. 4 des Kooperationsvertrages zum Vertrag über die Wäscheversorgung zwischen der Vivantes und der VTV GmbH vom 1. August 2007 übernommen und die Arbeits- und Anstellungsverträge fortgeführt.

Mit Fertigstellung des Neubaus in 2013 für die Labor Berlin – Charité Vivantes GmbH am Standort Virchow-Klinikum der Charité kann die bereits bestehende erfolgreiche Kooperation von Vivantes und der Charité weiter verstärkt

werden. Gleichzeitig ist geplant, eine Kooperation zwischen Vivantes und der Charité im Bereich Strahlentherapie am Standort Klinikum im Friedrichshain zu realisieren.

Die Vivantes beabsichtigt, in 2013 eine weitere Krankenhauseinrichtung mit rund 140 Betten in Berlin-Neukölln zu erwerben.

In der mittelfristigen Unternehmensplanung des Konzerns sind wesentliche Maßnahmen zur Verbesserung der Erlössituation enthalten. Diese betreffen im Wesentlichen die Leistungssteigerung im Kerngeschäft und Pflegebereich sowie den Ausbau der Komfortklinik.

Durch den geplanten Abbau von Personal im Bereich der internen Dienste soll sich die Personalaufwandsquote nachhaltig verbessern.

Der von der Geschäftsführung aufgestellte Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 sieht ein Konzernergebnis nach Steuern in Höhe von 6,0 Millionen Euro und in Höhe von 4,1 Millionen Euro für Vivantes vor. Bei den Umsatzerlösen wird auf Basis der geplanten Wachstumsstrategie eine weitere deutliche Steigerung erwartet. Der Personalaufwand einschließlich des Aufwands für Leasingpersonal wird auf der Basis der seit 2009 geltenden sowie der ergänzenden tarifvertraglichen Regelungen und dem zur Leistungssteigerung erforderlichen Personalaufbau weiter ansteigen. Dennoch wird sich die Personalaufwandsquote gemessen am Umsatz in 2013 insbesondere durch den geplanten Personalabbau im Bereich der internen Dienste reduzieren. Maßnahmenbezogene Investitionen sind für 2013 in Höhe von 67,6 Millionen Euro und Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von 37,0 Millionen Euro geplant. Durch den wahrscheinlichen Abfluss der Erlösausgleiche vorangegangener Geschäftsjahre sowie der Investitions- und Instandhaltungserfordernisse wird sich die freiverfügbare Liquidität bereits in 2013 verringern.

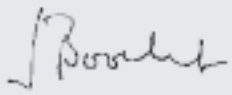
Für die Jahre 2014 bis 2017 wird nach derzeitigem Erkenntnisstand jeweils von positiven Jahresergebnissen nach Steuern ausgegangen.

Die tatsächlichen Ergebnisse können durch veränderte Rahmenbedingungen, den Auswirkungen des Krankenhausfinanzierungsreformgesetzes sowie Verzögerungen bei der Umsetzung der vorgesehenen Restrukturierungsmaßnahmen wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen.

Die Geschäftsführung geht ungeachtet der sich weiter verschärfenden Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen davon aus, dass durch die erfolgreiche Weiterführung der Entwicklung der einzelnen Krankenhausstandorte die Wirtschaftlichkeit des Krankenhauskonzerns auf Dauer gesichert und eine hohe medizinische Versorgungsqualität gewährleistet werden kann.

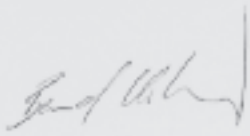
Berlin, 20. März 2013
Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH

Die Geschäftsführung



Joachim Bovelet
Vorsitzender

Dr. Andrea Grebe



Bernd Kahnes

Dr. Christian Friese

Anlage zum Lagebericht

Entsprechenserklärung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung
zum Berliner Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
I.	**Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat**	
I.1	• Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsführung • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsführung • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten	Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	• Sitzungen des Aufsichtsrats	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.
I.3	• Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsführung • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat	Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung liegen Geschäftsordnungen für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung vor.
I.4	• Bericht der Geschäftsführung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens drei Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen	Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Die schriftlichen Unterlagen lagen nicht in jedem Fall mindestens drei Wochen vor den Sitzungsterminen den Gremienmitgliedern vor. Im Berichtsjahr wurde ein Compliance Beauftragter bestellt, der direkt dem Vorsitzenden der Geschäftsführung zugeordnet ist. Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen wurden plausibel und nachvollziehbar dargestellt. Maßnahmen zur erforderlichen Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.
I.5	• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers und Aufsichtsrats • D&O-Versicherung für Geschäftsführung und Aufsichtsrat	Geschäftsführung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen. Sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers bzw. Aufsichtsrats gewahrt. D&O-Versicherungen sind ohne Selbstbehalt für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat abgeschlossen worden. In 2011 erfolgte eine Erhöhung der Versicherungssumme um 10 Mio. Euro auf 30 Mio. Euro je

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
		Schadensfall im D&O Bereich durch Abschluss einer Anschlussdeckung. Des Weiteren wurde eine Laufzeitverlängerung für die Grunddeckung bis 1. Januar 2014 vorgenommen.
II. Geschäftsführung		
II.1	• Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen	Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet. Für das Unternehmen nachteilige Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Controlling, das alle wesentlichen Unternehmensbereiche umfasst. Es erfolgt eine zentrale Berichterstattung in Form von Monats- und Quartalsberichten. Die Geschäftsführung ist dabei, das Controlling weiter zu optimieren. Im Rahmen des Risikomanagements wurde im Geschäftsjahr 2012 eine Risikoinventur in allen wesentlichen Unternehmensbereichen und Tochtergesellschaften durchgeführt. Dabei wurden wesentliche Risiken in den einzelnen Bereichen identifiziert, aktualisiert und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe bewertet. Die Risikoberichterstattung erfolgt in der Sitzung des Wirtschafts- und Prüfungsausschusses in 2013. Ein Risikohandbuch liegt im Unternehmen vor und ist im Intranet allen Mitarbeitern zugänglich. Ein umfassendes monatliches Berichtswesen über die Finanzkennzahlen weist zeitnah auf mögliche wirtschaftliche Risiken hin. Im Rahmen des Qualitätsmanagements werden Risiken im klinischen Bereich permanent überwacht.
II.2	• Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsführung • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen	Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsführung sind in der Geschäftsordnung der Geschäftsführung geregelt. Die Geschäftsordnung der Geschäftsführung liegt in der Fassung vom 20. September 2010 vor. Eine Beschlussmehrheit ist in der Geschäftsordnung festgelegt. Gemäß der Geschäftsordnung der Geschäftsführung sollen grundsätzlich alle Beschlüsse einstimmig gefasst werden. Ist eine Einmütigkeit nicht zu erzielen, so wird mit der Mehrheit der anwesenden Geschäftsführer/innen entschieden. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der/des Vorsitzenden den Ausschlag. Bei

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
		Abwesenheit der/des Vorsitzenden gilt, dass alle Rechte der/des Vorsitzenden der Geschäftsführung gemäß Geschäftsordnung in deren/dessen Abwesenheit von der/dem Stellvertretenden Vorsitzenden ausgeübt werden.
II.3	• Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsführung • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsführung • Veröffentlichung der Einzelvergütung • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap	Die Vergütung der Geschäftsführung erfolgte auf Basis der bestehenden Verträge. Mit Ausnahme der in 2012 neubestellten Geschäftsführer liegen für alle Geschäftsführer für 2012 Zielvereinbarungen vor. Die Vergütung hat sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung zusammengesetzt. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt. Bei der Festlegung der Vergütung werden andere Bezüge berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen entscheidet der Personal- und Organisationsausschuss des Aufsichtsrats. Sie unterlagen einer regelmäßigen Überprüfung. Die Vergütung wurde im Anhang zum Jahresabschluss individualisiert und unterteilt nach Fixum und variablen Bestandteilen ausgewiesen. In den Arbeitsverträgen der Geschäftsführer ist eine Regelung zur Begrenzung der Abfindungszahlung (Abfindungs-Cap) enthalten.
III. Aufsichtsrat		
III.1	• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und den Geschäftsordnungen für Geschäftsführung und Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Die zustimmungspflichtigen Geschäfte sind eindeutig festgelegt. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat liegt in der Fassung vom 11. September 2008 vor. In 2012 fand die Wahl zu den Arbeitnehmervertretern des Aufsichtsrates statt. Zum 31. Dezember 2012 sind insgesamt 16 Aufsichtsratsmitglieder bestellt. Unterjährig sind fünf Aufsichtsratsmitglieder ausgeschieden. Davon ein Mitglied vor Bestellung zum Geschäftsführer.

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
III.2	• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsführung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis	Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht. Im Jahr 2009 wurden eine Erstbestellung und eine Wiederbestellung über jeweils einen Zeitraum von drei Jahren vorgenommen. In 2010 wurden zwei Wiederbestellungen über einen Zeitraum von drei Jahren und fünf Jahren sowie eine Verlängerung des Dienstvertrages um zwei Jahre auf insgesamt fünf Jahre vorgenommen. Eine Wiederbestellung und die Verlängerung in 2010 wurden vorzeitig ausgesprochen. Im Jahr 2012 wurden zwei Erstbestellungen über jeweils einen Zeitraum von drei Jahren vorgenommen. Des Weiteren wurden mit zwei Geschäftsführern Aufhebungsverträge mit Wirkung zum 31. Dezember 2012 geschlossen. Ein Geschäftsführer hat mit Wirkung zum Ablauf des 4. September 2012 seine Ämter als Geschäftsführer der Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH und in den Tochtergesellschaften vorzeitig niedergelegt. Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden einem Ausschuss des Aufsichtsrats zur Beratung und Entscheidung übertragen.
III.3	• Zusammenarbeit Geschäftsführung/ Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen	Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsführung hat den Aufsichtsratsvorsitzenden soweit erforderlich über besondere Ereignisse unterrichtet. Der Aufsichtsrat wurde außerhalb der Aufsichtsratssitzungen über keine wichtigen Ereignisse unterrichtet. Es haben keine außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.
III.4	• Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen	Der Aufsichtsrat hat einen Personal- und Organisationsausschuss, einen Wirtschafts- und Prüfungsausschuss und einen Vermittlungsausschuss. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses war kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung und ist auch nicht Vorsitzender des Aufsichtsrates. Der Aufsichtsratsvorsitzende ist Vorsitzender des Personalausschusses. Der Wirtschafts- und Prüfungsausschuss hat keine Entscheidungskompetenzen vom Aufsichtsrat übertragen bekommen. Das Plenum des Aufsichtsrats wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
III.5	• Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats	Ein Aufsichtsratsmitglied bekleidete acht Aufsichtsratsmandate, davon drei in der Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender. Dieses Mitglied ist zugleich Geschäftsführer eines Unternehmens. Ein weiteres Aufsichtsratsmitglied bekleidete fünf Aufsichtsratsmandate, davon drei in der Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender. Dieses Mitglied hat zugleich eine Organfunktion bei einem Wettbewerber ausgeübt und ist Geschäftsführer eines Unternehmens, jedoch ohne operative Tätigkeit. Ein anderes Aufsichtsratsmitglied hat eine Organfunktion bei einem Wettbewerber ausgeübt. Die Gesamtvergütungen ergeben sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Sonderleistungen wurden nicht vereinbart. Mindestens ein Aufsichtsratsmitglied verfügt über vertiefte Kenntnisse im Bereich Finanz- und Rechnungswesen.
III.6	• Vorlage der Zielvereinbarung	Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsführung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.
III. 7 und 8	• Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats	Kein Aufsichtsratsmitglied hat weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Dazu ist auf der Basis eines Fragekatalogs eine zielgerichtete Befragung der Mitglieder des Aufsichtsrats erfolgt. Die im Rahmen der Befragung gegebenen Hinweise werden in der künftigen Arbeit des Aufsichtsrats berücksichtigt. Dieses Verfahren wird jährlich angewendet. Es waren keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.
IV. Interessenkonflikte		
IV.1	• Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsführung • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsführung	Die Mitglieder der Geschäftsführung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder Vorteilsgewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
IV.2	• Wahrung des Unternehmensinteresses • Persönliche Interessen	Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
IV.3 und 4	• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrats	Es wurden keine Interessenkonflikte offengelegt.
IV.5	• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsführung • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats	Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsführung oder ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen haben nicht stattgefunden. Der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.
IV.6	• Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsführung	Ein Geschäftsführer hat außerhalb des Konzerns ein Aufsichtsratsmandat wahrgenommen. Ein weiterer Geschäftsführer war in verschiedenen Gremien der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände sowie im Interessenverband kommunaler Krankenhäuser tätig. Des Weiteren war dieser Geschäftsführer Vorsitzender im Arbeitskreis Personalmanagement der Arbeitsgemeinschaft kommunaler Krankenhäuser und Mitglied im Bundesverband der Personalmanager. Die Zustimmungen des Aufsichtsrats liegen vor.
IV.7	• Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsführung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige	Den Mitgliedern der Geschäftsführung und den Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.
V. Transparenz		
V. 1 und 2	• Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/ für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf • Informationen über das Unternehmen im Internet	Neue Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Unternehmensinformationen wurden auch über das Internet veröffentlicht.
VI. Rechnungslegung		
VI.1 bis 3	• Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens	Der Jahresabschluss wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in der vorgesehenen Frist dem Gesellschafter vorgelegt. Die Zwischenberichte wurden im Wesentlichen in den

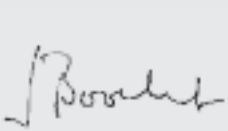
Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
	gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angaben der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen • Erörterung der Zwischenberichte	vorgesehenen Fristen dem Gesellschafter übergeben. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf. Die Zwischenberichte wurden vom Aufsichtsrat/Wirtschafts- und Prüfungsausschuss mit der Geschäftsführung erörtert.
VII. Abschlussprüfung		
VII.1	• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfer, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmer und seinen Organmitglieder andererseits • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe	Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
VII.2	• Erteilung des Prüfungsauftrags und der Honorarvereinbarung	Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.
VII.3	• Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsführung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben	Der Abschlussprüfer wird den Aufsichtsrat über wesentliche Feststellungen unterrichten
VII.4	• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss	Der Abschlussprüfer wird an der Beratung des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

Berlin, den 21. Januar 2013
Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH

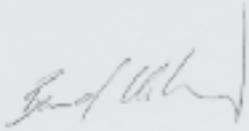
Der Aufsichtsrat

Dr. Hartmann Kleiner
Vorsitzender

Die Geschäftsführung



Joachim Bovelet
Vorsitzender



Bernd Kahnes

Dr. Christian Friese

1. Vergütungen Aufsichtsrat

	Vergütung gem. §15 GV **für 2012 (gezahlt in 2013)**	**Reisekosten** Ersatz für Auslagen **für 2012 (in 2012 gezahlt)**	**Gesamt**	**Bemerkungen**
Susanne Stumpenhusen	5.950,00		5.950,00	Vergütung Brutto incl. Ust.
Dr. Ulrich Nußbaum	5.000,00		5.000,00	
Mario Czaja	5.000,00		5.000,00	
Dr. Karl Kauermann	8.925,00	948,10	9.873,10	Vergütung Brutto incl. Ust.
Dagmar Pohle	5.000,00		5.000,00	
Peter Jung	5.950,00	1.976,27	7.926,27	Vergütung Brutto incl. Ust.
Volker Gernhardt	5.000,00		5.000,00	
Giovanni Ammirabile	5.000,00		5.000,00	
Axel Burger	5.000,00		5.000,00	
Dr. Eva Müller Dannecker	5.000,00		5.000,00	
Karin Albers	2.083,33		2.083,33	
Christian Brost	3.333,33		3.333,33	
Petra Gothe	3.750,00		3.750,00	
Gunther Nolte	833,33		833,33	
Dr. Thomas Werner	3333,33		3.333,33	
	69.158,32	**2.924,37**	**72.082,69**	

WBM

Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH

WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH, Berlin (WBM)

Konzernlagebericht 2012

1. Geschäft und Umfeld

1.1. Geschäftsentwicklung des WBM Konzerns

Der WBM Konzern ist eines der größten Wohnungsunternehmen auf dem Berliner Immobilienmarkt. In unseren rund 28.000 Wohnungen findet man ein schönes Zuhause zu moderaten Mietpreisen. Ob für Familien mit Kindern, Jugendliche, Singles, Künstler und Senioren, der WBM Konzern hat die richtigen Wohnungen u. a. im Nikolaiviertel, am Platz der Vereinten Nationen oder in der Spandauer Vorstadt. Um den Anforderungen unserer Mieter gerecht zu werden, bietet der WBM Konzern auch maßgeschneiderte Lösungen durch die individuelle Wohnraumgestaltung an.

Auch für Unternehmer gibt es im WBM Konzern mit seinen Gewerbeflächen interessante Möglichkeiten. Hier können Büroimmobilien, attraktive Einzelhandelsflächen sowie von Szeneläden bis zum Kiosk alles angeboten werden.

Als städtisches Unternehmen ist der WBM Konzern ein starker Partner des Landes Berlin bei der Stadtentwicklung und der Wohnungspolitik. Mit den Verpflichtungen aus dem unterzeichneten "Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten" sollen Haushalte, deren Einkommen hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleiben, weiterhin angemessen mit Wohnraum versorgt werden. Besonderes Augenmerk wird auf die gewachsene Struktur in den Kiezen mit ihrer typischen Berliner Mischung der Menschen mit unterschiedlichem Einkommen, sozialer und kultureller Herkunft gelegt.

Im Rahmen seiner gesellschaftlichen Verantwortung sieht der WBM Konzern auch den Klimaschutz als seine Aufgabe an. Im Geschäftsjahr 2012 wurde mit der Unterzeichnung des „Klimaschutzabkommens der zweiten Generation“ die Klimaschutzpartnerschaft mit dem Land Berlin erfolgreich fortgesetzt. Bereits seit den 1990er Jahren wurde ein Großteil der Immobilien durch umfassende Modernisierungen mit positiver Auswirkung auf die Energieeinsparbilanz saniert. Zukünftig besteht die Herausforderung, die energetischen Modernisierungen mit der klassischen DDR-Architektur in Einklang zu bringen und so der Platte eine Zukunft zu geben. Aber auch die Lückenbauten in der Innenstadt und Gebäudekomplexe in Spandau stehen mit energetischen Modernisierungsmaßnahmen im Bauprogramm. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag für ein lebenswertes Wohnen in Berlin.

Der WBM Konzern konnte das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresergebnis von Mio. € 13,5 (Vorjahr 19,6 Mio. €) und einem operativen Ergebnis von Mio. € 7,2 abschließen.

Eine anhaltend starke Nachfrage nach unseren Wohnungen kennzeichneten die Tätigkeiten im Immobilienmanagement. Dies führte zu einer weiteren Reduzierung der Wohnungsleerstände. Insbesondere die Nachfrage nach kleineren Wohnungen hält unverändert an, jedoch kann diese durch die sich weiter verringernde Fluktuation nicht adäquat bedient werden.

Im Mittelpunkt der täglichen Arbeit stehen unsere Mieter. Um die Interessen und Anregungen der Mieter zu bündeln, wurden im Geschäftsjahr neue Mieterbeiräte gebildet. Die Mieterbeiräte sind kritische Begleiter des Unternehmens und unterstützen den Dialog zwischen Vermieter und Mieter. Gleichzeitig verbessern sie die nachbarschaftlichen Beziehungen in den Wohnhäusern und bringen sich direkt in ihrem Wohnumfeld ein. Mieterbeiräte und deren Initiative sind wichtige Beiträge zur Erhöhung der Wohn- und Lebensqualität in unseren Beständen.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden rund 35.100 m² der Gewerbeflächen neu vermietet. So konnte u. a. ein Mietvertrag für die Spandauer Str. 2 mit der Merlin Entertainment Group abgeschlossen werden. Verbunden war hiermit eine Nutzungsänderung einhergehend mit Umbauarbeiten für ca. 1.800 m² Fläche. Mit diesem Ankermieter werden positive Synergieeffekte für die benachbarten Gewerbeflächen erwartet.

Zur Werterhaltung und –verbesserung unserer Immobilien wurden Mio. € 50,2 aufgewendet. Beachtet wurden bei der Umsetzung sowohl sozial verträgliche Modernisierungsumlagen als auch die Wirtschaftlichkeit der Bauvorhaben und der Klimaschutz.

Im Rahmen der Komplettsanierung der Immobilien Rotherstr. 27/Lehmbruckstr. 9 wurden drei Wohnungen durch Dachgeschoßausbau und in der Scharrenstr. 10-11 sechs Wohnungen durch Dachgeschoßaufbau neu geschaffen.

Zur Verbesserung der Urbanität der Stadtquartiere haben wir z. B. durch Schaffung einer neuen Kindertagesstätte in der Scharnweberstraße, einer Kiezsauna in der Graudenzer Straße oder einer „WG für alters-/ demenzgerechtes Wohnen im Kiez“ in der Leipziger Straße einen weiteren Beitrag geleistet.

Potenziale zur Kostenoptimierung nutzt der WBM Konzern konsequent, insbesondere im Rahmen der betriebskostenrelevanten Objektdienstleistungen. So wurden im Geschäftsjahr Hausmeisterleistungen, Leistungen der Objektsicherung und der Papierentsorgung neu ausgeschrieben und dadurch z. T. erhebliche Kostenreduzierungen erreicht. Auch die gesetzlich vorgeschriebene Schließung von Müllabwurfanlagen führte für die Mieter zu Betriebskostensenkungen.

Aufgrund der guten Nachfrage nach Eigentumswohnungen verkauften wir im Geschäftsjahr 118 Wohnungen. Auch zukünftig sollen nur leerstehende Wohnungen oder Wohnungen an den jeweiligen Mieter aus dem Wohneigentumsbestand veräußert werden. Weitere Privatisierungsmaßnahmen und neue Aufteilungen in Sondereigentum sind nicht geplant.

Die Konzernstruktur konnte mit Anwachsung der Beteiligung JALEA Grundstücksverwaltungsgesellschaft & Co. KG an die WBMI in 2012 weiter optimiert werden.

Im Rahmen des Projektes „WBM 2015“ wurde im Geschäftsjahr 2012 eine Mitarbeiterbefragung initiiert. In der Befragung beurteilten die Mitarbeiter die persönliche Arbeitssituation, ihre Entwicklungschancen, die Mitbestimmungsmöglichkeiten, die Teams und Führungskräfte sowie die Zusammenarbeit im Unternehmen. Mit einer Beteiligung von 84,4 % und einer durchschnittlichen Bewertung von 2,7 sind wir zufrieden, jedoch wollen wir die Bewertung bis zur nächsten Befragung verbessern. Die Antworten spiegeln das Meinungs- und Stimmungsbild in der Belegschaft repräsentativ wider und sind für die Führungskräfte ein wichtiges Steuerungsinstrument. Stärken und Schwächen der Organisation wurden sichtbar und Handlungspotenziale eröffnet.

Als Unternehmen des Landes Berlin ist der WBM Konzern durch das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) zur Frauenförderung und zur Gleichstellung von Männern und Frauen verpflichtet. So wurde durch die Mitarbeiterinnen im März 2012 erstmals eine Frauenvertreterin gewählt. Die Frauenvertretung nimmt für den WBM Konzern eine Beratungs- und Unterstützungsfunktion war und ist an den Besetzungen von Stellen im Unternehmen aktiv beteiligt. Für diese Aufgaben ist sie zu 50 % freigestellt. Durch die Frauenvertretung wurde der erste Frauenförderplan aufgestellt.

Als fürsorglicher Arbeitgeber hat der WBM Konzern die Aufgabe, individuell angepasste Lösungen zur Vermeidung zukünftiger Arbeitsunfähigkeit der Arbeitnehmer zu erarbeiten. Dieser Prozess wurde als betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat definiert und vereinbart. Die Betriebsvereinbarung zum BEM trat zum 01.01.2013 in Kraft. Mit den Präventionsregelungen dieser Betriebsvereinbarung ist ein weiterer Baustein dem betrieblichen Gesundheitsmanagement hinzugefügt worden.

Der WBM Konzern setzt bei der Auswahl der Medien verstärkt auf Internet, Intranet und Film. Ferner findet ein Wechsel in der Bildsprache und dem Layout der Marktauftritte statt.
Als ein Beispiel ist das WBM-Plattenkulturportal www.jeder-qm-du.de zu nennen. Hier wird rund um das Thema Platte mit historischem Rückblick als auch das Leben und Gestalten der Platte von heute informiert und zum kreativen Umgang mit der Platte animiert. Wir erhielten 2012 hierfür den 1. Preis bei einem Wettbewerb des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. Bis zum Jahresende wurde auf Facebook ein kontinuierlicher Zuspruch verbucht und die erste Schallgrenze von 5.000 „gefällt uns“-Klickraten nahezu erreicht. Eine neue Filmserie „Plattenköpfe“ wurde realisiert. Vorbereitungen zu einer weiteren umfassenden Filmdokumentation zum Thema WBM und ihre Verbindung zu dem bekanntesten Architekten der DDR-Nachkriegsmoderne Hermann Henselmann liefen an.

Das Thema Corporate Social Responsibility (CSR) stand mit der Umsetzung der sozialen Projekte, die im WBM-Kulturkalender Global Kids in 2012 angekündigt wurden, im Zentrum. Dazu erfolgten Kooperationen mit den unterschiedlichsten Institutionen, wie z. B. mit dem Rote Nasen e.V. Bei einem Besuch im Kinderherzzentrum der Berliner Charité konnte die Geschäftsführung die Arbeit der Krankenhausclowns kennenlernen. Bei der Berliner Tafel e.V. leistete die Geschäftsleitung zusammen mit den Führungskräften ein eintägiges Volontariat und für den Berliner Aidsverein wurde eine Spendenaktion organisiert.

1.2. Gesamtwirtschaft und Berliner Immobilienmarkt

Die deutsche Wirtschaft zeigte sich 2012 trotz eines schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes als stabil und konnte zu einem höheren Wachstum zurückfinden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 0,7 %. Die Binnennachfrage und der gestiegene Export in Schwellenländer etablierten sich als Säulen für die wirtschaftliche Entwicklung. Deutschland gilt in Europa als Wachstumsmotor und Stabilitätsanker.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland wies einen positiven Trend aus. Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungszahlen nahmen weiterhin zu. Dies resultierte zum großen Teil aus der moderaten Lohnpolitik und den Effekten aus den Strukturanpassungen des Arbeitsmarktes der letzten Jahre. Auch ist der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor weiter gestiegen.

Die öffentlichen Haushalte konnten infolge hoher Steuereinnahmen durch die gute Beschäftigungslage und durch Unternehmensgewinne die Neuverschuldung gegenüber den Planungen verringern.

Die Berliner Wirtschaft zeigte sich in einem guten Zustand. Die Aufträge und Umsatzzahlen in den Berliner Unternehmen waren stabil und in einigen Branchen höher als in den Vorjahren. Dies resultierte aus dem positiven Image der Stadt und dem anhaltenden Tourismusboom. Die wirtschaftliche Dynamik Berlins wurde auch vom Zuwachs von Arbeitsplätzen unterstrichen. Die Arbeitslosenquote lag mit 11,6 % zwar über dem Bundesdurchschnitt, nahm aber im Vergleich zu diesem überproportional ab.

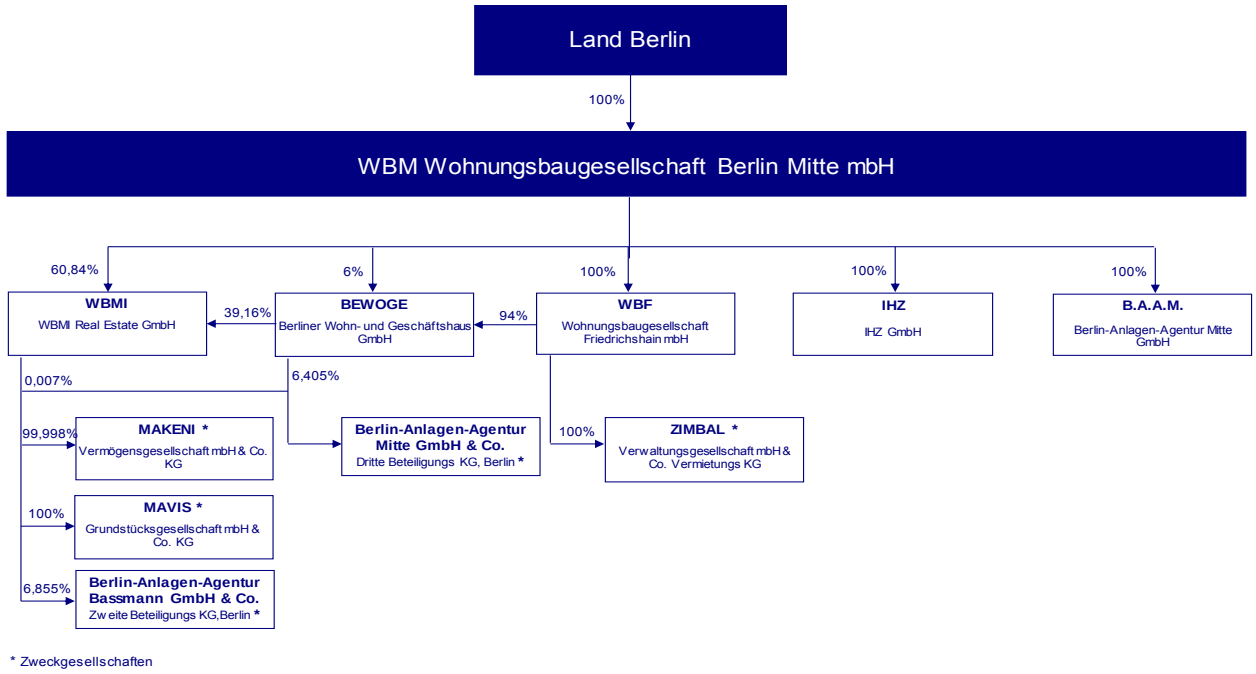
Berlins Immobilienmarkt bleibt für Investoren ein Markt mit hohem Potenzial. Die durchschnittlichen Immobilienpreise stiegen im Jahr 2012 weiterhin an. Gleichzeitig veränderten die demografische Entwicklung und der verzeichnete Zuzug nach Berlin die Nachfrage nach Mietwohnungen, so dass diese in vielen Segmenten das Angebot überstieg.

1.3. Steuerung und Organisation

Alleiniger Gesellschafter des WBM Konzern ist das Land Berlin.

Im Geschäftsjahr 2012 ist die JALEA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG im Rahmen der Straffung der Konzernstruktur an die WBMI angewachsen.

Die folgenden Beteiligungen werden zum 31.12.2012 im WBM Konzern voll konsolidiert:



Die Gesellschaften WBMI, BEWOGE und WBF verfügen über kein eigenes Personal und werden über die Muttergesellschaft WBM geführt. Die Immobilien der Zweckgesellschaften werden von der WBM bewirtschaftet; die kaufmännische Verwaltung erfolgt durch Dritte.

2. Bestands- und Ergebnisentwicklung

2.1. Bestandsentwicklung

Die Entwicklung der Immobilienbestände im Konzern stellt sich im Jahr 2012 wie folgt dar:

	Wohn-einheiten		Gewerbe-einheiten		Sonstige Mieteinheiten		gesamt	
	2012	**2011**	**2012**	**2011**	**2012**	**2011**	**2012**	**2011**
eigener Bestand	27.524	27.648	1.436	1.431	6.276	6.305	**35.236**	**35.384**
angemieteter Bestand	173	173	0	0	0	0	**173**	**173**
Leihgrundstücke	112	112	0	0	1	1	**113**	**113**
Restitutionsbestand	64	128	9	13	66	3	**139**	**144**
Verwaltung für Dritte	5.066	5.026	219	217	1.060	1.054	**6.345**	**6.297**
Gesamtbestand	**32.939**	**33.087**	**1.664**	**1.661**	**7.403**	**7.363**	**42.006**	**42.111**

Die Veränderungen im eigenen Bestand resultieren vorrangig aus dem Lasten-Nutzen-Wechsel von 118 veräußerten Wohnungen, 4 Gewerbeeinheiten und 10 Stellplätze aus dem Sondereigentum.

Aus dem Restitutionsbestand wurden 2 Grundstücke mit 64 Wohnungen und 4 Gewerbeeinheiten an die Eigentümer übergeben.

Ab 2012 erfolgte die Umgliederung von 65 Stellplätzen aus dem Eigenbestand in den Restitutionsbestand.

2.2. Mietentwicklung

Im Geschäftsjahr 2012 sind ca. 9.200 Mieterhöhungen gemäß § 558 BGB ausgesprochen worden.

Durch diese Mietanpassungen sowie Modernisierungsumlagen und Neuvermietungen stieg die durchschnittliche Nettokaltmiete (Soll) im Berichtszeitraum um 1,7 % auf 5,42 €/m² Wohnfläche.

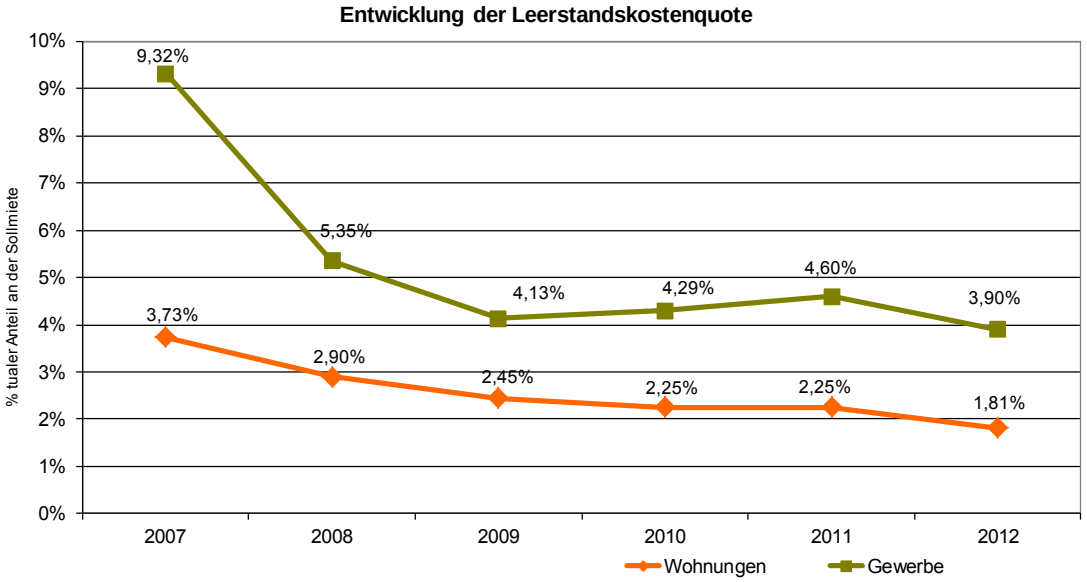
Die Mieten in den Gewerbeimmobilien entwickeln sich in den Branchen unterschiedlich. Die Durchschnittsmieten im Marktsegment Büromieten sind in 2012 leicht gesunken. Gleiches gilt für die Spitzenmieten. Die Einzelhandelsmieten sind konstant, weisen aber deutliche Unterschiede je nach Lage der jeweiligen Immobilie aus.

Die Durchschnittsmiete über den Gesamtgewerbebestand hat sich weiter leicht erhöht und lag im Geschäftsjahr bei 9,79 €/m² Vertragsfläche.

2.3. Entwicklung der Erlösschmälerungen aus Leerstand

Der Wohnungsleerstand konnte im Geschäftsjahr 2012 reduziert werden. So standen zum Ende des Jahres 520 Wohnungen leer, davon 285 Wohnungen aufgrund von Baumaßnahmen. Bei einem Gesamtbestand von 27.873 Wohnungen (ohne Drittverwaltung) ist der vermietungsfähige Leerstand fluktuationsbedingt.

Die Leerstandskostenquote im Gewerbebereich konnte auf 3,90 % gesenkt werden. Neben den guten Vermietungsergebnissen im Umfeld vom Alexanderplatz stellt sich die Situation im Nikolaiviertel durch die innerstädtischen Baumaßnahmen schwierig dar. Gleichzeitig ist ein erhöhter Leerstand durch die geplante Revitalisierung des Berlin Carrés zu verzeichnen.



2.4. Ergebnisentwicklung

Das Geschäftsjahr 2012 verlief für den WBM Konzern positiv. Der Jahresüberschuss beträgt T€ 13.540. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Jahresergebnis vor außerordentlichem Ergebnis und Steuern) lag bei T€ 18.835 nach T€ 32.254 im Vorjahr. Die rückläufige Entwicklung resultiert vorrangig aus geringeren Zuschreibungen zum Anlagevermögen und höheren Instandhaltungsaufwendungen.

2.5. Ertragslage

	2012	2011	Veränderung
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	205.552	206.126	-574
Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Grundstücken	11.071	12.716	-1.645
Übrige Umsatzerlöse	2.139	2.478	-339
	218.762	221.320	-2.558
Bestandsveränderungen	-6.863	-6.536	-327
Sonstige betriebliche Erträge	29.143	30.450	-1.307
	241.042	245.234	-4.192
Betriebskosten und Grundsteuern	-61.008	-62.887	1.879
Instandhaltungskosten	-44.537	-40.573	-3.964
Garantiemieten	-990	-962	-28
Personalaufwendungen	-19.646	-18.098	-1.548
Abschreibungen	-31.866	-31.674	-192
übrige Aufwendungen	-16.979	-14.155	-2.824
Zinsergebnis	-47.181	-44.631	-2.550
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18.835	32.254	-13.419
Außerordentliches Ergebnis	0	-908	908
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-5.379	-11.472	6.093
Sonstige Steuern	84	-228	312
Konzernergebnis	13.540	19.646	-6.106

2.5.1. Segmentergebnisse

Segmentergebnis	**2012**	**2011**	**Veränderung**
	T€	T€	T€
Hausbewirtschaftung	23.105	16.913	6.192
Verkaufstätigkeit	5.142	5.399	-257
Drittverwaltung	-66	47	-113
Zins- und Beteiligungsergebnis	-4.684	11.878	-16.562
Sonstige Ergebnisse	-9.957	-14.591	4.634
Konzernergebnis	**13.540**	**19.646**	**-6.106**

Im Segment **Hausbewirtschaftung** werden alle Erträge und Aufwendungen, die durch die Bewirtschaftung des eigenen Bestandes entstanden sind, ausgewiesen.

Pos.		**2012** T€	**2011** T€	**Veränderung** T€
1.	Umsatzerlöse der Hausbewirtschaftung	205.061	205.973	-912
2.	Bestandsveränderung	-1.045	644	-1.689
3.	übrige Erträge	20.515	13.577	6.938
	davon Zuschreibungen zum Sachanlagevermögen	8.351	3.915	4.436
4.	Aufwendungen der Hausbewirtschaftung	-108.003	-106.378	-1.625
5.	Personalaufwendungen	-15.069	-14.006	-1.063
6.	Abschreibungen	-31.666	-31.504	-162
7.	übrige Aufwendungen	-4.316	-5.529	1.213
8.	Zinsertrag	48	49	-1
9.	Zinsaufwand	-42.419	-45.913	3.494
	Segmentergebnis	**23.105**	**16.913**	**6.192**

Der Rückgang der Umsatzerlöse der **Hausbewirtschaftung** resultiert im Wesentlichen aus geringeren Umsatzerlösen aus Umlagenabrechnungen (T€ -923). Der Abbau der Fördermittel (T€ -844) konnte durch höhere Istmieten (T€ +1.000) kompensiert werden. Die Entwicklung der Istmieten wurde erheblich beeinflusst durch geringere Leerstandskosten.

Bestandteile der übrigen Erträge sind u. a. Zuschreibungen zum Sachanlagevermögen mit T€ 8.351, Auflösungen von Rückstellungen von T€ 2.414, Schadensersatzzahlungen von T€ 2.003 sowie Erstattungen von Betriebskosten und Auflösungen von Betriebskostenrückstellungen von insgesamt T€ 2.129.

Der Anstieg der Position Aufwendungen der Hausbewirtschaftung resultiert aus höheren Instandhaltungs- und Instandsetzungsaufwendungen. Im Vergleich zum Vorjahr wurden T€ 3.902 mehr in die Bestände investiert. Demgegenüber reduzierten sich die Betriebskosten um T€ 1.980, vorrangig bedingt durch den Abschluss neuer Verträge und geringere verbrauchsabhängige Kosten. Die sonstigen Aufwendungen der Hausbewirtschaftung sanken um T€ 297.

Der Anstieg der Personalaufwendungen basiert auf der Rückkehr zu den Tarifverträgen der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft kraft Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 Tarifvertragsgesetz.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden im Wesentlichen durch die sächlichen Verwaltungskosten (T€ 2.668), Abschreibungen von Mietforderungen (T€ 772) und Wertberichtigungen auf Mietforderungen (T€ 663) bestimmt. Die positive Aufwandsentwicklung ergibt sich primär aus geringeren Abschreibungen von Mietforderungen und reduzierten Verwaltungskosten.

Der Abbau der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und verbesserte Zinskonditionen bei Prolongationen spiegeln sich in geringeren Zinsaufwendungen wider.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden 118 Wohnungen, 4 Gewerbeeinheiten und 10 Stellplätze aus dem Umlaufvermögen mit Buchgewinnen von T€ 5.518 (Vorjahr: T€ 5.260) veräußert. Die Verkaufserlöse betrugen durchschnittlich 1.349 €/m² Wohnfläche (Vorjahr: 1.276 €/m²). Beeinflusst wird das Segmentergebnis **Verkauf** weiterhin durch die aktuellen Bewertungen der Verkaufsobjekte (saldiert T€ -211).

Das Segment **Drittverwaltung** beinhaltet alle Erträge und Aufwendungen die durch die Verwaltung von Beständen für Dritte und aus der Bewirtschaftung des restitutionsbehafteten Bestandes entstehen.

Die Anpassung und die Ablösung von Zinsswaps und das damit verbundene Entgelt (T€ 3.662) im Rahmen der Refinanzierungen und der Sondertilgungen beeinflussen das Segmentergebnis **Zins- und Beteiligung**. Das positive Vorjahresergebnis basierte auf der Zuschreibung einer Beteiligung (T€ 7.843) und der Auflösung einer Rückstellung (T€ 2.541).

Im **Sonstigen Ergebnis** werden alle Aufwendungen und Erträge, die anderen Segmenten nicht zuzuordnen sind, dargestellt. Bestandteile sind u. a. Ertragsteuern, Zuführungen zu verschiedenen Rückstellungen (z. B. für Prozesskosten und Prozessrisiken) sowie Entschädigungsleistungen nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz.

2.6. Vermögenslage

Zur Darstellung der Vermögenslage wurden restitutionsbehaftete Grundstücke mit den zugehörigen Rückstellungen (T€ 1.619), unfertige Leistungen mit den entsprechenden erhaltenen Anzahlungen (T€ 61.027), Treuhandvermögen mit Treuhandverbindlichkeiten (T€ 16.386), Sicherheitsleistungen mit Sicherheitseinbehalten (T€ 616) sowie Finanzanlagen mit Rechnungsabgrenzungsposten (T€ 190) saldiert.

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung im GJ
	T€	T€	T€
Aktiva			
Langfristiger Bereich			
Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	1.406.200	1.420.078	-13.878
Finanzanlagen	17.930	18.026	-96
Geldbeschaffungskosten	620	653	-33
Latente Steuern	45.869	48.981	-3.112
	1.470.619	1.487.738	-17.119
Mittel- und kurzfristiger Bereich			
Leihgrundstücke	826	975	-149
Finanzanlagen	76.653	127.180	-50.527
Verkaufsgrundstücke	28.160	37.388	-9.228
Vorräte und Forderungen	7.426	4.913	2.513
Liquide Mittel	17.778	4.610	13.168
Rechnungsabgrenzungsposten	92	84	8
	130.935	175.150	-44.215
Bilanzvolumen	**1.601.554**	**1.662.888**	**-61.334**
Passiva			
Langfristiger Bereich			
Eigenkapital	484.732	471.192	13.540
Rückstellungen	1.244	1.608	-364
Verbindlichkeiten	879.106	912.691	-33.585
Rechnungsabgrenzungsposten	22.433	23.080	-647
	1.387.515	1.408.571	-21.056
Mittel- und kurzfristiger Bereich			
Rückstellungen	51.605	54.979	-3.374
Verbindlichkeiten	162.434	199.338	-36.904
	214.039	254.317	-40.278
Bilanzvolumen	**1.601.554**	**1.662.888**	**-61.334**

Die Bilanzsumme laut Vermögenslage verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt T€ -61.334 auf T€ 1.601.554. Die langfristigen Vermögensgegenstände waren mit 94,4 % durch langfristige Mittel gedeckt.

Die Veränderung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen ergab sich vorwiegend aus Abschreibungen (T€ -31.774), Zuschreibungen (T€ 8.351), Investitionen (T€ 5.968) und aus der Umgliederung eines Objektes aus dem Umlaufvermögen (T€ 3.464).

Die langfristigen Finanzanlagen verringerten sich aufgrund der Entnahme der Kapitalanteile von T€ 250 aus der Friedrichshainer Immobiliengesellschaft mbH & Co. KG (Frimo KG). Dem stehen Zuschreibungen von T€ 154 gegenüber.

Die Veränderung der mittel- und kurzfristigen Finanzanlagen resultiert vorrangig aus der erhaltenen Rückzahlung des als Wertpapier gehaltenen, fälligen Zerobonds (T€ -24.484) und der Rück-zahlung eines fälligen festverzinslichen Null-Kupon-Schuldscheindarlehens (T€ -30.820). Gegenläufige Effekte (T€ 4.778) resultierten aus der Verzinsung der o. g. Finanzanlagen sowie einer weiteren Depoteinlage.

Den verbleibenden Finanzanlagen stehen mittelfristige Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern (T€ 128.784) entgegen.

Der Bestand an zum Verkauf bestimmten Eigentumswohnungen veränderte sich durch Abgänge aus Verkäufen (T€ -5.553), durch die Umgliederung eines Objektes in das Anlagevermögen sowie aufgrund von Wertminderungen (T€ -311) und Werterhöhungen (T€ 100).

Das positive Ergebnis führt zu einem Anstieg des Eigenkapitals um T€ 13.540. Die Eigenkapitalquote stieg von 28,3 % auf 30,3 %.

Die Rückstellungen verringerten sich insbesondere durch die planmäßige Zahlung (T€ 4.715) und die Auflösung (T€ 948) von Rückstellungen für Gewerbe- und Körperschaftsteuer. Demgegenüber stehen Zuführungen zu Rückstellungen für Prozessrisiken und damit verbundene Gerichts- und Anwaltskosten (T€ 4.527).

Die langfristigen Verbindlichkeiten betreffen ausschließlich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die der Finanzierung des Anlagevermögens dienen. Unabhängig von deren Fristigkeit sind weitere Prolongationen vorgesehen. Von den gesamten Tilgungsleistungen entfielen auf das langfristige Fremdkapital (T€ 37.310). Darüber hinaus erfolgte die Aufnahme von zinsgünstigen KfW-Mitteln für Modernisierungsmaßnahmen (T€ 3.725).

In den mittel- und kurzfristigen Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern enthalten (T€ 128.784). Diese reduzierten sich um T€ 32.890 vorrangig durch Rückzahlungen im Rahmen der Auflösung eines Fonds. Gegenläufige Effekte ergeben sich aus der Aufzinsung (T€ 5.444) und aus Zugängen (T€ 357).

Die Tilgung von Darlehen zur Finanzierung von Grundstücken des Umlaufvermögens (T€ -3.261) und die Rückzahlung einer kurzfristigen Finanzierung im Januar 2012 (T€ -7.500) führten zu einer weiteren Absenkung der kurzfristigen- und mittelfristigen Verbindlichkeiten.

2.7. Liquidität

Die Kapitalflussrechnung ist Bestandteil des Konzernabschlusses und wird separat dargestellt.

Zusammenfassend stellt sich die Entwicklung der Liquidität im Berichtsjahr (in T€) wie folgt dar:

	2012	**2011**
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	40.874	49.726
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	49.636	-11.664
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-77.342	-46.165
Veränderung der Zahlungsmittel	13.168	-8.103
Zahlungsmittel zum 1.1.	4.610	12.713
Zahlungsmittel zum 31.12.	17.778	4.610

Der Finanzmittelbestand des WBM Konzerns zum Stichtag beinhaltet den Kassenbestand und das Guthaben bei Kreditinstituten abzüglich des Treuhandvermögens und Sperrkonten für Sicherheitseinbehalte. Er erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 13.168 auf T€ 17.778.

Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg des Cashflows aus der Investitionstätigkeit, der durch Einnahmen aus der Rückzahlung des als Wertpapier gehaltenen, fälligen Zerobonds (T€ 24.484) und der Rückzahlung eines fälligen festverzinslichen Null-Kupon-Schuldscheindarlehens (T€ 30.820) bestimmt wird.

Diese Mittel konnten zur Rückzahlung von Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern (T€ -32.890), für planmäßige Tilgungen (T€ -20.041) und Sondertilgungen (T€ -20.635) verwendet werden. Die Aufnahme von zinsgünstigen KfW-Mitteln für Modernisierungsmaßnahmen (T€ 3.725) und die Rückzahlung einer kurzfristigen Finanzierung im Januar 2012 (T€ - 7.500) beeinflussten zusätzlich den Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit.

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere durch die Zahlung von Ertragsteuern für vergangene Jahre und durch höhere Vorauszahlungen auf Ertragsteuern des laufenden Jahres.

2.8. Gesamtaussage zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2012 konnte mit einem Gewinn von T€ 13.540 beendet werden.

Das Ergebnis im Kerngeschäft Hausbewirtschaftung war positiv, trotz höherer Instandhaltungs- und Instandsetzungsaufwendungen.

Die Vermögenslage ist durch den vertragsgemäßen Abgang von Finanzanlagen gekennzeichnet. Die daraus generierte Liquidität diente zur Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern und Kreditinstituten.

Dies und das gute Jahresergebnis führten zu einer höheren Eigenkapitalquote in der Vermögenslage.

Der WBM Konzern konnte seinen Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

3. Finanzmanagement

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten des WBM Konzerns betrugen zum 31.12.2012 T€ 893.549. Im Geschäftsjahr wurden durch laufende Tilgungen und Sondertilgungen Darlehen um T€ 48.176 reduziert. Gleichzeitig erfolgten Valutierungen von T€ 3.725. Die Kreditneuaufnahmen betrafen überwiegend KfW-Kredite für die Refinanzierung von Modernisierungsvorhaben in Berlin-Mitte und Berlin-Friedrichshain.

Die Kapitalkosten des WBM Konzerns wurden weiter reduziert. Umfinanzierungen und Prolongationen von Krediten mit Besicherung innerhalb des Realkreditbereiches sowohl mit langfristiger Zinsbindung als auch mit variablen Zinssätzen konnten problemlos abgeschlossen werden. Unbesicherte oder nur teilbesicherte Kredite wurden nicht abgeschlossen.

Die durchschnittliche Verzinsung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten per 31.12.2012 betrug 4,52 % p. a.

Zwischen den Gesellschaften WBM, WBF, WBMI und BEWOGE besteht eine Vereinbarung zum Cash-Pooling, die der optimierten Nutzung der vorhandenen Liquidität und der Stärkung der internen Finanzierung dient.

Das im Laufe des Jahres 2012 deutlich gesunkene Geldmarktzinsniveau führte zu einem Rückgang der Zinserträge aus Geldanlagegeschäften.

Die freie Liquidität zum 31.12.2012 betrug T€ 17.778. Darüber hinaus bestanden freie Kreditlinien von T€ 34.000.

4. Personal

Um auch in Zukunft eine stabile, wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit des WBM Konzerns zu sichern, streben wir eine angemessene Gestaltung der Vergütungstarife an. Die künftige Personalkostenentwicklung soll gedämpft werden. Daher haben wir die Mitgliedschaften im Arbeitgeberverband der Deutschen Immobilienwirtschaft e. V. und im kommunalen Arbeitgeberverband Berlin e. V. fristgerecht zum 31.12.2011 beendet und der Gewerkschaft ver.di angeboten, mit uns über den Abschluss eines Haustarifvertrages zu verhandeln.

Ein Haustarifvertrag ist bisher nicht zu Stande gekommen. Seit dem 01.01.2012 gelten daher wieder die Tarifverträge der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft kraft Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 Tarifvertragsgesetz.

Die mit der Betriebsvereinbarung zur Tarifabweichung und Beschäftigungssicherung bisher ausgesetzten Tarifanhebungen der Jahre 2008 – 2011 wurden zum 01.01.2012 nachgeholt. Damit stiegen die Entgelte der Mitarbeiter um insgesamt 6,3 %.

Die Personalaufwendungen einschließlich Rückstellungsveränderungen betragen für 2012 Mio. € 19,6.

Zum 31. Dezember 2012 beschäftigte das Unternehmen 346,6 Vollzeitkräfte. Die Mitarbeiteranzahl hat sich gegenüber dem 31.12.2011 um insgesamt fünf Mitarbeiter erhöht, davon vier zusätzliche Auszubildende aus der Ausbildungsoffensive.

Anzahl der Mitarbeiter/Vollzeitkräfte

	31.12.2012		31.12.2011	
	MA *	VbE**	MA *	VbE**
Geschäftsführung	2	2,0	2	2,0
Angestellte	290	276,0	293	279,3
gewerbliche Arbeitnehmer (einschl. Hauswarte)	54	52,6	55	54,6
Mitarbeiter/-innen ohne Auszubildende	346	330,6	350	335,9
Auszubildende	16	16,0	12	12,0
Mitarbeiter/-innen in ATZ-Freiphase	8	0,0	3	0,0
Mitarbeiter/-innen gesamt	**370**	**346,6**	**365**	**347,9**

* Mitarbeiter

** Vollbeschäftigteneinheit

68 % der Mitarbeiter am 31.12.2012 waren Frauen und 8,7 % der Mitarbeiter schwerbehindert.

Damit alle Mitarbeiter ihre persönliche Leistung steigern können, wird eine Reihe von Fortbildungsmaßnahmen angeboten, um so die Stärken weiter auszubauen, notwendige Fähigkeiten zu verfeinern und individuelle Herausforderungen zu meistern. Dabei kommt es vor allem darauf an, die persönlichen Ziele mit den Anforderungen des Konzerns in Einklang zu bringen.

Der WBM Konzern sieht in der Berufsausbildung von Schulabgängern eine Investition in die Zukunft. Mit dem Ausbildungsjahr 2012 haben wir acht Auszubildende eingestellt. Insgesamt sind damit 16 Auszubildende beschäftigt, davon werden

- acht zur Immobilienkauffrau;
- fünf zum Immobilienkaufmann;

- eine zur Kauffrau für Bürokommunikation;
- einer zum Bürokaufmann und
- einer zum Fachinformatiker Systemintegration

ausgebildet.

Die Ausbildungsquote hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht; bei gegenwärtig 346,6 Vollbeschäftigten liegt sie bei 4,6 %. Den im Berichtsjahr ausgelernten Auszubildenden konnte ein befristetes Arbeitsverhältnis angeboten werden.

Um junge Menschen mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung in der Immobilienwirtschaft zu interessieren, bieten wir gemeinsam mit der Initiative „Berlin braucht dich“ Praktikantenplätze an.

5. Risikobericht

Ziel eines Unternehmens ist nicht die Vermeidung aller potentiellen Risiken, sondern die Schaffung von Handlungsspielräumen, die ein bewusstes und verantwortungsvolles Umgehen mit Risiken aufgrund einer umfassenden Kenntnis der Risiken und der Risikozusammenhänge ermöglichen. Dazu bedarf es eines effektiven Risikomanagementsystems.

Das Risikomanagementsystem im WBM Konzern versteht sich als permanenter Unternehmensprozess, in den alle Bereiche eingebunden sind. Es dient damit der Identifikation und der aktiven Prävention von Entwicklungen, die den Bestand des WBM Konzerns gefährden könnten. Auf der Basis des Risikomanagements werden die Geschäftsfelder des Konzerns risikogerecht überprüft und gestaltet.

Im Risikomanagementsystem des WBM Konzern sind die Risikostrategie und die risikopolitischen Leitlinien definiert. Des Weiteren sind die Berichtsinhalte, -wege und -frequenzen festgelegt. Durch Risikomeldungen und durch ein internes ad-hoc-Meldewesen wird konzernweit gewährleistet, dass die Entscheidungsträger zeitnah über mögliche neue Risiken informiert werden. Der WBM Konzern verfügt über eine Risikodatenbank, die einer ständigen Aktualisierung unterliegt. Die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems wird von der internen Revision prozessunabhängig überwacht und durch den Abschlussprüfer beurteilt.

Die unternehmenskonkrete und konsolidierte Mittelfristplanung ist wesentlicher Bestandteil des Risikomanagementsystems. Die Fünfjahresplanung ist die Basis für Vergleichs- und Abweichungsanalysen mit den periodisch konkreten Ist-Werten.

Weiterhin erfolgt aus den Erkenntnissen der Soll-Ist-Analysen quartalsweise eine Hochrechnung für das jeweilige Geschäftsjahr. Abweichungen werden frühzeitig erkannt und analysiert. Der Konzern verfügt somit über ein solides Steuerungsinstrument.

Die Berichterstattung sowie der Soll-Ist-Abgleich erfolgen, neben einer ad-hoc-Berichterstattung im Bedarfsfall, quartalsweise an den Aufsichtsrat und die einzelnen Fachbereiche sowie monatlich über das WBM Managementinformationssystem.

Das Kerngeschäft des Unternehmens - die Hausbewirtschaftung - unterliegt den verschiedensten Marktrisiken, die Einfluss auf die Mieten, die Entwicklung der Mietforderungen und die Veränderung der Leerstände haben. Auch wenn das Unternehmen derzeit lediglich einen fluktuationsbedingten Leerstand im Wohnbereich aufweist, bleiben Veränderungen

sowohl in den sozialen Strukturen der Berliner Bevölkerung als auch in den Ansprüchen potenzieller Mieter nicht unbeachtet.

Die Mittelfristplanung des Unternehmens berücksichtigt einen moderaten Anstieg der Nettokaltmieten basierend auf dem Berliner Mietspiegel unter Beachtung des „Bündnisses für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“. Der vereinbarte prozentual hohe Anteil von Neuvermietungen an Interessenten mit Wohnberechtigungsschein kann zu längeren Leerstandszeiten führen. Ungewiss ist, wie viele Mieterhöhungen zukünftig infolge Anerkennung sozialer Härtefälle nicht wirksam werden.

Die zunehmende Bautätigkeit enthält Risiken hinsichtlich der Einhaltung von Kostenkalkulationen, Zeitplänen, Auftragsvergaben und der Leistungsfähigkeit der zu bindenden Unternehmen.

In einigen Gebäuden des WBM Konzerns in den ehemaligen Westberliner Bezirken wurden in den 1960er bis 1980er Jahren zum Teil asbesthaltige Materialien verbaut. Ein Austausch dieser Materialien - sofern erforderlich - wird auch weiterhin unter Beachtung der behördlichen und gesetzlichen Vorgaben erfolgen.

Das Unternehmen profitiert hinsichtlich seines Gewerbebestandes von der Attraktivität der Lagen. Umfangreiche Investitionen sind jedoch erforderlich, um die derzeit geringen Leerstandsquoten zu halten und die geplanten, geringen Mietsteigerungen zu erzielen. Aus den Baumaßnahmen resultierende Ausgaben und Leerstandszeiten sind in der Planung berücksichtigt.

Die konsequente Vereinbarung von Kautionen und ein entsprechendes Forderungsmanagement halten das Mietausfallrisiko gering.

Das Kreditportfolio des WBM Konzerns wird zentral gemanagt. Im Rahmen von regelmäßigen Analysen werden die Darlehen und Kreditbeziehungen auf Verbesserungspotenziale untersucht. Im Zusammenhang mit anstehenden Prolongationen und Neuaufnahmen werden im Hinblick auf die künftigen Kreditkonditionen Zinsänderungsrisiken gesehen, die jedoch in Anbetracht des Volumens und der Struktur der Fälligkeiten tragfähig sind.

Konzerninterne Liquiditätspotenziale werden im Rahmen eines einheitlichen Cash-Managements genutzt. Es werden regelmäßige und zeitnahe Liquiditätsprognosen für den WBM Konzern erstellt.

6. Nachtragsbericht

Die MAKENI Vermögensgesellschaft mbH & Co. KG wuchs mit allen Aktiva und Passiva zum Ablauf des 31.01.2013 an die WBMI Real Estate GmbH Berlin an und erlosch zum Stichtag ohne Liquidation. Damit wurde die Konzernstruktur des WBM Konzerns weiter vereinfacht.

Zur Anschlussfinanzierung der MAVIS Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG ab 28.03.2013 wurde mit einer Bank am 15./20.02.2013 ein Darlehensvertrag mit einer 10-jährigen Laufzeit abgeschlossen.

Mit Beschluss im Bundestag vom 13.12.2012 und im Bundesrat vom 01.02.2013 wurde das „Gesetz über die energetische Modernisierung von vermietetem Wohnraum und über die vereinfachte Durchsetzung von Räumungstiteln (Mietrechtsänderungsgesetz - MietRÄndG)“ beschlossen. Mit dem Gesetz wird den Bundesländern die Möglichkeit gegeben, per Rechtsverordnung für fünf Jahre, in Gebieten, in denen ein Wohnungsengpass besteht, die Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen auf 15 Prozent in drei Jahren zu senken. Mit Unterzeichnung des „Bündnisses für soziale Mietenpolitik und bezahlbare Mieten“ hat die WBM sich verpflichtet, Mieterhöhungen auf maximal 15 % in vier Jahren zu begrenzen. Diese über das Gesetz hinausgehende Vereinbarung ist bereits Bestandteil der mittelfristigen Unternehmensplanung.

7. Ausblick

Im Jahr 2013 gehen die Weltbank und die Europäische Zentralbank (EZB) von einer langsamen Erholung der Wirtschaft im Euroraum aus. Deutschland wird davon profitieren.

Trotz des demographischen Wandels und dem damit verbundenen höheren Arbeitsalter sowie der Zuwanderung aus den von der Finanzkrise betroffenen Ländern wird die Arbeitslosenquote in Deutschland infolge der positiven wirtschaftlichen Entwicklung stabil bleiben.

Erwartet wird ebenfalls in 2013 ein beständiger Immobilienmarkt in Deutschland. Die weiterhin unsichere Wirtschaftsentwicklung in den südlichen Euroländern lässt ausländische Investoren in Deutschland weiter aktiv werden. Es wird davon ausgegangen, dass die unternehmerischen Entscheidungen der Akteure bei Ankauf stärker auf Nachhaltigkeit als auf Rendite ausgelegt sind. Das hohe Transaktionsvolumen wird sich auch auf dem Berliner Immobilienmarkt widerspiegeln. Ein weiter steigendes Mietniveau ist sehr wahrscheinlich.

Für Berlin wird auch in 2013 mit einer Fortsetzung der positiven Konjunkturentwicklung gerechnet. Die Zunahme insbesondere von Single-Haushalten und die steigende Bevölkerungszahl werden den Wohnungsmarkt in Berlin in den nächsten Jahren prägen. Die Bereitstellung von günstigem Wohnraum für sozial schwächer gestellte Bevölkerungsgruppen bleibt dabei die größte Herausforderung. Bei entsprechenden Rahmenbedingungen ist auch wieder mit Wohnungsneubau in diesem Marktsegment zu rechnen.

Der WBM Konzern wird sich im Planungszeitraum der Aufgabe von Wohnungsneubau stellen. Unserer sozialen Verantwortung, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, werden wir auch mit den Neubauvorhaben nachkommen. Unter Berücksichtigung des abgeschlossenen Mietenbündnisses sind moderate Mietsteigerungen geplant.

In unserer mittelfristigen Planung gehen wir jährlich von positiven Ergebnissen aus. Gleichzeitig wird das Unternehmen ca. Mio. € 290 in den nächsten fünf Jahren in die Bestandserhaltung und -entwicklung der Immobilien und für Wohnungsneubau investieren.

Die Gewerbeimmobilien des WBM Konzerns werden weiterhin von der Attraktivität der innerstädtischen Lagen profitieren und weiterhin zu einer Nachfrage führen sowie die Mietentwicklung positiv beeinflussen.

Die innerstädtischen Baumaßnahmen, vor allem die Verlängerung der U-Bahn Linie 5, wirken sich weiterhin auf unsere Gewerbemieter aus. Schwerpunkt dabei sind die Einzelhandelsimmobilien im Nikolaiviertel und in der Rathauspassage, bei denen wir mit Mietminderungen aufgrund der Baumaßnahmen rechnen.

Die Umgestaltung des Berlin Carrés in den nächsten zwei Jahren ist eine der größten Baumaßnahmen im Gewerbebereich des WBM Konzerns.

Die Optimierung der Konzernstruktur wird mit der Beendigung der sale-and-lease-back-Konstruktionen fortgeführt.

Gern nehmen wir die Herausforderung der Gestaltung von sozialverträglichen Wohnungsmieten in einer boomenden Metropole an und sehen optimistisch in die Zukunft.

8. Corporate Governance

Im Konzern werden die im Berliner Corporate Governance ausgesprochenen Empfehlungen des Landes Berlin angewendet.

Dieser Lagebericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen und Informationen. Solche vorausschauenden Aussagen beruhen auf unseren heutigen Erwartungen und bestimmten Annahmen. Sie bergen daher eine Reihe von Risiken und Ungewissheiten. Eine Vielzahl von Faktoren, von denen zahlreiche außerhalb des Einflussbereichs der WBM liegen, beeinflussen die Geschäftsaktivitäten, den Erfolg, die Geschäftsstrategie und die Ergebnisse der WBM. Diese Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, Erfolge und Leistungen der WBM wesentlich abweichen.

Sollten sich eines oder mehrere dieser Risiken oder Ungewissheiten realisieren oder sollte sich erweisen, dass die zugrunde liegenden Annahmen nicht korrekt waren, können die tatsächlichen Ergebnisse sowohl positiv als auch negativ wesentlich von denjenigen Ergebnissen abweichen, die in der zukunftsgerichteten Aussage als erwartete, antizipierte, beabsichtigte, geplante, geglaubte, projizierte oder geschätzte Ergebnisse genannt worden sind.

Berlin, 21. März 2013

Lars Ernst	Uwe Schmack
Geschäftsführer	Geschäftsführer

Anlage zum Konzernlagebericht 2012

Erklärung
der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
der WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH

I. ZUSAMMENWIRKEN VON GESCHÄFTSFÜHRUNG UND AUFSICHTSRAT

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat arbeiteten eng und vertrauensvoll zusammen.

Im Jahr 2012 fanden insgesamt vier ordentliche und drei außerordentliche Aufsichtsratssitzungen, zwei Prüfungsausschusssitzungen, zwei Bau- und Vermögensausschusssitzungen sowie zwei Sitzungen des Personalausschusses statt. Darüber hinaus beschäftigte sich der Aufsichtsrat im Rahmen seiner letzten Sitzung des Jahres mit seiner Effizienz und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass alle vom Gesetzgeber und im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Anforderungen an den Aufsichtsrat erfüllt wurden.

Alle relevanten Unternehmensangelegenheiten wurden von der Geschäftsführung dem Aufsichtsrat offen gelegt.

Der Aufsichtsrat, der Bau- und Vermögensausschuss sowie der Prüfungsausschuss haben ihre Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten. Eine Personalausschusssitzung erfolgte ohne Teilnahme der Geschäftsführung.

Neben dem Gesellschaftsvertrag bestehen eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat sowie eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.

Am 06.12.2012 hat der Aufsichtsrat die Geschäftsordnung für den Bau- und Vermögensausschuss ersatzlos aufgehoben. Somit hat der Bau- und Vermögensausschuss analog dem Prüfungsausschuss nur eine beratende und empfehlende Funktion.

Die Geschäftsführung hat die zustimmungspflichtigen Geschäfte gemäß den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages in Verbindung mit der Geschäftsordnung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt.

Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Beifügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.

Die Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat erörtert und abgestimmt. Quartalsberichte mit Soll-/Ist-Vergleichen wurden erstellt und Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt. Eventuell erforderliche zusätzliche Steuerungsmaßnahmen wurden in konkreter und nachvollziehbarer Form vorgeschlagen.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers und Aufsichtsrates gewahrt.

Es besteht eine D & O-Versicherung für die Aufsichtsräte, die Geschäftsführer und die Prokuristen aller zum Konzern gehörenden Unternehmen, soweit WBM mehr als 50 % der Stimmrechte hält, ohne Selbstbehalt.

II. GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Gesellschafters und des WBM Konzerns und dessen nachhaltiger Wertsteigerung und Wettbewerbsfähigkeit gearbeitet; für den Konzern nachteilige Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen. Der Konzern verfügte über ein wirksames Risikomanagement und internes Kontrollsystem.

Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsführung sind in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geregelt. Es wurde kein Vorsitzender der Geschäftsführung bestimmt.

Die Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Personalausschuss beraten und entschieden. Die Vergütungsregelungen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung.

Die Vergütung der Geschäftsführung setzt sich aus einem Fixum und aus einem variablen erfolgsabhängigen Bonus zusammen. Der variable Anteil basiert auf einer Zielvereinbarung, die im Mai 2012 abgeschlossen und nachträglich nicht geändert wurde. Die Vergütung wurde angemessen, unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Mitglieder der Geschäftsführung sowie der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens festgelegt. Die Vergütung wurde im Anhang des Jahresabschlusses der WBM GmbH ausgewiesen.

Der Aufsichtsrat hat eine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht. Es gab keine Erstbestellung.

III. AUFSICHTSRAT

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in alle Entscheidungen gemäß den Zustimmungserfordernissen des Gesellschaftsvertrages und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat außer den im Gesellschaftsvertrag und in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung enthaltenen Fällen keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden.

Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.

Zwischen Aufsichtsratsvorsitzendem und Geschäftsführung haben regelmäßige Gespräche stattgefunden. Es wurden unter anderem die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsführung hatte dem Aufsichtsratsvorsitzenden keine, nicht in den Aufsichtsratssitzungen behandelten, außerordentlichen Ereignisse zu berichten.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse:

- Prüfungsausschuss
- Personalausschuss und
- Bau- und Vermögensausschuss.

Der Personalausschuss hat Entscheidungskompetenzen vom Aufsichtsrat übertragen bekommen; der Bau- und Vermögensausschuss nur bis 06.12.2012. Das Plenum des Aufsichtsrates wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über die Ergebnisse der Ausschussberatungen unterrichtet.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von fünf oder zehn (gilt für Dienstkräfte des Landes Berlin) Aufsichtsratsmandaten erreicht.

Herr Dr. Jürgen Heyer ist Mitglied des Aufsichtsrats der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) Intermodal Polska und Präsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung sowie Berater der Frankonia Eurobau AG.

Herr Peter Heid ist Mitglied des Aufsichtsrates des Beamten-Wohnungs-Verein zu Köpenick e. G.

Frau Dr. Margaretha Sudhof (Mitglied seit 19.04.2012) ist Mitglied in den Aufsichtsräten der

- BIM Berliner Immobilien Management GmbH (Vorsitzende)
- degewo AG
- Flughafen Berlin Brandenburg GmbH
- HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH
- Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH (Vorsitzende) und
- RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH

Frau Regula Lüscher (Mitglied seit 19.04.2012) ist Mitglied in den Aufsichtsräten der

- BIM Berliner Immobilien Management GmbH und
- GEHAG GmbH

sowie Mitglied im

- Kuratorium Nationale Stadtentwicklungspolitik
- Verwaltungsausschuss Bauhaus-Archiv und
- Stiftungsrat Humboldtforum

Herr Hans-Jürgen Reil (Mitglied bis 18.04.2012) ist Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Neues Tempodrom und im Aufsichtsrat der Berliner Stadtgüter GmbH.

Frau Hella Dunger-Löper hat ihr Mandat im Aufsichtsrat am 29.Februar 2012 niedergelegt. Sie hatte in 2012 folgende Aufsichtsratsmandate inne:

- degewo AG (bis 29.02.2012)
- Berliner Verkehrsbetriebe (bis 20.01.2012)
- HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH (bis 29.02.2012)
- Wasserstadt GmbH i. L. (bis 28.07.2012)
- Berliner Stadtgüter GmbH (seit 01.03.2012)
- Stiftung Jüdisches Museum (seit 07.11.2012)

und ist Verwaltungsratsvorsitzende der Deutschen Klassenlotterie Berlin seit dem 08.05.2012.

Frau Ute Schäfer (Mitglied bis 18.04.2012) ist Geschäftsführerin der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH, Leipzig und Mitglied in den Aufsichtsräten der

- Abfall-Logistik Leipzig GmbH
- Abfall-Verwertung Leipzig GmbH

sowie Mitglied

der IHK Vollversammlung zu Leipzig und des Verbandsausschusses des vdw Sachsen.

Frau Dorette König ist Geschäftsführerin des ADAC Berlin-Brandenburg. Seit April 2012 ist sie Mitglied im Verwaltungsrat des Rundfunk Berlin-Brandenburg.

Frau Dr. Katrin Leonhardt (Mitglied seit 19.04.2012) ist Direktorin bei der KfW Bankengruppe.

Die weiteren Aufsichtsratsmitglieder, Herr Jens Peter Hein (Mitglied seit 19.04.2012), Frau Sigrid Braatz und Frau Christiane Röseler, haben erklärt, im Berichtszeitraum keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben ausgeübt zu haben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrates ergibt sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsführung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.

IV. INTERESSENKONFLIKTE

Die Mitglieder der Geschäftsführung haben die bestehenden Regeln des Wettbewerbverbotes beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsnahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt. Es bestanden im Aufsichtsrat und in der Geschäftsführung keine Interessenkonflikte.

Folgende Tätigkeiten in Gremien außerhalb der WBM wurden von den Geschäftsführern ausgeübt:

Herr Lars Ernst
- Mitglied des Aareon-Unternehmensbeirates der Aareon AG (ab 01.01.2012)
- Mitglied des Verbandsausschusses des Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.
- Delegierter des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen
- Mitglied des Beirats der Investitionsbank Berlin
- Delegierter der IHK-Vollversammlung (bis Juni 2012)
- Mitglied des Aufsichtsrats der BBT GmbH (seit 01.02.2012)

Herr Uwe Schmack
- Delegierter des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (seit 12.09.2012)

Der Aufsichtsrat hat den vorgenannten Mandaten zugestimmt.

Geschäfte mit zum Konzern gehörenden Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsführung oder ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden, da solche nicht abgeschlossen wurden; der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Konzern keinen Gebrauch gemacht.

Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Konzern zur Zustimmung vorgelegt, da solche nicht abgeschlossen wurden.

Mitgliedern der Geschäftsführung und Mitgliedern des Aufsichtsrates oder Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. TRANSPARENZ

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und den aktuellen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.

Unternehmensinformationen (u. a. die Geschäftsberichte) sind im Internet veröffentlicht worden.

VI. RECHNUNGSLEGUNG

Die Jahresabschlüsse und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Gesellschafter vorgelegt.

Die Zwischenberichte wurden zwischen dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung intensiv erörtert. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet.

Der Konzernabschluss führt die Beteiligungsunternehmen des Konzerns auf.

VII. ABSCHLUSSPRÜFUNG

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht gegenüber Organen des Abschlussprüfers – gegenüber dem Konzern sowie seinen Organmitgliedern bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe und der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Die DOMUS AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft wurde zum Abschlussprüfer 2012 gewählt und hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Der Abschlussprüfer hat an den Sitzungen des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 2012 teilgenommen.

Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Berlin, 21. März 2013

Dr. Jürgen Heyer
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Lars Ernst Uwe Schmack
Geschäftsführung

Zusammensetzung Aufsichtsrat:	Gundvergütung T€	Sitzungsgeld T€	Gesamt Bezüge (netto) T€
Herr Dr. Jürgen Heyer, Minister a. D. des Landes Sachsen-Anhalt (Vorsitzender des Aufsichtsrates)	5,0	1,8	6,8
Frau Dr. Margaretha Sudhof Staatsekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin (Stellvertretende Vorsitzende) - ab 19.04.2012	2,8	1,2	4,0
Herr Hans-Jürgen Reil, Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin (Stellvertretender Vorsitzender) - bis 18.04.2012	1,2	0,2	1,4
Herr Peter Heid, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater	3,8	1,3	5,1
Frau Dorette König, Geschäftsführerin des ADAC Berlin-Brandenburg e.V.	2,5	1,3	3,8
Frau Dr. Katrin Leonhardt, Direktorin bei der KfW Bankengruppe - ab 19.04.2012	1,9	1,0	2,9
Frau Regula Lüscher, Senatsbaudirektorin bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin - ab 19.04.2012	1.9	0,9	2,8
Frau Ute Schäfer, Geschäftsführerin der LWB mbH - bis 18.04.2012	0,8	0,0	0,8
Frau Hella Dunger-Löper, Staatssekretärin in der Senatskanzlei, Berlin - bis 29.02.2012	0,4	0,0	0,4
Frau Christiane Röseler, Arbeitnehmervertreterin der WBM	2,5	1,4	3,9
Frau Sigrid Braatz, Arbeitnehmervertreterin der WBM	2,5	1,1	3,6
Herr Jens Peter Hein, Arbeitnehmervertreter der WBM - ab 19.04.2012	1,9	1,2	3,1
gesamt:	**27,2**	**11,4**	**38,6**

WISTA-MANAGEMENT GMBH

WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSTANDORT BERLIN-ADLERSHOF

WISTA-MANAGEMENT GMBH WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSTANDORT BERLIN-ADLERSHOF

Lagebericht 2012

1. Die allgemeine Lage in Berlin Adlershof im Jahr 2012

Für das abgelaufene Jahr meldet der Hochtechnologiestandort Adlershof ein kräftiges Plus bei den Unternehmensansiedlungen: Per Saldo waren es 69 mehr als 2011. Umsätze, Haushalts- und Fördermittel lagen mit 1,68 Mrd. Euro um 4,4 % Prozent über denen des Vorjahres (1,61 Mrd. Euro).[1] Der kräftige Zuwachs an Unternehmen sorgte auch für eine stabile Beschäftigungsbilanz: Ende 2012 waren im gesamten Adlershofer Entwicklungsgebiet 15.001 Menschen beschäftigt (2011: 14.968), 0,4 % mehr als im Jahr zuvor –trotz eines Verlusts von über 550 Arbeitsplätzen in der kriselnden Solarbranche.

Kern ist der Wissenschafts- und Technologiepark auf den Flächen der WISTA-MANAGEMENT GmbH mit 445 Unternehmen und den außeruniversitären Forschungsinstituten: BAM, BTU Cottbus, DLR, FBH, FIRST, HZB, IKZ, ISAS, LIKAT, MBI sowie PTB. Sie konzentrieren sich auf

- Photonik und Optik,
- Mikrosysteme und Materialien,
- Informationstechnik (IT) und Medien,
- Biotechnologie und Umwelt,
- Photovoltaik.

Hinzu kommen sechs naturwissenschaftliche Institute der Humboldt-Universität zu Berlin (Chemie, Geografie, Informatik, Mathematik, Physik und Psychologie). Die Medienstadt zählt 138 Unternehmen. In unmittelbarer Nachbarschaft zu Wissenschaft, Technologie und Medien ist ein Ensemble von mittlerweile über 337 gewerblichen Unternehmen, Geschäften, Hotels, Restaurants, einem 66 ha großen Landschaftspark und 380 Eigenheimen entstanden. Hier stehen dem Wissenschafts- und Technologiepark große Flächen für weiteres Wachstum zur Verfügung.

Die Durchschnittsgröße der Adlershofer Unternehmen (im gesamten Entwicklungsgebiet) hat sich 2009 kaum verändert: 60 Prozent beschäftigten bis zu neun Mitarbeiter, 30 Prozent zwischen zehn und 50 sowie 10 Prozent zwischen 50 und 500 Beschäftigte. Der Frauenanteil bewegte sich zwischen 24 Prozent im Wissenschafts- und Technologiepark und 44 Prozent bei Gewerbe und Dienstleistungen im übrigen Entwicklungsgebiet. Der Ausländeranteil lag im Wissenschafts- und Technologiepark wie im Vorjahr bei vier Prozent

[1] Ohne Umsatz Solon Energy GmbH

und ist im gesamten Entwicklungsgebiet trotz Steigerung auf 3,7 Prozent nach wie vor sehr gering.

Die 445 Unternehmen im **Wissenschafts- und Technologiepark** profitierten 2012 von einem günstigen konjunkturellen Umfeld. Ihre Umsätze stiegen um 7,8 % auf 667,6 Mio. Euro. Der Fördermittelanteil sank gegenüber 2011 von 5,6 % auf 4,6 % (29,2 Mio. Euro). Insgesamt 48 Unternehmen ließen sich im Technologiepark nieder, 32 verließen ihn. Kein Unternehmen musste Insolvenz anmelden. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 4,1 % auf 5.287. Hinzu kamen 121 Auszubildende (2011: 143). Der Frauenanteil lag über 30 % (2011: 24 %), der Anteil ausländischer Mitarbeiter bei 4,9 % (2011: 2,3 %).

In der **Medienstadt** stabilisierte sich 2012 die wirtschaftliche Lage. Die Zahl der Unternehmen stieg um acht auf 146. Die Umsätze legten um 5,6 % auf 182,6 Mio. Euro zu. (2011: 172,9 Mio. Euro). Die Zahl der fest angestellten Mitarbeiter lag mit 1.130 um 13,9 % über der des Vorjahres. Dementsprechend ging die Zahl der freien Mitarbeiter auf 559 zurück (2011: 666). Hinzu kamen 75 Auszubildende (2011: 86). Der Frauenanteil unter den Mitarbeitern lag bei 21,3 % (2011: 24,8 %).

Bei den **Unternehmen und Einrichtungen** im übrigen Entwicklungsgebiet legten Umsätze und Haushaltsmittel um 1,7 % auf 583 Mio. Euro zu.[2] Infolge der Krise in der Solarbranche, die zur Insolvenz drei größerer Unternehmen in Adlershof führte, ging die Beschäftigung von 5.406 auf 5.151 Mitarbeiter zurück (minus 4,4%). Der Rückgang konnte jedoch, wie schon eingangs erwähnt, durch den Zuzug neuer Unternehmen aufgefangen werden. Die Zahl der Auszubildenden (u.a. bei mehreren Trägern überbetrieblicher Ausbildung) lag bei 948 (2011: 931), der Frauenanteil betrug 43,6 % (2011: 49 %).

An den sechs **Instituten der Humboldt-Universität zu Berlin (HU)** waren 2012 rund 8.000 Studenten eingeschrieben (2011: 8034). Die Institute erzielten einen Förder- bzw. Drittmittelanteil am Budget von 26 Mio. Euro (2011: 23,5 Mio. Euro). Ihre Grundfinanzierung betrug 43 Mio. Euro (2011: 41 Mio. Euro). Bei den elf **außeruniversitären Instituten** lagen Haushaltsmittel mit 130,4 Mio. Euro (2011: 120,8 Mio. Euro) über denen des Vorjahres; die der Drittmittel sind mit 52,6 Mio. Euro (2011: 52,8 Mio. Euro) etwa gleich geblieben. Die Zahl der Mitarbeiter in allen wissenschaftlichen Einrichtungen blieb mit 2.876 nahezu unverändert (2011: 2.824) Der Frauenanteil lag bei 28 % (2011: 29 %).

Adlershof genießt, was das Image als Hochtechnologiestandort betrifft, bei den angesiedelten Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen höchstes Ansehen. Dies ergab die erstmalige Nachfrage bei den **Bewertungen wichtiger Standortbedingungen**. Einen hohen Stellenwert messen die Befragten der Verkehrsanbindung sowie der Bereitstellung von Parkplätzen bei. Wie schon in den vergangenen Jahren wird der Parkplatzmangel im Wissenschafts- und Technologiepark besonders häufig kritisiert. Verbesserungsbedarf wird auch bei Sport- und Freizeitmöglichkeiten gesehen.

[2] Ohne Umsätze der Solon Energy GmbH.

2. Die Aktivitäten der WISTA-MANAGEMENT GmbH und Tochtergesellschaften im Jahr 2012

Bereich Technologiezentren

Die **fünf Technologiezentren** waren Ende 2012 zu 90 % ausgelastet. Besonders erfreulich war die Tatsache, dass die im Vorjahr eingeweihten **Zentren für Mikrosysteme und Materialien (ZMM)** und für **IT und Medien (ZIM3)** knapp zur Hälfte vermietet waren. Mit der Inbetriebnahme des **Zentrums für Photovoltaik und Erneuerbare Energien (ZPV)** wird im Sommer 2013 gerechnet.

Bemerkenswerte **Ansiedlungen** waren neben dem Forschungszentrum der Corning Cable Systems die Isra Vision Graphikon GmbH, die am 1. April ihre Räumlichkeiten im ZMM bezog. Dies als Zwischenlösung bis zur Errichtung einer eigenen Immobilie. Isra Vision ist ein international führendes Unternehmen auf dem Gebiet der industriellen Bildverarbeitung. Neuer Mieter im ZMM ist außerdem die in der nanotechnologisch basierten Krebstherapie tätige MagForce AG. Es ist das erste Unternehmen, das die europäische Zulassung für ein Medizinprodukt mit Nanopartikeln erhalten hat. Außerdem hat die NMT Noninvasive Medical Technologies AG ein IT-Entwicklungsbüro in Adlershof eröffnet. Das Unternehmen, dessen Muttergesellschaft im amerikanischen Las Vegas ihren Hauptsitz hat, beschäftigt sich mit Monitoringsystemen bei der Blutdurchflusskontrolle. Einen ebenso wertvollen Zugewinn für den Standort ist die RINA GmbH. Das an der Freien Universität Berlin gegründete Biotechnologie-Unternehmen beschäftigt sich mit der Proteinsynthese. Insgesamt wurden im Jahr 2012 durch das Team des Bereichs Technologiezentren über 6.000 m² neu vermietet.

Im Jahr 2012 beteiligte sich der Bereich Technologiezentren an zahlreichen **Kongressen** und **Messen.** Die Auftritte erfolgten häufig auf Gemeinschaftsständen, die z.B. die Wirtschaftsfördergesellschaft Berlin Partner GmbH, der Optec-Berlin-Brandenburg (OpTecBB) e. V.) oder das Fraunhofer Heinrich Hertz Institut (HHI) organisierten. Die WISTA-MANAGEMENT GMBH nutzte auf Messen die Gelegenheit zur Zusammenarbeit mit Unternehmen vom Standort, indem sie mit ihnen gemeinsam Ausstellungsfläche buchte oder Produkte von Unternehmen, die selbst an der Messe nicht teilnehmen konnten, präsentierte.

Wichtige Messeauftritte fanden bei der Photonics West in San Francisco (USA) statt, wo zur Vorbereitung erstmals eine internet-basierte Recherche zur Kontaktaufnahme mit Unternehmen zum Einsatz kam. Weitere Messebeteiligungen folgten bei der CeBIT (Hannover), der Laser Optics Berlin und Microsys (Berlin) sowie bei der BIO International Convention (Boston, USA). Auf der Hannover Messe wurden besonders die Themenfelder Mikrosystemtechnik und Erneuerbare Energien vorgestellt. Erstmals präsentierte sich Adlershof mit einem Messestand auf der Photonix in Tokio (Japan) und der IFA Electronics Unlimited (früher: Internationale Funkausstellung Berlin). Weitere Messeauftritte folgten bei der Intersolar (München) sowie bei der 4. Photovoltaics Thin-Film Week, die in Berlin Adlershof stattfand. Schließlich war der Bereich auf der Internationalen Luft- und Raumfahrtausstellung Berlin (ILA Berlin Air Show), der EUPVSEC (Frankfurt/Main), bei der Medica (Düsseldorf), bei der IRED (Integration of Renewable Energy and Distributed Energy Resources) in Berlin und auf der DACH Jahrestagung (in Österreich) der DGZfP e.V. (Deutsche Gesellschaft für Zerstörungsfreie Prüfung).

Internationaler Technologiekonzern in Adlershof

Der US-Technologiekonzern Corning Cable Systems eröffnete am 11. September in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters von Berlin sein neues Forschungszentrum in Adlershof. Das Zentrum ist dem globalen Corning Forschungs- und Entwicklungs-Netzwerk angegliedert und fasst alle bisher an verschiedenen Orten in Deutschland untergebrachten Technologieabteilungen von Corning zusammen. Die 50 Mitarbeiter leisten Forschungsarbeit an innovativen Produkten der Telekommunikationstechnik. Der Mutterkonzern Corning Inc. ist weltweiter Marktführer in der Herstellung von Spezialgläsern und Keramik. Das Unternehmen blickt auf 160 Jahre Erfahrung der Materialwirtschaft und Prozessentwicklung zurück.

Adlershofer Pioniere bauen

Die LTB Holding GmbH und die BESTEC GmbH feierten am 12. Oktober 2012 gemeinsam die Grundsteinlegung für ihre neuen Firmengebäude. Beide Unternehmen sind aus dem Zentrum für Wissenschaftlichen Gerätebau (ZWG) der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) hervorgegangen. Sie wurden bereits im Mai bzw. Juni 1990 gegründet und zählen zu Adlershofer Hightech-Pionieren der ersten Stunde. An der Straße Am Studio errichtet die LTB für 3,7 Mio. Euro ein viergeschossiges Gebäude mit einer Nutzfläche von rund 2.500 m². In unmittelbarer Nachbarschafft baut die BESTEC GmbH für 2,8 Mio. Euro einen dreigeschossigen Firmensitz mit einer Nutzfläche von rund 2.000 m². Beide Bauvorhaben sollen im Herbst 2013 bezugsfertig sein. Auch die Fa. AEMTec errichtet ein eigenes Gebäude auf dem Campus. Inzwischen haben mit FMB, LLA, SENTECH, GfAI, AZBA, LTB, BRUKER, BESTEC, AEMTEC 8 Unternehmen aus den Technologiezentren eigene Gebäude errichtet.

Internationales Büro / Geschäftsentwicklung

Der Bereich Internationales Büro wurde Ende 2012 unter dem Namen „Geschäftsentwicklung“ neu aufgestellt. Aufgaben des Bereichs sind

- die Akquisition vornehmlich großer Unternehmen. Dies geschieht mit Hilfe von Methoden zur Auswahl und Ansprache von Firmen, die in das Profil des Adlershofer Technologieparks passen. Auf diesem Feld arbeitet die Bereiche Geschäftsentwicklung mit dem Bereich Technologiezentren der WISTA-MANAGEMENT GMBH, mit der Wirtschaftsfördergesellschaft Berlin Partner GmbH und mit der Messe Berlin GmbH eng zusammen

- eine intensive Zusammenarbeit mit der Humboldt-Universität zu Berlin (HU),

- die Entwicklung strategischer Projekte wie das Projekt „High Tech – Low Ex: Energieeffizienz Berlin Adlershof 2020“ und das Entwicklungskonzept „Analytic City Adlershof“ und

- der Ausbau der internationalen Beziehungen zu wichtigen Partnerparks.

Das EU- Projekt **„Knowledge Network Management (KnowMan)”** fand Ende 2012 seinen erfolgreichen Abschluss. Es dient der Einführung eines Wissensmanagements bei kleinen und mittleren Unternehmen. Das Internationale Büro hat u.a. an der Erstellung eines Wissensatlasses für die beteiligten europäischen Regionen, an einer Bedarfsanalyse zur Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschung in Technologieparks sowie an der Erarbeitung von Erfolgskriterien für die Entwicklung von Technologieparks mitgewirkt.

Mit dem **Innovations-Zentrum Skolkovo (Инновационный центр Сколково)** in Moskau wurde im März eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit unterzeichnet. Ein erstes Treffen von Unternehmen aus Moskau/Skolkovo mit Berliner Firmen, vor allem aus Adlershof und Berlin-Buch hat im Dezember stattgefunden.

„High Tech – Low Ex: Energieeffizienz Berlin Adlershof 2020“

Ziel dieses Vorhabens ist es, den Energiebedarf im Adlershofer Entwicklungsgebiet bis zum Jahr 2020 um mindestens 30 % zu senken. Ein entsprechendes Projekt wurde im Juli 2011 aufgesetzt. Partner sind neben der WISTA-MANAGEMENT GMBH die Blockheizkraft-Träger- und -Betreibergesellschaft Berlin (BTB) und die Technische Universität (TU) Berlin. Die Adlershof Projekt GmbH sowie die Adlershof Facility Management GmbH beteiligen sich inhaltlich und finanziell. Außerdem wird das Vorhaben vom Bundeswirtschaftsministerium mit über zwei Millionen Euro gefördert.

Nach einer Untersuchung des Adlershofer Gebäudebestandes, der Energieinfrastruktur und des Energieverbrauchs begann das Projektteam, Vorschläge zur Primärenergieeinsparung und für die Umgestaltung der Versorgungsnetze zu einem intelligentes Stromnetz („Smart Grid“) auszuarbeiten. In der Zeit von August bis November wurden dem Projektträger Jülich elf Vorhaben zur Umsetzung vorgeschlagen. Diese befassen sich beispielsweise mit neuen Kühlkonzepten, mit Effizienzsteigerung durch energetische Vernetzung oder mit der Optimierung des Energieverbrauchs einer Großforschungseinrichtung in Adlershof. Im Dezember wurde außerdem ein Projektförderantrag der BTB zum Aufbau eines Wärmenetzes im neuen Adlershofer Wohngebiet („Wohnen am Campus“) bewilligt.

Regionalmanagement Schöneweide

Seit September 2011 befasst sich im Auftrag des Bezirkes Treptow-Köpenick von Berlin und privater Wirtschaftsunternehmen im Bezirk ein Team der WISTA-MANAGEMENT GMBH mit dem Regionalmanagement in Berlin Schöneweide. In enger Zusammenarbeit mit Eigentümern, Unternehmen, Netzwerken, Projekten und Akteuren vor Ort das soll das wirtschaftliche und kreative Potenzial dieses Stadtteils entwickelt werden.

Bis Mai hatte das Team 50 Interviews und Gespräche mit wichtigen Akteuren vor Ort geführt und eine Kundendatenbank eingerichtet. Mitte des Jahres lagen rund 20 Anfragen potenzieller Investoren vor, zumeist Kaufwünsche für Grund und Boden. In Abstimmung mit dem Steuerungskreis konzentriert sich das Regionalmanagement auf die Akquisition von Unternehmen, das Standortmarketing und die Aktualisierung eines immobiliären Rahmenkonzepts für die weitere Entwicklung des Standorts. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind die Gründungsaktivitäten, der Bereich Optik, Mikrosystemtechnik und erneuerbare Energien, Games sowie ein Ansiedlungsschwerpunkt für Unternehmen, die sich mit Restaurierungen befassen.

Eine Ursache des großen Leerstands dieses Gebiets ist die Tatsache, dass große Teile der Flächen ohne Investitionen nicht oder nur eingeschränkt vermietbar sind. Vereinbarungen mit den großen Immobilieneigentümern vor Ort zur Erstellung von Vertriebsunterlagen und Durchführung von konzeptionellen Studien zur Verwertung der Liegenschaften sind angelaufen. Detaillierte Entwicklungskonzepte für die großen Liegenschaften werden erstellt und zu einem Gesamtbild des Standorts verdichtet. Intensive Öffentlichkeitsarbeit wurde betrieben.

Mit der IMAGO 1:1, dem Hersteller der weltweit größten begehbaren Kamera der Welt, gelang dem Regionalmanagement die erste Ansiedlung. Weitere Ansiedlungen waren Ende des Jahrs in Vorbereitung.

„Analytic City Adlershof“

Die „Analytic City Adlershof“ verdient diesen Namen, ist sie doch eine in Deutschland nahezu einmalige Konzentration von Einrichtungen rund um das Thema Analytik. Dazu gehören Forschung & Entwicklung, aber auch Kompetenzen für Analysentechnik sowie Dienstleistungen und Vertriebsaufgaben. Die „Analytic City Adlershof“ ist branchenübergreifend für Lebenswissenschaften, Umwelttechnik, Optik und Photonik, Energie oder Mikrosysteme und Materialien tätig. In Adlershof sind alle gängigen Analysenverfahren und -technologien der Chromatographie und Elektrophorese (eine Technik, bei der Gemische von Stoffen oder Teilchen aufgetrennt werden), der Spektroskopie, der Oberflächen- und Strukturanalytik, der Mikroskopie sowie Sonderverfahren vertreten. Viele der analytisch tätigen Einrichtungen, wie zum Beispiel das Helmholtz Zentrum Berlin mit dem Elektronenspeicherring BESSY und die Humboldt-Universität zu Berlin (HU) mit ihrer „Graduate School of Analytical Sciences Adlershof“ (SALSA) sind international führend.

Die WISTA-MANAGEMENT GMBH bietet gemeinsam mit der Initiativgemeinschaft Außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Adlershof e.V. (IGAFA) und der HU eine Plattform für Kooperationen mit der Industrie an, unterstützt durch Marketing die öffentliche Wahrnehmung der Standortkompetenzen und spricht gezielt entsprechende Unternehmen an. Ziel all dessen ist es, möglichst viele Adlershofer Analytik-Einrichtungen zu vernetzen, Synergien zu entwickeln, Forschungsergebnisse einer wirtschaftlichen Verwertung zuzuführen und mehr Unternehmen dieses Sektors anzusiedeln.

Kommunikation und PR

Zahlreiche überregionale Medien vermittelten auch 2012 ein positives Bild vom Standort („BrandEins“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Handelsblatt“, „Süddeutsche Zeitung“, „Tagesschau“, „Die Welt“, „Wirtschaftswoche“ und „VDI nachrichten“). Während Adlershof vom bundesweiten positiven Medienecho auf den Exzellenzstatus der Humboldt-Universität zu Berlin profitierte, blieb die fortgesetzte Berichterstattung über die Krise der Solarindustrie problematisch, auch wenn diese sich im Lauf des Jahres versachlichte.

Das „Adlershof Journal“ erschien in sechs Ausgaben. Seit Jahresbeginn hat es ein neues Layout; die letzte Ausgabe des Jahres kam mit erhöhtem Seiten- und Anzeigenumfang heraus. Außerdem gab der Bereich insgesamt fünf Spezialausgaben („Specials“) heraus, die sich u.a. mit der Mikrosystemtechnik, der Bioanalytik, Photovoltaik, und mit der Immobilienentwicklung befassten.

Die **Überarbeitung des Markenauftritts** von Adlershof wurde begonnen. Ziel des Markenprozesses, der im Frühjahr 2013 zum Abschluss kommen soll, ist die

- Überarbeitung und qualitative Verbesserung des bisherigen Markenauftritts bzw. der Corporate Identity und des Corporate Designs,
- Neuformulierung eines Leitbildes in Abstimmung mit den Standortpartnern,
- Inhaltliches Aufladen der Marke,
- Schärfere Zielgruppendefinition und die
- Entwicklung von entsprechenden Kampagnen zur Standortvermarktung.

Im Jahr 2012 betrug die Zahl der monatlichen Seitenaufrufe von **www.adlershof.de** durchschnittlich 150.000. Für eine künftige Vermarktung der Onlinewerbeflächen wird Adlershof Online seit November in der offiziellen Statistik der „Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. IVW“ geführt. Seitenzugriffe und Besuche sind seither öffentlich abrufbar unter http://ausweisung.ivw-online.de. Adlershof belegt bei der führenden Internetsuchmaschine „Google“ mit „PageRank 7“ weiterhin einen Spitzenplatz unter den Internetauftritten von Technologieparks. Nach einer Ausschreibung wurde 2012 der Relaunch von www.adlershof.de in Auftrag gegeben. Darin enthalten ist eine Weiterentwicklung des Redaktionssystems "Mein Adlershof“, eine Anpassung an mobile Endgeräte sowie die Verbesserung der Immobilienpräsentation und der Firmendatenbank. Im „Social Media“-Bereich erreichte die Adlershofer Facebook-Seite die Marke von 1.500 „Gefällt mir“-Angaben.

Nachdem die WISTA-MANAGEMENT GMBH im Jahr 2011 die Patenschaft für den Landeswettbewerb für Berlin-Süd von **„Jugend forscht“** übernommen hatte, wurde im Februar mit der 47. Runde der Wettbewerb erstmals am Standort ausgetragen. Es präsentierten 77 Nachwuchsforscher 40 Forschungsprojekte aus den der Arbeitswelt, Biologie, Chemie, Geo- und Raumwissenschaften, Mathematik/Informatik, Physik und Technik. Im September begann die 48. Wettbewerbsrunde (Motto: “Deine Idee lässt dich nicht mehr los?“).

Wichtigste Ereignisse am Standort waren der Jahresempfang der Adlershofer Standortpartner im Februar und die **„Lange Nacht der Wissenschaften“** (2. Juni) mit knapp 35.000 Besuchen. Zur Werbung für dieses Ereignis hatte der Bereich gemeinsam mit Studio Berlin und der HU einen professionell gestalteten Werbetrailer veröffentlicht (http://www.youtube.com/technologiepark).

Der Vorstand des **Forum Adlershof e.V.** beschloss im November, die Arbeit des Vereins zu u.a. auf die Unterstützung der Mathematischen Schülergesellschaft „Leonhard Euler“ an der Humboldt-Universität zu Berlin). Der Verein veranstaltete außerdem neun Business-Lunches.

Der Veranstaltungsdienst Adlershof con.vent. steigerte im Jahr 2012 seinen Umsatz kräftig. Besonders nachgefragt waren große Fachkongresse mit Ausstellungen und Rahmenprogrammen sowie ein- und mehrtägige sogenannte Study Tours. Zu den Kunden gehören unter anderem die Deutsche Telekom, IBM, SWOP Medien und Konferenzen, die Hannelore-Kohl-Stiftung, das ZDF, Vattenfall, Unisys Deutschland, die Konrad-Adenauer-Stiftung, Siemens, der VDI/VDE, die Wirtschaftsfördergesellschaft Berlin Partner, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), Bayer Healthcare und die Deutsche Lufthansa sowie zahlreiche Standortpartner Die überaus positive Entwicklung des Veranstaltungsgeschäfts, das ein wichtiger Bestandteil des Standortmarketings ist, hat die WISTA-MANAGEMENT GMBH veranlasst, Adlershof con.vent. ab Januar 2013 als eigenständigem Bereich innerhalb des Unternehmens zu führen.

Tochtergesellschaften

Die **Adlershof Projekt GmbH** und **Adlershof Facility Management GmbH** liegen im Plan. Beide Gesellschaften sind profitabel. Durch Dienstleistungsverträge mit der Adlershof Projekt GmbH konnten Leistungsreserven innerhalb der WISTA-MANAGEMENT GMBH für Dienstleistungserlöse genutzt werden. Die gut abgestimmte Vertriebs- und Marketingarbeit trägt Früchte und führt zu deutlich höheren Nachfragen von Mietern und Investoren. Die **Innovations-Zentrum Berlin Management GmbH** (IZBM) konnte auf Grund einer hohen Auslastung ein positives Ergebnis verzeichnen. Am 1. April 2011 nahm die IZBM das Charlottenburger Innovations-Centrum (CHIC) den Betrieb auf. Ende 2011 hatten sich dort 23 Unternehmen niedergelassen, 93 % der derzeit verfügbaren Flächen sind damit belegt. In einem zweiten Bauabschnitt wird das ehemalige Gerling-Haus an der Bismarckstraße ausgebaut, wofür ein Betrag von 13,4 Mio. Euro veranschlagt ist. Die Zusage über Mittel aus der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) liegt vor. Mit der Fertigstellung rechnet die IZBM für September 2013.

Tegel Projekt GmbH wurde nach dem Beschluss des Aufsichtsrates im Juli 2011 gegründet und nahm mit dem 15.9.2011 (Unterzeichnung des Geschäftsbesorgungsvertrages mit dem Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) ihre Tätigkeit auf.

Der Geschäftsbesorgungsvertag über die Nachnutzung des Flughafens Tegel zu einem Forschungs- und Industriepark für Zukunftstechnologien wurde am 15.09.2011 abgeschlossen.

In den Monaten des Rumpfgeschäftsjahres 2011 wurden die Arbeiten überwiegend durch den Geschäftsführer und externe Mitarbeiter erbracht. Unterstützend waren die Mitarbeiter in den Bereichen Recht, Personal, Finanzen und Buchführung, Öffentlichkeitsarbeit und Internet tätig.

In der Startphase wurden über eine Personalberatung folgende Mitarbeiter rekrutiert:

1. Als Geschäftsführer wurde eine erfahrene Persönlichkeit aus der Wirtschaft gefunden und durch den neuen Senator Müller bewilligt. Die Vertragsverhandlungen sind abgeschlossen. In der ersten Aufsichtsratssitzung wird die Geschäftsführung die Genehmigung der Bestellung zur Abstimmung bringen. Der Einstiegstermin war der 01.04.2012.
2. Als Leiter für den Bereich Stadtentwicklung und Erschließung wurde Nicolas Novotny gewonnen. Einstiegstermin: 01.06.2012. Als Leiter für den Bereich Bauwesen und Facility

Seit dem 01.01.2012 hat Frau Dagmar Strauß die Büroleitung übernommen und die Leitung des Bereiches Vertrieb, Vermietung und Marketing Herr Bernhard Hildebrand. Für zunächst ein halbes Jahr wurde Herr Niklas Erich als Analyst des Bereiches Urbane Technologien gewonnen.

Das Büro wurde am 02.01.2012 bezogen und war am 06.01.2012 voll operational.

Zur Vorbereitung der Übernahme des Flughafengebietes wurden folgende wesentlichen Arbeiten durchgeführt:

- Vorbereitung Ausschreibung Facility Management
- Ausschreibung Facility Management
- Ausschreibung Analyse Heizwerk und Energieversorgung
- Ausschreibung Technical Due Diligence für die Bestandsinfrastruktur
- Ausschreibung Begleitung der Kosten- und Finanzierungsrechnung
- Ausschreibung Best Practice für Wissenschafts– und Industrieparks
- Erstellung der Kosten- und Finanzierungsplanung des Gesamtprojekts
- Machbarkeitsuntersuchungen für die Beuth-Hochschule
- Organisation des Masterplan-Prozesses
- Erarbeitung der ersten Version der Internet-Präsenz
- Bearbeitung zahlreicher Vertriebskontakte
- Erstellung eines Konzepts für die Übergabeveranstaltung

In enger Abstimmung mit der Abteilung 1 von SenStadt, der Abteilung Wirtschaftsförderung und dem Bezirk wurden die weiteren Schritte zur verbindlichen Bauleitplanung erarbeitet.

Die Gesellschaft hat in dieser Zeit ein neutrales Ergebnis erzielt.

3. Darstellung der wirtschaftlichen Lage

Ertragslage

Das Jahresergebnis hat sich 2012: 2.616 T€ im Vergleich zu 2011: 2.691 T€ um 75 T€ geringfügig verschlechtert.

Die Umsatzerlöse betreffen ausschließlich Erträge aus Vermietung und Verpachtung und haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 567 T€ erhöht. Die Erhöhung der Mieteinnahmen resultiert im Wesentlichen aus der Erweiterung der Mietflächen.

Die Grundstücksaufwendungen haben sich in 2012 um 211 T€ erhöht. Die Erhöhung basiert im Wesentlichen auf gestiegenen Betriebskosten.

Der Personalaufwand der Gesellschaft hat sich um 73 T€ verringert.

Für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 gehen wir von einem Jahresergebnis auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2012 aus.

Vermögens- und Finanzlage

Zur Ermittlung der Finanzlage wurde dem Anlagevermögen das Eigenkapital, der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen sowie das langfristige Fremdkapital gegenübergestellt. Als langfristig werden alle Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr angesehen. Das Anlagevermögen (T€ 243.589; Vorjahr: T€ 244.048) ist zu 102,4 % durch das Eigenkapital, den Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen sowie das langfristige Fremdkapital (T€ 249.350; Vorjahr: T€ 249.426) gedeckt. Dies entspricht einer Überdeckung von T€ 5.760 (Vorjahr: T€ 5.379). Die Finanzlage der Gesellschaft hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 304 T€ verbessert.

Die Vermögensstruktur zum 31. Dezember 2012:

	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	243.589	93,4	244.047	92,2	- 458	- 0,2
Umlaufvermögen						
Noch nicht abgrechnete Leistungen	6.325	2,4	5.960	2,3	+ 365	+ 6,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	580	0,2	1.525	0,6	- 945	- 62,0
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.296	0,5	1.205	0,4	+ 91	+ 7,6
Forderungen gegen das Land Berlin	537	0,2	3.227	1,2	- 2.690	- 83,4
Sonstige Vermögensgegenstände	880	0,3	730	0,3	+ 150	+ 20,6
Liquide Mittel	7.706	3,0	7.889	3,0	- 183	- 2,3
	17.324	6,6	20.536	7,8	- 3.212	- 15,6
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0,0	12	0,0	- 7	- 58,3
	260.918	100,0	264.595	100,0	- 3.677	- 1,4

Die Kapitalstruktur zum 31. Dezember 2012:

	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital						
Stammkapital	11.776	4,5	11.776	4,5	-	-
Eigene Anteile	-125	0,0	-125	0,0	-	-
Rücklagen	14.733	5,6	14.733	5,6	-	-
Gewinnrücklage	125	0,0	125	0,0	-	-
Gewinnvortrag	16.867	6,5	14.176	5,4	+ 2.691	+ 19,0
Jahresüberschuss	2.616	1,0	2.691	1,0	- 75	- 2,8
	45.992	17,6	43.376	16,5	+ 2.616	+ 6,0
Sonderposten	122.315	46,8	119.212	45,0	+ 3.103	+ 2,6
Fremdkapital						
langfristig						
Verbindlichkeit gegenüber dem Land Berlin aus Einbringungsvertrag (mit Rangrücktrittsvereinbarung)	68.449	26,2	71.497	27,0	- 3.048	- 4,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.594	4,8	15.341	5,8	- 2.747	- 17,9
	249.350	95,4	249.426	94,3	- 76	+ 0,0
kurz- und mittelfristig						
Rückstellungen	361	0,1	2.651	1,0	- 2.290	- 86,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.607	1,0	2.568	1,0	+ 39	+ 1,5
Erhaltene Anzahlungen	6.023	2,3	6.770	2,6	- 747	- 11,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.204	0,5	2.098	0,8	- 894	- 42,6
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	969	0,4	687	0,3	+ 282	+ 41,1
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin	164	0,1	132	0,0	+ 32	+ 24,2
Sonstige Verbindlichkeiten	79	-	120	0,0	- 41	- 34,2
Rechnungsabgrenzungsposten	161	-	143	0,0	+ 18	+ 12,6
	11.568	4,4	15.169	5,7	- 3.601	- 23,7
	260.918	99,8	264.595	100,0	- 3.677	- 1,4

Im Jahresüberschuss von 2.616 T€ sind keine Sonderfaktoren enthalten, somit entspricht der Jahresüberschuss dem Ergebnis nach DVFA/SG.

Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug im Geschäftsjahr 2012 2.402 T€. Daneben hat die Gesellschaft Zuwendungen des Landes Berlin zur Finanzierung des Anlagevermögens in Höhe von 11.241 T€ erhalten und Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken in Höhe von 1.730 T€ erzielt. Diese Mittel wurden für Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 12.773 T€ und zur Tilgung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (2.707 T€) verwendet.

Der Finanzmittelbestand hat sich im Geschäftsjahr 2012 um T€ 183 auf T€ 7.706 verringert.

4. Risiken und voraussichtliche Entwicklung

Bestandsgefährdende Risiken

Bestandsgefährdende Risiken sind aus Sicht der Geschäftsführung nicht gegeben oder erkennbar.

Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Technologiezentren der WISTA-MG unterliegen zum großen Teil förderrechtlichen Vorgaben. Diese begrenzen die maximale Nutzungszeit der geförderten Immobilien auf 8 Jahre. In wichtigen Gebäuden wird von zahlreichen Mietern diese Grenze erreicht. Die WISTA-MG steht daher vor der Herausforderung, diese Mieter zu bewegen, in nicht geförderte Immobilien privater Anbieter am Standort zu ziehen oder eigene Immobilien zu errichten. Die Risiken dieser Maßnahme liegen einerseits im Verlust von Arbeitsplätzen in Adlershof, falls es nicht gelingt, diese Firmen am Standort zu halten. Andererseits könnte aus dieser Maßnahme ein erhöhter Leerstand in Bestandsgebäuden auftreten.

Durch die zusätzlichen Flächen im ZMM, ZIM 3 und ab Mitte 2013 des ZPV kommen zusätzliche Flächen an den Markt. Zwar sind diese Gebäude genau für die geplante Zielgruppe von KMU im Hochtechnologiebereich besonders attraktiv. Potentiell besteht jedoch das Risiko von Leerstand.

Durch verstärkte Vertriebsanstrengungen versucht die Geschäftsführung dieser Bedrohung entgehen zu wirken. Die ersten Vermietungen im neuen ZMM und ZIM 3 sind allerdings vielversprechend. Auch zeichnen sich Nachnutzungen für die von den „migrierten“ Unternehmen frei gemachten Flächen ab.

Die von der Geschäftsführung betriebenen Möglichkeiten zur Verbesserung der Ertrags- und Finanzsituation liegen in:

- Verstärkung der Vertriebsaktivitäten
- Kostendisziplin im Personal- und Sachkostenbereich
- Schaffung von Erträgen aus Personalüberlassung an und Dienstleistungen für die Adlershof Projekt GmbH und Tegel Projekt GmbH
- Refinanzierung von Aktivitäten durch EU-Projektmittel, Werbeeinnahmen etc.
- Ausbau der Erträge des Veranstaltungsdienstes Erlösen aus Gewinnen der Tochtergesellschaften
- erster Linie jedoch durch den Verkauf von Grund und Boden an Ansiedler, die selbst investieren. Die Gesellschaft verfügt z. Z. über rund 8 ha verkaufsfähige, unbelastete Grundstücke. Diese Flächen entsprechen einem Bodenzeitwert von nahezu 12,2 Mio. €.

Voraussichtliche Entwicklung der allgemeinen Lage in Adlershof

Die **Geschäftsentwicklung im Jahr 2013** schätzen die Unternehmen im Wissenschafts- und Technologiepark optimistisch ein: 48,6 % (2011: 48,4 %) gehen von einer Steigerung des Umsatzes aus. Lediglich 4,0 % (2011: 3,2 %) erwarten einen Umsatzrückgang. Knapp 37 % der Unternehmer erwarten eine steigende Mitarbeiterzahl; rund 61 % erwarten, dass sie konstant bleiben wird.

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

6. Dank

Die WISTA-MANAGEMENT GMBH dankt den Mitgliedern des Aufsichtsrates für Beratung und Förderung und den die WISTA-MANAGEMENT GMBH betreuenden und fördernden Senatsverwaltungen für die Unterstützung.

WISTA-MANAGEMENT GMBH

Berlin, 16. Mai 2013

Hardy R. Schmitz

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses zum 31.12.2012

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates
	I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat	
I.1	• Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	• Sitzungen des Aufsichtsrats.	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten.
I.3	• Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsleitung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.	Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung ist ihren Berichtspflichten über den Umsetzungsstand regelmäßig in schriftlicher Form nachgekommen. Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt.

I.4	• Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.	Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend. Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

I.5	• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt. D&O-Versicherungen sind ohne Selbstbehalt für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgeschlossen worden.

II. Geschäftsleitung

II.1	• Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.	Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.

II.2	• Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen	Es ist nur ein Geschäftsführer bestellt.

II.3	• Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Veröffentlichung der Einzelvergütung • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap	Die Vergütung erfolgte auf Basis einer Zielvereinbarung, die am 14.12.2011 abgeschlossen wurde; sie wurde nicht nachträglich geändert. Sie hat sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung (variabler Bestandteil einmalig/wiederkehrend) zusammengesetzt. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen wurden andere Bezüge berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden; sie unterlag einer regelmäßigen Überprüfung. Die Vergütung wird im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen.

III. Aufsichtsrat

III.1	• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats.	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Eine Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung besteht nicht. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.

III.2	• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.	Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats ohne Vorbefassung durch einen Ausschuss entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht. Es gab keine Erstbestellung; eine Wiederbestellung wurde nicht vorzeitig ausgesprochen.

III.3	• Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.	Im Berichtsjahr war die Position des Aufsichtsratsvorsitzenden nicht besetzt. Die Funktion wurde von der stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden wahrgenommen. Zwischen der stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsleitung hatte über keine wichtigen Ereignisse zu berichten. Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine wichtigen Ereignisse über die er unterrichtet wurde. Es hat keine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden.

III.4	• Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.	Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse.

III.5	• Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates.	Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Die Vergütung wurde nicht in ein Fixum und in einen variablen Teil unterteilt. Die Gesamtvergütungen ergaben sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

III.6	• Vorlage der Zielvereinbarung	Der Geschäftsführer hat die mit der stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden abgeschlossene jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter nicht vorgelegt.

III.7 und 8.	• Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats.	Ein Aufsichtsratsmitglied hat weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat sich in jeder Sitzung im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Interessenkonflikte

IV.1	• Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung.	Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

IV.2	• Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen.	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

IV.3 und 4	• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats.	Es gab keine Interessenkonflikte.

IV.5	• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats.	Es bestanden keine Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen. Es bestanden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

IV.6	• Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung.	Der Geschäftsführer hat 6 Nebentätigkeiten ausgeübt, [u.a. Aufsichtsratsmandate außerhalb des Unternehmens]. Dem Aufsichtsrat sind die Nebentätigkeiten, die nach Beginn der Tätigkeit aufgenommen wurden zur Zustimmung vorgelegt worden.

IV.7	• Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige.	Der Geschäftsleitung und den Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

V. 1 und 2	• Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet.	Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Unternehmensinformationen wurden auch über Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	• Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen.	Die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in der vorgesehenen Frist dem Gesellschafter vorgelegt. Der Jahresabschluss wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt, konnte aber nicht innerhalb der vorgesehenen Frist dem Gesellschafter vorgelegt werden. Der Jahresabschluss/Zwischenbericht führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf.

VII. Abschlussprüfung

VII.1	• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe.	Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

VII.2	• Erteilung des Prüfungsauftrags und Honorarvereinbarung	Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

VII. 3	• Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.	Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

VII.4	• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss.	Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrats teilnehmen und wird über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

.

Organe und Aufwendungen für Organe

Alleiniger Geschäftsführer im Geschäftsjahr 2012 war Herr Hardy R. Schmitz, Dipl.-Wirtschaftsingenieur. Die Bezüge beliefen sich im Jahre 2012 auf € 246.267,12. Diese teilen sich wie folgt auf:

Grundvergütung:	166.083,36 €
Variable Vergütung:	60.400,00 €
Sachbezug Dienstwagen:	9.885,44 €
Arbeitgeberanteil Sozialversicherungsbeiträge und Umlagen	9.898,32 €

In 2012 setzte sich der Aufsichtsrat wie folgt zusammen:

- Bärbel Schomberg bis 31.12.2012
  Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates
  Frankfurt
- Staatssekretär Klaus Feiler
  Senatsverwaltung für Finanzen
  Berlin
- Prof. Dr. Jürgen Mlynek
  Präsident der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren HGF e.V.
  Berlin
- Ingeborg Neumann bis 31.12.2012
  Vorstand der Geschäftsführung der Peppermint Holding GmbH
  Berlin
- Staatssekretär Dr. Knut Nevermann
  Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
  Berlin
- Wolf Schulgen ab 13.02.2012
  Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
  Berlin
- Staatssekretär Nicolas Zimmer ab 17.01.2012 bis 4.12.2012
  Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung
  Berlin

An Aufsichtsratsmitgliedern wurden im Berichtsjahr insgesamt € 19.027,25 (Vj: € 17.724,04) an Aufwandsentschädigungen und sonstigen Erstattungen gezahlt, die sich wie folgt aufteilen:

Frau Schomberg:	Aufwandsentschädigung einschließlich Umsatzsteuer	3.666,67 €
	Erstattung Reisekosten	693,92 €
Herr Feiler	Aufwandsentschädigung	3.000,00 €
Herr Dr. Nevermann:	Aufwandsentschädigung	2.333,33 €
Frau Hartwig-Tiedt:	Aufwandsentschädigung	2.000,00 €
Herr Schulgen:	Aufwandsentschädigung	2.000,00 €
Frau Neumann:	Aufwandsentschädigung	1.833,33 €
Herr Zimmer:	Aufwandsentschädigung	1.333,33 €
Herr Prof. Dr. Mlynek:	Aufwandsentschädigung einschließlich Umsatzsteuer	666,67 €
Herr Quinkert:	Aufwandsentschädigung einschließlich Umsatzsteuer	500,00 €
Frau Dunger-Loper:	Aufwandsentschädigung	500,00 €
Herr Gurka:	Aufwandsentschädigung	500,00 €

Zoologischer Garten Berlin AG

LAGEBERICHT 2012

RAHMENBEDINGUNGEN

Die Zoologischer Garten Berlin AG kann 2012 auf eine stabile positive Geschäftsentwicklung zurückblicken. Die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren 2012 in Deutschland mit einer robusten Konjunktur deutlich besser als in den meisten Euro-Ländern. Zwar bremste insbesondere die europäische Schuldenkrise vor allem im 2. Halbjahr 2012 auch die deutsche Wirtschaft. Dennoch konnte 2012 – nach 3% im Jahr zuvor - ein Plus von 0,7% beim realen Bruttoinlandsprodukt (BIP) erzielt werden. Das Land Berlin ist 2012 relativ unbeschadet durch die Eurokrise gekommen; für 2012 wird mit einer Steigerung des Berliner BIP von etwa 1,5% gerechnet.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren im Jahresdurchschnitt 2012 rund 2,9 Mio. Menschen arbeitslos gemeldet. Das ist der niedrigste Stand seit 1991. Im Jahr 2012 stieg in Berlin die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,5% (Bund +1,0%). Die Inflationsrate lag 2012 bei 2%. Der private Konsum wuchs 2012 entsprechend den bei Fassung des Lageberichts vorliegenden vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamtes moderat gegenüber 2011 (+1,5%) preisbereinigt um 0,8%; der implizierte Preisanstieg lag somit bei 1,6%. 2012 war Energie im Durchschnitt um rd. 3,7% teurer als 2011.

Der für den Zoologischen Garten Berlin wichtige Berlintourismus ist zu einer wesentlichen Kraft der regionalen Wirtschaft herangewachsen. Der Zuwachs lag 2012 deutlich über dem Bundesdurchschnitt (+4% sowohl bei den Gästen als auch bei den Übernachtungen). Die Zahl der ausländischen Gäste stieg um 13,5% auf nunmehr 4,1 Mio. (inländische Gäste: 6,8 Mio., +8,0%) an. Mit einem Jahreswachstum von 11,4% bei den Übernachtungen ist Berlin die am stärksten wachsende internationale Metropole. Rd. 25 Mio. Übernachtungen (+11,4% bzw. + 2,5 Mio. Übernachtungen im Vergleich zu 2011) und rd. 11 Mio. Hauptstadt-Gäste sowie mehr als 10 Mio. Teilnehmer an Tagungen und Kongressen konnte Berlin 2012 begrüßen. Damit konnte die Stadt ihre Position als Top-Destination in Europa weiter ausbauen. Der Umsatz in der gesamten Tourismusbranche in Berlin betrug im Jahr 2012 rund 10,3 Mrd. Euro; davon profitierten vor allem das Gastgewerbe und der Einzelhandel.

2012 besuchten insgesamt über 4 Mio. Zoo- und Tierparkfreunde aus Nah und Fern die beiden Berliner Tiergärten. 2.994.692 Gäste besuchten den Zoo und das Zoo-Aquarium. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 2%. Auch im Vergleich zu anderen Zoologischen Instituten in Deutschland und Europa ist dies ein Erfolg, zumal in einem Wetterjahr der Extreme, wie 2012 in der Jahresbilanz des Deutschen Wetterdienstes wegen seiner extremen Wettersprünge zwischen tiefem Kälteeinbruch Ende Januar/ Anfang Februar, zahlreichen Unwettern im Sommer und fast übergangslosem Wintereinbruch Ende Oktober bezeichnet wird. Das Zoo-Aquarium bewies sich in diesem Zusammenhang einmal mehr als abfedernder Faktor.

Die Präsentation eines einmaligen Tierbestandes ist das Fundament des Erfolgs, der flankiert wurde durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und einen starken Marktauftritt in allen Medienbereichen. Die Hauptstadtzoos Berlin erhielten 2012 für ihre Kampagne *Täglich wilde Szenen* den M AWARD in SILBER vom Marketing Club Berlin (MC Berlin) für herausragende Leistungen und Verdienste im Marketing. In der Laudatio des MC Berlin heißt es dazu: „Den drei zoologischen Einrichtungen Berlins gelang es auf beeindruckende Weise, ihren gesellschaftlichen Auftrag unter Achtung der Schutzwürdigkeit der Tiere in eine Kampagne zu packen, die überraschend frisch wirkt und dabei dennoch erfolgreich im visuell überfrachteten Berlin auf sich aufmerksam machte."

Ein wichtiges Anliegen von Zoo und Tierpark Berlin war es auch 2012, Begeisterung zu wecken für die Tierwelt unseres Planeten, seine Biodiversität und für lebenslanges Lernen im Bereich der Lebenswissenschaften sowie Verständnis und Verantwortung zu fördern für den Schutz unserer Natur. Über 15.000 Teilnehmer an KITA- und Schulführungen, mehr als 12.700 Teilnehmer an Kindergeburtstagen, Erwachsenenführungen und Ferienprogrammen sind die Er-

folgsdaten der Zooschule 2012. Die Junior Zoo-Universität Berlin konnte im Jahr 2012 bereits den 4. Jahrgang begrüßen und das Interesse der jungen Studenten und Studentinnen sowie des immer größer werdenden Alumni-Clubs, aber auch die Nachfrage nach dem allen Interessierten offenstehendem Begleitprogramm, das seit Ende 2012 u.a. auch durch eine Kooperation mit der URANIA Berlin e.V. einen erweiterten Kreis anspricht, ist ungebrochen hoch.

Die Stiftung Zoologischer Garten Berlin zum Erhalt der Natur- und Kulturstätte Zoologischer Garten Berlin konnte 2012 im Rahmen ihrer Aufbauphase bereits zahlreiche Menschen ansprechen und über ihre Arbeit und ihr Anliegen informieren. Gerade auch Aktionäre und Aktionärinnen nahmen an Stiftungsabenden teil oder engagierten sich u.a. im Projekt „Zeitzeugen gesucht". Darüber hinaus präsentierte sich die Stiftung mit dem Bildvortrag „Zoospazier-gang" in Seniorenresidenzen und sie stellte ihre Arbeit bei vielen Veranstaltungen sowie im Rahmen der „Berliner Stiftungswoche" vor.

Darüber hinaus trugen eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, in der Stadt wahrnehmbare Werbeauftritte über Großposter, Anzeigenschaltung, Radio- und TV-Werbung, der Einsatz neuer Social Media, mithin Facebook und Twitter, sowie der Auftritt auf großen international ausgerichteten Messen und viele weitere Aktionen und Veranstaltungen flankierend zum Erfolg des Jahres 2012 bei.

Die Tochtergesellschaft, die Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH, konnte 2012 1.048.860 Gäste begrüßen, darunter neben Stammgästen auch viele Besucher, die den Tierpark bislang noch nicht für sich entdeckt hatten. Die Arbeiten am Masterplanungsprozess Tierpark 2020+, der in Abstimmung mit dem Angebot des Zoo Berlin eine Profilschärfung und weitere Inwertstellung beinhaltet, wurden 2012 fortgesetzt. Ende 2012 wurde als neues, attraktives Jahreskartenprodukt die 3 in 1-Card am Markt platziert, mit der Zoo, Zoo-Aquarium und Tierpark Berlin ganzjährig besucht werden können.

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Im Berichtsjahr 2012 kann die Zoologischer Garten Berlin AG eine stabile und positive Geschäftsentwicklung verzeichnen. Die wirtschaftliche Entwicklung 2012 entspricht vor allem im Hinblick auf die Entwicklung der Umsatzerlöse und des operativen Geschäftes den Erwartungen. Der positive Trend der Vorjahre hat sich weiter fortgesetzt.

Im Wesentlichen wird das **Jahresergebnis 2012** der Zoologischer Garten Berlin AG geprägt durch eine stabile Entwicklung des operativen Geschäftes mit einer im Vergleich zum Vorjahr leichten Steigerung der Umsatzerlöse und gleichzeitig einem Halten der operativen Gesamtaufwendungen auf Vorjahresniveau. Der Wegfall der Zuschüsse des Landes Berlin und der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge aufgrund des Wegfalls von Sonderfaktoren des Vorjahres konnte 2012 durch einen nicht planbaren Zuwachs der Erträge aus Spenden und Zuwendungen kompensiert werden.

Die **Umsatzerlöse** betragen im Berichtsjahr 2012 insgesamt rd. 16,414 Mio. Euro. Damit konnten sie im Vergleich zum Vorjahr um rd. 277,70 TEuro (+1,7%) gesteigert werden. Der Anteil der Eintrittserlöse an diesen Gesamtumsätzen beträgt wie im Vorjahr rd. 94%.

Im Jahr 2012 konnte der Zoo Berlin **Umsatzerlöse aus Eintritten** in Höhe von rd. 15,407 Mio. Euro erwirtschaften und so vor allem durch sein weiter intensiviertes Marketing insbesondere vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Erhöhung gegenüber dem Jahr 2011 um rd. 250,02 TEuro (+1,65%) erreichen.

Die Anzahl der **verkauften Tickets** hat sich im Berichtsjahr gegenüber 2011 insgesamt um rund 2% auf 1.815.763 Karten erhöht, wobei die Zahl der verkauften Tagestickets im Vergleich zum Vorjahr um rund 2% und die Zahl der verkauften Jahreskarten um rund 1,5% gestiegen ist. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 1.788.068 Tageskarten und 27.695 Jahreskarten verkauft. Insbesondere in wetterbedingt schwierigen Jahren wie dem Jahr 2012 zeigt sich umso mehr die

nach wie vor hohe Beliebtheit und Attraktivität sowie die Bedeutung des Zoo-Aquariums als stabilisierender Faktor für die Entwicklung der Besucherzahlen. Während 2012 die Zahl der verkauften Tagestickets für den Zoo annähernd auf Vorjahresniveau lag, hat sich die Zahl der verkauften Tagestickets für das Zoo-Aquarium um rd. 6% erhöht.

Entsprechend dieser Entwicklung sind auch die **Besucherzahlen** 2012 gegenüber dem Vorjahr um rd. 2% gestiegen. Der Zoo Berlin konnte im Berichtsjahr mit 2.994.692 Besuchern 50.500 Gäste mehr begrüßen als im Jahr zuvor. Der Besucheranteil des Zoo-Aquariums lag dabei im Berichtsjahr bei rd. 31% (im Vorjahr 30%). Die ermittelten Besucherzahlen ergeben sich aus der Summe der verkauften Tageseintrittskarten, ermittelten Eintritten von ZooCard-Inhabern und der freien Eintritte. Bei ZooCard-Inhabern werden durchschnittlich 20 Eintritte pro berechtigte Person angenommen. Die Ermittlung erfolgte in Anlehnung an die Empfehlung des VDZ (Verband Deutscher Zoodirektoren e. V.).

Einhergehend mit der Entwicklung der Besucherzahlen konnten im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr auch Steigerungen bei den Umsatzerlösen aus **Mieten und Umsatzpachten** aus den Shops und der Gastronomie (+4,2%), den Erlösen aus **Merchandising** (+8,5%) sowie auch bei den Umsätzen aus **Führungen** (+8,8%) erreicht werden. Im Jahr 2012 konnten die langjährig bestehenden Marketingpartnerschaften, insbesondere mit der Wall AG, die stadtweit Werbeflächen finanziert, sowie mit der Investitionsbank des Landes Berlin (IBB) als Gründungssponsor und der GASAG Berliner Gaswerke AG als Hauptsponsor im Rahmen der Junior Zoo-Universität Berlin fortgesetzt werden. Vor allem im Bereich der Marketingkooperationen werden die Auswirkungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung deutlich, die sich in vielen Unternehmen in der Verringerung der entsprechenden Budgets widerspiegeln. Dennoch konnten viele kleinere Kooperationen angebahnt werden, die eine Investition in die Zukunft darstellen.

Die **Sonstigen betrieblichen Erträge** betragen im Berichtsjahr 2012 insgesamt rd. 1,845 Mio. Euro und sind damit gegenüber dem Vorjahr um rd. 848,74 TEuro gesunken. Dieser Rückgang resultiert vor allem aus dem Wegfall des Sonderfaktors in 2011. Im Vorjahr hatte die Gesellschaft auf Grundlage einer nachbarschaftlichen Vereinbarung im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben „Bikini Berlin“ eine einmalige Entschädigungszahlung erhalten. Teilweise kompensiert wurde dieser Wegfall im Jahr 2012 durch nicht unwesentliche Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Hier konnten vor allem Rückstellungen in Höhe von rd. 419,89 TEuro aufgelöst werden, die aus Gründen der kaufmännischen Vorsicht im Jahr 2010 für eventuell noch zu zahlende Grundwasserentnahmeentgelte für die Jahre 2008 und 2009 gebildet worden waren. Im Berichtsjahr konnte hierzu mit dem Land Berlin eine Einigung erzielt werden, so dass keine Nachforderungen für die betreffenden Jahre mehr zu erwarten sind.

Der Zoologischer Garten Berlin AG sind im Berichtsjahr 2012 insgesamt rd. 7,524 Mio. Euro aus **Spenden und Zuwendungen** zugeflossen. Diese Erträge haben sich damit gegenüber dem Vorjahr um rd. 38% erhöht, wobei der Zufluss aus Spenden gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig war, während sich die Zuwendungen aus Nachlässen deutlich erhöht haben. Die Gesellschaft hat im Jahr 2012 keine **Zuschüsse** vom Land Berlin erhalten.

Zusammen mit den Umsatzerlösen und den Sonstigen betrieblichen Erträgen ergibt sich für das Jahr 2012 eine **Gesamtleistung** in Höhe von rund 25,783 Mio. Euro.

Die Aufwendungen für **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogende Waren** sowie für **Bezogene Leistungen** belaufen sich für das Jahr 2012 auf rd. 4,215 Mio. Euro und haben sich im Vergleich zum Vorjahr insbesondere durch gestiegene Preise für Futter und den Bezug von Wasser einhergehend mit einem leichten Anstieg des Wasserverbrauches um rd. 2,3% erhöht.

Die **Sonstigen betrieblichen Aufwendungen** belaufen sich im Jahr 2012 auf insgesamt 5,154 Mio. Euro und sind damit im Vergleich zum Vorjahr geringfügig gesunken. Die im Zusammenhang mit den höheren Zuflüssen aus Nachlässen deutlich gestiegenen Aufwendungen für Nachlässe wurden durch Einsparungen in anderen Positionen wieder ausgeglichen.

Die Zoologischer Garten Berlin AG hat im Berichtsjahr 2012 im Rahmen der **Mittelverwendung** rund 1,544 Mio. Euro für die Sanierung und Erhaltung von tiergärtnerischen Anlagen eingesetzt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für das Jahr 2012 ein **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** von rd. 4,411 Mio. Euro und einen **Jahresüberschuss** in Höhe von rd. 4,353 Mio. Euro aus.

FINANZIERUNG UND BILANZSTRUKTUR

Die Geschäftstätigkeit der Zoologischer Garten Berlin AG war auch im Berichtsjahr 2012 insbesondere vor dem Hintergrund des Wegfalls der Zuschüsse des Landes Berlin auf Stabilität, Langfristigkeit und Nachhaltigkeit ausgelegt und auf die Zukunftsvorsorge zur Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben. Dies spiegelt sich in der Stärkung des langfristigen Bereiches wider; auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen durch die hohe Investitionstätigkeit erhöht und auf der Passivseite wird das langfristige Vermögen durch die Erhöhung der Rücklagen, also des Eigenkapitals, abgesichert. Die **Bilanzsumme** hat sich im Berichtsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um rd. 5,476 Mio. Euro (+9%) erhöht.

Durch die Investitionen des Jahres 2012 und hier insbesondere durch den Bau des Neuen Vogelhauses, hat sich das Sachanlagevermögen um rd. 8,537 Mio. Euro erhöht. Gleichzeitig sind die Ende 2011 in den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere im Berichtsjahr fällig geworden und wurden, der Entwicklung am Kapitalmarkt Rechnung tragend, als Festgelder zur Absicherung der betrieblichen Altersversorgung wieder angelegt. Das **Anlagevermögen** ist damit gegenüber dem Jahr 2011 um rd. 7,739 Mio. Euro (+59%) gestiegen. Der Anteil am Gesamtvermögen hat sich von 23% per 31.12.2011 auf 33% zum Bilanzstichtag erhöht.

Das **Umlaufvermögen** (einschl. Rechnungsabgrenzungsposten) ist im Vergleich zum Vorjahr um rund 2,263 Mio. Euro (-5%) gesunken. Dies resultiert vor allem aus der hohen Investitionstätigkeit, die zu einem entsprechenden Abfluss von liquiden Mitteln geführt hat. Dennoch sind die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Mittel im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen, da neben dem Zuwachs durch den Jahresüberschuss 2012 zum Einen innerhalb des Umlaufvermögens durch den Abbau von Forderungen Umschichtungen in die liquiden Mittel stattgefunden haben. Zum anderen wurden auch die Finanzanlagen zu Gunsten der Kassen- und Bankguthaben umgeschichtet. In den ausgewiesenen Kassen- und Bankguthaben zum 31.12.2012 sind Mittel in Höhe von rd. 10,5 Mio. Euro enthalten, die für die Absicherung der Pensionsverpflichtungen vorgesehen sind. Der Anteil des Umlaufvermögens (einschl. Rechnungsabgrenzungsposten) ist von 77% im Vorjahr auf 67% im Berichtsjahr gesunken.

Das **Eigenkapital** hat sich im Berichtsjahr 2012 durch den Jahresüberschuss 2012 um rund 4,303 Mio. Euro (+11%) erhöht. Der Eigenkapitalanteil ist geringfügig von 67,5% in 2011 auf 68,5% zum 31.12.2012 gestiegen.

Im Berichtsjahr 2012 hat sich auch das **Fremdkapital** (einschl. Rechnungsabgrenzungsposten) im Vergleich zum Vorjahr um rd. 6% erhöht, wobei sowohl die Rückstellungen als auch die Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind. Im Bereich der Rückstellungen mussten per 31.12.2012 Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von rd. 849,3 TEuro vorgenommen werden. Gleichzeitig konnten die Sonstigen Rückstellungen um rd. 506,7 TEuro verringert werden, so dass sich insgesamt eine Erhöhung von rd. 342,6 TEuro ergibt. Im Bereich der Verbindlichkeiten werden zum Bilanzstichtag in den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im Umlauf befindliche Zahlungen ausgewiesen, die sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 358,4 T€ erhöht haben. Des Weiteren haben sich in den Sonstigen Verbindlichkeiten die Verbindlichkeiten aus zweckgebundenen Spenden, die im Berichtsjahr noch nicht verwendet wurden, um rd. 141,7 TEuro erhöht. Durch die Erhöhung der Bilanzsumme hat sich trotz dieser Entwicklung der Fremdkapitalanteil von 32,5% auf 31,5% zum 31.12.2012 verringert.

PERSONALBESTAND

Am 31.12.2012 waren 227 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und 18 Auszubildende bei der Zoologischer Garten Berlin AG beschäftigt. Im Jahresdurchschnitt waren insgesamt 228 (im Vorjahr 226) Beschäftigte für die Gesellschaft tätig. Damit hat sich die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 2012 im Vergleich zum Vorjahr im Bereich der Tiergartenbiologie und der Tierpflege jeweils um eine Stelle, mithin insgesamt um zwei erhöht.

Der Personalaufwand im Berichtsjahr 2012 beläuft sich auf rd. 9,590 Mio. Euro und liegt damit auf Vorjahresniveau. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter einschließlich Sozialabgaben haben sich trotz der Erhöhung der Anzahl der durchschnittlichen Beschäftigten durch Veränderungen innerhalb der Tarifgruppen im Vergleich zum Vorjahr im Ergebnis nicht verändert.

INVESTITIONEN

Das Jahr 2012 war vom Baufortschritt des Neuen Vogelhauses gekennzeichnet. Im Berichtsjahr war der letzte Teil der Rohbauarbeiten durchzuführen, so dass ab dem Frühjahr der Innenausbau erfolgen konnte. Ein besonderer Höhepunkt sind die drei Freiflughallen, die bis zum Jahresende auch schon bepflanzt wurden. Außerdem erfolgte die Begitterung der Innenvolieren.

Der Graben der Anlage für Mantelpaviane erhielt drei Einsichtfenster, so dass nun vor allen Dingen für Kinder das Beobachten der interessanten Primaten einfacher ist. Nach wie vor gehört der Pavianfelsen zu den schönsten Gehegen seiner Art in einem europäischen Zoo.

Die vier Tropenbärenanlagen wurden zu zwei Gehegen zusammen gefasst, der alte Wassergraben zu geschüttet und mit Mutterboden verfüllt. Zum Publikum wurde als Absperrung nach dem Vorbild der Bärenanlagen im Tierpark eine Glasabschrankung gewählt.

Neben diesen Maßnahmen gab es auch vielfältige Instandhaltungsarbeiten in Zoo und Aquarium. So ging der Einbau von energieeinsparenden Oberlichtern im Raubtierhaus weiter, und im Aquarium wurden die Streichelbecken für Kois und Goldfische erneuert.

Insgesamt wurden im Jahr 2012 Investitionen in Höhe von rd. 9,343 Mio. Euro durchgeführt. Des Weiteren wurden für die größeren Sanierungs- und Instandhaltungsmaßen Mittel in Höhe von rd. 1,543 Mio. Euro eingesetzt.

ENTWICKLUNG DES TIERBESTANDES

Die Entwicklung des Tierbestandes zeichnete sich im Wesentlichen durch Konstanz aus. Im Zoo-Aquarium gab es vor allem bei den Wirbellosen einen Artenrückgang, der jedoch tiergarten-biologisch bedingt ist.

Bestand am	31.12.2012		31.12.2011	
	Individuen	Formen	Individuen	Formen
Säugetiere	1.059	171	1.062	173
Vögel	1.946	306	1.929	309
Kriechtiere	364	69	384	74
Lurche	770	53	941	53
Fische	6.891	573	5.593	596
Wirbellose	8.454	302	7.802	365
Gesamt	**19.484**	**1.474**	**17.711**	**1.570**

Bemerkenswerte Neuzugänge im Berichtsjahr:

1 Haubenlangur, 2 Kugelgürteltiere, 3 Hinterindische Tiger, 2 Visaya-Pustelschweine, 3 Halsbandpekaris, 1 Prinz-Alfred-Hirsch, 1 Wisent, 2 Springböcke, 2 Malaienenten, 5 Wilde Moschusenten, 1 Blaukehlguan, 5 Brahminenweihen, 2 Schwarzkehlarassaris, 12 Scharlachspinte

Bemerkenswerte Zuchterfolge im Berichtsjahr:

2 Rote Riesenkänguruhs, 1 Nachtaffe, 1 Brauner Kapuziner, 1 Ceylon-Hutaffe, 1 Europäischer Biber, 2 Springhasen, 14 Wasserschweine, 1 Ozelot, 2 Rostkatzen, 3 Jaguare, 1 Schmalstreifenmungo, 3 Nasenbären, 1 Seehund, 1 Erdferkel, 1 Asiatischer Elefant, 1 Böhm-Zebra, 3 Grevy-Zebras, 1 Spitzmaulnashorn, 2 Warzenschweine, 1 Pinselohrschwein, 1 Flusspferd, 2 Barasinghahirsche, 1 Süd-Pudu, 3 Waldrentiere, 2 Rotducker, 2 Kirk Dik-Diks, 5 Bongos, 1 Tieflandnyala, 1 Großer Kudu, 1 Wisent, 4 Gaur, 1 Anoa, 1 Blessbock, 1 Rappenantilope, 1 Bezoarziege, 3 Sibirische Steinböcke, 2 Himalaya-Tahre, 2 Kiwis, 9 Blauhalsstrauße, 2 Prachtreiher, 8 Abdimstörche, 3 Maguari-Störche, 1 Schwarzstorch, 3 Waldraps, 3 Zwergflamingos, 2 James-Flamingos, 1 Rosaflamingo, 1 Carancho, 2 Graue Pfaufasane, 1 Palawan-Pfaufasan, 1 Argusfasan, 1 Bartletts- Dolchstichtaube, 5 Bartkäuze, 1 Schwarznackenfruchttaube, 2 Skorpionskrustenechsen, 1 Woma oder Rotkopfpython

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Auch 2012 erhielt Dr. Blaszkiewitz den Lehrauftrag von der Veterinärmedizinischen Fakultät der FU Berlin für die Vorlesung „Einführung in die Tiergartenbiologie“. Die Kurse fanden im Parasitologischen Institut der FU sowie im Zoo Berlin und im Tierpark Berlin statt. Die Vorlesung beinhaltete folgende Themen:

- Geschichte und Entwicklung der Zoologischen Gärten seit 1752
- Entwicklung von Zooarchitektur und Gehegegestaltung im Spiegel der Zeit
- Haltung und Zucht von Säugetieren und Vögel sowie ausgewählten Aquarientieren
- Biologie ausgewählter Säugetier- und Vogelarten
- Biografien bedeutender Tiergärtner

Folgende zooeigene Forschungsarbeiten wurden 2012 fortgeführt:

- Haltung, Pflege und Zucht von Elefanten und Nashörnern
- Lebensalter von Säugetieren (Huftiere, Raubtiere, Menschenaffen) in Menschenhand
- Fortpflanzungsbiologie von Schleich- und Kleinkatzen
- Biologie und Evolution des Lebensalters bei Wirbellosen unter der Berücksichtigung der Reproduktionsparameter
- Brut und Onthogenie von Schnepfenstraußen
- Tiergartengeschichte und Zoobauten im Wandel der Zeit
- Haltung und Zucht von Quallen
- Haltung und Zucht von Schmetterlingen

Im Berichtsjahr erschienen 73 Publikationen von Mitarbeitern des Zoologischen Gartens. Die Hauszeitschrift „Bongo“ erschien in Band 42 und 43, wobei die 43. Ausgabe dem 125jährigen Jubiläum des VDZ, dem Verband deutscher Zoodirektoren gewidmet war. Der 42. Band enthielt den Jahresbericht 2011. Es erschien der neue englische Zooführer in Übersetzung der 53. deutschen Ausgabe.

NACHTRAGSBERICHT

Besondere Ereignisse haben sich seit dem Ende des Geschäftsjahres nicht ereignet.

RISIKOMANAGEMENT

Im kaufmännischen und im tiergartenbiologischen Bereich ist die gesamte Geschäftspolitik darauf ausgerichtet, das Vermögen der Zoo Berlin AG zu erhalten und langfristig nachhaltig die Erfüllung der wichtigen satzungsgemäßen Aufgaben zum Wohle der Allgemeinheit und zukünftiger Generationen zu sichern. Die Basis hierfür bildet die auf dieses Ziel ausgerichtete strategische Ausrichtung der Entwicklung des wissenschaftlich betreuten Tierbestandes und der damit im Zusammenhang stehenden mittelfristigen Planung der Investitionen und Erhaltungsmaßnahmen der tiergärtnerischen Anlagen.

Die konjunkturelle Entwicklung, der Arbeitsmarkt und die Entwicklung des Privatkonsums, besondere Tiergeburten, das Wetter, der Tourismus und das Freizeitverhalten der Menschen sind nur einige der externen Faktoren, denen sich die Zoologischer Garten Berlin AG ausgesetzt sieht und die nur sehr begrenzt oder nicht beeinflussbare Faktoren bestimmt werden können, die aber erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft haben. Es gilt, diese Risiken und deren Auswirkungen möglichst frühzeitig zu erkennen und effektiv gegensteuern zu können.

Auf der Grundlage der jährlich erstellten Wirtschafts-, Investitions- und Liquiditätspläne wer-den monatliche Soll-Ist-Vergleiche und Prognoserechnungen erstellt, mit deren Hilfe die Um-satz- und Budgetentwicklung beobachtet, die aktuelle wirtschaftliche Lage eingeschätzt und bewertet sowie die möglichen Einflüsse auf Umsatz, Aufwand und Ergebnis dargestellt wer-den. Darüber hinaus besteht ein internes Kontrollsystem, das ständig weiterentwickelt und optimiert wird, um organisatorisch- und prozessbedingten Risiken möglichst effektiv vorzubeugen. Ein Risikomanagement mit einem Risikoreporting-System wurde 2012 installiert.

CHANCEN UND RISIKEN DER KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG UND AUSBLICK AUF DAS JAHR 2013

Für 2013 erwartet die deutsche Wirtschaft ein geringeres Wachstum als im abgelaufenen Jahr. Die Prognosen bewegen sich in einer Spannbreite von 0,3% bis knapp 1,0%. Entscheidend ist, wie sich die Europäische Schuldenkrise weiter entwickelt. Die Bundesbank rechnet bislang für 2013 mit einer Inflationsrate von durchschnittlich 1,5%; der Privatkonsum soll weiterhin einen stabilen Beitrag zur Binnenkonjunktur liefern.

Die Berliner Tourismuswirtschaft rechnet auch für das laufende Jahr 2013 mit einem weiteren kräftigen Zuwachs und mit einer Steigerung der Gästeankünfte auf bis zu 11,7 Mio. Gäste (+8,3%). Angesichts der prognostizierten Zuwächse im Tourismus dürften auch die Ausgaben der Berlinbesucher im laufenden Jahr entsprechend steigen, wovon gerade auch der Zoo Berlin profitieren dürfte. Es spricht viel dafür, dass der Tourismusboom anhalten wird und auch in den nächsten Jahren in rasantem Tempo mit mindestens durchschnittlich 7% pro Jahr weiter wachsen wird.

Der Zoo Berlin wird deshalb 2013 noch stärker als bisher für einen Zoobesuch werben. Dabei stehen im Mittelpunkt des Jahres die Eröffnung des Neuen Vogelhauses und das Zoo-Aquarium, das in diesem Jahr sein 100jähriges Jubiläum durch zahlreiche Veranstaltungen feiert und entsprechend auf sich aufmerksam macht.

2013 ist ein besonders wichtiges Jahr für die infrastrukturelle Entwicklung des den Zoologischen Garten Berlin umgebenden Stadtraums. Insbesondere das Waldorf Astoria als Hotel der Spitzenklasse sowie der Gebäudekomplex Bikini Berlin mit seinen zahlreichen, direkt an den Zoo Berlin angrenzenden Einzelhandels-, Büro- und Gastronomie- und Hotelbereichen und dem Kino Zoo Palast werden eine starke Ausstrahlung entwickeln, die gerade auch auf Seiten des Zoos synergetisch genutzt wird. Die weitere Planung der Umgestaltung des Hardenbergplatzes wird Rückwirkung auf eine mögliche Neugestaltung der Zoo-Eingangssituation am Löwentor haben. Ebenso bedeutsam wird die weitere Planung im Zusammenhang mit einer künftigen Bebauung des Geländes sein, auf dem der ehemalige Wirtschaftshof des Zoos Berlin stand.

Im Vordergrund aller Aktivitäten 2013 steht, die besonderen Aufgaben des Zoo Berlin als einer der weltweit renommiertesten Vertreter tiergartenbiologischer Institutionen in höchster Qualität zu erfüllen, die Attraktivität des Besucherangebotes auch in wirtschaftlich schwieriger Zeit und bei hohem Kostenbewusstsein mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit weiter zu erhalten und zu steigern. Von besonderer Bedeutung für das Unternehmen ist in diesem Zusammenhang eine weitere Forcierung der Ansprache der Menschen und Unternehmen in Berlin für ein verstärktes Engagement.

Vor diesem Hintergrund wird für das Jahr 2013 von einer Steigerung der Umsatzerlöse aus Eintritten um rd. 2% ausgegangen. Insgesamt wird mit einer stabilen Geschäftsentwicklung gerechnet.

Berlin, 20.03.2013

Dr. Bernhard Blaszkiewitz Gabriele Thöne

Anhang zum Lagebericht 2012

Berichterstattung nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex
(in der geltenden Fassung des Berliner CGK (BCGK) mit Stand vom 17.02.2009)

I. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

I.1

Vorstand und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vom Vorstand offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

I.2

Der Aufsichtsrat hat alle seine Sitzungen unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten. Es wurden ausschließlich Tagesordnungspunkte ohne den Vorstand behandelt, die diesen unmittelbar betreffen (Vertragsangelegenheiten).

I.3

Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; der Vorstand ist seinen Berichtspflichten über den Umsetzungsstand regelmäßig in mündlicher und schriftlicher Form nachgekommen.

Der Vorstand hat die Geschäfte, die dem Aufsichtsrat gemäß Satzung der AG zur Zustimmung vorzulegen sind, vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsordnung für den Vorstand und den Aufsichtsrat; für den Vorstand wurde sie im Oktober 2009 und für den Aufsichtsrat im September 2008 neu gefasst.

I.4

Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig in mündlicher und schriftlicher Form und unter Beifügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Der zeitliche Vorlauf für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.

Soll-/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt.

I.5

Vorstand und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes und Aufsichtsrates gewahrt. Directors & Officers-Versicherungen sind für den Aufsichtsrat und mit gesetzlichem Selbstbehalt für den Vorstand abgeschlossen worden.

II. Vorstand

II.1

Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet, das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde vom Vorstand Sorge getragen. Der Vorstand verfügt über Instrumente zum Risikomanagement und Risikocontrolling, die ständig weiter entwickelt werden. So erfolgt ein monatliches Reporting an den Aufsichtsrat, welches die wichtigsten Kennzahlen sowie einen Soll-Ist-Vergleich und einen Vergleich mit dem Vorjahr enthält. Weiterhin werden mit Hilfe von Planungsrechnungen und Szenarien die Risiken monatlich geschätzt und bewertet sowie die möglichen Einflüsse auf Umsatz, Aufwand und Ergebnis dargestellt. Die Tagesumsätze und Besucherzahlen werden dem Vorstand täglich zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus besteht ein internes Kontrollsystem, das ebenfalls ständig weiterentwickelt und optimiert wird.

II.2

Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand sind in einer Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt, die 2009 neu gefasst wurde. Der Vorstand besteht aus zwei Mitgliedern, die jeweils gleichberechtigt gemeinsam vertretungsbefugt sind.

II.3

Die Vergütung erfolgt auf Basis der Anstellungsverträge und der jeweiligen Zielvereinbarungen. Die Vergütung setzt sich aus einem fixen und einem variablen Bestandteil zusammen. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder des Vorstands sowie der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens festgelegt.

Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Präsidium beraten und entschieden. Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird im Anhang zum Jahresabschluss gemäß § 65a der Landeshaushaltsordnung ausgewiesen.

III. Aufsichtsrat

III.1

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen Regelungsbedarf. Er hat über die in der Satzung und der Geschäftsordnung festgelegten Geschäfte hinaus keine weiteren an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprechen den Erfordernissen des Unternehmens.

III.2

Vergütungsregelungen für den Vorstand wurden dem Präsidium des Aufsichtsrates in seiner Funktion als Personalausschuss zur Beratung und Entscheidung übertragen. Eine Erstbestellung ist nicht erfolgt.

III.3

Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand fand ein regelmäßiger Kontakt statt. Es wurden die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und aktuelle Ereignisse beraten. Als Instrument des Risikomanagements steht dem Aufsichtsrat ein monatliches Reporting des Vorstandes zur Verfügung, welches die wichtigsten Kennzahlen, einen Soll-Ist-Vergleich sowie einen Vergleich mit dem Vorjahr enthält. Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine wichtigen Ereignisse, über die er hätte unterrichtet werden müssen. Es haben keine außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.

III.4

Der Aufsichtsrat hat ein Präsidium, welches auch die Aufgaben eines Personalausschusses wahrnimmt, und einen Wirtschaftsausschuss. Der Aufsichtsratsvorsitzende ist nicht Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. Der Vorsitzende ist auch kein ehemaliges Mitglied des Vorstands. Das Plenum des Aufsichtsrats wurde von den jeweiligen Vorsitzenden des Präsidiums und des Wirtschaftsausschusses in den Sitzungen über Inhalt und Ergebnis der Beratungen unterrichtet.

III.5

Ein Aufsichtsratsmitglied hat aus berufsbedingten Gründen die maximale Zahl der Aufsichtsratsmandate überschritten. Die Aufsichtsratsmitglieder üben keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern aus.

Die Satzung der Zoologischer Garten Berlin AG sieht seit dem 18.06.2009 die Zahlung eines Sitzungsgeldes für die Mitglieder des Aufsichtsrates vor. Die Gesamtvergütung ergibt sich aus

dem Anhang zum Jahresabschluss. Sonderleistungen an den Aufsichtsrat oder einzelne Mitglieder wurden nicht gezahlt.

III.6

Es wurden Zielvereinbarungen für den Vorstand vereinbart.

III.7 und 8

Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als an der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat sich in seinen Sitzungen im Geschäftsjahr nicht mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst, sondern werde sich hiermit Anfang 2013 wieder befassen.

IV. Interessenkonflikte

IV.1

Die Mitglieder des Vorstands haben die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen noch Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsnahme oder –gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

IV.2

Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

IV.3 und 4

Interessenkonflikte bei Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates bestanden nicht.

IV.5

Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahe stehende Personen oder ihnen persönlich nahe stehende Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden; der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht.

Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt.

IV.6

Mitglieder der Geschäftsleitung dürfen Nebentätigkeiten, insbesondere Aufsichtsratsmandate außerhalb des Unternehmens, nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates übernehmen. Es gab keine Nebentätigkeiten des Vorstandes, die dem Aufsichtsrat nicht bekannt waren.

IV.7

Keinem Mitglied des Aufsichtsrats und des Vorstandes wurde ein Darlehen gewährt.

V. Transparenz

V.1 und 2

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage oder auf den allg. Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Unternehmensinformationen (z.B. Geschäftsbericht) wurden auch im Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

VI.1 bis 3

Der Jahresabschluss wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Aufsichtsrat und dem Zuwendungsgeber vorgelegt. Der Jahresabschluss führt seit 01.01.1994 die Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH als Tochtergesellschaft auf. Weitere Beteiligungen bestehen nicht.

VII. Abschlussprüfung

VII.1

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, daß keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch mit Organen des Abschlussprüfers – mit Organmitgliedern bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers und seiner Organe und dem Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Prüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

VII.2

Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarungen getroffen.

VII.3

Es bestanden keine wesentlichen Feststellungen und es lagen keine Vorkommnisse vor, über die der Abschlussprüfer den Aufsichtsrat hätte unterrichten müssen.

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen seiner Redepflicht gegenüber dem Aufsichtsrat und dem Vorstand keine Tatsachen vorgetragen, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum BCGK ergeben.

VIII.4

Der Abschlussprüfer hat und wird an den Beratungen des Aufsichtsrats satzungsgemäß teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

05. Dezember 2012

Der Aufsichtsrat Der Vorstand